Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main 1971

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 18.10.2022

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring

Herausgegeben von der Zentrale der Komm. Partei Deutschlands

(Sektion der 3. Internationale)

Jahrgang 1/2

Vereinigung Internation. Verlags-Anstalten G. m. b. H.

Berlin SW 61

Die Internationale
April 1915, Ausgegeben am 15. April 1915, Heft 1

[3]

Zur Einführung

Diese Monatsschrift verdankt ihre Entstehung der Genossin Luxemburg. Sie hatte bereits den einleitenden Aufsatz über den Wiederaufbau der Internationale verfaßt und mehrere Mitarbeiter geworben, als sie ein Opfer des berühmten Burgfriedens wurde. Sie ist dadurch auf Jahr und Tag ihrer öffentlichen Wirksamkeit entrissen worden, aber diese ehrenvolle Auszeichnung mußte die Parteifreunde um so mehr anspornen, das von ihr begonnene Werk fortzuführen, bis sie der Fessel entledigt ist, die sie an jeder Mitwirkung hindern.

Unsere Aufgabe ist die gleiche, wie die der ersten internationalen Monatsschrift, die Karl Marx herausgab: Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit. Die Selbstverständigung ist notwendig geworden durch die unheilvolle Verwirrung, die die Wirbel des Weltkriegs in der internationalen und zumal in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen haben. So gilt es von neuem, die einigende, sammelnde und stärkende Kraft zu erproben, die der Marxismus noch in jeder Schicksalsstunde des proletarischen Emanzipationskampfes bewährt hat.

Das Bekenntnis zu seiner Praxis und Theorie ist das einfache Programm dieser Zeitschrift. [4]

Der Wiederaufbau der Internationale

Von Rosa Luxemburg

I.

Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt, und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammengebrochen. Alle Versuche, diese Tatsache zu leugnen, zu verschleiern oder zu beschönigen, haben, gleichviel aus welchen Motiven sie hervorgehen mögen, objektiv nur die Tendenz: jene verhängnisvollen Selbsttäuschungen der sozialistischen Parteien, jene inneren Gebrechen der Bewegung, die zum Zusammenbruch geführt haben, zu verewigen, zum bewußten Normalzustand zu erheben, die sozialistische Internationale auf die Dauer zur Fiktion, zur Heuchelei zu machen.

Der Zusammenbruch selbst ist in der Geschichte aller Zeiten beispiellos. Sozialismus oder Imperialismus – diese Alternative faßte erschöpfend die politischen Orientierung der Arbeiterparteien im letzten Jahrzehnt zusammen. Sie wurde namentlich in Deutschland in zahllosen Programmreden, Volksversammlungen, Broschüren und Zeitungsartikeln als die Losung der Sozialdemokratie, als ihre Auffassung der gegenwärtigen Geschichtsphase und deren Tendenz formuliert.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges ist das Wort zum Fleische, die Alternative aus einer geschichtlichen Tendenz zur politischen Situation geworden. Gestellt vor diese Alternative, die sie zuerst erkannt und zum Bewußtsein der Volksmassen gebracht hatte, strich die Sozialdemokratie die Segel, räumte kampflos dem Imperialismus den Sieg ein. Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hat, wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierte und bestdisziplinierte Vortrupp der Internationale war, läßt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klassischsten nachweisen.

[5] Kautsky, der als Vertreter des sogenannten „marxistischen Zentrums“ oder politisch gesprochen: als der Theoretiker des Sumpfes, schon seit Jahren die Theorie zur willfährigen Magd der offiziellen Praxis der „Parteiinstanzen“ degradiert und dadurch zu dem heutigen Zusammenbruch der Partei redlich beigetragen hat, hat auch jetzt schon eine neue Theorie gerade zur Rechtfertigung und Beschönigung des Zusammenbruchs zurechtgedacht. Danach soll die Sozialdemokratie zwar ein Instrument

des Friedens, aber kein Mittel gegen den Krieg sein. Oder, wie Kautskys getreue Schüler im österreichischen „Kampf“ mit vielen Seufzern über die heutigen Verirrungen der deutschen Sozialdemokratie dekretieren: die einzige Politik, die dem Sozialismus während des Krieges gezieme, sei „das Schweigen“; erst wenn die Friedensglocken läuten, beginne er wieder in Funktion zu treten.[*)] Diese Theorie des freiwillig übernommenen Eunuchentums, die die Tugend des Sozialismus nur dadurch wahren zu können glaubt, daß sie ihn in den entscheidenden Momenten der Weltgeschichte als Faktor ausschaltet, leidet am Grundfehler aller Rechnungen der politischen Impotenz: das sie nämlich ohne den Wirt gemacht ist.

Gestellt vor die Alternative: für oder gegen den Krieg, ist die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie das „Gegen“ preisgegeben hat, durch der Geschichte ehernes Muß gezwungen worden, ihr volles Gewicht für den Krieg in die Waagschale zu werfen. Derselbe Kautsky, der in der denkwürdigen Fraktionsberatung des 3. August für die Bewilligung der Kredite plädierte und dieselben „Austromarxisten“ (wie sie sich selbst nennen), die auch jetzt im „Kampf“ die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen, vergießen gelegentlich Tränen über die nationalistischen Exzesse der sozialdemokratischen Parteiorgane und über die ungenügende theoretische Schulung, namentlich in der haarscharfen Zerspaltung des Begriffes „Nationalität“ und anderer „Begriffe“, die angeblich an jenen Verirrungen schuld sei. Aber die Dinge haben ihre Logik, auch wo die Menschen sie nicht haben wollen. Nachdem die Sozialdemokratie sich mit ihrer parlamentarischen Vertretung für die Unterstützung des Krieges entschieden hatte, wickelte sich alles andere von selbst mit der Unabwendbarkeit des historischen Geschickes ab.

Mit dem 4. August hat die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt zu „schweigen“, eine hochwichtige geschichtliche Funktion übernommen: als Schildknappe des Imperialismus im gegenwärtigen Kriege. Napoleon sagte einmal: zwei Faktoren entscheiden über den Ausgang einer Schlacht, der „irdische“ [6] Faktor, als da sind Terrain, Beschaffenheit der Waffen, atmosphärische Wirkungen usw., und der „göttliche“ Faktor, d. h. die moralische Verfassung des Heeres, seine Begeisterung, sein Glaube an die eigene Sache. Für den „irdischen“ Faktor im gegenwärtigen Kriege sorgte auf deutscher Seite am meisten die Firma Krupp in Essen, der „göttliche“ kommt in erster Linie auf das Konto der Sozialdemokratie. Die Dienste, die diese der deutschen Kriegführung seit dem 4. August geleistet hat und jeden Tag leistet, sind unermeßlich. Die Gewerkschaften, die mit dem Ausbruch des Krieges alle Lohnkämpfe an den Nagel gehängt haben und alle Sicherheitsmaßnahmen der Militärbehörden zur Verhütung von Volksunruhen mit dem Nimbus des „Sozialismus“ umgeben; die sozialdemokratischen Frauen, die ihre ganze Zeit und Kraft der sozialdemokratischen Agitation entziehen, um sie, Arm in Arm mit bürgerlichen Patriotinnen, zur Beschwichtigung notleidender Kriegerfamilien zu verwenden; die sozialdemokratische Presse, die mit einigen Ausnahmen ihre Tageblätter, Wochen- und Monatsschriften dazu gebraucht, um den Krieg als nationale Sache und Sache des Proletariats zu propagieren, um je nach der Wendung des Krieges die Russengefahr und die Greuel der Zarenregierung auszumalen, das perfide Albion dem Hasse des Volkes preiszugeben, über die Aufstände und Revolutionen in fremden Kolonien zu jubeln, die Wiedererstarkung der Türkei nach diesem Kriege zu prophezeien, den Polen, Ruthenen und allen Völkern die Freiheit zu versprechen, der proletarischen Jugend kriegerische Tapferkeit und Heldenmut beizubringen, – kurz, die öffentliche Meinung und die Volksmasse vollkommen für die Ideologie des Krieges zu bearbeiten; die sozialdemokratischen Parlamentarier und Parteiführer endlich, die nicht bloß Geldmittel für die Kriegführung bewilligen, sondern jede beunruhigende Regung des Zweifels und der Kritik, alle „Quertreiberei“ in den Volksmassen schneidig zu ersticken suchen, ihrerseits aber durch persönliche Dienste diskreter Natur wie durch Broschüren, Reden und Artikeln von echtestem deutsch-nationalem Patriotismus die Regierung unterstützen – wo war ein Krieg in der Weltgeschichte, in dem Ähnliches geschah?

Wo und wann ist die Aufhebung aller Verfassungsrechte mit solcher Selbstverständlichkeit und Ergebung hingenommen worden? Wo ist je der strengsten Pressezensur aus den Reihen der Opposition ein solcher Hymnus gesungen worden, wie in den einzelnen Blättern der deutschen Sozialdemokratie? Noch nie hat ein Krieg solche Pindare, nie eine Militärdiktatur solchen Gehorsam gefunden, nie

[*)] S. den Artikel Fr. Adlers im Januar-Heft des „Kampf“.

hat eine politische Partei alles, was sie war und besaß, so inbrünstig auf dem Altar einer Sache hingegeben, gegen die bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen sie sich und der Welt tausendmal geschworen [7] hatte. Gemessen an dieser Wandlung sind die Nationalliberalen wahre römische Katone, rochers de bronce. Gerade die mächtige Organisation, gerade die vielgepriesene Disziplin der deutschen Sozialdemokratie bewährten sich darin, daß der Viermillionen starke Körper sich auf Kommando einer Handvoll Parlamentarier in vierundzwanzig Stunden wenden und vor einen Wagen spannen ließ, gegen den Sturm zu laufen sein Lebensziel war. Die fünfzigjährige Vorbereitungsarbeit der Sozialdemokratie verwirklicht sich im heutigen Kriege, dessen Wucht und siegreiche Kraft auf deutscher Seite von den Gewerkschaften wie von Parteiführern in hohem Maße als Frucht der „Schulung" der Massen in den proletarischen Organisationen beansprucht wird. Marx, Engels und Lassalle, Liebknecht, Bebel und Singer schulten das deutsche Proletariat, damit Hindenburg es führen kann. Und je höher die Schulung, die Organisation, die berühmte Disziplin, der Ausbau der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse in Deutschland als in Frankreich, um so wirksamer die Kriegshilfe der deutschen Sozialdemokratie im Vergleich zur Kriegshilfe der französischen. Mitsamt ihren Ministern erscheinen die Sozialisten Frankreichs im ungewohnten Handwerk des Nationalismus und der Kriegführung wahre Stümper, wenn man ihre Taten mit den Diensten vergleicht, die die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften dem vaterländischen Imperialismus leisten.

II.

Die offizielle Theorie, die den Marxismus für den jeweiligen Hausbedarf der Parteiinstanzen zur Rechtfertigung ihrer Tagesgeschäfte nach Belieben mißbraucht und deren Organ die „Neue Zeit" ist, versucht die kleine Unstimmigkeit zwischen der heutigen Funktion der Arbeiterpartei und ihren gestrigen Worten dadurch zu erklären, daß der internationale Sozialismus sich zwar viel mit der Frage beschäftigt habe, was g e g e n den Ausbruch des Krieges, nicht aber damit, was n a c h seinem Ausbruche zu unternehmen sei.[*)] Als gefälliges Mädchen für alle versichert uns diese Theorie, das zwischen der heutigen Praxis des Sozialismus und seiner Vergangenheit die schönste Harmonie obwalte, daß keine der sozialistischen Parteien sich etwas vorzuwerfen hätte, was ihre Zugehörigkeit zur Internationale in Frage stellen würde. Gleichzeitig aber hat diese schmiegsame und biegsame Theorie auch schon eine ausreichende Erklärung in der Tasche für den Widerspruch zwischen der heutigen Position der internationalen Sozialdemokratie und ihrer Vergangenheit, ein Widerspruch, der nun doch das blödeste Auge schlägt. Die Inter-[8]nationale habe nur die Frage der Verhütung des Krieges ventiliert. Nun aber „war der Krieg da", wie die Formel heißt, und nun stellte es sich heraus, daß nach Ausbruch des Krieges ganz andere Verhaltungsmaßregeln für die Sozialisten gelten als vor dem Kriege. Sobald der Krieg da sei, gelte für jedes Proletariat nur noch die Frage: ob Sieg oder Niederlage. Oder wie ein anderer „Austromarxist", Fr. Adler, mehr naturwissenschaftlich-philosophisch erklärt: die Nation müsse wie jeder Organismus vor allem ihr Dasein behaupten. Auf gut deutsch heißt das: es gibt für das Proletariat nicht e i n e Lebensregel, wie es der wissenschaftliche Sozialismus bisher verkündete, sondern es gibt deren z w e i: eine für den Frieden und eine für den Krieg. Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege! Also heute „jeder Schuß ein Ruß, – jeder Stoß ein Franzos", und morgen nach Friedensschluß „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt". Denn die Internationale ist „im wesentlichen ein Friedensinstrument", aber „kein wirksames Werkzeug im Kriege"[**)].

Diese gefällige Theorie eröffnet nicht bloß reizvolle Perspektiven für die sozialdemokratische Praxis, indem sie die Wandelbarkeit der Fraktion Drehscheibe, gepaart mit dem Jesuitismus des Zentrums, geradezu zum Grunddogma der sozialistischen Internationale erhebt. Sie inauguriert auch noch eine

[*)] S. den Artikel in der „Neuen Zeit" vom 2. Oktober v. J.
[**)] S. den Artikel in der „Neuen Zeit" vom 27. November v. J.

ganz neue „Revision“ des historischen Materialismus, eine Revision, gegen die alle ehemaligen Versuche Bernsteins als ein harmloses Kinderspiel erscheinen. Die proletarische Taktik v o r Ausbruch des Krieges und n a c h diesem Ausbruch soll ganz verschieden, ja direkt entgegengesetzten Richtlinien folgen. Das setzt voraus, daß auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die Grundlagen unserer Taktik, im Frieden und im Kriege grundverschieden sind. Nach dem historischen Materialismus, wie ihn Marx begründet hat, ist die ganze bisherige geschriebene Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen. Nach Kautskys revidiertem Materialismus muß hinzugefügt werden: ausgenommen die Kriegszeiten. Demnach verläuft die gesellschaftliche Entwicklung, da sie seit Jahrtausenden von Kriegen periodisch durchsetzt ist, nach folgendem Schema: eine Periode der Klassenkämpfe, darauf Pause, worin Zusammenschluß der Klassen und nationale Kämpfe, [9] darauf wieder eine Periode der Klassenkämpfe: wieder Pause und Zusammenschluß der Klassen und so mit Grazie fort. Jedes Mal werden die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens im Frieden durch den Kriegsausbruch auf den Kopf gestellt, die der Kriegsperiode mit dem Augenblick des Friedensschlusses umgestülpt. Das ist schon, wie man sieht, nicht mehr eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung „in Katastrophen“, gegen die sich Kautsky einst mit anderen „Quertreibern“ zu wehren hatte; das ist eine Theorie der Entwicklung – in Purzelbäumen. Die Gesellschaft bewegt sich hier etwa wie der treibende Eisberg im Frühlingsgewässer, der, wenn seine Basis im lauen Strom ringsherum abgeschmolzen ist, nach einer gewissen Zeit den Kopfsturz macht, worauf sich dasselbe niedliche Spiel periodisch wiederholt.

Nun schlagen aber diesem revidierten Geschichtsmaterialismus nicht bloß alle bekannten Tatsachen der bisherigen Geschichte derb ins Gesicht, indem sie, statt des frisch konstruierten Gegensatzes zwischen Krieg und Klassenkampf, vielmehr schon sinnenfällig einen ständigen dialektischen Umschlag der Kriege in Klassenkämpfe und der Klassenkämpfe in Kriege und so ihre innere Wesenseinheit aufzeigen. So in den Kriegen der mittelalterlichen Städtegeschichte, so in den Reformationskriegen, so in dem niederländischen Befreiungskrieg, so in den Kriegen der großen französischen Revolution, so in dem amerikanischen Sezessionskrieg, so in dem Pariser Kommuneaufstand, so in der großen russischen Revolution des Jahres 1905. Auch rein abstrakt-theoretisch genommen läßt Kautskys Theorie des historischen Materialismus von der marxistischen Theorie, wie eine kurze Überlegung klar macht, nicht einen Stein auf dem anderen bestehen. Wenn nämlich, wie Marx annimmt, sowohl Klassenkampf wie Krieg nicht vom Himmel fallen, sondern sich aus tiefliegenden ökonomisch-sozialen Ursachen ergeben, dann können beide nicht periodisch schwinden, wenn ihre Ursachen sich nicht in blauen Dunst auflösen. Nun ist der proletarische Klassenkampf nur eine notwendige Folgeerscheinung des Lohnverhältnisses wie der politischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Aber während des Krieges schwindet das Lohnverhältnis nicht im geringsten, im Gegenteil wird seine Wucht durch Spekulation und Gründerfieber, die auf dem üppigen Boden der Kriegsindustrie blühen, sowie durch den Druck der Militärdiktatur auf die Arbeiter gewaltsam gesteigert. Die politische Klassenherrschaft der Bourgeoisie hört ebensowenig im Kriege auf: im Gegenteil, sie wird durch die Aufhebung der Verfassungsrechte zur nackten Klassendiktatur erhoben. Wie kann also, da die ökonomischen und politischen Quellen des Klassenkampfes im Kriege zehnfach stärker in der Gesellschaft sprudeln, ihre unausbleibliche Folge, der Klassenkampf, aufhören? Umgekehrt ergeben sich Kriege der heutigen Geschichtsperiode aus den Konkurrenzinteressen der [10] Kapitalistengruppen und aus dem Ausdehnungsbedürfnis des Kapitals. Beide Triebfedern wirken aber nicht bloß, während die Kanonen dröhnen, sondern auch in den Friedenszeiten, wodurch sie gerade den Ausbruch der Kriege vorbereiten und unvermeidlich machen. Ist doch der Krieg – wie Kautsky mit Vorliebe aus Clausewitz zitiert – nur „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Und hat doch gerade die imperialistische Phase der Kapitalsherrschaft durch das Wettrüsten den Frieden illusorisch gemacht, indem sie im Grunde genommen die Diktatur des Militarismus, den Krieg in Permanenz erklärt hat.

Daraus ergibt sich für den revidierten Geschichtsmaterialismus ein Entweder – Oder. Entweder ist der Klassenkampf auch im Kriege das übermächtige Daseinsgesetz des Proletariats, und die Proklamierung der Klassenharmonie an dessen Stelle im Kriege durch die Parteiinstanzen ein Frevel wider die proletarischen Lebensinteressen. Oder der Klassenkampf ist auch im Frieden ein Frevel gegen die „nationalen Interessen“ und die „Sicherheit des Vaterlandes“. Entweder der Klassenkampf oder die

Klassenharmonie ist der fundamentale Faktor des gesellschaftlichen Lebens im Kriege wie im Frieden. Praktisch sieht die Alternative noch deutlicher aus: Entweder wird die Sozialdemokratie, wie ehemalige junge Draufgänger und heutige alte Betschwestern in unseren Reihen bereits reumütig ankündigen, vor der vaterländischen Bourgeoisie pater pecavi sagen und auch im Frieden ihre ganze Taktik und ihre Grundsätze gründlich revidieren müssen, um sich ihrer heutigen sozialimperialistischen Position anzupassen. Oder sie wird vor dem internationalen Proletariat pater pecavi sagen und ihr Verhalten im Kriege ihren Prinzipien im Frieden anpassen müssen. Und was für die deutsche, gilt hier selbstverständlich auch für die französische Arbeiterbewegung.

Entweder bleibt die Internationale ein Haufen Trümmer auch nach dem Kriege, oder ihre Auferstehung beginnt auf dem Boden des Klassenkampfes, aus dem sie allein ihre Lebenssäfte zieht. Sie wird nicht etwa durch das Hervorziehen der alten Leier nach dem Kriege wieder aufleben, auf der frisch-fromm-fröhlich und frei, wie wenn nichts geschehen wäre, die alten Melodien vorgespielt werden, die bis zum 4. August die Welt bezauberten. Nur durch eine „grausam gründliche Verhöhnung der eigenen Halbheiten und Schwächen“, des eigenen moralischen Falls seit dem 4. August, durch die Liquidierung der ganzen Taktik seit dem 4. August kann der Wiederaufbau der Internationale beginnen. Und der erste Schritt in dieser Richtung ist die Aktion für die schnelle Beendigung des Krieges, wie für die Gestaltung des Friedens nach dem gemeinsamen Interesse des internationalen Proletariats. [11]

III.

Zwei verschiedene Richtungen sind bis jetzt in den Reihen der Partei, soweit es sich um die Frage des Friedens handelt, in den Vordergrund getreten. Die eine durch das Parteivorstandsmitglied Scheidemann, durch mehrere andere Reichstagsabgeordnete und Parteiblätter vertreten, gibt als Echo der Regierung die Losung des „Durchhaltens“ aus und bekämpft die Bewegung für den Frieden als unzeitgemäß und gefährlich für die militärischen Interessen des Vaterlandes. Diese Richtung befürwortet die Fortsetzung des Krieges, sorgt also objektiv dafür, daß der Krieg im Sinne der herrschenden Klassen „bis zum Siege, der den Opfern entsprechen wird“, bis zum „gesicherten Frieden“ fortgeführt werde. Mit anderen Worten sorgen die Anhänger des „Durchhaltens“ dafür, daß die objektive Tendenz des Krieges möglichst nahe an die imperialistischen Eroberungen heranführt, die von der „Post“, von den Rohrbach, Dix und anderen Propheten der Weltherrschaft Deutschlands als das Ziel des Krieges offen ausgesprochen worden sind. Wenn nicht alle diese schönen Träume zur Wirklichkeit und die Bäume des jungen Imperialismus noch nicht in den Himmel wachsen werden, wird es so wenig die Schuld der „Post“-Leute sein wie ihrer Schrittmacher in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Nicht die feierlichen „Erklärungen“ im Parlament „gegen jede Eroberungspolitik“ sind offenbar maßgebend für den Ausgang des Krieges, sondern die Befürwortung des „Durchhaltens“. Der Krieg, für dessen Fortsetzung die Scheidemann und andere eintreten, hat seine eigene Logik, deren berufene Träger diejenigen kapitalistisch-agrarischen Elemente sind, die heute in Deutschland im Sattel sitzen, nicht aber die bescheidenen Figuren der sozialdemokratischen Parlamentarier und Redakteure, die ihnen bloß die Steigbügel halten. In dieser Richtung kommt die sozialimperialistische Haltung der Partei zum offensten Ausdruck.

Während auch in Frankreich die Parteiführer – freilich aus einer ganz anderen militärischen Situation heraus – noch an der Parole des „Durchhaltens bis zum Siege“ festhalten, macht sich allmählich in allen Ländern immer mehr eine Bewegung für die baldigste Beendigung des Krieges bemerkbar. Was am schärfsten für all diese Friedensgedanken und Friedenswünsche kennzeichnet, ist die sorgfältigste Aufstellung von Friedensbürgschaften, die bei der Beendigung des Krieges zu fordern sind. Nicht bloß die übereinstimmende Forderung: keine Eroberungen, sondern eine ganze Reihe neuer Forderungen tauchen da auf: allgemeine Abrüstung, oder bescheidener: planmäßige Einschränkung des Wettrüstens, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Freihandel für alle Nationen in den Kolonien und was der schönen Dinge mehr sind. Bewundernswert ist in all diesen Klauseln zur künftigen Beglückung der Mensch-[12]heit und zur Verhütung künftiger Kriege der unverwüstliche Optimismus, der, aus der furchtbaren Katastrophe des gegenwärtigen Krieges unversehrt hervorgegangen, noch am Grabe alter Hoffnungen neue – Resolutionen pflanzt. Wenn der Zusammenbruch des 4. August etwas bewiesen hat, so ist es die welthistorische Lehre, das eine wirksame Bürgschaft des Friedens und ein

tatsächlicher Schutzwall gegen Kriege nicht fromme Wünsche, nicht schlau ersonnene Rezepte und utopische Forderungen sind, die man an die herrschenden Klassen richtet, sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner Klassenpolitik, seiner internationalen Solidarität durch alle Stürme des Imperialismus treu zu bleiben. Nicht an Forderungen und Formeln, sondern an der Fähigkeit, hinter diese Forderungen den Willen und die Tat im Geiste des Klassenkampfes und der Internationalität zu setzen, hat es bei den sozialistischen Parteien der ausschlaggebenden Länder, vor allem bei der deutschen, gefehlt. Heute, nach allem, was wir erlebt haben, die Friedensaktion als eine Ausklügelung bester Rezepte gegen den Krieg auffassen, hieße, das Gefährlichste für den internationalen Sozialismus feststellen: nämlich, daß er trotz aller grausamen Lehren nichts gelernt und nichts vergessen hat.

Auch hierfür finden wir in Deutschland das Musterbeispiel. In der „Neuen Zeit“ stellte jüngst der Reichstagsabgeordnete Hoch ein Friedensprogramm auf, das er – wie ihm ein Parteiorgan bezeugte – mit großer Herzenswärme befürwortete. In diesem Programm fehlte nichts: weder eine nach Nummern aufgezählte Liste von „Forderungen“, die den künftigen Kriegen auf schmerzlose und sichere Weise vorbeugen sollen, noch eine sehr überzeugende Darlegung, das der baldige Friede möglich, notwendig und erwünscht sei. Nur eines fehlte: die Erklärung, daß und auf welchen Wegen für diesen Frieden gewirkt, mit Taten, nicht mit „Wünschen“ gewirkt werden soll! Der Verfasser gehört nämlich zu der kompakten Fraktionsmehrheit, die für Kriegskredite nicht bloß zweimal stimmte, sondern auch jedes Mal diese Zustimmung als eine politische, vaterländische, sozialistische Notwendigkeit befürwortete und, vorzüglich eingedrillt in der neuen Rolle, bereit ist, mit derselben Selbstverständlichkeit weitere Kredite für die Fortführung des Krieges zu bewilligen. Im gleichen Atem materielle Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu befürworten und die Wünschbarkeit des baldigen Friedens mit all seinen Segnungen zu preisen, „mit der einen Hand der Regierung das Schwert in die Faust zu drücken, mit der anderen den sanften Palmwedel des Friedens über der Internationale zu schwingen“, das ist ein klassisches Stück der praktischen Sumpfpolitik, wie sie theoretisch in derselben „Neuen Zeit“ propagiert wird.

[13] Wenn die Sozialisten neutraler Länder, wenn z. B. die Kopenhagener Konferenz die Ausarbeitung von Friedensforderungen und Friedensrezepten auf dem Papier in allem Ernst für eine Aktion zur baldigen Beendigung des Krieges hält, so ist das eine verhältnismäßig harmlose Verirrung. Die E r k e n n t n i s der springenden Punkte in der gegenwärtigen Situation der Internationalen und der Ursachen ihres Zusammenbruchs kann und muß Gemeingut aller sozialistischen Parteien werden. Die rettende T a t zur Wiederherstellung des Friedens wie der Internationale kann nur von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ausgehen. Der erste Schritt zum Frieden wie zur Internationale ist hier die Umkehr auf der Bahn des Sozialimperialismus. Und wenn die sozialdemokratischen Parlamentarier weiter die Mittel zur Kriegführung bewilligen, so sind ihre Friedenswünsche und Friedensrezepte und ihre feierlichen Erklärungen „gegen jede Eroberungspolitik“ im einzelnen das, was die Kautskysche „Internationale“, deren Mitglieder sich „nichts vorzuwerfen haben“ und die sich periodisch brüderlich umarmen oder sich die Hälse abschneiden, nämlich – eine Heuchelei und, was schlimmer noch – ein Wahngebilde. Auch hier haben die Dinge ihre eigene Logik. Mit der Bewilligung der Kriegskredite liefern die Hochs die Zügel aus der Hand und bewirken so gut das Gegenteil vom Frieden, nämlich das „Durchalten“, wie die Scheidemanns, die durch die Befürwortung des „Durchhaltens“ tatsächlich die Zügel an die „Post“-Leute ausliefern und so das Gegenteil ihrer feierlichen Erklärungen gegen „jede Eroberungspolitik“ bewirken, nämlich die Entfesselung der imperialistischen Instinkte – bis zum Verbluten. Auch hier gibt es nur ein Entweder – Oder: entweder Bethmann-Hollweg oder – Liebknecht. Entweder Imperialismus oder Sozialismus, wie ihn Marx verstand.

Wie in Marx selbst der scharfe historische Analytiker und der kühne Revolutionär, der Mann des Gedankens und der Mann der Tat, unzertrennlich miteinander verbunden waren, einander unterstützten und ergänzten, so hatte der Marxismus als sozialistische Lehre zum ersten Male in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung die theoretische Erkenntnis mit der revolutionären Tatkraft des Proletariats gepaart, die eine durch die andere durchleuchtet und befruchtet. Beide gehören gleichmäßig

zum innersten Wesen des Marxismus; jede, getrennt von der anderen, verwandelt den Marxismus in ein trauriges Zerrbild seiner selbst. Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe eines halben Jahrhunderts von der theoretischen Erkenntnis des Marxismus die reichsten Früchte geerntet, durch ihre Säfte einen mächtigen Körper großgezogen. Gestellt vor die größte historische Probe, eine Probe, die sie obendrein theoretisch mit der Sicherheit eines Naturforschers vorausgesehen und in allen [14] wesentlichen Zügen vorausgesagt hatte, versagte ihr völlig das zweite Lebenselement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß zu v e r s t e h e n , sondern sie auch zu m a c h e n . Mitsamt ihrer mustergültigen theoretischen Erkenntnis und organisatorischen Kraft wurde sie vom Wirbel des geschichtlichen Stroms erfaßt, im Nu wie ein steuerloses Wrack umgedreht und unter die Winde des Imperialismus gestellt, gegen die sie sich zum rettenden Eiland des Sozialismus vorwärts arbeiten sollte. Die Niederlage der gesamten Internationale war schon mit diesem Mißgeschick ihres „Vortrupps“ ihrer geschultesten, stärksten Elite, selbst ohne die Irrungen anderer gegeben.

Ein welthistorischer Zusammenbruch ersten Ranges, der die Befreiung der Menschheit von der Herrschaft des Kapitalismus in gefährlicher Weise verwickelt und verzögert. Wenn es aber so kommen mußte, so ist dennoch der Marxismus daran völlig unschuldig. Und alle Versuche, ihn heute dem augenblicklichen Marasmus der sozialistischen Praxis anzupassen, ihn zum feilen Apologetentum des Sozialimperialismus zu prostituieren, sind gefährlicher selbst als alle offenen und schamlosen Exzesse der nationalistischen Verirrung in den Reihen der Partei; diese Versuche führen dahin, nicht bloß die wirklichen Ursache[n] des tiefen Falls der Internationale zu verbergen, sondern auch die Quellen ihrer künftigen Aufrichtung aus diesem Fall zu verschütten. Die Internationale wie ein Friede, der dem Interesse der proletarischen Sache entspricht, können nur aus der Selbstkritik des Proletariats geboren werden, aus der Besinnung auf die eigene Macht, jene Macht, die am 4. August wie ein schwankes Rohr, vom Sturm gepeitscht knickte, die aber, zu ihrer wahren Größe aufgerichtet, geschichtlich berufen ist, tausendjährige Eichen des sozialen Unrechts zu brechen und Berge zu versetzen. Der Weg zu dieser Macht, – nicht papierne Resolutionen – ist zugleich der Weg zum Frieden und zum Wiederaufbau der Internationale.

*

Der Aufsatz der Genossin Luxemburg ist schon Anfang des Februar verfaßt worden. Da sie seit ihrer Inhaftierung nichts mehr daran ändern kann, halte ich mich zu der tatsächlichen Bemerkung verpflichtet, daß Kautsky seitdem bestritten hat, für die Kriegskredite plädiert zu haben. In einer Polemik sagt er selbst über seine damalige Stellung: „Ich glaubte, die Schwierigkeiten der Situation ließen sich am ehesten vermeiden durch Stimmenthaltung. Da diesem Wege weder die Mehrheit noch die Minderheit zustimmte, erschien es mir zum mindesten erwägenswert, die Entscheidung von der Gewährung von Garantien abhängig zu machen.“ Dazu bemerkte das „Hamburger Echo“, von dem ein oder gar zwei Redakteure der Reichstagsfraktion angehören: „Durchaus zuverlässige Parteigenossen, sichere Beobachter, sagen übrigens: Kautsky hat bei der offi-[15]ziellen Besprechungen, zu denen er hinzugezogen war, gar keine Stimmenthaltung ernsthaft empfohlen. Hat er’s getan, so vielleicht in einer Kaffeerunde der Unverantwortlichen.“ Darauf ist keine Antwort mehr erfolgt. S. Nr. 50 des „Hamburger Echo“ vom 28. Februar d. J.

Ferner ist zu ergänzen, daß Genosse Hoch am 20. März zu der Fraktionsminderheit gehörte, die vor der Abstimmung den Reichstagssaal verließ, da er nicht den Etat und auch nicht zehn, sondern nur fünf Milliarden neuer Kriegskredite bewilligen wollte. Franz Mehring

*

Wer zahlt die Kriegskosten?

Von J o h a n n e s K ä m p f e r

Als im Januar dieses Jahres über die finanziellen Verhandlungen zwischen Rußland, England und Frankreich berichtet wurde, fügte die „Frankfurter Volksstimme“ der Notiz die Bemerkung bei: „Mögen sie borgen und bezahlen! Wir kämpfen und arbeiten.“ – Stolz lieb ich den Spanier!

Indessen scheint es an der Zeit, daß man auch in Deutschland sich etwas mit der Frage des Bezahlens beschäftigt, nachdem das Borgen mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion besorgt ist. In der kapitalistischen Welt ist nun einmal der Krieg im hohen Grade eine Geldsache, und das Proletariat ist insofern ganz besonders an der Frage interessiert, als ihm in erster Linie das Bezahlen überlassen zu werden pflegt. Die deutsche Sozialdemokratie hat den Militarismus sehr eingehend mit dem Hinweis

auf seine Kosten bekämpft, hat reichlich hierbei zuweilen sogar des Guten zu viel getan, weil die Erörterung anderer Seiten dabei zu kurz kam. Aber die Frage zu mißachten, wer die Kosten des Krieges aufzubringen hat, wäre von Grund aus falsch.

Die Finanzfragen, um die es sich hier handelt sind aufs engste mit den allgemein wirtschaftlichen Fragen verknüpft. Welche wirtschaftlichen Folgen der Krieg zeitigt, soll hier nicht eingehend erörtert werden, nur muß der Illusion entgegengetreten werden, als ob tatsächlich das wirtschaftliche Getriebe intakt geblieben ist. Fürwitzige Kritiker behaupten es allerdings. Ihnen imponiert über alle Maßen, daß „die Maschine läuft“. Nur wenn man Kies zwischen die Mühlsteine schüttet, wird die Mühle sehr energisch klappern, nur ist das Resultat, daß statt Mehl – Sand entsteht und die Mühle ruiniert wird. Der „gute Geschäftsgang“, der in allen kriegführenden Ländern gemeldet wird, ist indessen solches Mahlen von Kies statt Korn. Das Getriebe wird künstlich aufrecht erhalten, weil der moderne Krieg eine [16] Unsumme von Zerstörungsmitteln erfordert, die das Produkt menschlicher Arbeit sind. Es ist jedoch, volkswirtschaftlich genommen, eine unbedingt unproduktive, ja schädliche Arbeitsleistung: statt zu bereichern führt sie zur Verarmung. Millionen Männer widmen sich in Europa dem Werke der Zerstörung und weitere Millionen schaffen, um die Zerstörungswerkzeuge zu liefern. Eine gigantische Vergeudung von Stoff und Kraft, die die kriegführenden Völker ärmer machen wird. In Geld gerechnet dürfte der Krieg, wenn man nicht nur die unmittelbaren Kosten rechnet, sondern auch die Verwüstungen und die Verluste an Menschenleben veranschlagt, viele hundert Milliarden Mark kosten.

Trotzdem geht die Akkumulation von Kapital vor sich. In jedem Kriege des kapitalistischen Zeitalters haben sich bestimmte Gruppen, insbesondere die Heereslieferanten, bereichert, und in diesem Kriege scheint das in nie dagewesenem Maßstabe vorzukommen. Wenn aber bei der allgemeinen Verarmung bestimmte Kreise sich im Gegenteil bereichern – und diese Bereicherung dürfte sich auf viele Milliarden belaufen – so ist das nur möglich, weil die Verarmung die großen Massen der werktätigen Bevölkerung trifft: viele Tausende von Bauern und Kleinbürgern wird der Krieg in die Reihen des Proletariats hinabstürzen, während die Arbeiterschaft ihre Spargroschen verliert (am verhängnisvollsten, fürchten wir, dürfte die Aufzehrung der Kampffonds der gewerkschaftlichen Organisation sein), darüber hinaus aber infolge der Unterernährung an Lebenskraft einbüßt, was besonders für die heranwachsende Generation verhängnisvolle Folgen haben muß.

Wenn nun vom Bezahlen der Kriegskosten die Rede ist, so ist zu beachten, daß dieser Krieg in noch höherem Maße, als jeder frühere, auf Kredit geführt wird. Der Geldumlauf Erhälts eine ganz besondere, verzerrte Form. Den Regierungen der kriegführenden Staaten sind Kredite von vielen Milliarden zur Verfügung gestellt. Es geschieht nicht in der Form, daß ihnen Geld eingehändigt wird, denn so viel Geld, wie die Kriegsanleihen betragen, gibt es überhaupt nicht, sondern es wird diesen Regierungen durch finanzielle Abmachungen die Verfügung über Kapital überlassen. Das gelingt um so leichter, als die Kapitalseigner vielfach während des Krieges infolge des Brachliegens der industriellen Produktion, für das Umlaufkapital keine Verwendung haben. Die Regierungen verausgaben das Kapital, indem sie Kriegsmaterial kaufen, den Millionen Soldaten Unterhalt gewähren und auch einen großen Teil der Familien dieser Soldaten unterstützen. Von den verausgabten Summen bleibt ein sehr gewichtiger Teil in den Händen der Unternehmer, der Kriegslieferanten, alles andere dient der „Konsumtion“, nämlich dem Verbrauch zu absolut unproduktiven Zwecken. Dieses Kapital [17] muß indessen zurückgezahlt und verzinst werden und die Rechnung wird nach dem Kriege präsentiert.

Die Anschauung, als ob der niedergerungene Feind diese Kosten zu tragen haben wird, indem er Kriegsentschädigung entrichtet, kann nur von Leuten gehegt werden, denen jeder Einblick in die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse fehlt. Seit den napoleonischen Kriegen sind Kriegsentschädigungen in großem Maßstabe nur in zwei Fällen gezahlt worden: Frankreich mußte 1971 an Deutschland 4 Milliarden Mark zahlen und China wurde nach der Expedition von 1901 eine Kontribution auferlegt, die es heute noch nicht abgezahlt hat. In dem Krimkriege, dem französisch-italienischen, spanisch-amerikanischen, in den Balkankriegen und im Transvaal-Kriege wurden Entschädigungen überhaupt nicht gezahlt, 1866 zahlte Österreich an Preußen die Lappalie von 20 Millionen Talern. Frankreich mußte 1871 die harte Bedingung eingehen, denn es war militärisch niedergeworfen, und es konnte sich darauf einlassen, da es wirtschaftlich während des kurzen Feldzuges verhältnismäßig

wenig gelitten hatte. Es war damals das zweitreichste Land in Europa und konnte durch die Zahlung andere Härten der Friedensbedingungen abwenden. – Heute liegen die Dinge so, daß bereits jetzt alle kriegführenden Länder wirtschaftlich schwer gelitten haben; die Kosten der Kriegführung sind enorm und ein jedes dieser Länder wäre vollständig erschöpft, wenn es außer den eigenen auch die Kosten des Siegers tragen müßte. Das würde den Ruin bedeuten, den Staatsbankrott und damit eine gewaltige wirtschaftliche Schädigung der Besitzenden des betreffenden Landes. Die Zahlung einer Kriegsentschädigung zur Friedensbedingung machen, bedeutet daher den äußersten Widerstand dieser Besitzenden herausfordern; die unterliegende Partei würde diese Bedingung nur dann annehmen, wenn sie militärisch vollständig vernichtet, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre. Es kommt hinzu, daß eine solche wirtschaftliche Vernichtung des Gegners den Sieger selbst schädigen müßte. Denn bei den intensiven wirtschaftlichen Beziehungen, die heute unter den einzelnen kapitalistischen Ländern bestehen, bedeutet der Ruin eines von ihnen die Schädigung auch der anderen: Verlust an Kapital, das in diesem Lande investiert ist und Verlust des Absatzmarktes. – Vor allem stehen indessen die Dinge bisher so, daß ein vollständiger Sieg einer der ringenden Staatengruppen, bei dem jede Bedingung von der unterliegenden Gruppe angenommen werden muß, außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen scheint.

Annexionen von Gebietsteilen, wie sie von kriegswütigen Politikern gefordert werden, bedeuten unter keinen Umständen finanziellen Gewinn für den annektierenden Staat, da es sich nur um Gebiete handeln könnte, die [18] durch den Krieg wirtschaftlich ruiniert sind. Sollten aber die „Kompensationen“ in der Aneignung kolonialer Gebiete gesucht werden, so bedeutet das eine finanzielle Belastung, weil Kolonien stets Ausgaben für den beherrschenden Staat bedeuten.

Somit ist es wohl als sicher anzunehmen, daß schließlich jedes Land, das als selbständiger Staat nach diesem Kriege bestehen bleibt, die Kosten seiner Kriegführung selbst zu tragen haben wird.

Wie hoch diese sein werden, läßt sich heute keineswegs genau schätzen, vor allem, weil bisher das Ende des Krieges noch gar nicht abzusehen ist. Immerhin dürfte es nützlich sein, sich ein wenn auch entfernt richtiges Bild über die finanziellen Folgen des Krieges vor Augen zu halten. Versuchen wir, es für Deutschland zu skizzieren.

Die Kriegskosten im gewöhnlichen Sinne, d. h. die Ausgaben, die der Regierung aus der Kriegführung entstehen, sind nicht genau bekannt. Die Schätzungen gehen ziemlich weit auseinander. In dem englischen Fachblatt „The Economist“ werden sie für Deutschland auf 47 Millionen Mark pro Tag geschätzt, also 1,41 Milliarden im Monat, während Professor Julius Wolff sie auf täglich 40 Millionen, also 1,2 Milliarden pro Monat veranschlagt. Nehmen wir die niedrigere Schätzung an, so haben die verflossenen acht Kriegsmonate 9,6 Milliarden Mark Kosten verursacht.

Zur Deckung dieser Kosten hat sich die Regierung Kredit im Betrage von 20 Milliarden Mark bewilligen lassen, und der neue Schatzsekretär, Herr Helfferich erklärte, daß diese Summe bis in den Herbst ausreichen werde. – Dieser Kriegskredit ist nicht billig. Die Anleihen werden mit 5 Prozent verzinst und unter p a r i begeben. Im Reichshaushaltsentwurf ist denn auch für die Verzinsung der 20 Milliarden die runde Summe von einer Milliarde angesetzt. Das dürfte jedoch nicht die ganzen Kosten des „Schuldendienstes“ darstellen. Bisher hat man zwar in der Finanzwirtschaft des Reiches die Frage der Schuldentilgung auf die leichte Achsel genommen: es wurde wiederholt (bei den „Finanzreformen“ von 1906 und 1909) beschlossen zu tilgen, aber es blieb bei den guten Vorsätzen; faktisch wurde nichts von der Schuld abgetragen, sondern sie wurde in den letzten Jahren beständig erhöht. Nach Beendigung des Krieges kann es unmöglich so weitergehen, denn man würde den Kredit des Reiches in Grund und Boden zerstören, wenn man nicht endlich mit der Schuldentilgung ernst macht. Das muß um so mehr geschehen, da voraussichtlich weitere Anleiheoperationen vorgenommen werden müssen. Ein Teil der bisherigen Anleihen ist als „Schatzanweisungen“ aufgenommen worden, d. h. als befristeter Kredit: dieser Teil der Anleihen soll in den Jahren 1920 bis 1922 zurückgezahlt [19] werden. Daß es möglich sein sollte, bis zu dieser Zeit ein paar Milliarden Überschüsse herauszuwirtschaften, die für die Rückzahlung verwendbar wären, scheint recht fraglich; man wird also die befristete Anleihe in eine dauernde verwandeln, d. h. man wird von neuem borgen um die fällige Schuld

zu zahlen. Rechnen wir nun nur mit einer Tilgungsquote von 1 Prozent, so sind das auf die 20 Milliarden Kriegsschuld 200 Millionen. Verzinsung und Tilgung werden also nach dem Kriege mindestens 1200 Millionen Mark Ausgaben erfordern.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die Einzelstaaten ebenfalls Ausgaben für Kriegszwecke zu bestreiten haben, die sie durch Anleihen decken müssen. Preußen hat sich einen Kredit von einer Milliarde bewilligen lassen, die übrigen Einzelstaaten werden sicher nachkommen. Es ist wohl zu hoffen, daß nach dem Kriege das verworrene Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten endlich geordnet wird; aber wie immer es geschieht, diese Kriegsausgaben werden schließlich die Reichsfinanzen belasten Verzinsung und Tilgung dieser einzelstaatlichen Anleihen werden aus Reichsmitteln zu zahlen sein, die Summe von 1200 Millionen Mark jährlicher Ausgaben dürfte sich also noch erheblich erhöhen. Doch lassen wir dies vorerst außer Betracht.

Eine weitere unvermeidliche Ausgabe ist die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer. Nach dem deutsch-französischen Kriege wurde aus der Kriegsentschädigung der Kriegsinvalidenfonds in Höhe von 561 Millionen Mark gebildet. Dieses Kapital wurde zinstragend angelegt (in Eisenbahnobligationen). Die Zinsen reichten indessen nicht aus, um die Ausgaben zu bestreiten, sondern es mußte das Kapital angegriffen werden. Im Jahre 1911 war der Fonds aufgebraucht und die Kosten der Unterstützung der Invaliden von 1870 und ihrer Angehörigen mußten auf das Reich übernommen werden. Im Etat für das Jahr 1914/15 sind diese Ausgaben mit 27.435.000 Mark angesetzt. Zu versorgen sind 2303 Offiziere und Beamte, 22.782 Feldwebel, Unteroffiziere und „Gemeine“, außerdem 1071 Witwen und Waisen der Offiziere, 12.146 der „Gemeinen“; insgesamt 37.302 Personen. Pro Person beträgt die Unterstützung danach rund 735 M. Die gezahlten Unterstützungen sind zwar durch das Gesetz von 1906 aufgebessert worden, aber sie können auch heute noch nicht für genügend gelten angesichts der seither eingetretenen Verminderung der Kaufkraft des Geldes. Nach dem Kriege ist eine Verteuerung des Lebensunterhaltes todsicher zu erwarten, und man wird die Unterstützungssätze erhöhen müssen, wenn nicht die Kriegsopfer bittere Not leiden sollen. – Das Rechenexempel lautet also: wenn 43 Jahre nach dem Kriege, wo bereits die meisten Invaliden und Witwen der Gefallenen ver-[20]storben sind, noch 27,4 Millionen aufgewendet werden, wie hoch wird die Aufwendung nach diesem Kriege sein, unter Berücksichtigung, daß die Zahl der Kriegsteilnehmer um ein vielfaches größer ist, daß der Krieg bei weitem blutiger ist, daß die Zahl der hoffnungslosem Siechtum verfallenen Soldaten angesichts der Form des Kampfes wahrscheinlich riesengroß sein wird, daß schließlich die Kaufkraft des Geldes eine geringere geworden ist? Setzen wir das Dreißigfache der im jetzigen Etat figurierenden Summe an, so ist das kaum zu hoch geschätzt und wir erhalten bereits die Summe von 723,05 Millionen Mark. – Prüfen wir nach anderer Rechnungsweise nach. Da anerkanntermaßen die Durchschnittsunterstützung von 736 M. nicht ausreicht, wird man mit einem Durchschnitt von 1000 M. zu rechnen haben. Dies um so mehr, da die Zahl der invaliden Offiziere und der Offizierswitwen und -waisen, die ein gesetzliches Recht auf Pensionen haben, absolut und im Verhältnis zur Gesamtzahl sehr groß sein wird. Die Summe von 723 Millionen reicht dann für 723.000 Personen. Die Zahl der Verluste im französischen Kriege betrug an Toten und Verwundeten 129.700 Mann. Die Stärke der im Felde stehenden Armee dürfte heute um mindestens das Vierfache größer sein als damals (es standen 1870 rund 1.146.000 Mann im Felde). Die Verluste an Schwerverwundeten sind heute angesichts der Artilleriekämpfe relativ größer und der Krieg dauert jetzt schon länger als jener von 1870. Dazu kommt, daß auch die Zahl der Witwen und Waisen jetzt relativ größer sein dürfte, weil der Prozentsatz der Familienväter unter den Soldaten größer ist als damals. Somit erscheint die Zahl von 723.000 infolge des Krieges unterstützungsberechtigten Personen keineswegs übertrieben groß, sondern eher zu klein geschätzt. – Es dürfte daher der Bedarf für die Unterstützungen in den ersten Jahren des Krieges mit 750 Millionen Mark jährlich sicher nicht zu hoch veranschlagt sein. Von anderer Seite sind beträchtlich höhere Summen genannt: 800 Millionen bis zu einer Milliarde; wir setzen aber, um nicht der Übertreibung geziehen zu werden, die genannte Summe in Rechnung: 750 Millionen Mark in den ersten Jahren nach dem Krieg.

In den Kriegsausgaben von 20 Milliarden Mark ist nichts weiter einbegriffen als die Kosten der Verpflegung der Armee und der Beschaffung von Kriegsmaterial aller Art. Selbstverständlich nützt sich

das Kriegsmaterial ab und nach einem monatelangen Feldzug wird der größte Teil des Kriegsmaterials, von den Geschützen bis auf die Socken, der Erneuerung bedürfen. Das gilt insbesondere auch für die Flotte. Selbst wenn nicht, wie bisher noch nach jedem Kriege, grundlegende Neuerungen in der Bewaffnung eintreten sollten, so werden die Kosten dieses Ersatzes sehr hoch [21] sein. Schätzen lassen sie sich vorläufig kaum. Es hängt z. B. sehr viel davon ab, ob man nach den jetzigen Erfahrungen im Seekriege von neuem kostspielige Schlachtschiffe und obendrein Unterseeboote in gewaltiger Zahl bauen wird. Sicher ist nur, daß die Ausgaben hier enorm sein werden. Aber ebenso wird es Milliarden kosten, bis die Artillerieparks, die Zeughäuser und Magazine von neuem gefüllt sind, das Pferdematerial ergänzt ist, die Flugzeuge, Luftschiffe, Automobile beschafft sind. Den Einwand, daß diese Ausgaben beschränkt werden können durch eine internationale Einschränkung der Rüstungen, dürften nur unverbesserliche Optimisten erheben. Die sozialen Machtverhältnisse verschieben sich nicht, es werden nach dem Kriege eher die Widerstände gegen den Militarismus geringer sein als bisher. Speziell in Deutschland bleibt formell die bisherige Reichstagsmehrheit bestehen, die an Bewilligungseifer nicht zu übertreffen ist. Man wird vielleicht zu dem Mittel greifen, diese Ausgaben auf einen längeren Zeitraum zu verteilen, indem man die Kosten vorerst durch weitere Anleihen deckt, so daß in den nächsten Jahren das Budget nicht durch die vollen Jahresraten der Ausgaben, sondern nur durch Zinsen und Tilgungsraten dieser Anleihe gedeckt wird. Indessen ist sehr fraglich, ob nach dem Kriege, wenn das Kapital wieder profitable Anlagen in Industrie und Gewerbe findet, derartige große Anleihen möglich sein werden. – Wir wiederholen, daß eine Schätzung dieser Neuausgaben schwer möglich ist. Wenn wir die Ausgaben über den bisherigen Militär- und Flottenetat hinaus mit 300 Millionen Mark jährlich ansetzen, so ist das sicher viel zu niedrig.

Es kommt hinzu, daß die Kriegszeit im Reichshaushalt Defizite verursachen muß. Der neue Schatzsekretär stellte zwar in seiner Budgetrede für das ablaufende Finanzjahr 1914/15 einen Überschuß in Aussicht, fügte aber gleich hinzu, daß dieser nur auf dem Papier stehe. Es dürfte folgendes gemeint sein: von den Summen, die im Etat für Heer und Marine vorgesehen sind, kommt ein Teil in Fortfall, weil seit dem 1. August diese Ausgaben nicht aus den regelmäßigen Einnahmen bestritten werden, sondern aus den durch Anleihen aufgebrachten Mitteln; dadurch verschieben sich die Staatsposten. In Wirklichkeit steht die Sache so: in den acht Kriegsmonaten sind sicher die Einnahmen des Reiches gewaltig zurückgegangen. Die Einnahme aus den Zöllen, die auf 713 Millionen veranschlagt war, wird stark reduziert, da in den Kriegsmonaten die Einfuhr auf ein Minimum gesunken ist und die Zölle für Lebensmittel aufgehoben sind. Auch die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern (Bier-, Branntwein-, Tabak-Steuer) dürfte stark vermindert sein und ebenso jene aus den Stempelsteuern (Börsen-, Wertpapier-, Wechsel-, Grundstückübertragungs-Stempel). Auch die Einnahme der Postverwaltung dürften [22] stark zurückgegangen sein. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben – auch abgesehen von den direkten Kriegskosten – sicher nicht zurückgegangen, sondern sie stellen sich höher. Zieht man von den Ausgaben im ordentlichen Etat – der für 1914/15 mit 3403 Millionen bilanziert wurde – jene für Heer und Marine ab, so bleiben rund 1728 Millionen Mark als Kosten der Zivilverwaltung (darunter 751 Millionen für die Reichspost, 114,5 Millionen für die Verwaltung der Reichseisenbahnen, 145,3 Millionen für den Pensionsfonds, 249,4 Millionen für den Schuldendienst, 99,4 Millionen für das Reichsamt des Innern). In den acht Kriegsmonaten, die in das Finanzjahr fallen, sind sicher manche Positionen überschritten worden (die Beamten beziehen einen Teil ihres Gehaltes fort, während die herbeigezogenen Hilfskräfte entlohnt werden müssen; die Ausgabe für Verzinsung der Reichsschuld steigt, weil die erste Anleihe, die im Oktober realisiert wurde, verzinst werden muß usw.) Es ist daher sehr fraglich, ob die Einnahmen auch nur die Ausgaben der Zivilverwaltung decken werden. Im neuen Finanzjahr, das mit dem 1. April 1915 beginnt, werden sich die Dinge ähnlich gestalten. Bei baldigem Friedensschluß könnte es möglich sein, daß die derart entstehenden Defizite aus den bisher bewilligten Anleihen gedeckt werden können; dauert der Krieg noch einige Monate, so scheint das sehr unwahrscheinlich und es müßten dann die Fehlbeträge aus den Einnahmen Fünftiger Jahre gedeckt werden. Eine konkrete Summe hier zu nennen ist vorläufig unmöglich.

Auch die Einzelstaaten und die Kommunen werden das Jahr mit großen Fehlbeträgen abschließen. Die Einnahmen aus den Bahnen und Bergwerken sind zurückgegangen. Ebenso die Einnahmen aus den direkten Steuern, aus der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer, den Gewerbesteuern, schon weil ein großer Teil der Zensiten unter den Waffen steht und ein anderer verringertes Einkommen hat. Dagegen sind die Ausgaben, ganz besonders jene der Kommunen gewaltig gestiegen. Auch hier müssen die Fehlbeträge nachträglich durch Anziehen der Steuerschraube aufgebracht werden. Es verlautet denn auch schon manches über den finanziellen Notstand vieler Städte.

Kehren wir zu den Reichsfinanzen zurück, so ergibt sich folgende Schätzung: es sind gegenüber dem Stande vor dem Kriege nach dem Kriege aufzubringen schätzungsweise jährlich:

zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihe	1200	Millionen	Mark
zur Unterstützung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen	750	"	"
für Neuausrüstung von Heer und Marine	300	"	"

Das sind zusammen 2250 Millionen Mark Mehrausgaben, wobei die Summe eher zu niedrig, als zu hoch geschätzt ist.

[23] Nun bilanziert der letzte vor dem Krieg aufgestellte Etat („ordentlicher“ und „außerordentlicher“) mit rund 3496 Millionen Mark. Indessen sind hier, abgesehen von einmaligen Einnahmen (Wehrbetrag und Anleihe) durchlaufende Posten enthalten, die bei Deckung dieser Mehrausgaben nicht in Betracht kommen. Die Einnahmen der Postverwaltung z. B. werden bis auf einen bestimmten Überschuß, der nicht erheblich gesteigert werden kann, von den Ausgaben verschlungen. Nicht steigerungsfähig sind auch verschiedene Verwaltungseinnahmen. Zur Deckung neuer Ausgaben können nur die Zölle, Steuern und Gebühren herbeigezogen werden. Die Einnahmen aus dieser Quelle wurden im letzten Friedensjahre auf rund 1715 Millionen Mark veranschlagt. Sollen nach dem Kriege weitere 2250 Millionen Mark gedeckt werden, so bedeutet das, daß die Einnahmen aus Zöllen und Steuern mehr als verdoppelt werden müssen.

Der Stand der Reichsfinanzen ist bekannt. Er ist trostlos. Durch die große „Finanzreform“ des Jahres 1909; die auf Erhöhung der indirekten Steuern um 500 Millionen Mark hinauslief, wurde eine „Sanierung“ nicht herbeigeführt, denn es gelang trotz dieser Mehreinnahmen nicht, die Budgets der folgenden Jahre ohne neue Anleihen ins Gleichgewicht zu bringen; von Schuldentilgung war keine Rede. Die Heeresvermehrungen der letzten Jahre erforderten Kosten, die das Budget immer von neuem in Verwirrung brachten, die Deckung gelang nicht. Man mußte schließlich zu dem ganz außergewöhnlichen Mittel des einmaligen „Wehrbeitrages“ greifen. Dieser trostlose Zustand ist zum Teil auf die fehlerhaften Grundlagen der deutschen Finanzwirtschaft zurückzuführen, auf das vertrackte Verhältnis der Reichs- zu den einzelstaatlichen Finanzen. Vor allem aber ergibt er sich daraus, daß die Steuerkraft der Bevölkerung erschöpft ist.

Optimisten, die da glauben, man werde nach dem Kriege zur Deckung der gewaltigen Mehrausgaben auf direkte Steuern zurückgreifen, die ausschließlich die Besitzenden treffen, geben sich unhaltbaren Illusionen hin. Die direkte Besteuerung ist in Deutschland, wenn man die einzelstaatlichen und kommunalen Steuern berücksichtigt, keineswegs niedrig zu nennen. Einer Erhöhung der sie treffenden Steuern werden die Besitzenden, solange sie in den Landtagen und im Reichstage die Mehrheit haben, sich sehr energisch widersetzen, und daß nach dem Kriege das Verhältnis ein anderes wird, glaubt doch im Ernste wohl niemand. Übrigens hat ja auch vorläufig noch der 1912 gewählte Reichstag bis 1917 das Heft in Händen, und die Erfahrungen, die man mit seiner Mehrheit bei Verteilung der Steuerlasten gemacht hat, sollte unvergessen sein. Wer also auf realem Boden bleiben will, hat damit zu rechnen, daß die enormen Lasten, die der Krieg bringen muß, zum weitaus größten [24] Teile der werktätigen Bevölkerung aufgebürdet werden. Die Frage kann nur sein, ob es durch einfache Anziehung der Schraube der indirekten Steuern geschehen wird oder durch Einführung von ertragreichen Monopolen. Das Resultat bleibt das gleiche: Schmälerung des Einkommens der Massen dadurch, daß ihnen ein noch größerer Teil als bisher zugunsten des Staates abgezwackt wird.

Da ist die Frage von Bedeutung, wie denn dieses Einkommen sich nach dem Kriege gestalten dürfte. Daß eine kurze Periode günstiger wirtschaftlicher Konjunktur einsetzen wird, ist möglich. Es gilt

eben, vieles was der Krieg einreißt, neu aufzubauen. Nur darf nicht vergessen werden, daß erstens alle Länder Europas, auch die neutralen, schwer gelitten haben, überall die Verarmung eingetreten ist und deshalb der Aufschwung nicht stürmisch sein kann. Von einer Wiederkehr der Zustände, wie sie dem Kriege von 1870 folgten, dürfte kaum die Rede sein. Damals erhielt die deutsche Industrie durch die neugeschaffene politische Einheit einen gewaltigen Anstoß und ganz Europa stand ihr als aufnahmefähiges Absatzgebiet offen, da außer Frankreich kein Land durch seinen Krieg wirtschaftlich gelitten hatte. Außerdem sind heute die Produktionskräfte der Industrie riesenhaft entwickelt. Der Bedarf, der entstehen wird, um den Wiederaufbau des Zerstörten zu bewerkstelligen und das Manko an Gütern zu decken, das durch Brachliegen der Güterproduktion während des Krieges entstand, wird daher sehr bald überholt werden, die Überproduktion wird nicht lange auf sich warten lassen. Ob unter diesen Umständen der Geldlohn erheblich steigen wird, bleibt abzuwarten. Ein paar hunderttausend arbeitsfähige Männer werden freilich weniger auf dem Arbeitsmarkt sein, als vor dem Kriege, Aber die Tendenz zur Ersetzung von lebendigen Arbeitskräften durch Maschinerie einerseits, die festgefügten Organisationen der Unternehmer anderseits, wirken heute der Lohnsteigerung sehr wirksam entgegen auch bei wirtschaftlicher Hochkonjunktur. Auf der anderen Seite ist eines sicher: die Teuerung wird auch nach dem Kriege anhalten. Die landwirtschaftliche Produktion wird schwer durch den Krieg beeinflußt. Rußland wird wahrscheinlich Jahre brauchen, ehe es die gleichen Massen von Produkten auf den Markt werfen kann; wichtige Gebiete von Polen, Ostpreußen, Galizien, Belgien, Nordfrankreich sind verwüstet; in Deutschland wird der Viehbestand dezimiert. Dabei war in den letzten fünfzehn Jahren das Angebot an Ackerbauprodukten im Verhältnis zum Bedarf des Weltmarktes knapp, was die Hauptursache der Teuerung war; diese Knappheit wird jetzt gesteigert. Auf dem Markte der Lebensmittel genügt aber eine geringe Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage im Sinne geringerer Versorgung, um stark preissteigernd zu wirken, Die alte Erfahrung, daß Krieg Teuerung [25] nach sich zieht, dürfte – befürchten wir – sich diesmal in unheimlichem Maße bestätigen. Ob eine Steigerung des Geldlohnes eintritt, ist zum mindesten fraglich, die Verteuerung des Lebensunterhaltes infolge der: Lage des Weltmarktes ist sicher. Kommt dazu eine weitere Verteuerung wichtiger Lebens- und Genußmittel durch indirekte Steuern und eine Verringerung des Einkommens durch direkte Steuern – diese treffen bekanntlich auch die Arbeiter empfindlich genug – so ist eine Herabsetzung der Lebenshaltung der Massen unvermeidlich. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in Deutschland ist indessen schon seit langer Zeit so schlecht, daß die Hygieniker mit Besorgnis die Abnahme der Volkskraft infolge Unterernährung konstatiert haben. Die Arbeiterklasse wird den Krieg mit Abnahme ihrer Lebenskraft zu zahlen haben.

*

Sozialismus, wohin wir blicken!

Von P a u l L a n g e

Die deutschen Gewerkschaften haben gemeint, im allgemeinen für die Kriegszeit auf K ä m p f e f ü r h ö h e r e L ö h n e verzichten und sich darauf beschränken zu müssen, Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses abzuwehren. Der Belagerungszustand engt jedoch auch in dieser Beziehung ihre Bewegungsfreiheit ein. Er wird in den einzelnen Landesteilen verschieden gehandhabt: Versammlungen sind in den meisten Bezirken mit behördlicher Genehmigung gestattet, werden aber in anderen Gegenden überhaupt verboten. Das gilt nicht nur für öffentliche, sondern auch für Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften. Gleichwohl aber sind einzelne kleinere wilde Streiks, d. h. solche, die nicht durch eine Organisation geführt werden, nicht ausgeblieben. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ (20. Februar 1915) berichtet über drei solche Fälle aus Oberschlesien; an dem einen waren 870 Bergarbeiter beteiligt. Die deutschen Gewerkschaften haben sich ferner bemüht, die Arbeiter als V e r b r a u c h e r zu schützen. Niemand wird diese Bemühungen bestreiten, die sich weniger durch die Agitation unter den Massen, als in Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Behörden äußerten. Wohl aber macht sich das Bestreben bemerkbar, von sozialen Errungenschaften zu reden, die tatsächlich nicht vorhanden sind.

Wenn auch das polizeiliche Vorgehen gegen die Gewerkschaften als „politische Vereine“ zunächst eingestellt worden ist, so hat doch der preußisch-deutsche Staat von seinen Machtbefugnissen nichts

an sie abgetreten. Ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt, der auf einem früheren Gewerkschaftskongresse über [26] die Bedrückung der Gewerkschaften klagte, hat neuerdings seine Freude über die „offizielle Anerkennung der Gewerkschaften“ ausgesprochen. In der Tat waren die herrschenden Gewalten klug genug, die freien Gewerkschaften überall dort zur Mitarbeit heranzuziehen, wo sie ihrer zur Durchführung von Staatsnotwendigkeiten bedurften. Daher gleich nach Kriegsausbruch die Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern und Regierungsvertretern über die Beschaffung von Arbeitskräften für die noch unerledigten Erntearbeiten; daher das Zusammenarbeiten von Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern beim Kartoffelbau auf dem Tempelhofer Felde usw. Dort, wo man ohne die Gewerkschaften auszukommen glaubte, hat man sie nicht herangezogen. Dafür einige Beispiele: Die Reichs-Mehlverteilungsstelle besteht nur aus Staatsbeamten und Unternehmern. In den geschäftsführenden Körperschaften der Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft, die aus zahlreichen Rittergutsbesitzern und der Spirituszentrale besteht, hat kein Arbeitervertreter Sitz und Stimme; lediglich in ihrer Sachverständigenkommission finden wir als weißen Raben den Namen des Geschäftsführers eines Arbeiterkonsumvereins. Da dieser Gesellschaft vom Reiche bestimmte Vorrechte verliehen worden sind, hätte man glauben dürfen, daß ihre Geschäftsführung nicht nur den Produzenten überlassen würde.*) Es sind zwar einige Staatsbeamte darin vertreten; die politische, die gewerkschaftliche und genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat man aber nicht in angemessener Weise herangezogen. Deren Tätigkeit beschränkt sich auf untergeordnete Funktionen bei dem staatlich [27] organisierten Vertrieb der Nahrungsmittel und auf das Redenhalten hierüber.

Daß der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel nicht groß war, ergibt ich daraus, daß die Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln nicht nach ihrem Wunsche festgesetzt worden sind. Das zeigte sich auch darin, daß die von ihr gewünschte Beschlagnahme der Getreidevorräte, die sie der Verbilligung der Nahrungsmittel halber empfohlen hatte, in den ersten fünf Kriegsmonaten nicht stattfand. Der Staat griff hier nicht im Interesse der Arbeiterschaft ein, sondern tat es schließlich im eigenen Interesse. Das Getreidemonopol war notwendig geworden, um den Krieg durchführen zu können. Durch Preistreiberei allein konnte man das Strecken der Getreidevorräte nicht mit Sicherheit herbeiführen. Als man sich darüber klar war, kam im Januar 1915 das Monopol. Im Februar 1915 erwies es sich als notwendig, die Verfütterung der Kartoffeln zu verhindern. In diesem Falle griff man bisher nicht zur Beschlagnahme und Verteilung der Vorräte, sondern der Bundesrat begnügte sich damit, die Höchstpreise für die Kartoffeln heraufzusetzen. Die Beschlagnahme hätte eine Erleichterung für die Volksmassen bedeutet, die neuen Höchstpreise sind eine große Belastung.

Die Deutsche Rohhaut-Aktiengesellschaft, die Flachs-, die Kautschuk- und die Juteabrechnungsstelle, die Kriegschemikalien, die Kriegskammwoll-, die Kriegsleder-, die Kriegsmetall- und die Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft, die Leinengarn-, die Rohbaumwoll- und die Roßhaarabrechnungsstelle, die Vereinigung des Wollhandels in Leipzig (diese befaßt sich mit der Verteilung von Kämmlingen, Wollabfällen und untergeordneten Wollsorten, die aus den feindlichen besetzten Gebieten nach Deutschland übergeführt werden), ferner der Kriegsleder-Ausrüstungsverband, der

*) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sich am 24. Februar zu einem an die Adresse des Reichsamts des Innern gerichteten Protest genötigt gesehen. In dieser Petition wird die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft .beschuldigt, der Preistreiberei nachzuhelfen. Es heißt darin dann weiter: „Es besteht aber auch nach einer anderen Richtung hin Anlaß, der Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft mehr auf die Finger zu sehen. Das Geschäftsgebaren dieser Gesellschaft übersteigt alles, was im kaufmännischen Verkehr und im kapitalistischen Betriebe uns bisher begegnet ist. Die Gesellschaft verlangt von jedem, der mit ihr in Geschäftsverbindung tritt, eine Kaution, die im niedrigsten Betrag 10.000 Mark beträgt. Die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine mußte eine Kaution von 50.000 Mark hinterlegen; von der Berliner Einkaufsgesellschaft der Bäderinnung werden 20.000 Mark verlangt. Dieses Geschäftsgebaren schließt alle Kleinbetriebe als Abnehmer aus und stellt Geschäftsbedingungen auf, die selbst bei den schlimmsten Auswüchsen der Kartell- und Trustbestrebungen sich nicht hervorgewagt haben. Es ist uns seinerzeit im Reichsamt des Innern mitgeteilt worden, daß die Gesellschaft unter der Kontrolle des Reichsamts des Innern stehe. Wenn die Kontrolle indessen nicht schärfer ausgeübt wird und energisch zugreift, dann wäre es besser, das Reichsamt des Innern überließe der Gesellschaft selbst die volle Verantwortung für ihr Tun. Wahrscheinlich würde sie dann mehr Rücksicht nehmen auf kaufmännischen Brauch und auf die Öffentlichkeit als jetzt, da sie sich durch die staatliche Aufsicht gedeckt weiß.“

Kriegstuchverband, der Kriegsweberverband haben nach der „Chemnitzer Volksstimme“ (10. Februar 1915) die Bedeutung, „daß ein großer Teil der genannten Rohstoffe dem privatkapitalistischen Verkehr entzogen und in Gemeinverwaltung überführt worden ist“. Wenn man unter Gemeinverwaltung ein gemeinsames Wirken der Unternehmer untereinander und mit den Staatsbehörden versteht, trifft der Ausdruck zu. Ich würde freilich von Gemeindeverwaltung erst dann reden, wenn die Verwaltung von Vertretern der Allgemeinheit, d. h. des Volkes, wesentlich beeinflußt wird. Dies ist bei den erwähnten und den inzwischen gegründeten ähnlichen Institutionen nicht der Fall. Das Volk, das die finanziellen Lasten tragen muß und das draußen auf dem Kampffeld seine Söhne opfert, hat auf die „wirtschaftliche Mobilmachung“ nicht den notwendigen Einfluß, also auch nicht auf die Preisgestaltung. Will die Arbeiter-[28]schaft den Grundsatz, daß man sich überall durch Mitarbeit Gehör verschaffen müsse, gerade für diese Fälle nicht praktizieren?

Es ist also falsch, anzunehmen, der Staat habe während der Kriegszeit der Demokratie und der Selbstverwaltung Zugeständnisse gemacht. Auch die Unternehmer haben von ihrem Standpunkte, den sie bisher vertraten, nichts preisgegeben. Die Theoretiker des Unternehmertums, die in den Redaktionsstuben der Unternehmerpresse sitzen, halten daran fest, daß der Kriegsdienst eine Pflicht jedes Staatsbürgers sei, die keine neuen Rechte für irgendwelche Gruppen oder Schichten der Kriegsteilnehmer begründen könne. Und ihre Praktiker handeln demgemäß. Zwar finden jetzt keine großen Lohnkämpfe statt. Es gibt sogar Kriegsarbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern. Diese arbeiten nicht nur für die Arbeiter, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Unternehmer. Die Arbeitsgemeinschaften wollen nicht etwa die Unternehmerprofite ausschalten. Sie suchen Notstandsarbeiten zu erhalten. Bekommen hier die Arbeiter Beschäftigung, dann finden auch die Unternehmer ihre Profite. Gerade mit Hilfe der Vertretungen der Arbeiter in den Gemeinden lassen sich hier und da Mittel für solche Notstandsarbeiten locker machen. Dort aber, wo solche Arbeitsgemeinschaften für die Unternehmer diesen Nutzen nicht bringen können – es gibt verschiedene solcher Geschäftszweige –, da kommen auch keine Arbeitsgemeinschaften zustande. In diesen Branchen bleiben größere Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aus. Die Bergarbeiter haben sich Anfang Januar 1915 offiziell beim Reichsamt des Innern beschwert, daß die Unternehmer auch jetzt auf Aussperrungen und schwarze Listen nicht überall verzichten. Die Transportarbeiter berichten über zerstörte Hoffnungen, da bei der diesjährigen Ernennung der Seeamtsbeisitzer in Hamburg die seemännischen Arbeiter gänzlich ausgefallen sind. Die hamburgische Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe hat bei der Ernennung der Seeamtsbeisitzer die freie Gewerkschaft der Seeleute überhaupt nicht um Vorschläge befragt: „Also dasselbe Cliquenwesen und dieselbe parteiische Protektionswirtschaft wie vor dem Kriege“, schreibt der „Courier“ in Nr. 4. Die Feldzeugmeisterei Berlin hat, ohne vorher eine Verständigung mit den Gewerkschaften herbeizuführen, die Unternehmer der Metallfabriken ersucht, den abgehenden Arbeitern Abkehrscheine auszustellen, weil andere Unternehmer diese Arbeiter nur mit der ausdrücklichen Zustimmung ihres bisherigen Unternehmers anstellen sollen. In Hamburg und Stettin ist den Arbeitern der Heereslieferanten mitgeteilt worden, daß die Zurückstellungen vom Heeresdienst nur solange gelten, als der betreffende Arbeiter bei demselben Heereslieferanten tätig ist; sie treten außer Kraft, wenn der Arbeiter die Betriebsstätte wechselt, indem er bei [29] einer anderen Rüstungsfirma eintritt. Durch diese Vorschrift, über deren militärische Notwendigkeiten wir uns keine Gedanken machen wollen, werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem uneingeschränkten Ermessen der Unternehmer anheimgestellt. Wohin das führen kann, ergibt sich aus einem Bericht über eine Metallarbeiterversammlung in Stettin. Dort ist die Frage aufgeworfen worden („Volksbote“, 14. Februar 1915): „Ist vielleicht d i e Maßnahme des Vulkan gerechtfertigt und geeignet, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, wenn an die Stelle der Gußputzer, die wegen zu geringen Verdienstes einfach aufhören mußten, fünfzehn Stahlformer treten und zu dem Lohn der Gußputzer von 37 Pf. pro Stunde arbeiten sollten, was für die Stahlformer eine wöchentliche Verdiensteinbuße von zirka 20 Mark bedeutete?“ Die auf diesen Satz unmittelbar folgenden Zeilen sind im Versammlungsbericht des „Volksboten“ von der Zensur gestrichen worden. In den Rüstungsbranchen werden verschiedentlich höhere Stunden- oder Stücklöhne gezahlt als in Friedenszeiten, so daß diese Arbeiter bei der jetzt üblichen bedeutend längeren Arbeitszeit ein wesentlich größeres Einkommen haben. Das ist aber nicht in allen Betrieben der Fall. Die „Fachzeitung der Schneider“ (16.

Januar 1915) führte darüber Klage, „daß es, und zwar nicht wenig, gewissenlose Unternehmer gibt, die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen nicht die festgesetzten Löhne zahlen. Ja, daß sich eine Ausbeutung der Arbeitskraft breit macht, wie sie auch in Friedenszeiten nicht schlimmer betrieben wurde.“ Eine überaus bezeichnende Probe davon, wie das gegenwärtige Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern von den Arbeitern empfunden wird, gibt der Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes, der an der Spitze von Nr. 11 des Verbandsorganes erklärt: „Da es einzelne Unternehmer auch in der jetzigen schweren Zeit nicht unterlassen können, Arbeiter aus nichtigen Gründen auf die Straße zu werfen, hat der Vorstand beschlossen: vom 1. April 1915 an wird die Gemaßregelten-Unterstützung wieder vom Verband gezahlt.“ In der Erläuterung, die dazu gegeben wird, finden wir krasse Fälle der Lohndrückerei und der Maßregelung von Arbeitern, die den Auftrag hatten, für die Interessen ihrer Kollegen einzutreten. „Die Berichte über einzelne Fälle von Maßregelungen wie auch über das Vornehmen von Verschlechterungen der Löhne und Arbeitsbedingungen – heißt es in dem Gewerkschaftsblatte – lassen erkennen, wie unbegründet die Schwarmgeisterei ist, die sich in der letzten Zeit sogar in sozialdemokratischen Versammlungen und in der sozialdemokratischen Arbeiterpresse hinsichtlich der Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung deren Wirkung auf die Rechts- und Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes breit machte ... Was man [30] uns da erzählte und noch immer erzählt, was sich da angeblich mit „Naturnotwendigkeit“ in politischer wie sozialer Beziehung Gutes für die deutschen Arbeiter aus dem gegenwärtigen Kriege ergeben soll, alles das betrachten wir nicht einmal als einen Wechsel auf die Zukunft, sondern als das Produkt der Phantasie optimistischer Pumpgenies, die schon in Entzücken geraten, wenn sie ein leeres Wechselformular sehen.“ Das dürfte genügen.

Was ist nach Kriegsausbruch auf dem Gebiete der Sozialpolitik im engeren Sinne erreicht worden? Ich denke dabei nicht etwa an die größeren und kleineren Spezialwünsche der Arbeiter. Über solche Ansprüche wollen wir für die Dauer der Kriegszeit gar nicht reden. Aber die Gewerkschaften, die sich mit ihrem Geld, mit allen ihren Einrichtungen den Kriegsbedürfnissen wohl oder übel unterordnen, hätten in den letzten Monaten entschieden fordern müssen, daß ihre Grundlage, das Koalitionsrecht, von all den gegen sie geschmiedeten Plänen durch klare Zusicherungen geschützt wird. Zwar ist in einer Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre ausgesprochen worden („Korrespondenzblatt der Generalkommission“ vom 16. Januar 1915), daß die vor dem Kriege geplant gewesenen Maßregeln gegen die Gewerkschaften, die das Etikett „Arbeitswilligenschutz“ trugen, infolge des Krieges endgültig als beseitigt anzusehen seien. Wenige Tage darauf aber kam die halbamtliche Meldung, daß sich nach dem Kriege alles finden werde, gegenwärtig hätten die zuständigen Amtsstellen für solche Überlegungen keine Zeit. Das war ein kalter Wasserstrahl, auf den die Gewerkschaften keine Antwort gegeben haben. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (31. Januar 1915) aber schrieb dreist, an gut unterrichteter Stelle werde es für „ausgeschlossen gehalten, daß bei der Reform des Reichsstrafgesetzbuches den Arbeitswilligen der Schutz, auf den sie nach Recht und Billigkeit Anspruch erheben dürfen, verweigert werden sollte“.

Ein Gewerkschaftsführer beklagte sich („Neue Zeit“ Nr. 7) darüber, daß der Reichstag am 4. August bei Bewilligung der Kriegskredite nicht eine Milliarde für die Arbeitslosen bereit gestellt habe. Es sei beschämend, daß das Reich für alles Geld habe, nur für die Arbeitslosen nicht. Wäre es nicht erforderlich gewesen, daß man wenigstens am 2. Dezember 1914 vom Regierungstische gesagt hätte, nachdem in Dänemark, Norwegen, in Frankreich und Großbritannien bereits in früheren Jahren die Anfänge einer geordneten staatlichen Arbeitslosenfürsorge geschaffen worden sind, wird es in der nächsten Zeit auch im Deutschen Reiche geschehen? Eine solche grundsätzliche Zusage ist nicht gegeben worden; sie ist auch in der Reichstagssitzung vom 2. Dezember von keiner Partei verlangt worden. Der Reichstag hat zwar an jenem Tage 200 Millionen Mark für Kriegswohlfahrtspflege zur Ver-[31]fügung gestellt, von denen ein Teil als Zuschüsse für diejenigen notleidenden Gemeinden ausgegeben werden soll, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Auch Beihilfen der Bundesstaaten an die Gemeinden sind in Aussicht gestellt worden. Eine Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge ist damit aber schon um deswillen nur in sehr mäßigem Umfange eingetreten,

weil der preußische Minister des Innern die Gemeinden angewiesen hatte, vor Februar 1915 nicht etwa irgendwelche Beschlüsse in Erwartung der reichsgesetzlichen Zuschüsse zu fassen. Ein gesetzlicher Zwang für die Gemeinden zur Schaffung einer Arbeitslosenfürsorge besteht nicht. Nach der von der Generalkommission der Gewerkschaften vom September bis November 1914 aufgenommenen Statistik hatten 301 Gemeinden eine Fürsorge für Arbeitslose geschaffen. Diese Zahl wird nicht ganz vollständig gewesen sein. Von den 301 Gemeinden gewähren 106 den Arbeitslosen nicht regelmäßig, sondern nur gelegentlich eine Barunterstützung oder Naturalien. Zur Durchsetzung einer reichsgesetzlichen, die Kriegszeit überdauernden Arbeitslosenfürsorge hätten die Arbeitervertreter sich nicht auf die bloßen Beratungen hinter den Kulissen mit den Regierungsmännern beschränken brauchen, sondern auch in der Öffentlichkeit energisch auftreten können, soweit das in den Grenzen des Belagerungszustandes möglich war.

Eine nicht minder wichtige Frage war und ist die Arbeitsvermittlung. Wo nach Kriegsausbruch im Staatsinteresse (bei Ernte-, Schanzarbeiten usw.) Arbeitskräfte gebraucht wurden, hat man sie, zum Teil unter Mitwirkung der Gewerkschaften, herangeschafft. Mehr ist nicht geschehen. Und doch ist eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage dringend notwendig: um im Interesse der Arbeitsuchenden Angebot und Nachfrage auszugleichen, um die Arbeitsuchenden von den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern und gar den Unternehmernachweisen (die viel weniger Arbeitsnachweise als Kontrollstationen über die Arbeiter sind) zu befreien, und das Fehlen einer geordneten Arbeitsvermittlung immer noch als Vorwand dient, die staatliche Arbeitslosenfürsorge hintanzuhalten. Namentlich dieser Grund ist es, der die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung als dringend erscheinen läßt. Sie ist aber auch um deswillen eilig, weil für das Kriegsende vorbeugende Maßnahmen getroffen werden müssen, um die dann zurückkehrenden Millionen Arbeitskräfte wieder in das volkswirtschaftliche Getriebe einzufügen.

Man rühmt die während des Krieges zutage getretene Anpassungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Warum hat sie sich nicht auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung gezeigt, auf dem mehrere feindliche Auslandsstaaten schon vor dem Krieg mit gutem Beispiel [32] vorangegangen sind? Beim Niederschreiben dieser Abhandlung ließ sich noch nicht übersehen, was hier der Reichstag nach seinem Zusammentritt am 10. März tun werde.

Diese Forderungen sind um so berechtigter, als gerade die Arbeiterschaft als solche ungeheure finanzielle Opfer infolge des Krieges bringen muß. Die Gewerkschaften haben zwar die Einzelleistungen ihrer Unterstützungseinrichtungen teilweise herabgesetzt; sie werden aber trotzdem in hohem Maße in Anspruch genommen. Allein in der Zeit vom 3. August bis 30. Januar 1915 hatten die freien Gewerkschaften 17.783.129 Mark für Arbeitslosenunterstützung und 6.180.208 Mark für Familienunterstützung verausgabt. Einzelne Gewerkschaftskassen werden durch diese Unterstützungsausgaben bis auf den Grund geleert; dies ist z. B. der Fall bei dem Verband der Lithographen und Steindrucker. Nach dem Kriege werden die Gewerkschaften infolge der Ausgaben für Unterstützungszwecke in ihrer Aktionsfähigkeit stark behindert sein. Wenn man bedenkt, wie so manche Lohnbewegung wegen mangelnder Geldmittel nicht durchgeführt werden konnte, so ermißt man daran, wie die Gewerkschaften durch den Krieg getroffen werden.

Auch die Krankenkassen, die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung müssen die Lasten des Krieges tragen. Wer infolge seiner Einziehung zum Heeresdienst aus einer versicherungspflichtigen Arbeit austrat, konnte auf Antrag freiwilliges Mitglied der Ortskrankenkasse bleiben. Das liegt sicher im Interesse der Kriegsteilnehmer, da sie dann gegebenenfalls Krankengeld und ihre Hinterbliebenen Sterbegeld fordern können, bedeutet aber zugleich eine große Belastung der Krankenkassen durch den Krieg. Die Landesversicherungsanstalten, das sind die Organe der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung, sind ermächtigt worden, bis zu ungefähr hundert Millionen Mark für Kriegswohlfahrtszwecke – Ausrüstung der Krieger mit Wollsachen, Arbeitslosenfürsorge usw. – zu verausgaben. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (die nur für Handlungsgehilfen, Bureauangestellte, Techniker, Privatlehrer, Privatbeamte, Werkmeister usw. gilt) hat zwar ungefähr zwei Millionen Mark zur Ausrüstung der Krieger mit Wollsachen und für einen Lazarettzug verausgabt, sie weigert sich jedoch, etwas für die arbeitslosen Versicherten zu

tun, die nicht zum Heeresdienst eingezogen sind. Die Landesversicherungsanstalten werden außerdem an die im Kriege invalid gewordenen Versicherten, die ihre Wartezeit erfüllt haben, viele Millionen Mark an jährlichen Renten zahlen müssen; sie werden auch große Ausgaben haben für die Waisenrenten. Diese Leistungen sind zwar im einzelnen gering, aber bei der großen Zahl der ge-[33]fallenen oder invaliden Krieger werden bedeutende Summen zu zahlen sein. So sind die Krankenkassen, die zu zwei Dritteln, und die Invalidenversicherung, die zur Hälfte aus direkten Beiträgen der Versicherungspflichtigen erhalten werden, mit zu Trägern der Kriegslasten geworden. So sehr auch den Kriegern und ihren Hinterbliebenen diese Bezüge zu gönnen sind, so hat das Volk zuvor doch kaum daran gedacht, daß der Versicherungsgesetzgebung, die für die Opfer auf dem Kampffelde der Arbeit geschaffen worden ist, solche Lasten eines wirklichen Krieges aufgebürdet werden würden, die eigentlich von der Allgemeinheit zu tragen sind. Die U n f a l l v e r s i c h e r u n g , die auf den Beiträgen der Unternehmer aufgebaut ist, befindet sich in einer anderen Lage. Ihr werden die Kriegsteilnehmer nicht zur Last fallen.

Nach allem besteht für die Arbeiterschaft gar kein Anlaß, über „soziale Errungenschaften“ zu jubilieren. Sie tut es auch nicht. Es sind nur wenige, die ihr einreden wollen, man habe große Errungenschaften gemacht. Nicht von solchen Errungenschaften der Arbeiter während des Krieges, sondern von ihren großen Opfern kann gesprochen werden. Und man muß sich sagen, daß gerade, weil diese Opfer vorhanden sind, mit aller Energie darauf gedrungen werden muß, wenigstens so elementare Forderungen wie die Unantastbarkeit des Koalitionsrechts, das den Gewerkschaften zugrunde liegt, die praktische Anerkennung der Gewerkschaften auch dort, wo man sie nicht unbedingt braucht, sondern ihre Hinzuziehung im besonderen Arbeiterinteresse liegt, die gesetzliche Arbeitslosenfürsorge, die Arbeitsvermittlung usw. alsbald durchzusetzen.

Es wäre im Interesse der deutschen Arbeiterschaft viel besser, wenn der gegen die Quertreiber entwickelte Eifer sich in der Richtung dieser „positiven Arbeit“ äußern würde.

*

Unsere Frauen und der nationale Frauendienst.

Von K ä t e D u n c k e r

Wenige Tage nach Kriegsbeginn riefen Parteivorstand und Generalkommission die proletarischen Frauen auf, ihre Kräfte in den Dienst einer umfassenden sozialen Hilfstätigkeit zu stellen. In allen Teilen Deutschlands folgten die Genossinnen dieser Mahnung. Zum Teil wirken sie mit bei den von den Gemeindebehörden eingeleiteten Veranstaltungen, auf manchen Gebieten haben sie auch eigene Einrichtungen ins Leben gerufen. Fast überall führte diese soziale Hilfsarbeit die Sozialdemokratinnen an die Seite der [34] bürgerlichen Frauen, die sich in dem sogenannten „nationalen Frauendienst“ organisiert haben.

In einer Versammlung am 3. August v. J., zu der sämtliche Berliner Wohlfahrtsvereine Vertreter gesandt hatten, gab Genossin Zietz im Namen der sozialdemokratischen Frauen die Erklärung ab, mit den bürgerlichen Frauen Hand in Hand arbeiten zu wollen; eine Erklärung, die sowohl in bürgerlichen wie in Parteikreisen großes Aufsehen erregte. Und in der Tat: zu den Überraschungen, die der Ausbruch des Weltkrieges mit sich brachte, gehört auch diese Verschmelzung bürgerlicher und sozialdemokratischer Kriegsfürsorge. Wenn wir daran denken, wie vier Jahrzehnte hindurch nach dem Grundsatz gehandelt worden war, stets unter eigener Fahne zu marschieren – einmal, weil unsere sozialistische Weltanschauung keine Gemeinsamkeit mit bürgerlichen Gesellschaftsstützen zuläßt und ferner, weil unsere Agitationskraft von der stärksten Hervorhebung des Klassencharakters der Arbeiterbewegung abhängt – so mußten es wohl schon sehr gewichtige Gründe sein, die zu völligem Wandel auf diesem Gebiete führten. Wer hätte je vorher an die Möglichkeit des Zusammengehens sozialdemokratischer Frauen mit bürgerlichen Wohlfahrtsdamen gedacht!

Als Beispiel für die nunmehr eingeleitete gemeinsame Arbeit von Genossinnen und bürgerlichen Frauen mögen die Berliner Verhältnisse kurz geschildert werden. Genossin Zietz als Vertreterin der Partei, Genossin Hanna für die Gewerkschaften und Genossin Lodahl für die Genossenschaften

konstituierten sich zunächst als Zentrale der proletarischen Frauen. Diese drei Genossinnen sind zugleich unter die Beisitzerinnen eingereiht, die der Vorstand des nationalen Frauendienstes sich angegliedert hat. Der nationale Frauendienst betrachtet sich in erster Linie „als Hilfstruppe der städtischen Verwaltung in der Organisation der Kriegsfürsorge. Mit Rücksicht darauf hat er im Anschluß an die Unterstützungskommissionen, die die Gesuche für die gesetzliche Kriegsunterstützung zu prüfen und zu bewilligen haben, Hilfskommissionen in 23 Steuerbezirken Berlins eingerichtet.“ In jede dieser Hilfskommissionen ist der bürgerlichen Vorsitzenden eine Genossin beigeordnet. Mit der Auszahlung der Kriegsunterstützung haben diese Kommissionen unmittelbar nichts zu tun. Sie haben nur die nötigen Aufnahmen zu machen, den Hilfesuchenden Rat zu erteilen und sie an die Steuerkasse ihres Bezirks zu weisen. Die Recherchen nach der Bedürftigkeit dürfen die Hilfskommissionen nur dann vornehmen, wenn sie von dem zuständigen Bezirksvorsteher damit beauftragt worden sind. Die beiden Leiterinnen der Hilfskommission haben Sitz in der ihnen übergeordneten städtischen Unterstützungskommission; aber ein Stimmrecht bei der Bewilligung der Unterstützung steht ihnen nur für solche Fälle [35] zu, die sie selbst recherchiert haben. In Fällen, die weder für die Kriegsunterstützung noch für die Armenpflege in Betracht kommen, haben die Hilfskommissionen selbständig zu recherchieren. Zu den Recherchen und anderen Arbeiten steht jeder einzelnen Hilfskommission eine Reihe bürgerlicher und sozialdemokratischer Hilfskräfte zur Verfügung. Etwa 600 Genossinnen hatten sich anfangs zu solcher Hilfeleistung bereit erklärt. Auf Auskunftserteilung und Recherchendienst sollte sich zunächst die Tätigkeit der kommunalen Hilfskommissionen beschränken. Aber es kamen zahlreiche Fälle furchtbarer Notlage vor, die eine sofortige Hilfeleistung notwendig machten. Dazu wurden den Kommissionen aus städtischen oder Vereinsfonds Mittel gewährt, über die sie frei verfügen. Sie können jetzt innerhalb bestimmter Grenzen Milch-, Gemüse- und Kartoffelscheine ausgeben. Auch die Berliner Konsumgenossenschaft überließ den Kommissionen Warenanweisungen zur Verteilung.

Zwei Arbeitsgebiete, auf denen die Berliner Genossinnen selbständige Einrichtungen schufen, sind die Kranken- und Wöchnerinnenpflege und die Kinderfürsorge. Die Kommission für Kranken- und Wöchnerinnenpflege vermittelt unentgeltliche Hauspflegerinnen, im Bedarfsfalle auch ärztliche Hilfe. Sieben Ärzte und eine stattliche Anzahl von Genossinnen haben sich ihr zur Verfügung gestellt. Die Berliner Kinderschutzkommission erweiterte ihr Arbeitsgebiet wie ihren Helferinnenkreis und schuf Horte für die Kinder erwerbstätiger Mütter. In 19 Sammelstellen wurden schließlich gegen 3000 Kinder tagsüber beaufsichtigt, beschäftigt und mit Hilfe des Vereins für Kindervolksküchen auch beköstigt. Obwohl eine Anzahl Genossinnen auf diesem Gebiet geradezu Bewundernswürdiges leistete, mußten diese Sammelstellen doch mit Beginn der kalten Jahreszeit aufgelöst werden, hauptsächlich aus Mangel an geeigneten heizbaren Lokalen, aber auch an Geld und einer genügenden Anzahl von Hilfskräften.

Wie in Berlin, so arbeiten auch in fast allen größeren Städten die Genossinnen auf den verschiedenen Gebieten der Kriegsfürsorge mit. Demgegenüber erscheint es nicht unangebracht, einmal die Frage aufzuwerfen, ob und inwiefern diese offizielle Beteiligung der sozialdemokratischen Frauen für die Partei als solche von Vorteil ist, Genossin Zietz hat wiederholt ausgeführt, daß die Genossinnen, die durch den Krieg in Not geraten sind, es nicht verstehen würden, wenn wir uns jetzt nicht hilfreich ihrer annähmen; daß wir sie dagegen durch unsere tätige Hilfe innerlich fester an uns ketten würden. Soweit Berliner Verhältnisse in Betracht kommen, hat sich aber herausgestellt, daß die, die bei den Hilfskommissionen Rat und Unterstützung erbitten, nur zu einem ganz geringen Teil Genossinnen sind. Die Mehrzahl der Hilfesuchenden gehören jener Schicht an, die wirtschaftlich und daher auch [36] meist kulturell noch zu tief stand, um von unserer Aufklärungs- und Organisationstätigkeit erfaßt zu werden, Ein kleiner Teil dagegen rekrutiert sich aus Kreisen, die bis zum Krieg in einem relativen Wohlstand dahinlebten, durch die Einberufung oder plötzliche Arbeitslosigkeit des Ernährers aber auf einmal vor dem Nichts stehen – Privatbeamte, kaufmännische Angestellte usw. – diesen beiden Schichten gilt die Hauptarbeit der Hilfskommissionen. Es scheint, als ob die Genossinnen, die für die Kriegsunterstützung in Betracht kommen, bereits durch Beratung von seiten ihrer Organisationen in den Stand gesetzt sind, ohne weitere Mithilfe ihre Rechte geltend zu machen. Der von Genossin Zietz angeführte Grund würde also – wenigstens für Berlin – nur in sehr beschränktem Maße gelten.

Die Genossinnen, die sich zu Recherchen usw. zur Verfügung stellten, ließen sich dabei vielfach von der Hoffnung leiten, durch ihre Mitarbeit neue Anhänger für unsere Organisation und unsere Presse zu gewinnen. Aber abgesehen davon, daß die Recherche bei den in Not Geratenen wohl kaum als die richtige Gelegenheit angesehen werden kann, diese zu Vereinsbeitritt oder Zeitungsabonnement aufzufordern, bieten die meisten zu Recherchierenden schon aus den bereits angeführten Gründen ein sehr ungünstiges Rekrutierungsmaterial für uns.

Wenn also der Erfolg, den die Mitarbeit der Genossinnen an der Kriegshilfe für die Partei hat, sehr problematisch ist, so läßt sich andererseits nicht leugnen, daß diese Mitarbeit manchenorts auf die Art, mit der man den Hilfesuchenden entgegenkam, erziehlich eingewirkt hat. Manche der bürgerlichen Damen brachte die herablassende Miene und den überheblichen Ton mit, der uns die bürgerliche „Liebestätigkeit“ bisher oft unsympathisch machte. Die eine meinte, ihren Ratschlägen fromme Traktätchen beigeben zu sollen; die andere hielt es für angebracht, den unehelichen Müttern eine energische Moralpredigt zu halten; ja, es ist sogar mehrfach vorgekommen, daß in diesen Tagen, wo von „maßgebenden“ Stellen der deutsche Kinderreichtum als die „Hauptquelle unserer Kraft“ gepriesen wird, kinderreichen Muttern Vorwürfe über ihren sträflichen Leichtsinn oder gar über ihre Unsittlichkeit gemacht wurden. An anderer Stelle ermahnte man jeden Arbeitslosen, mochte er noch so elend und schwächlich aussehen, sich doch sofort als Müllkutscher anwerben zu lassen – eine Arbeit, die bekanntlich große Körperkraft voraussetzt; und wenn der Mann dies ablehnte, dann wurde womöglich in den Papieren vermerkt: N. N. will sich nicht nach Arbeit umsehen. In solchen und ähnlichen Fällen konnten die Genossinnen mildernd eingreifen und bei den bürgerlichen Helferinnen allmählich mehr soziales Gefühl und soziales Verständnis hervorrufen. Wir sind weit davon entfernt, diesen Erfolg gering [37] einzuschätzen, aber wir meinen, daß der Preis, um den er errungen wurde, für die Partei doch etwas zu hoch war. Viele hundert tätige Genossinnen waren monatelang der eigentlichen Parteiarbeit entzogen und vollständig von der Hilfstätigkeit in Anspruch genommen. Unterdes ist die Zahl freilich stark zurückgegangen: die einen sahen sich in den Hoffnungen enttäuscht, die sie auf ihre Mitarbeit gesetzt hatten oder konnten zu keinem harmonischen Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Frauen gelangen; die anderen hinderte die Notwendigkeit des Erwerbes daran, ihre Zeit dauernd in den Dienst der Kriegshilfe zu stellen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Partei die Frauenkräfte entbehren mußte in einer Zeit, wo sie ihrer infolge der Einberufung der Männer am meisten bedurft hätte. Die Posten gar vieler Bezirksführer, Kassierer, Bibliothekare usw. verwaisten und konnten nicht wieder besetzt werden. Monatelang wurde in den meisten Parteizusammenkünften, besonders denen der Frauen, über nichts anderes gesprochen als über die Hilfsaktion, obwohl längst die Notwendigkeit eingetreten und vielfach auch der dringende Wunsch vorhanden war, sich mit anderen, für die Partei wichtigeren Dingen zu beschäftigen. Die Ursachen des Krieges, unsere Stellung zu ihm, unsere nächsten politischen Aufgaben zu erörtern, war für die Angehörigen einer politischen Partei wohl das Allernotwendigste.

Zusammenfassend müssen wir daher sagen: die p e r s ö n l i c h e Mitarbeit zahlreicher Genossinnen bei der Kriegshilfe ist wohl zu verstehen aus dem rein menschlichen Wunsche zu helfen, wie aus dem psychologischen Bedürfnis heraus, die eigenen Gedanken durch fieberhafte Tätigkeit von den furchtbaren Ereignissen draußen abzulenken. Die o f f i z i e l l e Beteiligung der Parteigenossinnen können wir dagegen nicht als richtig anerkennen. Die Not zu lindern, die der Krieg mit sich gebracht hat, kommt denen zu, die für ihn eintreten und die schließlich, so oder so, seine Nutznießer sind. Wir, die wir ihn von je bekämpft haben, mußten uns darauf beschränken, Maßregeln zur Linderung der Not zu fordern, auf politischem Wege zu erzwingen und ihre Durchführung zu überwachen. So haben wir es bisher stets gehalten gegenüber den allgemeinen sozialen Notständen, die aus der heutigen Gesellschaftsordnung entspringen: wir haben entsprechende Einrichtungen gefordert, aber nicht selbst geschaffen. Das kann niemals die Aufgabe einer politischen Partei sein, ganz abgesehen davon, daß die Proletarier, wenn sie mit derartigen Einrichtungen den Bürgerlichen Konkurrenz machen wollen, stets den kürzeren ziehen werden, aus Mangel an Mitteln und an geschulten und wirtschaftlich unabhängigen Kräften.

Gewiß hätte es eine Situation geben können, in der auch wir für offizielle Beteiligung der Parteigenossinnen an der Kriegsfürsorge eingetreten wären. [38] Hätte die Fraktion durch Ablehnung der Kriegskredite ihre prinzipielle Opposition gegen den Völkermord zum Ausdruck gebracht, dann würde unsere Hilfsarbeit der Welt gezeigt haben, daß wir zwar nimmermehr Wunden zu schlagen, wohl aber Wunden zu heilen bereit sind. Dann hätten wir, da unsere sozialistische Aufklärung durch die Fraktionstat besorgt gewesen wäre, unserem allgemeinen sozialen Mitgefühl unbeschränkt Folge leisten können. Wir hätten damit auch eine Aufklärungsarbeit geleistet gegenüber denen, die unsere Kreditablehnung als Feindschaft gegen die Soldaten und Soldatenfamilien ausgelegt haben würden. – Es ist anders gekommen! Dadurch entstand für die klassenbewußten Genossinnen aber die Pflicht, den Trennungsstrich zwischen sich und der bürgerlichen Welt nicht auch noch verwischen zu helfen, sondern sich mit aller Energie in den Dienst unserer Organisations- und Aufklärungsarbeit zu stellen. Vielleicht war nie eine Zeit so geeignet, den Massen den ganzen Widersinn, die Kulturlosigkeit und Gemeingefährlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzudecken wie die jetzige. Damit arbeiten wir zugleich im Sinne des in Stuttgart, Kopenhagen und Basel angenommenen internationalen Manifestes, das uns die Verpflichtung auferlegt, „mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

*

Für den Frieden.

Von Klara Zetkin

Ängste, quäle dich nicht länger, liebe Seele!
Freu dich“ Schon sind da und dorten
Morgenglocken wach geworden.
E. Mörike.

Während draußen brüllende Geschütze künden, daß der Imperialismus die Proletarier der kriegführenden Staaten in seinen Dienst genommen und damit über den internationalen Sozialismus triumphiert hat, während das Echo dieses Siegesdonners uns entgegen klingt aus den verwirrten und verwirrenden Reden sozialistischer Führer und den nicht besseren Artikeln von Arbeiterblättern im In- und Ausland; während der von den chauvinistischen Phrasen verstörte Sinn großer Arbeitermassen noch zwischen Zweifeln hin- und herwühlt, beginnt ein neuer Tag mit seinen Hoffnungen und Aufgaben [39] für jene heraufzudämmern, die durch die Finsternis das Banner der sozialistischen Grundsätze unbeirrt weiter getragen haben. Aus mancherlei Geschehen haucht uns die erquickende, tröstliche Frühstimmung an, die der einzige Mörike in schlichte Worte gebannt hat, deren geheimnisvollen Zauber uns Hugo Wolfs Tonkunst ganz empfinden läßt. Morgenglocken sind wach geworden! Morgenglocken, die wohl leise, aber bestimmt davon reden, daß die Arbeiter der kriegführenden Länder sich inmitten des imperialistischen Rausches wieder auf ihre eigenen Klasseninteressen und ihre große geschichtliche Mission zu besinnen anfangen. Denn dies und nichts anderes ist der Sinn der sich mehrenden Kundgebungen für die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder und für einen Frieden, der den sozialistischen Grundsätzen entspricht.

Wenn wir in diesem Zusammenhang zuerst auf die Beschlüsse der Rumpfkonferenz skandinavischer und holländischer Sozialisten zu Kopenhagen verweisen, so wollen wir damit keineswegs eine überragende Wichtigkeit dieser Veranstaltung andeuten. Gegen eine solche spricht noch weniger, daß die Konferenz nur sozialistische Vertreter einiger weniger neutraler Staaten vereinigt, als ein anderer Umstand. Sie war angesichts der Zeit und ihrer Anforderungen viel mehr Führertagung für fromme Wünsche altsozialistischen Kongreßstils, als der Ausdruck eines bewußten proletarischen Massenwillens, der zur Tat drängt. Weittragende Bedeutung könnte die Konferenz erst erlangen, wenn ihr Werk dazu beitragen würde, einen solchen auf den Frieden gerichteten Massenwillen sowohl in den neutralen, als namentlich auch in den kriegführenden Ländern zu erwecken. Das hat sie selbst in der Resolution anerkannt, in der das Resultat der Beratungen zusammengefaßt ist. Diese fruchtbaren Wirkung steht jedoch im Wege, daß die Tagung die Haltung der sozialistischen Parteien in den

kriegführenden Ländern nicht kritisch gewürdigt und dadurch die Arbeiter nicht an das gemahnt hat, was für eine unterdrückte, kämpfende Klasse eine alte politische Notwendigkeit ist: über ihre Konsuln zu wachen und kühn die Initiative zu ergreifen, wenn diese unsicher zaudern.

Immerhin ist die Konferenz in ihrer Stellungnahme sozialistischer und charaktervoller gewesen, als die Berichte der deutschen Parteiblätter sie erscheinen ließen. So protestierte sie z. B. gegen die Verletzung des Völkerrechts, deren Deutschland sich wider das unglückliche Belgien schuldig gemacht hat und fordert von der Sozialdemokratie der kriegführenden Länder energischen Widerstand gegen jede gewaltsame Annexion. Für Sozialisten sind da bescheidene Selbstverständlichkeiten, die jetzt vor den breitesten Massen mit unbeugsamer Entschiedenheit auszusprechen und von diesen Massen aussprechen [40] zu lassen die deutsche Sozialdemokratie immer noch nicht als eine Pflicht des Augenblicks erkannt hat. Die schwächlichen und dehnbaren Erklärungen der Reichstagsfraktion vom 4. August und 2. Dezember v. J. sind um so ungenügender, als bekanntlich manche politischen und gewerkschaftlichen Führer und Blätter im schroffsten Widerspruch dazu reden und schreiben.

Die größte Wichtigkeit kommt unstreitig allen Erscheinungen zu, in denen sich ein erstes bewußtes Aufbäumen der Sozialisten, der Proletarier Frankreichs dagegen verrät, daß die Anforderungen des imperialistischen Weltkrieges noch länger die geschichtlichen Gebote des proletarischen Klassenkampfes außer Kraft setzen sollen. Sie stehen in schärfstem Gegensatz zu der ultranationalistischen Haltung der sozialistischen Partei und müssen als ein einsetzender elementarer Protest aus den Tiefen des werktätigen Volkes selbst eingeschätzt werden. Es wird der Ruhm der Parteiföderation des Aindepartements, ihres Organs „L'Eclaireur de l'Ain" und ihres tapferen Sekretärs Nicot bleiben, den Grundsätzen der sozialistischen Internationale zuerst wieder öffentlich Gehör und Stimme gegeben zu haben, während der Lärm des imperialistischen Hexensabbats das Klassenbewußtsein der französischen Proletarier übertäubte und sogar den bewährtesten ihrer Führer den Sinn für die historische Wirklichkeit völlig trübte. Wie Scheidewasser lösten diese Grundsätze alle gleißenden Ideologien auf, in denen sich in der Gluthitze des Weltkrieges bürgerliche und sozialistische Auffassungen wunderlich verschmolzen haben, Sie proklamieren, an ihnen die Ereignisse und ihre Konsequenzen messen, lief darauf hinaus, die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder in ihren rechtmäßigen Platz hoch und gebieterisch über die angeblich nationale Zusammengehörigkeit aller Klassen wieder einzusetzen, und die schleunige Beendigung des proletarischen Brudermordes zu fordern. Es war gleichbedeutend damit, die Unterstützung des imperialistischen Weltkrieges durch Sozialisten zu verurteilen – ganz gleich, in welchem Lande sie erfolgte und in welche „Erklärung" sie eingewickelt werden mochte – und mit dem allen in Opposition zur Politik der sozialistischen Partei des eigenen Landes zu treten.

Ähnliche Stimmungen und Strömungen wie in der politischen Einflußsphäre der Parteiorganisationen des Departements Ain und später darüber hinaus sind auch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Frankreichs an die Oberfläche gekommen. Merrheim, der Führer der Metallarbeitergewerkschaft, darf namentlich als ihr eifriger und mutiger Verfechter genannt werden. Und daß wir die Stärke und Bedeutung dieser Gärung, Selbstverständigung und Sammlung der Geister nicht unterschätzen dürfen, das erhärten zwei Dokumente. Die „Humanité" vom 2. Februar veröffentlichte einen Aufruf, in dem sich die Confédération Générale du Travail [41] – die Generalkommission der französischen Gewerkschaften – an die ihr angeschlossenen zentralisierten Verbände und an die Arbeiterinternationale wendet. Sicherlich kann man vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus manche Gedanken und Forderungen des Manifestes als unklar und illusionsgetränkt kritisieren, während es in der Sache selbst noch nicht weit genug geht.

Allein vergessen wir nicht über den Schwächen der Kundgebung ihre Bedeutung als hoffnungsreiches Anzeichen einer Einkehr und Umkehr. Hier haben wir ein Bewußtsein von der Solidarität der Proletarier aller Nationalitäten vor uns, das nicht wie ein Tier auf dürrer Heide im Kreise zwischen den bürgerlichen Ideen von „patriotischer Pflicht" und „Vaterlandsverrat" umherirrt. Es geht geradeaus seinen Weg. Die Confédération Générale du Travail, „gegen deren Willen und Aktion" der furchtbare Kriegssturm entfesselt wurde, erklärt: „daß sie sich unerschütterlich mit der Sache der Arbeiterinternationale verbunden fühlt. Der Krieg bleibt für sie das entsetzlichste der sozialen Verbrechen. Stets

hat sie ihre Propaganda und ihre Aktion gegen den niedrigen Nationalismus gekehrt, gegen den eroberungsgierigen Militarismus, wie gegen die Rückkehr zu vergangenen Staatsformen.“ Ihre Anträge auf internationalen sozialistischen Kongressen seit 1905 beweisen, daß sie sich über die Notwendigkeit klar war, die Arbeiterinternationale zu einheitlichem Handeln gegen die gemeinsame Gefahr zusammenzufassen. Die Ereignisse haben diese ihre Auffassung bestätigt.

Selbstverständlich konnte das Manifest nicht stumm und verlogen daran vorübergehen, daß Belgiens Boden fast bis zum letzten Zoll von feindlichen Kriegsheeren besetzt ist, daß viele französische Departements das gleiche harte Los teilen, Jedoch klingen in ihm nicht die leisesten Revanchetöne an, Elsaß-Lothringen wird nicht einmal erwähnt. Und wie stellt sich der französische Aufruf zu dem vorgeblichen Interesse der Arbeiter an einem „größeren, stärkeren Vaterland“, zu dessen Eroberung mancher Führer der deutschen Arbeiterbewegung in Maurenbrechers und Hildebrands Spuren jetzt mit Federkiel oder Maultrommel auszieht? Er versichert: „Wir haben zu oft gegen die Kolonialexpedition protestiert, als daß wir heute die tiefen Gründe unseres Protestes vergessen könnten.“ Und an anderer Stelle: „Die wesentlichste Bedingung des sozialen Fortschritts bildet die Unverletzlichkeit, die Unabhängigkeit der Völker.“ Das Ideal zukünftiger Freiheit für alle „heißt jeden Gedanken einer Hegemonie verbannen, heißt die Harmonie aller Menschen fordern auf der Grundlage der Gleichheit aller Völker“. Die Confédération Générale du Travail wünscht den Frieden „so nah wie möglich“ und darüber hinaus das Einsetzen der proletarischen Kampfesenergie für das [42] Ziel, „diesen Krieg zum letzten der Kriege zu machen. Sie ist von Herzen mit denen, die für dieses Werk einstehen“ und erwartet seine Verwirklichung von „der direkten Auflehnung der in der Arbeiterinternationale organisierten und handelnden Kräfte“. Die Arbeiterklasse aller Länder muß nach ihr die bindende Verpflichtung übernehmen, in diesem Sinne zu wirken.

Unzweideutig, bestimmt wendet sich das proletarische Bewußtsein in der zweiten Kundgebung aus Gewerkschaftskreisen gegen den Krieg und seine Fortdauer. Das ist eine Erklärung, die vom Vorstand des Gewerkschaftskartells des Rhonedepartements einstimmig angenommen und dann als Flugblatt verbreitet wurde, Dieses Gewerkschaftskartell ist neben der Föderation für das Seinedepartement die stärkste Bezirksorganisation des französischen Proletariats, und der Erklärung sind sofort beigetreten: die Zentralleitung des Verbandes der Nahrungsmittelarbeiter, mit dem Sitz in Paris, sowie die Föderation der sozialistischen Parteigruppe des Departements Ain. Das Flugblatt hat mithin ebenfalls größere Proletariermassen erfaßt. Es enthält folgende kennzeichnenden Ausführungen: „Ohne nach den Ursachen des gegenwärtigen Konflikts in den diplomatischen Intrigen zu forschen, die sich während der letzten Jahre im geheimen abgespielt haben, erinnert das Gewerkschaftskartell des Rhonedepartements daran, daß das internationale Proletariat zwar unter dem Krieg leidet, daß es aber nie und nimmer eine Verantwortung dafür übernehmen kann, denn alle seine Bestrebungen waren stets gegen den Kampf mit Waffengewalt unter den Völkern gerichtet ... Der heiße Wunsch der Arbeiter und ihrer Familien ist auf einen raschen wohltätigen Frieden gerichtet, der endlich den furchtbarsten Schlächtereien ein Ende bereite, die die Menschheitsgeschichte zu verzeichnen hat. Jeder weitere Tag des Krieges bedeutet Tausende von Leichen braver und nützlicher Arbeiter, bedeutet, daß Tausende von Witwen und Waisen geschaffen werden, die ohne Lebensunterhalt sind. Das Gewerkschaftskartell des Rhonedepartements stellt über Erwägungen nebensächlicher Natur das allgemein menschliche Interesse und bekennt sich laut zu den Grundsätzen, die immer in der Arbeiterinternationale fortleben werden. Es erklärt daher, sich jeder aufrichtigen Aktion anzuschließen, die darauf abzielt, binnen kurzem einen ehrlichen und endgültigen Frieden herbeizuführen. Krieg dem Kriege! Es lebe die Arbeiterinternationale.“ Auch in diesem Schriftstück wird man vergebens nach der kleinsten Silbe spähen, die als Zugeständnis für eine engbrüstige nationalistische Gesinnung gedeutet werden könnte, Sowohl in dem, was es sagt, wie in dem, was es nicht sagt, bedeutet es die nackte Rebellion gegen die Illusionen und Losungen der sozialistischen Parlamentarier und Arbeiterführer, die das Proletariat vor den Wagen des kapitalistischen Imperialismus spannen.

[43] Als Dritte im Bunde haben es mutige Pariser Genossinnen gewagt, im Namen der internationalen Solidarität der Proletarier zu handeln und die sozialistischen Friedensforderungen vor die Öffentlichkeit zu tragen. Ungefähr zur gleichen Zeit wie die beiden Gewerkschaftsvertretungen, ja allem

Anschein nach noch vor ihnen, haben Genossinnen in Paris als Flugblatt den Aufruf verbreitet, worin die internationale Sekretärin die Sozialistinnen aller Länder an ihre vornehmste Aufgabe der Stunde mahnt, unbekümmert um „echt vaterländische“ Verdächtigungen und ungeschreckt durch Schwierigkeiten und Gefahren kühn im Kampf für den Frieden voranzugehen. Sie haben es als Ehrenpflicht der französischen Frauen bezeichnet, im Sinne des Aufrufs zu wirken, der durch die Veröffentlichung in der sozialistischen Presse weiteste Verbreitung erhalten sollte. Die Zensur des „Burgfriedens“ hat – wie in Deutschland – das zum Teil verhindert. Sie verbot den Aufruf im „Eclaireur de l'Ain“, dagegen konnte er im „Populaire du Centre“ erscheinen, und daß er die Seelen berührt hat, beweist die Einsendung einer Proletarierin mit der bangen Frage: Was können wir schwachen, armen Frauen tun, damit dem entsetzlichen Völkermorden endlich ein Ziel gesetzt werde? Das alles, obgleich die Behörden jede Friedenspropaganda auf das strengste verboten haben, – sogar das Gebet des Papstes für den Frieden! – und obgleich – schlimmer noch – patriotisch verblendete Sozialisten jeden Gedanken, jedes Wort von Frieden als ein „Verbrechen gegen das Vaterland“ brandmarken.

Freilich: wir sehen die Mienen und Handbewegungen selbstgerechter Überlegenheit, mit denen die Lobsänger der allein selig machenden großen Mitgliederzahlen und reichen Kassen die angeführten Zeugnisse verächtlich beiseite schieben. Die französischen Gewerkschaften sind schwach, schlecht organisiert und arm, und die sozialistischen Frauen in Paris? Du lieber Himmel, reden wir lieber nicht von diesem winzigen Häuflein Einflußloser! Es fällt uns nicht ein, die Schwächen und Mängel der Gewerkschaften und der sozialistischen Frauengruppen in Frankreich zu verschweigen; wir leugnen keineswegs die große Bedeutung, die auf allen Gebieten starke, stramme Organisationen mit wohlgefüllten Kassen haben können. Jedoch wir wissen auch aus der Geschichte Frankreichs und seiner Arbeiterbewegung, daß dort bis heute die Organisation, – wie die Deutschen sie verstehen – nicht die wichtigste Voraussetzung dafür gewesen ist, daß die arbeitenden Massen aktiv auftreten und alle in ihnen schlummernden Kräfte und Leidenschaften für das historische Geschehen einsetzen. Außerdem bekennen wir uns offen zu dieser „Ketzerei“: Die organisationstechnische Überlegenheit der Arbeitervereinigungen allein tut es nicht, sie bleibt „Wasser“ und wird nicht zum heiligenden ge-[44]schichtlichen Sakrament, wenn der zielklare Geist und der tatbereite Wille fehlen. Von diesem Geist beseelt, von diesem Willen gelenkt, vermögen gewiß mächtige Organisationen Gewaltiges zu vollbringen; ohne diesen Geist und Willen können sie jedoch zu gefährlichen Fesseln der proletarischen Energie und Aktionsfähigkeit werden. In den Tagen der babylonischen Sprachverwirrung, die der gegenwärtige Weltkrieg unter den internationalen Proletariern angerichtet hat, schätzen wir das vom Wesen des Sozialismus beherrschte Handeln kleiner Vereinigungen höher, als den mustergültigen Stand und die glänzendsten Finanzleistungen kräftiger Organisationen, die untätig zusehen oder gar begünstigen, daß unter der trügerischen Parole „das Vaterland in Gefahr“ das Proletariat als Helote ausschließlich für die Politik seiner Herren und Ausbeuter aufgeopfert wird.

Trotz allem, was man an den sozialistischen Solidaritäts- und Friedenskundgebungen aus Frankreich herummäkeln mag, erblicken wir gerade in ihnen die beachtenswertesten Anzeichen dafür, daß das Proletariat in den Ländern beginnt, den nationalistischen Taumel abzuschütteln und sich wieder um die Fahne des Klassenkampfes zu sammeln. In Frankreich ist der Patriotismus der Arbeiter mit den revolutionären Überlieferungen des Landes verwachsen. Er saugt seine Kraft aus dem geschichtlichen Glanz der großen Revolution; aus der Erinnerung an die Kriege, in denen ihr Werk gegen die Koalition der Monarchen von ganz Europa geschützt werden mußte, und die französische Bourgeoisie im Frühlingssturm ihrer jungen Herrschaft davon träumen konnte, mit den Fahnen der Republik die Freiheit über die Welt zu tragen; aus der Tatsache, daß „das Krähen des gallischen Hahnes“ 1830 und 1848 die Völker auf dem europäischen Kontinent aus dem politischen Schlaf wachrief; aus der Rolle, die Paris hier als glutvoller Feuerherd für die politischen Revolutionen des Bürgertums und die ersten Schilderhebungen des Proletariats gespielt hat. Schließlich mußte ihm der Deutsch-Französische Krieg neue Nahrung zuführen, als er nach dem 2. September zu einem nationalen Verteidigungskampf für die Existenz der Republik wurde, der in der heldenmütigen Pariser Kommune seinen Höhepunkt erreichte. Vergessen wir außerdem nicht die gegenwärtige Lage Frankreichs. Es hat das Schicksal des stammverwandten Belgiens vor Augen, und ein beträchtlicher Teil des eigenen Heimatbodens ist vom Feinde besetzt, darunter die industriell fortgeschrittensten Bezirke. So gehört

augenblicklich in Frankreich eine unerschütterliche Überzeugungstreue, ein hoher moralischer Mut dazu, sich all dem „vaterländischen“ Rufen vom notwendigen „Durchalten“ entgegenzuwerfen und im Namen der internationalen proletarischen Solidarität den Frieden zu fordern. So offenbart sich aber auch in solchem Entgegenwerfen [45] die elementare Kraft des proletarischen Klasseninteresses und Klassenbewußtseins, eine Kraft, die schließlich glühender Lava gleich durch die Kruste bürgerlich nationalistischer Gedankengänge und Schlagworte bricht und die Argumentationen der mit der Regierung verbündeten Sozialisten wie totes Geröll beiseite schiebt. Das ist eine wohltuende Lehre von der unbezwinglichen Macht der objektiven geschichtlichen Faktoren, vereinigt mit dem bewußten Willen der Menschen. Sie sagt den Proletariern aller Länder: glaubt und handelt! Bleibt stark in der Überzeugung und seid kühn zur Tat!

Ungeachtet einer leidenschaftlichen jingoistischen Agitation sind in England die Morgenglocken starken internationalen Solidaritätsbewußtseins und Friedenswillens nie verstummt. Ihr Geläut tönte und tönt auch aus nichtproletarischen Kreisen. Die bürgerliche Friedens- und Frauenstimmrechtsbewegung hat unstreitig den Sinn für die internationalen Zusammenhänge der Kulturentwicklung geschärft und kraftvolle Persönlichkeiten gesammelt und erzogen, die unbeirrt um das Geschrei der Stunde die Ereignisse vorurteilsfrei betrachten und nach dem Gebot ihrer Überzeugung handeln. Andererseits ist es eine traurige Tatsache, daß auch in England nicht nur breite ungeschulte proletarische Massen der imperialistischen Raserei verfallen sind, sondern ebenfalls große Teile ihrer gewerkschaftlichen und politisch organisierten Vorhut, angesehene Führer voran. Inmitten des nationalistischen Tobens und Angesicht zu Angesicht mit dem Zusammenbruch der Internationale, wie er die unvermeidliche Folge vom Versagen der Sozialdemokratie in Österreich, Deutschland und Frankreich sein mußte, harrt jedoch die Independent Labour Party als treue Vorkämpferin der proletarischen Brüderlichkeit und des Friedens tapfer aus. Und die I. L. P. ist nicht etwa „die kleinste der sozialistischen Gruppen in England“, wie Genosse Scheidemann behauptet hat. Sie weist vielmehr mit ihren gegen 60.000 Anhängern die größte Mitgliederzahl von allen sozialistischen Fraktionen Großbritanniens auf und übt innerhalb der Arbeiterbewegung des Landes einen Einfluß aus, der ihre numerische Stärke bei weitem übertrifft, weil die I. L. P. die Mehrzahl der fortgeschrittensten Führenden, der Agitatoren und Organisatoren des Proletariats zusammenfaßt. Die I. L. P. war die treibende Kraft der großartigen Friedensdemonstrationen, die die Arbeiterpartei am Vorabend des Krieges veranstaltete. Sie hielt auch dann an ihrer Friedenspolitik fest, als die parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften unter dem aufreizenden Eindruck der verletzten Neutralität Belgiens ihren Widerstand gegen den Krieg aufgab. Genosse Ramsay Macdonald, ihr einflußreichster Führer, legte sein Amt als Fraktionsvorsitzender der Arbeiterpartei nieder, als deren Mehrheit seinen Antrag ablehnte, im Unterhaus die Protestresolution ihres Vorstandes gegen [46] den Krieg verlesen zu dürfen. In ihr heißt es: „Daß die Arbeiterbewegung noch einmal die Tatsache betont, daß sie die Politik bekämpft hat, die den Krieg verursachte, und daß es jetzt ihre Pflicht ist, so schnell wie möglich einen Frieden zu sichern unter Bedingungen, die die besten Möglichkeiten für die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern Europas schaffen.“ Der I. L. P. gehören die vier Genossen an – Ramsay Macdonald, Keir Hardie, Jowett und Richardson – die als einzige Mitglieder der parlamentaren Arbeiterpartei gegen die Beteiligung an der Rekrutierungskampagne energischen Widerspruch erhoben. Ein Zeugnis unerschütterten Bekennermuts zu den Idealen des internationalen Sozialismus ist das Manifest, worin die Partei sich nach Kriegsausbruch an die Arbeiter aller Länder wendete und insbesondere von den deutschen Arbeitern und Sozialisten feierlich erklärte: „Sie sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Freunde!“

Seither hat die I. L. P. ihr bestes Herzblut an den Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden gesetzt. Ihr Organ, der „Labour Leader“, Meetings und andere Veranstaltungen sind glänzende Bestätigungen dafür. Nicht einzelne „Quertreiber“ sind es, die wider die „selbstverständliche vaterländische Pflicht der nationalen Sicherheit und Machtbehauptung“ meutern. Geradezu ausnahmslos beweisen die Generalversammlungen und Konferenzen in den einzelnen Orten und Bezirken, daß die erdrückende Mehrheit der Partei geschlossen hinter dieser Politik steht. Die I. L. P. bekräftigt, daß Sozialismus und Imperialismus Todfeinde sind, daß den Frieden wollen für die Arbeiterklasse nichts

anderes bedeuten kann, als den Imperialismus leidenschaftlich und zäh bekämpfen. Sie hat begriffen, daß der Kampf des internationalen Proletariats gegen den gemeinsamen Feind auf nationaler Grundlage geführt werden muß, daß mithin die Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes den Imperialismus ihrer ausbeutenden Klassen und ihrer Regierung niederzuringen hat. Deshalb berauscht sie sich nicht an billigen Brandmarkungen des Imperialismus als einer internationalen Erscheinung und der imperialistischen Politik der nichtenglischen Staaten. Sie richtet ihre Angriffe geradeaus auf das Herz des Feindes, indem sie sonder Scheu und Zagen vor der Verdächtigung „der Vaterlandslosigkeit“ und „des Vaterlandsverrats“ den Imperialismus und die Sünden der Regierung Großbritanniens mit der gleichen Schonungslosigkeit den Massen enthüllt wie vor dem Kriege. Die mustergültige Haltung der I. L. P. ist sachlich eine bittere Kritik an der Gedanken- und Würdelosigkeit jener sozialistischen Parteien, die unter dem Geschützdonner des Weltkrieges und im Zeichen des [47] Burgfriedens heute anbeten, was sie noch gestern verbannt haben: die arbeiterfeindliche imperialistische Politik ihrer Regierung, die mit der gleichen Fingerfertigkeit heute verbrennen, was sie gestern angebetet haben: die sozialistischen Grundsätze und Ideale. Mögen die größeren politischen Freiheiten des „niedrigen, gierigen Krämervolks“ den Kampf der I. L. P. etwas erleichtern, so bleibt er doch in den Tagen der entfesselten jingoistische Leidenschaften und des Streichens der sozialistischen Fahne in anderen kriegführenden Ländern nicht weniger ehrenvoll und verdienstlich, eines der erhebendsten Kapitel in der Geschichte des internationalen proletarischen Befreiungsringens.

Morgenglockenklang wird uns aus dem Osten zugetragen, wo das junge Proletariat als erstes im Jahrhundert bereits 1905 zum Freiheitssturm läutete. Die russische Sozialdemokratie hat sich mit ihrem entschiedenen und wiederholten Nein gegen die Kriegskreditforderungen in der „echt vaterländischen“ Duma, Auge in Auge mit aller Gewalt des Zarismus, einen unverwelklichen Lorbeer gepflückt, und die konsequent sozialistische Haltung ihrer Organe wie der weitaus meisten ihrer Führer ist nicht weniger bewunderungswürdig. Das hat die Stellungnahme zur Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten neuerlich bekräftigt. Aber handelt es sich bei dem allen nicht bloß um politische Donquichotterien kleiner Grüppchen von „Doktoren der Resolution“, die ohne rechte Berührung mit den arbeitenden Massen, ohne Einfluß auf sie, sich den Luxus einer grundsätzlichen Politik der Unwirklichkeiten gestatten können? Sogar für jene, die die Geschichte der russischen Sozialdemokratie nicht kennen, muß gegen diese herabwürdigende Einschätzung schon allein die eine Tatsache sprechen, daß es in der siebenmal reaktionär gesiebten Duma eine sozialdemokratische Fraktion gibt, die parlamentarische Vertretung von Arbeitern, die nur im zähen Kampf mit den Schergen des Zarismus und den Bütteln des Kapitalismus ihre kümmerlichen politischen Rechte auszuüben vermögen. Doch davon abgesehen, liegt ein hochbedeutsames Zeugnis dafür vor, wie die Elite der russischen Arbeiterklasse zum Krieg steht, mit welcher ruhigen Festigkeit sie die Grundsätze des internationalen Sozialismus und die Friedensforderung durch die chauvinistische Brandung trägt. Die „Bremer Bürgerzeitung“ hat einen Bericht über die Lage in Rußland veröffentlicht, der von zwei Delegierten herstammt, die von den Petersburger Genossen Anfang Januar ins Ausland geschickt wurden. Ihre Aufgabe sollte sein, mit den dort weilenden Führern der russischen Sozialdemokratie Rücksprache über die Haltung zum Krieg zu nehmen. Wir lassen die Delegierten [48] selbst berichten, aus der Schlichtheit ihrer Darlegungen atmet die völlige Wahrhaftigkeit:

In Petersburg war die Partei- und Gewerkschaftsbewegung durch massenhafte Verhaftungen am Vorabend des Krieges vollständig desorganisiert. Die Arbeitermasse blieb ohne irgendwelche Weisung von der Partei. Trotzdem waren die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Krieg. Sie versuchten auf eigene Faust Gegendemonstrationen gegen die patriotischen Kundgebungen zu organisieren, die von der Polizei und dem Kleinbürgertum veranstaltet wurden. Sie wurden überall von der Polizei auseinandergetrieben. Aus der Provinz bekamen wir ähnlich lautende Berichte ... Wir kommen mit Arbeitern verschiedener Berufe zusammen und können bestimmt behaupten, daß mit jedem Tag die Gegnerschaft wider den Krieg sich verschärft. Wir haben keinen einzigen Arbeiter getroffen, der sich für den Burgfrieden mit dem Zarismus ausgesprochen hätte ... Den besten Einblick in die Stimmung der Arbeiter geben die geheimen Aufrufe, die die Arbeiter selbst – denn die sogenannte Parteiintelligenz ist fast durchweg verhaftet – gedruckt, mit der Schreibmaschine geschrieben oder hektographiert herausgeben. Sie erscheinen in allen Industriezentren, und kein einziges handelt über etwas anderes als den Kampf gegen den Zarismus.

Ein zweiter Beweis: die Arbeiter lehnen die Beteiligung an den Kriegsgeldsammlungen ab ... Trotz aller Gewaltmaßregeln der Fabrikverwaltungen haben z. B. im Petersburger „Vulkan“ von 5–6000 Arbeitern nur 300 Beiträge gezeichnet. Nein,

die aufgeklärten russischen Arbeiter sind Kriegs- und Zarenfeinde geblieben ... Die aktuellste Frage ist der Krieg gegen den Krieg. Wir wußten nicht, was die ausländischen Genossen vorhaben, aber wir waren der Meinung, daß alles gemacht werden muß, um eine Bewegung zu organisieren, die die Regierung nötigt, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Wir werden den Kampf unter der Losung des Friedens ohne Annexionen führen und die demokratische Republik erstreben ... Man darf sich durch Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen. Wir werden unseren eigenen Weg des Kampfes gehen und hoffen, daß die Erfahrung des Weltkrieges die Internationale gestärkt und geschlossener auferstehen lassen wird. Sie wird in einer Atmosphäre verstärkter Gegensätze zu wirken haben, deshalb hoffen wir, daß alle schädlichen Illusionen verschwinden werden.

Morgenglocken des internationalen Solidaritätsempfindens und des Friedenswillens erschallen laut aus der Welt der Frauen, besonders der sozialistischen, der proletarischen Frauen. Gewiß fehlt es auch da in den kriegführenden Ländern nicht an Genossinnen, die das Panier des neuen bürgerlich-patriotischen Glaubensbekenntnisses zum Vaterland verzückt schwingen und die alte Sturmfahne des Sozialismus in ein bescheidenes Winkelchen verbannt haben. Jedoch alles in allem sind die Sozialistinnen überall weit weniger in ihrer grundsätzlichen Bewertung des Weltkrieges wie ihrer eigenen Aufgabe erschüttert worden als die Männer. So hat sich denn auch die junge sozialistische Frauenineternationale wacker behauptet, und ungeachtet der schwierigeren äußeren Verbindungen haben die inneren Beziehungen zwischen den Genossinnen aller Nationalitäten an Kraft und Innigkeit gewonnen.

[49] Die englischen Sozialistinnen waren in den kriegführenden Staaten die ersten, die in einer „Botschaft an die Frauen aller Länder“ vor der fiebergeschüttelten Welt ihre internationale Solidarität und ihre tiefe Friedenssehnsucht bekannten. Ehre den tapferen Frauen! Es ist unmöglich, an dieser Stelle die vielen freiwilligen Sympathiekundgebungen auch nur aufzuzählen, mit denen die sozialistischen Frauen in den neutralen Ländern sofort für die Botschaft dankten. Dagegen müssen wir die aus den kriegführenden Staaten vermerken. Die russischen Genossinnen begrüßten die Botschaft als einen Hoffnungsschimmer über den dunklen Tiefen des Brudermordes; die Sozialdemokratinnen Österreichs beschlossen auf ihrer ersten größeren Zusammenkunft eine herzliche Rückäußerung; Genossin Zietz gab in einem Brief der schwesterlichen Gesinnung der deutschen sozialistischen Frauen Ausdruck. Das Antwortschreiben der internationalen Sekretärin versicherte die englischen Genossinnen der Anerkennung und Treue der sozialistischen Frauen aller Länder und enthielt eine Solidaritätserklärung auch mit den Proletarierinnen der übrigen in den Krieg verwickelten Länder. Es wertete vom sozialistischen Standpunkt aus die Ursache und den Charakter des Weltkrieges und wies darauf hin, daß das Eintreten für den Frieden die nächste große gemeinsame Aufgabe aller Sozialistinnen sei. Dieser Gedanke wurde noch bestimmter und eingehender begründet Mitte November vor die sozialistische Frauenineternationale gestellt. Es geschah in einem Aufruf der internationalen Sekretärin, der zu planmäßigem und kraftvollem Wirken für den baldigen Frieden aufforderte. Es versteht sich, daß die Genossinnen in den neutralen Ländern ihm die weiteste Verbreitung gegeben haben, wichtiger ist jedoch die Frage, welches war sein Schicksal in den kriegführenden Ländern? In Deutschland untersagten die Zensoren die Veröffentlichung des Aufrufs in der „Gleichheit“; in der „Wiener Arbeiterinnen-Zeitung“ erschien er von der sorgenbeschwerten Aufsichtsbehörde erheblich durchlöchert. Die englischen Genossinnen durften ihn ungehindert von der hohen Obrigkeit veröffentlichen und sich für das Wirken in seinem Sinne erklären, Die russischen Genossinnen und Genossen haben sich seine Verbreitung angelegen sein lassen.

In Holland, Italien, der Schweiz, in den skandinavischen Ländern und den Vereinigten Staaten kämpfen die sozialistischen Frauen in Versammlungen und durch die Presse gegen den imperialistischen Weltkrieg und für einen Frieden, der kein blutleerer Schemen ist, vielmehr der sozialistischen Auffassung von dem Recht der Nationalitäten und Völker entspricht. In den Staaten, die nicht von der Kriegsfurie unterjocht sind – so in der Schweiz, in Skandinavien und Holland – soll der heuerliche Frauentag zu einer gewal-[50]tigen Friedenskundgebung von ausgeprägt internationalem Charakter werden. Die sozialistischen Frauen der miteinander ringenden Länder haben es in der Hand, trotz Kriegsrecht und Burgfrieden in den Ruf ihrer Schwestern einzustimmen: Krieg dem Kriege! Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, das lehrt uns das mutige Handeln der Pariser Genossinnen.

Auch unter den bürgerlichen Frauen, namentlich den Frauenrechtlerinnen sind internationale Solidaritätsbewußtseins- und Friedenswünsche lebendig geblieben. „Jus Suffragii“, das in London erscheinende Organ des Weltbundes für Frauenwahlrecht, bringt in jeder Nummer tapfere Friedenskundgebungen. Allerdings wenden sich auch in allen kriegführenden Ländern Überpatriotinnen dagegen, die das Lied vom „Durchalten“ um jeden Preis zum Ruhm des Vaterlandes ebenso dröhnend anstimmen, wie irgendein Wehrvereinler. Es sind jedoch andererseits sehr viele und sehr angesehene Führerinnen der bürgerlichen Frauen, die an den alten Idealen festhalten, die sie als schönes Erbgut aus der Hinterlassenschaft des weiland jungen Liberalismus übernommen haben, Ellen Key, Carrie Chepman-Catt u. a. haben ihr Talent und ihren Weltruf in den Dienst der Friedenspropaganda gestellt. Es ist bezeichnend, daß dabei in Deutschland die Organisationen und Führerinnen am entschiedensten und rührigsten auftreten, die energisch für das allgemeine Frauenwahlrecht und die Demokratie kämpfen. So die Frauenstimmrechtsvereinigungen München, Nürnberg, Hamburg, Karlsruhe und last not least die Friedensgesellschaft der Frauen; so Minna Cauer, Anita Augspurg, Lida Heymann und Frida Perlen. In der ersten Hälfte des Februar hat in Amsterdam eine Konferenz bürgerlicher Frauen beschlossen, es sei sofort ein internationaler Frauenkongreß vorzubereiten, der dem Friedenswillen Ausdruck verleihen solle.

Wir verhehlen uns nicht, daß die höllische Symphonie des Schlachtenlärms und die brausenden nationalistischen Kriegslieder den Friedensruf aus zuckenden Frauenherzen zunächst verschlingen. Jedoch auch nur zunächst, wenn die Frauen, wenn zumal die proletarischen Frauen, ernstlich wollen. Und sie müssen wollen, dafern in ihnen das geschichtliche Geschehen dieses furchtbaren Völkermordens zum Erlebnis: geworden ist, das mit eherner Zunge die Notwendigkeit des verschärften Klassenkampfes in fest geschlossener internationaler Phalanx der Proletarier predigt. Politische Macht ist nicht an die verfassungsmäßigen Rechtstitel zu direkter oder indirekter Mitwirkung im Parlament gebunden. Sie hat ihre feste Wurzel in den sozialen Dingen und in der Erkenntnis, dem Willen, die diese in den Menschen auslösen. Seien wir Frauen uns der Bedeutung unserer sozialen Leistungen und damit unserer realen Macht bewußt, auf die gerade der Weltkrieg helles Licht wirft. [51] Nützen wir sie, indem wir im Krieg gegen den Krieg kühn voranstürmen und unsern Friedenswillen als bewußt zusammengeballten Massenwillen in gewaltigen Kundgebungen politisch wirksam machen. Das wäre unser erster und wichtigster Anspruch auf eine geschichtliche Rolle in dieser Zeit. Man wird uns ob solchen Kampfes „schlechte Patriotinnen“ schelten, des Verrats am Vaterland zeihen. Sei’s drum! Wann hätte uns Sozialistinnen die Verleumdung verschont, und wann wäre sie zur Fessel unseres Tuns geworden? Die Gewalthaber der Stunde werden uns vielleicht verfolgen, unsere Gesinnung und unser Wirken ächten und strafen. Wir wären nicht wert, die Befreiung und Erhebung der Menschheit durch den Sozialismus im Geiste gelebt zu haben, wenn die Aussicht darauf uns schrecken könnte. So sind auch wir für das „Durchalten um jeden Preis“, jedoch für das entgegengesetzte Ziel wie die neubekehrten imperialistischen Sozialisten: durchalten gegen den Imperialismus für den Sozialismus.

Wir haben die lebendigen Kämpfe gezeigt, die in der Frauenwelt, die in den werktätigen Klassen auch der kriegführenden Länder sich zu regen beginnen, um durch die Wiedervereinigung der Proletarier und ihren Aufmarsch zum Klassenkampf den Frieden zwischen den getrennten Völkern der Arbeit zu schaffen. Diese Kräfte national und international zu einheitlichem Wollen und Handeln zusammenzufassen, ist für die Sozialisten der kategorische Imperativ dieser verhängnisschweren Zeit. Hier liegt eine geschichtliche Aufgabe von größter Tragweite vor, mit deren schleuniger und energischer Inangriffnahme namentlich die deutsche Sozialdemokratie die ersten Schritte tun müßte, um zu sühnen, was sie als Bundesgenossin des Imperialismus an der Arbeiterinternationale gesündigt hat. Ihrer Entscheidung und Haltung kommt um so größere Bedeutung zu, als sie das stärkste Bataillon der Internationale stellt, als mustergültiges Beispiel für Theorie und Praxis bewundert wurde und eine kaum bestrittene Führerschaft ausübte. Leider hat es augenblicklich nicht den Anschein, als ob die Partei sich auf ihre Pflicht besänne. Auch die französische Sozialdemokratie hat viel, vieles gut zu machen. Mit ihr abzurechnen, ist in erster Linie Sache der französischen Genossen, die ihre Partei und das Proletariat nicht länger Opfer und Mitschuldige der Politik der herrschenden Klassen werden

lassen wollen. Wir stellen fest, was in Deutschland ist. Und da kommt niemand um die beschämende Tatsache herum, daß die ehemals so stolze Sozialdemokratie heute die Gefangene der imperialistischen Kriegspolitik ist und im Kampf für den Frieden versagt. Wohl haben wir die frommen Friedenswünsche gehört, mit denen Parteivorstand, Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und andere führende Instanzen die „grundsätzliche Stellung der Partei“ beschwören. Allein, was wir trotz [52] allem nicht mit der Lupe zu entdecken vermögen, das ist der Wille zur Tat, der die Massen des arbeitenden Volkes aufruft, für den Frieden und damit für ihre eigenen Interessen die nämlichen Energien einzusetzen, die gleichen Opfer zu bringen, die der Krieg des Imperialismus von ihnen einfordert. Ohne diesen Willen zur Tat sind die schönsten Erklärungen nichts als Schall und Rauch.

Worauf warten die leitenden Instanzen der deutschen Sozialdemokratie, um ihn zu beweisen? Wollen sie im Rauschen der militärischen Ereignisse mit delphischer Ruhe und Weisheit den „geeigneten Zeitpunkt“ abwarten, um dann die Kraft der Partei geschlossen in die Wagschale des Friedens zu werfen? Wähnen sie nicht eher handeln zu dürfen, bis die französische Bruderpartei in aller Form friedeheischend die Hand ausstreckt? Uns will bedünken, daß es die Auffassungen des bürgerlichen Nationalismus und nicht die des internationalen Sozialismus sind, die auf dem tiefsten Grund jedes Zauderns liegen, den Kampf für die Beendigung des Krieges aufzunehmen. Die politischen Ziele des deutschen Imperialismus und die strategischen Maßstäbe seiner Militärs können nicht unsere Aktionen als internationale Sozialisten bestimmen. Mit jedem Tag, den das verderbenschwere Völkerringen länger dauert, wächst die Notwendigkeit, ihm Halt zu gebieten, um der Gegenwart und Zukunft des Proletariats halber, die in diesem Falle geradezu handgreiflich mit den höchsten Menschheitsinteressen zusammenfallen. Und sogar vom engen nationalen Standpunkt aus ist Deutschland der kriegführende Staat, der am allerwenigsten zu befürchten hat, daß ein zwingender Friedenswille als verrufenes Anzeichen der „Kriegsmüdigkeit“ und „Schwäche“ ausgelegt werden könnte. Unbrüderlich und unpolitisch erscheint es uns, das Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie vom Verhalten der französischen Sozialisten abhängig zu machen. Man vergesse doch nicht, daß außer Belgien sich ein großer Teil des Ostens und Nordens von Frankreich in deutscher Gewalt befindet. So rücksichtslos wir es verurteilen müssen, daß die französische Sozialdemokratie ihren Pakt mit der Bourgeoisregierung nicht löst, um ihre Bundesbrüderschaft mit der gesamten Arbeiterinternationale wieder zu gewinnen, so können wir es immerhin angesichts der ganzen Sachlage begreifen. Außerdem und vor allem: seit wann sind die Fehler der Bruderparteien ein Ablaßschein für die eigenen Sünden, seit wann ersetzen sie die eigene mangelnde Tugend? Wir erinnern zu diesem Kapitel an das ebenso bescheiden-würdige als kluge Wort der russischen Delegierten: „Man darf sich durch die Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen.“

[53] So halten wir eine sofortige kraftvolle Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter für die vornehmste Pflicht. Mit den Führern, wenn diese sich endlich entscheiden; ohne sie, wenn sie noch weiter unentschlossen zögern; gegen sie, wenn sie bremsen wollen. Eine solche Friedensaktion allein könnte die ersten festen Fundamente legen für den Wiederaufbau der Arbeiterinternationale. Denn nicht durch schwungvolle Solidaritäts- und Sympathieversicherungen der Führer und nicht durch weise ausgeklügelte Verständigungsresolutionen kann zusammengekittet werden, was der unselige Krieg in Trümmer geschlagen hat. Der stolze Bau der Internationale kann nur aufs neue erstehen, zusammengefügt von dem Vertrauen der proletarischen Massen, die sich in den Wettern und Flammen des Klassenkampfes brüderlich zusammenscharen. Auch hierfür heißt es: Im Anfang war die Tat! „Schon sind da und dorten Morgenglocken wach geworden,“ Das deutsche Proletariat muß auf ihren Ruf antworten: bereit!

*

Aus den Parlamenten

I.
Der Riß in der preußischen Landtagsfraktion.

Von Heinrich Ströbel.

Berlin, 17. März.

Konrad Haenisch, M. d. A., hat in der gestrigen Nummer des „Hamburger Echo“ einen Artikel veröffentlicht, der den Riß, der sich in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens aufgetan hat (und der durch die ganze Partei geht), mit erfreulicher Schärfe klarlegt.

Auch der Landtagsabgeordnete Hirsch hatte ja in der „Fränkischen Tagespost“ diese „Unstimmigkeiten“ behandelt, aber an den harten Dingen doch erheblich vorbeigeredet. Ihm erschienen die Differenzen gleichsam an den Haaren herbeigezogen und durch das überflüssige Hineintragen reichspolitischer Fragen künstlich hervorgerufen, während es die Landtagsfraktion in dem preußischen Idyll doch so bequem gehabt hätte, wenn sie sich auf die ihr durch geziemende Selbstbeschränkung zugewiesenen preußischen Angelegenheiten beschränkt hätte. Die Landtagsfraktion hätte nur ganz einfach den Krieg und alle durch den Krieg geschaffenen politischen Probleme glatt zu übersehen brauchen – und nicht das kleinste Flämmchen der Zwietracht wäre in ihren Fraktionssitzungen aufgezüngelt. Aber da gab es in dieser Körperschaft unbe-[54]herrschte Menschen, die an den ungeheuren Tatsachen des Krieges nicht einfach vorübergehen wollten, die nicht in weiser Selbstbeschränkung alles der höheren Einsicht der Reichstagsfraktion überlassen zu dürfen glaubten, die von der „großen Zeit“ in allen Fibern gepackt waren und sich – komische Käuze! – als Sozialdemokraten verpflichtet wähnten, auch in der Preußenkammer zu den gewaltigen Zeitproblemen Stellung zu nehmen. Solcher Leute gab es auf beiden Seiten der Fraktion, und da beide Gruppen gleich stark waren, versagte schließlich auch das Notmittel der Mehrheitsbeschlüsse. Beide Richtungen kamen zum Wort, und da die „Heißsporne“ (wie Hirsch sie nennt) sich nicht zügeln konnten, ergaben die Reden die wunderbarsten Dissonanzen.

Das war, wie wir dem Genossen Hirsch gern zugeben wollen, an sich nicht schön und für die Partei nicht gerade erbaulich. Aber das Unerquickliche dieses Zustandes lag doch schließlich nicht an den Liebknecht oder Haenisch und ihrem Mangel an Selbstdisziplin, sondern an dem Riß, der zurzeit durch das ganze geistige Parteileben geht, an der ungeheuren Gärung und Verwirrung, die das kolossale Ereignis des Weltkrieges in den Reihen der Sozialdemokratie erzeugt hat. Und da dieser Zustand der Gärung doch schließlich wieder einmal zur Klärung gebracht werden muß, so ist es nicht nur kein Unglück, sondern geradezu eine Notwendigkeit, daß die schweren Meinungsdifferenzen auch der Masse der Parteigenossen möglichst eindringlich zum Bewußtsein gebracht werden, damit auch sie die Probleme durcharbeitet und dann ihren Entscheid fällt. Denn das Wesen der Demokratie besteht doch wohl nicht darin, daß „Führer“ und „Instanzen“ unter sich Turniere ausfechten und ihren Millionen Anhängern dann Direktiven geben, sondern daß die breiten Proletariermassen sich in aller Gründlichkeit Rede und Gegenrede vortragen lassen, um dann nach reiflicher Prüfung selbst darüber zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen, Zu solchem Austrag der Auffassungsgegensätze und solch reiflicher, Prüfung wird erst nach Beendigung des Krieges die Zeit gekommen sein – darum kann es aber nichts schaden, wenn die Massen auch heute schon erfahren, wie groß und tiefklaffend die Differenzen sind, deren Austrag der Partei in der Zukunft harrt.

Und in diesem Sinne können wir den Artikel Haenischs im „Hamburger Echo“ nur begrüßen. Er vertuscht und verschleiert nicht, aber er übertreibt auch nicht, wenn er mit dem Lutherwort von seinen Meinungsgegnern sagt: Sie haben einen anderen Geist. Von der Richtigkeit dieser Ansicht haben wir uns in den Fraktionssitzungen hinlänglich überzeugen können. Ja, es bedarf gar nicht der Berufung auf diese inneren Aussprachen: schon die Verhandlungsstenogramme des Abgeordnetenhauses bezeugen, daß sich die Haenisch und [55] Liebknecht oder auch die Leinert und meine Wenigkeit einfach nicht mehr verstehen.

Haenisch zieht denn auch aus diesen Tatsachen – wiederum mit löblichster Offenheit – seine Folgerungen. Der Parteitag werde zum Tribunal werden. Natürlich für die „Quertreiber“. Und dies

Parteigericht, so wünscht Haenisch, möge ohne Zimperlichkeit eingreifen und resolut reine Bahn machen. Besser, als daß störender Parteihader auf Jahre hinaus die großen Aufgaben des Proletariates beeinträchtigte, se! es, wenn den „Liebknechtereien“ und den „Liebknechteleien“ ein rasches Ende bereitet und den Quertreibern der Stuhl vor die Tür gesetzt würde. Dieser Hinauswurf der Prinzipienreiter und Querulanten sei für die Partei ein ganz schmerzloses Verfahren, denn dem Häuflein der Führer werde sich keine nennenswerte Gefolgschaft anschließen.

Es ist hübsch, daß Haenisch so geradeheraus spricht, wohin die Reise gehen soll. Vielleicht geht auch sein Mund davon über, wessen das Herz anderer voll ist. Haben doch Gewerkschaftsblätter schon vor Monaten gleichfalls mit dem Hinauswurf der „Quertreiber“ gedroht. Diese Kreise sind seitdem vorsichtiger geworden, aber dem Genossen Haenisch scheint der Himmel noch immer voller Baßgeigen zu hängen ...

*

Der Zwist in der Landtagsfraktion ist derselbe wie der seit dem Kriegsausbruch in der Partei ausgebrochene Meinungsstreit.

Seit Anfang August des vorigen Jahres steht die Partei im Zeichen des „Umlernens“. Bis dahin stand die Partei in ihrer Mehrheit, wie alle Parteitagsbeschlüsse beweisen, allem Imperialismus in schroffster Ablehnung gegenüber. An ihrer unerschütterlichen Gegnerschaft zu einem imperialistischen Kriege hätte auch der ärgste Schwarzseher nicht zu zweifeln gewagt. Und als reif für Dalldorf wäre der verschrien worden, der prophezeit hätte, daß in wenigen Monaten der Weltkrieg von deutschen „Radikalen“ als willkommenes Vehikel für den Aufstieg des deutschen Proletariats und des Sozialismus verherrlicht werden könnte.

Eine Bewilligung der Kriegskredite lag ebenso weit außerhalb aller Möglichkeiten. Sie wird heute von der Mehrheit der Reichstagsfraktion als eine „Selbstverständlichkeit“ bezeichnet, wie man denn überhaupt seitdem die verblüffende Entdeckung gemacht hat, das wahre Wesen des sozialistisch-proletarischen Internationalismus bestehe in der bedingungslosesten Betätigung des Nationalismus. Eine Entdeckung allerjüngsten Datums! Denn, wie die Genossen Renaudel und de Man berichten, hat ja unmittelbar vor Kriegsausbruch noch der Vertreter des deutschen Parteivorstandes [56] den französischen Genossen erklärt, daß die Reichstagsfraktion sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Stimme e n t h a l t e n , wenn nicht gar g e g e n die Kriegskredite votieren werde. Im neutralen Ausland hielt man auch eine solche Haltung für ganz selbstverständlich. Der alte Hermann Greulich, länger als „ein Menschenalter der Führer der schweizerischen Sozialdemokratie – ein Mann, den noch niemals ein deutscher Genosse eines verstiegenen Radikalismus geziehen – hat erst letzter Tage darüber sehr Beachtliches gesagt: „Als die Depesche kam, auch die Sozialdemokraten hätten einstimmig den Kriegskredit bewilligt, g l a u b t e n w i r e s n i c h t . Dann kam die Bestätigung und die von der Fraktion abgegebene Erklärung. D a s w a r e i n b e t ä u b e n d e r S c h l a g .“ Und über die Haltung der deutschen Partei (soweit man heute die Partei für die Haltung der Mehrheit ihrer Funktionäre verantwortlich machen kann) während der letzten Monate sagt Greulich: „Mit Staunen sahen wir den K r i e g s w a h n s i n n unter führenden Genossen Deutschlands fortdauern ...“

Auch in der deutschen Partei gab es Leute, die in den Parteitraditionen und der sozialistischen Gedankenwelt zu alt geworden waren, um so hurtig „umlernen“ zu können, wie Haenisch und Lensch. Im preußischen Abgeordnetenhaus bildeten diese altmodischen Köpfe, über deren Mangel an Intelligenz dann Haenisch in seiner berüchtigten Kultusrede mitleidig spöttelte, sogar die Hälfte der zehnköpfigen Fraktion. Kein Wunder, daß sich da die Dinge nicht so glatt abspielten, wie in der Reichstagsfraktion, wo die Mehrheit die Minderheit zwar nicht überzeugen und von ihren Gewissensskrupeln befreien, aber doch einfach überstimmen konnte.

*

Hirsch meint: was ging das Kriegsproblem die preußische Landtagsfraktion an! Darüber mochten sich die Reichstagsabgeordneten die Köpfe zerbrechen. Nun: die Bürgerlichen dachten nicht so. Sie, als Preußen, als die Zweidrittelmehrheit des deutschen Volkes, als der wichtigste Faktor des bundesstaatlichen Reichskörpers, waren sich ihres Gewichtes sehr wohl bewußt. Der Krieg, das fühlten sie,

war i h r e Sache, seine Gestaltung, seine Ziele gingen in erster Linie s i e an, die Herren Großgrundbesitzer, die Herren Großindustriellen, die Vertreter des mobilen Kapitals. Das Abgeordnetenhaus hielt sich deshalb nicht nur für verpflichtet, alle sozialen Kriegsmaßnahmen zu treffen, die in seine gesetzgeberische Befugnis fielen, sondern auch die beiden Kriegstagungen des Hauses zu wuchtigen Kriegskundgebungen zu gestalten.

[57] Auch wenn die Resolution des Internationalen Stuttgarter Kongresses nicht ausdrücklich für den Kriegsfall verpflichtet hätte, wäre es in solcher Situation das erste Gebot einer sozialdemokratischen Fraktion gewesen, nun auch ihrerseits zu dieser Kundgebung Stellung zu nehmen. Aber nur mit knapper Not kam mit fünf gegen vier Stimmen jener „Friedenspassus“ in der sozialdemokratischen Fraktionserklärung zustande, der doch wahrhaftig das Minimum dessen darstellte, was erwartet werden mußte. Die Minderheit der Fraktion operierte mit den bekannten Einwänden: Natürlich wollen auch wir einen ehrlichen und billigen Frieden – aber der Zeitpunkt für eine solche Deklaration erscheint uns schlecht gewählt. Die Erklärung könnte uns vom Ausland als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, so daß der Krieg dann nur noch länger dauert. Argumente, mit denen man j e d e sozialdemokratische Friedenskundgebung in j e d e m Augenblick ablehnen kann!

Vollends zu scharfem Zusammenprall kam es in der Fraktion, als die Frage der Zensur und des Belagerungszustandes im Plenum zur Beratung stand. Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien hatte unter freikonservativ-nationalliberaler Führung von der Regierung die Freigabe der öffentlichen Aussprache über die Kriegsziele und Friedensbedingungen gefordert. Die Regierung versprach diese Freigabe – für die Zeit, wo eine solche Erörterung aus militärischen und politischen Gründen zulässig sei. Damit gaben sich die Interpellanten einstweilen zufrieden. Sie hatten ja vorläufig ihren Zweck erreicht, hatten über die angeblich unparitätisch-unfreundliche Behandlung der „Scharfmacher“, d. h. Annexionspolitiker, ihre schärfste Mißbilligung ausgesprochen und der Regierung deutlich genug zu verstehen gegeben, was sie, die Herrschenden in Preußen, von der Reichsregierung in bezug auf die Friedensbedingungen erwarteten. Es handelte sich also in Wirklichkeit gar nicht um zensurelle Zukunftssorgen der bürgerlichen Mehrheit, sondern um einen u n v e r b l ü m t e n Vorstoß gegen . die „Flaumacher“. Ich hielt es deshalb für selbstverständlich, daß ich als Redner zu diesem Punkte nicht nur die Zensurbeschwerden vorzutragen, sondern auch die sozialdemokratische Stellung zu dem Friedensproblem zu kennzeichnen verpflichtet sei. Aber obgleich ich diese Ausführungen über das Kriegsziel in der denkbar vorsichtigsten Weise formuliert und gegen jede chauvinistische Mißdeutung durch das Ausland gesichert hatte, fand dieser Teil meiner Rede keine Gnade bei der Mehrheit der Fraktion. Man beschloß seine Streichung. Ich erklärte daraufhin, daß ich nach der Streichung des wichtigsten Teiles meiner Rede auch auf den belanglos gewor-[58]denen Rest der Ausführungen verzichten müsse und fand d a f ü r wenigstens das Verständnis des Genossen Haenisch.

*

Um die ganze Tiefe der Kluft zu ermessen, die sich zwischen den beiden Teilen der Fraktion (und der Partei) geöffnet, muß man sich die Rede Haenischs zum Kultusetat vergegenwärtigen.

Man kennt die für Sozialisten und Marxisten unbegreiflichen Illusionen gewisser Parteikreise: Der Krieg ist das soziale und moralische Verjüngungsbad der Nation. Das gemeinsam vergossene Blut schweißt die Teile der Nation fester zusammen, beseitigt „Vorurteile“ und bringt die früher oft so schrillen Dissonanzen des Klassenkampfes zu harmonischer Auflösung. Die Gewerkschaften werden fortan nicht schlechter behandelt werden, als die Christlichen, die Parteibestrebungen werden nicht mehr als „ordnungsfeindlich“ geächtet, die soziale Gesetzgebung erhält einen freieren Schwung und das vom Verdachte der „Vaterlandslosigkeit“ gereinigte Proletariat bekommt höhere politische Rechte. Und der äußeren Harmonie gesellt sich der kulturelle Aufstieg des Volkes. Nicht mehr Worte des Zornes, Blitze des Hasses, werden in den Parlamenten dröhnen und wetterleuchten, sondern als Gegner zwar, aber als ehrlich wohlmeinende Männer werden die Fechter nach Kavaliersart graziös die Klingen kreuzen. (Die Liebknechtianer, mögen sie zehnmal kreuzehrliche Kerle und Herzbrüder von gestern sein, schmeißt man aus der Partei heraus, denn sie haben einen anderen Geist; aber mit den Herren v. Richthofen und Zedlitz v e r s t ä n d i g t man sich!) Dem nationalen und sozialen Geiste

entspricht eine herrliche freie Kultur. Ach, dies Zukunftsbildnis ist so berückend schön, daß es Haenisch in einer Broschüre in den seherischen Enthusiasmus ausbrechen läßt:

> Herr Gott im Himmel, welche Wunderblume
> Wird einst vor allem d i e s e s Deutschland sein!

Befände sich Haenisch nicht in diesem Zustande unheilbar visionärer Verranntheit, so hätten ihn die Reden der übrigen Parteivertreter bei der Kultusdebatte rasch in die Wirklichkeit zurückrufen müssen. Schon die Ausführungen des konservativen Herrn v. Goßler bewiesen ja, was sie von diesem Kriege erwarten und erwarten dürfen. Daß Herr v. Goßler meinte, die Deutschen hätten gezeigt, daß sie, „was Kultur und Gesittung anbetrifft, himmelhoch stehen über all den Völkern, von denen man jetzt spricht", war noch die harmloseste Wendung. Bedenklicher waren schon die Lobpreisungen der „Pflege des kirchlichen Lebens", die „jetzt reiche Zinsen getragen" habe, wie überhaupt die Hervorhebung des „tiefen Zuges zu innerer [59] Sammlung, zur R e l i g i o s i t ä t , der durch unser g a n z e s V o l k geht". Und wenn der konservative Redner die künftige Sperrung der Hochschulen für „Russen und Japaner" als etwas Selbstverständliches forderte und die Hoffnung aussprach, daß „aus der heutigen großen Zeit, in der wir leben, ein allgemeiner Aufschwung unserer deutschen Kunst hervorgehen" werde, so bewies das alles hinlänglich, daß nicht nur in Frankreich die klerikale Reaktion die Früchte des Krieges zu ernten hofft.

Zudem trugen die Reden aller folgenden bürgerlichen Redner so ziemlich das gleiche Gepräge. Herr Kaufmann vom Zentrum sagte unter anderem: „Möge unsere deutsche Kunst und namentlich unsere deutsche Dichtkunst sich jetzt in diesem großen Kriege endlich aus den verführerischen Umarmungen des Auslandes befreien, in denen sie immer wieder die deutsche Seele hat töten lassen"; der Nationalliberale v. Campe: „Ein Unterricht, der nicht ganz von dem Geist dieser Zeit durchweht sein sollte, der würde ... ganz gewiß nichts oder nur wenig wert sein. Es kann ja doch nicht ausbleiben, daß heute gleichsam mit elementarer Wucht dem Unterricht ganz neue Ziele und ganz neue Wege gewiesen würden"; und der Freisinnsmann Eickhoff unterstrich nicht nur dieses nationalliberale Schulideal, sondern er machte auch vor der Geistlichkeit seine Reverenzen.

Und Haenisch? Entwickelte er diesem nationalistisch-reaktionären Programm gegenüber etwa die sozialistischen Kulturideale? Gewiß: er machte allerhand Vorbehalte, verteidigte die internationale Befruchtung von Kunst und Wissenschaft, tadelte allzu krasse Auswüchse des Chauvinismus usw. – aber den K e r n seiner Rede bildete doch sein Bekenntnis zum „Burgfrieden", sein Lob des „Umlernens", seine nationalistische Begeisterung und seine fanatische Hoffnung auf den „Sieg".

Karl Liebknecht hat einmal gesagt, daß wohl kein Mensch in Deutschland so p e r v e r s sein werde, eine Niederlage Deutschlands zu wünschen. Für einen Sozialdemokraten wäre es aber ebenso pervers, die Niederlage unserer Gegner zu ersehnen. Für ihn liegt das Heil der Nationen und der Kultur nicht in der Niederwerfung und Vergewaltigung des einen oder anderen Teils, sondern in der Verständigung. Das ist die Auffassung, die bis vor Ausbruch des Krieges j e d e r Sozialdemokrat vertreten hat, der auch am 10. März Genosse Haase im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Ausdruck gegeben hat.

Haenisch vertritt einen anderen Standpunkt. Er teilt die Auffassung des Genossen Lensch, der den Triumph des deutschen Imperialismus für gleichbedeutend hält mit dem Triumph des deutschen Proletariats und des – [60] Marxismus! Er hat das in seiner Rede nicht weniger als dreimal ausgesprochen. Seinen Spuren ist dann am 5. März bei der Beratung des Eisenbahnetats Genosse Leinert gefolgt.

Was deutschen Sozialdemokraten recht ist, ist russischen, französischen und englischen Sozialisten billig. Kein deutscher Genosse darf ihnen im geringsten verdenken, wenn auch sie von der Parlaments- oder auch Ministertribüne herab wie Haenisch den „vollen Sieg" ihres Landes verlangen. Nennt sich Haenisch stolz einen sozialdemokratischen D e u t s c h e n oder d e u t s c h e n Sozialdemokraten, so ziert etwa Plechanow nicht minder der Titel eines sozialdemokratischen R u s s e n und Vaillant der eines f r a n z ö s i s c h e n Sozialdemokraten. Sie alle helfen dann den Krieg und den „vollen Sieg" mit Leidenschaft schüren – zur höheren Ehre der sozialistischen Internationale!

Man begreift, daß selbst ein so alter und gemäßigter Sozialdemokrat, wie Hermann Greulich, von dem „Kriegswahnsinn“ gewisser Sozialdemokraten spricht, den er sich nur aus „Zwangsvorstellungen“ zu erklären vermag. Man begreift auch, daß bei solchen Divergenzen der Auffassung von einer Verständigung innerhalb der preußischer. Landtagsfraktion keine Rede mehr sein konnte, denn beide Teile mußten von einander sagen: Sie haben einen anderen Geist!

*

Daß die Geister sich scheiden und der neue Geist des nationalen Sozialismus (man kann auch sagen Nationalsozialismus, denn Pastor Naumann hat nie ein anderes Programm vertreten und Lensch hat den ehemaligen Nationalsozialen Rohrbach trefflich vulgarisiert) sich so unverhohlen bekundeten, ist hocherfreulich. Denn nach der Rückkehr normaler Zeiten wird sich die Partei in der Tat gründlichst mit den Irrungen und Wirrungen auseinanderzusetzen haben.

Nur darin weichen wir von Haenisch ab, daß er sich einbildet, die Masse der deutschen Proletarier werde dem neuen Evangelium des Kriegs- und Illusionssozialismus zufallen, so daß das Häuflein der Quertreiber resigniert sein Bündel schnüren könne. Wir glauben das Gegenteil, denn ein halbes Jahrhundert sozialistischer Schulung und Aufklärung kann an den Massen unmöglich so spurlos vorübergegangen sein, wie das die Virtuosen des Umlernens hoffen.

In Wirklichkeit verrät denn auch all das unwirsche Schelten auf die „Quertreiber“, all das ungestüme Drohen der vermeintlichen Mehrheit nichts [61] als ein schlechtes politisches Gewissen und innere Unsicherheit. Warum hätte man’s sonst so furchtbar eilig mit dem Hinauswurf der Genossen, deren ganzes Verbrechen in dem Festhalten an der bisherigen Theorie und Taktik der Partei besteht, während man die unaufhörlichen Quertreibereien der Revisionisten jahrzehntelang so lammesgeduldig ertragen hat?

Am liebsten würden die Haenisch und Konsorten die Quertreiber bereits durch einen außerordentlichen Parteitag spedieren lassen. Da das aber leider nicht geht, wird man sich wenigstens auf den Versuch gefaßt machen müssen, die „Quertreiber“ und die Massen der Parteigenossen durch eine so beschleunigte Einberufung eines Parteitages zu überrumpeln, daß zur notwendigen Aussprache in Presse und Versammlungen nur ungenügend Zeit bleibt und gewisse bereits festgelegte Körperschaften in eigener Sache zu „Gericht“ sitzen. Aber auch ein solcher Versuch dürfte an dem demokratischen Empfinden und dem gesunden politischen Gefühl der Massen der Partei kläglich scheitern.

Wenn Haenisch mit der ihm eigenen Fixigkeit sich nicht nochmals aufs Umlernen verlegt, könnte es leicht kommen, daß er schließlich von den deutschen Proletariermassen selbst entsetzt konstatieren muß: Sie haben einen anderen Geist!

II.
Die Zersetzung der Reichstagsfraktion.

p. B e r l i n , 31. März.

Es war die Absicht des Genossen Liebknecht, an dieser Stelle über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Reichstage zu schreiben. Jedoch wurde Liebknecht bereits im Anfang Februar unter das militärische Zwangsgesetz gestellt, und wir mußten zu unserem aufrichtigsten Bedauern darauf verzichten, ihn unter unseren Mitarbeitern zu begrüßen. Wir fügen hinzu, daß er auch mittelbar in keiner Weise für den tatsächlichen Inhalt der nachfolgenden Ausführungen verantwortlich ist, er so wenig wie irgendein anderes Mitglied der Reichstagsfraktion. Wir haben nur gesammelt, was hier und da, in der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen Presse, schon veröffentlicht worden ist.

Über die inneren Zustände der Reichstagsfraktion ist die bürgerliche Presse oft besser oder mindestens schneller unterrichtet, als die sozialdemokratische Presse. Der „Vorwärts“ hat sogar einen Fall mitgeteilt, wonach das „Berliner Tageblatt“ in seiner um 3 Uhr nachmittags ausgedruckten Abendausgabe Fraktionsbeschlüsse veröffentlichte, die der um 4 Uhr mit dem Satz beginnende „Vorwärts“ erst unter Zitierung der „Tageblatt“-Meldung am [62] nächsten Morgen wiederholen konnte, da ihm durch Fraktionsbeschluß eine eigene Mitteilung untersagt worden war. Daran trägt aber, wie Genosse

Stampfer in der Parteipresse auseinandergesetzt hat, kein Mitglied der Fraktion mit Wissen und Willen irgendwelche Schuld. Stampfer schreibt: „Jeder, der die inneren Gepflogenheiten des Reichstags kennt, weiß, wie schwer Fraktionsgeheimnisse zu wahren sind. Wichtige Vorgänge in der Fraktion sind gewöhnlich schon eine Stunde später das allgemeine Gespräch der Wandelhalle. Und solche Indiskretionen entstehen fast niemals aus bösem Willen, sondern fast stets aus Zufall oder aus unangebrachter Vertrauensseligkeit. Zwei Fraktionsmitglieder führen ein lautes Gespräch oder einer hat einen guten Freund, dem er ein Geheimnis anvertraut, dieser hat wieder einen guten Freund – und bald weiß es die ganze Stadt.“ Stampfer schildert damit in ansprechender Weise die Klatschsucht und Wichtigtuerei, die nirgends so üppig wuchern, wie in der Wandelhalle ohnmächtiger Parlamente.

Es ist nur, daß, was „die ganze Stadt“, d. h. jede bürgerliche Fraktion und jedes Mitglied der Regierung weiß, der naiven Masse der vier Millionen sozialdemokratischer Wähler am Ende nicht in allen Hüllen religiöser Geheimnisse verborgen zu bleiben braucht. Die ruhige Würde des Volksvertreters sollte nicht in den gefrorenen Schulmeisterdünkel umschlagen, womit zum Beispiel in der geschlossenen Mitgliederversammlung eines Berliner Vororts ein Fraktionsmitglied einen vorwitzigen Wähler wegen „sträflicher Neugier“ abkanzelte, weil er eine Frage nach einer Tatsache getan hatte, die „die ganze Stadt“ seit Wochen kannte. Indessen wollen wir uns keineswegs von „sträflicher Neugier“ plagen lassen und deshalb allein beachten, was längst in der Presse erschienen ist; wir hielten diese kurzen Erläuterungen für nötig, um nicht bei der naiven Masse der sozialdemokratischen Wähler in den Verdacht von „Enthüllungen“ zu geraten, die uns vollkommen fern liegen.

*

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat seit Beginn des Krieges viermal getagt. Das erstemal am 3. August v. J., wo sie sich über die Bewilligung der ersten Kriegsanleihe von fünf Milliarden zu entscheiden hatte. Was damals von ihr erwartet wurde und nach dem Parteiprogramm, den Parteitagsbeschlüssen, den Internationalen Kongreßbeschlüssen, sowie nach allen Überlieferungen der deutschen Sozialdemokratie erwartet werden mußte, sprach der Parteisekretär Hermann Müller ein paar Tage vorher, [63] als offizieller Vertreter des deutschen Parteivorstandes, in einer offiziellen Verhandlung mit der französischen Bruderpartei dahin aus, die Fraktion werde die von der Regierung geforderten Kriegskredite entweder ablehnen oder sich der Abstimmung enthalten; eine Bewilligung hielte er für ausgeschlossen.

Die Fraktion entschied sich aber mit 78 gegen 14 Stimmen für die Bewilligung. Die Erklärung, die sie nach vorheriger Zustimmung der Regierung und der bürgerlichen Fraktionen dazu abgab, ist heute schon vom Sturm der Zeit verweht. Von dem Kulturkampf gegen den Zarismus, der eine Hauptrolle darin spielte, spricht heute selbst der beschränkteste Philister nur noch mit Achselzucken; dagegen schweigt die Erklärung über den Grund, der wenigstens für einen Teil der Fraktionsmitglieder, nach ihren eigenen späteren Angaben, entscheidend gewesen ist: die Sorge um Gewaltschläge, sei es der Regierung, sei es fanatisierter Köpfe, wie deren einem eben Jaurès zum Opfer gefallen war. Man wollte nicht, daß die nationale Ehre durch solche Taten befleckt werde.

Von einem Teil der Bewilliger, etwa 20 oder 30 Mann, ist später bekannt geworden, daß er ein Separatvotum abgegeben haben würde, wenn die Mehrheit der Fraktion die Kredite verweigert hätte. Nach ihrer Bewilligung stand nunmehr die Minderheit von 14 Mann, die darin eine Zertrümmerung der Parteigrundsätze sah, vor der Frage eines Separatvotums. Wenn sie darauf verzichtete, so hatte sie unzweifelhaft sehr gewichtige Gründe für ihre Zurückhaltung. Bei Beurteilung der ganzen Sachlage war man noch viel mehr auf Gerüchte, als auf sichere Nachrichten angewiesen; es war möglich, daß, dem Umfall der Mehrheit zum Trotze, schwere Konflikte mit der Regierung bevorstanden; so glaubte man, alles vermeiden zu sollen, was nach einer Spaltung der Partei aussähe. Der erste Vorsitzende des Parteivorstandes, der zur Minderheit gehörte, fügte sich der Fraktionsdisziplin sogar so weit, daß er sich, wenn auch erst nach langem Sträuben, bereit finden ließ, die Erklärung der Fraktionsmehrheit öffentlich zu verlesen.

Wenn man vom Rathause kommt, ist man bekanntlich immer klüger, als wenn man hineingeht, und heute darf man wohl sagen, daß ein Separatvotum der Minderheit günstigere Folgen gehabt haben

würde, als ihr Schweigen. Der Schlacht bei Jena wäre dann schwerlich eine so reißende Kapitulation der Festungen gefolgt; der betäubende Eindruck, den die scheinbare Einmütigkeit der Fraktion machte, riß eine große Zahl der Parteiblätter in einen wüsten Rausch des Chauvinismus.

*

[64] Als der Reichstag zum 2. Dezember v. J. von neuem einberufen wurde, um eine zweite Kriegsanleihe von fünf Milliarden zu bewilligen, und die Fraktion zur Vorberatung am 29. November zusammentrat, waren Ursprung und Wesen des Krieges viel klarer zu übersehen, als am 3. August. Auch waren inzwischen sehr bittere Erfahrungen gemacht worden. In einer zweitägigen Debatte stießen die Gegensätze demgemäß schärfer aufeinander. Die Minderheit war von 14 auf 17 Köpfe gestiegen; ein Mitglied hatte sich zur Mehrheit geschlagen, während vier Mitglieder sich von der Mehrheit getrennt hatten. Aus der Mitte der Minderheit wurde der Antrag gestellt, ihr zu gestatten, daß sie ihre abweichende Ansicht im Plenum vertreten dürfe. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag jedoch ab, und ebenso wenig ließ sie sich auf die dringende Mahnung ein, die von einem bekannten österreichischen Genossen an sie gestellt wurde, eine energische Kundgebung für den Frieden und gegen die Verletzung der belgischen Neutralität zu erlassen. Nur zu einer schweigenden Bewilligung der Kriegsanleihe konnte sie sich nicht entschließen, sie entwarf eine Erklärung, die einige verwahrende Sätze über den Belagerungszustand, die Annexionspolitik und die belgische Frage enthielt.

Diese Erklärung wurde, wie schon die frühere am 4. August, der Regierung und den bürgerlichen Parteien zur Prüfung vorgelegt, und zunächst die Parteien, dann aber auch die Regierung verlangten eine Streichung oder Abänderung der eben erwähnten Sätze. Es zeigte sich jetzt, daß in der Tat „die ganze Stadt“ über die inneren Zustände der Fraktion unterrichtet war. Der Staatssekretär Delbrück erklärte, ihm hätten Fraktionsmitglieder gesagt, sie seien bereit, ohne jede Erklärung der Fraktion für die Kredite zu stimmen, und so sagte der volksparteiliche Abgeordnete Payer, er wisse aus dem Munde von sozialdemokratischen Abgeordneten, daß sie keineswegs grundsätzliche Gegner von Eroberungen seien. In dieser bedrängten Lage faßten 20 bis 30 Fraktionsmitglieder den Entschluß, falls der Forderung der bürgerlichen Parteien nachgeben würde, die unveränderte Erklärung im Plenum als ihr Separatvotum vorzutragen. Auf diese Drohung hin wurde jede Änderung oder Streichung der beanstandeten Sätze von der Fraktionsmehrheit abgelehnt.

Bei der Abstimmung am 2. Dezember entfernten sich die Mitglieder der Minderheit aus dem Saale, mit Ausnahme Liebknechts, der durch Sitzenbleiben öffentlich gegen die Bewilligung der Kredite stimmte. Darauf erließ der Fraktionsvorstand im „Vorwärts“ vom 3. Dezember eine Erklärung, worin er „diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen werde, aufs tiefste bedauerte“. Gegenüber diesem kalten Blitze zündete die mutige Tat Liebknechts in der klassenbewußten Arbeiterschaft des In- und Auslandes.

[65] Sicherlich hatte es seine Bedenken, daß Liebknecht sich von der Minderheit trennte, die gleich ihm die Bewilligung der Kriegskredite verwarf. Aber auch hier zeigte sich, daß man klüger vom Rathause kommt, als man-hinein-geht. Eine Reihe unverwerflicher Zeugnisse beweist, wie freudigen Widerhall die Abstimmung Liebknechts unter den deutschen Parteigenossen fand, und den ausländischen Parteigenossen erschien sie als erster Strahl der Hoffnung, daß der in Trümmern liegende stolze Bau des Weltproletariats wieder aufgerichtet werden würde.

Das abgeschmackte Gerede bürgerlicher Blätter und selbst verblendeter Sozialisten, wonach Liebknecht die Kriegsgegner des Deutschen Reiches ermutigt und dadurch zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben soll, wird hinreichend durch die Tatsache beleuchtet, daß die chauvinistische Presse Frankreichs ihn als Regierungsagenten denunzierte, der die Komödie der revolutionären Unversöhnlichkeit spiele, um das Ansehen der „kaiserlich-deutschen Sozialdemokratie“ im Auslande zu heben und durch das böse Beispiel die Reihen der französischen Sozialisten zu verwirren.

*

Zum dritten Male tagte die Fraktion am 2., 3. und 4. Februar d. J. Ihre Einberufung war auf Betreiben des Genossen Ledebour erfolgt, der eine Entscheidung über die Tätigkeit verlangte, die Südekum als freiwilliger Agent der Regierung im Auslande entfaltet hatte.

Zunächst aber wurde in einer langen Sitzung über Liebknecht verhandelt. Die Einzelheiten, die darüber in der „ganzen Stadt“ bekannt geworden sind, mögen hier auf sich beruhen bleiben; sie sind nicht geeignet, das Ansehen der Fraktion zu fördern. Dies gilt freilich auch schon von dem ganzen Verfahren gegen Liebknecht. Er hatte die F r a k t i o n s disziplin verletzt, um die P a r t e i disziplin zu retten, die von der Fraktion mit Füßen getreten worden war. Er hatte die niedere formale Pflicht verletzt, um einer höheren sittlichen Pflicht zu genügen. Die Freiheitskämpfer des 16. Jahrhunderts nannten das in ihrer Sprache, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen, während ein Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts denselben Gedanken in den ungleich gröberen Satz kleidete, aus dem wir ein höchst unparlamentarisches Wort lieber weglassen wollen: „Während man auf der einen Seite alle G e s e t z e ... verletzt, verlangt man auf der anderen Seite zarteste Beobachtung sogar eines R e g l e m e n t s .“ Der so schrieb, hieß Karl Marx, und mit seinem Segen wird sich Karl Liebknecht wohl über die Flüche der Karl Legien und Genossen trösten.

Do man darf nicht in zu hohen Worten von dem Verfahren der Fraktion [66] gegen Liebknecht sprechen. Einer von den 20 oder 30 Genossen, die nach seiner nunmehrigen Mitteilung am 3. August entschlossen gewesen waren, die Fraktionsdisziplin zu mißachten, falls sich die Mehrheit für die Verweigerung der Kredite entscheiden sollte, nannte es „eine Heuchelei und eine Ungerechtigkeit“, was es in der Tat war, da ein großer, wenn nicht der größte Teil der Fraktion sich selbst an der Fraktionsdisziplin versündigt hatte oder doch bereit gewesen war, sich daran zu versündigen. Als mildernder Umstand sei nur noch hervorgehoben, daß die einzelnen Sätze der gegen Liebknecht gerichteten Resolutionen nur gegen beträchtliche Minderheiten (15, 33, 39, 20, 26 Stimmen) angenommen wurden.

Nach dem Falle Liebknecht beschäftigte sich die Fraktion mit dem Falle Ledebour. Die Dienste, die Südekum auf eigene Faust der Regierung im Auslande geleistet hatte, waren nach Ledebours zutreffender Ansicht eine schwere Kompromittierung der Partei, und er hatte sein Amt als Mitglied des Fraktionsvorstandes niedergelegt, weil dieser nicht so dagegen eingeschritten war, wie es nach Ledebours Ansicht notwendig gewesen wäre. Die Fraktion entschied, daß Ledebours Vorwürfe gegen den Fraktionsvorstand unbegründet gewesen seien und sein Vorgehen aufs schärfste verurteilt werden müsse; auch wurde die Veröffentlichung dieser Resolution beschlossen. Dagegen wurde ein öffentlicher Tadel des Regierungsagenten Südekum abgelehnt; mit versöhnender Milde wurde nur erklärt, daß Mitglieder der Fraktion nicht ohne deren Genehmigung oder, falls sie nicht versammelt sei, ihres Vorstandes „Ersuchen“ der Regierung nachkommen dürften, und daß der Vorstand bei der Genehmigung „zurückhaltend“ sein solle.

Endlich beschäftigte sich die Fraktion in dieser Tagung noch mit der Frage des Friedens „in eingehender Weise“, wie parteioffiziös erklärt wurde, und „in Übereinstimmung“, aber unter strengster Geheimhaltung der Verhandlungen und etwaigen Beschlüsse. Diesmal hat auch „die ganze Stadt“ nichts davon erfahren, so daß sich die „sträfliche Neugier“ der naiven Wählermasse vollends bescheiden muß. Sie kann es auch in dem beruhigenden Bewußtsein, daß die Gedanken, die die Fraktion im verschwiegenen Busen über den Frieden wälzt, politisch keine größere Bedeutung haben, als der Wind, der durch den Schornstein fährt.

*

Nach diesen Vorgängen war es nicht zu verwundern, daß sich eine völlige Zersetzung der Fraktion offenbarte, als sie zum vierten Male am 8. März dieses Jahres zusammentrat, am Vorabend der Reichstagssession, in der über das Dreizehnmilliardenbudget (zehn Milliarden neuer Kriegskredite und über [67] eine Milliarde sonstiger Militärausgaben umfassend) beschlossen werden sollte. Am Tage vorher ,hatte schon der Parteiausschuß getagt, sich für die Bewilligung der neuen Kriegskredite mit 35 gegen 5, und für die Bewilligung des ganzen Budgets mit 30 gegen 10 Stimmen ausgesprochen.

In der Fraktion machte sich zunächst eine stärkere Opposition gegen die Bewilligung der neuen Kredite geltend. Ein Antrag, nur fünf Milliarden zu bewilligen, um den Einfluß des Reichstags nicht zu lange auszuschalten, wurde mit etwa Zweidrittelmehrheit abgelehnt, die Bewilligung der zehn Milliarden aber nur gegen 23 – oder zwei Abwesende eingerechnet, die nachträglich ihre Auffassung

kundgaben – 25 Stimmen genehmigt. Noch schwereres Kopfzerbrechen machte die Frage, ob das Budget als solches zu bewilligen sei. Hier half kein Mundspitzen mehr, es mußte gepfiffen werden. Man mußte das Budget ablehnen oder aber die feierlichsten Parteitagsbeschlüsse von Lübeck, Magdeburg und Nürnberg mittendurch zerreißen und vor aller Welt den Bruch der Parteidisziplin zur Voraussetzung der Fraktionspolitik machen. Alle Versuche, an der Hand der unglaublichsten Spintisiereien sich aus diesem Dilemma zu winden, erwiesen sich sofort als so albern, daß ihre bloße Erwähnung ihnen schon zu große Ehre antun würde. Logischer waren diejenigen Befürworter der Budgetbewilligung, die frischweg erklärten, der Sündenfall wäre schon am 4. August und 2. Dezember begangen worden, denn die Bewilligung der beiden ersten Kriegskredite, die als Nachtragsetats eingebracht worden waren, seien schon Budgetbewilligungen gewesen. Das ist soweit ganz richtig, aber immerhin bestand noch der kleine Unterschied, daß die sozialdemokratische Fraktion mit der Bewilligung des Jahresbudgets sich für ein ganzes Jahr freiwillig ausschaltete, sich für ebenso lange willenlos den Entschließungen der Regierung fügte, damit sich jeden Einflusses auf den Gang des Krieges und die Gestaltung des Friedens begab, und zwar in einer Zeit, wo der Partei alle anderen Mittel entrissen sind, ihren Willen kundzutun, während von bürgerlichen, und zwar sehr einflußreichen Parteien die abenteuerlichsten Eroberungspläne offen betrieben werden. Indessen wurde die Bewilligung des ganzen Budgets mit etwa Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Daß bloße Erklärungen nicht die geringste Wirkung haben, hatte man im August und Dezember v. J. zur Genüge erfahren. Im März d. J. kam noch hinzu, daß zwar der erste Etatsredner Haase einigermaßen kräftige Worte fand, der zweite Etatsredner Scheidemann aber wieder Öl auf die durch Haase erregten Wellen der bürgerlichen Welt zu gießen verstand. Die Art, wie Ledebour in der Sitzung vom 20. März vom Fraktionsvorstande verleugnet wurde, hieß auch diejenigen ausländischen Parteiblätter, die bis [68] dahin noch immer gehofft und geharrt hatten, sich melancholisch bescheiden: höher geht‘s wohl nimmer.

Bei der Abstimmung im Plenum schloß sich diesmal Genosse Rühle dem Genossen Liebknecht an; beide stimmten mit Nein. 30 Fraktionsmitglieder gaben ihre Ablehnung des Budgets durch ihre Entfernung aus dem Saale kund; es waren nach der dankenswerten Angabe des „Vorwärts“ die Genossen Albrecht, Antrick, Baudert, Bernstein, Bock, Brandes, Büchner, Davidsohn, Dittmann, Emmel, Fuchs, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Hoch, Hofrichter, Horn, Kunert, Ledebour, Leutert, Peirotes, Raute, Schmidt (Meißen), Schwartz (Lübeck), Simon-Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Zubeil. Ihnen schloß sich noch der Genosse Cohn an, der in der Sitzung selbst abwesend gewesen war. Das „Grüppchen“ oder die „winzige Minderheit“, die einer „erdrückenden Mehrheit“ gegenüberstehen soll, beläuft sich im Reichstage also auf nahezu ein Drittel, wie im preußischen Landtag auf die volle Hälfte der Fraktion.

Mit dieser Scheidung in eine Mehrheit und Minderheit, ist die Zersetzung der Reichstagsfraktion aber noch lange nicht erschöpft. In der Mehrheit gärt es weiter; neben den nationalliberalen Elementen, die entschlossen sind, mit der Regierung durch dick und dünn zu gehen, gibt es darin kundige Thebaner, die schon gewarnt haben, den Bogen nicht zu überspannen, da die Unzufriedenheit der Wähler mit der Fraktionstaktik wachse, und die vernünftigen Erwägungen nicht unzugänglich sein werden, wenn die naive Masse sich erst anschickt, aktiv zu werden. Auf der andern Seite bildet aber auch die Minderheit keine geschlossene Reihe. Sie ist nicht durchweg gegen die Bewilligung neuer Kriegskredite, sondern etwa 8 bis 9 Mitglieder konnten sich nur nicht zu der Bewilligung des Budgets verstehen, und damit sind noch nicht alle Schattierungen erschöpft, wie schon die konsequente Opposition Liebknechts und Rühles zeigt.

Die innere Auflösung der Reichstagsfraktion ist gewiß eine sehr unerfreuliche, aber keineswegs eine unerklärliche Erscheinung. Was eine proletarische Organisation kampffähig macht, ist ihr Prinzip; löst sie dies Band, so fällt sie um so haltloser auseinander. Einstweilen hat es nur die Fraktion gelöst, aber noch nicht die Partei. Ihre Massen sollten beizeiten überlegen, ob die Dinge so weiter gehen sollen, wie sie seit acht Monaten gegangen sind. Schon haben einige parlamentarische Schreckenskinder den Plan verraten, sofort nach Schluß des Friedens einen Parteitag einzuberufen und das „Grüppchen“ hinauswerfen zu lassen. Das „Grüppchen“ braucht diesen sauberen Staatsstreich nicht

zu fürchten, aber die Partei hat allen Anlaß dazu, denn wenn [69] er gelänge, würde sie ebenso zersetzt werden, wie jetzt die Reichstagsfraktion zersetzt ist.

Die Rückkehr zu ihren alten Prinzipien ist der einzige Weg, der die Einheit und die Zukunft der Partei zu sichern vermag.

*

Die Geheimlehre und der Mythus

Von A. Thalheimer

Zwischen Krieg und Frieden. Herausgegeben von Georg Irmer, Karl Lamprecht, Franz v. Liszt.

Heft 1: G. Irmer, Los vom englischen Weltjoch.

Heft 2: F. v. Liszt, Ein mitteleuropäischer Staatenverband,

Heft 3: A. Dix, Der Weltwirtschaftskrieg.

Heft 4: H. Grothe, Deutschland, die Türkei und der Islam.

Heft 5: Frhr. v. Zedlitz und Neukirch, Die Reichs- und Staatsfinanzen.

Heft 6: O. Hoetzsch, Rußland als Gegner Deutschlands.

Heft 7: K. Lamprecht, Krieg und Kultur.

Heft 8: J. Rießer, England und wir.

Heft 9: M. v. Brandt, China und Japan.

Heft 10: E. Dryander, Weihnachtsgedanken in der Kriegszeit.

Heft 11: C. Peters, Das deutsche Elend in London.

Heft 12: M. Apt, Der Krieg und die Weltmachtstellung des Deutschen Reiches.

Heft 13: H. J. Losch, Der mitteleuropäische Wirtschaftsblock und das Schicksal Belgiens.

Heft 14; E. v. Philippovich, Ein Wirtschafts- und Zollverband zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn.

Heft 15: P. D. Fischer, Zwischen Krieg und Frieden.

Vor einer Reihe von Jahren wollte ein preußischer Justizminister das bekannte auf die Tendenzjustiz gemünzte Wort: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“, in ahnungslosestem Ernst als vollwichtigen Rechtssatz betrachtet wissen. An diesen famosen Ausspruch wird man lebhaft erinnert, wenn man die Zensurpraxis ins Auge faßt, wie sie heute von deutschen Militärbehörden geübt wird. So soll die Frage der Annexionen in der Tagespresse nicht behandelt werden. Zwar glauben wir zu bemerken, daß die imperialistische Tagespresse sich auf diesem Gebiete viel größerer Bewegungsfreiheit erfreut als diejenige, die die Notwendigkeit von Eroberungen noch nicht hat einsehen können. Immerhin, das mag ein Beobachtungsfehler unsererseits sein, und er mag auf sich beruhen bleiben.

[70] Dagegen liegt in der Gestalt einer massenhaften Broschüren- und Zeitschriftenliteratur der handgreifliche Beweis vor, daß „wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist“. In dieser Literatur werden die politischen und wirtschaftlichen Ziele des Krieges einschließlich der Annexionsfragen nicht mehr in unbestimmten Wendungen, sondern mit voller Klarheit und in den bestimmtesten Einzelheiten besprochen und formuliert, Die Rücksicht auf das feindliche oder neutrale Ausland kann für diese merkwürdige Praxis nicht wohl maßgebend sein: das Ausland kann sich die Broschüren- und Zeitschriftenliteratur ebensogut, ja noch leichter verschaffen als die Tageszeitungen. Sollten also Rücksichten auf die inländische Bevölkerung dafür bestimmend sein? Bedenkt man, daß Broschüren und Zeitschriften die Literatur eines sehr engen Kreises, dagegen Tageszeitungen die Literatur der großen Masse sind, so könnte man auf den wunderlichen Gedanken geraten, das Geheimnis der angedeuteten

Scheidung sei darin begründet, daß es gewisse Wahrheiten über Charakter und Ziele des Krieges gibt, die unbedenklich sind für den kleinen Kreis der Eingeweihten, die aber von der breiten Masse der Uneingeweihten ferngehalten werden sollen, Man könnte an gewisse Philosophen des klassischen Altertums denken, die ihre eigentliche Lehre als streng gewahrte Geheimlehre dem Kreis der auserwählten Schüler vorbehielten, indessen das übrige profane Volk mit dunkler Mythologie und naiven Legenden abgespeist wurde.

Man wird uns antworten, die deutschen Staatsmänner und die deutschen Militärs seien keine klassischen Philosophen, und wir können uns der Berechtigung dieses Einwandes nicht entziehen. Es sind praktische Männer, die sich gewiß nicht durch antike Erinnerungen, sondern durch praktische Erwägungen leiten lassen, denen auf dem Wege des historischen Vergleichs nicht beizukommen ist.

Halten wir uns daher an die Tatsachen. Die vorliegende Reihe von Schriften ist, wie schon ihr Titel und noch deutlicher die Einleitung der Herausgeber anzeigen, geradezu den Fragen der Kriegsziele gewidmet. Sie soll nach dem Geleitwort der Herausgeber „Aufklärung über die großen politischen und volkswirtschaftlichen Fragen“ schaffen, „die beim kommenden Frieden für die Lebensinteressen des Reiches von Wichtigkeit sind“. Diese „Aufklärung“, die zunächst für ein bürgerliches Publikum bestimmt scheint, wird den deutschen Arbeitern um so willkommener sein, als sie sonderbar kontrastiert mit den unbestimmten, kindlichen Redensarten, die sie in der bürgerlichen Presse – und leider nicht n u r in ihr – zu hören bekommen. Zwar fehlt in der Liszt-Lamprechtschen Serie diese Mythologie für das große Publikum auch nicht ganz, aber sie tritt sehr in den Hinter-[71]grund, und ihre Verkünder widersprechen sich darin so offenkundig, daß der Stempel der Legende nicht zu verkennen ist.

Dagegen herrscht bei den Verfassern die schönste Übereinstimmung in dem, was ihre eigentliche „Aufklärung“ ausmacht, und solche Einhelligkeit galt noch immer für das Kennzeichen der Wahrheit. Die Namen der Verfasser, durchweg anerkannte bürgerliche Historiker und Politiker, bürgen dafür, daß diese Aufklärung nicht in unmaßgeblichen Schrullen unmaßgeblicher Größen besteht, sondern daß sie in der Tat das Herzensgeheimnis der bürgerlichen Klassen verkündet.

In der umfassendsten Weise wird es in der Schrift von Arthur Dix, der dritten der Serie, ausgesprochen. Der jetzige Krieg, sagt Dix in klaren Worten, steht „unter dem Zeichen des imperialistischen Gedankens“, „Imperialismus“, fährt er fort, „ist Weltmachtwille, das Streben der Weltmächte, gemäß den Bedürfnissen ihres Volkstums, ihrer Volkswirtschaft nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte den Anteil an der Weltmacht und am Weltmarkt auszubauen und zu festigen.“ Den überfliegenden Phrasen vom idealistischen Charakter des Krieges stellt Dix die nüchterne Formulierung gegenüber: „Wurden in alten Zeiten Massenkriege geführt um den Futterplatz im engsten Sinne, so dienen sie heute dem Kampfe um den Weltmarktanteil im weitesten Sinne.“ Um diese Formulierung historisch völlig unanfechtbar zu machen, ist nur der kleine Zusatz nötig, daß Triebkraft und Interessent dieses Kampfes um den Weltmarkt nicht die Nationen als Ganze, sondern die Inhaber des nationalen Kapitals sind. Ebenso umfassend und unverblümt wie Dix spricht Irmer den allgemeinen Charakter des Krieges aus in den Worten: „Man spreche doch nicht immer davon als von etwas Selbstverständlichem, daß das deutsche Volk im Wettbewerb um Weltwirtschaft und Weltmacht zu spät gekommen, daß die Welt verteilt sei. Ist denn die Erde nicht in allen Epochen der Geschichte immer von neuem verteilt worden? Und bei der neuen Verteilung unserer Erde darf unser Volk nicht wieder, wie ehedem, leer ausgehen. Auf der einmal begonnenen Fahrt im weiten Meer der Weltpolitik gibt es für uns heute kein Zurück mehr, ohne national und sittlich zu verkümmern, ohne uns selbst aufzugeben.“ Dem „Greater Britain“ (dem britischen Weltreich) soll sich ein „größeres Deutschland“ an die Seite stellen.

Die Neuverteilung der Erde zugunsten des deutschen Kapitals, dies ist das allgemeine Programm, Seine Ausführung im einzelnen ist der eigentliche Gegenstand der Broschürenreihe. Die Verfasser ziehen mit großer Kühnheit und Zuversicht die Linien auf der Erdkugel, die die künftigen deutschen Portionen bezeichnen sollen, Ein sicherer kapitalistischer Instinkt leitet sie, [72] wenn sie als Bestandteile des „größeren Deutschland“ nicht nur Kolonialgebiete markieren, die annoch in festen Händen sind, sondern auch große Gebiete des europäischen Festlandes, die teils dem Deutschen Reich einverleibt, teils mit ihm zu einem „mitteleuropäischen Staatenbund“ politisch, wirtschaftlich und

militärisch zusammengefaßt werden sollen. Der wirtschaftliche Untergrund dieses zwiefachen Programms ist nirgends deutlich ausgesprochen, doch ergibt er sich ganz klar aus den wirtschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Expansion. Auf der einen Seite bedarf das Kapital nichtkapitalistischer Absatzgebiete zu seinem Wachstum: das sind die Kolonien, Interessensphären usw. Andererseits muß es seinen heimischen industriellen Zentralherd ausweiten, um auf den freien Gebieten des Weltmarktes seinen Konkurrenten mit der technischen und wirtschaftlichen Überlegenheit gegenübertreten zu können, die nur eine große, einheitliche kapitalistische Basis verleiht. Ferner aber erfordert die Verteidigung und Ausweitung eines großen imperialistischen Reiches die Ausweitung seiner militärischen Machtgrundlage.

Militärisch fordert die Durchführung des imperialistischen Programms die Vernichtung der englischen Seeherrschaft. Diese Forderung steht denn auch an der Spitze der Serie mit Irmers Schrift „Los vom englischen Weltjoch“, und sie zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Reihe.

Stellen wir zunächst die kolonialen Forderungen zusammen. Herr Irmer zunächst legt – so nebenbei – die Hand auf Marokko: „Eine französische Dependance“ (Anhängsel), dekretiert er, „darf das Land nicht werden.“ Herr Dix faßt das nördliche und mittlere Afrika ins Auge, jenes zur Lieferung von Baumwolle und Erzen, dieses wegen seines Reichtums an Kautschuk. Das Gebiet Afrikas lockt auch Herrn von Zedlitz. Für Ostasien ist das Programm des Herrn von Brandt die restitutio in integrum, d. h. Zurückgabe von Kiautschou samt Schadenersatz für die Verluste der Kaufleute und Reeder, und der Schutz Chinas gegen Aufteilung. Die „offene Tür“ also; sie ist nach allen geschäftlichen Erfahrungen das vorbereitende Stadium zum Verzehren des Bissens. Mit China soll ein Defensivvertag geschlossen werden.

Das europäische Programm unserer Imperialisten umfaßt zweierlei. Einmal die Einverleibung fremder Gebietsteile im Westen und Osten des Reiches. Dafür plädiert im allgemeinen Herr v. Liszt „unter dem Gesichtspunkt des Grenzschutzes“. Sehr viel deutlicher wird Herr Dir. Er verlangt, daß „die deutsche Küste heranzurücken ist an den Kanal, an den Ausgang zum offenen Atlantischen Ozean. Deshalb darf Belgien „nicht aus der Hand gelassen werden“, und „die Küste von Ostende bis zur Mündung der Somme“, also ein gutes Teil der französischen Nordküste, „darf nicht in die Hände [73] eines politischen Vasallen Englands fallen“, ist also von Frankreich abzutrennen. Im Westen verlangt Herr Dix noch Französisch-Lothringen, mit seinen großen Bodenschätzen, im Osten will er der politischen und wirtschaftlichen Zerschneidung des Mittel- und Unterlaufs der Weichsel ein Ende gemacht wissen. Herr Losch, der Nationalökonom, betont: „Der Krieg zwischen den drei Westmächten Europas wird nicht nur in Belgien, er wird um Belgien geführt.“

Die Gründung eines „mitteleuropäischen Staatenbundes“ ist sachgemäß einem liberalen Lehrer des Völkerrechts, dem Professor v. Liszt, anvertraut. Als Jurist kann er die juristischen Konstruktionen dazu entwerfen und als liberaler Mann den Bau mit „volkstümlichen“ Redensarten verputzen. Wir haben oben den wahren Sinn dieses Staatenbundes gekennzeichnet und können uns daher eine Kritik der Redensarten vom „Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Staatengemeinschaft“, vom defensiven und friedlichen Zweck dieses Gebildes usw. gut und gern schenken. Der Plan spricht selbst seinen Zweck aus. Den „festen Kern“ des Gebildes soll Deutschland mit Österreich-Ungarn zusammen bilden. Dieses Bündnis soll noch enger gemacht werden durch „verfassungsrechtliche Verankerung“, Militärkonventionen und handelspolitische Einigung. An diesen Kern sollen sich anschließen die Niederlande, die drei skandinavischen Staaten, die Schweiz, Italien, die Balkanhalbinsel mit der europäischen Türkei, Frankreich und Spanien sind auch willkommen. In Summa: 8 Millionen Quadratkilometer Gebiet und 200 Millionen Menschen. Die Mitglieder des Bundes sollen „volle Selbständigkeit“ besitzen, das Besitzland jedes einzelnen soll gemeinsam garantiert werden, gemeinsame Abwehr jeden Angriffs, Militärkonventionen, grundsätzliche Einheitlichkeit des wirtschaftlichen Lebens, Vereinheitlichung von Maß, Gewicht und Währung soll die Glieder weiter verbinden. Deutschland soll in diesem Staatenverband nicht „Träger der Hegemonie, sondern primus inter pares“ (der erste unter gleichen) sein. Den Kommentar dazu liefert Herr Lamprecht, indem er sagt: „Wir dürfen hoffen, daß da eine Gliederung eintritt, welche dem Deutschen Reich als Ganzem mindestens eine Stellung so gibt, wie sie Preußen bisher im Reiche gehabt hat ...“ Wenn Herr v. Liszt die

Bevölkerungszahl seines Staatenbundes zusammenaddiert und ihr als gleichartige Zahlen die Englands mit seinen Kolonien gegenüberstellt, so liegt ein tiefer Sinn im kindlichen Spiel: es wird auf diese Weise die Tatsache verschleiert, daß ein solcher Staatenbau ein militärisch dem Britischen Reiche mit seinen über die ganze Welt zerstreuten Teilen nicht gleichwertiges, sondern absolut überlegenes Gebilde, ein Instrument der Weltherrschaft wäre.

Die krampfhaften Versuche, dieses imperialistische Programm zu harmoni-[74]sieren mit dem völlig gegensätzlichen offiziellen Charakter des Krieges als eines Verteidigungskrieges und mit der offiziellen Losung, keine Eroberungen zu machen, führen naturgemäß zu den komischsten Kopfsprüngen. Die entsprechenden Partien der Broschürenserie sind voll des besten, weil unfreiwilligen, Humors, Einige Proben: Herr v. Liszt sagt, unser Krieg ist ein „Verteidigungskrieg, kein Eroberungskrieg". Wenige Seiten später ist er überzeugt von der Notwendigkeit von Landerwerb im Osten, im Westen und über See. Die Verbindung: „Das letzte Ziel des Krieges ist nicht der siegreiche Kampf, sondern der gewinnreiche Frieden". Herr Dix bewerkstelligt die Evangelienharmonie, indem er sagt: „Auch wem eine aggressive Politik noch so fern gelegen, muß trachten, zur Offensive zu greifen, sobald an der Absicht des Überfalles nicht mehr zu zweifeln ist." Das gelte wie militärisch, so auch politisch und wirtschaftspolitisch. Jetzt hätten die wirtschaftlichen Ziele Deutschlands sich zu richten nach den ursprünglichen Zielen unserer Gegner. Diese „ursprünglichen Ziele unserer Gegner" sind nun so wundervoll eingerichtet, daß als Parallele zu diesen Zielen sich genau das ergibt – was das Programm des Imperialismus ist. Man ist versucht, an die Leibnizsche prästabilierte Harmonie (vorherbestimmte Übereinstimmung zwischen Leib und Seele) zu glauben, Frankreich und Rußland, sagt Herr Dix, wollten Deutschlands Grenzen in Ost und West näher zusammenrücken. Daraus folgt: wir müssen sie weiter hinausrücken. England wollte, wiederum nach Herrn Dix, den deutschen Weltwirtschaftsanteil an sich reißen und die deutsche Volkswirtschaft „erdrosseln" (daher wohl das Bagdadbahnabkommen). Daraus folgt: die „deutsche Antwort" muß sein, „das Streben nach Vernichtung des englischen Weltwirtschaftsanteils und nach tödlichen Schlägen gegen die englische Volkswirtschaft". Wundervoll!

Auf wieder einem anderen Wege kommt Herr v. Zedlitz zu demselben Ziel. „Landerwerb", sagt er, „als Ersaß für erlassene Kriegskosten ist mit der Tatsache sehr wohl vereinbar, daß wir keinen Eroberungskrieg führen."

Man sieht: alle Wege führen nach Rom.

Herr Hoetzsch schließlich, in seiner Schrift über Rußland, widerlegt mit deutscher Gründlichkeit den Mythus vom Krieg gegen den Zarismus, vom Befreiungskrieg. Er beweist eingehend, daß die guten Beziehungen zwischen den Romanows und den Hohenzollern nicht, „wie man jetzt häufiger gesagt hat, eine Legende, sondern eine unbestreitbare historische Wahrheit" sind. Zu der Behauptung, „Deutschland fechte gegen den Zarismus", macht er die beiläufige Anmerkung, „daß uns doch die Verfassungsform eines anderen Staates nichts angeht, jedenfalls nicht der Siegespreis eines Existenzkampfes sein kann". Die wahre Triebkraft des Konflikts ist nach ihm die orientalische [75] Frage, von der er sagt, daß für sie – im Gegensatz zu einem bekannten Wort Bismarcks – „die Knochen recht vieler pommerscher Grenadiere ... geopfert werden müßten".

Herr Lamprechts, des Historikers Schrift, ist reiner Mythus. Er beschwört für diesen Krieg die Geister unserer klassischen Literatur und Philosophie. Darüber mag er sich mit Herrn Dix und seinem „Kampf um den Weltmachtsanteil" auseinandersetzen. Ernsthaft reden läßt sich über solche Dinge nicht. An seinem Teil schließt Herr Lamprecht den Kreis, der aus dem offiziellen Mythus die wahre Geschichte hervorgehen läßt, indem er die unansehnliche Geschichte wieder in den schöneren Mythus verwandelt, nur daß es kein naiver Mythus ist, mit dem die Zeit der „Reizsamkeit" abschließt, wie Herr Lamprecht den jüngsten Zeitabschnitt tauft.

*

Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik

Von Fr. M e h r i n g

Die Instanzenpolitik – so sei der Kürze wegen die Politik genannt, die die Mehrheit einiger Parteiinstanzen(Parteivorstand, Parteiausschuß, Reichstagsfraktion) seit Beginn des Weltkrieges getrieben hat, in der gewiß gutgläubigen, aber einstweilen noch unbewiesenen Annahme, daß die Mehrheit der Partei hinter ihnen stehe – diese Instanzenpolitik zeichnet sich durch eine außerordentliche Einfachheit aus. Sie sagt dem Sinne nach: Krieg ist Krieg; im Kriege handelt es sich um die nationale Existenz; der nationalen Existenz muß die Arbeiterklasse jede selbständige Politik opfern und ohne eigenen Willen, unter Verzicht auf ihre Klasseninteressen, im Schlepptau der herrschenden Klassen segeln.

Es gibt jedoch einen Punkt, wo die Vertreter der Instanzenpolitik nicht einig sind. Die einen, wie Haenisch, Cunow und Grunwald, beanspruchen für sich, das Erbe wirklich marxistischen Denkens anzutreten, gegenüber dem ganz und gar verknöcherten und blutlos gewordenen, Formelmarxismus von uns armen Schluckern. Dagegen fordern andere Vertreter der Instanzenpolitik, wie Scheidemann, mit allem Nachdruck, auf die Gelehrsamkeit zu pfeifen, womit den Lassalle, Marx und Engels der Scheidebrief geschrieben ist.

Denn diese so gar nicht staatsmännisch veranlagten Köpfe waren allerdings des Glaubens, daß sich ohne Gelehrsamkeit keine Politik treiben lasse. Lassalle sagte, nur auf dem Felsengrunde wissenschaftlicher Erkenntnis sei eine politische Überzeugung möglich. Die bloße „Gesinnung“ genüge nicht, sie sei ihrer Natur [76] nach ein Produkt der Umstände, des Temperaments, der Stimmung, und vorübergehend wie diese. Marx aber schrieb im Jahre 1850, als die „Praktiker“ des Kommunistenbundes über seine unpraktische Gelehrsamkeit spotteten: „Ich bin meist von 9 Uhr morgens bis abends 7 Uhr auf dem Britischen Museum. Die demokratischen Simpletons haben natürlich derartige Anstrengungen nicht nötig. Wofür sollten sie sich mit historischem und ökonomischem Material plagen, diese Sonntagskinder! Es ist ja alles so einfach, pflegte der wackere Willich mir zu sagen. Alles so einfach! In diesen wüsten Köpfen. Höchst einfache Kerle.“ Danach ist klar, daß, wer auf die Gelehrsamkeit pfeift, die Marx und Genossen abdankt.

Aber auf dem richtigen Wege ist Genosse Scheidemann durchaus. Die Instanzenpolitik hat wirklich nichts mit unsern Altmeistern zu tun. Deshalb ist sie noch keineswegs abgetan, denn ein unfehlbarer Papst war Marx so wenig wie Engels oder Lassalle. Aber sie hat kein Recht, ihre natürliche Grundfarbe durch ein Löwenfell zu verdecken.

Indem wir dies Recht bestreiten, hoffen wir, uns keiner „Quertreiberei“ schuldig zu machen. Wir bekräftigen dadurch ja nur den kühnen Pfiff des Genossen Scheidemann, und der anderen Fakultät der Instanzenpolitiker liefern wir gleich ein Vierteldutzend „vaterlandsloser Gesellen“ unter das Fallbeil ihrer vaterländischen Entrüstung.

*

Unsere Altmeister waren historische Köpfe und standen deshalb nicht auf dem unhistorischen Standpunkte: Krieg ist Krieg, und jeder Krieg ist nach derselben Schablone zu messen.

Für sie hatte jeder Krieg seine bestimmten Voraussetzungen und Folgerungen, von denen es abhing, wie sich die Arbeiterklasse zu ihm zu stellen habe. Über diese tatsächlichen Bedingungen eines Krieges sind sie wohl in mehr oder minder starke Meinungsverschiedenheiten geraten, aber immer nur unter dem entscheidenden Gesichtspunkt, wie der jeweilige Krieg am gründlichsten für den proletarischen Emanzipationskampf auszunutzen sei. Für ihre Klassenpolitik gab es keinen Unterschied zwischen Krieg und Frieden, es sei denn, daß sie im Kriege von der Arbeiterklasse eine noch schärfere Aufmerksamkeit auf ihre Interessen und ein noch rücksichtsloseres Eintreten für diese Interessen beanspruchten.

Im Jahre 1859 geriet Lassalle mit Marx und Engels in einen lebhaften Streit über den damaligen Krieg, den Frankreich unter russischer Beihilfe gegen Österreich führte, das als Vormacht des Deutschen Bundes auch die [77] deutschen Staaten in den Krieg zu ziehen bemüht war. In der Tat machte sich namentlich in Süddeutschland eine starke Bewegung gegen Frankreich geltend, die Engels und

Marx für wirklich national, naturwüchsig, instinktiv, unmittelbar hielten, also für eine Keimstätte revolutionärer Entschlüsse, die nach ihrem Wunsche durch einen Krieg gegen das bonapartistische Frankreich ausgelöst werden müßten. Lassalle dagegen meinte, die Bewegung gegen Frankreich laufe auf den bornierten Franzosenhaß von Anno dazumal hinaus und sei innerlich reaktionär; wolle die deutsche Regierung mit Frankreich anbinden, so solle man sie gewähren lassen, aber man solle den Krieg als einen reaktionären Kabinettskrieg den Massen verekeln, um dann aus seinen unvermeidlichen Wechselfällen revolutionäres Kapital zu schlagen.

Die eine Meinungsverschiedenheit – es gab auch noch andere – wird hier hervorgehoben, weil sie sowohl zeigt, wie leicht verschiedene Ansichten über die tatsächlichen Voraussetzungen eines Krieges entstehen, als auch zu wie verschiedener Schlußfolgerungen sie führen können. Aber, wie Marx selbst feststellte, es handelte sich nur um „gegensätzliche Urteile über tatsächliche Voraussetzungen"; in dem Ziele war Lassalle mit Engels und Marx einig, daß es ihnen einzig und allein auf die revolutionären Interessen ankam, die für sie zugleich die nationalen Interessen waren. Engels schrieb an Lassalle: „Es lebe der Krieg, wenn Franzosen und Russen zugleich uns angreifen; wenn wir dem Ertrinken nahe sind, dann, in dieser verzweifelten Situation, müssen sich alle Parteien von der jetzt herrschenden bis zu Zitz und Blum abnutzen und die Nation, um sich zu retten, sich endlich an die energischste Partei wenden". Dazu bemerkte Lassalle: „Sehr richtig, und seit zwei Monaten töte ich mich hier, auszuführen, daß, wenn unsere Regierung den Krieg macht, sie uns nur in die Hände arbeitet und die Revolution, gerade aus diesen Gründen, unendlich beschleunigt". Aber, so fügte er von seinem Standpunkt aus hinzu, man müsse den vom preußischen Prinzregenten geplanten Krieg bei den Massen unpopulär machen, damit er „ein immenses Glück für die Revolution" werde.

Der Prinzregent hat 1859 schließlich doch nicht den Krieg an Frankreich zu erklären gewagt, und so ist die Probe aufs Exempel nicht gemacht worden. Auf diplomatischem Gebiete erntete er freilich keine Lorbeeren, was Lassalle denn wirklich nicht sehr betrübt hat. „Ich glaube, so guter Nationaler zu sein, wie nur irgendeiner," schrieb er an Marx, „aber Teufel, was geht dich und mich denn die Machtstellung des Prinzen von Preußen an? Da alle seine Tendenzen und Interessen gegen die Tendenzen und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, so liegt es gerade vielmehr im Interesse des deutschen Volkes, wenn die Macht des Prinzen von Preußen [78] nach außen so gering wie möglich ist ... Die Macht des deutschen Volkes wird schon kommen, und es ist vielleicht keiner, der es ernster und weitfassender mit ihr meint, als ich! Aber sie wird und kann erst kommen, wenn wir eine volksmäßige Regierung haben, nicht unter unsern – – Dynastien. Die Machtstellung des deutschen Volkes und die Machtstellung der deutschen Dynastien, das sind für mich zwei himmelweit verschiedene Dinge."

Das war auch nicht etwa nur in der Hitze des Gefechts gesprochen, sondern geradezu ein, um nicht zu sagen d e r Grundgedanke von Lassalles nationaler Politik. In der sorgsam ausgearbeiteten Rede: Was nun?, worin er die Fortschrittler zum energischen Kampfe gegen das Ministerium Bismarck aufforderte, wies er sie darauf hin, Bismarcks auswärtige Politik zu lähmen. „Daß keiner von Ihnen glaube, dies sei ein unpatriotisches Räsonnement." Der Politiker habe, wie die Naturforscher, alle wirkenden Kräfte in Erwägung zu ziehen; es wäre fast nicht abzusehen, auf welcher Stufe der Barbarei die Welt noch stehen würde, wenn nicht seit je die Eifersucht und der Gegensatz der Regierungen untereinander ein wirksames Mittel gewesen wäre, die Regierung zu Fortschritten im Innern zu zwingen. Die deutsche Nation schwebe nicht so in der Luft, daß eine Niederlage ihrer Regierungen eine wirkliche Gefahr für ihre eigene Existenz in sich schlösse. „Geraten wir also in einen großen äußeren Krieg, so können in demselben wohl unsere einzelnen Regierungen, die sächsische, preußische, bayrische, zusammenbrechen, aber wie ein Phönix würde sich aus der Asche derselben unzerstörbar erheben das, worauf es uns allein ankommen kann – das deutsche Volk!"

Die Spießbürger, denen Lassalle diesen Zusammenhang auseinandersetzte, schrien bravo, aber ließen sich ein paar Jahre darauf doch durch Bismarck vom Volk zu den Regierungen bekehren, und hatten deshalb endlosen Spott von der Parteipresse zu erdulden. Heute jedoch sind die Braven gerächt, und die Instanzenpolitik wirft einen verklärenden Schein auf ihre verwaisten Stammtische. Sie singt das nationalliberale Trutzlied von 1867: Wer im rechten Augenblick nicht umzulernen wisse, verrate

dadurch, sei es nun, wie Haenisch sagt, einen Mangel an Intelligenz oder, wie Scheidemann sagt, einen Überfluß an Gelehrsamkeit,

*

Wie im Kriegsjahre 1859, so drehten sich in den Kriegsjahren 1866 und 1870 die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie immer [79] nur um „tatsächliche Voraussetzungen", niemals aber um den ein für allemal feststehenden Grundsatz, daß die Arbeiterklasse in jedem Kriege eine selbständige Politik zu treiben habe.

Nachdem es der deutschen Revolution im Jahre 1848 mißlungen war, ein einiges Deutschland zu schaffen, bemühte sich die preußische Regierung, die deutsche Einheitsbewegung, die durch die ökonomische Entwicklung immer wieder erweckt wurde, für dynastische Zwecke auszubeuten, und statt eines einigen Deutschlands ein, wie der damalige König Wilhelm sagte, verlängertes Preußen zu schaffen. Lassalle und Schweitzer, Marx und Engels, Liebknecht und Bebel waren völlig einig darin, daß die deutsche Einheit, deren das deutsche Proletariat bedurfte, nur durch eine nationale Revolution geschaffen werden könne, und sie haben demgemäß alle dynastisch-partikularistischen Bestrebungen der großpreußischen Politik aufs schärfste bekämpft. Aber sie haben auch, früher oder später, je nach dem Maße ihrer Einsicht in die „tatsächlichen Voraussetzungen", in diesen sauren Apfel gebissen, als sich herausstellte, daß eine nationale Revolution durch die Feigheit der Bourgeoisie und die Schwäche des Proletariats ausgeschlossen war, und das mit „Blut und Eisen" geschaffene Großpreußen dem Klassenkampf des Proletariats günstigere Aussichten bot, als die – ohnehin natürlich unmögliche – Wiederherstellung des Deutschen Bundestages mit seiner kläglichen Winkelwirtschaft ihm je hätte bieten können. Nach Königgrätz nahmen Marx, Engels und Schweitzer – Lassalle war damals schon tot –, nach Sedan auch Liebknecht und Bebel das preußisch-deutsche Reich in all seiner verkümmerten und verkrüppelten Gestalt als eine keineswegs begeisternde, aber als eine Tatsache hin, die dem proletarischen Emanzipationskampf festere Handhaben bot als die schauerliche Wirtschaft des Bundestages.

Die letzten Spuren des Zwiespalts zeigten sich, als im Juli 1870 über die ersten Kriegskredite abgestimmt wurde, und zwar die übrigen sozialdemokratischen Abgeordneten dafür stimmten, Liebknecht und Bebel aber sich der Abstimmung enthielten. Bei der Abstimmung über die zweiten Kriegskredite im Dezember desselben Jahres war bereits alles in Ordnung, und sämtliche parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, die Eisenacher Liebknecht und Bebel, die Lassalleaner Schweitzer und Hasenclever, der Hatzfeldtianer Mende und der Gewerkschaftler Fritsche stimmten mit Nein. Alle damaligen Fraktionen der Sozialdemokratie schwenkten gegen den Militarismus des Klassenstaates in die geschlossene Front, in der die gesamte Partei bis zum 4. August vorigen Jahres geblieben ist.

Mit derselben Entschiedenheit, womit Marx und Engels 1870 den deutschen Krieg bis Sedan billigten, weil der Sturz Napoleons das wichtigste Inter-[80]esse der europäischen Arbeiterbewegung war, mit derselben Entschiedenheit warfen sie sich dem deutschen Kriege nach Sedan entgegen, der nur um die Annexion Elsaß-Lothringens geführt wurde, also um ein Ziel, dessen Erreichung, wie sie richtig voraussahen und voraussagten, über die europäische Kultur und damit auch über die europäische Arbeiterbewegung die schwersten Gefahren heraufbeschwören mußte. Nach einer Mitteilung Vaillants, der darüber vollkommen genau unterrichtet sein kann, hat Engels sogar der Regierung der französischen Republik seine militärischen Einsichten zur Verfügung gestellt, um den Einbruch der deutschen Heere in Frankreich abzuwehren. Dem scheint nun zwar die Tatsache zu widersprechen, daß Engels über die „Regierung der nationalen Verteidigung" gleich nach ihrem Antritt im September 1870 sehr ungünstig geurteilt und die Fortsetzung des militärischen Widerstandes in Frankreich für aussichtslos erklärt hat, allein einige Monate später, als Gambetta seine Milizorganisationen mit großem Erfolge aufzubieten verstand, lagen die Dinge doch anders.

Am 16. Januar 1871 schrieb Marx an die „Daily News": „Frankreich – und seine Sache ist glücklicherweise weit entfernt davon, verzweifelt zu sein – kämpft in diesem Augenblick nicht bloß für seine eigene nationale Unabhängigkeit, sondern auch für die Freiheit Deutschlands und Europas." Hat

Engels diese Ansicht geteilt, was als selbstverständlich angenommen werden muß, so liegt kein innerer Grund vor, an der Angabe Vaillants zu zweifeln.

*

So scharf nun aber Marx und Engels die Annexion Elsaß-Lothringens verurteilt haben, so wenig dachten sie daran, in das französische Revanchegeschrei einzustimmen, sobald die Annexion einmal vollzogen war. Der Leitstern ihrer Politik blieb immer: „Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Zwecke alles andere unterzuordnen.“ So auch die Klagen der unterdrückten Elsaß-Lothringer. „Wenn sie am Vorabend einer sichtbar heranziehenden Revolution einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland provozieren, diese beiden Völker wieder verhetzen und die Revolution dadurch vertagen wollten, so sage ich: „Halt da! Ihr könnt ebensoviel Geduld haben, wie das europäische Proletariat. Wenn das sich befreit, seid ihr von selbst frei, bis dahin aber dulden wir nicht, daß ihr dem kämpfenden Proletariat in die Parade fahrt.“ So Engels im Jahre 1882.

Die Sorge, daß die französischen Revanchegelüste einen neuen europäischen Krieg entzünden könnten, ist dieser getreue Eckhard des europäischen Proletariats nie losgeworden. Als das französisch-russische Bündnis abgeschlossen wurde, [81] das er gemeinsam mit Marx als die verhängnisvolle Folge der deutschen Annexionspolitik von 1871 vorhergesagt hatte, und im Herbste 1891 der Champagnerrausch von Kronstadt die Köpfe der französischen Bourgeoisie umnebelte, warnte Engels die französischen Arbeiter in dem Almanach du Parti ouvrier von 1892, sich von diesem Rausch anstecken zu lassen. Etwas später veröffentlichte er diesen Artikel auch in der „Neuen Zeit“, im ersten Bande des zehnten Jahrgangs, und da seine Ausführungen sei acht Monaten unzählige Male von der Instanzenpolitik den deutschen Arbeitern vorgeritten worden sind, so muß hier etwas länger bei ihnen verweilt werden.

Engels entwarf in diesem Artikel eine kurze Skizze der deutschen Parteigeschichte. Er zeigte das unaufhaltsame Wachstum der deutschen Sozialdemokratie und sagte ihren Sieg in etwa zehn Jahren voraus. Sie könne und werde auf revolutionäre Mittel niemals verzichten, aber einstweilen gedeihe sie bei gesetzlichen Mitteln vortrefflich; wenn die Bourgeois, woran kein Zweifel sei, zuerst schießen würden, so würde eine konterrevolutionäre Übermacht den Triumph des Sozialismus vielleicht um einige Jahre verzögern, aber nur damit er dann um so vollständiger wäre.

Alles das gelte aber nur, fuhr Engels in dem zweiten Abschnitt seines Aufsatzes fort, wenn Deutschland seine ökonomische und politische Entwicklung im Frieden verfolgen könnte. Ein Krieg würde das alles ändern. Und der Krieg könnte von heute auf morgen losbrechen. Frankreich und Rußland hier, gegen Deutschland, Österreich, vielleicht Italien dort. Die Sozialisten aller dieser Länder, wider Willen eingestellt, müßten sich gegeneinander schlagen. So fragte Engels: Was würde die deutsche Sozialdemokratie in solchem Falle tun, was würde aus ihr werden?

Was aus ihr werden würde, sagte er wörtlich wie folgt:

„So viel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeoisrepublikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle ‚der Feind‘ ist. Man hat gesehen, wie Thiers und Bismarck sich die Hände gereicht haben über den Ruinen des Paris der Kommune; wir würden dann erleben, wie der Zar, Constans und Caprivi – oder ihre beliebigen Nachfolger – sich in die Arme sinken über der Leiche des Sozialismus.“

Engels fragte dann weiter: Was ist gegenüber einer solchen Aussicht die Pflicht der deutschen Sozialisten? Sollen sie die Ereignisse, die ihnen mit Vernichtung drohen, passiv über sich ergehen lassen, sollen sie widerstandslos ihren Posten als Vorkämpfer des internationalen Proletariats aufgeben? Engels antwortete darauf, und wir geben seine Ausführungen wiederum wörtlich, schon deshalb, weil die Instanzenpolitiker, so unzählige Male sie sich darauf berufen haben, sie aus guten Gründen immer nur verstümmelt wiedergeben:

[82] „Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, weder vor dem äußern noch dem innern Feind. Und das können sie nur, indem sie bis

aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien. Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie. Gegenüber dem deutschen Kaisertum k a n n die französische Republik möglicherweise die bürgerliche Revolution repräsentieren. Aber gegenüber der Republik eines Constans, eines Rouvier und selbst eines Clemenceau, besonders aber gegenüber der Republik im Dienste des Zaren, repräsentiert der deutsche Sozialismus unbedingt die proletarische Revolution.

Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wäre für dieses ein Kampf auf Leben und Tod, worin es seine nationale Existenz nur sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln. Die jetzige Regierung, falls sie nicht gezwungen wird, entfesselt die Revolution sicher nicht. Aber wir haben eine starke Partei, die sie dazu zwingen oder im Notfall sie ersetzen kann, die sozialdemokratische Partei.

Und wir haben das großartige Beispiel nicht vergessen, das Frankreich uns 1793 gab. Das hundertjährige Jubiläum von 1793 naht heran. Sollte der Eroberungsmut des Zaren und die chauvinistische Ungeduld der französischen Bourgeoisie den siegreichen aber friedlichen Vormarsch der deutschen Sozialisten aufhalten, so sind diese – verlaßt euch darauf – bereit, der Welt zu beweisen, daß die deutschen Proletarier von heute der französischen Sanskulotten nicht unwürdig sind, und daß 1893 sich sehen lassen kann neben 1793. Und wenn dann die Soldaten des Herrn Constans den Fuß auf deutsches Gebiet setzen, wird man sie begrüßen mit den Worten der Marseillaise:

Quoi, ces cohortes étrangeres
Feraient la loi dans nos foyers?

Wie, sollen diese fremden Kohorten
Das Gesetz uns schreiben am eigenen Herd?

Kurz und gut: Der Friede sichert den Sieg der deutschen sozialdemokratischen Partei in ungefähr zehn Jahren. Der Krieg bringt ihr entweder den Sieg in zwei bis drei Jahren oder vollständigen Ruin wenigstens auf fünfzehn bis zwanzig Jahre. Demgegenüber müßten die deutschen Sozialisten toll sein, wünschten sie den Krieg, bei dem sie alles auf eine Karte setzen, statt den sichern Triumph des Friedens abzuwarten. Noch mehr. Kein Sozialist, von welcher Nationalität auch immer, kann den kriegerischen Triumph weder der heutigen deutschen Regierung wünschen, noch den der französischen bürgerlichen Republikaner, am allerwenigsten den des Zaren, der eins wäre mit der Unterjochung Europas. Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden.“

So Engels. Es liegt auf der Hand, daß er – in der höchst anerkennenswerten Absicht, den französischen Arbeitern die Aussicht auf den Revanchekrieg wegen Elsaß-Lothringens zu verleiden – in dem Artikel eine etwas verwegene Konjekturalpolitik treibt, und für einen im Jahre 1893 etwa möglichen Krieg „tatsächliche Voraussetzungen“ macht, von denen heute nicht [83] mehr nachgewiesen zu werden braucht, daß sie nicht zutrafen, beispielsweise nicht der etwa im Jahre 1901 schon fällige Sieg der deutschen Sozialdemokratie. In Wirklichkeit ist um diese Zeit etwa der Sieg der imperialistischen Ära eingetreten, von der Engels im Jahre 1891 nichts wußte und nichts wissen konnte, so daß schon aus diesem Grunde seine damaligen Betrachtungen für den imperialistischen Weltkrieg von 1914 nichts besagen. Sie weisen viel mehr nach rückwärts als nach vorwärts, denn sie sind nur die breitere Ausführung eines von ihm schon 1859 geäußerten Gedankens, daß nämlich, wenn erst die Franzosen in Köln und die Russen in Königsberg ständen, die Stunde der deutschen Revolution geschlagen habe.

Es ist nun gar seltsam, daß die Instanzenpolitik, deren Vertreter sonst wohl an Engels „das leichtfertige Spiel mit dem Revolutionsfeuer“, das „schnell fertige Prophezeien“ usw. nicht genug zu tadeln wußten, in diesen Aufsatz unseres Altmeisters geradezu verliebt ist. Das Rätsel löst sich jedoch, wenn man erwägt, daß einzelne, aus dem Zusammenhange gelöste Sätze geeignet sind, den Arbeitern als Sand in die Augen gestreut zu werden: Sätze, durch die nicht etwa bewiesen werden soll, daß die deutschen Arbeiter sich zur Wehre setzen müßten, wenn sie von Franzosen und Russen angegriffen werden, – denn das tun sie schon von selber, ohne eine Autorität für oder wider zu bemühen –, sondern Sätze, durch die den Arbeitern unvermerkt unter dem Schutze eines Namens, den sie mit Verehrung zu nennen gewöhnt sind, die Vorstellung eingeflößt werden soll, als hätten sie im Falle eines Krieges mit Frankreich und Rußland sich blindlings in die Arme der herrschenden Klassen zu werfen.

Bei Nacht sind unzweifelhaft alle Katzen grau, aber unsere Altmeister waren weit entfernt davon, diese Tatsache auf die Kriege zu übertragen. Für sie hatte jeder Krieg sein besonderes Gesetz, und Engels selbst würde „den ganz und gar verknöcherten und blutlos gewordenen Formelmarxismus“ ablehnen, der für den wirklichen Krieg von 1914 zum Evangelium machen wollte, was er für den möglichen Krieg von 1893 gefordert hat. Aber wenn die Instanzenpolitik dies Evangelium mit allen Zungen verkündigt, so sollte sie die Gläubigen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in allem das Gegenteil von dem tut, was Engels im Jahre 1891 als damals für den Sieg der deutschen Waffen notwendig gefordert hat.

Engels beanspruchte, daß die deutsche Sozialdemokratie vor dem „inneren Feinde“, worunter er die deutsche Regierung verstand, so wenig kapitulieren dürfe, wie vor dem äußeren; sie müsse die Regierung zu einer revolutionären Politik zwingen oder sie im Notfalle ersetzen. Die Instanzenpolitik hat. sich im Gegenteil sofort ins Schlepptau der Regierung begeben und ohne jeden [84] Versuch eines noch so erlaubten Widerstandes Preß- und Versammlungsfreiheit des Proletariats preisgegeben, auf dem Altar des Vaterlandes geopfert. Engels forderte von der deutschen Sozialdemokratie die Sanskulottenpolitik von 1793, und die Instanzenpolitik verketzert jeden Parteigenossen als „Quertreiber“ und „Disziplinbrecher“, wenn nicht gar als „Spitzel“, der überhaupt noch daran zu erinnern wagt, daß die deutsche Arbeiterklasse im Kriege doch nicht bloß den „stummen Hund“ spielen dürfe. Engels erklärte, kein deutscher Sozialist könne den Sieg der heutigen deutschen Regierung wünschen, und die Instanzenpolitik verkündet von diesem Siege das Morgenrot der deutschen Freiheit.

Sie mag sich für klüger halten als Engels war; das ist ihr unanfechtbares Recht. Sie mag sogar auch klüger sein, was hier dahingestellt bleiben soll. Aber dann sollte sie auch keinen Hokuspokus mit Friedrich Engels treiben. Das schickt sich nicht, am wenigsten für die kühnen Bahnbrecher einer neuen Zukunft.

*

Wir haben gesehen, daß Marx, Engels und Lassalle in jedem Kriege die selbständige Politik der Arbeiterklasse als eine unerläßliche Notwendigkeit, als die oberste Pflicht der Stunde betrachtet haben. Aber die Ära der imperialistischen Kriege haben sie nicht mit erlebt; würden sie in ihnen einen anderen Grundsatz befolgt haben?

Bis zum 4. August 1914 war die ganze sozialistische Welt einig, die Frage zu verneinen; die Beschlüsse der Internationalen Kongresse von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1911) und Basel (1912) sind darin vollkommen klar und unzweideutig; die Marschroute, die sie den Arbeiterparteien der einzelnen Länder für den Fall eines Krieges vorschreiben, ist allein von den Interessen des internationalen Proletariats diktiert.

Danach kann sich nur noch fragen: Hätten sich Marx, Engels und Lassalle am 4. August 1914 über diese Beschlüsse hinweggesetzt, wie es die Instanzenpolitik getan hat, wohlgemerkt, ohne jede Befugnis, mit grobem Bruch der Parteidisziplin und mit der Verketzerung derjenigen Parteigenossen, die gewissenhaft genug sind, an den immer und allein noch rechtskräftigen Beschlüssen der Internationalen Kongresse festzuhalten?

Diese Frage wird verneint durch das ganze Leben und Wirken unserer Altmeister. Man denke sich, daß Marx im November 1912 im Münster von Basel die Finger gereckt hätte, um „ein Menetekel in Flammenschrift an die Wände der Paläste der Könige, der Minister und Botschafter“ zu [85] schreiben, um dann zwei Jahre später mit denselben Fingern auf nüchternem, schwarz-weiß geheftetem Kanzleipapier dem Klassenkampf des Proletariats für die Dauer des Krieges abzusagen – die Vorstellung ist einfach undenkbar. Und was würde derselbe Marx, der seine ersten Lorbeeren gewann, indem er der Zensur einen Kampf auf Leben und Tod machte und einen ehrenvollen Untergang einem entseelten Dasein vorzog, was würde dieser Marx zu den Moralpauken sagen, mit denen mehrere Parteizeitungen unser tapferes kleines Blatt in Gotha überschüttet haben, weil es sich nicht tief genug vor der Zensur gebeugt hätte? Sollte Marx sich die kleine Szene vom Olymp aus angesehen haben, so hat er sicherlich seine Löwenmähne verwundert geschüttelt. Was unserem Gothaer Parteiblatte vor ein paar Wochen passierte, das ist ihm ja schon im Jahre 1843 mit der „Rheinischen Zeitung“ passiert,

aber selbst der verstockteste vormärzliche Philister hat ihn nicht mit einer Moralpauke wegen mangelnder Ehrfurcht vor der Zensur belästigt. Den Teufel auch! Eine solche Höhe patriotischer Gesinnung will erklommen sein.

Von der Preßfreiheit dachten unsere Altmeister hoch, und sie stellten strenge Anforderungen an den Mut der Presse, Anforderungen, denen sie selbst auch immer gerecht geworden sind! Als sich im Jahre 1870/71 die ersten, noch äußerst schüchternen Ansätze eines „Burgfriedens“ bemerkbar machten, behandelte Marx die „Preß- und Redefreiheit in Deutschland“ in dem schon erwähnten Briefe, den er am 16. Januar 1871 an die „Daily News“ richtete; man kann den ungemein erfrischenden Text in der „Neuen Zeit“ nachlesen, im zweiten Bande des zwanzigsten Jahrgangs. Wie bitter hat sich Marx über die liberale Presse der fünfziger Jahre ausgelassen, als sie in Angst und Zittern vor Manteuffels Polizeistock bebte, so bitter, daß sich seine Worte für den „guten Ton“ unserer gesitteten Zeit gar nicht mehr schien; wir beschränken uns darauf, den mildesten seiner Sätze zu zitieren: „Sie hat in breitspurigen Zügen auf ihre Fahne geschrieben: Sicherheit ist die erste Bürgerpflicht, und unter diesem Zeichen wirst du – leben.“ Ähnlich Lassalle, als die liberale Presse sich in den sechziger Jahren ohne jeden ernsthaften Widerstand den Preßordonnanzen Bismarcks fügte, und auch hier können wir nur den mildesten Satz zitieren: „Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Toten zu bedecken weiß, um sie zu verteidigen – eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich.“ Allerdings bezogen sich diese Kritiken unserer Altmeister immer nur auf die liberale Presse; während ihres Lebens, und noch einige Jahrzehnte danach, war kein Anlaß gegeben, ihre Ansicht von den Aufgaben der Presse gegenüber den Parteiblättern kritisch zu betätigen. Im Kampfe zu leben oder im Kampfe zu sterben war ihnen ein gleich ehrenvolles Los für die [86] Presse; ja sie erklärten wohl, mit Ehren zu sterben sei in politischen Parteikämpfen oft das Wichtigste, aber die Wirkungen einer zensierten Presse hat schon der junge Marx in seinen ersten Arbeiten mit ebenso düstern wie wahren Farben geschildert.

*

Im „Hamburger Echo“, der fahnenflüchtigsten Fahne der Instanzenpolitik, hieß es jüngst, die „Quertreiber“ liefen nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Arbeiterbewegung her. Die Phrase war nicht eignes Machwerk, aber immerhin glücklich aus dem offiziösen Phrasenmeer aufgefischt. Sie stammt von einer feilen Dirne Bismarcks, die damit ihren jahrzehntelang angebeteten Herrn und Meister in die Ferse stach, als er beim Kaiser in Ungnade fiel. Nun sollte Bismarck nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Reichspolitik herlaufen.

Aber mit solchem giftigen Insekt ist nicht zu spaßen. Indem die Instanzenpolitik es für ihre Zwecke ummodelt, wird sie selbst von ihm in die Ferse gestochen. Will sie heute recht haben, so ist sie mehr als vier Jahrzehnte nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Reichspolitik hergelaufen. Wenn man der Regierung für die Führung eines Krieges, von dem man tausendmal vorausgesagt hat, daß er in absehbarer Zeit kommen m ü s s e und jeden Tag kommen k ö n n e , zwanzig Milliarden und weiße Karte für ihre Politik bewilligt, so durfte man derselben Regierung nicht Jahr für Jahr „jeden Mann und jeden Groschen“ verweigern, den sie verlangte, um für den Krieg gerüstet zu sein. Hier heißt es: Entweder – oder!

Mit anderen Worten: die Instanzenpolitik ist der vollständigste Bruch mit dem geistigen Erbe unserer Altmeister, mit der ganzen Geschichte und allen bisherigen Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie. Ihre logische Folge wäre eine nationalsoziale Arbeiterpartei, die sich mit dem Militarismus und der Monarchie versöhnt und sich mit demjenigen Maße von Reformen begnügt, das auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für das Proletariat zu erreichen ist. Diejenigen Vertreter der Instanzenpolitik, die diese unabweisliche Schlußfolgerung ziehen, sind ihre klareren und zugleich ungefährlicheren Köpfe.

Dagegen wäre es gleichbedeutend mit einer Vergiftung der Arbeiterbewegung auf unabsehbare Zeit, wenn der klaffende Riß, der die Gegenwart von der Vergangenheit trennt, mit tönenden Schlagworten verkleistert und vertuscht, wenn die Arbeitermassen in eine Selbsttäuschung gejagt werden könnten, die ihnen das Blut aus den Adern und das Mark aus den [87] Knochen saugen müßte. Gegen dies

Grauen aller Grauen, das Marx als „Sich-selbst-Verfälschen“ und Lassalle als „Umlügen einer Situation“ gebrandmarkt hat, muß man sich um die Fahne unserer Altmeister sammeln, mit der Losung Lassalles: Hier unser Banner und dies unsere Ehre!

*

[88]

Literarische Rundschau.

Perspektiven und Projekte.

Die jüngste Broschüre Kautskys: Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund (Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt) ist zum Teil nur Wiederholung, zum Teil aber eine Ergänzung der Äußerungen, die er in verschiedenen Artikeln der „Neuen Zeit“ zum gegenwärtigen Kriege getan hat.

Zunächst untersucht Kautsky das Wesen und die historische Rolle des Nationalstaates und weiß von ihm eine Menge Dinge zu erzählen, von denen kein Mensch bisher etwas wußte. So erfahren wir, daß der Nationalstaat sowohl eine unabweisbare logische Konsequenz der „modernen großstaatlichen Demokratie“, wie auch umgekehrt ihre unentbehrliche Grundlage ist. Nationalstaat und „moderne Demokratie“ – zweieinig sind sie, nicht zu trennen. Wir erfahren ferner, daß Österreich z. B. nur dadurch demokratisch zu regenerieren sei, daß es als Einheitsstaat in einen Bund von Nationalstaaten aufgelöst wird, daß auch von den „Grenzvölkern Rußlands“ eine solche Auflösung in Nationalstaaten „gefordert wird“ u. dergl. Während nach der bisherigen Auffassung der Sozialdemokratie die ganze nationale Phraseologie sowohl in Österreich wie in Rußland wie in Deutschland und überall vorzugsweise dazu diente, durch Verwirrung des Klassenkampfes die Geschäfte der Bourgeoisie und ihrer Klassenherrschaft zu besorgen, erleuchtet uns Kautsky, daß die nationalen Kämpfe innerhalb des heutigen Staates. nur aus „dem demokratischen Empfinden“ fließen und um so stärker hervortreten, je stärker dieses Empfinden ist.

Bei Kautsky verschwindet also vollständig die Auffassung des Nationalstaates als einer vorübergehend geschichtlich bedingten Phase der bürgerlichen Klassenherrschaft, einer Phase, die vom Imperialismus längst überwunden und am deutlichsten gerade in dem gegenwärtigen Weltkriege zu Grabe getragen wird. Für Kautsky ist der Nationalstaat ein Schema der modernen Demokratie und als solches zugleich das Zukunftsideal, ja, das Programm der Sozialdemokratie! „Von der bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie das Streben nach dem Nationalstaat übernommen“, fabuliert Kautsky (S. 11), obwohl bis jetzt nicht eine einzige sozialdemokratische Partei bekannt ist, die ein solches „Streben“ auf ihr Programm geschrieben hätte und obwohl bis jetzt, umgekehrt, das Zusammenschweißen der Proletarier ohne Unterschied der Nationalität in jedem Staate zum gemeinsamen Klassenkampf mit gemeinsamem Programm, im Gegensatz zu kleinbürgerlichen Nationalbestrebungen, als die Aufgabe der Sozialdemokratie betrachtet wurde. Die Sozialdemokratie erkannte freilich nach der Formulierung des Londoner Internationalen Kongresses aus dem Jahre 1896 „das Selbstbestimmungsrecht jeder Nationalität“ an. Aber zwischen dieser Formel und dem „Streben zum Nationalstaat“ liegt eben der ganze Abgrund, der sozialistische Grundsäße von bürger-[89]lichen politischen Programmen trennt. Seine verblüffende Entdeckung konnte Kautsky nur fertig bringen, weil er einfach in der blauen Luft der Abstraktion Nationalstaat und Demokratie identifiziert. Und da „Demokratie“ natürlich von der Sozialdemokratie „erstrebt“ wird, so ergibt sich daraus auf die einfachste Art von der Welt, daß wir auch nach dem Nationalstaat „streben“ müssen.

Was ist nun aber eigentlich jene „moderne Demokratie“, die das Ziel unserer Sehnsucht sein soll? Die Antwort darauf gibt – so wird der Leser meinen – das Minimalprogramm der Sozialdemokratie. Weit gefehlt! Kautsky nennt „ moderne Demokratie“ den heutigen bürgerlichen Parlamentarismus! Der heutige preußisch-deutsche Halbabsolutismus z. B. muß uns schon nach diesem Schema als „moderne Demokratie“ erscheinen.

Denn hören wir ihn erzählen:

„In dem gleichen Zeitraum, in dem sich jene beiden Riesenreiche (Großbritannien und Rußland) bildeten, erstanden aber schon die materiellen Bedingungen, die Demokratie über das Bereich der Gemeinde oder der Markgenossenschaft hinaus in einem größeren Staate zu verwirklichen und damit die primitive Demokratie durch die moderne zu ersetzen. Dies wurde erreicht durch die Entwicklung des Verkehrs, des Buchdrucks sowie durch die Verallgemeinerung des Lesens und Schreibens. – Gleichzeitig bildete sich der moderne Großstaat mit einer zentralisierten Bureaukratie und einer festen Zollgrenze. Zunächst verstärkte er die Macht der staatlichen Zentralgewalt, die eine absolute wurde. Aber die Entwicklung des Verkehrs und der Presse ermöglichte es immer mehr der Bevölkerung des ganzen Staates, Taten und Unterlassungen der Zentralgewalt kennen zu lernen, sie zu diskutieren, zu kritisieren. Dieses Gehaben der Zentralgewalt wurde zugleich immer wichtiger für jeden einzelnen, das Bereich der Staatsgewalt wuchs. Da entstand der Drang, auf sie Einfluß zu nehmen durch ein System von Repräsentanten, Vertretern, die von der Masse gewählt und kontrolliert wurden. So entwickelte sich die moderne Demokratie, deren wesentlichste Merkmale der Parlamentarismus, die Presse und große, das ganze Bereich des Staates umfassende Parteiorganisationen bilden.“ (S. 8.)

Wir haben dieses Prachtstück der materialistischen Auffassung im Wortlaut hierher gesetzt, damit der Leser sieht, wie hübsch man die Entstehung des bürgerlichen „Rechtsstaates“ ohne den weitläufigen Apparat von Klasseninteressen, ökonomischen Umwälzungen usw. aus der Entwicklung „des Verkehrs und der Presse“ erklären kann. „Die moderne Demokratie“ erscheint auf diese Weise, ganz wie ihre würdige Ergänzung, der Nationalstaat, nicht als prosaisches Stück bürgerlicher Klassenherrschaft, mit allen Schlacken ihres irdisch beschränkten Daseins und mit deutlichen Spuren des Verfalls, sondern im blauschimmernden Duft der Abstraktion und in das dauerhafte Dasein eines Ideals gehüllt. Wir leben ja, wie Kautsky an einer anderen Stelle (S. 77) sagt, „im Zeitalter der zunehmenden Demokratie“. Freilich, ein Ideal wird diese unsere „moderne Demokratie“ erst, wenn wir den reinen Nationalstaat bekommen. So könnte „die volle Demokratie“ in Deutschland „mit seinen Polen, Dänen, Franzosen“ gar nicht verwirklicht werden, denn „ein polnischer Politiker oder eine polnische Zeitschrift oder ein polnisches Buch mögen auch noch so eindringlich, überzeugend und bedeutend zu uns in ihrer Sprache sprechen, sie werden vielleicht auf Polen auch außerhalb Deutschlands wirken, nie auf das deutsche Volk. Im Wirken auf das Volk und durch das Volk besteht jedoch das Wesen der Demokratie.“ (S. 9.) Und deshalb erst „innerhalb jedes [90] solcher Nationalstaaten (in die die heutigen Großstaaten zerfallen müssen) ist dann volle, nicht bloß formelle, sondern wirkliche und wirksame Demokratie möglich.“ (S. 11.) Hast du nun Worte, lieber Leser?

Aber das holde Zwillingspaar hat auch noch ein kleines Schwesterchen, von dem es unzertrennlich ist. Die Miliz! „Der Nationalstaat ... setzt jeder Minderung oder Änderung seines Gebiets durch eine fremde erobernde Macht den energischsten, dauernd kaum überwindlichen Widerstand in dem starken demokratischen Leben seiner Bewohner entgegen; andererseits findet dieser Staat in dem Umfang des zusammenhängenden Gebiets der Nation seine Grenze, die er ohne Schädigung seiner selbst nicht überschreiten kann. Alles das bewirkt, daß für seine Existenz die Kraft seiner Demokratie wichtiger wird, als die Kraft seiner Armeen, die für einen geschlossenen Nationalstaat, wenn er ein solcher bleiben will (dies „wenn“ ist gottvoll!) rein defensiven Charakter bekommen. Gleichzeitig mit der Idee der modernen Demokratie und des Nationalstaates (bei Kautsky steht hier, was ein augenscheinlicher Druckfehler: Nationalitätenstaates) erwächst die Idee der Milizarmee. Sie werden alle drei von den gleichen Parteien und Volksklassen getragen“. (S. 16.) Kautsky selbst gehört übrigens zu diesen Parteien und Volksklassen nicht, denn einige Seiten später, als es gilt, das Friedensprogramm der Sozialdemokratie aufzustellen, vergißt er seine Miliz ganz und gar und fordert – die „Abrüstung“ auf die Hälfte des heutigen Bestandes der stehenden Armeen.

Und nochmals, lieber Leser, hast du Worte? Es fragt sich: wo sind oder waren denn all die hübschen Sachen, die Kautsky uns da vormalt, auf Erden zu sehen? Ist etwa Deutschland seit 1870 oder Italien jener „Nationalstaat“ mit defensiver Milizarmee und wachsender Demokratie? Ist der demokratischste Staat Europas und derjenige, der sich der Miliz am meisten nähert: die Schweiz, ein Nationalstaat? Ist der demokratischste außereuropäische Staat, die Vereinigten Staaten Nordamerikas, ein Nationalstaat? Es fragt sich: hat Marx nicht etwa „auf das Volk und durch das Volk“ in zahllosen Ländern gewirkt, obwohl er nur „in seiner Sprache“ sprach? Es fragt sich endlich: hat die

Sozialdemokratie nicht stets behauptet, daß „volle, nicht bloß formelle, sondern wirkliche und wirksame Demokratie“ erst dann denkbar ist, wenn ökonomische und soziale Gleichheit, d. h. sozialistische Wirtschaftsordnung verwirklicht, daß die „Demokratie“ des bürgerlichen Nationalstaates hingegen in letzter Linie stets mehr oder weniger Humbug ist?

Doch lassen wir jetzt den Nationalstaat und die Demokratie mitsamt der Miliz, von denen man die ganze Zeit nicht weiß, ob Kautsky sie als existierende historische Verhältnisse konterfeit oder als rosige Wolken seiner Phantasie. Sie sind jedenfalls nur Vorbereitung zur entsprechenden Behandlung des Imperialismus.

Was ist Imperialismus? Imperialismus – das ist bloß eine garstige „Methode“. Das ist eine Methode, mit Gewalt und ähnlichen häßlichen und verwerflichen Mitteln das zu erreichen, was an sich legitim und notwendig, aber „viel besser“ durch andere Methoden, nämlich durch die „Demokratie“ zu erreichen ist. Kautsky erkennt in dem Ausdehnungsdrang des Kapitals das legitime Bedürfnis der modernen Entwicklung; bloß die Mittel, die imperialistischen Methoden will er beseitigen und damit dem Imperialismus, dem Wettrüsten, der Kolonialpolitik „den schlimmsten Stachel“ nehmen.

Aber hinwiederum, wenn wir uns die Sache ganz genau besehen, so gibt es beinahe gar keinen Imperialismus. Denn entweder ist das, was jetzt als solcher erscheint, n o c h n i c h t Imperialismus, oder es ist mit ihm s c h o n vorbei.

[91] England? Nun, dessen Kolonien waren erobert „lange vor der imperialistischen Periode“, und jetzt beruht z. B. der südafrikanische, der kanadische, der australische Bund auf reiner Demokratie. Gegen eine solche „Staatenart“ könnten wir kaum etwas „einwenden“.

Südafrika, Ägypten, Algerien, Persien nähern sich immer mehr „dem Stadium der modernen Demokratie“, und deshalb kommen diese Gebiete als Objekt des Imperialismus „nicht mehr“ in Betracht (S. 54). Rußland? Dieses kann natürlich „noch nicht“ Imperialismus treiben, denn es bedarf selbst noch der Kapitaleinfuhr. Österreich? Eigentlich kann es auch „noch nicht“ imperialistische Ziele verfolgen, da es ebenfalls noch selbst des Kapitalimports bedarf; zugleich ist es aber auch schon über diese Ziele hinaus: sein „zeitweiser“ imperialistischer Drang nach Saloniki „hat längst aufgehört“. Sein Konflikt mit Serbien aber ist gar nicht imperialistischen Charakters. Beweis: es liegen ihm agrarische Interessen zugrunde, Serbien seinerseits ist „noch weit von jeder imperialistischen Tendenz“ entfernt, es befindet sich im Stadium „des Nationalstaates“. China? Es nähert sich auch mit Siebenmeilenstiefeln „dem Stadium“ der modernen Demokratie alias des Nationalstaates, also auch hier wird „jede imperialistische Politik unmöglich“ (was die verblendeten Japaner, die die „Neue Zeit“ nicht lesen, in diesem Moment offenbar gar nicht ahnen).

Mit einem Wort, wohin wir blicken, ist es mit dem Imperialismus nichts oder seine Tage sind gezählt, denn überall wird er durch die zunehmende „Demokratie“ verdrängt. Halt, die Türkei! Das war allerdings ein Objekt des Imperialismus, namentlich des deutschen. Die Türkei drohte denn auch zum Wetterwinkel des imperialistischen Weltkrieges zu werden. Allein auch hier war just vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges alles „geregelt“. Er brach in einem Moment aus, in dem „kein einziger imperialistischer Streitpunkt existierte“ (S. 63).

Hat so der Imperialismus schon vor dem Krieg gar nicht existiert, so wird er nach dem Kriege – das hat Kautsky schon im September vorigen Jahres prophezeit – erst recht aufhören, zu existieren. „Der Export der Kapitalien aus den Industriestaaten, diese Quelle des Imperialismus und damit letzte Ursache des Krieges, hört, zunächst wenigstens, auf.“ Denn einerseits werden die europäischen Industriestaaten nach dem Kriege „andere Sorgen haben“ als Imperialismus zu treiben, andererseits „entziehen sich“ die Agrarstaaten immer mehr der Ausbeutung durch den Imperialismus („Neue Zeit“ Nr. 23, S. 970). Also war der ganze Imperialismus und namentlich der gegenwärtige Weltkrieg im Grunde genommen „viel Lärm um nichts“. Wie brach denn der Krieg nach alledem aus? Na, eben – „bloß aus dem Wettrüsten und der Mobilisierung! ...“ (S. 65.)

Wozu all diese Gymnastik, fragst du, lieber Leser? Wozu so viel edler Schweiß und Mühe, um allgemein bekannte Tatsachen, die jetzt in den Gassen gellen, zu bestreiten? Die Antwort gibt uns Kautsky

mit der folgenden Entdeckung: wer „behauptet, der Imperialismus sei im jetzigen Stadium der kapitalistischen Produktion für diese unerläßlich“, der „besorgt damit die Geschäfte der Imperialisten“, „erhöht ihren geistigen Einfluß in der Volksmasse und damit ihre Macht“ (S. 22). Also „behauptet“ Kautsky das Gegenteil. Er „behauptet“, daß der Imperialismus gar nicht ökonomisch notwendig, sondern „nur eine Machtfrage“ sei, daß die Ausdehnung des Kapitals „am besten“ nicht durch die gewalttätigen Methoden des Imperialismus, sondern „durch die friedliche Demokratie“ gefördert werde. (S. 70.) Wie einfach und einleuchtend! Marx behauptete, daß die Kapitalsherrschaft auf einer gewissen Stufe eine unerläßliche [92] ökonomische Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung sei, damit besorgte er natürlich die Geschäfte der Kapitalisten, erhöhte ihren geistigen Einfluß und ihre Macht. Engels behauptete, die Aktiengesellschaften seien eine ökonomische Notwendigkeit der kapitalistischen Produktion, und besorgte damit die Geschäfte der Aktionäre, erhöhte wohl ihre Dividenden. Die Sozialdemokratie behauptete bis jetzt, daß der heutige Militarismus eine historische Notwendigkeit als Werkzeug der kapitalistischen Klassenherrschaft sei, und besorgte damit die Interessen der Militaristen, erhöhte ihren Einfluß und ihre Macht. Das ist alles sonnenklar, und Lassalle kann sich mit seinem „Aussprechen dessen, was ist“, nochmals begraben lassen.

Nur vergißt Kautsky, daß uns seine rettende Entdeckung von der Nichtnotwendigkeit des Imperialismus, der „nur“ eine Machtfrage sei, schließlich mageren Trost gewährt. Denn „die Macht“ ist – wie Engels seinem Dühring einst auseinandergesetzt hat – auf großen historischen Strecken gleichfalls ein ökonomischer Faktor und hat ihre Wurzeln in ökonomischen Notwendigkeiten. Kautsky vergißt ferner, daß „die Methode“ des Imperialismus, die er als höchst äußerliches garstiges Beiwerk des heutigen Kapitalismus abschaffen will, für diesen wesentlich ist. Er sieht nämlich, wenn er von der Gewaltsamkeit der imperialistischen Methoden spricht, selbst nur die äußere geräuschvolle, kriegerische Erscheinung des Imperialismus. Er vergißt, daß das, was ihm als die „friedliche“ und „demokratische“ Kapitalexpansion besser gefällt: die Eisenbahnbauten und die Einführung des Warenhandels in zurückgebliebenen Ländern, daß dieser Prozeß gleichfalls, nur im stillen, von einem fortlaufenden gewaltsamen Zusammenbruch der vorhandenen sozialen Organisation unter unaufhörlichen gewaltsamen Eingriffen des Staates begleitet wird. Er vergißt vollständig, daß auch der englische Freihandels dessen Großtaten in China er in Gegensatz zum Imperialismus stellt und preist, sich die „offenen Türen“ am Gelben Meer mit Kanonenschlünden und Greueltaten des Krieges wie mit zahllosen stilleren Gewaltstreichen des Raubs und Betrugs von 1839 bis 1900 geschlagen hat. Mit einem Wort, die ganze Kautskysche Unterscheidung des legitimen ökonomischen Kerns und der häßlichen „gewaltsamen“ Schale, die man als etwas Zufälliges dem Kapitalismus ausreden möchte, ist bloße Spintisiererei am Schreibtisch. In der blutigen Wirklichkeit hat der Imperialismus weder Kern noch Schale, er ist beides mit einem Male; ökonomische Notwendigkeit und Gewaltmittel gehen hier Hand in Hand und wechseln alle Augenblicke die Stellen. Beide sind nur zu überwinden durch die Beseitigung des Kapitalismus. Kautskys Plan, den heutigen Imperialismus zu zivilisieren, zu „demokratisieren“ und friedlich zu machen, ihm „den Stachel“ zu nehmen, läuft schließlich so ungefähr auf die Davidsche „sozialistische“ Kolonialpolitik hinaus. Das Utopische all solcher Bestrebungen, dem Tiger die Krallen zu beschneiden und ihm einzureden, daß er sich im eigenen Interesse „am besten“ von Honig und Gemüsen nähren soll, springt schließlich in die Augen. Und wenn die Davids ihre kleinbürgerlichen Utopien lange Jahre v o r dem heutigen Kriege ausspannen, so ist es viel verwunderlicher, daß Kautsky heute gerade im Blitz und Donner der großen weltgeschichtlichen, vom Imperialismus heraufbeschworenen Katastrophe einen Anlaß findet – munter und unverdrossen, wie eine junge Zikade im Grase – sein Liedlein von der „Abrüstung“, vom „Nationalstaat“, von der „demokratischen Entwicklung“ und vom Freihandel als den nächsten an Zukunftsperspektiven des Kapitalismus „in dessen eigenem Interesse“ zu singen. Eine verkehrtere geschichtliche Perspektive zur Orientierung des Proletariers läßt sich offenbar aus dem heutigen Weltkriege nicht ableiten.

[93] Aber diese wunderliche Geschichtsauffassung hat eine sehr ernste praktische Seite. Es ist klar, daß das Wiedererwachen, in den Reihen der Sozialdemokratie in Deutschland wie anderwärts, zum internationalen Klassenbewußtsein sich in dem Maße vollzieht, als die Arbeiter sich vom Bann der nationalistischen Hypnose freimachen, in die sie von den herrschenden Klassen wie von den eigenen

Parteiführern während des jetzigen Kriegsgemetzels hineingetrieben worden sind, in dem Maße, als sie sich über den imperialistischen Charakter des Krieges und die ihnen daraus erwachsenden großen Aufgaben klar werden. Nun liefert Kautsky einerseits gerade jetzt mitten in den nationalistischen Orgien der Kriegshetzer eine überschwängliche Apologie des Nationalismus, die stärkste Betonung des nationalistischen Gedankens, den er mit „demokratischem Empfinden“ identifiziert, andererseits löst er den Imperialismus als historische Phase in theoretischen Dunst auf. Und als Moral von der Geschichte: ein „Friedensprogramm“ der Sozialdemokratie, das neben der Ablehnung der Annexionen die „Abrüstung“ auf die Hälfte oder auf ein Viertel – wie es vorigen September in der „Neuen Zeit“ Seite 971 hieß – und einen europäischen Staatenbund oder Zollverein mit freihändlerischen Handelsverträgen umfaßt. Also neue Rezepte und Projekte! Statt Aktion, statt Klassenkampf hält Kautsky für unsere dringendste Aufgabe in dieser Situation, Ratschläge an die bürgerliche Gesellschaft zu erteilen, wie sie durch Demokratie, Freihandel und hübsche kleine Defensivkriege „am besten“ ihre eigenen Geschäfte besorgen kann, so zwar, daß bei diesem sanft flackernden geschichtlichen Feuer auch das Süpplein des Proletariats unmerklich gargekocht wird. Daß es uns diese freundlichen Aussichten nach dem Kriege, die den Imperialismus und das Wettrüsten „ablösen“ könnten, als die heilige Allianz der „Imperialisten“, also wohl das Gegenteil von Demokratie und Freihandel und eher als eine Ara der schwärzesten Reaktion ausgemalt hat („Neue Zeit“ vom 11. Sept. v. J., Seite 922), tut wohl nichts zur Sache. Daß sein Staatenbund alias Zollverein nichts als ein Abklatsch des früher von Prof. Julius Wolff, von Max Schippel, jetzt wieder von den offiziellen Herolden des Imperialismus, den Losch, Liszt u. a. immer wieder vorgerittenen Projekte der reaktionären Zollpolitik mit einer Spitze bald gegen die Vereinigten Staaten Amerikas, bald gegen England ist, scheint Kautsky auch nicht weiter zu genieren.

Kautsky zieht in seiner Broschüre gegen „die Rechte“ der Partei, gegen die Sozialimperialisten ins Feld. Ihnen will er durch seine historische Perspektive das Wasser abgraben. Zugleich unterläßt er nicht, um sich seinen „zentralen“ Punkt zu wahren, gegen die „äußerste Linke“ ein paar schneidige Lufthiebe zu führen. Er denunziert sie nämlich als Leute, die erstens streben, den Parlamentarismus durch den „Massenstreik“ zu „e r s e t z e n “[*)], zweitens als Leute, die dem Imperialismus den Sozialismus entgegensetzen wollen, „d. h, nicht bloß seine Propagierung, die wir seit einem halben Jahrhundert allen Formen der kapitalistischen Herrschaft entgegensetzen, sondern seine sofortige Durchführung“ (S. 57). Kautsky würde wohl in nicht geringe Verlegenheit geraten, wenn ihn jemand in aller Höflichkeit am Kragen packen und ersuchen würde, doch gefälligst [94] genau anzugeben, wer, wo, wann in der Partei den Parlamentarismus durch den Massenstreik „ersetzen“ wollte, oder den Kauz zu nennen, der eine „sofortige Durchführung“ des Sozialismus fordert.

Wie Kautsky als erster den Hetzruf gegen die „Quertreiber“ ausstieß, indem er sofort nach Ausbruch des Krieges gegen die „Eigenbrödelei“ und die „Kritik“ als die ärgsten Verbrechen warnte („Neue Zeit“ vom 21. August 1914, S. 846), so leistet er auch jetzt der Rechten treffliche Dienste, indem er von den Ansichten und Absichten der „Quertreiber“ mit freier Phantasie ein abgeschmacktes Zerrbild verfertigt.

Aber noch mehr ist seine ganze Theorie, die er jetzt in der Broschüre wie in der „Neuen Zeit“ vertritt, geeignet, den Sozialimperialisten, die er bekämpfen will, das Werk zu erleichtern, indem sie in den Parteien die größte Verwirrung in bezug auf die historische Situation, ihre wahren Tendenzen und die Aufgaben der Arbeiterklasse verbreitet, Und deshalb sind diese breiten schillernden theoretischen Spintisierereien gefährlicher als die „Neuorientierungen“ der Heine, Südekum, Haenisch und wie sie alle heißen. Während diese durch ihr krasses Auftreten vor sich selbst genügend warnen, sind die Kautskyschen Theorien wohl fähig, zwar nicht den Militarismus und Imperialismus, aber der Sozialdemokratie „den Stachel“ zu nehmen.

[*)] „Aber dieser Ersatz stellt sich bei näherer Einsicht als eine Form der primitiven Demokratie heraus, Das gilt auch von der direkten Gesetzgebung durchs Volk wie von ihrer energischeren Abart, dem Massenstreik“ (S. 22). Der Massenstreik als „Abart“ der direkten Gesetzgebung durch das Volk und als solche eine „Form“ der Markgenossenschaft, – heiliger Nepomuk, ist das ein Wortgebimmel! ...

Übrigens schließt Kautsky seine Broschüre mit einer hübschen Wendung. Der imperialistischen „Methode“ müßten wir „entschiedene Bekämpfung“ angedeihen lassen. „Je gewaltiger der Widerstand der Arbeiter, desto unüberwindlicher die Schranken, die dem Kapital hier in den Weg gelegt werden“, um so mehr wird sich das Kapital gezwungen sehen, sowohl in den Formen der Ausbeutung wie in der auswärtigen Politik lobenswerte demokratische Pfade zu wandeln und sich zu bessern. Wie dem immer sei, jedenfalls ist es klar, daß der „gewaltige Widerstand“ und die „unüberwindlichen Schranken“ gegen den Imperialismus wohl anders aussehen, als die heutige Haltung der Parteiinstanzen und die eigene Haltung Kautskys seit Ausbruch des Krieges. So hat Kautsky unversehens zum Schluß ein scharfes Urteil über die offizielle Taktik der Sozialdemokratie gesprochen. Und diese Schlußwendung ist so ziemlich die einzige, die in seiner Schrift ganz einwandfrei ist.

M o r t i m e r .

Ein plumper Täuschungsversuch.

Unter dem Titel: P a r t e i - Z u s a m m e n b r u c h ? (Berlin, „Vorwärts“-Verlag) hat Heinrich Cunow ein „Offenes Wort zum inneren Parteistreit“ veröffentlicht. Dies „Offene Wort“ ist nichts anderes als ein plumper Versuch, über das Wesen des „inneren Parteistreits“ hinwegzutäuschen.

Soweit von einem „Partei-Zusammenbruch“ gesprochen worden ist, erblicken die sogenannten „Quertreiber“ ihn darin, daß die Partei, nachdem sie den imperialistischen Weltkrieg mit tödlicher Sicherheit tausendmal vorausgesagt und sich für den Fall seines Eintritts in feierlichster Weise auf eine bestimmte Politik festgelegt hatte, das genaue Gegenteil dieser Politik treibt, seitdem er tatsächlich entbrannt ist. Das ist der Kern des „inneren Parteistreits“, und über ihn verliert Cunow weder ein „offenes Wort“, noch auch nur ein verstecktes. Er spiegelt den unglücklichen Lesern seiner Schrift vor, die Opposition sei entrüstet, weil „die deutsche Sozialdemokratie nicht den Erwartungen entsprochen habe, die die Betreffenden an sie gestellt“ hätten. Nein, Genosse Cunow, der „innere Parteistreit“ ist entbrannt, weil die offizielle Parteipolitik nicht den Erwartungen [95] entsprochen hat, die sie selbst durch eine Reihe der feierlichsten Kundgebungen, in vollkommen genauer Voraussicht der Dinge, die kommen würden, an sich selbst gestellt hat.

Indem Cunow die Dinge auf den Kopf stellt und aus den „Quertreibern“ eine Rotte enttäuschter Illusionäre macht, rückt er gegen dieses Phantom mit den ältesten Ladenhütern aus der Praxis und Theorie des Marxismus ins Feld. Daß Marx und Engels zur Zeit des Kommunistischen Manifestes und auch noch später die Abwirtschaftung der kapitalistischen Produktionsweise in viel zu großer Nähe gesehen, aber daß sie 1850 das Abflauen der Revolutionsflut rechtzeitig entdeckt haben, daß der Arbeiter nicht nur einer Klasse, sondern auch einer Nation angehöre, daß die Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“ seien usw. usw. – alles das beweist Cunow mit einer Wucht, die Max Cohen und Max Grunwald, Heinrich Schulz und Konrad Haenisch zu ellenlangen Begeisterungsartikeln über diese funkelnagelneuen Entdeckungen hingerissen hat. Aber die „Quertreiber“ haben nicht das Glück, auch nur einen dieser bewährten „Marxisten“ in ihren Reihen zu zählen; sie haben sich die Weisheit Cunows längst an den Schuhsohlen abgelaufen. Auch mit seinem Nachweis, daß der Imperialismus eine geschichtlich notwendige Entwicklungsstufe des Kapitalismus sei, schlägt Cunow nicht die „Quertreiber“, sondern seinen Waffenbruder Kautsky aufs Haupt. Siehe die vorstehende Besprechung von Kautskys neuester Schrift!

Von der Leichtherzigkeit, mit der Cunow gearbeitet hat, nur noch ein Beispiel. Um zu beweisen, daß Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“ seien, beruft er sich auf einige Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“, worin Marx den südslawischen Nationalitäten Österreichs die geschichtliche Entwicklungsfähigkeit abgesprochen haben soll. Nun sind diese Artikel gar nicht von Marx, sondern von Engels verfaßt, wie Cunow wissen müßte, wenn er sich mit einiger Sorgfalt über sie unterrichtet hätte, und auch von Engels nicht als wissenschaftliche Abhandlung, sondern als heftige Abwehr der Dienste, die die südslawischen Völkerschaften Österreichs in den Revolutionsjahren der Gegenrevolution leisteten, wobei Engels das Kind mit dem Bade verschüttete und ihnen die geschichtliche Lebensfähigkeit absprach, die sie – seitdem bewiesen haben. So richtig also immer der Satz sein mag,

daß Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“ seien, so ist doch die Art, wie ihn Cunow als „Marxist“ beweisen will, ein ebenso grobes Quidproquo wie seine Schrift überhaupt.

Im ganzen macht sie den Eindruck eines Elefanten, der zornigen Mutes durch offene Türen in leere Zimmer rennt; es steht zu fürchten, daß dies Schauspiel in den „Quertreibern“ nicht so feierliche Rührung erwecken wird wie in den Grunwald und Genossen, ng.

Die Internationale
Jahrgang 1, Ausgegeben am 30. Mai 1919, Heft 2/3

Wiederkehr.

Δ 9. Mai 1919[*)].

Das ist die Tragik und die Lust all derer, die in solchen Zeiten reden. Wohl reden sie aus e i n e m Leib, mit e i n e r Stimme. Aber redeten sie gleich so mit Engelszungen, es klänge nur wie eine tönerne Schelle, käme ein anderes nicht hinzu. Es muß der Stimme Klang ihr Echo finden: wie der Viola Klagen die Welt erfüllen sollten, daß selbst die Berge in der Nacht Olivia schrien, so müssen unsere Worte wiederkehren zu uns selbst in tausendfältigem Chore. Und die Masse, die dieses Echo zurückzurufen hat und deren Chor im Raum erschallen muß, das sind die weiten Scharen der Proletarier.

Ihre Stimme ist es, die das Wunder geschehen läßt, wie aus dem Gedanken ein Körper, wie aus dem Wort Tat wird.

Und wie so, aus Stimme und Echo, aus Hall und Widerhall Geschichte wird, des ist diese Zeitschrift ein Beweis.

Sie ist vor vier Jahren, auch in diesen Tagen, zum ersten Male erschienen. So hell, so klar, so scharf, wie nur je zuvor sprach damals die e i n e Stimme. Aber das Echo fehlte. Noch lag das deutsche Proletariat in seinen nationalistischen Delirien, noch tanzten patriotische Feuerzauberer ihm die wildesten Derwischtänze vor: in allen Städten, in allen Ländern, in allen Staaten und Reichen lagen die Proletarierhirne in Fesseln, die die Bourgeoisie zu binden allein nimmermehr vermochte: die zu binden die Bourgeoisie die Hilfe sozialpatriotischer Verräter in Anspruch nehmen mußte. Die Internationale und der internationale, Gedanke waren im Bewußtsein der Proletarier untergegangen. Und als hier diese „Internationale“ zu ihnen sprach: da war die Antwort aus den weiten Massen nur ein wirres Stöhnen, so, wie der in der Narkose liegende Kranke durch Stöhnen nur beweist, daß er noch lebt.

Die damals am lautosten sprachen, die sind heute tot. Franz Mehring ist gestorben: die Henkersknechte Kessels haben ihn geschlagen, die Henkersknechte Eberts ihm den Rest gegeben. Rosa Luxemburg [2] liegt – wer weiß in welchem Grabe: die Henkersknechte, die heute die Herren heißen, haben sie dahingerafft.

Und doch spricht heute ihre Stimme lauter denn je. Denn wenn auch die Stimme damals einsam verscholl: heute spricht das Echo „der Massen. Ihrer Geister Hauch spricht heute so, wie ein leiser Wind, der durch der Bäume Wipfel geht: er wiegt Blatt um Blatt und Zweig um Zweig, und er, der keine Stimme hat, er füllet den Wald mit seinem Sausen.

Franz Mehrings, Rosa Luxemburgs Stimme ist verklungen, aber die Massen reden.

Ihr Körper, ihr Hirn ist tot: aber die „Internationale“ kehrt wieder und über aller „Internationale“: d i e Internationale, der große, gewaltige Wille der Proletarier zum gemeinsamen Befreiungswerk ist da.

War die Internationale schon jemals ehedem? War das Proletariat der Welt schon je zuvor einmal e i n e s gewesen, so, wie die fünf Finger der Hand e i n Ganzes sind?

Wir hatten es einst geglaubt, wir hatten es einst gehofft. Man hatte ja einst die Kongresse und die Beschlüsse, die Delegierten und Bureaus, die Toaste und das „dreifach donnernde Hoch“, die Feste und die Empfänge. „Man sprach von einem Festgeläute, man sprach von einem Feuermeer ...“

Und das war dann die Tragik vom 4. August 1914 gewesen: nicht daß Parteibeamte, um Kasse und Kassenschrank besorgt, vor dem preußischen Kriegsgott waren zu Kreuze gekrochen, nicht daß sozialdemokratische Spießbürger und Stellengauner in nationale Haßgesänge und patriotische Hymnen verfielen: das war keine Tragik, das war ein Ding menschlicher Lumpennatur.

[*)] Infolge eines der Gesetze [?] des Herrn Noske hat sich die Herausgabe dieser Nummer um 14 Tage verzögert. Die Leser sind gebeten, diesen Umstand zu berücksichtigen.

Aber daß die Massen, die brüderlich für einander gefühlt, die ehrlich aneinander geglaubt hatten, für die die Internationale mehr als ein kluges Wort gewesen war: daß sie so willenlos gingen, wohin nationalistische Hetzapostel sie führten – das war Tragik. Daß sie in allen Ländern in dumpfer Verzweiflung standen, als das große Verhängnis über sie kam, daß sie dumpf als Geschick und Schicksal nahmen, was doch i h r Wille, i h r e Kraft werden konnte, – das war Tragik.

Und daß die Massen regungslos blieben, als man ihren Glauben an die Internationale ihnen aus dem lebendigen Herzen riß, als man die Hoffnung einer Welt auf dem Schindanger des Militarismus verscharrte und auf dem Grabe noch wilde Tänze aufführte, als sie so standen, regungslos, hoffnungslos, willenlos – das war Tragik.

Wir waren damals, wir sind heute nicht zum Trauern da. Der [3] Lebende weilt nicht gerne an Gräbern. Die Welt ruft ihn zurück und Gräber und Tote können ihm nur eines geben: die Lehre für das Leben.

Es war eine falsche Methode gewesen, die das Proletariat zu jenem Zusammenbruch geführt hat.

Was war die Methode?

Es war die Methode, die ein genaues Widerspiel war der ökonomischen und sozialen Verfassung der Welt vor dem Kriege.

Man kann die letzten vierzig Jahre, die man im großen Ganzen als die „friedlichen“ bezeichnen kann – denn was in der Zeit an Menschenmord geschah, störte den „Frieden“ nicht – als eine einheitliche Epoche betrachten. Der letzte große Krieg war der von 1870/71 gewesen. Mit ihm war das Werk der Bildung nationaler Staaten Europas beendigt. Mit dem Frieden von Versailles und dem Beitritt der Süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde, mit der Einigung Italiens waren die großen Völker Europas staatlich organisiert: die nationalen Staaten bildeten die Grundlage für die kapitalistische Wirtschaft, die seit dieser Zeit Europa völlig überzog.

Es war „Friede“ in Europa. Das heißt: die nationalen Staaten pflegten ihren nationalen Kapitalismus, wie die Löwin ihre Jungen versorgt. Wohl standen sie erst noch unter der Lehre, die Alt-England aufgebracht hatte, als es allein erst kapitalistisch war und mit dem „freien Handel“ die Türen der Welt sich öffnete. Das ward bald aber anders 1879 begann Deutschland – schon damals in der Welt voran – zu begreifen, daß der heimische Kapitalismus nicht kräftig genug gedeihe. Es ging zum Schutzzoll über. Damit waren die Beziehungen der kapitalistischen Staaten zueinander grundsätzlich auf einen neuen Boden gestellt worden. Schutzzoll bedeutete grundsätzlich, daß, wo der eine sei, ein anderer nicht sein könne.

Der Grundsatz hatte seine Folgen. Er bedeutete weiter, daß, wer mehr haben wolle von der Welt, versuchen müsse, andere für immer in der Welt ab- und auszuschließen. Es begann auf der Grundlage der nationalen Staaten: der Kampf um Interessensphären, um Kolonien, um überseeische Gebietserweiterungen, um Machtkreise, um Imperien.

Der Schutzzoll war die Zelle des Imperialismus.

Doch jedes Ding will seine Entwicklungszeit. Der Weg vom Zolltarif zum Weltkrieg ist kein kleiner: er wird in Schritten und Etappen zurückgelegt.

Und wie regelte sich der Verkehr der kapitalistischen Staaten auf diesem Wege?

Man behielt die alten Methoden bei. Man verhandelte in Kongressen, man handelte über Verträge. Man versandte Noten und [4] empfing Gesandte. Man Satz in Kabinetten und redete in Parlamenten. Wohl hatten die Beziehungen der Staaten zueinander einen anderen Sinn bekommen, waren aus dynastischen Zu- und Abneigungen kapitalistische Konkurrenzverhältnisse geworden, aber die F o r m der Beziehungen war die alte geblieben und hatte sich geändert nur insoweit, als auch im innerstaatlichen Leben die Bourgeoisie durch den Parlamentarismus Anteil an der öffentlichen Gewalt genommen hatte. Und vollends die Mittel waren völlig die gleichen geblieben. Noten, Verträge, Kongresse.

Das Proletariat war erst neu in die internationale Politik eingetreten. Schwer war sein Erwachen in der nationalen Politik gewesen. In langen Jahren, mühsam und in zähem Ringen begann das Proletariat zu begreifen, daß es etwas anderes sei, als der „Staat“, daß das Proletariat ein ander Ding sei als die „Nation“, daß in der „Nation“ in Wirklichkeit zwei Nationen seien, die Armen und die Reichen.

Auch diese Nationen mußten ihre Beziehungen zueinander regeln. Theoretisch hat diese Beziehungen Karl Marx festgelegt: der Inhalt dieser Beziehung hieß Klassenkampf, und die Form dieser Beziehung hieß Revolution.

Den Inhalt dieser Beziehung begann das Proletariat vor dem Kriege zu begreifen: die Form dieser Beziehung hat es vor dem Kriege nicht begriffen. Wo es zu revolutionären Anläufen kam, blieb es bei den Anläufen: den Verkehr der Armen und der Reichen, der Nationen innerhalb der Nation regelten die Proletarier so, wie sie es abguckten von der Bourgeoisie, wenn diese die Beziehungen ihrer verschiedenen Gruppen – Grundbesitz, Handelskapital, Finanzkapital, Industriekapital usw. – regelten: parlamentarisch.

Die Form seiner Beziehungen zum Kapitalismus, die dem Klassenkampf eigentümlich ist, nämlich die Revolution hat das Proletariat vor dem Kriege nie gefunden. Es war so behext vom Gedanken des Parlamentarismus, daß es selbst alle revolutionären Anläufe, die es vor dem Kriege machte, nur machte um Verbesserung seiner Stellung im parlamentarischen Kampf durch „Wahlrechtsreform“ usw. Alle „Revolution“ vor dem Kriege hatte im Grunde nur die Bedeutung, durch Parlamentarismus die Revolution tot zu machen.

War so schon im Verhältnis der inneren Politik das Proletariat unrevolutionär und parlamentarisch in seinen Methoden: wie viel mehr in seiner äußeren Politik. Wie regelte es seine Beziehungen zu den Proletariern der anderen Länder, als mit der beginnenden Arbeiterbewegung Proletariat mit Proletariat in internationale Beziehungen trat?

Nicht anders als so, wie es der Bourgeoisie die Methode abgeguckt hatte. Kongresse, Beschlüsse, Anfragen und internationale Toaste. Das [5] getreue Ebenbild bourgeoiser Diplomatie, aus dem aristokratisch-salonmäßigen ins spießbürgerlich-demokratische übertragen.

Die internationalen Kongresse von Basel, Kopenhagen, Amsterdam usw. waren nur das derbe Widerspiel der Fürstenbesuche von Potsdam oder Reval oder Raconigi, wo lediglich der dreimalige Kuß auf die rechte und linke Wange durch den derben Handschlag, der begleitende Geheimrat durch den votierenden Parteisekretär ersetzt war.

Es hat einer blutigen Lehre bedurft, damit das Proletariat diese Klassengenossen regeln könnte, hat das Proletariat vor dem Kriege nicht gefunden.

Es hat eine blutigen Lehre bedurft, damit das Proletariat diese Form finde.

Die Bourgeoisie hat, als sie vom Feudalismus die Formen und Mittel internationaler Beziehung übernahm, alle Mittel übernommen. Zumal das eine, das ihr als äußerstes, halb gewünschtes und halb gefürchtetes gilt: die offene Gewalt, den Krieg.

Die Bourgeoisie hat dieses Mittel nie vernachlässigt. Sie redete und sie verhandelte, sie schickte Noten und Gesandte, schloß Verträge und besuchte Kongresse, Monarchen küßten sich ganz vorschriftsmäßig, dreimal auf jede Wange: aber daneben vergaß die Bourgeoisie nicht, daß für sie hinter alledem ein letzter Vernunftgrund, ein letztes Beweismittel stehe: das Schwert.

Nicht eine Stunde hat die Bourgeoisie das vergessen. Sie war nicht fasziniert durch die Eleganz diplomatischer Verhandlungen. Sie war nicht besessen vom Glauben, daß Verträge, der Hostie gleich, dem das Heil bringen, der sie verschlucke. Sie rüstete den Krieg von allen Seiten, in allen Ländern: planmäßig, energisch, ohne Gefühlsflausen und ohne Zimperlichkeit.

Und immer mächtiger wurden die kapitalistisch-nationalen Zentren. Immer stärker ward die Ladung der elektrischen Körper, immer gewaltiger wurde die dem kapitalistischen Staate innewohnenden Expansionskräfte. Hatte der schwache Kapitalismus von ehedem den Schutzzoll gezeugt, so

entwickelte der stärkere Kapitalismus aus dem Schutzzoll den Imperialismus, schlug der unbändige Kapitalismus um in den Weltkrieg.

Im Jahre 1914 kam die Stunde: da fielen für den Kapitalismus die Schleier. Verträge wurden zu Fetzen Papier und Monarchenbesuche zu Mummenschanz. Elegante Diplomaten von ehedem wurden schimpfende Marktweiber. Monarchen, die sich ehedem geküßt, dreimal auf die rechte und linke Wange, beschimpften sich jetzt öffentlich vor Europa als Lügenbeutel, Meineidige und Treubrüchige.

[6] Die Bourgeoisie konnte die parlamentarisch-diplomatische Form des Verkehrs mit anderen „fremden“ Bourgeoisien zerbrechen sehen; denn ihr blieb ja dieses letzte Mittel des Verkehrs, an dessen Wunderkraft sie alle glaubten: das Schwert.

Das Proletariat aber sah seine parlamentarisch-diplomatische Form des Verkehrs mit „fremden“ Proletariern zerbrechen und hatte an seiner Stelle – nichts, eine betrogene Hoffnung, drei leere Beschlüsse, ein paar Phrasen und außerdem den Kolben, den ihm die Bourgeoisie in die Hand drückte, damit es – um im Stile der „Neuen Zeit“ zu reden – mit diesem „von kräftiger Faust geschwungenen Kolben“ anderen Proletariern den Schädel einschlage zum höheren Ruhm und Profite des eigenen Kapitalismus.

Vier Jahre hat das Proletariat diese Rolle getragen.

Dann brach der Kapitalismus zusammen. In Rußland begann es, in Deutschland ward das Werk fortgesetzt.

Mitnichten sehen wir den Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus in der „Revolution“ vom 9. November. Die war kein Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus; die war vielmehr dessen letzter Versuch, mit dieser Verwirrungskomödie inneren wie äußeren Feind, Proletariat wie „Feinde“, irre zu führen und zu retten, was noch zu retten ist.

Und doch hat der Zusammenbruch begonnen und ist unaufhaltsam. Die Lasten des Krieges, die Leiden der Bevölkerung, die wirtschaftliche Deroute, die seelische Revolte des Proletariats: das bedeutet den Zusammenbruch. Und das sind die Folgen des Krieges, die nichts mit „Sieg“ oder „Niederlage“ zu tun haben. Sie sind allgemein. Sie sind das gemeinsame Ergebnis für alle kapitalistischen Staaten der Welt, nicht einmal die neutralen ausgenommen.

Die Unfähigkeit, das, was hier zerbrach, wieder zu fügen: die bedeutet das Ende der bourgeoisen Epoche der Geschichte.

Und es gibt nur eine K r a f t, die fähig ist, die Welt, die hier in Trümmern ging, wieder zu leimen: das Proletariat.

Es hat im Innern begonnen, das Trümmerfeld zu räumen: es hat in Rußland und in Deutschland gelernt, daß es nur einen Weg gibt zur Aufrichtung dieser neuen Welt – die proletarische Revolution.

Die zwei Nationen in der Nation, die Armen und die Reichen, die Proletarier und die Kapitalisten haben jetzt die Form gefunden, in der ihre Beziehungen zueinander überhaupt nur dauernd geregelt werden können: die Revolution der Proletarier gegen die Bourgeoisie.

In der Revolution macht das Proletariat die ihm, seiner Klasse, eigentümliche Politik.

[7] Das Proletariat des einzelnen Staates lebt aber nicht allein: es lebt in einer Welt, es lebt zusammen mit anderen Staaten.

Wie wird es diese Beziehungen regeln?

Die Bourgeoisie ist zusammengebrochen. Ihr Bankerott ist ein allgemeiner: kein Land ist davon verschont. Mit ihrer letzten Weisheit, dem Krieg, ist sie ans Ende ihrer Weisheit gekommen.

Sie versucht es wieder und noch ein letztes Mal mit den alten Methoden. Noten, Gesandte, Diplomaten, Kongresse, Verträge. Nur eine neue Blüte hat sie in diesen duftigen Kranz gewunden: den Völkerbund. Sonst alles in allem das Alte: die diplomatisch-aristokratische Methode.

Und schon hat sie ihr sozialistisches Widerspiel gefunden. In Bern und jetzt in Amsterdam trafen sich die Durchalter aller Staaten. Haben die Herren aufgehört zu morden, dürfen es auch die Fridoline. Reden die Herren miteinander, treffen sich die Herren miteinander, dann auch die Knechte. Wie der Herr so's Gescherr.

Wiederum: Resolutionen, Beschlüsse, Konferenzen und schöne Reden. Nur das dreimalige „donnernde Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie" hat man noch nicht wieder ausgebracht: das wird nach Friedensschluß Herr Hugo Haase tun („da machen wir wahr, was wir immer gesagt haben").

Damit ist für das Proletariat die Frage klar: wie kann es seine Beziehungen zu „fremden" Proletariern regeln?

Die Reise nach Bern und nach Amsterdam, die Reise zu Konferenzen und Beschlüssen ist die Reise dahin, wo das Proletariat ausging, die Rückkehr zur gleichen Misere, zum gleichen Betrug, zur gleichen Illusion, zur gleichen Enttäuschung wie 1914.

Das Proletariat muß vorwärts. Es kann im eigenen Staat nicht mehr zurück in die Knechtschaft von vor dem Kriege; ob es will oder nicht, es muß vorwärts zum Sozialismus. Ob in Rußland oder in Deutschland, den „besiegten", ob in Frankreich, Italien oder England, den „siegreichen", das Proletariat muß vorwärts, es wird mit unwiderstehlicher Gewalt hineingetrieben in die Revolution.

Die Bourgeoisie geht zu Grunde. Zu Grunde geht damit die Form der internationalen Beziehungen, in der die Bourgeoisie lebt lebte und in der sie das Proletariat verstrickte, die parlamentarisch-diplomatische.

Das Proletariat zerschlägt die Bourgeoisie und damit allen diplomatischen Hokuspokus.

Jetzt findet, aus gemeinsamer Not, aus solidarischem Leid, das Proletariat die gemeinsame Form, die ihm eigentümliche Form der Beziehungen von Land zu Land.

[8] Jetzt, im Stadium des Zusammenbruches der Bourgeoisie, muß Proletariat zum Proletariat rücken, damit die Welt nicht aus den Fugen gehe.

J e t z t ist gemeinsamer proletarischer Kampf die Form, in der die Beziehungen der Völker zueinander sich regeln.

J e t z t hat das Proletariat die Form und das Mittel gefunden, die international und völkerbefreiend zugleich sind: die W e l t r e v o l u t i o n .

Damit hat das Proletariat sich selbst gefunden, sein eigenes Wesen erkannt.

Jetzt ist die Internationale neugegründet. In Moskau faßte man keine Beschlüsse, keine Forderungen an die Bourgeoisie, keinen „Völkerbund" und keine Verträge. Moskau ist kein Friedensschluß, sondern eine Kriegserklärung aller Proletarier an alle Bourgeoisie.

Moskau ist ein tätiger Waffenbund, der die revolutionären Kräfte der Welt zusammenschließt, der nicht Wünsche gibt, die wie Wolken sind, sondern Leben ist und Aktion.

Das ist die neue, die dritte Internationale. Die Internationale ist nicht dem Phönix gleich, daß sie aus den Gluten dieses Weltkrieges als die gleiche herauskäme, als die sie hineingestürzt.

Sie ist eine andere geworden: die Internationale hat aufgehört, historische Tendenz zu sein, sie ist politische Situation geworden.

Die Internationale ist wieder da und ist erhoben: aus dem Reich des Wortes in das Reich der Tat, aus dem Reich der Gefühle in das Reich des Willens.

Das ist die Wiederkehr.

[9]

Der zweite Rätekongreß.

Von August Thalheimer.

I.

Der erste Rätekongreß fand statt im zweiten, der zweite im fünften Monat der Revolution. An dem Ergebnis des zweiten Rätekongresses sollte also die Summe des revolutionären Fortschrittes dreier stürmischer Revolutionsmonate zu messen sein. Die Revolution der Arbeiterklasse hat in diesen drei Monaten gewaltige Schritte gemacht. Es liegen zwischen beiden Kongressen die Dezembertage, die Januarwoche, das Anschwellen und die Kulmination der ersten großen Streikwelle in dem Berliner Generalstreik und den Märzkämpfen. Eine Schicht des Proletariats um die andere, ein Industriebezirk um den anderen tritt in diesen Monaten auf den Kampfplatz, ringt mit dem Kapital, stößt in diesem Ringen auf die Ebert-Scheidemann-Noske und die bürgerliche Demokratie und wird sich des Gegensatzes zu ihnen bewußt. Die alte Sozialdemokratie löst sich zusehends auf. Die Reihen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen lichten sich. Massenhaft strömen die Arbeiter ab in das Becken der Unabhängigen, um von dort überzufließen in das der Kommunisten. Und innerhalb der abhängigen wie der unabhängigen Organisationen bewegen sich die Massen dem festen Pol des Kommunismus zu, nähern sich seinen Losungen und seinen Kampfmethoden, in beiden Organisationen immer häufigere und schärfere Zusammenstöße zwischen der Parteimasse und ihrer Führung, immer stärkerer Druck auf die bureaukratische und parlamentarische Parteimaschine. Der bürgerliche Parlamentarismus hat, dank dem Wirken der Weimarer Nationalversammlung, rapid abgewirtschaftet in den Massen, der Gedanke der Räteregierung schlägt immer tiefere Wurzeln, erfaßt immer breitere Massen. Was scheint also natürlicher, als zu erwarten, der zweite Rätekongreß würde der Ausdruck dieses gewaltigen Fortschrittes im revolutionären Bewußtsein und Willen der Massen sein? In der Tat, der zweite Rätekongreß hätte Ausdruck und zentrales Organ der fortgeschrittenen Revolutionierung, des Schwindens der bürgerlich-demokratischen Illusionen sein müssen, wenn er ein getreues Abbild der Masse gewesen wäre. Eben deswegen aber, weil dieses Ergebnis eines bona-fide-Rätekongresses jedermann klar war, wurde dieser zweite Rätekongreß künstlich verfälscht, zu einem widerlichen Zerrbild der Räte gemacht. Der Zentralrat der Cohen-Leinert, als er sah, daß die Flut nicht mehr zu dämmen war, die auf einen zweiten Rätekongreß drängte, bemächtigte sich ihrer, um sie zu brechen und in den Sumpf abzuleiten. Obwohl tausendfache Verräter an den Räten, auf Schritt und Tritt mit dem Scheidemann-Kabinett konspirierend, um die Beschlüsse der Räte zunichte zu machen, um schließlich sich selbst als zentrale Körperschaft der Räte aufhebend, um das Haupt der Arbeiterräte den Parlamenten zum Opfer zu bringen, gelang es ihnen dennoch, noch im letzten Augenblick den Arbeiterräten ein Wahlreglement aufzudiktieren, das die Arbeiterräte und den Rätekongreß in der Wurzel verfälscht, indem sie aus den ersteren Gemeinderäte, aus den letzteren [10] die Nationalversammlung in Miniatur machten. Das geschah dadurch, daß die Wahl nach Betrieben und Berufen ersetzt wurde durch die Wahl nach großen Bezirken, daß der unmittelbare Zusammenhang der Räteorganisation mit dem Betrieb zerschnitten, und daß einer Masse kleinbürgerlicher, ja selbst bürgerlicher Elemente das Tor zu den Räten geöffnet wurde.

Dieser sogenannte zweite Rätekongreß, das Resultat dieser Fälschung, zeigte sozusagen experimentell, worauf der historische Charakter der Räteorganisation beruht: auf dem unmittelbaren Zusammenhang mit den lebendigen Zellen des Wirtschaftskörpers, nicht aber auf dem bloß mechanischen Ausschluß der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer. Ein Parlament, aufgebaut auf dem System der Bezirkswahlen, der unmittelbaren und ständigen Kontrolle und Erneuerung durch die Betriebe entzogen, selbst wenn es die große Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer ausschließt, selbst zusammengesetzt aus nur proletarischen Elementen, würde immer nur ein verstümmeltes Organ der bürgerlichen Demokratie sein; es wäre kein Organ der proletarischen Demokratie. Ein solches Parlament, das beweist der sogenannte zweite Rätekongreß anschaulich, ist ein toter Körperteil, dessen Bewegungen mechanisch dirigiert werden von außen. Dieser zweite Rätekongreß war praktisch die Marionette der scheidemännischen Parteimaschine. Er war dies in einer so abstoßenden Weise, daß ein gut Teil der also von der Parteimaschine Hin- und Hergezerrten der Ekel überkam, daß sie der Stätte ihrer Schande den Rücken kehrten, noch ehe der Kongreß zu Ende war.

Wie war diese Verfälschung der Räte, wie war dieser verfälschte Rätekongreß möglich? Zweierlei drückt sich darin aus. Erstens das Maß mechanischer Gewalt, das die scheidemännische Bureaukratie noch innerhalb der Parteiorganisation auszuüben imstande ist. Die Parteimaschine arbeitete diesmal mit Volldampf bei den Neuwahlen zu den Arbeiterräten und zum Rätekongreß. Es gelang ihr, einer größeren Zahl von Arbeiterräten ihr Wahlreglement aufzudekretieren. In einer Reihe von Großstädten allerdings versagte der Druck: Berlin, Leipzig, Braunschweig, Frankfurt und andere wählten nach Betrieben. Nichtsdestoweniger: dem Kongreß als Ganzem drückte das Wahlreglement des Zentralrates den Stempel der Fälschung auf. Zweitens aber ist das Zustandekommen dieses gefälschten Kongresses der adäquate Ausdruck der ebenso stupiden als feigen Kompromißtaktik der Unabhängigen. Die Richard M ü l l e r und Ernst D ä u m i g hatten im Berliner Arbeiterrat Kaskaden der Entrüstung geschäumt über die Verfälschung der Rätewahlen durch den Zentralrat. Die Kommunisten forderten die Unabhängigen auf, die notwendigen Folgerungen aus der Tatsache der Verfälschung zu ziehen: den Boykott des verfälschten Kongresses, die Absetzung des fälschenden Zentralrats, die Uebernahme der zentralen Funktionen durch den Berliner Vollzugsrat, die Einberufung des zweiten Rätekongresses – der keine Fälschung war. Im Berliner Arbeiterrat und Soldatenrat lag die Entscheidung darüber an den Unabhängigen. Es ist klar, daß, wenn die Unabhängigen im Berliner Arbeiterrat sich dazu aufgerafft hätten, dem Kongreß der Cohen-Leinert den Boykott anzusagen und selbst einen Rätekongreß einzuberufen, daß dann das Fälschungsmanöver der Cohen-Leinert in sich zusammengebrochen wäre.

Diese Taktik war klar, folgerichtig und wirksam. Aber eben deswegen war sie unmöglich für die Unabhängigen. Sie erklärten sich für das Spiel mit falschen Karten, für die Teilnahme am Kongreß. Sie [11] spekulierten wieder einmal auf einen politischen Handel. Sie glaubten, die falschen Karten der Scheidemänner durch. andere falsche Karten ausstechen zu können. Sie erlitten, wie sich gehört, eine böse Enttäuschung. Aber sie tragen die Hauptverantwortung für den frechen Schwindel dieses Rätekongresses, für seine Selbstbesudelung, für seine politischen Fälschungen, für die Blockierung des Wegs der Revolution durch eine neue Sumpfstrecke. Sie sind die Ursache, daß das deutsche Proletariat im sechsten Monat der Revolution immer noch die alten Verräter an der Spitze der Räteorganisation hat, daß die Arbeiterräte praktisch ohne zentrale Leitung sind.

II.

Spiegelte der erste Rätekongreß mehr oder weniger getreu die deutsche Arbeiterklasse wieder, so war er doch, erbarmungswürdig wie das Abbild sein mochte, ein Abbild der deutschen Arbeiterklasse. Der zweite Rätekongreß dagegen war eine künstliche Maske, hinter der das wirkliche Gesicht der deutschen Arbeiter zum Verschwinden gebracht werden sollte. Um diese Maskerade zu bewerkstelligen, genügte nicht einmal das Wahlreglement des Zentralrats, so schroff war der Gegensatz zwischen dem wirklichen Gesicht der Massen und der ihnen vorgebundenen Maske. Es waren dazu weiter nötig ein Wall von Stahlbehelmten, der diesen Kongreß vor der Verachtung des Berliner Proletariats schützte, und eine Regie der scheidemännischen Parteimaschine, die den Kongreß noch unter das Niveau der Verachtung der revolutionären Arbeiterklasse herabdrückte – dieser Kongreß des Zentralrats vollzog sich unter der ängstlichen Spannung der Bourgeoisie, die die Ungewißheit peinigte, ob die gegenrevolutionären Sicherungen genügend Festigkeit besäßen, aber bei völliger Teilnahmslosigkeit der breiten Massen des Proletariats. Die Politik unserer Partei, ihr Boykott dieses Kongresses, endlich die kritische Sprache der Stahlhelme und des Belagerungszustandes am Sitz des Kongresses sagten den proletarischen Massen, daß der Kongreß so wenig ihrer Beachtung wert sei wie die Nationalversammlung in Weimar.

Das stahlhelmbehütete Rumpf-Weimar, das sich als zweiter Rätekongreß ausgab, stand völlig unter der Regie von Weimar. Und es war vollkommen in der Ordnung, daß im Rumpf-Weimar nicht die oberen Götter des Weimarer Olymps erschienen, sondern nur die kleineren Figuren des Götterkreises: die Wissel, die Schmidt, die Hänisch usw.

Es war auch in der Ordnung, daß dieser Kongreß die beiden Delegierten der Petersburger Arbeiterräte aus dem Saale verwies, und das Schreiben Karl Radeks, das die schamlose Vergewaltigung der

Delegierten der Sowjet-Republik zum ersten Rätekongreß durch die Ebert-Regierung aufdeckte, n i c h t verlesen lies.

Quantum mutatus ab illo – welche Veränderung gegen den ersten Rätekongreß, wo die Ebert-Haase mit ihrem Anhang auf der einen, die Vollzugsratsmitglieder auf der anderen Seite saßen und ihr Kampf die Grundfesten der deutschen Republik zu erschüttern schien. Welche Veränderung gegen diesen ersten Kongreß, der Träger der souveränen Gewalt war, und diesem zweiten, der bei den Justizbedienten der jetzigen souveränen Gewalt um die Freilassung eines Mitglieds des Berliner Vollzugsrats bittstellte und vergebens bittstellte! Aber die Allmacht [12] von damals war eine Einbildung, die Ohnmacht von heute war die Wirklichkeit. Kein Zweifel, daß die e i n g e b i l d e t e Allmacht von damals eine gegenrevolutionäre, die e r k a n n t e Ohnmacht von heute eine revolutionäre Tatsache ist.

Die Reden, die in diesem künstlichen Mittel mehr oder weniger heftig aufeinanderprallten, die Auseinandersetzungen zwischen den Cohen, Kaliski einerseits, den Richard Müller, Däumig andererseits, sind von keinem größeren Interesse als die Redeschlachten in Weimar. Die meisten dieser Delegierten durch das Wahlsystem künstlich abgeschnitten von ihren Wählern, der Kongreß als Ganzes durch Stahlhauben abgekapselt von dem mächtigen Herzen des Berliner Proletariats: der Kongreß mit seinen Reden und Beschlüssen ist durch Stahlwände abgetrennt vom Proletariat und von der Revolution.

Die Unabhängigen hatten unerhörte Heldentaten angekündigt, die sie auf diesem Kongreß verrichten würden. Der primitivste politische Instinkt hätte ihnen sagen müssen, daß Vertreter des revolutionären Proletariats nichts zu verhandeln haben mit den Helden der Schutzhaft und der Stahlbehelmten. Aber welche Macht der Erde, welche Situation schreckte diese Unabhängigen ab vom politischen Handeln? Die Donnerworte gegen die Inhaftierung Ledebours und Brandes' in Magdeburg, gegen den weißen Schrecken im Ruhrrevier waren dazu bestimmt, die Stellungen der Scheidemänner sturmreif zu machen. Ihre Reihen schwankten beträchtlich, aber der rücksichtslose Druck der Parteimaschine – fast nach jeder Donnerrede eines Unabhängigen hielt irgendeine kleine Regierungsgröße eine donnernde Widerrede, und die Bearbeitung der Delegierten während der Abstimmungen, vor und nach den Verhandlungen geschah mit Hochdruck – stellte die Festigkeit der wankenden Reihen immer wieder her.

Die angekündigten großen Taten der Unabhängigen schrumpften zu lächerlichen Froschmäusekämpfen zusammen und liefen am Ende in das blamabelste politische Falschspiel aus.

Die großen Anläufe im Falle Ledebour, im Falle Brandes, im Falle des Ruhrbergarbeiterstreiks, im Falle der Kommandogewalt fielen alle lächerlich in sich zusammen. Nun wohl, so würden die Unabhängigen in der „großen Frage" des Kongresses, in der Frage der Rätegewalt die angekündigte große Tat tun! Was taten sie? Nachdem die scheidemännische Mehrheit ihren Antrag auf Uebertragung der politischen und wirtschaftlichen Gewalt an die Räte abgelehnt, stimmten sie ganz munter für den Antrag der Scheidemänner, der die Arbeiterräte in „Produktionsräte" verfälscht, in denen Kapitalist und Proletarier „gemeinsam wirken", und der diese „Produktionsräte" abermals verfälscht durch die bürgerlichen Parlamente, und der schließlich die Betriebsräte zu Organen der Gewerkschaftsbureaukratie herabdrückt. Vor diesem zwiefachen Gift wider die Arbeiterräte senkten die unabhängigen Retter die Waffen. Stammte doch die Ingredienz dazu aus der Küche der Unabhängigen. Jener Stumpfsinn von der „Verankerung der Arbeiterräte in der Verfassung", jene Zusammenkoppelung von Arbeiterräten und bürgerlichen Parlamenten, die die Arbeiterräte der Souveränität der Parlamente unterwirft: war er nicht Fleisch geworden in den „Produktionsräten der Kaliski und Cohen, nur daß diese die ursprüngliche Verfälschung der Räte noch einmal verfälscht hatten?

[13] Nachträglich erläßt die unabhängige Fraktion des Rätekongresses einen Aufruf gegen diesen ihren Gedanken, dem die Scheidemänner zur Fleischwerdung verhalfen. Aber der Aufruf hütet sich wohl, diese „Produktionsräte" dem Proletariat als Objekte des Kampfes zu zeigen. Wie sie innerhalb des Falschspiels dieses Rätekongresses zu gewinnen gedachten, so gedenken sie offenbar innerhalb der „Produktionsräte" zu kämpfen und zu siegen.

Der letzte Akt des Kongresses, die Wahl des Zentralrates, gab schließlich dem schwindelnden Gebäude der unabhängigen Spekulation den letzten Stoß. Sie verlangten paritätische Vertretung im Zentralrat und, als das abgelehnt wurde, proportionale Vertretung nach der Zahl der noch anwesenden Delegierten. Eine große Zahl Delegierter der Mehrheitler war noch vor Ende des Kongresses davongegangen – angeekelt durch die ihnen zugemutete Rolle, – und die Unabhängigen rechneten daher damit, daß sie auf diese Art die Ueberhand im Zentralrat gewinnen könnten.

Indessen, hatten die Scheidemänner darum falsche Karten ins Spiel gebracht, um sie durch andere falsche Karten ausstechen zu lassen? Sie dachten nicht daran. Sie räumten den Unabhängigen so viel Sitze ein, als ihnen ihrer Fraktionsstärke nach zukam. Dieses ehrliche Falschspiel lehnten die Unabhängigen ab; sie gedachten, durch doppeltes Falschspiel zum ehrlichen Spiel zurückzukommen. Dieses Fiasko am Schlusse bricht den Stab über die gesamte Taktik der Unabhängigen gegenüber diesem Kongreß. Indem sie die Schlußrechnung ablehnten, deren Faktoren sie zu Beginn angenommen hatte, sprachen sie selbst das Urteil über sich. Der Versuch, den politischen Betrug innerhalb des Betrugs zu schlagen, endete, wie er enden mußte: mit der Düpierung derer, die düpieren wollten.

„Wer die Wahrheit unter allerlei Schminke an den Mann bringen will, der mag wohl ihr Kuppler sein, ihr Liebhaber ist er nie gewesen“. Lessing, der dies schrieb, hat die Haases und Däumigs vorausgeahnt.

III.

Die einzige Frucht von Rumpf-Weimar, deren sich das Weimarer Nationaltheater annehmen wird, ist sicherlich der groteske Wechselbalg der „Produktionsräte“.

Bis Weimar diesem Wechselbalg seinen Segen gegeben hat, dürfen die Arbeiter- und Soldatenräte gnädigst weiter bestehen, ja, es wird ihnen sogar erlaubt, sich auf Grund von Betriebs- und Berufswahlen zu erneuern.

Was sollen die revolutionären Arbeiter mit den „Produktionsräten“ anfangen?

Sollen sie etwa im sechsten Monat der Revolution sich mit den Unternehmern zusammen in einen „Produktionsrat“ setzen, um dem bürgerlichen Gemeinde-, Staats- oder Reichsparlament „Gutachten“ zu unterbreiten oder ihnen Anträge zur „Sozialisierung“ vorzulegen?

Täten sie das, so wären sie der souveränen Verachtung wert, die die Scheidemann und Noske, die Kaliski und die Cohen dem deutschen Proletariat bekundet haben, indem sie ihm diesen dreisten Humbug durch ihre Marionetten präsentieren ließen.

[14[Nein, die proletarische Revolution muß den Scheidemännern diesen Humbug in Stücken vor die Füße werfen. Den Rechtskodex der Arbeiterräte empfängt die Arbeiterklasse nicht aus den Händen eines zweiten Kongresses der Ebert-Mamelucken und ebensowenig aus den blut- und schmutztriefenden Händen von Weimar. Den Rechtskodex der Arbeiterräte setzt ihr eigener Wille und ihre eigene Kraft fest im Kampf gegen das Kapital, gegen das bürgerliche Parlament, gegen die Ebert-Scheidemann.

Kein gemeinsames Handeln ist möglich mit den Unternehmern, die als Klasse niedergeworfen werden müssen, keine gemeinsamen gesetzgeberischen Aktionen sind möglich mit den Parlamenten, die verschwinden müssen, wenn die proletarische Demokratie Wahrheit werden soll.

Die „Produktionsräte“ legen in die Arbeiterräte die Bresche, in die das Kapital in Unternehmergestalt und abermals in Gestalt des bürgerlichen Parlamentarismus soll eindringen können.

Die Arbeiter werden statt dessen die Arbeiter- und Betriebsräte zu revolutionären Festungen ausbauen, von denen aus der Angriff gegen die kapitalistische Wirtschaft und gegen die Berennung des bürgerlichen Parlamentarismus – vom kleinsten Gemeinderat bis zur Nationalversammlung hinauf – systematisch geleitet wird.

Ständige Ausmerzungen aller Elemente durch die Betriebe, die nicht auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen, ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter- und Betriebsräte auf die Höhe

ihrer revolutionären Aufgabe gelangen. Es liegt im Wesen der Räteverfassung, daß die fortlaufende genaueste Uebereinstimmung der Arbeiter- und Betriebsräte mit den Betrieben gleichsam spielend sich einstellen kann durch das Recht der jederzeitigen Rückberufung jedes Delegierten durch seine Wähler.

Aber es scheint, daß dieser Grundcharakter der Räteverfassung erst durch einen neuen revolutionären Erdstoß herausgeschält werden kann aus dem Schutt von Verfälschung, Verwirrung „und Degradierung, unter dem die planmäßige Arbeit der Gegenrevolution und die planlose Kompromißpolitik der Unabhängigen den so einfachen und klaren wie tiefen Gedanken der Rätediktatur begraben zu können wähnt.

*

[15]

Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte!

Von Clara Zetkin.

Die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte, das muß eine zwingende Losung unserer Arbeit in dieser Zeit sein. Das Rätesystem wird rasch in steigendem Maße zu einer beherrschenden Forderung breitester Volksmassen. ES ist in Theorie und Praxis heiß, leidenschaftlich umstritten. Alle Klassen der Gesellschaft, die Träger der verschiedensten Berufe nehmen im Für und Wider Stellung zu ihm. Nur den Frauen scheint tieferes stärkeres Interesse für die Rätefrage noch fremd. Allerdings: einzelne Frauen haben ihm volle Aufmerksamkeit zugewendet, haben ihn mit Verständnis erfaßt, und das nicht bloß in der Welt des kämpfenden Proletariats, auch in bürgerlichen Kreisen. Es sei nur an die radikalen Frauenrechtlerinnen Frl. Anita Augspurg und Frau Frida Perlen erinnert, die mit Einsicht und Mut für die Räte eintreten. Jedoch so wertvoll Bekenntnis und Tun Einzelner sein kann und ist, das Entscheidende bleibt die gesellschaftliche Massenerscheinung und ihre Auswirkung. Uns darf nicht genügen, daß einzelne Frauen zielklar und energische für die Räte und in den Räten tätig sind. Unser Ziel muß sein, große Frauenmassen des schaffenden Volks zu bewußten Vorkämpferinnen und Trägerinnen des Rätegedankens zu machen, große Frauenmassen zur verständnis- und hingebungsvollen Mitarbeit in den Räten heranzuziehen.

Wir stehen noch sehr fern von diesem Ziel, und seien wir ehrlich: es ist auch so gut wie nichts geschehen, um dieses Ziel zu erreichen. So gut wie nichts, wenn man von den ernsten Bemühungen einzelner Genossinnen absieht, und jenen Teil der Arbeiterbewegung als Ganzes betrachtet, der sich so gern stolz „die moderne Arbeiterbewegung“ nennt. Weder die freien Gewerkschaften noch die sozialistischen Parteien – die Kommunisten dabei nicht ausgenommen – haben Energie daran gesetzt, durch planmäßiges Wirken danach zu streben, daß der Strom des Rätelebens auch die Frauen ergreift. Gewiß: das siamesische Zwillingspaar der Gewerkschaften und der „alten“ Sozialdemokratie hat sich dem Rätegedanken überhaupt so lange und so viel als nur möglich entgegenstemmt und trachtet jetzt noch danach, ihn zu verhunzen und zu verkrüppeln. Auch die Unabhängige Sozialdemokratie hat ihn nur zögernd, unfreiwillig und sorgenbeklommen ans Herz genommen und schränkt ihn in ihrem Aktionsprogramm ein, nachdem sie sie grundsätzlich zu ihm bekannt hat. Aber es bleibt trotz alledem bemerkenswert, daß äußerst wenig getan worden ist, um die Frauen mit Verständnis für das Leben und die Aufgaben der Räte zu erfüllen und sie zur Mitarbeit in ihnen aufzurufen, nachdem breite Arbeitermassen selbst, ungeachtet aller Widerstände, Räte geschaffen hatten und den Rätegedanken auf die geschichtliche Tagesordnung stellten.

Die Kommunisten, die dabei wegweisend, bahnbrechend vorangingen, haben ebenfalls die Notwendigkeit übersehen, die proletarischen Frauenmassen zu Mitarbeit und Mitkampf zu erwecken und zusammen-[16]zufassen, haben ebenfalls übersehen, welche große Bedeutung dem Mitarbeiten und Mitkämpfen breiter Frauenmassen zukommt. An dem ersten Rätekongreß im Dezember 1918 nahm eine einzige Frau als Delegierte teil. Die Tagespresse hat nicht verzeichnet, ob weibliche Delegierte beim zweiten Rätekongreß anwesend waren. Verschwindend wenige Frauen gehören den örtlichen Räten und ihren Vollzugsorganen an. Es sind Ausnahmeerscheinungen, die nicht das Verständnis

künden für das, was nötig und bedeutungsvoll ist, sondern die umgekehrt erkennen lassen, wie sehr es noch am Verständnis des Nötigen und Bedeutungsvollen fehlt. Es muß die Ehre der Kommunistischen Partei sein, auch für das planmäßige Wirken zur Einbeziehung der Frauen in die Räte dem Proletariat erkenntnisbringend und beispielgebend vorauszuschreiten.

Was unsere Partei dabei leitet, ist wirklich ein Höheres als die „seine äußerliche Zucht", dem „Umschwung" der Zeit opportunistisch Rechnung zu tragen und sich eine Verbeugung vor dem Grundsatz der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts abnötigen zu lassen, nachdem diese Gleichberechtigung sogar in Deutschland und Oesterreich durch die Verfassung anerkannt worden ist. Die Kommunisten sind aus geschichtlicher Einsicht grundsätzlich von der Notwendigkeit voller sozialer, menschlicher Gleichberechtigung, die weit über das formale politische Recht der bürgerlichen Demokratie hinausgeht und die sozialen Bedingungen für weibliches Vollmenschentum in sich begreift. Bestimmend für unsere Losung ist das Verständnis für die gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Frauen, die ihre Berücksichtigung in den Räten und durch die Räte erhalten müssen; ist die Würdigung der Tatsache, daß die Frauen selbst ihre besten Sachwalter und Sachverständigen in Fragen sein werden, die ihre ureigensten Interessen berühren – die Interessen der Kinder, des Heims inbegriffen. Ist die Einsicht, daß den Räten mit der Sympathie, der Mitarbeit der Frauen zahlreiche und wertvolle tragende und wirkende Kräfte zugeführt werden, Kräfte, die den Existenzverhältnissen und der Eigenart des weiblichen Geschlechts entsprechend zu einer größeren Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit bei der Betrachtung und Durchführung vorliegender Aufgaben beitragen. Was uns bei unserer Losung leitet, was sie zwingend macht, ist letzten Endes das Wesen, das Ziel der Räte selbst.

In der Tat! Die Räte sollen Träger, Verkörperung voller wirtschaftlicher und politischer Demokratie der produktiven Massen, des schaffenden, werktätigen Volks sein. Sie verlieren diesen Gedanken, wenn nicht auch die Frauen der Massen als Auftraggeberinnen, Wahlberechtigte, wie als Beauftragte, Gewählte, am Leben der Räte vollen Anteil nehmen. Sie verlieren diesen Charakter auch dann, wenn den Frauen der produktiv tätigen Massen mit dem vollendeten 18. Lebensjahr an zwar das Recht zusteht, zu den Räten zu wählen und gewählt zu werden, wenn dieses Recht jedoch nicht genützt wird und toter Buchstabe bleibt. Erst die Einsicht, die Tat macht das Buchstabenrecht lebendig. Die Räte können in Wahrheit nur dann der Ausdruck der Masseninteressen und Masseneinsicht sein, können nur dann zu Trägern und Organen der Massenforderungen, des Massenwillens werden, wenn auch die Frauen des werktätigen Volkes zielklar, tatkräftig und opferbereit hinter den Räten und in den Räten stehen. Man vergesse die banale Tatsache nicht, daß schon vor dem Kriege die Frauen in Deutschland die größere Hälfte der Bevölkerung ausmachten, und daß sie nach dem [17] Krieg mit seinen ungeheuerlichen Opfern an Männerleben erst recht die größere, die numerisch überwiegende, unter Umständen die entscheidende Hälfte der Bevölkerung sind.

Die proletarische Demokratie des Rätesystems würde eine leere Formel, eine taube Nuß bleiben, ohne die verständnisvolle, eifrige Mitarbeit der Frauen. Wohlgemerkt: das Wort Mitarbeit nicht etwa auf die Tätigkeit in den Räten und ihren Organen beschränkt, sondern ausgedehnt auf die „Politisierung" breiter Frauenmassen, auf deren innere geistige, moralische Verbindung mit den Räten, eine seelische Verknüpfung, die das Leben und Weben der Räte als einen Teil des persönlichen Lebens und Webens jeder einzelnen Proletarierin werten läßt. Ist solche Verknüpfung geschaffen, so ist die Macht der Räte ganz anders „verankert" als in dem sorgfältigst ausgeklügelten Text einer Verfassung. Sie ist dann unwiderstehlich, unerschütterlich, denn ihre Träger und Hüter sind nicht Buchstaben und Papier oder meinetwegen Pergament, sondern eine ungeheure Vielzahl lebendiger Menschen, die handeln können und handeln werden.

Doch Wesen und Aufgaben der Räte führen noch von anderer Seite her zu unsere Losung. Die Räte müssen Schwert und Kelle führen. Sie sind die berufene Macht, die bewußt, zielklar den Abbau der kapitalistischen Ordnung, den Aufbau der sozialistischen Ordnung durchsetzt. Sie können die eine und die andere Aufgabe nur unter der tätigsten Mitwirkung von vorstehenden Frauenmassen erfüllen, die klar erkennen, daß und wie in dem allgemeinen sozialen auch das besondere Frauenschicksal beschlossen liegt, das Schicksal des gesamten weiblichen Geschlechts, wie der einzelnen Frau. Die Arbeiterinnen, weiblicher, Angestellten und Berufstätigen jeder Art, die Arbeiterfrauen,

Kleinbäuerinnen usw. werden die kundigsten Anklägerinnen der vielgestaltigen Uebel sein, die die kapitalistische Ordnung aus ihrem Füllhorn sozialer Klagen gerade über die Frauen und Kinder der werktätigen Massen ausschüttet. Sie werden mit Sachverständnis für all die Neuerungen kämpfen, die die sozialistische Ordnung zum Heil des weiblichen Geschlechts schaffen kann und schaffen muß. Ihre Kritik und ihre Sehnsucht wachsen ihnen aus persönlicher Lebenserfahrung und Lebensbeobachtung zu, und das macht ihre Mitarbeit bei der Ueberwindung des Kapitalismus und der Aufrichtung des Sozialismus für weite Gesellschaftsgebiete, für wichtige Einzelfragen besonders wertvoll. Im Sinne solcher tätigster Mitarbeit muß das Werk der Erlösung der Frauen von den Uebeln des Kapitalismus der Frauen eigenes Werk sein.

In der seitherigen Betätigung der Räte kommt es fühlbar zum Ausdruck, daß ihnen das Verständnis, die Mitarbeit der Frauen fehlt. Zugegeben, daß zunächst der Kampf um die nackte Existenz der Räte, um ihre Macht, daß das Ringen um Klarheit über ihr Sein und ihre Aufgaben ihr Wirken gehemmt hat. Jedoch was trotzdem seither geleistet worden ist, spricht dafür, daß Fraueninteressen und Frauenforderungen noch nicht tragende und treibende Kräfte der Räteaktion sind. Es sei nur an den Knäuel der Fragen erinnert, der zusammen mit der Demobilisation und Arbeitslosigkeit betreffs der Frauenarbeit, ihrer Grenzen, ihrer Bedingungen usw. aufgerollt worden ist, Fragen von größter grundsätzlicher und praktischer Bedeutung, deren gewissenhafte Prüfung zu der Antwort zwingt, daß jeder Versuch zur Lösung auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eine jämmerliche Stümperei bleibt. Je mehr aber die Räte zu wirkenden, kämpfenden Organen der revo-[18]lutionären Macht des Proletariats werden, je kraftvoller sie den Abbruch des Kapitalismus, den Aufbau der sozialistischen Ordnung in Angriff nehmen: um so weniger bleibt es ihnen erspart, sich mit allen Teilproblemen der Frauenfrage auseinanderzusetzen. Das aber nicht in der „grauen Theorie“, vielmehr in drängender wuchtender Praxis. Deshalb: die Frauen für die Räte, die Frauen.in die Räte!

Die Durchführung der Losung scheint selbstverständlich und einfach. Nach den bisher geltenden Richtlinien besitzen die Arbeiterinnen, die weiblichen Berufstätigen Wahlrecht und Wählbarkeit zu den Räten unter den gleichen Bedingungen wie die Männer. Es könnte sich demnach nur darum handeln, dieses Recht nutzbar zu machen und mit den allgemeinen Mitteln und Methoden der Frauenagitation durch Wort und Schrift die weiblichen Wahlberechtigten aufzuklären, zu sammeln in das Leben der Räte und ihr Wirken einzuführen und so für die Mitarbeit in diesen zu schulen. Das letzte Erfordernis zur Verwirklichung unserer Losung wäre höchstmögliche Steigerung der Energie, der Hingabe an die betreffende Agitation, entsprechend der revolutionären Situation, in der wir stehen. Die Dinge liegen jedoch nicht so einfach, daß damit alles gesagt und getan sein würde. Wahlrecht und Wählbarkeit sind gebunden und sollen gebunden sein an den Betrieb, an die Berufsgruppe. Der Boden für die vereinigende, erweckende und erziehende Agitation ist in der Folge naturgemäß ebenfalls der Betrieb, die Berufsgruppe. Es sind ohne Unterschied des Geschlechts die produktiv Tätigen, die von der Agitation für die Räte und von dem Leben der Räte erfaßt werden.

Wie aber steht es mit den vielen Millionen Frauen des werktätigen Volks, die nur Hausfrauen, Mütter sind? Freilich: im Sinne der bürgerlichen, der kapitalistischen Oekonomie sind sie nicht produktiv tätig, denn sie erzeugen mit all ihren Sorgen und Mühen keinen Mehrwert, den Kapitalisten einstreichen können. Aber sie verrichten unstreitig gesellschaftlich nötige und nützlichere Arbeit als die Proletarier eines Betriebs, in dem zur Befriedigung der Modelaune reicher Müßiggänger irgendwelche greulichen Uhrkettenanhängsel fabriziert werden. Das hausmütterliche Schalten und Walten setzt die Männer für produktive Arbeit frei, die Mutter trägt, pflegt und bildet die künftigen Produzenten, den Wert der Werte. Es wäre schreiendes Unrecht, es hieße der Arbeiterdemokratie der Räte ins Gesicht schlagen, sollten die Hausfrauen, die Mütter der breitesten schaffenden Massen nicht als Beauftragende und Beauftragte ihren vollen Anteil am Leben der neuen Gesellschaftsorgane nehmen. Hat diese Frauenschicht nicht vielseitige, weitreichende Forderungen zu vertreten, die nicht bloß in ihrem Interesse, sondern in dem der Gesamtheit erfüllt werden müßten? Andererseits wäre es eine politische Kurzsichtigkeit ohnegleichen, ja eine platte Unmöglichkeit, für die Räte auf die fördernde Sympathie, auf die fruchtbare Mitarbeit der vielen Millionen Hausfrauen und Mütter zu verzichten. Je höhere, brausendere Wellen die Revolutionsflut treibt, je mehr sie in das Los ungezählter Einzelner,

ungezählter Familien hinüberschlagen, um so bedeutsamer, unentbehrlicher wird es, daß die Hausfrauen, die Mütter mit klarer Einsicht und schrankenloser Hingabe die Räte und ihr Werk unterstützen. Beim Kampf zur Ueberwindung des Kapitalismus wie bei der mühsamen, schwierigen, suchenden und tastenden Arbeit zur Verwirklichung des Sozialismus. Massenstreiks mit ihren Opfern und Gefahren können ohne die verständnisvolle Anteilnahme auch der nicht berufstätigen Frauen nicht durchgefochten werden.

[19] Die vorläufige Verfassung der russischen Räterepublik ist bekanntlich als Ausdruck der proletarischen und bäuerlichen Klassendiktatur sehr streng darin, gesellschaftliche Parasiten vom Wahlrecht und der Wählbarkeit zu den Räten auszuschließen. Niemandem das gleiche, volle Bürgerrecht zu verleihen, der statt von eigener Arbeit ausbeutend von dem Schaffen anderer lebt. Sie zuerkennt dieses Recht jedoch ausdrücklich den Hausfrauen der werktätigen Massen, zuerkennt es ihnen sogar dann, wenn sie im Haushalt fremde Hilfskraft verwenden. Kein Bürgerrecht für die Dame, die von arbeitslosem Vermögen oder Einkommen lebt und sich in ihrem geschäftlichen Nichtstun noch bedienen läßt. Volles Bürgerrecht der Hausmutter im schaffenden Volk, die nicht dadurch zur müßigen, schädigenden Verzehrerin gesellschaftlichen Reichtums zur Ausbeuterin fremder Arbeitskraft wird, daß ihr bei der Versorgung des Hauswesens, der Pflege und Betreuung ihres Häufleins Kinder Hilfe zur Seite steht. Die Sowjetverfassung begründet das volle Bürgerrecht für die Hausfrauen damit, daß diese durch ihre Arbeit es den Männern ermöglichen, sich ganz produktiver Arbeit zu widmen. Leider besagt die Sowjetverfassung nichts darüber, nach welchem Modus die Hausfrauen und Mütter dem Rätesystem eingeliefert sind. Und das ist die sich aufdrängende Frage, auf die wir Antwort haben müssen, wenn wir unsere Losung verwirklichen wollen: die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte.

Die Agitation für die Wahl der Räte und zur Unterstützung ihrer Aktionen, die Herstellung eines lebendigen inneren Zusammenhangs mit den Räten durch Berichterstattung der Gewählten, durch ihre Beauftragung und Kontrolle seitens der Wählenden: all das könnte sehr wohl durch die Beteiligung der Hausfrauen an den Versammlungen, Besprechungen, Sitzungen der Betriebs- und Berufsgruppen der betreffenden Männer vermittelt werden. Bei diesen Veranstaltungen könnte und müßte das Nötige geschehen, um auch die nicht erwerbstätigen Frauen mit Verständnis für die Aufgaben der Räte zu erfüllen und zur eifrigen Mitwirkung in ihnen heranzuziehen. Das beste Mittel zur Erweckung und Schulung der Hausfrauen ist und bleibt „die Propaganda der Tat“, die einsichtsvolle und energische Vertretung aller Forderungen, die unmittelbar oder mittelbar im Interesse der Hausfrauen und Mütter liegen. Die entsprechend gerichteten Veranstaltungen würden eine enge, feste Gemeinschaft des Denkens, Wollens und Handelns schaffen. Sie könnten sehr wohl ergänzt werden durch besondere Frauenversammlungen für die einzelnen Orte, Bezirke usw. In diesen Frauenversammlungen wären eingehend Fragen zu behandeln, an deren Klärung die Hausfrauen und Mütter ein besonderes Interesse haben, dort könnten Vorschläge für Kandidatinnen oder Kandidaten zu den Räten aufgestellt werden u. a. m. Mit einem Wort: solche Frauenversammlungen sollten vorbereitend, entlastend für die gemeinsamen Veranstaltungen wirken und zur Beteiligung der nicht erwerbstätigen Frauen an ihnen aneifern.

Wie sollen die Hausfrauen und Mütter zu den Räten wählen und in sie gewählt werden? Das ist die andere Frage, die sich aufdrängt. Man könnte die nichterwerbstätigen Frauen als eine besondere Wählergruppe orts- oder bezirksweise zusammenfassen und ihnen eine Zahl von Vertreterinnen in den Räten zuerkennen, die ihrem numerischen Verhältnis zu den berufstätigen Frauen und Männern entspricht. Diese Wählerinnengruppe hätte ihre Vertretung in einem eigenen, selbständi-[20]gen Wahlgang zu küren, für den natürlich die allgemeinen Bedingungen der Rätewahl gelten müßten. Meines Dafürhaltens würde jedoch dieses Verfahren nicht im Interesse der Solidarität, der Gemeinsamkeit des Denkens, Wollens und Handelns liegen, in der wir alle Angehörigen der werktätigen Massen ohne Unterschied des Geschlecht zu einer gewaltigen, unwiderstehlichen Macht zusammenballen müssen. Empfehlenswerter dünkt es mir, daß die wahlberechtigten Hausfrauen und Mütter den Betrieben und Berufsgruppen der Gatten zugewiesen werden, und daß innerhalb dieser Gruppen Kandidatenaufstellung und Wahl gemeinsam erfolgt. Die Sonderinteressen und Sonderforderungen der

nichterwerbstätigen Frauen können dabei volle Berücksichtigung finden, ohne daß sie trennend wirken, zu Momenten der Gegensätze und Absonderung würden. Noch andere Wahlverfahren sind denkbar, nach denen die Hausfrauen und Mütter ihr Wahlrecht zu den Räten ausüben können. Ich beschränkte mich jedoch darauf, zwei davon kurz zu charakterisieren, um die Diskussion über die Frage in Fluß zu bringen. Daß die Frage selbst noch nicht gestellt worden ist, beweist, wie viel und wie energisch wir arbeiten müssen, damit Notwendigkeit und Bedeutung des Zusammenwirkens der schaffenden Männer und Frauen in den Räten erkannt wird, und daß Erkenntnis sich in Praxis umsetzt. Dieses Zusammenwirken ist eine Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau und Ausbau der Räte.

„In den Räten, ihrem Leben und ihren Aktionen muß die Einsicht wirksam sein, daß der proletarische Klassenkampf nur siegreich jein kann, wenn auch die breitesten Frauenmassen seine Schlachten schlagen helfen; daß die sozialistische Ordnung nur als Ordnung höchsten Wohlstandes und höchster Kultur verwirklicht werden kann, wenn alle erwachsenen Gesellschaftsglieder als frei und gleichberechtigt Schaffende zusammenwirken. Gegenwartskampf und Zukunftsarbeit müssen richtunggebend, entscheidend dafür jein, daß den Frauen der werktätigen Massen ihr voller Anteil an dem Leben der Räte wird. Die Revolution ruft uns die Losung zu: die Frauen für die Räte, die Frauen in die Räte. Wägen wir, was zu ihrer Erfüllung geschehen kann, wagen wir, was dazu geschehen muß. Es dient unserer Forderung: alle Macht den Räten. Im Anfang war die Tat!

*

[21]

Kommunistische Politik in Rußland.

Bericht des Genossen Lenin über die Tätigkeit des Zentralkomitees- der Kommunistischen Partei Rußlands – erstattet auf dem 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im März 1919 in Moskau.

Genossen! Gestatten Sie, daß ich mit dem politischen Bericht des Zentralkomitees beginne. Den Bericht über die politische Tätigkeit unseres Zentralkomitees seit dem letzten Parteitage zu erstatten, bedeutet im Grunde genommen, über unsere gesamte Revolution Rechenschaft abzulegen. Und ich glaube, es werden mir alle darin beistimmen, daß es in so kurzer Redezeit absolut unmöglich ist, namentlich für einen einzelnen Menschen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Ich will mich daher nur mit denjenigen Punkten befassen, die von größter Wichtigkeit sind, nicht nur für die Geschichte dessen, was unserer Partei bereits in der Zeit zu vollbringen gelungen ist, sondern auch für die vor ihr stehenden Aufgaben. Sich ganz in die Geschichte zu vertiefen in einer Zeit wie der, die wir jetzt durchleben, an die Vergangenheit sich erinnern, ohne an die Gegenwart und die Zukunft zu denken, ginge ganz über meine Kraft.

Auswärtige Politik.

Um gleich mit der auswärtigen Politik anzufangen – es versteht sich von selbst, daß im Vordergrunde unsere Beziehungen zum deutschen Imperialismus und der Brester Friede stehen. Und diese Frage, glaube ich ist erwähnenswert, denn sie ist nicht nur von geschichtlicher Bedeutung. Es scheint mir, daß das Angebot, das die Räteregierung den Regierungen der Alliierten gemacht hat, oder richtiger, die Zustimmung, die unsere Regierung zu dem allbekannten Vorschlage betreffend eine Konferenz auf den Prinzeninseln gegeben hat, es scheint mir, daß dieser Vorschlag und diese unsere Antwort in gar Manchem und zwar in sehr Wesentlichem unser Verhältnis zum Imperialismus wiederholen, das wir beim Abschluß des Brester Friedensvertrages umschrieben haben. Daher glaube ich, daß diese Geschichte zu erwähnen bei dem Heutigen schnellen Entwicklungstempo der Ereignisse notwendig ist.

Als die Frage über den Brester Frieden zur Verhandlung und Beschlußfassung stand, befand sich der Aufbau der Räteregierung, geschweige denn der Ausbau unserer Partei noch in dem ersten Entwicklungsstadium. Ihr wißt, daß die Partei damals insgesamt noch über sehr wenig Erfahrung verfügte,

um auch nur ungefähr das Tempo unserer Bewegung auf dem von uns geschlagenen Wege festzustellen. Eine gewisse, von der Vergangenheit ererbte chaotische Unordentlichkeit, [22] erschwerte zu der Zeit noch eine Uebersicht der Ereignisse, machte eine genaue Information darüber, was vorgeht, außerordentlich schwierig. Da wir von Westeuropa und von allen übrigen Ländern abgeschnitten waren, hatten wir nicht die Möglichkeit, objektive Unterlagen über das absehbare Tempo und die Formen des Anwachsens der proletarischen Revolution im Westen zu erhalten. Die Folge dieser komplizierten Lage war, daß die Frage über den Brester Frieden nicht wenig Differenzen in unserer Partei hervorgerufen hat. Die Ereignisse zeigten aber, daß der erzwungene Rückzug vor dem deutschen Imperialismus, den dieser zu einem himmelschreienden Gewalts- und Raubfrieden ausnützte, vom Standpunkte der Beziehungen der jungen sozialistischen Republik zum Weltimperialismus (zu der einen Hälfte des Weltimperialismus) das einzig Richtige war. Es blieb uns, die wir eben erst das Joch der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie in Rußland abgeschüttelt hatten, absolut keine andere Wahl übrig, als uns vor der Macht des Weltimperialismus zurückzuziehen. Diejenigen, die diesen Rückzug gefühlsmäßig vom Standpunkte der Revolutionäre verurteilten, standen in Wirklichkeit auf einem grundfalschen und antimarxistischen Standpunkte. Sie haben vergessen, unter welchen Bedingungen, nach welch langer und schwieriger Entwicklung der Kerenski-Epoche, unter Aufopferung von welch ungeheurer Vorbereitungsarbeit in den Räten wir dahin gelangten, daß nach den schweren Juli-Niederlagen, nach der Kornilow-Episode im Oktober endlich in den breitesten Massen des werktätigen Volkes nicht nur die Entschlossenheit und die Bereitwilligkeit vollkommen reif wurden, die Bourgeoisie zu stürzen, sondern auch die materielle, organische Kraft, die hierzu notwendig ist. Es versteht sich, daß von etwas Aehnlichem in internationaler Hinsicht nicht die Rede sein konnte. Von diesem Standpunkte aus war die Aufgabe des Kampfes mit dem Imperialismus so gestellt: auch fernerhin in dem Sinne zu wirken, diesen Imperialismus zum Zerfall zu bringen, durch Aufklärung und Zusammenfassung der Arbeiterklasse, bei der es überall zu gären begann, und die auch bisher noch keine volle Klarheit in ihren Aktionen gewonnen hat. Das ist der Grund, warum sich als einzig richtig die Politik erwies, die wir in Brest einschlugen, wenngleich diese Politik dann unsere Fehde zuspitzte mit einer Reihe von kleinbürgerlichen Elementen, die durchaus nicht unter allen Umständen und nicht in allen Ländern als Gegner des Sozialismus auftreten können und auftreten müssen.

Hier gab uns die Geschichte eine Lehre, die wir uns aneignen müssen; denn zweifellos werden wir manchesmal daraus die Folgerungen ziehen müssen. Diese Lehre besteht darin, daß die Beziehungen der Partei des Proletariats zur kleinbürgerlichen demokratischen Partei, zu den Elementen, Schichten, Gruppen und Klassen, die in Rußland besonders stark und zahlreich, aber auch in allen anderen Ländern vorhanden sind, daß diese Beziehungen ein außerordentlich kompliziertes und schwieriges Problem darstellen. Die kleinbürgerlichen Elemente pendeln zwischen der alten und der neuen Gesellschaft hin und her. Sie können weder zu Triebkräften der alten Gesellschaft werden, noch zu Triebkräften der neuen. Der Patriotismus ist ein Gefühl, das mit den wirtschaftlichen Lebensbedingungen, namentlich der Kleineigentümer, verbunden ist. Die Bourgeoisie ist mehr international als die Kleineigentümer. Daran mußten wir uns zur Zeit der Brester Friedensverhandlungen stoßen, als die Räteregierung die Weltdiktatur des Proletariats und die Weltrevolution über alle nationalen Opfer stellte, so schwer diese [23] auch sein mochten. Hierin war der Zusammenstoß mit den kleinbürgerlichen Elementen der denkbar schärfste und erbarmungsloseste. Gegen uns rotteten sich mit der Bourgeoisie und den Grundbesitzern eine Reihe von Elementen zusammen, die nachher zu schwanken begannen.

K l e i n b ü r g e r t u m .

Die von einigen Genossen hier aufgeworfene Frage über unsere Stellung zu den kleinbürgerlichen Parteien ist in hohem Maße bei Erörterung der Frage unseres Parteiprogramms berührt worden und wird im Grunde genommen bei der Diskussion eines jeden auf der Tagesordnung stehenden Punktes berührt. Diese Frage hat im Laufe unserer Revolution ihre Abstraktion und Allgemeinheit verloren und wird ganz konkret.

In der Epoche des Brester Friedens bestand unsere Aufgabe als Internationalisten darin, den proletarischen Elementen unter allen Umständen die Möglichkeit zu geben, sich zu kräftigen und zu organisieren. Das trennte dann von uns auch die kleinbürgerlichen Parteien. Wir wissen, wie nach Ausbruch

der deutschen Revolution die kleinbürgerlichen Elemente wieder zu schwanken begannen. Diese Ereignisse öffneten die Augen vielen, die in der Epoche der heranreifenden proletarischen Revolution vom Standpunkte des alten Patriotismus nicht nur nicht sozialistisch, sondern auch unlogisch urteilten. Diese Elemente begannen zu schwanken.

Nun erleben wir im Zusammenhange mit der schwierigen Ernährungsfrage, im Zusammenhange mit dem Krieg gegen die Alliierten wiederum eine Welle von Schwankungen der kleinbürgerlichen Demokratie. Wir mußten mit diesen Schwankungen auch früher rechnen, aber die alten Situationen wiederholen sich niemals in ihrer früheren Form. Die neue Situation ist weit komplizierter geworden. Sie kann richtig beurteilt werden und unsere Politik kann richtig festgelegt werden nur, wenn wir uns mit den Erfahrungen des Brester Friedens bewaffnen. Als wir dem Vorschlage einer Konferenz auf den Prinzeninseln zustimmten, wußten wir, daß wir einem außerordentlichen Gewaltfrieden entgegengehen. Andererseits wissen wir nun auch mehr darüber, wie in Westeuropa die revolutionäre proletarische Welle anschwillt, wie die Gärung dort in bewußte Unzufriedenheit übergeht, wie diese zur Organisierung der proletarischen Rätebewegung führt.

Wenn wir damals tastend und vorwärts bewegten, wenn wir damals auf Grund unserer theoretischen Ueberzeugungen in die Zukunft zu blicken versuchten, wie die Revolution in Europa sich wohl werde entwickeln können, so verfügen wir nun bereits über eine ganze Reihe von Tatsachen über das Heranreifen der Revolution in anderen Ländern, zumal darüber, wie diese Bewegung begonnen hat. Da ist der Grund, warum wir gegenüber Westeuropa und den alliierten Mächten gezwungen sein werden, bei Gelegenheit Vieles von dem zu wiederholen, was wir während der Brester Friedensverhandlungen getan haben. Nach dem Brester Frieden wird es uns bei weitem leichter sein, es zu vollbringen. Als in unserem Zentralkomitee die Frage über die Beteiligung an der Konferenz auf den Prinzeninseln zusammen mit den Weißgardisten zur Diskussion stand – was im Grunde genommen der Annektion alles dessen, was von den Weißen besetzt ist, durch die Imperialisten gleichkam – rief die Frage über [24] einen Vorfrieden keine einzige Stimme des Protestes in den Reihen des Proletariats hervor, und ganz ebenso stellte sich auch unsere Partei dazu. Wenigstens hatte ich nicht die Gelegenheit, etwas von Unzufriedenheit oder von Entrüstung hierüber irgendwoher zu hören. Das kam daher, daß unsere Lektion in der internationalen Politik bereits ihre Früchte getragen hat.

Was die kleinbürgerlichen Elemente anbelangt, so ist hier die Aufgabe unserer Partei noch nicht endgültig gelöst. In einer Reihe von Fragen haben wir während des verflossenen Jahres die Grundlagen für die richtige Lösung dieser Aufgabe, insbesondere gegenüber dem mittleren Bauerntum, gefunden. Theoretisch einigten wir uns dahin, daß der mittlere Bauer nicht unser Feind ist, daß er einer besonderen Behandlung bedarf, daß er seine Lage ändern wird, je nach der Wirksamkeit einer Reihe von Elementen der Revolution, – die von außen hereingetragen wurde, für den Patriotismus oder gegen den Patriotismus. Für uns sind das Fragen zweiter oder sogar dritter Ordnung, aber für das Kleinbürgertum sind es Fragen, die es absolut blenden. All diese Elemente schwanken im Kampfe und werden ganz charakterlos. Sie wissen nicht, was sie wollen, und sind unfähig, ihre Position zu verteidigen. Das erfordert von uns eine außerordentlich biegsame, außerordentlich vorsichtige Taktik; denn wir werden mitunter mit der einen Hand geben müssen, um mit der anderen Hand zu nehmen. Die Schuld dafür trifft nicht uns, sondern diejenigen kleinbürgerlichen Elemente, die ihre Kräfte nicht zu sammeln vermögen. Sehen wir das doch in der Praxis, und lasen wir doch heute erst in den Blättern, was die U. S. P. in Deutschland, die doch über so „bedeutende Kapazitäten“ wie Kautsky und Hilferding verfügt, anstrebt. Ihr wißt, daß sie das Rätesystem der Verfassung der deutschen demokratischen Republik einverleiben wollen, das heißt die Nationalversammlung und die Diktatur des Proletariats durch eine standesamtliche Ehe zu verkuppeln. Für uns ist das eine solche Verhöhnung des gesunden Verstandes unserer Revolution, der deutschen Revolution, der ungarischen Revolution, der heranreifenden polnischen Revolution, daß wir nur den Kopf schütteln können. Mitunter treten gebildete und entwickelte Elemente in einem kapitalistisch so vorgeschrittenen Lande wie Deutschland um hundertmal konfuser und schreiender auf als unser rückständiges Kleinbürgertum. Daher die Lehre für Rußland in Bezug auf die kleinbürgerlichen Parteien und auf das mittlere Bauerntum. Unsere Aufgabe wird lange Zeit eine komplizierte und zweifache sein.

Diese Parteien werden lange Zeit hindurch naturnotwendig einen Schritt vorwärts, zwei rückwärts machen. Sie sind dazu durch ihre wirtschaftliche Lage verurteilt. Sie werden dem Sozialismus erst nachgeben kraft der absoluten Ueberzeugung von der Untauglichkeit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Eine Ergebenheit an den Sozialismus zu rechnen, das ist lächerlich. Sie werden zum Sozialismus erst dann kommen, wenn sie sehen werden, daß kein anderer Weg vorhanden ist, wenn die Bourgeoisie endgültig geschlagen und unterdrückt sein wird.

Ich habe nicht die Möglichkeit, aus den Erfahrungen des verflossenen Jahres systematisch das Fazit zu ziehen. Ich überblickte die Vergangenheit nur vom Standpunkte dessen, was morgen oder übermorgen für unsere Politik von Wichtigkeit sein kann. Die Hauptlehre ist außerordentliche Vorsicht in unserer Stellung zum mittleren Bauern-[25]tum und der Kleinbourgeoisie. Das erfordert die Erfahrung der Vergangenheit, das erlebten wir an dem Beispiel in Brest. Es wird eine öftere Aenderung unserer taktischen Linie erforderlich sein, was einem oberflächlichen Beobachter merkwürdig und unverständlich wird erscheinen können. „Gestern machten wir der Kleinbourgeoisie Konzessionen", wird er sagen, „und heute erklärt Dzerzinsky, daß die linken Sozialrevolutionäre und die Menschewiki an die Wand gestellt werden. Was für ein Widerspruch!" Aber was können wir tun, wenn der Gegensatz in dem Benehmen der kleinbürgerlichen Demokratie liegt, die nicht weiß, wo sie Platz nehmen soll, und versucht, zwischen zwei Stühlen Platz zu nehmen, bald von einem zum andern hinüberspringt und immer umfällt, bald nach rechts und bald nach links. Wir änderten unsere Taktik ihr gegenüber und jedesmal, wenn sie sich uns zuwendet, werden wir sagen: „Willkommen, wir wollen keineswegs das mittlere Bauerntum expropriieren, wir wollen keine Gewalt gegenüber der kleinbürgerlichen Demokratie anwenden. Ihr seid kein ernster Gegner; unser Gegner ist die Bourgeoisie. Wenn Ihr aber zusammen mit ihr auftretet, dann werden wir uns gezwungen sehen, Maßregeln proletarischer Diktatur anzuwenden."

Die innere Regierung und die Rote Armee.

Ich gehe nun zur Frage des inneren Ausbaues über und berühre kurz das Hauptsächliche, was für die politische Erfahrung, für das Fazit der politischen Tätigkeit des Zentralkomitees während dieser Zeit charakteristisch ist. Die politische Tätigkeit des Zentralkomitees kam tagein tagaus in Fragen größter Wichtigkeit zur Geltung. Wäre nicht die angestrengte gemeinsame Arbeit, die ich bereits erwähnte, so vermöchten wir nicht so zu handeln, wie wir handelten, könnten wir nicht die Aufgaben des Kampfes lösen. In der Frage der Roten Armee, die derartige Debatten hervorruft, und der ein besonderer Punkt der Tagesordnung unseres Parteitages gewidmet ist, haben wir eine große Anzahl einzelner kleiner Beschlüsse gefaßt, die das Zentralkomitee unserer Partei vorschlug und die es durch den Rat der Volkskommissare und durch den Zentral-Exekutivausschuß zur Annahme gelangen ließ. Es gelangten eine Reihe anderer Beschlüsse zur Annahme, die die einzelnen Volkskommissare jeder von sich aus einbrachten, die aber alle systematisch und konsequent dieselbe Linie verfolgten. Die Frage des Aufbaues der Roten Armee war vollständig neu. Sie war bis dahin auch nicht einmal theoretisch gestellt worden. Marx sagte einmal, daß ein Verdienst der Pariser Kommunarden darin lag, daß sie Beschlüsse ins Leben riefen, die nicht aus irgendwelchen Lehren entlehnt, sondern von der tatsächlichen Notwendigkeit vorgeschrieben waren. Diese Worte Marx', betreffend die Kommunarden, hatten den Anstrich einer gewissen Boshaftigkeit; denn in der Kommune hatten zwei Strömungen die Oberhand, die Blanquisten und die Proudhonisten. Und beide Strömungen waren gezwungen, entgegen dem, was ihre Lehre ihnen vorschrieb, zu handeln. Wir aber handelten auf Grund dessen, was uns der Marxismus lehrte. Und zu gleicher Zeit war die politische Tätigkeit des Zentralkomitees in den einzelnen Fällen vollständig von den absoluten Forderungen dringendster Notwendigkeit bedingt. Wir waren gar oft gezwungen, uns tastend vorwärts zu bewegen. Diese Tatsache wird von einem jeden Geschichtsschreiber ganz besonders hervorgehoben werden, der fähig sein wird, die ganze Tatsache des Zentralkomitees [26] unserer Partei und die Tätigkeit der Räteregierung im Verlaufe dieses Jahres insgesamt zu schildern. Diese Tatsache sticht besonders in die Augen, wenn wir versuchen, das Erlebte mit einem Blick zu umfassen. Das ließ uns jedoch keineswegs zaudern, auch nicht als am 10. (23.) Oktober 1917 die Frage der Ergreifung der Macht entschieden wurde. Wir zweifelten nicht, daß wir gezwungen sein würden, nach dem Ausspruch des Genossen Trotzky zu experimentieren, einen

Versuch anzustellen. Wir traten an eine Tat heran, an die noch niemand in der Welt in einem solchen Umfange heranzutreten sich je gewagt hatte. Dasselbe gilt auch für die Rote Armee. Als wir sahen, daß nach Beendigung des Krieges die Armee zerfiel, glaubten wir, daß dieser Zerfall eine rein russische Erscheinung sei. Indessen sehen wir, daß die russische Revolution im Grunde genommen nur eine Generalprobe oder eine der Generalproben der proletarischen Weltrevolution gewesen ist. Wir wußten nicht, als wir über den Brester Friedensschluß diskutierten, als wir im Anfang des Jahres 1918 die Friedensfrage aufstellten, wann und in welchen anderen Ländern diese Zersetzung der Armee beginnen würde. Wir schritten von Experiment zu Experiment, wir versuchten eine Freiwilligenarmee zu schaffen und tasteten dabei nach dem Weg, auf dem unter den gegebenen Umständen diese Aufgabe gelöst werden konnte. Die Aufgabe aber stand klar vor uns: ohne Schutz der sozialistischen Republik konnten wir nicht existieren. Die herrschende Klasse wird ihre Macht niemals der unterdrückten Klasse abtreten. Letztere muß in der Tat beweisen, daß sie nicht nur das Joch der Unterdrücker abzuschütteln vermag, sondern daß sie auch bereit ist, sich zu ihrem eigenen Schute zu organisieren und dabei alles aufs Spiel zu setzen. Wir sagten immer: „Es gibt zweierlei Kriege," Wir verwarfen den imperialistischen Krieg, negierten aber keineswegs den Krieg überhaupt. Die Leute, die uns vorwarfen, wir seien für den Militarismus, haben sich in Konfusionen verrannt. Und als ich den Bericht über die Berner Konferenz der Gelben las, wo Kautsky den Ausdruck gebrauchte: bei den Bolschewiki sei kein Sozialismus, sondern ein Militarismus, mußte ich lächeln und den Kopf schütteln. Als ob in Wirklichkeit die Geschichte auch nur eine einzige große Revolution gekannt hätte, die nicht mit Krieg verbunden gewesen wäre. Selbstverständlich nicht. Wir leben nicht nur in einem Staate, sondern in eine **Staatensystem**. Und die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist für die Dauer undenkbar. Letzten Endes muß entweder die eine oder die andere siegen. Und wenn dieser Zeitpunkt kommt, wird eine Reihe der schrecklichsten Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich sein, und das bedeutet, daß das Proletariat als herrschende Klasse, wenn es überhaupt herrschen will und wird, das beweisen muß in seiner Kriegsorganisation. Eine Klasse, die bisher die Rolle des feldgrauen Viehes für die Kommandierenden aus den Reihen der imperialistischen Klasse gespielt hat, wo sollte sie ihre Heerführer herholen, wie sollte sie die Aufgabe lösen können, den Enthusiasmus der neuen revolutionären Schaffenskraft der Unterdrückten mit der Anwendung des Vorrats an bürgerlicher Wissenschaft und der Technik des bürgerlichen Militarismus in seiner allerschlimmsten Form zu vereinigen? Ohne dem vermöchte sie aber nicht, sich die moderne Technik und die modernen Methoden der Kriegsführung anzueignen. Das wär im Kerne eine Aufgabe, die im Laufe eines Jahres unserer Erfahrung auf alle Gebiete sich ausdehnte.

[27] Als wir im Revolutionsprogramm unserer Partei uns zur Frage der qualifizierten Kopfarbeiter äußerten, zogen wir das praktische Fazit unserer Parteitätigkeit in einer der allerwichtigsten Fragen. Ich entsinne mich nicht, daß die früheren Lehrer des Sozialismus, die sehr vieles in der kommenden sozialistischen Revolution voraussahen und für sehr vieles den Weg vorzeichneten, ich entsinne mich nicht, daß sie sich zu dieser Frage geäußert hätten. Sie existierte für sie nicht, denn sie entstand erst dann, als wir an den Aufbau der Roten Armee herantraten. Es galt, aus einer unterdrückten Klasse, die zum feldgrauen Vieh degradiert war, eine begeisterte Armee zu schaffen und diese Armee zu veranlassen, das Gewalttätigste, das Abscheuligste von dem, was als Erbe des Kapitalismus hinterblieben ist, auszunützen ...

Dieser Gegensatz, vor dem wir in der Frage der Roten Armee stehen, steht vor uns auch auf sämtlichen anderen Gebieten unseres Aufbaues. (Schluß folgt.)

*

[28]

Leitsätze über den Frieden.

I

Die Friedensbedingungen der Entente gegenüber Deutschland sind die Bilanz der inneren und äußeren politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands nach viereinhalb Jahren eines verlorenen

imperialistischen Präventivkrieges und nach sieben Monaten der politischen Neubefestigung der imperialistischen Klassen durch eine Regierung der Scheinrevolution und der tatsächlichen Gegenrevolution, deren augenblicklicher Fahnenträger die Koalitionsregierung Ebert-Scheidemann-Dernburg-Erzberger ist.

II.

Das politische Resultat dieser Herrschaft ist:

1. Die Neuschöpfung des Militarismus in der barbarischen Form des Söldnerheeres, wie sie zu Beginn der bürgerlichen Epoche entstand, aber zusammengesetzt aus den Auflösungsprodukten der imperialistischen Epoche: gebildet von den alten Junkeroffizieren und den neuen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Offizieren, die während des Krieges geschaffen wurden, den Embryonen der künftigen Bürokratie und der zünftigen Intelligenz, zusammengesetzt aus Lumpenproletariat, aus zurückgebliebenen proletarischen Schichten, die der Krieg brutalisiert hat, aus deklassierten kleinbürgerlichen und bäuerlichen Elementen.

Diese Abfallsprodukte der bürgerlichen und Reste der vorbürgerlichen Gesellschaft, gelenkt durch die alte Militärkaste, bemäntelt durch die bürgerliche Demokratie, haben in neuer Form die Herrschaftsform wiederhergestellt, die vor dem Kriege bestand: den M i l i t ä r s t a a t . Der Unterschied ist nur, daß anstelle der monarchisch-konstitutionellen Verbrämung die republikanisch-demokratische getreten ist.

Die Regierungsmittel dieser Herrschaft sind dementsprechend: Belagerungszustand, weißer Schrecken, Klassenjustiz, politischer Mord und politischer Betrug durch Presse und Parlament.

2. Die alte Bürokratie ist noch vollständig intakt; die neue sozialdemokratische usw. Parteidemokratie, die in kleiner Dosis hinzukam, ist nur ihr moralischer Deckschild.

3. Die imperialistischen und nationalistischen Tendenzen wirken wieder in voller Kraft. Die Phraseologie hat sich geändert – sie ist pazifistisch-demokratisch geworden –, das Wesen ist dasselbe geblieben. Ihre taktischen Mittel sind: den gemäßigten amerikanischen Imperialismus gegen den französischen und englischen auszuspielen, alle inneren Gegensätze der siegreichen imperialistischen Mächte auszunützen, um ein neues Sprungbrett imperialistischer Politik zu gewinnen; weiter die Ausspielung der einsetzenden revolutionären Gärung in den Entente-Ländern gegen die Regierungen, welchem [29] Zweck die zweite Internationale dient, dieses gemeinsame Geschöpf der Abhängigen und Unabhängigen, und schließlich das Kokettieren mit dem Popanz Sowjet-Rußland.

4. Wirtschaftlich ist dieser Abschnitt gekennzeichnet durch Fortdauer des Wuchers und Schleichhandels, Fortsetzung der Pumpwirtschaft, steigende wirtschaftliche Verarmung und Zerrüttung, durch das hemmungslose Fortschreiten der Auflösung des Kapitalismus und damit die weitere Zerstörung der Produktivkräfte der Gesellschaft.

5. Das außenpolitische Resultat dieses Abschnittes ist: Abbruch der Beziehungen und Krieg gegen Sowjet-Rußland, das gemeinsame Werk der Unabhängigen und Abhängigen. Der Krieg gegen Polen. Der gescheiterte Versuch der Annexion Deutsch-Oesterreichs als eines Verbündeten zum Wiederaufbau einer imperialistischen Machtgrundlage. Zusammengefaßt: Die vollständige außenpolitische Isolierung.

6. Das innenpolitische Resultat dieses Abschnitts ist: die steigende Abkehr breiter proletarischer Massen von der Regierung und der bürgerlichen Demokratie überhaupt; die Isolierung der Regierung vom Proletariat des eigenen Landes.

III.

Die Friedensbedingungen der Entente nützen systematisch diesen innen- und außenpolitischen Bankerott aus.

Ihr Zweck ist die vollständige militärische Knebelung des neuimperialistischen Deutschland, seine wirtschaftliche Ausschaltung aus dem Konkurrenzkampf der übrigen imperialistischen Staaten um

die nichtkapitalistischen Länder, seine Verwandlung in einen Tributärstaat, dessen Kapitalisten ihre Zwischenmeister werden, seine dauernde Isolierung von der Weltrevolution und die Versetzung in die Unmöglichkeit, als Kraft der Weltrevolution militärisch aufzutreten.

Diese Friedensbedingungen erdrücken den neudeutschen Imperialismus, sie erdrücken aber zugleich die kommende proletarische Revolution.

Die Auslieferung der Kriegsflotte, die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht, die zwangsmäßige Bildung einer Söldnerarmee von Berufssoldaten mit langjähriger Dienstzeit und die Reduktion auf 100.000 Mann, die Auslieferung der Waffen und Munition bis auf einen kümmerlichen Rest, zertrümmern die militärische Macht des deutschen Imperialismus, sie liefern aber zugleich das Proletariat wehrlos in die Hände der eigenen und der fremden Bourgeoisie.

Die Auslieferung der verbrecherischen Militärs und Politiker Deutschlands an die Kriegsgerichte der Entente befreit die deutsche Arbeiterklasse von ihnen, aber nur um damit den Chauvinismus der Massen der Entente aufs neue aufzupeitschen.

Die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, die Beschlagnahme der Ueberseekabel, die Zensur der drahtlosen Stationen, die Handelsverträge ohne Gegenseitigkeit die Preisgabe der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsmittel und Produkte der willkürlichen Konfiskation durch die Entente rauben der Produktion jede Basis und Sicherheit der Existenz.

Die Höhe der vorläufig verlangten Tribute und ihre Unbegrenztheit liefern mit der deutschen Bourgeoisie auch die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum der Vernichtung aus.

[30] Die Kontrolle der Staatsfinanzen durch die Entente und die Bestimmung, daß die Forderungen der Entente denen der inländischen Staatsgläubiger vorgehen, erzwingen zwar die Annullierung der inneren Kriegsschulden, aber nur, um eine noch größere Last äußerer Kriegsschulden an ihre Stelle zu setzen.

Die Auslieferung des Saargebiets und Oberschlesiens, die Besetzung des linken Rheinufers schneiden Deutschland von den Hauptgebieten der Kohlen- und Eisenproduktion ab. Die industrielle Produktion Deutschlands ist dadurch zum Untergange verurteilt.

Mit Ost- und Westpreußen und Posen verliert Deutschland Hauptgebiete seiner Lebensmittelversorgung.

Die Auslieferung einer beträchtlichen Menge von Nuß- und Milchvieh, Pferden, Schafen usw., landwirtschaftlicher Maschinerie, zusammen mit dem gewaltigen Steuerdruck, den die Tributzahlung erfordert, bedingt die absolute Verelendung und den massenhaften Untergang speziell der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe.

Die Bildung von Randstaaten schließlich, die nur als Vasallen der Entente existenzfähig sind, wirft Barrieren auf gegen das Zusammenwirken der deutschen und der russischen und ungarischen Revolution.

Die Friedensbedingungen von Versailles unterscheiden sich von denen von Brest-Litowsk durch das Raffinement und die Systematik. Die von Brest-Litowsk waren ebenso brutal, aber plump. Sie gleichen denen von Brest-Litowsk in der Hemmungslosigkeit und Blindheit der imperialistischen Raubinstinkte. Sie sind der methodische Wahnsinn, während Brest-Litowsk der unmethodische Wahnsinn war.

IV.

Unter der Herrschaft des bankerotten deutschen Imperialismus ist die Annahme der Friedensbedingungen – deren Milderung durch Verhandlungen zu erwarten ein heilloser politischer Betrug ist – ebenso katastrophal wie ihre Ablehnung.

Die Unterzeichnung würde das Land dem wirtschaftlichen Untergang, dem ausweglosen Elend zuführen: Untergang der Industrie und des Handels, Vernichtung der Landwirtschaft, Zusammenbruch

der Staatsfinanzen unter dem doppelten Druck des Tributs an die Sieger und der Zinszahlung an das inländische Kapital für die Kriegsschulden.

Die N i c h t u n t e r z e i c h n u n g würde das Land ebenfalls der tödlichen Aussaugung durch das Ententekapital preisgeben, aber verschärft durch die Okkupation, durch die Fremdherrschaft

Militärischer Widerstand ist von vornherein gelähmt durch die Tatsache der Herrschaft der Gegenrevolution und des Kapitalismus. Das Proletariat kämpft nicht für die Erhaltung seiner Ketten. Ein militärisches Bündnis mit Sowjet-Rußland und Ungarn ist durch diese Tatsache ebenfalls ausgeschlossen.

Der Revolution in den Ententeländern sind durch die Herrschaft der Militärkaste in Deutschland ebenfalls die Flügel gelähmt.

Wirtschaftlich wäre eine Hilfe durch Rußland bei Fortbestand der Kapitalherrschaft in Deutschland beschränkt auf die Beziehungen kapitalistischen Außenhandels, daher wirkungslos, um die wirtschaftliche Einschnürung, Lähmung und Auspressung durch das Ententekapital zu parieren. [31]

V.

Die Spekulation auf die Kriegsmüdigkeit des Proletariats der Ententeländer und insbesondere ihrer Soldaten ist von vornherein verfehlt einem neu-militaristischen Deutschland gegenüber; sie kann völlig durchkreuzt werden durch das Aufgebot farbiger Truppen, die der Entente als letzte Reserve zur Verfügung stehen.

VI.

Die Lage ist absolut ausweglos für die Regierung des bankerotten Imperialismus, sie mag sich anstellen wie sie will.

Der einzig mögliche und unvermeidliche Ausweg ist der Sturz dieser Regierung und der Bourgeoisieherrschaft überhaupt, die Errichtung der proletarischen Diktatur in Gestalt der reinen Räteverfassung, der sozialistischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft und damit der Anschluß an die Weltrevolution, wo sie siegreich ihre Beschleunigung, wo sie erst im Anzuge ist.

VII.

Die proletarische Diktatur sichert der deutschen Revolution die bewaffnete Macht der Proletarier. Sie schafft die moralische Grundlage einer roten Armee, eine neue militärische Disziplin, gegründet auf die Solidarität und Begeisterung der im Produktionsprozeß vereinigten und freien Arbeiter, die Herren ihres Geschicks geworden sind, weil sie Herren der Fabriken und des Landes sind. Sie sichert die gemeinsame militärische Aktion mit Sowjet-Rußland und -Ungarn. Sie zerfetzt, selbst im Falle einer teilweisen Okkupation, die Moral der Ententetruppen, weiß oder farbig. Sie sprengt früher oder später die Barrieren der polnischen, tschecho-slowakischen, südslawischen Vasallenstaaten der Entente.

VIII.

Politisch sichert die Rätediktatur der deutschen Revolution die Hilfe des russischen und ungarischen Proletariats, beflügelt den Gang der Revolution in Oesterreich, in Polen, in Tschechen, in Südslawien, in den Ländern der Entente.

IX.

Wirtschaftlich bedeutet sie Befreiung von der Last der inneren Kriegsschuld, wirtschaftliche. Reorganisation der Industrie, Rettung der Landwirtschaft und der Kleinbourgeoisie.

Rußland und Ungarn würden mit Deutschland eine gemeinsame Produktionsbasis bilden, deren Wirtschaft nach einheitlichem, zentralem Plan geleitet würde. Die industrielle und landwirtschaftliche Maschinerie Deutschlands, seine geschulte Arbeiterschaft, seine technische und kaufmännische Intelligenz einerseits, die Rohstoffproduktion Rußlands und Ungarns ergänzen sich gegenseitig. Unmittelbares Zusammenwirken und Austausch von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten, Maschinerie, technischen und wissenschaftlichen Verfahren und von Arbeitskräften würden leisten,

was ein bloßer Handelsverkehr unter dem Gesichtswinkel kapitalistischen Austausches nie zu leisten imstande wäre.

X.

Eine Räteregierung als Ausdruck der proletarischen Diktatur, gestützt auf das Machtbewußtsein, das der Sieg über die eigene Bourgeoisie [32] dem Proletariat verleidet, gestützt durch die unmittelbare Verbindung mit Rußland und Ungarn, gestärkt durch die moralische Unterstützung der Arbeiterklassen der Ententeländer, würde von vornherein den imperialistischen Siegern mit anderer Autorität gegenübertreten, als die Regierung des bankerotten Imperialismus. Die Friedensbedingungen könnten nicht dieselben sein, wie gegenüber der verkrachten Bourgeoisie und ihren verkrachten und verächtlichen Bedienten.

Für die Räterepublik würden sowohl Ablehnung als Annahme der Friedensbedingungen, die ihr gestellt würden, gänzlich verschiedene Wirkungen haben.

Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen durch eine Räteregierung hängt ab von der konkreten Situation, in der sie den Frieden abzuschließen hätte oder nicht.

XI.

Die Kommunistische Partei lehnt daher ab:

die Annahme von Friedensbedingungen, die diktiert werden der Ebert-Regierung oder irgend einer nachfolgenden Koalitions-Regierung, die nicht auf der proletarischen Diktatur beruht, wie ihre Ablehnung durch eine solche Regierung als gleich verhängnisvoll für das Proletariat.

XII.

Die Haltung der Unabhängigen ist diktiert von der absoluten Hilf- und Ratlosigkeit, von der Passivität und Feigheit, die dieser Partei von Anbeginn ab anhängen.

Eine proletarische revolutionäre Partei, die passiv die Liquidation des Krieges der Gegenrevolution überläßt, zeigt damit ihren Bankerott an.

Die Liquidation des Krieges fällt zusammen mit der Liquidation der Gegenrevolution. Sie erfordert also eine aktive revolutionäre Politik. Sie erfordert die Bereiterklärung, gestützt auf den Sieg des Proletariats, den Krieg. zu liquidieren.

Die Politik der Unabhängigen hofft auf die Weltrevolution, ohne die Vorbedingungen dafür im eigenen Lande zu schaffen: die proletarische Diktatur.

Sie läuft praktisch aus in die Unterstützung der Liquidation des Krieges durch die Bankerotteure des Imperialismus, aber ohne den Mut, die Verantwortung dafür zu übernehmen, und auf den Verzicht auf die revolutionäre Lösung, aber ohne den Mut, den tatsächlichen Verzicht auszusprechen.

Vor der Frage der Liquidation des Krieges wiederholt sich für die Unabhängigen in potenzierter Form ihre absolute Unfähigkeit zu handeln: sei es revolutionär, sei es gegenrevolutionär.

*

Die Internationale
Jahrgang 1, Ausgegeben am 21. Juni 1919, Heft 4.

Eugen Leviné †

Wieder stehen wir an einem Grabe. Wie lang, wie lang, daß wir das erste gruben. Wie lang, wie lang, da wir an einem lichten Spätherbsttage, im matten, fahlen Scheine eines Novembertages, die ersten trugen. Die, die so leichthin starben den Heldentod der Revolution, die so schmerzlos sanken wie die Blätter, die von den Bäumen wehten.

Und dann ward Winter. Ein Winter, der den Schnee nicht weiß sah: ein Winter, in dem der Schnee im Purpur strahlte von dem Menschenblute, das auf ihm vergossen.

Die Januartage, in denen Hunderte von Proletariern in Berlin dahingemordet wurden, in denen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf feiger Hintermänner Geheiß von feigen Schergen ermordet wurden. Der Totentanz durch ganz Deutschland, der in Bremen und in Braunschweig, im Rheinland und in Halle, in Oberschlesien wie in Mitteldeutschland Proletarier dahinriß: die wilde verwunschene, verfluchte Schar des Noske und der von ihm geführten Gegenrevolution, die Deutschland schändete, die deutsche Proletarier schlug.

Und abermals Berlin. Nicht Hunderte mehr wie in den Märztagen, jetzt sollten es Tausende sein, die sterben mußten. „Die Unschuldigen müssen mit den Schuldigen leiden“: den Grundsatz der Kriegführung von 1914 hat Noske sich zu eigen gemacht, wenn er deutsche Arbeiter bekämpft.

Das deutsche Proletariat hatte seine schwere Zeit. Aus tausend Wunden blutete es, die Revolution schien im Blute zu ersticken.

Aber der Flamme gleich, die unter den Schlacken lauert, brach sie immer wieder hervor, und immer die alte Revolution in immer neuem Gewande.

Denn das Proletariat lernte. Es lernte, daß die Revolution kein frisch-fröhliches Jagen, sondern ein furchtbares, ungeheures [2] Ringen sei, in dem Titanen sich bekämpfen: es begann zu lernen und zu begreifen, daß es nur ein Heil gibt für die Revolution, und das ist die Sammlung und Begeisterung der Massen für die kommunistische Räterepublik.

Eugen Leviné hat dieses Heil verkündet: nicht mit Worten und Reden, sondern mit seinem Herzblut, das er vergossen hat.

Er stand auf als Mahner und Warner, als der Rätegedanke in München ausgespielt wurde, nicht als geistige Errungenschaft der Massen, sondern als letzter Trumpf bankrott gegangener Führer.

Er hat den Spott und Hohn dieser Führer, sowohl wie der mißleiteten Massen auf sich genommen.

Und er hat dann, als die Massen irrend standen und des Weges sich nicht mehr bewußt waren, ihnen gezeigt, wohin der Weg führe, wissend daß jetzt die Zeit, den Weg zu gehen, noch nicht gekommen sei. Er hat gewußt, daß, wer den Weg gehe, sterben müsse, und ist den Weg gegangen.

Er ist als Held gegangen, er ist als Held gestorben.

Ein Staatsanwalt hat ihn der Feigheit geziehen: vielleicht ein Staatsanwalt, der im Kriege Tausende von Soldaten hat in den Tod gesandt, um sich selber irgendwo im Frieden eines Stabsquartiers das Eiserne Kreuz zu verdienen.

Eine Regierung hat ihn erschießen lassen, den „Landfremden“, die selbst von Negern die Münchener Proletarier hat morden lassen.

Den Körper Eugen Leviné haben sie ins Grab bringen können.

Der Gedanke, der in ihm, für den er lebte, bleibt. Seine Stimme wird nicht verhallen: weckend wie Reveille, schreckend wie Posaunentönen wird seinen Freunden, wird seinen Henkern sein letztes Wort erklingen:

„Es lebe die Weltrevolution“.

Die Abrechnung.

Δ 18. Juni 1919.

L'heure du lourd réglement des comptes est venue. Clemenceau.

Zwei Schuldbücher sind in Frankreich jetzt aufgeschlagen; zwei schwere, schwere Rechnungen sollen beglichen werden.

In einem stehen verzeichnet Sieg und Niederlage auf den Schlachtfeldern der Welt, der Ruhm des Siegers, die Schande des Unterlegenen, die kapitalistischen Profite, die der Krieg erraffen ließ und die, die er erwarten läßt, die ausgelegten Milliarden mit Zins und Zinseszins: alles soll verrechnet werden.

Im andern Buch stehen „tote Konten". Tot im eigentlichen Sinn des Wortes. Die 12 oder wieviel Millionen Tote, deren Gebeine bleichen [3] oder verfaulen rund um die Welt, der Hunger, den die Hunderte von Millionen durch die langen Jahre gelitten. Die Kinder, die der Krieg bleich und siech gemacht, die Frauen, die im Kriege ihr, oft noch nicht gekanntes Glück des Lebens verloren, die, denen die Arbeit an den Hochöfen und Drehbänken den Schoß unfruchtbar gemacht, die Millionen der Ungeborenen, die ganzen Generationen, die nie der Welt Licht erblicken: die sind das Debet in diesem Buche.

In jenem Buche sollen die Diplomaten Bilanz und Saldo ziehen: in diesem muß es das Proletariat tun.

Beide Abrechnungen laufen neben einander her: die in Versailles, die, wenn vielleicht auch abgeschlossen, so doch unbeglichen ist, die andere, wo erst, Posten um Posten, die Gläubigen sich besinnen müssen, was alles sie in das große Schuldbuch einzutragen, was alles sie zu fordern haben.

Die Rechnungen laufen so neben einander her: die in Versailles und St. Germain zwischen den Diplomaten, die auf der ganzen Welt zwischen Arbeit und Kapital.

Und in diesem Nebeneinanderlaufen ist jetzt das schwierigste Problem der Weltrevolution beschlossen. Denn die Weltrevolution hat ja so anders begonnen und nimmt so anderen Verlauf, als alle kühnen Kündiger der kommandierten Weltrevolution sich gedacht, daß zwischen den Wellen, die sie wirft, die Bourgeoisie trotz allem versucht, ihr Schifflein wieder in den Hafen zu bringen.

Die Weltrevolution beginnt nicht zur gleichen Zeit und beginnt nicht im gleichen Tempo. Sie hat in Rußland anderthalb Jahre begonnen, bevor sie in Deutschland ihr Werk begann. Und all diese lange Zwischenzeit war die russische Revolution das Spekulationsobjekt gewesen der deutschen Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten deutschen Sozialdemokratie. Jede Schwäche Rußlands hat der deutsche Imperialismus ausgenutzt: den Orssa auf den Pelion türmend ist er von Brest-Litowsk zu den Zusatzverträgen geschritten.

Doch all sein Wüten hat dem deutschen Imperialismus nicht genützt und der Weltrevolution nicht geschadet. Hätte selbst dann nicht geschadet, wenn die russische Revolution den Schlägen des deutschen Militarismus erlegen, zusammengebrochen wäre. Denn Rußland war und hielt sich nie für anderes als den Vorposten der Weltrevolution. Selbst wenn der nicht gehalten werden konnte: die Revolution konnte doch triumphieren.

Deutschland aber ist ein ander Ding. Deutschland ist und bleibt das Herz der Weltrevolution. Nicht nur, weil es vor dem Kriege die straffstorganisierte kapitalistische Wirtschaft hatte, nicht um seiner Proletarier willen, die vor und – man muß leider sagen – im Kriege das Höchstmaß von Organisierungsfähigkeit gezeigt: sondern um seiner Bourgeoisie willen. Die deutsche Bourgeoisie ist den Schlägen vom Juli und November 1918, den Schlägen Fochs und der Revolution – ob Ledebour oder Emil Barth deren General war, mögen die beiden unter sich abmachen – nicht erlegen. Sie hat noch größere Organisationsfähigkeit gezeigt als das Proletariat. Sie hat sich wieder aufgerichtet aus der nur linden Betäubung. Sie hat die Zügel der Herrschaft sich nicht entreißen lassen. Sie hat die Diener von gestern zu Knechten von heute gemacht. Sie hat militärisch sich neue Kräfte geschaffen. Sie hat die

Noskegarden aus der Erde gestampft. Sie hat von Wilhelm dem Hohenzollern die hehre Aufgabe übernommen und weitergeführt, nach dem Maß ihrer Kräfte den Gendarmen gegen die Revolution in Rußland zu spielen: sie hat bei der Entente d i e Rolle für das Baltikum [4] erbettelt und hinter Rigas Kerkermauern ersticken die letzten Schreie der Opfer der deutschen „Revolution“, so wie Ebert-Scheidemann-Noske sie auffassen. Und morgen schon wird Neudeutschland mit Freuden die von „Meinem hochseligen Herrn Großvater und meinen hochseligen Ahnen“ übernommene Aufgabe erfüllen, die „Ordnung“ herzustellen wie in Polen, wie in Berlin, wie in München.

Deutschland ist heute das Herz der Weltrevolution, weil die deutsche Bourgeoisie das Herz der Gegenrevolution geworden oder geblieben ist.

Mit alledem ist der Unterschied gegeben zwischen der Beziehung Deutschland–Entente und jener früheren Deutschland–Rußland.

In Rußland war es die Revolution, die lauschte und spähte auf jede revolutionäre Regung in Deutschland. Jede wahrhaft proletarische Revolution in Deutschland mußte unmittelbar der russischen Revolution neue Lebenskraft zuführen.

Im „revolutionären“ Deutschland aber liegt die Gegenrevolution auf die Lauer nach jeder revolutionären Regung in der Entente. Jede proletarische Revolution in der Entente wird unmittelbar und zunächst die deutsche Gegenrevolution stärken. Wie ein Plünderer in der Feuersbrunst, sucht die deutsche Bourgeoisie im kommenden revolutionären Weltbrand Beute zu machen.

Der Nutzen, den die deutsche Revolution aus der Revolution in der Entente ziehen kann, ist kein unmittelbarer, sondern höchstens ein mittelbarer.

Das hat die deutsche Revolution ihrer Halbheit, Unentschlossenheit und Schwäche zu verdanken. Hier sieht ein Blinder sozusagen die Zusammenhänge der proletarischen Weltrevolution: wie die Schwäche des einen Gliedes die des anderen berührt.

Frankreich zeigt es. Die französische proletarische Revolution hat begonnen. Und hat begonnen auf einem viel höheren Niveau bereits, als die deutsche am 9. November. Sie hat sich die revolutionäre Parodie vom 9. November, das Kinderspiel mit der „neuerrungenen Demokratie“, gespart. Sie ist im ersten Schritte eingetreten in die unmittelbare Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital: der Massenstreik mit gewerkschaftlichen Zielen, die außerhalb der Möglichkeit kapitalistischer Wirtschaft liegen, gibt der französischen Revolution das Gepräge. Politisch aber gewinnt die französische Revolution nur langsam proletarisch-internationale Züge.

Und das ist deutsche Schuld. Denn aus Deutschland grinst dem französischen Proletariat noch immer das dreist-brutale Gesicht des deutschen Militarismus entgegen: nicht einmal ihren politischen Milchbrüdern, den Renaudel und Konsorten vermögen die Ebert-Scheidemann-Noske die Illusion einer deutschen proletarischen Revolution zu liefern. Der Mord an Liebknecht und Luxemburg, an Jogiches, die Erschießung jetzt des Genossen Leviné sprechen deutlicher zum französischen Proletariat, als alle Hochrufe auf die Internationale, mit denen nach gewohnter Weise auch der vom „Weimarer Geist“ beflügelte Parteitag zu Ende gebracht wurde.

In der Frage, die jetzt, in dieser Stunde, für das französische Proletariat die brennendste von allen politischen Fragen ist, die Frage des Friedens mit Deutschland ist ihre Revolution gehemmt durch die Schuld der deutschen Revolution. Es ist für die französische Revolution gewissermaßen Kriegsersatz, daß an die Stelle des Rufes: „Zu Hilfe den Deutschen“ die Parole: „Zu Hilfe den Russen und Ungarn“ treten mußte.

[5] Die Schwäche der deutschen Revolution bedeutet aber nicht nur diese Schwäche für die französische, für die Weltrevolution, sie bedeutet auch eine tödliche Gefahr. Denn unter dem ersten Anstoß der entfesselten revolutionären Kräfte werden auch drüben in Frankreich die militärischen Organisationen zusammenbrechen. Auch die französische Bourgeoisie wird in Betäubung verfallen und wird, dank der anderen Qualitäten des französischen Proletariats, nicht so rasch aus ihr erwachen wie die deutsche. Dann kann es kommen, daß der deutsche Kapitalismus von neuem die Oberhand gewinne

und nicht nur aus der Schlinge sich zieht, die die Entente ihm um den Hals gelegt, sondern selbst sie der Entente umwirft. Wer kann leugnen, daß das die größte Gefahr überhaupt wäre für die Weltrevolution?

Die Schwierigkeiten der Lage sind ungeheuer und die zwei Wege, die aus ihr führen, sind beide mit Dornen besät.

Der eine Weg ist, daß die Auseinandersetzung zwischen deutschem und Ententekapitalismus, die im November abgebrochen wurde, zu Ende geführt wird so, daß der deutsche Kapitalismus völlig zusammenbricht. Das bedeutet Entlastung der Weltrevolution auf deutscher, Belastung auf der Ententeseite. Oder es gelingt dem deutschen Kapitalismus, die Oberhand zu behalten und der Entente gegenüber zu gewinnen infolge der revolutionären Bewegung drüben: das bedeutet Entlastung der Weltrevolution in der Entente aber Belastung, schwerste Belastung auf deutscher Seite.

Am Schlusse beider Wege wird die Weltrevolution stehen, denn isoliert wird auch die deutsche Bourgeoisie nicht standhalten, aber wir gestehen: der zweite Weg ist der schwerere, gefährlichere, mühseligere.

Nur eine Kraft gibt es, die imstande war, den gordischen Knoten zu zerhauen: das deutsche Proletariat. Ihm ist nun einmal vom Geschick die schwere Aufgabe zugedacht, die Weltrevolution zu führen. Es hatte die schwere Aufgabe von Anfang an und hat sie nie erkannt. Nicht in den Zeiten, da die glückseligen Götter der zweiten Internationale an allen Stammtischecken der Welt Nektar und Ambrosia schlürften, nicht am 1. August 1914, nicht am 7. November 1917, nicht am 9. November 1918. Immer neue Krisen der Weltrevolution, immer neue Stunden für das deutsche Proletariat, immer neue verpaßte Gelegenheiten.

Wird jetzt, in dieser Krise, die jetzt sich zusammenzieht, das deutsche Proletariat seine Schuldigkeit tun? Wird es jetzt seine Schuld an der Internationale begleichen? Wird es jetzt sein Werk tun, daß die „Stunde der schweren Abrechnung“ beginnen kann?

Will, kann das deutsche Proletariat jetzt die Initiative ergreifen in der Richtung auf die Weltrevolution?

Das deutsche Proletariat wird um diese Initiative nicht herumkommen. Solange werden die Krisen über es kommen und sich häufen, bis es können, bis es wollen wird. Denn das deutsche Proletariat m u ß : da hilft kein Herrgott.

*

Ueber die Kriegstribute.

A u g u s t T h a l h e i m e r

Die Kriegstribute, die Deutschland von der Entente auferlegt werden, sind ohne Vorgang in der Geschichte, sowohl was ihre Höhe anlangt, als auch die Umstände, unter denen sie gefordert werden. Absolut genommen war auch die Kriegsentschädigung, die das siegreiche Deutschland dem besiegten Frankreich im Frankfurter Frieden auferlegt, eine Höchstgröße verglichen mit den vorhergehenden Kriegsentschädigungen. [6] Aber im Verhältnis zum französischen Nationaleinkommen war sie nicht von einer solchen Größe, um die Gesamtwirtschaft des Landes wesentlich zu stören, eines Landes, dessen Produktivkräfte durch diesen Krieg nur leicht berührt wurden.

Die Tribute, die Deutschland von der Entente auferlegt werden, greifen dagegen an die Grundfesten der Produktion in Deutschland. Sie werden erhoben von einer Produktion, deren Rohstoffe, Arbeitsmittel und menschliche Arbeitskraft im Kriege in einem gewaltigen Ausmaße geschwunden sind. Eine auch nur annähernd zahlenmäßige Schätzung dieser Zerstörung von Produktivkräften ist um so mehr ausgeschlossen, als die lieblichen Denkgewohnheiten der bürgerlichen Gesellschaft reale Werte und fiktive Werte kunterbunt durcheinanderwerfen. Die Paradoxie geht sogar soweit, daß das im Kriege vernichtete produktive Kapital in der Gestalt der Kriegsschulden ebensolche handfeste Realität beansprucht als das, das die ungeheure Wertzerstörung überlebt hat.

Ist aber das Maß der Wertzerstörung durch den Krieg nicht exakt angebbar, so ist die Tatsache selbst mit Händen zu greifen. Der gesamte Produktionsapparat ist verkrüppelt und blutleer, und an seiner Hauptschlagader sitzt der Vampyr der inneren Kriegsschuld, der unfehlbar der kriegsinvaliden Wirtschaft den letzten Blutstropfen aus den Adern saugen wird. Le mort saisit le vif – das im Kriege vernichtete Kapital, die Kriegsschuld, ergreift das überlebende Kapital und erdrosselt es.

Ferner aber: dieses Land, dessen Produktion unter der Last der inneren Verschuldung und der riesenhaften Zerstörung von Gebrauchswerten zu Grabe wankt, verliert durch die Landabtretungen im Osten und Westen einen weiteren Teil seiner Mehrwertquellen.

Das ökonomische Resultat dieser Umstände ist, daß die Mehrwertproduktion des Landes einem Jahrestribut unterworfen wird, der die Grundverhältnisse der Produktion angreift.

Dies ist eine ökonomische Feststellung, keine moralische Wertung, die uns hier nichts angeht.

Der Umfang des Tributs, der Deutschland zugemutet wird, ist, kapitalistische Wirtschaft vorausgesetzt, nichts, was Anlaß zur Verwunderung gäbe.

Er ist die einfache Folge davon, daß die Wirtschaft und die Staatsfinanzen der „Sieger“ ebensosehr bis auf den Grund verwüstet sind, wie die der Besiegten.

Für Frankreich speziell hat der Krieg eine Wertvernichtung gebracht, die die Deutschlands relativ übertrifft. Ganze Industriebezirke vernichtet, gewaltige Strecken Landes für Menschenalter verwüstet, die Bauernschaft durch die Menschenverluste ins Mark getroffen.

Wenn daher die Entente in ihren Friedensbedingungen sagt, daß ihre Forderungen keine v o l l e Kompensation für die von Deutschland verursachten Kriegsschäden sein können, so ist das keine rhetorische Wendung, sondern eine nüchterne Tatsache.

Vom Standpunkt kapitalistischer Wirtschaft, von der Höhe des Wertgesetzes aus, ist die ökonomische Position der Entente gegenüber Deutschland nicht angreifbar. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Sprecher rennen da gegen Granitfelsen an.

Anders, wenn die Arbeiterklasse, die internationale, sich dagegen aufbäumt. Sie sieht, daß in diesem Falle das „höchste Recht“ des Kapitals umschlägt in die tiefste Sklaverei des Proletariats. Sie sieht aber auch nicht nur die Brutalität, sondern auch den vollendeten Stumpfsinn [7] dieses Verzweiflungsaktes des Kapitals. Denn wenn bei der besiegten kapitalistischen Nation die innere wirtschaftliche Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaftsweise das Todesurteil spricht, so wird die Belastung dieser Wirtschaft durch einen unmöglichen Mehrwerttribut die Vollstreckung dieses Urteils beschleunigen. Andrerseits kann das siegende nationale Kapital sich nicht retten durch die letzten Wertelemente, die es dem zusammenbrechenden Gegner auspreßt. Der fremde Ruin zum eigenen Ruin gezählt, ergibt nicht die Rettung. Und der Untergang des einen nationalen Kapitals im Sozialismus läutet die Totenglocke auch für die Herrschaft des Kapitals in den Ländern der Sieger.

Die Delegation der deutschen Bourgeoisie in Versailles hat – mit allerlei Uebertreibungen und Verdrehungen die Wirkung der Tributleistung im Einzelnen auseinandergesetzt. Eine Untersuchung der a l l g e m e i n e n G e s e t z e, nach denen die Tributleistung auf kapitalistische Wirtschaftssysteme wirkt, ist noch nicht einmal versucht worden.

Eine solche Untersuchung ist nur vorzunehmen, wenn das kapitalistische System als Ganzes im Flusse seiner ständigen Erneuerung ins Auge gefaßt wird, also von der Reproduktion (der periodischen Erneuerung des Produktionsprozesses) aus. Unter normalen kapitalistischen Verhältnissen vollzieht sich die Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals auf erweiterter Stufenleiter. Das heißt, ein Teil des jährlich erzeugten Mehrwerts wird in Kapital zurückverwandelt, und zum ursprünglichen Kapital geschlagen. Die materiellen Grundlagen des Produktionsprozesses, Maschinerie, Rohstoffe, lebendige Arbeit werden erweitert.

Wir gehen aus vom Jahresprodukt der Wirtschaft, das dargestellt wird durch die Formel:

$$c + v + m = K,$$

worin c das konstante Kapital (Maschinerie, Rohstoffe, Hilfsstoffe), v das variable Kapital (die lebendige Arbeitskraft), m den Mehrwert, der Wertgröße nach bezeichnen. Die Naturalform dieses Jahresprodukts sind Produktions- und Konsumtionsmittel in bestimmten Quantitäten.

Durch diese Formel sind zugleich bestimmte Verhältnisse gegeben, die das gesellschaftliche Kapital charakterisieren. Erstens das Verhältnis des angewandten konstanten zum variablen Kapital, d. h. das Verhältnis der lebendigen Arbeitskraft zur toten Arbeitskraft. Es hängt ab von der Höhe der Technik. Je höher die technische Entwicklung der Industrie, um so höher natürlich das Wertverhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital. Zweitens drückt das Verhältnis m : v die Mehrwertrate, d. h. den Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft aus.

Unter normalen Verhältnissen wird die Kapitalistenklasse von dem jährlich erpreßten Mehrwert nur einen Teil zu ihrem Lebensunterhalt verbrauchen, verjubeln. Einen anderen Teil wird sie benutzen, um zu akkumulieren. Sie wird ihn also in Kapital zurückverwandeln und zwar derart, daß ein Teil in Produktionsmittel, ein anderer in Lebensmittel für Arbeiter verwandelt wird.

Um den Gang der Reproduktion des Kapitals anschaulicher zu machen, setzen wir in die allgemeine Formel der Jahresproduktion bestimmte Zahlen ein.

Die jährliche Produktion der Kapitalistenklasse eines Landes, sage Deutschlands, betrage

$$270\ c + 30\ v + 30\ m = 330\ K.$$

Die Zahlen mögen Milliarden Mark bedeuten. Sie sind willkürlich gewählt.

[8] Das Verhältnis des konstanten zum variablen Kapital ist in unserem Fall $\frac{270}{30}$ = 90 : 10. Wir haben es also mit einer Produktion von hoher technischer Entwicklung zu tun.

Die Mehrwertrate in Prozent ausgedrückt ist $\frac{30\ m}{30\ v} \cdot 100 = 100\%$.

Unsere Kapitalistenklasse verwendet zur Akkumulation $\frac{2}{3}$ des Mehrwerts, also 20 m.

Es stehen ihr dann zum individuellen Konsum, zur Anlage in Sekt, Trüffeln, Vergnügungsreisen und Weibern zur Verfügung 10 m. Der Teil des Mehrwerts, der akkumuliert werden soll, werde im selben Verhältnis in konstantes und variables Kapital geteilt, habe also dieselbe technische Zusammensetzung wie das ursprüngliche Kapital.

Der Zuwachs des ursprünglichen konstanten Kapitals c, wird also betragen

$$\Delta\ c = 18\ m$$

der Zuwachs des variablen Kapitals v wird sein Δ v = 2 m. ($\frac{\Delta\ c}{\Delta\ v} = \frac{18}{2} = 9$). Unser Kapital wird also seinen 2. Jahreslauf beginnen mit dem Kapital

$$(270 + 18)\ c + (30 + 2)\ v$$

Der Wert der Produktion am Ende des zweiten Jahres wird also, gleichbleibende Mehrwertrate vorausgesetzt, betragen

$$(270 + 18)\ c + (30 + 2)\ v + (30 + 2)\ m = 352\ K.$$

So ist der Gang der Reproduktion solange keine „fremde Hand“ störend eingreift. Der individuelle Konsum der kapitalistischen Klasse steigt, es wächst das produktive Kapital, es wächst die Zahl der Arbeitshände ...

In diesen summenden menschlichen Bienenkorb – der sich von andern aber dadurch unterscheidet, daß die Drohnen immer anwesend sind und ihn beherrschen – greife nun die rauhe Faust einer rivalisierenden Kapitalistenklasse ein. Sie annektiert einen Teil des jährlichen Mehrwerts in Gestalt des Jahrestributs T.

Wir untersuchen nun die Wirkung der relativen Größe der Tributs auf den Gang der Reproduktion des tributären Kapitals.

Die absolute Höchstsumme des Tributs scheint zunächst, unter der Voraussetzung, daß das produktive Kapital selbst nicht angegriffen wird T = m zu sein, d. h. der volle Betrag des jährlichen Mehrwerts wird annektiert. In unserem Zahlenbeispiel würden also 30 m aus der Reproduktion des tributären Kapitals ausscheiden.

Das bedeutete aber, daß die tributäre Kapitalistenklasse (nennen wir sie Kapitalistenklasse A), nicht nur nicht akkumulieren, sondern daß sie auch nicht mehr existieren kann. Ihre eigene Einkommensquelle ist ihr entzogen. Sie ist zum Tode verurteilt.

„You take my lifs, if you take the means whereby I live" – ihr nehmt mein Leben, wenn ihr die Mittel nehmt, von denen ich lebe", sagt Shylock.

Es ist diese radikale Prozedur aber praktisch unmöglich. Wollte aber Kapitalistenklasse B, die den Tribut erhebt, ihrerseits die Leitung der Produktion anstelle der vernichteten Kapitalistenklasse übernehmen, so würde das praktisch bedeuten, daß sie nicht nur einen Tribut erhebt, sondern die gesamte Produktion A annektiert.

[9] Wir brauchen diesen extremen Fall nicht weiter zu betrachten, da er praktisch nicht in Betracht kommt.

Soll die Kapitalistenklasse A als solche weiter existieren können und trotzdem ihr gesamter jährlicher Mehrwert als Tribut erhoben werden, so wäre die Folge, daß diese Klasse ihren Lebensunterhalt aus c auf Kosten des produktiven Kapitals bestreiten würde, daß dieses also verkümmerte und schließlich völlig verzehrt würde.

Damit die Kapitalistenklasse A als Kapitalistenklasse fortexistieren kann, entzieht sie der Produktion für ihren individuellen Konsum sage 10 m.

Dieser Betrag ist bestimmt durch die kapitalistischen Lebensgewohnheiten. Er wird in jedem Fall größer sein als das proletarische Durchschnittseinkommen. Denn auf die Stufe des Proletariats reduziert, würde die Kapitalistenklasse als solche aufgehört haben, irgend ein Interesse an der Fortführung der Produktion auf kapitalistischer Grundlage zu haben.

Da produktive Kapital 270 c + 30 c würde also vermindert um 10 m. Es fände verkümmerte Reproduktion statt. Verzehr des konstanten Kapitals, Reduktion des variablen Kapitals, in einem bestimmten Verhältnis, d. h. absoluter technischer und kultureller Rückgang der Produktion, absolute Ueberflüssigmachung einer bestimmten und wachsenden Proportion der vorhandenen Arbeitskräfte und vollständige Ueberflüssigmachung des jährlichen Zuwachses an Arbeitskräften.

Es wäre das der absolute ökonomische Untergang, eine Agonie, deren Dauer bestimmt ist durch das Verhältnis des Tributs (also auch des Mehrwerts) zum ursprünglichen produktiven Kapital.

Es ist dies eine Lage, die das Verlassen der kapitalistischen Produktionsbasis zur zwingenden Notwendigkeit für die proletarische Klasse machen würde, die in diesem Falle das allgemeine Interesse der Produktion vertritt, während die Kapitalistenklasse zur Rolle des Parasiten am absterbenden Körper der Produktion herabgesunken ist.

Der zweite charakteristische Fall ist folgender: Kapitalistenklasse B entzieht A Mehrwert im Betrage ihrer jährlichen Akkumulation, also 20 m. Es bleibt ihr gerade der Teil des Mehrwerts, den sie individuell konsumiert (10 m).

Wir hätten dann für die Produktion selbst den Fall einfacher Reproduktion, Reproduktion auf ständig derselben Stufenleiter. Das zweite Produktionsjahr würde also wie das erste und wie alle folgenden einsetzen mit dem produktiven Kapital (270 c + 300 v).

In einer Gesellschaft, deren Lebensgesetz der ständige technische und kulturelle Fortschritt ist, bedeutet einfach Reproduktion die absolute Stagnation, sie ist ebenso ein Todesurteil für diese Produktion, wie der Fall der verkümmerten Reproduktion.

Bedeutete der erste Fall den Rückfall in absolute Barbarei, so der zweite den in relative Barbarei: den technischen und kulturellen Stillstand, während die übrige Welt vorwärts schreitet.

Dieser Fall bedeutete für die Arbeiterklasse, daß der jährliche Zuwachs an Arbeitskraft vollständig überflüssig wäre. Auch er enthielte also für die Arbeiterklasse die zwingende Notwendigkeit der ökonomischen Revolution.

Nun zum dritten charakteristischen Fall.

Der Tribut sei kleiner als der jährliche Verzehr der Kapitalistenklasse A, sage 10 m. So werden ihr zur Akkumulation 10 m übrig bleiben.

[10] Der zu akkumulierende Mehrwert werde im ursprünglich gegebenen Verhältnis in konstantes und variables Kapital zerfallen.

Es ist daher Δ c = 9

$$\Delta v = 1 \left(\frac{y}{1} = \frac{90}{10}\right)$$

das 2. Produktionsjahr wird einsetzen mit den Größen

(270 + 9) c + (30+1) v

Das Jahresprodukt wird bei gleichbleibender Mehrwertrate sein

(270 + 9) c + (30 +) 1 v + (30 + 1) m = 341 K.

Die Akkumulation geht also hier weiter, aber sie ist verlangsamt gegenüber der ursprünglichen Rate der Akkumulation. Wir haben in diesem Fall relative Stagnation der Reproduktion des Kapitals. Das bedeutet, im Verhältnis zum ursprünglichen Gang der Akkumulation und zur Akkumulation der andern Länder relativen, kulturellen und technischen Stillstand, für die Arbeiterklasse die Unfähigkeit der Produktion einen Teil des jährlichen Zuwachses der Arbeiterbevölkerung aufzusaugen. Der Grad dieser relativen Stagnation steht, wie man leicht sieht, in direktem Verhältnis zur Größe des Tributs T und in umgekehrtem Verhältnis zur Größe des ursprünglichen Kapitals (c + v)-

Welche Wirkung tritt ein bei dem Kapital, das den Tribut erhebt? Beschleunigung der Akkumulation, die sich ausdrückt im Wachstum des konstanten und variablen Kapitals.

Die Arbeiterklasse des Landes, das den Tribut einstreicht, wird er, bei einer gewissen Höhe desselben, sich bemerkbar machen in steigender Nachfrage nach Arbeit. Das ist alles, was sie davon hat. Der Zuwachs an Mehrwert fällt naturgemäß an die Kapitalisten B. Die absolute oder relative Verkümmerung der Arbeiterklasse A kann unter gewissen Umständen die Arbeiterklasse B absolut genommen in ihrer Lebenslage heben, aber, indem sie die Früchte der gesteigerten Akkumulation der Kapitalistenklasse zuweist, senkt sie zugleich die relative soziale Stellung dieser Arbeiterklasse.

Nach diesen allgemeinen Sätzen über die Erhebung eines Mehrwerttributs erhebt sich die Frage: Welcher Fall liegt konkret vor in der Tributerhebung der Entente von Deutschland?

Einen Maßstab für die konkreten Verhältnisse ergibt die Höhe der Kriegsschulden im Vergleich zum produktiven Kapital, das vor dem Krieg tätig war. Die Kriegsschulden sind das exakte Maß der vernichteten Produktionsmittel. Die Vereinigten Staaten und Japan allenfalls ausgenommen, zeigt die Höhe der Kriegsschulden in allen anderen Ländern, die am Krieg teilgenommen haben, eine erschreckende absolute Verringerung des produktiven Kapitals, und damit das Gesetz verkümmerter Reproduktion an. Die Verkümmerung der Reproduktion hat in einem Maße stattgefunden,* daß auch die Tributerhebung bei den Staaten, die ihn erheben, sie nicht erheblich beeinflussen kann.

Die ökonomischen und sozialen Folgen dieser Tatsache wird man nach der Entwicklung der allgemeinen Sätze über den Einfluß der Tributerhebung auf die Reproduktion des Kapitals leicht selber ziehen können.

* *
*

Für mathematisch bewanderte Leser seien hier die Gesetze des Einflusses Mehrwerttributs auf die Reproduktion des Kapitals a l l g e m e i n entwickelt.

[11] Gegeben als Wert der Jahresproduktion der Kapitalistenklasse A

$$c + v + m = K,$$

der Mehrwerttribut sei T, das Existenzminimum für Kapitalistenklasse A sei c. (Dies ist folgendermaßen bestimmt. Ist die Zahl der Arbeiter = n, die der Kapitalisten = n′, so wird $\frac{i}{n'}$ größer sein als $\frac{v}{n}$).

Unter diesen Voraussetzungen wird in A akkumuliert

$$\Delta k = m - c - T.$$

Daher $\Delta c = \frac{c}{c+v}(m - c - T)$

$$\Delta c = \frac{v}{c+v}(m - c - T)$$

T wird Maximum, wenn m – c – T = o, woraus folgt: T = m – c.

m – c kann bezeichnet werden als das Maximum des ursprünglichen Akkumulationsfonds.

Daher: der jährliche Mehrwertstribut muß kleiner sein als das Maximum des ursprünglichen Akkumulationsfonds.

Ist T = m – c, so tritt der Fall einfacher Reproduktion ein.

$$\begin{pmatrix}\Delta c = o\\ \Delta v = o\end{pmatrix}$$

Ist T > m – c, so tritt verkümmerte Reproduktion ein; (Δ c und Δ v werden negativ).

Ist T < m – c, so tritt der Fall relativ verlangsamter Akkumulation ein (Δ c n′ und A v positiv, aber kleiner die Zuwächse des ursprünglichen Kapitals).

Bei normaler Akkumulation, ohne Tributerhebung, ist das produktive Kapital des 2. Produktionsjahres.

1) $$c + \frac{c}{c+v}(m - c) + v + \frac{v}{c+v}(m - c)$$

Bei Erhebung des Tributs D sind die entsprechenden Größen

2) $$c + \frac{c}{c+v}(m - c - T) + v + \frac{v}{c+v}(m - c - T)$$

Die Differenz zwischen der in (2) und in (1) angewandten lebendigen Arbeit ist

$$\frac{v}{c+v}(m - c) - v + \frac{v}{c+v}(m - c - T) = \frac{T}{c+v}$$

Diese Differenz ist ein Maß der Verlangsamung der Reproduktion infolge der Tributerhebung, d. h., die Differenz zwischen der ursprünglichen und der sekundären Rate der Akkumulation ist direkt proportional der Höhe des Tributs und umgekehrt proportional der Summe des ursprünglichen konstanten plus variablen Kapitals. A. T h.

*

Kommunistische Politik in Rußland.

Bericht des Genossen Lenin über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands – erstattet auf dem 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im März 1919 in Moskau. (Schluß)

A r b e i t e r k o n t r o l l e u n d A r b e i t e r v e r w a l t u n g .

Nehmen wir die Frage, mit der man sich am meisten beschäftigte: den Uebergang von der Arbeiterkontrolle zur Arbeiterverwaltung der Industrie. Hunderte von Dekreten, tausende von Beschlüssen des [12] Rates der Volkskommissare und praktischer Maßnahmen der lokalen Organe der

Räteregierung, sie alle schufen unsere politische Erfahrung auf diesem Gebiet. Das Zentralkomitee hatte im Grunde genommen nur das Fazit zu ziehen. Es vermochte kaum in einer solchen Frage im weiteren Sinne dieses Wortes zu l e i t e n . Es genügt daran zu erinnern, wie hilflos, wie spontan und zufällig unsere ersten Dekrete und Beschlüsse über die Arbeiterkontrolle in der Industrie gewesen sind. Es schien uns das am Leichtesten. In der Praxis führte es dahin, daß die Notwendigkeit des Aufbaues bewiesen wurde. Wir beantworteten aber keineswegs die Frage, w i e aufzubauen war. Ein jeder nationalisierte Betrieb, ein jedes Gebiet der nationalisierten Industrie, das Transportwesen, insbesondere der Eisenbahntransport – der stärkste Ausdruck des kapitalistischen Mechanismus, das am meisten zentralistisch Aufgebaute, auf der großen materiellen Technik Beruhende, das für den Staat besonders Notwendige – sie alle verkörperten in sich die konzentrierte Erfahrung des Kapitalismus. Aus diesen Schwierigkeiten sind wir auch bis zum heutigen Tage noch nicht heraus. Anfangs betrachteten wir diese Schwierigkeiten ganz abstrakt, wir Revolutionäre, die eine Tat predigten. Selbstverständlich stellte eine große Anzahl von Leuten Anklagen auf, wußten aber keineswegs, wie es zu machen sei; und noch bis zum heutigen Tage klagen uns die Sozialisten und Sozialdemokraten an, daß wir an die Sache gingen, ohne zu wissen, wie wir sie zu Ende führen. Aber das ist eine lächerliche Anklage toter Leute. Wer hat je eine andere der größten Revolutionen gemacht, im voraus wissend, wie er sie zu Ende führen wird, und auf welchem Wege –. Dieses Wissen wird nicht aus Büchern geschöpft. Solche Bücher gibt es nicht. Nur aus der Erfahrung der Massen konnte unser Beschluß entspringen. Und ich meine, daß unser Verdienst darin lag, daß wir unter unerhörten Schwierigkeiten an die Lösung dieser Frage gingen, die bisher uns zur Hälfte bekannt war, daß wir die proletarischen Massen zu selbständiger Arbeit heranzogen, daß wir an die Nationalisierung der Industriebetriebe herangingen usw.

Wir entsinnen uns dessen, wie wir noch im Smolny an einem Abend zehn bis zwölf Dekrete zur Annahme gelangen ließen. (Es zeigte sich darin die Entschlossenheit und das Bestreben, die Erfahrung und die Selbsttätigkeit der proletarischen Massen zu wecken. Nun verfügen wir über diese Erfahrungen, nun sind wir von der Arbeiterkontrolle dicht an die Arbeiterverwaltung der Industrie herangetreten. Nun verfügen wir an Stelle einer absoluten Hilflosigkeit über eine Reihe von Ereignisse der Erfahrung, und insofern es möglich war, haben wir in unserem Programm die Schlüsse daraus gezogen. Darüber werden wir noch eingehender sprechen müssen bei der Diskussion über die Organisationsfrage. Wir konnten diese Arbeit nicht bewältigen, wenn uns unsere Genossen in den Gewerkschaftsverbänden nicht zu Hilfe gekommen wären, und wenn sie nicht mit uns Hand in Hand gearbeitet hätten.

In Westeuropa steht die Frage anders. Man erblickt dort die Wurzel alles Unheils in den Gewerkschaftsverbänden, da die gelben [13] Vertreter des alten Sozialismus sich dieser Verbände derart bemächtigt haben, daß die Kommunisten dort diese Verbände aufs schärfste bekämpfen müssen. Viele Vertreter der westeuropäischen Kommunisten, sogar Rosa Luxemburg verlangen die Liquidierung der Gewerkschaften. Das zeigt, um wieviel die Aufgaben der Genossen in Westeuropa schwieriger sind, als bei uns.

Bei uns, wie gesagt, könnten wir uns ohne Unterstützung unserer Gewerkschaften auch nicht einen Moment halten. In dieser Hinsicht verfügen wir über die Erfahrung einer kolossalen praktischen Arbeit, die es ermöglicht, an die Lösung der schwierigsten Fragen heranzutreten. Nehmen wir die Frage der qualifizierten Kopfarbeiter, auf die wir bei jedem Schritt bei uns stoßen, und die bei der Ernennung eines jeden Staatsbeamten neu auftaucht, die jedesmal sowohl den Vertretern der Volkswirtschaft, als auch dem Zentralkomitee der Partei gestellt wird. Unter den heutigen Umständen vermag das Zentralkomitee unserer Partei nicht so zu arbeiten, daß die Form stets gewahrt wird. Wenn wir nicht die Möglichkeit hätten einzelne Genossen, die an dem Gebiete ihres Fachs selbständig arbeiten, auszuzeichnen, wäre es ganz unmöglich, jetzt in den Kriegsumständen zu arbeiten. Nur dank dem, daß wir über solche Organisatoren wie Jakob Michailowitsch Sverdloff verfügten, konnten wir so arbeiten, daß wir keinen einzigen Konflikt hatten, der irgendwie ernstlich in Betracht käme. In dieser Arbeit mußten wir unvermeidlich auch die Hilfe derjenigen Leute ausnützen, die uns ihre Dienste anboten, die aber ihr Wissen noch aus alten Zeiten her hatten.

Speziell um auf die Verwaltung der Industrie zurückzukommen: Hier konnte ohne Zuhilfenahme von hervorragenden Organisatoren und Spezialisten die Frage nicht entschieden werden. Hierüber waren bei uns Differenzen vorhanden, aber in der Hauptsache konnten keine Zweifel bestehen. Wir haben auf die Hilfe von bürgerlichen Spezialisten angewiesen, die durch und durch von der bürgerlichen Psychologie durchdrungen waren und die uns verraten haben und noch Jahre hindurch verraten werden. Nichtsdestoweniger wäre es kindisch, die Frage in dem Sinne zu stellen, ob wir den Kommunismus aufzubauen hätten nur mit rein kommunistischen Händen und ohne Zuhilfenahme bürgerlicher Spezialisten. Wir sind im Kampfe abgehärtet, wir verfügen jetzt über Kräfte und Einigkeit, aber wir müssen auf dem Wege der organisatorischen Arbeit fortschreiten, das Wissen und die Erfahrungen von Spezialisten auszunutzen. Das ist die unerläßliche Bedingung, ohne die der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann. Ohne das Erbe der kapitalistischen Kultur vermögen wir den Sozialismus nicht aufzubauen. Es kann auf nichts anderem der Kommunismus aufgebaut werden, als der Kapitalismus uns hinterlassen hat.

Praktisch haben wir eine kommunistische Gesellschaft mit den Händen unserer Feinde zu schaffen. Das scheint ein Widerspruch zu sein, vielleicht sogar ein unlösbarer Widerspruch, in Wirklichkeit aber kann nur auf diesem Wege die Aufgabe des kommunistischen Auf-[14]baues gelöst werden. Und wenn wir unsere Erfahrungen beobachten, wo wir doch tagtäglich auf diese Frage stoßen, wenn wir die praktische Tätigkeit des Zentralkomitees vor uns sehen, so scheint es mir, daß unsere Partei in der Hauptsache diese Frage gelöst hat. Das bot ungeheure Schwierigkeiten, aber nur auf diese Weise konnte sie gelöst werden. Die organisatorische, schöpferische gemeinsame Arbeit muß die bürgerlichen Spezialisten so in die Enge treiben, daß sie in den Reihen des Proletariats vorwärts zu marschieren gezwungen sind, so sehr sie sich auch dagegen stemmen, und so sehr sie dagegen Schritt für Schritt ankämpfen mögen. Wir müssen sie als technische und Kulturkräfte auf die Höhe stellen, um sie für uns zu behalten, und um aus dem unkultivierten und wilden kapitalistischen Lande ein kommunistisches Kulturland zu schaffen. Und ich glaube, daß wir während dieses Jahres gelernt haben, aufzubauen, daß wir auf dem richtigen Wege stehen und von diesem Wege uns nicht abirren lassen.

E r n ä h r u n g s f r a g e .

Ich möchte noch kurz die Ernährungsfrage und die Bauernfrage berühren. Die Ernährungsfrage war bei uns stets die schwierigste. Wir leben in einem Lande, in dem das Proletariat sich gezwungen sah, die Macht mit Hilfe des Bauerntums zu ergreifen, im dem dem Proletariat die Rolle eines Agenten der kleinbürgerlichen Revolution zufiel – bis zur Organisierung der Komitees der Dorfarmen, das heißt bis zum Sommer und sogar bis zum Herbst 1918 war unsere Revolution in erheblichem Maße eine kleinbürgerliche Revolution. Wir fürchten uns nicht, es auszusprechen. Wir haben die Oktoberrevolution so leicht vollzogen, weil das Bauerntum in seiner Gesamtheit mit uns ging, weil es gegen die Gutsbesitzer ging und weil es sah, daß wir in dieser Frage bis zu Ende gehen. Wir verwirklichten in Form von Gesetzen das, was in den Zeitungen der Sozialisten-Revolutionäre geschrieben stand, das, was das feige Kleinbürgertum versprochen, aber nicht auszuführen vermocht hatte. Als aber die Komitees der Dorfarmen sich zu gründen begannen, von dem Augenblick an begann unsere Revolution in eine proletarische Revolution überzugehen. Vor uns erstand eine Aufgabe, die wir bei weitem noch nicht gelöst haben. Außerordentlich wichtig ist aber, daß wir sie bereits praktisch gestellt haben. Die Komitees der Dorfarmen waren die Uebergangsstufe. Das erste Dekret über die Organisierung der Komitees der Dorfarmen wurde von der Räteregierung auf Veranlassung des Genossen Zurjupa durchgeführt, der zu der Zeit an der Spitze des Ernährungswesens stand. Es mußte die nicht ackerbauende Bevölkerung, die Hungerqualen litt, vom Untergange gerettet werden. Das war nur möglich mit Hilfe von Komitees der Dorfarmen als proletarische Organisationen. Als wir sahen, daß im Sommer 1918 auf dem flachen Lande die Oktober-Revolution begonnen hatte und sich vollzog, erst dann stellten wir uns auf unsere echte proletarische Grundlage, erst dann wurde unsere Revolution nicht nur in Anrufen, nicht nur in Versprechungen und Erklärungen, sondern auch in der Tat zu einer proletarischen. Wir haben auch [15] jetzt noch die Aufgabe nicht gelöst, die vor unserer Partei steht, die Aufgabe der Schaffung von Organisationsformen für die dörflichen Proletarier und Halbproletarier. Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, bei meinem Aufenthalte in Petrograd an einem der ersten

Kongresse der Landarbeiter des Petrograder Gouvernements teilzunehmen. Ich erfuhr, wie wir in dieser Frage uns noch tastend bewegen, und ich glaube, daß es unbedingt eine Vorwärtsbewegung sein wird.

Ich muß sagen, daß die Haupterfahrung, die wir durch die politische Leitung während dieses Jahres gemacht haben, darin besteht, daß wir hier unsere organisatorische Stütze suchen müssen. Wir haben diesem Ziele einen Schritt entgegen getan, indem wir die Komitees der Dorfarmen organisierten, indem wir Neuwahlen der Sowjets vollzogen, indem wir unsere Ernährungspolitik umbauten, auf welchen sämtlichen Gebieten ungeheure Schwierigkeiten uns entgegenstanden. Möglicherweise werden wir uns veranlaßt sehen, in den Randländern Rußlands, die nun wieder zum Rätesystem übergehen, in der Ukraine, im Dongebiet diese Politik entsprechend zu ändern. Es wäre ein Fehler, wenn die Dekrete einfach schablonenmäßig für alle Ortschaften Rußlands abgeschrieben worden wären, wenn die Kommunisten, die in den Räten der Ukraine und des Dongebiets tätig sind, sich damit befassen würden, diese Dekrete ohne Federlesen einfach in die anderen Gebiete weiter zu geben. Wir werden nicht wenig Eigenartiges erleben müssen. Wir können uns unter keinen Umständen durch eine einförmige Schablone binden. Wir beschließen keineswegs ein für alle Mal, daß unsere Erfahrung, die Erfahrung von Zentral-Rußland, auf sämtliche Randgebiete einfach übertragen werden kann. Wir sind eben an die Aufgabe des wirklichen Aufbaues herangetreten, wir machen eben erst die ersten Schritte in der Hinsicht, vor uns eröffnet sich ein ungeheures Arbeitsfeld.

Ich wies darauf hin, daß der erste entscheidende Schritt der Räteregierung die Bildung der Komitees der Dorfarmen gewesen ist. Das wurde von den Genossen des Ernährungsamtes durchgeführt und wurde durch die Notwendigkeit diktiert. Aber damit unsere Aufgaben bis zu Ende erfüllt werden können, sind nicht temporäre Organisationen erforderlich, wie die Komitees der Dorfarmen es sind. Bei uns in den Städten existieren ja neben den Sowjets auch noch Gewerkschaftsorganisationen, die wir als Erziehungsschulen für die rückständigen Massen benutzen.

Die Arbeiterschicht, die tatsächlich Rußland während dieses Jahres regierte und die gesamte Politik durchführte, die unsere Macht bildete, diese Schicht ist in Rußland ungemein dünn. Davon haben wir uns überzeugt. Das fühlen wir an uns. Wenn einmal zukünftige Geschichtsschreiber Angaben darüber sammeln, welche Gruppe Rußland im Verlaufe von 18 Monaten beherrschte, wieviel Hunderttausende von Personen aus Millionen diese ganze Arbeit, diese ganze Last der Verwaltung des Landes auf sich trugen, wird niemand glauben wollen, daß das bei einem so winzigen Quantum von Kräften möglich wäre. [16[(Diese Anzahl ist winzig, nicht weil intelligente, gebildete, fähige politische Führer in Rußland in geringer Anzahl vorhanden wären.) Diese Schicht war in Rußland dünn und hat sich im Laufe des verflossenen Kampfes überarbeitet, hat viel mehr geleistet, als sie vermochte. Ich glaube, daß wir auf diesem Parteitage Mittel und praktische Wege suchen werden, wie sowohl in der Industrie als auch auf dem flachen Lande neue Kräfte im Massenumfange nutzbar zu machen sind, indem die Mittelschichten zur Rätetätigkeit herangezogen werden, und zwar nur die Mittelschichten, sondern auch die unter der durchschnittlichen Mittelschicht stehenden Arbeiter und Bauern, ohne deren Zuhilfenahme im Massenumfange die weitere Arbeit unserer Meinung nach unmöglich ist.

Das mittlere Bauerntum.

Da meine Zeit bereits fast um ist, möchte ich noch einige Worte über unsere Stellung zum mittleren Bauerntum sagen. Unsere Stellung zu ihm war uns auch vor Beginn der Revolution klar. Die Aufgabe der Neutralisierung des Bauerntums war uns gestellt. In einer Massenversammlung, wo die Frage über die Stellung zu den kleinbürgerlichen Parteien zur Verhandlung stand, führte ich die genauen Worte Engels an, der darauf hinwies, daß nicht nur das mittlere Bauerntum unser Bundesgenosse ist. Engels drückte sogar seine Ueberzeugung aus, daß man vielleicht ohne Repression und ohne Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber dem Großbauerntum wird auskommen können. In Rußland hat sich diese Erwartung nicht bewahrheitet. Wir stehen, und werden im Zustande des direkten Bürgerkrieges mit den Dorfwucherern stehen. Das ist unvermeidlich. Das sehen wir in der Praxis. Aber ab und zu, dank der Unerfahrenheit der in den Räteorganisationen tätigen Genossen, dank den Schwierigkeiten der auftauchenden Fragen, fielen die für die Dorfwucherer bestimmten Schläge auf das mittlere

Bauerntum. Hier haben wir außerordentlich gesündigt. Die in dieser Hinsicht gesammelte Erfahrung wird uns erleichtern, alles dafür zu tun, um diese Fehler späterhin zu vermeiden. Das ist die Aufgabe, die vor uns steht, nicht theoretisch, sondern praktisch. Ihr wißt sehr wohl, daß es eine schwierige Aufgabe ist. Wir haben keine solchen Güter, die wir dem mittleren Bauern anbieten könnten, und er ist ein Materialist, ein praktischer Mensch und fordert konkrete materielle Güter, die wir ihm nicht zu bieten vermögen und ohne die das Land auskommen muß im Laufe des vielleicht noch monatelangen, schwierigen, aber nunmehr siegreichen Kampfes.

Wir können aber vieles in unserer administrativen Praxis tun, unseren Apparat zu verbessern, einer Reihe von Mißständen abzuhelfen. Wir können die Richtungslinien unserer Partei, die nicht genügend auf ein Bündnis, auf eine Verständigung mit dem mittleren Bauerntum hinausliefen, wir können und müssen diese Linien ausbessern und ausgleichen.

Die Internationale
Jahrgang 1, Ausgegeben am 5. Juli 1919, Heft 5/6

Ein Ende und ein Anfang.

Δ Berlin, 28. Juni 1919.

Wie Staaten sterben!

Wie lange ist die Geschichte, daß Weltreiche standen und fielen! Im traumhaften Aegypterland kamen und gingen die Reiche der Pharaonen, der Hyksos, der Ptolmäer: immer hinweg über den Rücken der Fellachen. Im Urbeginn menschlichen Erinnerns dämmert das Reich des Saigon, das erste große Reich, das vom Meer zum Meere reihte. Das Reich Alexanders, das Reich der Karthager, das Reich der Römer, die mittelalterliche, die byzantinische Kaiserpracht: sie kamen, sie schwanden und in allem Werden und Vergehen ein Hauch von trüber, gelassener Melancholie, wie sie so sterben mußten, die einst so groß, so frisch, so jung gewesen. Ein Hauch von jener müden, weichen Selbstverständlichkeit der homerischen Welt, daß die Menschen, die Geschlechter fallen, wie des Waldes Blätter im Herbst.

Sie starben bald den schlichten Tod des Greises, der sein Werk getan, sie starben bald den wilden Tod des Barbaren, der sterbend noch den Dolch in seiner Rechten blitzen läßt, sie lebten oft in Schanden und fanden im Tode doch eine heldenhafte Geste, ob deren man in später Zeit immer noch verwundert stand.

Wie starb doch – man hat das Beispiel ja oft gewählt und Deutschland hat ihr Los gezogen – wie starb die alte, üppige Phönizierstadt den Tod, den das Römerreich über sie verhängte! Es war auch in Karthago jahrzehnte-, jahrhundertelang der Tanz ums goldene Kalb getanzt worden, die reichen Handelsdynastien schwelgten in Ueberfluß, wurden weich und krank in sinnlichen Genüssen: sie rafften, sie stahlen, sie schwelgten, sie raubten, sie preßten, plünderten und praßten so wie es die H e r r e n der Welt ja immer getan.

Als aber das große Sterben über die punische Stadt kam, als die Römer unter den Mauern Karthagos standen, als sie, die Reichen Karthagos, Heimat, Ruhm und Reich, als s i e , d i e R e i c h e n , i h r Vaterland sterben sahen, taten sie den Schmus von Haupt und Armen; die Hände, die bisher nur Kostbarkeiten gezählt, versahen sich des Schwertes: Straße um Straße, Haus um Haus verteidigten sie, die Reichen, i h r Vaterland, Haus um Haus kämpften sie, Haus um Haus starben sie, Haus um Haus fraß die Flamme und als die Römer gesiegt hatten, konnten sie den Pflug über eine leere Brandstätte ziehen: nie[2]mand, die Frauen, die Kinder nicht, sollten, wollten den Sturz überleben; die Mütter mit ihren Knäblein auf den Armen stürzten sich ins Feuermeer, des Feldherrn Hasdrubal Gattin mit ihrem Kleinen als der letzten eine. Und Hasdrubal selber, der eine, einzige, der den Sturz des Reiches überlebte, starb irgendwo in Italien, sich selbst zur Schande.

„Lieber tot als Sklav“, so s a g t e n d i e H e r r e n damals, so t a t e n d i e H e r r e n damals, so lebten sie und so starben sie.

Freilich, freilich! Die in Karthago so redeten und so starben, das waren nur alte Semiten.

Was heute in Deutschland so redet, das sind die modernen Teutonen, das ist die „germanische Rasse“, die fünf Jahre lang in Belgien und Nordfrankreich es versucht, die Welt am „deutschen Wesen genesen zu machen“. Die Trümmer einer halben Welt, die niedergebrannten Städte, die Gräber der füsilierten Einwohner, die geplünderten Häuser, die im Todeskampf verzerrten Gesichter der von Giftgas Dahingerafften, die in die Erde gekrallten Hände der von Splittern Getroffenen, die verbrannten Leiber der von den Flammenwerfern Erreichten, die Kinder, die, in London und Paris, zu ihren Vätern auch die Mütter im Bombenangriff verloren haben, die Schiffe, die zu Tausenden, mit Zehntausenden von Menschenleibern drunten liegen bei den Fischen: die sind die lebendigen Zeugen dieses Versuches.

Und als der Anschlag gescheitert war, als immer mehr dem Hades zu die Schale sich neigte, auf der die 42er Geschütze, die Kruppgeschosse lagen, als das Geschick unentrinnbar wurde, als immer

stärker sich die Stricke um Arme und Beine spannten, da ward das alte Wort wieder hervorgeholt: „Lieber tot als Sklav“. In stolzen Lettern verkündeten es die Reventlow’s, aus stolzen Mienen sprachen es die Offiziere. Und stolz wie die Herren sprachen es auch stolz die Diener. Die Scheidemann und zugehörigen Schreibersknechte sprachen von der „Hand, die verdorren möge“, wenn sie den „Schandfrieden“, das „Dokument der Schmach“ unterzeichnete.

Und sie, die Reichen, die Herren? Sie saßen zu Hause, wie sie während des ganzen Krieges gesessen, sie zählten Geld, wie sie während des ganzen Krieges gezählt und nur die Absicht hat sich geändert. Im Krieg hatten sie es gezählt, um es zu erraffen, jetzt zählen sie es, um es zu verscharren: kostbare Steine, fremde Devisen, Schmuggel über die Grenze, falsche Deklarationen, das sind die Gedanken, die sie bewegen. Und daneben: Sekt in vollen Strömen, Frauen mit aufgeschürzten Röden, behangen mit Gold und Seide, Pferderennen mit ungeheurem Besuch, Totos mit nie geahnten Umsätzen, Hamsterwaren, aus allen Gauen Deutschlands zusammengetragen: so feiert die deutsche Junkerbourgeoisie, so feiern die deutschen „Händler und Helden“, so feiern die deutschen Reichen und Herren den Untergang ihres Vaterlandes und ein Held ist, wer eine Flinte heute umhängt, zur Einwohnerwehr geht [3] und unter Noske-Heine’s wehenden Zeichen an einer Treibjagd auf „Spartakus“ sich beteiligt.

„Lieber tot als Sklav!“ Ach, das hatte ja nur gegolten, als man die Millionen Proletarier hineinjagte in die Feuerschlünde; d i e sollten lieber tot sein, als daß das Vaterland der Hohenzollern, Krupp, Zitzewitz und Stumm zu Grunde gehe.

„Lieber tot als Sklav!“ Im Grauen des Tages noch, an dem der „Schmachfrieden“ unterzeichnet wurde, haben die Helden von der Feder es gebrüllt. Mit Herzklopfen schon nahm man die Zeitung in die Hand um zu lesen, wie viele der stolzen Generale, Ritter und Geschlechter, den „Tag der Schande“ nicht überleben wollten.

Ach nein. Diese stolzen Teutonen sind anders, als jene alten Semiten waren. S o haben sie es nicht gemeint. Sie alle haben es vorgezogen, auch am Tage n a c h der Schmach noch lebend und pensionsberechtigt zu sein und werden es bleiben, so lange sie es können, und die Lüttwitz und Sauberzweig werden weiter ihre Jagden auf Spartakus, die Treibjagd auf deutsche Proletarier unter Heine-Noske’s schmetternden Hörnerklängen veranstalten bis zu dem Tage, da auch ihnen das große Halali geblasen wird.

Die Lüttwitz und Sauberzweig, die großen Proletarierschlächter, werden dann um anderer Taten willen das Urteil aus den schmutzigen Händen der Lloyd George und Clemenceau empfangen, das sie aus den reinen Händen der deutschen Revolution hätten erhalten sollen. Der oder die Hohenzollern, die Ludendorff und Tirpitz, all die reisigen Paladinen einer vergangenen Pracht werden den traurigen Weg zu den Gerichtshöfen der Entente gehen und der Wind, der sie geleitet, wird noch höhnend singen: „Lieber tot als Sklav, lieber tot als Sklav“ ...

Fürwahr: in Schanden wie diese deutsche Junkerbourgeoisie gelebt, so ist sie in Schanden gestorben, keinen „Heldentod“, keine schöne Geste, die auch des Aergsten Tod zu einem Versöhnungswerke macht: auf dem Schindanger verreckend, ein Strolch im Sterben – so geht der deutschen Bourgeoisie, so geht ihr, der Reichen, Vaterland zu Grunde.

Bei alledem könnte das Proletariat gelassen stehen, wenn es noch heute das wäre, was die Fellachen waren, als die Hyksos das alte Reich, als die Pharaonen die Hyksos, als die Assyrer die Pharaonen, als die Perser die Assyrer, als die Griechen die Perser, als die Römer die Griechen, als so ein Herr den anderen stürzte und immer drunten der Fellach blieb, den Rücken gebeugt vor Lasten, mit seinem Schweiß das Land düngend, immer arm, immer hungernd, immer Lasttier, immer ausgesogen, immer bedrückt, immer der Sklave. Der Proletarier könnte geduldig und beschauend stehen, wenn seines Herrn Haus stürzt und ein Ausbeuter den anderen ersetzt und an des deutschen Kapitalisten Statt die englisch-französischen sich setzen. Er wäre dabei nur das, was er war: der Sklave.

[4] Aber das ist die Frage heute für den Proletarier nicht mehr. Die Krise, die 1914 mit dem Weltkrieg begann war nicht ein Krieg zwischen einem „Angreifer“ und einem „Verteidiger“, einem der rauben wollte, und einem der nicht rauben wollte. Sahen wir die Krise so, stellten wir die Frage so, so würden

wir, wie die Scheidemann, Müller und David feststellen, daß dieser Krieg ein „schmählicher Ueberfall“ gewesen sei mit dem einen Unterschied freilich, daß wir den „schmählich Ueberfallenden“ in Deutschland suchen würden. Wir sehen aber in dem Kriege mehr. In diesen Krieg hat nicht der deutsche Kaiser – um noch einmal die erloschene Firma zu nennen – hineingetrieben, sondern haben übermächtige Kräfte hineingetrieben, die hinter allen Hohenzollern, Lloyd George, Grey und Poincaré stehen. In diesen Krieg hat hineingetrieben der ungebändigte mächtige Strom von Produktivkräften, die der menschliche Wille hat aus toten Felsen gezaubert und der so mächtig ward, daß er die Dämme sprengen mußte, in die der Privatbesitz an Produktionsmitteln ihn drängte. Das Bett war zu eng geworden. Das Uebermaß an Waren, der Ueberschuß von Kapitalien, zusammenfließend in der Hand Weniger, geschaffen durch die Arbeit der Vielen und vor dem Konsum geschützt durch den Hunger der Vielen: d i e haben den Krieg gemacht. Die sind die Ursache des Krieges und darum ist der Krieg auch nicht zu Ende, wenn der Hohenzoller oder sein Nachfolger hier, Poincaré und Wilson dort erklären, der Krieg sei zu Ende. Dieser Krieg wird erst dann zu Ende sein, wenn die Produktivmächte der Menschheit, jenes Zusammenwirken von Natur- und Menschenkraft, wieder freifließen können, ohne Hemmungen, ohne Stauungen, ohne Wehre und ohne Seitenkanäle, die nur eines Einzelnen Land befruchten sollen.

Jetzt ist der Krieg der Wenigen gegen die Wenigen zu Ende; der Krieg der Vielen gegen die Wenigen beginnt. Er muß beginnen und fortgeführt werden, bis die Frage seiner letzten Ursache dauernd entschieden ist.

Man hat diesen Krieg den Weltkrieg genannt, nur um seines geographischen Umfanges willen. Das ist oberflächlich gesehen. Dieser Krieg war der Weltkrieg, weil er auf der ganzen Welt, die teils aktiv und teils passiv kapitalistisch geworden war, und die durchaus und überall auf Ausbeutung beruhte, die Frage der Neuregelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit aufgeworfen hat. Für die ganze Welt bedeutet der B e g i n n des W e l t k r i e g e s den B e g i n n der k r i t i s c h e n P h a s e dieser Beziehungen, bedeutet der B e g i n n der R e v o l u t i o n den E i n t r i t t des H ö h e p u n k t e s der Krise, bedeutet die Diktatur des Proletariats den Beginn der Lösung der Krise. Alle Kriege bisher ließen die Frage der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit unberührt und bedeuteten nur eine Aenderung sei es der Ausbeutungsform, sei es des Ausbeutungsobjektes; dieser [5] Krieg bedeutet den Umsturz des Ausbeutungsverhältnisses. In diesem Sinne bedeutet er den Weltkrieg, den Krieg, der die Welt nicht nur horizontal sondern vertikal erfaßt und umwühlt.

In diesem weitesten Zusammenhange aber wird auch klar, inwiefern für das deutsche Proletariat alles Geschehene nur Episode oder wirkliches Geschehnis war. Daß die Hohenzollern sanken, daß der „Schmachfrieden“ unterzeichnet wurde, daß die Ludendorff, Lüttwitz, Sauberzweig demnächst, ihr Köfferchen unter dem Arm, gen Westen wandeln werden, um dort von einem französischen, englischen, belgischen Gericht ihr Schicksal zu vernehmen, daß die Entente Milliarden Tribute erhebt vom übriggebliebenen Deutschen Reiche, daß die „Commission des Reperations“ demnächst in Deutschland die Steuern und Zölle vorschreibt, das und alles andere ist für das Proletariat nur Episode.

Das Geschehnis in allem Vergangenen, das Bleibende in allem Gegenwärtigen, das Verheißende für alle Zukunft: das ist der Stand der Weltrevolution. Diesem einen Gedanken muß das Denken des deutschen Proletariats jetzt dienen. Nicht nach „nationalen“ Beschwernissen, nicht nach parlamentarischen Bedürfnissen darf es seinen Weg orientieren: der Pivot ist die Weltrevolution.

Diesen Gedanken außer acht gelassen zu haben, ist der schwere Vorwurf, den wir gegen die Unabhängigen erheben, als sie, um der „Stimmung“ der Massen entgegenzukommen, ihre Friedensparole auf Unterzeichnung ausgaben, den schweren Vorwurf machen wir ihnen jetzt, da sie den seit Januar unendlich gewachsenen revolutionären Willen der Massen wiederum ablenken wollen in eine tote Gasse, indem sie die Parole von der „Neuwahl des Reichstags“ ausgeben, damit dort fünfzig oder sechzig oder siebzig „Unabhängige“, nur von ihrem Mandat Abhängige, dasselbe erreichen, was jetzt zwei Dutzend erreichen: Nichts.

Das deutsche Proletariat, in Rücksicht auf die Gesamtlage der revolutionären Auseinandersetzung auf der Welt hat keine Zeit mehr für neue „Extratouren“. Es hat in der Nationalversammlung des

Anschauungsunterrichtes genug gehabt über den Wert des parlamentarischen Kampfes in Revolutionszeiten. Es bedarf keines zweiten Exempels mehr.

Was dem deutschen Proletariat heute frommt das ist: daß die neue Krise, die über dem Haupte der Bourgeoisie hängt, kommt, cito, tuto, si non iucunde; schnell, sicher, wenn auch nicht vergnüglich. Die Krise muß kommen: je später sie kommt, um so größer das Trümmerfeld, über das das Proletariat zunächst zu herrschen beginnt, um so schwerer, um so länger die Zeit des Aufbaus. Je früher sie kommt, um so früher die Befreiung der Welt und der Weltrevolution von dem deutschen Block, der noch heute auf ihr lastet wie der Fels auf der Grabkammer, darin der Erlöser liegt.

[6] Danach hat sich die Taktik zu bestimmen. Nicht in frühzeitigem Putschen, nicht im „Losschlagen“, ehe das Geschick der Bourgeoisie sich erfüllt hat. Aber die Bourgeoisie hineintreiben in ihre letzte Krise, ihr alle parlamentarischen und anderen Auswege abschließen, durch keine ihrer Listen sich blenden lassen, keine ihrer parlamentarischen Manöver durch „Unterstützung“ gelingen lassen, sie, wie den gehetzten Wolf, hineinzutreiben in die Grube, die sie zu allem sich selbst gegraben: das ist die Taktik. Wenn die deutsche Bourgeoisie fällt, dann ist erst die deutsche proletarische Revolution, der Sturz der deutschen Bourgeoisie bedeutet den Beginn der zweiten Phase der Weltkrisis. Rußland, trotz heldenhaftem zweijährigen Ausharren, ist nur der vorgeschobene Posten der Weltrevolution. In Deutschland beginnt sie im Zentrum. Die Revolution in den westlichen Ländern kann unter Umständen unter dem Gesichtspunkt der Weltrevolution eine Gefahr werden, solange Deutschland, die deutsche Bourgeoisie, steht. Fällt die deutsche Bourgeoisie, dann wird die See der Revolution sich ausbreiten so weit, als dieser Krieg die Krise zwischen Kapital und Arbeit akut gemacht hat: über die Welt.

Die deutsche Bourgeoisie muß fallen. Fällt sie, dann ist für die Proletarier der ganzen Erde die Stunde gekommen, da sie das Zauberwort sprechen dürfen: Stirb und Werde!

*

Gewerkschaft, Partei und Arbeiterrat.

(Beitrag zur Beurteilung des Syndikalismus.)

Von M. J. B r a u n.

I.

Auf ihrem Wege des revolutionären Kampfes um Eroberung der politischen Macht und Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung muß die deutsche Arbeiterklasse mit der Erbschaft der vorhergegangenen Periode der „friedlichen“ Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie sich abfinden. Zu den wichtigsten Passiven dieser Erbschaft, wie es sich im Laufe des Krieges öffentlich gezeigt hat und wie es bereits vor dem Kriege von der linksradikalen Seite der Sozialdemokratie betont wurde, gehörten die Gewerkschaften. Sie wurden in den ersten Jahrzehnten der Arbeiterbewegung als eine S c h u l e f ü r S o z i a l i s m u s angesehen. Im Laufe der Zeit wurden sie zu einer Schule der Organisation des Proletariats. Nun aber dank den objektiven wirtschaftlichen Ursachen, die übrigens in verschiedenen Ländern verschieden zum Ausdruck kamen, wurden sie zu reaktionären Gebilden, die die Aktionsfähigkeit der Arbeitermassen durch bürokratische Netze lahm gelegt haben, und durch Verzettelung der großen Ziele in kleine Abschlagszahlungen die revolutionäre Stoßkraft der Arbeiterschaft verpuffen ließen. In Deutschland wurden sie dadurch in der wichtigsten Periode der vorkriegerischen Zeit der opportunistischen Theorie ausgeliefert, indem sie tatsächlich die opportunistische Praxis durchgeführt haben. Und als die Stunde kam, daß die Arbeiterschaft sich entscheiden sollte, wofür sie ihr Leben und ihr [7] Blut, ihre Gegenwart und ihre Zukunft opfern solle, da machten sie wahr, daß sie ihren revisionistischen Idealen treu geblieben sind und „fürs Vaterland, das teure“ ihre Zukunft und ihre Gegenwart geopfert haben. Es brauchte ein schweres Lehrgeld, um die Massen der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft zur sozialistischen Wirklichkeit und internationalen Pflicht zu erwecken, und es ist nicht verwunderlich, wenn die Arbeiterschaft, nachdem sie vom Sozialpatriotismus, von bürgerlichen Staatsidealen zum Internationalismus und zum proletarischen Sozialismus gelangt war, in starker Opposition gegen die Gewerkschaften, in einer Abneigung gegen die Organisation sozialistischen Verrates sich auflehnt. Die revolutionäre. Masse der Arbeiterschaft sieht in

diesen Organisationen die Diktatur der Parteibürokratie, die Diktatur des den bürgerlichen Idealen vollständig ausgelieferten Exproletariers, des treuen Knappen des nationalen Sozialreformertums, „soweit es die schwierige Lage des deutschen Vaterlandes es erlaubt“. Es ist eine tiefgehende Strömung in der Arbeiterschaft vorhanden, diese Organisation des sozialistischen Verrates vollständig zu vernichten und zu zerstören, da man von ihr nichts Gutes erwartet, in ihr keinen Organisationsapparat ihres Emanzipationskampfes sieht.

Es ist die Aufgabe unserer Partei, gegen diese Stimmung anzukämpfen; nicht weil wir in diesen Organisationen, wie es heute aussieht, Kampforganisationen sehen, nicht als ob wir nicht die Gefahr merken, die in diesen Organisationen des verknöcherten Verrates steckt, sondern um diese Organisationen in der Epoche der sozialen Revolution in den Dienst des proletarischen Endkampfes zu stellen.

Die deutschen Gewerkschaften hatten im Laufe des halben Jahrhunderts ihrer Existenz verschiedene Aufgaben zu erfüllen gehabt und waren Kinder der Epoche. Wenn sie schließlich in der schwerster Stunde ein so heuchlerisches und verräterisches Gesicht dem Proletariat gezeigt haben, so ist nicht die Organisationsf o r m schuld, sondern das Organisationsm a t e r i a l. Es steht in den Kräften der deutschen Arbeiterschaft, einen anderen Geist in die Gewerkschaften hinein zu bringen und sich dieser Organisation zu bemächtigen im eigenen proletarischen Klasseninteresse, um sie als Apparat des Aufbaues des Sozialismus zu benutzen und der Internationale zur Verfügung zu stellen. Freilich ist die Art und Weise, wie man diese Organisation den Händen der Verräter entreißt, und dem Dienste der sozialen Revolution unterordnet, nicht generell zu regeln. Im Kampfe gegen ihre Feinde kann die revolutionäre Arbeiterschaft nicht durch die Bestimmungen des Statutes gehemmt werden. Wenn es anders nicht geht, wenn alle Mittel fehlschlagen, so muß der Feind geschlagen werden, auch wenn die Organisation zerstört werden muß. Wenn es anderseits irgend möglich ist, den Organisationsapparat, ohne ihn zu zerstören, dem proletarischen Emanzipationskampfe dienstbar zu machen, so soll kein Schritt und kein Mittel unbenutzt gelassen werden, dieses Ziel zu erreichen.

Freilich, die Gewerkschaftsbürokratie hat sich verschiedene Schanzen gebaut, mit Stacheldraht ausgestattet und sich hinter Siegfried-Hindenburgslinien im Unterstand versteckt, um gegen die Offensive des Proletariats gesichert zu sein. Sie hat sich zentralistisch aufgebaut und die Exekutive aus den Händen der Generalsversammlungen in die Hände der Beamten gelegt. Sie hat eine schändliche Stellenkaufwirtschaft gepflegt und hat die untergeordneten Ausführungsorgane fest in den Händen. Die oberste Behörde ist mit allen Vollmachten ausgerüstet und jetzt obendrein mit reichen Staatsmitteln versorgt. Trotz alledem kann [8] sie nicht gegen den Willen ihrer Massenmitglieder für die Dauer aufkommen und sie muß überrannt werden.

Wenn man mit dieser lästigen Erbschaft auf diese Weise fertig werden muß, so muß für die Liquidierung der Erbschaft, die sich im Syndikalismus offenbart, ein anderer Weg eingeschlagen werden. Auch der Syndikalismus ist in der deutschen Arbeiterschaft nichts anderes als eine Erbschaft der friedlichen vorausgegangenen Periode der Arbeiterb e w e g u n g, die in einer Periode des Arbeiterk a m p f e s keine Existenzberechtigung haben kann. Der Syndikalismus ist, wie verschieden er auch in allen Ländern zum Vorschein kam, nichts anderes als ein v e r ä r g e r t e r B r u d e r d e s o p p o r t u n i s t i s c h e n G e w e r k s c h a f t l e r s. Seine Organisationsideale und seine Taktik des wirtschaftlichen Kampfes sind nichts anderes als ein aus der Verärgerung entstandenes Spiegelbild der Gewerkschaftsbewegung. Zu einer selbständigen Ideologie sowohl in bezug auf das Endziel, wie in bezug auf den Weg zum Ziele hat es der Syndikalismus nirgends gebracht, obgleich er es versucht hat, eine solche Ideologie hervorzubringen. Daß es ihm nicht gelungen ist, beweist seine Stellungnahme im Weltkrieg. Der Syndikalismus hat im Laufe des Krieges in allen Ländern, wo er mehr oder weniger starken Hinterhalt bei der Arbeiterschaft hatte, vollständig versagt, und er hat dem imperialistischen Kriege so wenig die Stirn geboten, wie die mehrheitssozialistischen Gewerkschaftler in Deutschland und die Sozialpatrioten der ganzen Welt. Es ist doch bekannt, daß der französische Syndikalismus bis auf wenige Namen, wie Bourderon, Merrheim, sich auf den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung stellte.

Daß die deutschen Syndikalisten eine andere Position eingenommen haben, war nicht in einer selbständigen Ideologie den Gewerkschaftern gegenüber begründet, sondern in ihrer Opposition zu den Mehrheitssozialisten und den Führern der Gewerkschaftsbewegung.

Weil die Gewerkschaftler zentralistisch sind, so sind die Syndikalisten föderativ und antizentralistisch, obwohl der Fehler der Gewerkschaftsbewegung nicht gerade in ihrem Zentralismus lag, sondern darin, daß sie einen „friedlichen", sozialreformerischen, den Klassenkampf verneinenden Standpunkt eingenommen haben. Die Zentralisation ist schlecht, wenn sie die Zentralisation des Eindämmens ist. Wenn sie aber zur Zentralisation des proletarischen Kampfes führt, so ist sie ein Mittel und zwar das b e s t e Mittel zur Erreichung des Zieles um Eroberung der politischen Macht. Die Kampfmittel des Proletariats müssen sich an die Kampfmittel des Gegners anpassen. In einem kapitalistischen Staate, der zentralistisch aufgebaut ist, der zentralistisch regiert, der wirtschaftlich zentralistisch lebt, kann der Entscheidungskampf nicht dezentralisiert, föderativ durch einzelne Ortskämpfe geführt werden, sondern er muß in einem einheitlich zusammengefaßten Entscheidungskampf durchgeführt werden. Selbstverständlich ist damit nicht gesagt, daß die einzelnen lokalen Kämpfe beseitigt werden sollen, daß sie schädlich sind und durch Organisationsmittel des Parteiapparates unterdrückt werden sollen. Im Gegenteil, der revolutionäre Marxismus hat nie die These verfochten, daß durch irgend eine Organisationsform oder durch eine ausgeflügelte Taktik der Massenkampf der Arbeiterschaft, an allen Orten erspart werden kann. Die Herrschaft der Arbeiterschaft muß erkämpft werden, und zwar von der Arbeiterschaft selbst, und in allen Orten, wo die Arbeiterschaft unter der Last der kapitalistischen Diktatur leidet.

[9] Nicht der Zentralismus ist Schuld, daß die Gewerkschaften zu Verrätern wurden, und auch die Dezentralisation des Syndikalismus war es nicht, was dem Syndikalismus zu Gute geschrieben werden kann. Der Syndikalismus versuchte das Gewissen der Arbeiterschaft zu wecken; er hat im Laufe seiner Arbeit nicht die schlechtesten Elemente der Arbeiterschaft um sich gesammelt und organisiert und um die Fahne des proletarischen Emanzipationskampfes geschart.

Auch nicht der Antiparlamentarismus, den der Syndikalismus gepflegt hat, kann zu seiner starken Seite gerechnet werden. Auch hier ist der Syndikalismus nicht originell, denn in der friedlichen Periode der Arbeiterbewegung paßte der Parlamentarismus der Sozialdemokratie zu dem Gesamtbild der proletarischen Organisation und war ein Glied in dem ganzen Komplex der sozialistischen Entwicklung. Man konnte den Parlamentarismus nicht durch die Propaganda der politischen Abstinenz aus der Welt schaffen, wie man nicht den Alkoholismus durch Enthaltsamkeit aus der Welt schafft. Die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie war der bürgerlichen Periode des Klassenkampfes entsprungen, und erst nachdem die historische Periode der sozialen Revolution eröffnet wurde, ist die Periode des Parlamentarismus abgeschlossen. Uebrigens was nutzte der Antiparlamentarismus der französischen Syndikalisten, wenn sie sich doch im Weltkriege auf dem Boden des bürgerlichen Kriegstaumels eingefunden haben? Sie mieden das parlamentarische Parkett jahrelang, um nachher auf dem Boden des Chauvinismus und auf den Leichenbergen den lustigen Tanz mit den Imperialisten und Kriegshetzern vorzuführen.

Die deutsche Arbeiterschaft wurde nicht durch die Propaganda des Antiparlamentarismus zur revolutionären Aktion, zum Massenkampf geführt und es ist kein Verdienst der Syndikalisten, wenn die Parole „nieder mit der Nationalversammlung" von der Arbeiterschaft mit einem lauten Echo beantwortet wurde. Was aber unzweifelhaft ein Verdienst der Syndikalisten in Deutschland bleibt, das ist die scharfe Kritik gegenüber der Aussichtslosigkeit des parlamentarischen Kampfes, und zwar zur Zeit, wo der Parlamentarismus turmhoch in den Augen der Sozialdemokratie stand. Freilich ließ die Argumentation der Syndikalisten sehr viel zu wünschen übrig. Der linksradikale Flügel der deutschen Sozialdemokratie hatte schon in den neunziger Jahren auf die Gefahr des Parlamentarismus aufmerksam gemacht, ehe noch die syndikalistische Bewegung etwas von sich hören ließ. R o s a L u x e m b u r g hatte schon im Kampfe mit dem Revisionismus die Revolution als den einzigen Weg des Sozialismus hochgehalten und den parlamentarischen Kretinismus als eine Gefahr für „den proletarischen Kampf mit beißendem Spott denunziert. Aber die Verhältnisse waren stärker als die noch so tief begründete, scharfsinnige Argumentation des revolutionären Marxismus. Der Parlamentarismus

mußte sich selbst kompromittieren, und die Massen mußten ihren Glauben an den friedlichen parlamentarischen Ausgang des historischen Klassenkampfes teuer bezahlen, um den richtigen Kampfweg zum Sozialismus wiederzufinden.

II.

Die Epoche der sozialen Revolution ist angebrochen, sie ist schon da. Die von den revolutionären Marxisten auf Grund der Analyse der wirtschaftlichen Tatsachen vorhergesehene Ankündigung der Revolution ist im dialektischen Prozeß plötzlich aus dem Weltkrieg entstanden. Die [10] Proletarier, die noch am 4. August 1914 mit Leichtigkeit sich in die Lager der kapitalistischen Vaterlandsretter hinein führen ließen, stehen jetzt im hellen Aufruhr gegen die kapitalistische Ordnung. Ueberall, wohin man sieht, ist die Revolution auf dem Marsche, wenn sie auch nicht am Ziel ist und auch noch nicht ganz klar des richtigen Weges sich bewußt ist. Im schweren opfervollen Tasten ist sie auf der Suche nach der passendsten, anpassungsfähigsten, den Erfolg am besten sichernden und elastischsten Kampfform. Die bisherigen Kampfformen genügen ihr nicht. Sie gehören der vorhergehenden historischen Periode an, sie waren gut oder schlecht, aber der anderen Situation angepaßt. Aber sie genügten jetzt nicht, andere Aufgaben sind entstanden, die andere Organisationsform bedürfen. Das Proletariat ist der „Schule des Sozialismus entwachsen, es fühlt sich im Maturitätsalter. Die „Bildungsinstitute“ des Proletariats, die Gewerkschaften und das Parlament haben, gut oder schlecht, ihm zur Reife mitgeholfen. Es tastet nach einer Organisationsform des Herrschers, wo es die gesamte Kraft des Proletariats zusammenfassen könnte in ein schlagfertiges, kampffähiges, herrschaftstüchtiges Instrument. Es sucht nach einer Organisationsform, die seine Macht im Wirtschaftsorganismus, im Produktionsprozeß voll ausnützen konnte, um sofort ins Politische zu übertragen. Dieses Instrument sieht es den aus der Revolution geborenen Arbeiterräten vor. Die Arbeiterräte fassen die proletarische Masse als etwas einheitliches in ihrer Gesamtheit, in ihrer Kraft in der Gesellschaft zusammen. Die alte Teilung in der Arbeiterbewegung in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft reicht nicht mehr aus. Die historische Rolle der bisherigen Organisationen der Arbeiterbewegung ist gründlich geändert worden. Sie alle können in dem Emanzipationskampfe in der Epoche des sozialistischen Aufbaues wichtige Stütze und wichtige Arbeit leisten, wenn sie sich ihrer wirtschaftlichen Pflichten genau bewußt wären, wenn sie sich in das System der Arbeiterräte planmäßig einfügen werden. Man muß sich freilich ganz genau der Aufgaben der Arbeiterräte bewußt werden, um diese Einführung und Arbeitsteilung vorzunehmen. In der Periode des Kampfes um die Macht bilden die Arbeiterräte die Zentralfassung der revolutionären Kräfte des Proletariats und es ist natürlich ein reaktionäres Ansinnen, wenn man in der jetzigen Epoche des tatsächlichen Kampfes um die Eroberung der politischen Macht den politischen Kampf der politischen Partei überlassen wollte, wie es die Versammlung der Funktionäre der S. P. D. Ende Juni beschlossen hat.

Nie war die marxistische These, daß jeder Kampf des Proletariats ein politischer Kampf sei, richtiger gewesen, als jetzt, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse des Proletariats eben eine politische Umwälzung zur historischen Notwendigkeit machen. Die Arbeiterschaft und die ganze Masse der arbeitenden Bevölkerung kann aus der Hungerschlinge nicht herauskommen, ohne Zerstörung der bürgerlichen Institutionen des bürgerlichen Staates. Verkehrt ist die Ansicht der einzelnen Syndikalisten, die glauben, daß es genügt, einen wirtschaftlichen Kampf zu führen und sich für den „politischen Rummel“ zu interessieren, denn man muß eben die politische Macht im Staate besitzen, um die wirtschaftlichen notwendigen Maßnahmen vornehmen zu müssen, und zwar im direkten Gegensatz zu der Bourgeoisie. Es ist die Aufgabe der Arbeiterräte, den wirtschaftlichen Kampf zusammenzufassen, und ihn in einer politischen Aktion im Interesse dieses wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft durchzuführen. Es ist freilich kein parlamentarischer Kampf, gegen den [11] sich in der jetzigen Epoche der sozialen Revolution die Arbeiterschaft in allen Ländern mit Recht abwendet; denn die Reden durchs Fenster, oder die Ueberzeugung der Bourgeoisie, oder gar irgend eine Kompromißpolitik mit den bürgerlichen Parteien auf dem politischen Parkett zu führen, ist die Zeit schon längst vorbei. Wenn die Syndikalisten an der Formulierung der politischen Aufgabe der Arbeiterräte Anstoß nehmen, indem sie gegen die Losung sind, die politische Macht im Staate zu erobern, so beweisen sie damit zum wiederholten Male, daß sie der gleichen guten Familie entstammen, wie die

Staatssozialisten und Sozialpatrioten, weil die einen den Sozialismus durch den Staat einführen wollen, so wollen diese den Sozialismus ohne den Staat einführen. Sie wollen ihn in den Betrieben einführen. So schreibt zum Beispiel im „Pionier“ Fritz Oerter folgendes:

„Wir müssen hier gleich vorweg feststellen, daß uns der letzte Weg als der geradeste und richtigste erscheint. Die syndikalistischen Gewerkschaften, die sich von aller Rechnungsträgerei und Reformisterei freigehalten haben und auf dem Boden der direkten Aktion stehen, wären wohl am ehesten berufen, die Verwirklichung des Sozialismus in die Wege zu leiten.“

Nun beweist das, daß sie von der Vergangenheit und Gegenwart herzlich wenig gelernt haben, denn der Staat ist auch eine Form der kapitalistischen Herrschaft, die historisch bedingt ist, das heißt also: Ein sozialistischer Staat ist ein Widerspruch in sich selbst. „Ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen, erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, die dazu dient, die große produzierende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu erhalten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Verwaltungsfunktionen“, sagt M a r x .

Das Rätesystem ist eben eine Form der proletarischen Herrschaft, die den Kapitalismus mit allen seinen Konsequenzen aufheben will, das heißt also, anstelle vom staatlich umgrenzten nationalen Wirtschaftsgebiet, eine durch die Föderation größerer oder kleinerer Wirtschaftsgebiete in Form der Räterepublik herbeizuführen wünscht. Ein anderer Weg des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft als auf diesem Wege der Zusammenfassung von Wirtschaftsgebieten und Wirtschaftskräften durch die proletarische Räterepublik ist nur der Weg der Nationalstaaten, der Weg der mit imperialistischen Raubtendenzen ausgestatteten kapitalistischen Nationalstaaten, die in einem ständigen Kriegszustand sich befinden.

Daß in einer Periode des Kampfes um das Endziel die Rätediktatur in den Grenzen seines bisherigen Staates vor sich gehen muß, ist bedingt durch die Tatsache, daß in den anderen Staaten die Herrschaft noch in den Händen der Bourgeoisie sich befindet. Daß aber damit die Zentralgewalt der Räterepublik mit der Zentralregierung der Bourgeoisie nichts zu tun hat, liegt auf der Hand.

Auch ist es vollständig klar, daß die proletarische Regierung[*)] das System der Produktion wählen muß, das dem Interesse der Gesamtheit am dienlichsten ist.

[12] Es ist klar, daß die Zentralisation der Produktion in einer kommunistischen Wirtschaftsordnung noch viel weiter gehen muß, als in dem kapitalistischen Staat; sie muß sich ü b e r d i e G r e n z e n des Staates erstrecken, denn sie muß die gesamten Produktivkräfte der Weltwirtschaft zusammenfassen und sie entsprechend den allgemeinen Bedürfnissen leiten. Darum können auch nicht die e i n z e l n e n B e t r i e b e von der Arbeiterschaft der betreffenden Betriebe „sozialisiert“ werden, wie es sich manche Syndikalisten vorstellen, denn das wär weder eine „Sozialisierung“ noch eine Verstaatlichung, sondern eine ganz einfache Uebertragung des Privateigentums einer Fabrik oder Werkstatt von dem Unternehmer auf eine Anzahl der Personen, die zufällig in diesem Betriebe in diesen Momenten arbeiten. Die Arbeiter werden dadurch nur zu Miteigentümern der Fabrik! Eine alte abgedroschene kleinbürgerliche Ideologie, die theoretisch schon längst überwunden, die auch praktisch in der russischen Revolution vollständig verschwunden ist. Tatsächlich versuchten die russischen Arbeiter noch zur Zeit der Regierung Kerenski als eine Antwort auf die Aussperrung oder auf die Schließung der Betriebe wegen der hohen Lohnforderungen, die Fabrik in ihre Hände zu nehmen. Man brauchte keine Strafexpedition dorthin zu schicken, sondern es genügte eine kurze Zeit abzuwarten, da kamen die Vertreter der Arbeiterschaft zu der Einsicht, daß das kein Ausweg sei, da sie kein Umsatzkapital haben, keinen Kredit von Banken bekommen können und auf keine Weise sich die für die Lohnauszahlungen nötigen Gelder anschaffen können, außer durch Verkauf des Fabrik-Etablissements. Diese

[*)] Wenn wir von der proletarischen Regierung sprechen, meinen wir natürlich nicht die Regierung von Arbeitern oder ehemaligen Arbeitern in einem kapitalistischen Staate, wie es zurzeit in Deutschland ist, sondern eine Regierung, die sich auf die Herrschaft des Proletariats in allen Orten stützt und aus den Vertretern der lokalen Arbeiterräte oder durch die Vertretung der Arbeiterräte aller Orten gewählt worden ist.

praktische Lehre der syndikalistischen Naivität hat die russische Arbeiterschaft vor der Uebernahme der politischen Macht durch die Sowjets erhalten. Nachher war die Situation insofern eine andere, als durch die Nationalisierung der Banken die Fabrikunternehmungen von dem Zentralwirtschaftsrat der Kontrolle der lokalen Arbeiterräte unterstellt wurden. Auf diese Weise wurden die Fabrikunternehmungen durch den „Staat“ finanziert, wobei sie jedoch als ein Teil des gesamten Produktionsapparates der russischen Sowjet-Republik galten. Dadurch, daß die Leitung, Administration und Kontrolle dieses Fabrikunternehmens dem lokalen Betriebsrat unterstellt wurden, die Produktion nach den Plänen und Aufträgen des lokalen und zentralen Wirtschaftsamtes durchgeführt wurde, ist die praktische Sozialisierung im Leben eingeführt.

Darum ist es auch unsinnig, den Gewerkschaften, sei es den zentralen oder den syndikalistischen Gewerkschaften, die Aufgabe zu übermitteln, die „Sozialisierung“ durchzuführen. Denn nicht die einzelnen Gewerkschaften sind die Träger des Produktionsprozesses, sondern die Gesamtheit der Gewerkschaften; die Schneider- oder Metallarbeitergewerkschaft können ganz gut sich in die Arbeitsverhältnisse der Schneider oder der Metallarbeiter einfinden, wenn sie aber die Schneiderwerkstätten oder die Metallfabriken in Bewegung setzen wollen, müssen sie nicht nur Rohmaterialien versorgen, sondern auch für den Absatz sich bemühen. Dazu gehört eben eine Organisation, die die Interessen des gesamten Produktions- und Verteilungsprozesses umfaßt. Diese Organisation bilden eben in Rußland die Wirtschaftsräte, die eine der wichtigsten Teile der Arbeiterräte lokal und zentral sind. Sie müssen im engsten Kontakt mit der Machtorganisation des Proletariats am Orte und im Zentrum stehen, weil sie die Kontrolle über alle Produktionsquellen haben müssen, und auch Macht haben sollen, die Verteilung vorzunehmen. Darum sind die Wirtschafts-[13]räte auf die Gewerkschaften und Genossenschaften aufgebaut.

Hier kommen wir auf die Frage zu sprechen, welche Rolle den Gewerkschaften und den Genossenschaften in dieser Periode des Aufbauens zukommt. Es ist natürlich ein blöder Unsinn, wenn man den Gewerkschaften in einer Zeit, wo die Herrschaft dem Staate des Proletariats zukommt, die gleichen Aufgaben – Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer – zuteilt, welche sie in der kapitalistischen Gesellschaft mehr oder weniger geschickt erfüllt haben.

Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft gegenüber dem Staat? dem Privatunternehmer? dem Kapital? Die existieren ja in einem proletarischen Staate nicht. Freilich darf man sich nicht die jetzt existierende „sozialistische Republik“ als einen „sozialistische Staat“ denken, denn solange die Bourgeoisie die Besitzerin der Produktionsmittel ist, oder solange der Staat die diesen Besitzern eine Entschädigungssumme zu zahlen verpflichtet ist, ist der Staat ein kapitalistischer. In einem solchen Staat haben die Gewerkschaften die Pflicht, die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den Kapitalisten noch weiter hinzunehmen. Dagegen ist in einem Staate, wo die Herrschaft des Proletariats durchgeführt worden ist, die Aufgabe der Gewerkschaften eine vollständig andere. Sie sind ein Organ, die für die inneren Arbeitsverhältnisse in den Betrieben im Interesse der Arbeiterschaft und der Produktion Sorge tragen müssen. Sie sorgen für die Arbeitsfähigkeit des Betriebes und für die besten Bedingungen für die Arbeiterschaft. Auch ist ihre Aufgabe, in der Uebergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus die Lohnfrage im Interesse der Arbeiterschaft zu besorgen. Damit ist für die Gewerkschaften, die noch außerdem für die Verteilung der Arbeitskräfte im Lande sorgen müssen, ein ganz gewaltiges Feld in der sozialistischen Wirtschaft übrig geblieben.

Wie die Genossenschaft das Organ oder den Kern der Organisation der Produktionsverteilung bildet, wie die Gewerkschaften die Organisation der Verteilung der Arbeitskräfte bildet, so bilden die Wirtschaftsräte in den Arbeiterräten das Organ zur Leitung der produktiven Kräfte.

In der Epoche des Kampfes um die politische Herrschaft des Proletariats können die Gewerkschaften auch noch ihre Pflicht als Organisation der Arbeiterschaft erfüllen, wobei sie natürlich gründlich gereinigt werden sollen und auf dem Standpunkte des Kampfes um das Ganze stehen müßten.

Von diesem Standpunkt aus müssen wir die Rolle des Syndikalismus, und der Gewerkschaftsbewegung behandeln. Die eine wie die andere Form hat ihre historische Aufgabe in der Vergangenheit gehabt. Die Gegenwart und die Zukunft fordern eine entsprechende gründliche Aenderung der

Aufgaben und der Ziele. Den Gewerkschaften und den Syndikalisten muß man ihren Platz in dem Entscheidungskampf um die politische Herrschaft anweisen. Die kommunistische Partei, die nicht durch ihre Organisation, sondern durch ihre Ideologie die Wegführerin des Proletariats in diesem Kampfe ist, muß dafür sorgen, daß diese Organisation dem einheitlichen Kampfe dient, und die einheitliche Front des proletarischen Kampfes nicht durchbrechen darf.

*

[14]

Der Gesetzesentwurf über die Betriebsräte.

Von E. L u d w i g

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, um die völlige Unfähigkeit und Sterilität der Gewerkschaftsführer darzutun, die eine ungnädige Laune des Schicksals zu deutschen Ministern gemacht hat, – der Gesetzesentwurf von Herrn B a u e r, dem zweiten Vorsitzenden der Generalkommission, geleiteten Reichsarbeitsamts über die Errichtung von Betriebsräten hätte ihn endgültig erbracht. Nicht nur, daß dieser Gesetzentwurf bar jeder Idee ist, – jede Bürokratie ist schließlich ihrem Wesen nach ideen- und geistlos –, nein er ist derartig durchsetzt mit kleinlicher Ranküne und Schikane gegen das revolutionäre Proletariat, wie man sie selbst bei den durch die Revolution aus ihre beschauliche Ruhe aufgescheuchten Gewerkschaftsbeamten kaum für möglich gehalten hätte.

Ultra posse nemo obligatur – auch von deutschen Gewerkschaftsführern soll niemand unmögliches verlangen. Und es hieße wirklich Widersinniges fordern, wollte man von den L e g i e n und B a u e r s, den W i s s e l s und Robert S c h m i d t s erwarten, daß sie den vorwärtsdrängenden Arbeitermassen als Führer und Wegweiser vorangehen und die Betriebsräte zu dem gestalten würden, was sie sein sollen: Die Hebel zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, die Organe zur Einleitung der Sozialisierung. Aber was selbst von diesen Mittelmäßigkeiten zu fordern ist, was von jedem Subalternbeamten verlangt wird, daß er die Pflicht erfüllt, zu der er bestellt ist, selbst das haben die Herren nicht geleistet. Sie haben als Gewerkschaftsbeamte, als welche sie seit Jahren gewählt und bezahlt sind, die Rechte ihrer Mitglieder schmählich preisgegeben. Sie haben in ihrem Gesetzentwurf nicht nur darauf verzichtet, ihren Auftraggebern, der organisierten Arbeiterschaft, neue Rechte zu sichern, sie haben es nicht einmal verstanden, die Rechte, die Arbeiter und Angestellte in heißen Kämpfen mit dem Unternehmertum sich bereits erobert hatten, zu wahren. Das Mitbestimmungsrecht der Angestellten und Arbeiter bei Einstellung und Kündigung, der Anlaß und das Kernstück des Entwurfs, ist, wenn das Machwerk je Gesetz werden sollte, in ein leeres Nichts aufgelöst. Rückzug auf der ganzen Linie, eine glatte Kapitulation vor den Forderungen des Unternehmertums – das ist das Kennzeichen der 43 Paragraphen.

Das ist überhaupt die Grundursache des dauernden Versagens der Gewerkschaftsführer: ihre sklavische Abhängigkeit vom Kapitalismus. Die Tatsache, daß das Proletariat, solange es seine Fesseln noch nicht abgeworfen hat, am Schicksal der kapitalistischen Gesellschaft mitbeteiligt ist, hat sich für sie in eine Anteilnahme an dem Wohlergehen dieser Gesellschaft verwandelt. Ihr Kampf, Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zu erzwingen, ist umgeschlagen in die Sorge um den lohn- und arbeitsspenden Kapitalismus. So ist ihre ganze Organisations- und Bureauarbeit, das Ausschreiben der Mitgliedsbücher, das Sammeln der Beiträge, die Einrichtung der Kranken-, Sterbe- und Arbeitslosenkassen zu einer Arbeit f ü r den Kapitalismus geworden, ihm eine stets zufriedene Arbeiterarmee bereit zu halten. Tun, Denken, Fühlen, die ganze Ideologie der Gewerkschaften ist auf diese Weise durch ihre Tätigkeit rein kapitalistisch-imperialistisch geworden. Sie bewähren sich statt als Anführer des Klassenkampfes des [15] Proletariats als Funktionäre des Kapitalismus, Subalternbeamte der wirtschaftlichen und politischen Leiter der bürgerlichen Gesellschaft. deren Ideengänge sie blindlings folgen.

Nun aber diese Subalternbeamten selbst an die Spitze der ganzen Bürokratie als Minister getreten sind, da muß es ihnen so gehen, wie etwa einem Gerichtsschreiber, der sein ganzes Leben lang Zahlungsbefehle ausgeschrieben hat, und auf einmal Präsident des Reichsgerichts wird. Indem sie Minister wurden, haben sie sich nicht dem Amte angepaßt, sie haben vielmehr das Amt sich angepaßt,

indem sie die Minister zu Gewerkschaftsfunktionären gemacht haben. In der neuen Stellung gehen sie ihren Trott ruhig weiter. Nichts von den neuen Ideen der Revolution, die ihnen das Amt gab, ist bei ihnen zu finden; nicht nur weil sie als Subalterne beides, das Neue und die Ideen hassen, sondern weil die Revolution des Proletariats, indem sie den Kapitalismus aufheben will, auch sein Widerspiel, die deutschen Gewerkschaften in ihrer gegenwärtigen Form und damit ihre eigene Existenz verneint.

Damit ist auch das „Ergebnis jeglicher gesetzgeberischer Tätigkeit dieser Gewerkschaftsmitglieder von vornherein bestimmt: sie kann nicht proletarisch-revolutionär sein. Und sie kann nur kapitalistisch-reaktionär sein. Und sie muß, da die Gesetzgeber Subalterne sind, sich in alten ausgefahrenen Gleisen bewegen. Der Gesetzentwurf des Herrn Bauer wird allen diesen Forderungen gerecht. Er ist nichts weiter als eine Neuauflage des Prachtstücks gewerkschaftlicher Gesetzgeberei: der Arbeiterschutzbestimmungen, des guten alten Hilfsdienstgesetzes, dessen Paragraphen über die Arbeiterausschüsse er mit dem illusorischen Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer etwas modern aufputzt.

Dabei können sie sich nicht einmal rühmen, auf diese Weise im Sturm der Zeit wenigstens die sozialpolitischen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes erhalten zu haben. Gewiß – die mit der tätigen Beihilfe eben derselben L e g i e n s und B a u e r s durch den preußischen Militarismus ausgeheckten Knebelungsvorschriften dieses Schandgesetzes, die den Arbeiter wehrlos an die Fabrik gebunden haben, stehen nicht im Gesetzentwurf über die Betriebsräte. Sie sind darum nicht tot. In W i s s e l s Entwurf einer gebundenen Planwirtschaft ist die Bindung der Arbeiterschaft, die Aufhebung des Streikrechts, das Hauptstück. Und schon veröffentlicht die Berliner „Freiheit“ den Entwurf einer Zuchthausvorlage, gegen den der bereits unter Wilhelm aufgehobene § 153 der Gewerbeordnung ein Kinderspiel ist. Jeglicher freie Wille des Arbeiters, eine freie Verfügung über seine Arbeitskraft soll vernichtet werden.

Die Gewerkschaftsführer sind von den kapitalistischen Gedankengängen, so sehr abhängig geworden, daß ihnen Arbeiterausschüsse selbst in der kläglichen Form des Hilfsdienstgesetzes undenkbar zu sein scheinen ohne Arbeitszwang. Das Hilfsdienstgesetz a l s G a n z e s ist und bleibt der Angelpunkt ihrer wirtschaftlichen Einsicht. Aus ihr heraus ist der Gesetzentwurf über die Betriebsräte erwachsen.

II.

Es ist keine angenehme Aufgabe, das Machwerk des Herrn Bauer, das die ganze Arbeiterschaft, das alle Angestellten ohne Rücksicht auf ihre politische Stellung unter vernichtender Kritik abgelehnt haben, noch einmal in seinen Einzelheiten totzuschlagen. Es muß jedoch geschehen, um die Unfähigkeit der Gewerkschaften schon zur sozialen – nicht etwa sozialistischen Gesetzgebung aufzuzeigen.

[16] Am wenigsten schlecht sind noch die f o r m a l e n Bestimmungen über die Art und Weise der Bildung der Betriebsräte und des Zusammentretens der Betriebsversammlung. Doch stößt man hier schon, wo von den Befugnissen und Aufgaben der in Betriebsversammlung und Betriebsrat zusammengefaßten Arbeiterschaft des Unternehmens noch nicht die Rede ist, auf Schritt und Tritt auf das geradezu kleinlich ängstliche Bemühen, dem Unternehmer nur ja nicht wehe zu tun, ihn in seinen wohlerworbenen Rechten als absoluten Herrn des Betriebes so wenig wie möglich zu beeinträchtigen.

Gleich im Beginn des Gesetzes fällt auf, daß der Begriff des Arbeiters nicht näher bestimmt ist, während der Begriff des Angestellten durch einen rein formal-schematischen Hinweis auf das Versicherungsgesetz für Angestellte umgrenzt wird. Nun bedarf der Begriff „Arbeiter“! gewiß keiner näheren Bestimmung, wenn darüber Einverständnis besteht, daß als Arbeiter nur anzusehen ist, wer im Produktionsprozeß durch Ausgabe seiner Arbeitskraft Schöpfer des Wertes ist. Ob dies freilich die Auffassung der Gesetzgeber ist, ist mehr als zweifelhaft. Denn diese Auffassung bedeutet, den Klassenkampf dort anzuerkennen, wo er sich täglich neu entzündet: an der Stätte der weltbildenden Arbeit – eine Auffassung, die mit den von den Gewerkschaften vertretenen Ideen der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit im Widerspruch steht. Um so mehr dürfte es geboten sein, in einem Gesetz, das die revolutionäre Organisation der Arbeiterschaft wenigstens zum Teil ordnen soll, den Versuch zu machen, die Stellung der Arbeitnehmer im Produktionsprozeß, für die Begriffsbestimmung gesetzgeberisch zu verwerten.

Charakteristisch für die kleinliche Aengstlichkeit, mit der Herr Bauer an die Gesetzgebung gegangen ist, ist das offensichtliche Bestreben, den Kreis der zur Wahl von Betriebsräten berufenen Arbeitnehmer möglichst zu verengern. Einmal sind bestimmte Schichten der Arbeitnehmerschaft überhaupt von der Bildung der Betriebsräte ausgeschlossen. Dazu gehören die Beamten des Reiches, der Bundesstaaten, der Gemeindeverbände und der Gemeinden (§ 3); ferner die Arbeiter der Verkehrsanstalten des Reichs und der Gliedstaaten. Hier sollen die bereits vorhandenen Räteorganisationen durch besondere Vereinbarungen zwischen den zuständigen Betriebsleitungen und den Gewerkschaften über die Errichtung eines Gesamtbetriebsrates für das Verkehrsgebiet einfach beseitigt werden, (§ 9). Schließlich kann durch Tarifvertrag die Anwendung des Gesetzes auch die unter den Tarif fallenden Berufsgruppen ausgeschlossen werden (§ 4). Mit dieser Bestimmung ist die Bresche gelegt, durch die die Gewerkschaften das ihnen selbst in der verballhornten Form verhaßte Rätegesetz zu Fall bringen wollen.

Gefährlicher noch ist die zweite Beschränkung: die Begrenzung des Wahlrechts. Das aktive Wahlrecht haben alle 20 Jahre alten Arbeitnehmer, das passive erst die 24 Jahre alten Reichsangehörigen (§ 10). Es finden sich also in der Tat Arbeitervertreter, Demokraten, die für eine Vertretung, die grundsätzlich aus den Ausgebeuteten der kapitalistischen Unternehmungen gebildet werden soll, das Wahlrecht einem Teil dieser Ausgebeuteten, den Jugendlichen unter 20 Jahren nehmen, also gerade denen, die als Lehrlinge am schwersten unter der Unternehmerwillkür zu leiden haben. Trauen sie diesen Jugendlichen nicht genügende Reife für die Wahl zu, nun, so beseitigte man die kapitalistische Aus-[17]beutung der Jugend. Das ist der einzige Weg, ihr das Wahlrecht zu nehmen.[*)]

Für die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf 24 Jahre fehlt es an jeglicher Begründung, wenn man nicht annehmen will, daß Herr Bauer und seine Unternehmerfreunde für die Intelligenz der Nationalversammlung weniger besorgt sind, als für die des Betriebsrates. Besonders gut steht die Begrenzung des passiven Wahlrechts auf Reichsangehörige den Leuten, die gerade in diesen Tagen die Internationale immerzu im Munde führen.

Die Frage der Vertretung der Angestellten im Betriebsrat im Verhältnis zur Vertretung der Arbeiter wird ebenfalls nur halb und ohne Entschiedenheit gelöst. Der Entwurf lehnt zwar die Bestrebungen mancher Angestelltengruppen nach einer zu großen, ihrer Stärke im Betriebe nicht entsprechenden Vertreterzahl ab, begünstigt aber gleichzeitig das Streben nach Zünftlertum und Absonderung dadurch, daß grundsätzlich Angestellte und Arbeiter in getrennten Wahlkörpern zum Betriebsrat wählen sollen; nur auf gemeinsamen Beschluß beider Wahlkörper können sie zu einer einheitlichen Wahlhandlung zusammentreten (§ 10). Dem entspricht die vorgesehene Trennung des Betriebsrats in eine Gruppe der Angestelltenvertreter und eine solche der Arbeitervertreter zur ausschließlichen Wahrnehmung der Sonderinteressen jeder Gruppe (§ 18). Es ist klar, daß die Solidarität der verschiedenen Arbeitnehmerschichten, die sich bereits in den Streiks praktisch bewährt hat, durch eine derartige Trennung nicht gefördert wird. Es ist daher die Bildung einheitlicher Wahlkörper aller

[*)] Die Vollversammlung der Berliner Betriebsvertrauensleute der „Freien Jugend“ hat am 5. Juni 1919 unter schärfstem Protest gegen den Gesetzentwurf folgende Gegenvorschläge gemacht:
„Es sind Jugendbetriebsräte als Vertreter der Lehrlinge und aller jugendlichen Arbeiter und Angestellten im Alter von 14 bis 20 Jahren anzuerkennen. Gewählt werden diese Jugendbetriebsräte von allen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr vollendet und das 20. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte. Der Jugend-Betriebsrat entsendet in den Betriebsrat der erwachsenen Arbeiter und Angestellten desselben Betriebes stimmberechtigte Vertreter im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Jugendlichen, mindestens aber einen. Die Jugend wählt außerdem ihre Vertreter zum Arbeiterrat. in den Vollversammlungen der Jugend-Betriebsräte. Mit Vollendung des 20. Lebensjahres ist selbstverständlich das aktive und passive Wahlrecht zu den Betriebsräten der Erwachsenen jedem Arbeitnehmer zu zuerkennen.“
Dazu wäre zu sagen, daß die Bildung besonderer Jugendbetriebsräte sich kaum empfiehlt. Der Betriebsrat soll die Gesamtheit aller Ausgebeuteten eines Betriebes vertreten. Die Bildung besonderer Räte innerhalb der Betriebsräte führt zu Sonderbündelei und zur Zersplitterung. Die Rechte der Jugendlichen sind gewahrt durch das ihnen zustehende Wahlrecht. Da Verhältniswahl vorgesehen ist, so können sie eine ihrer Anzahl entsprechende Vertretung in den Gesamtbetriebsrat delegieren, ohne daß es des Umwegs des Jugendbetriebsrates bedarf. Der Betriebsrat kann dann seinerseits einen Ausschuß für Jugendfragen einsetzen, dem die gewählten anzugehören haben.

Betriebsangehöriger, sowie eines einheitlichen Betriebsrates, der für alle Entscheidungen gemeinschaftlich verantwortlich ist, zu fordern.

Am meisten zeigt sich die kleinliche Sorge der Gewerkschaftler für das Unternehmertum in dem geradezu rührend ängstlichen Bestreben, die Befugnisse des Betriebsrats, die Souveränität der Betriebsversammlung schon rein formell durch die auf Schritt und Tritt geforderte Mit-[18]wirkung und Zustimmung des Unternehmers bei den Beschlüssen dieser Körperschaften einzuschränken.

Der Unternehmer hat die erste Betriebsversammlung, die erste Betriebsratssitzung einzuberufen (§§ 11, 25). Hat er sich schon dem unangenehmen gesetzlicher Zwang nach Errichtung der Betriebsräte zu fügen, so soll wenigstens nach außen jeder Schein der Entstehung der Räte aus eigenem Recht der Arbeiter durch die Ausübung des Selbstversammlungsrechts der Ausgebeuteten vermieden werden. Als absoluter Herr, gleich dem König von Preußen, beruft der Unternehmer als unumschränkter Leiter der Produktion das Parlament, das mitreden soll, da es nun eben nicht anders geht, aber nicht mithandeln darf. Und gleich dem König hat er Einfluß auf die Beratung der Betriebsversammlung, auf den Bestand des Betriebsrates. Auf sein Verlangen hat die Betriebsversammlung, hat der Betriebsrat zur Beratung über von ihm gewünschte Punkte zusammenzutreten (§§ 36, 25). Auf sein Verlangen kann der Schlichtungsausschuß den Betriebsrat auflösen. (§ 33) oder ein ihm mißliebiges Mitglied aus ihm entfernen (§ 30). Mit Widerstreben hat Herr Bauer das Recht der Betriebsversammlung auf die jederzeit zulässige Zurückberufung des Betriebsrat oder einzelner seiner Mitglieder durch die Betriebsversammlung anerkennen müssen. Aber es genügt ihm nicht, die Fassung eines solchen Beschlusses durch das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit der Wahlberechtigten (nicht der in der Versammlung erschienen!) zu erschweren, als ausgleichende Gerechtigkeit gibt er dem Unternehmer das gleiche Recht und fälscht so auf das schamloseste den Rätegedanken. Der Arbeitgeber hat weiter zuzustimmen bei der Festsetzung der Höhe der Mitglieder des Betriebsrates abweichend von den Bestimmungen des Gesetzes (§ 5), bei der Bildung von Abteilungs- und Gesamtbetriebsräten (§§ 7, 8), bei der Einberufung der Betriebsversammlung während der Arbeitszeit (§ 36). So legt der Gesetzentwurf von vornherein jeder selbständigen Bewegung der Arbeiter überall, selbst in allen Kleinigkeiten, Fußangeln. Statt des Mitbestimmungsrechts der Räte in Produktion und Leitung, das der Entwurf illusorisch macht, konstatiert er die Souveränität des Unternehmers. Der Entwurf schafft eine konstitutionelle Fabrik, aber nicht im Sinne etwa des englischen Parlamentarismus, bei dem die Fülle der Gewalt in der Volksvertretung liegt. Das Ideal der Gewerkschaftsführer, wie ihres politischen Freundes Heine, ist, das alte Preußen, bei dem die Blöße des Absolutismus durch einen Scheinparlamentarismus notdürftig verdeckt war.

III.

Das Unternehmertum und die Gewerkschaften haben in der Arbeitsgemeinschaft ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die revolutionäre Arbeiterklasse geschlossen. Herr Bauer ist bündnistreu: die Bestimmungen des Gesetzentwurfes über die Rechte und Pflichten der Betriebsräte und der Betriebsversammlung, der materielle Inhalt des Gesetzes, sind von Anfang bis zu Ende ein Verrat an der Arbeiterschaft.

Für das revolutionäre Proletariat sind die Betriebsräte die Vortrupps, die in jedem einzelnen Unternehmen, in jeder Zelle der Produktion durch Beschränkung des Unternehmers in der Leitung des Produktionsprozesses, durch seine allmählich durchzuführende Ausschaltung aus ihnen die Sozialisierung vorbereiten, und die Arbeiter zur Produktionsleistung reif machen sollen. In dem von Arbeiterführern während der deutschen Revolution geplanten Gesetzentwurf findet sich [19] über diese höchste und brennendste Aufgabe, die das Proletariat zu lösen hat, die es von den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung befreien soll, kein Wort. Nur im § 15 Ziff. 11 des Entwurfs macht Herr Bauer von dem Sozialisierungsproblem eine ebenso kühle, wie abweisende Verbeugung, wenn er es als Aufgabe des Betriebsrats bezeichnet:

„in den vergesellschafteten Unternehmungen Vertreter in die zur Leitung und Ueberwachung der Bewirtschaftung eingesetzten Körperschaften zu entsenden.“

Das ist alles. Ein Wahlrecht zu Produktions- und Arbeitskammern, die vorläufig kaum als Projekt vorhanden sind, damit erschöpft sich die Mitwirkung der Arbeiterschaft an ihrer Befreiung.

„Schuster, bleib bei deinem Leisten" – das ist das Motto, das über die Bestimmungen gesetzt werden kann, die die Aufgaben der Betriebsräte regeln soll. Der Unternehmer ist und bleibt unumschränkter Herr des Produktionsprozesses. Der Arbeiter kümmere sich nicht um Dinge, die seiner minderen Einsicht doch verschlossen sind. Nur bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses, der Beziehung des Ausgebeuteten zum Ausbeuter darf der Betriebsrat m i t r e d e n , und auch hier nur insoweit, als es dem Unternehmer, seinem Profit, förderlich ist. Das gilt sowohl für die Regelung der allgemeinen Aufgaben des Betriebsrat wie für das Mitbestimmungsrecht für Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer.

Die allgemeinen Aufgaben des Betriebsrats sind in § 15 unter 11 Ziffern umschrieben.

Er hat über die Durchführung der Tarifverträge und den für den Betrieb bestehenden gesetzlichen und Unfallverhütungs-Bestimmungen zu wachen; dabei ist ihm das Recht, selbst Unfalluntersuchungen vorzunehmen, ausdrücklich abgesprochen; er darf nur dabei sein, wenn der Arbeitgeber sie vornimmt, oder vornehmen läßt (§ 16 Abs. III).

Er hat bei der Regelung der Löhne „mitzuwirken".

Er hat die Arbeitsordnung mit den Unternehmern zu „vereinbaren", d. h. die vom Unternehmer selbstherrlich erlassene zu begutachten. Eine Entscheidung steht nicht ihm, sondern im Notfalle dem mit dem Rätesystem in keinem Zusammenhang stehenden Schlichtungsausschuß zu (§ 19).

Er hat das Einvernehmen unter den Arbeitern und mit dem Unternehmer zu fördern und bei Streitigkeiten den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Das Hilfsdienstgesetz drückte alles das viel klarer und präziser aus: „Dem Arbeiterausschuß liegt es ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen, und sich darüber zu äußern."

Die auf diese Weise in § 12 des Hilfsdienstgesetzes eindeutig festgelegte Ohnmacht des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer, verbricht Herr Bauer nochmals ausdrücklich in seinem Entwurf.

Doch damit nicht genug. Der Betriebsrat hat noch andere Aufgaben. Er hat über vorkommende Streiks geheime Abstimmungen zu veranstalten, das beliebte Mittel der Gewerkschaften zur Abwürgung des Streikrechts. Er hat schließlich [20] den Arbeitgeber bei der Betriebsleitung durch Rat und Tat zu unterstützen und für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistungen zu sorgen.

Hier ist mit dürren Worten die eigentliche Funktion der von Herrn Bauer und seinen verbündeten Unternehmerverbänden dem Proletariat gütigst gewährten Betriebsräten nach Absicht dieser Herren enthüllt: der Betriebsrat soll der Arbeiter, der Zwischenmeister sein, zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit, zur Erhöhung der Mehrwertrate, zur Erhöhung des Profits. Damit ist die organische Verbindung des Gesetzentwurfes mit den projektierten Gesetzen über Zwangsarbeit und Aufhebung des Arbeiterrechts gegeben, welche Verbindung im Hilfsdienstgesetz schon vorhanden war.

Mit der Regelung des M i t b e s t i m m u n g s r e c h t s ist endlich der tiefste Stand des Entwurfs erreicht. Breite Schichten des Proletariats, die ökonomisch und ideologisch mehr als alle anderen kapitalhörig waren, die Angestellten und Bankbeamten, hatten sich in gewaltigen Streiks erhoben, um dieses Recht durchzusetzen. Sie wollten nicht sozialisieren, sie wollten keinen Anteil an der Produktionsleistung; sie wollten nur Schutz vor der Willkür des Unternehmers bei der Einstellung und Entlassung, vor der Herrenlaune, die durch nichts beschränkt den Angestellten jederzeit, rechtlos machen, ihn durch Einstellung von Direktionsschützlingen am Fortkommen hindern konnte. Die Angestellten haben ihren Willen, gegen solche Willkür geschützt zu sein, wenigstens teilweise durchgesetzt. In Vereinbarungen mit den Unternehmern haben diese den Angestelltenausschüssen eine

gewisse Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung einräumen müssen. So bestimmt z. B. der Reichstarifvertrag für das Versicherungsgewerbe:

Kündigungen und Entlassungen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Angestelltenausschusses oder bei Nichteinigung nach Zustimmung der Schlichtungskommission vorgenommen werden.

Bei Neueinstellungen, Beförderungen oder Versetzungen steht dem Angestelltenausschuß das Recht des Einspruchs zu, wenn die Neueinstellung, Beförderung oder Versetzung gegen berechtigte Interessen der Angestellten im allgemeinen verstößt. Der Einspruch muß schriftlich begründet werden. Wird eine Verständigung nicht erzielt, so entscheidet die Schlichtungskommission.

Aehnlich ist die Frage bei den Bankbeamten und anderen Kategorien der Angestellten geregelt.

Aber selbst diese bescheidene Einschränkung, nicht Ausschaltung des Unternehmerabsolutismus, die mit Sozialisierung nichts zu tun hat, ist den Kapitalisten unerträglich. Sie stellen sich hinter ihren Verbündeten, Herrn Bauer, damit er ihnen helfe. Und Herr Bauer enttäuscht ihre Hoffnung nicht. Er gibt bereits erworbene Rechte der Arbeiter und Angestellten preis.

Statt bei der Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer m i t z u w i r k e n , dürfen die Betriebsausschüsse nach dem Entwurf nur mitreden. Der Arbeitgeber allein stellt ein und kündigt. Seine Willenserklärung ist allein maßgebend, allein rechtsverbindlich. Eine Zustimmung des Ausschusses ist zur Rechtswirksamkeit der Anstellung oder Kündigung nicht nötig. Nur eines muß er tun: er muß von der Einstellung und Entlassung dem Betriebsrat Kenntnis geben. Dieser kann dann Einspruch erheben, und den Schlichtungsausschuß anrufen, der dann endgültig entscheidet. Inzwischen bleiben aber Anstellung und Kündigung gültig; der gekündigte Angestellte muß sich eine neue [21] Stellung suchen, ist dem ganzen Elend, der Angst und Entwürdigung des von der Arbeitslosigkeit bedrohten Stellungsuchenden ausgesetzt, nur weil die Zustimmung des Arbeitsausschusses nicht mehr zur Wirksamkeit der Kündigung erforderlich ist. Ebenso ist dem Neueingestellten nichts damit genützt, daß der Unternehmer ihn zunächst ohne Zustimmung des Ausschusses anstellen kann. Entscheidet der Schlichtungsausschuß gegen ihn, so muß er entlassen werden, und ist nun vielleicht stellungslos, wenn er mit Rücksicht auf die Neueinstellung, der er nachzukommen nach dem Entwurf verpflichtet ist, seine frühere Stellung aufgegeben hat.

So setzt der Entwurf anstelle des in dem Abkommen der Angestelltenschaft mit dem Unternehmertum erzielten relativen Rechtssicherheit bürokratische Engherzigkeit und tollste Rechtsunsicherheit zum Nachteil des Arbeitnehmers.

Die Liebedienerei des Herrn Bauer treibt schließlich eine ganz absonderliche Blüte in der „Vertrauensperson“, die anstelle des Betriebsrats bei den Einstellungen mitreden soll (§ 22). Der Betriebsrat könne als Korporation den Unternehmerwünschen vielleicht zu großen Widerstand entgegenstellen. Dann soll er „zur Entgegennahme von Mitteilungen des Arbeitgebers über die für die Einstellung maßgebenden Gründe und zu deren Prüfung“ auf die Dauer eines Jahres eine Vertrauensperson wählen. Diese muß mindestens 15 Jahre alt und seit 3 Jahren im Betrieb tätig sein, und braucht – das ist besonders bezeichnend – dem Betriebsrat nicht anzugehören. Sie hat im Betriebsrat bei den Einstellungsfragen Sitz und Stimme – und ist zur Geheimhaltung ihrer Wahrnehmungen verpflichtet.

Es liegt auf der Hand, daß damit die kümmerlichen Reste des Mitbestimmungsrechts, die der Entwurf noch übrig läßt, für die Einstellung ganz illusorisch werden. Durch das Dazwischenschieben der Vertrauensperson wird die Verantwortlichkeit des Betriebsrats vor seinen Auftraggebern, der Betriebsversammlung, beseitigt, wie auch das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats selbst sich auf eine Abstimmung beschränkt, deren Gründe er nicht selbst nachprüfen kann. Die Vertrauensperson wird so das, was sie nach der Absicht des Herrn Bauer auch werden soll; aus einer Vertrauensperson der Arbeitnehmer, zu einer Vertrauensperson des Arbeitgebers. Dieser wird sie durch das „Vertrauen“, das er ihr erweist, für sich einfangen, und der Betriebsrat hat zu ihren Entschlüssen Ja und Amen zu sagen.

So bleibt nach dem Entwurf alles schön beim Alten.

*

Wirtschaftliche Umschau.

Es ist ein in Deutschland weit verbreiteter Irrtum, daß die eigentliche Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruches die Niederlage des deutschen Heeres sei. Wäre dies so, dann wäre nicht verständlich, warum auch in den sogenannten siegreihen und neutralen Ländern sich die Symptome des wirtschaftlichen Verfalles in ähnlicher Weise wie in Deutschland und in wachsendem Maße bemerkbar machen. So berichtet der „Glasgow Herald“, daß von den über 6000 organisierten Arbeitern des englischen Baugewerbes annähernd 11 Prozent ohne Arbeit sind. Sowohl Behörden wie Privatunternehmer beschränken sich, so berichtet das Blatt, auf die Vornahme der notwendigsten Arbeiten; die hohen Materialkosten und die ebenso hohen Arbeitslöhne setzen der Entfaltung [22] einer gesunden baugewerblichen Tätigkeit die größten Hindernisse in den Weg, und auch hier blickt man der Zukunft mit Besorgnis ins Auge. In vielen anderen Industrien Englands bietet sich dasselbe Bild: „Hohe Materialkosten, hohe Arbeitslöhne – und keine Arbeit“. Es zeigt sich also, daß auch England, das nicht unter Rohstoffmangel leidet, sich einer wachsenden Arbeitslosigkeit gegenüber sieht. Es kann also nicht das Fehlen von Rohstoffen die eigentliche Ursache der Arbeitslosigkeit auch in Deutschland sein. In seinem Artikel, „Eine internationale Valuta-Konferenz“ („Vossische Zeitung“ Nr. 270 vom 29. Mai 1919), schreibt der bekannte schwedische Nationalökonom Prof. Dr. G u s t a v C a s s e l:

„Eine so allgemeine Lähmung der Geschäftstätigkeit sowohl im Innern wie im Handel von Land zu Land bedeutet eine schnelle Verarmung der Welt und eine Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, die bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen der geordneten Gesellschaft leicht über den Kopf wachsen kann. Diese Stockung der Weltwirtschaft ist keineswegs von den Produktions- oder Verbrauchsmöglichkeiten bedingt. Es gibt in verschiedenen Ländern große Warenvorräte, die eine latente Kaufkraft darstellen. In anderen ist eine starke unausgenutzte Produktionsfähigkeit vorhanden. Das Bedürfnis nach Waren aller Art ist einfach unersättlich“.

Das Stocken der Produktion steht also nicht in ursächlichem Zusammenhang mit dem Mangel an sächlichen Produktionsmitteln und auch dort wo es an sachlichen Produktionsmitteln wirklich fehlt, ist dies nicht die letzte Ursache des wirtschaftlichen Verfalles. Die Arbeitslosigkeit wächst in allen kapitalistischen Ländern, einerlei ob siegreich oder geschlagen, einerlei ob reich oder arm an Rohstoffen. Da der Ruin der Wirtschaft auch dort um sich greift, wo die materiellen Produktionsbedingungen reichlich vorhanden sind und daher ungenutzte wirtschaftliche Kräfte brach liegen müssen, kann die eigentliche Ursache der Weltkrise nicht in m a t e r i e l l e n, sondern nur in i d e e l l e n Momenten zu suchen sein. Dies wird in dem oben erwähnten Aufsatz von Gustav Cassel in folgender Weise ausgesprochen:

„Die Zukunft des Geldwertes liegt überall im Dunkeln. Niemand weiß, ob das Geld in einigen Monaten eine höhere oder eine niedrigere Kaufkraft haben wird, als jetzt. Wenn ich jetzt Rohwaren kaufe, ein Wohnhaus oder eine Fabrik errichte oder irgend eine andere Anlage in Gang setze, muß ich fürchten, daß die Kosten wesentlich größer werden, als sie in einem Jahre werden würden, und daß ich also zu sehr bedeutenden Abschreibungen gezwungen werde, um eine künftige Konkurrenz aushalten zu können. Dieser Unsicherheitszustand, der gegenwärtig in allen Ländern vorherrscht, hindert jede Unternehmungslust und ist ohne Zweifel eine wichtige Ursache der allgemeinen Stockung der Geschäfte, der Beschäftigungslosigkeit der Werke und der wachsenden Arbeitslosigkeit“.

Es ist durchaus richtig beobachtet, daß das Stocken des Wirtschaftslebens darauf zurückzuführen ist, daß dem Unternehmer ein Interesse an der Fortführung der Produktion fehlt und das Fehlen dieses Interesses seinen Grund hat in der Unsicherheit über die zukünftige Gestaltung der inneren und internationalen wirtschaftlichen Verhältnisse. Es heißt aber ein Symptom für die Ursache halten, wenn man wie C a s s e l dies tut, der Unsicherheit des Geldwertes Schuld gibt.

Die Unsicherheit rührt, nach Casselscher Auffassung, daher, daß man einen Konjunkturumschwung erwartet, aber nicht weiß, ob und wann er eintreten wird. Also eigentlich nicht die Unsicherheit über die Zu-[23]kunft des Geldwertes, sondern die Unsicherheit in Bezug auf die Faktoren, die Veränderungen des Geldwertes verursachen, ist es, die lähmend auf die Unternehmungslust wirkt. Es müssen also bestimmte Wandlungen des Wirtschaftslebens sein, von denen man eine den Geldwert

steigernde, die Preise sinkende und damit der Anbahnung neuer Unternehmungen günstige Wirkung erwartet.

Welcher Art kann dieser Umschwung sein? Eine Senkung der Preise kann nur stattfinden, wenn der Umfang der Zahlungsmittel im Verhältnis zur Produktion und zum Warenaustausch sinkt. Damit dies eintritt, müßte also die Produktion gesteigert werden. Man erwartet also nicht eine Steigerung der Produktion von einer Steigerung des Geldwertes, sondern umgekehrt, man nimmt an, daß ein außerhalb der Geldsphäre liegendes Moment eine Steigerung des Geldwertes herbeiführen würde. Das Gefühl der Unsicherheit also, das in der Tat eine wesentliche Ursache der Produktionsstockung auch in sogenannten siegreichen Ländern ist, ist letzten Endes nicht begründet in eine Unsicherheit über die Zukunft des Geldwertes. Welcher Quelle die Depression entstammt, in welcher zum Beispiel auch die englische Industrie sich befindet, zeigt ein Bericht des „Glasgow Herald“, der zugleich beweist, daß die Depressionserscheinungen genereller Natur sind und auch in Deutschland ihre wesentliche Ursache nicht in der Niederlage des deutschen Heeres haben könne. Die Zeitung schreibt:

„England hat alles, was es braucht, um zu produzieren, und die ganze Welt ist ein einziger, großer, hungriger Markt, der auf Belieferung wartet, aber wie ein dunkler Schatten stellen sich die enormen Produktionskosten überall drohend und hindernd in den Weg. Inzwischen sind die Vereinigten Staaten eifrig bei der Arbeit, Märkte zu monopolisieren, die früher ausschließlich in englischen Händen waren, und nicht zufrieden hiermit, senden sie Eisen bis vor Englands Tür, während sie sich gleichzeitig anschicken, Europa mit Kohlen zu versorgen, und zwar zu einem billigeren Preis als England sie zu liefern imstande ist. Japans kommerzieller Einfluß auf dem Weltmarkt wächst von Tag zu Tag, und die skandinavischen Länder sind ernstliche Konkurrenten geworden. England allein sitzt ruhig da mit den Händen im Schoß, und bevor seine verschiedenen Kommissionen die Lohnfragen der Arbeiter gelöst haben, gibt es im Lande keine Arbeit mehr.“

Es ergibt sich daraus zunächst, daß die Vereinigten Staaten billiger produzieren können, weil sie mit niedrigeren Löhnen arbeiten und sie haben niedrigere Löhne, weil die Lebensmittelpreise niedriger sind. Das hat zur Folge, daß der amerikanische Kapitalismus seine während des Krieges ungeheuer vermehrten Produktionsanlagen dazu benutzt, die europäische Konkurrenz nieder zu zwingen. Gleichzeitig macht sie aber Europa in wachsendem Maße unfähig seine Riesenschuld an die Vereinigten Staaten einzulösen, die nur durch gesteigerte Produktion eingelöst werden kann. Der amerikanische Kapitalismus steht vor der Alternative entweder seine im Kriege errichteten Produktionsanlagen brach liegen zu lassen und dadurch Milliarden Verluste zu erleiden, oder die europäische Konkurrenz nieder zu zwingen und damit sie zum zahlungsunfähigen Schuldner zu machen. Die Vernichtung der europäischen Industrie seitens des amerikanischen Kapitalismus ist also ein Akt der Selbstvernichtung. Aber nehmen wir selbst an, die Furcht vor der amerikanischen Konkurrenz wäre nur halb begründet, so sind die Aengste der englischen Unternehmerschaft darum nicht grundlos. An sich brauchte [24] eine allmähliche vorausberechenbare Lohnsteigerung die Unternehmerschaft nicht zu beunruhigen. Ist die Lohnsteigerung voraussehbar, läßt sich also in die Preiskalkulation einbeziehen, dann kann sie durch Preissteigerungen kompensiert und überkompensiert werden. Das kapitalistische System hat zur Voraussetzung eine relativ sichere Grundlage der Kalkulation, der Unternehmer muß sicher sein, daß auf absehbare Zeit seine Produktionsberechnung nicht durch unvorhersehbare Lohnkämpfe durchkreuzt wird. Die Politik besonders der englischen, amerikanischen und deutschen Gewerkschaften haben diese sichere Kalkulationsgrundlage des Unternehmers nicht nur nicht gestört, sondern geradezu befestigt. Die Tarifpolitik, die ja nur einem Teil der Arbeiterschaft und nicht dem größeren Teil eine wenn auch beschränkte Existenzgarantie bot, während sie den anderen Teil den Folgen der Konjunkturschwankungen ausgesetzt ließ – die Tarifpolitik der Gewerkschaften war für die kapitalistische Unternehmerschaft geradezu eine Risikoversicherung in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Es ist also nicht die Furcht vor Lohnsteigerungen an sich, sondern die Furcht vor der Unsicherheit des Arbeitsmarktes, die dem kapitalistischen Unternehmer die sichere Grundlage seiner Kalkulation entzieht. Die tiefere Ursache, der die Unternehmungslust lähmenden Unsicherheit ist also nicht die Ungewißheit über die Zukunft des Geldwertes, sondern die Ungewißheit über die Zukunft des Verhältnisses vom Kapital und Arbeit.

Das Verhältnis von Kapital und Arbeit ist im Bewußtsein der Arbeiterschaft aller kapitalistischen Länder, wie die stetig wachsenden Streikbewegungen beweisen, revolutioniert. Gerade die hohen Kriegslöhne haben der Arbeiterschaft das Bewußtsein ihrer Unentbehrlichkeit beigebracht. Sie waren der konkrete Ausdruck für die Tatsache, daß wohl zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus die Nachfrage nach Arbeitskraft größer war, als das Angebot von Arbeitskraft. Während also das Vertrauen der Arbeiterschaft in die eigene Kraft wuchs, wurde das Vertrauen in die Autorität des Kapitals durch die Katastrophe des Krieges selbst erschüttert und durch die Unfähigkeit des Kapitalismus das Problem der Demobilisation, die Wiedereinstellung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln in den Friedensdienst zu bewältigen. Das zum Bewußtsein seiner Macht gelangte Proletariat sah und sieht noch, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, das Fundament der proletarischen Existenz wieder aufzubauen. Es wird also aus Notwehr in einen mehr und mehr verschärften Klassenkampf. getrieben, und das erwachte Bewußtsein seiner Kraft, macht das Proletariat im wachsenden Maße fähig und bereit, den Klassenkampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Der Kapitalismus hat nicht mehr die Sicherheit über Arbeitskraft nach seinem Wunsch verfügen zu können, nicht mehr die Sicherheit, daß seine spekulative Vorausberechnung nicht von Störungen auf dem Arbeitsmarkt durchkreuzt wird.

Diese Revolutionierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit ist der eigentliche Grund für die Lähmungserscheinungen der kapitalistischen Unternehmerschaft. Worauf stützen sich die Erwartungen auf ein Schwinden der Unsicherheit und auf eine Wiederbelebung der Produktion in der alten durch Begehrlichkeiten der Arbeiterschaft nicht gestörten Weise? Welches ist das Ereignis, das den Umschwung und die erwünschte Preissenkung durch Steigerung der Produktion herbeiführen soll? Es ist die Unterzeichnung der Friedensbedingungen. Es zeigt die ganze Ratlosigkeit des Kapitalismus der ungewöhnten Situation gegenüber, daß sie hofft, ein Stück Papier werde ihr die entschwundene Sicher-[25]heit wieder verschaffen. Denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen. Es ist die letzte Hoffnung des Kapitalismus, daß mit der Festsetzung und der Unterzeichnung des Friedensvertrages doch wenigstens die eine Unsicherheit geschwunden sei, nämlich die Unsicherheit über den Inhalt dieses Vertrages und daß man auf dieser papiernen Grundlage wenigstens den Versuch machen werde, Produktion und internationalen Warenaustausch neu zu beleben. Das neue Leben, das in den Ruinen des Kapitalismus sich alsdann regen würde, würde auch im Geiste der Arbeiterschaft die Autorität des Kapitals wieder aufrichten und sie seinem Willen gefügig machen. Ist diese Hoffnung berechtigt? Es hat nicht den Anschein, als ob gerade die Friedensbedingungen geeignet wären, die zerstörte Kapitalsautorität wieder aufzurichten. Gerade sie enthüllen der Arbeiterschaft das Raubgesicht des Kapitalismus, die grauenhafte Tatsache, daß der Krieg mit W a f f e n nur ein besonders anschaulicher Ausdruck der Vernichtungstendenzen ist, die das Lebenzelement des Kapitalismus bilden und von denen er nicht ablassen kann, ohne sich selbst aufzuheben. Das Proletariat sieht, daß das Kriegsende nicht das Ende des Vernichtungskampfes bedeutet, sondern den Ausblick eröffnet auf einen unabsehbaren Weg gegenseitiger Zerfleischung. Die wachsenden Streik-Unruhen in Frankreich, die das Fundament des englischen Kapitalismus gefährdenden Drohungen des Dreibundes der Bergarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahnarbeiter legen beredtes Zeugnis dafür ab, daß gerade die Friedensbedingungen dem Proletariat die Augen öffnen für den Golgathaweg, zu dem es verdammt ist, wenn es sich länger noch der Führung des Kapitalismus anvertraut. Es hat also vorläufig nicht den Anschein, als würde gerade die Unterzeichnung des Friedensvertrages dem internationalen Kapitalismus die erhoffte Sicherheit verschaffen. Aber noch mehr als die Festsetzung der Friedensbedingungen wird der Versuch, die Friedensbedingungen zu erfüllen, die Arbeiterschaft revolutionieren und das schon jetzt wankende Gebäude des Kapitalismus zum Einsturz bringen. Schon die industriellen Monopolisierungsbestrebungen des amerikanischen Kapitals zeigen, daß auch die scheinbar siegreichste kapitalistische Macht, gerade durch Ausnutzung ihrer Vormachtstellung gezwungen ist, an seiner Selbstvernichtung zu arbeiten. Aber auch sonst wird gerade der Versuch, den internationalen Güteraustausch wieder zu beleben ohne das Privateigentum anzutasten, den revolutionären Willen der Arbeiterschaft nicht schwächen, sondern verschärfen. Es wird ein so unerhörtes Maß von Intensität nötig sein, um die Riesenleistung der Wiederaufrichtung der Friedensproduktion zu vollbringen, die inneren und äußeren Kriegsschulden zu bezahlen usw.,

daß kein Proletariat der Welt sich finden wird, das bereit wäre, dieses nicht erreichbare Maß an Arbeitsintensität im Dienste des Kapitalismus zu verrichten, dessen Unfähigkeit eine wahre und dauernde Friedenswirtschaft aufzurichten durch den Krieg und fast noch mehr durch das Kriegsende erwiesen ist. Die Hoffnungen des Kapitalismus, das die seine so sehr gerühmte Tatkraft lähmende Unsicherheit schwinden würde, sind trügerisch. Nur die Beseitigung des Kapitalismus, die Aufrichtung des Weltsozialismus durch die soziale Weltrevolution des Proletariats kann der Menschheit dauernden Frieden und dauernde Sicherheit verschaffen.

*

[26]

Die kommunistische Internationale.

Bericht des Genossen S i n o v i e w auf dem 8. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands, Sitzung vom 20. März.

Genossen! Im Augenblick, wo ich im Auftrag des Zentralkomitees unserer Partei die Thesen über diesen Tagesordnungspunkt veröffentlicht habe, existierte die Organisation der 3. Internationale noch nicht. Wir bereiteten damals nur den Kongreß vor, der, wie Sie wissen, vor 3 Wochen stattgefunden hat. Gegenwärtig hat nicht nur der Kongreß der 3. Internationale stattgefunden, sondern er hat schon sein ausführendes Organ gebildet, das als dauernde Organisation funktioniert, eine Monatsschrift oder vielleicht auch eine Halbmonatsschrift veröffentlichen und in seiner Mitte die Vertreter der verschiedenen kommunistischen Parteien haben wird.

Sie wissen alle, Genossen, daß die Losung der 3. Internationale, die immer revolutionärer wird, von unserer Partei, wir können es mit Stolz sagen, schon vor 5 Jahren ausgegeben wurde, in einem Augenblick, wo unsere Partei noch vollständig allein stand in der internationalen Arena.

Aber eine Losung ausgeben und sie verwirklichen, das sind sehr verschiedene Dinge. Wir wissen, daß Marx und Engels schon in den Jahren 1847/48 im Grunde die I. Internationale proklamierten, indem sie ihr berühmtes Manifest mit den Worten schlossen: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“. Aber zwischen der Proklamation der 1. Internationale und ihrer Konstitution sind 16 Jahre verflossen. Die 1. Internationale wurde im Jahre 1846 errichtet. Ebenso sind bei uns 5 Jahre zwischen der Proklamation und der Verwirklichung der 3. Internationale verflossen.

Und ich hoffe, daß noch weniger Zeit vergehen wird zwischen der Verwirklichung und der Organisation der 3. Internationale und dem vollständigen Siege ihrer Sache.

Die Proklamation der 3. Internationale.

Als im Jahre 1914 beim ersten Gewehrschuß, der auf dem Schauplatz des Weltmordens widerhallte, unsere Partei, die damals illegal, verfolgt war, die Losung der 3. Internationale ausgab, verstand uns fast niemand in der internationalen Arena. Mehr noch, alle offiziellen Parteien verurteilten uns aufs lebhafteste gerade wegen dieser Losung. Die Koryphäen der offiziellen Sozialdemokratie, wie Kautsky, Adler, Vaillant und viele andere, stellten die Frage folgendermaßen: Sicherlich hat die 2. Internationale einen gewissen Mißerfolg gehabt. Sicherlich hat die 2. Internationale zu Beginn des Krieges nichts tun können, um ihn zu verhindern oder aufzuhalten. Aber nach Verlauf einiger Zeit wird der Krieg zu Ende sein, die Internationale wird sich wieder aufrichten, so wie sie vor dem Kriege war. Daher besteht kein Bedürfnis darnach, darüber hinauszugehen, eine neue Organisation irgendwelcher Art zu proklamieren.

Ihr wißt, daß Kautsky damals die Losung ausgab, daß die Internationale im allgemeinen, nach seinem Ausdruck, ein Instrument der Friedenszeit sei. Wenn der Friede herrscht, hat die Existenz einer internationalen Arbeiterorganisation, die die gegenseitigen Beziehungen der verschiedenen Parteien regelt, ihren Daseinsgrund. In Kriegszeiten aber müsse der Klassenkampf aufhören. Bei Schluß des Krieges wird die Internationale wieder auferstehen, „und wir werden versuchen, die [27] Zeit zu vergessen, wo es unter uns so viele Mißverständnisse gab“. Wir werden nach den buchstäblichen Worten des verstorbenen Viktor Adler versuchen, uns nicht gegenseitig alle unsere Beschwerden vorzuwerfen.

Wo haben wir denn nun den Mut hergenommen, wir, eine kleine Gruppe, die im Ausland lebte, getrennt von ihrer Partei, im August 1914 die 3. Internationale zu proklamieren, während die überwältigende Mehrheit der Arbeiterpartei furchtsam rückwärts sah, während die überwältigende Mehrheit der Arbeiter im allgemeinen von der Welle des Chauvinismus ergriffen war.

Das geschah, Genossen, weil die ganze Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung uns am Vorabend des Krieges und selbst lange schon vor seinem Anfange dieser Idee zugetrieben hatte. Schon 7 Jahre vor dem imperialistischen Krieg zeichneten sich auf dem internationalen Kongreß von Stuttgart in der internationalen Sozialdemokratie deutlich zwei Hauptströmungen ab, die gerade die Frage des Krieges betrafen. Dem Beispiel einer Reihe von Parteien folgend, setzte man auf die Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses für 1917 die Frage der Haltung der Sozialisten zur Kolonialpolitik. Wir wissen, daß diese Frage eine der wichtigsten im allgemeinen ist. Wir wissen, daß Europa während des letzten Jahrzehnts mehrere Kolonialkriege gesehen hatte, die ein Vorspiel zu dem imperialistischen Krieg waren, der sich auf eine Reihe von Völkern erstreckte.

Was hat die 2. Internationale über die Frage der Kolonialpolitik gesagt? Zahlreiche Vertreter der wichtigsten Parteien, unter ihnen die deutschen Sozialdemokraten und besonders die Vertreter der deutschen Gewerkschaften, der französischen sozialistischen Partei und der Partei der italienischen Reformisten, der Mehrheit der holländischen Partei und eine ganze Reihe von skandinavischen Parteien, der belgischen Partei, der Parteien aller Länder, deren Bourgeoisie Kolonien besaß – die Vertreter aller dieser Parteien schlugen der 2. Internationale in dieser oder jener Form vor, die Kolonialpolitik anzuerkennen. Wir wissen, daß Eduard Bernstein, der augenblickliche Führer der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie und die Vertreter des Opportunismus in allen Ländern die Frage so stellten: Sicherlich ist die Politik der Bourgeoisie in den Kolonien barbarisch und grausam und man müßte die Bourgeoisie zur Ordnung rufen. Man müßte versuchen, der Kolonialpolitik eine zivilisierte Form zu geben, den blutigen Grausamkeiten ein Ende zu machen, aber an einen Verzicht auf die Kolonialpolitik, daran ist nicht zu denken. Man muß die Kolonialpolitik anerkennen. Es spielte sich damals ein Kampf ab auf dem internationalen Kongreß von Stuttgart. Die Vertreter des revolutionären Marxismus, zu denen Kautsky damals noch ebenfalls gehörte, wiesen mit Recht den Angehörigen der rechten Strömung nach, daß die Kolonialfrage ein Teil der Frage des nächsten Weltkrieges ausmache. Und wenn man die Kolonialpolitik, d. h. die bürgerliche Politik in dieser Frage anerkennt, so wissen wir, daß man damit den Imperialisten die Hand reicht. So akzeptierte die 2. Internationale die Rolle eines Werkzeugs des Imperialismus.

Auf dem Kongreß und insbesondere in der Kommission spielte ein ausnahmsweise erbitterter Kampf. Die 2. Internationale hatte die schlechte Gewohnheit, die weniger wichtigen prinzipiellen Fragen einer Kommission zu überweisen, sie vor der Welt zu verbergen, sie nicht in den Vollsitzungen zum Vorschein kommen zu lassen, damit die Arbeiter [28] nicht erführen, daß nicht alle absolut übereinstimmen im Schoße der zweiten Internationale.

Auch diese Frage wurde einer Kommission überwiesen, die zwar sehr zahlreich war und deren Vorsitz Südekum führte, ein wohlbekannter deutscher Sozialpatriot. Diese Kommission brachte vor einer absolut unbedeutenden Stimmenmehrheit die Politik Bernsteins zu Fall, die darauf hinauslief, die Kolonialpolitik anzuerkennen. Die Mehrheit war für eine chauvinistische Politik und nur die Stimmen der jungen Parteien, der russischen, serbischen, bulgarischen Partei, brachten Bernstein zu Fall. Die Führer der 2. Internationale betrachteten diese Entscheidung als absolut fehlgehend. Sie sagte: „Sicherlich, wenn man irgendeinen Russen auf dasselbe Niveau stellt wie die deutsche oder französische Partei, so kann so etwas passieren, aber wer kann dann anerkennen, daß diese Entscheidung ernsthaft ist.

Wir haben einen gewissen moralischen Sieg davongetragen. Aber es war damals schon klar, daß es mit der 2. Internationale übel ging. Wenige Leute wissen, daß der grundlegende Satz der Stuttgarter Resolution, der Satz, den man jetzt als das überzeugendste Argument gegen die Sozialchauvinisten zitiert, von Rosa Luxemburg und Lenin, als Vertreter der polnischen und russischen Parteien, bei dieser Konferenz eingefügt wurde. Kautsky protestierte gegen die damalige Mehrheit der 2. Internationale. Aber er sah darin nicht eine Kapitulation der 2. Internationale. Er war an die guten Traditionen der 2. Internationale gewöhnt, wie an seinen alten Schlafrock.

Und er war sich nicht in der ganzen Tragweite dessen bewußt, was vorging. Nur die kleine Gruppe der Vertreter der gegenwärtigen kommunistischen Internationale hat einen Verbesserungsantrag eingebracht, der folgendes besagte: „Wenn der Krieg ausbricht und wir zweifeln nicht daran, so wird es Aufgabe aller Länder sein, sich zu einer sozialistischen Revolution zu erheben, die durch den Krieg geschaffene Krisis auszunützen, um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft zu beschleunigen." So existierte schon von Beginn des kapitalistischen Krieges in den Kadern der 2. Internationale, die sich einheitlich nannte, eine Gruppe, die sah, daß die Spaltung des Sozialismus in zwei Lager unvermeidlich war.

Allein diese Umstände erlaubten uns zu sagen, was unsere Partei im Jahre 1914 beim ersten Gewehrschuß proklamiert hat. Es existierte damals schon in Deutschland eine Gruppe von Bolschewisten, die man damals Anarchosozialisten nannte, die man aller Todsünden anklagte, ebenso wie man uns deren anklagt. Aber wir wußten, daß das die einzig ehrliche Gruppe war. Dort kamen die Ergebnisse der Organisationsarbeiten unseres Zentralkomitees während einer ganzen Reihe von Jahren zutage.

Ziehen wir den Vergleich mit der italienischen Partei. Die Spaltung der italienischen Menschewiki und der italienischen Arbeiterklasse vollzog sich 3 Jahre vor dem Kriege, weil dank dem Kriege, in dem Italien für afrikanische Kolonien kämpfte, in diesem Lande eine vollständige Spaltung zwischen der italienischen sozialistischen Partei und den Sozialchauvinisten eintrat. Das gab dem italienischen Proletariat die Kraft, von Beginn des Krieges ab eine gute Stellung einzunehmen. Die italienischen Genossen waren nicht durch ihre Organisation an die Opportunisten gebunden, die jede gesunde Bewegung in ihren Ländern erstickten, sie hatten keine Ketten an den Füßen. Unsere Partei befand sich in derselben Lage. In jenem Augenblick hatten wir eine voll-[29]ständige Trennung in Petrograd und in der Dumafraktion zustande gebracht. Wir hatten als kommunistische Partei die Hände frei und das erlaubte uns, von Anfang an in der Frage des Krieges unsere eigene Linie inne zu halten, die heute von den kommunistischen Parteien von fast ganz Europa bekräftigt wird.

Drei Hauptströmungen.

Wir können dann feststellen, daß die Grundwertung der drei Hauptströmungen im internationalen Sozialismus, eine Wertung, die wir zu Beginn des Krieges, ja vorher schon, gegeben haben, gegenwärtig nicht allein von unseren Parteien, sondern auch von allen kommunistischen Arbeiterparteien der Welt übernommen worden ist. Ihr kennt natürlich diese Grundwertung. Wir werden sie mit zahlreichen Tatsachen während einer ganzen Reihe von Jahren beleuchten. Die internationale Arbeiterbewegung hat sich in drei Zweige gespalten. 1. Die Sozial-Chauvinisten, 2. das Zentrum, 3. die Kommunisten oder Bolschewiks. Man kann im Anfange der Ansicht sein, daß das nur ein nationales Ereignis sei, daß nur in Deutschland die Dinge diesen Gang gegangen wären oder daß bei uns in Rußland die Umstände besonderer Art waren. Jetzt sehen wir, daß in allen Ländern die Gruppierung in derselben Art vor sich geht. Und diese Gruppierung zeigte sich vor dem Kriege, während des Krieges und gilt auch heute nach dem Kriege. Man könnte glauben und gewisse naive Leute glaubten es, daß nach dem letzten Gewehrsschuß, nach dem Schluß des Krieges, sich ein neuer Geisteszustand in den alten Parteien bilden würde und daß neue Gruppierungen eintreten würden. Wir sehen gegenwärtig, daß es nichts damit ist. Der Krieg ist beendet oder wenigstens er geht zu Ende. Nichtsdestoweniger bestehen die alten Gruppierungen noch weiter. Nur begründet jede Gruppe, indem sie sich den neuen Umständen anpaßt, ihr Programm auf eine entsprechende Weise. Nehmen wir den zentralen Kern der Sozialpatrioten und der Sozialchauvinisten. Worin hat sich ihre Haltung geändert? Als der Krieg ausbrach, hielt es diese Richtung für ihre Pflicht, die Arbeiterklasse zur „Verteidigung des Vaterlandes" aufzurufen. Gegenwärtig fährt sie in allen Ländern fort eine Liquidation des Krieges zu predigen, die der Bourgeoisie günstig ist. Was will die Bourgeoisie? Sie will, daß die Arbeiterklasse die Rechnung bezahlt, daß die ganze Last des Krieges, die Kriegsanleihe, Steuern usw. der Arbeiterklasse aufgeladen werden, daß sie die Rechnung begleicht. Was wünscht die sozialchauvinistische Bewegung? Dasselbe. Sie bleibt im Grunde eine Agentin der Bourgeoisie, genau so, wie es vor dem Kriege und während desselben, der 4 ½ Jahre gedauert hat, gewesen ist. Nehmen wir das Zentrum, die Richtung Kautsky. Welches war seine objektive Rolle während des Krieges? Er hielt es für seine geschichtliche Mission, mit den Anhängern Scheidemanns einen Teil der Arbeiterklasse zu versöhnen, der sich in

Opposition zu den Sozialpatrioten befindet, und diesen Teil der Arbeiter zur Vereinigung mit den Sozialpatrioten aufzurufen. Auf diese Weise vollbrachte das Zentrum objektiv, was für die Bourgeoisie notwendig ist. Viele Leute glaubten, daß am Ende des Krieges, wenn der dichte Rauch zerstreut sein wird, wenn die Schuppen von den Augen gefallen sein werden, und wenn die chauvinistische Welle vorübergegangen sein wird, in dieser mittleren Richtung das Gewissen erwachen würde. Das konnte nicht der Fall sein und wird nicht der Fall sein, aus vielen sozialen und wirtschaftlichen Gründen. Der Krieg hat aufgehört und worin hat sich die [30] Politik dieser Richtung geändert? In nichts. Welches ist seine gegenwärtige Rolle? Sie besteht darin, auf irgendeine Art den Teil der Arbeiterklasse, der aufwacht, der das Vertrauen zu Scheidemann und den Seinigen verloren hat, wieder zurückzuholen und als Sklaven an ihren Wagen zu spannen. Was tat Kautsky nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs? Er ging zu dem einen und zu dem anderen und predigte die Einigung. Er predigte die Einigung des Kommunismus mit den Mördern der Führer der Kommunisten. Im Augenblick der ersten Erhebung der Spartakisten in Deutschland, was taten da Kautsky mit seiner Gesellschaft? Sie fuhren im Automobil von einem Lager zum anderen. Und als die Stellung der Scheidemänner zu schwierig wurde, täuschten sie die Spartakisten, indem sie sagten, die Regierung sei bereit, in Verhandlungen einzutreten usw. Das war ihre Rolle. In Wirklichkeit war es eine miserable Judasrolle, die gefährlicher war als die der Scheidemann-Regierung.

Nehmen wir die anderen Fragen. Die Frage der Liquidation des Krieges. Was schlägt das Zentrum in dieser Frage vor? Was die Kriegsanleihen anlangt, so nimmt das Zentrum denselben Standpunkt ein wie die Scheidemann-Regierung. „Anständige Leute“ sagen sie, müssen ihre Schulden bezahlen, auch wenn die Kriegsschulden von Wilhelm gemacht worden sind, so muß man trotzdem bezahlen. Wohl verstanden, das ist gerade das, was die Bourgeoisie will. Was verlangt heute die Bourgeoisie von der gelben Internationale? Sie will unter der Fahne der Internationale gegen den Bolschewismus kämpfen. Und was nimmt heute vor allem Kautsky und seine Partei in Anspruch? Den Wunsch, die Arbeiter Deutschlands und der anderen Länder darüber zu täuschen, was das wahre Wesen des Kommunismus und der Rätemacht ausmacht. Auf der Berner Konferenz bemühte sich Kautsky, die Verurteilung der Bolschewisten zu erwirken. Auf diese Art haben die drei Hauptströmungen, die von uns angezeigt worden sind, sich während einer Reihe von Jahren bestätigt, deren jedes zehnfach in der Geschichte zählt. Unsere Einschätzung ist von der ganzen Internationale angenommen worden.

Die sozial-patriotische Richtung ist keine Zufallsgruppierung. Sie ist das Resultat davon, daß an die alten sozialistischen Parteien sich die Vertreter des kleinen Bürgertums zu Zehntausenden angeschlossen haben, die in Deutschland mit der Arbeiterbürokratie 1 oder 2 Millionen bilden. Das ist die soziale Grundlage der Scheidemann-Partei. Die Grundlage dessen, was man Zentrum nennt, macht eine ähnliche soziale Schicht aus. Was den Kern der Arbeiterklasse anlangt, so nähert er sich vor unseren Augen dem Kommunismus. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß unsere Diagnose die Proben der Zeit bestanden hat, die gezeigt hat, daß diese Diagnose vollständig richtig war. Ueberall, wo die Arbeiterklasse erwacht, sehen wir dieselben fundamentalen Richtungen sich bilden. Dieser Umstand hat den Vertretern der Parteien, die nach Moskau gekommen sind und dort mit uns die kommunistische Internationale gebildet haben, erlaubt, sich gleich beim ersten Wort zu verstehen.

Die lebenden Leichname der 2. Internationale.

Ihr wißt, daß unserem Kongreß ein Kongreß in Bern vorausgegangen ist, der formell die 2. Internationale wieder herstellte. „98 Vertreter“ vereinigten sich auf diesem Kongreß. Sie waren zahlreicher als wir. Sie erzählen offiziell, daß fast alle Parteien, die die 2. Inter-[31]nationale ausmachten, bei ihnen vertreten seien. Aber wenn Ihr diese Vertretung prüft, Genossen, dann müßt Ihr mit mir anerkennen, daß diesem Kongreß nur eine Kleinigkeit fehlte: es fehlte dort die revolutionäre Arbeiterklasse, es fehlten dort die Vertreter der Länder, wo die Arbeiterklasse gesiegt hat oder dem Siege zumarschiert. Es fehlten in Bern das russische Proletariat, weil man nicht ernsthaft als Vertreter der russischen Arbeiterklasse Axelrod und Bienstock betrachten kann, da die in Bern versammelten alten Weiber erschreckten, indem sie versicherten, daß die Bolschewisten soweit gingen, daß alle die Gewerkschaften verlassen und daß allein die Gewerkschaft der Chemiker in einer Woche 40.000 Mitglieder verloren hat. Sie kündigten das als eine festgestellte Tatsache an und Kautsky sagte:

„Schrecklich, was geht in Rußland vor.“ Denkt, so wie die Vertreter Rußlands waren, so waren die Vertreter fast aller Länder. Die italienische Partei weigerte sich demonstrativ, am Berner Kongreß. teilzunehmen. Kurze Zeit vor diesem Kongreß hatten die kommunistischen Elemente in der italienischen Partei gesiegt. Ihr alter Vertreter Morgari, der nur an Zimmerwald teilnahm, weil er Pazifist und ein ehrlicher anständiger Mensch war, sandte dem Vorsitzenden der Berner Konferenz einen offiziellen Brief, in dem er erklärte: „Meine Partei hat anerkannt, daß die Diktatur des Proletariats unvermeidlich und notwendig ist in der nächsten Zukunft. Deshalb weigere ich mich, mich neben Euch zu setzen.“ Es fehlte ebenfalls die skandinavische Partei, in der schon revolutionäre Gruppen und kommunistische Organisationen existieren. Es fehlten dort die deutschen Spartakisten und die österreichischen Kommunisten. Es fehlte dort die ganze Balkan-Halbinsel: Rumänien, Serbien, Bulgarien. Frankreich war da, aber alles, was gesund ist im französischen Proletariat, hat energisch gegen die Politik der Berner Koalitionisten protestiert. Deshalb kann man ohne Uebertreibung sagen: An der Berner Konferenz nahmen vor allem teil lebende Leichname der 2. Internationale. Alles, was in der internationalen Bewegung lebendig ist, hat sich demonstrativ geweigert, an dieser Konferenz teilzunehmen. Und in diesem Sinne ist der Versuch, die 2. Internationale wieder herzustellen, unbestreitbar gescheitert. Der Versuch, die Kadaver zu galvanisieren, ist nicht geglückt und wird nicht glücken. Es ist lächerlich, die Sache so darzustellen wie Viktor Adler und andere: „Während der Krieg dauert, vereinigen wir uns wieder von neuem, versöhnen uns und lieben einander.“

Die Koalitionisten und die Kautskyaner haben so versucht, die Geschichte zu täuschen und zu drehen. Jedoch es ist ihnen nicht geglückt und es konnte ihnen nicht glücken. Aber es handelt sich nicht mehr um diese Zusammensetzung der Berner Konferenz. Wenn man die Arbeit der sogenannten Berner Internationale sieht, so genügt das, um zu sehen, daß die 2. Internationale in der Wurzel verfault ist, und daß sie dazu verdammt ist, zu Boden geschlagen zu werden und ruhmlos unterzugehen. Ihr wißt, daß der Berner Konferenz die Pariser Konferenz vorausging, an der die Imperialisten der siegreichen Länder teilnahmen, um die Welt untereinander zu teilen. Sie mußten zu diesem Zweck ihre eigene Internationale schaffen. Sie nannten sie Völkerbund. Ihr wißt, daß die Imperialisten von vornherein zu überlegen hatten, ehe sie sich entschieden, wo sie sich versammeln sollten. In der Tat, es bleiben ihnen immer weniger Orte, wo sie sich ruhig versammeln können. Sie wollten zuerst in Paris einen Triumpfmarsch der Könige veranstalten. Sie hofften, daß das Volk von Paris die [32] Könige der ganzen Welt begeistert empfangen würde. Aber es geschah anders. Erstens hat sich die Zahl der Könige ein wenig vermindert und zweitens war das Pariser Volk nicht in der Lage, diesem Vorbeimarsch der Könige beizuwohnen. Sie mußten sich im Kabinett Pichons versammeln, des französischen Ministers des Auswärtigen, wo sie ihre Geschäftchen in Ordnung zu bringen suchen. Hier nun hatten die in Paris versammelten Imperialisten das Bedürfnis, außer dem Völkerbund die 2. Internationale wieder herzustellen, um zu versuchen, einige Sachen zu ordnen, die man unmöglich offen im Namen der Bourgeoisie ordnen könnte. So trat der Berner Kongreß zusammen. Der Geist Wilsons schwebte über dem Kongreß. Branting, einer der alten sozialpatriotischen Führer, sagte in seiner Rede, mit der er den Kongreß eröffnete: „Zum ersten Male nach dem Kriege sind die Arbeiter aller Länder vereinigt. Ich schlage vor, das Andenken des großen Jaurès, der am Vorabend des Krieges fiel, zu ehren.“ Der Kongreß erhob sich. Branting fuhr fort: „Ich wünsche auch einen anderen Mann zu ehren, da auch er große Verdienste vor der Menschheit hat.“ Und dieser andere Mann war Wilson. Auf diese Art, Genossen, haben diese Leute bei der internationalen Konferenz, die sich sozialistisch genannt hat, ohne die mindesten Skrupel zu ihrem geistigen Herrn proklamiert, zu ihrem Führer den anerkannten Vertreter der amerikanischen Milliardäre, und sie haben so den Schatten von Jaurès beleidigt. Sie haben ihn beleidigt, indem sie ihn, den verehrten Anwalt der französischen Arbeiterklasse, mit dem Chef der bürgerlichen Welt verglichen, die vor unseren Augen stirbt. In der ersten Sitzung hat Albert Thomas eine bezeichnende Rede gehalten. Dieser Herr ist einer ziemlichen Anzahl von uns bekannt. Die Einwohner von Petrograd haben ihn 1917 gesehen, als er in der Eigenschaft eines Kriegsministers der französischen Bourgeoisie in die Stadt kam und Arm in Arm mit Tscheïdse die Marseillaise sang. Auf der ersten Sitzung der Berner Konferenz hat Albert Thomas gesagt: „Wir haben uns hier zum ersten Male mit den deutschen Sozialdemokraten versammelt, zu denen wir kein Vertrauen haben, aber wir stimmen im Interesse des Internationalismus zu, uns neben ihnen unter

dasselbe Dach zu setzen und Resolutionen anzunehmen. Indessen“, sagte Thomas, „kann ich mich nicht eines Gedankens erwehren. Wir haben sehr oft in der 2. Internationale einstimmig Resolutionen angenommen, aber, wie alle Welt weiß, wir haben sie nicht gehalten. Wer sollte uns also jetzt glauben.

(Schluß folgt).

*

Die Internationale
Jahrgang 1, Ausgegeben am 19. Juli 1919, Heft 7/8

Theater in Weimar.

Δ Berlin, den 12. Juli 1919.

Im Februar 1919 trat in Weimar die deutsche Nationalversammlung zusammen. Die „Söhne der deutschen Revolution“, die vom wilhelminischen Zeitalter ohne Gewissensbedenken sich in das revolutionäre hinübergewandelt haben – das bayerische Kriegsgericht gegen Dr. Wadler hat soeben festgestellt, daß solch ein Wandel der Gesinnung ehrlos sei – versammelten sich im Weimarer Theater. Der Jubel der Bürger, die nun die geliebte „Ruhe und Ordnung“ wiederkehren sahen, geleitete die Gesetzgeber zu ihrem schweren Werke; der Jubel der in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückten Weimarer Bürgerschaft empfing sie; die frisch gewaschene Weimarer Jungfrauschaft, verstärkt durch erprobte Berliner Bataillone, rüstete sich, den im Schweiße des Angesichts gesetzgebenden Männern die Last des Lebens zu erleichtern. Friedrich Ebert papabilis hielt seine große Rede, in der er die Deutschen hinwies vom I zum I, vom Imperialismus zum Idealismus; die Herren Abgeordneten saßen und lauschten und – blätterten im Büchmann. Denn noch galt es zu zeigen, daß diese deutsche Nation – an der Spitze der Kultur marschiert. Noch galt es zu zeigen, daß der Geist Goethes in Weimar weile. Und keiner war da von diesen Herren Abgeordneten, der sich nicht zwei oder drei Zitate aus Goethe oder Schiller zurecht gelegt hätte; in den ersten Reden ging der Segen dieses literarischen Fleißes ihrer Erwählten über die geduldigen Häupter der deutschen Zuhörerschaft hernieder.

Dem Zauber Goethe’schen Wortes und Geistes allein traute die Versammlung freilich nicht. Sie glaubte wohl selbst nicht, daß die Musen, die Töchter des Aegis haltenden Zeus, dieses neudeutsche Weimar behüten würden: der General Märker mit seinen Schützen schien ihnen ein besserer Schützer. Unter dessen Schirm saßen und tagten sie: die Posten, die am Weimarer Bahnhof dem Durchreisenden Stahlhelm und Handgranaten wiesen, ließen etwas ahnen von der Größe, die hinter der Eisenmauer sich verbarg. Und wenn der Schnellzug ächzend wieder zur Halle hinaus kroch, bestaunten Männlein und Weiblein das große Werk, das hier von großen Männern getan ward.

[2] Nun ist das Bild ein anderes geworden. Aus dem papabilis Eber ward ein richtiger Papst auf Widerruf, der Jubel der Bürger ist verstummt und die weißgewaschenen Jungfrauen vom Februar haben im Laufe der Monde einiges von ihrer Reine verloren. Büchmann ist zu Ende zitiert, der Geist Goethes auf den Altenteil gesetzt – und füglich ersetzt durch den neudeutschen Schiebergeist, der neben Butter, Eier, Kaffee und Tausendmarkscheinen auch Ministerposten, Geheimratssessel und andere Gegenstände des politischen Gebrauchs verschiebt. Der Bürger, der heute durch Weimar reist, staunt nicht mehr über die Größe dieses Bethlehem in Juda, er reckt nicht mehr den Hals zum Fenster hinaus und findet, das deutsche Volk habe auf dem Wege von einem I zum anderen I ein drittes I, statt des Idealismus den Idiotismus, gefunden. Und ob heute noch immer die Noske’schen Jünger Märker’schen Zeichens mit Handgranaten und Loeweflinten das Weimarer Idyll schirmen: das fragt heut keiner mehr. Denn zwischen der Weimarer Versammlung und dem deutschen politischen Leben – und das ist noch immer die deutsche Revolution – ist eine andere Mauer errichtet. Es ist eine Zone des ewigen Schweigens, eine Zone, in der kein Lebewesen mehr ein Dasein fristet, eine Zone die besser trennt, als alle Noskegarden: das ist die Zone tödlichster Langeweile, die heute zwischen den deutschen Geschehnissen und den Weimarer Reden liegt. Wie zwischen der Erde und dem Mond nichts anderes als der dünne Aether sich dehnt, der nichts anderes gestattet, als daß man verwundert hinübersieht, so liegt irgendwo in unermeßlicher Ferne, durch Aetherwellen nur verbunden mit unserem Bewußtsein Weimar: Weimar mit seinen Ministern, mit seinem Theater, mit seinen Abgeordneten, mit seinen Reden.

Und es ist fast, wie wenn man von den Kratern auf dem Monde spricht, wenn man von den Werken der Versammelten in Weimar redet. Und doch muß es geschehen. Denn es nähert sich das Werk der Vollendung, um dessentwillen eigentlich das Theater in Weimar seine Pforten aufgetan hat: die

deutsche Verfassung. Um im Stile der bürgerlichen Schmocks zu schreiben: „es ist ein Haus für das deutsche Volk errichtet“.

Dieses Haus des deutschen Volkes ist zu vergleichen dem der Schwalbe: es ist gefertigt aus Dreck und Spuke und vor allem – es hängt in der Luft.

Und gerade das in der Luft hängen: das kann nicht anders sein. Das Wesen der „demokratischen“ Verfassung bestimmt es, daß dieses Werk der Nationalversammlung eine theoretische Konstruktion sein und bleiben muß.

Was ist eine Verfassung? Nichts anderes als das Machtverhältnis der einzelnen Klassen der Gesellschaft zu einander. Es gibt und gab keine menschliche Gruppe, die nicht in diesem Sinne eine Verfassung gehabt hätte. Der russische Zar nicht weniger als der japanische Shogun, [3] die altdeutschen Kurfürsten nicht weniger als. die persischen Großkönige waren die Exponenten einer Verfassung. Ja noch mehr: sie waren viel echtere Exponenten einer Verfassung, als es das englische Unterhaus oder der Präsident der französischen Republik sind. Denn jene, der Zar und der Großkönig, waren der naturgetreue, unverhüllte und unverfälschte Ausdruck eines bestehenden sozialen Machtverhältnisses. Der Großgrundbesitz herrschte in Rußland über Bourgeoisie, Kleinbauerntum und Proletariat: das brachte die Allgewalt des Zarismus klar zum Ausdruck. In Altpersien herrschte eine Kriegerkaste über das gesamte Volk von Sklaven: das trat in des Großkönigs Macht über Leben und Tod der Untertanen sinnfällig in die Erscheinung.

Hier war nirgendwo eine Differenz zwischen Wort und Wirklichkeit, zwischen Schein und Wesen. Hätte der Großkönig von der Gleichheit aller Menschen gesprochen, der Zar von den Rechten der Staatsbürger, das wäre nicht minder lächerlich gewesen, als wenn der Löwe die Unverletzlichkeit aller Tiere des Waldes proklamierte. Es war eine Primitivität und doch eine gewisse Größe des Wurfes, wie die alle, was sie waren, auch zu scheinen wagten.

Es hing mit dem Aufkommen der Bourgeoisie zusammen, daß diese grandiose Primitivität verloren ging und an die Stelle des Wesens die Kulisse trat. Das lag an folgendem: Vielleicht zum ersten Male in der Geschichte der Revolutionen hatte sich die unterdrückte Klasse, die Bourgeoisie, ehe sie zur äußeren Revolution, zur mehr oder weniger gewaltsamen Uebernahme der politischen Gewalt schritt, wirtschaftlich, kulturell und geistig einheitlich konstituiert. Das Bürgertum hatte, ehe es zur Revolution schritt, seinen eigenen, von dem der herrschenden Klassen scharf getrennten Wirtschaftskreis, es war zu außerordentlichem Wohlstand gekommen, es hatte, auf Grund dieses Wohlstandes, ein reiches Kulturleben entwickeln können und es hatte vor allem eine einheitliche geistige Physiognomie, eine einige Ideologie gewinnen können. Diese Ideologie war ausgebildet von einer Klasse, die sozial die unterste, geistig die höchste ihrer Zeit war und die die ihr lästigen Fesseln abstreifen wollte und sie fand ihren Ausdruck in der Lehre von der Gleichheit aller Menschen.

Das Bürgertum hatte, wie bei der Unentwickeltheit des Proletariats in jenen Zeiten nicht anders möglich, übersehen, daß es selbst nur existierte auf Grund einer Ungleichheit aller Menschen, auf Grund der Ausbeutung von Arbeitenden durch Produktionsmittelbesitzer. Und so war, als die Zeit für die Revolution der Bourgeoisie gekommen war, und man deren Ergebnis in „Verfassungen“ niederlegte, dem Verfassungswerk dem Wesen nach innewohnend jener Gegensatz zwischen dem Wort von der Gleichheit aller Menschen und dem Weiterbestand der alten Ungleichheit nur in einer anderen Stufe: des Herrschaftsverhältnisses der Bourgeoisie über das Proletariat.

[4] Dieser Gegensatz und immanente Widerspruch, in frühesten Zeiten gewiß verschleiert und auch späterhin erst den schärfsten Blicken deutlich, hat das Verfassungswerk damals nicht gestört. Denn in den Kampf der bürgerlichen Revolution zogen die Bourgeoisie und das Proletariat so vereint wie der Reiter mit dem Pferde eines ist, und das Friedenswerk zwischen Bourgeoisie und Junkertum, eben die „Verfassung“, ward von dem Proletariat ebensowenig beeinflußt, wie der König von Dahomey das von Versailles beeinflußt, obgleich doch auch seine Untertanen auf dem „Felde der Ehre“ geblutet haben.

So war es damals in der englischen, der französischen Revolution eine Selbstverständlichkeit und eine Naturnotwendigkeit, daß das Verfassungswerk glückte, das, um mit Marx zu reden: von der

politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort, von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückging, denn außer dem einen sozialen Gegensatz zwischen Junkertum und Bourgeoisie stand kein anderer Gegensatz zur Diskussion.

Damit war denn ein für allemal jener Gegensatz zwischen der formalen und der wirklichen Verfassung, von dem Lassalle handelt, stabilisiert; die Bourgeoisie lernte diesen immanenten Gegensatz erkennen, ja noch mehr. Sie lernte, daß unter dem Deckmantel formaler juristischer Gleichheit und Ebenbürtigkeit es sich fast noch besser herrschen lasse, als ohne diese juristischen Bekleidungsstütze. Diese schützten gewissermaßen vor dem Schnupfen. Man baute dieses System aus. Man benutzte es nicht nur für den häuslichen Verkehr. Ein ganzes System imperialistischer Politik ward aufgebaut auf den erhabenen Grundsätzen von der Gleichheit aller Menschen: und das Potemkinsche Dorf vom „Völkerbund“ ist das letzte und höchste Ergebnis jener Kunst, unter der himmelblauen Decke der Gleichheit aller Menschen es zu erreichen, daß einer will und ein anderer wollen muß.

Es ist daher auch nichts anderes als die Neuanwendung dieser alten Kunst, wenn jetzt in Weimar die Bourgeoisie wiederum versucht, nicht eine Verfassung zu geben, sondern eine Verfassung durch eine „Verfassung“ zu verkleiden. Wollte die Bourgeoisie die Verfassung geben, die dem Augenblicke entspricht: die würde aus einem Paragraphen bestehen und lauten: Noske soll Herr sein, der General Lüttwitz sein Prophet und die Garde-Kavallerie-Schützen-Division sind seine Heerscharen. Das wäre das ganze Gesetz, alles übrige nur die Erklärung.

Damit ist aber der Bourgeoisie, die zu „Ruhe und Ordnung“, d. h. zu ungestörten Profiten zurückehren will, nicht gedient. Sie muß nach der alten Methode es versuchen. Nach den alten Mustern: mit einem „konstruktiven Teil“ und vor allem mit den „Grundrechten“. In diesen ist alles gesagt, was ein Deutscher tun darf und was man mit ihm tun darf. Dort ist alles verbrieft: die Schule und die „ver-[5]ankerten“ Arbeiterräte; ein Trost für die schwarzen und einer für die rötlichen Betschwestern. Alles steht da drin. Dank der besonderen Bemühungen der Unabhängigen sind selbst die ewigen und unveräußerlichen Rechte der Prostitution auf Unterlassung der Kontrolle „in der Verfassung verankert“. Alles steht dort, nichts ist vergessen.

Und doch ist dieses Verfassungswerk zum Tode verurteilt, ehe es den Lenden und dem Schoße der Weimarer Väter und Mütter entsprossen. Denn die da in Weimar sich mühen, die offenen und die verkappten Gegenrevolutionäre, die Abhängigen und die Unabhängigen, die da ganze Scheiterhaufen von „Verbesserungsanträgen“ zusammentragen, vergessen eines: das Werk der „Verfassung“: politischen Fortschritt und sozialen Stillstand gleichzeitig zu geben ist nur möglich dann und solange, als die politische Bewegung, die zum Verfassungswerk führt, nicht entstand aus dem sozialen Machtverhältnis, das diese selbe Verfassung aufrecht erhalten will. In Frankreich 1789 entstand die politische Bewegung aus dem Gegensatz zwischen Junkertum und Bourgeoisie; das Machtverhältnis, das die Verfassung der französischen Republik aufrecht erhalten mußte, war das der Bourgeoisie über das Proletariat. Hier, in Weimar und in der Geschichte dieser deutschen Revolution ist kein Zweifel: die politische Bewegung, die zum Sturze des Kaisertums, die zum Einsturz der alten „Verfassung“ führte, ist eine Bewegung des Proletariats gewesen und ist identisch mit der Bewegung, die auf Sturz des Machtverhältnisses der Bourgeoisie selbst hinzielt.

Drum ist es ein unnützes Beginnen, die aufgeworfene Frage des Machtverhältnisses der Bourgeoisie dadurch zu lösen, daß man zurückkehrt auf den Punkt von dem man ausging: zu der durch „demokratische Sicherheiten“ markierten schrankenlosen Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat. Das ist keine Lösung der Frage der Revolution, sondern eine Verneinung, daß es eine Revolution überhaupt gäbe. Das ist ein so grotesker Hohn, daß selbst die Bourgeoisie, in dem Augenblick, in dem sie die Komödie von der „demokratischen Verfassung“ aufführt, die Gesetze über den Belagerungszustand ausdehnen und verschärfen läßt und damit offen erklärt, sie wolle die Herrschaft und brauche dazu die Gewalt.

Und so ist es auch kein Zufall und nicht etwa die Folge der politischen Qualitäten der in Weimar Versammelten, daß ihr Werk um jene Zone des Todes, durch die Kluft tödlicher Langweile von der deutschen Revolution getrennt ist. Sie ist davon getrennt, weil sie keine Antwort geben kann auf die

einzige Frage, die die Revolution aufgeworfen hat: ob Herrschaft des Kapitals oder nicht. Die Antwort muß rein und nett gegeben werden: denn daß die Frage überhaupt gestellt wurde, bedeutet, daß die bisherige Lösung, Herrschaft der Bourgeoisie unter „demokratischer Form“ nicht mehr möglich ist. [6] E n t w e d e r bleibt die Herrschaft der Bourgeoisie, dann muß diese Herrschaft auftreten unverhüllt; dann komme ein General auf einem weißen Roß, dann nehme Herr Gustav Noske in seine Rechte die Pistole und in seine Linke den Dolch. Dann muß die Revolution zu dieser formalen Aenderung der Verfassung führen. Oder die Herrschaft der Bourgeoisie fällt, die Verfassung wird materiell geändert werden: dann wird die künftige Verfassung mit einem neuen Sinn auch neue Formen finden.

Ob Arbeit, ob Kapital? Das ist die Frage, darauf muß Antwort sein. Die Antwort wird nicht in Weimar gegeben. Nicht schriftlich und nicht postlagernd.

„Brände her! ... Schon rühren sich die Knechte ...“

*

Das Agrarprogramm der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

A u g u s t T h a l h e i m e r

In dem Augenblick, in dem das vorliegende Agrarprogramm veröffentlicht wird, erlebt Deutschland zum erstenmal umfassende Streiks der Landarbeiter, in Bielefeld, in Pommern, in Ostpreußen. Kleinere, kurzatmige Streikbewegungen waren vorangegangen im Magdeburgischen, in Westpreußen, in Lübeck. Vereinzelt hatten kleinbäuerliche Gemeinden die Aufteilung des in ihrem Bereich gelegenen Großgrundbesitzes angeregt – es geschah das noch in den Maientagen der Regierung Ebert-Haase – aber die bewaffnete Macht der Ebertrepublik bedeutete ihnen sogleich, daß das Grundeigentum unantastbar ist, und sie sanken in die frühere Lethargie zurück.

Die gegenwärtigen Streiks der Landarbeiter in Bielefeld, Pommern, Ostpreußen usw. rollen die Auseinandersetzung zwischen Landproletariat und Großgrundbesitz auf. Das Landproletariat selbst kämpft hier erst um wirtschaftliche Einzelforderungen, es ist sich der revolutionären Tragweite des von ihm eingeleiteten Kampfes noch keineswegs bewußt. Dagegen hat das Junkertum mit dem sicheren Instinkt der herrschenden Klasse sofort erfaßt, daß die Streiks der Landarbeiter mehr sind als irgend welche wirtschaftliche Einzelaktionen des Landproletariats in „normalen“ Zeiten. Ueber eine Reihe pommerscher Landkreise ist der Belagerungszustand verhängt, Regierungstruppen sind eingerückt, um die Rebellion der Landproletarier gewaltsam niederzuschlagen. Das Junkertum antwortet also auf die erste selbständige Regung des Landproletariats sogleich mit dem letzten Wort des bürgerlichen Staates: mit Säbel und Flinte. Es spricht durch diese Tat aus, daß es weiß, daß der Kampf jetzt ums Ganze geht, um seine Herrschaftsstellung auf dem Lande. Und die Staatsgewalt der Ebertrepublik, in dem sie sich auf den ersten Wink dem Junkertum zur Verfügung stellt, wo der Klassenkampf auf dem platten Lande aufzüngelt, so tritt sie dem Landproletariat von vornherein, als Werkzeug des Junkertums gegenüber. So ist dafür gesorgt, daß die Landarbeiter rasch sich der revolutionären Tragweite der Bewegung, in die sie eingetreten sind, bewußt werden.

[7] Die Gründe, warum das ländliche Proletariat so spät in die Auseinandersetzung mit dem Großgrundbesitz eintritt, liegen nahe. Die örtliche Zersplitterung und Abgeschlossenheit legen seiner selbständigen Bewegung weit größere Hindernisse in den Weg, als dies beim städtischen Proletariat der Fall ist. In der vorrevolutionären Zeit hatte die junkerliche Gewalt die Landarbeiter fast hermetisch von jeder politischen Bewegung abzuschließen vermocht. Die Revolution erst eröffnete dem Landvolk einen Zugang zum politischen Leben. Sie hatten in den ersten Monaten der Revolution das Pensum nachzuholen, das die städtische Arbeiterschaft sich während zweier Menschenalter an den Schuhsohlen abgelaufen hatte. Für sie waren die abgeleierten demagogischen Phrasen der Scheidemänner von der bürgerlichen Demokratie noch eine Offenbarung. Was Wunder, daß sie bei den Wahlen zur Nationalversammlung in hellen Scharen der Mehrheitssozialdemokratie zuströmten und daß sie – zusammen mit dem Kleinbürgertum – in die Lücken einrückten, die der Abmarsch der großstädtischen Arbeiterschaft in der mehrheitssozialistischen Parteiorganisation gerissen? Dazu kommt

noch ein anderes. Dem Landproletariat machte sich der wirtschaftliche Ruin zunächst nicht in der schroffen Form bemerkbar, wie er den proletarischen Massen der Städte gegenübertrat: als nackter Hunger und massenhafte Arbeitslosigkeit. Das Land hatte während des Krieges gelernt, zunächst sich selber angemessen zu ernähren – für viele Kleinbauern, die in normaler Zeit die selbstgezogenen Lebensmittel verkauften und sich mit Ersatzmitteln aller Art unterernährten, begann erst im Krieg der Brauch, die Milch, Butter, Käse, Eier, Geflügel, Fleisch, Obst usw. selber zu essen. Nur der Ueberschuß über den eigenen Bedarf ward an die Städte abgeführt. Der Hunger in seiner grellsten Form blieb also dem Landvolk erspart, während des Krieges und während der Revolution selbst. Von Arbeitslosigkeit der Landarbeiter konnte nach dem Abzug der Kriegsgefangenen keine Rede sein; es fehlte vielmehr an Menschenkraft.

Das Ende des Krieges, die Rückkehr in das heimische Dorf oder Gut, die Vernichtung des alten Militarismus, die bürgerliche Demokratie, damit ließ sich das ländliche Proletariat zunächst genügen. Soweit es nicht im Soldatenrocke an der militärischen Emeute teilgenommen hatte, die einen so wesentlichen Zug des 9. November bildete, war es während der Novemberrevolution passiv dem städtischen Proletariat gefolgt. Diese seine Passivität hatte – abgesehen von der Unreife der städtischen Revolution selbst, – der Bourgeoisie erlaubt, ihre konterrevolutionären Einzelsiege in den revolutionären Zentren zu erfechten: in Berlin, in Bremen, im Ruhrrevier, in Mitteldeutschland, in München. Nicht nur, daß die Passivität des Landes der Bourgeoisie erlaubte, sich ungeteilt auf die revolutionären Zentren zu stürzen: Die militärische Macht der Konterrevolution, die Freiwilligentruppen, rekrutierten sich zu einem guten Teil aus dem Landproletariat und dem Kleinbauerntum. In der Wiederherstellung des Militarismus in Gestalt des Söldnertums spiegelte sich unmittelbar die politische Passivität, die revolutionäre Unreife der Landarbeiter und Kleinbauern.

Solange die ländliche Arbeiterklasse selbst ruhig saß, solange das Land selbst nicht die Landfrage aufrollte, hatten die Scheidemännischen Bedienten der Bourgeoisie und der Junker keinen Anlaß, dieses glühende Eisen anzufassen. Einiges mittelalterliche Gerümpel, wie die Gesindeordnungen, wurden, auf dem Papier, beseitigt, die Gutsbezirke wurden, ebenfalls auf dem Papier, aufgehoben, und schließlich das Landsiede-[8]lungsgesetz angenommen, das wiederum nur auf dem Papier eine beschauliche Existenz führt, das keinem Junker noch ein Haar gekrümmt hat, auch nicht krümmen wollte. War es doch nur ein Vermächtnis der Hindenburg-Ludendorff'schen Kolonisationspläne für das Baltikum, das die Regierung Ebert-Scheidemann mit dieser unschuldigen Gesetzesübung ausführte, das seinerseits wieder vollkommen in den Rahmen junkerlicher Siedelungspolitik paßte. Der Zweck der Uebung, hier wie dort, war die Ansiedlung von Kleinsiedlern, als Reservoir für die Arbeitsbedürfnisse, des Großgrundbesitzes, mit dem Unterschied nur daß die Hindenburgschen Siedlungspläne einigermaßen ernst gemeint waren – sie waren zugleich als Mittel gedacht, um einen „zuverlässigen" militärischen und politischen Grenzschutz im Osten aufzurichten, während das Landsiedelungsgesetz der Ebert-Scheidemann von vornherein nichts war als eine leere demagogische Flause.

Die bisherige Passivität des Landes offenbart sich ebenso drastisch in einer weiteren Erscheinung, in den Bauernräten. Während die Arbeiter- und Soldatenräte unmittelbar aus der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Soldaten sich auskristallisierten und daher in ihrer Zusammensetzung von vornherein einen ausgeprägten Klassencharakter trugen, so waren die „Bauernräte" ein künstliches Gemächte der Regierung Ebert-Haase, das heißt: ein plumper Betrug. Unter dem Namen von „Bauernräten" ward dem Land vom Bund der Landwirte eine Organisation beschert, die, eine dreiste Karikatur der Räte, den Junker und Großbauer mit den Landarbeitern und Kleinbauern zusammenkoppelte und ihm ein Wahlrechtsprivileg gab, das reichlicher Ersatz für das Dreiklassenwahlrecht war. Es ist bezeichnend, daß der verflossene unabhängige Ernährungsminister Wurm diesem frechen Schwindel die amtliche Anerkennung gab und ihn, ohne zu erröten, verteidigte. Es ist klar, daß eine solche Karikatur der Räteorganisation auf dem Lande nur möglich war, weil das Land noch schlief und daß sie bei der ersten selbständigen Massenbewegung des Landvolks bei Seite fliegen muß.

Die Landbevölkerung war bisher das letzte große Reservoir der Gegenrevolution, sowohl durch ihre Passivität, als durch ihre aktive Teilnahme an gegenrevolutionären Aktionen und Organisationen. Der Einmarsch von Truppen in ostpreußische und pommersche Landesdistrikte, zur Niederschlagung von

Landarbeiterbewegungen, kündet an, daß endlich auch für das Land die Revolution im Ernst beginnt. Das bedeutet aber, daß die deutsche Revolution als Ganzes erst jetzt ihrem Höhepunkt zueilt, politisch wie wirtschaftlich. Es bedeutet, daß die Frage des Militarismus und die Frage der Junkerherrschaft jetzt erst an der Wurzel gefaßt werden. Denn der Militarismus kann nur mit der Wurzel ausgerissen werden dort, wo er am tiefsten saß, in den preußischen „Kernprovinzen“, und die politische Herrschaft des Junkertums kann endgültig niedergerissen werden nicht in den Straßen Berlins – geschweige in einer Weimarer oder Berliner Nationalversammlung – sondern nur in den 30.000 preußischen Gutsbezirken, nur durch die Erhebung des Landarbeiters. Und jetzt erst rückt die Landfrage aus dem Zwielicht der Theorie oder der demagogischen Routine in die Helle des praktischen revolutionären Kampfes.

Zwei Hauptmomente sind es, die das Landproletariat in die revolutionäre Arena bringen. Erstens: ihre eigene Passivität hat der junkerlichen Gegenrevolution erlaubt, sich von der ersten Betäubung vollkommen zu erholen, alle Machtpositionen in der ländlichen Ver-[9]waltung nicht nur zu halten, sondern stärker zu befestigen und immer dreister ihrerseits zum Angriff überzugehen, um die vorrevolutionäre Despotie auf den Junkerdomänen wieder herzustellen. Das Landproletariat, das ohne eigene Anstrengung die politischen Ketten, die seine Glieder umschlangen, sich lodern sah, sträubt sich jedoch aus Leibeskräften, sich hinter den 9. November zurückwerfen zu lassen. Die zweite Triebkraft ist die Wirkung der wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung auf die Landarbeiterschaft und das Kleinbauerntum: die steigende Entwertung des Geldes, die die Landarbeiter in Massenstreiks hineinzwingt. Das Kleinbauerntum sucht sich noch durch Preissteigerungen schadlos zu halten, aber dieses Bemühen wird immer unzulänglicher, und der direkte Steuerdruck, den das heimische und das fremde Kapital ihm auferlegen, muß ihn vollends aufscheuchen.

Das Kleinbauerntum bewegte sich vor der Revolution politisch im Gefolge des Junkertums, weil es sich wirtschaftlich in seinem Gefolge bewegte. Der Bankrott der Kapitalwirtschaft und der Staatsfinanzen in Deutschland sprengt diesen wirtschaftlichen Bund. Er sprengt damit notwendig auch früher oder später den politischen Bund.

So kommt das Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands gerade im rechten Augenblick. Es ist selbst schon das Produkt der ersten selbständigen Regungen des Landproletariats, die zur Gründung des Kommunistischen Landarbeiter- und Kleinbauernverbandes in Mittelschlesien führten. Das Agrarprogramm ist in gemeinsamer Arbeit der Zentrale mit Leitern des Kommunistischen Landarbeiter- und Kleinbauernverbandes entstanden. Und sein Erscheinen trifft mit den ersten größeren Massenbewegungen des Landproletariats zusammen. So wird es bald mehr sein als ein Stück Papier. Es wird bald der Schlachtruf von Millionen von Landproletariern sein, die gegen die Junkerschlösser anstürmen.

Dann erst, wenn dieser neue Bundschuh dem Landvolke vorangetragen wird, dann erst schließen sich die Reihen der Revolution, dann erst wird sie unwiderstehlich. Mögen daher die städtischen Proletarier die revolutionäre Botschaft mit aller Kraft aufs platte Land tragen. Das ländliche wie das städtische Proletariat vermögen nicht getrennt zu siegen, nur ihre Vereinigung erzwingt den Sieg. A. Th.

* *
*

Wir lassen nunmehr den Wortlaut des Agrarprogramms folgen. Es sei bemerkt, daß es noch einem Parteitag zur Bestätigung vorzulegen sein wird.

I.

Das gewaltige wirtschaftliche Zerstörungswerk des Weltkrieges hat die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland unterwühlt. Der Produktionsapparat ist in diesem Höllenfeuer zusammengeschmolzen. Arbeitskräfte, Arbeitsmaschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe, der Goldbestand wurden dezimiert. Im selben Maßstabe aber, wie die Gebrauchswerte vernichtet wurden, wuchs die Kriegsschuld, der Anspruch der kapitalistischen Klasse auf die Früchte der Arbeit. Im selben Maße wuchs die Anarchie in der Produktion. Das Kapital, dessen geschichtliche Rolle die breiteste Entfaltung der Produktionskräfte der Gesellschaft war, hat sich in einen reinen Schmarotzer am Körper der

gesellschaftlichen Arbeit entwickelt, in eine Kraft der Zerstörung [10] und Verwirrung. Seine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Das Proletariat ist berufen, das Urteil der Geschichte zu vollziehen bei Strafe des Unterganges der Produktion.

Der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus auf den Schlachtfeldern Frankreichs gab den Anstoß zum Beginn dieser Auseinandersetzung, die im Schoße der Gesellschaft vorbereitet lag. Ihr Auftakt war die Revolution des 9. November. Aber diese Revolution, obwohl getragen von kriegsmüden und enttäuschten Soldaten und den Arbeitern, ließ die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft unberührt. Sie erfaßte nur die äußere Staatsform. Sie verwandelte den monarchischen Militärstaat in eine bürgerliche Republik, mit den Verrätern des Sozialismus als Firmenträgern. Die politische Form der Kapitalsherrschaft ward oberflächlich reformiert, neu unterbaut.

Aber diese politische Revolution ward zugleich der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die in einer Reihe gewaltiger Streikwellen und bewaffneter Aufstände Deutschland überzog und deren Ergebnis nur der Sturz der Kapitalsherrschaft sein kann. Das Industrieproletariat leitete die Rebellion der Lohnarbeit gegen das Kapital ein. In seinen Spuren folgten die Arbeiter und Angestellten des Handels- und Geldkapitals.

Es ist klar, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht auf die Städte beschränkt bleiben kann. Die Kapitalsherrschaft lastet noch schwerer wie auf dem städtischen auf dem ländlichen Proletariat. Ihr Zusammenbruch droht auch dem Kleinbürgertum den Untergang an.

Das ländliche Proletariat und das Kleinbauerntum sind in ihrem Kampf gegen das Kapital gehemmt durch die örtliche Zersplitterung und die ländliche Abgeschlossenheit. Sie können nur überwunden werden durch das engste Zusammenwirken mit dem städtischen Proletariat.

Im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es bedarf hier nur des Zerbrechens der Schranken des Privateigentums, der Aneignung des Landes und der Arbeitsmittel durch die Gesellschaft und des innigen Zusammenwirkens mit der sozialisierten Industrie und Handel, damit auch hier die sozialistische Arbeitsweise sich entfalten kann. Das Kleinbauerntum und der im kleinbäuerlichen Betrieb bewirtschaftete Großgrundbesitz leidet nicht minder schwer wie das Landproletariat unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aber in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Die bürgerliche Wirtschaft hat das bäuerliche Kleineigentum durch einen jahrhundertelangen gewaltsamen Prozeß der wirtschaftlichen Entwurzelung und des Betrugs unterhöhlt, der den Kleinbauern völlig in das Proletariat hinabschleudert oder ihn ein Zwitterdasein zwischen Industrieproletarier und Landproletarier führen läßt, der ihn vom Grund und Boden und seinen Arbeitsmitteln trennt und unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers oder des industriellen Unternehmers stellt. Er wurde massenhaft in einen Land-Taglöhner oder industriellen Lohnarbeiter verwandelt. Oder sein Landbesitz wurde derart verzwergt oder verschuldet, daß er, als Fußkugel an seinem Bein, ihn in die drückendste Hörigkeit gegenüber dem Großgrundbesitz und dem Industriekapital versetzte. Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Klein-[11]bauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus finde. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauern wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialisierten Industrie und des Handels. Es gilt den Kleinbauern von der bürokratischen Schreiberzunft, die ihn bevormundete, zu befreien und ihm den Weg zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch ihn selbst zu eröffnen; es gilt schließlich, die Ansätze der kleinbäuerlichen Genossenschaften auszubauen, damit der Kleinbauer stufenweise zur genossenschaftlichen Produktion auf großer Stufenleiter gelangt. Um das Ziel der Befreiung des ländlichen Proletariats und des Kleinbauerntums von kapitalistischer Ausbeutung und der sozialistischen Betriebsweise in der Landwirtschaft zu erreichen, stellt die Kommunistische Partei die folgenden Forderungen auf:

II.

Landwirtschaftliche Großbetriebe sind diejenigen, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit zur Erzielung kapitalistischen Profits anwenden. Landwirtschaftliche Kleinbetriebe sind diejenigen

Betriebe, die fremde Arbeitskraft gar nicht oder nur in der Weise beschäftigen, daß sie der Hauswirtschaft nach Lebensweise oder Arbeitsweise eingegliedert sind, wie die Besitzer und ihre Familienangehörigen selbst.

III.

Aller Großgrundbesitz, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird samt lebendem und totem Inventar und den dazugehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet. Er wird Gemeineigentum der sozialistischen Gesellschaft-

IV.

Alle bisherigen gutsherrlichen Rechte und Patronate (gutsherrliche Jagd- und Fischereirechte, Steuerbefreiungen, Polizeirechte usw.) sowie alle Fideikommißrechte werden ohne Entschädigung aufgehoben.

V.

Auf jedem landwirtschaftlichen Großbetrieb bilden die ständig auf ihm beschäftigten Landarbeiter, Gutshandwerker, Angestellte und die hauswirtschaftlich tätigen Familienangehörigen einen Gutsrat.

VI.

Der Gutsrat übernimmt die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Betriebes unter zentraler einheitlicher Leitung für die gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe.

VII.

Der Gutsrat übernimmt im Rahmen der zentralen Anordnungen:

1. Die Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften.

2. Die Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne.

3. Die Anbau- und Verwendungsart der landwirtschaftlich benutzten Flächen und die Oberleitung der mit dem Großgut verbundenen gewerblichen Betriebe.

4. Die Ablieferung der über den Eigenbedarf des Großguts hinaus überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. [12]

5. Die Feststellung der Bedürfnisse des Großguts an landwirtschaftlichen Arbeitsmitteln, die es nicht selbst erzeugt (Saatgut, Nutzvieh, Milchvieh, Zuchtvieh, Zuchtgut, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngemittel, Futterstoffe, chemische Hilfsstoffe, Baumaterial usw.).

6. Die Feststellung und Verteilung des Bedarfs an industriellen Erzeugnissen und Handelsartikeln für den Einzelbedarf (Nahrungsmittel, Kleidung, Hausgerät und Mobiliar, an Erzeugnissen der Literatur und Kunst).

7. Die Feststellung des Bedarfs an Betriebskapital.

Die Höhe der für den Eigenbedarf der Genossenschafter des Großguts notwendigen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse des Großguts wird zentral festgesetzt. Die Ueberschüsse darüber werden an örtliche Sammelstellen abgeliefert, ebenso wie die Bedürfnisse der Güter an landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsartikeln an die örtlichen Sammelstellen überwiesen werden.

VIII.

Die abgelieferten überschüssigen Erzeugnisse des Großgutes werden der Gutsgenossenschaft gutgeschrieben.

Die Finanzierung des Großgutes wird Zentralbanken übertragen.

IX.

Die Wälder und die Jagd werden zentral bewirtschaftet durch die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Wald- und Forstarbeiter und Forstbeamten, die ebenfalls in Räten organisiert sind.

X.

Die Nutzung von Waldungen, die bisher Eigentum bäuerlicher Gemeinden waren, verbleibt den Gemeinden im Rahmen ihrer örtlichen Bedürfnisse. Die Bewirtschaftung geschieht zentral, wie die der übrigen Waldungen.

XI.

Die Wasserläufe werden nach Flußgebieten einheitlich bewirtschaftet.

XII.

Für die Zeiten der größten Arbeitshäufung im landwirtschaftlichen Betrieb, die eine Erledigung der Arbeit innerhalb bestimmter Fristen erfordern (Bestellung, Ernte), werden landwirtschaftliche Arbeiterkolonnen gebildet, deren örtliche Verteilung zentral bestimmt wird.

XIII.

Um das Aufgebot ländlicher Arbeiter in den Höhezeiten des Landwirtschaftsbetriebes jederzeit zu ermöglichen, ist erforderlich, daß auch die industrielle Arbeiterschaft von Jugend auf in den Elementen landwirtschaftlicher Arbeit ausgebildet wird.

Andererseits ist erfordert die Ausbildung der seßhaften Landarbeiterschaft in den Elementen der landwirtschaftlichen und industriellen Technik, im Interesse der technischen Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes selbst, sodann aber, um denen, die für die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht in Betracht kommen, den reibungslosen Uebergang in die Industrie zu ermöglichen. [13]

XIV.

Unterricht, Unterrichtsmittel und Lebensunterhalt an den allgemeinen, wie an den technischen und landwirtschaftlichen Fachschulen sind frei.

XV.

Für landwirtschaftliche Kulturarbeiten großen Stils (Urbarmachung von Oedland, Bewässerung, Entwässerung usw.), Feldbereinigung, Wegebau, Tier- und Pflanzenversuche usw.) werden vom Staat die Mittel und die Arbeitskräfte den Gutsräten zur Verfügung gestellt.

XVI.

Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz, soweit er nicht im Großbetrieb bewirtschaftet wird, sondern in kleine Pachten aufgeteilt ist, wird ebenso wie Großbetriebe ohne Entschädigung enteignet. Soweit dieser Landbesitz im kleinen bewirtschaftet wurde, wird er zur weiteren Nutzung und Bewirtschaftung an die örtlichen Landarbeiter- und Kleinbauernräte überwiesen. Diese haben seine Nutzungs- und Betriebsart unter Beachtung der Interessen der bisherigen kleinbäuerlichen Bewirtschafter zu regeln.

XVII.

Die staatlichen Domänen, soweit sie nicht in Kleinpachten zerteilt sind, bilden Muster- und Versuchswirtschaften unter unmittelbarer Leitung der provinziellen oder Staatszentrale. Ihnen werden landwirtschaftliche Fach- oder Hochschulen angegliedert.

XVIII.

Die Ueberwindung des kulturellen Gegensatzes zwischen Stadt und Land soll vom Staat eingeleitet werden dadurch, daß alle Elemente städtischer Kultur dem Lande zugänglich gemacht werden, durch Ausbau eines engen Netzes von Schnellbahnen und anderen Verkehrsmitteln. Ferner, im Interesse der Produktion selbst, durch weitgehende Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft, Gas usw., und endlich durch planmäßige Vereinigung von landwirtschaftlichem mit industriellem Großbetrieb.

Der kleinbäuerliche Betrieb.

XIX.

Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmittel bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen.

XX.

Der Kleinbauer verwaltet seine wirtschaftlichen und Verwaltungsangelegenheiten selbst im Wege der Räteverfassung. Diese Selbstverwaltung tritt an Stelle der bürokratischen Bevormundung im kapitalistischen Staat.

XXI.

Die in kleinbäuerlichen Betrieben beschäftigten Werktätigen einschließlich der in ihrer Hauswirtschaft tätigen weiblichen Familienangehörigen schließen sich örtlich zu K l e i n b a u e r n r ä t e n zusammen.

[14] Den Kleinbauernräten gehören auch die in den Dörfern ansässigen Kleinhandwerker und Kleinkaufleute an, die keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten.

Die örtlichen Kleinbauernräte schließen sich ihrerseits mit den G u t s r ä t e n , die innerhalb der Markung bestehen, und mit den im Dorfe etwa ansässigen industriellen Arbeitern zu D o r f r ä t e n zusammen.

Die K l e i n b a u e r n r ä t e besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kleinbauern. Die Dorfräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Gemeindeverwaltung des Dorfes.

XXII.

Die K l e i n b a u e r n r ä t e vermitteln den gemeinsamen Bezug von Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh, landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Lebensbedarf aller Art.

Sie kontrollieren zusammen mit den örtlichen Guts- und Arbeiterräten die Ablieferung ihrer überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die örtlichen Sammelstellen.

XXIII.

Die sozialistisch organisierte Industrie versorgt die Kleinbauern mit industriellem Lebensbedarf. Sie fördert die Vergenossenschaftlichung der Kleinbetriebe durch den Ausbau eines feinmaschigen elektrischen Kraftnetzes durch Lieferung gemeinschaftlich zu benutzender Maschinen und Gebäude, durch Ausbau der bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, durch Ausweitung des allgemeinen und Fachunterrichtes, durch kostenloses Zurverfügungstellen von Fachleuten für technische Verfahren usw.

XXIV.

Eine Uebergangsstufe zum genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Großbetrieb bildet die Zusammenlegung der Kleinbetriebe einer Markung zu einem einheitlichen Betrieb, der M a r k g e n o s s e n s c h a f t , die von den Markgenossen gemeinsam bewirtschaftet wird.

Eine Markgenossenschaft wird durch freien Beschluß der kleinbäuerlichen Ansassen der Dorfmarkung gebildet.

Der Ansaß einer Markgenossenschaft kann durch freie Vereinigung einer beliebigen Anzahl von Kleinbauern gebildet werden, die sich als Landgenossen zusammenschließen.

XXV.

Die Markgenossenschaft wie kleine Landgenossenschaften werden von der sozialistischen Industrie unterstützt durch Errichtung von Markscheunen, Markställen und anderen Markgebäuden, durch

Zurverfügungstellung von Geometern, Technikern, landwirtschaftlichen Fachleuten, durch Stellung von Landarbeiterkolonnen zur Bestell- und Erntezeit, durch Stellung von Inventar- und Betriebskapital.

XXVI.

Schulunterricht, der allgemeine und Fachausbildung umfaßt, Lehrmittel und Unterhalt während der Schulzeit sind frei.

XXVII.

Allen Schulen in Stadt und Land soll hinreichender Boden zur praktischen Ausbildung der Schüler in den Hauptzweigen landwirtschaftlicher Arbeit vom Staat zur Verfügung gestellt werden. [15]

XXVIII.

Die Hypotheken auf Grundbesitz werden verstaatlicht. Sie sind unkündbar und können vom Staat gelöscht werden.

Die wirtschaftliche und politische Gliederung der Guts-, Kleinbauern- und Dorf-Räte.

XXIX.

Die örtlichen Guts-, Kleinbauern- und Dorfräte schließen sich nach wirtschaftlichen Bezirken und schließlich für das ganze Staatsgebiet zusammen.

Jede dieser Räteorganisationen wählt aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuß, der die laufenden Geschäfte unter der Kontrolle der Räte besorgt und das Recht hat, Fachleute heranzuziehen. Die oberste wirtschaftliche Rätekörperschaft für die Landwirtschaft ist der Zentralkongreß der Landarbeiter- und Kleinbauernräte. Er wählt aus seiner Mitte als ausführendes Organ den Zentral-Landwirtschaftsrat. Dieser gehört dem Zentralwirtschaftsamt an und setzt gemeinschaftlich mit ihm die allgemeinen Bestimmungen für den Betrieb der Landwirtschaft fest.

XXX.

Die Dorfgemeinden verwalten sich durch die Dorfräte. Die laufenden Geschäfte besorgt der Vollzugsausschuß des Dorfrates.

Die Mitglieder des Vollzugsausschusses wie des Dorfrates können jederzeit von ihren Wählern abberufen werden. Die Dorfräte schicken ihre Delegierten zu den Kreis-Arbeiter- und Bauernräten, diese zu den Bezirks-Arbeiter- und Bauernräten usw., die gemeinschaftlich mit den übrigen Räten die politische Gewalt in ihrem Gebiet ausüben.

Die bürokratische Bevormundung der Landbevölkerung wird durch ihre Selbstverwaltung ersetzt.

*

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Von E. Ludwig.
(Schluß.)

IV.

Um zu zeigen, wie etwa ein von richtigen Arbeitervertretern ausgearbeitetes, die Arbeiter-, nicht die Unternehmerinteressen schützendes Gesetz über die Betriebsräte auszusehen hätte, sei hier zum Schluß der Entwurf eines solchen veröffentlicht.

Der Gesetzentwurf schließt sich im Aufbau an den Regierungsentwurf an, beseitigt aber alle Hemmungen, die der Tätigkeit der Betriebsversammlung und des Betriebsrats entgegenstehen. Beide Körperschaften sind souverain.

[16] In den §§ 13 und 14 sind die Aufgaben des Betriebsrats näher umschrieben. Ihre Erfüllung bedeutet noch nicht die Sozialisierung, wohl aber ihre Vorbereitung derart, daß Betriebsrat und Betriebsversammlung allmählich reif werden, den Unternehmer im Produktionsprozeß auszuschalten und die Betriebsleitung zu übernehmen.

Es wäre freilich eine Illusion, zu glauben, daß Nationalversammlung und Reichspräsident einen solchen Entwurf jemals zum Gesetz erheben werden. Betriebsversammlung und Betriebsrat erwerben ihre Rechte nicht durch die Gesetze irgend eines bürgerlichen Parlaments. Allein der siegreich durchgeführte Klassenkampf des Proletariats kann seinen Kampf- und Aufbauorganisationen zu der ihnen gebührenden Macht verhelfen.

Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte.

§ 1. In allen Betrieben, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) beschäftigt werden, sind Betriebsräte zu errichten.

Die Betriebe, in denen regelmäßig zu bestimmten Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, haben Betriebsräte schon dann zu errichten, wenn zu diesen Zeiten mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Ueber die Errichtung von Betriebsräten im Betriebe, die unter 20 Arbeitnehmer beschäftigen, bestimmt § 24 dieses Gesetzes.

§ 2. Arbeitnehmer sind alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters, die gegen Gehalt oder Lohn gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten, einschließlich der Beamten des Reiches, der Gliedstaaten, der Gemeindeverbände und der Gemeinden.

§ 3. Befinden sich unter den Arbeitnehmern sowohl Arbeiter wie Angestellte, so muß in dem Betriebsrat jede der beiden Gruppen vertreten sein.

§ 4. Die Mitgliederzahl des Betriebsrats wird durch Beschluß der Betriebsversammlung festgesetzt. Sie soll nicht unter drei, bei mehr als 20 Arbeitnehmern im Betriebe mindestens fünf und nicht über 40 Personen betragen.

§ 5. Ist gemäß § 3 ein Betriebsrat zu errichten, der sowohl aus der Gruppe der Arbeiter, wie der Angestellten besteht, so müssen beide Gruppen ihrem zur Zeit der Anberaumung der Wahl bestehenden Zahlenverhältnis innerhalb der Arbeitnehmerschaft des Betriebes entsprechend, mindestens aber durch ein Mitglied vertreten sein. Die Feststellung des Zahlenverhältnisses erfolgt durch den Betriebsrat.

§ 6. Gliedert sich ein Betrieb in mehrere Abteilungen, so kann auf Beschluß der Betriebsversammlung für jede Abteilung oder für einzelne Abteilungen ein besonderer Betriebsrat gewählt werden.

Die Abteilungsbetriebsräte wählen in geheimer Wahl mit einfacher Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte Vertreter für einen Gesamtbetriebsrat, der mindestens 5 und höchstens 40 Mitglieder hat. In dem Gesamtbetriebsrat muß jede Abteilung durch mindestens eine Person vertreten sein. Die Zahl der Angestellten- und Arbeitervertreter [17] im Gesamtbetriebsrat soll dem Verhältnis entsprechen, in dem die Zahl aller Angestellten zu der Zahl aller Arbeiter des Gesamtbetriebes steht. Die Anzahl der dadurch von den einzelnen Abteilungsbetriebsräten in den Gesamtbetriebsrat zu entsendenden Arbeiter- und Angestelltenvertreter bestimmt, solange noch kein Gesamtbetriebsrat besteht, ein Ausschuß, der aus den Obleuten der Betriebsräte zusammengesetzt ist.

Verliert das Mitglied eines Betriebsrats seine Mitgliedschaft in einem Abteilungsbetriebsrat, so scheidet es auch aus dem Gesamtbetriebsrat aus.

§ 7. Befinden sich mehrere Betriebe in einer Hand, und sind sie Bestandteile eines einheitlichen Unternehmens unter gemeinsamer Oberleitung, so können sie sich, soweit sie sich innerhalb einer Gemeinde oder innerhalb benachbarter Gemeinden befinden, durch übereinstimmende Beschlüsse der Betriebsversammlungen zu einem gemeinsamen Betriebsrat zusammenschließen. Der Zusammenschluß muß erfolgen, wenn unter den Betrieben solche sind, in denen nach § 1 ein Betriebsrat zu errichten wäre.

Ist ein gemeinsamer Betriebsrat nicht errichtet, so kann auf Beschluß der Betriebsversammlung ein Gesamtbetriebsrat errichtet werden. § 6 Abs. 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden.

Ein Gesamtbetriebsrat kann auf Beschluß der Betriebsversammlung auch dann errichtet werden, wenn die Betriebe nicht innerhalb einer Gemeinde oder innerhalb benachbarter Gemeinden belegen sind. § 6 Abs. 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden.

§ 8. Bei den Verkehrsanstalten des Reiches und der Gliedstaaten wird der Gesamtbetriebsrat für das gesamte Verkehrsgebiet von der Delegiertenversammlung der Betriebsräte der einzelnen Verkehrsanstalten gewählt.

Die näheren Bestimmungen über das Wahlverfahren zur ersten Delegiertenversammlung trifft der Zentralrat der Republik.

§ 9. Die Mitglieder des Betriebsrats oder der einen selbständigen Wahlkörper bildenden Betriebsabteilung werden von den Arbeitern und Angestellten aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von 6 Monaten gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Gewählten können jederzeit von der Betriebsversammlung durch Mehrheitsbeschluß aus dem Betriebsrat entfernt und durch neue Delegierte ersetzt werden.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Arbeitnehmer ohne Unterschied des Alters und Geschlechts.

§ 10. Der Obmann des Betriebsrats hat spätestens vier Wochen vor Ablauf der Wahlzeit den Betriebsrat zur Vorbereitung der Wahl und zur Fassung der nach § 4, 6 und 7 erforderlichen und zulässigen Beschlüsse eine Betriebsversammlung einzuberufen.

Die Betriebsversammlung wählt aus ihrer Mitte durch einfache Stimmenmehrheit einen aus drei wahlberechtigten Mitgliedern bestehenden Wahlvorstand und eines der Mitglieder zum Vorsitzenden des Wahlvorstandes.

[18] Besteht ein Betriebsrat noch nicht, so haben die drei im Betrieb am längsten beschäftigten Arbeiter oder Angestellte die erste Betriebsversammlung einzuberufen.

Die näheren Bestimmungen über das Wahlverfahren trifft der Zentralrat der Republik, der zu diesem Zweck von dem innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund von Betriebswahlen einzuberufenden allgemeinen deutsche Rätekongreß neu zu wählen ist.

Versäumnis von Arbeitszeit infolge der Wahlen hat keine Minderung der Entlohnung oder der Gehaltszahlung zur Folge. Dieser Vorschrift zuwiderlaufende Vertragsbestimmungen sind nichtig.

§ 11. Der Betriebsrat wählt aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen Obmann, einen Obmannstellvertreter und einen Schriftführer. Hat der Betriebsrat Mitglieder sowohl aus der Gruppe der Arbeiter wie der Angestellten, so dürfen Obmann und Obmannstellvertreter nicht der gleichen Gruppe angehören.

§ 12. Hat der Betriebsrat mehr als 3 Mitglieder, so kann er aus seiner Mitte Ausschüsse zur Erleichterung seiner Geschäftsführung bilden. Für die Erfüllung seiner Pflichten bleibt der ganze Betriebsrat der Betriebsversammlung verantwortlich.

§ 13. Der Betriebsrat hat die Aufgabe:

a) die Betriebsstätten zu erhalten und die Produktion im Interesse des arbeitenden Volkes zu fördern;

b) die Selbstverwaltung der gesamten Arbeiter- und Angestellteninteressen der Betriebe und die Kontrolle der gesamten Betriebsführung einzurichten und durchzuführen;

c) alle Vorbereitungen für die Sozialisierung zu treffen.

§ 14. Im einzelnen haben die Betriebsräte folgende Aufgaben:

1. Alle Arbeits- und Betriebsordnungen zusammen mit der Betriebsleitung zu entwerfen, der Betriebsversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen und sie alsdann zu erlassen.

2. Die Durchführung aller Arbeiterschutzmaßnahmen sowie die Einhaltung aller Vereinbarungen über Gehalts-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu überwachen; alle im Interesse der Arbeiter und

Angestellten vorzunehmenden Feststellungen und Untersuchungen, die bisher der Betriebsleitung oblagen, durchzuführen; die Lehrlinge in ihrer Ausbildung zu überwachen und ihre Ausbeutung zu beseitigen.

3. Bestrafungen, Lohnkürzungen unter Aufhebung dieses Rechts für den Arbeitgeber auszusprechen, und zwar nur dann, wenn einzelne Arbeiter sich zum Schaden ihrer Mitarbeiter oder des Betriebes Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen.

Ueber Beschwerden gegen die Entscheidung des Betriebsrats entscheidet die Betriebsversammlung.

4. Alle Arbeiter und Angestellten einzustellen und zu entlassen. Die Betriebsleitung hat nur die Zahl und die Art mitzuteilen. [19]

5. Alle Fragen des Arbeitsvertrages, insbesondere Lohn, Gehalt, Arbeitszeit, gemeinsam mit der Betriebsleitung zu regeln. Im Streitfalle entscheidet der Vollzugsrat des Arbeiterrates, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat.

6. Alle sozialen Einrichtungen der Betriebe (Konsumanstalten, Wirtschaftsbetriebe, Pensionskassen, Krankenkassen, Bibliotheken) ausschließlich zu verwalten.

7. Die gesamte Leitung des Betriebes zu kontrollieren. Zu diesem Zweck entsendet der Betriebsrat eines oder mehrere seiner Mitglieder in die Betriebsleitung. Diesen Beauftragten sind sämtliche Bücher und Korrespondenzen, aus denen sich die gesamte Geschäftsgebarung des Betriebes (Einkaufspreise, Art und Umfang der Produktion, Preiskalkulation) ergibt, vorzulegen. Die Beauftragten haben ein Einspruchsrecht gegen geplante Maßnahmen der Betriebsleitung überall da, wo die beabsichtigte Geschäftsgebarung der Betriebsleitung die Interessen des Betriebes oder das Gemeininteresse schädigt. In Streitfällen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat entscheidet nach Anhörung der Betriebsversammlung der Vollzugsrat des Arbeiterrats, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat.

§ 15. Besteht neben Abteilungsbetriebsräten oder Einzelbetriebsräten ein Gesamtbetriebsrat, so stehen jenen die Obliegenheiten und Befugnisse der Betriebsräte nur für die Betriebsleitung der Einzelbetriebe zu, die sie vertreten. Der Gesamtbetriebsrat ist für die gemeinsamen Angelegenheiten mehrerer Betriebsabteilungen oder Einzelbetriebe oder für die Angelegenheiten des gesamten Betriebs oder Unternehmens gemäß §§ 13 und 14 zuständig.

§ 16. Die Beschlüsse des Betriebsrats werden mit Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt, bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 17. Ueber jede Verhandlung des Betriebsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die mindestens den Wortlaut der Beschlüsse und die Stimmenmehrheit, mit der sie gefaßt sind, enthält und von dem Obmann und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 18. Sonstige Bestimmungen über die Geschäftsführung können in einer Geschäftsordnung, die sich der Betriebsrat mit Zustimmung der Betriebsversammlung gibt, getroffen werden.

§ 19. Die Mitglieder des Betriebsrats und ihre Stellvertreter verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Sie haben jedoch Anspruch auf Ersatz ihrer baren Aufwendungen. Versäumnis von Arbeitszeit wegen Zugehörigkeit zum Betriebsrat hat eine Minderung der Entlohnung oder Gehaltszahlung nicht zur Folge. Dieser Vorschrift zuwiderlaufende Vertragsbestimmungen sind nichtig.

Die durch die Geschäftsführung des Betriebsrates entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber. Für die Sitzungen, die Sprechstunden und die laufende Geschäftsführung hat er die erforderlichen Räume und Geschäftsbedürfnisse zur Verfügung zu stellen. [20]

§ 20. Das Amt einzelner Betriebsratsmitglieder erlischt bei Niederlegung durch Ausscheiden aus der Beschäftigung im Betrieb oder in der Betriebsabteilung, für die der Betriebsrat errichtet ist, oder durch einen Beschluß der Betriebsversammlung, der jederzeit mit einfacher Mehrheit der in der Versammlung erschienenen Wahlberechtigten gefaßt werden kann.

§ 21. Die Betriebsversammlung besteht aus den Arbeitnehmern des Betriebes. In Betrieben mit Abteilungsbetriebsräten tritt an die Stelle der Betriebsversammlung die Abteilungsbetriebsversammlung, die aus der Gesamtheit der Arbeitnehmer der Abteilung besteht.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Betriebsversammlung sind auch auf die Abteilungsbetriebsversammlung anzuwenden.

§ 22. Der Obmann ist berechtigt und auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Arbeitnehmer verpflichtet, eine Betriebsversammlung einzuberufen. Die Betriebsversammlung kann während der Arbeitszeit auch ohne Zustimmung des Arbeitgebers stattfinden.

Die Betriebsversammlung hat zu beschließen, ob sie die Tätigkeit des Betriebsrats gutheißt oder mißbilligt. Wird ein Mißbilligungsbeschluß einfacher Mehrheit der erschienenen Arbeitnehmer gefaßt, so hat der Betriebsrat zurückzutreten.

Die Betriebsversammlung kann Anträge an den Betriebsrat beschließen, die dieser dann auszuführen hat.

§ 23. Den Arbeitgebern und deren Vertretern ist es untersagt, ihre Arbeitnehmer in der Ausübung des Wahlrechts zu den Betriebsräten oder in der Annahme oder Ausübung der Tätigkeit als Mitglied des Betriebsrats zu behindern oder sie wegen der Annahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen.

Arbeitgeber oder deren Vertreter, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, werden mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Die gleiche Strafe trifft Arbeitgeber, die vorsätzlich gegen § 10 Abs. 5 verstoßen.

§ 24. In allen Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten werden die Angehörigen der einzelnen Berufsklassen zu Wahlkörpern der Kleinbetriebe zusammengefaßt. Diese wählen aus ihrer Mitte einen ihre Interessen wahrnehmenden Betriebsrat. Dieser Betriebsrat übt die Kontrolle der Kleinbetriebe aus entsprechend den Bestimmungen der §§ 13 und 14. Er erhält seine Informationen von einem von den Arbeitnehmern jedes einzelnen Betriebes gewählten Vertrauensmann.

Die Wahlkörper dürfen nicht weniger als 100 und nicht mehr als 200 Betriebsarbeiter und Angestellte umfassen.

§ 25. Spätestens innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes sind die Betriebsräte nach der Maßgabe dieses Gesetzes zu wählen.

*

[21]

Die kommunistische Internationale.

Bericht des Genossen S i n o v i e w auf dem 8. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands, (Schluß.) Sitzung vom 20. März.

Thomas hat, ohne es zu wollen, offenbart, was jeder auf der Zunge haben mußte. Wenn Du einmal gelogen hast, so wird niemand Dir glauben. (Beifall). Es ist wirklich so, da sie während 4 Jahren ihre Fahnen dazu hergegeben haben, um die Blöße der bürgerlichen Räuber zu decken: Da sie im 5. Jahre Jaurès und Wilson nebeneinander gestellt haben, so wird ihnen natürlich niemand mehr glauben. Auf der Berner Konferenz der 2. Internationale suchte man die große Frage, vor die der gegenwärtige Krieg die Arbeiterklasse aller Länder gestellt hat, zu lösen. Die erste Frage war die der Schuldigen. Ihr wißt, womit sich die bürgerlichen Regierungen seit Anfang des Krieges beschäftigt haben. Jede von ihnen veröffentlichte ein blaues, weißes, orange Buch, in dem sie alle Arten von Telegrammen und Dokumenten fälschte, um zu zeigen, daß nur ihr Gegner den Krieg wollte, und daß sie selbst nur einen Verteidigungskrieg führen. Was tun die Sozialchauvinisten, als sie sich zu ihrer Konferenz versammeln? Sie tun das, was ihre Herren 1914 getan haben, sie beginnen beim selben Punkt, sie suchen die Schuldigen am Kriege. Auch die Arbeiterklasse hat sich mit dieser Frage beschäftigt und sie weiß, an wen sie sich wenden muß, wer für den Krieg verantwortlich ist. Die Schuppen sind ihr von den Augen gefallen und sie hat gesehen, daß die internationale Bourgeoisie verantwortlich ist. Sie muß daher die Bourgeoisie an der Kehle fassen, und ihr das Knie auf die Brust setzen. Aber wie handelt die Berner Internationale? Siehe da, womit sie ihre Nachforschung nach den Schuldigen

beginnt. Welches ist der Minister, der im Jahre 1914 jemand ins Ohr flüsterte, daß er irgendwo eine vorzeitige Mobilisation beginne? Darauf entstand eine leidenschaftliche Diskussion, die 4 Tage dauerte. Man ernennt eine Kommission, an der eine Reihe von neutralen Ländern mit Huysmans an der Spitze teilnahmen. Man verständigte sich schließlich. Die Resolution sagt ungefähr, daß niemand schuldig ist, sondern daß es einfach ein Mißverständnis war. Als wir auf dem Kongreß der 3. Internationale Gelegenheit hatten, über diesen Augenblick zu sprechen, haben wir gesagt: „Meine Herren, wenn Sie wissen wollen, wer am Kriege schuldig ist, so brauchen Sie nicht weit zu suchen. Blicken Sie in den Spiegel und Sie werden die Hauptschuldigen sehen." Dann diskutierte man in Bern über die Territorialfrage. Das Ende des Krieges muß einer Reihe von Diskussionen über Territorialfragen ein Ende machen, und die Konferenz der 2. Internationale müßte angeben, wie man die Welt unter der Bourgeoisie auf eine solche Art aufteilen muß, daß niemand geschädigt würde. Es existieren Zankäpfel, die unvermeidlich Diskussionen veranlassen. Was sollte man mit ihnen machen? Der französische Sozialpatriot Grumbach zweifelte nicht, daß Elsaß-Lothringen unbestreitbar dem französischen Kapital gehören muß. Die deutschen Sozialpatrioten finden, daß es ihnen gehören muß. Es kommt zum Kampf zwischen beiden Richtungen. Aber gottseidank existiert noch das Zentrum Kautsky. Es existiert nur, um alle und alles zu versöhnen. Es geht daraus jene Entscheidung hervor, die sehr merkwürdig ist. Man muß über diesen Gegenstand die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen befragen ... Aber es muß unter Kontrolle geschehen und die endgültige Entscheidung wird [22] durch den Völkerbund, d. h. durch Wilson ausgesprochen werden. Das war es, was die Bourgeoisie brauchte. Die Entente-Bourgeoisie hat sich der und der Länder bemächtigt. Die weißen Garden haben dort die Arbeiterklasse unterdrückt. Jetzt muß man alledem eine menschliche Form und Interpretation geben, es mit dem Mantel der Idee bekleiden. Dazu dient die 2. Internationale, dazu dient ihr Priester Kautsky, dazu dient die Pariser Konferenz, die zu diesem Zweck Resolutionen annimmt. Das wird geschehen unter dem Völkerbund von Wilson; er entscheidet über diese Fragen.

Es tauchte u. a. die Kolonialfrage auf, die schon im Jahre 1907 gestellt worden war. Die Kolonien sind den Deutschen genommen und befinden sich gegenwärtig in den Händen der Japaner, Engländer und Amerikaner. Und nun sagen die deutschen Patrioten, nachdem sie sich mit den französischen Sozialpatrioten versöhnt haben: „Könnt Ihr uns nicht, da wir Frieden gemacht haben, unsere Kolonien wiedergeben, weil wir uns ohne Kolonien, darüber werden Ihr mit uns übereinstimmen, in einer schwierigen Lage befinden?" Die Kolonien sind notwendig für Deutschland, lies für den deutschen Kapitalismus. Natürlich stellen die französischen Sozialisten sich taub. Sie denken insgeheim, was in den Graben fällt, gehört dem Soldaten. Man hört vereinzelte Stimmen sagen: „Meine Herren, wir sind, wie es scheint, Sozialisten. Es gab eine Zeit, wo wir dachten, daß alle Kolonien im allgemeinen frei von Fremdherrschaft sein sollten. Vielleicht können wir diese Frage heute stellen." Aber solche Worte werden erstickt, denn man ist der Meinung, daß das absolut eine unernste Politik ist. Um Gottes Willen! Welche ernsthaften gesetzten Politiker würden gegenwärtig die Frage der Unabhängigkeit der Kolonien aufwerfen?

Im Jahre 1907, auf dem Stuttgarter Kongreß und später 1910 in seinen Schriften gab Kautsky die Losung aus „Heraus aus den Kolonien". Er verlangte eine vollständige Befreiung und sagte, sie sollten frei sein. Mögen ihre Bewohner eine schwarze und gelbe Haut haben, sie haben Anspruch auf dieselbe Unabhängigkeit, dieselbe Freiheit, wie die Menschen mit weißer Haut. Und heute ist es derselbe Kautsky, der seine ganze Autorität aufbietet, um die Frage verschwinden zu lassen. Man beschließt einstimmig in Bern, daß augenblicklich die Schutzherrschaft der europäischen Bourgeoisieländer über die Kolonien unvermeidlich ist, denn die Kolonien seien noch nicht reif, um frei zu sein. Die Aufgabe des Sozialismus beschränkt sich darauf, darüber zu wachen, daß die Bourgeoisie soweit wie möglich ihre Kolonialpolitik in weißen Handschuhen, in einer menschlicheren Form treibt. Das predigten 1907 Bernstein, Van Cool und andere Opportunisten. So hat die Berner Internationale endgültig vor der Bourgeoisie in der Kolonialfrage kapituliert, indem sie ihren Segen gab zu allen Untaten, die weiter in den Kolonien geschehen und die weiter geschehen werden, bis zu dem Augenblick, wo der Kommunismus gesiegt haben wird.

Dann ging man zur Frage der Arbeiter-Gesetzgebung über. Das ist eine besondere Frage. Aber die ganze Stellung der Berner Internationale spiegelt sich in ihr wieder, wie die Sonne in einem Wassertropfen. Ihr wißt, daß man zu Beginn des Krieges in Wirklichkeit in allen bürgerlichen Ländern alle Arbeiterschutz-Gesetzgebungen unterdrückte. Man zerstörte jeden Schutz für die Arbeiterklasse und man führte die allgemeine Arbeitspflicht und Diktatur der Bourgeoisie ein, d. h. gegen die Arbeiterklasse. Die alten sechzigjährigen Arbeiterinnen [25] wurden gezwungen 12 Stunden täglich zu arbeiten, um Granaten zu fabrizieren. Die ganze Arbeitergesetzgebung wurde unterdrückt, und das geschah mit Zustimmung der Vertreter der 2. Internationale. Dafür trösteten sie die Arbeiter, indem sie ihnen sagten: „Wartet, am Ende des Krieges werden wir in der ganzen Welt für Euch den Achtstundentag und noch ernsthaftere Garantien der Arbeiter-Gesetzgebung bekommen." Nun wohl, heute ist der Krieg beendet. Diese Herren sollten ihre Schuld einlösen. Was hat der Berner Kongreß gesagt? Er hat gesagt: „Jetzt, wo der Krieg zu Ende ist, muß man die Frage der Arbeiter-Gesetzgebung in ihrer ganzen Größe stellen. Aber im Hinblick darauf, daß in Paris eine Konferenz der Vertreter aller wichtigsten Mächte sitzt, die die Macht hat, in dieser Frage zu entscheiden, so beschließt die Berner Konferenz, in der Praxis die Frage der Gesetzgebung dem Urteil der Pariser Konferenz zu überlassen und eine Kommission dahin zu entsenden, um einen größeren Einfluß auf sie auszuüben."

So haben sie schwarz auf weiß niedergeschrieben, daß die Berner Konferenz ihre Aufgabe nur darin erblickt, sich der Pariser Konferenz zu übergeben, wo ein Dutzend Minister und Vertreter der Milliardäre sitzen und zu versuchen, dort soviel wie möglich Einfluß zu gewinnen. Auf welche Art wollen sie diesen Einfluß in Paris gewinnen? Durch den Druck der Masse der Arbeiter? Nichts dergleichen. Sie lehnen diese Methoden ab. Sie werden einen Einfluß auf Clemenceau und Wilson erringen durch beredte Worte. Sie werden in das Vorzimmer der Minister gehen und werden versuchen, sich mit dem Wohlwollen dieses oder jenes Ministers auszustatten. So hat die Konferenz in den Fragen, die vor allem die Arbeiter und Arbeiterinnen angehen – wieviel Stunden man arbeiten soll, welches die Arbeitsbedingungen sein sollen, sich des ungeheuersten Hochverrats schuldig gemacht, den man sich denken kann.

Endlich schnitt die Berner Konferenz die Hauptfrage an, wozu sie einberufen worden war. Ihre Ansicht über den Bolschewismus. Von Anfang an, welches auch der zu behandelnde Gegenstand war, sprach jeder dieser Führer der 2. Internationale die Formel aus: Ich danke dir Gott, daß du nicht aus mir einen Sünder und Elenden gemacht hast, wie diese Bolschewiki ... Jetzt waren sie auf diese Frage gekommen. Nun tauchte unmittelbar eine ernsthafte Opposition auf. Selbst dort in Bern bildete sich eine geschlossene Gruppe von 20 Delegierten, die erklärten, wir werden diesem Kongreß nicht erlauben, die Verurteilung der russischen Revolution auszusprechen.

Ich muß auf unserem Parteikongreß bemerken, daß die französischen Genossen, die mit dem Kommunismus sympathisieren, und die sich ihm nähern, sich in Bern würdig gehalten haben. Im gegenwärtigen Augenblick bedroht uns die französische Bourgeoisie besonders; obwohl sich in Frankreich noch keine kommunistische Gruppe gebildet hat, existiert dort eine Reihe von Organisationen und Gewerkschaften, die mit uns sympathisieren. Auf der Berner Konferenz hatten diese Genossen sich „ihrer" Bourgeoisie und „ihren" Koalitionisten widersetzt: Die französischen Proletarier betragen sich, wie das revolutionäre Proletariat sich betragen muß, wenn die Bourgeoisie die proletarische Revolution ersticken will. (Beifall). Französische Kameraden nahmen unsere Verteidigung auf. Wohl verstanden, es waren keine Franzosen wie Thomas. Albert Thomas sagte zum Genossen [24] Loriot: „Hat nicht Lenin Sie zum Vorsitzenden der Volkskommissare Frankreichs ernannt?" Loriot antwortete: „Jawohl, ich habe in meiner Mappe eine Ernennung, die nicht nur von Lenin, sondern von der ganzen französischen Arbeiterklasse unterzeichnet werden wird." Es ist noch nicht sehr lange her, daß Loriot anfing, sich bemerkbar zu machen. Wir haben ihn kurz vor unserer Abreise aus Frankreich kennen gelernt. Er ist ein einfacher Volksschullehrer, aber er wird gegenwärtig der populärste Führer aller anständigen Leute unter den französischen Arbeitern.

Es ist selbstverständlich, daß Loriot von Anfang an gegen die Verurteilung des Bolschewismus war. Ihr habt in den Zeitungen seinen ausgezeichneten Brief gelesen, der eine schallende Ohrfeige für die Berner Internationale und die Priester der 2. Internationale bedeutet. Es ist eine bedeutsame Tatsache,

daß unsere Verteidigung und diejenige der Sowjet-Republik aufgenommen wurde durch Leute, die die Führer vereinzelter lokaler Organisationen sind, wie Frossart, Verfeuil, Paul Faure und einige andere von denen, die an der Berner Konferenz teilgenommen haben. Es sind dies Leute, die bis jetzt wenig bekannt gewesen sind, und die erst die steigende Welle zu zeigen beginnt. Es sind einfache Mitglieder der französischen Arbeiterbewegung. Und dank ihrer Anstrengungen gelang es nicht einmal der Berner Konferenz, die russische Republik zu „verurteilen“. Als Axelrod langatmig die Greuel der Arbeiterdiktatur schilderte, unterbrach ihn ein einfacher französischer Arbeiter mit zwei Worten, die ihn sicherer töteten als jeder Dolch. Dieser einfache französische Arbeiter im Arbeitsrock rief Axelrod zu: „Sprechen Sie uns lieber von der bürgerlichen Diktatur.“ Er drückt so aus, was Millionen französische Arbeiter im Herzen tragen, die die Diktatur der französischen Bourgeoisie genügend kennen und die wissen, daß mit der demokratischen Bourgeois-Republik in Frankreich Geheimverträge abgeschlossen wurden, die ergaben den imperialistischen Massenmord.

Es ist auch interessant, daß das deutsche Zentrum sich in der Frage der Stellung gegenüber Rußland spaltete. Friedrich Adler sprach gegen unsere Verurteilung, während Kautsky eifrig für sie eintrat.

Aber zuvor einige Worte über Friedrich Adler. Vielleicht wissen einige Genossen, vor allen Dingen diejenigen aus der Provinz, nicht, daß Friedrich Adler, von dem die internationale Arbeiterklasse und wir so große Dinge erwarteten, der nach seinem Attentat so große Aussichten hatte, daß sie Friedrich Adler in dem für die österreichische und internationale Revolution entscheidenden Augenblick nicht in den Reihen der Kommunisten, sondern in denen der Vertreter des elenden, wankenden Zentrums fanden. Auf dem Kongreß der 3. Internationale hat der Vertreter der österreichischen kommunistischen Arbeiter, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, der, den Sie hier gesehen haben und haben begrüßen können, uns im einzelnen erzählt, wie das gekommen ist.

Im Anfang gab die Stimme des Kameraden die leidenschaftliche Zuneigung wieder, mit der die österreichischen Arbeiter Adler umgaben. Er schilderte Adler nach dem Attentat. Adler war der Held der österreichischen Arbeiter geworden. Und das ist leicht zu verstehen. Am Vorabend der Revolution schloß man jede Versammlung mit der Forderung der Befreiung Adlers. Es gab keinen beliebteren Führer als ihn. Wir harrten mit ganzer Seele, sagte uns der Genosse, ob [25] die Tore des Gefängnisses sich öffnen würden. Und wir waren überzeugt, sogleich unseren besten Führer in unseren Armen halten zu können. Aber siehe da, als die Revolution ausbrach, verläßt Adler das Gefängnis und von Anfang an fühlten wir eine Kühle. Wir dachten, vielleicht begreift er nicht, was vorgeht oder vielleicht ist er derartig durch das Gefängnis gebrochen und befindet sich so stark unter dem Einfluß der Idee der alten 2. Internationale, daß es ihm im entscheidenden Augenblick der Revolution nicht gegeben ist, sich mit der Arbeitermasse im Einklang zu befinden. Im Anfange warteten wir, wir hofften, wir ermahnten, wir beschworen ihn, wir sagten: „Stelle Dich an den Platz, der Dir in den Reihen der kämpfenden Arbeiter gebührt und Du wirst das ganze Glück des Sieges erfahren, das von selbst für die österreichische Arbeiterklasse kommt.“ Er schüttelte zweifelnd den Kopf und wartete. Einige Zeit verging. Er trat in die Reihen der alten österreichischen Partei ein. Die Genossen vom Zentralkomitee, die Adler verleugnet hatten, als er den elenden alten Minister Stürgkh tötete, und die auf eine derartige Stufe der Niedrigkeit gesunken waren, daß sie in der Presse das Attentat Adlers durch Wahnsinn erklärten. Und diese Leute, die so tief gesunken sind, die sich in ihren Handlungen noch erbärmlicher gezeigt haben, wie selbst Scheidemann, diese Leute zählen jetzt Friedrich Adler in den Reihen ihrer ehrenwerten Männer der Aktion. Und als man die Kommunisten Oesterreichs entwaffnen mußte, sandten sie Adler zu ihnen. Bei einer der Sitzungen der Roten Garde Wien, die sich bewaffnet hatte, um den Kampf gegen die Bourgeoisie zu beginnen, erschien Friedrich Adler und riet ihnen im Namen des alten Zentralkomitees, d. h. der verächtlichsten Verräter des Sozialismus, die Waffen niederzulegen und nicht mehr gegen die Wiener Bourgeoisie zu kämpfen. Das war für Sie, Genossen und für die Revolutionäre im allgemeinen ein großes Parteidrama. Die Laune der Geschichte hat derartige dramatische Zwischenfälle herbeigeführt.

Friedrich Adler hat sein Attentat im Augenblick der vollständigsten Reaktion vollbracht, um die Entehrung der Arbeiterklasse zu rächen. Er wird der Hauptführer. Endlich kommt die Revolution und gibt ihm die Freiheit. Es beginnt in Oesterreich eine kommunistische Partei sich zu bilden, die von

Sieg zu Sieg marschiert. Aber dieser Mann verzichtete auf seine Vergangenheit und stellt sich in die Reihen der Leute, die die Mehrheit der Arbeiter für seine Feinde betrachtet. So steht es heute mit Friedrich Adler. Er ist auf die Berner Konferenz gegangen. Das ist die Folge seines Handelns. Er begann seine Rede so: „Nicht ohne Mühe und ohne inneren Kampf habe ich mich entschlossen nach Bern zu kommen." Er begreift, sagt er, daß sich hier viele Leute versammelt haben, die schuldig sind gegenüber der Arbeiterklasse. Aber, da es hier Vertreter und Mitglieder des Sozialismus gibt, so sei er gekommen. Als man zur Verurteilung Rußlands und des Bolschewismus überging, sprach Adler dagegen. Das Gewissen eines anständigen Menschen erwachte in ihm. Er stellte sich zwar auf einen formellen Standpunkt. Er sagte: „Wir können ihre Tätigkeit nicht verurteilen, solange wir sie nicht geprüft haben." Es liegt auf der Hand, daß eine solche Beweisführung der Kritik nicht standhält. Wir haben nicht die Möglichkeit gehabt zu prüfen, was Scheidemann tut, aber wir hatten das nicht nötig. Auf unserem konstituierenden Kongreß der 3. Internationale in Moskau haben wir nicht Unparteilichkeit gespielt. Die Geschichte hat auf die eine Seite die Arbeiter [26] gestellt, auf die andere Seite ihre Henker. Wir können eine derartige Beweisführung nicht anerkennen. Aber es handelt sich nicht um die Beweisführung. Dank Adler hat die Berner Konferenz selbst die Bolschewistische Sowjet-Republik nicht „verurteilen" können und schlug vor, eine Abordnung zu uns zu schicken. Wie Ihr wißt, hat der Kongreß diesen Plan angenommen und gegenwärtig sind wir in der angenehmen Erwartung der Ankunft dieser Delegation.

Kautsky und Bernstein sprachen sich auf dieser Konferenz zu dem Programm in der Sowjet-Revolution aus. Bernstein war der Meinung, daß der Bolschewismus eine wahrhafte Gegenrevolution ist. Kautsky sagte, die Bolschewisten hätten nur einen neuen röten Militarismus gebrächt und „wir müßten die Sowjetmacht und die Sowjetrevolution streng verurteilen, weil wir sonst das Vertrauen der Massen verlieren würden."

Kautsky fürchtet das Vertrauen der Massen zu verlieren, wenn er die russische Sowjetrevolution nicht verurteilt. Man kann ihm darauf nur antworten: „Wie kann man verlieren, was man nicht hat?" Man braucht nicht zu sagen, daß Leute wie der Herr Rubanowicz, Kautsky unterstützt haben und unsere Verurteilung verlangten. Endlich, nach langem auf der Stelle treten, weigerte sich die Konferenz eine Resolution anzunehmen, die den Bolschewismus verurteilte. Sie haben sich lange um diese Frage herumgedrückt, wie um einen zu heißen Teller, weil die Herren Imperialisten sie just nach Bern geschickt hatten, um diese Resolution auszusprechen. Aber sie wagten nicht, sich dazu zu entschließen. Endlich fanden sie eine praktische Lösung. Huysmans, der wohlbekannte Diplomat der Internationale, erklärte, daß im Grunde die Resolution nicht notwendig sei. Es ist für jeden Mann augenscheinlich, daß die Mehrheit den Bolschewismus verurteilt. Verzichten wir darauf, eine Resolution anzunehmen und schicken wir eine Abordnung, später werden wir schon sehen.

Es liegt darin etwas Komisches. Aber es ist gleicher Weise ein ernsthaftes Anzeichen darin; es ist das eine indirekte Rückwirkung davon, daß wir bei den Massen ein ungeheures Ansehen gewonnen haben, so ungeheuer, daß selbst ihre Verräterhand sich nicht dagegen erhebt; daß selbst die erfahrensten Diplomaten begriffen, daß sie, um nicht ihre letzten Brosamen von Vertrauen bei den Massen zu verlieren, sich stellen mußten, als ob sie uns nicht verurteilen. Weil sie, wenn sie das taten, die armseligen Reste dieses Vertrauens verlieren würden. Wir wissen aus den Zeitungen, die ich gestern aus München erhalten habe, daß dort Ereignisse von größter Bedeutung vor sich gehen, die sehr wohl ein Urteil erlauben über die Stellung der deutschen Arbeiter uns gegenüber.

Eine unerwartete Erhebung. Eine Abordnung von Arbeitern dringt geschlossen in die konstituierende Versammlung, wo die Regierung tagt. Das Organ Scheidemanns, der „Vorwärts", sagt, daß die Abordnung von einer gewaltigen Menge von mindestens 5000 Personen entsandt war. Wir können also sicher sein, daß es mindestens 50.000 Personen waren. Und das erste, was die Arbeiter verlangen, ist die sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Russischen Räterepublik (Beifall). Und ich sage Euch im voraus, Genossen, daß auf unserem internationalen Kongreß der Vertreter der deutschen Kommunisten, der eine gewisse Niedergeschlagenheit durchblicken ließ, die er im Augenblick [27] seiner Abreise bei den Massen beobachtet hat, gegen die vorzeitige Proklamation der Internationale gesprochen hat. Nun lesen wir gestern in den Zeitungen

die Nachricht von dem Streik, der anfänglich nicht von den Kommunisten, sondern von den Unabhängigen geleitet war. Das sieht man aus der Tatsache, daß sie wohl die Befreiung L e d e b o u r s verlangten, aber „vergaßen", die des Genossen R a d e k zu fordern. So etwas kommt bei ihnen vor. Vorwärts getrieben von den Massen veranstalten sie einen Streik, aber vergessen die besten Vertreter des Kommunismus. Der „Vorwärts" mußte wieder einmal anerkennen, daß ernste Ereignisse herannahten. Und eine der ersten Forderungen der deutschen Arbeiter, von Hunderttausenden Personen in Berlin, war die sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zur Russischen Räterepublik (Lebhafter Beifall). Sie sagten, daß das russische Gesandtschaftsgebäude von Neuem von den Vertretern Rußlands bewohnt sein solle. Es scheint mir, Genossen, daß das am besten zeigt, wie sehr der Vertreter der deutschen Kommunisten Unrecht hatte, als er sich dem leisesten Zweifel hingab über die Notwendigkeit, ohne Verzug die 3. Internationale zu gründen.

Aber ich komme auf die Berner Konferenz zurück. Sie haben den Bolschewismus nicht verurteilt und sie konnten ihn nicht verurteilen. Es nahm an der Konferenz ein kleiner oppositioneller Kern teil und früher oder später würden die Vertreter dieser Opposition sich in unseren Reihen befinden.

Ein Teil der Opposition ging nach Bern aus taktischen Gründen. Sie sagten man muß dahin gehen, und sie demaskieren, um dort die Mehrheit zu haben. Ein anderer Teil der Opposition spielte Diplomatie. So L o n g u e t . Soweit wir seine Tätigkeit kannten, ist er dahin gegangen, weil er noch nicht weiß, wo die Mehrheit ist. Er will auf alle Fälle bei der Mehrheit sein. Es gibt Bolschewisten in der 2. Internationale, und es scheint mir, daß Longuet zu ihnen gehört. Es versteht sich, daß unsere ganze Partei sich gern überzeugen würde, daß ein so einflußreicher Politiker, wie Longuet, sich im entscheidenden Augenblick in den Reihen der Arbeiterklasse Frankreichs findet, wenn sie kämpft. Nichtsdestoweniger rechnen wir nicht mit der kleinen Gruppe Kommunisten, die Leute, wie Longuet, vorschickt. Es scheint mir, daß seit langem die Stunde geschlagen hat, um zu wählen zwischen uns und den Sozialchauvinisten. Und die Leute, die noch schweigen, können uns nicht das geringste Vertrauen einflößen.

Es scheint mir, daß jeder Mensch mit geradem Gewissen, wenn er die Bilanz der Arbeit der Berner Konferenz gezogen hat, sagen muß, daß diese Internationale zu einem ruhmlosen Sturz verdammt ist. Sie haben sich das Zeugnis einer völligen Gedankenarmut ausgestellt.

In der Tat, man kann die Räte hassen, man kann sie als Ideal im Leben ansehen, aber man kann nicht stillschweigend an ihnen vorbeigehen.

Die Berner Konferenz hat getan, als ob sie nicht bemerke, daß Räte in Deutschland, in Polen, in England existieren, daß deren fast in ganz Europa vorhanden sind, daß sie eine neue Losung sind, die die Arbeiterklasse der ganzen Welt verkündet. Sie haben diese Frage umgangen. Gleichzeitig mit der Konferenz tagte der Schweizerische Metallarbeiterverband, die alten Verbandsbeamten. Man diskutierte in dem Verband die Frage der Räte. Sie wurden von den Schweizer Arbeitern bombardiert, die eben einen Streik von 400.000 Arbeitern [28] veranstaltet hatten, und die jetzt sich weigerten, an der Berner Konferenz teilzunehmen. Die Schweizer Metallarbeiter verlangten, daß der Metallarbeiterverband die Initiative ergreife zur Schaffung von Räten. Aber diese alten Bürokraten diskutierten lange diese Frage und nahmen folgende Resolution an:

„Der Verbandsvorstand der Metallarbeiter spricht sich gegen die Räte aus, weil ... das dem Verbandsstatut widerspricht."

Diese Ansicht ist durchaus dieser Leute würdig. Es widerspricht dem Statut, daher ist die Frage erledigt. Wohlverstanden, es bleibt der Arbeiterklasse nur übrig, solche Führer und ihr Statut zu stürzen. Das ist ihre Stellung zu den Räten. Es sind das Leute, die nicht begreifen, daß etwas neues vorgeht. Sie sehen nicht, daß die ganze Erde in Bewegung ist, daß das größte Ereignis der Geschichte der Menschheit begonnen hat. Dieser Umstand bezeugt besser ihren Sturz als alles, was ich oben gesagt habe. Wenn sie eine Kampfstellung eingenommen hätten, könnte man noch sagen, daß sie ein ernsthafter Gegner sind. Aber wir haben in Bern einen schwachen alten Mann gesehen, der im Dienst der

Bourgeoisie steht, der nichts zu leisten hat, und seinen Hörern nichts Ernsthaftes bieten kann. Er kann sich gegen die Revolution nur verteidigen, indem er behauptet, sie widerspreche dem Statut.

Der Kongreß der 3. Internationalen.

Als wir uns vor zwei oder drei Wochen in Moskau versammelten, und die Hauptbilanz der Berner Konferenz zogen, sagten wir uns, nicht nur haben wir das Recht, sondern es ist unsere Pflicht, angesichts des vollständigen Bankrotts und der Verderbnis dessen, was die 2. Internationale war, ohne eine Sekunde Verzug mit Hilfe der Parteien, die sich schon in allen Ländern gebildet haben, die 3. Internationale zu schaffen; und wir haben sie geschaffen.

Es waren verhältnismäßig wenig Leute auf der Moskauer Konferenz. Unsere Gegner werden den Einwand aufgreifen: „Aber Euer Kongreß war keiner, da er nur aus 40 Teilnehmern bestand!“ Wir haben das Recht, darauf zu antworten: Als die 1. Internationale zusammenberufen wurde, an deren Spitze Marx und Engels standen, wurde sie auf einem Kongreß begründet, an dem vier oder fünf Sektionen teilnahmen. Nichtsdestoweniger weiß jeder, welche große geschichtliche Rolle die 1. Internationale von 1864–1873 gespielt hat. Wir dürfen sagen, daß die 3. Internationale in Wirklichkeit längst gegründet war, ehe ihre Vertreter sich in Moskau versammelten. Die 3. Internationale entstand in dem Augenblick, als die russische Arbeiterklasse. unter der Fahne der internationale einen glänzenden Sieg erfocht. Gewiß, eine in einzige Partei kann nicht allein die Internationale gründen. Es sind dazu mehrere Teilnehmer nötig. Aber in dem Augenblick, wo die deutsche Partei die Führer wie Liebknecht und Luxemburg besaß, die von einem Dutzend revolutionärer Räte unterstützt waren, ihren alten Namen aufgab und den Namen „Kommunistische Partei“ annahm, in diesem Augenblick war die 3. Internationale schon geboren, weil es augenscheinlich ist, daß alles, was in der Arbeiterklasse gesund ist, sich immer mehr um diese beiden Parteien sammeln wird.

Und wenn auf unserem Kongreß nur Vertreter der deutschen und der russischen Partei zugegen gewesen wären, so hätten wir immer noch das Recht zu sagen, daß die 3. Internationale gegründet ist.

[29] Indessen unser Kongreß war in Wahrheit viel besser bestellt. Es waren dort nicht nur russische und deutsche Kommunisten, sondern offizielle Vertreter Oesterreichs, von denen ein Teil unterwegs festgehalten wurde und deren anderer Teil die Reise auf den Eisenbahnpuffern machen mußte und hier in einem höchst bedauernswerten Zustand ankam; sie haben alles erduldet, nur um nach Moskau zu kommen.

Die Genossen haben uns berichtet, daß die österreichische kommunistische Partei vor vier Monaten gegründet worden. Infolge unserer Isolierung haben wir davon überhaupt nichts gewußt, während unsere österreichischen Genossen nichts davon wußten (selbst zwischen Oesterreich und Deutschland sind die Verbindungen lückenhaft), daß unsere Freunde beschlossen hatten, den Namen Kommunistische Partei anzunehmen. In diesem Augenblick schon hatten sie selbst eine Kommunistische Partei gegründet, die von Tag zu Tag wächst. Man sieht aus ihrem Bericht, daß sie in einer ganzen Reihe von Arbeiterstädten schon die Mehrheit haben und daß sie allmählich selbst in den Reihen der Soldaten überwiegen. Dann haben wir die ordnungsmäßigen Vertreter Ungarns da. Wir wissen, daß die Ungarische Kommunistische Partei mit jedem Tage mächtiger wird. Wir hatten weiter die Vertreter vom Balkan und der französischen Kommunisten. Eine ganze Reihe anderer Gruppen waren noch vertreten; die Zeitungen haben sie aufgezählt. Und wir können mit Recht sagen, daß alles, was es an Kommunisten in Europa gibt, aus unserem Kongreß vertreten gewesen ist. Die Nachrichten aus der Schweiz waren besonders bezeichnend. Ihr kennt dieses Land. Es ist eine kleinbürgerliche, halbbäuerliche Republik. Seine Arbeiterklasse ist nicht im Klassenkampf erprobt. Sie stellt nur den dritten Teil der Bevölkerung dar. Was hat sich nun in der Schweiz im letzten Jahre ereignet? Ihr kennt die gewaltigen Streiks, die dort ausgebrochen sind. Es hat sich dort eine kommunistische Gruppe gebildet und die Parteiorganisationen schlossen sich ihr nacheinander an. Auf einem Kongreß waren 23 Vertreter kommunistischer Organisationen erschienen. Und die einfachen Schweizer Arbeiter wählten Genossen aus ihren Reihen, um das kommunistische Programm auszuarbeiten. Ein einfacher gewöhnlicher Metallarbeiter wurde von einem Kreise seiner Genossen dazu bestimmt, das kommunistische Programm auszuarbeiten und das Bemerkenswerte dabei ist, daß er es wirklich ausgearbeitet

hat. Aber das Allerbemerkenswerteste ist es, daß dieses Programm in seinen allgemeinen Grundlinien genau dasselbe wie das unsere ist. Im Stil steht es wahrscheinlich unter unserem Programm, das gestern so heftig kritisiert worden ist. Aber was tut das!

Genossen! Was besagen solche Kleinigkeiten? Diese Kleinigkeit bedeutet das große Ereignis in der Geschichte der Arbeiterklasse. Es beweist, daß die kommunistische Idee auf die Straße gegangen ist, daß niemand mehr auf einen erleuchteten und vom Schicksal besonders erwählten Theoretiker wartet, um dieses Programm zu schreiben, das die Arbeiter selbst suchen, dieses Programm, das jeder Arbeiter als die brennendste Frage ansieht; daß der Kommunismus sozusagen überläuft. Jeder Arbeiterverein denkt über ihn nach, setzt ihn auf die Tagesordnung und sieht in ihm die grundlegende Frage. Solche Berichte waren nicht vereinzelt und bewiesen uns, daß wir eher im Rückstand als voraus waren. Derartige Berichte zeigen, daß die [30] Arbeiterorganisationen von Tag zu Tag zahlreicher werden. Darum haben wir's gewagt, die Internationale zu proklamieren.

Im Anfang lag die Sache so: der Vertreter der deutschen Kommunisten bestand fast mit der Drohung eines Ultimatums darauf, daß wir nur als Konferenz tagen sollten und uns nicht als Kongreß konstituieren dürften. In diesem Augenblick waren die österreichischen Genossen noch nicht angekommen, auch die Vertreter vom Balkan waren noch nicht da. Nach einer Besprechung der Lage beschloß die Zentrale unserer Partei, daß es unumgänglich notwendig sei, sofort die 3. Internationale zu gründen. Aber wir sagten zugleich: da die deutschen Kommunisten sich dem widersetzen, da sie uns ein Ultimatum stellen, so wollen wir nicht in heikle Beziehungen zu dem Spartakusbund kommen. Es waren erst wenige Wochen nach den schrecklichen Verlusten vergangen, die sie erlitten hatten und wir sagten uns: wir müssen in dieser Frage nachgeben, selbst wenn sie Unrecht haben. Und wir gaben im Namen der Zentrale unserer Partei eine entsprechende Erklärung ab. Aber in dem Maße als die Delegierten ankamen und ihre Berichte verlasen, wurden die deutschen Kommunisten immer weniger entschieden in dieser Frage und es wurde immer klarer für uns, daß der Verzicht auf die sofortige Proklamierung der 3. Internationale ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und zudem einen ungeheuren Fehler bedeuten würde. Die Frage wurde auf die Tagesordnung des Kongresses gestellt. Der deutsche Vertreter enthielt sich der Stimme. Aber als einstimmig beschlossen worden war, daß die 3. Internationale proklamiert werden solle, erhob er sich und sagte unter dem Beifall der Konferenz: „Da die Konferenz entschieden hat, so werden die deutschen Kommunisten als erste sich der 3. Internationale anschließen". (Beifall).

Ich glaube, Genossen, daß die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands in diesem Sinne beschließen wird, sobald sie genügende Informationen erhalten hat.

Ihr seid durch die Zeitungen über die Tätigkeit der Konferenz hinreichend unterrichtet. Im ganzen hat die Konferenz die Bilanz alles dessen, was wir bringen, in den Resolutionen des Kongresses gezogen. Wir können sagen, daß beim Werk der Gründung der 3. Internationale die geistige Führung unbestreitbar der russischen Kommunistischen Partei zukam. Ich kenne keine größere Ehre als diese. Es ist in der Tat erst zwei Jahre her, daß wir unter dem Joch der allerelendsten aller Despotien litten. Auf den Kongressen haben die fremden Genossen sich oft über uns lustig gemacht. Man hat oft P l e c h a n o w gesagt: ist es wahr, daß die Ratten in den Straßen Euerer Städte frei herumlaufen? Noch in Zimmerwald zweifelten alle diese Leute, ob Genosse L e n i n und die anderen Genossen mit ihm die Vertreter der sozialistischen Arbeiterklasse Rußlands seien. Man machte oft spitze Anspielungen. A x e l r o d und M a r t o w verkündeten nachdrücklich: „Sicherlich, sie vertreten niemand." Das war unsere Lage vordem. Heute haben wir Gründe, stolz zu sein. Heute haben wir zu uns kommen sehen die Blüte der Arbeiter der ganzen Welt, Leute, die da in kurzer Zeit ihre großen Führer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verloren haben, und die die Führer der aufgeklärtesten, der bestorganisiertesten, der kultiviertesten, der am meisten verleumdeten Partei der Welt sind. Sie haben aufrichtig anerkannt, daß die geistige Führung [31] der Weltrevolution, die vor unseren Augen vor ich geht, der russischen Kommunistischen Partei zufällt.

Ihr wißt, daß der Kongreß die Frage des Programms der Internationale entschieden hat. Es war nicht schwer, dieses Programm zu schreiben. Man mußte nur die Summe dessen ziehen, was vordem

geschrieben worden war. Man hörte die Themen über die bürgerliche Demokratie und die Diktatur; Thesen, die meiner Ansicht nach das wichtigste Dokument aller Kongresse und in der Geschichte des internationalen Sozialismus, das wichtigste Dokument der jüngsten Zeit darstellen. Man hat oft bei uns gesagt, man müsse ein neues kommunistisches Manifest schreiben. Wenn irgend ein Dokument mit dem kommunistischen Manifest verglichen werden kann, so sind es die Thesen, die Genosse Lenin vorgetragen hat, und die von der Konferenz angenommen wurden.

Dann prüfte der Kongreß die Frage der Stellung zur Berner Konferenz; und er hat die in der Weise charakterisiert, wie ich es eben getan habe. Schließlich diskutierte der Kongreß die Frage der Organisation und beschloß sofort das Exekutivkomitee der 3. Internationale zur errichten, das einen Vertrete jeder Nation enthält und augenblicklich in Rußland tätig sein wird. Wir haben erklärt, das das nur provisorisch sei, und daß wir uns freuen würden, wenn es uns gelänge, den Sitz der 3. Internationale und seines Exekutivkomitees in eine andere Hauptstadt, z. B. nach P a r i s , zu verlegen. Wir würden uns freuen, wenn dort eine Atmosphäre entstände, in der nicht mehr eine imperialistische Konferenz, sondern die 3. Internationale tagen könnte. Wir haben nicht die Zuversicht darauf verloren, die Tatsachen erlauben uns immer mehr zu hoffen, daß das in einer nahen Zukunft sich verwirklichen wird.

Aber augenblicklich, genommen, hat unsere Partei die Ehre, hier in Moskau, in der Hauptstadt der Räterepublik die 3. Internationale und ihr Exekutivkomitee tagen zu sehen. So wird unsere Partei eine noch größere Aufgebe zu erfüllen haben. Außer der geistigen Führung müssen wir unsere Genossen im Werk des Aufbauens unterstützen, und das unter schwierigen Umständen. Sie verstehen nicht, illegal zu arbeiten, weil sie eine verschiedene Geschichte gehabt haben. Und ich finde, daß unsere Partei, welchen Wert sie auch ihren Kräften zumesse, den Arbeitern der anderen Länder materielle Kräfte zur Verfügung stellen und sie in der Organisationsarbeit unterstützen muß. Was uns gehört, gehört der ganzen Arbeiterinternationale.

Man verbirgt uns Tatsachen, wir kennen sie nicht. Aber hier ist eine genauere Information über England. A d a m s o n , der Vertreter der Bergarbeiter, hat im Unterhaus erklärt, daß nach genauen Aufstellungen 611.993 Arbeiter sich für den Streik erklärt und nur 104.997 dagegen. Das sind die genauen Zahlen, die man dort angibt.

Nach den letzten Nachrichten aus Berlin hat S c h e i d e m a n n abermals „gesiegt“. Aber was sehen wir? Die Hauptforderung der Streikenden ist die Anerkennung der Räte. Der „Vorwärts“, das Blatt Scheidemanns, vom 4. März schreibt: Sie, d. h. die Arbeiter, rennen offene Türen ein, denn es steht dem nichts entgegen. Und er schreibt: gesperrt: Die deutsche Regierung ist bereit, die Räte anzuerkennen und selbst ihnen weitgehend Rechte einzuräumen. Da haben wir es. Aber heute, Genossen, stellt sich die Frage so: Wer muß anerkannt werden und wer muß Rechte gewähren? Ich bin überzeugt, das die Räte in Deutschland bald einen vollständigen Sieg [32] erringen werden. So sind die letzten Nachrichten, die wir besitzen. Und es ist nicht umsonst, daß der „Vorwärts“ in der Frage des Genossen R a d e k den Ton ändert. Man sagte zwar, daß er ein schrecklicher Verbrecher ist, mit den Tatsachen voll schrecklicher Dokumente. Heute protestiert eine kleine Bemerkung des „Vorwärts“ Scheidemanns gegen die Tatsache, daß man Radek gefesselt hält. Diese Bemerkung lautet: Man teilt uns mit, daß Radek gefesselt ist, aber sich weigert, spazieren zu gehen, obwohl man bei diesem Gefängnis in einem kleinen Hof spazieren geht, der von einer hohen Mauer umgeben ist. Wenn das wahr ist, und wenn nicht zu fürchten ist, daß er entkommt, so scheint es uns, daß solche Gewaltakte nur an ihrem Platze wären in einen spartakistischen Asien, nicht aber in unserer freien Deutschen Republik.

Ich würde mich nicht wundern, wenn Scheidemann morgen schreiben würde, daß im Grunde einer Befreiung Radeks nichts entgegenstehe. Aber die sagen das, wenn die Arbeiter sie an der Gurgel packen. Und das kommt immer öfter vor.

Wir sehen genau die Umstände, unter denen die 3. Internationale entsteht. Die 1. Internationale wurde in Wirklichkeit proklamiert 1847, als M a r x und E n g e l s das Herannahen der sozialen Revolution vorhersagten. Zahlreich sind diejenigen gewesen, die voraussagten, M a r x und E n g e l s hätten sich getäuscht und ihre Voraussagen hätten sich nicht verwirklicht. E n g e l s hat darauf geantwortet: Man

muß sich nicht wundern, daß diese oder jene unserer Voraussage nicht eingetroffen ist, sondern darüber, daß eine so große Zahl von Voraussagungen von M a r x sich verwirklicht hat.

Die 1. Internationale ging unter im Jahre 1871 mit der Pariser Kommune, von 1889 bis 1912 hat die 2. Internationale funktioniert. Sie hat ihre schwachen und ihre guten Seiten gehabt. Sie hat Millionen von Arbeitern gesammelt, die sich in großen Organisationen vereinigt haben. Ein Teil von ihnen sind in Verfall geraten, so die deutschen Gewerkschaften, aber die haben die unterdrücken Klassen dazu gebracht, sich zu vereinigen. Die Formen der Organisationen haben die Arbeiter in den Kampf geführt. Diese Organisationen werden früher oder später in unserer Hand sein.

Die 3. Internationale entsteht unter ganz verschiedenen Umständen. Sie entsteht im Augenblick, wo die Menschheit sich in den Schrecken des Krieges aufzehrt. Die Arbeiterklasse ist entblutet. Hinter ihr häufen sich Berge von Leichen. Vor ihr die schwere Last der Steuern und eine Reihe von bürgerlichen Regierungen, die einen neuen Krieg begehren. Man sagt, daß ein Werk dauerhaft ist, wenn es auf Blut gebaut ist. Nun, es ist viel Blut unter unserer 3. Internationale geflossen. Es gibt keinen dauerhafteren Bau, als den, den wir vor drei Wochen im Kreml gegründet haben. Es ist die Organisation, deren Sieg absolut sicher ist, und die uns in einer sehr nahen Zukunft zur i n t e r n a t i o n a l e n s o z i a l i s t i s c h e n R ä t e r e p u b l i k führen wird.

Druckfehlerberichtigung.[*]

In Nr. 5/6 muß es heißen:

Seite 4 Zeile 14: g e z a u b e r t und nicht geräubert.

Seite 4 Zeile 18: W e n i g e r und nicht Deutscher.

Seite 7 Zeile 25: p r o l e t a r i s c h e n und nicht parlamentarischen.

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgangs 1, Ausgegeben am 4. August 1919, Heft 9/10

Weltrevolution oder Weltkomödie?

Δ Berlin, den 27. Juli 1919.

Wer die Mutter des 21. Juli gewesen ist, steht wie immer fest. Wie eine an Schwindsucht Sterbende hat auch die 2. Internationale noch einen Abort erlitten. Ein totgeborenes Kindlein, für das freilich schon alle Windeln zurechtgelegt waren und dem selbst der Name schon zuvor ausgedacht war. „Erste Gesamtaktion des Weltproletariats“. So ungefähr soll es heißen.

Aus dieser Vorliebe für den Namen kann man auch einigermaßen auf den Vater schließen. Wer er ist, weiß man nicht. Es können auch, wie das im täglichen Leben des öfteren geschieht, mehrere gewesen sein. Aber einer von ihnen war in jedem Falle der deutsche Schulmeister, wir meinen nicht den von Königgrätz, sondern den im Gewande des Parteisekretärs auftretenden, der mit seiner Lehre schon ehedem, bevor es Krieg war, die halbe Welt inspirierte. Der die „Weltrevolution“ ansetzt auf ein bestimmtes Datum. Eine Weltrevolution, die auch ordnungsmäßig vor sich geht: nicht wilde, ungestüme Massen, die, von Hunger und Elend gepeitscht, sich wirr und ungestüm erheben und mit wilden Wollen vorwärtsstürmen, nicht so eine Revolution, wie die das „unorganisierte“ Lumpenpack meint. Sondern eine anständige Weltrevolution, wo alle Garantien gegeben sind für ordnungsmäßigen Verlauf und ordnungsmäßiges Ergebnis: Die Säle bestellt, die Ordner auf den Beinen, die Redner instruiert, die Aufrufe auf Lager, die Straßenruhe mit der Polizei vereinbart und – zuletzt doch nicht zum wenigsten – die Aufnahmescheine und die Bestellscheine für „Freiheit“ und „Vorwärts“ gezückt, damit die programmmäßig einsetzende Weltrevolution auch reichliche Früchte trage.

Also: dieser – nicht heilige – Geist war mit unter den Vätern der Weltrevolution vom 21. Juli 1919; das kann man nicht nur aus den Aeußerungen der sterbenden Mutter entnehmen, sondern es scheint, daß alle die Züge des frühzeitigen Kindleins auf die Vaterschaft hinweisen.

[2] Aber, wie gesagt, Zweifel sind berechtigt, ob das der einzige Vater gewesen sei. Die ganze Sippe scheint beteiligt gewesen zu sein. Denn die Zeiten sind ja längst vorüber, wo die „Organisatoren der Weltrevolution“ nichts anderes taten als zu „organisieren“ d. h. nichts zu tun. Die Matadoren der 2. Internationale sind längst aus bedeutungslosen Führern des Weltproletariats bedeutungsvolle Werkzeuge der Weltreaktion geworden. Die Mönchlein sind den gleichen Weg gegangen wie dereinstens der von Wittenberg: vom Thesenstreiter zum Hofprediger. Und wie die deutsche Sozialdemokratie die Kette, mit der der Krieg sie an die Galeere des Kapitalismus geschmiedet hat, nicht mehr los wird, so auch die internationale Bruderschaft der Kriegsbegeisterten. Auch die in England und in Frankreich werden ihr Los zu Ende zu tragen haben. Sie bleiben an der Galeere und teilen das Geschick der Galeere, und die Wasser, die da steigen, werden sie nicht tragen, sondern verschlingen.

Genau wie in Deutschland, wird drüben die Sozialdemokratie Objekt der Weltrevolution sein und nicht deren Subjekt, und nur in diesem Zusammenhang ist auch alles revolutionäre Getue zu verstehen.

Die Situation in allen Ententestaaten ist objektiv eine revolutionäre. Das ergibt sich nicht nur aus Betrachtungen allgemeiner Art. Das zeigen vielmehr die nicht mehr abbrechenden Unruhen, die Frankreich und England ergriffen haben, und die revolutionär sind, auch wenn sie vorläufig nur wirtschaftliche Ziele haben. Revolutionär, weil sie im Rahmen des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Ordnung Verwirklichung ihrer Ziele nicht finden können und weil sie sich ganz deutlich wenden gegen die kapitalistische Fessel, die heute die revolutionäre Arbeiterschaft am meisten schnürt: die Gewerkschaften.

So ist objektiv Frankreich und England in der Revolution. Und Amerika? Die Zeiten, da es „Amerika besser hatte“, sind dahin. Dort ist, von allem anderen abgesehen, ein Herd der Revolution jetzt errichtet: die 12 Millionen Schwarzer, die in der Hölle der Südstaaten dahinvegetierten, haben auch ihre Männer und Söhne nach Frankreich gesandt zum Kampf gegen die „Hunnen“ und für „Freiheit“

und „Zivilisation“. Und auch die sind jetzt nach Hause und verlangen die Freiheit und Zivilisation, für die sie gefochten haben und verlangen sie so, wie sie sie auffassen, nicht wie Herr Wilson.

Die Welt ist heute objektiv s o revolutionär, wie es das Deutschland des Frühjahrs 1918 war: es fehlt nur noch das Bewußtsein der breiten Massen.

Vom Eintritt oder Ausbleiben dieses Bewußtseins hängt alles ab. Was hat da die Sozialdemokratie der nationalen Durchalter zu tun? Das, was die deutsche Sozialdemokratie in der ähnlichen Lage auch tat: den Willen der Massen ablenken auf ein scheinbar revolutionäres, in Wirklichkeit konterrevolutionäres Ziel. Dafür war der deutschen [3] Sozialdemokratie die „preußische Wahlrechtsreform“ gut genug. Dafür ist der internationalen Sozialdemokratie die russische Revolution gut genug. Die „Aktion für die russische Revolution“ sieht revolutionär aus, und der ganze Jargon ist auf solche revolutionäre Taten zugeschnitten. Aber es geht der internationalen Sozialdemokratie ähnlich wie dem Lessingschen Ricaut: in der Sozialdemokratie lügt man, wenn man revolutionär redet.

Wie kann der russischen Revolution geholfen werden? Dadurch, daß man die eigene Bourgeoisie stürzt. Dadurch, daß das Proletariat um seiner eigenen Not willen seiner Bourgeoisie zu Leibe geht. Fünfzigtausend französische oder englische Bergarbeiter, die heute in Streik treten um ihrer proletarischen Forderungen willen, nützen der russischen Revolution viel mehr, als die paar Hunderttausend Proletarier, die in den Versammlungssälen von Paris und London von der Bourgeoisie das verlangen, was sie, wenn sie klug ist, von selber tut.

Was wir einst von der preußischen Wahlrechtsreform der Scheidemänner und Unabhängigen schrieben, schreiben wir heute von der „Aktion“ der 2. Internationale: sie soll eine Morphiumspritze für das erwachende Proletariat sein, und der Streit zwischen Clemenceau und Renaudel, zwischen Lloyd George und Henderson ist nur der, ob eine solche Morphiumspritze schon vonnöten sei, wie stark sie sein müsse usw.

Die „erste Gesamtaktion des Weltproletariats“ gewann aber einen besonderen Haut-gout durch die Konstellation in Deutschland.

In Deutschland „protestieren“ die Scheidemänner gegen die Aktion der E n t e n t e in Rußland, dieweil noch die Blutbäche dampften, die ihre eigenen Schergen noch bis in diese Tage in Rußland haben fließen lassen; die Unabhängigen gegen die Aktion der E n t e n t e in Rußland, dieweil sie selber, solange sie an der Macht waren, nicht nur nicht gegen die Aktion der deutschen Bourgeoisie in Rußland gewesen waren, sondern sie in Treuen unterstützt hatten.

Die Abhängigen samt den Unabhängigen, die beide nur der russischen Revolution dadurch helfen können, daß sie verschwinden, protestieren gegen die „Gewalttaten der Entente“ und fanden sich so in ihrer gemeinsamen Liebe zu Rußland zum ersten Male wieder.

Es war ein bezwingendes Schauspiel: am 21. Juli. Wie die Wallfahrer in Anzengrubers „Kreuzelschreiber“ rückten die Chöre wider einander und zu einander an. Voran, getragen von derselben starken Faust, die einst den Kolben auf russische Proletarierschädel geschmettert, die „revolutionäre“ Jungfernbundesfahnenstange und hinterher die Masse des gläubigen Volkes, Männlein und Weiblein, andächtiglich singend: „Wir sind schon berei–et ...“

So stieg das Fest; aber nicht nur die Grazien, sondern neun Zehntel der Erwarteten sind leider in der Stunde ausgeblieben, auf die die verbündeten Parteisekretäre die Weltrevolution festgesetzt hatten. [4] Die Franzosen zumal, unter Führung von Renaudel, hatten mit Vater Clemenceau sich besprochen, und das Ergebnis der Besprechung war, daß die Franzosen für ihr Teil die Weltrevolution absagten oder „verschoben“. Das war nicht brüderlich getan. Denn die abhängigen und unabhängigen Weltrevolutionäre in Deutschland standen und hoben ihre Augen auf zu dem Berge ...

Man mußte in Deutschland die Weltrevolution vom 21. Juli 1919 liquidieren. Die Abhängigen erklärten, das hätten sie gleich gesagt, und die Unabhängigen, die sonst immer zu sagen pflegen, daß s i e das gleich gesagt hätten – daß „unsere Politik wieder einmal die einzig richtige war“ drückt die „Freiheit“ das aus – die Unabhängigen also erklärten diesmal, es sei doch recht schön gewesen, oder,

um mit dem Dichter zu reden: „'s war halt d o c h ein schönes Fest ...“ Hierauf zog man sich beiderseits nach Weimar zurück, und nun hält man wieder heftige Reden widereinander – bis zur nächsten Gelegenheit.

Die Weltrevolution vom 21. Juli 1919 ist liquidiert.

Was alles ein sehr heiteres Stückchen wäre, wenn sich das Proletariat jetzt die Vergnügung gönnen würde, sich von Hofnarren eins vorspielen zu lassen. Doch scheint die Zeit dafür recht ungelegen. Denn hier wird Posse gespielt mit dem Glück von Millionen und mit der Zukunft der Welt. Und jetzt in dieser Stunde das Possenspiel immer weiter zu führen, mit dem die Unabhängigen die deutsche Revolution verhunzen, mit dem sie jetzt die Weltrevolution verhunzen wollen: ist das Weltrevolution? Nein. Ist es Weltkomödie? Auch nicht. Herr Heine hat einmal das rechte Wort dafür gefunden:

Es ist Weltverbrechen.

*

Münchener Erfahrungen.

Von P. W e r n e r .

I.

Die Haltung der Partei.

Es ist unmöglich, in dieser Zeitschrift eine geschichtliche Darstellung der bayrischen Räterepublik zu geben. Notwendig aber ist, schon jetzt die wichtigsten Erfahrungen aus den gewaltigen Klassenkämpfen zu ziehen, die Bayern im April erschütterten. Wir dürfen wohl auch annehmen, daß unsere Leser wenigstens in großen Zügen über jene Vorgänge orientiert sind.

Die Politik der Kommunistischen Partei in München ist seinerzeit von rechts auf das heftigste angegriffen worden, und jetzt werden im eigenen Lager Einwendungen gegen diese Politik erhoben. Da der Mund der Berufensten für ewig geschlossen ist und andere verhindert [5] sind, jetzt zu sprechen, erwächst mir die Aufgabe der Verteidigung dieser Politik. Ich glaube, damit zugleich der Partei für spätere Kämpfe dienen zu können.

Es ist bekannt, daß die Ausrufung der bayrischen Räterepublik in der ersten Aprilwoche ein heimtückisches Demagogenstück der Rechtssozialisten gewesen ist, auf das die Anarchisten und Unabhängigen glatt hereinfielen. Wir Kommunisten hielten eine Räterepublik, die sich allein über Bayern erstreckte, für eine Unmöglichkeit, weil Bayern sich wirtschaftlich nicht selbst genügen konnte, industriell stark rückständig war und die stark überwiegende landwirtschaftliche Bevölkerung für die Revolution überhaupt nicht, wohl aber für die Gegenrevolution in Betracht kam. Eine Räterepublik ohne die großindustriellen Wirtschaftsgebiete und die Kohlenbecken ist in Deutschland unmöglich. Das bayrische Proletariat ist außerdem nur in den wenigen industriellen Großbetrieben wirklich revolutionär gesinnt und unbelastet von kleinbürgerlichen Traditionen, Illusionen und Schwächen. Aus diesem Grund erschien uns eine bayrische Räterepublik von Anfang an als ein verfehltes Unternehmen.

Die Räterepublik war denn auch in diesem Augenblick nicht ein unmittelbares Bedürfnis der Arbeiterklasse, ihre Ausrufung sollte vielmehr der Kapitalistenklasse und ihren Schergen, den Rechtssozialisten, die ersehnte Gelegenheit bieten, sich wirkliche politische Macht zu verschaffen. Die Arbeiterklasse vorwärts treiben in eine Stellung, die nicht zu halten war, daraus den Vorwand zur Sammlung von Söldnerheeren ziehen und die revolutionäre Bewegung niederzuschmettern, das war das Programm der Hoffmann und Schneppenhorst. Die Kommunistische Partei erkannte von vornherein diese demagogischen Absichten, wenn sie auch in dem Gesindel um Schneppenhorst noch nicht jenes Verbrechertum erkannte, das es später offenbarte. Den Kommunisten, den Stürmern der Revolution, fiel deshalb in diesem Augenblick die Aufgabe zu, zu bremsen und eindringlichst vor den Fallstricken Schneppenhorsts zu warnen. Diese Aufgabe haben die Kommunisten erfüllt.

Ziel und Wesen der Erzeuger dieser ersten Räterepublik bestimmten auch die Art, in der sie ihr Geschöpf zur Welt brachten. Es kam ihnen nicht darauf an, etwas Lebensfähiges zu schaffen. Und die

Unabhängigen wie die Anarchisten hatten ebensowenig historischen Sinn wie die Rechtssozialisten guten Willen. Die Errichtung einer Räterepublik war ihnen ein politisches Schiebungsmanöver, über dessen Konsequenzen sie sich keine Gedanken machten. Für diese Handvoll Leutchen war die Räterepublik geschaffen, wenn sie mit ihrem Parteischacher am grünen Tisch zu Ende waren und die Ministerposten hübsch unter sich verteilt hatten. Die Massen draußen waren nichts anderes als die Gläubigen, welche das Heilsgeschenk aus den Händen dieser kleinen Götter zu empfangen hatten. Der Gedanke, daß sie nur aus einer Massenbewegung hervorgehen könne, und daß die Leitung der Staatsgeschäfte nicht einfach das Resultat eines Kuhhandels zwischen einzelnen Parteiführern sein könne, war ihnen ganz fern. Sie brachten eine sogenannte Räterepublik zustande, und sie hatten noch nicht einmal das Wichtigste, nämlich die Räte.

Auch diese lächerliche Revolutionsmache hat die K. P. D. in München mit allen Waffen der Kritik bekämpft. Aber das Vorgehen [6] der Schneppenhorst, Toller, Landauer hatte doch ein wesentliches Resultat: Die Regierung Hoffmann verschwand, und die sogenannte Räteregierung übernahm den staatlichen Apparat. Damit war zu gleicher Zeit den revolutionären Parteien eine schier unbegrenzte Aktionsmöglichkeit gegeben. Diese bloße Möglichkeit drängte zur Aktion, und wenn überhaupt die Kommunistische Partei Verhältnisse vorfinden könnte, unter denen sie sich auf eine bloß negative Kritik beschränken kann, so war sie in diesem Falle unbedingt genötigt, die Kritik durch ihre positiven Parolen zu ergänzen. Diese Parolen aber forderten zwingend ihre Verwirklichung. Die Partei kritisierte das Täuschungsmanöver der Rechtssozialisten, sie wies auf das Fehlen einer Massenbewegung hin und erklärte, daß nur der Wille der Massen selber entscheidend sein könnte für die Einsetzung einer Staatsleitung. Im ersten Punkte konnte sie sich darauf beschränken, die Massen über die Tücke der verräterischen Rechtssozialisten aufzuklären. Aber schon beim zweiten war sie gezwungen, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit die Massenbewegung in Fluß kam, und sie mußte schließlich dafür sorgen, daß diese Massenbewegung getragen wurde von einem bewußten revolutionären Willen. In diesem Sinne hat die K. P. D. die Zeit, welche die anderen Parteien verwandten zu ihren Geschäften am grünen Tisch, zu riesigen Massenversammlungen unter freiem Himmel, zur Agitation in den Kasernen und Betrieben benutzt. Sie versuchte mit allen Mitteln den unklaren Enthusiasmus, den der bloße Gedanke der Räterepublik in den Massen geweckt hatte, zurückzuführen auf eine nüchtern-klare Beurteilung der Tatsachen. Sie erreichte damit, daß vor allem die Arbeiter in den Großbetrieben mit der nötigen Skepsis den Abenteurern vom Café Stephani gegenüber erfüllt wurden. Sie ging weiter und führte die Forderungen durch, welche unmittelbar dem Aktionsprogramm der Partei entsprangen. Sie bewaffnete die Arbeiter in den Großbetrieben, soweit das angesichts des Versagens der Scheinräteregierung in allen praktischen Fragen möglich war. Die Spannung, welche von vornherein zwischen der revolutionären Arbeiterschaft und der von dem verlumpten Subjekt Aschenbrenner geführten Republikanischen Schutztruppe in der Luft lag, führte zugleich zu den ersten Formen einer militärischen Organisation der Arbeiter, zur Ausstellung von Arbeiterwachen auf den Zugangsstraßen zu den Großbetrieben usw.

Die Betriebsorganisation der Partei war schon, seit einigen Wochen unter der tatkräftigen Leitung Levinés ins Leben gerufen worden und wurde nun mit aller Kraft ausgebaut. Damit gewann die Partei den stärksten Einfluß auf das ganze aktionsfähige Proletariat vorzüglich in den Großbetrieben. Er zeigte sich darin, daß auf unseren Appell gewählte Betriebsvertrauensleute unsere Stellung anerkannten.

Das ist in knappen Zügen ein Bild von den Leistungen der Partei, soweit sie innerhalb der Parteigenossenschaft wohl allgemein gebilligt werden.

Nun ist die Frage, ob man stehenbleiben konnte bei der Kritik der kindischen Revolutionsspielerei der großen Männer vom Wittelsbacher Palais und bei der inneren Kräftigung der Parteiorganisation und des gesamten Proletariats. Wir sagten: Nein! Kommunistische Politik treiben heißt Handeln nach einem klaren, fest umgrenzten revolutionären Willen. Aber der Wille einer Partei ist ebensowenig frei wie der des einzelnen Menschen. Er wird nicht allein bestimmt durch allgemeine taktische Vor-[7]sätze und Richtlinien, sondern ist abhängig von der Situation. Es hilft uns nichts, zu sagen: die Situation ist von politischen

Verbrechern, bewußten und unbewußten, geschaffen worden. Wohl konnte die Partei erklären: Ihr habt euch die Suppe eingebrockt, nun löffelt sie aus; ich rühre keinen Finger! Aber damit hob sie sich selbst als Partei auf. Ueber die bloße Kritik hinaus mußte sie handeln, um für das Proletariat und die Revolution soviel wie möglich Gewinn aus der verfahrenen Situation zu schlagen. Der Hinweis auf die Stellung der Bolschewiki im Julikampfe 1917 trifft nicht das Ziel. Sie wandten sich gegen die verfrühte Aktion und versuchten, ihr einen Charakter zu geben, welcher der historischen Situation entsprach. Hätten damals die Petersburger Arbeiter gesiegt, so wäre damit erst die Partei vor eine Entscheidung gestellt worden, die in gewisser Hinsicht unserem Dilemma entsprach.

Wie waren die Tatsachen? Die Regierung Hoffmann war auf und davon, hatte in München und ganz Oberbayern keine Macht. Es war platterdings unmöglich für uns, sie wieder zurückzurufen und damit den Putsch ungeschehen zu machen. Die Scheinräteregierung wurde durch unsere Kritik nicht aus der Welt gebracht. Sie war, wenn auch noch so schwach, doch tatsächlich eine Regierung. Wenn auch ein Weichtier, war sie doch kein Schemen. Trügerischer Schein an ihr war nur, daß sie sich Räteregierung nannte.

Gerade daß sie uns keinen Widerstand entgegenzustellen wagte, nötigte uns vorwärts. Unter Umständen wären wir gezwungen gewesen, den offenen Kampf gegen sie aufzunehmen mit all seinen Konsequenzen, mit dem Bruderkrieg innerhalb des Proletariats und der Uebernahme einer Macht, die wir selber als völlig ungenügend fundamentiert ansahen. Das Erste blieb uns erspart, dank der Regierung Hoffmann, zum Zweiten, der Uebernahme der Macht – wenn auch nicht unter den für uns fürchterlichsten Umständen nach einem Siege über die Scheinräte-Regierung und ihre Anhänger – wurden wir gezwungen.

Warum, soll gleich gesagt werden. Die Gegner unserer Auffassung wenden nun ein: Dann ist also unser Handeln und unser Schicksal abhängig von dem, was die U. S. P. und andere Putschisten tun! Das ist es bis zu einem gewissen Grade in der Tat. Daß diese Putschisten Aktionen mit großer politischer Tragweite unternehmen können, hat seine Ursache in dem Mangel an politischer Schulung beim Proletariat. Und dieser Mangel rächt sich an der Arbeiterklasse und vor allem an unserer Partei, die ihn am energischsten bekämpft. Das ist unser Verhängnis, unser tragisches Geschick seit den Januartagen.

Daß wir uns nicht über die Situation täuschen, beweisen unsere Worte und Taten bis zum tatsächlichen Eintritt in die Regierung. Und Charakterschwäche? Wir blieben fest gegenüber dem Liebeswerben der Gegner, was eine ebenso echte als schmeichelhafte, weil zähneknirschend abgegebene Anerkennung unserer politischen Fähigkeiten war. Wir trotzten dem Haß der uns fernstehenden Massen, die gegen uns demagogisch aufgepeitscht waren, dumpf die vollkommene Unfähigkeit ihrer Führer und das Nahen eines furchtbaren Verhängnisses empfanden, aber für unsere Gründe noch nicht reif waren. Uns nötigte die Situation.

Die Scheinräteregierung tat nicht viel. Aber was sie tat, genügte der Gegenrevolution. Sie warf nämlich mit den Schlagworten der [8] Diktatur des Proletariats umher, die zum Popanz für die Bourgeoisie geworden war, weil sie in unserem Munde Bedeutung hatten. Darauf hatte Schneppenhorst gebrannt, und er organisierte zusammen mit dem Obersten von Epp den weißen Schrecken gegen München. Diese Gefahr nötigte uns, der Scheinräteregierung Konzessionen zu machen. Wir liehen ihr im Auftrage der revolutionären Betriebsvertrauensleute unseren Rat für die Abwehr der Gegenrevolution. Weiter gingen wir nicht. In die Staatsgeschäfte außerhalb dieser Grenze mischten wir uns nicht ein. Wir entschieden nichts, sondern machten nur Vorschläge. Wir stellten für den genannten Zweck die Kräfte der Partei restlos zur Verfügung, lehnten aber die Verantwortung ab. Nicht weil wir diese Verantwortung fürchteten, sondern weil wir den kritischen Geist der Arbeiterschaft wachhalten und ihren Willen auf die Abwehr der Gegenrevolution konzentrieren wollten. Bald mußten wir die ganze Ohnmacht der Regierung erkennen, die gierig unsere Vorschläge annahm, ohne sie durchführen zu können. Die Frühgeburt der Räterepublik sichte an Körperschwäche dahin. Der Tod stand vor der Tür. Schon berieten wir die Frage, ob wir die nutzlose Tätigkeit als Berater der Regierung aufgeben

und unsere ganze Kraft auf die Parteiorganisation verwenden sollten, da änderte sich die Situation durch den gegenrevolutionären Putsch der Republikanischen Schutztruppe am 13. April.

Mit diesem Putsch hätte der Status quo ante wiederhergestellt sein können, wenn er in diesem politischen Faschingstreiben nicht ebenfalls zunächst eine Farce gewesen wäre. Seine Akteure auf und hinter der Bühne glaubten ganz wie die Scheinräteregierung, ein Maueranschlag sei eine politische Tatsache und eine Handvoll Verschwörer eine politische Macht. Instinktsicher wollten sie diese Macht sofort gegen die Kommunisten verwenden. Sie überfielen eines unserer Parteilokale, holten sich aber dort die ersten blutigen Köpfe. Das war das Signal für den besten Teil der Arbeiterschaft und der Truppen, in den Kampf zu treten. Die Parteileitung, die sich zunächst auf eine rein propagandistische Ausnutzung der Lage eingerichtet hatte, übernahm jetzt die Leitung des Kampfes.

Er führte zum Sieg, und dieser Sieg mußte liquidiert werden. Jetzt gab es kein Zurück mehr. Die wesentlichste Voraussetzung war gegeben: Die siegreiche Aktion der Massen. Die Räterepublik war nun das einzig Mögliche. Wir stellten uns rückhaltslos der Arbeiterklasse zur Verfügung.

Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der Partei, stellte in den Tagen vor unserer Beteiligung an der Regierung folgende Grundsätze für die Haltung der K. P. D. auf:

„Erstens ist notwendig die schärfste Kritik an den Schwächen, Unzulänglichkeiten und Unklarheiten der Bewegung und ihrer augenblicklichen Träger.

Zweitens aber ist es die Aufgabe der Kommunisten, der Bewegung die positiven Ziele zu zeigen, die Losungen zu geben, die der Lage entsprechen, kurz: alle Kraft daranzusetzen, die Schwächen der Bewegung zu überwinden. Wenn die Bewegung nicht auf der Höhe der Plattform des Kommunismus ist, so erhebe man sie auf diese Höhe.“

Diese Grundsätze haben wir in keinem Augenblick überschritten. Wir sind noch zurückhaltender, gewesen, als sie es fordern. Als die Entscheidung vor uns stand, handelten wir ohne Zaudern und mit [9] Energie trotz des Bewußtseins der Gefahren und der ungeheuren Verantwortung. Und auch jetzt nach dem Abschluß der großen Tragödie sehen wir keinen Grund zur Reue.

Die Art, wie wir nun innerhalb der Räteregierung wirkten, ist in der Partei nicht angefochten worden. Es ist deshalb nur noch nötig, unsere praktischen Erfahrungen zu schildern und daraus die Lehren für die Zukunft zu ziehen.

II

Die Kehrseite.

Ich glaube, bevor man diskutiert, ist es das Beste, die Tatsachen, über die man diskutiert, etwas schärfer zu fassen, als Genosse Werner das getan hat. Die Geschichte der Münchener Räterepublik läßt sich ganz kurz folgendermaßen wiedergeben: Mehrheitler, Unabhängige und Anarchisten beschließen im Café Stephani und den umliegenden Bezirken eine „Räterepublik“, deren souveränes Reich von Schwabing bis nach Pasing, und von Laim bis nach Freimaring reicht. Die Kommunisten stehen dieser Räterepublik mit schärfster Kritik gegenüber: diese Räterepublik war keine „Frühgeburt“, wie Genosse Werner meint, sondern ein prodigiosum aliquid, eine Mißgeburt, denn dem Schoße eines mehrheitlich – unabhängig – anarchistischem Kaffeehauszirkels kann eine Räterepublik ebensowenig entspringen wie dem Schoße eines Gorillaweibchens ein Menschenkind.

Diese „Räterepublik“ ist eben im Begriffe, in ihre ewigen Jagdgründe, d. h. in die Memoiren bezw. Feuilletons ihrer – durchweg poetisch begabten – Führer hinüberzugehen, als die Regierung Hoffmann am 13. April einen Rutsch gegen sie machte. Dieser Rutsch hatte weniger den Zweck, der Sterbenden den Rest zu geben als den, sie noch einmal ins Leben zu rufen, um den Schneppenhorst usw. eine reelle Gelegenheit zum Blutbad zu geben. Dieses war die zweite Phase. In dieser zweiten Phase war die Stellung unserer Partei die, daß sie die Verteidigung gegen den Putsch übernahm und führte. Aus dieser Verteidigungsaktion wuchs ohne besondere Hemmung die dritte Phase: die kommunistische Räterepublik.

Wie konnte sich die Partei zu diesen drei Phasen verhalten?

Ich glaube: über die erste Phase sind wir uns alle einig. Diese „Räterepublik“ war ein Putsch; dazu ein sehr plumper, nicht von Arbeitermassen, sondern von ein paar Literaten gemachter, die die ganze Milde der Standgerichte jetzt erbitten und verdienen nach dem Spruche, daß dem zu vergeben sei, der nicht weiß, was er tut.

Demgegenüber, meint Genosse Werner, hätten die Kommunisten die Pflicht gehabt zu „bremsen“. Der Meinung bin ich nicht. Ein Kommunist bremst nie. Wenn er einen Hanswurst Hanswurst, einen Putschisten Putschisten heißt, wenn er Illusionen für Illusionen erklärt, wenn er die Ohnmacht, Unfähigkeit und Unreife politischer Aktionen deutet – dann „bremst“ er nicht, sondern führt die Revolution. Bremsen heißen das nur Leute, die glauben, wo gerade Lärm sei, da sei auch die Revolution.

Also: mit ihrer scharfen Kritik stand unsere Partei in der Führung der Revolution, insoweit herrscht auch überall volle Zustimmung zur [10] Haltung unserer Münchener Genossen oder herrschte wenigstens bis jetzt, bis der Genosse Werner anfing, die Münchener Aktion zu verteidigen.

Bisher waren wir alle nämlich der Meinung gewesen, die Münchener Genossen hätten die Räterepublik der Toller, Mühsam usw. für eine der Komödien angesehen, deren Zusammenbruch je eher je besser, der Fortgang der Revolution erheische: die Münchener Genossen erkannten ja selbst ganz klar, wie dieser Münchener Republik jeder Zusammenhang mit der bayerischen, zumal aber mit der deutschen proletarischen Revolution fehlte.

Hier steht nun Genosse Werner mit Betrachtungen über die Freiheit des Willens und bekennt sich zu einem persönlichen wie politischen Determinismus. Ich lasse diese Frage philosophischer Spekulation hier ganz beiseite: ich komme für den Hausgebrauch auch ohne sie aus. „Kommunistische Politik treiben heißt handeln nach einem klaren fest umgrenzten revolutionären Willen“, sagt Genosse Werner. Ich formuliere das kürzer. Ich sage: Kommunistische Politik treiben heißt vom Standpunkt der Revolution aus vernünftig handeln. So komme ich um Werners Willensproblem herum. Und wenn dann der Genosse Werner fortfährt: „der ‚festumgrenzte Wille‘ wird nicht allein bestimmt durch allgemein taktische Vorsätze und Richtlinien, sondern ist abhängig von der Situation“, so ist das ganz richtig. Nur ist nicht der „Wille“ abhängig von der Situation, sondern der Entschluß: es geht also auch da ganz glatt ohne Determinismus.

Also: die Situation. Wie oben beschrieben: eine sterbende „Räterepublik“ einerseits, mangelnde Reife der gesamten deutschen Revolutionsbewegung zur Ergreifung der Macht, Unmöglichkeit, in München eine Räterepublik zu errichten anderseits? Aus dieser Situation ergab sich mit Naturnotwendigkeit die Politik, und nur die, die die Münchener bis zum 13. April verfolgten. Die Existenz der Scheinräterepublik habe uns gewisse Verpflichtungen auferlegt, meint Genosse Werner. Nicht daß ich wüßte. „Die Scheinräterepublik wurde durch unsere Kritik nicht aus der Welt geschafft.“ Mag sein: was unsere Kritik nicht besorgte, besorgten die Toller, Mühsam, Landauer usw. von selber. „Sie war, wenn auch noch so schwach, doch tatsächlich eine Regierung.“ Ja, aber was für eine! War sie eine revolutionäre, so mußten wir darin sein, war sie keine, so mochte sie zum Teufel gehen und irgend einer anderen Platz machen, die wenigstens im Proletariat keine Illusionen erweckte.

„Trügerischer Schein war an ihr nur, daß sie sich Räteregierung nannte.“ Dieses „nur“ des Genossen Werner spricht Bände. Denn hinter diesem „nur“ verbirgt sich gerade das, worauf es ankam: daß es eben keine Räteregierung war.

Also diese Münchener Räteregierung war wirklich nichts: nicht Fisch und nicht Fleisch, nicht Braten und nicht Salat. Und daraus, daß diese Regierung ein Nichts war, folgert Genosse Werner, daß man gezwungen gewesen sei, den offenen Kampf gegen sie aufzunehmen mit allen Konsequenzen, gesteigert bis zur „Uebernahme der Macht, die wir selbst als völlig ungenügend fundamentiert ansahen“. Was heißt das? Eine unabhängig-mehrheitlich-anarchistische „Räterepublik“, die ohne genügendes Fundament in den Massen errichtet war, ersetzen durch eine kommunistische Räterepublik, die ganz und gar denselben Fehler [11] hatte – und nach Genossen Werners eigener Darstellung haben mußte – wie jene andere. Das heißt ein Nichts durch ein anderes Nichts ersetzen. „Handeln nach einem

klaren festumgrenzten revolutionären Willen“ nennt Genosse Werner das. Andere nennen das anders, heißen es willenloses Treiben im politischen Strudel. Ich glaube an kein Fatum in der Politik, an keines, das mächtige Götter über einen verhängen, geschweige an das, das in München in einer Ecke vom Café Luitpold von sechs Stammtischgenossen ausgebrütet wird.

Ich sehe aber weiter und möchte den Münchener Genossen die Verteidigung nicht entgelten lassen, die ihnen Genösse Werner antut. Nach der klaren Haltung Levinés ist gar nicht anzunehmen, daß die Münchener Genossen so herumgefackelt hätten, wie man nach Werners Darstellung glauben muß, und in der Tat beginnt auch die wirklich schwierige Situation für sie in der zweiten Phase: beim Hoffmann-Putsch.

Ich unterscheide in dieser zweiten Phase zwei Möglichkeiten. Einmal die Verteidigung der „Scheinräterepublik“. Wie allseitig festgestellt, war die Toller-Mühsamsche Räterepublik ein Nichts. Woraus ich den Schluß ziehe: ein Nichts verteidigt man nicht. Das Vaterland der Toller-Mühsam ist nur graduell, nicht prinzipiell von dem der Wittelsbacher unterschieden. Wäre also die Aktion unserer Münchener Genossen nur eine Verteidigungsgeste für die nicht in Schönheit sterbende Toller-Republik gewesen, so wäre sie m. E. weder logisch noch taktisch zulässig.

Die Genossen aber, die sie nur als solche Verteidigungsaktion der Räterepublik hinstellen, tun ihr unrecht. Sie war eine Kleinigkeit mehr. Sie war eine Verteidigungsaktion zugunsten gewisser reeller Machtpositionen des Proletariats, die es sich gerade in München in den Monaten der Revolution geschaffen hatte. Durfte das Münchener Proletariat diese mit der Waffe in der Hand verteidigen? Wir verfolgten damals in ganz Deutschland die Taktik, bei dem unfertigen Zustand der revolutionären Entwicklung einem bewaffneten Kampf auch bei angriffsweisem Vorgehen der Konterrevolution aus dem Wege zu gehen, weil eine siegreiche Durchführung eines bewaffneten Kampfes unmöglich schien. So geschah es mit unser aller Billigung in Bremen, in Braunschweig, in Leipzig, in Gotha, Erfurt, überall. Ich gebe aber zu: in München lag die Sache anders. Soweit ich von auswärts beurteilen kann, war die Stellung des Münchener Proletariats so, daß es sich seine in der Revolution geschaffenen Rechte nicht ohne weiteres zu nehmen lassen brauchte. Die bayrische Regierung war aus eigenen Kräften nicht in der Lage, ihm etwas anzuhaben. Vor den Toren standen freilich die Noske, Haase usw. begierig, einzuziehen. Aber die Hoffmann-Regierung war auch hier gehemmt. Angesichts gewisser bayrischer Eigentümlichkeiten konnte sie nicht ohne weiteres den „Preußen“ und übrigen Ausländern das Tor öffnen und die Tatsache allein, daß das Münchener Proletariat die einmal eingenommene revolutionäre Stellung hielt, hätte wohl nicht genügt, den Hoffmannleuten die Möglichkeit zu geben, sogar bei den „Preußen“ ihre Zuflucht zu suchen. Die Hoffmann-Regierung hätte sich wohl oder übel mit dem Münchener Proletariat abfinden müssen.

So glaube ich auch, daß in dieser zweiten Phase die Münchener das Richtige getroffen haben.

Dann kam die dritte Phase.

[12] Die Verteidigung „führte zum Sieg, und dieser Sieg mußte liquidiert werden. Jetzt gab es kein Zurück mehr“. Was versteht Genosse Werner unter Liquidation des Sieges? Versteht er unter „Liquidation des Sieges“ das, daß man alles nimmt, was der Augenblick erlaubt, ohne Rücksicht darauf, ob man es halten kann? Das wäre eine Liquidation des Sieges, die ungefähr der alldeutschen entspricht. Oder war die Liquidation des Sieges nicht vielmehr das, festzustellen, was der inneren Entwicklung der Revolution entsprach? Dann mußte es anders kommen als es war.

„Jetzt gab es kein Zurück mehr. Die wesentliche Voraussetzung war gegeben: die Aktion der Massen. Die Räterepublik war das einzig Mögliche.“ So Genosse Werner. Ei! Ei! Am Schlusse seiner Ausführungen meint Genosse Werner, die Aktion der Massen – sei die wesentliche Voraussetzung für die Errichtung nicht einer Münchener nur, sondern einer bayerischen Räterepublik. Zu Anfang seiner Ausführungen sprach Genosse Werner anders. Dort schreibt er: „Wir Kommunisten hielten eine Räterepublik, die sich allein über Bayern entwickelte, für eine Unmöglichkeit ... Eine Räterepublik ohne die großindustriellen Wirtschaftsgebiete und die Kohlenbecken ist in Deutschland unmöglich. Das bayrische Proletariat ist außerdem nur in den wenigen industriellen Großbetrieben wirklich revolutionär gesinnt ... Aus diesem Grunde erschien uns eine bayrische Räterepublik von Anfang an als ein

verfehltes Unternehmen.“ So sprach Genosse Werner zu Anfang. Er scheint zu den Leuten zu gehören, die, umgekehrt, klüger aufs Rathaus gehen als sie heraus kommen. Das lange Grübeln bekommt ihm nicht. Ich halte es vorläufig mit dem Genossen Werner von Anfang und frage: hat sich in d i e s e n wirklichen Voraussetzungen einer bayrischen Räterepublik zwischen dem 6. und 13. April irgend etwas geändert? Nein, nicht das geringste. Die bayrische Räterepublik war am 13. April genau so unmöglich wie am 6. April und die „siegreiche Aktion“ der Großbetriebe von Maffei, Krupp usw., war keine genügende Grundlage, keine „wesentliche Voraussetzung“ für eine bayrische Räterepublik, am 13. April so wenig wie am 6. April.

Ich sage aber auch hier: man tut den Münchener Genossen unrecht, wenn man sie nach der Verteidigung des Genossen Werner beurteilt. So offenkundig falsch, wie sie nach der Verteidigung des Genossen Werner scheinen muß, war ihre Entscheidung nicht. Die Schwierigkeit ihrer Entscheidung lag nicht auf dem Gebiete politischer Rechnung – hier lag der Fall klar wie der Tag – sondern auf dem Gebiete der politischen Psychologie. Wir müssen oft andere Wege gehen als die Massen. Die Masse ist noch keineswegs völlig erfaßt von unseren Gedanken, sonst wären wir schon am Ziele. Die Masse hat noch oft andere Wege als wir es wünschen: wir helfen uns dann mit der Kritik. Und keiner von uns hegt ein Bedenken, das zu tun, weil meist die Differenz zwischen uns und den Massen darin liegt, daß wir eine Aktion wünschen, die Massen aber aktionslos bleiben.

Aus diesem Grunde ist es auch verständlich, wie besonders schwer es uns fällt, wenn der Fall umgekehrt liegt: wenn die Massen zur Aktion schreiten und wir ihnen sagen müssen, daß diese Aktion zwecklos oder dem Interesse der Revolution abträglich sei. Das ist für uns das allerschwerste. Doppelt und dreifach, werden wir uns überlegen müssen, ob wir nicht die Aktion doch noch zum Guten wenden können, ehe wir uns gegen sie erklären. Aber doch kann ernstlich gar kein [13] Zweifel sein, daß wir das müssen. Schreitet die Masse zu Aktionen, die nur scheinbar revolutionär sind, in Wirklichkeit nur zu Rückschlägen führen, dann haben wir die Pflicht, warnend aufzutreten, Kritik anzusetzen, so wie die Münchener taten; uns aber, wenn die Massen dessenungeachtet sich in Bewegung setzen, an die Spitze zu setzen, obgleich es ins Unheil führt, die Verpflichtung haben wir nicht. Nicht nur um unserer selbst willen, sondern um dessentwillen, daß die Massen nachher, wenn der Rückschlag kommt, wenn sie die Enttäuschung sehen, sich aufrichten können an den verlachten Kritikern von gestern. Insofern – und übrigens nicht nur insofern, sondern ganz und gar – entsprach die Münchener Aktion der Aktion in Petersburg im Juli 1917. Die Bolschewiki standen abseits der vorwärtsstürmenden Massen, sie kritisierten, sie warnten; als die Massen. dann vor der Enttäuschung standen, fanden sie schnell wieder den Weg zurück zu denen, die man in den kritischen Tagen in die Hölle gewünscht hatte.

Die Münchener Genossen haben aber darüber hinaus noch eines nicht bedacht. Für uns in Deutschland war der schmerzliche Ausgang der Münchener Aktion – von den furchtbaren Verlusten an besten Mitkämpfern abgesehen – ohne wesentlichen Rückschlag. Die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung hat kaum unter den Geschehnissen in München gelitten. Unverständlicherweise aber scheinen von München aus im Auslande, wir meinen besonders in Rußland und Ungarn, Illusionen erweckt worden zu sein über die durch die Münchener Aktion gegebenen Möglichkeiten in Deutschland und über die Bedeutung der Münchener Aktion für Deutschland, die nicht nur nicht gegründet werden konnten auf den Zustand der gesamten deutschen revolutionären Bewegung, sondern die auch höchst gefährlich werden konnten für Ungarn, für Oesterreich, ja selbst für Rußland. Wir stecken heute nicht nur in einer deutschen, sondern in einer Weltrevolution und bei jeder Möglichkeit der Aktion ist auch die Möglichkeit einer Reaktion nicht nur für hier, sondern für die Weltrevolution im Auge zu halten.

Müssen wir das alles sagen? Ja. Um der Klarheit und der Zukunft willen. Können wir irgendeinem einen Vorwurf machen? Nein. Ich hebe keinen Stein auf gegen einen. P. L.

*

Die Gewerkschaften.

Der kürzlich in Nürnberg abgehaltene Kongreß der Gewerkschaften unterschied sich von seinen Vorgängern darin, daß sich die Teilnehmer nach Weltanschauungsfragen gruppierten. Auf früheren Kongressen traten sich bei Meinungsverschiedenheiten gewöhnlich die einzelnen Berufsgruppen

gegenüber, die vorher schon zu den einzelnen sozialpolitischen Fragen Stellung genommen hatten. Diesmal gab es eine wirkliche Opposition, die der von der Generalkommission der Gewerkschaften während des Krieges und nachher betriebenen Politik ablehnend gegenüberstand. Die Opposition „stand auf dem Boden des Rätesystems“, d. h. es waren Gewerkschaftsmitglieder, die politisch zu den Unabhängigen und Kommunisten gehören.

[14] Bei Eröffnung des Kongresses glaubte Karl Legien noch, die Opposition sei schwach, man könne sie daher mit Grobheit unterdrücken. Und als das nichts nutzte, kam er mit der bekannten Redewendung, eine geschlossene Opposition, die einige Sitze in der Kongreßleitung begehre, deute auf das Vorhandensein einer Sonderorganisation hin. Auch das half nichts. Die Opposition blieb fest, und setzte es durch, daß ihr zu allen wichtigen Punkten der Tagesordnung Korreferate zugebilligt wurden.

Zum Rechenschaftsbericht für die Jahre 1914 bis 1919 hielt Dißmann-Frankfurt a. M. das Korreferat. Es ging mitunter ziemlich laut zu, und die Debatte war lang. Schließlich bekam die Generalkommission ihr Vertrauensvotum von 445 Delegierten mit 3.307.335 Stimmen gegen 179 Delegierte mit 1.483.779 Stimmen. Die Sieger waren ziemlich bedrückt. Sie wissen, sie können auf dieses Ergebnis nicht stolz sein. Das Ergebnis wäre für sie weit ungünstiger, wenn die Kongreßdelegierten auf Grund einer allgemeinen direkten Wahl anstelle der bisherigen Delegationsmodalitäten nach Nürnberg geschickt worden wären. Die Opposition wäre aber auch auf Grund der bisherigen Delegiertenwahlen in Nürnberg weit stärker gewesen, wenn ihre Anhänger in vielen Orten nicht fatalistisch geglaubt hätten, es sei in den Gewerkschaften nicht möglich, anstelle der Taktik der Gewerkschaftsvorstände diejenigen der Gewerkschaftsmitglieder zu setzen. Es ist doch möglich! Die Gewerkschaften wurden auf dem Kongreß nicht nur von den Rechtssozialisten, sondern auch von den Unabhängigen und Kommunisten als notwendig anerkannt; es ist selbstverständlich, daß jede Richtung auch bestrebt ist, sie mit ihrem Geiste zu erfüllen.

Damit müssen die Gewerkschaftsführer trotz jenes Vertrauensvotums rechnen. Sie haben daher selbst beantragt, das mit der alten Sozialdemokratie im Jahre 1906 getroffene Abkommen über Verständigungen bei gemeinsamen Aktionen aufzuheben. Dieses Abkommen, auf das die Gewerkschaftsführer während des Krieges ihre Politik gestützt hatten, wurde durch Kongreßbeschluß gelöst, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die neue politische Gruppierung der Arbeiterschaft.

Nach der vorläufigen Tagesordnung sollte sich der Kongreß mit den „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und den Aufgaben der Betriebsräte“ sowie getrennt davon mit der „Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ beschäftigen. Die Opposition beantragte Zusammenlegung beider Punkte; die Mehrheit erfocht wieder einen Sieg, indem sie den Antrag ablehnte. Aber dieser Sieg war eine Blamage. Denn nachdem das eine Referat samt Korreferat gehalten war, beantragte. die Kongreßleitung selbst die Zusammenlegung der beiden Punkte, weil sie nicht zu trennen seien. Und der Kongreß beschloß demgemäß.

Die Mehrheit billigte die von den Gewerkschaftsvorständen vorgelegten Leitsätze über die Betriebsräte, nach denen diese nichts sein sollten als bloße Arbeiterausschüsse, wie es in dem Gesetzentwurfe vom 15. Mai 1919 vorgesehen ist. Aber auch hier wagte es die Mehrheit nicht, konsequent zu sein, da sie zugleich eine Resolution faßte, wonach jener Gesetzentwurf den Wünschen der Arbeiter nicht genüge und wesentlich verbessert werden müsse. Die von dem Korreferenten Rich. Müller unterbreiteten Richtlinien über das wirtschaftliche Rätesystem galten damit als abgelehnt. Rich. [15] Müller forderte Betriebsräte für Großbetriebe, Ortsbetriebsräte für Klein- und Mittelbetriebe. Sie sollen brancheweise zusammengefaßt werden in besonderen Bezirksgruppenräten. Die Bezirksgruppenräte wählen aus sich heraus einen gemeinsamen Bezirkswirtschaftsrat für alle Branchen. Die Bezirksgruppenräte sollen branchenweise in Reichsgruppenräten ihre Zentrale haben. Die Reichsgruppenräte wählen Vertreter in einen gemeinsamen Reichswirtschaftsrat. Diese Wahlen sollen nicht auf Grund direkten, sondern indirekten Wahlrechts geschehen!

Dem Kongreß war die Aufgabe geworden, die von den Gewerkschaftsführern während des Krieges geführte und nachher fortgeführte Politik der „Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ zu billigen. Adolf Cohen legte dazu folgende Resolution

vor: „Der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaften bedeuten die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und sind geeignet, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die kollektive Regelung des Arbeitsrechts zu verwirklichen. Die Arbeitsgemeinschaften dienen diesem Zwecke überall dort, wo die Privatwirtschaft nicht durch eine sozialistische Wirtschaftsweise ersetzt ist. Unter der Voraussetzung, daß den Arbeitnehmern in allen Institutionen der Arbeitsgemeinschaften sowie bei allen Verhandlungen und in allen Körperschaften, die dem Aufbau und der Förderung unseres Wirtschaftslebens dienen, vollste Parität mit den Unternehmern gewährleistet wird, empfiehlt der Kongreß allen Gewerkschaften die Beteiligung an der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften."

Sie wurde mit dem üblichen Stimmenverhältnis angenommen. Die Arbeiter und Angestellten werden sich durch solche Kongreßbeschlüsse nicht aufhalten lassen, wohl aber darf man erwarten, daß die Beschlüsse des nächsten Kongresses anders lauten.

Am letzten Verhandlungstage wurden die Referate von Umbreit und Hilferding über die Sozialisierung der Industrie gehalten. Genosse Heckert-Chemnitz mußte vorher abreisen, kam also nicht zu seinem Korreferat. Der Kongreß war müde. Umbreits Ausführungen waren fast nicht zu verstehen. Eine Debatte fand nicht statt. Diese Referate sollen gedruckt und in großer Auflage verbreitet werden.

Zu lebhaften Erörterungen kam es bei den Resolutionen über den Eisenbahnerstreik in Berlin, über den Belagerungszustand im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, und über die Freiwilligenkorps. Die Resolution über den Eisenbahnerstreik war ein In-den-Rückenfallen gegen die Streikenden. Die Opposition hatte vereinbart, sie abzulehnen, doch kam die Opposition nicht erst zum Ausdruck, da über die einzelnen Absäße getrennt abgestimmt wurde. Die Resolution über den Belagerungszustand stammte von oppositioneller Seite; es wurde mehrmals darüber abgestimmt, die Mehrheit zappelte hin und zappelte her. Sie wußte nicht, was zu tun sei. Für den Belagerungszustand konnte sie mit Rücksicht auf die Arbeiter nicht stimmen. Gegen den Belagerungszustand stimmen, war eine Demonstration gegen die Regierung. Das wollte sie auch nicht. So geriet man nach der Abstimmung, bei der die Mehrheit sich gespalten hatte, in eine Geschäftsordnungsdebatte, in der die Rückverweisung der Resolution an eine Kommission verlangt wurde. Sogar Legien ließ [16] sich herab, und wollte eine „Verständigung" über den Wortlaut herbeiführen helfen. Aber die Opposition blieb fest. Es wurde nochmals abgestimmt und die Mehrheit kroch durch das Joch: die Resolution gegen den Belagerungszustand wurde angenommen. Beschlossen wurde ferner eine Resolution gegen den Boykott der Freiwilligen, und eine – die von der Opposition eingebracht war – gegen „die Methoden und Mittel, mit denen heute versucht wird, Arbeitseinstellungen proletarischer Schichten mit Waffengewalt niederzuwerfen."

Bis zu diesem Kongreß hatte die Gewerkschaftsbureaukratie den Eindruck aufrecht zu erhalten gesucht, als ob die Massen fast geschlossen hinter ihr ständen. Diese Illusion ist zerstört. Es wird bei einiger Aufklärungsarbeit nicht schwer fallen, die wahre Meinung der Arbeitermassen zum Durchbruch zu bringen. L

*

Parteiprogramme.

Von Alexandra Müller.

Nahezu ein Menschenalter lang galt das Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie, das Erfurter Programm von 1891, als der unantastbare Besitz und die glänzende Rüstung zur Vorbereitung des Entscheidungskampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Bei den endlosen Auseinandersetzungen zwischen Revisionisten und „Radikalen" oder „reinen Marxisten" wurden wohl einzelne Punkte des theoretischen Teils in die Diskussion gezogen und insbesondere von revisionistischer Seite versucht, allem was nach politischem Kampf aussah, die Spitze abzubrechen und den Nachdruck auf den zweiten Teil des Programms zu legen, der die in friedlicher Evolution erreichbaren Gegenwartsforderungen aufstellt. Gerade diese Angriffe von seiten einer bürgerlich orientierten Schicht von

Arbeiterführern bestärkten aber die Auffassung, daß das Programm. als solches eine Kundgebung proletarisch-revolutionärer Gesinnung sei, und der Gedanke an eine Revision des Erfurter Programms selbst kam gar nicht auf. Nun haben wir den August 1914 erlebt und in ihm das völlige Versagen der sozialistischen Führer gegenüber den Regiekünsten des Imperialismus und des Militarismus. Wir haben es ferner erlebt, wie das Trugbild einer Kompromißpolitik Zug um Zug dazu führte, daß die Arbeiterschaft unfreier wurde, statt freier; und wir haben das Erbärmlichste erlebt, daß die Arbeiterschaft von ihren Führern verraten und dem Gegner ausgeliefert wurde. Mag der Verrat der Führer als menschliche Schwäche gegenüber den Losungen einer bisher ungekannten Machtfülle gelten – daß die große Masse der sozialistisch geschulten Arbeiterschaft das Treiben der Führer nicht früher entlarvte, daß die Partei, die den Anspruch sich eine sozialistische zu nennen, längst verwirkt hat, heute noch die größte Wählerzahl hinter sich hat und daß ihre Taktik heute noch die Gewerkschaften beherrscht, das zeigt doch eigentlich, daß es unserm „klassenbewußten“ Proletariat an Klassenbewußtsein fehlt, und daß auch die geistigen Grundlagen, die der organisierten Arbeiterschaft im Lauf der Jahrzehnte eingehämmert wurden, unzulänglich und ungeeignet waren, sie zu tätigen, immer wachen Kämpfern zu schulen, die ihr Schicksal selbst zu gestalten vermochten.

[17] Das Erfurter Programm wurde mit der Geste in die Welt geworfen, daß es das alte (Gothaer) Kompromißprogramm durch ein neues, besseres ersetzen solle; dabei wurde aber die Frage gar nicht aufgeworfen, worin denn der Kompromißcharakter des Gothaer Programms bestanden habe. Wilhelm Liebknecht, der den Vorstandsentwurf auf dem Erfurter Parteitag zu begründen hatte, spricht zwar sehr viel von der „Erziehung zum wissenschaftlichen Sozialismus“ und von der „heutigen Höhe der Wissenschaft“ – es entgeht ihm aber, daß es sich für Marx und Engels niemals nur um die theoretische Auseinandersetzung mit den Lassalleanern gehandelt hat, sondern daß es ihnen auf die Stärkung der revolutionären Energie und auf die Eroberung der politischen. Macht ankam. Liebknecht erklärte auf dem Erfurter Parteitag, daß man die Marx’schen Einwände gegen das Gothaer Programm der Oeffentlichkeit vorenthalten habe, um das Einigungswerk zwischen Lassalleanern und Eisenachern nicht zu stören; selbst wenn man dieses Argument als berechtigt ansieht, so entschuldigt es nicht, daß dieselbe Taktik in Bezug auf das Gutachten eingeschlagen wurde, in dem Engels zu dem Erfurter Entwurf Stellung nahm. Das Gutachten, das vom 29. Juni 1891 datiert ist, wurde erst 10 Jahre später, nach dem Tode Liebknechts, in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht. Seine rechtzeitige Bekanntgabe hätte wohl vielen der Kongreßteilnehmer die Augen darüber geöffnet, daß es sich hier um prinzipielle Entscheidungen handelte, und daß es für Engels durchaus nicht ausgemacht war, daß die Marx’schen Einwände im neuen Entwurf „mit gebührender Achtung berücksichtigt seien“. Spricht doch Engels in seinem Begleitbrief an Kautsky davon, daß es ihm darauf ankam, auf den friedfertigen Opportunismus und das frisch-fromm-fröhlich-freie Hineinwachsen der alten Sauerei in die sozialistische Gesellschaft loszuhauen. Im Gutachten selbst heißt es dann: „Man redet sich und der Partei vor, die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein“, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung herauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe.“

Wie ein Vorausahnen dessen, was wir seit dem August 1914 an mangelndem politischem Sinn erlebten, und was letzten Endes auch verschuldete, daß der 9. November 1918 die Masse des deutschen Proletariats unvorbereitet fand, ist es, wenn es dann heißt: „Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krisis sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidensten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind.“

Engels läßt keinen Zweifel darüber, daß es ihm darauf ankommt, daß die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung im Programm klar zum Ausdruck gebracht werde. Tatsächlich enthält das Programm die Formulierung: „Sie (die Arbeiterklasse) kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz

der politischen Macht gekommen zu sein.“ Fühlt man, wie bereits diese [18] Wendung eine Abschwächung bedeutet, wie statt der klaren Forderung ein Ob und Wenn erscheint, das fast etwas von Resignation enthält?

Und nun zu den praktischen Forderungen, die das Erfurter Programm aufstellt. Man könnte sagen, daß sie vorausahnend von Marx gekennzeichnet worden sind, wenn er in seiner Kritik des Gothaischen Entwurfs sagt: „Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw.; sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die, soweit sie nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits r e a l i s i e r t sind; nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten usw. Diese Sorte ‚Zukunftsstaat‘ ist heutiger Staat, obgleich außerhalb ‚des Rahmens‘ des Deutschen Reichs existierender.“

Hier trifft Marx den Mangel an schöpferischem Sinn, der ein Menschenalter hindurch für die deutsche Sozialdemokratie charakteristisch bleibt und dem wir Heutigen die Nationalversammlung und alle anderen Schmuckstücke aus dem Jahre 1848 zu danken haben, die als große revolutionäre Errungenschaften gepriesen werden. Statt aus der gegenwärtigen politischen Konstellation die Folgerungen zu ziehen und die heute nach Gestaltung ringenden Kräfte zu realisieren, blickt man gebannt nach einer vergangenen Periode, und man begnügte sich mit liberaler Scheindemokratie in einem Augenblick wo es galt, das Proletariat in den Stand der Macht zu setzen. Wollte man den Lehren der Vergangenheit Raum geben, so hatte man das Beispiel der Pariser Kommune hervorgerufen, wo zum erstenmal die Machtergreifung des Proletariats zur Tat ward. Oder man hatte da weiterzubauen, wo die russische Sowjet-Republik den Kampf mit der Bourgeoisie aller Länder aufgenommen hatte – aber es war verfehlt, Forderungen aufzustellen, die zum Rüstzeug des Liberalismus gehören und einer Zeit entspringen, wo das Bürgertum, nicht aber das Proletariat, um Erringung der politischen Macht kämpfte.

Erscheint so der allgemeine Teil des Erfurter Programms als eine theoretische Darlegung, die nichts vom Bekenntnisdrang einer revolutionären Partei verrät, so bringt der spezielle Teil Forderungen, deren Verwirklichung in einem demokratischen Staat nichts im Wege steht, die aber keineswegs die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft verbürgen. Doch auch diese Mindestforderungen sind im heutigen Deutschland nirgends erfüllt. Wir erleben es gerade jetzt, wo der Verfassungsentwurf in der Nationalversammlung zur Beratung steht, täglich, daß Grundforderungen des Erfurter Programms preisgegeben werden, während die regierenden Mehrheitssozialisten ihre Hände in Unschuld waschen, da ja alles nach den unantastbaren Gesetzen der Demokratie vor sich ging und die Unabhängigen ihre Ohnmacht eingestehen, ohne daß sie sich doch dazu aufschwingen können, die Kompetenz der Nationalversammlung selbst anzuzweifeln. Noch nicht einmal der erste Programmpunkt, der jene „alte weltbekannte demokratische Litanei“ enthält, ist unversehrt in die Verfassung gekommen, da wir statt der im Erfurter Programm geforderten zweijährigen Legislaturperioden fünfjährige erhalten sollen. Das bedeutet nicht nur die Möglichkeit einer völligen Entfremdung zwischen Wählern und Abgeordneten – einer Entfremdung, der nur durch das Recht der jederzeitigen [19] Abberufung der Gewählten, wie sie das Programm des Spartakusbundes vorsieht, hätte entgegengewirkt werden können – es bedeutet auch die Rechtlosmachung der Jugendlichen, die, wenn sie etwa bei Vollziehung einer Wahl 19 Jahre alt waren, erst mit 24 Jahren zum ersten Mal zur Ausübung des Wahlrechts kommen. Es ist das dieselbe Tendenz, die im Gesetzentwurf über die Betriebsräte zum Ausdruck kommt, wo den Jugendlichen bis zum 20. Jahre das Wahlrecht völlig und bis zum vollendeten 24. Jahre das passive Wahlrecht entzogen werden soll.

Ganz wenige Forderungen des Erfurter Programms kommen der Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat entgegen; hierher gehört die der Wahl der Behörden durch das Volk. Diese Forderung hätte den Angriffspunkt bilden können, von dem aus der Abbau des Parlamentarismus, die Aufhebung der Trennung der Gewalten und die Durchführung des Rätesystems als die den heutigen Bedürfnissen des Proletariats entsprechenden Formen des politischen Lebens organisch dem Bestand der Parteiforderungen hätten eingegliedert werden können. Offenbar haben aber auch die Unabhängigen den inneren Zusammenhang dieser Forderungen mit dem Rätegedanken nicht erkannt.

In ihrem im März dieses Jahres beschlossenen Revolutionsprogramm erscheint wohl die Forderung der Wahl der Behörden durch das Volk. Aber sie erscheint nicht an der Stelle, an die sie gehört, nämlich als eine notwendige Folge der Durchführung des Rätesystems. Sie macht so wie sie da steht wiederum den Eindruck, nur ein Rückbleibsel aus dem alten liberalen Schlagwortbestand zu sein, nicht ein Kampfmittel des um seine Durchsetzung ringenden Proletariats. Das kann nicht wunder nehmen, da ja auch das Rätesystem, obwohl es als erster Punkt in diesem Revolutionsprogramm erscheint, nicht in konsequenter Durchführung als einzige Grundlage der politischen Macht gefordert wird, sondern als ein Beiwerk neben und unter dem Parlamentarismus. Hiermit wird aber der Rätegedanke um seine Größe und Wirksamkeit gebracht. Nur als alleiniger Träger der politischen Macht, in dem gesetzgebende und politische Gewalt sich vereinen, wird das Rätesystem die Erneuerung der politischen und der wirtschaftlichen Ordnung bringen. Das Programm des Spartakusbundes spricht es klar aus, wie die restlose Durchführung des Rätesystems das Eindringen neuen Blutes in die tausend und abertausend Kanäle bedeutet, aus denen das Wirtschaftsleben gespeist wird und in denen das politische Leben sich vollzieht. Es heißt hier: „Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft: die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane: die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen, und nur in ständiger lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den A.- und S.-Räten, kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geist erfüllen.“

Und weiter: „Auch die wirtschaftliche Umwälzung kann sich nur als ein von der proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen. Die nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung allein sind ein leeres Wort. Nur die Arbeiterschaft kann das Wort durch eigene Tat zum Fleisch machen. In zähem Ringen mit dem Kapital, Brust an Brust in jedem Betrieb, durch unmittelbaren [20] Druck der Massen, durch Streiks, durch Schaffung ihrer ständigen Vertretungsorgane, können die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen.“

Hier sind zum ersten Mal seit dem kommunistischen Manifest Töne gefunden worden, die das Ringen des arbeitenden Volks um Existenz und Menschenwürde ausdrücken; hier strömen Energien, die Form und Gestalt finden wollen; hier wird glühendes revolutionäres Empfinden durch die klärende Arbeit des Vorstandes in erzene Form gegossen, während es Jahrzehnte lang durch alle parteioffiziellen Kundgebungen nur abgeplattet und verweichlicht wurde. Hier finden aber auch die großen und ewigen Grundlinien des kommunistischen Manifestes eine Fortführung, die keine blinde Nachbetung ist, sondern lebendige Erneuerung, die aus historischen Gegebenheiten und Realitäten schöpft. Es bedürfte einer besonderen Untersuchung, um darzulegen, wie die Grundgedanken des kommunistischen Manifestes im kommunistischen Parteiprogramm folgerichtig fortgebildet sind und wie die neuen Formen, in denen der Kommunismus sich durchsetzen will, das konkret werden lassen, was auch der geniale Blick eines Marx und Engels nur in nebelhaften Umrissen heraufkommen sah.

Marx selbst warnt davor, den Wert von Parteiprogrammen zu überschätzen, wenn er sagt: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“. Aber er fügt hinzu: „Macht man aber Prinzipien-Programme, so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt.“ In diesem Sinn war das Erfurter Programm das Wahrzeichen einer Zeit, die ganz auf friedliche Entwicklung eingestellt war und aus der Epoche des Sozialistengesetzes nur die Taktik des Verbergens und Vertuschens der letzten Absichten hinübergerettet hatte. Es hat sich gezeigt, daß diese Taktik entnervend auf das innere Leben der Bewegung einwirkte und daß jeder Kompromiß statt zur Vorstufe neuer Erfolge zum Ausgangspunkt weiterer „Kompromisse wurde. Umgekehrt wird das Programm der kommunistischen Partei, das den Willen zur politischen Machtergreifung manifestiert und die Wege dazu aufzeigt, zur Sturmfahne werden, die den Sieg der Massen verbürgt.

*

Der Seelendoktor des verendenden Kapitalismus.

Herr Rudolf Steiner, der „Meister von Deutschland“ und „Führer deutscher Mystik“, wie er sich nennen läßt, hat ein Buch geschrieben mit dem geheimnisvoll aufgeschminkten Titel: „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft.“

Herr Steiner hat während des Krieges von sich reden gemacht dadurch, daß er zunächst mit Verve die deutsche Sache für gerecht erklärte, Reden schwang, die ihn in den Ruf eines stramm national gesinnten Mannes bringen konnten, der dann natürlich, wie alle jene, die es immer gleich gesagt haben, auf seine früheren Warnungen und Bedenken gegenüber dem Kulturbachanal, des Kapitals hinwies, kritische Betrachtungen anstellte und endlich seinerseits, als Deutschlands Niederlage perfekt war, das Buch schrieb, das nunmehr mit seinen Gedanken-[21]gängen den einzigen Ausweg zur Rettung der Menschheit bedeutet. Dieser Herr Steiner, – und das muß unseren in diesen Dingen weniger erfahrenen Genossen immerhin gesagt werden, ist aber nach seinen eigenen Offenbarungen kein gewöhnlicher Journalist. Er ist ein Geistbegnadeter, ein Wisser der tiefsten Geheimnisse in Vergangenheit und Zukunft, er ist Theosoph. – Was ist das?

Nur ein Mensch mit höheren Fähigkeiten, mit inneren Sinnesorganen, die in ihm so entwickelt sind, daß er mit ihnen die seelische und geistige Welt wahrnimmt. Er ist Geheimforscher mit weiter reichender Erkenntnis als der gewöhnliche Mensch, hat Verkehr mit höheren geistigen Wesenheiten und verhält sich zu dem normalen Typus wie der Sehende zum Blindgeborenen. Auf Grund dieser besonderen Konstitution weiß er, daß hinter der irdisch vergänglichen Welt eine unvergänglich geistige steht, weiß, daß z. B. die elektrischen Himmelserscheinungen von gewissen Wesen veranlaßt werden, die ihr Dasein in einer höheren Welt haben, daß die Affen verkümmerte Menschen sind und was der wunderbaren Dinge mehr sind, von denen sich Schulweisheit nichts träumen läßt.

Der Theosoph ist aber mehr, er ist ein vorsichtiger Mann. Er sagt: er will nicht wie die jetzige Wissenschaft b e w e i s e n , er will nur auf geistige Erfahrungen h i n w e i s e n ; er hat es nicht mit Spekulation, sondern mit übersinnlichen T a t s a c h e n zu tun. Diese lassen sich nicht widerlegen. Er verlangt auch nicht Glauben an die Lehre, sondern Glauben an die Möglichkeit, durch eigene Erfahrung zu einem solchem Wissen zu gelangen. Die Theosophen als Führer der Menschheit können nicht die allertiefsten Geheimnisse offenbaren, sie müssen sie vielmehr den verschiedenen Entwicklungsstufen der Menschen anpassen. So erklären sich zum Beispiel die tatsächlichen Verschiedenheiten der Religionen. Und im übrigen: Was nicht befriedigend beantwortet werden kann, das liegt an der unzulässigen Fragestellung.

Bravo, nicht wahr? Mehr kann man nicht verlangen. Auch ist es durchaus erklärlich, daß in dem vergangenen Jahrzehnt die Anhänger dieser begnadeten Menschheitsführer sich rekrutierten aus dekadentem mystisch angehauchtem Hochadel, ältlichen verabschiedenten tatenloser Offiziere, unzufriedenen ätherischen alten Jungfern, bleichsüchtigen unverstandenen tätigkeitslosen Frauen und all jenen, die ohne eigene Denkenergie und Kenntnisse nach sogenannten höheren Bedürfnissen und alkoholfreier Umnebelung schmachteten, die in einem Sammelsurium journalistisch oberflächlicher Philosophisterei aus indischen, persischen, mystischen und sonstigen Quellen sich wohlgefällig und eitel nach allen Richtungen rekelten, wobei die Führer die Schäflein schoren und Herr Steiner in Dornbach bei München mit Unterstützung hoher und höchster Gönner das theosophische Kloster „Johannisbräu“ für ein Dutzend Millionen aufzurichten begann.

Um die soziale Frage brauchte man sich bei diesen Eingeweihten den Teufel was kümmern. Zwar war Steiner in früheren Jahren eine Zeitlang S. P. D.-Mann, – man muß eben von allem etwas wissen – aber er, wie auch die berühmte Theosophin Anna Besant hatten mit eingesehen, daß alles Wirken „praktischer Weltverbesserer“ vergeblich ist, wenn nicht die geistigen Gewalten, zu denen die Theosophie den Schlüssel: liefert, in Bewegung gesetzt werden.

[22] Die soziale Frage unterstand eben dem „Karmagesetz“, dem theosophischen Gesetz der geistigen Ursächlichkeit und ausgleichenden Gerechtigkeit. Hiernach sind alle Schicksale in diesem oder einem früheren Leben – der Theosoph weiß um die Wiederverkörperung – selbst verursacht.

Jeder Proletarier trägt also an seinem erbärmlichen Dasein selbst die Schuld, ja der „richtige Einblick“ in dieses Gesetz versöhnt ihn damit so vollständig, daß er für das Unglück sogar dankbar werden muß, insofern er durch das Leiden von aufgeladener Schuld definitiv befreit wird. Trotzdem, vielleicht veranlaßt von seinen hohen Gönnern, daß Deutschland zu Grunde gehe und man doch etwas tun müsse, hat nun Herr Dr. Rudolf Steiner, der allertiefst Eingeweihte dies Buch geschrieben, entsprechende Aufrufe und Millionen Flugblätter verbreitet, ein Komitee gegründet aus Kommerzienräten, Pfaffen, Bürgermeistern und Professoren. Rege Propaganda wird getrieben und in einer Zeit wie der unseren, in der eine alte Gesellschaft ihren Halt verloren und hilfesuchend jeden Strohhalm packt, in der Pfaffen und Charlatans, geschäftstüchtige Hexenmeister und verbohrte Verleger eine Zeitlang auf ihre Rechnung kommen, wäre es verwunderlich, wenn sich nicht auch gewisse Scharen hilfloser Fischlein in den Netzen dieses gesteigerten und allen sonstigen in sich vereinigenden Humbugs fangen ließen. So ist es Herrn Steiner sogar gelungen, vor allem in Stuttgart auch unter ungeklärten Arbeitern für seine Idee Propaganda zu machen und eine lebhafte Diskussion hervorzurufen, bei der er hofft immerhin ein und das andere harmlose Eselchen an seine Krippe zu treiben. Dies zwingt uns leider, uns mit Herrn Steiner eingehender zu befassen, als es irgend eine seiner Qualitäten verdient.

Ehe jemand an die Lektüre des Steinerschen Buches geht, wird er sich bei Kenntnis seiner theosophischen Anschauungen darüber klar sein, einmal daß Steiner das Problem in Vergangenheit und Zukunft auch ohne besonderes Studium durchschaut, denn er ist ein Wissender, zweitens, daß er es entsprechend seinen großen Vorgängern dem heutigen Stande der Menschheitsentwicklung anpaßt, und endlich drittens, nichts beweisen will, sondern nur hinweisen will auf eine bestimmte Richtung. – Wer so denkt, wird vollauf befriedigt.

In einem unausstehlich banalen und öden Stil produziert sich hier ein überaus eingebildeter geistiger Bauernfänger. Titel schon wie Inhaltsangabe und dann Seite für Seite entspringen einem auf Hypnose geistiger Zerfahrenheit und Beschränktheit ausgehenden Charlatan.

Er, Rudolf Steiner, der Alleswisser und Alleskenner, muß den armen Menschen erst klar machen, was überhaupt „wirklichkeitsgemäßes“ Denken ist. In öden unendlichen Wiederholungen, die allerdings hypnotisch einschläfernd wirken, zeigt er, daß sein Denken, das theosophisch, das einzig wirklichkeitsgemäße ist. Dieses Denken befähigt ihn dann, z. B. von der großen französischen Revolution zu sagen, daß am Ende des 18. Jahrhunderts aus tiefen Untergründen der menschlichen Natur heraus der Ruf nach einer Neugestaltung des sozialen menschlichen Organismus auftauchte. Aber sie scheiterte daran, daß man noch nicht Steiners Kenntnis der Dreigliederung dieses Organismus besaß, sondern sie nur instinktiv fühlte. – Eben diese Dreigliederung des sozialen Organismus ist es, was die Menschheit retten kann. Es wird uns nicht Wunder nehmen bei Herrn Steiner, wenn es sich [23] herausstellt, daß sie gerade dem entspricht, was das jetzige Weltkapital noch an letzten Bocksprüngen versucht, seinem Sturz zu entgehen, denn Herr Steiner als echter Theosoph darf und kann ja nur soviel seiner höheren Weisheit zum besten geben, wie in den Verstandskasten seiner geplagten Mitmenschen hineingeht.

Aus einer unendlichen Fülle von Plattheiten, von Wahrheiten, die sich das Proletariat an den Schuhsohlen abgelaufen hat, aus dem unendlichen verzweifelten Bemühen heraus sich ja nicht irgendwie ganz festzulegen, absolut Positives zu sagen, bei dem Horror vor Programmatischem und bei solchem Sammelsurium, solchem journalistischen Mischmasch von halbgebildeter Pfiffigkeit, bei solcher traurigen Flucht hinter metaphysische Schranken ist das leicht – kommt doch endlich noch etwas heraus, und dieses Etwas, siehe da, ist der Vorschlag zu einer geistigen und materiellen Rettung des verendenden Kapitalismus.

Steiner ist natürlich schlau genug, zu sehen, daß man heute mit „reiner“ Theosophie nicht weiter kommt, daß seine Schäflein der sozialen Schere bedürfen, so wird er sie eben der Konjunktur entsprechend, auf diese Weise kastrieren.

Er sucht und findet die „wahre“ Gestalt der sozialen Frage.

Da gehört denn gleich zu den grandiosen, prätensiös vorgetragenen, durch ihre Neuheit überwältigenden Offenbarungen, daß „auf dem Vorhandensein der Empfindung eines menschenwürdigen

Daseins in Wahrheit alle Erschütterungen im sozialen Organismus beruhen“. Das Kapital hat beim Uebergang der alten in die jetzige neue Zeit dem Proletarier keinen tragenden Seeleninhalt gegeben. Auf diesen aber, auf die Steinersche Theosophie gerade wartet er mit Sehnsucht.

Zu der verkehrten Forderung der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel ist man dadurch gekommen, daß man den Blick ablenkt vom Geistigen und Seelischen auf das Oekonomische.

Ebenso falsch ist natürlich der Klassenkampf, denn das Klassenbewußtsein ist aus dem Wirtschaftsleben geboren und der Proletarier sucht in Wirklichkeit nach einem Geistesleben, das seine Seele tragen kann.

Aus allem ist der einzige Ausweg die heilige Dreigliederung, die auf die heilige Einheit hinsteuert. Sie muß zum mindesten – auch durch die Schule schon – zur „instinktiven Erkenntnis“ werden.

Sie sieht so aus: Wie das Naturwesen aus Kopfsystem (Nerven usw.), Zirkulationssystem (Blutlauf usw.) und Stoffwechselsystem besteht, so muß der soziale Organismus sich gliedern in

1. ein W i r t s c h a f t s s y s t e m , das alles umfaßt von der Warenproduktion über Zirkulation bis zur Konsumtion.

2. in das Leben des öffentlichen Rechts (Staat), das es mit allem zu tun hat, „was sich aus rein menschlichen Untergründen heraus auf das Verhältnis des Menschen zum Menschen bezieht“ und

3. in das Kultursystem, geistige Leben, das alles umfaßt, was hervorsprießen muß und eingegliedert werden muß in den sozialen Organismus aus der einzelnen menschlichen Individualität heraus.

Bisher hatte sich nach Steiner das Wirtschaftsleben zu machtvoll in diesen Organismus hineingestellt und war gewachsen auf Kosten der [24] Leiden anderer. Das darf nicht sein, denn aus dem Wirtschaftsleben können sich nicht die besten „Impulse“ für 2 ergeben usw.

„Der politische Staat, das öffentliche Recht sind aufgebaut auf den Impulsen im Menschheitsbewußtsein, die man gegenwärtig die demokratischen nennt“. – Was aus der III. Quelle stammt, muß in den gesunden sozialen Organismus auf ganz andere Art einfließen, als dasjenige, was im Warenaustausch lebt, und was aus dem Staatsleben fließen kann. Es gibt keine andere Möglichkeit, diese Aufnahme in gesunder Art zu bewirken, als sie von der freien Empfänglichkeit der Menschen und von den Impulsen, die aus den individuellen Fähigkeit selbst kommen, abhängig sein zu lassen.“

Diese Dreigliederung, möglichste Trennung ihrer Aufgaben, anderseits wieder gegenseitiges Befruchten, wird die Erlösung bringen. Der Proletarier sah nur ein Spiegelbild materieller Interessen und Interessenkämpfe, das erzeugte in ihm die Empfindung, alles Geistesleben sei Ideologie, sei Spiegelung der ökonomischen Organisation.

Eine solche, das geistige Leben des Menschen verödende Anschauung hört auf, wenn die Empfindung entstehen kann: im geistigen Gebiet waltet eine über das materielle Außenleben hinausgehende Wirklichkeit, die ihren Inhalt in sich selber trägt. Es ist unmöglich, daß eine solche Empfindung ersteht, wenn das Geistesleben nicht aus seinen eigenen Impulsen heraus sich innerhalb des sozialen Organismus frei entfaltet und verwaltet. Nicht die freie Entfaltung der auf Grundlage des Kapitals wirkenden individuellen Fähigkeiten hat Zustände hervorgerufen, innerhalb welcher die menschliche Arbeitskraft Ware sein muß, sondern die Fesselung dieser Kräfte durch das politische Staatsleben oder durch den Kreislauf des Wirtschaftslebens. Dies unbefangen zu durchschauen, ist in der Gegenwart eine Voraussetzung für alles, was auf dem Gebiete der sozialen Organisation geschehen soll. Denn die neuere Zeit hat den Aberglauben hervorgebracht, daß aus dem politischen Staate oder dem Wirtschaftsleben die Maßnahmen hervorgehen sollen, welche den sozialen Organismus gesund machen. Beschreitet man den Weg weiter, der aus diesem Aberglauben seine Richtung empfangen hat, dann wird man Einrichtungen schaffen, welche die Menschheit nicht zu dem führen, was sie erstrebt, sondern zu einer unbegrenzten Vergrößerung des Bedrückenden, das sie abgewendet sehen möchte.

Ein den Tatsachen gewachsenes Urteil kann man nur durch Zurückgehen zu den „Urgedanken“ gewinnen, die allen sozialen Einrichtungen zu Grunde liegen. Nur so kann jede Erschütterung

vermieden werden. Vor Erschütterungen hat Steiner überhaupt einen Heidenrespekt. Ja nicht Revolution, nur sachte Evolution, betont er mit einem Bückling vor den Regierungssozialisten. Er gehört zu jenen sozialistischen Bourgeois, von denen schon Marx im Kommunistischen Manifest sagt, sie wollen die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft, ohne die notwendig daraus hervorgehenden Kämpfe und Gefahren."

Genug. Auf dieser Plattform tummelt Herr Dr. Rudolf Steiner, der „Meister", unter üppiger schwarz-rot-goldner Schabracke seinen kapitalistischen Klepper. Bei allem verzweifelten Bemühen, bei aller Gerissenheit, selber ein armseliges Opfer der kapitalistischen Ideologie. Hier reitet er alle Schleifen, hier führt er alle Sprünge vor, bei denen die Schabracke hochfliegt und der Gaul seinen Stall verrät. Eins nach [25] dem andern wird offenbar: Herr Steiner ist vor allem für Erhaltung des Privatkapitalismus, er ist für die Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeiter und Unternehmer, aus seinem Rechtsbewußtsein ergibt sich der Zins (nur Zinseszins verschwindet), man sieht, er denkt an alles, an Steuervorrechte auch und Privatschulen, die vor allem neu gegründet werden müssen, seine Ideen zu verbreiten. Freilich, an allem modelt er so ein wenig herum, rückt alles nach diesem Schema zurecht, malt dem Dummen eine blendende Kulisse und kommt gegen Schluß zu der Forderung, daß solche Ideen Verständnis finden müssen, denn durch sie „wird V e r t r a u e n geschaffen zu einer möglichen heilsamen Umwandlung der gegenwärtigen Zustände in solche, die deren Schäden nicht zeigen." Noch am Ende freilich sucht er nach Theosophenart der Festlegung zu entwischen mit der Erklärung: „Selbst wenn die Verwirklichung der in dieser Schrift und in dem Aufrufe dargestellten Ideen zu etwas ganz anderem führen sollte, als hier unmittelbar dargestellt ist, so wäre dies nicht gegen die Intentionen des Verfassers nur in dieser Richtung müsse sie verlaufen. Eine gewaltige Entdeckung Steiners, wenn man sieht, daß die Anstrengungen des Weltkapitalismus in dieser Richtung streben nach 1. Organisierung der Wirtschaft der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung der Welt durch den obersten Wirtschaftsrat; 2. nach Völkerbund und 3. nach einem sogenannten geistigen Parlament. Eine Entdeckung noch gesteigert durch Steiners Darstellung der „neuen Lage": „Sie kann gekennzeichnet werden durch die Idee der sozialen Impulse der Menschheit, wie sie in dieser (Steiners) Schrift gemeint ist."

Wir kommen zum Schluß. Wir wollen den Seelendoktor des verendenden Kapitalismus nicht überzeugen, denn er ist Theosoph. Aber das wissen wir: Gerissene Kapitalisten, und zu solchen rechnen wir z. B. Herrn Rathenau, den wir in Steiners Nähe sehen, werden gut tun, diesen Meister in ihrem besten Stall unterzubringen. Er kann ihnen von größtem Nutzen sein und wird außerdem ihre Damen trefflich zu unterhalten wissen. Für uns steht er als eingebildeter Charlatan, der jedes historischen Denkens und jedes wirklichen Wissens bar ist, auf einer Stufe mit jenen Erzbergergestalten die in potenzierter Form alle Unfähigkeiten ihrer Umgebung aufweisen. Alle Epochen zusammenbrechender Klassen haben ihre Cagliostros, ihre Illuminaten, Rosenkreuzer, Schwarmgeister und raffinierten Schwindler. In allen untergehenden Epochen hüllen sich die Produkte dieser höheren Gauner in das Gewand des Religiösen. In unserer Zeit schwerster seelischer Erschütterungen und physischer Zerrüttungen bleibt das nicht aus, ja zeigt sich in vielfacher Auflage.

Das Proletariat wird sich zu hüten wissen vor allen, die seinen klaren Blick umnebeln, bewußt oder unbewußt, und selbst dabei im Trüben fischen. Es weiß, daß ihm eine graue Theorie von Geist und Materie, hinter der man alles zu verstecken vermag, nur ödes Land für dekadente Nichtstuer sein kann, daß es sich im schweren Kampf durch den Sturz alles und jedes Kapitalismus jene Freiheit erwerben muß, die die Vorbedingung ist für ein neues besseres Dasein. Erst damit wird eine unendliche Weite geschaffen für jene Freiheit des Geistes, in der es unbegrenzt von allen Fesseln sich tummeln kann an den ewigen Quellen des großen Geschehens. Sch.

[26]

Wirtschaftliche Rundschau.

Von G e o r g A. F r e y .

Wenn man der Presse der Unternehmerschaft und den Versicherungen der bürgerlichen Arbeiterregierung in Deutschland Glauben schenkt, sind sie beide rastlos um den Aufbau der deutschen

Wirtschaft bemüht, und ihre fruchtbringende Tätigkeit wäre von Erfolg gesegnet, wenn nur die böse Arbeiterschaft sich nicht weigern würde, ihre Köpfe und Hände willig in den Dienst der Unternehmerpläne zu stellen. Es wird indessen sehr oft als Ursache verschrien, was erst Wirkung ist. Die Streiks sind ja nichts weiter als eine Folgeerscheinung der Verarmung des deutschen Volkes, die darin zum Ausdruck kommt, daß eine geringe Menge von Gütern einer Riesenmenge von Geldwertzeichen gegenübersteht, die dank der kapitalistischen Einkommensabstufung ungleichmäßig verteilt sind. Der Mangel an Gütern ist aber durchaus nicht allein durch das Fehlen von Rohstoffen und Lebensmitteln begründet, sondern vor allem darin, daß die kapitalistische Unternehmerschaft augenblicklich im Gegensatz zu ihren Beteuerungen, anläßlich der Arbeitseinstellungen, ein geringes Interesse daran hat, daß die Produktion die Höhe erreicht, die sie angesichts des vorhandenen Materials und des vorhandenen Riesenbedarfs erreichen könnte. Woran der kapitalistischen Unternehmerschaft vor allem gelegen ist, zeigt ein offenherziges Geständnis der „Frankfurter Zeitung“, mit dem sie die Aufhebung der Blockade begrüßt:

„Es ist damit der erste Schritt für die Eingliederung der deutschen Industrie in den Weltabsatzmarkt getan worden, der zweite wird automatisch von selbst erfolgen, nämlich der Ausgleich der Produktionsverhältnisse der einzelnen Länder und damit der so notwendige Abbau der Löhne in Deutschland“.

Der deutschen Unternehmerschaft liegt also vor allem daran, ihre einstige Stellung auf dem Weltmarkt mit Preisunterbietungen zu erobern, die vor allem natürlich niedrige Löhne zur Voraussetzung haben. Eine Steigerung der Produktion, die dem Bedarf der deutschen Industrie an Produktionsmitteln entspräche, würde die Nachfrage nach Arbeitskräften steigern und damit auch die Lohnansprüche der Arbeiterschaft. Die deutsche Unternehmerschaft hat also kein wesentliches Interesse an der Steigerung der Produktion, bevor die erwünschte Lohnsenkung erreicht ist. Dies zeigt ein Artikel, den die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ unter dem Titel „Die Lage der Brücken- und Eisenbauanstalten“ veröffentlicht:

„Die Zahl der aus dem Inland eingehenden Aufträge ist spärlich Infolge der Teuerung und der ungewissen Zukunft der Industrie haben viele Behörden und Werke, die zu bauen beabsichtigen, ihre Aufträge zurückgestellt, insbesondere hat die preußische Eisenbahnverwaltung in scharfer Weise eine Einschränkung ihrer Bestellungen vorgenommen. Von Brücken, Ueberführungen, Bahnsteighallen, Wasserbehältern usw. wird nur das Allernotwendigste bestellt. Die Hütten- und Walzwerke, die sich im Krieg ausgedehnt haben, haben keinen oder nur sehr geringen Bedarf. Die Bergwerke trauen der Lage noch nicht, trotzdem sie sich ja sagen müßten, daß in Zukunft die Kohlenförderung unter allen Umständen gesteigert werden muß, um den Ausfall aus den abgetretenen bezw. besetzten Gebieten abzüglich deren Eigenbedarf zu decken und um die riesigen Anforderungen, die der Friedensvertrag stellt, zu erfüllen. [27] Auf die für den nächsten Winter zu erwartende Kohlennot ist schon mehrfach hingewiesen worden. Trotzdem ist die Bauunlust auf den Bergwerken sehr groß“.

Es zeigt sich also, daß das Wirtschaftsleben durchaus nicht nur deshalb stockt, weil die Arbeiterschaft streikt, sondern daß die Arbeiterschaft streiken muß, weil die Unternehmerschaft das Wirtschaftsleben zum Stocken bringt, um wieder, wie einst im Mai des Vorkrieges, aus dem Elend der Arbeiterschaft Profite ziehen zu können. Besonders interessant ist das Geständnis, daß die Bergwerksgesellschaften es unterlassen, den Bau der zur Steigerung der Kohlenförderung nötigen Anlagen vorzunehmen. Die Bergarbeiter haben allen Anlaß zu fordern, daß die ausschließliche Verfügung über die Produktionsmittel nicht der Unternehmerschaft überlassen bleibt.

Gerade der geringe Wert der Mark im Ausland gibt der deutschen Unternehmerschaft heute schon die erwünschte Gelegenheit, mit ihrer altgewohnten Preisschleuderpolitik wieder zu beginnen. Die deutsche Unternehmerschaft, die nicht genug Klage darüber führen kann, daß die übertriebenen Lohnforderungen der Arbeiterschaft sie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen, ist in Wirklichkeit dank der schlechten Valuta überkonkurrenzfähig. Die Preisangebote der deutschen Unternehmerschaft in Mark ausgerechnet, verbilligen sich für den ausländischen Käufer um ein vielfaches entsprechend dem Unterschied, der zwischen dem Inlands- und dem Auslandswert der Mark besteht. Ein diesen Tatbestand offenbeleuchtendes Geständnis findet sich in der „Weltwirtschaftszeitung“ vom 4. Juli:

„Wenn der deutsche schlechte Markkurs die einst eingeführten Rohstoffe und Lebensmittel im hohen Grade verteuert, so besitzt er doch andererseits auch eine vorteilhafte Seite. Durch sie rechnet sich nämlich die deutsche Auslandsofferte sehr vorteilhaft für uns um. Mögen die deutschen Fabrikanten heute vor der Höhe ihrer Preise, die sich notwendigerweise aus

den unglaublich gesteigerten Arbeitslöhnen, Betriebskosten und Rohmaterialien ergeben, selbst in Erstaunen geraten, mögen sie verzweifelt ihrer Ware jegliche Konkurrenzfähigkeit absprechen, so ändert sich das Bild in demselben Augenblicke zu seinen Gunsten, wenn er seine Preise für den Export stellen will und sie, wie üblich, in fremdländische Währung umrechnet. Diese Entwertung unserer Reichsmark um 50–70% macht das ohne weiteres erklärlich".

Bis zum Kriegsende wurde für die Erlangung von Ausfuhrbewilligungen durch das Reich die Bedingung gestellt, daß für die Ausfuhrartikel die inländischen Markpreise zum Friedenskurs umgerechnet werden. Diese Bestimmung sollte den Zweck haben, den Wert der Ausfuhr auf einer gewissen Höhe zu halten, um dadurch den Stand der Markwährung im Ausland günstig zu beeinflussen und die einzuführenden Waren dadurch zu verbilligen. Leicht erreichbare Augenblicksprofite mußten eingeschränkt werden, um der Industrie für künftige Zeiten eine solide Rohstoffgrundlage zu verschaffen, die die Quelle dauernder Profite werden sollte. Es sollte eine allzu große Verteuerung des Rohstoffbezuges durch Aufrechterhaltung des Kursstandes der Mark ermöglicht und gleichzeitig verhindert werden, daß sich das Ausland gegen die deutsche Schleuderkonkurrenz mit Einfuhrzöllen zur Wehr setzt, die hemmend für den Neuaufbau der deutschen Industrie wirken müßten. Man hätte annehmen müssen, daß die Novembertage des Jahres 1918 das Sonderinteresse zugunsten des Allgemeininteresses noch einschränken würden, es ist aber das Gegenteil eingetreten. Die [28] sozialistische Regierung des kapitalistischen Deutschlands und nicht zuletzt ihre unabhängigen Kabinettsmitglieder waren von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die oberste Aufgabe der Revolution die Förderung des kapitalistischen Exports sei, und sie hat sich deshalb bemüßigt gefühlt, die Schranken wegzuräumen, die das wilhelminische Deutschland aufgerichtet hatte und im Interesse des künftigen industriellen Aufbaues die Ausnutzung der für die Ausfuhr augenblicklich günstigen Situation zu beschränken. Dank der Novemberregierung durfte sich aber das kapitalistische Augenblicksinteresse ungehemmt austoben. Die Exportschranken fielen, und es trat eine Situation ein, die ein aus dem Auslande zurückgekehrter Kaufmann der „Frankfurter Zeitung" wie folgt schildert:

„Auf unerklärliche Weise wurde kurz nach der Revolution die genannte obligatorische Umrechnungs-Vorschrift für die Ausfuhr fallen gelassen, und die Mehrzahl der deutschen Kaufleute verlor den Kopf und glaubte im Hinblick auf die rasche Demobilmachung sich Arbeit für ihre zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nur dadurch schaffen zu können, daß sie plötzlich im Auslande zu Verkäufen in Markwährung überging, d. h. sie ermäßigte ihre Auslandspreise von heute auf morgen um die Hälfte, ja sogar um zwei Drittel.

Damit verstimmten die deutschen Ausfuhrfirmen nicht nur die neutralländischen Wiederverkäufer-Kunden, die noch deutsche Waren zu den alten hohen Preisen am Lager hatten, sondern bewiesen auch der Entente, daß wohl Deutschland als Militärstaat erledigt war, jedoch als Schleuderstaat mehr denn je sich an den ausländischen Märkten bemerkbar machte. Die praktischen Folgen aus dieser Erkenntnis zeigte der Friedensvertrag von Versailles, und es mag von der Ententeseite aus betrachtet sonderbar ausgesehen haben, wie der wirtschaftlich angeblich so darniederliegende Gegner fröhlich auf der einen Seite seine ‚Dumpingpolitik' weitertrieb, während er auf der andern gegen die Abwehr-Maßnahmen der Entente protestierte. Dem Schreiber dieser Zeilen liegen Kataloge einer großen holländischen Fabrik: vor, welche 1918 gedruckt waren und deren Preise trotz der auch in Holland Ende 1818, Anfang 1919 weiter gestiegenen Produktionskosten im Februar 1919 durch roten Ueberdruck erheblich ermäßigt wurden auf Grund der Schleuderpreise der deutschen Konkurrenz".

Diese Darstellung wird in dem obenangeführten Artikel der „Weltwirtschaftszeitung" bestätigt, es heißt darin:

„... die neuerdings immer häufiger auftauchenden Klagen über ungewöhnlich billige Angebote in Deutschland. Sie werden vor allem in Holland laut und haben dort unter den französischen und englischen Mitbewerbern bereits wieder scharfe Aeußerungen über das Wiederaufleben des Schleuderwesens zur Folge gehabt. Besonders regt man sich darüber auf, daß in letzter Zeit Eisenkonstruktionen und gußeiserne Maschinenteile aus Deutschland sehr billig verkauft worden seien. Auch die holländischen Fabrikanten sind über die billigen deutschen Offerten ungehalten und haben bereits die Hilfe ihrer Regierung angerufen".

Die im Friedensvertrage zum Ausdruck gekommenen Gegenmaßregeln haben die deutsche Regierung offenbar veranlaßt, die Schleuderpreispolitik der deutschen Unternehmerschaft wieder einzudämmen. Mit dem ersten Juli ist wieder eine Regelung eingetreten in der Weise, daß den deutschen Lieferern Vorschriften in bezug auf die umzurechnenden Kurse gemacht werden. Die deutsche Industrie wird durch diese Regelung durchaus nicht konkurrenzunfähig und in dem obenerwähnten Artikel der „Frankfurter Zeitung" wird nachgewiesen, daß ein Gegen-[29]stand, der im Inland 10.000 Mark kostet, bei dieser Art der Umrechnung an das Ausland mit einem Gewinn verkauft werden

kann, der bei einem Stück so hoch ist, wie im Inland bei vier Stück der gleichen Art. Trotzdem also die am 1. Juli.in Kraft getretene Vorschrift über die Kursberechnung das Interesse der deutschen Industrie wahren soll, insofern, als es eine allzu große Verteuerung des Rohstoffbezuges und den Wiederaufbau der Industrie und der Repressalien gegen die deutsche Schleuderkonkurrenz verhindern soll, wird bereits von Seiten der Unternehmerschaft gegen die zu ihrem eigenen Schutz vorgenommene Regelung Sturm gelaufen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ beklagt sich darüber, daß die Preisprüfungsstellen den Verkauf deutscher Waren an das Ausland zum jetzigen Marktpreis verhindern. Sie beschwert sich darüber, daß die Preisprüfungsstellen angeblich die Unternehmerschaft zwingen, 80 Prozent Gewinn zu fordern, wo sie sich mit 15 bis 20 Prozent gern begnügen würde. Die Preisprüfungsstellen glauben also, daß die deutsche Industrie noch konkurrenzfähig bleibt, wenn sie mit dem Riesenprofit von 80 Prozent arbeitet. Es zeigt dies, daß in den meisten Fällen die Klagen über die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie unterbindenden Lohnforderungen der Arbeiterschaft nichts weiter sind als ein Mittel, die berechtigte Notwehr der Arbeiterschaft gegen die wachsende Verarmung des Volkes zu diskreditieren.

Die Regierung hat sich also von der Entente zwingen lassen, Maßnahmen zu ergreifen, um das Dauerinteresse der deutschen Industrie vor dem Hunger der Unternehmerschaft nach den seit Aufhebung der Blockade wieder winkenden Augenblicksprofiten zu schützen; um Deutschland für den Rohstoff- und Lebensmittelbezug wieder kreditfähig zu machen und gleichzeitig die von der Entente auferlegte Verpflichtungen zu erfüllen, müßte eine äußerst weitsichtige und großzügige Oekonomie Platz greifen. Die gesamte Einfuhr müßte unter dem Gesichtspunkt geleitet werden, daß vor allen Dingen die Rohstoffgrundlage für den, den neuen Weltmarktverhältnissen angepaßten Aufbau der Industrie geschaffen wird. Es müßte dafür gesorgt werden, daß nichts ausgeführt wird, was für diesen Neuaufbau unentbehrlich ist. Die Eisenbahnverwaltung hält ihre Aufträge zurück, weil sie glaubt, durch eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft gefügiger zu machen, und damit eine Senkung des Lohniveaus herbeizuführen. Sie vernachlässigt damit die für den Wiederaufbau der Wirtschaft so dringend notwendige Erneuerung des Eisenbahnmaterials. Auf der anderen Seite werden für diesen Zweck erforderliche Güter unter Ausnutzung der schlechten Valuta, also unter Ausnutzung der Verarmung der deutschen Volkswirtschaft zu so billigen Preisen verschleudert, daß eine weitere Verschlechterung der Valuta, also eine Erschwerung des Rohstoffbezuges eintritt und gleichzeitig das Ausland gezwungen wird, Gegenmaßregeln zu ergreifen, um die Wiederbelebung des verhaßten deutschen „Dumping“ zu verhindern. Diese Gegenmaßregeln würden wahrscheinlich darin bestehen, daß man uns überhaupt keine Rohstoffe zur Verarbeitung überläßt, vorausgesetzt, daß man das mit seinen inneren Kriegsschulden und mit den Ententeforderungen bis zum Zusammenbrechen belastete Deutschland überhaupt für kreditfähig hält. Die allseitige Ablehnung der Wisselschen Planwirtschaft, die ja keineswegs sozialistisch war, sondern nur dem Kapitalismus den Weg zur Rettung vor sich selbst, vor den ihm innewohnenden volkswirtschaftlich-feindlichen Profittendenzen zeigen sollte, beweist, daß planmäßiges [30] Wirtschaften und Kapitalismus eine contradictio in adjecto ist. Der kapitalistische Unternehmer spürt deutlich, daß jeder Versuch zu einer seine Autonomie beeinträchtigenden zentralistisch geregelten Planmäßigkeit den Einbruch eines kapitalfeindlichen Systems bedeutet, das schließlich dahin führen muß, zunächst die Verfügungsgewalt des Kapitalisten und sodann seinen Profit zu beseitigen. Die Ausnutzung der schlechten Valuta zu Exportzwecken ist nur eines von vielen Beispielen, die beweisen, daß die kapitalistische Unternehmerschaft wirtschaftliche Regelungen, von denen sie eine Gefährdung ihres gesellschaftlichen Privilegs befürchtet, auch dann bekämpft, wenn sie als Mittel zu ihrer eigenen Rettung dienen sollen. So treibt das Profitstreben den Kapitalisten dazu, sich sein eigenes Grab zu graben. Nicht die Streiks der Arbeiterschaft, die erst eine Folge der Unfähigkeit des Kapitalismus sind, den Neuaufbau der Volkswirtschaft zu vollziehen, sondern die private Verfügung über die Produktionsmittel ist das wesentlichste Hindernis des neuen Aufbaues. Die Planmäßigkeit, die zur Regelung von Einfuhr und Ausfuhr erforderlich wäre, wird erst ein von jeglichem Profitinteresse befreites, auf der Grundlage der proletarischen Diktatur aufgebautes sozialistisches Gemeinwesen leisten können.

*

Sozialisierungliteratur.

Dr. **Karl Ballod**, Ord. Honorarprofessor an der Universität Berlin (Atlantikus): „Der Zukunftsstaat, Produktion und Konsum im Sozialstaat“. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Stuttgart. Dietz 1919. 240 S.

Atlantikus hat seine Schrift: „Der Zukunftsstaat“ nach der Novemberrevolution unter seinem wahren Namen und Titel: Dr. Karl Ballod, Ord. Honorarprofessor in zweiter Auflage erscheinen lassen. Ihn bestimmte dazu die Auffassung, daß der Gegenstand des Buches nach dem Beginn der proletarischen Umwälzung besonders aktuell sei. Darin dürfte Ballod irren. Aktuell ist jetzt alles, was dem Proletariat den Weg zu seiner Gesellschaftsform zu weisen geeignet ist, alles, was es unterrichtet über die Art und Weise der von ihm zu vollziehenden ökonomischen und politischen Umwälzung, es aufklärt über das Ziel seines Weges und die gesellschaftlichen Gesetze, die es zu ihm hinführen.

Prüft man Ballods Buch unter diesem Gesichtspunkt, so fehlt es ihm nicht nur an Aktualität, sondern an jeglicher Bedeutung, dem Proletariat ein Wegweiser zu sein.

Ballod selbst bezeichnet als den Gegenstand seiner Untersuchung, „annäherungsweise festzustellen, was mit den heutigen Mitteln der Wissenschaft und Technik, unter den heute gegebenen natürlichen Bedingungen in einem sozialistisch geleiteten Gemeinwesen geleistet werden könne.“ Er prüft, ob nach dem heute gegebenen Stand der Produktion in Industrie und Ackerbau Deutschland als zentralistisch und planmäßig geleitetes Gemeinwesen lebensfähig sei. In eingehender [31] statistischer Untersuchung, die sich über alle Gebiete der Landwirtschaft und der Industrie erstreckt, beantwortet er die Frage mit Ja.

Was aber der Herr Professor nicht geprüft hat, ist die Frage, ob diese reine Problemstellung überhaupt gerechtfertigt ist. Darauf kann die Antwort nur nein lauten.

Die Existenzberechtigung der sozialistischen Gesellschaft kann nicht durch die Anhäufung und Gegenüberstellung von Zahlen dargetan werden, die aus den Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft gewonnen wird. Unter den Händen des bienenfleißigen Professors wird die gesellschaftliche Umwälzung zu einer „Rechnungs- und Konstruktionsaufgabe“ (S. 6). Erschöpfte die Sozialisierung sich in Problemen der Statistik, so wäre es wahrlich nicht schwer, den Zukunftsstaat aufzubauen. Die Sozialisierung ist aber keine technisch-organisatorische Rechenaufgäbe, sie ist ein dialektisch-historischer Prozeß.

Gerade diese Bewegungsgesetze des Prozesses aufzudecken ist die Aufgabe der Wissenschaft. Vermag diese das nicht, so kann sie auch nicht wissenschaftlich irgend etwas über die kommende Gesellschaft aussagen.

Ballod lehnt es ausdrücklich ab, etwas über den Weg der zur sozialistischen Gesellschaft einführt, über ihre Verwirklichung sich zu äußern. Für ihn ist der Sozialstaat fertig, wenn er ihn berechnen kann. Indem er so seine Aufgabe, die praktisch wie theoretisch nur geschichtlich gelöst werden kann, rein statistisch, ungeschichtlich anfaßt, entzieht er seinem Buch jede wissenschaftliche Grundlage.

Er, der den Russen hochmütig ein Hineintapsen in den Sozialismus vorwirft, weil sie kein Programm und keinen Voranschlag ausgearbeitet hätten, macht mit seinem prächtigen Programm frisch-fröhlich einen Sprung über alle geschichtlichen Hemmungen hinweg, ohne auch nur einmal zu fragen, ob denn die Vorstellung dem Programm entsprechen wird.

Die Sozialisierung ist keine Frage der Produktion an sich, als welche sie Ballod betrachtet, sie ist eine Frage der Produktionsverhältnisse, also menschlicher Beziehungen, gegensätzlicher Beziehungen von Klassen. Es geht nicht an, die Produktionskraft der Landgüter und Fabriken als solche, die nach der ausdrücklichen Feststellung Ballods keine Lebenswesen sind (S. 6), abstrakt, zeitlos auszuklügeln. Eine solche Abstraktion abstrahiert von der Verschiedenheit der historischen Verhältnisse, unter denen jene Sachgüter in den Produktionsprozeß eingehen, Verhältnisse, die in der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft von einander verschieden sind.

Der Mangel des Buches ist also der Mangel Ballods an geschichtlichem Sinn. Er stellt die Revolution nicht in seine wissenschaftliche Betrachtung ein als das, was sie ist, als den Entscheidungskampf

zwischen Proletariat und Unternehmertum um die Herrschaft im Produktionsprozeß. Indem das Proletariat im Fortgang des Kampfes sich die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Organisationsformen schafft – von denen der Herr Professor nichts sagt, indem es allmählich zur Produktionsleitung reif wird, verändert es gleichzeitig die Produktionsverhältnisse des Kapitalismus materiell, organisatorisch und psychologisch von Grund auf so sehr; daß die aus dem kapitalistischen Zeitalter stammenden Zahlen Ballods für den Zukunfts-[32]staat ihre Gültigkeit verlieren. Weil diese sozialistische Produktionsweise sich aus der kapitalistischen entwickelt, ihre Keime in dieser schon enthalten sind, deshalb brauchen die Zahlen, die für diese gelten, nicht auch für jene richtig zu sein.

So beweist Ballods Buch nichts für die Durchführung des Sozialismus. Das Scheitern seines Beweises spricht aber auch nicht dagegen- Denn Ballods Problem ist eben nicht das Problem des Sozialismus.

Die Verwirklichung des Sozialismus hängt nicht von mehr oder weniger mißglückten Zahlenkunststücken ab, auch nicht davon, daß der Widerstand der Gegner einer Sozialisierung psychologisch durch eine ausreichende Entschädigung besänftigt wird, oder daß der Nahrungsbedarf eines Schweines festgestellt wird (S. 65). Es hängt ab von der Kampfeskraft und Entschlossenheit des Proletariats. Sie zu wecken und zu fördern – nicht durch das Aneinanderreihen ungeschichtlicher Zahlen, – sondern durch die ökonomische und historische Kritik der gesellschaftlichen Vorgänge, das Proletariat unermüdlich auf die Rolle hinzuweisen, die es in dem gewaltigen Weltenleben zu spielen berufen ist, das ist nach dem Vorbild von Marx und Engels die Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus während der Revolution. el.

Die Internationale
Jahrgang 1, Ausgegeben am 18. August 1919, Heft 11/12

Ungarn.

Δ Berlin. 10. August 1919.

Vier Monate lang hat der deutsche Proletarier hinübergesehen. In den Tagen, da Noske Bluthochzeit hielt in Berlin, ist die ungarische Räte-Republik entstanden. Vier Monate hat sie sich gehalten. Ringsum stand die Entente und schickte Note um Note, Ultimatum um Ultimatum nach Budapest: Die Räte-Republik wankte nicht. Die Entente zog Regimenter zusammen, um mit Gewalt die zu zwingen, die durch Noten zu zwingen ihr nicht gelang. Die Räte-Republik sandte Flugblätter gegen die Regimenter; die Entente-Soldaten meuterten; die Räte-Republik wankte nicht. Die Rumänen, die Tschechen wurden als Hilfsvölker entboten; sie sollten den Henkerdienst verrichten, den die französischen Soldaten zu vollziehen sich weigerten; die Rumänen und Tschechen wurden geschlagen; die Räte-Republik wankte nicht.

Vier Monate lang ein heroischer Kampf. Nicht eine Stunde, die nicht Harnisch trug. Kein Tag, an dem nicht das Kapital der Welt Giftschwaden steigen ließ: alle Register der „antibolschewistischen“ Künste wurden gezogen. Es wurde uns nichts geschenkt. Nicht der Geiselmord von München und nicht der Beamtenmord in Lichtenberg – in ungarischer Aufmachung versteht sich – nicht die „Kommunisierung“ der Frauen und nicht der Hungertod der Proletarier, die ohne Kapitalismus nicht leben können, nicht die „Bluturteile“ der Proletariergerichte und nicht die Schrecknisse des „roten Terrors“; nichts hat die Bourgeoisie und nichts hat der „Vorwärts“ geschenkt, wo doch die ganze ungarische Revolution nicht so viel Blut gekostet hat wie der Noskesche Märzmord in Berlin – Standrecht genannt – hat fließen lassen. Das alles aber hat nichts genützt. Immer sah der Proletarier hinüber nach Osten. Durch Staub und Rauch der Tageslügen sah er seine Brüder kämpfen. Durch Lärm und Rauch hörte er die Brüder rufen und hatte des Dichters Gefühl:

> Wenn ich den Namen Ungarn höre,
> wird mir das deutsche Wams zu enge.

[218] Nun ist die ungarische Räte-Republik zusammengebrochen: ein schwerer Rückschlag für die Weltrevolution, der vom Welt-Proletariate so genommen werden muß, wie jeder Rückschlag in seinem Befreiungskampf: als eine Kritik der Tat.

Die Geschichte der ungarischen Revolution ist ein Exempel von dem unerbittlichen Karma, das über der proletarischen Revolution hängt. Hier wird keine Schwäche geheilt, keine druckempfindliche Stelle geschont, und der Ausgang gibt den Anfang wieder mit seinen Schwächen mit seinen Stärken. An zweierlei ist die ungarische Revolution zu Grunde gegangen. Das eine sind die wütenden Angriffe der Gegenrevolution der Welt. Der ganze Kapitalismus der Welt marschiert auf: hatten seine Bataillone versagt, so halfen seine andern Mittel. Der Knebel, der gegen Rußland wirken soll, ward auch gegen Ungarn angewendet. Die Tore der kapitalistischen Welt schlossen sich für das proletarische Ungarn: und wie aus einer belagerten Festung heißes Oel, so ward aus den Kapitalsburgen auf das proletarische Ungarn die Verleumdung geworfen und – die silberne Kugel –.

Das alles aber ist selbstverständlich. Mit der Solidarität des Kapitalismus muß das Proletariat rechnen: man kann und soll nicht auf die Schwäche und Milde des Feindes zählen. Die Frage ist für das Proletariat nur die: wie kann es diesen Anstürmen trotzen.

Und das ist der Punkt, in dem die Geschichte der ungarischen Räte-Republik besonders lehrreich ist.

Denn welche Mittel hat das Proletariat, um dem zu widerstehen? Kanonen hat es nicht: deren hat der Kapitalismus mehr. Geld hat es nicht: dessen hat der Kapitalismus mehr. Maschinen und Rohstoffe: dessen hat der Kapitalismus mehr.

Das Proletariat, auch wenn es die Macht übernommen hat, kann den anstürmenden Kapitalismus nur durch eines überwinden: durch die unerschütterliche seelische, moralische, geistige Geschlossenheit,

durch die Stärke seines Glaubens an die Sache, durch die Kraft zum Tragen und Kämpfen, die dem Proletariat nur erwächst aus seiner Einheit als Klasse.

Wie wird die Einheit des Proletariates; wie ist sie in Ungarn geworden? Im März 1919 war die ungarische Bourgeoisie am Bankerott. Sie hatte, nachdem sie erst auf die deutsche Karte gesetzt hatte, noch einmal ihr Glück versucht auf der Karte der Entente. Graf Michael Karolyi, der ungarische Schwärmer für kapitalistische „Verständigung", hatte es noch einmal bei der Entente versucht mit Schwüren und mit Beteuerungen: er hatte den Fußtritt erhalten, den die Bourgeoisie dem gibt, der sie im Rauben hindert, und dann war er gegangen. Mit seinem Scheitern war der ungarischen Bourgeoisie alles gescheitert. Sie warf sich dem Bolschewismus in die Arme: nicht ohne beifälliges Gemurmel der [219] deutschen Ebertianer, die mit vieldeutiger Miene nach Westen hin den östlichen Fall anlugten, als wollten sie sagen: seht ihr, so kommts, wenn ihrs zu toll treibt!

Aber kurz und gut: in Ungarn brach die Bourgeoisie zusammen, und das Proletariat kam zur Macht. So ward ihr wie einst Lord Byron von sich selber sagte: eines Morgens wachte ich auf und fand mich berühmt. Oder so, wie Herr Hermann Müller eines Morgens erwachte und fand, er sei ein geeigneter Minister für auswärtige Angelegenheiten. So ungefähr kam das ungarische Proletariat zur Macht. Die Sozialpatrioten, die vorgestern noch dem Grafen Tysza, gestern noch dem Grafen Karolyi zugejubelt und gestern noch geholfen hatten, die Kommunisten ins Gefängnis zu sperren, traten über Nacht „auf den Boden des Kommunismus". Sie zogen in die Gefängnisse: im Gefängnis wurden die Pakte abgeschlossen, nach denen unsere kommunistischen Freunde die Führung der Räte-Republik übernahmen, und die Räte-Republik begann.

Unsere Freunde haben riesenmäßig und heldenhaft gearbeitet: Technisch und organisatorisch hervorragend haben sie in Agrarreform, Kunst Bleibendes geschaffen, haben eine Rote Armee aus der Erde gestampft, haben aber eines nicht vermocht trotz ungeheurer Arbeit, die sie gerade darauf verwandten: das Proletariat einheitlich zu einem Block zu schmieden, der keine Sprünge aufwies. Da waren immer die alten Sozialdemokraten, waren noch die Gewerkschaften, die in der Stunde des Bankrotts aus Verzweiflung Kommunisten geworden waren, weil sie den Bankrott der Bourgeoisie als ihren eigenen empfanden. Mitnichten aber Kommunisten geworden mit der Tiefe des Empfindens und der Stärke des Glaubens. Ihnen nagte der Zweifel an der Seele und:

> Wo zwifel herzens nachgebur
> das muß der seele werden sur.

Sie haben dem ungarischen Proletariat die Kraft genommen, so daß, als eine neues schwere Krise kam – nicht die erste, wie es nicht die letzte gewesen wäre – es nicht mehr in sich selber die Kraft fand, zu widerstehen. Es hatte in jenen Märztagen ja die Einigkeit nur errungen kraft des Bankrotts der Bourgeoisie und nicht durch den eigenen Kampf, kraft eines Beschlusses der Führer und nicht kraft des Willens der Massen über die Führer hinweg, die sie bisher verraten hatten.

Wer wird da nicht die Lehre ziehen gegenüber allen unabhängigen Tanten vom rechten wie vom linken Flügel die glauben, man beginne mit der „Einigkeit" des Proletariats und alles andere würde sich schon finden. Die Einigkeit des Proletariats ist nicht die Ursache, sondern das Ziel der Revolution; sie steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Entwicklung des revolutionären Proletariats und den ganzen [220] schweren Weg durch alle Stadien von Hoffnungen und Enttäuschungen, von Lehren und Schlägen muß das Proletariat selber gehen, bis es geschlossen steht – auf dem Boden des Kommunismus. Dann ist es einig. Es ist, wie wenn etwas vom Fluche des Weibes auf dem Proletariat ruhe, daß es Schmerzen leiden müsse, um fruchtbar zu sein.

Nicht daß unsere ungarischen Genossen das alles verkannt hätten. Sie haben mit aller Leidenschaft der Seele dem ungarischen Proletariat zu geben versucht, was es sich selbst noch nicht errungen hatte; vielleicht wäre die Aufgabe geglückt, wenn die Atempause für die ungarische Revolution länger gedauert hätte. So ist die ungarische Räte-Republik zusammengebrochen. An der Schwäche ihrer Geburt ist sie gestorben. An den Lehren ihres Sturzes wird das Weltproletariat genesen.

*

Luzern.

Von A. Thalheimer.

In Luzern fand in diesen Tagen die zweite Konferenz der gelben Internationale statt. Wenn äußere Formen einen lebenden Organismus ausmachen, so lebt die gelbe Internationale. Sie hat ein Statut, sie hat Sekretäre, sie hat Kassierer, sie hat einen internationalen Exekutiv-Ausschuß, sie hat noch eine ganze Menge von Einrichtungen auf dem geduldigen Papier, das sie Statut heißt.

Noch mehr: sie hat sich sogar eine Art Programm gegeben. Eine Art Programm allerdings, das ihrem Wesen, eines verwesenden Leichnams, vollkommen entspricht. Keine der Fragen, die die Revolution aufgeworfen hat, die zur „Entscheidung zwingen, ob revolutionär, ob konterrevolutionär, keine dieser Fragen hat die Luzerner Konferenz zu entscheiden gewagt. Sie ließ sie alle in dem unbestimmten Nebel, in dem Revolution und Konterrevolution sich harmonisch vereinigen, in der Nacht, in der alle Katzen grau sind. Diese programmatische Zweideutigkeit ist nicht von ungefähr. Sie zeigt an, daß die revolutionären Kräfte innerhalb der Internationale derart an Stärke gewonnen haben, daß die gelbe Internationale nicht mehr wagen kann, sich schroff gegen die revolutionären Losungen zu erklären. Diese Zweideutigkeit jedoch ist keineswegs harmlos. Sie ist weit gefährlicher und verderblicher für das Proletariat, als es die schroffe Kriegsansage an die revolutionären Losungen wäre. Sie ist der Sumpf, der die Anstrengungen der Proletarier, auf das feste Land der Revolution zu gelangen, weit wirksamer hemmt, als es die offene Proklamierung der Konterrevolution tun würde. Es ist wieder wie einst. Das marxistische Zentrum gibt die theoretischen Formeln, die offizielle Theorie, die Sozialpatrioten bestimmen die offizielle Praxis. Das marxistische Zentrum funktioniert als deckender Schild des Sozialpatriotismus.

Diese Rolle des marxistischen Zentrums wird in grotesker Weise unterstrichen durch den Anlauf eines Versuchs zur Opposition durch die deutschen Unabhängigen gegen die Sozialpatrioten deutscher Kouleur. [221] Diese Kritik war von vornherein nur ein taktisches Manöver, hervorgerufen durch die deutschen Bedürfnisse der Unabhängigen. In der Tat, der anscheinende Gegensatz zwischen der innerdeutschen Politik der Unabhängigen gegenüber den Scheidemännern und ihrer internationalen Politik, wenn man von Politik überhaupt reden kann, kam den Massen so deutlich zum Bewußtsein, „daß etwas getan werden mußte“. Der Anstoß ging aus von der Berliner Organisation der Unabhängigen. Die Kritik der Kommunisten hatte hier gewirkt. Es galt, diese Kritik verpuffen zu lassen.

Und so kamen denn die Kautsky und Hilferding auf die echt marxistische Idee, von der gelben Internationale den Ausschluß der deutschen Scheidemänner zu verlangen. Der deutsche Sozialpatriotismus sollte also durch den französischen, englischen, belgischen usw. Sozialpatriotismus ausgetrieben werden. Dieser Anlauf ist kläglich mißlungen, wie er naturgemäß mißlingen mußte. Die Anträge der deutschen Unabhängigen auf Ausschluß der Scheidemänner aus der Internationale wurden stillschweigend in einer Kommission begraben. Es ging ja auch gar nicht anders. Die wieder geflickte 2. Internationale beruht ja auf dem Prinzip: Ich verzeihe, du verzeihst, er verzeiht usw. Sobald die gegenseitige Duldung gegenrevolutionärer Verbrechen in dieser 2. Internationale aufhört, muß sie in alle Windrichtungen auseinanderstieben. Wenn die Sozialpatrioten der Entente die deutschen Sozialpatrioten sollen ausstoßen dürfen, so sind diese selben Patrioten damit moralisch hingerichtet.

Wäre der Versuch der unabhängigen Biedermänner ernsthaft gewesen, so wie er von vornherein unernst gemeint war, so hätten sie von der Erfüllung ihres Ausschlußantrages die Mitarbeit an der Konferenz abhängig machen müssen. Sie taten nichts dergleichen. Während irgendeine Kommission im stillen Kämmerlein diesen ihren Antrag in Behandlung nahm, saßen sie ruhig Seite an Seite mit den Scheidemännern aller nationalen Farben und berieten Statuten und Programme, schmiedeten entrüstete Resolutionen und demonstrierten damit aller Welt, daß sie auch anders können. Die Konferenz zog daher nur die Konsequenz aus dem Verhalten der Unabhängigen, wenn sie ihren Ausschlußantrag stillschweigend begrub. Damit war sowohl die nationale wie die internationale Nolle des marxistischen Zentrums nicht nur von Deutschland, sondern in allen Ländern, drastisch gekennzeichnet. Wie die deutschen Unabhängigen Herrn Eberts getreue Opposition sind, deren Existenz gebunden ist an das Leben der Scheidemänner, so ist auf internationalem Maßstab das marxistische Zentrum der Sozialpatrioten allergetreueste Opposition.

Die Unabhängigen haben diese ihre Niederlage ruhig geschickt. Arm in Arm gingen sie mit den Scheidemännern von der Konferenz und nun werden sie wieder auf deutschem Boden den trutzigli-chen Kampf gegen ihre internationalen Brüder beginnen.

Um mit den Sozialpatrioten zu brechen, mußte man selbst eine klare programmatische Stellung in den entscheidenden Fragen der Revolution einnehmen. Kurz, man mußte wohl oder übel sich entscheiden für die bürgerliche Demokratie oder für die Diktatur der Räte, für den Völkerbund oder für die revolutionäre Vereinigung der Proletarier gegen die imperialistische Koalition. Es macht das Wesen des marxistischen Zentrums aus, daß es die Pole der Revolution und der Gegenrevolution harmonisch vereinigt im Sumpf abgedroschener theoretischer [222] Phrasen. Dieser Sumpf ist die eigentliche Grundlage, auf dem die 2. Internationale nicht so sehr steht, als daß sie tiefer und tiefer in ihm versinkt.

Die Konferenz brachte es fertig, den Völkerbund Wilsons, der heute den breitesten proletarischen Massen sich als eine imperialistische Koalition enthüllt hat, zur Drehachse ihrer internationalen Aktion zu machen. Der Völkerbund soll revidiert werden D. h., sowie die imperialistischen Herren gebeten, sich zu vereinigen. Es ist klar, daß dies ein schamloser Verrat an der Revolution, ein schamloser Betrug am Proletariat ist. Der Völkerbund, in dem die besiegten imperialistischen Staaten aufgenommen sind, kann nur die, vollendete Verschwörung der internationalen Bourgeoisie gegen das Proletariat bedeuten. Und die 2. Internationale enthüllt ihren wahren Charakter, indem sie diese internationale Verschwörung zum Ziel ihrer vergeblichen Anstrengungen macht. Sie enthüllt sich als der Schatten, den der absterbende Imperialismus auf das Proletariat wirft.

Derselbe schamlose Verrat gegenüber dem Vertrag von Versailles. Auch hier war das Ziel die Revision: die Revision nicht durch revolutionäre Aktion des Proletariats, sondern durch die Verständigung der herrschenden imperialistischen Mächte.

Mitten in die Beratungen des internationalen Konsils von Luzern fiel die Niederwerfung Räte-Ungarns durch die Mächte des Völkerbundes. Selbst diese flagrante Tatsache vermochte die Diener ihrer Herren nur zu einem sanften papiernen Protest aufzuscheuchen.

Der klägliche Zerfall dieses lebenden Leichnams der 2. Internationale zeigte sich am klarsten in, der Frage der Räte. Ein schüchterner Anlauf der deutschen Unabhängigen, den Kongreß in dieser Frage zu veranlassen, Stellung zu nehmen, versank lautlos im Sumpfe. Die Frage: bürgerliche Demokratie oder Räte-Diktatur ist offensichtlich in allen Ländern zur Frage Gegenrevolution oder Revolution geworden.

Die bürgerliche Demokratie ist die Fahne, um die sich in allen Ländern die Bourgeoisie sammelt, um von da den Uebergang zur nackten Militär-Diktatur zu finden. Die Konferenz entrüstet sich gegen die Militärdiktatur im Falle Ungarns, sie findet kein Wort gegen die bürgerliche Demokratie, die in der revolutionären Phase nur das erste Wort der Militär-Diktatur ist. Der vollendete Sozialpatriot Vliegen erklärt: die Frage der Räte sei eine reine Organisationsfrage innerhalb des Proletariats und mit dieser lächerlichen Redenzart findet sich der Luzerner Kongreß in der entscheidenden Frage der proletarischen Revolution ab.

Gemäß dem Grundsatz der allgemeinen Bruderliebe, der diesen Kongreß beherrscht, findet kein Mensch einen Anlaß, sich mit der Aktion des 21. Juli zu befassen. Auch hier herrscht die Losung des allgemeinen Verzeihens der gegenseitigen Sünden.

So endete der zweite Kongreß der gelben Internationale abermals mit einer Komödie der allgemeinen Verzeihung, der begonnen hatte mit einem Scheinversuch des Bruchs mit den Scheidemännern. „Aeußerlich hat der Kongreß einen organisatorischen Rahmen für die Tätigkeit der gewesenen Männer der 2. Internationale geschaffen, innerlich hat er noch drastischer als der Berner Kongreß seine Verrottung offenbart.

*

[223]

Die kommunistische Partei und die Intellektuellen.

Von E. H ö r n l e .

Die kapitalistische Wirtschaft zieht einen dicken Strich zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen Leitung und Ausführung in der Produktion. Die „Intellektuellen“ oder Kopfarbeiter bilden hier eine besondere soziale Schicht, eine Schicht, die wirtschaftlich die Mitte hält zwischen den eigentlichen Kapitalisten und der Masse der Ausgebeuteten. Nach ihrer gesellschaftlichen Stellung und Lebenshaltung zählen die Intellektuellen zur besitzenden Klasse, ihre ökonomische Lage jedoch stößt sie von Jahr zu Jahr immer rettungsloser hinab in das Proletariat.

Die Zersetzung, die in der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft den gesamten „Mittelstand“ ergriffen hat, aus dessen Reihen sich die Intellektuellen ja vorwiegend rekrutieren, schafft auch innerhalb der Reihen der Kopfarbeiter mehr und mehr ausgesprochene Klassengegensätze. Während sich die einen parasitär entwickeln, d. h. als reine Schmarotzer des gesellschaftlichen Körpers in irgend einer Form am arbeitslosen Einkommen der Kapitalisten teilnehmen, muß die große Masse der Kopfarbeiter in „verschämter Armut“ lebend zur höheren Ehre kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaftsordnung Frohnarbeit leisten. Man braucht nur die Existenz der Aufsichtsräte und Direktoren in Industrie, Handel, Bank- und Versicherungswesen dem kläglichen Los der Tausende von Beamten, Chemikern, Technikern, Angestellter entgegenstellen, oder die in Millionen schwelgenden Modeberühmtheiten der Wissenschaft, Literatur, Kunst, Musik, des Theaters, der Medizin, mit jenen armen Teufeln vergleichen, die oft genug mit ebenderselben Begabung, jedoch mit weniger „Beziehungen“, und mit mehr Sachlichkeit denselben Beruf ausüben.

Auch für die Intellektuellen hat der Kapitalismus Massenproduktion, Arbeitsteilung, Mechanisierung des Menschen, rücksichtslose Lohnsklaverei auf die Tagesordnung gestellt. Ja, die wirtschaftliche Lage der Kopfarbeiter hat sich vielfach, trotz qualifizierter Leistungen, unter das Niveau der qualifizierten Handarbeiter gesenkt, da der Andrang zu den „studierten“ Berufen, aber auch zu den mittleren Beamtenstellen und Angestellten-Berufen aus dem Kleinbürgertum sehr groß war, und die Intellektuellen sich immer noch für zu gut hielten, um einen gewerkschaftlichen Kampf für ihre materiellen Interessen aufzunehmen.

Die wachsende wirtschaftliche Notlage war es, die auch unter den Kopfarbeitern den Gedanken der Organisation, der wirtschaftlichen und politischen Interessenvertretung weckte. Je nachdem der Kapitalismus diese oder jene Schichten von Kopfarbeitern mehr oder minder straff in seinen Produktionsprozeß eingereiht hatte, sie in mehr oder weniger engen Zusammenhang brachte mit den Massen der Handarbeiter, je nachdem erwachte auch unter den Kopfarbeitern das Klassenbewußtsein und schuf sich Klassenorganisationen mit mehr oder weniger ausgesprochenen Klassenkampftendenzen. Es war kein Zufall, daß die hochqualifizierten, fast durchweg in Großbetrieben arbeitenden technisch-industriellen Beamten sich zuerst auf freigewerkschaftlichen Boden stellten, indes die nicht direkt am Produktionsprozeß beteiligten, mehr in mittleren und Kleinbetrieben tätigen Handlungsgehilfen bis vor kurzem in ihrer [224] großen Mehrarbeit den kleinbürgerlichen Ideologien und Zielen nachliefen. Andere Schichten der Kopfarbeiter, wie z. B. die Lehrerschaft, wurden vom bürgerlichen Staate künstlich durch eine sorgfältige Dressur gegen die Infektion sozialistischer Gedankengänge immun erhalten. In der gesamten staatlichen Beamtenschaft sorgte ein raffiniertes Ueberwachungs- und Unterordnungssystem verbunden .mit der tröstlichen Aussicht auf Karrieren, Rangerhöhung, Titel und Orden, daß der bedientenhafte Geist über alle Regungen der Menschenwürde obsiegte.

Es bedurfte in Deutschland schon einer alle Lebensbedingungen der Kopfarbeiter im Tiefsten erschütternden Katastrophe, um auch in diesen Kreisen eine revolutionäre, sozialistisch orientierte Klassenbewegung hervorzurufen. Diese Katastrophe war der wirtschaftliche und militärische Zusammenbruch Deutschlands im Herbst 1918. Dieser Zusammenbruch bedeutete für die Masse der Kopfarbeiter nicht allein erhöhte Arbeitslosigkeit, Armut, Verelendung, er bedeutete für sie vor allem auch eine ungeheure, geradezu niederschmetternde Enttäuschung. Ideologien spielen unter den Intellektuellen naturgemäß eine viel ausschlaggebendere Rolle als unter dem handarbeitenden Proletariat. Bürgerliche Phrasen wie Volk, Vaterland, Burgfriede, Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit,

Demokratie, deutsche Kulturmission können wohl das handarbeitende Proletariat zeitweise und teilweise verwirren, seinen Klasseninstinkt verdunkeln und die revolutionären Tendenzen in den Hintergrund drängen. Das geschah im August 1914. Allein schon während des Krieges sorgte die materielle Klassenlage sowohl in der Heimat, vielleicht noch mehr an der Front dafür, daß dem Proletarier der faule Kern dieser Phrasen zum Bewußtsein kam. Er war und blieb auch rein äußerlich der Ausgebeutete, der Untergeordnete, der Knecht. Die Kopfarbeiter hingegen, entsprechend ihrer Zwitterstellung, die sie ökonomisch dem Proletariat, gesellschaftlich den Besitzenden zugesellte, glaubten den bürgerlichen und imperialistischen Ideologien von ganzer Seele. Gerade die Besten unter ihnen, die ideal Veranlagten, berauschten sich an der Weite und Großzügigkeit der imperialistischen Ideenwelt, waren bestrebt, dem Krieg, der brutalen Kolonial- und Ausdehnungspolitik ihrer kapitalistischen Machthaber die nötige sittliche und kulturelle Rechtfertigung zu geben. Endlich, nach Jahrzehnten kleinlicher Profitjagd, nach einer Versumpfung im grob Materiellen, schien sich das Bürgertum zu neuem Schwung und geistiger Größe zu erheben. Viele Intellektuelle glaubten den Flügelschlag einer neuen Renaissance zu spüren. Was wußten diese Intellektuellen von den ökonomischen Gesetzen, die auch den Imperialismus beherrschen, sie sahen schon ein neues, tausendfach vergrößertes Hellas entstehen, ein germanisches Hellas mit aller Kunst, aller Wissenschaft, aller Heiterkeit des alten, doch ohne die brutale Kehrseite der Sklaverei und nackter Gewalt. Sie glaubten inbrünstig an eine Interesseneinheit zwischen Kapital und Arbeit, an eine Klassenversöhnung wenigstens für die „Kulturstaaten“ auf Kosten freilich einer Ausbeutung und Versklavung der kapitalistisch noch unentwickelten Wildvölker.

Dieses berückende Zukunftsbild einer kapitalistischen Renaissance ließ tausende Intellektuelle alle Kriegsopfer willig ertragen, machte sie blind für die eigene, fortschreitende Auspowerung. Um so plötzlicher, um so schrecklicher war das Erwachen. Die Ideologie des Imperialismus zerplatzte wie eine Seifenblase, sein Gold war Truggold gewesen. Ein Irrlicht hatte sie in den vernichtenden Sumpf gelenkt, eine Fata Mor-[225]gana gefoppt. Bankerottstimmung erfaßte die Intellektuellen wie sie das ganze Bürgertum erfaßte. Diese Bankerottstimmung ermöglichte den 9. November. Indes aber die Bourgeoisie sich bald von ihrem Schreck erholte, mit dem gesunden Herrschtrieb einer besitzenden Klasse sich daranmachte, verlorene Positionen wiederzugewinnen, indes das Kleinbürgertum wie immer schwankend und uneinig den Parolen der Bourgeoisie folgte, blieb bei der Masse der Kopfarbeiter die harte historische Lehre nicht ohne Erfolg. Das proletarische Klassenbewußtsein war durchgebrochen, der tote Punkt überwunden. Unter Vorantritt der Bankbeamten, Verkehrsbeamten, Handelsangestellten reiht sich das Kopfproletariat mit wachsender Entschlossenheit in die proletarischen Kampforganisationen. Und die übrigen geistigen Berufe folgen zögernd nach. Unter Künstlern, Aerzten, Lehrern usw. erwacht das Bewußtsein, zu den Ausgebeuteten zu gehören, beginnt ein Interesse für ökonomische Fragen, für sozialistische Probleme um sich zu greifen. Die Sozialisierung, der Rätegedanke sind von den Handarbeitern ins Zentrum nicht nur der politischen Diskussion, sondern auch der praktischen Aktion gerückt. Die Kopfarbeiter können nicht gleichgültig vorbei, sie müssen Stellung nehmen. Sie können nur zum geringsten Teil, so weit sie eben parasitär sind, gemeinsam mit der Bourgeoisie feindlich Stellung nehmen. Sie befinden sich aber noch im Unklaren, im Zustand des unsicheren Schwankens und Tastens.

In dieser Situation ist es die Aufgabe des revolutionären Proletariats, in erster Linie der kommunistischen Partei, als ihrer Vortrupps, mit dem ganzen Rüstzeug ihrer politischen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen, dem Entwicklungsprozeß bei den Kopfarbeitern zu Hilfe zu kommen. Es besteht unter den Handarbeitern häufig ein starkes Mißtrauen gegen den „Stehkragenproletarier“, gegen den „Akademiker“. Diese Abneigung ist historisch erklärlich. Der kleinbürgerliche Standesdünkel so vieler Beamten und Angestellten ist heute noch nicht überwunden. Noch heute werden Forderungen laut, wie besondere Angestelltenräte neben den Arbeiterräten, besondere Prämien für Kopfarbeit, standesgemäße Entlohnung usw. Das sind die bürgerlichen Eierschalen, die entschieden abgelegt werden müssen. Mit den „Akademikern“ hat das revolutionäre Proletariat insofern schlechte Erfahrungen gemacht, als ein Teil von ihm seinerzeit zur Sozialdemokratie kamen, um hier die Führerrolle zu spielen, die ihnen in den bürgerlichen Parteien nicht glückte, oder in der bewußten Absicht, die Sozialdemokratie auf den Boden des Reformsozialismus zu drängen, den Marxismus zu „veredeln“.

Alle diese Dinge dürfen uns nun nicht zu dem anderen Extrem verleiten, eine Politik der „schwieligen Faust“ zu proklamieren. Die Tatsache, daß ein Arbeiter in der Fabrik steht, der andere im Kontor oder Studierzimmer, ist noch kein ausreichender Grund zu der Annahme, daß beim Fabrikarbeiter die Erkenntnis der Klassenlage, der Methoden und Ziele des Klassenkampfes besser ausgebildet ist als beim Kopfarbeiter. Der Sozialismus verdankt Akademikern wie Lassalle, Marx, Liebknecht, Rosa Luxemburg unendlich viel. Der unklare Klasseninstinkt muß durch intensive Kopfarbeit geschult, vertieft, zur Erkenntnis und Tat emporgeläutert werden.

Aber andrerseits muß sich das revolutionär geschulte Proletariat vorsehen, damit nicht durch den plötzlichen Zustrom so vieler, im Klassenkampf noch unerprobter, von den bürgerlichen Ideologen noch stark beeinflußter Elemente der grundsätzlich entschiedene Charakter seines [226] Kampfes getrübt wird. Eine Unmasse politischer Quacksalber machen sich augenblicklich breit. Ihre Kunst besteht vor allem darin, dem revolutionären Marxismus einige kritische Bemerkungen abzulauschen, sie mit bürgerlichen Kultur- und Versöhnungsphrasen zu mischen und dem Arbeiter als Extrakt aller Weisheit, als endgültige und kampflose Lösung der sozialen Probleme vorzusetzen. Es seien hier nur auf zwei solcher Quacksalbereien hingewiesen, auf das Evangelium der sozialen Dreigliederung von Dr. Rudolf Steiner und auf die wie Pilze aus dem Boden emporschießenden freien Hochschulen, Arbeiterfachschulen, sozialistischen Arbeitsgemeinschaften u. s. f., in dem gut meinende aber gänzlich unklare Köpfe das große Wort führen. Sie alle wollen die proletarische Revolution „veredeln“ und aus einer bloß ökonomisch-politischen zu einer umfassenden Kulturbewegung ausbauen. Sie vergessen dabei nur, daß die ökonomisch-politische Umwälzung nicht allein Voraussetzung sondern geradezu Erzeugerin und Pflanzstätte der neuen Kultur sein müsse, daß die geistige Erneuerung des Menschen nicht selbständig neben der wirtschaftlichen Umwälzung herlaufen kann, sondern aus dieser entspringt und in sie zurückmündet.

Wir erkennen den guten Willen solcher Ideologen gerne an, die sich heute tapfer zum Kommunismus bekennen, wo er noch geächtet und verfolgt ist, aber mit gutem Willen, mit Tapferkeit und idealen Beweggründen allein ist uns nicht geholfen. Wir müssen von den Intellektuellen, die zu uns kommen, verlangen, daß sie allen Gebildetenhochmut ablegen, sich ernsthaft und bescheiden an das Studium des marxistischen Sozialismus heranmachen, den historischen Materialismus als dialektische Forschungsmethode begreifen und so sich erst Waffen und Harnisch schmieden, um im praktischen Klassenkampf zu bestehen. Erst dann können sie ehrlich bestrebt sein, unsern Kampf zu vertiefen, unsere Methoden zu kritisieren, und wegweisend voranzugehen. Wir brauchen keine Toller und Landauer, so ehrlich und begeistert sie gewesen sein mögen, wir brauchen klare Köpfe, entschlossene Vorkämpfer wie Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Leviné.

Der revolutionären Klassenkampf bedarf der Intellektuellen, bedarf des Arsenals an Wissen und Kenntnissen, der Waffen geschulter Denkarbeit, der literarischen wie rhetorischen Fertigkeiten, die der Kopfarbeiter vor dem Handarbeiter voraus hat. Der kommunistische Aufbau nach Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat kann ebenfalls nicht ohne die Intellektuellen rasch und glücklich vollzogen werden. Der Kopfarbeiter ist im Produktionsprozeß so unentbehrlich wie der Handarbeiter. Unser Ziel muß es darum sein, den Kopfarbeiter dem Klassenkampf des Proletariats einzugliedern, so vollständig wie nur möglich. Aber nur nicht auf Kosten der Klarheit und Entschlossenheit dieses Klassenkampfes. Den Intellektuellen aber rufen wir zu: Ihr tragt eine gewaltige Verantwortung. Ihr erkennt von Tag zu Tag deutlicher den Bankrott des Kapitalismus. Ihr sprecht selber vom Sozialismus als einziger Rettung. Nun gut, an euch vor allem liegt es, das Kommen des Sozialismus zu beschleunigen, die Geburt der neuen Ordnung so leicht und schmerzlos durchzuführen, als nur möglich. Als gebildete Menschen seid ihr Feinde der „rohen Gewalt“. Wir wollen das Alter dieser „Feindschaft“ nicht untersuchen. Wir nehmen sie zur Kenntnis. Ihr macht dem Bolschewismus darum Vorwürfe. Aber war es nicht die Sabotage der Intellektuellen, die schuld war, daß die russische Revolution sich unter so schweren Wehen durchsetzen mußte? Ihr [227] habt die Handarbeiter im entscheidenden Moment dort allein gelassen, verraten. Eure Untätigkeit hat die „rohe Gewalt“ kapitalistischer Reaktionäre gestärkt, und so auch das Proletariat zur Gewalt gezwungen. Die soziale Revolution, auch in Deutschland, kommt, ob ihr sie wollt oder nicht, sie kommt, weil die Produktionskräfte

heute gegen die bestehende Wirtschaftsordnung rebellieren, die Schranken des Kapitalismus sprengen. Man kann sie hemmen aber nicht niederzwingen. An den Intellektuellen, den Kopfarbeitern vor allem liegt's, ob die proletarische Revolution kommen wird mit allen Schrecken des Bürgerkrieges unter den Donnern des Gerichts, oder ob sie sich durchsetzen kann wie ein leichter Herbstwind, der die reife Frucht vom Baume schüttelt. Die Rolle der Kopfarbeiter im Produktionsprozeß gewährt ihm eine ausschlaggebende Bedeutung. Die Frage ist, ob sie sich der historischen Rolle gewachsen zeigen, die ihnen beschieden ist.

*

Die amerikanische Arbeiterbewegung

Von M a y e r K a m e n i e w (Vereinigte Staaten)

Nikolai Lenin hatte Anfang März 1919 eine Unterredung mit Robert Minor, worin er an ihn die Frage richtete: Wann wird die Revolution in Amerika kommen? Diese mehr wichtige und interessante Frage ist gleichzeitig sehr schwierig zu beantworten. Ich fühle mich in der Lage, die voll zu beantworten. Ich möchte das in zwei Hinsichten tun: Vom internationalen und vom analytischen Gesichtspunkt aus.

Um die Stellung der amerikanischen Arbeiterbewegung in ihrer Beziehung zur Arbeiterbewegung der übrigen Welt anzugeben, müssen wir den internationalen Gesichtspunkt zuerst behandeln.

In der internationalen Arbeiterbewegung geht Rußland voran, Mitteleuropa folgt, Italien, Frankreich und England folgen. Und wir in Amerika sind in drei verschiedene Gruppen geteilt. Erstens die wirklichen Radikalen, die Rußland mit dem tiefsten Interesse verfolgen. Zweitens die Halbradikalen, die England folgen (die britische Arbeiterpartei) und drittens die Reaktionäre, für die wir eine glänzende Peitsche haben in den revolutionären Proletariern von Mexiko und Südafrika.

In Mexiko war der Staat Morellos unter der Führerschaft von Zapata, der im Auftrag der amerikanischen Politik getötet wurde, ein kommunistischer Staat. Yukatan war ein sozialistischer Staat, und das übrige Mexiko unter Caranza hat zuerst die ausländischen Oelinteressenten enteignet, indem es für das Vorrecht, die amerikanischen Oelquellen zu gebrauchen, so hohe Bezahlung forderte, daß es unprofitabel wurde, sie zu bearbeiten.

Die ersten, die die Peitsche zu kosten bekamen, waren die amerikanischen Oelinteressenten in Mexiko. Sie begannen daher in den mexikanischen inneren Angelegenheiten einzugreifen, wann und wo immer sie begehrten. Aber sie bewirkten nur eine starke Abneigung der Amerikaner dagegen, die die Dinge verschlimmerte. So entschieden sie sich, ihre Taktik zu ändern. Ihr neuer Plan war billiger. Sie gebrauchten Samuel Gompers als ihr Werkzeug. Als Gompers im November 1918 aus Europa zurückkam, ließen sie ihn einen Kongreß der mexikanischen Arbeiter einberufen nach Loredo (Texas), um den mexikanischen Arbeiterbund zu beeinflussen, durch Anschluß unter seinen Einfluß zu geraten. Der Kongreß wurde vom 1. bis 3. Dezember 1918 abgehalten. Gompers hatte einen guten Helfer in der Person von Santiago Iglesias, dem Präsidenten des Arbeiterbundes von Puerto Rico. Gompers und Iglesias beanspruchten die ganze Zeit, um Dinge zu bereden, die von keiner Wichtigkeit waren, so daß nichts Wichtiges besprochen werden konnte. Aber der kleine schwache mexikanische Arbeiterbund drückte den großen reichen amerikanischen Arbeiterbund in die Defensive, indem er gerade die Frage zur Sprache brachte, die Gompers gern vermeiden wollte. Die Frage der politischen Gefangenen (der Klassenkampf in Amerika dreht sich um die politischen Gefangenen). Und selbst als er in der Defensive war, gebrauchte er ein unhaltbares Argument. Er sagte: er könne nichts für die politischen Gefangenen tun, weil sie nicht einer Bonafide-Arbeiterorganisation angehören (Sic), womit er die I. W. W. meinte. Es sind dies die amerikanischen Spartakisten, die in sieben Staaten (Idaho, Utah usw.) außerhalb des Gesetzes gestellt worden sind. Damit endete der Kongreß. Aber ich muß meinen Leser nach Kuba führen, bevor dieses Kapitel zu Ende ist. Iglesias wurde eingeladen, nach Kuba zu kommen am 15. Dezember 1918. Dort war er am 11. Dezember 1918. Ich sammelte eine Gruppe der radikalen Führer der kubanischen Arbeiterbewegung in Havanna und hielt dort eine lange Diskussion ab. Ich erklärte ihnen den Zweck des Hierherkommens von Iglesias in folgender Weise. Iglesias kommt, um euch zu bitten, Euch dem amerikanischen Arbeiterbund anzuschließen, damit Ihr unter

ihre Herrschaft kommt. Er wird Euch erzählen, was für eine reiche, starke Organisation sie sind und wieviel sie für Euch tun können. In Wirklichkeit aber wollen die gegen Euch arbeiten. Ihr müßt aufpassen auf den Helfershelfer von Gompers.

Die bürgerliche liberale Presse vom Typus der „Nation“ in den Vereinigten Staaten tut alles, was sie kann, um die politischen Gefangenen zu befreien und der amerikanische Arbeiterbund tut nichts. Sie sind reaktionärer als die liberale bürgerliche Presse. Wenn daher Iglesias kommt, so müßt Ihr die Diskussion da wieder aufnehmen, wo sie auf dem Kongreß von Loredo abgebrochen worden war und Iglesias fragen, was er unter einer Bonafide-Arbeiterorganisation verstehe. Das ist ein bürgerlicher Gesichtspunkt. Das fragt ihn und berichtet an Gompers zurück, daß er alles tue was er kann, um die politischen Gefangenen zu befreien und wenn die frei sind (da ja der amerikanische Arbeiterbund eine starke Organisation ist, so hat er die Macht, die rasch zu befreien, wenn er nur will), wenn die frei sind, so soll Iglesias nach Kuba zurückkommen, und er wird als Genosse empfangen werden. Dies erklärt die Macht der Peitsche und damit endigt der internationale Gesichtspunkt. Darnach werden wir die amerikanische Arbeiterbewegung untersuchen.

Der Hintergrund der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Geographisch zerfallen die Vereinigten Staaten in drei Abteilungen. Der Westen ist rot, der Süden ist schwarz und der Norden, das Zentrum des Bergbaues und der Industrie, ist weiß.

[229] Der mittlere Westen liefert das interessanteste Kapitel in der amerikanischen Arbeiterbewegung. Die mittleren Weststaaten, umfassend Texas, Oklahoma, Kansas, Nebraska, Nord- und Süd-Dacota sind der große Weizengürtel von Nord-Amerika. Jedes Jahr zur Herbstzeit kommen 200.000 Mann aus allen Teilen der Vereinigten Staaten, Canada und sogar Mexiko, um den Weizen zu schneiden. Sie führen ein kommunistisches Leben. Sie brechen im Süden anfangs Juli auf und arbeiten sich allmählich ihren Weg nordwärts bis nach Canada. Sie zahlen kein Fahrgeld, sondern erzwingen scharenweis freie Fahrt. Sie essen und schlafen zusammen und diskutieren zusammen.

Hier dringen die revolutionären I. W. W. (die industriellen Arbeiter der Welt) mit zahlreichen Arbeiteragitatoren und mit Tausenden von Organisatoren ein und führen einen sehr energischen Agitationsfeldzug. (1916 gewann sie 30.000 neue Mitglieder). Und wenn der Herbst zu Ende ist, ihre Taschen voll Geld, ihre Herzen voll Freude und ihre Köpfe voll von der neuen Idee des Kommunismus, kehren sie nach Hause zurück, strömen über vor Begeisterung, sie werden 200.000 Agitatoren und agitieren bei jedermann, den sie treffen, sogar bei Polizisten. So tragen sie die kommunistische Idee, den Samen des künftigen kommunistischen Staates in die entferntesten Teile von Nordamerika.

3000 politische Gefangene

Als Amerika in den Krieg eintrat, setzte eine heftige Reaktion ein. Die Führer der Bewegung wurden in großer Zahl verhaftet und zusammen prozessiert. In Chicago wurden 101 Personen, einschließlich des Führers der Bewegung, W. D. Haywood, zu 20 Jahren verurteilt. In Kansas, Omaha, Wichita geschah dasselbe. In Sakramento (Kalifornien) wurden 43 Männer und Frauen prozessiert. Sie weigerten sich, Aussagen zu machen, die saßen einfach da und lachten den Geschworenen ins Gedicht. Und jetzt, wo der Krieg aus ist und das Spionage-Gesetz erloschen, wurden antisyndikalistische Gesetze über Nacht angenommen in Idaho und Utah, und die Prozesse gehen auf derselben grundlose wie im Kriege weiter. Das erregte solche gewaltige Erbitterung, daß viele kapitalistische Zeitungen ihnen zu Hilfe kamen. Alles das bewirkte daß der Westen rot wurde. Die Arbeiterschaft antwortete mit großen Streiks. In Seattle (300.000 Einwohner) brach Anfang April 1919 ein Generalstreik aus. Die Räte beherrschten die Stadt fünf Tage lang. Die Kupferminen von Montana und Arizona streikten zum erstenmal zusammen. Die brachten 80 Prozent der Produktion von Kupfer zum Stillstand, das für Gewehre und Munition gebraucht wurde. Die Kapitalisten machten einen Einfall in die Streikgegenden mit einer Lumpenbande von Taufenden, die die Streiker niederschlugen. Viele von ihnen waren Soldaten. Frank Little vom Vorstand der I. W. W. wurde in der Nacht aus einem Hotel geholt und gehängt, und Taakola, Lauffi, die Redakteure der finnischen Tageszeitung der I. W. W., wurden gewarnt, daß auch sie bald dran seien. Diese Leute sind jetzt im Gefängnis.

In Bishie trieben die Banden 3000 Männer und Frauen aus ihren Häusern, schlugen sie und töteten einen. Sie setzten sie auf einen Viehzug und zwangen die Zugführer, sie in die Wüste zu führen und sie ohne Nahrung und Wasser dort zu lassen. Wenn die Regierung ihnen [230] nicht zu Hilfe gekommen wäre, wären die umgekommen. Bei einem zweiten Streik in Butle (Montana) beherrschten die Räte die Stadt zwei Wochen lang.

Infolge der Agitation der I. W. W. wurden sogar die armen Farmer lebendig und organsierten eine Farmarbeiter-Organisation, die Working Class Union (Verband der Arbeiterklasse) im Süden. Während des Krieges wurde der Verband vernichtet. Alle Führer wurden eingesperrt und in dem Staat Oklahoma wurden ihnen 80.000 Gewehre abgenommen, als der Krieg begann. Die Regierung hatte Furcht vor der Revolution. In Nord-Dakota organisierten sich die reicheren wohlhabenden Bauern gegen den Packing Trust (die Chicagoer Groß-Schlächtereien). Sie organisierten die „neue kartesische Liga“, unter sozialistischer Führung. Sie bemächtigen sich der Staatsverwaltung vom Gouverneur ab und schickten sich an, den Staat zu sozialisieren. Aber die stießen auf so starken Widerstand, daß sie bald ihre Lehre daraus zogen, daß ein Einzelstaat allein nicht sozialisiert werden kann. Sie änderten daher ihre Taktik. Jetzt breitete sich ihre Organisation auf 11 Staaten aus. Die I. W. W., die in großer Anzahl unter den Wagen reisen, agitierten unter den Eisenbahnarbeitern, die die bestbezahlten aller Arbeiter sind. Ihre Leute, die während des Krieges die konservativsten waren, verlangen jetzt eine Art von Gildensozialismus. Sie wünschen, daß die Regierung die Eisenbahnen von den Privat-Magnaten übernimmt und den Eisenbahnern die Hälfte der Ueberschusses überläßt. Die Arbeiterschaft in West-Canada hat sich von Gompers losgemacht und erklärte sich für den Gedanken der Einen großen Gewerkschaft der I. W. W. Und als die amerikanische Regierung ein Antistreikgesetz durchführte, nahmen sie noch am selben Tage die Herausforderung an, indem sie in großem Umfange streikten. Winipeg war sechs Wochen lang unter einer Räte-Regierung, andere Städte sogar länger. Die große Vereinigung der Kriegsveteranen ist sehr tätig, aber es fehlt ihnen ein Barbusse. Im Mai 1919 organisierten Konfektionsleute einen Sowjet in ihrer Industrie mit 14.000 Mitgliedern auf der zweiten Tagung. Der Fall Mooney ist jetzt historisch. Tom Mooney gehört der A. F. L. an. Solange der Kapitalismus gegen die I. W. W. kämpfte, hatte die A. F. L. kein Interesse daran. Aber der Kapitalismus war so betrunken vom Machtrausch, daß es ihm nicht darauf ankam, sich in acht zu nehmen. Tom Mooney war Organisator und Sekretär des Arbeiterbundes von St. Franzisko. Tom Mooney war der Verband, und der Verband war Tom Mooney und seine Frau Rena. Er, seine Frau, Bielings, Wienberg und Nollan wurden auf Aussage von Detektive hin verhaftet. Aber die Aussagen waren zu faul. Ein Brief, der an einen Mann geschickt war, der 2000 Meilen von St. Franzisko weg war, mit der Bitte zu kommen und Zeuge zu sein, er werde seinen Ausflug bezahlt bekommen und dazu noch einige Dollar: dieser Brief fiel in die Hand der Verteidiger. Jetzt drehte sich das Blatt, und der Staatsanwalt wurde seinerseits von dem Gefangenen ins Kreuzverhör genommen, und inzwischen schwärmte die Liga in die ganzen Vereinigten Staaten aus und betrieb eine Agitation für einen Generalstreik in der A. F. L., und es gelang ihr. Während Gompers in Europa war, im er sein Waterloo erlitt, wurde am 14. Januar 1919 der Mooney-Kongreß in Chicago abgehalten, und da ereignete sich ein interessanter Zwischenfall. Es waren 1000 Delegierte da, 700 rote und 300 Gompers-Beamte. Die Gompersleute weigerten sich, die Roten anzuerkennen, aber genug von den Roten [231] hatten Ausweise der A. F. L., um eine Mehrheit zu haben. Der Kongreß erklärte ich für einen Generalstreik am 4. Juli und, wenn er ohne Erfolg sei, für einen neuen Generalstreik im November 1919, bis Mooney befreit wäre. So beschleunigten sie die Krisis in der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Im Hinblick auf die kommende Krisis ist es interessant zu beobachten, das eine ähnliche Krisis in Kuba sich als der Anfang einer revolutionären Arbeiterbewegung erwies.

Kuba wird vom amerikanischen Zucker- und Tabak-Trust ausgebeutet. Die kosten der Lebenshaltung sind sehr hoch und die Löhne so niedrig, daß zahlreiche Streiks unvermeidlich sind. Und mit jedem Streik drohen die Kompagnien internationale Verwicklungen hervorzurufen (amerikanische Truppen) und drohen sogar mit Annexion. Der daraus entstehende Nationalhaß macht den Klassenkampf noch verwickelter, so daß alles Amerikanische dort bitter gehaßt wird.

Kuba ist abgeschlossen und mangelhaft unterrichtet. Es war daher leicht für einen korrupten Mann, wie Gervasio Siena, es zu beherrschen. Unter der russischen Revolution war die Bewegung reaktionäre. Selbst jetzt ist das Wort radikal nicht sehr populär bei der Masse. Aber seitdem haben in den tätigeren Gewerkschaften wirklich Radikale die Führung übernommen, und sie haben die Lehre gelernt, daß alles auf gruppenweises Vorgehen ankommt. Sie handelten also immer geschlossen und selbst, wenn sie nichts zu tun hatten, so berieten sie zusammen über Wege und Mittel und fanden bald eine Gelegenheit, sich an einer Bewegung nach vorwärts zu beteiligen. Da sie gut den Geist ihrer Arbeiter kannten, so erfaßten sie den psychologischen Augenblick, als ihre heftige Leidenschaft über eine Ungerechtigkeit empört war (ein Komitee der Hafenarbeiter war verhaftet und zu 80 Tagen Gefängnis verurteilt worden). Darauf folgte ein Streik der Eisenbahnarbeiter im Staate Camaguey, die für 1 ½ Dollar täglich arbeiten und sie riefen zum Generalstreik auf in Sympathie mit ihnen, ohne Gervasio Siena zu fragen. Der Aufruf zum Streik fand allgemeinen Widerhall, und sogar die Bauern streikten und brachten dadurch Siena in eine schwierige Lage. Seine amerikanischen Herren duldeten nicht, daß er den Streik billige und hießen ihn die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrufen. Das machte ihn sofort zum Gegenstand des Hasses unter den Streikenden. Sie setzten ihn daher ab und wählten einen anderen. Darauf folgte dann eine allgemeine Reinigung in der Gewerkschaft. Sie hatten seitdem noch zwei Generalstreiks. Sie verloren einen im Mai.

Jetzt gehen der Zucker- und Tabak-Trust viel Geld aus, um in der „New York Times“ und anderen Blättern zu annoncieren, was für ein reiches Land Kuba ist und daß derjenige, der Aktien von dort kauft, rasch reich werden würde. Die Trusts wünschen ihr Kapital so rasch wie möglich aus Kuba herauszuholen, da eine revolutionäre Bewegung dort ihr Haupt erhoben hat. Man hofft, daß dieselbe in den Vereinigten Staaten dauernd sein wird. Und daß, wenn der Streik kommt, Gompers nach Europa in Ferien gehen wird. Denn selbst auf dem Mooney-Kongreß wurden Resolutionen eingebracht, um Mooney zum Präsidenten der A. F. L. zu machen.

Die gegenwärtige Theorie

Gegenwärtig dreht sich der Klassenkampf um die politischen Gefangenen. Tom Mooney ist das Symbol des Klassenkampfes. Vom Gesichtspunkt der Arbeiterschaft aus sind die Gefangenen wichtiger als [232] die Regierung von Washington, die aus 500 Leuten besteht (kaum Leute), die von einem Mann beherrscht werden konnten (Wilson), der kaum ein Mann ist, während die Arbeiterklasse nicht durch eine Kriegsregierung gezwungen werden konnten. Der Kongreß weiß das. Wenn sie einmal frei sind, so s i n d sie frei, denn so werden sie eine größere Macht sein als der Kongreß, wenn sie außerhalb gegen den Kongreß arbeiten, was die Revolution bedeutet. Trotzdem die Liberalen eine Amnestie befürworten, wird der Kongreß sie nicht befreien, bis eine starke radikale Bewegung da ist, um ihn dazu zu zwingen. Wenn die Gefangenen frei sind, so wird das der beste Beweis in der Welt sein, daß eine radikale Bewegung in Amerika vorhanden ist. Von jetzt an, bis sie frei kommen, muß die amerikanische Arbeiterbewegung geboren werden.

Der Süden ist schwarz und enthält das soziale Dynamit des Klassenkampfes.

Es sind 12 Millionen Neger in den Vereinigten Staaten. 9 Millionen von ihnen sind im Süden und arbeiten auf den Baummoll-Plantagen und als ungelernte Arbeiter. Die Neger sind so unterdrückt gewesen, daß sie die besten Kämpfer der Arbeiterschaft gegen die Regierung sind. Man sagt ihnen, sie seien nicht so gut wie die zivilisierten Weißen. Dann wurden 200.000 von ihnen in die Armee eingereiht, und an der Front wurden sie von den weißen Offizieren allemal da hingeschickt, wo die Luft am dicksten war. Und die kämpften hart, da sie glaubten, was ihnen gesagt wurde, daß sie für die Zivilisation kämpften. Barbusse in einem Werk „Le Feu“ schreibt, daß die Neger die wirklichen Soldaten waren. Sie konnten tun, was die weißen Soldaten nicht tun konnten. Jetzt werden die Neger-Soldaten, die zurückkommen, gehängt und verbrannt, weil die Teil haben wollen an der Zivilisation, an der sie geholfen haben. Sie kommen nach Hause und sie finden, daß die Dinge anstatt besser schlechter geworden sind. Vor dem Kriege pflegten sie einzeln gelyncht zu werden, während des Krieges waren Pogrome. Man lyncht unter der Anklage, daß ein Neger eine weiße Frau vergewaltigt hat. Das Land ist korrekter. Während der Abwesenheit der Neger an der Front vergewaltigten

stumpfsinnige Weiße die jungen Negerinnen. Die Soldaten sind zurückgekommen mit Rachegedanken im Herzen und mit Feuer in den Augen.

Auf ihren letzten Kongressen in New-York bewiesen sie, daß sie Staatsmänner entwickelt haben, die nicht mit Wilson, sondern mit Lenin zu vergleichen sind. Sie verlangten, zuerst auf der Friedenkonferenz gehört zu werden, sonst würden sie sich nachher bei der Wahl Gehör verschaffen. Aber die gemäßigteren verlangen, nur Afrika für die Afrikaner, und für den Augenblick versprechen ihnen einige lügnerische Staatsmänner von der alten Ordnung, was sie wünschen. Sie sind bereit, eine Armee aufzustellen und überall hinzugehen, wohin man sie schickt. Hier liegt die Gefahr für die soziale Revolution. Im letzten Krieg sandten die verbündeten Oligarchien Neger gegen Weiße, weil sie sagten, die Deutschen sind so sehr schlecht. Jetzt sagen sie, die Bolschewisten sind tausendmal schlimmer als die Deutschen. Was wird sein, wenn England sich entschließen sollte, eine Armee von Schwarzen in Afrika auszuheben und sie nach Europa zu schaffen?

In Amerika wird gegenwärtig General Pershing als der Mann ausgeschrien, der den Krieg gewann. Er ist Kandidat für die nächste [233] Präsidentschaftswahl. Um seine Wahl sicher zu machen, begann man einen neuen Reaktionsfeldzug selbst gegen die rechten Sozialisten, da sie gegenwärtig noch sehr unpopuläre sind. Die neue Waffe ist die Ausweisung. In den amerikanischen Gefängnissen warten verschiedene Tausende darauf, ausgewiesen zu werden. Wenn die Opposition zu Hause getötet ist, Pershing gewählt und der Militarismus im Sattel sitzt, wenn dann die Revolution sich über ganz Europa verbreiten sollte und Europa dadurch geschwächt wäre, so wäre man in der Lage, einen gegenrevolutionären Krieg gegen Europa zu führen.

Hier können wir eine Lehre ziehen: von Spartacus. Spartacus kämpfte 7 Jahre gegen Rom, eroberte fast das ganze Reich, aber Rom selbst, das Herz des Militarismus, konnte er nicht einnehmen, und mit der Zeit besiegte Rom ihn.

Wenn Amerika das Herz des Militarismus werden sollte, so hat es genügend Leute, Lebensmittel und Maschinerie, um unbegrenzt lange auszuhalten.

Die Neger sind fast noch gar nicht von kommunistischen Ideen berührt. Es gibt nicht einmal eine einzige kommunistische Tageszeitung in Amerika in englischer Sprache. Die radikalen Neger geben eine Monatsschrift heraus, die erste sozialistische Negerzeitschrift in der Welt. Während des Krieges haben die Neger Interesse an allem bekommen. Sie leben jetzt. Aber da Literatur fehlt, die ihre eigenen Hoffnungen und Bestrebungen nach Freiheit ausdrückt, so lesen die kapitalistisches Opium und werden dadurch verwirrt.

Wann wird die Revolution nach Amerika kommen? Wenn Lenin bereit ist, Breitseite nach Breitseite kommunistische Propaganda abzufeuern auf das Dynamit des schwarzen Süden.

Wenn die Negerfrage explodiert, so ist die Revolution da.

*

Münchener Erfahrungen.

Von P. W e r n e r .

2. Aus der Praxis.

Die wichtigste Erfahrung, die wir in unserer kurzen Regierungszeit gemacht, ist die: ohne feste Partei-Organisationen keine Macht der Regierung, keine Möglichkeit, ihre Maßregeln durchzuführen. Die Scheinräte-Regierung hatte den negativen Beweis dafür erbracht. Die alte Staatsmaschine war für die Umwälzung nicht zu gebrauchen. Sie sollte ja das Objekt dieser Umwälzung sein. Selbst soweit sie das nicht war, fehlten ihr die nötigen Fähigkeiten, trotz der Tatsache, daß von einer bewußten Sabotage nichts bekannt geworden ist. Der Scheinräte-Regierung fehlten sogar die Räte-Organisationen. Sie berief die Betriebsräte erst, als sie den Karren im Dreck sitzen hatte und auch dann nur zu reinen Propagandazwecken.

In der Regierung nach dem 13. April saßen wir Kommunisten nicht allein. Wir bildeten vielmehr nur eine schwache Minderheit. [234] Dennoch beherrschten wir sie, weil wir allein ein Ziel und einen Willen hatten und weil wir uns auf eine Organisation stützten. Wenn irgend welche Maßregeln durchzuführen waren, appellierten wir an unsere Organisationen, welche leisteten, was unter den bestehenden Verhältnissen möglich war.

Die Unabhängigen, die in der Regierung die Mehrheit hatten, besaßen auch eine Organisation, und wohl die zahlenmäßig stärkere. Aber von ihrer Existenz war nichts zu spüren. Wir sind freilich überzeugt, daß sie ihre Mitgliederbücher auch in dieser Zeit gut im Schuß hielten.

Sollte die Partei ihre Aufgabe lösen, dann mußte sie bis zu einem gewissen Grade militärisch diszipliniert und ständig mobilisiert sein. Dies galt nicht nur für die eigentliche Regierungszeit, sondern für die ganze Periode der Hochspannung. Der Aktionsausschuß bekam ohne irgend welche Vereinbarung, einfach durch den Zwang der Tatsachen, sehr weitgehende Befugnisse. Er tagte wochenlang ohne Pausen in Permanenz. Jeden Augenblick war er zu erreichen, obwohl er sich geheim versammelte und nur selten geschlossen an die Oeffentlichkeit trat. Für bestimmte Zwecke, Versammlungen und Verhandlungen usw. wurden einzelne Mitglieder abgeordnet. Seine Existenz bewies er durch seine Taten, seine Anordnungen und Parolen. Und es ist bezeichnend für die Beschaffenheit des Apparates, daß sofort Unruhe in die Partei kam, als der Aktionsausschuß einmal für kurze Zeit infolge physischer Erschöpfung außer Kurs war.

Voraussetzung dieser ganzen Arbeitsweise ist freilich, daß durch die zuverlässigsten Genossen ständig Verbindung zwischen Ausschuß und Partei gehalten wurde. Was an Kräften innerhalb der Partei zu Verfügung stand, mußte ständig in den Distriktlokalen versammelt sein. Die Betriebsvertrauensleute mußten ununterbrochen in Fühlung mit der Zentrale stehen. In Zeiten solcher Hochspannung sind tatsächlich jeden Augenblick ganz bestimmte Maßregeln durchzuführen. Dazu ist nötig, daß die ganze Partei oder einzelne ihrer Organe auf eine Parole hin in kürzester Frist aktionsbereit sind. Offenbar ist damals die Münchener Organisation nicht besser gewesen als sie durchschnittlich in den anderen Ortsgruppen war, d. h. noch sehr rückständig. Aber das Bewußtsein von der historischen Größe des Augenblicks schweißte sie zusammen, und so erfüllten sie ihre Aufgabe.

Wird die politische Macht von der Arbeiterschaft ergriffen, so müssen unsere Parteifunktionäre fast durchweg öffentliche Mandate übernehmen. Für diesen Fall müssen von vornherein Ersatzleute bestimmt sein, welche die Parteiarbeit sofort übernehmen. Die Partei darf nicht in einen allgemeinen Brei aufgehen, sondern muß gerade dann festgeschlossen dastehen.

Gerade in dieser außerordentlich schwierigen Situation bewährte sich unser neues Organisationsprinzip. Ohne die Betriebs-Organisationen hätten wir als Partei nicht das leisten können, was geleistet worden ist. Sie bildeten das feste Fundament, auf das sich die Partei gegenüber allen anderen Gruppen in der revolutionären Bewegung und gegenüber dem Bürgertum stützen konnte. Sie waren die Machtquelle für die Aktionen der Partei und damit auch für die Regierung. Sie waren in Wirklichkeit Träger und ausführendes Organ für die Diktatur des Proletariats. Durch sie gelang es uns, die revolutionäre Arbeiter-[235]schaft als solche zu mobilisieren und geschlossen in den Kampf zu führen. Und gerade die Militär-Organisation, die Rote Garde, hatte ihr festes Rückgrat in der Betriebsorganisation der Partei.

Unsere Erfahrung in organisatorischer Hinsicht wie überhaupt in bezug auf die Regierungsarbeit reichte kaum über München und seine Vororte hinaus. Das lag einmal daran, daß unsere Partei damals auch in Bayern noch ein sehr loses Gebilde war, daß sie sich nur auf einzelne Städte beschränkte und ein innerer Zusammenhalt noch nicht geschaffen war. Weiter konnte man bemerken, daß diese Schwäche unserer Partei zugleich eine Schwäche der Räte-Regierung war. Es kam dann noch hinzu, daß in dem Moment, als wir in die Regierung eintraten, die Verbindung nach außen hin durch die Maßregelung der weißen Garde stark unterbunden war. Ueber die Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeiten der Partei- und Regierungsarbeit über ein ganzes Staatsgebiet hin können wir deshalb kaum etwas sagen.

Ein wesentliches Hemmnis der Regierungsarbeit bestand darin, daß von einer Gliederung des neuen Verwaltungsapparates keine Rede sein konnte. Auf der Regierung lastete die gesamte Arbeit, von der Herausgabe der Dekrete bis herab zur Beschaffung eines Automobils für einen bestimmten Zweck, ja, bis zur Befriedigung aller möglichen kleinen Wünsche privater Personen. Das bedeutete einen unverantwortlichen Raubbau an den Kräften der Männer, die an der Spitze der Regierung standen. Und das war zu gleicher Zeit ein Hemmschuh am Regierungskarren. Es muß deshalb im Falle der Uebernahme der Macht von vornherein eine starke Dezentralisation der Verwaltungsarbeit unter zentraler Leitung erstrebt werden, und es ist die Pflicht unserer Partei, diese Gliederung der Verwaltung durchzuführen. Das allermindeste, was dafür jetzt schon getan werden kann, ist die Heranziehung aller Parteimitglieder, die irgendwie für solche Aufgaben befähigt sind, zur Parteiarbeit, damit man sie kennt, und über sie im geeigneten Augenblick verfügen kann. Ich sehe hier davon ab, weitere Anregungen zu geben, aus der Befürchtung heraus, damit besondere Spielereien zu fördern. Aber notwendig ist, daß man sich allgemein mit dieser Frage beschäftigt, damit man nicht unvorbereitet vor die Tatsachen gestellt wird. Jedenfalls muß in den größeren Städten gleich am Anfang jeder einzelne Distrikt unserer Partei bereit sein, einen Verwaltungsapparat für die mannigfaltigsten Aufgaben zu stellen.

Die Grundlage der öffentlichen Gewalt in der Räteregierung bilden die Arbeiterräte. Ihre Organisation muß den praktischen Bedürfnissen entsprechen. In München bildeten die Betriebs- und Kasernenräte eine Versammlung von etwa 2000 Köpfen. Damit war in Wirklichkeit nicht zu arbeiten, und statt eines Organes der Staatsverwaltung hatte man eine Massenversammlung, in der allgemeine politische Fragen erörtert wurden und die ein günstiger Boden für parteipolitische Stimmungsmache war. Die Zahl der Mitglieder des Arbeiterrates muß so beschränkt werden, daß ein arbeitsfähiger Körper vorhanden ist. Aber noch ein schlimmeres Uebel haftete an diesen Betriebs- und Kasernenräten. Sie bauten sich auf einem Wahlsystem auf, das jenseits aller Vernunft war. Die Großbetriebe wählten auf je 100 Arbeiter einen Vertreter, die Kleinbetriebe bis zu 20 Arbeitern einen Vertreter und darüber hinaus entsprechend mehr. Jeder Kleinbetrieb, jedes Kino und jedes Frisiergeschäft hatte seinen Vertreter, sobald Angestellte darin beschäftigt wurden.

[236] Das bedeutete, daß in dieser Versammlung das kleinbürgerliche Element vorherrschte, welches seinem ganzen Wesen nach den Aufgaben nicht gewachsen war. Und es stellte sich ein außerordentlicher Widerspruch heraus zwischen der tatsächlichen Macht der revolutionären Arbeiterschaft, die in den Großbetrieben lag, und dieser rückständigen Schwatzbude, deren Wort entscheidend sein sollte. Entschieden hat diese Versammlung der Betriebs- und Kassenräte fast nichts. Aber ihre hemmende und verwirrende Wirkung war stark. Vor allem widerstand sie kraftvoll dem Ansinnen, das wir an sie stellten, sich neu wählen zu lassen und kein Argument verfing bei ihr. Es ist nun ganz klar, daß eine solche Revolution, wie in den Apriltagen in Bayern das ganze politische Wesen der Arbeiterklasse umwälzte, und daß diese Umwälzung notwendigerweise auch in ihren Vertretungskörpern zum Ausdruck kommen mußte. Die Partei hat deshalb in solcher Situation die Aufgabe, sofortige Neuwahlen für alle Vertretungskörper des Rätesystems zu erzwingen.

*

Die proletarische Revolution und die Gerichte.

Von P. S t u t s c h k a (Moskau).

„Wenn ihr gute Gesetze haben wollt, – verbrennt eure alten und schafft neue.“ V o l t a i r e.

In bürgerlichen Revolutionen spielten die Gerichte keine Rolle. An Stelle der früheren Richter brachte die Revolution neue hervor, aber das war nur ein Personenwechsel: an die Stelle eines feudalen Gutsbesitzers trat ein Vertreter der Bourgeoisie, der eine Unterdrücker ersetzte den anderen. Bestimmte „unantastbare“ Formen der Gerichtsordnung änderten sich, aber das Wesen des Gerichtes, als eines Werkzeuges in den Händen der Minderheit, der Klasse der Unterdrücker zur Niederhaltung der Klasse der Unterdrückten, verblieb. Der „Hühnerdieb“, der bestechliche Hüter des Gesetzes der Katharina (der Großen) wurde durch den verhältnismäßig ehrlichen Friedensrichter oder das Mitglied

des allgemeinen Gerichts nach der Gesetzgebung von 1864 ersetzt, aber die Klasse der Grundbesitzer fand wie im dem eignen, so auch in dem anderen – stets einen treuen Verteidiger ihrer Interessen gegen den „Bauer“. Drei – vier Tage bereits nach der bürgerlichen Revolution vom 27. Februar erließen bei uns die alten Gerichte, loyal wie immer, mit dem Senat an der Spitze, Entscheidungen im Namen der provisorischen Regierung. Und als sich die proletarische Revolution vom 25. Oktober, die keinen Stein von allen früheren bürgerlichen Gerichten übrig ließ, vollzogen hatte, fanden die Schriftsteller des Professorenblattes „Swoboda Rossiji“ („Russkija Wedomosti“) keine andere Bewertung des Ereignisses, wie die Worte: „der landbesitzende Edelmann ist durch den Proletarier ersetzt und das ist alles.“ Sie waren sich selbst nicht bewußt, welch tiefen Gedanken sie in Wirklichkeit mit diesen Worten äußerten.

Bekanntlich hat die große französische Revolution bei all ihrer Entschlossenheit die Worte von Voltaire in ihrem vollen Umfange nicht befolgt. Sie verbrannte die Schlösser der Feudalen und die Besitz-[237]urkunden auf diese Schlösser, sie schaffte die Vorrechte und ihre Inhaber ab, aber die alten Gesetze wurden nicht mitverbrannt und wurden wie früher angewandt. Das Denkmal der französischen Revolution, Napoleons „Code civile“, wurde erst 10 Jahre nach der Revolution (1804) geschrieben, das Kriminalgerichtsverfahren und das Strafgesetzbuch noch später (1808 und 1810). Noch weniger bemerkbar im Gerichtsverfahren machte sich die Revolution in England: dort fällen die Gerichte heute noch Urteile in Formen, die vor der Revolution üblich waren, sich auf Präzedenzfälle wie vor, so auch nach der Revolution berufend.

Wenn aber auch die Gerichte dem Wesen nach in bürgerlichen Revolutionen sich wenig, nur im Personal g e ä n d e r t haben, so spielten sie bei der Revolution selbst entschieden gar keine Rolle. Die Revolutionstribunale, die während der großen französischen Revolution tätig waren, waren im Grunde genommen keine Gerichte: ihre Aufgabe war, die „schlechten Bürger“ zu entfernen, und ihre Antwort konnte nur in Todesurteil oder Freispruch bestehen. An der revolutionären, schöpferischen Arbeit nahmen die Gerichte der bürgerlichen Revolution keinen Anteil.

Die Sache liegt anders – bei der proletarischen Revolution. Die Pariser Kommune hat nicht lange bestanden, aber sie hat vermocht, – „den ganzen bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und zu zerbrechen; die Gerichtsbeamten hatten ihre scheinbare Unabhängigkeit verloren, sie mußten von nun ab, öffentlich gewählt werden, verantwortlich und absetzbar sein.“ Tatsächlich aber blieb die Kommune dabei stehen. Sie vermochte nicht proletarische Gerichte zu schaffen und die schöpferische Kraft der Gerichte ist während der Kommune gleich Null.

Die Revolution vom 25. Oktober setzte den Versuch der Pariser Kommune in allrussischem Maßstabe fort. Das stehende Heer und die Polizei waren schon vor dem 25. Oktober gebrochen. Die Revolution des 25. Oktober zerschmetterte durch ihr Dekret vom 28. Oktober über den Uebergang d e r g e s a m t e n M a c h t a l l e r o r t s a n d i e S o w j e t s prinzipiell den ganzen Apparat des alten Beamtentums. Aber nur prinzipiell und nicht faktisch. Der Streik und die Sabotage des bürgerlichen Beamtentums waren nötig, um es auch faktisch zu zerschmettern. Und die Gerichte? Ungeachtet dessen, daß die alten Gerichte fortfuhren überall, wo bereits die proletarische Revolution gesiegt hatte, Urteile im Namen der provisorischen Regierung zu sprechen, bedurfte es viel Anstrengung, um die Genossen von der Notwendigkeit, die alten Gerichte abzuschaffen, zu überzeugen. Ich möchte sagen, daß unsere Revolutionäre bei Handlungen, zum Beispiel, gegen die Sabotage der Beamten des Verpflegungsamtes entschlossener vorgingen, als gegen die Gerichte. Gerade weil das Gerichtswesen als etwas Nebensächliches erschien, ließ die Revolution im Laufe eines ganzen Monates zu, daß im eignen Lager in hunderten von Gerichtskammern eine offene legale Agitation für die provisorische Regierung, gegen deren Anhänger gleichzeitig ein bewaffneter Kampf geführt wurde, getrieben werden konnte.

Aeußerst interessant ist das Material, das von unserem Justiz-Kommissariat veröffentlicht ist und das deutlich zeigt, wie überall von unten herauf neue Rechtsprechungsmethoden entstanden. Jede proletarische Revolution beginnt damit, daß sie in Wirklichkeit die Theorie [238] von Montesquieu über die Teilung der Gewalten zunichte macht. Betrachten Sie den Sowjet der Arbeiter-Deputierten in Petrograd oder das Föderative Komitee in Riga im Jahre 1905: man wandte sich dorthin nicht allein

wegen der Gesetze und Regierungsverordnungen, sondern auch in Gerichtssachen, Zivilstreitigkeiten nicht ausgenommen. Die Untersuchungskommissionen bei den militärischen Revolutions-Komitees im Jahre 1917 waren ebenfalls Organe der gesamten Macht, an die man sich sogar in Ehescheidungs-Angelegenheiten wandte. Es ist klar, daß die Massen vom ersten Tage der Revolution ein volles Mißtrauen gegen die alten Gerichte verspürten. Und noch deutlicher zeigen das die Versuche, eigene Revolutions-Gerichte, wie sie sich bereits Anfang November 1917 im Wiborger Stadtteile in Petrograd, so auch im „roten" Kronstadt und an vielen anderen Orten gebildet hatten, zu schaffen.

Unter diesem Material ist auch das ursprüngliche Dekret Nr. 1 über die Gerichte veröffentlicht. Es hat sogar unter unsern nächsten Gesinnungsgenossen viele Einwände hervorgerufen. Ich erinnere mich des Einwandes am ersten Tage der Veröffentlichung des Projekt-Dekretes seitens des Genossen Lunatscharski, der nach einigen Tagen schon sich in einen begeisterten Anhänger des neuen Gerichtes verwandelte, wovon ein prächtiger Leitartikel in der „Prawda" zeugt. Aber nicht alle haben sich so leicht dieser Ansicht angeschlossen. Viele schreckte der Gedanke: wie kann man einen Tag ohne Gerichte auskommen? Sie waren weit von der Entschlossenheit entfernt, die Voltaire vorgeschlagen hatte: zuerst die alten Gesetze verbrennen und dann neue zu verfassen. Die einen glaubten, man müsse die alten Gesetze bis zur Abfassung der neuen beibehalten und die neuen Richter erst dann wählen, wenn die neuen Gesetze vorhanden sein werden. Die anderen stritten darüber, wo die Abschaffung beginnen soll, – beim Senat oder der untersten Instanz. Schließlich nach 10 Tagen siegte die Ueberzeugung, daß es notwendig sei, das ursprüngliche Projekt-Dekret anzunehmen und alle alten Gerichte ohne Ausnahme abzuschaffen. Die Gerichte wurden geschlossen und die Zeitungen teilten mit, daß nach Verordnung der Untersuchungs-Kommission beim militärischen Revolutions-Komitee am 4. Dezember 1917 auch der „Dirigierende Senat", der noch am Vorabend einen Ukas – die Proklamation gegen die Bolschewiki – veröffentlichten wollte und ihn nur darum nicht veröffentlicht hatte, weil die Arbeiter in der Senatsbuchdruckerei und die Maschinenschreiberinnen des Senats ihn herzustellen sich geweigert hatten, geschlossen sei. Der Dirigierende Senat bestand nicht mehr! Und unwillkürlich erinnerte ich mich dessen, was Stschedrin nach der Entlassung der allmächtigen „Pompadour" sagt: „Ich trat auf die Straße hinaus und war ganz erstaunt. Stellen Sie sich vor, alles stand an seinem Platze, als wäre nichts vorgefallen.

Die alten Gesetze waren „verbrannt". Und es war überfleißig, daß nun manche von unseren Revolutionären versuchten, aus den bei der Feuersbrunst unversehrten und angesengten Blättern ein „Gesetzbuch der russischen Revolution" zusammenzuschneidern anstatt wirklich neue Revolutionsgesetze zu schaffen. Die proletarische Revolution verpflichtet zu schöpferischer Tätigkeit. Und darin besteht gerade die eigenartige Rolle der Gerichte in der proletarischen Revolution, daß sie die schöpferische Kraft beim Schaffen der neuen Rechtsordnung werden. Für jeden von uns war es verständlich, daß wir den Gerichten der neuen Ordnung [239] nicht vorschlagen konnten, nach den alten Gesetzen Recht zu sprechen. Es gab sogar Einwände gegen die Anwendung der geschriebenen Gesetze im allgemeinen. Und das war – auf den ersten Blick – vollkommen konsequent, weil wir die alten Gesetze verbrannt hatten. Aber leider genügt es nicht, die hundertjährigen Kodexe zu verbrennen, um sie aus dem Gedächtnisse und Verkehr unter den Menschen auszurotten. Der Menschenverstand ist – um die Worte von Renner zu gebrauchen – ein sicherer Aufbewahrungsort, wo die Steintafeln von Moses mit seinen Geboten ebenso wirkliche Fakta sind, wie auch jede neueste Regierungsverordnung über Brotkarten, wo das Althistorische sich mit dem Modernen zu einheitlicher und gleichstarker Wirklichkeit verbindet. Wenn wir die Sammlung der Gesetze der Arbeiter- und Bauern-Regierung durchsehen, finden wir dort fortwährend Hinweise auf Gesetze aus Friedens-, als auch aus Kriegszeiten, wobei doch diese Gesetze jetzt einen „leeren Raum" vorstellen oder richtiger gesagt, vorstellen müssen. Darum hatten die Worte unseres Dekretes Nr. 1 über die Gerichte, daß die neuen Gerichte „bei ihren Entscheidungen und Urteilen sich nach den Gesetzen der gestürzten Regierungen nur soweit richten werden, als dieselben durch die Revolution nicht abgeschafft sind und dem Revolutionsgewissen nicht widersprechen", einen vollkommen real einschränkenden Sinn.

Andererseits warf man uns anarchistische Tendenzen vor, und zwar wegen Ablehnung der Gesetze – der früheren Regierungen. Gerade unsere rechtsstehenden Marxisten warfen uns das vor. Ich

antwortete unseren Opponenten mit folgendem Zitat: „Meine Herren, was verstehen Sie denn unter Behauptung des Rechtsbodens? Die Behauptung von Gesetzen, die einer vergangenen Gesellschaftsepoche angehören, die von Vertretern untergegangener oder untergehender gesellschaftlicher Interessen gemacht sind, also auch nur diese, im Widerspruch mit den allgemeinen Bedürfnissen befindliche Interessen zum Gesetz erheben. Die Gesellschaft beruht aber nicht auf dem Gesetze. Es ist das eine juristische Einbildung. Das Gesetz muß vielmehr auf der Gesellschaft beruhen ... Die Gesetze verändern sich notwendig mit den wechselnden Lebensverhältnissen. Die Behauptung der alten Gesetze gegen die neuen Bedürfnisse und Ansprüche der gesellschaftlichen Entwicklung ist im Grund nichts anderes als die scheinheilige Behauptung unzeitgemäßer Sonderinteressen gegen das zeitgemäße Gesamtinteresse. Diese Behauptung des Rechtsbodens will solche Sonderinteressen als herrschende geltend machen, während sie nicht mehr herrschen; sie will der Gesellschaft Gesetze aufdringen, die durch die Lebensverhältnisse dieser Gesellschaft, durch ihre Erwerbsweise, ihren Verkehr, ihre materielle Produktion selbst verurteilt sind ... Diese Phrase vom Rechtsboden beruht entweder auf bewußtem Betrug oder auf bewußter Selbsttäuschung.“

Und was geschah? Es fanden sich viele Marxisten, die auch dieses Zitat für anarchistisch erklärten, und ich mußte ihnen das Geheimnis lüften, daß dieses Zitat der bekannten Rede von Karl Marx vor den Kölner Geschworenen wörtlich entnommen ist. Nein, wir sind keine Anarchisten, im Gegenteil wir messen den Gesetzen eine große, zuweilen vielleicht eine übermäßige Bedeutung zu, aber nur den Gesetzen der neuen Gesellschaftsordnung. Und diese Gesetze entsprechen ebensoweit den alten Gesetzen, wie die neue Ordnung mit der gestürzten oder sterbenden Ordnung in Einklang gebracht werden kann.

[240] „In jeder Gesetzessammlung finden wir zwei Arten von Vorschriften: Vorschriften, die die rein technische Seite des gegebenen Zweiges bestimmen, und daneben Vorschriften, die das Wesen und die Richtung der Tätigkeit festsetzen. Besonders deutlich zeigen es die Bände der Gesetzessammlung, die sich auf rein technische Fragen, wie zum Beispiel, Post und Telegraph, Verkehrswege usw. beziehen. Kein Gesetz kann die begrenzte Schnelligkeit des Eisenbahnverkehrs usw. ändern. Aber daneben gibt es Artikel, die die Eisenbahnpolitik der einen oder der anderen Ordnung bestimmen und die sofort geändert werden müssen, wogegen die rein technische Anleitung fast ohne Aenderung verbleiben und lediglich vereinfacht oder verkürzt wird, indem man sie vom überflüssigen Ballast an Ueberresten der bürokratischen Epoche befreit. Dasselbe können wir auch über die Gerichte sagen. Die Gesetze über die Zusammensetzung der Gerichte und die Bände des sogenannten materiellen Rechtes, die von den Gerichten zur Anwendung gebracht wurden, sind erbarmungslos verbrannt; aber die technischen Regeln des Verfahrens (auch der bürgerliche Jurist nennt sie die Gesetze des G e r i c h t s v e r f a h r e n s) können in allgemeinen Grundrissen in Kraft bleiben, wobei sie bloß ihre frühere bedingungslose Zwangsverpflichtung verlieren. Ich habe mich bereits dahin geäußert, daß es – meiner Ansicht nach – für uns keine einzige Formalität gibt, die aus rein technischen Erwägungen absolut obligatorisch wäre. Die künftige Ordnung des Gerichtsverfahrens wird überhaupt nur eine einfache Instruktion, Anleitung und ein Hilfsmittel bei Entscheidungen in Gerichtsfachen und nichts weiteres sein.

Anders steht es mit der Zusammensetzung der Gerichte und dem materiellen Rechte. Die Zusammensetzung der Gerichte muß dem Volke nahestehen und aus den Volksschichten hervorgehen. Wir erklären offen, daß solange die Einteilung der Menschheit in Klassen bestehen wird, das heißt bis zum endgültigen Siege der proletarischen Revolution, auch unsere Gerichte – K l a s s e n gerichte, jedoch Gerichte der Klasse der Werktätigen, d. h. der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung sein werden. Sie werden ebenso ein Mittel des Zwanges sein, aber nur des Zwanges für die Minderheit, sich der Klassengerechtigkeit der ungeheuren Mehrheit unterzuordnen. Der Aufbau der Zusammensetzung der Gerichte erwies sich unter diesen Verhältnissen für uns als die schwierigste Aufgabe. Besonders schreckte die Nicht-Juristen unter uns der Gedanke, daß nicht genügend Juristen, die den Ideen des Kommunismus einigermaßen sympathisch gegenüberstehen, vorhanden sein werden. Dieser Gedanke war vollkommen richtig und rechtfertigt sich in Wirklichkeit stärker, als sogar wir, die Urheber des Dekretes Nr. 1 über die Gerichte, es erwartet hatten. Aber uns, Kommunisten-Juristen, konnte

auch dieser Gedanke vom sofortigen Abbruch des alten Apparates nicht abhalten. Die Vereinfachung des Zivilrechts, d. h. des bürgerlichen Rechtes vollzieht sich vor unseren Augen und für uns war es klar, daß die gewöhnlichen Zivilverhältnisse für jeden einsichtigen Bürger und Nicht-Juristen, wie auch für den Juristen selbstverständlich sein müssen. Denn wir halten es für eine Sinnlosigkeit, von den Bürgern ein obligatorisches Sich-Unterordnen unter die Gesetze, die ihnen unverständlich sind, zu verlangen, und für die größte Heuchelei, von Gerechtigkeit in einem Staate zu sprechen, in dem die Kenntnis aller Gesetze (denn sich durch Unkenntnis zu entschuldigen, ist nicht gestattet) obligatorisch ist und dabei gleichzeitig diese Geseke so kompliziert sind, daß nur juristische Fachleute sie verstehen und richtig auslegen können.

[241] Wenn sich das schon auf das geschriebene Recht bezieht, so hat es für ein soeben entstehendes Recht eine stärkere Bedeutung. Was aber kann uns in dieser Beziehung der Jurist geben? Wenn er ein überzeugter, bewußter Kommunist ist, so besitzt er vor den übrigen Kommunisten den Vorzug von technischen Kenntnissen und Gewohnheiten. Sein Kopf ist wohl mit dem Ballast des alten Rechts überladen, aber wir wissen, daß es auch in den Köpfen der übrigen Bürger, um Goethes Worte zu gebrauchen, wie folgt aussieht:

„Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort."

Für die Schaffung des Rechtes der neuen Ordnung ist das Verständnis für die gegenseitigen Beziehungen der Menschen und die Fähigkeit, jeden einzelnen aus diesen Beziehungen resultierenden Streitfall richtig zu verstehen und aufzufassen, notwendig. Es könnte scheinen, daß hierzu der gesunde Menschenverstand eines mehr oder weniger zielbewußten Proletariers genügen würde. Indem wir von diesen Voraussetzungen ausgingen, wählten wir die Form des lokalen Volksgerichts mit einem ständigen Vorsitzenden und zwei oder mehreren Beisitzern, die nach Sessionen oder wochenweise wechseln.

Wir waren ursprünglich wohl der Ansicht, daß bei vollständigem Mangel irgend einer geschriebenen, technischen Anleitung es wünschenswert wäre, daß der Vorsitzende ein erfahrener Mann, ein Fachmann, wenn auch aus der Mitte der alten Richter sei, aber wir verlangten unbedingt neben ihm die w e c h s e l n d e Zusammensetzung der Beisitzer aus dem Proletariat. Die alten Juristen in den Zentren erschienen auf unsere Aufforderung nicht; eine solche Aufforderung enthielt der Artikel 2 des Dekretes; sie lautete: „die früheren Friedensrichter verlieren nicht das Recht, als lokale (Volks-) Richter gewählt zu werden, falls sie ihre Zustimmung dazu geben ". Und jetzt muß ich eingestehen, daß dies vielleicht gerade das neue Institut der Volksgerichte gerettet hat. Wir gingen davon aus, daß zwei wechselnde Beisitzer durch ihre gleichberechtigten Stimmen ihr revolutionäres Rechtsbewußtsein stets durchzuführen imstande sein werden. Jetzt, wo wir die Erfahrungen der Provinzen besitzen, müssen wir sagen, daß dort, wo viele alte fachmännische Praktiker gewählt wurden, die schöpferische Rolle der Volksgerichte auf dem Gebiete des Rechtes niedriger steht, als da, wo sie nicht vorhanden waren, – weil für den Kampf gegen einen erfahrenen Juristen der alten Ordnung eine sehr feste Haltung der Beisitzer notwendig ist und weil es einem Intellektuellen nicht schwer fallen wird, zwei wenig zielbewußte Arbeiter oder Bauern zu überzeugen. Die formale Seite der Urteilssprechung und des ganzen Verfahrens ist in erstem Falle wenigstens äußerlich besser, aber die Urteile wimmeln von Hinweisen auf verschiedene Artikel dieser oder jener Ordnung des Gerichtsverfahrens, die bekanntlich bei der großen Feuersbrunst am 25. Oktober 1917 „verbrannt" sind.

Wir sind an die uns interessierende Frage über die besondere Rolle der Gerichte in der proletarischen Revolution dicht herangetreten. Die alten materiellen Gesetze über die gegenseitigen Beziehungen der Bürger sind verbrannt, aber die aus diesen gegenseitigen Beziehungen resultierenden Streitigkeiten unter den Menschen werden fortgesetzt. Angenommen, daß wir schneller, als die große französische Revolution, deren bürgerliches Gesetzbuch erst zehn Jahre nach der Revolution und [242] nach dem Siege der Konterrevolution erschien, arbeiten, so werden dennoch Monate vergehen, ehe die neuen Gesetze geschrieben sein werden. Hierzu kommt noch, daß auch die gegenseitigen Beziehungen der Menschen während einer Uebergangszeit sich nicht durch Beständigkeit auszeichnen und man kann von einem Rechte der Uebergangsepoche nur mit bedeutenden Einschränkungen sprechen.

Wir sind gewiß von dem Gedanken Benthams, der zu Anfang des XIX. Jahrhunderts allen Völkern vorschlug, – Gesetzbücher abzufassen, die auch nicht einen Fetzen vom ungeschriebenen Gesetze übrig lassen würden, weit entfernt. Aber wir sind auch mit den englischen Juristen nicht einverstanden, die überhaupt gegen jede Kodifikation des bestehenden Rechtes sind, denn der englische Richter ist kein Bildner des Rechtes, sondern eher eine gewandter Jongleur, der mit Präzedenzfällen hantiert, die nur die Eingeweihten kennen und die aus der Praxis lebender und längst gestorbener Richter aus den verschiedenen Jahrhunderten stammen. Gewiß, ein Jongleur, der in dieser Richtung seiner Klasse treuergeben ist. Wir glauben, daß die Beziehungen der Menschen mit dem Sturze der alten Ordnung sich so vereinfachen, daß der Umfang der künftigen „Gesetzsammlungen", außer der technischen Gesetzbücher, die für verschiedene Spezialgebiete nötig sind, auch dem gewöhnlichen Bürger vollkommen zugänglich sein wird.

Uns scheint, daß gerade die Urteilssprüche der Volksrichter, die nach Möglichkeit von dem alten, geschriebenen Rechte frei und unabhängig sind, uns das wertvollste Material für das künftige Gesetzbuch geben werden. Mit Vergnügen lese ich diese äußerlich nicht besonders glänzenden Sammlungen über die Gerichtsverhandlungen der Volksgerichte. Ich finde dort sonderbare und mißratene Entscheidungen, aber bedeutend mehr stoße ich auf pulsierendes Leben nicht im Sinne der Begeisterung für Gewohnheitsrecht, als eine verschimmelte Volksweisheit, sondern im Sinne des richtigen Verständnisses für die entstehende neue Gesellschaftsordnung in allen ihren Einzelheiten. Unwillkürlich stellt sich der Vergleich ein mit den ersten Sammlungen der Dekrete unserer Arbeiter- und Bauernregierung, die nicht nur Schreib- und Druckfehler, sondern auch Widersprüche und andere Mängel der übermäßigen Eile in reichem Maße aufweisen. Und doch werde ich sagen, daß die Sammlung der Dekrete während des ersten Halbjahrs mit allen ihren Mängeln die jahrhundertlange Arbeit der gesamten russischen Gesetzgebung aufwiegt.

Die schöpferische Arbeit der Gerichte auf dem Rechtsgebiete kann mit voller Deutlichkeit sich nur in der proletarischen Revolution, zeigen. Aber man muß eingestehen, daß auch die juristische Theorie sich in derselben Richtung bewegt. Wenn unsere Volksgerichte die elementare Forderung stellen, daß ihnen selbst die Festsetzung des Strafmaßes für jedes gegebene Verbrechen oder Vergehen überlassen wurde, und die Gesetze nur die Arten der Verbrechen und der Strafen im allgemeinen bestimmen, so finden wir genau dieselbe Forderung auch in der Theorie des Kriminalrechtes, die „die Unabhängigkeit der Gerichte vom Gesetze in der Frage über das Strafmaß und sogar über die Art der Strafe" predigt. Dieselbe Strömung besteht auch in der soziologischen Schule des Zivilrechtes, für die das gültige Recht „ein System real wirkender Regeln des öffentlichen Lebens, unabhängig davon, inwieweit es im Gesetze ausgedrückt ist", darstellt, denn neben den Gesetzen in einer be-[243]liebigen bürgerlichen Gesellschaft bestehen Kartell-, Tarif- und andere Vereinbarungen zwischen den beteiligten Personen, die mindestens ebenso gültiges Recht, wie auch ein beliebiges Gesetz vorstellen.

Auch in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft stoßen wir auf die schöpferische Rolle der Geschichte auf dem Rechtsgebiete. Jahrhunderte vergingen, während deren die Staatsgewalt ihre schöpferische Rolle auf dem Rechtsgebiete ausschließlich durch die Gerichte ausübte. Nicht der römische Prätor allein schuf das Recht, sondern der Richter war überhaupt zeitweise auch der erste Gesetzgeber. Ja, in der Morgenröte der bürgerlichen Gesellschaft schuf der Richter das neue bürgerliche Recht auf dem Wege der Reception, der Entlehnung und der Wiederherstellung des einst bestandenen (zum Beispiel, des römischen) Rechtes, wogegen das Volksgericht der neuen kommunistischen Ordnung nirgends entlehnen kann. Jede Entlehnung bei ihm bedeutete die Rückkehr zum Alten, zur bewußten oder unbewußten Konterrevolution. Und wenn man mich fragen würde, welch ein Sinnbild ich für die Verewigung des Volksgerichtes vorschlage, so wird es selbstverständlich nicht die Göttin mit verbundenen Augen und dem Schwerte in der Hand sein, diese Bestie der bürgerlichen Justiz mit den humanen Phrasen im Munde, sondern der Arbeiter-Denker von Rodin.

Gerade die Gestalt des „Denkers" von Rodin – diese Wiedergabe des qualvoll intensiven Gedankens – stellt die ganze unglaubliche Schwierigkeit der Aufgabe des neuen Volksgerichtes richtig dar. Auf dem Gebiete des Rechtes und des Gesetzes gelten für unsere ganze Generation Goethe's Worte über die unglücklichen Enkel, die unter der Erbschaft der ewigen Krankheit des Gesetzes und Rechtes leiden:

„Vernunft ward Unsinn, Wohltat Plage,
Weh dir, daß du ein Enkel bist.“

Aber das bezieht sich in noch stärkerem Maße auf das Proletariat, das soeben erst erwacht, erst zu Bewußtsein kommt, vorläufig aber „sich in der traditionellen Ideologie bewegt und geistig sich von den Ueberbleibseln der Bourgeoisie nährt.“ Um ohne Voreingenommenheit über die gegenwärtigen Beziehungen der Bürger der kommenden Ordnung entscheiden zu können, muß das Proletariat eine zweifache Arbeit leisten: nicht allein bestimmte Kenntnisse der allgemeinen Bildung erwerben, sondern auch seinen Kopf von der bürgerlichen Denkweise säubern. Dazu ist eine bestimmte Schule notwendig. Und nicht allein für den Proletarier, sondern auch für den Weggenossen aus den geistigen bürgerlichen Kreisen, der mit ihm zu marschieren einverstanden ist, aber dessen Verstand noch mehr von der Ideologie der Vergangenheit gefangen genommen ist. Ich bin weit entfernt, irgend einem von den bürgerlichen Intellektuellen daraus einen Vorwurf zu machen. Sie sind an ihrer bürgerlichen Klassen-Vergangenheit ebenso wenig schuld, wie an der Farbe ihrer Haare oder an der Form ihrer Nase.

Diesen Einwand habe ich bei meinem Eintreten für die sozialistische Akademie der Gesellschaftswissenschaften geltend gemacht, trotz einiger Punkte in ihren Statuten, mit denen ich nicht einverstanden bin. Diese Akademie soll das Zentrum der Verbreitung der kommunistischen Weltanschauung und der Ausrottung der bürgerlichen Denkart werden. Und insofern sie eine Beziehung zum Volksgerichte hat, wird sie lediglich eine Weiterentwicklung des Gedankens sein, den wir auf den Vorschlag des Genossen Lenin in der Anmerkung zu Punkt 5 unseres [244] Dekretes Nr. 1 über die Gerichte hinzugefügt haben und laut dem das Volksgericht sein revolutionäres Rechtsbewußtsein mit dem Satze, daß „alle Gesetze, die den Programm-Minima der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Partei der Sozialisten-Revolutionäre widersprechen, als aufgehoben anerkannt werden“, in Einklang bringen muß. Diese Anmerkung haben unsere Taugenichtse viel bespöttelt, aber mich dünkt, ich brauche – sechs Monate nach dem Erscheinen des Dekretes – zur Verteidigung dieser Anmerkung, deren Idee ich mir vom ersten Augenblick ihres Auftauchens ganz zu eigen gemacht habe, nichts zu sagen. Für die neue Akademie, als gleichzeitige ideelle Leiterin unseres Volksgerichtes in seiner schöpferischen revolutionären Rolle auf dem Rechtsgebiete, erhält die oben angeführte Anmerkung 5 des Dekretes über die Gerichte eine stärkende Bedeutung. Das Grundstatut der neuen Akademie ist nicht das Programm-Minimum allein, sondern das ungeteilte Gesamtprogramm der kommunistischen Partei.

Ich kann selbstverständlich nicht hoffen, daß ein mehr oder weniger bedeutender Teil der Volksrichter der ersten Periode den Kursus dieser Akademie durchnehmen kann. Die positive Aufgabe der neuen Akademie steht jedoch außer jedem Zweifel. Und ich setze noch größere Hoffnungen auf die allgemein zerstörende Arbeit, die sie in den Köpfen der breiten Massen vollbringen wird, indem sie den Arbeitermassen ihre wirklichen Klasseninteressen erklären und den Widerspruch dieser Interessen mit der ganzen bürgerlichen Ideologie durch schlagende Beispiele aus dem Leben und der Wissenschaft vor ihren Augen demonstrieren wird.

Die hauptsächliche Zusammensetzung der Volksgerichte, mit ihren ständig wechselnden Beisitzern, betrifft allerdings einen kleinen Teil der breiten Massen. Und doch ist eine enge Mitwirkung aller revolutionären Kräfte bei der aufbauenden Arbeit auf dem Gebiete des Rechtes nur allein durch die Volksgerichte und in der proletarischen Revolution möglich.

*

Ein Aufruf der Kommunistischen Internationale zum Frieden von Versailles.

Nieder mit dem Frieden von Versailles!

Es lebe die kommunistische Revolution!

An die Werktätigen der ganzen Welt.

Die Regierungen, die vor fünf Jahren den Räuberkrieg begonnen haben, versuchen jetzt, ihn mit einem Raubfrieden abzuschließen. Die englische, französische, amerikanische Bourgeoisie haben in Versailles den Vertretern der deutschen Bourgeoisie die sogenannten Friedensbedingungen eingehändigt. Versailles wird zu einem neuen Brest. Jeder Punkt des Versailles-Friedens wird zu einer neuen Schlinge für die Erdrosselung dieses oder jenes Volkes.

Die Bosheit und Rachgier der imperialistischen Bourgeoisie, der siegreichen Verbündeten, kennt keine Grenzen. Die Gründung der „Liga der Nationen“ proklamierend, versucht die anglo-französische und amerikanische Bourgeoisie dem Willen aller Europa bevölkernden Nationen Hohn zu sprechen. Die Bourgeoisie der Entente-Länder versucht, Deutschland zu zerstückeln. Von Deutsch-[245]land wird eine ganze Reihe von Territorien abgetrennt, man will Deutschland der Kohle, des Korns berauben, man nimmt Deutschland seine Handelsflotte, man will Deutschland zwingen, eine Kontribution von schwindelerregender Höhe zu bezahlen. Die Bourgeoisie der Entente-Länder, die in Worten angeblich gegen die Annexion fremder Länder Krieg führte, vollzieht jetzt eine Reihe der gröbsten, zynischsten Annexionen. Mit den Kolonien, die früher Deutschland gehörten, wird jetzt gehandelt, wie mit Vieh. Die Entente hat sich mit einem großen Messer bewaffnet und viviseziert den Körper Deutschlands.

Aber die räuberischen Friedensbedingungen, die Deutschland zu Versailles diktiert werden, bilden nur ein Glied im der Kette der Vergewaltigung, welche von den Imperialisten der Entente-Länder geübt werden. Im selben Augenblick, wo diese Imperialisten bestrebt sind, Deutschland zu verkrüppeln und zu erdrosseln, führen sie auch einen Henkerfeldzug gegen die Räte-Republik Ungarn.

Die französischen und englischen Bourgeois sind auch die Hauptanstifter der rumänischen Bojaren, welche jetzt ihre weißgardistischen Truppen gegen unsere Brüder, die Arbeiter Ungarns, führen. Sie, die Vertreter der aufgeklärten französischen und englischen „Demokratien“, inspirieren auch jene Pogromhelden, welche ihre vertierten Banden auf das rote Budapest loslassen.

Sie sind es ebenso, die das russische schwarze Hundert, die Koltschaks, Denikins, Krassnows, in ihrem Kampfe gegen die russischen Arbeiter und Bauern anfeuern; sie, die anglo-französischen Bourgeois, haben auch die von Noske, Ebert und Scheidemann geführten deutschen Weißgardisten angestiftet, die bayerische Räte-Republik zu zertreten. Die Imperialisten der Entente-Länder haben der Regierung Scheidemann die direkte Bedingung gestellt: zuerst die Räte-Gewalt in München zu zertreten.

Sie sind es, die anglo-französischen Bankiers und Generäle, die jetzt auch die revolutionären Truppen in Bulgarien entwaffnen. Sie sind es, die die revolutionäre Bewegung der Volksmassen in Serbien und Slavonien ersticken.

Internationale Gendarmen – das sind die anglo-französischen und amerikanischen Imperialisten, die sich für Vertreter der Welt-„Demokratie“ ausgeben.

Alle Illusionen sind zerstört. Die Masken sind gefallen. Jene, welche der endlose, schreckliche imperialistische Krieg noch nicht klüger gemacht hat, muß der imperialistische Friede, mit dem man jetzt von Versailles aus die Menschheit beglücken will, belehren. Die Regierungen, die im Laufe von vier und einem halben Jahr ihren Völkern vorlogen, daß sie den Krieg für die „Selbstbestimmung der Nationen“, für die Unabhängigkeit der kleinen Völker, für „Freiheit und Kultur“, für die „Demokratie“, führten, diese Regierungen sind jetzt als Henker der Henker, als wütige Sklavenhalter, die niemand schonen, enthüllt.

Das Märchen von der Liga der Völker verblüht, bevor es Zeit gehabt hat aufzublühen. Nach den Versailler Friedensbedingungen wird es nicht gelingen viele Arbeiter mit der Völkerliga zu ködern. Die Völkerliga, an deren Wiege der Schlächter Clemenceau steht, ist vor der ganzen Welt als **Räuber-Liga** entlarvt, welche die vielen Millionen der Werktätigen Europas ans Kreuz schlägt.

Der Versailler Friede legt sich mit seiner ganzen Last in erster Linie auf die Arbeiterklasse Deutschlands.

Wenn der Versailler Frieden eine gewisse Dauer haben sollte, so würde das bedeuten, daß die Arbeiterklasse Deutschlands unter dem Doppeljoche der eigenen Bourgeoisie und dem der fremdländischen Sklavenhalter zu stöhnen hätte.

Es erübrigt sich zu sagen, daß die Sympathien der Kommunistischen Internationale, die Sympathien der ehrlichen Arbeiter der ganzen Welt auf Seiten der deutschen Arbeiterklasse liegen. Die kommunistischen Arbeiter aller Länder werden die Versailler Friedensbedingungen als einen Schlag **gegen** [246] **das internationale Proletariat** aufnehmen, als ein Attentat, das abzuwenden nur mit den vereinten Kräften der Proletarier aller Länder möglich ist.

Die gegenwärtige deutsche Regierung, die mit Worten gegen den Versailler Frieden Protest erhebt, hilft in der Tat den Imperialisten der Entente, ihren teuflischen Plan in bezug auf die deutsche Arbeiterklasse auszuführen. Der Henker Clemenceau besitzt in Deutschland keine treueren Diener als Scheidemann und Ebert. Die Partei Scheidemanns und Eberts tanzt vom ersten Augenblick der deutschen Revolution gehorsam nach der Pfeife der Entente-Imperialisten. Auf Anstiften von Clemenceau schickten und schien Scheidemann und Ebert weißgardistische Truppen gegen Sowjetrußland. Den Entente-Imperialisten zu Gefallen haben die von Ebert und Scheidemann geführten Sozialdemokraten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gemordet und unterdrücken mit Feuer und Schwert die große Bewegung der deutschen Arbeiter, die auf die Eroberung der Rätegewalt gerichtet ist. Die Aufträge der Londoner und Pariser Börse ausführend, hat die Regierung Scheidemann bereits nicht mehr als ein Zehntausend kommunistischer Arbeiter Deutschlands vertilgt. Jedesmal, wenn die Wogen der Arbeiterbewegung in Deutschland besonders hoch gingen, bereit die Regierung der sozialdemokratischen Verräter hinwegzuspülen, schreckten Scheidemann und Ebert die verhungerten Arbeiter damit ein, daß, im Falle die Rätegewalt in Deutschland konstituiert werden sollte, die Ententemächte dem deutschen Volke das Brot versagen würden.

Das Zentralkomitee der Scheidemannschen sozialdemokratischen Partei behauptet in seinem den Versailler Frieden betreffenden Aufruf, daß die Versailler Lektion „den besten Beweis für die Richtigkeit der von der deutschen Sozialdemokratie in der Frage der Vaterlandsverteidigung eingenommenen Stellung“ darstelle.

„Sozialisten aller Länder, habt ihr schließlich unsere Handlungsweise während des Krieges begriffen“ – so läßt Scheidemann im Aufruf seine Stimme ertönen,

O ihr Heuchler, o ihr Zyniker!

Zwei Diebe stürzten sich im Jahre 1914 auf ein und dieselbe Beute. Einer der Diebe hatte mehr Erfolg. Dieser Einbrecher schleppte nicht nur jene ganze Beute davon, auf welche sein Konkurrent Anspruch erhob, sondern steckte seine Hand auch noch in die Tasche seines Rivalen. Da macht der andere Dieb, gekränkte Unschuld im Gesicht, aus der Not eine Tugend, und wendet sich an die ganze Gemeinde mit dem Aufruf: Ihr seht, das Betragen meines Gegners hat die Richtigkeit meiner Taktik endgültig bewiesen; werdet ihr auch jetzt nicht begreifen, daß wir, Scheidemänner, reiner sind, als der Alpenschnee ...

Die Versailler Friedensbedingungen haben den ehrlichen Arbeitern etwas ganz anderes gezeigt. Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt geben sich vorzüglich Rechenschaft darüber, daß, wenn der Krieg mit dem Siege der deutschen Imperialisten geendet hätte, diese ebenso schonungslos gegen die Besiegten gewesen wären, wie ihre Gegner es eben sind. Und dann hätten sicherlich die Hendersons und Renaudels dieselben falschen Phrasen gebraucht, wie die Scheidemanns und Noskes es heute tun.

Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß, solange der Imperialismus, und sei es auch nur in einem Lande, noch lebt, auch Gewalt und Raub leben. Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß der Imperialismus jeder beliebigen Koalition gleich habgierig ist. Mit welchen „demokratischen“ Feigenblättern der Imperialismus sich auch bedecken möge, er bleibt die Verkörperung von Barbarei und Blutgier.

Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß die Sozialpatrioten aller Länder endgültig und für immer zu Lakaien der Bourgeoisie geworden sind. Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, wie miserabel die Träume der Parteigänger der Berner gelben „Internationale“, (im besonderen [247] die Kautskys und seiner Freunde), von der „Desarmierung“ **unter Beibehalt des Kapitalismus**, von der gütigen, wohlwollenden Liga der Völker unter Wilsons Obhut sind. Die Versailler Friedensbedingungen haben gezeigt, daß die Bourgeoisie selbst den Arbeitern aller Länder nur einen Weg gelassen hat – den Weg der Weltrevolution, den Weg über die Leiche des Kapitalismus.

Arbeiter Frankreichs! Arbeiter Englands! Arbeiter Amerikas! Arbeiter Italiens! – An euch wendet sich die Kommunistische Internationale. Von euch hängt jetzt in erster Linie das Schicksal von Millionen von Arbeitern Deutschlands und Oesterreichs ab. Ihr müßt jetzt euer Wort sprechen. Ihr müßt den blutigen Händen eurer Regierungen das räuberische Messer entreißen, das sie über den Köpfen der deutschen und österreichischen Arbeiterklasse schwingt. Ihr müßt zeigen, daß die Lehren des fünfjährigen Gemetzels für euch nicht verloren gegangen sind. Auch nicht für einen Augenblick dürft ihr vergessen, daß der Sieg der Entente-Imperialisten über die deutsche und österreichische Arbeiterklasse den Sieg über euch bedeutet, den Sieg über die Arbeiter aller Länder, den Sieg über den Sozialismus. Ihr haltet jetzt am meisten das Schicksal des internationalen Sozialismus in eurer Hand. Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt blicken mit Zuversicht auf euch. Und wir sind gewiß, daß ihr eure Pflicht, allen Ratschlägen der französischen Scheidemanns zum Trotz, tun werdet.

Arbeiter Deutschlands! Arbeiter Oesterreichs! – Jetzt seht ihr, daß ihr keine andere Wahl habt, als unverzüglich die Regierung von Verrätern, die sich Sozialdemokraten nennen, tatsächlich aber niedrige Agenten der Bourgeoisie sind, zu stürzen. Ihr seht jetzt, wozu euch die Politik Scheidemanns und Noskes geführt hat. Ihr seht, daß eure einzige Hoffnung die proletarische Weltrevolution ist.

Aber diese proletarische Revolution hemmen die Scheidemanns und Eberts aus allen Kräften. Wenn die Scheidemanns und Noskes in eurem Namen sich mit einem Aufruf an das internationale Proletariat wenden, werden sie keinen anderen Widerhall finden, als Verachtung.

Die Leute, die auch nicht ein Wort des Protestes gegen die Erdrosselung des Räte-Ungarn durch Gutsbesitzertruppen fanden, die Leute, die bei Libau auf Seiten der deutschen Barone gegen die lettischen Arbeiter und Knechte kämpfen, die Leute können nicht auf die Unterstützung des internationalen Proletariats rechnen. In eurem Namen dürfen jetzt nicht Graf Brockdorf von Rantzau, nicht der Verräter Landsberg, nicht die Henker Noske und Scheidemann sprechen. Solange die jetzige deutsche Regierung am Ruder steht, bleibt der Streit zwischen Berlin und Paris nur ein Prozeß zwischen der Bourgeoisie zweier Koalitionen. Die ganze Gewalt in eurem Lande muß schneller in die Hände der Arbeiter-Räte übergehen. In eurem Lande müssen die kommunistischen Arbeiter die Stimme erheben.

Dann, und nur dann, könnt ihr euer Land retten, könnt ihr auf vollsten Beistand von Seiten der Proletarier aller Länder rechnen.

Die Zeit der Schwankungen ist vorüber. Jetzt ist es bereits jedem von euch klar, daß es schlimmer nicht werden wird, daß die Regierung der Sozialverräter euch an den Rand des Verderbens geführt hat.

Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs! Wisset: Die Proletarier aller Länder werden nicht der deutschen offiziellen Sozialdemokratie Glauben schenken, die kein Wort des Protestes im Augenblick gefunden hat, wo die Regierung Wilhelm Hohenzollerns Sowjet-Rußland den Brester Frieden aufzwang.

Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs! Wisset: Wenn der Brester Frieden, der Rußland im Jahre 1918 aufgezwungen wurde, so schnell ein Ende nahm, so geschah es deshalb, weil die russischen Arbeiter und Bauern die Regierung der Bourgeoisie und der Sozialverräter stürzten und die Gewalt in ihre Hände nahmen. Nur dadurch gelang es den russischen Arbeitern, das Vertrauen und die Sympathien der Proletarier aller Länder sich zu erobern. Nur dank diesem Umstande gelang es ihnen, verhältnismäßig bald die Brester Schlinge zu zerreißen.

[248] **Die proletarische Weltrevolution** – das ist die einzige Rettung der unterdrückten Klassen der ganzen Welt.

Die Diktatur des Proletariats und die Konstituierung der Räte-Gewalt – das ist der einzige Entschluß aus der Versailler Lektion für die Proletarier der ganzen Welt.

Solange der Kapitalismus lebt, kann es keinen dauernden Frieden geben. Der dauernde Friede wird auf den Trümmern der bourgeoisen Ordnung geschaffen werden.

Es lebe der Aufstand der Arbeiter gegen ihre Unterdrücker! Nieder mit dem Versailler Frieden, **nieder mit dem neuen Brest! Nieder mit der Regierung der Sozialverräter!**

Es lebe die Räte-Gewalt in der ganzen Welt!

Der Präsident des Exekutiv-Komitees
der Kommunistischen Internationale
G. S i n o w j e w .

13. Mai 1919.

*

Die 3. Internationale zur Luzerner Konferenz.

Resolution der 3. Internationale vom 4. Juli 1919.

Das Exekutivkomitee der 3. kommunistischen Internationale hat in einer Sitzung, in der die Frage der Luzerner Konferenz der gelben Sozialisten besprochen wurde, folgenden Beschluß gefaßt:

Da die Berner Konferenz die gelbe Internationale als Agentur des verbrecherischen Völkerbundes entlarvt hat, da die Parteien, die zu dieser Internationale gehören, im besten Falle die Revolution bremsen, im schlimmsten Falle aber schmählichen Verrat an der Arbeiterklasse üben, da ferner die Luzerner Konferenz durch Kompromisse versuchen wird, des zusammenbrechenden Kapitalismus letzte Stütze zu sein, – so sind alle Parteien, die der 3. Kommunistischen Internationale angehören, verpflichtet, die Luzerner Konferenz zu boykottieren und eine Campagne zur Kennzeichnung ihrer wahren Rolle gegen sie zu unternehmen.

Der Vorsitzende **Sinowjew**.

Die Internationale
Jahrgang 1, Ausgegeben am 1. September 1919, Heft 13/14

Was weiter?

Δ Berlin, 29. August 1919.

Die revolutionäre Krise, die jetzt Europa durchmacht, ist der Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus. Sie ist ein Vorgang, der aus wirtschaftlichen Gründen kommt, der nach wirtschaftlichen Zielen geht und der zu seiner Vollendung sich des politischen Mittels bedient. Dieses politische Mittel ist keine Schrulle von ein paar „Parteibonzen“, die das „Parteiinteresse“ über das Interesse des „revolutionären Proletariats“ stellen, sondern die politischen Mittel sind dem Proletariate dadurch aufgedrängt, daß ja auch die Bourgeoisie das Proletariat beherrscht nicht kraft des ökonomischen Verhältnisses des Kapitalismus, sondern daß die Bourgeoisie sich des politischen Mittels – des Staates oder, sozialdemokratisch-unabhängig ausgedrückt, des „Vaterlandes“ – bedient, um das ökonomische Ausbeutungsverhältnis zu einem dauernden Macht- und Herrschaftsverhältnis auszubauen. So muß das Proletariat, ob es will oder nicht, politisch kämpfen: es muß Natur durch Natur überwinden.

Dieser politische Kampf hat – das ist nicht zu leugnen – für das Proletariat eine gewisse Gefahr. Leicht setzt sich in den Köpfen der Gedanke fest, als sei dieser politische Kampf das Ein und Alles der proletarischen Revolution. Wir meinen das nicht einmal in der Karikatur, in der die Ebert-Scheidemannschen „Sozialdemokraten“ das verstehen. Die meinen, wenn Herr Ebert Präsident des deutschen Reiches, Herr Bauer Ministerpräsident und der Weimarer Stall mit 150 Stück feistesten Stimmviehes bestellt sei, an die Mauer plakatieren zu können: „Das ist der Sozialismus“. Wir meinen das viel ernster. Wir meinen damit das, das auch in weiten Kreisen unserer Partei geglaubt wurde: der äußere Kampf um die politische Macht, das Ringen um die tatsächliche Gewalt im Staate, das sei die Revolution. Aus dieser höhst äußerlichen Auffassung vom Wesen der Revolution ergibt sich beides, was unsere Partei bewegt: die Ueberschätzung jenes politischen Kampfes früher, die Ueberschätzung des rein wirtschaftlichen Kampfes jetzt.

In allen Staaten, in denen bisher die proletarische Revolution zum Durchbruch kam, knüpfte sie an das politische und militärische Debâcle der Bourgeoisie. Unter den Schlägen von außen brach die Bourgeoisie zusammen und als unmittelbare Folge dieses Zusammen-[250]bruches erhielt das Proletariat einen gewissen Einfluß. Von der Machtergreifung in diesem ersten Augenblick des Zusammenbruches der Bourgeoisie war das Proletariat in allen in Betracht kommenden Ländern gleichermaßen weit entfernt und das Geschick der Revolution entschied sich erst in den Monaten, die jenem Zusammenbruch folgten.

Die drei Beispiele, die die Geschichte der letzten Jahre bietet, sind Musterbeispiele.

In Rußland ward in der Schwebezeit planmäßig die Macht des Proletariats ausgebaut. Nicht dadurch, daß das Proletariat sich mit den Kerenskischen Instanzen herumzankte um die Bezahlung und die Unterbringung des Petersburger Arbeiterrates – es blieb den Unabhängigen und Richard Müller überlassen, darin das Wesen des revolutionären Kampfes zu sehen – sondern dadurch, daß die Bolschewiki im schärfsten politischen Kampfe gegen alles sozialpatriotische und menschewistische – in Deutschland Unabhängige geheißen – Gelichter die Seelen der Proletarier mit dem Geiste des Bolschewismus, mit kommunistischem Geiste erfüllten. So geschah es, daß bei einer neu einsetzenden Krise das Proletariat reif und entschlossen war zur Machtergreifung, weil es einig war und einig war deshalb, weil nicht Führer die Einigung beschlossen hatten, sondern weil alle Proletarier Bolschewiki geworden waren. Gegenüber dieser wichtigsten, weil die Grundlage für alles weitere bildenden Entwicklung sind alle anderen Geschehnisse der russischen Schwebezeit, der Monate März bis Oktober 1917, nur Ereignisse zweiten Ranges. Ereignisse wie der Juliputsch in Petersburg, wie die Kongresse in Moskau und Petersburg, wie die Kornilowaffäre verschwinden, aus der Distanz gesehen, völlig neben jener geradlinigen, planmäßigen, organischen Entwicklung, die das russische Proletariat in diesen Monaten durchmachte: die Entwicklung hinauf zum Kommunismus.

Politisches Ereignis, wirtschaftlicher Kampf, politische Wandlung des Proletariates: das war in Rußland alles ebenmäßig. Die Frucht, die das russische Proletariat im November pflückte, hatte die Blüte des Frühlings, die Hitze des Sommers, das Gilben des Herbstes gesehen: sie war reif.

In Ungarn nahm die Entwicklung einen anderen Lauf. Auch dort begann die Revolution zunächst mit einem Kollaps der Bourgeoisie. Wo in Rußland der demokratische „Sozialist" Kerenski, da dokterte in Ungarn der „sozialistische" Demokrat Karolyi an ihrem kranken Leib herum. In Ungarn aber geschah es nun, daß die Bourgeoisie – als sie der Friedensbedingungen ansichtig ward – einen zweiten Kollaps erhielt, ehe das Proletariat jene Wandlung vom „unbewußten" Sozialismus zum bewußten und klaren Kommunismus durchgemacht hatte.

Hier eilte der Zusammenbruch der Bourgeoisie der Auferstehung des [251] Proletariats voraus. Das Proletariat hätte die Gelegenheit, zur Macht zu greifen, als es mit seiner Toilette erst halb fertig war: der Erfolg hat über die Richtigkeit der Taktik geurteilt.

Und wieder in anderer Folge ging es in Deutschland zu. Auch dort begann es mit dem Zusammenbruch der Bourgeoisie aus Gründen, die außerhalb des Proletariates, die bei Clemenceau, Lloyd George und insbesondere bei Foch lagen. Die Bourgeoisie fiel, das Proletariat stand und ging nun, wie in Rußland, wie in Ungarn, in den Schwebezustand der Revolution, in deren kritische Epoche hinein. Die Entwicklung, die die deutsche Revolution in dieser Zeit nahm, ist eher der russischen als der ungarischen zu vergleichen. Auch sie verlief gradlinig, planmäßig und organisch nur freilich in ganz genau entgegengesetzter Richtung als die russische.

In Rußland Kräftigung des Proletariates und Schwächung der Bourgeoisie, in Deutschland Kräftigung der Bourgeoisie und Schwächung des Proletariats, in Rußland Besetzung einer Position nach der anderen durch das Proletariat, in Deutschland Räumung einer Position nach der anderen, in Rußland organische Fortentwicklung des Proletariats zum Kommunismus: in Deutschland noch immer die Massen wie Buridans Esel zwischen den Heubündeln Kautskys und Däumigs hin- und herschwankend und nicht sehend, daß Kautskys Heubündel schon stinkt und das Däumigsche nicht Heu ist, sondern höchstens Kriegs-„Kraftfutter".

So müssen wir ganz klar erkennen: jene Periode, in der das Proletariat sich unter günstigeren Bedingungen und in rascherem Schritt den Kranz holen konnte, weil die Bourgeoisie unter äußeren Einwirkungen zusammengebrochen dalag, ist vorüber. Der Teil der Revolution ist beendet und wir datieren das Ende dieser Epoche nicht auf den Tag, an dem Herr Ebert den Finger hob und schwor, sondern auf den Tag, da die Unabhängigen der Bourgeoisie aus dem Fangeisen des Versailler Friedens halfen. Ihnen gebührt aller Dank und alle Lobpreisung von seiten der Bourgeoisie: die Dienste, die die Unabhängigen der Bourgeoisie geleistet haben vom 9. November bis zum 21. Mai wiegen schwerer als alle Nosketaten und alle Scheidemannmanöver.

Jedem ist klar: das ist ein Wendepunkt der Revolution. Ist damit die Revolution zu Ende? Wann geht sie weiter? Wie geht sie weiter?

Zunächst das eine: die Revolution ist nicht zu Ende. Wenn der furchtbare Schlag, den die gegnerische Kriegsmaschine der russischen, ungarischen, deutschen Bourgeoisie aufs Haupt gab, die einzige Ursache der Revolution wäre, dann wäre freilich Schluß. Denn von diesem Schlag, aus dieser Betäubung ist die deutsche Bourgeoisie erwacht. Aber wie sie eben erwacht, sieht sie, daß diese ihre Krankheit die geringere war. Denn wie sie sich jetzt wieder erheben will, merkt sie, daß sie dem tödlichen Siechtum verfallen ist deswegen, weil ihre ganze Wirtschaftsordnung ein [252] Trümmerhaufen geworden ist, vor dem sie rat- und hoffnungslos steht. Jetzt erst sieht sie, wie der wirtschaftliche Zusammenbruch ihr Tod ist: der hat ihr die Brust geöffnet und Tag für Tag kommen die Geier, um ihr ein Stück des Eingeweides aus dem blutigen Leibe zu reißen.

Damit hat nun die Revolution alles Zufällige abgestreift: sie ist ganz unverhüllt die Revolution der Proletarier gegen die Kapitalisten geworden und in Deutschland sind jetzt ganz genau die gleichen Kräfte, die zur Revolution treiben, tätig, die in Frankreich, in England tätig sind, wo ja die Bourgeoisie niemals jenen Schlag aufs Hirn erhalten hat von einer fremden Kriegsmaschine und wo doch die

Revolution kommt. Oder im jetzigen Ungarn, wo die Bourgeoisie mit fremder Hilfe das Proletariat aus der Macht verdrängte und wo trotzdem die Revolution weiter geht.

Die deutsche Revolution ist nicht erledigt: sie ist heute nur mehr als bisher eingebettet in die gesamte Weltrevolution, sie steht heute auf einer Stufe mit der englischen, französischen und wenn ihr die Möglichkeit ist, noch einmal diesen Proletariern voranzueilen, so deswegen, weil der wirtschaftliche Zusammenbruch heute in Deutschland schon weiter vorangeschritten ist und nach aller Voraussicht schwerer wird als in den Ländern der bisherigen Entente.

Die einen also, die, glauben, mit der Revolution sei es zu Ende, sind nur mit ihrem kleinen Glauben zu Ende.

Nun kommen aber die andern und sagen, die ganze Revolution müsse sozusagen auf einen neuen Karren geladen werden. Weil das bisher eine politische Revolution gewesen sei und weil jetzt die „wirtschaftliche Revolution" „begonnen" habe, müsse man nach neuer Taktik, neuen Methoden, mit neuen Organisationen in den Kampf eintreten. In jeder neuen Situation stehen sie den Sternguckern ähnlich da und glauben, wenn sie irgend eine Erscheinung des politischen Kampfes auf eine allgemeine Formel gebracht haben, neue Ewigkeitswerte entdeckt zu haben. Und doch sind die fixen Sterne, die sie so gefunden zu haben glauben, in Wirklichkeit nur fixe Ideen.

Also: wir stehen jetzt in der „wirtschaftlichen Revolution". Und weil wir in der wirtschaftlichen Revolution stehen, ist jetzt mit einem Schlage die Politik und die politische Partei nichts und die Gewerkschaft alles. Das heißt beileibe nicht die alte Gewerkschaft. Die ist verrottet, ist ihrem System nach falsch und die Jagd beginnt nach neuen „wirtschaftlichen Organisationsformen", die den Kampf führen sollen. „Die Organisationsform ist alles."

In Wirklichkeit endigen all diese originellen Geister auf höhst unoriginelle Weise. Mit einem anderen Lätzchen umgebunden gehen sie ins Kloster dahin, wo auch die Syndikalisten gehen: wo man allein die stilleren Freuden des Lebens genießt und wo nie und nimmer das hin-[253]kommt, was für die politische Geschichte das entscheidende ist: die proletarische Masse.

Was heißt „wirtschaftliche Revolution"? Es ist nichts anderes als die Fortführung der politischen Revolution, des politischen Befreiungskampfes des Proletariates – nicht einmal mit andern Mitteln, sondern mit einem Mittel, das nicht erst seit heute d a s politische Kampfmittel des Proletariates ist: mit dem Streik. Der Unterschied zwischen dieser und der früheren Epoche der Revolution ist nur der, daß früher neben dem wirtschaftlichen auch andere Mittel dem Proletariat zur Verfügung standen – es ist ein besonderer Reiz, daß ein großer Teil derer, die jetzt nur noch das wirtschaftliche Mittel kennen, früher ebenso borniert nicht die, sondern nur e i n politisches Mittel kannten – daß zeitweilig diese anderen Mittel im Vordergrund standen und daß jetzt das wirtschaftliche Mittel im Vordergrund steht und daß neben diesem wirtschaftlichen Mittel auch heute noch, freilich sehr zurückgedrängt, dem Proletariat andere Mittel außer dem wirtschaftlichen zur Verfügung stehen.

Was ist der Sinn dieser ganzen Aenderung? Daß nun allerdings die wirtschaftliche Waffe, der Streik, befreit werden muß von allem Staub und Rost, der ihr bisher die Schärfe nahm. Wir wissen alle, worin der Rost besteht, wir wissen, wie die Gewerkschaftsbürokratie selbst blankes Eisen zerfressen hat und wir müssen das ändern.

Da gehen nun gedankenvolle Gestalten auf und ab und wollen die neue Organisationsform schaffen. „Organisationsform ist alles". Wir wissen genau: die heutige wirtschaftliche Organisationsform der Gewerkschaft ist nichts Heiliges, ist nicht Tabu. Es kann sein, daß in einer Räteverfassung diese Organisationsform wird überflüssig werden, verschwinden wird – in Rußland geschah es bekanntlich nicht – oder daß die gewerkschaftliche Organisation auf anderer Grundlage erwachsen und entsprechend den anderen Aufgaben, die sie dann, in der Zeit des Aufbaues, haben wird. Darum aber handelt es sich jetzt nicht. Jetzt handelt es sich darum, daß wir die Massen, da wo sie sind, formieren zum Sturm. „Organisationsform" ist alles?" Ach nein. Auch die Qualle ist ein wunderbar feiner Organismus und wird doch willenlos getrieben. Auch jener Khevenhüller hatte einen wunderbar feinen Flugapparat konstruiert und fiel doch zur Erde. Wir können die glänzendste, feinste, durchdachteste

Organisationsform finden und werden damit zur Erde fallen, wenn wir nicht da sind, wo die Massen sind. Die Frage ist für unsere Partei ganz einfach die: wollen wir Revolutionskonstrukteure werden, die technische Experimente irgend wo machen oder wollen wir kämpfen da, wo uns die Revolution hingestellt hat und wo wir in den Massen und um die Massen kämpfen?

Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Haben wir die Massen noch nicht, so müssen wir in den Massen bleiben, müssen unsere Kämpfer straff zusammenschließen zu einer festen Schar und das Band, das alle [254] zusammenhält, ist nicht die „neue Organisationsform", sondern das klar erkannte kommunistische Programm und der Wille zum Kommunismus.

Nicht die Organisationsform ist alles. Das Ziel ist es. Revolution ist kein Schachspiel, wo man spielt um des Spieles willen, ist kein Denken um des Denkens willen, sondern ein Handeln mit Massen, um eines Zieles willen.

Und jede Regung vor dem Ziel muß sein um des Zieles willen. Jeder Kampf, jede Aktion ist ja für das Proletariat nicht Kampf, sondern Höherhebung, ist Fortentwicklung bis zu dem Reifegrade, der es befähigt, die Macht zu übernehmen. Wir Kommunisten, um unseres politischen Programmes willen und um der Massen willen, die zu ihm allmählich sich wenden müssen, müssen wir bei den Massen bleiben.

Da taugt kein weltabgewandter Sinn und kein Adeptenhochmut, der glaubt den Stein der Weisen gefunden zu haben und keine Sektiererverzückung, die glaubt, die wahre Lehre in strenger Abgesondertheit hüten zu müssen. Wer das will, mag in ein Kloster gehen wie Ophelia. Und auch die bedachte unterwegs, daß man zum selben Ziele rascher kommen könne.

*

Die Sozialisierung.

Von Anton P a n n e k o e k .

I.

In den ersten Monaten nach der deutschen Novemberrevolution erhob sich der Ruf nach Sozialisierung, als Ausdruck des Willens der Massen, der Umwälzung einen sozialen Gehalt zu geben und sie nicht bei einem Personenwechsel oder einer reinpolitischen Systemänderung bewenden zu lassen. Kautsky erhob seine warnende Stimme gegen eine allzu schnelle Sozialisierung, für die die Gesellschaft noch nicht reif sei. Die Bergarbeiter stellten die Sozialisierung als Forderung bei ihrem Streik – ähnlich wie neulich die englischen Bergarbeiter. Eine Kommission zum Studium der Sozialisierung trat zusammen, aber die Geheimräte und die Regierung sabotierten ihre Beschlüsse. Für die mehrheitssozialistische Regierung ist die Sozialisierung nur eine Phrase, nur Arbeiterbetrug; in Wirklichkeit will sie nichts davon wissen; jedermann weiß schon, daß sie alle alten sozialistischen Ziele und Prinzipien aufgegeben hat. Aber die Unabhängigen sind die unentwegten Hüter der alten sozialdemokratischen Lehre geblieben; sie meinen es aufrichtig mit dem Programm der Sozialisierung; daher ist eine Untersuchung dieses Programms von Interesse zur Kennzeichnung der radikalen Richtung, die in der Sozialdemokratie aller Länder neben den Regierungssozialisten oder ihnen gegenüber steht.

Wenn die Arbeiter den Ruf nach Sozialisierung erheben, meinen sie damit zweifellos den Sozialismus, die sozialistische Gesellschaft, die Aufhebung der Ausbeutung durch das Kapital. Ob es bei den sozial-[255]demokratischen Wortführern von heute dieselbe Bedeutung hat, wird sich noch herausstellen. Marx hat nie über Sozialisierung geredet; er sprach von der Expropriation der Expropriateure.

Von den beiden hauptsächlichsten Aenderungen, die der Sozialismus in die Produktionsweise bringt, der Aufhebung der Ausbeutung und der Organisation des Wirtschaftssystems, ist erstere für das Proletariat die wesentlichste, die Hauptsache. Eine Organisation der Produktion ist auch auf kapitalistischer Basis denkbar – ob möglich, ist fraglich, da die Kapitalisten, so lange sie die Macht besitzen, an der Privatwirtschaft festhalten – und führt dann zum Staatssozialismus, einer festeren Versklavung und Ausbeutung des Proletariats durch die zentralisierte Staatsgewalt. Aufhebung der Ausbeutung bei zersplitterter Wirtschaft war das Ideal der alten Genossenschaftler und Anarchisten; wo aber

praktisch zur Beseitigung der Ausbeutung geschritten wird, wie in kommunistischen Rußland, muß sofort zur Organisation der Produktion geschritten werden.

Was die Sozialisierung durch die Sozialdemokraten bedeutet, ist dort am klarsten zu sehen, wo sie aus einer allgemeinen Losung zum praktischen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet wird, wie in Wien der Fall war, wo die „Marxisten“ Renner und Otto Bauer regieren. Einem Vortrag, den Bauer am 24. April in einer Versammlung von Gewerkschaftsführern hielt, entnehmen wir die Argumente, mit denen er seine Pläne diesen Arbeitervertretern schmackhaft zu machen suchte. Für die vollständige Sozialisierung der Großindustrie, die Ausschaltung der Kapitalisten, sagt er dort, ist zuerst nötig die Enteignung, „wir nehmen ihm den Betrieb weg“, und dann die Organisierung der neuen Verwaltung. Die Enteignung darf nicht ohne Entschädigung stattfinden, denn dann müßte man billigerweise alles Kapital, auch die Kriegsanleihen, konfiszieren, und dann würden die Sparkassen Bankrott machen und die kleinen Bauern und Beamten ihre Spargroschen verlieren – des seligen Eugen Richters Zukunftsbilder gegen den Sozialismus erleben ihre Auferstehung im Munde des Marxisten Otto Bauer – und dazu würden internationale Schwierigkeiten entstehen. Also ist es „unmöglich, eine glatte Konfiskation des kapitalistischen Eigentums durchzuführen.“ Die Kapitalisten werden also entschädigt werden; ein Schiedsgericht wird die Höhe der Entschädigung bestimmen, und diese „ist zu bemessen nach dem dauerhaften Wert, wobei Kriegsgewinne nicht eingerechnet werden dürfen.“ Die Entschädigung wird gezahlt in Staatsschuldverschreibungen, für die er jährlich seine 4 Prozent vom Staate ausgezahlt bekommt. Gewiß ist dies noch nicht die volle Sozialisierung – anerkennt er am Schluß – weil der frühere Kapitalist jetzt als Rentner noch immer die Zinsen aus dem Unternehmen bekommt. „Das schrittweise aufzuheben, ist ein Problem der Steuergesetzgebung und eventuell der Veränderungen des Erbrechtes“; nach einigen Generationen kann dann das arbeitslose Einkommen restlos ausgemerzt sein.

Zur Beleuchtung der Prinzipien, die diesen sozialdemokratischen Sozialisierungsplänen zu Grunde liegen, ist es nötig, zuerst das Wesen des kapitalistischen Eigentums und der ökonomischen Enteignung näher zu betrachten.

II.

Geld als Kapital hat die Eigenschaft, sich stetig zu vermehren durch den Mehrwert.

[256] Jeder, der sein Geld als Kapital verwendet, es in den Produktionsprozeß hineinwirft, bekommt seinen Anteil an dem Gesamtmehrwert, den das Weltproletariat produziert.

Die Quelle des Mehrwerts ist die Ausbeutung des Proletariats; indem für die Arbeitskraft weniger gezahlt wird, als sie an Wert produziert.

Geld und Besitz haben dadurch unter dem Kapitalismus nicht nur einen neuen Sinn bekommen, sondern sie sind auch ein neues Maß geworden. In der kleinbürgerlichen Welt ist das Geld Maß der Werte, der zur Herstellung der Waren nötigen Arbeitszeit. Als Kapital ist das Geld Maß des Mehrwerts, des mit den Produktionsmitteln zu erzeugenden Gewinns. Für ein Grundstück wird als Preis die kapitalisierte Bodenrente gezahlt, trotzdem keine Arbeit in ihm steckt. Aehnlich steht es mit einer großen Unternehmung. Wenn die Gründung, sagen wir 100.000 Mark kostete (100 Aktien zu 1000 Mark) und sie schüttet 10 Prozent Dividende aus, so wird eine Aktie nicht zu 1000 Mark sondern zu etwa 2000 Mark verkauft werden, da 2000 Mark gegen 5 Prozent denselben Ertrag bringt als die Aktie. Ihr Kapitalwert ist 2000 Mark und wird bestimmt durch den Ertrag; der Kapitalwert der ganzen Unternehmung ist 200.000 Mark, trotzdem sie nur 100.000 gekostet hat. Es ist bekannt wie die Großbanken bei der Gründung neuer Unternehmungen diese Differenz als „Gründergewinn“ schon im Voraus in die Tasche steckten, indem sie (für den hier gesetzten Fall) für 200.000 Mark Aktien auf den Markt brachten. Umgekehrt, fällt der Gewinn dieser Unternehmung – z. B. durch überlegene Konkurrenz größerer Geschäfte – immer mehr, so daß sie nur mehr 1 Prozent Dividende erzielen kann, so fällt der Kapitalwert auf 20.000 Mark. Und wenn der Gewinn völlig verschwindet – wir sehen ab von der Erwartung künftigen Wiederaufblühens, die als bestimmte Kapitalsumme im Voraus diskontiert werden kann – so ist der Kapitalwert auf Null heruntergegangen, und nur der Sachwert des Inventars kann noch einen Erlös bringen.

Kapitalbesitz bedeutet also nicht in erster Linie Verfügungsrecht über Sachen, sondern Anspruch auf arbeitsloses Einkommen, auf Mehrwert. Seine Form ist die Aktie, das Papier, auf dem dieser Rechtsanspruch geschrieben steht. Die Unternehmung, die Fabrik ist das Instrument zur Erzeugung des Mehrwerts, der Besitz selbst ist Mehrwertanspruch. Aufhebung der Ausbeutung, Aufhebung dieses Anspruchs, ist daher Vernichtung des Kapitalswerts, Konfiszierung des Kapitals. Man ermesse darnach die Methode Otto Bauers, mit diesem Kapital die Spargroschen des kleinen Sparers – dem es in erster Linie auf Aufbewahrung seines Besitzes, nicht auf arbeitsloses Einkommen ankommt – in einen Topf zu werfen, um durch eine solche Gleichsetzung die Arbeiterbeamten vor einem Angriff auf die Ausbeutung gruselig zu machen.

Aufhebung des kapitalistischen Eigentums und Beseitigung der Ausbeutung sind also nicht Ursache und Wirkung, Mittel und Zweck, sondern sie sind eins. Kapitalistisches Eigentum besteht nur durch Ausbeutung und wird gemessen durch Mehrwert. Verschwindet durch irgend einen Umstand der Mehrwert, indem die Arbeiter den vollen Arbeitsertrag zu erobern wissen, so verschwindet zugleich das kapitalistische Eigentum. Weiß das Proletariat seine Arbeitsbedingungen so zu verbessern, daß die Unternehmungen für das Kapital keinen Gewinn mehr einbringen, so sinkt ihr Kapitalswert auf Null; mögen die Fabriken für die Gesellschaft sehr nützlich sein, für den Kapitalisten [257] haben sie ihren Wert verloren. Geld verliert dann die Eigenschaft mehr Geld, Mehrwert zu erzeugen, weil die Arbeiter sich nicht länger ausbeuten lassen. Das ist die Expropriation, die Marx meint; das kapitalistische Eigentum wird aufgehoben, indem es als Kapital wertlos, profitlos gemacht wird. Diese ökonomische Expropriation, bei der der Besitz entwertet, also vernichtet wird, trotzdem das Verfügungsrecht bestehen bleibt, steht im Gegensatz zu der in der bürgerlichen Welt oft angewandten juristischen Expropriation, bei der das Verfügungsrecht aufgehoben wird, aber der Besitz durch die Entschädigung bestehen bleibt.

Selbstverständlich werden bei dem Uebergang zum Sozialismus auch juristische Expropriationen vorkommen. Die politische Gewalt des Proletariats wird alle Maßnahmen ergreifen, die zur Aufhebung der Ausbeutung zweckdienlich sind; sie wird nicht nur durch Regulierungen von Lohn, Arbeitszeit und Preisen das Verfügungsrecht der bisherigen Unternehmer einschränken sondern es je nachdem auch völlig aufheben. Das ökonomische Fundament dieser Maßnahmen ist durch das oben ausgeführte gegeben; es ist nicht: Konfiskation alles Besitzes, wie der erschreckte Kleinbürger glaubt, sondern Konfiskation alles Anspruches auf Mehrwert, auf arbeitsloses Einkommen. Dieses bildet den juristischen Ausdruck für die politische Tatsache, daß das Proletariat Meister ist und sich nicht länger ausbeuten lassen will.

II.

Die Sozialisierung nach Bauerschem Rezept ist eine juristische Enteignung ohne ökonomische Enteignung, genau so wie jede bürgerliche Regierung sie vorschlagen könnte. Den Unternehmern wird der Kapitalwert ihrer Betriebe als Entschädigung gezahlt – die ausdrückliche Bemerkung daß Kriegsgewinne nicht berücksichtigt werden, beweist, daß der normale Gewinn als Maßstab dienen soll – und als Zins der Schuldverschreibungen bekommen sie in Zukunft, was sie bisher als Profit erhielten. Diese Sozialisierung bringt den Staatskapitalismus an die Stelle des Privatkapitalismus; der Staat übernimmt die Aufgabe, den Mehrwert aus den Arbeitern zu pressen und ihn den Kapitalisten auszuhändigen. Für die Arbeiter wird also kaum etwas geändert; genau wie früher müssen sie für diese Kapitalisten arbeitsloses Einkommen schaffen. Die Ausbeutung bleibt genau so bestehen wie vorher.

Wenn ein solcher Vorschlag gemacht wäre in Zeiten kapitalistischer Prosperität, so wäre sie für das Proletariat annehmbar; denn sollte der dem Kapital zufallende Tribut auf den augenblicklichen Mehrwertbetrag fixiert werden, so käme alle weitere Steigerung der Produktivität durch Organisation und technische Fortschritte dem Proletariat zu gute. Aber dann denkt die Bourgeoisie nicht daran, weil sie diese Vorteile für sich selbst beansprucht.

Jetzt aber liegen die Verhältnisse anders; jetzt wird der Mehrwert gefährdet. Das wirtschaftliche Chaos, der Verlust der Märkte und Rohstoffe, die schweren Tribute an das Ententekapital lassen eine starke Verringerung des Kapitalgewinnes voraussehen. Dazu kommt noch die Rebellion der arbeitenden

Massen, der Anfang der proletarischen Revolution, die die ganze Ausbeutung in Frage stellt. Nun kommt die Sozialisierung zur rechten Zeit, um dem Kapital seinen Profit in der Gestalt der Staatszinsen zu sichern. Eine kommunistische Regierung, wie die Russische, legt das Resultat der neuen proletarischen Macht und Freiheit sofort fest in der Verweigerung jedes Ausbeutungsrechtes des Kapitals. Eine sozialdemokratische Regierung legt den Inhalt der alten [258] proletarischen Sklaverei fest durch Verewigung des alten Tributs an das Kapital, gerade im Augenblick, da er verschwinden sollte. Die Sozialisierung bildet den juristischen Ausdruck für die politische Tatsache, daß das Proletariat nur im Scheine Meister ist und bereit ist, sich ruhig weiter ausbeuten zu lassen. Sowie die „sozialistische" Regierung eine Fortführung der alten Bourgeoisieherrschaft unter sozialistischer Flagge ist, so ist die Sozialisierung eine Fortführung der alten Bourgeoisausbeutung unter sozialistischer Flagge.

Fragen wir, wie vernünftige Politiker, ehemalige Marxisten, auf solche Gedanken kommen können, so wird die Antwort durch den allbekannten politischen Charakter dieser Richtung gegeben, die sich in der U. S. R. verkörpert. Sie war dem Namen nach radikal, sie predigte den Klassenkampf mit dem Munde, aber schreckte vor jedem scharfem Kampfe zurück. So war es schon vor dem Krieg, als Kautsky, Haase und ihre Freunde als „marxistisches Zentrum" den Linksradikalen gegenüber traten; so ist es jetzt noch immer. Sie möchten den Arbeitern den Sozialismus bringen, aber sie schrecken vor dem Kampfe gegen die Bourgeoisie zurück. Sie sehen sehr gut, daß eine wirkliche Aufhebung alles Kapitalprofits, eine Konfiskation des Kapitals, wie es der Kommunismus in Rußland machte, die ganze Bourgeoisie zu einem Kampf aufs Messer zwingt, denn es handelt sich für sie um die Existenz, um Leben oder Tod als Klasse. Sie erachten das Proletariat zu schwach für diesen Kampf und suchen daher das Ziel auf Umwegen zu erreichen, indem sie es der Bourgeoisie schmackhaft machen. Politisch bedeuten die Sozialisierungspläne einen Versuch, das Proletariat zum sozialistischen Ziel zu führen, ohne die Bourgeoisie in ihrem Lebensnerv zu treffen und sie zum Aeußersten zu erbittern, und so den scharfen Klassenkampf zu um gehen.

Die Absicht wäre zu loben, wenn sie nur zu verwirklichen wäre. Betrachtet man aber, was alles an Kapitaltribut nötig sein wird: erstens die Zinsen für die ehemaligen kapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel, dann die Zinsen der Kriegsanleihen, und drittens der Tribut für das Ententekapital, dann zeigt sich, daß auch bei intensivster Arbeit und niedrigster Lebenshaltung des Proletariats dies alles nicht aufzubringen ist. Bei der heutigen Zerrüttung der Wirtschaft und der Körperkraft der Massen ist eine sofortige Abwälzung alles Parasitentums eine zwingende Notwendigkeit zum Wiederaufbau der Gesellschaft. Aber auch, wenn man von diesem besonderen Notzustand absieht und die Sozialisierung einfach als Maßnahme zur Zeit der beginnenden proletarischen Revolution betrachtet, als ersten Schritt zum Sozialismus, solange das Proletariat noch nicht zur vollen Kraft reif geworden, zeigt sich ihre Unmöglichkeit. Wenn die Arbeiter erwachen und emporsteigen zur Freiheit und Selbständigkeit, stellen sie ihre Forderungen zur Besserung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Diese werden sofort den Gewinn verringern. Mag der sozialistische Staat ihnen auch zurufen: arbeitet mit höchster Intensität, so wird doch das Entgegengesetzte stattfinden: wenn nicht mehr der kapitalistische Zwang eisenfest drückt, wird die unmenschliche Spannung der furchtbaren Abrackerung nachlassen und das Arbeitstempo erschlaffen, menschlicher werden. Der Ertrag, der Profit der Unternehmungen wird sinken. Sonst würden die Privatkapitalisten den Verlust zu tragen haben, aber jetzt hat der Staat ihnen den alten Zins zu zahlen; der sozialistische Staat, der ihnen den Profit garantierte trotz anfangender Arbeiterrevolution, wird den Verlust zu tragen haben. Da bleibt ihm die Wahl, entweder den Forderungen [259] Widerstand leisten, die Streiks niederwerfen, also als Gewaltregierung für das Kapital gegen das Proletariat aufzutreten, oder in den unvermeidlichen Staatsbankrott hineinzusinken. Dann wird die Bourgeoisie aufs Neue Triumph rufen, da dann praktisch die Unmöglichkeit des „Sozialismus" bewiesen ist.

Das wird das Resultat sein des schlauen Versuches, unter Umgehung des Klassenkampfes zu einer Art Sozialismus zu kommen. Eine Sozialisierung, die den Profit der Bourgeoisie schonen will, bildet keinen Weg zum Sozialismus. Einen anderen Weg gibt es nicht, als die Ausbeutung aufzuheben und dazu den Klassenkampf entschieden zu führen.

*

Gewerkschaftsumbau und Betriebsräte.

Von E. Ludwig.

I.

Die Frage des Umbaues der Gewerkschaften, der Beseitigung ihres revolutionsfeindlichen Charakters, rückt von Tag zu Tag mehr aus dem Gebiet der theoretischen Ueberlegung in das der unmittelbaren praktischen Lösung. Die Arbeiterschaft kann sich nicht aus den Fesseln der Bürokratie im Staat, aus der wirtschaftlichen Knechtung im Betrieb befreien, wenn sie nicht gleichzeitig die Ketten zerreißt, die sie sich selbst in der Gewerkschaftsbürokratie geschmiedet hat. Das Problem der Revolutionierung der Gewerkschaften ist heute, da Legien und Bauer in Deutschland die nackte, klare Gegenrevolution des Kapitalismus sind, da ihre Gesinnungsverwandten in Ungarn die Hauptschuld an dem Zusammenbruch der proletarischen Diktatur tragen, zum Problem der Revolution selbst geworden.

Wie es lösen? Viele Kommunisten sind da schnell bei der Hand. Die Betriebsräte – so meinen sie – sollen die Aufgaben der Gewerkschaften übernehmen und sie so überflüssig machen. Diese Antwort mag der Ausfluß guter kommunistischer Gesinnung sein, die den Räten alles zutraut; sie verrät jedoch ein solches Maß von Unklarheit über die Aufgaben, die die Räte und die Gewerkschaften erfüllen können und sollen, daß eine Verständigung über diesen Punkt nicht überflüssig sein dürfte.

Die Parole: „Alle Macht den Räten“ heißt nicht, daß die Räte alles machen können. Sie ist keine Zauberformel, die die Arbeiterschaft von jedem Uebel heilt. Gewiß: die Aufgaben der Räte in der Revolution sind so wichtige und. bedeutsame, daß sich ihnen alle anderen Probleme unterzuordnen haben. Aber das bedeutet nicht, daß sie nun auch alle nur von den Räten gelöst werden müßten. Im Gegenteil: die Revolution des Proletariats kann nur dann ihr höchstes Maß an Kraft und Leistungsfähigkeit entfalten, wenn nicht den Räten, weil sie nun einmal die Hauptwaffe im Befreiungskampfe der Arbeiterschaft sind, rein mechanisch alles mögliche zugemutet wird, für das sie nicht geschaffen sind; sondern nur dann, wenn die Räte, sich ihrer geschichtlichen Rolle klar bewußt, sich auf die Ziele einstellen, die ihnen in der Revolution gestellt sind. Für alle Aufgaben, die mit denen der Räte nichts zu tun haben, muß die Arbeiterschaft sich eigene Organe neben den Räten schaffen, genau so wie sie sich für die besondere Auf-[260]gabe der siegreihen Durchführung der sozialen Revolution sich die Räte geschaffen hat.

II.

Betriebsräte und Gewerkschaften scheinen einen gemeinsamen Wirkungskreis zu haben: die Regelung der Arbeitsverhältnisse. Aber dieser Schein der Gemeinsamkeit, der offenbar viele zu dem Glauben verleitet hat, die Gewerkschaften könnten gegen die Betriebsräte ausgewechselt werden, schwindet sofort, wenn man die Einstellung und die Gesichtspunkte betrachtet, nach denen – entsprechend ihrer verschiedenen Gliederung – die Betriebsräte auf der einen, die Gewerkschaften auf der anderen Seite an die Regelung der Arbeitsverhältnisse herangehen.

Die Betriebsräte sind Sozialisierungsorgane. Sie haben als das im Fundament des Aufbaues der Wirtschaftsräte tätige Organ des revolutionären Proletariats die Sozialisierung im Betrieb als der Zelle des ganzen ökonomischen Lebens durchzuführen. Ihr Ziel, das ihre Tätigkeit in Gemeinschaft mit den übrigen Wirtschaftsräten bestimmt, ist die Umgestaltung des Produktionsprozesses, die Uebernahme der Betriebsleitung unter Ausschaltung des Unternehmers.

Von dieser Zielsetzung aus empfängt die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch die Betriebsräte ihre eigenartige Prägung, die sie scharf von der Tätigkeit der Gewerkschaften scheidet.

Als Werkzeuge der Umwandlung des Produktionsprozesses aus der kapitalistischen in die sozialistische Form, an welcher Umwandlung jeder Proletarier als solcher in gleicher Weise interessiert ist, sind die Betriebsräte die Vertretung aller Arbeiter- und Angestelltengruppen eines Betriebes. Ob qualifizierte, ob ungelernte Arbeiter, ob Holzarbeiter oder Metallarbeiter, ob Hand- oder Kopfarbeiter, sie wählen alle unterschiedlos zum Betriebsrat, nur weil sie demselben Betrieb angehören, weil

sie trotz aller verschiedener Befähigung, Vorbildung und Berufe alle e i n e Eigenschaft gemeinsam haben: A r b e i t e r zu sein, Träger der verschiedenen menschlichen Arbeit, A u s g e b e u t e t e des Kapitals. In den Räten sind so alle besonderen Eignungen und Unterscheidungen der Arbeitenden ausgelöscht. Es bleibt übrig der Arbeiter als Arbeiter, der Proletarier in seinem unversöhnlichen Gegensatz zum Kapital. Der Betriebsrat ist der organische, allein sichtbare Ausdruck dieses Gegensatzes. Er ist die revolutionäre Kampforganisation des Proletariats.

Daraus folgt: die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch den Betriebsrat ist nur eine andere Ausdrucksweise für seine Sozialisierungsfunktion. Es ist stets das Kapital- und Lohnverhältnis als solches, das den Gegenstand ihrer Tätigkeit ausmacht. Wo immer es irgend in das Arbeitsverhältnis eingreift, beim Erlaß von Arbeitsordnungen oder bei der Einstellung und Entlassung der Arbeiter, stets ist es das Lohnsystem schlechthin, mit dem er es zu tun hat. Er regelt es mit dem Ziele, es aufzuheben, zu sozialisieren.

III.

Vor ganz andere Aufgaben sind die G e w e r k s c h a f t e n gestellt. Sie befassen sich nicht, wie die Betriebsräte, mit den a l l g e m e i n e n Interessen des Proletariats bei der U m g e s t a l t u n g des Produktionsprozesses. Sie vertreten die b e s o n d e r e n Interessen der einzelnen Fach- und Berufsgruppen der Arbeiterschaft im g e g e b e n e n Arbeitsprozeß.

Die Vertretung der allgemeinen Klasseninteressen der Arbeiter, ob Maurer, Zimmerer, ob Bergmann oder Handlungsgehilfe, [261] durch die Betriebsräte hebt weder das Vorhandensein der b e s o n d e r e n Interessen jeder Berufsgruppe auf, noch macht sie deren besondere Zusammenfassung und Vertretung überflüssig. Auch wenn überall revolutionäre Betriebsräte vorhanden sind, gibt es noch Interessen der Arbeiter, die von jenen nicht wahrgenommen werden können; Interessen, die zwar nicht allen Arbeitern e i n e s Betriebes, wohl aber jedem Metall- oder Holzarbeiter der verschiedenen Betriebe gemeinsam sind. Da ist z. B. der Arbeiterschutz, der den Berufen nach den Grad ihrer Gefährlichkeit eigentümlich ist; da ist weiter der Abschluß von Tarifverträgen, die für Berufsgruppen, nicht Betriebe vereinbart werden. Das alles sind Tätigkeitsgebiete, die nicht a l l e Arbeiter eines Betriebes umfassen, und dabei gleichzeitig über den Einzelbetrieb hinausgehen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ordnet sich die Arbeiterschaft nicht nach Betrieben in den R ä t e n, sondern nach Berufen in den G e w e r k s c h a f t e n.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat versagt, gewiß. Aber damit werden die Aufgaben nicht beseitigt, an denen sie gescheitert ist. Das gewaltige Anwachsen der Gewerkschaften nicht wegen, sondern trotz des konterrevolutionären Verhaltens der Bürokratie beweist deutlich genug, daß hier o b j e k t i v ein Problem vorliegt, losgelöst zunächst von der Frage des reaktionären Beamtenapparates: das Problem der Organisierung und Zusammenfassung der Arbeiterschaft nach Fachgruppen. Wer es lösen will durch die Räteverfassung des Proletariats, der fällt in den gleichen Irrtum wie die Gewerkschaften, nur nach der umgekehrten Richtung. Während er glaubt, daß die besonderen Interessen jeder Arbeitergruppe gleichzeitig mit den allgemeinen Klasseninteressen des ganzen Proletariats durch dieselben Organe vertreten werden können, haben die Gewerkschaften von jeher behauptet, daß sie in ihren besonderen Berufsvereinigungen die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft wahrnähmen. Das haben sie nie getan. Nicht etwa nur, weil die Führer zu reaktionär und kapitalfreundlich gewesen sind – das hieße die Folge mit dem Grund verwechseln –, sondern weil die Gewerkschaften als Interessenvertretungen der verschiedenen von einander getrennten Fachgruppen gar nicht die geeigneten Werkzeuge zur Führung des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes sein können. Der Kampf um einen höheren Stundenlohn etwa bei den Buchdruckern, um eine kürzere Arbeitszeit bei den Tischlern, bleibt, so notwendig er ist, innerhalb des Lohnverhältnisses, stellt es als solches nicht in Frage. Gerade dieser dauernde Kampf i n n e r h a l b der Schranken des Kapitals nicht g e g e n sie, hat die Gewerkschaften zur Anerkennung der Schranken geführt, hat sie zu Kapitalsfreunden, zu Gegenrevolutionären gemacht, die die allgemeinen Interessen des Proletariats verraten. Dieser Verrat wird nicht dadurch beseitigt, daß die Funktion der Gewerkschaften Organen übertragen werden, die ihrem ganzen Wesen nach sie nicht lösen können, sondern dadurch, daß die Gewerkschaften selbst

umgebaut werden, so daß sie fähig werden, nicht d u r c h die Räte, wohl aber n e b e n und m i t ihnen ihre besonderen Aufgaben zu lösen im Rahmen des Revolutionskampfes der Arbeiterschaft.

IV.

Es ergibt sich: Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse hat in den Räten ihr ein Organ geschaffen, dem die Führung dieses Kampfes zur eigentümlichen Bestimmung geworden ist. Daneben bleibt die Berufsgliederung der Arbeiter nach Gewerkschaften bestehen.

[262] Da gilt nicht nur für den Augenblick, nein, vor allem, auch für die Zukunft. Nicht nur nicht werden die Gewerkschaften, wenn erst einmal die Sozialisierung begonnen hat, verschwinden, im Gegenteil, sie werden mehr noch als heute im Kreise ihres Tätigkeitsgebietes, das erst durch die von innen verschiedenen Aufgaben der Betriebsräte in voller Klarheit sich abgrenzen wird, notwendig und unentbehrlich sein.

Sie werden nicht allein, wie bisher, Tarifverträge abzuschließen, allgemeine Verabredungen über die Arbeitszeit usw. einer Berufsgruppe zu treffen haben; sie werden auch tätig werden müssen auf Gebieten, die heute von anderen Körperschaften verwaltet werden. Ein solches Gebiet ist z. B. die ganze Sozialversicherung. Die gewerbliche Unfallversicherung, die heute von den nach Berufen gegliederten Unternehmerverbänden, den Berufsgenossenschaften, unter Ausschluß der Arbeiter durchgeführt wird, kann in der Räterepublik nur in den Händen der in Fachverbände zusammengefaßten Arbeiterschaft liegen. Das gleiche gilt von der Kranken-, Invaliden- und Erwerbslosenfürsorge. Die Betriebsräte sind nach ihrem ganzen Aufbau nicht imstande, diese Tätigkeit mit zu übernehmen. Ferner wird in der Räterepublik, um nur noch ein weiteres Beispiel für den dann erweiterten Wirkungskreis der Gewerkschaften zu nennen, die Frage der Heranbildung der Arbeiter, die Aufnahme des Arbeiterbestandes in den einzelnen Berufen, ihre Verteilung auf die einzelnen Betriebe nur von den Fachverbänden der Arbeiter selbst gelöst werden können. Die Gewerkschaften werden so in der sozialistischen Wirtschaft zu Hilfsorganen der Räte bei der Durchführung der Sozialisierung, bei dem Ausbau der planmäßigen Bedarfswirtschaft.

V.

Damit ist schließlich auch die letzte Frage des Problems, die nach dem V e r h ä l t n i s von Räten und Gewerkschaften zu einander bereits beantwortet. Sie sind nicht g l e i c h g e o r d n e t e Organe. Als Körperschaften, die bei der Regelung der Verhältnisse des g e g e b e n e n Arbeitsprozesses mitzuwirken haben, haben sich die Gewerkschaften den Anordnungen der Herren des Produktionsprozesses zu fügen. Dies sind in der klassenlosen Gesellschaft des Sozialismus die Räte der Arbeiterschaft. Ihnen haben sie bei der Regelung des Produktionsprozesses behilflich zu sein.

Die Stellung der Gewerkschaften zu den Räten, die für die Zukunft ein freiwilliges Einfügen in die gegebenen Wirkungskreise, ein planvolles Zusammenarbeiten beider bedeutet, bedeutet für die Gegenwart den K a m p f der Räte gegen die Gewerkschaftsbürokratie. Denn in der Klassengesellschaft ist eine Verständigung zwischen den Räten, dem Kampforgan des Proletariats gegen die Kapitalsherrschaft und den Gewerkschaftsführern, die aus Vertretern der Arbeiterschaft im gegebenen Arbeitsprozeß zu Schildhaltern der Klassenherrschaft geworden sind, unmöglich. Vergeblich sucht Herr B a u e r, der Harmonieapostel, in seinem neuen Gesetzentwurf über die Betriebsräte nach einer solchen Verständigung, indem er namentlich die Regelung von Lohnfragen außerhalb der Tarifverträge durch die Betriebsräte an das Einvernehmen mit den Gewerkschaften knüpft. Eine solche Verständigung bedeutet heute, da die Betriebsräte erst noch um ihre Anerkennung als Sozialisierungsorgane ringen müssen, während hinter den L e g i e n und B a u e r die ganze Machtfülle des kapitalistischen Staates steht, in [263] Wahrheit die Unterwerfung der Räte unter die Gewerkschaften, genau so wie die konstitutionelle Fabrik die Unterwerfung der Arbeiter unter den Unternehmer bedeutet.

Diesen Kampf, der zu einem Kampf gegen die Staatsgewalt und die Kapitalsdiktatur geworden ist, haben die Betriebsräte mit allen Waffen der Arbeiterschaft zu führen, vor allem auch mit dem Mittel des S t r e i k s. Die Streikleitung ist in der Revolution, nachdem der Streik zur politischen Waffe gegen das Lohnsystem geworden und die Gewerkschaftler offen streikfeindlich sind, in die Hände der

Räte übergegangen. Sie allein können durch besondere Streikkommissionen diese Waffe so führen, daß sie die Kapitalsfesseln zerschlägt.

VI.

Die Frage der Gewerkschaft ist demnach nicht mit der einfachen so radikal aussehenden Forderung nach ihrer Beseitigung abgetan. Die Anerkennung der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Gliederung der Arbeiterschaft bedeutet umgekehrt auch nicht den Rückfall in alte Ideologien und Harmonievorstellungen, sondern im Gegenteil schärfste Kampfansage. Gerade wer von der Notwendigkeit der Gewerkschaften überzeugt ist, wird am klarsten erkennen, daß und warum das Problem des Umbaues der Gewerkschaften zum aktuellen Problem der Revolution geworden ist. Es ist die Frage des Kampfes um die wirtschaftliche und politische Macht, die hier aufgerollt wird.

Wie im einzelnen dieser Umbau der Gewerkschaften zu geschehen hat, damit sie aus Bollwerken der Gegenrevolution zu Helfern der Sozialisierung werden, ob durch Spaltung oder durch die Gründung neuer Gewerkschaften oder auf andere Weise, das ist hier nicht zu erörtern. Erst dann jedoch ist der Umbau vollendet, wenn die alte Bürokratie von ihrer Spitze in der Generalkommission bis zu ihrem Fundament in jedem Ortsverein vollständig beseitigt ist. Dazu wird es nicht genügen, daß der alte Verwaltungsapparat mit neuen Leuten, guten Unabhängigen oder auch überzeugten Kommunisten, besetzt wird. Der Verwaltungsapparat selbst muß umgestaltet werden. Das kann dadurch geschehen, daß die neuen Gewerkschaftsleiter nach den Grundsätzen des Rätewahlrechts gewählt werden. Die Gewerkschaftsposten dürfen nicht mehr Brot- und Lebensstellen für Beamte sein, die der Kontrolle ihrer Auftraggeber entzogen sind, und so zu einer Macht über und gegen sie geworden sind. Die Gewerkschaftsleiter müssen vielmehr, gleich den Rätedelegierten, der dauernden Kontrolle ihrer Wähler unterstehen und jederzeit abberufen werden können. Dazu wird es erforderlich sein, daß die Arbeiter zu ständigen, nach Fachgruppen geordneten Wahlkörpern, die sich jederzeit versammeln können, zusammengefaßt werden.

Deshalb, weil so vielleicht die Grundsätze des Rätewahlrechts auf die umgebauten Gewerkschaften angewendet werden, werden diese noch nicht zu Räten. Denn nicht die Art des Wahlrechts, das W a h l r e g l e m e n t ist das wesentliche Merkmal für die Räte, sondern ihr Aufbau und ihre Funktion. Hierin unterscheiden sie sich grundsätzlich von den Gewerkschaften. Will man aber aus Abneigung gegen die alten Gewerkschaften und zur Kennzeichnung des neuen Wahlrechts die umgewandelten Fachverbände etwa Industrieräte nennen, so mag das hingehen, wenn nur Klarheit darüber herrscht, daß diese „Räte“ mit den Wirtschaftsräten und den Arbeiterräten, die zur Sozialisierung berufen [264] sind, nichts zu tun haben. Andernfalls ist es besser, den alten Namen der Gewerkschaften ruhig beizubehalten, aber ihre Form und ihr Wirken gründlich zu erneuern.

*

Die Politik des Hamburger Arbeiterrats.

Von P a u l F r ö l i c h .

Die revolutionären Waffen werden unbrauchbar, wenn sie nicht durch beständige Kritik geschärft werden. Nur eine Partei, die sich jeden Augenblick Rechenschaft von ihrem eigenen Tun und Lassen gibt, kann ihre Kräfte wach halten und den rechten Weg zum Ziele finden. Die K. P. D. hat solche Kritik ihrer eigenen Taktik besonders nötig. Sie ist die revolutionäre Führerin einer Masse, die noch keine revolutionäre Erfahrung hat, die bald zügellos vorwärts stürmt, bald zaghaft vor den riesenhaften Widerständen zurückbebt. Die Partei selber ist erst im Entstehen begriffen, sie kann nur langsam eine feste Disziplin entwickeln, deren Voraussetzung einheitliche taktische Grundjäte sind. Die noch ungewohnte Illegalität beeinträchtigt die Selbstkontrolle und Selbstverständigung auf Schritt und Tritt. Die gegenwärtige sonst unwillkommene Ruhe der zeitweilig abebbenden Revolution muß deshalb zur Erörterung revolutionstaktischer Probleme gehörig ausgenutzt werden. In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung zwischen den Genossen Werner und P. L. über die Münchener Erfahrungen als Anfang sehr zu begrüßen.

Zu einer Kritik der Taktik unserer Genossen im ehemaligen Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat fordert eine Schrift des Genossen Laufenberg über die Hamburger Revolution[*)] heraus. Sie wurde für das Archiv für Sozialwissenschaft und soziale Gesetzgebung geschrieben und zeichnet sich durch eine ruhige, objektive Darstellung aus. Ihr Titel ist irreführend, denn sie will bewußt nicht mehr geben, als eine Darstellung der Politik des Hamburger A. und S.-Rates. Aber selbst in dieser Einschränkung fällt es auf, daß von der wirklichen Revolution, von den Aktionen der Masse in der Schrift nur gelegentlich die Rede ist, daß nirgends die Ratspolitik als Ausdruck der Massenbewegung in die Erscheinung tritt. Das ist umso verwunderlicher bei einem so bedeutenden Geschichtsschreiber, wie Genossen Laufenberg. Ihre Ursache hat diese Tatsache darin, daß offenbar der Politiker Laufenberg das Rechtlich-Formale allzusehr überschätzt und mehr noch darin, daß in der Tat der Hamburger Arbeiterrat lange Zeit ohne eine wirkliche Verbindung mit den Massen war und dadurch der Eindruck erweckt werden konnte, als sei er der Meister der Geschichte, während sich in der Tat in seiner ganzen Politik die Entwicklung der Revolution in Hamburg und im ganzen Reiche getreulich widerspiegelte. Eigenartig ist bei der Hamburger Ratspolitik nur, daß sie als kommunistische Politik nach außen hin erscheinen konnte in einer Zeit, wo nicht nur die Kommunistische Partei schwach war, sondern selbst der kommunistische Gedanke in der Hamburger Arbeiterschaft erst ein schwaches Echo fand. Das ist für die [265] Partei in mancher Hinsicht verhängnisvoll geworden, und es ist nötig, dafür die Ursachen aufzudecken.

Ich bekenne frei, daß ich nicht ohne Schuld an dieser Entwicklung der Dinge bin. Die Revolution vom 6. November hatte in Hamburg zu einer offenen Militärdiktatur geführt, die von einem A.- und S.-Rat geleitet wurde, der ohne jede Wahl zusammengetreten war. Der Arbeiterrat wurde aus der führenden Genossen der U. S. P. und der Linksradikalen gebildet, die gerade zur Stelle waren. Der Soldatenrat setzte sich zusammen aus den sonderbarsten Elementen, die an der Spitze der Militärrevolte gestanden hatten, fast nur Leute mit bürgerlicher Auffassung. Der A.- und S.-Rat hatte die volle politische Macht. Die politische Leitung ruhte ganz in den Händen der beiden revolutionären Parteien, die sich während des Krieges noch keine feste Organisation schaffen konnten. Angesichts der Desorganisation im Heere und der gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die sofort an den A.- und S.-Rat herantraten, zeigte sich die Unmöglichkeit, auf die Dauer die Diktatur aufrecht zu erhalten. Man brauchte einen Organisationsapparat, der in den Dienst der Revolution gestellt werden konnte. In den Gewerkschaften sahen der Genosse Wolffheim und ich diese Organisation, welche die nötigen Kräfte zur Verfügung hatte und imstande war, das ganze Hamburger Proletariat für die mannigfachen politischen und Verwaltungsarbeiten zu mobilisieren. Wir faßten den für uns außerordentlich schweren Entschluß, die Gewerkschaften um Hilfe anzurufen, um den vollkommenen Zusammenbruch der Diktatur zu verhindern. Es kam darauf folgendes Kompromiß zustande, das, von den Parteien und dem aus Betriebsdelegierten zusammenberufenen Arbeiterrat genehmigt wurde: Der große Arbeiterrat bildet eine Exekutive aus 18 Mitgliedern, die aus seiner Mitte gewählt werden und je drei Vertretern der linksradikalen, der unabhängigen und der alten sozialdemokratischen Partei sowie drei Vertretern des Gewerkschaftskartells. Zu dem Kompromiß kamen wir durch die falsche Voraussetzung, daß die Revolution in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Ziele gelangen werde, und daß in der Hamburger Arbeiterschaft revolutionärer Wille und politische Klarheit stark genug entwickelt seien. Weil diese Voraussetzung falsch war, wurden die Gewerkschaften und die alte Sozialdemokratie aus einem Hilfsmittel der Revolution zu einer gegenrevolutionären Macht im Arbeiterrat selbst.

Das Kompromiß war nicht zustande gekommen auf Grund einer falschen Beurteilung des Charakters der Gewerkschaften und der alten Partei. In der Versammlung, die es besiegelte, sprach ich vielmehr offen aus, daß wir nur gezwungen zu ihm gegriffen hätten, und unsere alte Kampfstellung durchaus nicht aufgeben würden. Der Fehler unseres Vorgehens lag auch nicht darin, daß jetzt die Gewerkschaften und die alte Partei einen starken Einfluß erhielten. Da sie in der Arbeiterschaft noch einen überaus starken Rückhalt hatten, mußten sie auf diese oder andere Weise zur Macht kommen. Das Verhängnisvolle war vielmehr, daß wir in der Kritik diesem Arbeiterrat gegenüber durch das Kompromiß beengt waren.

[*)] Dr. Heinrich Laufenberg, Die Hamburger Revolution. Hamburg, Verlag Willaschek u. Co.

Unsere Fraktion im Arbeiterrat sorgte dann dafür, daß die Partei noch stärker gebunden wurde, sie ließ sich dazu herbei, das Präsidium zu übernehmen. Verständlich war das solange, als über die politische Zusammensetzung des Rates noch keine Klarheit bestand. Aber es war ein ungeheuerlicher Fehler, daß der Genosse Laufenberg im Präsidium blieb, als sich klar herausstellte, daß wir im Arbeiterrat nur eine kleine [266] Minderheit waren, vom Soldatenrat gar nicht zu reden, und als sich immer deutlicher die gegenrevolutionäre Tendenz in dem praktischen Verhalten des Rates zeigte und besonders der Soldatenrat Maßregeln ergriff, die von unserer Partei unmöglich gedeckt werden konnten. Jeder Angriff der Partei auf die Politik des A.- und S.-Rates wurde damit zugleich zu einem Angriff auf die eigene Fraktion und besonders auf den Präsidenten, der unserer Partei angehörte. Umso unerträglicher wurde der Zustand, als es bei der Ueberlastung unserer Fraktionsgenossen mit Arbeiten im Rat unmöglich war, eine Auseinandersetzung und Verständigung zwischen ihnen und der Partei herbeizuführen. Die Fraktion trieb ihre eigene Politik, die selbst in grundsätzlichen Fragen der Parteipolitik stracks widersprach.

Diese Differenzen zeigten sich bereits in der Verfassungsfrage. In einer der ersten Nächte der Revolution war es darüber zu einer heftigen Aussprache in einem engeren Kreise gekommen, in der die Genossen, denen später hauptsächlich die Parteiarbeit oblag, sich für das reine Rätesystem und gegen die Nationalversammlung erklärten. Dr. Herz von der U. S. P. und Genosse Laufenberg widersprachen dem: Laufenberg entwickelte eine Auffassung, die er dann auch im Arbeiterrat und auf dem Rätekongreß vertrat, und die wir hier mit seinen eigenen Worten wiedergeben:

Demgegenüber (der Auffassung der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen) betonte der Vertreter des kommunistischen Flügels, daß die politische Macht an die Arbeiterklasse gefallen sei, ohne daß die Arbeiterklasse der gegebenen Sachlage nach seine Diktatur ausüben könne. Es verhindere dies schon der Umstand, daß die Revolution wesentlich auch durch die Armee und hier zum Teil unter Führung oder doch unter ausschlaggebender Mitwirkung bürgerlicher Elemente durchgeführt worden sei. Wolle man die Revolution in g e o r d n e t e r Weise fortführen, und doch die politische Macht der Arbeiterklasse sichern, wolle man der Verschärfung der Klassengegensätze und vielleicht gar dem Bürgerkrieg vorbeugen so biete sich dazu nur ein Weg. Gefahr drohe sowohl von rechts wie von links. Von links insofern, als bei dem Versuch, einer sozialistischen Neuordnung auszuweichen, und die kapitalistische Ordnung wieder herzustellen, der Einfluß syndikalistischer und anarchistischer Elemente und damit auch die Gefahr bewaffneter Putsche wachse. Von rechts insofern, als die Wiederherstellung des Kapitalismus mit der Bewaffnung des Bürgertums Hand in Hand gehen werde. Um beiden Möglichkeiten und dem notwendig daraus entstehenden Bürgerkrieg vorzubeugen, müsse einerseits an der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse in vollem Umfange festgehalten werden, um die Sozialisierung zu sichern, auf der anderen Seite aber müsse dem Bürgertum die Möglichkeit gewährt werden, entsprechend seiner zahlenmäßigen Bedeutung Gang, Art und Form der Sozialisierung mit zu beeinflussen. Die Berufung der Konstituante bedeute grundsätzlich die Infragestellung der politischen Macht der Arbeiterklasse und führe zur Wiederherstellung der politischen Macht der Bourgeoisie, wenn die Arbeiterschaft nicht geschlossen als Klasse und einig in den Wahlkampf gehe. Zur Konstituante, nach der die Bourgeoisie förmlich schreie, dürfe daher nicht greifen, wer an der politischen Macht der Arbeiterklasse festhalte. Wohl aber könne man neben das Herrschaftsorgan der Arbeiterklasse, neben einen Zentralrat der Räte, ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Parlament stellen, das unter der Kontrolle der Arbeiterregierung und mit festumrissenen Befugnissen dem Bürgertum einen gewissen Spielraum gewähre und es ihm ermögliche beim Fortgang der Sozialisierung seine Interessen zur Geltung zu bringen.

Von dieser Auffassung zu der glorreichen U. S. P.-Parole der Verankerung der Räte war nur ein Schritt. Sie selber ist der Ausdruck unabhängiger Politik. Sie geht von dem Grundgedanken aus, daß es möglich sei, die soziale Revolution zu vollenden, den Kapitalismus abzu-[267]schaffen durch ein Kompromiß mit dem Bürgertum. Welche Illusion, die Sozialisierung durchführen zu wollen, indem man dem Bürgertum die Möglichkeit gewährt, „entsprechend seiner zahlenmäßigen Bedeutung Gang, Art und Form der Sozialisierung zu beeinflussen!“ Wie man dem Bürgertum durch das zu schaffende Parlament eine Organisation und damit ein legales Machtmittel gab, womit es den Machtkampf gegen die Arbeiterdiktatur führen konnte, so kastrierte man von vornherein die Sozialisierungsbestrebungen, indem man der Klasse Einfluß darauf einräumte, gegen die sie sich gerade wenden sollten. Die Eselsohren der U. S. P. aber lugen neckisch aus dem Satz hervor, in welchem es direkt zur Aufgabe des Arbeiterrats und damit doch auch wohl unserer Partei gemacht wird, „die Revolution in g e o r d n e t e r Weise fortzuführen, der Verschärfung der Klassengegensätze und vielleicht gar dem Bürgerkrieg vorzubeugen“. Eine geordnete Revolution, das ist ein rechter Schulmeistergedanke, der mit dem wirklichen Leben nichts zu tun hat und der unmittelbar zu den bedenklichsten taktischen. Manövern

und politischen Schiebungen führen muß. Die Revolution sichern, ohne die Verschärfung der Klassengegensätze und ohne den Bürgerkrieg, dieses Gewitter ohne Donner und Blitz, das ist nun zum Entzücken gar. Das heißt von vornherein vor der Bourgeoisie kapitulieren, zur Sicherung der Revolution. Wer mit solchen Absichten in die Revolution hineingeht, der kann sie nur in den Sumpf führen. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei kann nur sein, die Verschärfung der Klassengegensätze zu fördern, d. h. den Klärungsprozeß im Proletariat zu beschleunigen und so gründlich als möglich zu gestalten.

Aber gerade darin liegt das Verhängnisvolle dieser ganzen Politik, daß sie den proletarischen Klärungsprozeß direkt hemmte. Dazu trug vor allem eine andere Parole bei, die Parole der Einigung. Sie wurde vom Rat in einem Augenblick herausgegeben, der mit großem Geschick gewählt war. Der 6. Dezember deckte eine gegen die Arbeiterklasse gerichtete Verschwörung von bürgerlichen Politikern, Zeitungsredakteuren und Finanzleuten auf, von der auch zwei Redakteure des „Hamburger Echo“ Kenntnis hatten, ohne den Arbeiterrat zu warnen. In der linksradikalen Partei war die Aktion gegen die Verschwörung in allen Einzelheiten besprochen worden, ebenso wie alle die Maßregeln, die der politischen Ausnützung des gegenrevolutionären Unternehmens dienen sollten. Im wesentlichen wurde vom Rat nach diesem Programm gehandelt, nur in: zwei entscheidenden Punkten wurde von ihm abgegangen. Die Proklamierung des Generalstreiks unterblieb, statt dessen kam die Einigung des Proletariats, die später dahin erläutert wurde: Einigung unter Ausschluß der kompromittierten Führer. Zunächst war von dieser Einschränkung nicht die Rede, es war nur gesagt worden, daß sich die Einigung manifestieren solle in der Tatsache, daß das „Hamburger Echo“ zum Ratsorgan gemacht werde. Sehr charakteristisch war die Haltung der Rechtssozialisten und Gewerkschaftsführer in dieser Frage. Sie wußten natürlich sofort, was die Uhr geschlagen hatte, denn Ratsorgan konnte das Blatt nur werden, wenn seine ratsfeindlichen Redakteure durch revolutionäre ersetzt wurden. Aber die Rechtssozialisten erhoben nicht den geringsten Einwand gegen diese Parole, weil sie sich von vornherein ihrer verwirrenden Wirkung auf die Arbeiterklasse bewußt waren. Die Arbeiter wurden durch die Parole in einen Rausch der Versöhnung gesetzt und gerade die linksradikale Partei, deren erster Führer der beste Propagandist dieser Parole war, die ganz selbstverständlich die Früchte dieses Tages hätte ernten müssen, sie wurde in die Rolle [268] des Angeklagten gedrängt, gegen den sich der ganze Haß der erregten Masse richtete. Sie nahm selbstverständlich den Kampf gegen die Einigungsapostel auf und suchte gerade durch ein rücksichtsloses Aussprechen der Gegensätze die Klärung in der Arbeiterschaft zu fördern. Die falsche Situation, in der sich die Arbeiterratsfraktion befand, hinderte dabei die Partei in jeder Hinsicht. Die U .S. P. aber, der es im Halbdunkel verschwommener Begriffe am besten behagt, nutzte die Gelegenheit gründlich aus. Jede große Aktion, die von diesem Tage an in Hamburg stattfand, wurde durch die Einigungsparole gefälscht. Klare, bestimmte Forderungen durften nicht aufgestellt werden. So wurde die Parole: Nieder mit Ebert-Scheidemann! zu einem Verbrechen am Proletariat gestempelt. Redner, die sich nicht von vornherein auf die Scheinparolen der Einigungsfanatiker festlegten, wurden in den Massenversammlungen mit terroristischen Mitteln am Sprechen gehindert. Die Partei war in ihrer Aktionsfähigkeit gelähmt, die Fraktion wurde zum Vorspann der U. S. P. Wei natürlich ihr diese Rolle erschien, zeigt der Satz Laufenbergs, die Einigungsparole drängte „die Anhänger der alten Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratie nach links, während sie, wenn die Parole sich nicht durchsetzte, das Gefüge der aus zwei widerstrebenden Flügeln bestehenden U. S. P. lockern mußte.“ Es ist nichts als eine Täuschung, daß die Einigungsparole irgend wen nach links gedrängt hätte, aber das ist in der Tat richtig, daß die Zersetzung der U. S. P, in Hamburg durch sie künstlich aufgehalten wurde. Und das rechnen sich die Verfechter dieser Parole noch zum Verdienst an!

Die taktischen Schachzüge des Rats haben in Hamburg die Reaktion nicht aufhalten können, im Gegenteil, die Gegenrevolution benutzte gerade den Arbeiterrat als Deckung bei ihrer schamlosen Verfolgung der Revolutionäre. Schließlich brach die Arbeiterratspolitik und der Arbeiterrat selber zusammen und zwar, ohne daß es gelungen wäre, in den Massen das Kritikvermögen und den revolutionären Willen in dem Maße zu wecken, wie es eine andere Politik unserer Fraktion sicherlich erreicht hätte.

Aus. diesen Erwägungen ergeben sich folgende taktischen Grundsätze:

1. Die Fraktionen der Partei in den Arbeiterräten dürfen sich niemals als unabhängige Körperschaften fühlen, sondern haben in den Räten die Aufträge der Partei durchzuführen. Ein ständiges Handinhandarbeiten zwischen Fraktion und Parteileitung ist unbedingt erforderlich.

2. Das Präsidium irgend einer Körperschaft darf von Angehörigen der Partei nur dann übernommen werden, wenn die Zusammensetzung dieser Körperschaft eine kommunistische Politik verbürgt.

3. Machtpositionen, die in einem stürmischen Anlauf der Arbeiterklasse oder durch andere günstige Umstände errungen worden sind, können nicht durch künstliche Operationen und Kompromisse gehalten werden, wenn die Arbeiterklasse selber noch nicht reif und mächtig genug dafür ist. Aussprechen dessen, was ist, auch uns selbst gegenüber!

4. Soviel an uns liegt, haben wir die Verschärfung der Klassengegensätze zu fördern und sie nicht zu verhindern. Der Austrag der Gegensätze zwischen den Klassen und innerhalb der Arbeiterklasse ist die Revolution selber.

*

[269]

Münchener Erfahrungen.

Von P. W e r n e r .

3. D i e a n d e r e n P a r t e i e n .

Die Stellung der S. P. D. zur Räterepublik ist in der Oeffentlichkeit ziemlich bekannt geworden. Die Hochverratsprozesse in München haben darüber die letzte Aufklärung gebracht, trotz aller Versuche der Gerichte, Schneppenhorst u. Co. weißzuwaschen. Es steht fest, daß der Gedanke zur Errichtung der Räterepublik von den Rechtssozialisten ausgegangen ist, daß Schneppenhorst bei den ersten Beratungen eine Hauptrolle gespielt hat, daß er zum Mindestens absichtlich den Eindruck erweckte, er stehe auf dem Boden der Verschwörer, daß er in ihrem Auftrag nach Nürnberg reiste, um dort für die Räterepublik zu wirken und dann die weißen Garden organisierte. Die Tatsachen beweisen weiterhin, daß er durchaus im Einverständnis mit anderen Regierungsmitgliedern gehandelt haben muß, war die Regierung doch rechtzeitig mit Sack und Pack (mit den Druckplatten für das Papiergeld!) nach Bamberg gereist. Auch die politischen Gründe für ihr Verhalten sind schon verschiedentlich dargelegt worden: Provokation der Arbeiterklasse, um sie niederwerfen und sich selber eine wirkliche Staatsmacht schaffen zu können. Und sie haben bei diesem Beginnen die ganze Skala politischer Schuftigkeit bis zu der der verruchten Feigheit beim Morde Leviné durchgemacht.

In München selber zeigte diese Partei während der Republik ihren verlumpten Charakter. Zu derselben Zeit, als ihre Vertreter in ihrem Auftrage in der Räteregierung saßen, führten die Rechtssozialisten in ihrer Partei eine Urabstimmung für und gegen die Räterepublik durch. Sie haben es nie gewagt, das vollständige Ergebnis der Abstimmung zu veröffentlichen. Aber ihren Zweck erreichten sie natürlich, sie säten Mißtrauen und Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft. Der Führer der Rechtssozialisten, der Rechtsanwalt Löwenfeld war es dann, der mit antibolschewistischem Gelde den gegenrevolutionären Putsch vom 13. April vorbereitete.

Heimtückische Minierarbeit, das war die Methode dieser Partei! Oeffentlich wagten die Herrschaften nicht ein Wort zu stammeln. Die „Münchner Post“, die ohne Zensur erscheinen durfte, sagte nicht eine Silbe zu den innerpolitischen Zuständen. Nur hinterrücks griff sie die Räterepublik an durch den Abdruck von Lügenartikeln über Rußland.

Wir entrüsten uns nicht über diese Partei, das wäre abgeschmackt. Wir machen auch ihre Mitglieder und selbst ihre Führer nicht in Bausch und Bogen für die Gesamthaltung der Partei verantwortlich. Durchaus gute Erfahrungen machten wir mit den Arbeitern, die nach dem 13. April in die Regierung eintraten und noch in der S. P. D. organisiert waren. Sie erklärten offen, unsere Stellung anzuerkennen und hielten es nur nicht für richtig, im Augenblick unseres Sieges zu uns überzutreten. Sie vollzogen diesen Schritt nach unserem Sturz. Jedenfalls hat die S. P. D. in der Münchener Arbeiterschaft vollkommen abgewirtschaftet.

Und nun die U. S. P. Sie zeigte die ganze Halbheit, Jämmerlichkeit und politische Unreife, welche dieser Partei als solcher anhaftet. Bei der katastrophalen Entwicklung der Dinge in München mußte sich das aber noch viel krasser offenbaren, als bei allen früheren Gelegenheiten.

Die U. S. P. trägt für die putschistische Einleitung der Bewegung die Hauptschuld. Hätte sie sich ebenso energisch dem Putsch widersetzt [270] wie wir, dann hätten weder die Hoffmann-Schneppenhorst noch die Mühsam-Landauer ihr Ziel erreichen können. Der Putsch wäre wirkungslos verpufft und die Möglichkeit der Lösung der bayrischen Krise im deutschen Rahmen gegeben gewesen. Aber kurzsichtig und einsichtslos, bar des Blicks für politische Tatsachen und gewohnt, in den Schachergeschäften der Parteihäuptlinge das Wirken der Weltgeschichte zu sehen, rückten sie sofort ihre Sessel an den Ministertisch. Vergessen war die Vergangenheit der S. P. D. Die Unabhängigen schmückten die feile Dirne mit Schleier und Kranz und schritten mit dieser jungfräulichen Braut zum Altar. Sie schlossen den Bund mit Dürr und Schneppenhorst, ohne sich auch nur eine handgreifliche Garantie geben zu lassen. Erst als unsere Genossen zu den Verhandlungen hinzugezogen wurden und nun dort die mehrheitssozialistische Mache aufdeckten, wurden die Unabhängigen bedenklich. Aber sie wagten es nicht, den Dingen ins Auge zu sehen und den Arbeitern den ganzen Betrug zu offenbaren. Sie suchten vielmehr einen Ausweg, der ihnen gestattete, das Spiel weiterzutreiben und dennoch als eisenfeste Revolutionäre zu erscheinen. Sie stellten Bedingungen für ihre Beteiligung an der Regierung. Da sie kein eigenes revolutionäres Aktionsprogramm haben, nahmen sie die Forderungen der K. P. D., die sie sonst verleugneten. Keinen Augenblick haben sie sich gesagt, daß wir unsere Forderungen doch selber präsentieren konnten. Keinen Augenblick fragten sie nach den Gründen, warum wir das nicht taten. Unsere Begründung, uns an dem Putsch nicht zu beteiligen, war für sie unverständlich. Die Anerkennung dieser Forderungen durch einen, Federstrich genügte ihnen. Sie erhielten sie natürlich, denn wo werden denn die Mehrheitssozialisten vor einem Demagogentrick zurückschrecken! Es ist die Schuld der Unabhängigen, einen Wisch Papier für eine historische Tatsache zu nehmen in einem Augenblick, wo dieser Tatsache selbst noch die Grundlagen fehlten.

Durch politische Schiebung, als Düpierte, an die Macht gekommen, zeigten sie sich als echte Mannen der U. S. P. In Worten feurig revolutionär, mit theatralischen Gesten kopierten sie auf der Rednertribüne die St. Just und Danton. Im Arbeitszimmer des Zentralrats waren sie klein, so klein wie eben Unabhängige sind. An allen Straßenecken klebten die Plakate, welche schreiend die Diktatur des Proletariats verkündeten. Eine rote Armee sollte gegründet werden. Sie klebte als rotes Plakat an den Wänden, praktisch wurde für sie nichts getan. Unter schweren Drohungen wurde die Bourgeoisie aufgefordert, die Waffen abzuliefern. Ein paar Ueberängstliche mögen das gemacht haben. Als wir die Macht übernahmen, strömten die Bürgerlichen herbei, überladen mit Waffen aller Art. Ein Revolutionstribunal sollte gebildet werden. In Zeitungsannoncen wurden bürgerliche Richter gesucht. Die Rechtsprechung war auch danach. Eine gegenrevolutionäre Verschwörerbande wurde freigesprochen, weil sie ihr Attentat auf das Proletariat vor der Tollerschen Diktatur verübt hatte. Und so stand es mit allen diktatorischen Maßregeln dieser Gesellschaft.

Was war die Ursache für dieses Versagen? Der Zentralrat, in dem die Unabhängigen zu entscheiden hatten, hatte keine Macht. Er wußte nicht, wie die Truppen standen. Er wußte aber bestimmt, daß Gegenrevolutionäre wie Aschenbrenner Führerrollen innehatten. „Unsere Genossen hatten gleich in der Sitzung vom 4. April ihre Beseitigung verlangt. Aber der Zentralrat wagte nicht, eine Entscheidung herbeizuführen. Voll Furcht und Hoffnung wurstelte er weiter und machte sich [271] immer mehr zum Spott des Bürgertums. Die gegenrevolutionären Aktionen wurden immer frecher.

Als der Zusammenbruch näher rückte, bettelte man um unsere Hilfe. Wir gewährten sie in dem bekannten Sinne. Nachdem wir uns über die Verhältnisse vergewissert hatten, machten wir unsere Vorschläge. Man griff mit beiden Händen zu. Es herrschte im Zentralrat direkt eine Begeisterung. Da zeigte sich ein Weg! Plakate wurden wiederum angeklebt. Aber wiederum blieb es dabei. Es fehlte eben die Macht zur Durchführung. Der Zentralrat hatte das Glück, nicht im Marasmus zu krepieren, sondern in Schönheit zu sterben dank des kontrerevolutionären Putsches vom 13. April.

Und nun, nachdem durch die revolutionäre Aktion des Münchener Proletariats eine neue Situation geschaffen worden war, nachdem von den Betriebs- und Kasernenräten der Aktionsausschuß als Regierung eingesetzt worden war, was tat da die. U. S. P.? Ihr großer Führer Ernst Toller war geblendet von seinem maßlosen Ehrgeiz. Er sah die vollzogene Umwälzung nicht und erkannte sie nicht an. Er wollte herrschen, er wollte nicht herunter von seinem Kothurn, auf dem herumzustelzen er gewohnt war. Um seiner Eitelkeit willen war er bereit, die Revolution und die Arbeiterklasse im gefährlichsten Moment in die größte Verwirrung zu stürzen. Stundenlanger Verhandlungen mit ihm und etwa achtstündiger Bedenkzeit bedurfte es, um ihn zur Vernunft zu bringen. Und als er dann zur Anerkennung der vollzogenen Tatsachen bereit war, geschah es unter Klauseln, unter Drehen und Winden, daß wir von dieser Seite und das hieße von der U. S. P. Schwierigkeiten erwarten mußten. Wir hatten uns nicht getäuscht. Die U. S. P., die sich heute nicht schämt (siehe Prozeß Toller), unsere Argumente gegen ihre Scheinräterepublik zu gebrauchen, hatte zur Erklärung unseres Widerstands gegen den Putsch nur Gründe, die ihrem politischen Gedankengang entsprechen: verletzte Eitelkeit! Und nun rächten sie sich. Sie übten passive Resistenz. In einer Zeit wo die K. P. D, ihren ganzen Parteiapparat restlos in den Dienst der proletarischen Sache stellte, arbeiteten von der U. S. P. fast nur die paar Gewählten mit. Eine ganze Reihe ihrer Führer Satz zu Hause.

Im Aktionsausschuß überließ sich die U. S. P. zunächst vollkommen unserer Führung. Sie ging auf allen Wegen mit. Aber bald bekam sie Angst. Sie wollte dasselbe, was wir auch wollten. Sie wollte die Diktatur des Proletariats. Sie hatte sie ja selber „durchgeführt“. Aber jetzt sah sie, daß diese Diktatur der Bourgeoisie wehe tat. Das brachte sie nicht übers Herz. Das Wort und den Schein der Diktatur ließen sie sich gefallen, die Wirklichkeit nicht.

Zur Sicherung der Revolution war der Generalstreik notwendig. Er wurde benutzt zur Bewaffnung und militärischen Organisation des Proletariats und sollte die ständige Bereitschaft dieser Macht sichern in einer Zeit, wo man über das Verhalten der Bourgeoisie in der Stadt noch keine Gewißheit hatte. Die Unabhängigen sahen das ein. Aber nach ein paar Tagen gingen sie daran, den Streik zu sabotieren, um ihn langsam zerbröckeln zu lassen. Nur mit Mühe gelang es uns, das zu verhindern und den Abbruch des Streiks mit einer gewaltigen Demonstration der proletarischen Wacht zu vollziehen. Sabotage trieben die Herren bei allen wichtigen politischen Maßregeln. Der Unabhängige Männer, Bankbeamter und Volksbeauftragter für das Finanzwesen, faßte mit ab und unterzeichnete ein Dekret über die Beschlagnahme der Banksafes. Er führte es nicht durch, sondern ging ohne eine Erklärung [272] gegenüber dem Aktionsausschuß hin in die Betriebsversammlung, wo er erklärte, einen politischen Diebstahl ablehnen zu müssen. Er wollte die Diktatur des Proletariats, bei der die Kapitalisten ihren Besitz behielten und der proletarische Staat in die größten Finanzschwierigkeiten geriet.

Die U. S. P. wollte die Diktatur des Proletariats und sie verlangte, daß die bürgerlichen Zeitungen erscheinen dürften. Grund: Die Journalisten sind doch auch Arbeiter und sie schreiben nur niederträchtig, weil es die Verleger so verlangen. Sie forderten, daß die Polizei, das Machtmittel des bürgerlichen Klassenstaates, wieder eingesetzt werde. Grund: Die Polizisten sind auch Proletarier. Für unsere Vorschläge zur Unterbringung der Polizisten in der Produktion hatten sie kein Ohr. Sie begriffen nicht, daß der alte Polizeiapparat als solcher eine Gefahr für die Herrschaft der Arbeiterklasse war, mochten die einzelnen Beamten noch so brave Leute sein.

Erhebend war das Wirken der Unabhängigen in der Armee. Toller und Klingelhöfer wirkten dort als Abschnittskommandeure. Toller, der sich später als grundsätzlicher Gegner jedes Blutvergießens erklärte, wollte eine Offensive gegen Regensburg unternehmen und so einen Keil in die feindlichen Truppen treiben. Um den Generalstab kümmerte er sich nicht, der das für einen strategischen Unsinn erklärte, welcher für die ganze militärische Lage verhängnisvoll werden mußte, und der außerdem nicht die Garantie für den Nachschub übernehmen konnte. Dem Toller genügte die kampffrohe Stimmung der Truppen, denen er die Gründe des Generalstabs verheimlichte. Fast in demselben Atemzug aber verlangte er Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann.

Jedem Politiker war klar, daß solche Verhandlungen nur auf eine Prellerei der Massen hinauslaufen konnten. Mit anderen Verhandlungen über die Versorgung Münchens waren schon die übelsten

Erfahrungen gemacht worden. Für diese Verhandlungen war eine politische Möglichkeit gegeben, weil sie bis zu einem gewissen Grade unabhängig von der Machtfrage waren und wir Machtmittel in den Händen hatten. Die Regierung Hoffmann hatte die Waren, aber sie litt unter einem verhängnisvollen embarras de richesse, weil ihr der bürokratische Apparat fehlte, der in München saß. Die Waren konnten auch im übrigen Lande nicht verteilt werden, sie stauten sich an einzelnen Punkten auf und an anderen Punkten drohte der Mangel. Die Regierung Hoffmann ging auf die Verhandlungen ein. Aber sie schickte Unterhändler ohne Mandat. Sie legte es also auf einen offenbaren Betrug an und bewies damit, daß sie die Entscheidung mit den Waffen suchte. Verhandlungen mit dieser Regierung konnten also nur das Resultat haben, die Arbeitermassen zu verwirren und so Schneppenhorst und seinen Banden die Blutarbeit zu erleichtern. Der Gedanke an Verhandlungen war ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Wollte man Blutvergießen vermeiden, dann mußte man bedingungslos abrüsten und die Macht niederlegen. Wir haben uns diese Möglichkeit mit ihren Konsequenzen klar vor Augen geführt. Sie hätte einfach festgestellt, was ist. Aber der Weg war nicht zu beschreiten, weil es sicher war, daß große Massen des Proletariats unbedingt kämpfen würden, so daß es notwendig war, den Kampf planmäßig durchzuführen. Im anderen Falle mußte das Blutbad noch fürchterlicher werden, die Opfer der Arbeiterschaft ungeheuerlicher, die Niederlage zu einer vollkommenen Depression der Arbeitermassen führen. Der Verrat der U. S. P. hat dann in der Tat diese furchtbaren Folgen gehabt.

[273] Dieser Verrat selber mußte in Formen vor sich gehen, welche die ganze Schamlosigkeit der U. S. P.-Führer enthüllten. Sie leiteten ihn ein durch eine widerliche demagogische Hete gegen die K. P. D., indem sie an die muffigsten Instinkte der kleinbürgerlichen Elemente appellierten. Von der Gegenrevolution, der Regierung Hoffmann in ihren abgeworfenen Flugblättern und den arbeiterfeindlichen Agenten, die überall herumraunten, war als schlagendstes Argument das von den landfremden Elementen, von den Russen, Preußen, Sachsen, welche Bayern ruinieren wollten, fuggeriert worden. Von den fanatischen Gegnern unserer Partei war das Argument auch in der Betriebsräte-Versammlung verwandt worden. Es wurde eine planmäßige Hetze gegen uns getrieben. Zweimal sahen wir uns genötigt, deshalb unsere Mandate zur Verfügung zu stellen. Zweimal schloß sich uns der gesamte Aktionsausschuß an. Zweimal ließen die Herren von der U. S. P. ihre volltönenden Phrasen von der Internationalität der Arbeiterklasse und dem hohen Werte unserer Mitarbeit vom Stapel. Zweimal erwirkten sie damit ein glänzendes Vertrauensvotum für unsere „landfremden Elemente“. Und nun? Nun wandten sie das schmutzigste Mittel an, das gegeben war. Sie hetzten gegen uns als Landfremde. Toller tat ein übriges, indem er seine historischen Kenntnisse ins rechte Licht rückte. Er erzählte den Arbeitern: „Nach 1789 kam der Korse Bonaparte nach Frankreich und richtete sein Gewaltregiment auf. Da seht Ihr, Arbeiter, immer wenn sich landfremde Elemente in eine Revolution einmischen, kommt die Diktatur!“ Und dann flossen von seinen Lippen die honigsüßen Worte, sie seien gegen Gewalt und Blutvergießen und sie wollten nicht eine Diktatur des Hasses, sondern eine Diktatur der Liebe. Und die Männer und Klingelhöfer stimmten in die Melodie ein, perfider der eine, sanftmütiger und wehleidiger der andere. Um das Maß ihrer Erbärmlichkeit vollzumachen, lehnten sie nach ihrem Siege über uns den Eintritt in die Regierung ab und ließen in den Aktionsausschuß Arbeiter wählen, die Puppen in ihren Händen sein mußten aber die Verantwortung zu tragen hatten. Nur mit dem Gefühl des Ekels kann man dieser Tatsachen gedenken, die man heute schildern kann, ohne die Leute vor dem Strafrichter zu gefährden.

Die einzige Tat des Triumvirats Toller, Männer, Klingelhöfer, nachdem sie an die Macht gelangt, war die Bettelei vor den Hoffmännern und ihren Generälen um Verhandlungen und die Zurückziehung der Fronttruppen. Dadurch wurde das furchtbare Debâcle herbeigeführt und dem weißen Schrecken die Schranken geöffnet.

Welches sind die Gründe für die widerspruchsvolle Bankrottpolitik der U. S. P.? Da innerste Wesen dieser Partei ist die politische Feigheit, der Opportunismus, der sie zu einer Politik von der Hand in den Mund zwingt. Wer ernsthaft und streng, mit dem Willen zur revolutionären Tat aber ebenso mit dem festen Willen zur Ausschaltung jeder täuschenden Illusion die sozialen Tatsachen prüft, wird zu einer Politik getrieben, bei der er in Zeiten politischer Unreife oftmals in Gegensatz zu der Stimmung der Massen kommt. Es erfordert dann die ganze Energie und Charakterstärke, sich trog der Massen

durchzusetzen. Andererseits erkennt er, daß in jeder Situation nur ganze Maßregeln Erfolg versprechen und Halbheiten stets gefährlich werden. Weil die U. S. P. in ihrer Charakterschwäche nicht den Mut zur Konsequenz besitzt, deshalb kann sie die Tatsachen und ihre notwendigen Folgeerscheinungen nicht erkennen. Weil ihr diese Erkenntnis fehlt, deshalb kann sie nicht folgerichtig handeln. Deshalb stößt sie heute in die [274] Posaunen und trommelt morgen hängenden Kopfes Retraite. Deshalb klafft stets ein Widerspruch zwischen ihren Worten und ihren Taten. Deshalb taumelt sie in Aktionen hinein und hofft gläubig auf ein Wunder, das ihr auf irgend eine Weise wieder heraushilft. Und in der Tat, es geht ihr wie dem Betrunkenen. Sie fällt und beschmutzt sich, aber sie tut sich selber niemals etwas dabei zu leide, weil sie weiß, daß sie fallen wird und sich darum schon von vornherein den Platz sichert. wo sie weich fallen wird.

Die U. S. P. ist die Partei der Arbeiterschichten, deren revolutionärer Instinkt noch nicht in revolutionäres Bewußtsein übergegangen ist, deren Stimmung dem politischen Witterungsumschlage folgt. Sie wird deshalb solange Erfolg haben, als sie sich als Oppositionspartei aufspielen kann. Und solange es eine K. P. D. gibt, auf die sie ihre Sünden werfen und die sie ans Kreuz schlagen lassen kann.

Wir waren uns dessen bewußt. Wir waren uns bewußt, daß wir in den furchtbaren Kämpfen nicht nur unsere Köpfe, sondern auch unsere Organisation opfern würden. Wir taten es in dem Bewußtsein, daß es für uns keine parteipolitischen Sonderinteressen gibt, sondern daß die Partei nur ein Teil der revolutionären Bewegung ist. Die Revolution über alles. Uns leitete das Wort aus den „Klassenkämpfen“ von Karl Marx, das wir hier mit einer passenden Abänderung wiedergeben:

„Mit Ausnahme weniger Kapitel trägt jeder bedeutende Abschnitt der Revolutionsannalen von 1848 bis 1849 die Ueberschrift: Niederlage der Revolution! Was in diesen Niederlagen erlag, war nicht die Revolution. Es waren die vorrevolutionären, traditionellen Anhängsel, Resultate gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich noch nicht zu scharfen Klassengegensätzen zugespitzt hatten – Personen, Illusionen, Vorstellungen, Projekte, wovon die revolutionäre Partei vor der Februarrevolution nicht frei war, wovon nicht der Februarsieg, sondern nur eine Reihe von Niederlagen sie befreien konnte. Mit einem Worte: Nicht in seinen unmittelbaren tragikomischen Errungenschaften brach sich der revolutionäre Fortschritt Bahn, sondern umgedreht in der Erzeugung einer geschlossenen mächtigen Konterrevolution, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Arbeiterklasse zu einer wirklich revolutionären Klasse heranreifte.“

4. Eine Antwort.

Ein paar Worte zu P. L.’s „Kehrseite“.

Es sei zugestanden, daß die Entstehung der Münchener Räterepublik zu dem witzigen Feuilletonstil verführen kann, den Genosse P. L. beliebt. Für jemand, der jene Dinge miterlebt hat, ist es unmöglich, ihn aufzunehmen. Umso unmöglicher ist das, als gerade P. L. zeigt, wie die Freude an reiner Polemik einen über die eigentlichen Probleme hinweggleiten läßt. Determinismus hin, Determinismus her; Bremsen hin, Bremsen her: Wenn man weiß, worum es sich handelt, braucht man nicht an den Worten zu klauben. Indem P. L. meine Beweisführung zerstückt und seinen Witz an einzelnen Sätzen übt, nimmt er sich selber die Möglichkeit, auf das Entscheidende einzugehen.

P. L. zollt der Politik der Münchener Genossen bis zum Abend des 13. April Beifall. Aber nicht an diesem Abend standen wir vor der schwierigsten Entscheidung, sondern am Anfang der Bewegung, damals, als wir uns entschließen mußten, ob wir uns auf reine Kritik beschränken, oder handeln sollten. Indem wir handelten, indem wir die Arbeiter bewaffneten und notdürftig militärisch organisierten, indem [275] wir die Grundlagen schufen für eine wirkliche Räterepublik – soweit das von unserem Handeln abhängig war – zwangen wir uns selbst das Handeln nach dem Siege vom 13. April auf. Die Mitglieder des Aktionsausschusses der K. P. D. in München werden lächeln über die Versuche, meine Argumentation in einen Gegensatz zu ihrem Handeln zu bringen. Ich bin nicht klüger ins Rathaus gegangen, als hinaus, sondern wir alle haben uns darin festgesetzt in dem Bewußtsein, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Räterepublik in Bayern nicht gegeben waren. Erst später gab es einen Augenblick, wo uns die Morgenröte einer Hoffnung aufdämmerte, als wir nämlich Nachrichten aus dem Reiche erhielten, das gerade eine starke revolutionäre Bewegung durchwogte. Auch das ging schnell vorüber. In dem klaren Bewußtsein von der Unmöglichkeit der Räterepublik lag – ich sage das auf die Gefahr hin, wieder P. L.’s Witz auf mich zu lenken – die Tragik unser Situation.

Keinen Augenblick haben wir die Scheinräterepublik verteidigt, sondern nur die revolutionären Errungenschaften des Proletariats gegen den Ansturm der weißen Garden. Das haben wir klar und deutlich ausgesprochen. Und als die Scheinräteregierung sich röchelnd auf ihren Schein berief, haben wir sie ohne falsches Mitleid weggestoßen. Die Ergreifung der Macht bedeutete für uns nur die Fortführung unserer Politik der Verteidigung des Proletariats. Die war nur noch möglich durch die Diktatur des Proletariats und das ist objektiv auch der wesentliche Inhalt unserer Arbeit gewesen. Den Schritt nicht tun, hieß Fahnenflucht, hieß Verzicht auf jede Aktivität. Das konnten wir im Namen der revolutionären Partei nicht verantworten. Und das ist gerade für mich auch das Entscheidende für die Zukunft. Das Schicksal der Revolution hängt wesentlich ab von unserem Willen zum Handeln in der Stunde, wo Entschlossenheit die einzige Parole sein wird. Ich habe Gründe, das zu sagen.

Vermißt habe ich den Hinweis, wie wir am 13. April hätten handeln sollen.

Vermißt habe ich auch eine Stellung des Genossen P. L. zu der zitierten Stelle aus der „Roten Fahne". Ich wünsche sie und zwar – nicht aus Argwohn, sondern um Mißverständnissen vorzubeugen, sage ich das – unter Festhaltung des klaren, unzweideutigen Sinnes, den sie damals hatte.

Schließlich der Vorwurf oder die Vermutung, wir könnten die russischen und ungarischen Genossen über die deutsche Situation falsch orientiert haben. Jedenfalls haben wir nach bestem Gewissen berichtet. Unsere Verteidigung könnte nur an Hand von Dokumenten geführt werden, und die stehen jetzt nicht zur Verfügung.

*

Thesen zum Schulprogramm.

Von H. E r w i n .

I.

Das Ziel der Erziehung wird unmittelbar durch das Ziel der kommunistischen Wirtschaft bestimmt. Oberstes Prinzip dieser Wirtschaft besteht in der allgemeinen Erhöhung der Arbeitsproduktivität. [276] Der kommunistische Staat erreicht die Steigerung der gesellschaftlichen Gütererzeugung durch Beseitigung der Ausbeutung, Verteilung der Existenzmittel nach kommunistischen Grundsätzen, durch planmäßige, zentrale Organisation aller Arbeit, Erziehung jedes Gesellschaftsgliedes zur möglichst vielseitigen Arbeitsverwendbarkeit, sowie durch Einführung der Räteverfassung nicht nur im Produktions- sondern auch im Bildungswesen.

Die Beseitigung der Ausbeutung durch Enteignung der Produktionsmittel und Abstellung jeder Profitmöglichkeit bedeutet B e f r e i u n g a l l e r A r b e i t e n d e n , a u c h a l l e r L e h r e n d e n u n d L e r n e n d e n , vom Druck des Kapitalismus in ökonomischer, politischer, bürokratischer und konfessioneller Hinsicht.

Zu den ersten Maßnahmen der kommunistischen Schulpolitik gehören daher die Abschaffung, respektive Verstaatlichung aller privaten (Schul- und Bildungsanstalten, die unentgeltliche Teilnahme aller an Bildung und Unterricht, sowie an der Benutzung von Arbeits- und Lernmitteln aller Art, ferner materielle Hebung des Lehrerstandes, Aufhebung aller Ausnahmegesetze für Beamte, Abschaffung des Rektorenamtes und Wahl der geschäftsführenden Lehrer einer Anstalt durch das Kollegium auf Zeit, Ersetzung der bisherigen Schulinspektion durch die von der Lehrerschaft gewählten und der proletarischen Regierung bestätigten Schulräte der einzelnen Arbeits- und Lehrfächer, Abschaffung des Geschichtsunterrichts und sonstigen Gesinnungsunterrichts, soweit er dynastischen und kapitalistischen Interessen dient, Abschaffung des dogmatischen Religionsunterrichts, Aufklärung über die Ziele des Kommunismus usw.

III.

Die Sozialisierung der Produktionsmittel, zunächst der Großbetriebe in Industrie, Landwirtschaft und Handel, gibt die Möglichkeit, Jugendliche und selbst Kinder zum Nutzen ihrer eigenen Entwicklung und zum Nutzen der Gesamtheit in produktiver Arbeit zu beschäftigen.

Die Organisation der Arbeit im kommunistischen Staat baut sich auf der Arbeits- und Bildungspflicht aller Arbeits- und Bildungsfähigen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts auf, sowie auf der zweckmäßigsten Verwendung aller verfügbaren Arbeitskräfte nach ihren Fähigkeiten im Rahmen der (wechselnden) sozialen Erfordernisse.

Die Einordnung der Jugendlichen und Kinder in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ist die nächste und wichtigste Aufgabe der kommunistischen Erziehungsorganisation, doch ist auch für Erwachsene infolge des Wechsels der Arbeit die Fortbildung und die Einführung in neue Arbeiten fortdauernd notwendig, namentlich auch die eindringliche Belehrung darüber, daß nicht den Arbeitern die Fabrik, in der sie arbeiten, gehört, sondern die Gesellschaft Eigentümerin der Produktionsmittel ist.

Ist es also Sache des Staates, wie die Arbeit, so auch die Erziehung zur Arbeit planmäßig zu organisieren, so wird er es doch auch als seine Aufgabe betrachten müssen, die freien Bildungsbestrebungen aller Art, so weit sie dem Interesse des sozialen Ganzen nicht zuwiderlaufen, selbst in die Hand zu nehmen und in großzügiger Weise für alle Lebensalter zu fördern; denn das freie Schul- und Bildungswesen wird sich der in ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit fundierten Arbeitsschule, die im engeren Sinne die Erziehung zur Arbeit durch Arbeit bedeutet, [277] selbstverständlich mehr oder weniger angliedern und sich auf dieser Grundlage hier reduzieren, da ausdehnen, gemäß dem jeweiligen gesellschaftlichen Bedürfnis.

IV.

Aus der Summe des gesellschaftlichen Bedarfs, geteilt durch die Summe der verfügbaren Arbeitskräfte, ergibt sich ein Normalarbeitsmaß, von dessen Erfüllung der Bezug von Bedarfsmitteln aus dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds abhängt. Die Messung der Arbeitsleistung findet im Anfange noch vorwiegend durch die Arbeitszeit statt, sie ist jedoch mehr und mehr durch genauere Messungsmethoden zu bestimmen, resp. durch Prüfungskommissionen abzuschätzen und für die verschiedenen Arbeiterkategorien (Landarbeiter, industrielle Schwerarbeiter usw.; gelernte, angelernte, ungelernte Arbeiter, Erwachsene, Jugendliche und Kinder) weiter zu differenzieren.

Z. B. wird manche gesundheitswidrige Arbeit eine verhältnismäßig kürzere Arbeitszeit haben müssen als andere.

Der Uebergang vom ungelernten zum angelernten und gelernten Arbeiter ist nicht an die Absolvierung einer im voraus fest begrenzten Lernzeit gebunden, sondern erfolgt nach Maßgabe der Arbeitsleistung.

Für Jugendliche und Kinder wird das Normalarbeitsmaß entsprechend ihrer durchschnittlich geringeren Arbeitskraft herabgesetzt. Bei der Berechnung desselben für Jugendliche und Kinder wären im Anfange etwa folgende Grenzen anzunehmen: Mit dem 18. Jahre werde der Jugendliche Vollarbeiter, vom 16. bis 18. Jahre betrage die Arbeitsleistung drei Viertel von der des Vollarbeiters, vom 12. bis 16. Jahre die Hälfte, vom 9. bis 12. Jahre ein Viertel der Vollarbeiterleistung.

V.

Die kommunistische Verteilung der Existenzmittel richtet sich in erster Linie nach dem Grade der Beteiligung des einzelnen an der gesellschaftlich nötigen Arbeit, in steigendem Maße wird jedoch auch der Gesichtspunkt des industriellen Bedürfnisses Berücksichtigung finden.

Anspruch auf das Normalmaß an Existenzmitteln, das nach dem Bedürfnis jeder der in Frage kommenden Kategorien besondere Form annimmt, haben alle

1. in der materiellen und geistigen Produktion Beschäftigten (die geistige Produktion erstreckt sich auf das wissenschaftliche, künstlerische und technische Gebiet),

2. die nicht oder nicht dauernd in der Produktion Beschäftigten, aber ebenfalls gemeinnützige Arbeit verrichtenden Personen, z. B. Lehrer oder die in der Verwaltung tätigen,

3. die Kranken und sonst Arbeitsunfähigen,

4. die Greise, Jugendlichen und Kinder, die, obgleich sie keine Vollarbeit leisten, doch so weit sie arbeitsfähig sind, das ihnen zustehende Arbeitsmaß verrichten.

Für besondere Leistungen an Quantität und Qualität über das Normalmaß einer gesellschaftlich notwendigen Arbeit hinaus werden Zulagen (Extralöhne, Entschädigungen, Prämien) gewährt.

Zulagen oder Vergünstigungen für besondere Tüchtigkeit auf dem Gebiet der materiellen oder geistigen Produktion auch für die Lernenden jeden Alters dienen der Förderung des Bildungswetteifers.

VI.

Da der Wechsel der Arbeit ein allgemeines Produktionsgesetz bildet, das auf der fortwährenden Revolutionierung der Grundlagen [278] der großen Industrie durch den Fortschritt der Technik und Produktionsmethoden beruht, und auch die Ausdehnung und der Wechsel des Bedarfs einen steten Wechsel der Arbeit erzeugt, so ist die Heranbildung vielseitig verwendbarer Arbeiter eine ökonomische Notwendigkeit ersten Ranges. Wo in Werkstätten und Betrieben, an einzelnen Arbeitsstellen oder in ganzen Produktionszweigen Mangel an Arbeitskräften, herrscht, sind solche aus anderen, vorzüglich aus verwandten Werkstätten, Betrieben und Arbeitszweigen heranzuziehen, und wenn nötig, durch besondere Instruktoren in die betreffende Arbeit einzuführen. Jeder Betrieb, jeder Wirtschaftszweig wird schließlich seinen Nachwuchs an Arbeitskräften durch die Anstellung pädagogisch befähigter Instruktoren sich selbst heranbilden, ohne daß das Ziel der vielseitigen Arbeitsverwendbarkeit des Lernenden darüber vernachlässigt wird.

Bei größerer Nachfrage nach bestimmten Arten von Arbeitern werden dort, wo eine Herabsetzung des Arbeitsmaßes nicht anhängig ist, eventuell höhere Löhne oder sonst günstigere Arbeitsbedingungen gewährt werden.

Herrscht an irgend einer Arbeitsstelle Ueberfluß an Arbeitern, so werden im allgemeinen die brauchbarsten von ihnen behalten und überschüssige Arbeitskräfte nach ihren Fähigkeiten (nach einer Registratur über alle Fähigkeiten der Gesellschaftsmitglieder) und möglichst nach eigener Wahl auf andere Arbeitsplätze verteilt, wobei stets ein angemessener Wechsel der Arbeitsfunktionen des Individuums zu beachten wäre.

Bei der Jugend mit ihrer geringeren Ausdauer in Arbeit und Bildung muß der individuellen Entschließung bei der Wahl der Arbeits- und Unterrichtskurse möglichst ein noch größerer Spielraum gegeben werden als bei Erwachsenen, damit Eifer und Interesse durch den öfteren Wechsel der Arbeit stets wach erhalten werden. Das Arbeitsbuch, das von jedem und über jeden Arbeitenden geführt wird, soll über die Verwendbarkeit des einzelnen in der Produktionssphäre rasch und sicher Auskunft erteilen.

Auch in der arbeitsfreien Zeit kann Arbeit geleistet werden; diese ist jedoch freiwillig. Die Entwicklung geht dahin, immer mehr gesellschaftlich zu leistende Aufgaben durch freiwillige Arbeit zu bewältigen. Im übrigen dient die arbeitsfreie Zeit dem Spiel, Sport, der freien künstlerischen und wissenschaftlichen Betätigung, sowie der unmittelbaren Vorbereitung auf neue produktive Arbeit.

VII.

Einzelne sozialisierte Betriebe in Industrie, Landwirtschaft usw. werden baldmöglichst zu Musterbetrieben auch in pädagogischer Beziehung ausgestaltet. Da würde die Arbeit der Lehrwerkstätten ganz oder großenteils in die Betriebe verlegt werden, ein Wechsel der Arbeitenden zwischen den einzelnen Werkstätten hätte stattzufinden, sowie die Ueberweisung derselben von der Arbeitsstätte aus zu wissenschaftlichen, technischen und anderen Kursen außerhalb der Produktionsbetriebe, wenn nötig auch zu solchen der elementaren Bildungsfächer.

Eine ständige Aufgabe der Organisationstätigkeit bildet hier wie überall die Erleichterung des Ueberganges von einer Schule zur andern, von einer Arbeitsstelle zur andern, von der Schule- zur Arbeitsstelle und umgekehrt.

Wie für jeden Arbeitsbetrieb durch Aufstellung einer besonderen, der Arbeit angepaßten Ordnung eine neue Arbeitsdisziplin ausgebaut wird, die auch die Wahl von eigenen Richtern vorsieht, um Faulenzer, Unpünktliche, Störenfriede u. dergl. eventuell auszuschließen, so ist in gleicher oder ähnlicher Weise unter Mitwirkung von Schülern und [279] Eltern auch im Schul- und Bildungswesen zu verfahren (Eltern- und Schülerräte, Schulgemeinden).

In oder an den Arbeitsstätten ist für längeren oder kürzeren Aufenthalt der Arbeitenden, Lehrenden und Lernenden Wohnungsgelegenheit zu schaffen.

In möglichst nahe Verbindung mit den Arbeitsbetrieben sind Veranstaltungen für Kunst, Spiel, Sport, Erholung, Ruhe, Körperpflege usw. zu bringen: Lesehallen, Bibliotheken, Konzerte, Theater usw., Sanatorien, Turn-, Bade-, Schwimm-, Wärme-, Speisehallen, Kindergärten, Säuglingsheime usw.

VIII.

Die aus den Betrieben hervorgehenden L e h r k r ä f t e der Arbeitsschule werden im Anfange häufig die pädagogische Bildung vermissen lassen, und umgekehrt wird den früheren Lehrern der Volksfortbildungsschulen usw., die auf Grund ihrer Fähigkeit zur Arbeitsinstruktion herangezogen werden, ebenso oft die Vertrautheit mit der Arbeit fehlen. Ein Zusammenwirken beider Kategorien zur gegenseitigen Ergänzung und Erziehung, also praktisch und theoretisch, wäre in der ersten Uebergangszeit besonders vonnöten. Die schleunigste Heranbildung fähiger Instruktoren der produktiven Arbeit, namentlich für jüngere Schüler, ist dringendstes Erfordernis. Der spätere Nachwuchs an Lehrkräften wird am sichersten durch die Einrichtung des Helfersystems in Arbeit und Unterricht garantiert, bei dem jeder Schüler für andere Schüler Lehrer ein kann.

Man unterscheidet danach für jedes Fach gelernte, angelernte und ungelernte Lehrpersonen (Lehrmeister, Lehrgeselle oder Lehrgehilfe, Junglehrer), so daß jemand in einem Fache gelernter, in einem zweiten angelernter und in einem dritten ungelernter Lehrer sein kann, um dann, ganz nach Leistung und Fähigkeit, zu höheren Graden fortzuschreiten.

In einem tüchtigen Lehrmeister muß vielseitige praktische Erfahrung mit theoretischer Schulung sich vereinigen.

Während die Organisation der Arbeitserziehung unmittelbar von den Formen der gesellschaftlichen Produktion bestimmt wird, nimmt die Organisation der wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen und der Elementarwissensbildung überall im Schul- und Bildungswesen das produktiven Arbeitsleistung und eines großen Teiles ihrer Leiter zur Arbeitsinstruktion in den Betrieben fakultative Formen an, was den Abbau der nach Altersklassen aufgebauten höheren und niederen Schulen zur Folge hat.

Alle Lehrer an öffentlichen Schulen werden sich, soweit dies nicht geschehen, sofort entscheiden müssen, für welche Spezialarbeiten oder Fächer sie verwendet sein wollen, damit anstelle der ungenügenden Elementarwissensbildung überall im Schul- und Bildungswesen das leistungsfähigere Fachsystem durchgeführt wird. Die Lehrer eines jeden Faches schließen sich zu Verbänden, Schulen, Fakultäten zusammen und wählen ihre eigenen Räte als kontrollierende und verwaltende Instanzen.

Das außerhalb der gesellschaftlichen Produktion stehende Schul- und Bildungswesen organisiert sich nach den verschiedenen Unterrichts- und Bildungsfächern zu kürzeren oder längeren Kursen, an denen die Schüler ohne Rücksicht auf das Alter in der arbeitsfreien Zeit teilnehmen. Ueber die Dauer und Art der Beteiligung, über Interesse und Befähigung des Schülers für bestimmte Arbeiten und Fächer werden fortlaufend Eintragungen in das Arbeitsbuch des betreffenden vorgenom-[280]men, so daß der folgende Lehrer sich über die Vorbildung des neuen Kursusteilnehmers leichter orientieren kann.

Stellt sich im Laufe des Kursus heraus, daß ein Schüler zur Teilnahme an einem Unterrichte nicht geeignet ist, so kann er jederzeit vom Lehrer, evtl. auch auf eigenen Wunsch, sofort von der Teilnahme befreit werden. Im allgemeinen aber besteht für die verbleibenden Teilnehmer die Verpflichtung, die für die Dauer des Kursus angesetzte Zeit auch voll innezuhalten und auszunutzen. Die Entscheidung in Beschwerdefällen steht den Prüfungskommissionen zu.

Der Lehrer, für gewöhnlich ein selbst Mitschaffender und Vorarbeitender, der zugleich Rat und Anleitung bei der Arbeit gibt, sieht seine Aufgabe auch darin, Berater für den Bildungsgang der Lernenden, für ihre Tageseinteilung, für den richtigen Ausgleich zwischen Arbeit, Erholung und Ruhe usw. zu sein, unbeschadet des Mitbestimmungsrechts des Schülers. Auch jeder Schüler kann mehrere Fächer oder Kurse nebeneinander belegen.

IX.

Die Mitglieder aller gesetzgebenden, verwaltenden und kontrollierenden Körperschaften stehen im kommunistischen Staate entweder selbst in der Produktion oder werden unmittelbar von den Produzenten eingesetzt. Sie werden für kürzere Fristen gewählt und sind jederzeit abrufbar.

Aehnlich verhält es sich mit der Anstellung der lehrenden Personen. Da überall, wo gearbeitet wird, auch eine Einführung in die Arbeit, eine Erziehung zur Arbeit notwendig ist, so sind alle Arbeiter-, Betriebs- und Wirtschaftsräte gleichzeitig R ä t e f ü r d a s B i l d u n g s - u n d E r z i e h u n g s w e s e n , resp. haben ihre Organe, denen die Heranbildung des Arbeiternachwuchses, die Ueberwachung und Regelung der Anstellung und Entlassung des Arbeiter- und Lehrpersonals im besonderen obliegt.

Räte für geistige Produktion, für Lehrwerkstätten, für das freie Bildungswesen in allen seinen Zweigen (außerhalb der Sphäre der produktiven Arbeit) gliedern sich eng an die genannten örtlichen und zentralen Wirtschafts- und Machtorganisationen an. Der Rat für geistige Produktion hat vor allem auch die hervorragenden Leistungen auf wissenschaftlichem, künstlerischem und technischem Gebiete zu begutachten, um danach über Anträge auf zeitweilige Befreiung von der materiellen Produktion oder der Lehrtätigkeit zu befinden.

Alle derartigen Räte entscheiden über den Bedarf und die Anstellung von Lehrkräften. Ausschlaggebend ist in jedem Falle die Fähigkeit des Bewerbers. Mit der Wählbarkeit und Austauschbarkeit der Lehrpersonen ist die Form des freien Wettbewerbs um offene Stellen verbunden (Schulzeitung!). Die Lehrenden haben auch die Möglichkeit, wieder zur ausschließlich produktiven Arbeit (materiellen oder geistigen) zurückzukehren, wenn ihre Dienste nicht in Anspruch genommen werden. Die von den Lehrern aus ihrer Mitte gewählten Räte der einzelnen Arbeits- oder Lehrfächer (Fachschulräte) entsenden die sachverständigen Beiräte zu den Sitzungen der Kommissariate. Die Fachschulräte haben die periodisch einzureichenden Tätigkeitsberichte der Fachlehrer zu prüfen und dem Kommissariat zur Genehmigung zu unterbreiten.

Schließlich wäre die Einrichtung von Lehrmittelräten und Lehrmittelzentralen zu erwähnen, die mit den die Arbeitsmittel liefernden örtlichen und zentralen Wirtschaftsstellen eng verbunden sind.

Die Internationale[*)]
Jahrgang 1, Ausgegeben am 1. November 1919, Heft 15/16

Reinigung.

„Die Kommunistische Partei hat sich gespalten.“ Mit einer glatten Genugtuung stellt die bürgerliche Presse die Tatsache fest; der „Vorwärts“ findet dazu noch die Stirnfalte und die hängenden Mundwinkel, die des Hypokriten Erbstück sind. Weil die Kommunisten wie auch die Unabhängigen ja nur der „Spaltung“ das Leben verdankten, müßten sie auch an der Spaltung sterben.

Und die „Freiheit“? In ihres Herzens Kämmerlein wohnt irgendwo noch ein stilles Erröten über die Stunde der Geburt der Unabhängigen. Darüber, daß man sozusagen mit dem Makel der Unehelichkeit auf die Welt gekommen sei, mit dem Makel der Spaltung. Ob dieser stillen Scham nimmt sie den ominösen Vorwurf der Spaltung nicht in den Mund: aber zwischen den Zeilen doch zu lesen das boshaft-wehleidige: „Das kommt davon“. So sind „Vorwärts“ und „Freiheit“ ungefähr auf dieselbe Höhe oder Tiefe der Geschichtsphilosophie gerückt, die besagt: immer weniger ist als das Ganze, ist Spaltung Schwächung, ist Spaltung der Mitgliederzahl, das ist Spaltung der Flugblätter, ist Spaltung der Sekretäre, ist Spaltung der Meinungen und der Meinungsfabriken usw. Und weil nach dem bekannten mathematischen Grundsatz ein Teil immer weniger ist, als das Ganze, ist Spaltung Schwächung, ist Spaltung der Partei Spaltung des Proletariats, der Revolution, kurzum: ist Spaltung das Uebel selber.

Hier steht von vornherein eines fest. Gewiß ist die Zahl einer Partei von Einfluß auf ihre Bedeutung. Eine Partei von 300.000 wird mehr sein, als eine Partei von 100.000 unter e i n e r Voraussetzung, daß die 300.000 ebenso geschlossen sind, wie die 100.000, das heißt, daß sie zwar nicht eine große Hammelherde sind, aber über Anfang und Ende, über Weg und Ziel so einig sind, daß kein Streit in der Partei über taktische Erwägungen hinauswächst.

Entstehen aber Differenzen über jene Grundlagen der Parteizusammengehörigkeit, dann entsteht die Frage: was dient – nicht der Partei, aber dem Proletariat – mehr: die Extensität der Zahl oder die Intensität der Meinung.

Die deutsche Arbeiterbewegung stand nicht erst einmal vor dieser Frage. Ein ganzes Jahrzehnt, das ganze Jahrzehnt vor ihrer Heim-[282]suchung ging es der deutschen Sozialdemokratie darum. Von einem Parteitag zum andern wälzte sich die „Auseinandersetzung“ mit den Revisionisten. Auf den gewaltigen Donner ohne Blitz, der in Dresden rollte, kamen die linden Augustgewitter, die von Jahr zu Jahr über Budgetbewilligung und Hofgängerei heruntergedonnert wurden: programmmäßig wie bei Reinhard. Aber von Jahr zu Jahr siegte der Geist der Parteisekretäre, der Geist des geruhsamen Lebens, die Furcht vor „Konkurrenzgründung“, siegte mit einem Wort – die „Einheit“ der Partei. Und wer will heute bestreiten, daß es das Heil der deutschen Arbeiterschaft, ja das Heil der proletarischen Internationale gewesen wäre, wenn die deutsche Sozialdemokratie beizeiten in die Teile gegangen wäre, in die sie ohnehin zerfiel? Daß es ein Segen gewesen wäre, wenn so der Welt das Schandschauspiel erspart geblieben wäre, als torkle das deutsche Proletariat als geschlossenes Ganzes hinter seinen und Europas Schlächtern in den Pulverdampf?

Oder in der Stunde der Heimsuchung selbst. Wer wagt es heute zu bestreiten, daß es eine halbe Erlösung für die Welt gewesen wäre, wenn der stille Protest, den die 14 dissentierenden Abgeordneten im stillen Fraktionszimmer des Reichstages abgaben, sich am 4. August 1914 zum lauten Krach verstärkt hätte, wenn statt der Disziplin, die „die Einheit der Partei hochhält“, der unbesiegbare Wille zur Klarheit Wort und Tat der Vierzehn bestimmt hätte?

Wieder siegte die „Einheit der Partei“, und wieder vergaß die Partei ob ihrer „Einheit“ Aufgabe und Pflicht.

[*)] An die Leser! Die Herausgabe dieser Nummer der „Internationale“ ist durch einen der gewohnten Ueberfälle Noskes auf die Druckerei verzögert worden. Die „Internationale“ wird weitererscheinen, trotz der „Pressefreiheit“, wie die Ebert und Noske sie verstehen.

Nein: die Einheit der Partei, die Einheit der Zahl und der Sekretäre, der Mitgliedsbüchlein und der Beitragsmarken ist es nicht, und darüber ist kein Mensch im Zweifel, der nicht mit dem Hirn des Parteisekretärs in der Partei das Ende alles Zeitlichen und den Anfang aller ewigen Dinge sieht.

Was ist eine proletarische Partei? Eine Vereinigung von Proletariern, die die gleiche Einsicht in die geschichtliche Lage des Proletariats verbindet. Was will eine proletarische Partei? Die Lage des Proletariats gemäß ihrer – richtigen oder falschen – historischen Erkenntnis ändern. Das wollen alle proletarischen Parteien. Auch Noske meint, indem er Kommunisten totschlagen lasse, indem er Streikbrecherbanden organisiere und die Bergleute mit Maschinengewehren in die Gruben jage, bessere er die Lage des Proletariats. Er glaubt, eine Aenderung der Lage des Proletariats sei nur im Kapitalismus und auf dessen Boden möglich, und darum läßt er jeden niedertreten, der diesen heiligen Boden des Kapitalismus betritt, ohne die Schuhe auszuziehen. Denn der Boden ist geheiligt: um des Proletariats willen. Sagt Noske.

Was aber wollen die Kommunisten? Sie wollen die Lage des Proletariats ändern durch Beseitigung, Niederringung des Kapitalismus, und sagen, das könne kein kommunistischer Noske f ü r die Proletarier, das könne nur das Proletariat selber tun. Und, sagen wir Kommunisten, weil das Proletariat als eine seit Jahrtausenden unterdrückte Klasse nicht von heute auf morgen den geschichtlichen Blick und den politischen Willen zur Durchführung dieser Aufgabe seiner Selbstbefreiung erhalten [283] kann, weil es sich diesen Blick und Willen erst im Kampfe selbst holen muß, ist es Aufgabe der Kommunisten, während des revolutionären Kampfes den Selbstbesinnungsprozeß des Proletariats zu fördern durch größte Klarheit. Die Frage ist für die Kommunisten nicht: wie erhalten wir die größere Partei, sondern die: wie erhalten wir das bewußtere Proletariat? In diesem Sinne ist die Partei nichts und die Revolution und das Proletariat alles.

Selbst für die junge kommunistische Partei ist die Frage, ob Zahl oder Ziel, nicht zum ersten Male gestellt. Man erinnere sich an den 9. November und an die wildgewordenen Soldaten, die mit Karabiner und Armeepistole um sich fuchtelten, um mit solch gewichtigen Gründen die „Einheit des Proletariats“ herzustellen. Auch an uns Kommunisten war damals die Frage gestellt, ob Liebknecht, und nicht nur Liebknecht, in die Regierung eintreten sollte. Für uns und für die Unabhängigen war die Frage gestellt. Die Unabhängigen haben sie bejaht: „um des Anhanges in den Massen willen“. Was auf deutsch heißt: um der Zahl willen.

Wir Kommunisten aber haben es abgelehnt, trotz der Zahlensiege, die winkten. Weil wir unsere Schritte nicht lenkten nach der „Stimmung“ der Massen, die schwankt, sondern nach dem, was nicht schwankt, dem objektiven Gesetz dialektischer Entwicklung, wie es Marx uns gelehrt hat, hätten wir unsere Pflicht gegenüber dem Proletariat verabsäumt, wenn wir damals, wie die Unabhängigen, mit der Stimmung Stimmen gefangen hätten. Wir mußten den Massen sagen, daß der Gang der Revolution nicht über den Sieg, sondern über die Niederlage der Ebert-Scheidemann führe, und mußten ihnen durch die Tat zeigen, daß nicht zur Kirchweih zusammen mit den Scheidemännern, sondern zum Vernichtungskampf gegen die Scheidemänner das Proletariat schreiten müsse.

So kann für uns, zumal in der Zeit der Revolution, in der verlorene Wochen verlorene Jahre bedeuten können, kein Zweifel sein: der Schatten, der die fleckenlose Reinheit der Partei trübt, muß getilgt werden, sonst kann die Partei ihre Aufgabe gegenüber dem Proletariat nicht erfüllen.

Der Wege des Proletariats in der Revolution sind mancherlei: der Wege und der Irrwege. Ein Irrweg war der Glaube, ein paar stürmende Vortruppen des Proletariats könnten das Werk des Proletariats vollenden. Berlin und Leipzig, Halle und Erfurt, Bremen und München haben diesen Putschismus durch die Tat widerlegt und haben gezeigt: nur die gesamte Klasse der Proletarier in Stadt und Land kann die politische Macht über die Bourgeoisie und kann den Kommunismus an Stelle des Kapitalismus gewinnen.

D a m a l s litt die Revolution daran, daß die vorgeschrittensten Elemente nicht sich zähmten in ihrer Ungeduld und so den Massen davoneilten. J e t z t soll die Revolution von der umgekehrten Krankheit befallen werden. D a m a l s erkannte die dem Proletariat voraneilende Schicht, daß sie allein nicht genüge. H e u t e wollen dieselben aus alle dem erkennen, daß, weil diese kleine voraneilende Schicht

nicht genüge, sie nicht vonnöten sei. D a m a l s war die Krankheit, daß die Masse und [284] Vortrupp den Gleichschritt verloren; h e u t e soll daraus der Schluß gezogen werden, daß dieser Trupp sich in den Massen aufzulösen habe, damit so nicht wieder die Gefahr entstehe, daß der Vortrupp um Haupteslänge weiter als die Masse sei.

Diese Philosophie ist der innerste Kern der ganzen sogenannten Opposition, mit der wir uns in den vergangenen Wochen und Monaten auseinanderzusetzen hatten. Hinter all dem Geschrei von der „Führerbewegung“ an Stelle der „Massenbewegung“, der „Parteidiktatur“ an Stelle der „Klassendiktatur“, der „Vereinigung aller Proletarier“, aller „revolutionären Clemente“, der „unbewußten Proletarier“ steckt der Gedanke: weil Mohamed nicht zu dem Berge gekommen sei, müsse jetzt der Berg zu Mohamed kommen. Weil die Massen noch nicht auf die Höhe kommunistischer Betrachtung gekommen seien, müssen die Kommunisten ihre Ideologie und ihre Form aufgeben und in den Massen verschwinden.

Diese Opposition trat auf in dem Mäntelchen, das Oppositionelle stets am Besten kleidet: dem des knallroten Radikalismus. Sie denken: Revolution ist Bewegung. Kann man keinen Schritt vorwärts tun, so tut man zwei zurück, auch das ist Bewegung.

Bewegung schon, nur keine revolutionäre. Gewiß ist beim Gang der proletarischen Revolution und bei ihrer spezifischen Entwicklungsform es unvermeidlich, daß die Revolution Rückschläge erleidet, daß die Massen zumal vom geraden Wege abgehen und entweder Seitenwege einschlagen oder selbst zurückgehen.

Und doch sind gerade das die Augenblicke, in denen der Kommunist zeigt, daß er Kommunist ist, in denen sich die Spreu vom Weizen sondert. Denn gerade in solchen Zeiten erlaubt dem Kommunisten seine marxistische Schulung und sein kritisches Denken, den Massen die Selbstkritik zu erleichtern und ihnen über die Schwierigkeiten wegzuhelfen, die sie sich selbst bereiten.

In Zeiten, wo das Proletariat in stürmischem Anlauf den geraden Weg voranstürmt, ihm voraus zu stürmen, ist oft mehr Sache revolutionären Temperaments und bedarf besonderer marxistischer Schulung nicht. Da so zu tun, ist selbstverständlich und weckt darum auch kein besonderes Vertrauen in den Massen.

In den kritischen Phasen festzubleiben, dann, wenn die Besten zu wanken scheinen, nicht zu wanken, auch dem Sturme zu trotzen, der in den eigenen Reihen sich erhebt: das allein weckt Vertrauen und lohnt sich tausendfach, wenn die kritischen Phasen überstanden sind.

Auch dann muß der Kommunist festbleiben, wenn die Krisis des Proletariats sich auslebt in scheinrevolutionären Phasen syndikalistischer Herkunft. Nicht das macht den Kommunisten aus, daß er jeweils die „radikalste“ Phrase braucht, sondern daß er jeweils am klarsten die Sache: sieht und zeigt und sucht.

Und so kann auch für den Kommunisten keine Frage sein, wie es solche Fragen zu lösen habe, wie die, die jetzt eine Reihe von Parteigenossen erhoben haben. Die Frage war die, ob die marxistische Schule dem Gang der proletarischen Revolution gemäß sei oder durch syndi-[285]kalistische – sie nennen es Gedanken – zu ersetzen sei. Sie haben die Fragestellung begleitet mit dem Geschrei und Gezänk, Haß allen solchen Weisheitspächtern eigentümlich ist. Und wir Kommunisten haben in sichtbarlichster Form einen Graben zwischen ihnen und uns gezogen: Was bedeutet diese Trennung? Sie bedeutet, daß die Ideologie des Marxismus und der kommunistischen Partei wieder fleckenlos leuchtet, und daß der, der irre gegangen ist, sich wieder auf den Weg machen muß, der diesem Lichte zuführt. Daß wir jetzt wieder dem Proletariat das sein können, was wir sein müssen: das lebendige Gewissen und der stehende Stern. Unsere Trennung hat wieder einmal in schärfster Formulierung dem Proletariat die Frage, ob Marxismus oder pseudorevolutionäre Phrasen leiten sollen, vorgelegt. Das Proletariat muß diese Frage entscheiden: je schärfer wir sie formulierten, um so schärfer fällt die Entscheidung. Je schärfer die Entscheidung fällt, um so einiger wird das Proletariat nach der gefällten Entscheidung.

Indem wir uns trennen, reinigen wir. Indem wir reinigen, einigen wir.

Parlamentarismus.

Von A. Th.

I.

Einem unbeteiligten Beobachter der deutschen Revolution muß es auf den ersten Blick sonderbar erscheinen, daß die Frage der taktischen Stellung zum Parlamentarismus gerade jetzt wieder in unserer Partei auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Es ist augenblicklich kein aktueller Anlaß dafür vorhanden. Weder für das Reich, noch für die Einzelstaaten, noch für die Gemeinden stehen Parlamentswahlen in so naher Aussicht, daß jetzt eine neue Entscheidung der Partei nötig wäre. Die Tatsache aber, daß bis jetzt Clara Zetkin im württembergischen Landtag und eine Reihe anderer Genossen in Gemeindevertretungen sitzen, wird niemand ernsthaft als ausreichenden Grund betrachten, die Frage wider auszurollen.

Es ist denn auch nicht die Zentrale gewesen, die die Frage aus eigenem Antrieb wieder zur Debatte gestellt hat. Eine Reihe von Bezirken, die in taktischem Gegensatz zur Zentrale zu stehen glaubten, drängten darauf. Die Zentrale selbst hält die Frage für nicht brennend. Ihr Antrag auf der letzten Parteikonferenz wollte dann auch folgerichtig, daß kein neuer Beschluß in dieser Frage herbeigeführt werde.

Indessen, welches auch die Beweggründe gewesen sein mögen, daß die Frage gerade jetzt wieder aufgeworfen wurde: es ist Tatsache, daß sie weite Kreise der Partei bewegt. Sie muß daher tiefer liegende Ursachen haben. Da keine unmittelbaren Anlässe vorhanden sind, so muß die Ursache im allgemeinen Gang der deutschen Revolution begründet sein. In ihm muß begründet sein die Tatsache, daß sie wieder austaucht, wie die Form, die sie annimmt.

[286] Welches ist diese Form? Es ist Grundvoraussetzung, daß man sich den Stand der Frage klar macht. Die Beobachtung der mündlichen und schriftlichen Debatten in der Partei darüber erweisen, daß diese Voraussetzung keineswegs überall vorhanden ist. Wir versuchten daher, die Frage rein herauszuschälen, sie abzuscheiden von Unzugehörigem.

Die Frage, ob das bürgerliche Parlament die Stätte sei, in der die Arbeiterklasse der Bourgeoisie die Entscheidungsschlacht liefere, ist für unsere Partei längst keine Frage mehr. Sie war im Grunde nie eine Frage für den Marxismus. Sie spielte eine Rolle nur für den Reformismus aller Schattierungen und für einen Vulgärmarxismus, der für die nurparlamentarische Praxis des Gros der alten Sozialdemokratie das pseudomarxistische Mäntelchen zurechtschneiderte, für das sich so nennende „marxistische Zentrum“. Die Kritik des Nurparlamentarismus, sei es des eingeständlichen der Revisionisten und Reformisten, sei es des „marxistischen Zentrums“, die in Fluß gebracht wurde durch die belgischen Generalstreiks, durch die russische Revolution von 1905 und schließlich durch den preußischen Wahlrechtskampf von 1910: sie ist bekanntlich der Ausgangspunkt jener marxistischen Linken, die den Kern der späteren Kommunistischen Partei bildete.

Diese Frage war also geschichtlich erledigt, nicht erst in der Kommunistischen Partei, sondern längst vor ihr.

Auch die weitere Frage, ob die bürgerliche Demokratie die Herrschaftsform der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie, die konkrete Gestalt der proletarischen Diktatur sein könne, auch sie ist für die Kommunistische Partei keine Streitfrage mehr. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat die große Lehre der russischen Revolution, die die der Pariser Kommune auf größter Stufenleiter und in immer weiter entwickeltem geschichtlichen Milieu bekräftigt, von vornherein sich zu eigen gemacht. Die Arbeiterräte als die konkrete Gestalt der proletarischen Diktatur sind keine theoretische Konstruktion. Sie sind der Niederschlag der revolutionären Massenbewegung selbst. Es galt nur, ihr Wesen, ihren praktischen Charakter der Arbeiterklasse zum Bewußtsein zu bringen. Der Gang der deutschen Revolution, die Rolle der bürgerlichen Parlamente in Deutschland als Bastionen der Gegenrevolution gegen die Arbeiterräte hat in negativer Weise bestätigt, was die russische Erfahrung in positiver Weise bekräftigte. Die russische und die deutsche revolutionäre Erfahrung zusammen erheben die Arbeiterräte zu einer europäischen Lehre. Die deutsche Kommunistische Partei hat diese Lehre als

unverrückbares Fundament in ihr Programm aufgenommen. Die 3. Internationale hat sie als allgemeines Ziel der proletarischen Revolution weltweit proklamiert.

Die Gestalt, in der die Frage des Parlamentarismus heute in unserer Partei auftritt, ist daher von Grund auf verschieden von der, in der sie vor der Revolution innerhalb der alten Sozialdemokratie auftrat, und sie unterscheidet sich ebenso wesentlich von der Form, in der sie gegenwärtig in der U. S. P. durchgekämpft wird. Der Kampf um den Parlamentarismus in der U. S. P. geht immer noch um die Frage: [287] ob die bürgerliche Demokratie oder die proletarische Demokratie, die Arbeiterräte, entscheidender Kampfboden und schließlich Herrschaftsform des Proletariats seien. Hier, wie in allen anderen taktischen Fragen, die die U. S. P. bewegen, kämpft diese Partei Kämpfe, die unter dem erreichten geschichtlichen Niveau stehen.

Der Kampf in unserer Partei hat diese Fragen alle hinter sich liegen, und es ist ein großes Mißverständnis über das eigene Tun, wenn hie und da in ihm die alten längstverklungenen Kämpfe wieder ertönen, wenn die rostbedeckten Klingen von ehedem wieder ausgegraben werden.

Die Frage, die von der Opposition in der Partei aufgebracht, die von der Parteileitung ihrerseits als nicht aktuelle Frage bezeichnet wird, ist taktischer Natur. Sie dreht sich darum, ob die Parlamentstribüne im absehbaren Verlauf der Revolution ein Mittel des revolutionären Kampfes sein kann oder nicht. Die Opposition verneint diese Frage, die Parteileitung läßt sie offen. Dies ist der Stand der Frage innerhalb der Partei, und auf dieser Plattform wird der kommende Parteitag sich zu entscheiden haben.

Seine Entscheidung hängt also ab von der Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Revolution und ihres weiteren Ganges.

II.

Solange die Revolution von Kampf zu Kampf stürmte, solange die Masse die Straße beherrschte, in gewaltigen Streiks an den Grundfesten der Wirtschaft rüttelte und in einer Reihe von Aufständen gegen die Ebertrepublik anstürmte, solange war für die Masse der Partei, für die Vorhut der revolutionären Arbeiterklasse die Frage der Hineintragung der Revolution in die Parlamente weder eine prinzipielle noch eine taktische Frage. Sie wurde, aus dem revolutionären Elan heraus, unwirsch beiseite geschoben. Die Stimmen, die mahnten, auch die andere Alternative, den langsameren und verwickelteren Gang der Revolution oder ihr Rückschreiten ins Auge zu fassen, schlugen an taube Ohren der Vorwärtsstürmenden. Die Blicke starrten wie gebannt auf das Vorbild des russischen Proletariats, das in kurzen acht Monaten die politische Macht eroberte, die Arbeiterräte Schritt für Schritt radikalisierte und ihnen neue Macht verschaffte, um sie schließlich als Sturmbock gegen das kurzlebige Parlament zu gebrauchen und es aus dem Sattel zu heben. Daß selbst in Rußland die Kommunistische Partei bis unmittelbar vor der letzten entscheidenden Machtprobe in diesem Parlament saß, wurde übersehen.

Die Lage hat sich gedreht. Die deutsche Revolution hat einen andern Lauf genommen als die russische. Die Arbeiterklasse ist von Position zu Position zurückgeworfen worden, die Bourgeoisie hat Stellung um Stellung besetzt. Die revolutionären Arbeitermassen sind von der Straße verdrängt und entwaffnet. In den Betrieben selbst sind die Unternehmer in der Offensive. Auf ihrer Tagesordnung steht die Wiedereinführung der Akkordarbeit. Die Arbeiterräte als politische Machtorgane sind nur noch eine Erinnerung an verschwundene Tage. Die bürgerlichen Parlamente haben sich konsolidiert, die Bourgeoisie hat sich wieder auf-[288]gerafft, neu gegliedert, neu gerüstet. Sie hat aus den Trümmern des alten Heeres sich ein militärisches Machtmittel gebildet, auf dessen Spitze die sozialdemokratische Regierung immer unsicherer balanciert.

Der erste rückläufige Abschnitt der deutschen Revolution nähert sich augenscheinlich seinem Ende. Die revolutionäre Kraft, die in diesem Abschnitt vorwärts trieb, ist offensichtlich an der Neige, und wann Bourgeoisie und Junker sich der lästigen sozialdemokratischen Parteiherrschaft entledigen und die bürgerliche Restauration vollenden werden, ist für sie nur noch eine Frage der Opportunität. Der quälend langsame Gang der geistigen Befreiung der Arbeitermassen aus dem Bannkreis der

Sozialpatrioten, für deren Langsamkeit die U. S. P. die entscheidende geschichtliche Schuld trägt, erlaubte der Gegenrevolution diese rasche Rückeroberung ihrer Machtstellungen.

Auf diesem Untergrund ist es, daß die parlamentarische Frage in der hier umschriebenen Gestalt innerhalb der Partei wieder auftritt. Die Zurückweisung der Parlamentstribüne als möglicher revolutionärer Kampfplatz ist offenbar geknüpft an die Erwartung, daß die Revolution nach kurzer Atempause wieder den stürmischen Gang einschlagen werde wie in ihren ersten fünf Monaten. Sie ist letzten Endes nur diese subjektive Erwartung, der stürmische revolutionäre Drang des ersten Abschnitts, der sich selber zum Gesetz des weiteren Gangs der Revolution proklamiert, der die objektiven Bedingungen und Möglichkeiten des weiteren Laufs der Revolution kurzerhand beiseite läßt. Es ist die Erwartung, die sich als Tatsache nimmt.

Die Aufwerfung der Frage der revolutionären Taktik gegen den Parlamentarismus, die einäugige Einstellung auf die Abweisung der Parlamente als revolutionärer Kampfboden ist letzten. Endes die verneinende Form, in der der revolutionäre Wille sich aufbäumt gegen den rückläufigen Gang der Revolution. Positiv gewendet und auf den einfachsten Ausdruck gebracht sagt diese heilige Bannformel: „morgen gehts wieder los!“

Dieser positive Gehalt der Formel erklärt, warum sie, einmal aufgebracht, so starke Wellen in der Partei schlagen konnte. In ihr pulsiert revolutionärer Wille, der sich selbstherrlich über die objektiven Bedingungen des revolutionären Kampfes hinwegsetzt, das revolutionäre Herz, das den Kopf Schweigen heißt.

Die Untersuchung der Bannformel auf ihren Gehalt enthält schon ihre Kritik. Wenn schon mitten im Sturm und Drang der ersten Revolutionsmonate die Partei ihre Taktik auf beide Alternativen einstellen mußte, den fortschreitenden wie den rückläufigen, den schnelleren oder langsameren, den kontinuierlichen oder den abgebrochenen Lauf der Revolution, so ist diese Einstellung in der gegenwärtigen Lage der Revolution, die eine grausame, gründliche Kritik der Erwartungen der ersten Monate ist doppelt geboten.

III.

Die Erwartung des rasch ansteigenden Tempos der Revolution ist versucht worden, objektiv begründet zu werden. Es ist hingewiesen worden auf die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Kapitalis-[289]mus. Man vergißt dabei den subjektiven Faktor, die revolutionäre Reife der Massen, die die notwendige Bedingung dafür ist, daß die Massen, statt sich durch die wachsende Not immer weiter herabdrücken zu lassen, sich revolutionär dagegen auflehnen. Die subjektive Voraussetzung dafür ist nicht nur die Einsicht in die Ausweglosigkeit der Lage, unter kapitalistischer Herrschaft, sondern auch die positive Erkenntnis, die sich zu einem Massenurteil zusammengeballt haben muß, daß der Ausweg nur in der Verwirklichung des Kommunismus, im Sturz der bestehenden Gewalten liegt. Das bedeutet praktisch in Deutschland die Befreiung der Ueberzahl der Proletarier aus der heutigen Herrschaft der Sozialdemokratie und der U. S. P. Wenn aber die Zeitmaße der objektiven Faktoren der revolutionären Entwicklung sich annähernd erfassen lassen, so ist die Einschätzung des Zeitmaßes der subjektiven Faktoren der Rechnung Sache der Willkür. Dieser Umstand ist es, der alle Erwartungen, alle Voraussagen über die Schnelligkeit der revolutionären Entwicklung – und diese Schnelligkeit bestimmt ihrerseits wieder maßgebend die Erscheinungsformen der Revolution und das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Gegenrevolution – zur Unsicherheit verurteilt. Auf dem unsicheren Grunde dieser Erwartungen lassen sich keine taktischen Festsetzungen aufbauen, die, wie die in Sachen des Parlamentarismus, ihrer Natur nach eine bestimmte Annahme über Tempo und Verlauf der Revolution voraussetzen.

Bei der Heranziehung der Parallele der russischen Revolution, die mehr oder weniger deutlich vielen, Parteigenossen vorschwebt, wird gewöhnlich, neben den Eigentümlichkeiten der inneren und äußeren Konstellation des Jahres 1917 der Hauptumstand vergessen: Die russische Revolution, die im November 1917 in die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse mündete, die begann nicht im März 1917, sie begann im Januar 1905, und auch der Januar 1905 hat eine lange und verwickelte revolutionäre Vorgeschichte.

Man hat auch eine spezielle Quasitheorie für die einäugige heilige Formel der Ignorierung der Parlamente zurechtgemacht. Diese Quasitheorie besagt: der erste Abschnitt der Revolution, die politische Revolution, liegt hinter uns. Vor uns liegt die wirtschaftliche Revolution. Der Schwerpunkt des Kampfes ist jetzt in die Betriebe gerückt. Diese Theorie verwandelt also das augenblickliche Verschwinden der Arbeiterklasse von der politischen Bühne in eine Stärke der Revolution. So ist sie, statt anstachelnd, radikal zu sein, wie sie sich dünkt, vielmehr nur die pseudotheoretische Beruhigungspille für die augenblickliche politische Schwäche der Arbeiterklasse.

Im übrigen hat sie mit marxistischer Auffassung nicht das geringste zu tun, sie ist eine mechanische, hölzerne Formel aus dem syndikalistischen, d. h. kleinbürgerlichen Gedankenschatz. Karl Marx hat schon im Jahre 1844, in einer Polemik gegen den alten Philister Ruge, mit dem Unsinn einer einseitig „wirtschaftlichen“ (sozialen hieß es damals), wie einer nur politischen Revolution aufgeräumt.

„Jede Revolution löst die alte Gesellschaft auf, insofern ist sie sozial, jede Revolution stürzt die alte Gewalt, insofern ist sie politisch.“ [290] Die Revolution überhaupt – der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse, setzt Marx weiter auseinander, ist ein politischer Akt. Der Sozialismus bedarf dieses politischen Akts, soweit er der Zerstörung und Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg.

Es ist nicht gerade eine reine Freude, wenn man im Jahre des Herrn 1919 als neueste marxistische Analyse auftauchen sieht, was von Karl Marx bereits vor zwei Menschenaltern ins Reine gebracht war.

Es wurde bewiesen, daß auf subjektiver Erwartung und auf dem Boden subjektivem Willens des raschen Fortgangs der Revolution keine taktische Entscheidung in Sachen der revolutionären Ausnützung des Parlaments zu gründen ist. Es wurde ferner bewiesen, daß eine objektive Vorausbestimmung des Tempos und des weiteren Laufs der Revolution mit der Bestimmtheit, die eine solche taktische Festlegung voraussetzt, unmöglich ist.

Der Schluß, der daraus folgt, ist der, daß die Frage offen bleiben muß.

Nicht das revolutionäre Herz allein kann in dieser Frage entscheiden. Die Kommunistische Partei hat dem Proletariat auch voranzugehen in der weitsichtigen und sicheren historischen Orientierung.

*

Die Unabhängigen und die Internationale.

Von Arnold S t r u t h a n

Die Presse der unabhängigen Sozialdemokratie widmet jetzt viel Platz der Besprechung der Frage, zu welcher Internationale eigentlich die Unabhängigen gehören sollen: zur 2. Internationale, von der Rudolf Hilferding in der Berliner „Freiheit“ (vom 19. Juli) geschrieben hat, die „wäre gewesen“, die aber Karl Kautsky als die einzige Teegesellschaft schildert, in der sich ein anständiger Unabhängiger wohl fühlen kann oder zur Kommunistischen Internationale, der die Herzen der unabhängigen Arbeiter entgegenschlagen.

Diese Frage, deren Entscheidung die unabhängigen Parteiführer, noch für ein halbes Jahr bis zum Genfer Kongreß, der im Februar stattfinden soll, zu verschieben suchen, ist für sie nicht neu. Sie verschieben diese Frage schon seit vier Jahren, seitdem sie aktuell ist, und hoffen, sie so lange zu verschieben, bis nichts mehr zu entscheiden sein wird.

Die Kommunistische Internationale ist formell erst im März dieses Jahres gegründet worden. Aber seit Ausbruch des Krieges standen die Fragen, die die alte Internationale zerschlagen haben, vor dem revolutionären Proletariat aller Länder: „Landesverteidigung im imperialistischen Krieg oder Kampf gegen ihn, revolutionärer Massenkampf gegen das Weltkapital für den Weltsozialismus oder kraftlos parlamentarische Demonstration für den Verständigungsfrieden der Kapitalisten; darüber galt es sich seit 1914 zu entscheiden.

[291] Und diese Entscheidung bedingte auch die Entscheidung darüber, ob das Proletariat die Wiederbelebung der zusammengebrochenen, vom Opportunismus zerfressenen alten, oder die Aufrichtung einer neuen revolutionären Internationale erstreben soll. Die Unabhängigen brauchten anderthalb Jahre, bis sie sich dafür entschieden haben, im Parlament durch Ablehnung der Kriegskredite gegen den imperialistischen Krieg zu demonstrieren.

Die Agitation für Massenstreiks, Straßendemonstrationen lehnten sie in den ersten Kriegsjahren glatt ab als revolutionäre Romantik. Als auf der Zimmerwalder Konferenz Radek im Namen der sogen. Zimmerwalder Linken (d. h. der russischen Bolschewiki, polnischen, schwedischen und deutschen Linksradikalen) eine Resolution vorschlug, die die damalige „Opposition“ aller Länder verpflichtete, alle spontanen Kundgebungen der Unzufriedenheit der Massen (ökonomische Streiks, Hungerkrawalle) zu unterstützen, sie in politische Massenaktionen umzuwandeln suchen, sprangen die Unabhängigen wie von einer Tarantel gestochen auf und erklärten es für unerhört, daß solche Forderungen gestellt werden.

Als es galt, prinzipiell zu den Fragen der Vaterlandsverteidigung und der pazifistischen Verseuchung des Proletariats Stellung zu nehmen, erklärten die Unabhängigen, das seien Fragen, die erst später ein internationaler Kongreß zu entscheiden haben werde; einstweilen winkten sie jeder Stellungnahme zu der politisch ausschlaggebenden Frage der Vaterlandsverteidigung ab und nährten ruhig das Proletariat mit dem Irrwahn, daß ohne Weltrevolution ein demokratischer Volksfriede möglich ist. Und weil sie sich von den Kriegssozialisten weder in dem Standpunkt (Vaterlandsverteidigung oder Revolution) noch in der Aktion klar unterschieden, so waren sie auch der Meinung, nach dem Kriege werde man über die taktischen Gegensätze der Kreditbewilligung schon hinwegkommen und die alte Internationale von neuem aufrichten. Haase und Kautsky stemmten sich, solange sie konnten, der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie entgegen, und es war nur konsequent, daß sie Gegner der Spaltung der Internationale waren. Ledebour, der dank seinem revolutionären Temperament inzwischen die treibende Kraft der Spaltung und der revolutionären Aktionen innerhalb der U. S. P. D. wurde, war auch gegen die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz der Sozialpatrioten aller Länder, aber Haase und Kautsky hatten Oberhand. Würden damals die Entente-Regierungen ihren sozialpatriotischen Lakaien erlaubt haben, mit den „Sozialisten“ des Kaisers zusammenzukommen, die Zimmerwalder Vereinigung wäre 1917 gesprengt worden, denn die Linke war entschlossen, die eventl. Teilnahme der Unabhängigen an der Stockholmer Konferenz mit dem Verlassen der Zimmerwalder Konferenz zu beantworten.

Seit dem Sieg der Arbeiterrevolution im November 1917 in Rußland vertieften sich die Gegensätze in der Internationale. Diese Revolution stellte praktisch auf die Tagesordnung die Frage, die jetzt die Hauptfrage ist: der proletarischen Diktatur und der Arbeiterräte als ihrer Form. Wenn in den ersten drei Kriegsjahren es galt zu entscheiden, ob die Sozialdemokratie die Arbeitermassen, die spontan sich in Bewegung [292] setzten, zum revolutionären Massenkampf für den Sozialisierung antreiben soll, so stellte die russische Revolution, die Massenstreiks in Deutschland und Oesterreich (Januar 1918), die revolutionäre Massenbewegung in Italien das Proletariat vor die Frage der Arbeiterräte als der Form der Diktatur, zu der das Proletariat streben muß, wenn es siegen will.

Die Führer der U. S. P. waren in ihrer großen Mehrheit gegen die proletarische Diktatur, gegen die Räteherrschaft. Kautsky veröffentlichte kurz vor dem Ausbruch der deutschen Revolution seine Broschüre gegen die Rätediktatur, die das Entzücken nicht nur des „Vorwärts“, sondern auch der „Frankfurter Zeitung“ erweckte, und so oft die unabhängigen Führer im Parlament genötigt waren, gegen die imperialistische Raubpolitik der deutschen Regierung Sowjet-Rußland gegenüber zu protestieren, niemals verzichteten sie darauf, von Räte-Rußland abzurücken. Aber die russische Arbeiterrevolution erweckte trotz des Verleumdungsfeldzuges der kapitalistischen Weltpresse und trotz der theoretischen „Vernichtung“ der Bolschewiki durch Kautsky ein tiefes Solidaritätsgefühl in immer breiteren Massen des Proletariats der ganzen Welt. Die unabhängige Presse mußte dem Rechnung tragen, sie mußte zur Popularisierung des Rätegedankens beitragen. Beim Ausbruch der deutschen Revolution zeigte es sich, wie tief er in die Massen Deutschlands und Oesterreichs schon eingedrungen war. Die Arbeitermassen bildeten überall Räte, die die volle Gewalt übernahmen. Aber die Arbeitermassen

hatten Dank dem Zusammenbruch des deutschem Imperialismus unter den Schlägen der Entente fast ohne Kampf die Macht bekommen. Die Folge dessen war, daß sie in ihrer Mehrheit sie nicht anzuwenden und zu behalten wußten. Die Sozialpatrioten, die die ganze Kriegszeit hindurch die Hauptstützen des Kapitalismus waren, suchten sofort den Arbeiterräten die Macht zu entwinden, „sie der Bourgeoisie zurückzugeben". Die Führer der Unabhängigen, die Haase und Dittmann, die trotz allen Donnerns gegen die Scheidemänner in ihrer Mehrheit sich wenig von den Sozialpatrioten unterschieden, bildeten zusammen mit ihnen eine Regierung und halfen ihnen, die Macht den Arbeiterräten zu entwinden. Das geschah, indem sie so wichtige Posten wie das Auswärtige Amt, die Waffenstillstandsverhandlungen, das Kriegsministerium, das Schatzamt, den Händen der bürgerlichen „Fachminister" überließen und für die Nationalversammlung eintraten, indem sie die Einigung Räte-Deutschlands mit Räte-Rußland verhinderten. Sie handelten nur konsequent. Sie waren doch Gegner der Rätediktatur. Unter dem Drucke der Berliner unabhängigen Massen, die, von Ledebour und Däumig geführt, für die Räte waren, mußten die unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung austreten. Sie haben den Sozialpatrioten geholfen, die Rätemacht an die Bourgeoisie zu verraten, sie konnten gehen. Im Februar übernahm die bürgerliche Nationalversammlung auch formell die Herrschaft, die Räte wurden aus einer Position nach der anderen hinausgedrängt, die Noskegarden gebildet. Die Arbeitermassen, die hinter den Unabhängigen standen, bekamen in einer Reihe von Kämpfen, in denen sie von der „demokratischen Regierung" niedergeworfen wurden, praktische Lehren [293] über die Frage Diktatur oder Demokratie. Sie fühlten am eigenen Leibe, daß es nur die Wahl zwischen der Diktatur des Proletariats und der der Bourgeoisie gibt. Noch tiefer verankerte sich der Rätegedanke in den unabhängigen Massen. Die Hilferding, Ströbel, Haase, die geholfen haben, die Macht den Räten zu entwinden, suchten jetzt zu verhüten, daß sie sie wiedererobern. Es begann die Kampagne für die „Verankerung der Räte in der Verfassung", d. h. daß zwar die Herrschaft bei der bürgerlichen Nationalversammlung bleibt, aber die Räte die Möglichkeit bekommen, durch ihren Zentralrat Gesetze vorzuschlagen, gegen angenommene Gesetze die Volksabstimmung anzurufen. Auf diese Weise sollten die Massen vom Kampfe um den Sturz der Regierung des Kapitals und ihrer sozialpatriotischen Lakaien und der Aufrichtung der Rätediktatur abgeleitet werden, der revolutionäre Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie sollte in einen um die Teilnahme an der Herrschaft der Bourgeoisie umgewandelt werden. Unter dem Druck der unabhängigen Arbeiter mußte der Parteitag der Unabhängigen im März die Rätediktatur als Ziel anerkennen, aber trotzdem gelang es den Haase usw., in die programmatische Resolution als nächstes Ziel die famose Verankerung der Herrschaft der Arbeiterräte in der kapitalistischen Verfassung durchzudrücken. Der jetzige Zustand ist folgender: während die linken Unabhängigen, die sich um Däumig gruppieren, zusammen mit den Kommunisten versuchen, die Arbeiterräte als von der Regierung vollkommen unabhängige Organe des Kampfes auszubauen, um sie nach dem Sturz der sozialdemokratisch-kapitalistischen Regierung in Organe der Macht zu verwandeln, treten die anderen Führer für die Kreuzung zwischen kapitalistischer „Demokratie" und einem konzessionierten Rätesystem ein (siehe die Reden Koenens und Cohns bei den Debatten der Nationalversammlung über die Verfassung). So bleibt die unabhängige Sozialdemokratie getreu ihrer Rolle, Verwirrung in den Reihen des aufwachenden Proletariats zu schaffen: dieser Rolle dienen unbewußt, ja gegen ihren Willen auch die linken Unabhängigen. Denn indem sie in den Massen als Unabhängige mit vollem Eifer für die Rätediktatur kämpfen, (wir unterschätzen diese Arbeit Däumigs nicht) wecken sie in den Massen die Ueberzeugung, die gesamte unabhängige Partei sei für die Rätediktatur und erwerben so den Haase und Co. in den Massen das Vertrauen, das ihnen dann erlauben wird, in einem entscheidenden Momente die Masse mit irgend einem Mixtum-Compositum aus Dreck und Feuer wieder irrezuführen. Dieser Charakter der Unabhängigen Sozialdemokratie erklärt auch das traurige Spiel, das diese Partei in den Fragen der Internationale treibt.

II.

Im März wurde in Moskau die Kommunistische Internationale von den Vertretern der russischen, polnischen, finnischen, ukrainischen, lettischen, deutschen, deutsch-österreichischen, ungarischen, rumänischen, holländischen kommunistischen und den linken sozialdemokratischen Parteien Schwedens und Norwegens gegründet. Die Kommunistische Partei Bulgariens und die sozialdemokratische

Partei der Schweiz traten ihr [294] bei. Die italienische Sozialdemokratie steht auf ihrem Standpunkt und wird auf dem demnächst stattfindenden Parteitag ihr beitreten. In Frankreich bestrebt den Anschluß an sie ein immer mehr wachsender Teil der französischen Sozialdemokratie unter Führung Loriots, in England steht der Anschluß der britischen sozialdemokratischen Partei bevor, viele lokale Organisationen (besonders im Norden) haben ihn schon vollzogen. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas hat den Anschluß nicht nur die sozialdemokratische Partei erklärt, sondern große Teile der stärkeren sozialistischen Arbeiterpartei erstreben ihn. Eugen Debbs, der greise Führer dieser Partei, die ihn dreimal als Kandidaten für den Präsidentenposten aufgestellt hat, hat aus dem Zuchthaus, wo er für seinen Kampf gegen den Krieg büßt, seine volle Solidarität mit der Kommunistischen Internationale ausgedrückt. Das Manifest der Kommunistischen Internationale, ihre Thesen, werben in der ganzen Welt, von Wladiwostok bis Hamburg und von Hamburg bis Vancouver, vom Norden Finnlands bis Johannisburg und Adelaide für die Ideen des Kommunismus. Aber mehr noch wie sie wirkt für die Kommunistische Internationale der heroische Kampf, den die Proletarier Rußlands gegen den Weltimperialismus führen. Wo nur die Arbeiter diesen Kampf zu führen beginnen, überall fühlen sie sich solidarisch mit der Kommunistischen Internationale.

Wer steht außerhalb ihrer? Die Hendersons und Gompers, die Jouhaux und Renaudels, die Scheidemanns und Legien sehen in ihr ihren Todfeind. Das ist nur natürlich, will doch die Kommunistische Internationale die Götter entthronen, denen sie während vier Jahren gedient, denen sie das Blut des Proletariats geopfert haben: die Götter des Weltkapitals. Wenn die Lloyd George, Clemenceau und Wilson für die Mitglieder der Kommunistischen Internationale Ketten zur Verfügung haben, wenn die Scheidemanns in ihnen Weltverbrecher sehen, wie könnten die Renaudel, Jouhaux, Hendersons, Gompers, Wels, diese Internationale anders als mit Haß behandeln? Ist sie doch ihr gefährlichster Feind. Anders kann auch das Verhältnis der Branting, Stauning und Troelstra zu der Kommunistischen Internationale nicht sein, da sie doch in ihren schwedischen, dänischen und holländischen Vaterländern gegen die revolutionären Arbeiter kämpfen. Die Führer der konterrevolutionären Gewerkschaften in allen Ländern, die Führer der sozialdemokratischen Parteien, die sich in ihrem Lande mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat verbinden, dies sind die Hauptgegner der Kommunistischen Internationale. Zu ihnen schlägt sich das bunte Volk der kleinbürgerlichen „Sozialisten“ in Polen, Litauen, Ukraine, Kaukasus, die die „Unabhängigkeit“ ihrer Länder zuerst von dem deutschen, jetzt von dem Ententeimperialismus erwarten. Diese konterrevolutionären Elemente bilden die große Mehrheit der Gesellschaft, die unter der Flagge der 2. Internationale von Zeit zu Zeit in irgend einem neutralen Orte die Vertretung des internationalen Proletariats mimt. Aber ihnen gesellen sich die, die im Kriege sich weder für den Kapitalismus noch den Sozialismus entscheiden konnten: die Longuet und Cachin, die Macdonald und Snowden. Was stellen diese Elemente dar? Cachin war ein [295] strammer Sozialpatriot; beim Ausbruch der russischen Revolution fuhr er nach Petrograd, um die russischen Arbeiter zu überreden, im Kriege zu verbleiben. Longuet stimmte die ganze Kriegszeit lang für die Kriegskredite und unterschied sich von den entschiedenen Sozialpatrioten nur dadurch, daß er gleichzeitig für Friedensverhandlungen und einen Verständigungsfrieden eintrat. Beide, gedrängt durch die wachsende oppositionelle Stimmung der französischen Arbeiter, traten gegen die Erdrosselung der russischen Revolution ein. Seit dem Kriegsende protestierten sie gegen die Raubpolitik des Imperialismus, gegen die Teuerung, was ihnen eine Popularität in den erwachenden französischen Massen verschafft, aber sie nützten diese Popularität nicht dazu aus, um die französischen Arbeiter zum revolutionären Massenkampf zu führen, sondern sie warten, bis keine revolutionäre Propaganda-Agitation notwendig sein wird, bis die Massen selbst unter dem Einfluß der Not den Kampf beginnen. Die Führer der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) Macdonald und Snowden führten den Kampf gegen den englischen Imperialismus als Pazifisten. Sie waren für die Vaterlandsverteidigung, aber gleichzeitig für den Verständigungsfrieden. Reformisten, wie sie immer waren, dachten sie nicht an den revolutionären Kampf um den Sozialismus. Welche Haltung Macdonald zu den jetzt ausschlaggebenden Fragen einnimmt, zeigte er in seiner Rede auf der Berner Konferenz, wo er nach der heuchlerischen Erklärung, er wolle den Bolschewismus nicht verurteilen, weil er nicht wisse, was mit ihm los sei, die russische Arbeiterrevolution vor Tyrannei, Anarchie und Zerstörung warnte und sie aufforderte, unter den Kanonen seines englischen Vaterlandes aufbauende

Arbeit zu leisten und die Demokratie zu verwirklichen. Diese schwankenden Gestalten, die, weit entfernt, die revolutionäre Bewegung in den Ententeländern zu fördern, sie nur verwirren, bilden den Magnet, der die deutschen Unabhängigen anzieht. „Im Osten ist das Proletariat bereits revolutioniert, während das Vorantreiben der revolutionären Bewegung im Westen gerade unsere Aufgabe in der Internationale ist“, erklärt die kurze Begründung des Ganges nach Luzern, die die unabhängige Parteileitung ihren Referenten und Redaktionen „zur Information und zur beliebigen Verwendung auch in der Oeffentlichkeit“ versandte. Die Notwendigkeit der Beeinflussung der westeuropäischen Revolution bildete ein Hauptargument der unabhängigen Presse. Es ist eine sehr sonderbare Auffassung, die Revolution in Frankreich und England werde vorangetrieben, wenn die Hilferding, Kautsky und Crispien in dem Kursaal von Luzern mit Longuet und Macdonald zusammenkommen. Nur durch Taten kann die Arbeiterklasse eines Landes die des anderen „vorantreiben“, indem sie durch heroischen Kampf und seine Erfolge den Klassengenossen jenseits der Grenzen ein Beispiel gibt. Natürlich bedeutet das nicht, daß dann internationale Konferenzen, die auf ihnen gefaßten Beschlüsse wertlos sind. Sie können von großer Bedeutung sein, indem sie die Erfahrungen der kämpfenden Vorderreihen des Proletariats austauschen, vereinheitlichen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken. Die Gründungstagung der Kommunistischen Internationale in Moskau hat ganz gewiß [296] durch ihre Resolutionen und Kundgebungen viel zur Förderung des revolutionären Kampfes in der ganzen Welt beigetragen. Aber sie konnte es tun, weil ihr Programm sozusagen mit dem Blute des russischen und deutschen Proletariats geschrieben ist. Zusammenkünfte von Vertretern von Parteien, die bei sich zu Hause von der Revolution wie das Rohr im Winde bewegt werden, können keine revolutionären Folgen haben. Das hat die Berner und Luzerner Konferenz schon bewiesen. Was hatten dort die Unabhängigen getan, um die Revolution im Westen voranzutreiben? Ihre Berner Arbeit können die unabhängigen Arbeiter jetzt auf Grund des Berichts beurteilen, den Kautsky auf dem Märzparteitag erstattete und der um Protokoll dieses Parteitages nachzulesen ist (S. 113–128). Sie haben Herrn Wilson, Clemenceau und Lloyd George geraten, wie der „Völkerbund“ aus einer Allianz zur Erdrosselung der Weltrevolution und Ausbeutung der schwachen Völker in sein Gegenteil verwandelt werden kann, sie haben geholfen, eine Kommission zur Bewachung der Arbeit der Versailler Räuber einzusetzen, sie haben den Scheidemännern Brücken gebaut, und schließlich hat Kautsky zusammen mit Renaudel, Macdonald und den Scheidemännern eine Erklärung gegen die Diktatur des Proletariats und für die „Demokratie“, losgelassen, die sogar den Friz Adler, Longuet und – – den unabhängigen Herzfeld zu einer geharnischten Erklärung veranlaßten. Dieselben Elemente, die viereinhalb Jahre passiv und aktiv die internationale Aktion gegen den Krieg hemmten, die auf jede internationale Aktion glaubten verzichten zu dürfen, haben es nun sehr eilig, die Konferenz zu einer Aktion zu verwenden, die die Schwierigkeiten der Internationale notwendig vermehren muß. „Wir verwahren uns gegen jede, wie immer geartete Brandmarkung der Zustände in der russischen Sowjet-Republik“, erklärten F. Adler, Longuet, Herzfeld usw. und erklärten ihr Ausweichen vor der Frage: Rätesystem oder bürgerliche Republik dadurch, daß sie schlecht informiert sind. Wie feige auch diese Erklärung ist, sie bedeutete eine Ohrfeigenverabreichung seitens der französischen und deutsch-österreichischen „Unabhängigen“ an ihren Meister, den Vertreter der deutschen Unabhängigen p. p. Kautsky. Gewissenhaft, wie er ist, unterbreitete er diese Trophäe dem wenig entzückten Parteitag, der eben daran ging, den geheiligten „Boden der Demokratie“, auf dem Kautsky unerschütterlich steht, verschämt zu verlassen, indem er in seiner programmatischen Resolution erklärte: „Die unabhängige Sozialdemokratie stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Verwirklichung des Sozialismus“. Wenn man bedenkt, daß diese Erklärung in der Resolution Haases fehlte, daß sie unter dem Druck des Parteitages von ihm aufgenommen wurde, daß – wie alle Redner ausführten – die Erfahrungen der Nationalversammlung, die Radikalisierung der Arbeitermassen es waren, die die U. S. P. nötigten, diese Verbeugung vor dem Rätesystem zu machen, wenn man bedenkt, daß seitdem weitere sechs Monate der schamlosesten Diktatur des Weltkapitals und des deutschen Kapitals verstrichen sind, wenn man [297] bedenkt, daß trotzdem die Longuet und Cachin für die Einberufung der Nationalversammlung in Frankreich eintreten und die Macdonald sogar für ein Bündnis der Arbeiterpartei mit den linken Liberalen in

England, so müßte man erwarten, daß die Vertreter der Unabhängigen in Luzern in erster Linie die Verteidigung des „Bodens des Rätesystems“ für ihre Aufgabe halten werden. Gingen sie doch nach Luzern, um die westeuropäische Revolution „voranzutreiben“. Dies konnte nur darin bestehen, daß sie den westeuropäischen Arbeitern die Erfahrungen mitteilten, die die deutschen Arbeiter muß ihrem Blute bezahlten, daß sie ihnen mitteilten: Bei dem jetzigen Grade der Klassengegensätze gibt es nur ein hüben und ein drüben, entweder erdrosselt das Proletariat die Bourgeoisie, oder es wird von ihr in Ketten geschlagen. Die Unabhängigen erklärten der Luzerner Konferenz, in der neben Renaudel, dem Lakaien des französischen Imperialismus, Henderson, dem Lakaien (zwei mit Fußtritten weggejagten, als er im Jahre 1917 gegen Lloyd George zu mucksen wagte) des englischen Imperialismus, Zereteli das große Wort führte, derselbe Zereteli, der auf Geheiß der Londoner und Pariser Börse zusammen mit Kerenski die russischen Arbeiter zu einer Offensive trieb und sie massenhaft erschießen ließ, als sie sich weigerten zu kuschen, – diesen Agenten des Kapitals erklärten die Unabhängigen stolz: Ebert und Scheidemann sind Bluthunde, mit ihnen setzen wir uns nicht mehr.an den Tisch – – auf der nächsten Konferenz. Nachdem sie angeklagt haben, brauten die Hilferding und Crispien zusammen mit den französischen Unabhängigen, den Longuet und Co., eine Resolution über die politische Lage, Diese Resolution geigt, wie die Unabhängigen die Weltrevolution vorantreiben wollen. Das Proletariat kann keinen Schritt bewußt weitermachen, ohne sich über den Weg bewußt zu werden, d. h. über die Frage der Diktatur des Proletariats. Der Kongreß der Unabhängigen mußte sich deshalb zu der Diktatur und den Räten als ihren Organen bekennen. In Luzern aber erklärten die Unabhängigen, daß sie „die allgemeinen Fragen der sozialistischen Taktik über den Wert von Demokratie und Diktatur – dem nächsten internationalen Kongreß vorbehalten“. Also bis zum Februar, noch sechs Monate, sollen die Proletarier der Welt auf das große Licht warten, das ihnen dann die Internationale anzünden wird. „Die geschichtliche Aufgabe der U. S. P. ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein“ – erklärte der Märzkongreß der U. S. P. in seiner programmatischen Kundgebung. In Luzern zeigten die Hilferding und Crispien eine neue Art des Bannertragens: nicht an der Spitze der Massen, sondern an ihrem Schwanze. Jedes Kind versteht, daß dieser Winter mit seiner wachsenden Kohlennot und wirtschaftlichen Zersetzung entscheidende Kämpfe auch in Frankreich, Italien, England bringen wird. Die Proletarier dieser Länder voranzutreiben bedeutet, jetzt das Banner dieser Kämpfe zu hissen, ihnen den Weg geistig zu ebnen. Die Hilferdings versprechen ihnen, das Banner zu entfalten, wenn die Massen selbst gelernt haben werden, wie zu kämpfen.

Wir könnten noch an einer ganzen Reihe von Punkten zeigen, [298] welchen Schindluder die Unabhängigen mit ihren Arbeitern treiben, denen sie zugesagt haben, die Weltrevolution voranzutreiben. Wir wollen dies nur an einem Punkte noch dartun. Der Versuch der Erdrosselung der russischen Revolution bildet den Anfang des Versuchs des Weltkapitals, die anwachsende revolutionäre Arbeiterbewegung der ganzen Welt zu ersticken. Um diese Henkersarbeit leichter verrichten zu können, ergießt die Presse des Weltkapitals tagtäglich einen Strom von Verleumdungen über die russische Revolution. Trotz aller dieser Verleumdungen ist jeder, der mit der Geschichte der Revolutionen, den Grundtatsachen des russischen Lebens bekannt ist, gut imstande, auf Grund der Berichte, die durch die Kordone, mit denen die Entente und das Noskedeutschland das Sowjet-Rußland umgeben, sich ein Bild des heroischen Kampfes des russischen Proletariats zu entwerfen. Das Buch Saudouls, des französischen Hauptmanns, der von seiner Regierung nach Rußland gesandt wurde, um die Bolschewiki im Sinne der Entente zu bearbeiten und dort selbst Kommunist wurde, das Buch des englischen Ethikers Rausome (über seinen sechswöchentlichen Aufenthalt in Rußland im Frühjahr 1919), das in seiner Tatsachenknappheit ein erschütterndes Bild des heroischen Kampfes entwirft, die Berichte Joshua Roses in der „New-Republic" über das Koltschakregime, sie würden genügen, um einem Pferd das Urteil über die Lage in Rußland zu ermöglichen.

Zu feige, um sich rücksichtslos auf die Seite der blutenden, mit erfrierenden Händen hungernd kämpfenden russischen Arbeiterrepublik zu stellen, um den Axelrods und Zertelis, den Kerenskis zu erklären: Schweigt, ihr Agenten des Kapitals, die ihr das Blut des russischen Proletariats im Interesse des Kapitals vergossen habt und jetzt über seine Gewalttaten klagt, wenn es das Schwert gegen die von

der Entente bewaffnete Konterrevolution erhebt, forderten die Unabhängigen, man solle nach Rußland eine Kommission zur Untersuchung der Lage senden. Diese Kommission wurde im Februar schon ausgerüstet: auch ein Vertreter des Noskereiches sollte mitfahren, die „Greuel“ der Bolschewiki zu untersuchen. Die Sowjet-Regierung erklärte offen, was sie von dieser Kommission denkt, aber sie gab die Einreiseerlaubnis. Und siehe da: die Entente verweigerte die Pässe. War das den Longuets und Hilferdings noch kein genügender Grund, um sich auf Grund der ihnen zur Verfügung stehenden Berichte ein Bild zu machen, weshalb gingen sie nicht ohne Segen der Entente nach Rußland? Die Vertreter der deutschen, ungarischen, deutsch-österreichischen, schwedischen, norwegischen, rumänischen kommunistischen Arbeiter konnten im März nach Moskau kommen – der österreichische Vertreter war 18 Tage unterwegs ohne Paß, ohne genügende Geldmittel, den Weg zum Teil durch Schnee zu Fuß watend.

III.

Die Luzerner Komödie ist zu Ende. Die Unabhängigen beginnen, die Frage der Internationale zu diskutieren. Für jeden denkenden Arbeiter ist die Frage der internationalen Organisation, der seine Partei angehören soll, eine Frage der Prinzipien. Was für ein Programm hat die Kommunistische Internationale aufgestellt, welche Kampfmetho-[299]den befürwortet sie – von diesen Fragen wird jeder ehrliche revolutionäre Arbeiter sein Verhältnis zur dritten Internationale abhängig machen. Die prinzipiellen und taktischen Richtlinien der Kommunistischen Internationale sind in einer Reihe von Kundgebungen niedergelegt, die, wie gesagt, in der Presse aller revolutionären Parteien ihren Weg gefunden haben. (Komplett liegen sie in deutscher Sprache in einer Ausgabe der deutsch-österreichischen Kommunistischen Partei vor). Sogar Cachin sah sich genötigt, angesichts der weltgeschichtlichen Bedeutung dieser Dokumente die wichtigsten in der „l’Humanité“ abzudrucken. Die Presse der unabhängigen Partei, der Partei, die sich im März zur Diktatur des Proletariats, zum Rätesystem bekannt hat, verschwieg diese Dokumente (mit einer einzigen Ausnahme des Däumigschen „Arbeiterrats“, das eine dieser Kundgebungen abgedruckt hat). Die unabhängige Partei soll sich entscheiden, ohne daß die Arbeiter wissen, worüber. Nicht als Prinzipienfrage, sondern als Frage der Parteibudike empfiehlt die Leitung der Unabhängigen ihren Referenten und Redakteuren, die Frage zu behandeln. „Ein Anschluß an die Moskauer Internationale würde von den deutschen Kommunisten vereitelt werden oder nur möglich sein, wenn wir uns völlig den Kommunisten unterordnen und in ihre Partei aufgehen würden“ – heißt es in dem schon einmal zitierten Zirkularschreiben. Die unabhängigen Parteiführer, die doch immer soviel von der Einheit des Proletariats schreiben, versuchen nicht einmal die Frage zu ergründen, ob die Richtlinien der „Moskauer Internationale“ nicht die Einigung der Kommunistischen Partei Deutschlands ermöglichen, wonach keine Rede von „Unterordnung“ sein könnte, es sei denn, daß sie als Schmach empfinden, das Schwanken und Wanken aufzugeben und sich Grundsätzen unterzuordnen.

Es ist nicht unsere heutige Aufgabe, die Theorie und Praxis der U. S. P. vom Standpunkt der Richtlinien der Kommunistischen Internationale zu prüfen, inwieweit dieses nicht nötig war zur historischen Darstellung der Haltung der U. S. P. in der Frage der Internationale. Es ist Pflicht der U. S. P., von ihrem Standpunkt die Richtlinien der Kommunistischen Internationale zu prüfen, wenn sie die Frage der Internationale auch mit dem Ernst prüfen will, die diese Lebensfrage des Proletariats erfordert. Wenn die Führer der U. S. P. diese nicht verstehen, so bedeutet es, daß diese Frage für sie nichts als Frage der Konjunktur ist, daß sie warten, wohin die Woge der Revolution sie hinschlägt, wie sie es bisher immer getan haben.

*

[300]

Die wahren Ursachen des Zusammenbruchs der föderativen ungarischen Räterepublik.

Dargestellt von einem Mitgliede der ungarischen Räte-Regierung.

Wenn sich jemand seit dem für das ungarische Proletariat so überaus traurigen 1. August 1919 der Mühe unterzogen hat, die Berichte über die Umwälzung in Ungarn, die von der Bourgeoisiepresse und leider auch von einem gewissen Teil der sozialdemokratischen Presse gebracht wurden, genau

zu verfolgen, so wird er die Beobachtung machen, daß in allen diesen Artikeln ein befriedigter Haß zum Ausdruck kommt, der sich durchweg nicht etwa gegen Gründe oder Ursachen der Umwälzung in Ungarn kehrt, sondern überhaupt die Form der Sowjet-Regierungen als eine Utopie erklärt. Und deutsche Genossen, – hier muß eingehakt werden. In dieser Verhetzung und Verächtlichmachung des Rätesystems ist nur die Absicht verborgen, die Arbeiterschaft und den Mittelstand in Deutschland durch verlogene und entstellte Berichte mit Grausen, Entsetzen und Abscheu gegen eine Diktatur des Proletariats zu erfüllen.

Da bisher mir auch nicht ein nur annähernd wahrheitsgetreuer authentischer Zeitungsbericht über die tatsächlichen Verhältnisse vor die Augen gekommen ist, halte ich es für meine Pflicht, anläßlich meiner Flucht durch Deutschland den deutschen Genossen klar zu machen, aus welchen Gründen der Bestand der ungarischen Räte-Regierung eine Unmöglichkeit wurde. Aus ganzem Herzen wünsche ich, daß die deutschen Genossen daraus lernen und nicht in die Fehler verfallen, die unseligerweise in Ungarn gemacht wurden.

Als in den letzten Novembertagen des Jahres 1918 wir unter Leitung des Genossen Béla Kun die Partei der ungarischen Kommunisten gründeten, dachte niemand von uns und selbst die größten Optimisten nicht daran, daß wir nach 5 Monaten an dem denkwürdigen 21. März 1919 die Diktatur des Proletariats errichten würden. Vor allen Dingen dachte deshalb niemand daran, weil der Widerstand unter den Sozialdemokraten und der Bürgerschaft ein sehr starker war. Kurz vor Ausrufung der Räte-Republik wurde Genosse Béla Kun im Gefängnis von den Tisza-Husaren, wie die Schutzleute und Gendarmen in Ungarn allgemein genannt wurden, fast zu Tode geprügelt. Ein bleibendes Zeugnis für seine Geistesgröße ist das, daß er sich nachher als Inhaber der tatsächlichen Macht nicht rächte, sondern die schlichten Worte auf eine diesbezügliche Anfrage sprach: „Sie wußten ja nicht, was sie tun. – Sie wußten ja nicht, was ich ihnen bringen will!“

Als am 21. März 1919 Genosse Béla Kun mit allen übrigen verhafteten Kommunisten aus dem Gefängnis geholt wurde, war es das erste, daß er eine Verschmelzung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei unter dem Titel „Ungarländische Sozialistische Partei“ befürwortet.

Und in diesem Augenblick war der Keim zum Untergang der Proletarierdiktatur gelegt!

[301] Es möge dieser Satz den deutschen Genossen stets warnend in die Ohren gellen, wenn er auch manchem recht sonderbar erscheinen wird.

Nur wenige von uns konnten schon damals die unheilvolle Bedeutung dieser Verschmelzung übersehen. Die meisten Genossen, darunter auch der Genosse Béla Kun, bezeichneten uns als übervorsichtig oder als überradikal. Aber mit grauenhafter Deutlichkeit lehrten die Zeitereignisse, wie so recht ich mit meinen Einwänden gegen die Verschmelzung hatte.

Bei der Zusammensetzung der Regierung zeigten sich eigentlich noch keine Gegensätze, und von sozialdemokratischer Seite wurden keine Schwierigkeiten gemacht, und die in die Regierung eingetretenen ehemaligen sozialdemokratischen Genossen waren zunächst ehrlich bemüht, in unserem Sinne mitzuarbeiten.

Budapest aber war nicht Ungarn!

Viele der bei der Organisation der früheren sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften tätigen Sekretäre, Leiter und Funktionäre fingen plötzlich an, im geheimen zu opponieren, weil sie sich zu einem gewissen Teil in ihrer bisher innegehabten Machtfülle bedrängt fühlten. Die örtlichen Sowjets – das waren die Arbeiter- und Bauernräte – wählten aus ihrer Mitte ein Direktorium, das die Geschäfte des Ortsvorstehers, Bürgermeisters, Stuhlrichters, Oberstuhlrichters oder Komitats, je nach Größe der betreffenden Verwaltungsstelle, versahen. In den Vollzugs-Ausschuß des Direktoriums wurden meistens mangels anderer dazu geeigneter Persönlichkeiten eben diese Leiter oder Sekretäre der alten Partei oder Gewerkschaften gewählt. Daß die von diesen Sowjets geleistete Verwaltungsarbeit nicht im kommunistischen Sinne geschah, wird wohl jeder zugeben.

Es wurde notgedrungen nunmehr zur Einrichtung der „politika megbizot“, zu deutsch: Politischer Beauftragter – geschritten. Es wurde also jedem Vollzugs-Ausschuß des Direktoriums eines Komitats und auch jedem Vollzugs-Ausschuß des Direktoriums eines Bezirks ein vom Volksbeauftragten des Innern ernannter politischer Beauftragter mit weitgehendsten Vollmachten zur Seite gestellt. Die politischen Beauftragten hatten darüber zu wachen, daß alle Verordnungen der Räte-Regierung sinngemäß durchgeführt wurden. In vielen, sehr vielen Fällen wurden diese politischen Beauftragten von den Leitern der örtlichen Sowjets als unbequeme Rivalen und als Kontrolleure angesehen. Anstatt in dieser ernsten Zeit alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zusammenzufassen, betrachteten diese ehemaligen Partei- und Gewerkschaftsbonzen es als ihre Aufgabe, die politischen Beauftragten zu bekämpfen und oftmals in der schmutzigsten Art zu verleumden. Reisen nach Budapest und zurück um jede Kleinigkeit waren an der Tagesordnung. Die Katzbalgereien dieser Volksgenossen stiegen schon ins Aschgraue. Hinzu kam noch, daß das Volkskommissariat des Innern unzählige Mißgriffe machte, daß eben jeder, der nachweislich in russischer Gefangenschaft war, dem Volkskommissariat des Innern als politisch zuverlässig und zum politischen Verwaltungsdienst brauchbar abgestempelt erschien und durch dieses System oftmals gänzlich unfähige [302] und politisch unreife Menschen als politische Beauftragte hinausgeschickt wurden.

Als zweiten Fehler muß ich etwas klarlegen, was den deutschen Genossen vielleicht nicht passieren wird.

Seit meiner frühesten Jugend bin ich radikaler Sozialist und niemals Antisemit gewesen. Dieses stelle ich den nachfolgenden Ausführungen voraus, um nicht der gegnerischen Seite Wasser auf ihre Mühle zu gießen und Anlaß zu ihren blöden Rassenhetzen zu geben. Aber wenn ich als ehrlicher Politiker die Ursachen des Zusammenbruchs niederschreibe, muß ich alle Schäden schonungslos beleuchten.

Dadurch, daß bei uns in Ungarn die hervorragendsten kommunistischen Führer jüdischer Herkunft waren, leitete eine Unmenge von politisch völlig indifferenten Juden für sich die Berechtigung ab, sich in alle möglichen Aemter einzudrängen. Allerdings nur in solche, wo es nach ihrer Meinung etwas zu verdienen gab. Die örtlichen Sowjets, vielfach in völliger Unkenntnis der Sachlage und über das Wesen der Internationale glaubten ein der Regierung in Budapest wohlgefälliges Werk zu tun, wenn sie vorzugsweife Leute jüdischer Herkunft anstellten. Der den jüdischen Krämerseelen (ich sage absichtlich nicht Juden, weil eine sehr große Anzahl meiner politischen Freunde Juden sind und in ethischer und menschlicher Beziehung turmhoch über einer Anzahl sogenannter guter Christen stehen) angeborene Geschäftssinn verursachte, daß die Korruption in einzelnen Bezirken und Amtsstellen Formen annahm, die zu beschreiben sich die Feder sträubt.

Durch diese grassierende Korruption, an der allerdings nicht nur jüdische Krämer, sondern überhaupt alle jenen Elemente beteiligt waren, die die Revolutionswelle an die Oberfläche getragen hatte, und für die der Ausdruck Revolutionshyänen noch ein Kosename ist, wurde das Vertrauen der Bauern derart illusorisch gemacht, daß sie unter sich nur von der jüdischen Regierung sprachen.

Dieses in Verbindung mit der verbrecherischen, dilettantischen Finanzpolitik war unser Todesstoß. Anstatt von Anfang an eigene Banknoten unter voller Namensnennung herzustellen, ging das Kommissariat der Finanzen dazu über, Neudrucke der von der österreich-ungarischen Bank herausgegebenen 1, 2, 25 und 200 Kronen-Noten herzustellen. Diese Neudrucke waren sehr plump hergestellt und wurden von Wien aus sofort als Falsifikate gebrandmarkt. Der Bauer weigerte sich ostentativ, dieses sogenannte „Weiße Geld“ an Geldes Statt anzunehmen, trotzdem es Zwangskurse hatte und auf die Nichtannahme die härtesten Strafen standen. Man stelle sich vor: alle Rotgardisten, Beamten der Räte-Republik, Lehrer, Eisenbahner, Postangestellte, überhaupt jeder bekam sein Gehalt oder seinen Sold mit diesem sogenannten weißen Gelde ausbezahlt, konnte aber andererseits auf dem Lande dafür nichts kaufen.

Wehe der Regierung, die die Bauernschaft gegen sich hat. Sie führt nur ein Scheindasein.

Das Ungeheuerlichste aber leistete sich das Volks-Kommissariat des Heerwesens. Es hat sozusagen den Vogel abgeschossen und den Sarg [303] für die Proletarierdiktatur gezimmert, indem es die

unverständlichste aller Verfügungen erließ, nach der die früheren Offiziere als Kommandanten wieder eingesetzt wurden. Das wird und kann Genosse Béla Szanto nie verantworten! Man stelle sich vor: Die Offiziere hießen nicht mehr Leutnant, Oberst usw., sondern Kompagnie-Kommandant, Bataillons-Kommandant, Regiments-Kommandant, Divisions-Kommandant usw. Dieses und die Ablegung der Distinktionen, ferner die Anrede „Genosse Kommandant“ sollte aus diesem reaktionären Gesindel Werkzeuge der proletarischen Diktatur machen. Sancta Simplicitas!

Wie diese Haderlumpen arbeiteten, sahen wir bei der Pfingstrevolution der weißen Schandbuben im Eisenburger Komitat, wo sie im Verein mit dem Klerus das Menschenmöglichste in bezug auf die Verhetzung der unbewaffneten Volksmassen leisteten und die verblendeten Bauern mit ihren vorsintflutlichen Waffen (Dreschflegel und Mistforke) zu Hunderten in das verheerende Feuer unserer Maschinengewehre trieben. Seelenverkäufer nannte ich dieses Pack damals, und mir wurde noch nicht geglaubt. Als der Putsch der Monitore und der Zöglinge der Ludovika Akademie in Pest ausbrach, wurde man aufmerksam. Doch da war es zu spät, da war die Rote Armee bereits infiziert, befand sich bereits in Zersetzung und hatte aufgehört, ein Werkzeug des Klassenkampfes zu sein. Einige Wochen später erfolgte der endgültige Zusammenbruch.

Nun zum Zusammenbruch selbst. Als in der denkwürdigen Sitzung des 500er-Rates der Genosse Béla Kun mit tränenerstickter Stimme den Rücktritt der Räte-Regierung erklärte, wurde das sozialistische Ministerium Peidel geboren. Haubrich als Kriegsminister sorgte dafür, daß keine Unruhen entstanden – bis die Rumänen und der Gesinnungs-Lump Erz–Heuchler Josef der Meineidige mit seinen weißen Banditen kam. Durch Verfügung des Ministeriums Peidel wurde allen örtlichen Sowjets und politischen Beauftragten befohlen, bis auf weiteres im Amte zu verbleiben. Mit Widerwillen, aber im Interesse des Volksganzen wurde dem durchschnittlich Folge geleistet. Wenige Tage darauf wurden diese pflichttreuen Genossen unter den scheußlichsten Beschimpfungen und Mißhandlungen von der Offizierskamarilla verhaftet oder zu Tode gequält. Aber diese gemeuchelten Genossen leben in der Idee weiter, und der Samen, der während der 4 ½ Monate gesät wurde, geht herrlich auf und trägt tausendfältig Frucht, wenn die Zeit der Ernte da ist. Dann hält das Proletariat Abrechnung; dann aber nach dem Grundsatz: vae victis! Auge um Auge! Zahn um Zahn!

Wenn man nun die Quintessenz aus dem Vorhergesagten zieht, so ist es folgende:

1. Unvorbereitete Uebernahme der Regierung;

2. Zu wenig politisch zuverlässige Genossen;

3. Verschmelzung mit der Sozialdemokratie;

4. Sabotage seitens der ehemaligen Sozialdemokraten;

5. Mißgriffe seitens des Volkskommissariats des Innern durch die wahllose Amtierung ehemaliger russischer Kriegsgefangener; [304]

7. Gegnerschaft der Bauern;

8. Dilettantische Finanzpolitik;

9. Einsetzung früherer Offiziere;

10 Militärische Uebermacht imperialistischer Söldnerscharen.

Diese zehn Tatsachen waren die Ursachen des Zusammenbruchs. Für Reichsdeutschland sind ganz andere Verhältnisse maßgebend, und wenn sich die deutschen Genossen mit ihrem ganzen Ich dafür einsetzen, in diese Fehler nicht zu verfallen, so kann keine Macht der Erde die deutsche Räte-Regierung stürzen, wenn sie zustande kommt.

Genossen! Stellt euch geschlossen auf den Boden der 3. Internationale! Setzt auf die jahrhundertlange Diktatur des Kapitalismus die Diktatur des Proletariats!

Es lebe die Weltrevolution!

Wandlungen in der Struktur der Arbeiterklasse.

Von Paul Frölich.

Der Krieg hat die Zersetzung der Klassengesellschaft mächtig gefördert. Während er die Grundlagen des Kapitalismus unterhöhlte, hat er das Großkapital treibhausmäßig hochgewuchert. Die Riesenaufträge des Reiches erzwangen nicht allein die Umstellung vieler Unternehmungen auf die Kriegsindustrie, sondern sie brachten zugleich eine gewaltige Erweiterung der leistungsfähigen Riesenbetriebe. Die Industriekolosse Krupp, Stinnes, Mannesmann, Daimler, die A. E. G., Siemens-Schuckert, die Groß-Werften, die Großbetriebe der chemischen Industrie, der Lederindustrie usw. ließen in wenigen Monaten neue Riesenanlagen aus brachem Boden emporwachsen. Sie schoben sich in Gebiete vor, die bisher vom Großkapital noch nicht ergriffen waren (Krupp in Bayern, chemische und Munitionsanlagen mitten in Heidegegenden und andere mehr). Die Kapitalsemissionen erreichten abenteuerliche Zahlen. Eine Verbreiterung der Produktionsbasis für das Riesenkapital wurde erreicht, die ohne den Krieg noch jahrzehntelanger Entwicklung bedurft hätte. Die Kriegsgewinne lieferten das nötige Kapital dazu. Der allgemeine Rebbach peitschte die Spekulation hoch. Sie half einer neuen Sicht von kapitalistischen Abenteurern in den Sattel. In der Hauptsache flossen aber doch ihre Gewinne in die Säckel des Großkapitals. Die Reichsanleihen, die Vorschüsse an das Reich, die großen Wirtschaftsunternehmungen des Reiches und der Einzelstaaten überschütteten die Großbanken mit goldenem Segen und bewirkten, daß die Banken ihre wirtschaftliche Position einigermaßen halten konnten, welche durch die Emanzipation bedeutender Unternehmungen vom Bankkredit gefährdet war. Gefördert von den staatlichen Behörden, machte die Vertrustung der Wirtschaft große Fortschritte.

Dieser ungeheuren Ausdehnung und inneren Festigung des Riesenkapitals verdankt es der Kapitalismus, daß er trotz des wirtschaftlichen Zusammenbruchs noch die Kräfte aufbringen konnte, um dem revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse zu trotzen.

[305] Diese Entwicklung hat sich durchgesetzt in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Kräfte des Reiches zerstört und verschlechtert wurden. Die Konzentration gewaltiger Kapitalmengen und Vermögen in wenigen Händen war nicht dem Zuwachs neuen Kapitals zu verdanken. Was hier zusammenfloß, wurde anderen genommen in einer Zeit, wo die Gesamtwirtschaft schon ungeheure Werte verlor. Mittlere und Kleinkapitalisten und der Mittelstand sind die Opfer gewesen. Sie wurden vollkommen zersetzt und große Teile von ihnen in das Proletariat herabgestoßen. Die Arbeiterklasse hatte die ungeheuerlichsten Opfer zu tragen. Nur dadurch, daß ihre Ausbeutung auf das Höchste getrieben wurde, konnte sie die gewaltigen Werte schaffen, in einer Zeit, wo ihre besten Kräfte in gewaltigster Zahl der Produktion entzogen und der Zerstörung gereiht wurden. Aus dem Rest der Arbeiterklasse wurden die letzten Kräfte herausgepreßt, indem Hunderttausende von Frauen und Kindern in die Produktion hineingeworfen, die Arbeitszeit schrankenlos verlängert, die Schulgesetze beseitigt wurden. Die Vernichtung von Millionen verbrauchter und noch nicht entwickelter Arbeitskräfte, von Greisen, Schwächlichen und Kindern durch den Hungertod bedeutete die Ausmerzung eines großen Teils der Arbeiterklasse, die als Produktivkräfte nicht mehr oder noch nicht in Betracht kamen. Was das Kleinbürgertum mit seiner Klassenstellung, das bezahlte die Arbeiterklasse mit Hunger, Elend und Tod.

Der Krieg und die wirtschaftliche Misere während der Revolution schufen in Deutschland ein Lumpenproletariat, Bettler, Händler, Schieber, Verbrecher, das als Massenerscheinung seit mindestens einem halben Jahrhundert unbekannt war.

Während so die Gesellschaft einem ungeheuren Zersetzungsprozeß unterworfen wurde, hat sich die Struktur der Arbeiterklasse entscheidend geändert, sowohl in den tatsächlichen Verhältnissen als im Bewußtsein der einzelnen Arbeiterschichten. Diese Veränderungen sind die Vollendung eines langen Prozesses, der mit der Industrialisierung Deutschlands begann und erst eigentlich die Verschmelzung der verschiedenen Arbeiterschichten zur einheitlichen Klasse bedeutet.

Die neunziger Jahre brachten eine mächtige Förderung der deutschen Industrie, namentlich der Eisen- und Stahlindustrie. Die plötzlich einsetzende amerikanische Getreidekonkurrenz auf dem Weltmarkte senkte die Lebensmittelpreise und verbilligte dadurch die industrielle Arbeitskraft. Neue

Absatzgebiete wurden erschlossen. Es begann die wirtschaftliche Durchdringung der Kolonien und der kulturell rückständigen Länder. Durch seine Schutzzollpolitik förderte Deutschland mächtig die imperialistische Ausfuhrwirtschaft. Die imperialistische Rüstungspolitik ließ Riesenbetriebe in der Waffenindustrie, in den Werften usw. erstehen. Neue Ausfuhrindustrien wie die chemische erlangten große Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft. Die Banken änderten ihren Charakter und drangen in die Industrie ein, wodurch sie zu einer neuen Triebkraft dieser allgemeinen industriellen Entwicklung und besonders der Kartellierung und Vertrustung wurden.

Die ungeheuren Arbeitskräfte, welche die Industrie brauchte, holte [306] sie zum Teil aus dem Auslande: Italiener für Eisenbahnbauten, Kanalbauten usw., Polen für den Bergbau. Der größte Teil des Bedarfs an Arbeitskräften aber wurde gedeckt durch den massenhaften Zuzug vom Lande, so ausländische Wanderarbeiter die Stellen der heimischen Landarbeiter einnahmen. Das änderte den Charakter der deutschen Industriearbeiterschaft entscheidend. Es stellte neben den gelernten Berufsarbeitern große Massen von ungelernten Arbeitern und schaffte so zwischen diesen beiden Gruppen einen Gegensatz, der in hohem Maße auch für die Gewerkschaftspolitik verhängnisvoll gewesen ist. Die Gewerkschaften waren für lange Zeit die Organisation dieser Arbeiteraristokratie, die für sich die hauptsächlichsten Vorteile, welche für die Arbeiterklasse aus der allgemeinen industriellen Entwicklung abfielen, monopolisierte. Die Gewerkschaften haben dadurch mindestens in einigen Berufen einen stark zünftlerischen Charakter bewahren können und sind aus demselben Grunde zu reformistischen, reaktionären Institutionen geworden. Der Gegensatz zwischen gelernter und ungelernter Arbeit unterstrich besonders die berufliche Trennung der Arbeiterklasse. Wie es im Handwerk überhaupt keine Arbeiterklasse gibt, sondern nur Angehörige, Meister und Gesellen bestimmter Berufe, so fühlten sich die gelernten Arbeiter in erster Linie als Schlosser, Dreher, Weber, Maurer, Bergleute usw. und dann erst als Angehörige ihrer Klasse. In ihrem Bewußtsein war erst ein besonderer Denkprozeß notwendig, wenn sie sich als Teile der Arbeiterklasse fühlen sollten. Die Klasse selber existierte mehr in der Idee als in der Wirklichkeit. Das ist einer der Gründe, warum die 2. Internationale ebenfalls mehr in der Idee existierte und nur geringen Einfluß auf den Kampf der Arbeiter ausübte. Erst als sich die Riesenbetriebe herausbildeten, mit ihrer Zusammenfassung und Verschmelzung der verschiedensten Berufe in einen geschlossenen Arbeitsprozeß, stärkte sich das Klassengefühl bei den Arbeitermassen. Wo Zehntausende in einem Betriebe zusammengeschweißt sind, wo Schlosser, Schmiede, Dreher, Mechaniker, Former, Elektriker, Tischler, Zimmerer, Maler Hand in Hand arbeiten mit einer ungezählten Schar von ungelernten Arbeitern, wo manche Hilfsarbeiter eine wichtigere Rolle im Produktionsprozeß spielen, als die gelernten Berufsarbeiter, da verschwindet nach und nach der kleinbürgerliche Berufsstolz, da wird jede, auch die gelernte Arbeit schematisiert, zerkleinert in Teilarbeit und verödet, da wird das gemeinsame Interesse so stark daß es das Berufsinteresse immer weiter zurückdrängt. Der gelernte Arbeiter fühlt sich enger verbunden mit den Arbeitern seines Betriebes, als mit denen seines Berufes außerhalb seines Betriebes. Am stärksten war naturgemäß diese Wirkung in den Riesenbetrieben mit ihrer gemischten Arbeiterschaft. Aber die Wirkung geht viel tiefer. Wo ist heute ein größerer Betrieb, der noch eine ganz einheitliche Arbeiterschaft hätte? Jede größere Buchdruckerei ist heute ein Betrieb, in dem außer Setzern, Druckern und ihren Hilfsarbeitern Buchbinder, Mechaniker, Maschinisten, Heizer, Transportarbeiter beschäftigt sind. Nehmt eine Schuhfabrik, nehmt die Textilbetriebe, immer dasselbe Bild der Zusammenfassung vieler Berufe, wenn auch gewöhnlich ein Beruf überwiegt.

[307] Dazu kommt dann das Vordringen der Maschinenarbeiter, die einen gelernten Beruf nach dem andern zerrüttet. Je größer die Massenfabrikation, je riesiger die Betriebe, umso spezialisierter die Arbeit, bis sie endlich auch den gelernten Arbeiter zur ewigen Wiederholung weniger Handgriffe verurteilt. Je differenzierter die Arbeit wird, umsomehr wird die Arbeiterschaft nivelliert. Wie geringfügig wird am Ende der Unterschied zwischen der Arbeit des Handlangers und der des Drehers, der immer denselben Bolzen oder dieselbe Achse dreht, oder der des Mechanikers, der immer dasselbe Werk zusammensetzt. Und dort, wo die gewaltigen Maschinen gebaut werden, die der Stolz unserer Zeit sind, die Schiffsmotoren, die Turbinendynamos usw., da ist es nicht die sogenannte

gelernte Berufsarbeit, welche die höhere Bedeutung beansprucht, sondern die gelernte Arbeit des Ingenieurs, der den Bau überwacht.

Der Krieg brach dieser Entwicklung in überraschender Weise weiter Bahn. Durch die Not, durch den Mangel an gelernten Arbeitskräften gezwungen, stellten die Unternehmer ungelernte Arbeiter in großen Massen an die empfindlichen Maschinen, vielfach Arbeitskräfte, die bisher noch niemals in der Fabrik beschäftigt waren, Kleinhandwerker, Krämer, die ihre Bude geschlossen, und Frauen über Frauen, die in Kraft und Fertigkeit es oft den Männern gleichtaten. Damit wurde der gelernten Arbeit der Nimbus genommen. Nicht, daß sie überhaupt erledigt sei, aber sie hat ihre Qualität verloren, die sie über jede andere Arbeit erhob. Sie ist entthront worden.

Mehr noch hat der Krieg getan. Er hat Massen gelernter Arbeiter, die es früher als würdelos betrachtet hätten, andere als ihre Berufsarbeit zu leisten, herausgerissen aus ihrem Beruf – man denke an die Industrien, die während des Krieges brach gelegt wurden, – er hat sie herabgedrückt zu einfachen Hilfsarbeitern, und er ließ sie sich schließlich in einen ganz neuen Beruf einarbeiten. Der Weber am Feuer der Eisenhütte war im Rheinland keine seltene Erscheinung mehr. Der Krieg hat die Arbeitermassen durcheinander gewürfelt. Die Eigenheiten des Berufes sind weiter abgeschliffen worden. Der Charakter der Klasse tritt in jedem Einzelnen immer schärfer hervor.

Die Entwickelung ist dabei, noch viel tiefere Klüfte auszufüllen. Der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der niederen und mittleren Beamtenschaft wird aufgehoben. Bei den Eisenbahnern hat es begonnen, die anderen Beamtenschichten folgen nach. Um das zu erreichen, war es nötig, erst einmal die Staatsautorität zu erschüttern. Der Staat mußte durch die Revolution seines übernatürlichen Scheins und des Nimbus einer unantastbaren Macht entkleidet werden, um diese Wandlung im Bewußtsein der Beamtenschaft durchzusetzen. Er mußte ihnen als der hartnäckigste und brutalste Unternehmer erscheinen. Er mußte ihnen die Noskegarden auf den Hals schicken, als sie gegen den Hunger kämpften, um in ihnen das Bewußtsein zu wecken, daß sie Sklaven des Staates sind und Brüder der Arbeiter, Angehörige der großen Klasse der Ausgebeuteten, daß sie gerade eine besondere Sturmtruppe der Arbeiterklasse sein könnten.

[308] Ebenso überraschend wie bei den Staatsbeamten ist die Umwälzung im Bewußtsein der Angestellten. Sie waren immer eine Schicht, die hoch über den Arbeitern stand. Gesellschaftlich standen sie als Menschen mit weichen Händen über dem Arbeiter. Im Betriebe fühlten sie sich als Vertreter des Unternehmers, mit dem sie unmittelbar zusammenarbeiteten. Und sie hatten Aussicht auf Karriere. Das bestimmte ihre Auffassung. Sie waren Gegner des Klassenkampfes. Die Entwicklung zum Riesenbetriebe hat auch die Schranke zwischen Arbeiterschaft und Angestellten niedergeworfen. In dem Riesenbetrieb steht der Angestellte dem Direktor nicht näher als jeder Arbeiter. Er ist ebenfalls eine vielstellige Nummer. Die Arbeitsteilung in der Verwaltung der Großbetriebe hat die Arbeit so schematisiert, daß es nur noch ganz wenige Vertrauensstellungen gibt, die von Angehörigen der Bourgeoisie besetzt werden. Jeder andere kann zu jeder Stunde ohne Gefährdung des Geschäftsganges ersetzt werden. Die Karriere ist zur Illusion geworden, ist dem Gros der Angestellten verschlossen. Kaum einer kann neue Fähigkeiten entwickeln, denn er sitzt in seiner Unterabteilung und schreibt tagaus, tagein Zahlen, deren Sinn er nicht versteht, weil ihm der Ueberblick über das Ganze fehlt. So wird der Angestellte ebenfalls zum Maschinenarbeiter. Der Unternehmer kennt nicht mehr wie früher seine Bedrängnisse, seine Bedürfnisse. Er kann ihm nicht mehr im Augenblick zu Hilfe kommen, um ihn an den Betrieb zu ketten. Er kann es nicht und braucht es nicht. Die besonderen Bedürfnisse des Angestellten verlieren ihre Bedeutung, die allgemeinen sind allein maßgebend. Das ist der Boden, auf dem das Solidaritätsgefühl innerhalb der Schicht aufkeimt. Damit werden sie schon an die Seite der Arbeiter gedrängt. Zum Kampfe mit dem Kapital gezwungen, wenden sie dieselben Kampfmittel wie die Arbeiter an. Im Kampfe machen sie die Erfahrung, daß sie nur zusammen mit der übrigen Arbeiterschaft ihre Ziele erreichen können. Sie gehen auf in der Arbeiterschaft ihres Betriebes. Haben sie auch noch ein besonderes Berufsbewußtsein, so ist schon jetzt das Bewußtsein, einer bevorzugten Schicht anzugehören, stark zurückgedrängt. Sie fühlen sich in die Klasse ein.

Bei dem technischen Personal liegen die Verhältnisse ähnlich. Früher mußte es eine gediegene technische Ausbildung in seinen Beruf mitbringen. Heute ist auch hier die Arbeit so spezialisiert, daß vielfach Volksschüler die Arbeit leisten, für die man früher technische Hochschüler brauchte. Diese Zeichner mit ihrem beschränkten Aufgabenkreis beherrschen den Berufsstand, und die gut vorgebildeten Kräfte werden auf dies Niveau herabgedrückt. Sie alle werden Proletarier, und auf sie wirken alle die Momente ein, die wir bei den kaufmännischen Angestellten kennen lernten. Etwas weiteres kommt bei ihnen hinzu. Die Arbeitsteilung hat die Techniker und Ingenieure vollkommen zu Spezialisten gemacht. Der Konstrukteur in der Branche der Explosionsmotore lebt in einer anderen Welt als der in der Branche der Elektromotore oder der Hochbaufachmann, oder der Techniker in der chemischen Industrie. Seine Arbeit bringt ihn in ein viel innigeres Verhältnis mit den Monteuren in seinem Betriebe als zu den Kollegen anderer Bran-[309]chen, die eine ähnliche Ausbildung genossen haben wie er. Auch ihn zwingt die Entfremdung mit dem Unternehmertum, die Entwertung seiner Arbeit durch die Arbeitsteilung, die Steigerung der Zahl der technischen Kräfte, zu kämpfen. Ist er dabei zu schwach, so kann ihm die Solidarität seiner Berufskollegen anderer Branchen wenig helfen. Er muß an die Arbeiter seines Betriebes appellieren und wird am Ende mit ihnen verschweißt.

Die großen Kämpfe der Angestellten sind der Beweis, daß in diesen Schichten das Standesbewußtsein vom Klassenbewußtsein besiegt worden ist. Die geringen Erfolge dieser Kämpfe werden ihnen noch klar machen, daß heute nur durch Gesamtaktionen der Klasse Durchgreifendes erreicht werden kann.

Am auffälligsten ist der Aufschwung bei den Landarbeitern. Wir haben Landarbeiterstreiks gehabt, bisher etwas Undenkbares, nicht nur für den Junkerverstand. Der Krieg hat auch das fertig gebracht. Er hat die Tore verrammelt, durch die der Strom der. Sachsengänger wogte. Er hat auf dem Lande einen Arbeitermangel erzeugt, der während des Krieges nur notdürftig durch Kriegsgefangene beseitigt wurde und jetzt umso weiter klafft. Er hat in den Städten die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot geschaffen. Das Vakuum beginnt, sich von dem Ueberdruckgebiet her zu füllen. Der Ausgleich zwischen Stadt und Land geschieht. Damit aber wird zugleich das platte Land revolutioniert. Es ist der klassenbewußte Arbeiter der Großstadt, der mit seiner Arbeitskraft auch seine Ideen und seinen Trotz auf das Land hinausträgt. – Er trägt den Klassengeist auf das Land hinaus. Und er revolutioniert zugleich die Landwirtschaft. So viel ihm fehlt für die landwirtschaftliche Handarbeit, so viel bringt er mit an Fähigkeiten zur Maschinenarbeit. Unter seinem Einfluß wird sich eine technische Revolution in der Landwirtschaft vollziehen, die das befestigt und vertieft, was jetzt an Veränderungen im Bewußtsein der Landarbeiterschaft vor sich geht.

Wir sehen also im Strukturwandel der Arbeiterklasse die starke Tendenz, die sich teilweise schon ganz durchgesetzt hat auf Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, des Gegensatzes zwischen den Kopf- und Handarbeitern, des Gegensatzes zwischen den Arbeitern in den Staats- und Privatbetrieben. Ausgeglichen werden die Differenzen, welche die einzelnen Schichten sozial voneinander schieden. Die gesamte Arbeiterschaft verschmilzt jetzt erst zur Klasse. Die besonderen Standes- und Berufsinteressen treten immer weiter zurück hinter den Gemeininteressen der Arbeiterschaft des Betriebes und der gleichen Industrie, und sie gehen schließlich auf in dem großen Klasseninteresse, das jetzt auch erst in jeder Einzelfrage Wirklichkeit wird. Und damit wird möglich der Klassenkampf in dem Sinne, daß die ganze Klasse als solche kämpft. Und damit ist zugleich die Notwendigkeit gegeben für die Organisation der Arbeiterklasse über die einzelnen Berufsgruppen hinweg in einer allgemeinen Union aller Arbeiter.

*

[310]

Frankreich.

Von T s c h–y.

II. und III.

Die äußere Politik Frankreichs, die große Politik ist durchaus nach Osten gerichtet. Denn selbst die amerikanischen Fragen, die im Augenblick die französische Presse stark beschäftigen, sind für Frankreich keine westlichen Fragen, sondern durchaus östliche Fragen. Amerika interessiert Frankreich nur

insofern, als es den Vertrag von Versailles ratifiziert oder nicht; und die Ratifizierung des Vertrags hängt für Amerika von der Lösung der Schantungfrage ab, von der Frage der Liga der Nationen, und beides sind östliche Fragen.

Drei Etappen sind es, in denen sich die französische Ostpolitik staffelt. Frankreich hat das regste Interesse für seine nächsten Nachbarn im Osten – die russische Frage schaltet hier aus –, für den nahen Orient, d. h. Klein-Asien, hauptsächlich Syrien, und für den fernen Orient, wo, wie gesagt, die amerikanisch-japanische Konflikte jetzt einen neuen Akt des Weltdramas, um nicht zu sagen der Weltkomödie, beginnen lassen. Beginnen wir beim Verhältnis Frankreichs zu Deutschland.

Auch diese spezielle Frage ist nur aus dem Gesamtzusammenhang zu verstehen. Für Frankreich handelt es sich im Moment darum, überhaupt irgend etwas zu sein und vorzustellen. Ueber die trostlose finanzielle Lage im Innern sprachen wir schon. Es muß irgend ein Blitzableiter gefunden werden, es muß der faule Kern durch irgend eine glänzende Schale markiert werden. Frankreich, vor dem Kriege ein imperialistischer Staat mit nicht allzu mächtig entwickeltem Imperialismus, aber mit starken Appetiten, bemüht sich jetzt, nachdem es den Krieg gewonnen oder, wenn man will, verloren hat, ein großer imperialistischer Staat zu werden. Wir sagten: nachdem es den Krieg verloren hat, denn bei diesem Krieg ging es ums Ganze. Entweder es wurde ein Imperialismus so fett, daß er tatsächlich die Welt oder den größten Teil der Welt beherrschte, oder es ging derjenige, dem nur der halbe Griff gelang, rettungslos zugrunde.

Frankreich gelang nur der halbe Griff.

Zweifellos ist äußerlich der französische Militarismus gestärkt, zweifellos diktiert auf dem Kontinent der französische Militarismus. Zweifellos bemüht sich Frankreich, auf dem Kontinent die führende Rolle spielen.

Und zweifellos spielt es diese Rolle nicht, einfach deshalb, weil es unmöglich ist, jetzt, nachdem der Krieg zugunsten des anglo-amerikanischen Imperialismus entschieden ist, eine solche Rolle überhaupt noch zu spielen.

Aber ein siegreicher Militarismus braucht Beweise seiner Kraft. Ein siegreicher Militarismus, der untätig ist, muß, und das in schnellster Zeit, verfaulen, niedergehen, zusammenbrechen. Deshalb muß Frankreich mit allen möglichen Mitteln dem besiegten Feind seine militärische Macht zu kosten geben.

Nun aber kompliziert sich die Situation. Der französische Militarismus ist im wesentlichen national. Es ist genügend über die Interessen [311] der Alliierten geschrieben und gesagt worden. Solche Interessen gibt es nicht und kann es nicht geben. Solche Interessen schien es während des Krieges zu geben. Und diese Interessen konnten zusammengefaßt werden in eine simple Formel: Niederschmetterung des preußisch-deutschen Militarismus. Nachdem dieses Ziel erreicht worden ist, mußten alle die zeitweilig beiseite gestellten Konflikte mit erneuter Heftigkeit ausbrechen. Diese Konflikte sind jetzt offenkundig. Schon das Problem, Europa französisch zu orientieren, muß mißlingen.

Worauf kommt es Frankreich in erster Linie an?

Es kommt ihm zunächst darauf an, die führende Militärmacht Europas zu sein, seinen – selbst in der Niederlage – sehr starken Gegner Deutschland mit einem Schutzring zu umgeben, Rußland niederzuschmettern, darauf seine überschüssigen Kräfte auf den nahen Orient zu lenken. Aber hier haben wir die erste Schwierigkeit.

Hätten wir das Europa aus der Zeit vor dem Kriege vor uns, so wäre eine solche Aufgabe vielleicht lösbar. Jetzt, während Europa revolutioniert ist, ist diese Aufgabe nicht lösbar.

Erstens besteht die fortwährende Gefahr der Verseuchung: Solange Sowjetrußland existiert, solange Deutschland im Bereich einer Revolutionsmöglichkeit liegt, solange kann Frankreich sich nicht voll und ganz äußeren Arbeiten zuwenden. Selbst wenn die innere Lage Frankreichs so wäre, daß überschüssige Kräfte existierten, die revolutionäre Gärung im Lande nicht zu befürchten wäre, selbst dann würde aus dem Osten die beständige Gefahr der Revolution drohen. Diese Gefahr muß das imperialistische Frankreich bannen.

Wie kann es das tun?

Durch eigene französische Kräfte niemals. Also muß es die deutsche Reaktion stärken.

Diese zweischneidige Waffe hat die französische Regierung ergriffen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die französische Reaktion sehr wohl die nationale Gefahr sieht, die die deutsche Reaktion vorstellt. Aber die internationale Gefahr der Weltrevolution scheint der französischen Regierung und dem französischen Militarismus größer und brennender.

Die Nosketruppen existieren in Deutschland. Ihr Bestand wird nicht gemindert, trotzdem der Friedensvertrag das fordern würde. Er wird nicht gemindert, weil eine Minderung dieser Polizeitruppe, wie die französische Regierung glauben muß, eine Stärkung des revolutionären Proletariats in Deutschland bedeuten würde. Und so erleben wir zu allererst das ergötzliche und an sich selbstverständliche Schauspiel, daß die Feinde von gestern Freunde geworden sind, denn gestern waren sie nur nationale Feinde, heute aber sind sie internationale, nämlich durch die Klassen aneinandergekettet. So feindlich an sich die deutsche Bourgeoisie der französischen, der siegreiche französische Imperialismus dem zusammengekrochenen deutschen ist, der gemeinsame Feind bringt sie einander nahe, und dieser gemeinsame Feind ist die Revolution.

Aber mit diesem einzigen Mittel kann sich die französische Bourgeoisie nicht begnügen. So versucht sie außer dem internationalen Kitt auch noch die nationalen Scheidewände für ihre Zwecke auszunutzen. Deutsch-[312]land sollte durch einen Ring feindlicher nationalistisch aufgeputschter Staaten und Gegenden von dem übrigen Europa abgesperrt werden. Nur diesen Sinn hat die Unterstützung all der Völkerschaften und „Nationen“, die die Randländer Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs und Rußlands ausmachen. Andere Zwecke kann die Unterstützung z. B. Groß-Polens durch Frankreich absolut nicht haben. An sich hat der französische Imperialismus von Polen keine Vorteile zu erwarten. Aber Polen, das nationalistische Polen, ist für Frankreich augenblicklich ein Deich gegen die Flut des Bolschewismus.

Der tschecho-slowakische Staat sollte ein Gebilde werden, dem eine ähnliche Rolle zugespielt werden sollte, wie sie Deutschland vor dem Kriege gehabt hat: es sollte das Zentrum Mittel-Europas werden.

Ob dieser Plan gelingen wird? In der Tschecho-Slowakei bestehen harte Klassengegensätze. Die Tschecho-Slowakei kann niemals die Rolle spielen, die Deutschland gespielt hat. Deutschland war ein industriell hoch entwickeltes Land mit einer Bevölkerung, die sich auf verhältnismäßig hoher Zivilisationsstufe befand. Die tschecho-slowakische Industrie ist gering in Quantität und Qualität und die Bevölkerung zum großen Teil rückständig. Und wie steht es mit der Politik der tschecho-slowakischen Regierung? Darüber plaudert der „Temps“ aus der Schule. Wir lesen in der Nummer vom 19. August einen Artikel, der sich mit der Außenpolitik der Tschecho-Slowakei beschäftigt. Dieser Artikel gibt ein Interview wieder und geht gleich auf das Kernproblem los. Da heißt es:

„Unsere Beziehungen zu Deutschland sind für unsere junge Republik ein Lebensproblem. ... Die juristische Basis unserer Beziehungen zu Berlin existiert schon. Das ist der Vertrag von Versailles und die Liga der Nationen. Wie man sich denken kann, genügt das nicht. Außer dieser juristischen Basis müssen wir noch eine Politik befolgen und eine Diplomatie ihr anpassen.

Das heutige Deutschland durchlebt jetzt ein Uebergangsstadium und ist ein unvollständiges Gebilde. Es wird das bleiben noch während vieler Jahre, da es von großen inneren Krisen ergriffen ist. Es wird ohne Zweifel versuchen, auf dem Welttheater einen Platz wiederzufinden, um von neuem einen Einfluß auf die politische Entscheidung zu gewinnen, aber noch lange wird es unfähig sein, seinen Willen selbst einem Staat zu diktieren, der viel kleiner ist als es selbst, z. B. der tschecho-slowakischen Republik. Es ist also von Interesse für uns, in jedem Falle große Entschiedenheit und Festigkeit zu zeigen, gleichzeitig aber, selbst gegen Deutschland, eine loyale und korrekte Politik zu pflegen.

Wir sagen: loyal und korrekt, aber das muß noch ergänzt werden. Wenn irgendwo Reserve nötig ist, diktiert durch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sich jedem ernsten tschecho-slowakischen

Politiker aufdrängt, so gerade bei den diplomatischen Beziehungen mit Deutschland. Diese Reserve drängt sich auf, wenn man die Verpflichtungen in Betracht zieht, die den Alliierten gegenüber bestehen; sie muß die Form sehr großen Vorgehens annehmen, das weder als Provokation noch als Schmeichelei oder Ausdruck von Furcht betrachtet werden kann."

[313] In diesem Ton geht es weiter. Und der Berichterstatter des „Temps" setzt resigniert hinzu:

„Hat man nicht den Eindruck, daß Tschechen weiß, was es will und wohin es geht? ... Manchmal konfus, wie ja der Mangel an Klarheit für das Slawien charakteristisch ist, aber man sieht doch, daß ein Kardinalpunkt die Menschen leitet und ihren Handlungen eine Orientierung gibt: der absolute Wunsch, sich der demokratischen und pazifistischen Politik der Entente im allgemeinen und Frankreichs im besonderen anzupassen. Hier gibt es keine Zweideutigkeiten für uns für die Zukunft.

Wie man sieht, verzichten die Tschecho-Slowaken schon jetzt auf die Rolle, die ihr vorgeschrieben wurde. Der französische Einfluß besteht nur in der Einbildung derer, die an ihm interessiert sind. In Wirklichkeit ist die Tschecho-Slowakei angewiesen auf Zentral- und Ost-Europa, braucht Anlehnung an wen es auch sei, nur nicht an Frankreich. Genau dieselbe unmögliche Stellung besitzt Polen. Polen ist kein Land, das wirtschaftlich selbst genügsam wäre. Ohne Rußland oder Deutschland ist Polen ein geographischer Begriff, ein Mißverständnis. Nun aber ist für Frankreich augenblicklich gerade dieses Mißverständnis von Wichtigkeit. Und dieses nationalistische Polen sitzt zwischen zwei Feuern: Siegt nämlich die von Frankreich ganz besonders in Rußland unterstützte Reaktion der Koltschak und Denikin und Konsorten, so siegt damit das vorkriegerische Rußland. Die Gefahr des Zarismus ist dann wieder akut, und ob die russischen Reaktionäre sich mit einem selbständigen Polen befreunden könnten, ist mehr als zweifelhaft. Siegt das reaktionäre Rußland nicht, d. h. wehrt Sowjetrußland alle Angriffe ab, so hat Polen von Osten den erbitterten Feind, der da heißt Revolution. Erstarkt die Reaktion in Deutschland, so muß Polen Anschluß suchen und findet keinen. Siegt in Deutschland die Revolution, so ist die russische Revolution sichergestellt und Polen wird von den von zwei Seiten einstürmenden Wogen einfach verschlungen. Wenn wir von „Polen" sprechen, meinen wir immer eben das von Frankreich geschaffene Mißverständnis. Auf jeden Fall wird der Zweck, der bei der Schaffung dieses Polens ins Auge gefaßt war, nicht erreicht. Es ist zwar richtig, daß Polen vorläufig das Ueberspringen der russischen Revolution auf Deutschland erschwert hat, es ist aber auch sicher, daß das Polen, das jetzt besteht, nicht lange bestehen kann.

Genau dasselbe gilt von den allerdings mehr von England unterstützten Randstaaten im Baltikum. Genau dasselbe gilt von dem reaktionären Ungarn, dem Frankreich jetzt seine Liebe zuwendet.

Im ganzen ist die französische Europapolitik nicht nur unklar, teils schwächlich, teils unnötig bramarbasierend, sondern einfach haltlos und zur Erfolglosigkeit verdammt. Aber Frankreich hat auch in Asien einen entscheidenden Schlag aufs Haupt erhalten. Die Polemik, die sich zwischen der französischen und englischen bürgerlichen Presse um Persien und Syrien entwickelt hat, spiegelt klar wieder, daß der französische Imperialismus, dessen Appetit groß war, statt eines fetten Bissens einen Stein zu schlucken bekommen hat. Was ist im Osten vorgegangen?

[314] Die Lage in Kleinasien ist von jeher verworren. Kleinasien ist der Brennpunkt für verschiedene imperialistische Appetite. Im Mittelmeer kreuzen sich die mannigfaltigsten Interessen. Erstens hat am Mittelmeer England das größte Interesse; dieser große Sack ist von England an beiden Seiten abschnürbar, an einem Eingang besetzt es Gibraltar, am anderen Suez. Die Meerengen, d. h. die Dardanellenstraße, die für Rußland eine so große Rolle spielen, sind unter englische Kontrolle gekommen. Zwar bestand noch im Frühjahr der Plan, diese Meerengen unter die „Kontrolle" des Völkerbundes zu stellen, und Amerika, so hieß es, sollte mit dieser Kontrolle beauftragt werden. Dieser Plan scheint ins Wasser gefallen zu sein. England hat still aber zähe gearbeitet und es scheint unzweifelhaft, daß die Türkei unter englischen Einfluß fallen wird. Nun aber hatte der französische Imperialismus von jeher an großen Teilen der Türkei lebhaftestes Interesse: Syrien war ein traditionelles Ausbeutungsobjekt in den Träumen des französischen Kapitals. Nach mannigfaltigen Verträgen sollte Syrien in die „Interessen-Sphäre" Frankreichs fallen. Aber auch das ist unsicher geworden. Und nun wird den französischen Hoffnungen ein mächtiger Stoß versetzt durch das „friedliche" Abkommen,

das England mit Persien geschlossen hat. Dieses Abkommen liefert Persien in die Hände Groß-Britanniens. Persien ist faktisch eine Kolonie Englands geworden. Die Türkei wird es werden; denn selbst wenn italienische und griechische Appetite in Kleinasien befriedigt werden sollten, so werden auch diese Teile, da sie sich weder auf industriell entwickelte Mutterländer stützen, noch an aufnahmefähige Hinterländer, die in demselben Besitz wären, anlehnen, tatsächlich unter englischem Einfluß stehen. Selbst wenn Frankreich tatsächlich nun Syrien erhalten würde, würde es durchaus auf England angewiesen sein. Der französische Kapitalismus ist beleidigt und enttäuscht. Mit allen möglichen Mitteln versucht man, der französischen Bourgeoisie das syrische Problem schmackhaft zu machen. Da wird plötzlich so altes Geschütz aufgefahren wie die Notwendigkeit, die Christen im Libanon-Gebiet zu schützen. Ein Bischof der Maroniten kommt nach Frankreich und erklärt den Franzosen, seine Völker wünschten nichts sehnlicher, als unter französisches Protektorat zu kommen! Wer besinnt sich nicht auf die flämischen und baltischen Abordnungen nach Deutschland? Die Engländer haben einen Gegenstoß gemacht: sie haben einen König des Hedjschas erfunden und eingesetzt. Sie halten am Hinterland von Syrien fest, sie haben Mesopotamien zu einer englischen Provinz gemacht, sie versprechen den Juden einen palästinischen Staat, unter englischem Protektorat natürlich und Frankreich bleibt nichts übrig, als zu jammern. Der Ton der französischen großen Presse variiert zwischen leisen und zärtlichen Vorwürfen und ziemlich groben Anrempelungen.

Wir lesen z. B. im „Temps“ vom 18. August unter der Ueberschrift „Das Gewitter im Orient“ folgendes:

„Alle britischen Streitkräfte aus Transkaukasien werden jetzt zurückgezogen“, schreiben vorgestern die „Daily News“. Die Okkupation dieses Landes, welches viel schwerer zu halten ist als Persien und das offenbar nicht dasselbe Interesse bietet, (welche feine Ironie!) sollte in der Tat am [315] 16. August beginnen. Was wird nach dem Abmarsch der Engländer geschehen? Das britische Komitee für Armenien erklärt: „Ernsthaftes Blutvergießen wird sicherlich in diesem Gebiete vor sich gehen und große Massakres sind nur zu wahrscheinlich. Insbesondere laufen die armenische Republik von Eriwan und die Reste der armenischen Rasse Gefahr, zerstört zu werden.“ Das britische Komitee fordert Hilfe von den Amerikanern: „Das einzige Hilfsmittel wäre, daß augenblicklich die Lasten der Besatzung geteilt würden zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Wenn die Vereinigten Staaten nicht sofort Truppen schicken können, so können sie auf jeden Fall sich verpflichten, während einer bestimmten Zeit die Kosten zu tragen, die die Aufrechterhaltung indischer oder anderer Truppen unter dem Kommando britischer Offiziere erfordern würde.“ (Die Sache ist äußerst klar. In diesem armenischen Gebiete ist nichts zu holen, und die Bevölkerung rebelliert stark gegen die Besatzungstruppen. Also zieht sich John Bull zurück oder überläßt es anderen, zu blechen und zu bluten.) Es ist klar, daß die fernen und langsamen Bestimmungen der Konferenz nicht mehr genügen werden, das Schicksal des ottomanischen Reiches zu regulieren. Die Türken haben Führer, Waffen, Gebirge und die Gewohnheit, seit undenklichen Zeiten im Kampf zu leben. Will man ihre Rasse zerstückeln, will man, daß ein Teil von ihnen durch christliche Minoritäten regiert wird, so werden sie kämpfen; und die ersten Opfer dieses Kampfes werden natürlich diese christlichen Bevölkerungen sein, die man eigentlich beschützen wollte. Wir bedauern tief, daß die Sache so liegt. Es bleibt uns allein der Trost, daß Frankreich an nichts schuld ist. (Dieser heuchlerische Ton erklärt sich sehr leicht. Plötzlich ist Frankreich an der Integrität der „türkischen Rasse“ interessiert. Wenn nämlich die Türkei selbständig bleibt, hofft der französische Kapitalismus immerhin noch ein Stück des Bratens erwischen zu können.) Immerhin könnte im Orient wie anderswo Frankreich viele Dienste der gemeinsamen Sache der Alliierten leisten. „Frankreich wird gern geliebt; das ist hier so wie es die Italiener ihrerseits im Südwesten von Kleinasien bewiesen haben, dasjenige Mittel, welches geeignet ist, mit einem Minimum an Einsatz und Gefahr ein Maximum an Resultaten zu erreichen. Frankreich hat keine ungerechten Ansprüche.“ Wie auch das ottomanische Reiche geteilt werden wird, keine Teilung wird den Franzosen Vorteil verschaffen, die Equivalent denen wären, die die Erhaltung dieses Reiches mit sich bringen würden. Im Interesse aller Alliierten wäre es besser gewesen, wenn der französische Einfluß sich mehr auf die Türkei verbreiten würde. Es wäre nicht gut, wenn die Mohamedaner von Asien, indem sie die Vergangenheit bedauern und von der Zukunft träumen, gezwungen würden, sich wieder nach Berlin zu wenden. (Hier ist sehr deutlich ausgesprochen, wie und warum.) Vielleicht teilte Lord

Curzon diese Meinung, als er neulich sagte, daß Großbritannien den französischen Ansprüchen in Syrien kein Hindernis in den Weg setzt. Unglücklicherweise konnte ein Wort, wie autorisiert und wie aufrichtig es auch gewesen sein mag, nichts ausrichten gegen die Tatsache. Wir würden uns einen Vorwurf machen, wenn wir die peinlichen Erinnerungen wieder wecken würden an die Vorgangsart der britischen [316] Behörden in Syrien. Aber es wäre übrigens überflüssig, darauf hinzuweisen, denn diese Dinge sind allgemein bekannt. Aber ein anderes Ereignis, beweist das nicht in demselben Moment, daß der gute Wille des Lord Curzon nicht immer ans Ziel gelangt? Die „Times“ selbst zitierten vorgestern die Worte, die Lord Curzon 1918 über Persien aussprach: „Wir wünschen, daß Persien während des Krieges neutral bleibt, und nach dem Kriege seine vollständige Unabhängigkeit bewahrt.“ Persien ist wohl neutral geblieben, aber man hat gestern hier den Vertrag lesen können, den der Minister von England schließen ließ: hat es die vollständige Unabhängigkeit behalten, die Lord Curzon ihm versprach?

Und am 22. August lesen wir in demselben „Temps“:

„Wenn man etwas heilen will, so darf man nicht das Symptom und die Krankheit zusammenwerfen. Die Klagen der französischen Beamten und Publizisten, das sind Symptome. Die Krankheit, das ist die vollständige und hartnäckige Verkennung der Rechte, die Frankreich durch den französisch-britischen Vertrag von 1916 zuerkannt sind. Das Symptom kann unangenehm sein, aber es hat den Vorzug, die Aufmerksamkeit auf die Krankheit zu lenken. Wenn die französischen Klagen früher erhoben worden wären, vielleicht hätten dann die „Times“ und die andern englischen Freunde von Frankreich weniger Schwierigkeiten gehabt, ein Heilmittel zu finden. Wir glauben, daß die Kenntnis der Wahrheit heilsam ist, besonders zwischen zwei Völkern, die wörtliche und augenscheinliche Gründe dafür haben, einig zu bleiben. Wir sind übrigens überzeugt, daß die „Times“ derselben Meinung sind; und wenn wir die Gelegenheit ergreifen, ihnen unsere Meinung zu sagen, so ist das, um anderen Vorwürfen zu antworten, deren Echo uns ihr Artikel zuzuwerfen scheint.

Gehen wir jetzt zur Lösung über, die unser Kollege skizziert. (In seinem zitierten „Times“-Artikel.) Nachdem er in loyaler Weise konstatiert hat, daß die britische Regierung ein Arrangement mit dem künftigen König des Hedjschas schon im Herbst 1914 getroffen hat, und daß sie dieses Arrangement Frankreich nicht enthüllt hat, als sie mit Frankreich über das Traktat von 1916 verhandelten, schlagen die „Times“ vor, den Vertrag zu revidieren. Man würde die Grenzen und die Zone, die Frankreich zugeschanzt worden sind, vertauschen. Man würde, wenn eine Mehrheit in Syrien das wünschen würde, übereinkommen, daß Syrien autonom werden würde, und daß sie zum Fürsten den Emir Faical, den Sohn des Hedjschas, hätten. Unter diesen Bedingungen würde Großbritannien Frankreich dazu verhelfen, in Syrien ein Mandat der Gesellschaft der Nation zu erhalten. ... Weder während des Krieges noch später hat Frankreich jemals die Absicht gehabt, seine Herrschaft über irgend eine der orientalischen Völkerschaften zu erstrecken. In unseren Augen fixierte der Vertrag von 1916 einfach die Grenzen, innerhalb der diese Bevölkerung jedem britischen oder russischen Einfluß entzogen, sich frei entwickeln würde zu einer höheren Form der Organisation und Kultur unter der uninteressierten Mithilfe der französischen Regierung. (Hat man jemals ein alberneres Theater gesehen?) Jeder vernünftige Mensch ist überzeugt, daß Frankreich im Orient keine Verantwortlichkeit übernehmen darf, weder eine administrative noch eine militärische, [317] die derjenigen ähneln würde, die sie in Afrika besitzt. Ueberdies beweist die Erfahrung selbst, daß das mohamedanische Asien durchaus zusammenhält. Man kann nicht die Türken oder die Kurden vollständig anders behandeln, als man die Araber behandelt. Und wenn man behauptet, daß Persien besonders behandelt werden kann, unter dem Vorwand, daß der größte Teil der Einwohner der schiitischen Sekte angehört, so ist das eine Legende, die durch die Tatsache widerlegt wird. ...

... Nach dem Waffenstillstand sind alle mohamedanischen Völkerschaften des Orient nach und nach einer Fremdherrschaft unterworfen worden. Der Fall Persien ist nur das letzte Glied in der Kette.

Britische Offiziere oder Beamte regieren in Wirklichkeit Palästina, Syrien und Turkestan. Kleinasien steht unter dem Befehl eines englischen Generals. Ein britischer Admiral regiert über Konstantinopel und die Meerengen, und wenn die türkischen Länder in Asien oder Europa ein anderes Schicksal zu

erwarten haben, so ist das offenbar die Teilung zwischen mehreren Herren statt der Herrschaft eines einzelnen. Wir untersuchen hier nicht die Ursache dieser Situation. Wir wollen nicht ihre Resultate kritisieren. Wir begnügen uns, zu konstatieren, daß die Sache so liegt, ohne daß Frankreich es gewollt hätte, ohne daß es zugestimmt hätte, ohne daß es sich einer Politik beigesellen könnte, die ihm nicht konform erscheint, dem Recht und den Interessen der Alliierten.

Die Alliierten haben für die Unabhängigkeit der Nationen gekämpft. Ihr Sieg kann nicht münden in der Unterdrückung aller mohamedanischen Unabhängigkeiten, die existierten oder sich in Asien entwickeln wollten. Das wäre furchtbar ungerecht und furchtbar gefährlich. (Welche rührende Töne findet dasselbe Blatt, welches gern das linke Rheinufer einstecken möchte, vom Saarbecken schon gar nicht zu reden!)

Daß die französischen Sozialisten die Lage anders beurteilen, das versteht sich. Beinahe an demselben Tage, an welchem der „Temps“ auseinandersetzte, wie sehr Frankreich im nahen Orient geliebt wird, erschien im „Populaire“ ein Artikel mit der Ueberschrift: Warum uns Syrien haßt. Diesem Artikel entnehmen wir folgende Sätze:

„Die traurige Lage des Volkes von Algier und das Benehmen Frankreichs ihm gegenüber während mehr als 50 Jahren ist zu schmerzhaft und zu bekannt, um hier auseinandergesetzt zu werden.

Unter dem Schutze von Verträgen ist Tunis an Frankreich ausgeliefert worden. Tunis bemerkte sehr bald die finstere Komödie des französischen Idealismus. Die Regierung zeigte von der ersten Stunde an, daß sie es verstand, ‚ihre Kolonien‘ auszubeuten, und zwar auf die unverschämteste Art auszubeuten durch eine Bande von hungrigen Räubern. ... Das Resultat ließ nicht lange auf sich warten; und angesichts der sozialen Gefahr, die das Volk von Tunis mit Schärfe begriff, drängte sich allen die Notwendigkeit auf, diesem Bagno zu entrinnen, unter glücklicherem Himmel einen Schutz vor der Soldateska der Kolonien zu suchen.

Syrien wurde natürlich als Lieblingsland gewählt, weil es wie sie dieselbe Sprache hatte, dasselbe Ideal, dieselbe Zivilisation, denselben Abscheu vor Ungerechtigkeiten besaß. Und man sah seit 1898 eine be-[318]schleunigte Auswanderungsbewegung nach Syrien. Eine wahre Flucht von Zwangsarbeitern, die ihre Ketten zerbrechen. ... Bayruth, Damaskus können wieder von einstimmigem Mitleidsgeschrei, als diese geschlagenen Familien ankamen. Syrien, durch das Leid derjenigen gerührt, denen Frankreich durch einen Vertrag die Entwicklung ihrer Gesellschaft und den Respekt ihrer Einrichtungen bis zur vollständigen Emanzipation garantiert hatte, öffnete ihnen die Arme und das Herz. Die Presse beschrieb die bedauernswerte Lage dieser Märtyrer ihrer Liebe für die Zivilisation ihrer Väter. ... Es ist leicht, den Schrecken zu bemerken, schon wenn man die Erklärung des syrischen Kongresses liest, die er der amerikanischen Kommission gemacht hat; sie beginnt damit, daß sie mit billiger Energie jedes „Protektorat“ oder Schutzverhältnis zurückweist. ... Sie weist vor allem jede Mithilfe der französischen Regierung zurück, wie auch die Form ihrer Mithilfe sei. –

Und ein Artikel im „Populaire“, geschrieben von dem stets vorzüglich orientierten und klarsehenden Phedon, überschrieben: „Die Schlacht für Asien“ analysiert die Lage vorzüglich. Dort heißt es:

Sie ist sehr instruktiv, die Polemik, die sich zwischen den Organen des französischen und denen des englischen Kapitalismus entwickelt. Wir haben es immer vorausgesehen, daß die Alliierten ein Mittel finden würden, sich gegenseitig zu fressen, noch bevor der Friede allgemein geschlossen ist. Als das russisches Volk seine Revolution machte, hat es eine nicht geringe Schwierigkeit behoben: es handelt sich jetzt um Asien. Man zankt sich jetzt um das Erbe des Großtürken und auch um das Erbe Deutschlands, welches seine Hand auf Anatolien gelegt hatte.

Unsere Regierungspresse zieht in den Krieg gegen England. Nachdem sie die persischen Gründe diskutiert hat, argumentiert sie syrisch. Sie hat vielleicht recht, den angelsächsischen Imperialismus zu denunzieren; aber die Presse von London hätte ebensoviel Grund, den französischen zu denunzieren, den Imperialismus unserer Kapitalisten, die einen Teil des Levantemarktes konfiszieren wollen, und des Imperialismus unserer Katholiken, die blind der Parole der Bayruther Jesuiten folgen, und die den syrischen Mohamedanern Gehorsam aufzwingen wollen.

Der Kampf hat auf der ganzen Linie begonnen. Eine Bande britischer Sendboten bearbeitet den Libanon, die Küste, die ihn nach Westen begrenzt und die Hochebenen im Westen. Der Emir Faical und seine Beduinen verstärken ihre Aufrufe, um diese Gegend unter das arabische Königreich zu bringen, das selbst ein Vasall des Vereinigten Königreiches sein würde. Aber die französischen Missionare, die französischen Kaufleute an der Küste und ein Haufen Propagandisten von Gott weiß woher arbeiten im entgegengesetzten Sinne. Man wirft sich gegenseitig Niedertracht vor; Zeitungen, eigens für diesen Fall geschaffen, beschimpfen die eine das Kabinett von London, die andere das von Paris. Es ist klar, daß beide Seiten die Syrier nicht in Betracht ziehen, die immerhin auch eine Stimme haben sollten.

Der Fall Syrien ist der Fall Vorderasien und sogar Zentralasien. Die Griechen setzen sich in Smyrna fest, die Italiener in Kometz, England proklamiert die Schutzherrschaft über Persien, die französischen katholi-[319]schen Mönche agitieren von der ägyptischen Grenze bis Alexandrette – und alles das reizt gleichermaßen den Islam. Wenn der türkische Nationalismus und der arabische Fanatismus erwachen, wer hat die Schuld?

Und zwei Tage vorher schrieb derselbe Phedon:

„Die englische Presse regt sich über den Ton auf, mit dem die französische die persische Frage behandelt. Und sie bemüht sich, Erklärungen zu geben, die niemanden überzeugen werden. Kein Mensch wird glauben, daß das Kabinett von London, wenn es in Teheran einen Zustand schafft, wie er in Kairo besteht, einer Aufforderung Persiens gehorcht und einfach die Unabhängigkeit und Integrität dieses Landes verteidigen will. Gegen wen soll es verteidigt werden? Gegen die Magyaren oder die Bulgaren? ...

... Wenn ‚Temps' und ‚Echo de Paris' das Los Persiens beklagen, so klingt ihr Jammergeschrei falsch. Sie haben auf das Völkerrecht in Rußland, in Ungarn gepfiffen, nur weil das Protektorat mehr oder weniger den persischen Markt nichtenglischen Händlern und Industriellen verschließen wird, erheben sie sich gegen das Protektorat. ..."

Warum wir auf diese Geschichten so ausführlich eingehen?

Der Grund ist dieser: für das Fortschreiten der revolutionären Bewegung ist Frankreich ungemein wichtig. Wir müssen alle Momente in Betracht ziehen, die die Bewegung dort vorwärtstreiben. Ueber die finanzielle Erschütterung des Landes haben wir ausführlich berichtet. Der französische Kapitalismus in Frankreich ist bankrott.

Es versucht jetzt, außerhalb Frankreichs irgendwie Kompensationen zu finden.

Aber auch auf diesem rein imperialistischen Gebiet hat er bisher nur ein klägliches Fiasko erlitten. Und sein Feind – das ist der „befreundete" alliierte englische Imperialismus.

Von da aus ergeben sich mehrere Konflikte und mehrere Perspektiven.

Erstens einmal zeigt die bürgerliche französische Presse unverhohlene Schadenfreude über alle Vorstöße, die gegen Wilsons „Völkerbund" gemacht werden; es ist klar, daß für das Frankreich Clemenceaus Sonderbündnisse und Geheimabkommen vorteilhafter sind, als diese Liga mit ihrer angloamerikanischen Führung.

Zweitens besteht die Gefahr eines französisch-englischen Konfliktes. Es ist unglaubhaft, daß dieser Konflikt bereits jetzt zu kriegerischen Verwicklungen führen sollte – der Imperialismus kennt ja an sich nur Lösung durch den Krieg –; aber es ist auch klar, daß bereits jetzt Spannung herrscht, und zwar aus ganz analogen imperialistischen Interessengegensätzen, wie sie vor 1914 bestanden. Diese Spannung muß zu einer Umgruppierung der jetzt noch verbandelten und verkoppelten „assoziierten" Mächte führen, und für Frankreich handelt es sich darum, den richtigen Anschluß zu finden. Das ist schwerer, als man glaubt. Wie schwierig das tschecho-slowakische Problem und damit eine osteuropäische Orientierung Frankreichs ist, haben wir schon bemerkt. In der „großen" Welt findet sich der französische Imperialismus aber noch nicht zurecht, und so schaut er gespannt aus auf die Konflikte. „Die erste Bresche" [320] war ein Leitartikel des „Temps" überschrieben, in dem voller Freude

berichtet wurde, daß eine Senatskommission in Washington den „Wilsonschen Vertrag“ von Versailles ummodelt; die Freude darüber, daß die Wilsonschen Forderungen Anstoß erregen, war groß. Zwar hatte derselbe „Temps“ einige Tage vorher sich auf dieselben Forderungen berufen und schmollend bemerkt:

„Auf einen Vertrag Groß-Britanniens, der sich auf die Liga der Nationen bezieht, beruht zum Teil die Sicherheit Frankreichs im morgigen Europa. Wir können den Gedanken nicht ertragen, daß die britischen Versprechungen einer Diskussion unterworfen werden, außer wenn es sich um Asien handelt.“

Aber das war ja in einer Frage, die eben „anders“ anzufassen war! Daher auch das große Interesse des imperialistischen Frankreich für die Schantungfrage; bei einem Konflikte, der im fernen Osten entstehen wird, wäre der Weg Frankreichs vielleicht leichter zu wählen.

Drittens aber ist klar, daß dieses Hin- und Herlavieren einer offensichtlich räuberischen Regierung innerhalb einer offensichtlich räuberischen Koalition ein revolutionierendes Moment von nicht zu unterschätzender Wirkung ist.

Das französische Proletariat sieht von Tag zu Tag, was es von seiner Regierung zu erwarten hat.

Im Innern des Landes herrschen Teurung, Arbeitslosigkeit, Transportschwierigkeiten, politische und geistige Reaktion.

Nach außen werden neue Konflikte, neue Kriege vorbereitet. Die Atmosphäre von 1914 wird wieder spürbar.

Und das französische Proletariat wird durch all das revolutioniert.

*

Die vorrevolutionäre Kunst von 1918 und 1789.

Von G. L u d w i g .

I.

Kunst muß Erlebnis sein und Erlebnis werden können. Das Kunstwerk muß Gemeinschaftserleben werden können. Daß das möglich und in überwältigendem Maße möglich ist, kam mir vor kurzem – es war im Dezember des Jahres 1918 – zum Bewußtsein, als ich das Weihnachtsoratorium von Joh. Seb. Bach hörte. Das sind nicht nur die individuellen Empfindungen und Erlebnisse des schaffenden Künstlers, die in diesem großen Werk fluten, ebenso wie in den gewaltigen und erschütternden Passionswerken Bach’s, nein, „das sind Freude und Schmerz aller, einer ganzen Gemeinschaft, die da überwältigend ausbrechen und auch uns, die wir doch durch Jahrhunderte von jener Welt getrennt sind, noch menschlich bewegen und fortreißen. Wir fühlen: in einem solchen Kunstwerk strömt nicht nur die Kraft und Lebensfreude dieses Einen, der es schuf; gerade in diesen Weihnachts- und Ostergesängen, die ursprünglich für die Kirche und die Gemeinde geschaffen wurden, wirkt sich auch das starke Empfindungsleben der ganzen gesellschaftlichen Gemein-[321]schaft aus, in der der Künstler lebte, ihre Kraft, ihre Lebensfreude, ihre Fähigkeit, Schmerz zu erleiden. All dies Gemeinschaftliche findet hier Ausdruck und künstlerische Form. Und heute, da wir noch in dem Banne jener fernen Kunstwerke stehen, noch seine Größe ganz empfinden und genießen können, erschüttert von dem großen und tiefen Erleben, von dem lebendigen Odem einer fernen Zeit, der uns, in einem Kunstwerk ewig geworden, noch erreicht, müssen wir uns heute nicht fragen: Was hat denn unsere Zeit, die moderne bürgerliche Gesellschaft geschaffen, das einem solchen Kunstwerk gleichzusetzen wäre? Wir suchen und fragen vergebens, unsere Hände bleiben leer, und wir haben das Gefühl: mit welcher Beschämung muß der Mensch von heute, der „Kulturmensch“, der Mensch der bürgerlichen Gesellschaft, der „Gebildete“, mit welcher Beschämung, mit welcher Trostlosigkeit muß er auf dieses Zeitalter blicken, sein Zeitalter, das so stolz von den „Besten der Nation“ das „wilhelminische“ genannt wird und das diese „Besten“ als eine Blütezeit der Kunst, einen Höhepunkt des Lebens rühmen. Auf einen Höhepunkt des Lebens, sollte man da nicht unwillkürlich auch höchste künstlerische Leistungen erwarten dürfen, wie sie einst die Antike, die Renaissance, das 18. Jahrhundert hervorbrachten? Sind aber die öden geistlosen Prunkbauten der preußischen Residenzen, die im besten Fall

mißverstandener Abklatsch älterer Kunstwerke sind, niemals nirgends originell von eigenen Ideen zeugend, als höchste Kunstwerke anzusehen?

Wie ist es nun möglich, daß ein großes Volk, das als Volk der Dichter und Denker von alters her gerühmt wurde, in der Zeit seines ungeheuren wirtschaftlichen Ausstiegs keine großen Meister, keine höchsten Leistungen der Kunst hervorgebracht hat? Im Zeitalter des schrankenlosen Individualismus keine Persönlichkeit wie die des Joh. Seb. Bach oder wie die eines Michelangelo, eines Lionardi da Vinci. Oder sollte eben gerade dieser krasse Individualismus der Entwicklung der Kunst, ihrer Entfaltung zu voller Größe nicht günstig sein, braucht es dazu mehr als die Persönlichkeit des Künstlers und sein individuelles Bewußtsein? Oder ist dieser Individualismus, auf den das Bürgertum so stolz ist, im Grunde nur eine Umkleidung und Verschleierung des maßlosen Egoismus, auf dem die bürgerliche Gesellschaft sich aufbaut? Wie dem auch sei, ob man es Individualismus oder Egoismus nennt – die Frage ist: Braucht es, um das große Kunstwerk hervorzubringen, das Gemeinschaftsleben, eine große, den weiten Gesellschaftskomplex umfassende und erfüllende Idee, den Gemeinschaftsgedanken, Kollektivbewußtsein? Gerade die großen Kunstwerke scheinen mir so im Gemeinschaftsleben verankert; ich denke außer an die schon erwähnten Werke Bachs an Beethovens 9. Symphonie, an Schillers Lied, das sie inspirierte, an seine „Räuber“, um nur einiges zu erwähnen, und für die Architektur würden die gotischen Dome zeugen, der Moses, die Sklaven von Michelangelo für die Skulptur. Es wäre wohl erklärlich, daß das 19. und 20. Jahrhundert kein großes Kunstwerk erzeugen konnten, denn die Kunst dieses Zeitabschnittes steht ganz und gar unter dem Zeichen des individualistischen Experimentierens; es herrscht eine völlige Anarchie, besonders in den letzten Jahrzehnten in Stil, Form und Inhalt und zwar auf allen [322] Gebieten der Kunst: Musik, Architektur, Malerei, Skulptur. Jeder einzelne Künstler fast hat heutzutage seinen Stil oder seine Idee. Es gibt heute wohl Ideen der herrschenden Klasse, aber keine herrschend gewordenen Ideen, wie etwa die der Kirche im Mittelalter, in der alle geistigen und künstlerischen Kräfte und Fähigkeiten zusammenströmten und sich entwickelten in einer lebendigen Fülle künstlerischer Leistungen. Die Ideologie der herrschenden Klasse ist vornehmlich in ihrer Erscheinungsform als Kirche und Kunst vollständig in der Auflösung begriffen und die vollkommene Anarchie unter dem Namen „Individualismus“ in der Kunst entspricht nur der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser Individualismus, aus dem sich für das Ganze Stillosigkeit ergibt, und aus dem auch der einzelne Künstler meist nicht zu einem großzügigen Stil findet, weil ihm die Befruchtung durch ein Ganzes fehlt, in das er hineingeboren und verwachsen und in dessen Sinne zu schaffen für ihn Bedürfnis und Aufgabe wäre, – dieser Individualismus gibt Künstlern wie Liebermann, Slevogt, Tübner, Franck, den letzten 30 Jahren das Gepräge. Es sind die Künstler, die man Impressionisten nennt. Sie malen Porträts, Kohlfelder, alte Frauen, Landschaften, Arbeiter, Tiere, Historie, Mythologie, Pferde; es kommt nicht auf den Stoff an noch auf Ideen und Empfindungen (wie es in der Architektur noch weniger auf Ideen ankommt). Sie malen alles, meisterhaft in der Wiedergabe der Natur, eines bestimmten, begrenzten Erscheinungsmoments der Dinge. Worauf es ihnen ankommt, das ist das Können (Kunst ist Können), die Darstellung, die meisterhafte Wiedergabe eines Objekts; die faszinierende Wirkung von Luft und Schatten des im Raum stehenden Körpers liegt ihnen besonders am Herzen.

Das letzte Jahrzehnt nun, die jüngste Generation wendet sich von dieser impressionistischen, naturalistischen Kunst, die den natürlichen sichtbaren Eindruck des einen bestimmten Augenblicks, in dem der Künstler seinem Gegenstande gegenübersteht, wiedergeben will, vollständig ab. Sie ignorieren alles Zufällige und Augenblickliche der Erscheinungen und suchen nur ihren Sinn festzuhalten, ihre Idee, ihre Synthese, kurz ihr Wesentliches, das ein geistiges oder seelisches ist und nicht an ihre zufällige Erscheinungsform gebunden, zum Ausdruck zu bringen. Sie wollen den A u s d r u c k (Expression), das wesentliche Gesicht der Welt festhalten, das flüchtigste, variabelste, das sich nur selten offenbart und das doch zugleich ewig ist. Man nennt diese modernen Künstler darum Expressionisten. Um diese besondere Wiedergabe des Ausdruckes, der vielleicht bizarr und ungewöhnlich sein kann, zu erreichen, lösen sie die äußere wirkliche Erscheinungsform der Dinge und Personen oft vollständig auf z. B. die Kubisten in geometrische Figuren, Dreiecke, Vierecke usw. Oder sie geben den Dingen, Bäumen, Häusern, Wolken, Menschen phantastische doch charakteristische Umrisse, Formen und Farben. Andere wieder versuchen die bewegte Materie bildlich darzustellen, indem sie nur Teile von

Gegenständen und Personen in der Bildfläche erscheinen lassen, so ungefähr den Eindruck wiedergebend, den man in einem rasenden Fahrttempo von den Dingen hat, was man im Vorbeifliegen von ihnen erhascht. Der erste Eindruck, den ein Unbefangener und nicht [323] Eingeweihter von dieser Kunst hat, ist der eines ungeheuren Chaos. Die Auflösungssymptome, die schon im Impressionismus vorhanden waren und in der willkürlichen Wahl der Stoffe, in diesem Durcheinander gleichgültiger (für die Allgemeinheit) Gegenstände vorhanden waren, haben hier ihre Steigerung gefunden, ihr Endgültiges, ihr Ziel. Sie treten ganz klar jedem sichtbar in Erscheinung. Und nicht nur in der bildenden Kunst, sondern in gleicher Weise in der schönen Literatur und in der Musik. In der Literatur finden wir eine vollständig anarchische Auflösung der Sprache, im Satzbau und Wortbildung, und in der Musik die Auflösung der Harmonie in Dissonanzen. Man sieht, diese jüngsten Künstler wollen sich um jeden Preis von der Ueberlieferung emanzipieren

Dies ist in kurzem Umriß das Bild der bürgerlichen Kunst der letzten Jahrzehnte vor Krieg und Revolution. Es ist das Bild einer wahren Verwirrung, einer Kunst ohne großen Zug, ohne einheitliche Linie, ohne Ausrichtung auf ein Ganzes, ohne Stil. Wir sehen auch in den anderen „Kulturländern“ die gleichen Erscheinungen, die gleiche Entwicklung, wie in Deutschland: Impressionismus, Naturalismus, Expressionismus, Kubismus, Futurismus; Experiment und Chaos.

Dies Chaos, die Zerstörung, Verneinung des Alten, das Zerbrechen jeder Tradition, die Auflösung aller hergebrachten Formen in der Kunst ist wohl eine ebenso notwendige Erscheinung wie die Auflösung der alten Wirtschafts- und Staatsform, die ja die Gestaltung der ideologischen Welt bedingt. Vielleicht ist dies Chaos ebensosehr ein Zeichen der Ueberlebtheit, Unfähigkeit und Schwäche des Alten, das hier zusammenstürzt, wie gleichzeitig revolutionärer Akt, durch den schon der junge Geist seine Fesseln zerbricht und sich von allem, was überlebt ist, emanzipiert. Das Eigentümliche und Bezeichnende ist, daß diese Künstler, die dem Bürger schon als Revolutionäre erscheinen, nicht aus der revolutionären Klasse, dem Proletariat stammen, sondern aus dem Bürgertum selbst, also aus der absterbenden Klasse, die ihren letzten Kampf kämpft. Das hängt ihnen auch an: sie sind wohl fähig, das Alte zu stürzen, aber doch nicht stark genug, dem Chaos etwas Neues, Großes zu entringen. Sie sind wurzellos, blutleer, sie sind noch nicht besessen von einer großen Idee, von einem neuen Erleben wie die. Menschen der Renaissance, wie die großen Geister des 18. Jahrhunderts. Und das ist der Unterschied: dies großen Geister des 18. Jahrhunderts, die, die in Kunst und wissenschaftlicher Erkenntnis die Revolution befeuerten, ja ihren Geist eigentlich heraufbeschworen, sie entstammten der damaligen revolutionären Klasse, dem Bürgertum selbst; die besten der heutigen aber, sie müssen aus ihrer Klasse heraus, den Anschluß an die neue revolutionäre Klasse, an die große Idee der neuen Zeit suchen, an die große Idee der Verbrüderung im Kommunismus.

Einige haben diesen Weg schon betreten: Hasenclever, Schönlank, Becher, sie fanden schon aus der Auflösung, in der die Degeneration der bürgerlichen Kunst endete, heraus. Es ist vielleicht kein Zufall, daß Becher den Geist Schillers und Hölderlins heraufbeschwört, den Geist der bürgerlichen Revolution, den Geist jener Großen, die in der Morgenröte [324] des aufsteigenden Bürgertums mit ähnlichen Empfindungen eine neue Welt erstehen, eine überlebte stürzen sahen. Der Unterschied ist, daß sie, selbst Angehörige dieser aufsteigenden Klasse, revolutionären Geistes den prometheischen Troy und den Taumel eigenen Machtbewußtseins im Leibe hatten, während die dem heutigen Bürgertum entsprossenen Künstler nicht die Morgenröte ihrer eigenen Klasse begrüßen, in deren versinkende Herrlichkeit auch sie verstrickt sind, sondern die Morgenröte derjenigen Klasse, die jetzt berufen ist, die Welt neu zu gebären, das ist das Proletariat. Das Proletariat selbst, die revolutionäre Klasse von heute, hat noch nicht, wie das französische Bürgertum des 18. Jahrhunderts, seinen Gegner durch eine geistige Emanzipation überwinden können, bevor es in schwerem Kampf die alte Staats- und Wirtschaftsform, die Fesseln der Fron und Unterdrückung abschüttelt.

Die europäische Kunst an der Wende des 19. Jahrhunderts spiegelt getreu (im Naturalismus und Impressionismus in der protzigen geistlosen Architektur) die schimmernde, im Aeußerlichen aufgehende, lebens- und genußgierige Zeit des rapide zu höchster Macht aufsteigenden Imperialismus wieder, eine Gesellschaft, die sich mit Freude an die bunte Wirklichkeit der Dinge, an Licht, Farbe, Form, Bewegung hingibt, die sich selbst, ihr Leben, ihre Welt in allen Situationen künstlerisch verewigt

sehen will, die auch in der Literatur ganz in dieser Welt der Freuden und Schmerzen auf und unter geht (Zola, Hauptmann) – alles läuft auf eine Erfassung des lebendigen persönlichen Lebens und seiner Probleme hinaus – um dann ebenso rapide wie der Imperialismus, diese bürgerliche Gesellschaft selbst in ein Trümmerreich zu stürzen, der Auflösung preisgegeben – denn nur als Auflösungserscheinung konnten wir die letzten Versuche, künstlerische Probleme und Aufgaben zu lösen – wie es der Expressionismus, Futurismus, Kubismus versucht, verstehen. Es ist der Versuch, unbedingt mit den radikalsten Mitteln aus jener äußerlichen Welt herauszukommen. Nur daß wohl bürgerliche Kräfte nicht genügen und nicht berufen sind, diese ungeheure Aufgabe zu lösen, die des Riesen Proletariat noch harret.

Wenn sich aber der deutsche Bürger nicht nur, sondern die ganze bürgerliche Gesellschaft, die in der Katastrophe des Imperialismus, des Weltkriegs und der Revolution untergeht, fragt, bestürzt und schmerzlich: War das unsere Blüte, diese imperialistische Herrlichkeit, waren das w i r und sind schon vorbei, w i r, die wir uns Herren der Erde zu sein vermaßen? Wo ist unsere Vollendung, unsere Größe? Wo steht ein Werk wie das des Joh. Seb. Bach, der Nachwelt zeugend von uns, von unserem Geist? Wo ein Straßburger Münster, eine sixtinische Kapelle, ein Moses Michelangelos, wo? Wo eine Architektur wie in Versailles? Wo wäre uns ein Dante, ein Goethe, ein Molière, ein Balzac, wo? So muß die Antwort lauten:

Deine Größe, Bürgertum von Europa, du hast sie lange im voraus erlebt, ehe du noch in vollem Besitz und zu vollem Bewußtsein deiner Macht und Herrlichkeit kamst. Und es liegt eine gewisse Tragik darin, daß du mit dem Glanz des jungen revolutionären Feuergeistes, dessen du dich jetzt freilich gerade nicht gern erinnerst, den du sogar oft zu ver-[325]leugnen heute gezwungen bist; der aber doch eine neue Welt aus der Taufe hob; daß du mit diesem Feuergeist vor mehr als einem Jahrhundert die Sterbestunde derjenigen Welt verklärtest, die zu zertrümmern du damals dich anschicktest: die Welt des 18. Jahrhunderts.

Der Betrachter, der auf den ersten Blick den Glanz jener Zeit, den Glanz der Könige und Fürsten, den Glanz, die hohe Kultur der vornehmen Gesellschaft, sieht, muß bei näherer Untersuchung finden, daß da streng und still der Geist der Wissenschaft aufklärend, erkennend am Werke ist, zersetzend und auflösend; daß in dieser vornehmen Welt des 18. Jahrhunderts grau und geduldet, armselig bezahlt, die Künstler, bürgerlich und schlicht, aus- und eingehen; daß es dein Geist ist, bürgerlich und schlicht, der da schafft, und daß dir der Ruhm gebührt, dem aufsteigenden revolutionären Bürgertum, als das du damals in sie geschichtliche Entwicklung eintratest und einhuschtest. Du webtest den Königen und Fürsten eine Gloriole, bevor du sie stürztest, bürgerlicher Dichter von Cornelie, an. Dir gehört das 18. Jahrhundert, dir seine Größe, die die erlauchte Gesellschaft selbst nicht mehr hervorbringen konnte, die sie, sterbend, kaum bezahlen, nur mitgenießend erborgen konnte.

II.

Das 18. Jahrhundert vor der Revolution.

Betrachten wir nun diese glänzende Kultur des 18. Jahrhunderts näher, um zu erfahren, wie es möglich war, daß dieser Glanz in der Revolution nicht, wie die Gesellschaftsklasse, die nur noch ein Scheindasein in diesem Glanze gelebt hatte, versinkt, sondern gerade in ihr einen Höhepunkt, seinen höchsten Zauber, seine höchste Wirkung erreicht. Diese Betrachtung ist notwendig, um zu erfahren, welcher Abstand die heutige Entwicklung von der damaligen trennt.

Auf den ersten Blick: auch hier eine sterbende Gesellschaft, auch hier Chaos, Auflösung, Katastrophe Die Katastrophe des Feudalismus. Auch hier finden wir (im „Rokoko“) eine Auflösung der Formen: Aber sie bleibt auf einen verhältnismäßig kleinen Teil beschränkt. der innerhalb des großen ganzen unwesentlich ist, und das ist das besondere: nämlich, daß sie auf die vornehmen Salons der feudalen Gesellschaft beschränkt bleibt. Es ist ein Irrtum, das Rokoko als einen besonderen Stil aufzufassen und zu bezeichnen; es ist eine Episode, und im Grunde nichts als eine Mode, die im wesentlichen in den Salons sich abspielt, und als solche auf ihren Weg als etwas äußerliches in die bürgerliche Welt eindringt, der sich bald davon wieder emanzipiert, kurz vor dem Ausbruch der Revolution.

Im ganzen erstrahlt das 18. Jahrhundert als eine Zeit der höchsten Kultur mit einem großen einheitlichen Stil. Wie war das möglich, wie vereinigen sich hier Niedergang einer Gesellschaftsschicht, ihre Auflösung, mit einer Kulturleistung ohnegleichen, von Schönheit, Größe, Geist und Kraft?

Ihre Glanzzeit erlebte diese feudale Gesellschaft in Frankreich, und zwar beginnt der Aufstieg mit einem glänzenden Gestirn: Ludwig XIV. [326] Sonnenkönig. Unter ihm erstehen im Louvre und im Versailler Schloß und vielen anderen Bauten und architektonischen Anlagen von einer Großzügigkeit ohnegleichen strenge klassische Formen und Säulenordnungen, wie sie kaum die Renaissance aufzuweisen hat. Ein großer Stil setzte hier ein, der das ganze 17. und 18. Jahrhundert beherrschen sollte im wesentlichen, denn nicht nur das 17., in das die Regierung Ludwig XIV. fällt, auch das ganze 18. Jahrhundert steht unter dem Zeichen des Klassizismus. Eine Fülle von edelsten architektonischen Anlagen gaben der Zeit das Gepräge der Großzügigkeit, des unermeßlichen Reichtums an Geist und neuen künstlerischen Ideen; die edle Gliederung der Antike verbindet sich mit der Wucht und Größe des Barock. Davon zeugt die Fassade des Louvres (Bernini), der Invalidendom, die Anlagen des Vendomeplatzes, während das Versailler Schloß mit seiner breiten gemessenen Fassade und den zarten Flachreliefs zwischen den Stockwerken schon die Wucht des Barock verliert und dem klassischen Stil Ludwig XV. und XVI. sich nähert.

Dieser Zug, zum Klassischen tritt noch stärker hervor im Innern der Kapelle von Versailles und auch in der dekorativen und ornamentalen Kunst: Poussins, Lebruns (große antike Gemälde in Fontainebleau, auf dem antike Stoffe monumental dargestellt sind). Auch die Möbel haben wundervolle edle antike Formen (Apollogalerien).

Das antikisierende Element tritt auch in der Literatur hervor, in den Dramen des Corneille und in Dichtungen, die klassische Stoffe in gemessener klassischer Form darstellen.

Wenn man sich in diese künstlerischen Leistungen vertieft, so bekommt man den Eindruck, daß in der Herrlichkeit der klassischen Formen das unerhörte Machtbewußtsein, das Gefühl des eigenen Glanzes der großen Herrn der feudalen Macht, mit dem König an der Spitze, in dem sich aller Glanz, aller Geist und alle Macht des Kulturganzen zusammenzufassen scheint, seinen Ausdruck findet. Aber die Künstler, die schaffend überall, nicht nur in Paris, auch in den Städten der Provinz, am Werke sind, die Dichter und Gelehrten, die diese vornehme Gesellschaft mit ihrem Geist befruchten und unterhalten, sie gehören zum größten Teil nicht der feudalen Klasse an, sondern sie erstehen aus dem Bürgertum; hier ist die Quelle der Kraft und der Stärke des Könnens für diese Kultur. Ideell wie materiell sind diese großen Geister noch abhängig von dem Glanz der Kronen, der sie inspiriert; aber Geist und Forschung lassen sich nicht unterdrücken, und so entsteht bald in Männern wie Diderot, Voltaire und Rousseau eine scharfe Kritik der Lebensformen der Gesellschaft, die zur Revolution schon den Weg weist.

Der Geist des Klassizismus beherrscht die Kultur des Jahrhunderts auch weiter unter Ludwig XV. und XVI. In der Architektur verlieren die Formen das Große und Wuchtige, drängen zu Stille und Einfachheit hin, werden also „klassischer“ im eigentlichen Sinne. Man kann in diesem Zeitalter besonders gut beobachten, in wie hohem Maße die Kunst das Barometer der sozialen und politischen Zustände, der geistigen und wirtschaftlichen Verfassung einer Gesellschaft ist. Während in den zu Strenge und Einfachheit neigenden Formen der Architektur [327] schon der bürgerliche Geist der Revolution sich ankündigt – die Baukünstler entstammen fast alle dem Bürgertum –, finden wir im Innern dieser klassischen gradlinigen Gebäude jenes bizarre Schnörkelwerk des Rokoko (style rocaille – Muschelstil). Die reiche runde Form der Muschel war Grundmotiv, mit dem man alle Linien und Flächen auflöste. Besonders die Möbelformen sind ganz diesem neuen Stil unterworfen, geschweifte und gebuchtete Linien und Flächen. So tragen die Salons der feudalen Gesellschaft schon das Gepräge der Auflösung, der sie entgegengeht, die Kunst und Geist mit prickelndem Glanz umstrahlen, in dem diese ganze Welt verfeinert und kostbar erscheint: Man betrachte die Frauengestalten, die sich in den zarten, zierlich eleganten Salons bewegen, diese ganze Gesellschaft – denn auch die Kleidung der Männer ist – überfein, reich und kostbar geworden – auf dem Gemälde von Watteau: Die Einschiffung nach der Insel Cytpere: da verlassen diese schwebenden Gestalten in Seide und feinsten, künstlich gerafften Stoffen den schwankenden Boden der Wirklichkeit und entfliehen in

eine erträumte Welt auf eine selige Insel zu Lust- und Schäferspiel. Denn der tiefernste Ruf Rousseaus des Bürgertums der neuen Gesellschaft: „Zur Einfachheit und zur Natur zurück“ weckt auch einigen Widerhall, aber so verflacht, daß er sie zu tändelndem Liebesspiel, zu einer Schäferstunde hinaus in die gezierten Gärten lockt. Zur Wirklichkeit: Heraus aus dem Chaos haben sie nicht mehr die Kraft. Aber jener Schrei Rousseaus, das Verlangen des Bürgertums nach Einfachheit und Schlichtheit, nach Befreiung aus den Fesseln der feudalen Konvention setzt sich durch, unbeirrt von der Auflösung des Rokoko, und im Stile Louis XVI. tritt dieser schlichte bürgerliche Geist schon ganz in Erscheinung, nicht mehr nur in den strengsten, einfachsten Architekturformen, sondern auch in der Innendekoration (Trianon), wo die gerade Linie wieder zu ihrem Rechte kommt, so sehr, daß man von einem Extrem ins andere fällt, die reichen lebhaften Formen des Rokoko werden verdrängt durch ganz gerade, ja steife und kalte spärliche Formen, die fast puritanisch anmuten.

Selten wohl lassen sich Architektur und Kunstformen so eindeutig und klar als der Ausdruck der verschiedenartigen gesellschaftlichen Mächte und Einflüsse erkennen. Selten wohl ist so der Stil Erscheinungsform einheitlicher Bewußtseinskomplexe in einem Gesellschaftskörper, wie hier der Klassizismus in seinen Abwandlungen: zuerst in seiner Pracht und Wucht Verherrlichung des Sonnenkönigs, der Zentralgewalt des Landes auf dem Gipfel seiner Macht; darin fühlen sich alle herrlich und mächtig, soweit sie überhaupt an der Kultur teilhaben. Dann in dem Maße, wie dieser Glanz verblaßt, eine Vereinfachung der Formen unter dem wachsenden Einfluß des Bürgertums, sicher, fest sich konsolidierenden Besitzes gegenüber dem sich auflösenden verschuldeten Adel. Während im Kunststil die bürgerliche Einfachheit sich auslöst als Gegensatz zum Luxusleben der Großen, findet der höchste Glanz dieses bürgerlichen Geistes seinen großen und intensiven Ausdruck in der großartigen Entwicklung der Wissenschaft, der Philosophie und Kulturbetrachtungen. Diese geistige Entwicklung, die zur Revolution hinführt, ist das eigentliche Werk des bürgerlichen Geistes, das den Glanz des 18. Jahrhunderts ausmacht. [328] Ueberall ist dieser Geist am Werke, in der bildenden Kunst, in der Literatur, in Wissenschaft und Leben, erkennend, Neues gestaltend, das Alte überwindend in strenger Erkenntnis und Kritik und hundert neuen Forderungen an das Leben.

Und das ist das wichtige, was die Kultur des 18. Jahrhunderts bedingt und bestimmt, was ihre Höhe ermöglicht und ihr den hohen geistigen Schwung gibt, trotz der Auflösung ihrer herrschenden Klasse: die Befruchtung und Durchdringung dieser absterbenden Klasse durch das heraufdrängende Bürgertum, durch seine Intelligenz. Das ist der Unterschied gegen unsere heutige Zeit, daß damals die aufsteigende Klasse schon vor ihrer wirtschaftlichen Emanzipation eine hohe geistige Reise sich erworben und die ihr übergeordnete absterbende Klasse schon geistig überwunden hatte, längst bevor die Zeit zur Ergreifung der ökonomischen und polirischen Macht reif war. Was der vorrevolutionären Zeit des 18. Jahrhunderts ihren Glanz und ihr Gepräge gibt, ist nicht der Geist ihrer herrschenden aber absterbenden Klasse wie heute, sondern schon die neue Gesellschaft, die ihre Prometheusfesseln des Geistes bereits abgestreift hatte.

Die in schweren Kämpfen aus dem Dunkel sich emporringende Klasse von heute dagegen ist in einer ganz anderen Lage und Geistesverfassung. Sie war bis jetzt noch so hart ins Joch der Fronarbeit für das Kapital gespannt, daß in ihr noch nicht geistige Kräfte frei werden und sich entwickeln konnten, daß eine geistige Emanzipation oder gar eine Durchdringung der alten Kultur mit neuen geistigen Kräften möglich gewesen wäre.

So erlebt das europäische Bürgertum, das einst mit der Morgenröte seiner jungen Geisteskultur die absterbende feudale Gesellschaft überstrahlte und ihrem Ende einen verklärenden und versöhnenden Glanz verlieh seinen eigenen Untergang ohne Größe, ohne den ausgleichenden Wert neuer geistiger oder künstlerischer Schöpfungen. In der ganzen Armseligkeit des kapitalistisch-imperialistischen Systems, das alle Schrecken der Barbarei wieder über die Erde gebracht hat, ohne rechtfertigende Leistungen steht es da mit leeren Händen, und auch nicht die Würde und den Stolz des besiegten Feudalismus kann es aufbringen, sowie ihm die große überwindende Heiterfeit, die Gelassenheit des sterbenden Rokoko – man vergleiche nur die Tänze, auch als Ausdrucksformen der Kultur, das bezaubernde Menuett jener Zeit (die Musik eines Mozart) mit den heutigen Niggertänzen und ähnlichen Produktionen der „besten“ Gesellschaft – versagt sind.

Die Internationale
Jahrgang 1, Ausgegeben am 20. Dezember 1919, Heft 17/18

Ein Gericht.

In Berlin sitzt ein Gericht. In einem jener historischen Gemächer, in denen man fünf Jahre lang Bethmann reden hörte, in denen man fünf Jahre lang Kriegsreden hielt, in einem jener Gemächer, in denen man fünf Jahre lang den Ubootkrieg und „Gott strafe England“, die belgischen Deportationen und den Frieden von Brest-Litowsk, die Verwüstung Nordfrankreichs und die Blaukreuzgranaten als höchste Blüte deutscher Kultur gepriesen hatte, in diesen selben Räumen, die die Scheidemannschen Durchhaltereden, die Erzbergersche Rede über Brest-Litowsk die Payerschen Annexionshetzen und die Davidschen „Rechtfertigungsversuche“ gehört haben, in diesen selben Räumen sitzt das Gericht. Und die Wände, die alles mit angesehen haben und heute mit ansehen, die Säulen, die alles das getragen und heute noch tragen, sie schwanken nicht, sie stürzen nicht, um durch ihren Schutt den Unrat zu verhüllen, der sich dort breit macht. Die Wände, die Säulen tragen es noch: Fürwahr, Wallot hat gut gebaut! ...

Da sitzen die Richter und „zu Richtende“ einander gegenüber. Bethmann-Hollweg erscheint, der lange, mit dem „sorgenvollen Antlitz“ und Helfferich mit dem Gehrock, die Admirale und die Generale, die Jagow und die Bernstorff, um Rede zu stehen. Und ihnen gegenüber, umrahmt von Sachverständigen und Zuhörern, „wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt“, der Untersuchungsausschuß, bestehend aus einigen Männlein und Weiblein, denen, die sich nicht selbst zuviel als Hanswurst vorkamen, um sich zu einem solchen Geschäft herzugeben. Die sitzen und richten. Die selber mit dabei waren, bis zum Letzten, die wollen urteilen. Hat das die Welt jemals gesehen, daß die Hehler über die Diebe, die Zuhälter über die Dirnen zu Gericht sitzen? Nein! Es mußte die deutsche Revolution kommen, um das Schauspiel Göttern und Menschen zu gewähren.

Und doch: So grotesk und widerwärtig die Komödie ist, mit dieser Feststellung allein ist deren Wesen nicht erschöpft. Selbst wenn die, die sie spielen, Hanswurste oder Hypokriten sind, selbst wenn sie Narrenkleider anlegt und abgerichtete Affen auf die Bühne schickt: die Geschichte hat immer ihren tiefen Sinn und auch der Karneval in Berlin hat ihn. Es ist eine bittere Narretei, denn dieses bürgerliche Schauspiel, das unter dem Namen deutsche Revolution sich bisher abspielt, und in dem das Proletariat bis jetzt nur die Rolle des Kulissenschiebers spielte, dieses Schauspiel der deutschen Bourgeoisie, das mit [330] ihrer Selbstverhöhnung begann, muß jetzt mit ihrer Selbstentmannung enden nach dem unerbittlichen Gesetz, das alles geschichtliche Tun beherrscht.

In seiner Vorrede zur zweiten Auflage von Marx’ „Klassenkämpfe in Frankreich“ stellt Engels den regelmäßigen Verlauf der bürgerlichen Revolution wie folgt dar:

Ein erster Anstoß gemäßigter bürgerlicher Elemente bringt den Feudalismus zum Zusammensturz. Aus dem Schoße dieser gemäßigten bürgerlichen Gruppe heraus wachsen die radikaleren Elemente, die die Herrschaft an sich reißen und ihre Herrschaft richten nicht zum wenigsten gegen jene gemäßigten Elemente selbst, mit denen vereint sie den ersten Anlauf gegen den Feudalismus unternahmen. Diese radikalen Elemente aber werden getrieben zu Tendenzen, die im Rahmen der bürgerlichen Revolution nicht zu erreichen sind: ob dieser ihrer Illusion sie dann von der gemäßigten Gruppe geschlagen werden. Haben sie deswegen umsonst gekämpft? Nein! – sagt Engels – Denn ihr zu weit gehender Sieg und ihre zu weit gehende Herrschaft haben es der bürgerlichen Revolution überhaupt erst erlaubt, ihre Errungenschaften sicher zu stellen. Nur deswegen, weil sie zu weit Gehendes abwehren mußte, gelang es der Revolution, Entsprechendes zu sichern.

An Hand dieser Analyse wird alles verständlich, was jetzt in Berlin sich begibt. Als die Deutsche Revolution am 9. November 1918 begann, hatte sie eine eindeutig proletarische Tendenz. Die einzige Klasse, die überhaupt in Aktion trat, war das Proletariat, und seine Fehler und seine Sünde waren die Unklarheit darüber, was proletarische Revolution bedeutet: Kampf gegen die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit, d. h. gegen die Bourgeoisie nicht nur, sondern auch gegen ihre Agenten. In jenen ängstlichen Wochen, da das Proletariat nur zu wollen brauchte, um die Macht zu haben und in denen es

dann nicht gewollt hat, gelang es der Bourgeoisie durch ihre Scheidemännischen Agenten, die Revolution in die Hand zu bekommen und zu versuchen, auch aus dieser Blüte Honig zu saugen. Denn hatte die Bourgeoisie auch die Revolution nicht erwünscht, sie auch tausendmal verwünscht, war sie einmal da, so konnte sie ihr Vorteil bringen durch die Abstreifung gewisser feudaler Ueberbleibsel, die auch ihr schon hin und wieder waren hinderlich gewesen: Halbabsolutismus, Uebermacht des agrarischen Junkertums usw.

Innerpolitisch war aber die Situation für die Bourgeoisie folgende: nach links Todessgefahr. Ward die Revolution zur proletarischen, da war sie das Ende der Bourgeoisie. Nach rechts die Möglichkeit gewisser Vorteile, die aber keine Lebensfrage für die Bourgeoisie waren, da sie ja auch unter dem Halbabsolutismus und Feudaljunkertum schon ganz leidlich hatte leben können. Und dann noch der – wie sich später herausstellte eingebildete – Vorteil des „besseren Friedens“.

Aus dieser sehr klaren Situation zog die Bourgeoisie ihre Konsequenzen. Von links Todesgefahr: also nach links Kampf auf Leben und Tod. Die Unfertigkeit des Proletariats hat es der Bourgeoisie erlaubt, diesen Kampf siegreich zu führen: Schlächtereien in Berlin, [331] Bremen, Rheinland, München, amtlich nicht gebilligte Morde an Liebknecht, Luxemburg, und die amtlich gebilligten an Leviné und den „Geiselmördern“ haben gezeigt, daß auch die deutsche Bourgeoisie im Kampf gegen den „inneren Feind“ keine Sentimentalität kennt. Nach links hält sie die Situation für gefestigt, nach links hält sie jetzt die Grenze für sicher.

Und nun will man daran gehen, nach rechts zu sichern.

Kann das die Bourgeoisie, will sie das?

In den Engelsschen Gedanken, die wir vorhin wiedergaben, ist bereits festgelegt, wie die „Errungenschaften“ nach rechts „gesichert“ werden können: nur durch einen entscheidenden Schlag von links. Dieser Schlag von links kann selbst geführt werden in der Form eines Prozeßverfahrens. Die Jakobiner, die gegen den Willen der Gironde den Prozeß und das Haupt Ludwigs XVI. forderten, die Rundköpfe, die das Karls I. begehrten, zwangen die Bourgeoisie als Gesamtheit, sich vom Feudalismus zu trennen. Als das Haupt Ludwig Capets auf die Place de la Revolution, als Karls I. Schädel auf das Pflaster Whitehalls rollte, waren das unwiderruflich revolutionäre Akte, die die Grenze nach rechts zur unübersteiglichen machten, so wie heute die Leichen von Liebknecht und Luxemburg einen Wall nach links bilden, über den hinweg keine Versöhnung geht.

Mitsamt ihrem Staatsgerichtshof ist also heute die Lage der deutschen Bourgeoisie gerade umgekehrt als die der englischen und französischen damals. Damals unwiderrufliche Abgrenzung nach rechts, fliegende Grenze nach links, heute unwiderrufliche Grenze nach links, fliegende Grenze nach rechts.

Damit ist die aufgeworfene Frage, ob die Bourgeoisie nach rechts „sichern“ kann und ob sie will, schon erledigt. Einmal: sie will nach rechts keine unwiderruflichen Tatsachen schaffen: denn sie wird sich nicht nach rechts Todfeinde schaffen wollen, wie sie nach links zu sie geschaffen hat. Und k a n n sie sie schaffen? Ach nein, die Bourgeoisie könnte es überhaupt nicht, selbst wenn sie es wollte. Denn Sicherungen in diesem Sinne schafft nur die revolutionäre Aktion von links und nach dem, was zwischen Bourgeoisie und links steht, bedeutet revolutionäre Aktion von links nicht mehr „Sicherung“ gegen das, was rechts von der Bourgeoisie steht, sondern gegen die Bourgeoisie selber. Sie könnte auch sichern nach rechts nur durch die A k t i o n und nicht durch eine Justizkomödie, in der ein Affe sitzt und sich selber im Spiegel besieht.

Aus dieser historischen Situation heraus, in der die deutsche Bourgeoisie sich befindet, sind die konkreten Erscheinungen ohne weiteres klar.

Nach links die unterlegenen Proletarier, nach rechts Hindenburg mit der Ehrenkompagnie, nach links Jahrhunderte Zuchthaus, nach rechts Klubsessel, nach links Maschinengewehre, nach rechts Extrazüge, nach links tausendfältiger Mord und- Kriegsgerichte, nach rechts der Untersuchungsausschuß, nach links Tatsachen, nach rechts „Verhandlungen“.

Es wird „verhandelt“, und damit ist zugleich auch die weitere Bedeutung des „Staatsgerichtshofes“ klargestellt. Denn nicht alle Kreise der Bourgeoisie gehen mit dem gleichen Interesse an die „Ver-[332]handlungen“ heran. Wir haben bereits gesagt: für die Bourgeoisie selbst ist die Grenze keine Lebensfrage. Sie kann auch leben, wenn alles kommt, wie es bisher war, und darum „verhandelt“ sie nach rechts. Die „Verhandlungen“ sind „Verhandlungen“ über die Sammlung der gesamten Konterrevolution und verlieren diesen Charakter auch nicht dadurch, daß wieder einmal die Unabhängigen mit dabei sind. Für die schmutzigen Agenten der Bourgeoisie, für die Scheidemänner aber, erhebt sich jetzt die Frage auf Leben und Tod. Denn wenn nicht die große proletarische Revolution kommt, die Junkertum mit Bourgeoisie, Scheidemann mit Erzberger verschlingt, so muß nach dem ehernen Gesetz dieser nach rechts nicht gesicherten und nicht mehr zu sichernden Revolution die Konterrevolution in ihrer ausgesprochensten Form, der Wiederaufrichtung der Monarchie kommen.

Und wenn dann dieser Tag kommt: links die Massen, von denen die Scheidemann und Noske sich durch Blut geschieden haben, rechts die Bourgeoisie, sich wieder versöhnend mit dem Junkertum, die Scheidemänner auf dem Altar dieser Versöhnung opfernd, wenn sie stehen, hilflos nach links, schutzlos nach rechts, wenn das Unwetter der Konterrevolution sich auf ihren Häuptern entladen wird:

Das wird der Tag des Verhängnisses sein, der Tag, da Judas an den Galgen geht.

Sie wollen dem vorbeugen, Justizkomödie machen, die „Revolution nach rechts sichern“.

Einen Graben wollen sie ziehen?

Die schlotternden Lemuren, die dieses traurige Geschäft unternommen haben, mögen dem, der sie fragt, getrost antworten:

„Man sprach, als man uns Auftrag gab, von keinem Graben, doch vom Grab“.

Und möge ihnen das Ende schwer werden!

Sonnabend, 20. Dezember 1919. Δ

*

Die auswärtige Politik des deutschen Kommunismus und der Hamburger nationale Bolschewismus.

Das Manifest der Hamburger „Opposition“.

Schon während der Verhandlungen über den Versailler Frieden machte sich in gewissen bürgerlichen Kreisen Deutschlands eine gewisse Richtung bemerkbar, die den Anschluß an Sowjet-Rußland aus nationalen Gründen propagierte. Um der Entente Widerstand leisten zu können, solle man sich sogar dem Teufel – den Bolschewisten verschreiben. Da man sich aber gewöhnlich dem Teufel nicht gerne verschreibt, bemühten sich verschiedene Vertreter dieses „nationalen Bolschewismus“ zu beweisen, daß dieser Belzebub gar nicht so schlecht sei, daß man jedenfalls die proletarische Diktatur so unterstützen könne, daß sie auch von respektablen Leuten akzeptiert werde. Gegenüber dieser Strömung, inwieweit sie nicht ein diplomatisches Spiel verkrachter [333] Politiker war, sondern ein ehrliches Suchen nach Wegen der Rettung nicht nationaler Vorrechte, sondern der deutschen Kultur, hatte die Kommunistische Partei die Pflicht, sich nicht mit reiner Negation zu begnügen. Sie hatte die Pflicht, den ehrlichen Elementen, die es wagten, zur Rettung der nationalen Kultur auf bürgerliche Vorrechte zu verzichten, die Hand zu reichen, ihnen aber gleichzeitig zu sagen, daß der Kommunismus kein Schirm ist, den man während des Regens aufspannen und dann zusammenklappen kann, noch ein Bad, dessen Temperatur man nach Willkür erhöhen oder erniedrigen kann. Zum Kommunismus gelangen Intellektuelle auf verschiedenen Wegen: durch Philosophie, Religion, ja sogar durch Aesthetik. Die nationale Sorge kann auch einen anderen Weg zum Kommunismus bilden. Aber der Kommunismus selbst ist das Ziel der um Befreiung ringenden Arbeiterklasse, und er hat seine eigenen Entwicklungsgesetze und Notwendigkeiten. Wenn die Arbeiterklasse keine Ursache hat, Leute abzuschütteln, die aus verschiedenen Gründen aus dem

bürgerlichen Lager zu ihr kommen, so hat sie aber die Pflicht, sich den Vorurteilen und Sonderzwecken dieser Elemente nicht unterzuordnen, sondern die zu ihr Kommenden zu nötigen, entweder den innersten Gehalt des Kommunismus sich anzueignen oder der Partei nicht beizutreten. Mit dem nationalen Bolschewismus kann die Kommunistische Partei in der Zukunft unter gewissen Bedingungen praktische politische Berührungspunkte haben: So zum Beispiel kann er ehrlich national gesinnten Offizieren in Deutschland in der Zukunft den Weg zum freiwilligen ehrlichen Dienst in der deutschen roten Armee bahnen. Aber für den nationalen Bolschewisten gibt es keinen Platz in dem Rahmen der bolschewistischen Partei, noch kann sie ihren proletarischen, internationalen Standpunkt verwischen, um auf nationalbolschewistischen Bauernfang zu gehen. Um so weniger kann sie in ihren Reihen eine Richtung dulden, die unter der Maske des kommunistischen Radikalismus die kommunistische auswärtige Politik in eine nationalistische verwandelt. Als die Quelle dieser Strömung entpuppt sich unerwarteter Weise die sogenannte Hamburger Opposition. Ihre Führer Wolffheim und Lauffenberg veröffentlichen eine Adresse an die Arbeiterklasse Deutschlands, in der sie eine nationalistische Auslandspolitik vertreten, sowohl was die Ziele wie die Methoden anbetrifft.

Wie gering auch diese Gruppe ist, ihr Manifest erfordert eine Besprechung, weil es erlaubt, die Unterschiede zwischen kommunistischer und nationalistischer Weltpolitik festzustellen, und weil dieses Manifest wichtige Einblicke in das Wesen der Hamburger Richtung als einer kleinbürgerlichen gewährt. In einer so tiefen Umwälzung, wie die, in der wir uns jetzt befinden, ändern soziale Gruppen und Schichten oft ihre Stellung, je nach dem Gang der Ereignisse. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß, proletarisiert durch den Ausgang des Krieges, Teile der Intellektuellen, des Offizierkorps, des Kleinbürgertums sich in der Richtung des jetzt noch schwachen nationalen Bolschewismus entwickeln werden. Es ist sehr möglich, daß wir in den Führern der sogenannten Hamburger Opposition eine Richtung haben, bei der die [334] syndikalistische Konfusion etwas ganz Unwesentliches ist und der nationale Bolschewismus das Wesentliche. Im Anfang einer Revolution kann man bei sogenannten Seitensprüngen von einzelnen Intellektuellen niemals wissen, ob es sich um persönliche Konfusion oder um die Keime einer neuen Parteibildung handelt. Angesichts solcher embryonalen Erscheinungen besteht die Aufgabe einer Partei mit festem Boden, diesen Boden von der neuen Strömung klar abzugrenzen. Deshalb ist die vorliegende Untersuchung von Wichtigkeit, selbst wenn die Lauffenberg und Wolffheim morgen den nationalen Bolschewismus zugunsten, sagen wir, der buddhistischen Propaganda aufgeben würden. Nicht um ihre Persönlichkeit, sondern um eine politische Richtung handelt es sich, die sich in ihnen manifestiert.

Die Lehren der auswärtigen Politik der russischen Revolution.

Nicht um die Beeinflussung der auswärtigen Politik der kapitalistischen Staaten wie vor dem Weltkriege handelt es sich jetzt für uns Kommunisten, wenn wir jetzt an die Fragen der auswärtigen Politik geistig herantreten. Die Existenz der russischen Sowjetrepublik stellt uns vor die Frage der auswärtigen Politik des proletarischen Staates, und diese Frage spielt eine große Rolle in unseren Betrachtungen der Beziehungen vom Siege des Proletariats in Deutschland wie in anderen Ländern Europas. Wie kann sich die Stellung der proletarischen Staaten im kapitalistischen Staatensystem gestalten, fragen wir, indem wir von den Voraussetzungen ausgehen, daß das Proletariat nicht auf einmal in allen Staaten siegen wird.

Seitdem der Verkehr so entwickelt ist, daß die Verhältnisse eines Staates die anderen beeinflussen, bekommt jede Revolution internationale Bedeutung und hat internationale Folgen. Auch für die bürgerlichen Revolutionen, die im feudalen Staatensystem in einem Land nach dem andern siegten, entstand die Frage, wie sie sich als Fremdkörper, als Neubildungen zu der feudalen Umwelt stellen sollten. So war es mit der englischen Revolution des siebzehnten, so mit der französischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts, so mit der Revolution des Jahres 1848. Da die englische Revolution einen Teil des Wachstumsprozesses des bisher zurückgebliebenen englischen Kapitals zum Merkantilimperalismus darstellt, rief sie den Krieg hervor mit dem republikanischen Holland, der wirtschaftlich damals stärksten Macht, wie mit dem modern absolutistischen Frankreich, das unter Colbert zum Merkantilismus überging. Die französische Revolution hatte gegen sich die Koalition

des kapitalistischen Englands und des feudalen Mittel- und Osteuropas. Während für England die Kriege gegen Frankreich in erster Linie Kriege zur endgültigen Niederwerfung des kolonial- und handelspolitischen Gegners waren, waren sie für die deutschen Staaten Kriege gegen die bürgerliche Revolution. Die Revolutionen des Jahres 1848 wurden niedergebrochen ebenso durch die Bajonette des russischen Zarismus wie durch das Gold des kapitalistischen Eng-[335]lands. So zeigt schon die Periode der bürgerlichen Revolution, daß die Reaktionen, die jede bürgerliche Revolution erweckte, auf verschiedene sozialpolitische Elemente zurückzuführen sind, nicht nur auf den Gegensatz der gesellschaftlich-politischen Struktur, die die im Gefolge der Revolution sich bekriegenden Länder repräsentierten. Nicht nur bürgerliche Revolution und feudale Reaktion standen sich gegenüber. Dieser Gegensatz wurde oft durchkreuzt durch den Kampf der kapitalistischen Länder untereinander.

Die proletarischen Staaten, die jetzt entstehen, können nicht in Gegensatz zu einander geraten: ihre Interessen sind solidarische. Zu ihrem Glücke können sie auf den Kampf unter den kapitalistischen Staaten einstweilen rechnen, als auf einen Faktor, der ihr Aufkommen erleichtert.

Die russische Revolution, das erste Kind der durch den Weltkrieg beschleunigten Weltumwälzung, stand im ersten Jahre ihrer Existenz zwischen zwei feindlichen kapitalistischen Lagern, die dank dem aus ihrer imperialistischen Wesensgleichheit resultierenden Gegensatz zu einander verhindert waren, den Gegensatz zu der proletarischen russischen Revolution die Rolle des allein bestimmenden Faktors ihrer Politik spielen zu lassen. Es ist außerordentlich interessant und drollig, in den Memoiren von Ludendorff, Helfferich, Czernin zu verfolgen, wie die Machthaber der Zentralmächte in ihrem Verhältnis zur rassischen Revolution zwischen der Angst vor ihrem proletarisch internationalen Charakter und dem Willen im Osten zu einem Frieden zu gelangen, hilflos wankten. Da aber mit dem Krieg der Krieg nicht verschwand, sondern nur mit anderen Mitteln geführt wird, so kann heute auch die Entente den Willen zur Vernichtung der proletarischen Revolution nicht zum einzigen Leitstern ihrer Politik Rußland gegenüber machen. Die Frage, wie sich ein konterrevolutionäres Rußland zu Deutschland und Japan stellen würde, beginnt den englischen wie den amerikanischen Imperialismus tief zu beunruhigen, und es ist möglich, daß die Erwägungen dieser Art die auswärtige Politik der beiden ausschlaggebenden Ententestaaten heute schon in höherem Grade beeinflussen, als es uns in concreto bekannt ist.

Aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt sich schon (es kommen auch weitere Momente hinzu, von denen wir noch sprechen werden), warum die auswärtige Politik der russischen Sowjetrepublik keinesfalls den eindeutigen Charakter aufweisen konnte, den man nach einem revolutionären Schema von ihr erwartete. Die Bolschewiki haben zusammen mit den anderen Parteien der Zimmerwalder-Linken gegenüber den Bestrebungen der Sozialpatrioten und Zentrumsleute nach einem „demokratischen Verständigungsfrieden“ immer darauf hingewiesen, daß ein Friede ohne Ausbeutung und Unterdrückung der Völker nur dann möglich sein wird, wenn die ausschlaggebenden Völker der Welt sich selbst von dem Joche des Kapitalismus befreit haben werden: d. h. nach der Weltrevolution; der Weg zu einem Völkerfrieden führe durch die Revolution in jedem kapitalistischen Lande. Auf die Gegenfrage der Sozialpatrioten, was aber geschehen solle, wenn die Revolution in einem Lände siegen würde, während in den [336] anderen die imperialistischen Kräfte am Ruder blieben und den Krieg weiterführten, antworteten die Bolschewiki: dann müßte die proletarische Regierung alles tun, um durch Veröffentlichung der imperialistischen Geheimverträge usw. die Friedensbewegung in den andern Ländern zu stärken, sie müßte versuchen, mit den Gegnern zu einem ehrlichen Frieden zu gelangen, und sollte dies nicht gelingen, so wäre ihre Aufgabe, die revolutionäre Verteidigung zu organisieren.

Nun, im März 1917 brach der Zarismus zusammen, siegte die Revolution in Rußland. Aber zur Herrschaft gelangte einstweilen nicht die Arbeiterklasse, sondern die Vertreter der progressiven Junker (Fürst Lwow), des Industrie- und Bankkapitals (Gutschkoff, die Kadetten) und das Kleinbürgertum (Sozialrevolutionäre und Menschewiki). Verbunden mit dem Ententekapital, veröffentlichten sie die Raubverträge des Imperialismus nicht, führten seinen Kampf um den Frieden, sondern sie organisierten auf Geheiß des Ententekapitals eine neue Offensive. Die kriegsmüde Armee, in der die Revolution

den Glauben an die demokratischen Kriegsziele getötet hat, die nach Hause eilen wollte, um den ihr durch die „revolutionäre“ Regierung zugesagten Grund und Boden den Junkern wegzunehmen, wurde immer unwilliger, weiter zu kämpfen. Millionen von Soldaten desertierten, andere saßen untätig in den Schützengräben. Als der Zusammenbruch der Kerenski-Regierung kam, weil sie eine Volksschicht nach der andern durch ihre Politik abstieß, da hatte Rußland zwar noch Millionen bewaffneter Männer im Felde, aber keine Armee. Der Transport lag vollkommen zerstört, die Verpflegung der Städte und der Armee war vollständig desorganisiert. Was sollten die Bolschewiki tun? Durch die Veröffentlichung der Geheimverträge, durch ihre Agitation suchten sie die Friedensbewegung in allen kriegführenden Ländern zu stärken, sie forderten alle Regierungen auf, die Friedensverhandlungen zu beginnen. Als die Ententeregierungen sich weigerten, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen und die Sowjetregierung allein mit den Vertretern des deutschen Imperialismus an dem Verhandlungstisch in Brest-Litowsk saß, konnte sie bessere Friedensbedingungen herausschlagen, wenn sie sich entschloß, dem deutschen Imperialismus zu helfen, seinen Raubfrieden als einen „Verständigungsfrieden“ zu maskieren. Aber ihrer internationalen Pflichten bewußt, d e m a s k i e r t e sie die Pläne des deutschen Imperialismus, und als er seine wahre Raubnatur zeigte, brach sie die Friedensverhandlungen ab, um erstens noch einmal auf die Arbeiterklasse einzuwirken, zweitens um den deutschen Imperialismus, falls ihm die deutsche Arbeiterklasse nicht in den Arm fallen würde, zu nötigen, ihr offen den Revolver auf die Brust zu setzen, denn nur unter dem direkten Druck der deutschen Offensive konnte sie den Raubfrieden unterzeichnen. Daß, wie die Dinge damals in Rußland lagen, die revolutionäre Verteidigung unmöglich war, gaben alle zu. Der Teil der Bolschewiki, der gegen die Unterzeichnung des Brester Friedens ankämpfte, schlug die Räumung des Landes bis zur Wolga vor, den Ausbau des Urals als der Basis für den zukünftigen Krieg, wenn sich der deutsche Imperialismus schwächen wird im Kampfe mit den Arbeiter- und Bauernmassen Ruß-[337]lands, wenn er verbluten wird in den Kämpfen auf den Schlachtfeldern des Westens. Die Mehrheit der Bolschewiki mit Lenin an der Spitze, wies dagegen darauf hin, es gelte Zeit zu gewinnen, um in den Massen Zentralrußlands festen Fuß zu fassen, die proletarische Revolution aus einem Schemen in Wirklichkeit zu verwandeln: durch den Ausbau der Räte, durch die Expropriation. Die Zugeständnisse, die man dem deutschen Imperialismus machen müßte, erlauben auf die Dauer keinen sozialistischen Aufbau, aber einstweilen gehe der Krieg weiter. Deutschland erschöpfe sich immer mehr, während die Sowjetmacht sich stärken und so die Möglichkeit gewinnen werde, falls inzwischen die Revolution in Deutschland nicht siegen sollte, in einem günstigeren Moment den Kampf aufzunehmen. Die Richtung Lenins siegte. Und die Geschichte gab ihm recht. In ein paar Monaten gelang es, die ersten Korps der neuen, der roten Armee zu bilden, die den tschechoslowakischen Söldnern der Entente Widerstand leisteten, als diese vom Osten her Sowjetrußland für den Friedensschluß „zu strafen“ versuchten. Acht Monate nach dem Brester Frieden lag der deutsche Imperialismus zertrümmert auf dem Boden. Die Sowjetmacht hat tiefe Wurzeln im Volke gefaßt, und als die Entente, um deren letzten Gegner niederzuwerfen, aus den Konterrevolutionären aller Nationen Rußlands einen Krieg von Heeren mit ihrem Gelde, ihren Munitionszufuhren zu bilden begann, war diesmal das Sowjetrußland imstande, den revolutionären Verteidigungskrieg zu führen. Eine rote Armee von 1½ Millionen Mann kämpft jetzt an allen Fronten Rußlands gegen die konterrevolutionären Heere der Esten, Letten, Litauer, Polen, Ukrainer, gegen Judenitsch, Denikin, Koltschak.

Aber gleichzeitig läßt die Sowjetregierung keinen Tag vergehen, ohne zu versuchen, mit der Entente oder ihren Banditen zum F r i e d e n zu gelangen. Kein Opfer ist ihr zu groß, um den Frieden zu erlangen. Sie will sogar die Kriegsschulden des Zarismus anerkennen, weswegen sie von den gehirnlosen „linken“ Sozialrevolutionären als Verräterin gegeißelt und bekämpft wird. Ja, ihr „Opportunismus“ geht soweit, daß sie bereit ist, unter gewissen Bedingungen den Alliierten wirtschaftliche Konzessionen auf russischem Boden zu gewähren, um nur einen Frieden zu erlangen.

Tut sie es aus Pazifismus? Sie erkennt den revolutionären Krieg an und organisiert ihn! Tut sie es aus Opportunismus? Der Opportunismus als Methode der Arbeiterbewegung, bedeutet das Bestreben, durch Kompromisse mit der Bourgeoisie eine allmählige Entwicklung zum Sozialismus anzubahnen, ohne Umsturz der bürgerlichen Herrschaft: die Sowjetregierung ist aber durch Sturz der bürgerlichen Herrschaft entstanden, sie hat die Bourgeoisie expropriiert und verteidigt die Arbeiterdiktatur mit

allen Mitteln. Aber etwas anderes ist Opportunismus und etwas anderes das Rechnen mit Tatsachen.

Und die ausschlaggebenden Tatsachen, mit denen die auswärtige Politik Sowjetrußlands rechnen muß, sind: erstens die Revolution in Westeuropa und Amerika entwickelt sich langsam, sie wird bis zu ihrem endgültigen Siege Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Sie wird nicht in allen Ländern auf einmal siegen. Sozialistische Staaten werden noch [338] lange neben kapitalistischen existieren. Der Krieg frißt am Marke der Völker, die ihn führen. Er erfordert, daß alle wirtschaftlichen Kräfte, die sonst im Aufbau des Sozialismus, der Hebung der Lage der Volksmassen dienen würden, verpulvert werden. Daraus ergibt sich als Resultat, daß das Problem der auswärtigen Politik Sowjetrußlands, und falls die Weltrevolution nicht viel schneller sich entscheiden wird, als bisher, auch jeder anderer Länder, in denen die Arbeiterklasse siegen wird, darin besteht, zu einem modus vivendi mit den kapitalistischen Staaten zu gelangen, der von den proletarischen Staaten selbst um den Preis großer Opfer, die Last des Krieges nehmen, die von der Gefahr der Blockade befreien würde. Ist dies nicht eine Illusion? Können proletarische und kapitalistische Staaten im Frieden und Warenverkehr leben? „Ginge es nach dem Willen der kapitalistischen Staaten, sie würden jeden proletarischen Staat erwürgen und erdrosseln, wie sie es mit Sowjetungarn getan haben, dessen Territorium zu klein, dessen Kräfte militärisch zu gering waren, als daß es sich allein durchsiegen konnte. Aber bei Sowjetrußland ging es nicht so einfach. Frankreich griff mit eigenen Truppen in Südrußland ein. Die Revolte dieser Truppen in Odessa nötigte die französische Regierung, sie zurückzuziehen. England griff mit eigenen Truppen im Norden, bei Archangelsk ein. Die Proteste der englischen Arbeiter nötigten die englische Regierung, ihre Truppen von Archangelsk zurückzuziehen. Die Entente finanzierte die Konterrevolutionäre Rußlands, hilft den Konterrevolutionären in den Randstaaten mit Geld und Munition. England allein hat eine Milliarde Pfund Sterling für diese Zwecke verpulvert. Bei der immer mehr sich katastrophal gestaltenden Lage auch der Ententefinanzen kann sie das nicht endlos tun. Je stärker die zweifelsohne zunehmende Arbeiterbewegung in den Ententeländern wird, desto mehr muß die Bourgeoisie, wenn sie der Katastrophe entgehen will, auf diese Politik verzichten. Dazu kommt noch in Betracht, daß mit dem Friedensschluß die nationalistische Stimmung in den Volksmassen abebbt. Es wird immer schwerer, Arbeiter gegen Arbeiter ins Feld zu führen. Und schließlich, wenn zum Beispiel Sowjetrußland die Industriewaren der Ententeländer braucht, so brauchen sie ihre Rohstoffe und wollen es als Markt bewahren. So spielt die Furcht vor: der Eroberung des russischen Marktes durch das deutsche Kapital, vor der Wiedererstarkung dieses Gegners mit Hilfe der Beherrschung des russischen Marktes eine große Rolle in der Politik des englischen und amerikanischen Handelskapitals. Charakteristisch in dieser Hinsicht ist es, daß der „Manchester Guardian“ und die „Daily News, die Vertreter der englischen Handelswelt, gleichzeitig Vertreter der Friedenspolitik Rußland gegenüber sind.

Die Möglichkeit des Friedens zwischen kapitalistischen Staaten und proletarischen ist keine Utopie. So wie nebeneinander zwei Jahrhunderte lang feudale und kapitalistische Staaten bestanden, so können die Verhältnisse den noch kapitalistischen Staaten ein Friedensver-[339]hältnis mit den schon sozialistischen aufzwingen Es wird noch weniger ein „ewiger“ Friede, als der, der bisher zwischen den kapitalistischen Staaten herrschte, denn jeder proletarische Staat ist durch seine bloße Existenz ein dauernder Anreiz zur. Revolution für die Proletarier der noch kapitalistischen Staaten. Werden die kapitalistischen Regierungen den proletarischen Staaten das Genick brechen können, sie werden es in jedem Moment gerne tun. Daß sie dauernd den Proletarierstaaten Schwierigkeiten zu bereiten versuchen werden, ist klar. Jeder Proletarierstaat wird die Wehrhaftigkeit des Proletariats bis zum endgültigen Siege der Weltrevolution pflegen müssen, er wird vielleicht mehrmals zu den Waffen greifen müssen. Aber der Krieg bleibt auch für ihn ultima ratio, und er wird suchen müssen, seine Ziele im Verhältnis zu den kapitalistischen Staaten mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Das wird Opfer kosten. Die Zugeständnisse, die der proletarische Staat dem kapitalistischen machen wird, können ihn in vielem hindern, das kommunistische Programm durchzuführen. Aber der Krieg tut es in noch viel höherem Maße, und solange die

Weltrevolution in den ausschlaggebenden kapitalistischen Staaten nicht gesiegt, kann der Kommunismus in isolierten Dasein nicht rein durchgeführt werden.

Das sind die Lehren, die auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die zwei Jahre der Sowjetrepublik einem denkenden Kommunisten bieten. Sie zeigen, daß die Lage eines proletarischen Staates keineswegs so ist, daß sie auf sofortigen Sieg der Weltrevolution oder Untergang angewiesen wäre Sie enthält Möglichkeiten des Friedens mit den kapitalistischen Staaten, die natürlich vorerst durch harte Kämpfe überzeugt werden müssen, daß es nicht leicht ist, den Proletarierstaat umzubringen. Sowjetrußland befindet sich noch in der Phase dieser Kämpfe. Aber schon sind Anzeichen vorhanden, daß ihm eine neue „Atempause“ gewährt sein wird. Die Atempause von 1918 gewährten Sowjetrußland die Kämpfe der beiden imperialistischen Lager untereinander. Jetzt erwächst die neue „Atempause“ sowohl aus der eigenen gesteigerten Kraft Sowjetrußlands, wie aus dem weiteren Bestehen der imperialistischen Gegensätze, wie schließlich aus der beginnenden Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Lager der gestrigen Sieger. Indem die russische Sowjetrepublik all diese Gegensätze ausnützt, ist sie auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ebenso vorbildlich für die proletarischen Staaten, die im Entstehen begriffen sind, wie sie auf allen anderen Gebieten die Wege der zukünftigen proletarischen Staatspolitik bahnt. Wer als Kommunist die auswärtigen Probleme zu durchdenken sucht, die zum Beispiel vor dem deutschen Proletariat im Falle seines Sieges entstehen würden, der darf an den Lehren der russischen Sowjetrepublik nicht vorüber.

Das tun, wie wir sehen werden, unsere Hamburger nationalen Bolschewiki in vollem Umfang. [340]

Die auswärtige Politik der deutschen Konterrevolution und Revolution.

In seiner Broschüre „Zwischen der ersten und der zweiten Revolution“, die doch keine Agitationsrede, sondern eine historische Untersuchung sein soll, beginnt Lauffenberg mit einem Kapitel über die „Aufgaben der Novemberrevolution“, indem er ihr das Zeugnis ausstellt, daß sie die ihr von ihm vorgeschriebenen Aufgaben nicht gelöst hat. Die selige Novemberrevolution könnte Lauffenberg antworten: Verehrtester Historiker, wie kann ein gelehrter Mann nur so dumm sein: ich war nur die Form des Zusammenbruches des deutschen Imperialismus, nicht aber des Aufstiegs des deutschen Proletariats. Die zusammenbrechende Bourgeoisie kann selbstverständlich nicht die Aufgaben des aufsteigenden Proletariats lösen. Aber abgesehen von der Schulmeistermarotte, strotzt diese Einleitung von Behauptungen, die den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Wenn Lauffenberg behauptet, im November hätte sich Deutschland weiter verteidigen können, es konnte rasch „eine rote Armee mit einem revolutionären Offizierkorps an der Spike bilden“, die „das Heer für die Entente zu einem furchtbaren Gegner machen würden“, wenn er weiter behauptet, eine soziale Revolution würde sofort die Massen in Belgien und Frankreich zu glühenden Freunden Deutschlands gemacht haben, so sind das alles entweder positive Unwahrheiten (die Beurteilung der militärischen Lage Deutschlands) oder phantastische Illusionen, die den Ausgangspunkt einer phantastischen Politik bilden, die Lauffenberg für die Zukunft der kommunistischen Partei Deutschlands aufbürden will. Es handelt sich für ihn nicht darum, die Gründe der auswärtigen Politik der deutschen Konterrevolution zu verstehen. Mit solchen Dingen befaßt sich ein Marxist, der weiß, daß die revolutionäre Politik des Kommunismus von Tatsachen ausgehen muß. Der kleinbürgerliche Nationalist Lauffenberg setzt sich über Tatsachen hinweg oder phantasiert sie zusammen, weil es ihm nicht um eine revolutionäre Politik, sondern um den nationalen Radau geht, um die nationalistische Anklage.

Daß Deutschland im November vorigen Jahres nicht weiter kämpfen konnte, das weiß nicht nur heute jeder, der sehenden Auges und denkenden Hirnes die Ereignisse und die an sie anknüpfende militärische Literatur verfolgt, das wußte auch im vorigen Jahre im November jeder, der sah, wie die Armee und die Arbeitermassen im Reiche nur von einem Gedanken ergriffen waren: von dem Gedanken an den Frieden. Unsere russischen Genossen, die doch entfernter von Deutschland waren als Lauffenberg, haben sich im November vorigen Jahres nicht die geringsten Illusionen über die Möglichkeit der Weiterführung des Krieges durch Deutschland gemacht. Wenn die „Vossische Zeitung“ und der „Vorwärts“ behaupten, Lauffenberg führe nur die Politik weiter, die Genosse Radek auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei im Dezember vorigen Jahres befürwortet hatte, indem er

die deutschen Proletarier zum Kriege gegen die Entente aufforderte, so sind das bewußte Lügen der konter-[341]revolutionären Presse. Die Rede Radeks liegt im Stenogramm vor, mit einer im Januar geschriebenen Einleitung, und sie zeigt klar, daß den russischen Genossen auch im Traume nicht einfiel, eine solche phantastische Politik zu befürworten. Sie forderten nicht den Krieg gegen die Entente, sondern eine Politik, die sogar eine bürgerliche Regierung akzeptieren konnte, wenn sie nicht dauernd Deutschland der Entente auf Gnade und Ungnade ausliefern wollte. Sie forderten die Offenhaltung des Weges zu Rußland durch Uebergabe der Gewalt in den damals von Deutschland geräumten Gebieten an die lokalen Arbeiterräte, da es klar war, daß die Weißgardisten, die von den deutschen Generalen bewaffnet waren, sich auf die Seite der Entente stellen und einen trennenden Wall zwischen Deutschland und Rußland bilden würden. Blieb die Verbindung zwischen den beiden Ländern offen, stärkten sie sich gegenseitig wirtschaftlich, so würde das die Lage der deutschen Regierung bei den Friedensverhandlungen stärken, und falls revolutionäre Bewegungen in den Ententeländern kommen würden, würden wir dann erlauben, einem Erdrosselungsfrieden Widerstand zu leisten. Aber selbst, wenn dies nicht sofort möglich wäre, so würde es die Möglichkeit dieses Widerstandes für die Zukunft schaffen. Die Regierung der Volksbeauftragten der mehrheitssozialistischen wie der unabhängigen, zeigte sich unfähig zu dieser Politik, die für jede bürgerliche weiterschauende Politik annehmbar war: die Mehrheitssozialisten, aus Angst vor jeder Berührung mit Sowjet-Rußland, die Unabhängigen, demoralisiert durch den Glauben an Wilson, lieferten Deutschland der Entente auf Gnade und Ungnade aus. Sie hofften, daß sie durch den vollkommenen Verzicht auf jedwede zukünftige Verteidigungsmöglichkeit, ja, für die Hilfe beim Bau des Walls zwischen der russischen und der deutschen Revolution bessere Friedensbedingungen bekommen werden. In Versailles erhielten sie den Lohn für ihre Politik in solchem Maße, daß es ihnen grün und gelb vor den Augen wurde. Der Versailler Frieden macht für Deutschland ebenso eine eigene kapitalistische wie eine sozialistische Wirtschaft unmöglich. Er verpfändet der Entente große Teile der Produktivkraft Deutschlands, macht die deutschen Volksmassen zum Sklaven des Ententekapitals.

Es ist klar, daß die Kommunistische Partei für diesen Frieden keine Verantwortung übernehmen konnte. Aber ebensowenig konnte sie die Verantwortung für den Krieg unter Leitung der deutschen Konterrevolution übernehmen, da er nur ein Krieg zur Verteidigung des deutschen Kapitals gewesen wäre. In ihren Friedensthesen (Juni), die ein Muster revolutionärer Gedankenklarheit sind, hütete sich aber die Zentrale davor, für den Fall des Sieges der Arbeiterklasse die Verpflichtung zu einem Krieg gegen die Entente unter jeder Bedingung zu übernehmen. Nachdem sie gesagt hatte, wie der Sieg des Proletariats in Deutschland die Stellung einer proletarischen Regierung der Entente gegenüber stärken, die Aussicht auf bessere Friedensbedingungen eröffnen werde, führte die Zentrale in ihren Thesen aus:

[342] Für die Räterepublik würden sowohl Annahme als Ablehnung der Friedensbedingungen, die ihr gestellt würden, gänzlich verschiedene Wirkungen haben. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen durch eine Räteregierung hängt ab von der konkreten Situation, in der sie den Frieden abzuschließen hätte oder nicht.

So lautete die revolutionäre und realistische Antwort der Zentrale, die sogar in dem Moment, wo für sie die Uebernahme der Macht gar nicht in Betracht kam, mit revolutionärer Gewissenhaftigkeit sich hütete, Wechsel zu unterzeichnen, die sie eventuell zu zahlen nicht imstande wäre. Nicht so die Hamburger Demagogen. Im Namen des Kommunismus proklamieren sie den Krieg mit der Entente, das Durchstoßen durch das Baltikum und Polen, Vereinigung mit Sowjetrußland als die sofortige Folge der Eroberung der Macht durch die deutsche Arbeiterklasse, und sie erklären, daß sie die Versailler Hunger- und Elendskette „mit einem Ruck“ abwerfen werden. Dies alles erklären sie, weil es gilt, die „kurze Zeit der Verblüffung in vollem Umfange auszunützen, die sich der Staaten der Entente alsdann bemächtigen wird“. Der Nationalismus führt immer zur Narretei. Der Bramarbas ist sein Repräsentant. Lauffenberg und Wolffheim wollen die Entente durch eine Kriegserklärung „verblüffen“, deshalb künden sie schon jetzt diese verblüffende Kriegserklärung an. Wie gewissenlos diese Versprechungen sind, zeigt am besten ein Blick auf die Lage in Frankreich, mit dem ein Rätedeutschland in

erster Linie zu tun hätte. Die revolutionäre Bewegung in diesem Lande ist einstweilen schwächer als in England, obwohl in Frankreich die revolutionäre Presse mehr verbreitet ist und die Longuetisten eine viel klarere revolutionäre Sprache führen als die Vertreter der englischen Labour-Party im Parlament, obwohl sie viel mutiger als diese die russische Revolution verteidigen. Die Erfahrung vom 12. Juli zeigte, wie schwach sich noch die französische Arbeiterklasse fühlt. Das hängt zusammen mit ihrer geringeren Rolle in dem französischen Wirtschaftsleben (größere Bedeutung der Landwirtschaft, geringere Konzentration der Produktion) mit der Verwüstung des industriellen Nordens, mit den größeren Verlusten der Arbeiterklasse usw. Dazu kommt in Betracht, daß die Hoffnungen der französischen Volksmassen auf die Kriegsentschädigungen seitens Deutschlands, auf seine Mitarbeit an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs sie in Sicherheit wiegen, daß „Deutschland alles bezahlen wird“. Der Haß gegen Deutschland, das in den Augen der breitesten Volksmassen Frankreichs der einzig Schuldige am Kriegsausbruch ist, ist noch nicht abgeebbt. Unter diesen Umständen würde, eine Kriegserklärung des Rätedeutschland an Frankreich, eine Offensive gegen Polen, für die französischen Volksmassen ein Beweis sein, daß es sich bei Proklamierung der Räterepublik in Deutschland, um nichts anderes handelt, als um eine Komödie zwecks Aufbürdung der ungeheueren Kriegslasten auf den Rücken der französischen Volksmassen, wodurch sie natürlich in [343] die Arme der Nationalisten getrieben würden. Wenn die Hamburger Illusionisten annehmen, daß sie am Rhein nur weißgardistische französische Banden finden würden, so würden sie ein blaues Wunder erleben.

Falls die Arbeiterklasse in Deutschland zur Macht gelangt, bevor die Arbeiterrevolution in Polen und Frankreich zwar nicht gesiegt hätte, doch nahe am Siege wäre, so wird die auswärtige Politik der deutschen Arbeiterregierung nicht auf den Krieg, nicht auf die Kündigung, sondern auf die langsame Aufrollung des Versailler Friedens gerichtet sein müssen. Sie wird anfangen müssen mit der Uebernahme aller Verpflichtungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs, mit der Verpflichtung, nach Möglichkeit die anderen Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen, wobei die Hauptaufgabe der revolutionären Diplomatie Deutschlands sein würde, praktisch den französischen Volksmassen zu beweisen, welche Bestimmungen des Versailler Friedens undurchführbar sind. Liquidiert wird nur Schritt für Schritt, in dem Maße, wie die revolutionäre Welle in Frankreich und Polen steigt, die Sowjet-Republik sich in Rußland stärkt, so daß sie eventuell durch den Druck auf das nationalistische Polen ihm nicht erlaubt, Deutschland gegenüber die Rolle des französischen Hundes zu spielen. Die Aufgabe der auswärtigen Politik der deutschen Räteregierung wird – falls sie früher als die französische entsteht – sein, Zeit zu gewinnen zum Ausbau des Rätedeutschlands, zur Niederwerfung der Bourgeoisie, zur Gewinnung des Vertrauens des proletarischen Auslandes. Die Politik wird desto mehr notwendig sein, da im Gegensatz zur russischen, die deutsche Räteregierung keinen Platz zu Rückzugsmanövern haben wird, da ohne ein Bündnis mit der polnischen Arbeiterklasse, sie bei einer Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen ohne Munition und Kohle bleiben würde.

Eine große Rolle in dieser bewußt cunctatorischen Außenpolitik der deutschen Räterepublik würde die Tatsache spielen, daß, bis die Barriere zwischen Sowjetrußland und Rätedeutschland verschwindet und es gelingt, mit Hilfe der deutschen Arbeiter das russische Transportwesen zu verbessern und so die Lebensmittelversorgung Sowjetrußlands und Rätedeutschlands zu heben, beide Länder ein vitales Lebensinteresse haben, die Handelsbeziehungen zu den anglosächsischen Ländern anzuknüpfen, nicht aber durch eine „verblüffende“ Kriegserklärung abzubrechen. Wer dies alles nicht beachtet, der treibt keine revolutionäre Außenpolitik, sondern eine Bierbankpolitik, die der revolutionären oder der nationalistischen Ungeduld entspringt oder beiden gleichzeitig, wie es überhaupt zu den Merkmalen der kleinbürgerlichen Politik gehört, nicht warten zu können.

Daß es sich bei dieser Politik Lauffenbergs und Wolffheims um eine nationalistische Politik handelt, sagen sie mit dürren Worten selbst: „Nicht das steht in erster Reihe, ob wir eine kommunistische Organisation der Wirtschaft wünschen, und welcher Teil des Volkes an ihr zunächst interessiert ist, sondern daß das Volk, die Gesamtheit, sie haben muß, um nicht als Volk, als Gesamtheit zugrunde zu gehen“. Die Interessen der Gesamtheit, d. h.,

[344] der Nation, sind die Quellen der Politik Lauffenbergs und Wolffheims, und sie definieren als Ziel dieser Politik, „innerhalb der Volksgesamtheit die Wege zu suchen, die dem Volksganzen die denkbar beste Möglichkeit der Existenz garantieren". Wenn die deutsche Kommunistische Partei bisher der Meinung war, daß sie eben deshalb existiert, weil es kein „Volksganzes" gibt, sondern eine durch den Bürgerkrieg zerklüftete kapitalistische Gesellschaft, die im Kampf mit einem Teil der Gesellschaft gegen den anderen den Weg zur Ueberwindung des Kapitalismus, zur Bildung des kommunistischen Volksganzen führte, gehen Lauffenberg und Wolffheim von der Annahme der nationalen Solidarität aus und gelangen zur natürlichen Solidarität im Krieg gegen die Entente, d. h. zum nationalen Bolschewismus.

Der revolutionäre Burgfriede.

Es ist das Kennzeichen aller konterrevolutionärer, nationalistischer Politik, daß sie von dem sogenannten Primat der auswärtigen Politik ausgeht, d. h. von der durch Ranke formulierten Auffassung, die Aufgaben der auswärtigen Politik müßten die der inneren bestimmen. Das Konterrevolutionäre dieser Lehre besteht darin, daß, weil die Klasseninteressen in der auswärtigen Politik viel schwieriger aufzuweisen sind, als in der inneren, weil dem Volke viel leichter einzureden ist, daß dem Ausland gegenüber alle Klassen der Gesellschaft gemeinsame Interessen haben, aus dieser angeblichen Gemeinsamkeit der auswärtigen Interessen dann die gemeinsamen inneren Aufgaben leichter abgeleitet d. h. hervorgeschwindelt werden können. Es war eine der Lebensleistungen von Marx und besonders Engels, daß er zeigte, wie sich umgekehrt das Verhältnis zum Auslande aus den inneren Klassenverhältnissen einer Nation ergibt, wie die Außenaufgaben aus den inneren herauswachsen, um sie natürlich dann ihrerseits zu beeinflussen. Wenn man also irgend ein Primat festzustellen hat, dann besteht für uns Marxisten ein Primat der inneren Verhältnisse. Konkret gesprochen: Sind die Interessen aller Klassen der deutschen Nation der Entente gegenüber gleich? Diese Behauptung ist unsinnig. Während das Proletariat gewillt ist, die deutsche Bourgeoisie und die Junker vollkommen zu expropriieren, will ihnen die Entente nur einen Teil ihres Eigentums wegnehmen und sie als die Hunde des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses in Deutschland behalten. Durch Schiebereien mit ausländischen Kapitalisten sind die Deutschen zum großen Teile imstande, ihre Vermögen zu retten, ihre Profitwirtschaft unter fremdem Schilde weiterzuführen. Darum hatte der Zorn über Verräter, die nationale Entrüstung bei dem Großkapital so wenig angedauert, darum blieben die ehrlichen Nationalisten, die Eltzbacher, die aus Empörung über den Versailler Frieden den Anschluß an Sowjetrußland, den sogenannten nationalen Bolschewismus predigten, bisher so vollkommen isoliert. Die deutsche Bourgeoisie würde zweifelsohne sogar eine offene Okkupation Deutschlands durch die Entente einer Rätediktatur vorziehen. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiterklasse Deutschlands unter keinen Umständen auf die [345] Hilfe der deutschen Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen das Ententekapital rechnen kann.

Siegt die deutsche Arbeiterklasse, geht sie an die Sozialisierung der Produktion, so wird sie Schritt für Schritt darauf stoßen, daß die deutsche Bourgeoisie, um sich vor den Eingriffen der deutschen proletarischen Regierung schützen zu können, sie hinter die Ententekapitalisten verstecken wird. Sollte das deutsche Proletariat genötigt sein, Krieg gegen die Entente zu führen, so wird es die Bourgeoisie, Junker, die Mehrheit des Offizierkorps auf der Seite der Ententeregierungen finden.

Der Krieg, der an und für sich schon die Verschärfung der Diktaturmaßnahmen erfordern würde, weil das ausgepowerte Land ihn nicht führen könnte, ohne den Besitzenden die letzten Schuhe für die Armee zu nehmen, würde vollends dank der verräterischen Haltung der Bourgeoisie zur rücksichtslosen Niederhaltung dieser Klasse, als Landesverräterin, zwingen. Das sagt eine einfache Erwägung der Klassenverhältnisse.

Lauffenberg und Wolffheim, die den Krieg von vorneherein proklamieren, schließen aus ihm, als der dominierenden auswärtigen Aufgabe die Notwendigkeit einer inneren: des Burgfriedens. „In einem Augenblick, in dem es sich darum handelt, den Krieg wider das Ausland aufzunehmen, ist gerade die

herrschende Klasse, die Arbeiterklasse, am Frieden im Innern ausschlaggebend interessiert. Und unter der Voraussetzung, daß die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht minder interessiert, wie im umgekehrten Verhältnis weiland Wilhelms des Zweiten“ heißt es im Hamburger Manifest. Also die Bourgeoisie soll die Diktatur des Proletariats anerkennen, damit es ruhig den Krieg gegen das Weltkapital führen kann! Ist das Wahnsinn? Ja, aber in diesem Wahnsinn steckt ein System. Denn wie stellen sich Lauffenberg und Wolffheim die proletarische Diktatur vor? Welche Klassen sollen sie ausüben: sie soll von Klassenorganisationen ausgeübt werden, „in die sie (die Räteregierung) nicht nur die Teile des Volkes einbezieht, die bisher Arbeiter genannt zu werden pflegten, sondern alle Werktätigen, gleichgültig, welcher gesellschaftlichen Sphäre sie bisher angehörten.“ Was bedeutet das, denken die Hamburger dabei vielleicht nur an die Kopfarbeiter? Nein! Sie denken an alle Bauern „unabhängig von der späteren Regelung der ländlichen Besitzverhältnisse“, d. h. auch an die reichen Bauern. Das Manifest stellt es den einzelnen Gliedern der Bourgeoisie frei, „sich der proletarischen Klassenorganisation anzuschließen“, d. h. sie kann dieselbe Komödie unter der proletarischen Diktatur vorspielen, wie im November, wo sie sich „auf den Boden der Tatsachen stellte“, worauf sie schalten und walten konnte. Kurz und gut, um den Krieg zu führen, erstrebt Lauffenberg unter dem Deckmantel der proletarischen Diktatur ein Kom-[346]promiß mit der bankerotten Bourgeoisie, wie sie seitens der Bourgeoisie Graf Karolyi in Ungarn dem Proletariat angeboten hat.

Der Kreis der Hamburger Gedanken schließt sich trotz aller Konfusion lückenlos: von dem Gezeter gegen die jakobinische Diktatur der kommunistischen Partei, d. h. von dem Gezeter gegen die proletarische Diktatur über die Anpreisung der allgemeinen revolutionären Organisation (des Kuddelmuddels) zur offenen Propaganda des Burgfriedens unter einer angeblich proletarischen, in Wirklichkeit von der Bourgeoisie kontrollierten Pseudodiktatur! Und das alles zum Zwecke eines nationalen Krieges. Das deutsche Volk ist heute proletarisiert in allen Schichten, erklärt Lauffenberg, die proletarischen Organisationen brauchen niemanden auszuschalten. Falls Lauffenbergs Propaganda Erfolg hat, so stehen wir vor dem Entstehen einer kleinbürgerlich-nationalistisch-revolutionären Partei, die in ihrer Entwicklung von der persönlichen Konfusion zweier Literaten zur Partei ebenso auf den Syndikalismus verzichten wird, wie sie auf den Kommunismus schon längst verzichtet hat.

Wer noch Zweifel hatte, daß Lauffenberg und Wolffheim keine Weggenossen für die deutschen Kommunisten sein können, dem empfehlen wir die Lektüre ihrer Flugschrift, mit der sie endgültig mit der kommunistischen Partei gebrochen haben.

Welchen Weg das deutsche Proletariat in seinem Kampfe gegen das Ententekapital zu wählen haben wird, am Tage nach seinem Sieg, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur, daß läßt sich heute nicht absehen. Es wird abhängig sein von der konkreten Weltlage, die sich jetzt schneller ändert als jemals. Eins ist sicher: Es wird zusammen mit den Proletariern aller Länder, nicht mit der deutschen Bourgeoisie kämpfen. Arnold Struthahn.

*

Parteiprogramme II.

In Nummer 9/10 der „Internationale“ wurde der Nachweis versucht, daß das Erfurter Programm in seinem geistigen Gehalt der Niederschlag einer unrevolutionären, auf friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus gerichteten Epoche, sei und daß es aus diesem Grunde ungeeignet war, zur Losung für eine revolutionäre Partei zu werden. Heute soll im einzelnen bewiesen werden, daß die praktischen Forderungen des Erfurter Programms durchweg aus dieser inneren Haltung des Reformismus entsprangen, daß sie abführten von dem Weg, den das kommunistische Manifest beschritten hatte und der erst im Programm des Spartakusbundes und im Programm der Kommunistischen Partei

Rußlands seine zeitgemäße Erneuerung erfahren hat. Um diesen Nachweis zu bringen, müssen wir ein Wort unter die Lupe nehmen, mit dem das Erfurter Programm seine reformistische Haltung zu vertuschen sucht. Es ist das Wort „zunächst“, das den zweiten Teil des Erfurter Programms einleitet und [347] das den Eindruck zu erwecken sucht, als ob es sich hier um sofort zu ergreifende Maßnahmen handelte, denen die revolutionäre Machtergreifung auf dem Fuße zu folgen hätte. Dies Wort „zunächst“ ist eine Irreführung, denn erstens enthält der erste Teil des Erfurter Programms nur eine matte Schilderung des bestehenden Zustandes, die neben dem grandiosen Freskogemälde des Kommunistischen Manifestes völlig verblaßt und auch nicht die Unerläßlichkeit einer Aenderung der bestehenden Verhältnisse mit elementarer Wucht zum Ausdruck bringt und zweitens sind die praktischen Forderungen des Erfurter Programms durchaus nicht solche, die einen revolutionären Umschwung einleiten, sondern im Gegenteil solche, die auf ein langsames Hineinwachsen in eine soziale Demokratie abzielen. Dies soll jetzt im Einzelnen nachgewiesen werden.

Das Vorbild der geschilderten Gliederung des Erfurter Programms ist wohl das Kommunistische Manifest gewesen, das auch Gegenwartsmaßnahmen für die „fortgeschrittensten Länder“ vorsieht. Aber welcher Unterschied zwischen diesen beiden Dokumenten! Das Kommunistische Manifest spricht klar und deutlich aus, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist, daß das Proletariat seine Herrschaft benutzen wird, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und daß dies nur geschehen kann vermittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse. Das Erfurter Programm vermeidet es, diesen Verhältnissen klar ins Auge zu sehen, es spricht vom „Besitz der politischen Macht“, ohne den Weg anzudeuten, der zur politischen Machtergreifung führen soll, und es bewegt sich im Uebrigen ganz in der liberalen, demokratischen Terminologie, wenn es davon spricht, daß „der Großbetrieb und die gesellschaftliche Arbeit zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde“, und daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands „für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung“ kämpfe. Nebstdem sind die praktischen Gegenwartsforderungen des Kommunistischen Programms solche, die tief eingreifen in den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft, während das Erfurter Programm nur solche Forderungen bringt, die im Rahmen eines demokratischen Staates erfüllt werden können. Es ist sehr charakteristisch, daß der erste Programmpunkt des Kommunistischen Manifests die Expropriation des Grundeigentums betrifft, daß es die Abschaffung des Erbrechts proklamiert und der gleichen Arbeitszwang für alle fordert, während das Erfurter Programm, nachdem es in 9 Punkten Wahlrechtsfragen, Pressefreiheit, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege usw. erörtert hat, schließlich im zehnten eine stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer und eine ebenfalls stufenweise Erbschaftssteuer fordert.

Es ist kein Zweifel, daß z. B. die abgestufte Erbschaftssteuer des Erfurter Programms einen wesentlichen Rückschritt darstellt gegen-[348]über der klaren Forderung des Kommunistischen Manifests: Abschaffung des Erbrechts. Eine Fortführung dieser Forderung bringt erst das Spartakusprogramm, indem es die Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an fordert. Ebenso spricht das Kommunistische Manifest von der Zentralisation des Kredits und des Transportwesens in den Händen des Staates, von der Vermehrung der Nationalfabriken, der Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan. Von allen diesen konkreten Forderungen wirtschaftlicher Natur, die zeigen, daß es sich um den Sturz des privatkapitalistischen Systems handelt, enthält das das Erfurter Programm nichts. Es zeigt damit aufs neue, daß seine Urheber in den Gedankengängen der bürgerlichen Demokratie befangen waren, daß sie die wirtschaftliche Erneuerung als Folge politischer und sozialpolitischer Teilmaßnahmen erwarteten und wenn nicht bewußt, so doch unbewußt darauf verzichtet hatten, die Umwälzung durch „despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und die bürgerlichen Produktionsverhältnisse“ zu sichern. Dies alles verdeckt das anscheinend harmlose Wort „zunächst“. Das Verhalten Kautskys in der Sozialisierungskommission, seine Forderungen, daß die Steuerschraube nicht so stark angezogen werde, daß die privaten Unternehmungen unrentabel werden, ist aber der schlagendste Beweis dafür, daß diese Theoretiker der Revolution

innerlich ganz auf Anwendung revolutionärer Mittel verzichtet hatten, und daß es für sie immer eine formale Forderung geben wird, die „zunächst“ noch zu erfüllen ist.

Der einzige Punkt, in dem das Erfurter Programm gewissermaßen über das Kommunistische Manifest hinausgeht, ist der, in dem die Auflösung des stehenden Heeres und die Bildung einer Volkswehr gefordert wird. Allerdings herrscht auch hier noch der demokratische Volksbegriff, der jedem Einwohner die Waffe in die Hand gibt und damit nicht nur die Revolution, sondern auch die Gegenrevolution bewaffnet – wobei immer wieder zu betonen ist, daß den Urhebern des Erfurter Programms „Revolution“ nur ein abstrakter Begriff war, kein innerstes Erlebnis. Das wird deutlich, wenn man sieht, daß das Revolutionsprogramm der U. S. P., das eben doch unter dem Sturmzeichen der Massenerhebung entstanden ist, die undemokratische Forderung der Entwaffnung des Bürgertums enthält, daß es die Volkswehr aus den Reihen des klassenbewußten Proletariats gebildet haben will, und die Wahl der Führer durch die Mannschaft vorsieht. Einen noch breiteren Raum gibt das Programm des Spartakusbundes diesen Maßnahmen, die es ausdrücklich als solche zur Sicherung der Revolution bezeichnet. Am deutlichsten spricht sich darüber das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands aus (abgedruckt in der „Aktion“ vom 4. Oktober 1919), indem es auf das Umschlagen des imperialistischen Krieges in den Bürger- und Revolutionskrieg hinweist und damit die utopische, wenn nicht reaktionäre Tendenz der „internationalen Abrüstung“ aufweist, die undurchführbar ist, solange der Kapitalismus besteht. Es ist interessant, daß das Erfurter Programm auch die [349] Forderung des internationalen Schiedsgerichts als eine zunächst zu verwirklichende aufstellt. Es steht hier eben alles auf dem Kopf. Die unmittelbar zu ergreifenden Maßnahmen sind solche, die uns dem Sozialismus keinen Schritt näher führen oder solche, die nach der Verwirklichung des Sozialismus Platz greifen werden, während gerade über das, was zunächst zu tun ist, um die bürgerliche Gesellschaft in die sozialistische zu überführen, kein Wort gesagt ist.

Es ist heute wesentlich leichter, diese Kritik zu üben, als vor der Novemberrevolution. Wir sehen revolutionäre und vorrevolutionäre Aufgaben, für die die Generation vor uns kein Organ hatte, weil wir trotz aller Kläglichkeit des Resultats einen revolutionären Anschauungsunterricht ohne Gleichen genossen haben.

Und aus ihm, diesem jeden Augenblick erneut sich uns darbietenden Anschauungsunterricht, Klarheit und Wissen um unser Ziel und den zu ihm führenden Weg zu holen, – das ist unsere wichtigste Aufgabe. Alexandra Müller.

*

Erinnerungsbücher.[1]

Das Spiel ist aus. Unter dem Kneiptisch, an dem sie so viele Jahre gesessen, trunken von Macht und Gewalt, liegen die Herrschaften, die in ihrer Sünden Blüte mit trotzigem Sinn und heiserer Kehle imperialistische Liedlein gesungen. Die Liedlein sind verhallt und statt nach Tabaksdunst und Bier stinkt es nach Pleite durch das deutsche Land. Und wie Tropfbier und umgestürzter Gläser Inhalt fließen über die öden Tische die Erinnerungen derer, die einst an dem Tische so ritterlich gesessen.

Nicht über alle dieser Memoiren braucht man sich lange aufzuhalten. Sie sind zum großen Teil das dokumentarische Widerspiel des Nichts, das ihre Verfasser selbst dann waren, als man sie für etwas hielt. Sie zeigen so auch das charakteristische Merkmal aller Esel in der Weltgeschichte: die haben immer recht gehabt und sind nicht einmal imstande, aus dem Malheur nachher zu lernen, wie sie vorher es hätten besser machen können.

Jeder schreibt seinen Stil: Bethmann-Hollweg langweilig wie ein Landpfarrer, der für den engsten Familienverbrauch philosophiert, sein Adjutant Jagow mit dem Horizonte eines Polizeileutnants, sein

[1] Bethmann-Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg. Reimar Hobbing Verlag, Berlin 1919. – Helfferich, Karl, Der Weltkrieg, 3 Bde. Ullstein-Verlag, Berlin 1919. – Jagow, G. v., Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. Reimar Hobbing, Berlin 1919. – Ludendorff, Erich, Meine Kriegserinnerungen 1914–1918. Mittler & Sohn, Berlin 1919, – Tirpitz, Erinnerungen. Köhler-Verlag, Leipzig.

– man weiß nicht recht, Herr oder Helfer – Helfferich) schreibt, um es kurz zu sagen, bei Ullstein. Drei dicke Bände hat er bis jetzt produziert. Daraus, daß der letzte Band Register und chronologische Tafeln hat, ist zu schließen, daß er der letzte sei. Dem Inhalt nach könnte das Werk weitergeführt werden wie Götz Kraft oder Winnetou [350] auf eine beliebige Zahl von Bänden. Besprechungen mit Börsenjobbern und internationalen Finanzmagnaten, Vortrag beim Kaiser, Beratschlagung beim Reichskanzler, Verhandlungen in den Parlamenten, unangemeldete Besuche des Kronprinzen ... Kurzum, die Politik, so wie sie die unschuldigen Mägdelein gerne hören. Im Mittelpunkt natürlich Karl Helfferich, immer gebend, immer spendend, immer eilend und – versteht sich – immer rechthabend: Ullstein-Reiselektüre. Vielleicht entsteht noch ein Film daraus.

Zwei von diesen Memoirenwerken werden von – nein, nicht ewigem – dauerndem Wert sein: das Ludendorffsche und das Tirpitzsche. Das Ludendorffsche wegen seines Unwertes, das Tirpitzsche wegen seines Wertes.

Den Unwert des Ludendorffschen Buches – und damit seines Verfassers – erkennt man schon äußerlich, am Stil. Die Soldaten haben ihren eigenen Stil. Von Xenophon und Julius Cäsar bis Clausewitz, Schlieffen und Moltke hatten die großen Soldatenschriftsteller eines: den scharfen Blick, der das Wesentliche vom Unwesentlichen, das Dauernde vom Episodenhaften unterscheidet. Und weiter die Gabe, den so gefaßten klaren Gedanken auf die denkbar kürzeste Formel zu bringen. Das ist das Wertvolle am „militärischen Stil“; nicht, daß ein Leutnant über den Kasernenhof rülpst, sondern daß aus der ganzen Fülle der Gesichte ein entscheidender Kopf den entscheidenden Gedanken in die entschiedene Form bringt. Gedanke und Form, Wille und Ausdruck sind auf das Einfachste zusammengebracht, und so sitzt das Wort auf dem Gedanken wie der Rock auf dem Leib, wie die Haut auf dem Körper. Das ist vollendete Einheit und Harmonie und darum auch, wie bei Cäsar, wie bei Moltke, Schlieffen, vollendete künstlerische Wirkung.

In diesem Sinne ist auch militärischer Stil gepflegt worden. In deutschen Generalstabswerken, die aus dieser Schule kamen, oft namenlos, sind unvergleichlich schöne Denkmale der deutschen Sprache. Es sei hier nur einmal an die Geschichte der Kämpfe in Südwestafrika, „herausgegeben vom Großen Generalstab“, erinnert.

Von diesem Stil hat Ludendorff übernommen den kurzen Satz und den Punkt. Von diesem Stil aber hat Ludendorff nicht übernommen die straffe Zucht des Gedankens, die Unbiegsamkeit und die strenge Folge der Gedankenführung. Er spricht vom Kriegsplan: plötzlich – Hacken zusammen, Hand an den Helmrand, Gruß vor „Seiner Majestät“. Er spricht von der Organisation des Generalstabes – er bricht ab: väterliches Lob für seine „getreuen Mitarbeiter“. Er spricht von strategischen Operationen: „Ihre Majestät, die Kaiserin“, die „hohe Frau“ tritt auf – Salut, Hand an den Degen. Der Fritz Bley, literarischer Beirat der „Deutschen Tageszeitung“ und „völkischer“ Literatursachverständiger wird sagen, das sei das „deutsche Gemüt“ und die „deutsche Mannestreue“, die da überwältigend zum Ausdruck komme. Wir nennen es Zuchtlosigkeit des Gedankens und Dreigroschensentimentalität, die so diesen Schriftsteller Ludendorff viel weniger als einen General denn als einen Wachtmeister im Schmierensinne von Franz Adam Beyerleins „Zapfenstreich“ erscheinen läßt.

[351] Das alles könnte höchst gleichgültig sein und bleiben, da ja dieser Ludendorff nicht als Literat, sondern als Mann, der Geschichte macht, vor uns tritt. Das ist alles trotzdem nicht gleichgültig, denn genau dieselbe Zuchtlosigkeit des Schriftstellers ist das Schicksal des Mannes überhaupt. Dieselbe Zuchtlosigkeit, die sich literarisch äußert, wie Schmierensentimentalität, äußert sich „sachlich“ in stupidestem politischem Dilettantismus, den die Welt jemals an leitender Stelle gesehen hätte – wenn nicht Bethmann, Wilhelm und Konsorten neben ihm ständen.

Die Frage: Ludendorff als Soldat, ist noch nicht entschieden und ihre Lösung wird Gegenstand einer großen Literatur werden. Die „Feinde“ aber haben große Stücke auf ihn gehalten. In den Zeiten größter französischer Not schrieb ein französischer General über Hindenburg und Ludendorff: „il faut le dire, ils font la guerre comme il faut faire la guerre“ – [man muß es sagen,] sie führen Krieg, wie man Krieg führen muß. Die Tatsache, daß Ludendorff denn letzten Endes auch militärisch gescheitert ist, spricht nicht unbedingt gegen seine militärische Führung, denn er stand gegenüber dem Feind, dem

auf die Dauer jeder Feldherr, auch ein Napoleon, unterlegen ist: der Zahl. Schon 1916 hat Freytag-Loringhoven in stiller Resignation den deutschen Sieg zur Erde bestattet, weil er keine Rettung sah gegenüber der Zahl, der Ueberzahl auf der anderen Seite. Das war die Aufgabe Ludendorffs: Kann die Frage Minderzahl gegen Mehrzahl zu Gunsten der Minderzahl auch militärisch gelöst werden? Etwa mit Hilfe der Technik – physikalischer, chemischer, biologischer – die ja in diesem Kriege zum ersten Male in diesem Umfange in die Kriegführung eingestellt wurde? Diese militärische Frage hat Ludendorff zu Gunsten der Minderzahl nicht gelöst. Vielleicht kann sie in diesem Sinne gar nicht gelöst werden.

Der Fehler aber von Ludendorff war, daß er im streng militärischen Sinne die Lösung gar nicht gesucht hat. Vom ersten Augenblick an, da er zur Macht gelangte, versuchte er die Lösung so, wie sie auch – oder vielleicht nur – möglich war: politisch. Er versuchte das, was einem Friedrich dem Großen, einem Napoleon selbst nur vorübergehend gelang. Er begann, mit dem Säbel in der Politik herumzufuchteln. Der große Soldat wollte der große Mann werden und ward auf diesem Wege der große Bankerotteur. Er, der Leiter der größten Armee, die jemals zuvor die Weltgeschichte gesehen, der Organisator einer Front von Jerusalem bis Dünkirchen, der Leiter der Schlachten von Tannenberg und in den Masuren, der Führer des rumänischen Feldzuges, brachte in die Politik mit dem Willen eines rechthaberischen Kindes den Verstand eines Köhlerknechtes und das Gemüt eines Fleischerhundes.

Und in dieser politischen Geistesverfassung des Generals Ludendorff wird die Angelegenheit Ludendorff zugleich eine Angelegenheit der deutschen Bourgeoisie, und in diesem Zusammenhang ist das Buch in Vergleich zu setzen mit dem Memoirenbuch des Admirals Tirpitz.

[352] Hiebei ist zunächst eines vorauszusenden. Wir haben in dem deutschen Imperialismus, mehr als im Imperialismus irgend eines Landes die tödlichste Gefahr für den Kommunismus gesehen. Wir haben also, soweit Wünsche mitsprechen, nicht den Sieg des deutschen Imperialismus gewünscht und nicht partie remise, sondern die glatte, eindeutige und vernichtende Niederlage des deutschen Imperialismus. Wer das nicht billigt, möge sich vorstellen, was geworden wäre, wenn Deutschland gesiegt hätte und bei dieser Vorstellung zu Rate ziehen das, was der deutsche Imperialismus in Finnland, Livland, Polen, Ukraine anstellte, als er nur erst glaubte, gesiegt zu haben, und was er im Baltikum verbrach, als er schon wußte, daß er geschlagen sei. Wir glauben also: vom Standpunkt der Weltrevolution war, wenn schon einmal der Krieg begonnen war, die deutsche Niederlage die beste Lösung.

Aber dieses Resultat herbeigeführt zu haben, darf bei unserer Beurteilung der politischen Führer während des Krieges nicht mitsprechen. Die, wie sie sich nennen, deutschen Staatsmänner haben das Recht und haben die Last, beurteilt zu werden nach dem Erfolge, den ihr und der deutschen Bourgeoisie Klasseninteresse erheischte. Zu ihrem Gunsten spricht, was den Sieg, zu ihrem Nachteil, was die Niederlage förderte.

Dieses vorausgeschickt und von diesen Grundsäßen aus ist zu sagen: Hie Ludendorff-Tirpitz, der Siegerwille, auf der einen Seite, hie Bethmann usw., der Defaitismus, auf der andern Seite: Diese täglich so beliebte Einteilung ist falsch. Den Sieg wollten alle. Ludendorff wie Bethmann, Tirpitz wie die „Frankfurter Zeitung“ wollten siegen und hatten sich sogar alle den entsprechenden Appetit für diesen Fall aufgespart. Die Frage ist vielmehr so zu stellen: Wer wollte siegen auf die Weise, auf die man allein politisch siegen konnte? Ist die Frage so gestellt, so ist mit Nichten Ludendorff-Tirpitz das Dioskurenpaar auf der einen Seite, da ist Ludendorff durchaus ein Teil der ganzen politischen Jämmerlichkeit der deutschen Bourgeoisie, wie es die Bethmann-Hollweg, Jagow, „Frankfurter Zeitung“ usw. waren, und aus der andern Seite steht bis jetzt allein, durchaus allein – Tirpitz.

Dieses ist zu begründen.

Die deutsche Diplomatie ist in den Krieg „hineingeschlittert“. Sie kam zu ihm, wie die Jungfer zum Kinde. Denn selbst wenn man ihr, wie wir, den klarsten, raffiniertesten Willen zum Kriege unterschiebt, irgend etwas dabei gedacht hat sie sich zweifellos nicht. Sie dachte: Ist erst der Krieg mal da, dann kommt der zum Kriegführen erforderliche Verstand schon von selber.

Also nun hatte sie ihren Krieg. Und um nun zu diesem gottgegebenen Krieg das erforderliche Ziel zu finden, griff man zur preußischen Nationalfibel, dem Clausewitz. Im Clausewitz aber fand man den im letzten Krieg zu Tode gehetzten Satz: der Krieg sei Fortsetzung der Politik unter Anwendung anderer Mittel. Dieser Leitsatz wurde dann von den politischen Führern der deutschen Bourgeoisie gedeutet in dem Sinne: nach der Kriegserklärung ist p o l i-[353]t i s c h alles wie vor der Kriegserklärung, nur daß man an Stelle der Noten – oder neben ihnen – auch Stinkbomben und Stahlgranaten, an Stelle der Trinksprüche Schimpfgesänge zum Feinde hinübersendet. Das ist die „Anwendung anderer Mittel". Im übrigen aber blieb politisch alles beim alten. Konkret ausgedrückt heißt das: die Bülowsche Politik mit ihrer gegen England gerichteten Flotten-, mit ihrer gegen England und Rußland gerichteten türkischen, mit ihrer gegen Frankreich gerichteten afrikanischen Politik, hatte den nicht zu leugnenden Erfolg gehabt, die Entente ins Leben zu rufen. Bethmann beschloß ganz richtig, diese Politik zu liquidieren und damit die Entente zu zersprengen. Fraglich bleibt, ob er, als er auf die Verständigung mit England ausging, also antifranzösisch und antirussisch blieb, richtig entschieden hat. Das ist eine Frage, die im Wesentlichen abhing von der Einschätzung der deutschen Flotte. War die deutsche Flottenpolitik 1910 tatsächlich schon durch die „Gefahrenzone" hindurch – wie Tirpitz meint – dann war vom Standpunkt der deutschen imperialistischen Politik die antienglische, prorussische und pro-französische Entscheidung die richtige.

Doch kann auch das ganz dahingestellt bleiben. Und zwar deswegen, weil im Augenblick der Kriegserklärung die Frage neu gestellt wurde und neu entschieden werden mußte. Denn Krieg ist nicht das alte Fortwursteln nur mit Granaten, sondern Krieg ist Politik mit einem neuen Mittel: dem Sieg. Selbstverständlich ist der Krieg ein politischer Akt, er ist nicht l'art pour l'art, sondern dient politischen Zwecken, wie er aus politischen Ursachen kommt. Aber die dem Krieg eigentümliche Lösung politischer Schwierigkeiten ist der Sieg. Ist der Krieg einmal begonnen, so ist der Sieg das einzig logische Ende. Unbeschadet aller politischen Ziele, die der Sieg bringen soll, dient zunächst alle Politik dem Siege. Diese nicht graduelle, sondern prinzipielle Verschiedenheit von Kriegs- und Friedenspolitik hat die deutsche Bourgeoisie verkannt. Bethmann wollte als politische Kriegführung Verständigung mit England, Sieg gegen Rußland-Frankreich, die „Frankfurter Zeitung" desgleichen nebst den entsprechenden Annexionen. Weil man aber die Erfolge dieses einstweiligen Sieges immer winken und nie kommen sah, gab man sich schließlich damit zufrieden, zu nehmen, so wenig oder so viel man bekäme. Und als man auf dieses Niveau gekommen war, war man sich im Wesen völlig einig mit Ludendorff, der auch im Kerne nichts anderes wollte, als nehmen, so viel oder so wenig, als man bekam. So wie einst Goethe von Günther sagte, so heute von der deutschen Bourgeoisie und Ludendorff: „Zuchtlosigkeit des Denkens". Sie wußten sich nicht zu zähmen. Daran zerrann ihr Leben und ihre Werke. Nicht die Unmäßigkeit des Zuviel oder Zuwenig hat sie gefällt, sondern der Mangel des Wollens – eines zu wollen. Was war das eine? Dieses eine erkannt und – wenn seine Memoiren stimmen – folgerichtig vertreten zu haben, hebt Tirpitz weit hinaus über alle anderen Memoirenschreiber und -dichter. Das politische Problem war das eines Koalitionskrieges: eine Koalition sollte gesprengt werden. Das dachten Bethmann usw. zu erreichen dadurch, [354] daß sie den schwächeren Gliedern zusetzten. Sie führten Krieg gegen Frankreich, Belgien und Rußland und dachten so, dem Hund den Schwanz in Stücken abzuhauen. Dieser Weg aber war falsch: nicht wenn ihr schwächstes, sondern wenn ihr stärkstes Glied getroffen wird, sinkt eine Koalition. Die Richtigkeit dieses Satzes hat der Weltkrieg nach der positiven wie nach der negativen Seite bestätigt. Die größte Schwächung eines schwachen Gliedes der Entente, Rußlands, führte zur Stärkung der Gesamtentente, weil es dem ungeschwächten Kern, England, gelang, Amerika heranzuziehen. Das todwunde Rußland blieb dem ungeschwächten England treu, bis die Bolschewikenrevolution dem imperialistischen Zauber ein Ende machte. Umgekehrt auf Seiten der Zentralmächte. Oesterreich und Bulgarien waren 1917 schon genau so faul, wie sie 1918 waren, aber sie fielen von der Koalition ab, das Rennen um die Verzeihung des Siegers begann erst, als Deutschland vom Walde von Villers-Cotteret aus getroffen wurde. Deutschlands, nicht der Türkei Schicksal entschied über das Schicksal der Zentralmächte. Englands, nicht Rußlands Schicksal entschied über das Schicksal der Entente.

So war, war überhaupt einmal der Krieg da, das mechanische Festhalten an der Vorkriegspolitik der „Verständigung“ mit England zwar Methode, aber Wahnsinn: als Wahnsinn zu erkennen schon dann, wenn man die Verhältnisse aus englischen Augen besah. Ebenso wie mit naturgeschichtlicher Notwendigkeit Englands Niederlage die idealste Lösung der deutschen, war die deutsche Niederlage die idealste Lösung der englischen politischen Fragen. Die idealste, weil aus dieser einen sich alles andere von selbst ergab. Und die nüchterne Betrachtung englischer Geschichte und englischen Seins mußte sagen: England wird keine halbe Entscheidung nehmen, wenn es eine ganze haben kann. Als der Krieg da war, führte es ihn um des Sieges willen und so, wie Clausewitz den Krieg lehrte, als einen „Akt der Gewalt“; die Berliner Diplomaten glaubten, es sei ein Akt der Pfiffigkeit gemischt mit Hunnentum. Es war ein Schauspiel tiefsten politischen Bankerottes, was die deutsche Bourgeoisie während des Krieges aufführte: noch nie in der Geschichte hat eine Klasse, die glaubte, ihr Haupt nach den Sternen recken zu dürfen, und die mit dem Munde die Welt beherrschte, in der Tat so versagt.

Die Rolle, die Tirpitz so spielte: ein Kampf um sein Lebenswerk, um die Ideologie seines Lebenswerkes, um die Existenz seiner Klasse, sehenden Auges, ungehört und unerhört – eine Tragik, eines griechischen Tragöden würdig. Wir können es begreifen, wie er in Verzweiflung umherlief mit dem Trost auf den Lippen, er werde nach dem Krieg Sozialdemokrat und suche Laternenpfähle aus.

Fürwahr, eine bittere Enttäuschung auch für Tirpitz. Ein Krieg und statt des Friedens in Paris der Friede von Versailles, statt der Laternenpfähle der – Staatsgerichtshof.

Doch ist aller Tage Abend noch nicht. Vielleicht kommt noch der Abend der Laternenpfähle für die, daß und für die, wie sie den Krieg gemacht haben. Da wird man beim Tirpitzschen sagen können: Hier hängt ein Mann.

[355] Vorläufig schreiben sie freilich alle Memoiren. Die gestern noch Geschichte machten, machen heute Geschichten. Die gestern noch den Erdball drehten, lassen heute die Rotationsmaschine drehen. Die gestern noch Blitz und Donner warfen, werfen heute Tagebuchblätter.

Der Rausch ist vorbei,
Ausgerast und ausgegrollt.
Marmorgleich versteinte Zecher
Und ein herrenloser Becher,
Der hinab die Stufen rollt. P. L.

*

Bürgerliche und proletarische Jugendbewegung.

In den folgenden Betrachtungen geht es um dreierlei, 1. die tatsächliche Lage beider jugendlichen Klassen festzustellen, 2. daraus getrennt Folgerungen für beider notwendige Haltung als Jugendbewegung zu ziehen und schließlich 3. die Konsequenzen, zu denen beide aus ihrer Klassenlage heraus getrieben werden, zu vergleichen.

I.

Die Frage, wie weit die Lage des jungen Proletariers die Verwirklichung der Jugendkultur, des Jugendgemeinschaftslebens zuläßt, oder gar die, wie weit sein Milieu ihm direkt die entsprechenden Vorbedingungen dazu bietet, läßt sich sehr kurz erledigen: Der junge Proletarier geht in die Arbeit, somit fehlt ihm von vornherein jede physische Möglichkeit zu jugendgemäßem Leben. Denn wirtschaftlicher Erwerb und Erziehung schließen einander bei kapitalistischer Wirtschaftsweise aus. Der kapitalistische Betrieb ist eingestellt auf die Erzielung eines möglichst hohen Profits an den Waren, im Mittelpunkte der Erziehung aber steht die Arbeit am Menschen. Erziehung läßt sich wohl vereinen mit produktiver Arbeit (und diese Arbeit kann auch wirtschaftlichen Wert haben), braucht sich durchaus nicht bloß zu orientieren nach dem Zweck der persönlichen Erwerbung und Einübung von Fertigkeiten, sondern kann sehr wohl teilweise die wirtschaftlichen Bedürfnisse der arbeitenden Jugendgemeinschaft selbst befriedigen und somit die Gesellschaft wirtschaftlich entlasten, aber diese Wirtschaftlichkeit kann im Rahmen einer Erziehungsgemeinschaft nur eine sozialistische sein, sie

produziert um des Menschen willen und nach seinen Bedürfnissen – nicht für den Markt und die Konjunktur, und sie spart an der Menschenkraft und Zeit, nicht an den Kosten. Ware und Mensch, diese beiden können eben nicht zugleich letztes Ziel einer Institution sein. Eines von beiden muß Mittel, eines Zweck sein, einer Herr und einer Diener. Wir können also einfach sagen: Soweit die gegebene Lage in Betracht kommt, gibt es für den jugendlichen Arbeiter überhaupt keine Jugenderziehung. (Die Frage der Kindererziehung haben wir ja, als gar nicht mit Jugendbewegung zusammenhängend, hier nicht zu behandeln.)

Anders beim bürgerlichen jungen Menschen. Seine Zeit scheint mehr oder weniger ausschließlich der „Bildung der Persönlichkeit“ [356] und geistiger Arbeit gewidmet; jedoch erweist sich bei etwas näherer Betrachtung dieser Anschein als Deckmantel für die Absicht der bürgerlichen Gesellschaft, sich in ihrer jungen Generation einen ihrem Klasseninteresse getreuen Menschentypus zu erziehen. So erweist sich die Schule als Förderin von Klassenprivilegien, die zugleich mit Bildung, Prüfungen und Zeugnissen wirtschaftliche und soziale Privilegien verbinden will, so erweist sie sich als Förderung von Klassenvorurteilen, indem sie Unkenntnis der wahren historischen, politischen und, sozialen Tatsachen und eine schiefe Auffassung der Ereignisse züchtet, so bildet sie den Menschen ohne Wahrhaftigkeit, Strenge des Denkens und Konsequenz des Handels heran, indem sie die Schüler anhält, den dargebotenen Stoff möglichst unproblematisch und autoritätsgläubig hinzunehmen. Nicht auf die Wahrheit soll es dem Schüler ankommen, sondern darauf, sich durch recht getreue, gedankenlose Wiederholung des Lehrers dessen Anerkennung zu sichern.

Nicht besser sieht es mit dem anderen Erziehungsfaktor aus, der auf den bürgerlichen jungen Menschen einwirken soll. Ebensowenig wie die Schule zur Ertüchtigung für sinnvolles Wirken, zur Erkenntnis des gegenwärtigen Standes der Kultur führt, ebensowenig kann die Familie ein sinnvolles Gemeinschaftsleben bieten, das ermöglicht, zugleich sich selbst und sein Tun ernst zu nehmen und einem Ganzen helfend anzugehören. Zwar läßt sich einwenden, im Mittelpunkt der Familieninteressen stünde tatsächlich der Mensch, wie ich dies ja früher als Inhalt der Erziehung formuliert habe, aber die bürgerliche Familie, ihrem Wesen nach wirtschaftliche und erotische Gemeinschaft erwachsener Personen, kann nicht zum Ziele haben die Gestaltung des Menschen wie er sein soll, sondern die Erhaltung des Menschen wie er ist. ... Ja, in Wahrheit ist die heutige Familie nicht einmal dazu imstande. Sie hat zwar als solche die Tendenz, den ihr gemäßen Menschentypus in alle Ewigkeit fortzuzüchten, aber sie führt sich in dieser Bestrebung selbst ad absurdum. Denn die bürgerliche Familie, eine Institution der kapitalistischen Gesellschaft, erstrebt einerseits einen liberalen Menschentypus, d. h. einen, der für die Anarchie der Privatwirtschaft mit den Instinkten des Egoismus oder der Unternehmungslust ausgerüstet ist. Andererseits aber bedarf sie selbst zu ihrer Aufrechterhaltung und Fortpflanzung, wie eben jede Gemeinschaft, der sozialen, nicht egozentrischen Instinkte ihrer Nachkommenschaft. So wirken diese beiden dem Kapitalismus entspringenden Tendenzen der Familie einander entgegen und kein Zweifel: Die erstere siegt, sie liegt in der ökonomischen Entwicklung. Stück für Stück entzieht sie der anderen Komponente die reale Erlebnismöglichkeit und zerstört allmählich, um es kurz und symbolisch zu sagen, die Geschlossenheit der Runde beim Familientisch. Kein Wunder, daß diese Verschiebung der Machtverhältnisse um der kapitalistischen Entwicklung willen, und auf Kosten der Familie, sich mit jeder neuen Generation auch im einzelnen Menschen immer stärker ausprägt, daß auch am einzelnen Menschen die egoistische, solipsistische Komponente immer stärker vortritt gegenüber der familienhaltenden. Und diese Entwicklung ist schon so weit gediehen, daß die bürgerliche Familie, [357] gegenwärtig als ein Anachronismus erscheint. Der Schauplatz aber, auf dem sie noch einen Verzweiflungskampf führt, ist die „Erziehung“ und das Objekt: Die Jugend. Aber was hier geschieht, – abgesehen davon, daß es vergebens versucht wird – ist in Wahrheit Klassenkampf und keineswegs Erziehung.

Und so kommen wir für die bürgerliche Jugend zu dem Ergebnis: Auch ihr schafft das Milieu keine Bedingungen, welche wir als Erziehungsgemeinschaft oder Jugendbewegung bezeichnen können. Zwar sind die Hemmungen, die sich ihr in den Weg stellen, nicht direkt als ökonomische zu erkennen und es scheint ihrer Jugend jene ökonomische Freiheit und Sorglosigkeit gesichert, welche wir, zumindest wenn wir kapitalistische Produktionsweise im Auge haben, als Vorbedingung für jedwede

Erziehung annehmen müssen. Jedoch läßt es sich leicht erkennen, daß diese Sorglosigkeit um freie Geistigkeit von vornherein erkauft ist mit völliger ethischer, sozialer und geistiger Unfreiheit. Daß der jugendliche Bürger nur so lange die Vorzüge der Pflege und Bildung genießt, als er im Schoße der Familie geborgen und in den Klassenideologien der Schule unterrichtet, bürgerlicher Moral, bürgerlicher politischer Gesinnung, bürgerlichem Kompromiß huldigt. Ja noch mehr: Nicht nur, daß die Möglichkeit geistig orientierten Lebens erkauft ist mit Kompromissen, die allen Geist ausschließen, sondern dem jungen bürgerlichen Menschen bleibt gar keine Wahl zwischen seiner Klassenbildung oder einem konsequenten Aufgeben seiner Klassenprivilegien und Schranken zugleich. Nicht nur wirtschaftliche, sondern auch rechtliche Abhängigkeit zwingen ihn einfach im Elternhause sein „sorgloses“ Leben weiterzuführen und sein privilegiertes Gefängnis, die Schule, mehr oder weniger die ganze Jugendzeit hindurch, meist acht Jahre lang, zu besuchen.

Ehe ich nun aus der gegebenen Situation Konsequenzen für die Haltung der proletarischen Jugend einerseits, der bürgerlichen andererseits, zu ziehen versuche, möchte ich zusammenfassend feststellen:

1. Weder die proletarische noch bürgerliche Jugend haben ein jugendgemäßes Leben.

2. In beiden Fällen ist schuld daran die bürgerliche Gesellschaft, die notwendigerweise jede junge Generation in die alte Klassenschichtung einzuordnen sucht, und mit gleichem Zwange diese zu Ausbeutern, jene zu Ausgebeuteten macht. Nur erfährt die proletarische Lugend diesen Zwang direkt als ökonomischen, physischen, am eigenen Leibe, die Not der bürgerlichen Jugend aber verliert an physischer Lebensgefährlichkeit durch eine schwammige Schicht bürgerlicher Zivilisation, die zwar die Abgründe der Unzulänglichkeit verdeckt, aber keineswegs die Anforderungen kultureller Ziele erfüllt.

F r i e d a S c h i f f.

(Fortsetzung folgt.)

*

[358]

Kritiken.

D i e M ü n c h e n e r T r a g ö d i e. Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räterepublik München. 1. Aufl. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin.

Die „Freiheit“ attestierte dem Verfasser dieser Schrift, daß er die materialistische Geschichtsauffassung in ihr vorzüglich angewandt habe. Ich habe das nicht gefunden. Aber das eine beweist sie, und das dürfte durch die Methode des historischen Materialismus als allgemeines Gesetz der Geschichte zu beweisen sein, daß ein schlechter Politiker kein guter Geschichtsschreiber sein kann. Bedurfte es dieses Nachweises, so liegt darin ihr Verdienst, in nichts anderem sonst.

Mit einer Leichtfertigkeit, die selbst angesichts der heute weit verbreiteten politischen Sudelliteratur selten anzutreffen ist, ist das Ding geschrieben. Ein paar Beispiele: In einer Schrift, die immerhin 62 Seiten umfaßt und vorspiegelt, Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räterepublik zu schildern, werden auf die Geschichte der ersten – wie sie der Verfasser schamhaft-schwächlich nennt – „gemäßigten“ Räterepublik 16 Zeilen verwandt, wobei noch 5 Zeilen davon auf die Charakterisierung der Stellung der K.P. D. kommen.

Der Verfasser lügt wiederholt. Erster Beweis. Er behauptet:

„In den Tagen der Ausrufung der Räterepublik legte sich niemand, a u c h k e i n e r d e r K o m m u n i s t e n – für die die Teilnahme der Rechtssozialisten der einzige Grund war, sich nicht an der sogenannten „Scheinräterepublik“ zu beteiligen – die Frage vor, ob es denn überhaupt im Interesse des Proletariats gelegen sei, unter den gegebenen historischen Bedingungen die Macht tatsächlich zu ergreifen“.

Abgesehen davon, daß der Mann verschweigt, daß die Kommunisten auch eine Räterepublik ablehnen mußten, die von Unabhängigen zusammengepfuscht war, ging die ganze Argumentation besonders Levinés von dem Gedanken aus, daß eine bayrische Räterepublik nicht lebensfähig sei. Das hat

Leviné in der Sitzung der Väter der Räterepublik erklärt, und selbst nach ihrer Machtergreifung erklärten die Kommunisten noch in einem Artikel, der am 12. April geschrieben war: „Die Räterepublik ist nicht lebensfähig, und kein noch so großer Heroismus kann sie jetzt dazu machen. Aber jetzt geht es nicht an, einfach das Geschehene ungeschehen zu machen. ...“ Und schließlich sagt der Verfasser an anderer Stelle, daß sich Leviné der Ausrufung der Räterepublik widersetzte, „weil sie nicht von oben, sondern von unten erfolgen müsse, und weil sie nicht in einem so unselbständigen Wirtschaftsgebiet wie Bayern allein erfolgen könne.“

Zweiter Beweis. In der Schrift wird erklärt:

„Die Kommunisten unter Levin schwankten zuerst, traten aber dann auch unter dem Einfluß Levinés von der Mitarbeit zurück, da nur die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik die Arbeiterschaft aus aller Not und allem Elend erretten könne“.

[359] Diese Behauptung ist zusammenzuhalten mit der andern, daß die Arbeiter von der Räterepublik „eine schnelle Besserung ihrer wirtschaftlichen Notlage“ erhofft hätten und daß sie enttäuscht worden seien, „da die ökonomischen Verhältnisse sich für sie nicht besserten.“ Die Kommunisten haben der Masse nie solchen Unsinn vorgeredet, sie haben auch bei der Gelegenheit, wo die Verführung dazu sehr nahe lag, in ihrem ersten Aufruf nämlich, keine einzige Verheißung irgendwelcher Art abgegeben. Und das aus einem einfachen Grunde: Sie waren keine Unabhängigen. Schließlich waren nicht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Ursache für den Abfall der kleinbürgerlichen Elemente der Arbeiterschaft. Die Unabhängigen bauschten diese Schwierigkeiten nur auf und benutzten sie zur Stimmungsmache und zur Bemäntelung ihres Verrats.

Dritter Beweis: Es wird behauptet, die Kommunisten hätten in München „Einfluß gewonnen“, weil die weißen Generale die Verhandlungen abgelehnt hatten. Tatsache ist, daß die Kommunisten an der Spitze der Gewalt standen, ehe das Wort von Verhandlungen nur einmal öffentlich ausgesprochen worden war.

Daß weiter ganze Kapitel von fremden Verfassern in die Schrift Übernommen worden sind, ohne sie auch nur als Zitate anzudeuten, wollen wir nur erwähnen, indem wir dem Verfasser der Schrift die Entscheidung über die Kennzeichnung dieser Methode als Leichtfertigkeit oder als Diebstahl überlassen.

Das sind zunächst ein paar Nebensachen. Aber nun der ganze Charakter der Schrift! Ihr Verfasser versucht eine historische Kritik der Münchener Aprilereignisse. Nun gab es aufeinanderfolgend zwei Räteregierungen, die in ihrem Wesen einander vollkommen entgegengesetzt waren. Das forderte doch eine Kritik des Wesens einer Räterepublik geradezu heraus, umso mehr, als gerade die Kommunisten das Scheinwesen der ersten Räterepublik angriffen und dabei den Gegensatz scharf herausarbeiteten. Nichts davon als das kindische Wort von der „ersten gemäßigten“ Räterepublik. Warum ist dem Verfasser dieser Gedanke nicht gekommen oder warum wich er ihm aus? Nun, weil die U. S. P. überhaupt das Wesen der Räterepublik nicht kennt, weil sie meint, die Rate seien nichts weiter als ein Parlamentsersatz, weil sie in der Tat glaubt, eine Räterepublik machen zu können durch den Schacher um die Regierungsämter, weil sie nicht weiß, daß die Räteverfassung den vollkommenen Bruch mit der Vergangenheit darstellt und den Sieg der proletarischen Revolution voraussetzt. Und weiterhin konnte der Verfasser in seiner Kritik nicht über ein paar Gemeinplätze hinauskommen, weil er sonst seine Unabhängigen, die Hauptverantwortlichen des verhängnisvollen Unternehmens hätte in Grund und Boden donnern müssen. Das konnte man nicht von ihm verlangen. Ihm ist die Situation schon so fatal, daß er, wo es irgend angeht, vermeidet, von Unabhängigen und Kommunisten zu sprechen, und dafür von der Richtung Toller und der Richtung Levien spricht.

In der historischen Beurteilung der Ereignisse wie der Menschen leitet ihn immer der eine Gesichtspunkt, ob Blut geflossen ist. Für [360] die Biederkeit seines Herzens sagt das gewiß allerhand. Das scheint mir aber nicht zu beweisen, daß sein Hirn politisch und historisch zu denken vermag.

Die Schrift ist ein beschämendes Zeugnis für die Abwesenheit starker politischer Gedanken in der U. S. P. Sie ist der Versuch, durch entstellende Darstellung und noch mehr durch Unterschlagung der

wichtigsten historischen Momente den schamlosen Verrat der U. S. P.-Führer vor der Arbeiterschaft zu vertuschen.

Eine völlig ungenügende Tatsachensammlung, kein politischer Standpunkt, keine grundsätzliche Kritik – das ist unabhängige Geschichtsschreibung. Paul Werner.

*

Büchereinkauf. (Besprechungen vorbehalten).

Heimann, Eduard: Die Sozialisierung. Erschienen im 45. Band, 3. Heft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Verlag von Mohr, Tübingen.

(Allen, die sich mit Sozialisierungsfragen befassen, sei Heimanns Artikel wärmstens empfohlen. Er ist nicht so sehr wegen der Lösung der mit der Sozialisierung verknüpften Probleme wichtig, als vielmehr wegen ihrer Aufrollung. Nebstdem werden alle jene oberflächlichen Motivationen, die, sei es für oder gegen die Sozialisierung, das Gehirn des Zeitungslesers einschläfern, endgültig abgetan.)

Rathenau, Walther: Autonome Wirtschaft. Erschienen als Heft 16 in der Schriftenreihe: Deutsche Gemeinschaft. Eugen Diederichs Verlag, Jena.

Die Parteien und das Rätesystem. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Charlottenburg.

(Enthält Parteiprogramme, Aufsätze und Aeußerungen bekannter Politiker aller Parteien nebst den Gesetzentwürfen der Deutschen und Oesterreichischen Regierung.)

Marx, Karl: Zur Judenfrage. Ernst Rowohlt-Verlag, Berlin.

Oppenheimer, Franz: Kapitalismus, Kommunismus, wissenschaftlicher Sozialismus, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Berlin und Leipzig.

Grundlagen und Kritik des Sozialismus. Bearbeitet von Werner Sombart. Askanischer Verlag, Berlin 1919.

(Wertvoll nur im grundlegenden Teil durch Aufnahme der bedeutendsten, sich auf den Sozialismus beziehenden Schriftstücke.)

Luserke, M: Schulgemeinde, Der Aufbau der Schule. Im Furche-Verlag, Berlin 1919.

(Neben dem üblichen freideutschen Schwulst einiges Wertvolle; eine Besprechung folgt demnächst.)

Die Internationale
Jahrgang 2, Ausgegeben am 2. Februar 1920, Heft 19/20

Kämpfer und Führer.

Zum Gedächtnis an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches-Tyska und Franz Mehring.

Von Klara Z e t k i n .

Wenn wir von den jahrzehntelangen revolutionären Kämpfen für den Sozialismus in Rußland absehen, mit ihren „Menschenopfern unerhört“, so hat die Geschichte des proletarischen Befreiungsringens seit der Junischlacht 1848 und der Pariser Kommune von 1871 kein blutigeres, helden- und märtyrerreicheres Jahr zu verzeichnen als 1919. Dieses Jahr scheint mit harter Faust, mit Maschinengewehren und Minenwerfern den Schlußstrich unter einen bedeutsamen Abschnitt des proletarischen Emanzipationskampfes zu setzen. Unter jenen Abschnitt, der nach Marxens genialer Weitsicht und Voraussage von dem Ausgang des deutsch-französischen Kriegs eingeleitet und bestimmt wurde, indem dieser zunächst das Schwergewicht der historischen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit auf dem europäischen Festlande von Frankreich nach Deutschland verschob. Die anfänglich langsame, zögernde, dann stürmische Entwicklung des kapitalistischen Imperialismus bereitete den Boden der Auseinandersetzung, gab ihr den Inhalt, das Ziel des Tages. Im Zollschutzgesetz von 1879 warf der Weltkrieg seine ersten schwachen Schatten voraus.

Am Anfang des Abschnittes steht in Deutschland das Sozialistengesetz mit seiner Unterdrückung der sozialistischen Literatur und der Arbeiterorganisationen, mit seinen Ächtungen und Ausweisungen sozialistischer Kämpfer, mit der trockenen Guillotine seiner Zuchthausurteile, mit der zähen, listenreichen, aufopfernden Kleinkrieg des Proletariats gegen Spitzelwirtschaft, Behördenbrutalität und Richterspitzfindigkeit. Es folgten die Jahre, in denen das deutsche Proletariat mit seinen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, seinem Bildungswesen, seiner Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus usw. die beispielgebende, führende Macht in der zweiten sozialistischen Internationale wurde. Der 4. August 1914 brachte den schimpflichen Bankerott der deutschen Sozialdemokratie. Das Ende des 1870/71 begonnenen Geschichtsabschnitts erhält sein Gepräge durch einen Bürgerkrieg gewalttätigsten Charakters.

Deutschlands Proletariat will sich nicht länger mit parlamentarisch zu erringenden und zu nutzenden Splittern der Macht und Bettelsuppenreformen begnügen, wie die bürgerliche Scheindemokratie beides gewährt. Es kann, es darf sich nicht damit begnügen, wenn unter den furchtbaren Wirkungen des Krieges die breitesten Massen nicht an Leib und Seele verelenden sollen. Es muß mit starker Faust die ganze Macht ergreifen, um [2] sie an sein ganzes geschichtliches Ziel zu setzen: die Niederringung des menschenverderbenden Kapitalismus, die Verwirklichung des menschenerhebenden Sozialismus. Es ist nicht neu, es ist geschichtlich gesehen selbstverständlich, daß die besitzenden und ausbeutenden Klassen alle ihnen verfügbaren Machtmittel brauchen und mißbrauchen, um den revolutionären Ansturm der Arbeiter wider die bürgerliche Ordnung zurückzuwerfen. Neu und unerhört in der Geschichte des Klassenkampfes ist dagegen dieses: Von der Arbeiterschaft emporgetragene Proletarier, die sich Sozialdemokraten nennen, nehmen der Bourgeoisie ab, die Führer zur blutigen Niederwerfung der revolutionären proletarischen Vorhut zu stellen. Die Dinge haben ihre eigene innere, zwingende Logik. Die Ebert, Scheidemann, Landsberg, David, Noske, die als Schutztruppen der deutschen Imperialisten durch das Blutmeer des Völkermordens gezogen sind, konnten nicht davor zurückschrecken, als gehorsame Schergen der Bourgeoisie, ihre Arme tief in das Blut des Bürgerkrieges zu tauchen, zu den Cavaignac und Gallifet des deutschen Proletariats zu werden. In Bremen, Düsseldorf, Halle und noch anderen Städten, namentlich aber in Berlin und München haben Noskes Weißgardisten Leichenhügel aufgetürmt. Wie der Kampf für die Fortentwicklung der politischen zur sozialen Revolution Massenpflicht geworden ist, so die erbarmungslose Niedermetzelung revolutionärer Kämpfer Massenschicksal. Aber die Hinschlachtung der vielen, der Unbekannten und Ungenannten wird in dem Mord einzelner gleichsam zusammengefaßt, gewinnt in ihm greifbare Gestalt und Namen. Das Einzelschicksal Führender wird zum Ausdruck und Symbol des Massenschicksals. Wenn

das klassenbewußte Proletariat der ganzen Welt in schmerzbebender Dankbarkeit und Bewunderung seine Fahnen vor den Gräbern Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches-Tyskas wie Franz Mehrings senkt, der durch Kampf und Ende zu den dreien gehört, so huldigt es zugleich den Tausenden Treuer, Mutiger und Opferbereiter, die im roten Jahr 1919 in Deutschland für die Revolution, den Sozialismus gefallen sind.

Die Worte brennenden Schmerzes über den Verlust Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches werden in allen Ländern übertönt durch den Schrei leidenschaftlicher Empörung, heiligen Zornes über das Wie ihres Todes. Denn diese drei Führenden des revolutionären Weltproletariats sind nicht im offenen. Kampfe gefallen, in dem der Todfeind ehrlich Brust an Brust mit ihnen gerungen hätte. Sie sind tückisch gemeuchelt worden. Die erbärmliche Gerichtskomödie gegen die Mordbuben Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs konnte nicht darüber hinweg täuschen, daß die beiden nach dem sorgfältig vorbereiteten und durchgeführten Plan eines Offizierskomplotts kaltblütig unter gräßlichen Umständen niedergestreckt worden sind. Wie Karl Liebknecht, so ist kaum zwei Monate darauf Leo Jogiches-Tyska bei einem angeblichen „Fluchtversuch“ erschossen worden auf einer Treppe in dem wohlverriegelten und verschlossenen Untersuchungsgefängnis Moabit zu Berlin, ausgerechnet von dem nämlichen Tamschik, der dort später Dorenbach, dem Führer der revolutionären Matrosen, eine tödliche Kugel in den Leib gejagt hat. Natürlich ebenfalls bei einem „Fluchtversuch“.

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches-Tyska waren revolutionäre Kämpfer im vollsten Sinne des Wortes. Sie gaben Leib und Seele dem Sozialismus hin und fochten stets dort, wo die Schlacht am heißesten tobte. Sie ehrten das Leben, weil sie es der erhabenen sozialistischen Idee dienstbar machen konnten, der Tod schreckte sie nicht. Für den Sozialismus, für die Freiheit der Enterbten in einer Revolution den [3] letzten Atemzug zu tun, wäre ihnen der schönste, harmonischste Ausklang ihres Seins gewesen. Es ist die tiefe Tragik ihres Endes, daß sie nicht kämpfend gefallen sind, daß schleichende Niedertracht sie als Wehrlose aus dem Hinterhalt gefällt hat. Diese schleichende Niedertracht hat mittelbar Franz Mehring getötet. Im Zeichen des „Burgfriedens“ war der mehr als Siebzigjährige mit der jünglingsfrischen Feuerseele wegen des tapferen Kampfes in Schutzhaft genommen worden, den er als Zugehöriger des Spartakusbundes gegen das imperialistische Machtringen und den das Weltproletariat verwüstenden Sozialpatriotismus führte. Die lange, harte Schutzhaft hatte seine robuste Kraft gebrochen. Die treueste, liebevollste Pflege seiner hochgesinnten Gattin vermochte nicht, sie zurückzuzwingen. Die wühlende Erregung über die entsetzliche Hinmordung seiner Freunde und Waffengefährten Karl und Rosa trieb ihn in der Nacht vom Lager empor und ließ ihn, alles vergessend, barfuß auf und ab wandern. Die Erkältung, die er sich dabei zugezogen, brachte ihm den Tod. Sein waches Bewußtsein und seine Fieberphantasien wurden von den Gedanken an die Erschlagenen beherrscht. Ihr grauses Schicksal war der letzte tödliche Stoß für Franz Mehrings Herz. Auch dieser große, treue Vorkämpfer und Wegweisende des ringenden Proletarismus muß zu den Opfern des Jahres 1919 gezählt werden.

Mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Franz Mehring haben nicht nur die revolutionären Sturmtruppen der Arbeiterklasse in Deutschland und Polen zielklarste und entschlossenste Führer verloren. Das befreiungssehnsüchtige Proletariat aller Länder, der internationale Sozialismus, hat einen Verlust erlitten, der lange und schwer fühlbar bleiben wird. Das riesenhafte Ringen der beiden imperialistischen Staatengruppen um Weltherrschaft und Weltausbeutung hat die bürgerliche Gesellschaft in ein Chaos verwandelt. Die versinkende Macht des Kapitalismus kämpft auf Leben und Tod mit der aufstrebenden jungen Kraft des Sozialismus. Die Zeit gewaltigster Zusammenstöße und Waffengänge hat angehoben zwischen den Ausgebeuteten, die ihrer Ketten ledig und ihres Menschentums frohe Herren und Meister werden wollen, und den Ausbeutenden, die ihr Vorrecht auf Reichtum und Kultur, die ihre Macht über die Hände und Hirne aufrechtzuerhalten trachten, auch um den Preis von Tränen und Blut, von verkümmernden Leibern und Seelen.

Nötiger als je bedürfen die ringenden Proletariermassen Führer von klarer Erkenntnis, unerschütterlichem Willen, kühner Tatbereitschaft und männlichem Mut zur Verantwortlichkeit. Führer wie die Dahingegangenen, die sich den Blick für die großen, festen, geschichtlichen Entwicklungslinien, die zum Sozialismus führen, nicht durch das wirre und widerspruchsvolle Durcheinander der

Tagesereignisse beirren ließen. Denen keine Enttäuschung und Bitternis, keine einzelne Niederlage die Energie des Willens lähmte. Die weder vor Gefahren noch Opfern davor zurückschreckten zu handeln. Führer, die durch Wort und Tat die Massen lehren, sich selbst zu führen.

Die Kriegsjahre und die Revolutionsmonate haben gezeigt, daß mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Franz Mehring solche Führer aus den vordersten Reihen des kämpfenden Weltproletariats geschieden sind. Denn sie hatten dem internationalen Sozialismus die Treue des Bekenntnisses und der Tat bewahrt, als die Mehrheit der Sozialisten- und Arbeiterparteien in Deutschland, Österreich, Frankreich und England im August 1914 ihren Frieden mit dem kapitalistischen Imperialismus schlossen und den Krieg der Proletarier gegeneinander segneten. Ihre Namen waren ein Programm, das Programm des internationalen Sozia-[4]lismus. Ihr Leben war rastloses, selbstverleugnendes, kraftvolles Wirken für ihn. Ihre Überzeugung bestand die schwerste Probe. Die nationalistische Janitscharenmusik der Sozialpatrioten überschrie in fast allen Ländern das Hoffnungs- und Bundeslied der Proletarier: „Die Internationale wird die befreite Menschheit sein." Es schien, daß der Imperialismus auf seinen Schlachtfeldern mit Millionen zerfetzter Leiber die internationale Solidarität der Arbeiter verscharrt hatte. Da erhoben die vier mit wenigen Freunden zusammen hoch über die zerstampften Gefilde und geschändeten Ideale, über den Verrat und die Zerfahrenheit, die Rat- und Tatlosigkeit im Lager der Proletarier das leuchtende rote Banner des internationalen Sozialismus. In jenem Zeichen begannen sie die Massen zur Selbstbesinnung und zur Sammlung zu rufen. Die Mahnungen, die sie hinausschickten, waren weckende, vereinigende Trompetenstöße; die Ziele, die sie prägten, lodernde Feuersäulen. Wenn in allen Ländern wachsende Proletarierscharen den Weltkrieg als Bahnbereiter der Weltrevolution erkennen lernten; wenn sie in dem als verteidigungsbedürftiges Vaterland vermummten Imperialismus den macht- und beutegierigen Todfeind zu sehen begannen; wenn sie sich aus dem nationalen Mordbund mit den besitzenden Klassen lösten und sich in der internationalen Lebensbrüderschaft der Habenichtse und Beherrschten zum Kampf stellten, so haben Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches-Tyska und Franz Mehring größtes und unsterbliches Verdienst daran. Dem immergrünen Lorbeerkranz gleich, der ihnen gebührt, so ist ihr Wirken in der schicksalsschweren Zeit des Weltkrieges und der aufziehenden Revolution unlöslich miteinander verflochten. Karl Liebknecht war während des Weltkrieges der erste und lange der einzige sozialdemokratische Parlamentarier in Deutschland, der von der Tribüne des Reichstages aus – die den weitesten Hörerkreis hatte – als internationaler Sozialist die Arbeiter zum Kampf gegen den Imperialismus und Kapitalismus rief. Die Mehrheit seiner Fraktionsgenossen bewilligte Milliarden für den Brudermord und spannte burgfriedlich das Proletariat an den bluttriefenden Kriegswagen der Bourgeoisie. Die Minderheit beugte sich, schwieg und trug dadurch zur Irreführung der Massen bei. Der einzige Karl Liebknecht hatte den ganzen Mannesmut, allein zu stehen und zu handeln. Unter dem Wutgeheul der bürgerlichen Parteien, von der sozialdemokratischen Mehrheit beschimpft und verleumdet, von der schüchternen Opposition im Stich gelassen, schleuderte er sein Nein in das Parlament, in die Welt. Die bürgerlichen Parteien nahmen ihre Rache dafür, daß er den Reichstag zum Kampfplatz gegen die bürgerliche Ordnung und ihre nationalistischen Lügen erhob. Sie lieferten den Tapferen der engstirnigen Klassen- und Kastenjustiz der Militärgerichtsbarkeit aus. Die Stimme des Sozialismus, der Menschheit in ihrer Mitte zu ersticken, dieses Ziel war mit ihnen mit der Parlaments- und Selbstschändung nicht zu teuer bezahlt, denn sie gaben das Recht der Unverletzlichkeit der Volksvertreter preis.

Das Militärgericht bannte Karl Liebknecht für 4½ Jahre hinter Zuchthausmauern. Zur Strafe dafür, daß er, wie im Reichstag, so auch unter den Massen selbst dem Beutezug des Imperialismus die blendenden Schleier abgerissen und zum heiligen Krieg für den Sozialismus geworben hatte. War der „Armierungssoldat" Liebknecht auf dem Potsdamer Platz nicht dabei ergriffen worden, daß er die Massen zu einer gewaltigen Maikundgebung aufforderte, die dem Völkermorden ein Ziel setzen und die Regierung der Annexionisten und des Belagerungszustandes stürzen sollte? Jeder Zoll ein überzeugter, ungebrochener Kämpfer, empfing Karl Liebknecht den Urteilsspruch des Gerichts. Nicht er, sondern der auf Leichen-[5] und Trümmerbergen triumphierende Imperialismus war nach Liebknechts Verteidigungsrede der Verurteilte. Eine leidenschaftliche Mahnung zum Friedens- und

Freiheitskampf ging von dieser Rede aus. Noch aber galt von den Proletariern das Bibelwort: sie hatten Augen und sahen nicht, sie hatten Ohren und hörten nicht.

Karl Liebknecht hatte in seinem zähen, stürmischen Kampf treueste Waffengefährten außerhalb des Parlaments gehabt. Als sich die Kerkertore hinter ihm schlossen, rüsteten sie nicht ab. Im Gegenteil! Unter diesen Kämpfen standen Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Franz Mehring mit einigen wenigen an erster Stelle, im dichtesten Schlachtgetümmel. Die zielzeigende Erkenntnis, der unbeugsame Wille, die treibende, handelnde Energie, die frische Initiative der kleinen Phalanx war Rosa Luxemburg. Mit gründlichem, umfassendem Willen ausgerüstet, mit einem geschichtlichen Blick von seltener Klarheit und Schärfe begabt, hatte sie das verhängnisvolle Unwetter des Weltkrieges heraufziehen sehen. Als internationale Sozialistin hatte sie sich schon seit Jahren dem Militarismus und Imperialismus mit leidenschaftlichem Ungestüm entgegengeworfen. Der schmähliche Bankerott der sozialdemokratischen Führer bei Kriegsausbruch überraschte sie nicht, der Taumel, das Versagen der Massen enttäuschte sie wohl, aber entmutigte sie nicht. Kaum, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Todfeind des Proletariats übergelaufen war, ging Rosa Luxemburg daran, den ersten grundsätzlichen Protest gegen den Verrat zu organisieren und alle überzeugungsstarken Kräfte der Sozialdemokratie für die nötige Tat zu sammeln: die proletarischen Massen zur Selbstbesinnung zurückzurufen, sie aus der vergiftenden und zersetzenden Umklammerung des Burgfriedens zu lösen und sie von den Schlachtfeldern des internationalen Brudermords auf den Boden des internationalen Klassenkampfes zurückzuführen.

*

Ebensowenig wie die drückenden Fesseln des Belagerungszustandes vermochten schwere körperliche Leiden Rosa Luxemburg daran zu hindern, um die Seelen der Proletarier mit dem Imperialismus und Sozialpatriotismus zu ringen. Sie nutzte jede Gelegenheit, um in persönliche Fühlung mit Genossen und Genossinnen zu treten, von denen sie eine Förderung des Kampfes für den internationalen Sozialismus erwartete. Sie wirkte unermüdlich als Vortragende und Diskussionsrednerin in Versammlungen und kleineren Kreisen. Sie war eine eifrige Mitarbeiterin der „Gleichheit“, bis diese durch den brutalen Gewaltakt des sozialdemokratischen Parteivorstandes aus einer Kämpferin für den Sozialismus in eine Magd des Sozialimperialismus verwandelt wurde. Sie gründete mit Franz Mehring und Genossen Karski zusammen unter tätigster Mitwirkung von Leo Jogiches eine Korrespondenz für Zeitungen, die der Verseuchung des Proletariats durch die Presse der Mehrheit und der Gewerkschaften entgegenwirken sollte. Die Korrespondenz brachte glänzende Beiträge, die die Tagesereignisse in ihrem geschichtlichen Zusammenhang vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus beleuchteten, dem Imperialismus die Maske abrissen, das verderbliche Wesen des Burgfriedens geißelten, die Pflichten des revolutionären Proletariats scharf nachwiesen. Es ist bester Geist von Franz Mehring und Rosa Luxemburg, der aus vielen der wertvollen Beiträge spricht. Aber gerade dieser Geist sollte nicht reden. Die Korrespondenz erlag der Verschwörung des Totschweigens, der sozialdemokratischen Mehrheitspresse, einer Verschwörung, die nicht auf einem Pakt, sondern auf dem [6] gleichen Grundsatzverrat und der gleichen Gesinnungsverlotterung beruhte, sie erlag den Nücken und Tücken der Zensur, vor der sich die Presse demütig beugte, statt dagegen zu rebellieren.

Allen feindlichen Gewalten zum Trotz begann der Kampf des Fähnleins der Aufrechten seine Früchte zu tragen. Die Opposition gegen die Sozialpatrioten griff um sich, erstarkte, schloß ihre Reihen. Ihre führende Kerntruppe bedurfte eines leitenden und sammelnden Organs, denn Karl Kautsky hatte die „Neue Zeit“ zu einer Pflanzstätte theoretischer und praktischer Rat- und Charakterlosigkeit herabgewürdigt. Rosa Luxemburg entwarf mit den obengenannten und anderen Freunden den Plan zur Gründung der „Internationale“ und ging sofort tatkräftig an die Verwirklichung. Diese Zeitschrift sollte anfeuernde Kampfesfanfare und klärendes, vertiefendes Bildungsmittel sein. Sie sollte die Opposition auf den unerschütterlichen Boden einer klaren, nicht zu drehenden und zu deutelnden Auffassung des internationalen Sozialismus stellen und damit ihrem praktischen Handeln Ziel und Halt zu geben. Sie sollte in reinlicher Scheidung trennen, was sich nicht miteinander vertrug und in fester Geschlossenheit zusammenfügen, was in Erkenntnis und Tatwillen zueinander gehörte. Rosa Luxemburg stand als Redakteurin im Begriff, die erste Nummer der „Internationale“ abzuschließen, als sie plötzlich

verhaftet wurde. Obgleich sie unter den ernsten Nachwirkungen einer Krankheit litt, sollte sie das Jahr Gefängnis abbüßen, zu dem sie kurz vor Kriegsbeginn verurteilt worden war, weil sie in einer öffentlichen Versammlung die Erwartung ausgesprochen hatte, daß zielklare Proletarier nicht das Mordgewehr gegen Brüder jenseits der nationalen Grenzpfähle erheben würden. Franz Mehring übernahm arbeits- und opferbereit den Kampfposten, von dem Rosa gerissen worden war. Er führte die Vorbereitung der „Internationale“ zu Ende, und wenn diese im Frühjahr 1915 erscheinen konnte – von dem Vortrupp des Proletariats begeistert begrüßt und eifrigst gelesen –, so ist das außer ihm und Rosa Luxemburg namentlich Leo Jogiches zu verdanken, der der stille, aber um so rührigere, unermüdliche Berater, Helfer und Mitarbeiter der beiden war. Es ist Freundespflicht, Gerechtigkeitsforderung, auszusprechen, daß ohne seine Mitwirkung die „Internationale“ kaum erschienen, namentlich kaum so erschienen wäre, wie sie vorliegt, ein glänzendes Dokument des unverfälschten internationalen Sozialismus.

An das Strafjahr im „königlich preußischen Weibergefängnis“ zu Berlin fügten sich für Rosa Luxemburg nach kurzen Wochen der „Freiheit“, des fieberhaften Kampfes zweieinhalb Jahre der Schutzhaft. Ohne Begründung, ohne Nachweis von Straftaten wurde sie in dieser Zeit von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt. Im Polizeikerker zu Berlin war sie wochenlang in einem wahren Käfig von Zelle eingesperrt, unter Bedingungen, die geeignet schienen, die robusteste Gesundheit zu zermürben, den stärksten Willen zu brechen. Und Rosa Luxemburgs Leib war zart und gebrechlich. Es war, als habe die Natur damit das geistige, seelische Meisterwerk betonen wollen, das sie mit Rosa Luxemburg geschaffen. Blendend, überwältigend trat die Macht ihrer Persönlichkeit in Erscheinung. Die herrschenden Gewalten hatten der unversöhnlichen Feindin der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft den Kampf unmöglich machen wollen. „Ihr hemmt mich, doch ihr zwingt mich nicht! Kampf trotz alledem, und nun erst recht!“ antwortete Rosa Luxemburg. Die glühende Leidenschaft ihres Herzens für den Sozialismus schmolz die festen Schlösser und Riegel ihrer Kerker, die unbezähmbare Kraft ihres Riesenwillens riß die Mauern nieder. Rosa Luxemburg adelte jedes Gefängnis als Arbeitsplatz, Kampfplatz.

[7] Konnten, durften die Freunde draußen im Ringen mit dem übermächtigen Feind lässig, mutlos, matt werden, wanken und schwanken in der Erkenntnis von Ziel und Weg, wenn Rosas Briefe durch die verschlossenen Kerkertore hindurch ihren Weg zu ihnen fanden? Briefe, die von geschichtlicher Einsicht leuchteten und sichere politische Wegweisung gaben, die von Geist funkelten und von Kampfbegier bebten, die trösteten, lehrten, berieten und aufmunterten und in denen zwischen all den Äußerungen tiefer und klarer historischer Erkenntnis und entschlossenem stürmenden Willen immer wieder das große, glühende, stark empfindende Herz zum Wort kam. Rosa Luxemburg behielt auch während ihrer Strafzeit und Schutzhaft die politische Führerschaft der radikalen Opposition, blieb deren geniales leitendes Hirn und ihre eiserne Energie.

Mitte Februar hatte sie das „Weibergefängnis“ bezogen, im April erschien bereits ihre „Juniusbroschüre“. Hier legt sie in tiefeindringender Untersuchung und glänzender Darstellung die Wurzeln und das Wesen des Imperialismus bloß und weist die geschichtlichen Triebkräfte, die inneren Anstöße des Weltkrieges nach. Ihre Studie wird zur vernichtenden Abrechnung mit dem Bankerott der Sozialdemokratie, zugleich aber auch zum lichten Ausblick auf die Zukunft, denn sie zeigt den Weltkrieg, der die Macht des Kapitalismus stärken und für ewige Dauer erhalten soll, als unfreiwilligen, unbewußten Wegbereiter der Weltrevolution, die dem Proletariat die Befreiung bringt. Die gleiche Erkenntnis und Tatkraft atmen die Artikel, die Rosa Luxemburg für verschiedene Blätter der linksradikalen Sozialisten schrieb, ihre Flugblätter und ihre Beiträge zu den Spartakusbriefen, mit denen sich die konsequente und entschlossene Opposition einen neuen geistigen und organisatorischen Mittelpunkt geschaffen hatte – die „Internationale“ war beim Erscheinen der ersten Nummer verboten worden, Rosa Luxemburg wirkte unermüdlich und bestimmend dafür, daß die radikalen Sozialisten durch festen Zusammenschluß ihre Aktionsfähigkeit steigern sollten, um durch unerbittliche Kritik die rechtsstrebenden Genossen vorwärts zu treiben und durch Zielklarheit und Entschlossenheit die proletarischen Massen zu sammeln und zum Kampf gegen den Imperialismus und Sozialpatriotismus zu führen. Ohne dieses ihr Wirken ist die Entstehung des „Spartakusbundes“ unter den

Schwierigkeiten des Belagerungszustandes geradezu undenkbar, ebenso sein Charakter, seine Betätigung. Was Rosa Luxemburg vom Februar 1915 bis November 1918 geleistet, läßt fast vergessen, daß die überragende Denkerin und Führerin körperlich leidend, seelisch gequält, gefangen saß, daß ihre politische, revolutionäre Arbeit „unterirdisch“ erfolgen mußte. Von der stets wachen Sorge vor Späheraugen gehetzt, oft bei elendem Licht und von Fieber geschüttelt, hungernd, frierend, ungezählte Male von ihren Gedanken aufgescheucht, hat Rosa Luxemburg die grundsätzlichen und taktischen Schlußfolgerungen aus der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte niedergeschrieben. Ihre Betätigung ist und bleibt ein Triumph des Geistes über den Körper, über die feindliche Umwelt, ist und bleibt ein erhebendes Beispiel der Willensstärke, der Charakterfestigkeit, der Seelengröße.

Mit Rosa Luxemburgs Werk in jenen schicksalsschweren Jahren ist das von Franz Mehring und Leo Jogiches untrennbar und innig verbunden. In treuer Ideen- und Kampfesgemeinschaft nahm der hochbetagte Historiker der deutschen Sozialdemokratie gleich einem der Jüngsten seinen Anteil am Ringen gegen den Imperialismus und die nationalistische Verfälschung des Sozialismus. Was verschlug es ihm, daß er eine schwere und einfordernde Bürde wissenschaftlicher Arbeit trug? Franz Mehring schuf damals seine meisterliche Marx-Biographie. Was focht es ihn an, daß die [8] körperliche Last der Jahre sich fühlbar machte? Dieser echte Nachfahre Huttens und Lessings griff für den Tageskampf zur Wehr. Sein reiches vielseitiges Wissen, sein fortreißendes Gestaltungstalent gab er ihm hin. In Artikeln für die linksradikalen Organe, in Flugblättern, Beiträgen zu den Spartakusbriefen versetzte er dem Feind wuchtige Hiebe. Sein Rat und seine Stimme fehlten bei wichtigen Entscheidungen nicht. Bis auch ihn das Schicksal der Kämpfenden ereilte: die Schutzhaft.

Leo Jogiches war der überlegene, geniale, zwingende Organisator des Kampfes unter und über der Erde. Und er war mehr als das: der scharfäugige, zielklare und entschlossene Anreger, der unerbittliche Kritiker der theoretischen Erkenntnis und des praktischen Handelns. Ihm stand eine erstaunliche Fülle und Vielseitigkeit theoretisch beherrschten Wissens zu Gebote, ihm eignete untrüglicher kritischer Sinn und reiche, praktische Erfahrung als revolutionärer Kämpfer in Russisch-Polen. In seinem Wesen und Wirken glich er jedoch nicht dem stolz einherrauschenden Strom, den die Massen kennen, sondern dem verborgenen, unversiegbaren klaren Brunnen, daraus die Freunde Tag für Tag schöpfen. Leo Jogiches vor allem sind wir zu dauernder Dankbarkeit dafür verschuldet, daß die Juniusbroschüre gedruckt und verbreitet wurde, daß Millionen Flugblätter den Proletariern zuriefen: Auf, erwacht, denn es will Morgen werden; daß die Spartakusbriefe die Geister klärten und sammelten. Als er, der von den polizeilichen Spürhunden längst eifrig gesuchte „Genosse Kraft“ verhaftet wurde, war das vom Standpunkt der bürgerlichen Ordnung aus wohlverdient. Es war ein harter Schlag für die revolutionären Sozialisten, daß Leo außer Gefecht gesetzt wurde, doch er selbst hatte die Kräfte gesammelt, geschult, die über der Lücke die Reihen nur fester schlossen.

Die Revolution, von deren Unvermeidlichkeit die vier Freunde fest überzeugt waren, die sie leidenschaftlich ersehnten, sprengte für Rosa Luxemburg und Leo Jogiches die Gefängnistore. Kurz vorher hatte eine Amnestie den „Zuchthäusler“ Liebknecht dem Kampf zurückgegeben. Franz Mehring stieß zu den dreien in alter Kampfestreue und mit dem alten Kampfeswillen, aber ein langsam Verglühender. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches schufen die „R o t e F a h n e“, an der Franz Mehring mitarbeitete, soviel seine Kräfte erlaubten. Die „Rote Fahne“ war nach Inhalt und Ton das einzige wirkliche Organ der Revolution, war ein Stück Revolution selbst. Sie rüttelte die Massen wach, gab ihnen klare Tageslosungen, riß der Gegenrevolution die demokratischen und sozialdemokratischen Flitter herab, stäupte ihre Gewalttaten und schleichende Niedertracht und peitschte die Lauen und Flauen vorwärts. Tief und scharf im geschichtlichen Erfassen und Werten der auftauchenden Tageserscheinungen, blieb sie doch volkstümlich in der Darstellung. Wie die „Neue Rheinische Zeitung“ 1848 Karl Marx war, so die „Rote Fahne“ Rosa Luxemburg. Ihr lichter Geist, ihr glühendes Herz und ihre kühne Energie gaben dem Blatt sein revolutionäres Leben.

Leo Jogiches war ein fest zufassender spiritus rector der revolutionären Betätigung; ihm fielen die weitfassenden organisatorischen Aufgaben zu. Sie wuchsen in dem Maße, als die Gegenrevolution erstarkte und die Revolution zurückzuwerfen trachtete; als die proletarischen Massen sich um die

„Rote Fahne scharten, als sich der „Spartakusbund“ zur Kommunistischen Partei entwickelte, die Anforderungen und Verantwortlichkeiten stiegen und die Fäden der internationalen Verbindung fester geknüpft wurden. Karl Liebknecht wirkte als unvergleichlicher Agitator unter dem Proletariat. Er war der anklagende und fordernde Wortführer der Massen, die zornbebende Stimme ihrer Abrechnung mit den ausbeutenden [9] und knechtenden Mächten des Kapitalismus, der hoffnungsstarke Ruf ihrer Sehnsucht nach dem befreienden Sozialismus. Kühn und mit nie erlahmender freudiger Kraft trug er ihnen das Schlachtpanier der Revolution voran. Es waren Riesenleistungen, die die sich überstürzenden Ereignisse mit der Entwicklung der revolutionären Situation von den drei erlesenen Kämpfern forderten. Sie tranken das Herzblut, spannten die Nerven bis zum Zerreißen, wandelten auch die Nächte in Arbeitstage, verschlangen alles Persönliche, waren Lebenserfüllung und Lebensglück, sich zu einem mischend mit dem Lebensschmerz Edler, daß alles Tun und Wirken so weit hinter dem Wünschen und Wollen zurückbleibt. Die leidenschaftliche, selbstlose Hingabe an die Sache des Proletariats ließ Rosas, Karls und Leos Kraft Flügel wachsen, die sie hoch über das allgemeine Maß der Dinge emportrugen. Daß ihr Können nicht versagte, tagtäglich mit dem Massen vorwärtsstürmte, ist eines jener Wunder, die ein großes Ziel an großen Menschen wirkt. Und zwei Große kämpften bis zu dem schwarzen 15. Januar 1919, da der Meuchelmord Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fällte. Ein Großer fiel, als bald danach Leo Jogiches gemordet wurde, der mit treuen Freunden zusammen aus dem Blut der Märtyrer die „Rote Fahne“ erhoben hatte und sie dem Proletariat voranwehen ließ, die Fortführung des revolutionären Kampfes als heiligstes Vermächtnis der teuren Toten betrachtend. Ein Großer erlosch mit Franz Mehring, der bis zum letzten Hauch den Kampf seiner Waffengefährten begeistert miterlebt hatte.

„Wir werden selten ihresgleichen sehn.“

Wir müssen uns an dieser Stelle damit begnügen, das glühende Leben und Wirken der vier auserwählten Führer des internationalen Proletariats während der Kriegsjahre und der ersten Monate der Revolution in groben Umrissen nachzuzeichnen. Für Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches war diese Zeit der gipfelnde Höhepunkt ihres Seins als revolutionäre Kämpfer; sie mußten es mit dem Leben selbst bezahlen, daß sie ihn erreicht und voll genützt hatten. Allein das Ringen und Kämpfen der vier seit dem August 1914 bis zu ihrem Ende ist doch nur ein kleiner, wenn auch entscheidender Teilausschnitt aus dem Ganzen ihres Werkes als Verfechter des internationalen Sozialismus. Dieses Werk ist so reich und bedeutsam, daß wir es an dieser Stelle nicht einmal flüchtig umreißen können. Es gehört der Geschichte der Theorie und Praxis des Sozialismus, des proletarischen Befreiungskampfes an. Dort wird in untilgbaren Lettern verzeichnet stehen, was Karl Liebknecht geleistet als hinreißender Agitator und Organisator; als einer der vornehmsten Kämpfer gegen den Militarismus und Imperialismus, als Mitbegründer und eifrigsten Förderer der internationalen sozialistischen Jugendbewegung; als Volksvertreter, der den Parlamentarismus nützte, ohne sich durch ihn blenden und über die Grenzen seiner Bedeutung täuschen zu lassen. Dort wird seine Würdigung finden, was das Weltproletariat Rosa Luxemburg verdankt, der glänzenden Schriftstellerin, die aus tiefen Schichten der Wissenschaft lauteres Gold für die Massen emporhob und zu Meisterwerken formte; der überzeugenden Rednerin, die jede Hörerschaft in den Bann ihrer Beweisführung zwang; der Marxens Genius wesensverwandten bahnbrechenden Führerin der Theorie und Praxis des proletarischen Emanzipationskampfes; der leidenschaftlich, hingebungsvollen Kämpferin, die eine der überragenden Gestalten der zweiten Internationale war. Die Geschichte wird für immer festhalten, was Rosa Luxemburgs ebenbürtiger Freund, der Arbeits- und Kampfgenosse langer Jahre getan und getragen hat, um die Enterbten aus der Hölle des Kapitalismus zu führen: Leo Jogiches, der kühne, starke Organisator [10] des Proletariats in Russisch-Polen während der Revolution von 1905; der „Landfremde“, der sich durch Kampf und Tod in Deutschland Heimatrecht erworben hat. Franz Mehrings Schriften werden in der Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus den Ehrenplatz behaupten, den ihnen Bienenfleiß im Zusammenwirken mit glänzender Begabung erobert hat. In ihnen hat er sich selbst ein dauerndes Denkmal geschaffen, aus dem die Nachfahren den berufenen Geschichtschreiber kennenlernen, der gründliche Gelehrsamkeit mit künstlerischem Gestaltungsvermögen vereinigte; den aus fester Überzeugung und mit heißem Temperament rasch nach dem Schwert fahrenden

Polemisten großen Stils; den Führer, der den Enterbten den zielsicheren Weg durch die kapitalistische Wüste zeigte, als von rechts und links die Fata Morgana lockte.

Die hohe, reiche, edle Menschlichkeit unserer großen Toten war die letzte und stärkste Wurzel ihrer Kraft, sie verlieh ihrem Leben und Weben Glanz, Wärme und Farbe. Karl Liebknecht war seines großen Vaters ebenbürtiger Sohn, wie dieser, dürstete er nach keinem anderen Ruhm, als der aufrechte „Soldat der Revolution“ zu sein. Das Hangen und Bangen lähmender Zweifelsucht war ihm fremd. Der Kampf war sein Lebenselement und trotzige Kühnheit trieb ihn, sich auch allein einer Welt von Feinden entgegenzuwerfen. In ritterlicher Hilfsbereitschaft trat er jederzeit für Schwache und Unrecht Leidende ein. Die Glut und Stärke seiner Überzeugung ließ ihn Gefahren verachten, Opfer nicht scheuen, Verleumdungen und Beschimpfungen lächelnd abschütteln. Für sein hehres Ideal alles einzusetzen – Stellung, Freiheit, das Leben –, das war ihm eine Selbstverständlichkeit.

Mit Rosa Luxemburg haben wir einen Willens- und Adelsmenschen von äußerster Selbstbeherrschung verloren. Die ruhige, kühle Gelassenheit ihres Auftretens verbarg lodernde Glut und ebenso tiefes als zartes Empfinden. Der einzelne Mensch, den ihre Liebe umfaßte, ruhte wohlgeborgen in treuer Hut, und doch umspannte Rosas Gefühl die ganze Menschheit, alles Seiende bis zum letzten Sonnenstäubchen, an dessen buntem Schillern sie sich erfreute. Stets hatte sie Verstehen und Herz für jeden Ratheischenden, eine offene Hand für alle Hilfsbedürftigen. Tiere und Pflanzen waren ihrer Fürsorge, ihrer Pflege sicher. Die Natur war ihr wie die Kunst ein Born höchsten Entzückens, emportragender Kraft. Die zarte Rosa war die Verkörperung stärkster Energie und Selbstzucht. Sie konnte andere führen, weil sie sich selbst meisterte, sie durfte von anderen viel und vieles verlangen, weil sie von sich selbst alles forderte. Die große beherrschende Leidenschaft ihres Seins war die glühende Liebe für die Revolution als Befreierin der geknechteten Menschheit. Ihr gab sie alles, ihr opferte sie alles, für sie lebte sie, für sie starb sie.

Der Genosse ihrer Studien und ihres Kampfes stand als Gleichwertiger neben ihr. Leo Jogiches war Geist vom Geist jenes hochgesinnten Geschlechts russischer Revolutionäre, in denen sich Heldenmut mit Märtyrertreue paarte. In freier Wahl hatte er sich für ein Leben der Dürftigkeit, harten Mühens, aufreibenden Kampfes entschieden. Er war die Schlichtheit und Bescheidenheit in Person, aber auch die ruhige Überlegenheit, die fremden Willen unterwirft, und die unerbittliche Pflichterfüllung, die andere zum Handeln treibt. Vor seinem klaren, durchdringenden Blick sank die Pose in sich zusammen, das Unrechte verkroch sich in Winkel, vor seinem bestimmten Wort verstummte leeres Geschwätz. Leo Jogiches war ganz Zielklarheit und handelnde Tatkraft, ganz Reinheit der Gesinnung und des Strebens und harmonische Geschlossenheit.

[11] Franz Mehring dagegen gehört zu den Menschen voller gärender Gegensätze, zu den Vielverkannten und Vielgelästerten. Sein Leben und sein Werk ist die überzeugendste Korrektur des Zerrbildes, das der Haß der Gegner von ihm gezeichnet hat. Franz Mehring hat seiner Überzeugung eine Laufbahn geopfert, die ihn zu einem Auserwählten der bürgerlichen Gesellschaft gemacht haben würde. Er nahm, ohne mit der Wimper zu zucken, den harten Kampf um des Lebens Notdurft auf sich. Mit unerschütterlicher Treue hat er der Sache des Proletariats in schlimmen und schlimmsten Tagen gedient. Stark und rasch in Liebe und Zorn, ein fest Überzeugter seines Rechts und seiner Pflicht als Kämpfer, schuf er sich tückische Feinde, wurde er aber auch ein großer Verteidiger der Ausgebeuteten, Kleinen und Verfolgten, des alten, historischen Gerechtigkeithandels zwischen lebenverlangendem Menschentum und lebenwürgendem Besitz, jenes Handelns, der in dem Klassenkampf des Proletariats endgültig entschieden wird. Franz Mehring war von Haus aus eine vertrauensselige Natur, der das Herz auf der Hand lag. Aus der Fülle verschwendeter Freundschaft und enttäuschten Vertrauens sog er Bitterkeit, die jedoch vor dem Bedürfnis nach einem ehrlichen Neigen von Mensch zu Mensch leicht zusammenschmolz. Franz Mehring war ein mitfühlender, treuester Freund für die, die ihm Treue hielten.

Schmerzzerrissen steht das Weltproletariat vor den Gräbern seiner gemordeten Kämpfer und Führer. Eine flammende Anklage auf den Lippen, die über die kleinen Mordbuben hinausreicht, deren Hand in bestialischer Fühllosigkeit die tödlichen Streiche geführt hat. Sie trifft die Männer, die als Schützer

der bürgerlichen Ordnung die Atmosphäre des Mordens geschaffen und zum Mord gehetzt haben. Sie sind die wahren Mörder. Kein juristischer Wohlgeruch kann ihre Hände von dem daran klebenden Blut reinigen, kein bürgerliches Gericht das Verbrechen sühnen, für das sie politisch und moralisch verantwortlich sind. Nur das kämpfende Proletariat ist der berufene Richter, und die Geschichte wird seinen Urteilsspruch vollstrecken.

Die trauernde dankbare Liebe und Bewunderung von Millionen möchte den Gemordeten ein Denkmal setzen. Es gibt nur eins, daß ihrer würdig ist, und das sie alle deckt, die im Kampfe für die Freiheit gefallen: sind der gewaltige lichte Bau der sozialistischen Gesellschaft. Die Weltrevolution ist am Werk, diesen stolzen Bau zu errichten. Die Weltrevolution als Tat der Massenerkenntnis und des Massenwillens. In dieser Tat wirkt das unsterbliche Leben der vier großen Führer schöpferisch weiter. „Es wird die Spur von ihren Erdentagen nicht in Äonen untergeh'n." Unsere Totenklage heißt Kampf. Das deutsche Proletariat lernt revolutionär kämpfen. Es schafft sich seine revolutionäre geschichtliche Tradition. Die Schlachttrompete ruft: Kämpfen wir.

*

Karl Liebknecht zum Gedächtnis.

Von K a r l R a d e k .

Aus einem Briefe „An die russischen Arbeiter" (erschienen im Februar 1919 in den „Iswestia", Zentralorgan der russischen A.- und S.-Räte).

Ihr habt seinen toten Körper, dessen Wunden gegen die Sozialistenverräter zum Himmel schreien, mit euren Tränen benetzt. Mit der roten Fahne der proletarischen Weltrevolution habt ihr ihn zugedeckt und ihn [12] in euren Herzen aufgebahrt, damit er dort für immer bleibe. Millionen von euch wissen von ihm nicht mehr, als daß er in der schwarzen Nacht, die nur vom Aufblitzen der Kanonen erhellt wurde, mit einer kleinen Schar aus dem Schützengraben aufbrach, um für den Frieden zu streiten, daß er, von den Mächtigen ins Gefängnis geworfen, standhaft jede Pein aushielt und kaum von Ketten befreit, das Banner des Kampfes von neuem erhob und mit ihm in der Hand gefallen ist, gefallen an der Schwelle eines neuen Lebens.

Ich will aber, daß jeder Proletarier über L i e b k n e c h t mehr wisse, daß er ihn liebe, nicht nur als blutüberströmtes Sinnbild eines Märtyrers, sondern so, wie er im Leben war mit seinen Fehlern und Vorzügen, nicht als ein „ausgeklügelt Buch", sondern als „Mensch mit seinem Widerspruch". Der Mensch L i e b k n e c h t soll unser großes Vorbild sein, ein Vorbild für unsere J u g e n d , die kämpfen lernen soll; ein Vorbild für unsere F r a u e n, die sich vom Leben nicht erdrücken lassen sollen; ein Vorbild für unsere wetterharten M ä n n e r, wenn sie von Zweifeln heimgesucht werden. Die Zeit ist noch nicht gekommen, an eine ausführliche Lebensbeschreibung Karl Liebknechts zu gehen. In seinem Trauerhause hausen noch die Soldaten der deutschen Konterrevolution. Und da ich diese Worte schreibe, ist eine Einsicht in die hinterlassenen Papiere noch nicht möglich. Ja, illegal mich selbst verbergend, kann ich nicht einmal die gedruckten Dokumente sammeln. Aber ich glaube, daß ich sein reiches Leben in seiner Eigenart übersehe, und ich will es euch hier schildern, euch über ihn das sagen, was ich sagen würde, wenn ich am Tage der Totenfeier in Moskaus weißen Mauern wäre ...

... An L i e b k n e c h t s Wiege wurden Heldenlieder gesungen ... Die ersten Eindrücke, die der Knabe empfing, waren die Verfolgungen des Sozialistengesetzes. Die deutsche Bourgeoisie und die Hohenzollern suchten die ersten sozialistischen Regungen des deutschen Proletariats im Keime zu ersticken. Wer die verbrecherische Lehre verbreitete: „Verprassen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben," wer die Armen und Entrechteten weckte, für den gab es keine ruhige Arbeitsstätte, der mußte verfolgt von Ort zu Ort wandern, nirgends vor Häschern sicher.

W i l h e l m Liebknecht blieb auf dem Posten und stellte den Kampf für den Sozialismus auch dann nicht ein, als es wieder galt, durch Leiden zu bezeugen, daß man für die Befreiung der Menschheit lebt. Karl mag als Kind sich oft gefragt haben, wonach die fremden Leute in der Wohnung seines Vaters schnüffeln, weshalb Leute heimlich nachts ins Haus kommen, still flüsternd wie Diebe: Gute Menschen mußten es sein, da sie, von den Eltern freundlich empfangen, ihm, dem kleinen, über das

schwarze Köpfchen streichelten. So wuchs er auf in den Jahren der Verfolgung als Sohn des Soldaten der Revolution. Soldat, Kämpfer der Revolution zu sein, das war die Gabe, die ihm in seine Wiege gelegt wurde.

Das Sozialistengesetz fiel. Der wachsende, erstarkende Kapitalismus hatte gleichzeitig auch die Arbeiterklasse zahlenmäßig verstärkt, und mit dem Wachstum der Arbeiterklasse wuchs die deutsche Sozialdemokratie trotz aller Verfolgungen. Es begann der „neue Kurs“, der Versuch, die Arbeiterklasse durch soziale Zugeständnisse zu gewinnen; und obwohl er äußerlich bald einem neuen scharfen Kurs wich, so war doch der Sinn dieser Epoche der, daß der erstarkende Kapitalismus, indem er den Massen der qualifizierten Arbeiter erträglichere Lebensbedingungen gewährte, sie gerade dadurch vom scharfen revolutionären Kampfe zurückhielt. Nach außen hin bekam der Sozialismus „rote Backen“. Die Parteiorganisationen wuchsen, die Gewerkschaften blühten auf. In den Zahlabenden und auf den Partei-[13]tagen wurden revolutionäre Resolutionen angenommen. In der Praxis aber wurde der Kampf nur für kleine Verbesserungen der materiellen Lage der Arbeiter, nicht für die revolutionären Umwälzungen geführt. Und da Taten für den Charakter einer Partei ebenso maßgebend sind, wie sie den Charakter eines Menschen bestimmen, so wurde die Sozialdemokratie eine Partei der R e f o r m e n und nicht der R e v o l u t i o n , mochte sie noch so revolutionäre Worte gebrauchen.

Karl Liebknecht, der in der Zeit dieser Mäßigung und Versteinerung zum Jüngling heranwuchs, der mit größter Anteilnahme die politischen und sozialen Ereignisse verfolgte, wenn er auch damals noch nicht aktiv in die Politik eingriff, war gleichsam schon erblich gegen diese Verbürgerlichung und Mechanisierung des revolutionären Geistes gesichert. Im Hause Wilhelm Liebknechts lebten die Traditionen des Jahres 1848, die Überlieferung der Revolution und des Kampfes um die Republik.

Es fiel mir schon vor zehn Jahren auf, als ich zum ersten Male Gelegenheit hatte, die deutsche Parteiführerschaft kennen zu lernen, daß Karl Liebknecht einer der mehr „bodenständigen“ Führer war, für den der Republikanismus kein rein theoretisches Bekenntnis, sondern eine aktuelle Frage war. Und das zweite, was in die Augen sprang, war die Tatsache, wie wenig versteinert er in der Auffassung war, daß die Entwicklung langsam sein werde, daß weder die staatlichen noch die sozialen Verhältnisse in absehbarer Zeit in Fluß geraten würden. Dabei handelte es sich bei ihm keineswegs nur um das theoretische Abwägen dieser Kräfte, die das ruhige „friedliche“ Europa bald in Aufruhr würden bringen können. Die Situation war noch nicht revolutionär. Es galt zu den Massen zu gehen, um sie zu wecken, und das konnte Liebknecht wie wenige.

Und da tritt wieder ein charakteristischer Zug Liebknechts zutage. Vor dem Kriege wurde oft gegen ihn eingewendet, er sei sehr „breit“ in seinen Auffassungen, jede Form der Betätigung sei ihm lieb, wenn sie auch „prinzipiell“ nicht von größerer Bedeutung sei. Die Grundlage dieser Anklage bildete die in Deutschland ungewöhnliche Lebendigkeit Liebknechts, die ihm nicht erlaubte, auf Grund irgendwelcher doktrinärer Erwägungen auf irgendein Mittel zur Beeinflussung der Arbeiter zu verzichten. So erklärt sich auch sein Eingreifen in die Bewegung für den Austritt aus der Kirche. Er hatte ein gutes Auge für neue Bedürfnisse, für neue, sich anbahnende Bewegungen.

Als er in die Politik eingriff, zeigten sich die ersten Zeichen des auch in Deutschland erstarkenden Imperialismus, des Herausgreifens des Kapitals über die „vaterländischen Grenzen“ nach neuen Profitjagdgründen. Die Partei verstand die daraus entstehenden Kriegsgefahren, aber nur Liebknecht sah sie bildlich lebendig, als den Moloch, der seine Arme nach Millionen deutscher Jünglinge ausstreckte. So war er einer der wenigen, die zu der bedrohten Jugend eilten, um sie gegen diese Gefahren aufzurufen. Die Partei verpönte die besondere antimilitaristische Agitation. Sie erklärte, die Erziehung der proletarischen Jugend müsse sie von selbst gegen den militaristischen Geist bewaffnen, und der gesamte Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus sei gleichzeitig ein Kampf gegen den Militarismus. Aber Liebknecht fühlte das Falsche in diesen „grundsätzlichen“ Erwägungen. Er sah, daß die „Erziehung“ der proletarischen Jugend allein nicht genüge, sondern daß die Jugend auch besonders gegen den Militarismus aufgerüttelt werden müsse. Er wußte wohl, daß der Militarismus nur zusammen mit dem Kapitalismus durch die proletarische Revolution zertrümmert werden kann, aber er

verstand, wie wichtig es für diese Revolution ist, den in Soldatenkleider eingezwängten jungen Prole-[14]tariern klarzumachen, daß ihre Befreiung vom Militarismus nur ein Teil des allgemeinen proletarischen Befreiungskampfes sein könne. Die Parteiführer schüttelten die Köpfe über die Sonderaktionen dieses „Brausekopfes“, aber der junge Liebknecht hielt zähe an seiner Sache fest. Sein revolutionäres Gefühl trieb ihn unabwendbar dazu.

Das Bewußtsein der drohenden internationalen Gefahr stärkte in Liebknecht die ererbten Gefühle des Internationalismus. Er war einer der wenigen in Deutschland, die das lebhafteste Bedürfnis hatten, zu wissen, wie es in den Bruderparteien steht, nicht nur in Frankreich oder Rußland, sondern selbst in einer beliebigen kleinen Balkanpartei.

Seine Reisen nach Amerika und Frankreich, sein nahes Verhältnis zu den russischen Genossen entsprangen dem Bewußtsein, wie unermeßlich wichtig es ist, die internationalen Beziehungen zu pflegen. Und wie eingehend, wie unermüdlich ließ er auf der Reise zum internationalen Kongreß in Kopenhagen, die wir von Berlin aus zusammen mit L e o T r o t z k i machten, sich über die verwickelten russischen Fragen belehren! Man wußte : für Liebknecht ist die Internationale kein formelles Bündnis verschiedener Parteien, sondern sie ist sein wirkliches Vaterland, wie es später die Leitsätze des Spartakusbundes sagten.

Die wertvollsten politischen Eigenschaften Liebknechts mußten ihn schon vor dem Kriege bei einem Teil der Führer unbeliebt machen, während sie ihm Popularität bei den Arbeitermassen und in der Internationale schufen. Er sprang zu sehr aus den Reihen der deutschen Parteien heraus, als daß er nicht des Ehrgeizes beschuldigt worden wäre. Dazu kamen noch seine menschlichen Eigenschaften, durch die er ebenfalls von dem vorgeschriebenen Typus eines würdigen Parteiführers abwich. Er liebte das Leben; ungehemmt und unbekümmert griff er nach ihm, wo es ihn lockte. Es steckte so wenig von Philistertum in diesem Knaben Absalom, so wenig von Heuchelei, so viel von kindlicher Freude am Leben, daß viele darüber den tiefen Ernst, die Milde und Feinheit seines Wesens übersahen. Ich werde nie vergessen, wie wir einmal bei einem Spaziergang im Gespräch auf Peer Gynt gerieten. Er kannte das Drama in der Übersetzung von Passarge, und ich erzählte ihm von den Feinheiten der Morgensternschen Übertragung. Er kam zu mir und las drei Stunden lang – es war schon weit nach Mitternacht – die Übersetzung Morgensterns. Als er zu jener Szene kam, in der Peer Gynt im Säuseln der Blätter die Lieder, die er nicht gesungen, die Tränen, die er nicht geweint, die Kämpfe, die er nicht gefochten, klagen hört, klagen über ein Leben, das nicht ganz war, da strafften sich in Liebknechts Gesicht die Züge, und er sagte: „Die verfluchte halbe Zeit, und trotzdem kann man, muß man ein ganzes Leben führen.“ So war er vor dem Kriege, ein zündender Agitator, ein tatkräftiger Politiker, ein Feuerkopf, lebhaft und lustig, ein Liebling der Arbeiter, ein Liebling der Frauen, ein Mensch, gut – wie die Polen sagen – zum Kämpfen und zum Kneipen. In jeder Geste war er der Sohn seines Vaters, des großen Volksführers, des großen lebendigen Menschen, der lachen konnte wie ein Kind.

Es kam der Krieg, und sein Feuer schmiedete aus allen diesen Elementen des Liebknechtschen Temperaments und Charakters den Helden der deutschen Arbeiterklasse.

II.

Der Krieg kam. Mit den ersten Nachrichten gelangte das Gerücht ins Ausland, Liebknecht sei zusammen mit Rosa Luxemburg füsiliert worden. Diese Nachricht eilte der Wirklichkeit voraus, sie zeigte aber, daß im Auslande Feind und Freund wußten, von wem der Kampf gegen die Mächte [15] des Krieges zu erwarten sei. Liebknecht war durch diese sich überstürzenden Ereignisse aufgewühlt. An der Schwelle des heroischen Abschnittes seines Lebens zahlte er den letzten Pflichtzoll der Partei, deren revolutionäre Macht sein zerronnener Traum war. Der Glaube, der 4. August werde nur eine traurige Episode bleiben, veranlaßte ihn, die Disziplin zu wahren und auf den offenen Protest gegen den Krieg am 4. August zu verzichten. Nach einigen Tagen sah er ein, daß er einen großen Fehler begangen hatte. Er näherte sich Rosa Luxemburg, deren streng theoretisch festgelegte Linie seiner breiten suchenden Natur fremd war, und es entstand zwischen beiden, trotz aller Unterschiede der Wesensart, ein Bund auf Leben und Tod.

In den ersten Wochen des Krieges versuchen sie, sich an die Arbeitermassen zu wenden; die Regierung verbietet es. Liebknecht ist entschlossen, bei der zweiten Kreditabstimmung das Banner der Rebellion zu erheben. Er versucht, ein gemeinsames Vorgehen der 14 Abgeordneten, die in der Reichstagsfraktion gegen die Annahme der Kriegskredite auftraten, zu erreichen. Sie versagen. Liebknecht, dem die Feiglinge später vorwarfen, er handle nur aus Eitelkeit, um als einziger zu glänzen, rang bis zum letzten Augenblicke, um aus der Schar der wankenden Kollegen wenigstens zwei, wenigstens einen auf den Weg des gemeinsamen Kampfes mit sich zu ziehen. Es war ein Jammer, zu sehen, wie er, obgleich er alle Mittel der intellektuellen und moralischen Beeinflussung anwandte, doch in einer Fraktion von über hundert Mann keinen einzigen Menschen zu erschüttern, keinem beizubringen vermochte, daß es galt, mit allen faulen Kompromissen zu brechen. Es zeigte sich, wie sehr letzten Endes der Zusammenbruch der Führerschaft ein moralisches Problem war. Liebknecht blieb allein. Seine Züge verhärteten sich, ein bitterer Zug legte sich um seinen Mund. Er entschloß sich, allein vorzugehen, trog des Abratens der Freunde. In jener Stunde sah ich, wie in Liebknecht die letzten Zweifel zerrannen, wie sich in ihm die große moralische Kraft auslöste, die ihn bis zum Tode nicht verließ: die eiserne Entschlossenheit, den Weg dem Wiedererwachen des Sozialismus zu bahnen, selbst wenn es gelten sollte, alle Speere in der eigenen Brust aufzufangen.

Der Kampf um die in Schmutz getretene Fahne des Sozialismus wurde in der vollen Öffentlichkeit aufgenommen. Die gesamte Presse suchte ihn niederzuwerfen, teils durch Verleumdungen, teils durch Verkleinerung seiner Tat. Er sollte terrorisiert werden durch Drohungen und durch die Beeinflussung, daß er sich nutzlos opfere. Doch Tausende nahmen Stellung für ihn. Die Erklärung über die Motive seiner Sonderabstimmung wurde von tausend Arbeitern abgeschrieben und vervielfältigt; sie ging von Hand zu Hand, sie weckte das Verantwortungsgefühl und verband Männer und Frauen im Kampfe. Liebknecht wurde zum Mittelpunkt der entschiedenen Opposition. Ende Dezember 1914, als ich in die Schweiz kam, wurde es mir in vollem Umfange klar, wie fruchtbar seine Tat international wirkte. Sie war das erste weithin sichtbare Zeichen, daß es in Deutschland revolutionäre Kräfte gab. Lenin, dieser Mann ohne jede Phrase, der vielleicht am schärfsten die Tiefe des Zusammenbruchs der Internationale ausmaß, verstand sofort, daß der Entschluß, das Banner der Rebellion gegen die gesamte Fraktion zu erheben, eine Entscheidung war, die das Signal zu unvergänglichen Taten gab. Liebknechts Name wurde in der wachsenden Avantgarde des russischen Proletariats einer der geliebtesten, und nicht anders war es in Frankreich, in Italien. B a r b u s s e hat ihm in seinem „Feuer“ ein Denkmal gebaut, das des einzigen Deutschen, der wie ein Stern in der dunklen Nacht dem letzten Posten des französischen Sozialismus leuchtete ... Als im Oktober 1915 die ver-[16]sprengten Teile der kämpfenden Überreste der alten Internationale sich in Zimmerwald versammelten und Ledebour im Namen seiner Anhänger (der späteren Unabhängigen) auf Angriffe von links erklärte, es gäbe keine Fraktion Liebknecht, da rief ihm der besonnene Trotzki unter dem Beifall der Franzosen und Italiener zu: „Für uns gibt es n u r die Fraktion Liebknecht.“

Durch die Denunziationen der sozialpatriotischen Presse genötigt, in der Schweiz zu bleiben, sah ich Liebknecht in diesen Jahren nicht wieder. Aber aus jedem seiner Spartakusbriefe, aus jeder seiner „kleinen Anfragen“ schaute mir das im Kampfe verhärtete Gesicht entgegen. Er war bereit, die letzten Konsequenzen zu ziehen ... Auf einen konspirativen Brief, in dem wir ihn baten, sich nicht zu sehr zu exponieren, antwortete er mir auf einer Postkarte aus Litauen mit einem Worte seines geliebten Euripides:

„Und liebe die Sonne nicht zu sehr
und nicht zu sehr die Sterne!“

Er verschwieg die folgenden Worte des Dichters:

„und folge mir ins dunkle Grab.“

Denn jede Pose war ihm, dessen Leben eine heroische Tat wurde, fremd. Wer Liebknecht vor dem Kriege und während des Krieges kannte, der sah und konnte direkt mit Händen fassen, wie die unerhörte Verantwortung, die auf ihm lastete; aus einem frohen Menschen, der das Leben liebte und deshalb vielen vieles zu verzeihen verstand, einen eisernen, unerbittlichen Kämpfer schmiedete, wie ihn

die Zeit verlangte. Wer ihn vor dem Kriege und im Kriege kannte, merkte förmlich, wie sein Charakter sich metallisch verhärtete.

Als die Nachricht von seiner Verhaftung auf dem Potsdamer Platz kam, fragten viele Freunde im Ausland, weshalb er in seiner exponierten Stellung an Demonstrationen teilgenommen hatte. Viele sahen darin ein Zeichen großer innerer Erregung, die ein Führer zurückdämmen müsse. Was ihn aber auf die Straße getrieben hatte, war Pflichtbewußtsein. Das Vertrauen zu dem sozialdemokratischen Worte war, dank dem Verrat der Sozialdemokratie, so tief gesunken, daß, wer eine neue revolutionäre Macht bilden wollte, sich auf den geistigen Generalstabsdienst hinter der Feuerfront nicht begrenzen konnte. Der „Leichtsinn“ Liebknechts war tiefe Klugheit, und sein Zuchthausmartyrium hat für die deutsche Revolution mehr getan, als das „vorsichtige“ Wirken einer ganzen Partei tun konnte. Die Zelle des Armierungssoldaten Karl Liebknecht wurde zum Zentrum einer moralischen Kraft, die hinausströmte, das keine Isolierungskunst der Regierung eindämmen konnte. Das „Ich habs gewagt!“ schallte hinaus in die Welt, feuerte zur Nachahmung an.

Die russische Revolution brach aus. Die erste Armee des Imperialismus meuterte, die erste des Sozialismus begann sich zu bilden. Als wir in Brest-Litowsk mit dem Grafen Mirbach und dem General Hoffmann am Verhandlungstisch saßen, da sprachen wir über ihre Köpfe hinweg mit dem Zuchthaussträfling und den Seinen. Das deutsche Proletariat antwortete auf unseren Ruf. Der Januarstreik flammte auf. Keiner von uns nahm an, daß das der Sieg sei, daß der deutsche Imperialismus nachgeben würde, und trotzdem lehnte Trotzki jedes Kompromiß ab. Es galt, trotz der größten Gefahr, dem deutschen Proletariat zu zeigen, daß uns der deutsche Imperialismus zerschmettern könne, aber daß wir freiwillig mit ihm keine Kompromisse schließen würden. Später, als wir doch genötigt wurden, den Frieden zu schließen, das Brester Kreuz auf uns zu nehmen und zurückzuweichen, da fragten wir uns oft in Unruhe: verstehen [17] Liebknecht und die Seinen unsere Lage und unsere Taktik? Und Liebknecht erzählte mir später, welche Qualen er im Zuchthaus gelitten, als er gedacht habe, daß alle unsere Opfer nutzlos sein könnten, daß die deutsche Arbeiterklasse vielleicht nicht zeitig genug aufstehen würde, um sich mit uns zu verbinden. Er fürchtete, daß wir mit unseren Zugeständnissen zu weit gehen würden, und rief aus dem Zuchthaus seine Freunde an, zu handeln, damit uns der letzte bittere Kelch erspart bleibe.

Aus Angst vor der nahenden Revolution ließ ihn die am Rande des Bankerotts stehende Regierung des deutschen Imperialismus frei. Sein erster Gang war in die russische Botschaft. In der Nacht nach seiner Befreiung teilte uns Bucharin mit, Karl sei mit uns vollkommen einig. Die Freude der russischen Arbeiter über Liebknechts Befreiung läßt sich nicht aussprechen. Hätte er damals zu uns kommen können: kein König wäre jemals so empfangen worden, wie Liebknecht von den russischen Arbeitern empfangen worden wäre.

Als ich Ende Dezember nach Deutschland kam und nach vier Jahren Liebknecht die Hand wieder drücken konnte, sagte er ruhig, ohne die geringste Enttäuschung: „Wir sind erst am Anfang, der Weg wird noch lang sein.“ Und wir waren mit Rosa Luxemburg und ihm einig, daß man die Entfernung bis zum Ziele nur abkürzen kann durch unermüdliche Agitation, Propaganda und Aktion. Wer miterlebt hat, wie die beiden vom frühen Morgen bis zum späten Abend arbeiteten, wie sie entschlossen die letzten Bande zerschnitten, die sie mit der Welt der Halbheit noch verbanden, indem sie die Kommunistische Partei Deutschlands gründeten, wer es miterlebte, wie sie inmitten des revolutionären Taumels die eigenen Anhänger warnten, der konnte tiefes Vertrauen zur kommunistischen Bewegung fassen.

Liebknecht sollte die neue Zeit nicht erleben. Die erste Welle der proletarischen Revolution trug ihn weiter, als er wollte, riß ihn mit sich. Im Sturm sah er die Entfernung nicht genügend scharf. Als der Januaraufstand niedergeworfen war und die sozialpatriotische Regierung nach ihm fahndete, wagte niemand, ihm den Gedanken an die Flucht nahezulegen, obwohl es klar war, daß seine Verhaftung Todesgefahr barg. Er wollte sich der Pogromhetze entgegenwerfen. An dem Tage, an dem ihn die Mörderkugel erreichte, regte er den Gedanken an, in den nächsten Tagen öffentliche Versammlungen einzuberufen. Da fiel er in die Hände der Schergen, die in ihm und Rosa Luxemburg die deutsche

Revolution treffen wollten. Er fiel im Kampf, in seiner ersten Phase, voll Zuversicht und Siegesbewußtsein. Er fiel, wie er lebte: in der Kampfstellung gefangen genommen.

Und wir, die wir ihn nahe kannten in seinen Vorzügen und Schwächen, die wir den unermeßlichen Verlust verstehen, den die Revolution erlitten hat, da aus ihren Reihen dieser eiserne Kämpfer gerissen wurde, wir sagen an seinem Grabe: „Für uns wird er ein Muster sein, für die Treue dem Sozialismus gegenüber, für den Opferwillen und für den Mut, ohne den die Revolution nicht siegen kann!“

Liebknecht beseelte die tiefe Einsicht nicht nur in die objektive Notwendigkeit des Kommunismus, sondern die noch tiefere persönliche Sehnsucht nach dem vollen harmonischen Leben, das nur auf dem Boden des Kommunismus möglich ist, und diese Sehnsucht entsprang einer unermeßlichen Liebe und Güte, einem Mitgefühl mit jeder leidenden Kreatur, einer Hilfsbereitschaft, ohne die der Sozialismus ein Schemen ist. Die Öffentlichkeit kennt nur Liebknecht den heroischen Kämpfer. Breite Kreise der Proletarier, die sich an ihn als Rechtsanwalt wandten, die bei ihm [18] menschliche Hilfe fanden, liebten ihn als Menschen. Der Kämpfermut Liebknechts war die Vereinigung seiner Liebe zu jedem Menschen und der Einsicht, daß in der Zeit, in der wir leben, man nicht helfen kann dem individuellen Leid, ohne den Kampf auf Leben und Tod für den Sozialismus zu beginnen. „In diesem jetzt einsetzenden Kampfe fiel er. Und ihm werden Tausende in den Märtyrertod folgen, bis die nackte, hungernde, mit Wunden bedeckte Menschheit ihrer Märtyrer in Liebe zu gedenken Muße haben wird. Soldat der Revolution nannte sich sein Vater. Karl Liebknecht ist die Ehre zugefallen, diesen Titel im Kampfe durch seinen Tod zu erwerben. Die Sowjetrepublik hat für ihre tapfersten Söhne das Zeichen des „Roten Sternes“ gestiftet. Leget es am Grabe Liebknechts nieder, und möge jeder unserer Freunde keine größere Ehre kennen als die, durch die Erringung dieses Zeichens sich Karl Liebknechts Geiste anzunähern, der den Weg ging, den wir bis zu Ende schreiten wollen, auch wenn jeder von uns den Roten Stern sich erst auf der Bahre erwerben sollte.

*

Die theoretische Arbeit Rosa Luxemburgs.

Von A. Thalheimer.

Unter den Kolbenhieben eines halbidiotischen Werkzeuges der Gegenrevolution erlosch am 14. Januar 1919 das genialste Hirn, das seit Marx und Engels in der internationalen Arbeiterbewegung gewirkt hat. Die Ludendorff und Lüttwitz lenkten den Arm, der Rosa Luxemburg niederschlug, die Scheidemänner inspirierten ihn. So endete eine Laufbahn, die begonnen hatte in der alten Sozialdemokratie, damit, daß dieselbe Sozialdemokratie sie durch Mörderhand abbrechen ließ. Nicht so brutal und mörderisch, aber theoretisch und praktisch um so schärfer und schneidender war der Gegensatz Rosa Luxemburgs zu den Weggenossen von einst, den Kautsky, Hilferding usw. geworden. Von den alten theoretischen Führern der alten Sozialdemokratie waren es allein Franz Mehring und Klara Zetkin, die mit ihr zusammen den Weg bis zu Ende gingen, diese beiden allerdings die originalsten Köpfe und die stürmischsten Temperamente der deutschen Sozialdemokratie. Diese Entwicklung bedarf der Erklärung.

Der gemeinsame Boden der Marxistischen Theorie, auf dem Rosa Luxemburg von Beginn ihres Wirkens in der deutschen Sozialdemokratie mit den Kautsky usw. zu stehen schien, war in Wirklichkeit nur scheinbar. Die theoretischen Differenzen, die sich im Laufe der Zeit entwickelten, lagen begründet in der Verschiedenheit der Ausgangspunkte von Anfang an. Die Gründe dafür liegen nicht nur darin, daß Rosa Luxemburg der originalste und kritischste Kopf war, den die Marxistische Theorie seit den 90er Jahren besaß, sondern auch in dem verschiedenen sozialen und politischen Milieu, der ihr Mutterboden war. Die Kautsky, Hilferding usw. sind die echten Sprößlinge der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Stagnationsperiode von 1890–1914. Rosa Luxemburg wurzelte nicht nur in der Marxschen Theorie, – ein Boden, der beiden gemeinsam war, nur abstrakt genommen – sie wurzelte auch in der polnischen und russischen Bewegung, deren Charakter grundverschieden war von der der deutschen. Das was die Wirkung des deutschen Milieus auf die Kautsky, Hilferding usw., war das, was Rosa Luxemburg später Epigonentum und Offiziösentum der Theorie nannte. Es war die Ausdeutung der Theorie im Sinne der [19] parlamentarisch-gewerkschaftlichen Praxis und die Verlegung

des revolutionären Elements des Marxismus in die Wolkenhöhe der Spekulation. Die Kautsky, Cunow usw. wußten vortreffliche Analysen der Klassenkämpfe und der Gesellschaftsformationen der Vergangenheit zu liefern – von der Untersuchung der Gesellschaft der Australneger, bis zur Analyse der großen französischen Revolution – sie entwarfen mit deutscher Gründlichkeit ausgeklügelte Konstruktionen der Klassenkämpfe und der sozialen Gesellschaft der Zukunft, waren aber unfähig, die Klassenkämpfe der Gegenwart in ihrem Übergang von der Stagnations- zur revolutionären Periode theoretisch zu führen. Der Marxismus befähigte sie wohl, dem Reformismus der Bernstein, Schippel usw. siegreiche kritische Schlachten zu liefern; aber diese theoretische Siege waren stetig begleitet von ebenso vielen praktischen Niederlagen im politischen Kampf.

Der Revisionismus war zu Beginn des 20. Jahrhunderts mausetot, aber praktisch eroberte er eine Position in der Partei nach der andern. In der theoretischen Führung des praktischen Kampfes schmiegten sich die Kautsky um so mehr der reaktionären Praxis des Revisionismus an, je mehr sie an Boden innerhalb der Partei gewann. Diese Entwicklung endete folgerichtig damit, daß heute die Kautsky, Hilferding usw. die inoffiziellen Theoretiker und Wortführer der Scheidemann-Partei geworden sind. Die Kautsky, Hilferding, die Bauer und Renner haben in den theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus der Partei wichtige Dienste geleistet. Sie haben vor allen Dingen die marxistischen Methoden und die Resultate der marxistischen Forschung in kleine Münze umgesetzt. Die Popularisierung, ja Vulgarisierung des Marxismus ist ihre historische Leistung, der sie ihren internationalen Ruf verdanken. In ihren Händen wurde die marxistische Theorie kursfähig in der Arbeiterbewegung; aber was sie an Ausdehnung gewann, das verlor sie an Tiefe. Die Theorie in ihren Händen wurde platt, unselbständig, unkritisch gegenüber Marx selbst. Es entstand so das Marx-Pfaffentum, das auf die Worte des Meisters schwur, aber von seinem Geist verlassen war. Entsprechend dem Gehalt war die literarische Form: pedantisch, ledern, schulmeisterlich.

Es ist charakteristisch für Rosa Luxemburg, daß gleich ihre erste theoretische Arbeit einen selbständigen kritischen Charakter gegenüber der von Marx und Engels vertretenen Auffassung trug. Es ist das ihre Doktorarbeit über Polen. Nach streng marxistischer Methode gearbeitet, mit der Sorgfalt und umfassenden Stoffkenntnis ausgestattet, die alle ihre Arbeiten kennzeichnen, unterwarf sie die Resultate des Marxschen Denkens über das polnische Problem, die einer völlig verschiedenen geschichtlichen Lage entsprangen, einer Kritik, die diese Lösung aufhob und eine neue Lösung aus den neuen Verhältnissen entwickelte und so zugleich die theoretische Grundlage schuf für die Politik der sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens.

Von demselben Charakter sind die Arbeiten, mit denen Rosa Luxemburg zuerst in der deutschen Bewegung auftrat: die Aufsätze in der „Neuen Zeit“ über die Türken-Politik. Wilhelm Liebknecht und die offizielle Partei übertrugen wortgetreu von Marx die Türken-Politik der 60er Jahre auf die türkische Politik der 90er Jahre. – Rosa Luxemburg zeigte, daß die historischen Bedingungen dieser Politik nicht mehr vorhanden waren. Sie entwickelte mit dialektischer Meisterschaft die Grundzüge der neuen politischen Haltung, die die neuen politischen Verhältnisse erforderten. Es folgten dann die großen theoretischen Turniere mit den Revisionisten, und hier schlug Rosa Luxemburg die glänzendste und schärfste [20] Klinge. Ihre Aufsäße und Arbeiten aus dieser Zeit sind die einzigen, die heute noch lesenswert sind, weil sie die einzigen sind, die zugleich neue theoretische Resultate enthalten, die die Marxistische Theorie in ihrer Anwendung auf die politischen Aufgaben der Gegenwart selbständig weiter entwickeln. Die wichtigsten ihrer Arbeiten sind gesammelt in der kleinen aber inhaltsreichen Schrift: Reform oder Revolution.

Eine hervorragende Rolle spielte Rosa Luxemburg auch in der Auseinandersetzung mit dem Millerandismus in Frankreich. Die Kritik dieser Taktik nahm vorweg die Kritik der Taktik der Scheidemänner.

Um die Wende des 20. Jahrhunderts traten in Deutschland mehr und mehr in den Vordergrund die imperialistischen Züge der bürgerlichen Politik. An der Beurteilung des Imperialismus entwickelten sich die theoretischen und dann auch die praktischen Gegensätze innerhalb der alten Sozialdemokratie. Das marxistische Zentrum, geführt von Kautsky, schied sich theoretisch ab von dem

linksradikalen Flügel, dessen theoretische Wortführerin Rosa Luxemburg war. Mit dem Imperialismus trat in der Entwicklung eine neue Phase ein, die von Marx und Engels noch nicht erlebt und auch noch nicht theoretisch bewältigt worden war. Die marxistischen Epigonen blieben hilflos gegenüber dieser Entwicklung, während die politische Praxis der Partei sich Schritt für Schritt in die Netze der imperialistischen Politik verwickelte. Der Imperialismus erschien den Kautsky und Konsorten nicht als eine notwendige Phase und zwar die Endphase des Kapitalismus, sondern nur als eine Schrulle vereinzelter bürgerlicher Schichten, als eine Laune, über die die Geschichte zur „normalen" kapitalistischen Praxis übergehen werde. Daher ihr Zurückfall in den Pazifismus, in die Illusionen der bürgerlichen Demokratie von anno dazumal. Das Anschwellen der imperialistischen Bewegung äußerte sich in Deutschland in der objektiven Verschärfung der Klassengegensätze, in der wachsenden Aussichtslosigkeit des Nur-Parlamentarismus und des Nur-Gewerkschaftertums. Das Problem der Massenaktion, des Massenstreiks auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet wurde aktuell. An diesem Problem mußte sich zeigen, ob der Marxismus imstande war, die theoretische Führung und Weiterentwicklung der politischen Kampfmethoden in die Hand zu nehmen oder nicht. An der Frage des Massenstreiks schieden sich daher zuerst die Wege zwischen dem Marx-Epigonentum und der selbständigen Anwendung des Marxismus, zwischen dem Marxismus, der in der Vergangenheit lebte und die Zukunft ausmalte und dem Marxismus, für den die Theorie Leitfaden in den Kämpfen der Gegenwart war. Diese Trennung trat ein 1910 im Kampf um den Massenstreik für das Preußische Wahlrecht. Die Kautsky usw. entschieden sich in der Praxis für den Nur-Parlamentarismus der offiziösen Partei. Sie wurden die theoretischen Apologeten der imperialistisch verseuchten und erstarrten Partei-Praxis. Der Massenstreik selbst, dessen erste Anwendung auf großer geschichtlicher Stufenleiter das russische Proletariat von 1905 geliefert hat, wurde in ihren Händen ein wesenloses, pedantisches Schema, über das sie dicke Bücher schrieben, die kein Mensch heute mehr lesen kann. Rosa Luxemburg erfaßte die erste geschichtliche Anwendung des Massenstreiks dialektisch und geschichtlich. Ihre kleine Schrift über „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft", die die Lehren aus der russischen Revolution zog, ist ein glänzendes historisches Bild, gleich meisterhaft der Form wie dem Inhalt nah, und sie ist gleichzeitig mehr als historisch, nämlich die Grundlegung für die politische Kampfmethode, die die Verschärfung der Klassengegensätze in Westeuropa unter dem Druck des Imperialismus erforderte.

[21] Neben diesen Arbeiten und der lebendigen Teilnahme an der Agitation und der Propaganda der Partei gingen bei Rosa Luxemburg die Schulung der besten Köpfe der deutschen Arbeiterbewegung in der Parteischule. Sie machte dort die marxistische Ökonomie den Arbeitern zugänglich. Auch dabei zeigte sich ihre Eigenart darin, daß sie mehr bestrebt war, neue Fragen anzuregen, das Denken in Bewegung zu setzen, als fertige Formeln den Schülern einzutrichtern. Eine Reihe der besten Kräfte, über die die kommunistische Bewegung heute in Deutschland verfügt, sind aus dieser Schule hervorgegangen.

Die theoretische Hauptarbeit Rosa Luxemburgs ist „Die Akkumulation des Kapitals", erschienen 1912. Diese Arbeit vollbrachte das, was das dringendste Bedürfnis der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung war, die theoretische Bewältigung des geschichtlichen Wesens des Imperialismus auf Grund einer strengen ökonomischen Analyse.

Die Arbeit gab den Schlüssel zum Imperialismus. In der glänzend gehandhabten Waffe der marxistischen Ökonomie löste sie kritisch Resultate auf, zu denen Marx in bezug auf die Akkumulation gelangt war und entwickelte weiter, was bei Marx fragmentarisch und widerspruchsvoll geblieben war.

Es ist selbstverständlich, daß diese Arbeit, die eine Reihe von marxschen Resultaten umwirft, aber erst dadurch der Marxistischen Ökonomie in ihrer Anwendung auf die Probleme der Gegenwart zum Siege verhelfen konnte, sofort ins Feld rief den erbitterten Widerstand der Marxpfaffen, die auf jede Formel und jeden Buchstaben schwuren, aber unfähig waren, auch nur das Geringste an selbständiger Entwicklung der Ökonomie zu leisten.

Die Plattheit, gepaart mit Unverschämtheit dieser Kritiken kann man heute wieder nachlesen, wenn man sich die Mühe nimmt, aber es ist nicht der Mühe wert. Rosa Luxemburg hat mit dem Marx-

Epigonen abgerechnet in einer kritischen Arbeit, die sie im Gefängnis schrieb und die demnächst veröffentlicht werden soll.

Aber auch bei guten marxistischen Köpfen stieß „Die Akkumulation des Kapitals“ zunächst auf Widerspruch und mangelhaftes Verständnis. Diesen wird die neue Arbeit gegen die Kritiker der Akkumulation willkommen sein, die den Stoff in der einfachsten, durchsichtigsten und geschlossensten Art noch einmal darstellt. „Die Akkumulation des Kapitals“ erschien kurz vor Ausbruch der durch den Imperialismus hervorgerufenen Weltkatastrophe. Sie erschien also gerade zur rechten Zeit.

Während des Krieges schrieb Rosa Luxemburg die Junius-Broschüre, die schärfste und tiefste Analyse der Kriegsursachen, des Charakters des Krieges und zugleich die Entwicklung der revolutionären Politik der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Krieg. Die Dritte Internationale, die heute eine praktische Tatsache ist: ihre Grundlinien, ihre Taktik wurden theoretisch vorgezeichnet in den Leitsätzen über die Internationale, die der Junius-Broschüre angehängt sind. Im Kampfe selbst während des Krieges übernahm Rosa Luxemburg die theoretische Führung, insbesondere die Kritik der Halbheiten der Unabhängigen, ihrer pazifistischen Illusionen und ihrer praktischen Unzulänglichkeiten.

In der Revolution, die sie aus dem Gefängnis befreite, war keine Zeit zu langwierigen theoretischen Untersuchungen; es handelte sich um Marxistische Praxis. All die Kampflosungen des Tages wurden von Rosa Luxemburg entscheidend bestimmt. Ihre überlegene Autorität, ihr rascher und sicherer Blick gaben ihr von selbst die Führung in die Hand.

[22] Rosa Luxemburg schließlich war es, die das Programm des Spartakusbundes entwarf. Eine Reihe von Arbeiten, kleinere und größere, sind noch nicht veröffentlicht. Wir wissen nicht, ob wir in diesen stürmischen Tagen die Zeit dazu finden werden.

Der Tiefe und Schärfe des theoretischen Gedankens entsprach bei Rosa Luxemburg die Klarheit, der Glanz, die Kraft, die Lebendigkeit des Stils. Ihre in deutscher Sprache geschriebenen Arbeiten gehören zu den Denkmälern der deutschen Literatur. Ihr Stil war so eigenartig, so selbstständig, wie der Geist, aus dem heraus er geboren wurde: dialektisch geschmeidig, bildkräftig, packend; er vereinigte die strengsten wissenschaftlichen mit den höchsten künstlerischen Qualitäten. Mit der Gewissenhaftigkeit und Unermüdlichkeit, mit der Rosa Luxemburg am Inhalt arbeitete, arbeitete sie an ihrem Ausdruck, der literarischen Form.

Mitten im revolutionären Wogendrang ist es nicht möglich, die theoretische Arbeit Rosa Luxemburgs einer umfassenden Darstellung zu unterziehen. Wir haben uns genügen lassen, ihren Grundcharakter, den Charakter der Selbständigkeit, der Ursprünglichkeit, des revolutionären Willens, darzustellen.

Dieser Geist, der alle Arbeiten Rosa Luxemburgs beseelt, das war derselbe Geist, der die Arbeiten eines Marx und Engels beseelte. Die Kritik Marxscher Resultate wurde von ihr geübt mit der lebendig und selbständig erfaßten Marxschen Methode. Dieser Geist wird leben und Früchte tragen, bis er Fleisch geworden ist in der Wirklichkeit.

Rosa Luxemburg durfte nicht mehr schauen, wie der Gedanke, das Wort, Fleisch wird. Sie fiel im Kampfe – in voller Geistesfrische, gewaltige Aufgaben noch vor sich.

Die Bewegung selbst in ihrer Gesamtheit muß mühsam und tastend den Weg finden, den ein genialer Kopf wie Rosa Luxemburg nicht mehr erhellt. Aber nur so, durch den geschichtlichen Zwang, der der Vorhut der revolutionären Arbeiterschaft auferlegt ist, selbst den Weg zu finden, wird diese Vorhut sich die nötige Kraft erwerben können, die sie ihrer Aufgabe gewachsen macht.

*

Der Parteitag der Unabhängigen.

Von A. S t r u t h a h n .

I.

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands bedeutet e i n e n M a r k s t e i n in der Entwicklung der proletarischen Weltrevolution. Er bedeutet den Übergang großer proletarischer

Massen Deutschlands, des Hauptstamms der deutschen Arbeiterklasse, auf den Boden des Kommunismus.

Die Unabhängige Sozialdemokratie entstand im Kriege. Sie war das Produkt des Erwachens breitester Schichten des Proletariats, die im Jahre 1914 im nationalistischen Taumel, im Gefühl der Ohnmacht dem rasenden Imperialismus gegenüber den Sozialpatrioten folgten, die aber allmählich den Glauben an die Gerechtigkeit des imperialistischen Krieges verloren und in Opposition zum Imperialismus traten. Ihre Opposition war schwächlich. Sie waren gegen den Krieg, für den Frieden; aber sie wagten noch nicht daran zu denken, die Sache des Friedens in ihre Hände zu nehmen. Sie trauten sich nicht zu, das Bürgertum überwinden zu [23] können. Sie dachten nur daran, durch den Protest gegen den Krieg, durch den Druck auf das Bürgertum die Weltbourgeoisie zur Verständigung zu nötigen. Es handelte sich dabei nicht nur um die psychologische Unfähigkeit dieser Massen, angesichts der großen siegreichen Maschinerie des kapitalistischen Staates, angesichts der vollkommenen Zertrümmerung der Internationale an die Möglichkeit des Sieges zu glauben, die Mattheit der Opposition dieser Massen hatte tiefe soziale Wurzeln. Die Bourgeoisie suchte während der Kriegszeit das Kanonenfutter gut zu stimmen. Die Einreihung von Millionen Arbeitern in die Armee hob die Konkurrenz der Arbeiterhände auf dem Arbeitsmarkt auf. Die Rüstungsindustrie, die uneingeschränkte Profite machen konnte, suchte durch hohe Löhne die tüchtigsten Arbeiter und Arbeiterinnen heranzuziehen. Wenn also die Anstrengung bei der Munitionsarbeit, die wachsende Teuerung, die Gefahr der Einberufung zum Militär die Friedenssehnsucht in den Massen stärkte, so arbeiteten der Mißstimmung des Proletariats die hohen Löhne und die Furcht, für die Opposition mit dem Militärdienst bestraft zu werden, dem Aufkommen einer scharfen revolutionären Stimmung unter den großen Massen der Arbeiterschaft entgegen. Diese halbe, unentschlossene Unzufriedenheit drückte ein Teil der sozialdemokratischen Führerschaft aus, indem er nach anfänglich vollkommenem Versagen im Jahre 1914 ein Jahr später offen den imperialistischen Charakter des Krieges, die Unvereinbarkeit der sozialpatriotischen Politik mit dem Sozialismus aufzudecken begann. Wenn diese Massen unentschlossen waren, so waren aber diese Führer doppelt unentschlossen. Sie gehörten fast durchweg zur älteren Generation, die in friedlicher Organisations- und parlamentarischer Arbeit aufgewachsen war. Sie glaubten nicht an die Revolution, sie waren zu sehr in ihrem persönlichen Leben verbürgerlicht, als daß sie hätten versuchen können, mit ihren Leibern ihr den Weg zu ebnen. Sie drückten die oppositionelle Stellung der Massen insoweit aus, inwieweit sie dadurch nicht genötigt wurden, mit den Sozialpatrioten, d. h. mit der Bourgeoisie zu brechen. Zuerst wagten sie nur, in geheimen Parteikonventikeln gegen die verräterische Politik der sozialdemokratischen Partei zu protestieren. Als die steigende Oppositionsstimmung der Masse sie weiterdrängte, wagten sie sich auf die parlamentarische Tribüne um dort nach langem Zögern und Wanken die Kriegskredite abzulehnen. Aber selbst wenn sie genötigt waren, illegal zu den Massen zu sprechen, wagten sie nicht, ihnen den Weg der Revolution zu zeigen, an die sie nicht glaubten. Auch ihre illegale Agitation war durch zwei Gesichtspunkte beherrscht: Kampf um die Verständigung der bürgerlichen Regierungen untereinander und der Unwille zum Bruch mit den Sozialpatrioten. Alle weitergehenden revolutionären Bestrebungen, jede Propaganda der Weltrevolution als der einzigen, den Interessen des Proletariats entsprechenden Lösung der großen Weltkrise des Kapitalismus schien ihnen romantisch zu sein. Die Propaganda des Bruchs mit den Sozialpatrioten, ohne die eine revolutionäre Politik unmöglich war, schien ihnen ein Verrat am Proletariat zu sein, eine Zersplitterung, Schwächung. Denn wie sie an die Möglichkeit der Verständigung der Bourgeoisie untereinander glaubten, so glaubten sie an die Möglichkeit der Rückkehr der verirrten sozialpatriotischen Brüder zum Sozialismus. Der Weltkrieg war für sie eine Episode. Sogar als im Jahre 1917, nach dem Eintritt Nordamerikas in den Weltkrieg es offensichtlich war, daß der Traum vom Verständigungsfrieden ausgeträumt war, war nur ein kleiner Teil dieser Führer bereit, das durch die Teuerung, durch die weitergehende Schraube der militärischen Einziehungen immer unzufriedener gewordene Proletariat zum offenen revolutionären Kampfe auf-[24]zufordern und zu organisieren. Die Mehrheit der unabhängigen Führer verschärfte nur ihre parlamentarische Taktik und als es dadurch zum Bruch zwischen ihnen und den Sozialpatrioten im Parlamente kam, waren noch die ausschlaggebenden Führer dieser Opposition gegen die Bildung einer selbständigen sozialistischen Partei. Sie bildeten sie unter dem Drucke von unten, nachdem ein Teil der Massen erkannt hatte, daß

die Sozialpatrioten nichts anderes sind, als die Einpeitscher der Bourgeoisie. In den Munitionsstreiks und Volksunruhen, die dank der zunehmenden Teuerung entstanden, faßten diese Führer ihre Rolle so auf, daß sie als ihre Aufgabe ansahen, nach Erreichung irgendwelcher Zugeständnisse, den Kampf abzubrechen. Die Revolution kam in Deutschland nicht als proletarische Erhebung, sie kam als Versagen der entkräfteten weißgebluteten Soldatenmasse, die nicht mehr imstande war, länger zu kämpfen. Die moralische Zermürbung der Massen war nur zu einem sehr geringen Teil das Resultat der bewußten revolutionären Agitation der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie. Noch in der Zeit des Zerfalls des deutschen Imperialismus, kurz vor seiner Kapitulation, waren die maßgebenden Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie gegen jedes revolutionäre Vorgehen. Die Haase und Dittmann sahen in den Bemühungen der Däumig und Müller, um gar nicht von den Bemühungen Liebknechts zu sprechen, nichts anderes als ein Abenteuer. Als auf die Revolte der Matrosen in Kiel, – auf den Anschluß der andern Hansastädte in Berlin die Regierung kapitulierte, nicht vor einem Aufstande des Proletariats, sondern vor dem erst einsetzenden Massenstreit, da haben diese Führer nur einen Gedanken gehabt: den an den möglichst schnellen Friedensschluß, möglichst schnelle „Einführung der Ordnung“, damit das siegreiche Ententekapital sich bereitfinde, mit ihnen zu verhandeln. Weil sie kein anderes Ziel verfolgten als die Sozialpatrioten, mußten sie sich mit ihnen trotz der langjährigen Anklage in der Politik zusammenfinden. Die Führer der Unabhängigen sahen ebenso wie die Führer der Sozialpatrioten in der bürgerlichen Demokratie das Mittel des endgültigen Sieges des Proletariats. Diesen Sieg selbst stellten sie sich als möglich vor nur in der Periode eines wirtschaftlichen Aufblühens, wenn der Kapitalismus dem Proletariat sozusagen volle Schüsseln vorsetzt. Daß der Sozialismus als die Ordnung kommen kann, die ein in tiefe Not geratenes Arbeitervolk sich im bittersten Kampf schafft, durch die Not eben zur Eroberung der politischen Macht, zur Expropriation der Expropriateure getrieben, war für sie unfaßbar.

Da der Krieg Deutschland wirtschaftlich sehr geschwächt hat, da Mangel an allem herrschte, so glaubten sie nicht an die Möglichkeit der sozialistischen Organisation der Gesellschaft. Sie standen wie die Scheidemänner auf dem Standpunkt: „man könne die Not nicht sozialisieren“, man müsse zuerst die Produktion aufbauen, und erst dann komme die Frage in Betracht, wer sie leite. Daraus ergab sich, daß die Unabhängigen wie die Sozialpatrioten bereit waren, die durch den Zusammenbruch des Imperialismus der Arbeiterklasse zugefallene Macht mit der Bourgeoisie zu teilen. Wenn die Unabhängigen es nicht so offen erstrebten wie die Scheidemänner, so nur, weil wieder der Druck der hinter ihnen stehenden revolutionären Arbeiter ihnen diese Offenheit nicht erlaubte. Aber die Heranziehung der sogenannten Fachminister aus den Reihen der Bourgeoisie, über welche eine Regierung der Volksbeauftragten stand, war in Wirklichkeit nichts anderes, als eine verdeckte Form der Koalition mit der Bourgeoisie, eine desto gefährlichere, weil sie den Blicken der Massen vertuscht werden sollte. Und als es zu entscheiden galt, ob die Arbeiterklasse die ihr zugefallene Macht behalten und zur Durchführung des Sozialismus [25] rücksichtslos ausnutzen soll, halfen die Führer der Unabhängigen den Scheidemännern und der Bourgeoisie wider das Proletariat. Die entschieden sich für die Nationalversammlung, das heißt für die Bourgeoisie, und die unabhängigen Arbeiter fühlten sich von den eigenen Genossen in der Regierung verraten. Ihre Dezemberdemonstration richtete sich ebenso gegen Ebert-Scheidemann, wie gegen die Haase, Dittmann und Barth. Unter dem Druck dieser Demonstration schieden die Unabhängigen aus der Regierung aus und gingen zur Opposition über. Die Opposition der unabhängigen Arbeitermassen bestand darin, daß sie immer stürmischer gegen die nun offen kapitalistische Regierung kämpften, daß sie mit ihren Leibern die Straßen der Städte deckten, daß sie in den Gefängnissen für die Sache der Räterepublik litten, die zur Sache ihres Herzens geworden war. Die Mehrheit der unabhängigen Führer machte den Sozialpatrioten und der Bourgeoisie „Opposition“, indem sie die Arbeitermassen zu verwirren und ihnen einzureden suchten, die siegreiche Bourgeoisie werde mit ihnen die Macht teilen, sie werde neben der Nationalversammlung den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte als mitentscheidende Macht zuzulassen. Das Märzprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie, das die Verdoppelung der Arbeiterräte mit der Nationalversammlung befürwortete, war der krasseste Ausdruck der Rolle des alten Führertums der Unabhängigen Partei: die Rolle des Wellenbrechers in der proletarischen Revolution, die Rolle des letzten Irreführers der unabhängigen Arbeitermassen. Inzwischen gingen neue Monde ins Land. Die

Herrschaft der „Demokratie“ entpuppte sich als die Herrschaft der Dreieinigkeit der Artillerie, Kavallerie und Infanterie. Die Sozialisierung entpuppte sich als die vollkommene Auslieferung des deutschen Wirtschaftslebens an die Hyänen des Kapitals, das Schiebertum und Spekulantentum. Die Bourgeoisie entwaffnete die Arbeiter, drosselte die Arbeiterräte ab, die Nationalversammlung wurde zur Kulisse der Herrschaft der Macher der Bourgeoisie und des sozialdemokratischen Beamtentums, hinter welchem die Fraßen der Schieber, der Strauß und Sklarz als der Nutznießer und der Dirigenten hervorguckten. Die Unabhängigen Arbeitermassen verstanden die Zeichen der Zeit. Immer entschiedener lehnten sie die Illusion ab, als könnten sie sich befreien und zur Herrschaft gelangen durch) ein Kompromiß mit der Bourgeoisie. Keine Niederlage und kein Opfer, das sie tatsächlich bringen mußte, minderte ihre Kampfeslust, und alle Künste der rechten Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie konnten sie nicht in dem Rahmen der „alten bewährten“ nur-parlamentarischen und rein-gewerkschaftlichen Taktik zurückhalten. Desto mehr, als die unabhängigen Arbeitermassen gegen die alten opportunistischen Führer neue auf das Schild erhoben: die Däumig, Stöcker, Kurt Geyer, Braß, die sich noch im Klärungsprozeß befinden, aber zweifelsohne von dem Willen beseelt sind, den Kampf des Proletariats bis zu Ende zu kämpfen, mit der Arbeiterklasse bis zu Ende zu gehen. Der letzte Parteitag der Unabhängigen, der mit einer Annahme des Programms der Rätediktatur endete, einen Teil der rechten Führer aus der Parteileitung herausdrängte, dieser Parteitag ist ein Sieg der unabhängigen revolutionären Arbeitermassenüber die schwankenden opportunistischen Führer und dieser Sieg der unabhängigen Arbeitermassen ist ein außerordentlich wichtiges Merkmal in der Entwicklung der Weltrevolution und der deutschen Revolution insbesondere. Es wäre der größte Fehler, aus irgendwelchen fraktionellen Gründen die Augen davor zu schließen, daß die Unabhängigen auf dem Wege sind, eine kommunistische Partei zu werden; aber ebenso verfehlt wäre es, davor die [26] Augen zu schließen, daß der Sieg der kommunistischen Arbeiter über die opportunistischen Führer noch nicht endgültig ist, daß noch die Gefahr droht, diesen Führern könnte es gelingen, diesen Sieg zu eskamotieren, die kommunistischen Arbeitermassen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu verwirren. Die Verhandlungen über das Verhältnis der Unabhängigen zu der kommunistischen Internationale zeigen am besten die Unvollständigkeit des Sieges und die Probleme, die sich aus ihr für die kommunistische Partei Deutschlands und für die kommunistischen Arbeitermassen der Unabhängigen Sozialdemokratie ergeben.

II.

Das Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie zu den Fragen der Internationale spiegelte während der ganzen Kriegszeit ihr Verhältnis zu den inneren Fragen wieder, ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staate. Solange die Unabhängigen noch Mitglieder der alten sozialdemokratischen Partei waren, solange sie ihre Opposition gegen den Krieg nur in unschuldigen Protesten ausdrückten, konnten sie im besten Falle auf internationalem Boden die Verständigung mit den anderen schwankenden Parteien der Internationale zwecks Drucks auf die Bourgeoisie erstreben, um auf diese Weise einen sogenannten Verständigungsfrieden zu erlangen. Nach Zimmerwald kamen Mitglieder der Unabhängigen Partei als Vertreter von Einzelorganisationen, nicht des Zentralvorstandes. Sie suchten dort jede entschiedene revolutionäre Stellungnahme zu verhindern. Georg Ledebour bekämpfte in der entschiedensten Weise nicht nur die Forderung der Bolschewiki nach einem klaren revolutionären Programm, sondern lehnte es sogar ab, sich durch die internationale Konferenz zur Ablehnung der Kriegskredite verpflichten zu lassen. In den Fragen der Organisation der revolutionären Kräfte bekämpften die Unabhängigen auf das energischste jeden Schritt, der den Bruch mit den Sozialpatrioten als dauernd fixieren konnte. Als es sich darum handelte, auf der zweiten Zimmerwalder Konferenz die Stellungnahme der Zimmerwalder Bewegung zu den Fragen, vor die der Krieg das Proletariat gestellt hat, zu den Fragen der revolutionären Kampfform, zu den Fragen des Pazifismus festzulegen, waren es wieder die Unabhängigen, die mit allen Mitteln zu verhüten suchten, daß man irgendwie die zukünftige wieder aufzubauende Internationale festlegen könnte. Nach dem Ausbruch der russischen Revolution suchte die Mehrheit der unabhängigen Führer in erster Linie die Verständigung mit den russischen sozialpatriotischen Führern, ja, viele von ihnen begrüßten sogar die hinter dem Rüden des

russischen Proletariats auf Geheiß des Ententekapitals begonnene Offensive. Eine Offensive, die gleichzeitig gegen den deutschen Imperialismus wie das russische Proletariat gerichtet war. Eben weil sie an den Sieg der Revolution in Deutschland aus eigenen Kräften des deutschen Proletariats nicht glaubten, ersehnten sie die Befreiung vom deutschen Militarismus durch den Militarismus der Entente. Und sogar die von ihnen – wie Georg Ledebour –, die teils aus Patriotismus, teils dank ihrem revolutionären Temperament nicht in der deutschen Niederlage, sondern in der Verschärfung des proletarischen Kampfes die Rettung sahen, suchten die revolutionäre Bahn mit einer notariellen Risikoversicherung zu betreten. Auf der dritten Zimmerwalder Konferenz stellte Ledebour den Antrag auf gleichzeitigen internationalen Massenstreik, und es ist nur ein Exempel seiner politischen Konfusion, wenn er bis heute nicht versteht, weshalb die Bolschewiki seinen Antrag bekämpften und ihm einen auf Agitation für den Massenstreik in allen Ländern entgegensetzten. In [27] dem äußerlich radikalen Bestreben, die sich erst zu sammeln beginnende Internationale zu einem gleichzeitigen Losschlagen auf einen bestimmten Termin festzulegen, äußerte sich nichts anderes als die Furcht vor einem selbständigen Vorgehen des deutschen Proletariats, als die Furcht vor der revolutionären Initiative eines jeden Teiles der internationalen Arbeiterklasse, die natürlich große Gefahren von Teilniederlagen mit sich bringt, aber gleichzeitig der einzige Weg zur internationalen Vereinigung des Proletariats bildet. Als die russische proletarische Revolution siegte, haben die Führer der Unabhängigen in ihrer Mehrheit ihr gegenüber im besten Falle eine reservierte Haltung eingenommen, während ihr hervorragendster Theoretiker, Karl Kautsky, direkt zum Bannerträger der antibolschewistischen Liga wurde. Weil die Mehrheit der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht wagte, mit der deutschen Bourgeoisie zu brechen, mußte ihre Stellungnahme der russischen proletarischen Revolution gegenüber ein Mischmasch sein aus stupidem Mißverstehen und der zweifachen Angst vor dem Einfluß der russischen Revolution wie vor dem Bruch mit den eigenen Arbeitermassen, die in ihr den Stern der Befreiung sahen. Niemals werden die rechten Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie, die Haase, Dittmann, Hilferding, die Kautsky sich von dem Makel reinigen, daß sie es waren, die mitgeholfen haben nach dem Siege der Entente die Blockade gegen Sowjetrußland aufzurichten, daß sie es waren, in dem sie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland mitsabotierten, indem sie der Offizierkamarilla erlaubten, die konterrevolutionären Kräfte in den Randstaaten auszurüsten, indem sie schnöde die Sehnsucht der russischen und deutschen Proletarier nach Vereinigung narrten, die Delegierten des russischen Volkes von Deutschlands Grenzen abwiesen, indem sie sich für Wilson gegen Rußland entschieden. Und es ist nur eine politische Charlatanerie, wenn man, wie Georg Ledebour, der im Dezember auf Grund eben dieses inneren und äußeren Verrates der Mehrheit der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie mit den Kommunisten über den gemeinsamen Austritt aus der Unabhängigen Sozialdemokratie und über die gemeinsame Bildung einer neuen revolutionären Partei verhandelte, wenn er der kommunistischen Internationale einen Vorwurf macht, sie habe die Unabhängige Sozialdemokratie zu dem Gründungskongreß der kommunistischen Internationale nicht eingeladen. Auf Grund wessen sollte die kommunistische Partei in der unabhängigen Sozialdemokratie im März eine revolutionäre Partei sehen? Auf Grund dessen, daß sie das deutsche Proletariat der deutschen Bourgeoisie ausgeliefert oder auf Grund der Tatsache, daß sie die primitivsten Pflichten der internationalen proletarischen Solidarität Sowjetrußland gegenüber vergessen hatte? Nur in dem Maße, indem unter dem Druck der unabhängigen Arbeitermassen die Unabhängige Sozialdemokratie den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnimmt, nur in dem Maße, wie sie sich zur Diktatur des Proletariats bekennt und um diese Diktatur faktisch kämpft, nur in diesem Maße wird die Unabhängige Sozialdemokratie eine Partei, die praktisch-solidarisch mit der ringenden Internationale auch formell ihr angehören kann.

In den Arbeiter-Mitgliedschaften der Unabhängigen Sozialdemokratie wuchs mit jedem Tage mehr der Wille, sich der dritten Internationale anzuschließen. Obwohl die unabhängige Presse mit großer Kühle den heroischen Kampf Sowjetrußlands verfolgte, den Lügen, die die Millionen-Presse des Bürgertums über die kämpfenden russischen Proletarier ver-[28]breitete, nicht entgegentrat, schlagen die Herzen der Arbeiter aus der Unabhängigen Sozialdemokratie in gleichem Takt mit denen des

russischen Proletariats. Die Hilferding, die Cohn, die Dittmann, die Ledebour wissen aber, daß der Anschluß an die dritte Internationale von ausschlaggebendem Einfluß auf die Politik der Unabhängigen Partei sein würde, darum suchten sie diesen Anschluß mit allen Mitteln zu vereiteln. Sie schämten sich nicht, all die Märchen und Lügen über den Terrorismus der Sowjetrepublik dem Parteitage aufzutischen, des Terrorismus, der nichts anderes ist, als die Abwehr gegen den Versuch der Konterrevolution den Arbeitern Rußlands wieder das Joch aufzuerlegen. Sie suchten die unabhängigen Mitgliedschaften von dem Anschluß zurückzuhalten, indem sie an ihre sogenannte Parteiehre appellierten, indem sie ihnen erklärten: wie kann die Unabhängige Sozialdemokratie derselben kommunistischen Internationale beitreten, die die Unabhängigen als Verräter am Proletariat geißelt? Die Parteiehre der Herren, die während des Krieges bis zum letzten Augenblick die Einheit mit den Scheidemännern verteidigten, die nach Ausbruch der Revolution zusammen mit den Scheidemännern das Proletariat zu überreden suchten, der Bourgeoisie die Macht zurückzugeben, die mit allen Mitteln das Proletariat von dem Wege des Kampfes um die Diktatur zurückzuhalten versuchten, die Ehre der Führer des rechten. Flügels der Unabhängigen ist nicht die Ehre der revolutionären unabhängigen Arbeiter. Diese Arbeiter können für sich die große historische Ehre in Anspruch nehmen, daß sie entgegen allen Verwirrungsversuchen der Führer den Weg des Kampfes gefunden haben, daß sie heute aus eigener Einsicht, aus der mit eigener Mühe errungenen Klarheit dort stehen, wo sie stehen, auf dem Boden der dritten Internationale. Nichts trennt diese von ihr. Nichts trennt die kommunistische Internationale von ihnen, sie gehören zueinander. Wo die Verleumdung, wo der Appell an die Parteiehre versagte, da suchten die Hilferdings die Parteimitgliedschaften durch angeblich revolutionäre Argumente zurückzuhalten. Sie, erklärten, die Entscheidung der Weltrevolution wird dort fallen, wo das Weltkapital am stärksten ist, im Westen. Dort entscheiden sich auch die Geschicke Sowjetrußlands. Wenn wir Sowjetrußland helfen und die Weltrevolution weiterführen wollen, dann müssen wir uns vorerst mit den sozialistischen Parteien des Westens verständigen, sie auf den gemeinsamen revolutionären Boden bringen, und dann wird erst eine revolutionäre Internationale entstehen – riefen sie den Arbeitern zu. So viele Gedanken und so viele Worte, soviel Schwindel und Betrug. Jawohl, die Entscheidung über die Geschicke der Weltrevolution wird nicht in Rußland fallen, wo nur die ersten Vorposten des internationalen Proletariats kämpfen, sie wird endgültig im Westen fallen, und es ist die Aufgabe der revolutionären Elemente des Proletariats, den Westen im revolutionären Sinne zu beeinflussen. Aber eine Frage sei erlaubt: Wer übt den größten Einfluß im revolutionären Sinne auf die Proletarier des Westens aus, Herr Hilferding, wenn er sich im Kursaal von Luzern mit den französischen schwankenden Elementen hinter einen Tisch zum Schmaus setzt – zur rechten Hand den blutigen Wels, zur linken Hand den blutigen Zereteli –, oder die Sowjet-Republik, die seit zwei Jahren den Kampf um den Sozialismus nicht in Worten sondern mit Taten führt, für jedes ihrer Worte mit ihrem Blut einstehend? Das kann den unabhängigen Arbeitern derselbe Roman erzählen, den jetzt die Freiheit abdruckt, der „Jimmie Higgins“ von Sinclair, in dem der arme ausgebeutete amerikanische Arbeiter sich beim Anblick des heroischen [29] Kampfes des russischen Proletariats aufrichtet und aus diesem Anblick die Entschlossenheit schöpft, auf Leben und Tod für die Ideale seiner Klasse zu kämpfen. Jimmie Higgins hat von Heldentaten der Hilferdings nichts gehört; aber durch den Nebel der Verleumdung der Trustpresse erfuhr er, wie und warum die russischen Arbeiter kämpfen. Und die französischen sozialistischen Arbeiter haben trotz des Verleumdungszuges der französischen Rentierpresse in ihrem revolutionären Instinkt den Weg zu Sowjetrußland gefunden, und wenn sie heute noch formell der dritten Internationale nicht angehören, so zogen sie doch schon unter ihrer Fahne in den Kampf gegen ihre Bourgeoisie. In England sammeln sich die Arbeiter zum Kampf gegen den siegreichen englischen Imperialismus unter der Losung : „Hände weg von Sowjetrußland!“ und so zeigt sich die kommunistische Internationale als der Odem der wachsenden Arbeiterrevolution selbst in den Ländern, wo die Hilferdings es bisher zu verhindern wußten, daß die sozialistischen Parteien sich ihr angeschlossen. Wenn Rudolf Hilferding auf der Parteikonferenz der Unabhängigen im Oktober erklärte, man wisse nicht, ob Sowjetrußland nicht fällt, man solle abwarten und sich nichts mit einem sinkenden Schiffe verbinden, so wird jeder ehrliche unabhängige Arbeiter sagen, so kann

nur ein Schieber der Revolution sprechen, ein Konjunkturspekulant. Eben, weil Sowjetrußland, die erste kämpfende rote Armee, sich in Gefahr befindet, so gilt es, sich an Sowjetrußland anzuschließen, so gilt es, durch diesen Anschluß die Arbeiter des Westens zum Kampf gegen ihre Bourgeoisie, zur Stärkung der Solidarität mit Sowjetrußland anzufeuern. Die dritte Internationale ist nicht Sowjetrußland. Die kommunistische Internationale ist der sich langsam in allen Ländern durchsetzende, erstarkende, wachsende revolutionäre Kampf aller Unterdrückten gegen das Weltkapital. Die Arbeiter Rußlands sind die Vorhut dieses kämpfenden Weltproletariats. Ihre Niederlage würde nicht das Ende der kommunistischen Internationale bilden; aber sie wird den Sieg des Weltproletariats verzögern. Darum nicht warten, sondern zu Hilfe eilen! heißt es für jeden, der die Worte der Weltrevolution nicht dazu in den Mund nimmt, um sein Schwanken zwischen der Konterrevolution und der Revolution zu verdecken.

Nun, der Parteitag der Unabhängigen hat seine Solidarität mit der dritten Internationale beschlossen, hat beschlossen, ihr in jedem Falle beizutreten; aber gleichzeitig hat er beschlossen, durch Verhandlungen mit den anderen sozialistischen Parteien zu versuchen, sie gleichzeitig zum Anschluß zu bewegen. Wenn die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie den Beschluß des Parteitages ehrlich ausführen wollen, d. h. wenn sie die Verhandlungen mit den westeuropäischen sozialistischen Parteien – in Wirklichkeit kommt es jetzt praktisch nur auf die französische sozialistische Partei an – nicht zur Verschleppung des Anschlusses; an die dritte Internationale benutzen wollen, sondern wenn sie es für ihre Aufgabe halten, den schwankenden Elementen des französischen Sozialismus wie Longuet die Notwendigkeit dieses Anschlusses zu beweisen, so ist dieser Beschluß nur zu begrüßen; aber wir befürchten, daß der Einfluß der rechten Führer noch groß genug sein wird, um monatelang die Ausführung der Resolution des Kongresses zu hintertreiben. Es hängt von den unabhängigen Arbeitern ab, ob sie sich geschlossen hinter die linken Unabhängigen, hinter Däumig, Stöcker, Braß und Geyer stellen, ob sie den Intrigen des alten bankerotten Führertums ein Paroli bieten, ob sie, kurz gesagt, die Herren im eigenen Hause sein werden. Jedenfalls ist die Situation jetzt vollkommen klar. Die unabhängige Arbeiterschaft hat sich für die dritte Internatio-[30]nale ausgesprochen, wie sie sich für die proletarische Diktatur ausgesprochen hat. Wenn der formelle Anschluß an die dritte Internationale nicht bald erfolgt, so wird dies nur das Resultat der Tatsache sein, das in der Leitung der Unabhängigen Partei, in ihren lokalen Organisationen und ihrer Presse Leute sitzen, die gegen den revolutionären Willen der Parteimitgliedschaften arbeiten.

III.

Aus dieser Tatsache ergibt sich eine Reihe von Schlüssen für die kommunistische Internationale im ganzen wie für die kommunistische Partei Deutschlands, die in erster Linie berufen ist, den Prozeß der Einigung des internationalen Proletariats auf deutschem Boden zu fördern. Die kommunistische Internationale wird den Massen der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre Hand brüderlich entgegenstrecken, wird sie als Kampfesbrüder willkommen heißen, und sie wird ihnen sagen, daß, wenn diese Massen den Stempel ihres Geistes der eigenen Partei in der Praxis aufdrücken, diese Partei ein willkommener gleichberechtigter Kämpfer in den Reihen der kommunistischen Internationale ist. Die kommunistische Partei Deutschlands aber muß den unabhängigen Arbeitern helfen, in ihrem Hause ihren Willen durchzusetzen. Nichts trennt mehr die kommunistischen von den unabhängigen Arbeitermassen. Beide haben gleiche Erfahrungen, auf Grund derselben sie unverrückt auf dem Boden der Diktatur stehen, beide ringen mit den gleichen Schwierigkeiten um den breiten, klaren Weg des Kampfes um die Diktatur zu finden, sie müssen diesen Weg im inneren Klärungsprozeß sich erarbeiten und diese mühevolle Arbeit, die die Gegner des Proletariats Konfusion nennen, werden sie nicht nur für sich, sondern zum großen Teile auch für das Proletariat der anderen westeuropäischen Länder vollziehen. Es handelt sich dabei nicht um die Nachäffung und Nachahmung des Weges des russischen Proletariats. Der Aufstieg des russischen Proletariats vollzog sich viel schneller, viel leichter als sich der Sieg des westeuropäischen Proletariats vollziehen kann. Die wichtigsten Lehren, die das russische Proletariat den westeuropäischen Ländern gibt, beziehen sich auf die Arbeiten, auf die Aufgaben nach der Eroberung der politischen

Gewalt. Den Weg zum Siege, der in Westeuropa in vielem anders sein wird als in Rußland, müssen die westeuropäischen Arbeiter – in erster Linie die deutschen Arbeiter – selbst ausfindig machen. Sie haben eine große schöpferische Aufgabe zu vollführen, und es ist ein polizeiliches Märchen, wenn die verschiedenen Hilferdings behaupten, die Agenten der kommunistischen Internationale kämen nach Westeuropa, um den Arbeitern Wunderrezepte für den Sieg zu bringen. Die kommunistische Internationale weiß sehr gut, daß die Arbeiter in Westeuropa sich mühsam selbst durchringen müssen, und wenn sie ihre „Agenten" nach Westeuropa sendet, so nur darum, daß sie den westeuropäischen Arbeitern helfen, die Lügen über Sowjetrußland zu durchschauen die die bürgerliche Presse über sie verbreitet, die Scheidemänner, Cohn, Hilferding wiederholen, nachplappern, um die Arbeiter vor dem rücksichtslosen Kampf zurückschrecken zu lassen. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Partei Deutschlands, die, wie sehr sie selbst noch in innere Kämpfe verwickelt, den Weg des Sieges sich erst in geistiger Arbeit erringen muß, doch Tausende vollkommen klarblickender Arbeiter um ihr Banner sammelt nicht nur durch Propaganda, sondern durch Taten den unabhängigen Arbeitern zur Einigung mit der kommunistischen Internationale, d. h. zur Einigung des revolutionären Prole-[31]tariats auch auf deutschem Boden zu verhelfen. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Partei Deutschlands, bei jeder allgemeinen Aktion sich an die unabhängigen Arbeiter zu wenden, für diese Aktion eine gemeinsame Tat mit der Unabhängigen Partei zu erstreben und die unabhängigen Führer vor die konkrete Frage zu stellen, sie nötigen – nicht in Worten, sondern in Taten – zu zeigen, ob sie wirklich für die Weltrevolution arbeiten wollen. Wird die kommunistische Partei so vorgehen, wird sie die Einigung mit den unabhängigen Arbeitermassen bewußt, geduldig und hartnäckig erstreben, so wird sie ihnen helfen den korrumpierenden Einfluß der rechten unabhängigen Führer zu brechen. Sie wird auf diese Weise nicht durch Techtelmechtel, sondern durch Klärung im Kampfe die Einigkeit der revolutionären Arbeiter Deutschlands erreichen.

Die kommunistische Partei Deutschlands wird diese Aufgabe als den einigenden Faktor der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands erst dann erreichen, wenn sie selbst einig wird. Einigen kann die Arbeiterklasse nur die Partei, deren Programm und Taktik den Weg erfaßt, den die Arbeiterklasse in ihrem Kampf beschreiten muß. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat diesen Weg in ihrem Aktionsprogramm den Massen nicht gezeigt. Sie hat zwar die Diktatur des Proletariats als Ziel erkannt, sie hat zwar richtig erkannt, daß der Sieg nur durch den Gebrauch aller politischen und wirtschaftlichen Kampfesmittel errungen werden kann, sie hat aber das gegenseitige Verhältnis dieser Kampfesmittel nicht einmal zu erfassen versucht. Das Aktionsprogramm einer revolutionären Partei kann nur auf einer sehr klaren, sehr konkreten Auffassung des Bildes der kommenden Kämpfe beruhen. Das Aktionsprogramm ist kein Katalog von Forderungen, für die man kämpfen wird, es ist das Bewußtsein dessen, was man tun will, indem man sich darüber orientiert, was man tun muß. Kurz gesagt, es erfordert eine konkrete revolutionäre Perspektive. Sie zu erringen, indem man in den jetzt schon ansetzenden Kampf das sich allmählich entwickelnde Zukunftsbild zu erfassen sucht, kann nur der, der die marxistische Methode anwendet, ohne die Resultate seiner marxistischen Untersuchung zu befürchten. Die Theoretiker der Unabhängigen Sozialdemokratie, die Kautsky, Hilferding, Jensen, O. Bauer, alle sie vertreten die Angst vor der Revolution, weil sie mit dem Bürgertum gefühlsmäßig oder geistig verbunden sind. So wie bürgerliche Historiker, selbst wenn sie die marxistische Methode handhaben, sie nur zur Erklärung der Vergangenheit, nicht aber der Zukunft gebrauchen, weil das absterbende Bürgertum sich vor der Einsicht in die Zukunft scheut, so können die Theoretiker der Unabhängigen Sozialdemokratie die marxistische Methode der Unabhängigen Partei nicht zur Verfügung stellen. Den besten Beweis dafür bildet die Tatsache, daß ein Mann von der theoretischen Bildung Hilferdings, wo es sich um die Rolle der Gewalt in der Revolution handelt, die Stelle der marxistischen Analyse durch angeblich absolute moralische Grundsätze ersetzt, d. h. theoretisch vollkommen kapituliert. Der linke Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie entwickelt sich rein empirisch, d. h. sie suchen sich ihren Weg durch die Fehler, durch die Einseitigkeiten und Erfahrungen, die sie machen. Nur die kommunistische Partei, deren innerster Kern schon vor dem Kriege die marxistische Methode zu gebrauchen wußte, um die kommenden Ereignisse zu erfassen, der die revolutionäre Taktik während aller Stürme des Weltkrieges in der Zeit der größten Erniedrigung des Proletariats verteidigte, nur die

kommunistische Partei kann die Aufgabe der einigenden Klärung über-[32]nehmen. Aber es ist klar, daß es sich dabei nichts nur darum handelt, daß die Führer der kommunistischen deutschen Partei in Artikeln und Broschüren dem Proletariat den Weg zeigen, den es von selbst mit der Zeit gehen muß; es handelt sich darum, daß die Massen, die hinter der kommunistischen Partei stehen, vollkommen klar diesen Weg sehen und beschreiten; denn ihre Praxis wird das beste Beispiel für die unabhängigen Massen sein. Es ist offen zu sagen, daß einstweilen nur ein Teil der kommunistischen Partei diesen Weg sieht und marschiert, der andere macht erst alle die Irrungen und Wirrungen durch, die auch die revolutionären unabhängigen Arbeiter durchmachen. Aus diesem Grunde muß offen gesagt werden: nur indem die kommunistische Partei ihre eigene Krise überwindet, wird sie den unabhängigen Arbeitern helfen, die Krise ihrer Partei zu überwinden und so den Boden für die Vereinigung des revolutionären deutschen Proletariats zu schaffen.

In der kommunistischen Parteipresse wurden die Resultate des Unabhängigen Parteitages zum Teil in einer sehr wenig sachlichen Weise besprochen. Wenn ein Teil der kommunistischen Parteipresse die Dinge so behandelt, als wäre die Unabhängige Partei von heute dieselbe, die sie im November 1918 und im März 1919 war, so ist das eine offensichtliche Verkennung von Tatsachen; deshalb ist es auch unsinnig, von der kommunistischen Partei zu fordern, sie solle der Unabhängigen Partei gegenüber die Taktik verfolgen, die im Dezember des vorigen Jahres notwendig war. Die Kommunisten haben niemals Spaltungen gefürchtet, wo diese notwendig waren zur revolutionären Klärung und zur Befreiung der revolutionären Kräfte von dem Einfluß der Bourgeoisie. Aber die Spaltung zum Prinzip des Kommunismus zu machen, bedeutet, die Niederlage des Kommunismus zu seiner Lebensaufgabe zu machen. Das deutsche Proletariat wird nicht siegen, bevor sich seine sozial entscheidenden Massen auf dem revolutionären Boden zusammenfinden. Wir sind den deutschen Arbeitern vorangegangen. Ein großer Teil von ihnen, in der Unabhängigen Sozialdemokratie organisiert, ist uns nachgefolgt, seine Vorposten sind in nahe Berührung mit unseren Kontingenten getreten. Auf welche Weise die formelle Einigung der kommunistischen und der unabhängigen Arbeitermassen stattfinden wird, ob dazu die unabhängigen Arbeitermassen ihre rechten Führer lahmlegen oder aus der Partei auszutreten nötigen werden, ob es umgekehrt den rechten unabhängigen Führern noch gelingen wird, einen Teil der unabhängigen Massen zu verwirren und abzuspalten, das kann heute niemand wissen. Aber die kommunistische Politik wäre nicht die Politik des Proletariats, sondern einer Sekte, wenn sie der Unabhängigen Sozialdemokratie gegenüber nichts von der Anerkennung der Tatsachen ausginge: 1. von der Anerkennung der Tatsache, daß die Massen der Unabhängigen Partei kommunistisch sind, 2. daß in ihrer Führerschaft ein linker Flügel besteht, der ehrlich den revolutionären Weg gehen will. Nur, wenn die Anerkennung dieser Tatsachen zum Ausgangspunkt genommen wird, kann die Berücksichtigung der anderen Reihe von Tatsachen: der geistigen Unfertigkeiten der unabhängigen Massen und ihrer linken Führer des Einflusses des rechten Flügels in den Organisationen zu einer richtigen Taktik führen. Diese Taktik auf eine kurze Formel gebracht, besteht in dem Streben nach Kooperation in der Aktion zwecks Erlangung der Klarheit, durch Erfahrung, ohne die die Einigung unmöglich ist. [33]

*

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1919.

Von Arthur Oswald.

Ueber den im Juni abgehaltenen Gewerkschaftskongreß hat Paul Lange im Heft 9/10 der „Internationale“ berichtet. Er kann somit aus diesen Betrachtungen ausscheiden; ich widme sie hauptsächlich den jetzigen Strömungen und organisatorischen Umwandlungen in den einzelnen Gewerkschaften.

In organisatorischer Hinsicht machte sich auch 1919 die allmähliche Zusammenfassung der Berufsvereine, zum Teil auch ihre Umwandlung in Industrieverbände bemerkbar. Und zwar ist diese Bewegung ganz unabhängig davon, ob die Organisationen im Fahrwasser der alten Gewerkschaftsbureaukratie segeln, oder Anhänger der Räte sind. So hat der Verbandstag der in ihrer

Mehrheit arbeitsgemeinschaftlich gesinnten Bergarbeiter, nachdem er mit 177 gegen 80 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen den Verbandsvorstand wegen dessen Verhaltens während des Krieges und der Revolutionsmonate abgelehnt hatte, den Grundsatz aufgestellt, daß der von ihm vertretene Verband als Industrieorganisation innerhalb der Bergwerke und ihrer Nebenanlagen zu gelten habe. Es war vorher festgestellt worden, daß auf einer Grube mehr als zwanzig Organisationen vertreten waren. Die Bildhauer haben sich mit den Holzarbeitern verschmolzen und die Tapezierer eine Verschmelzung mit den Sattlern vorbereitet. Die Handlungsgehilfen haben sich mit den Bureauangestellten verbunden und dazu noch den Verband der Versicherungsbeamten aufgenommen; die Versicherungsangestellten waren bis dahin keine freie Gewerkschaft. Es ist, will man die Gewerkschaften beurteilen, überhaupt zu beachten, daß sie öfter kleinere Organisationen aufsaugen, die früher außerhalb ihrer Ideologie lebten und ihnen bislang als Konkurrenz, wenn nicht gar als Gegner, gegenübertraten. Von Wichtigkeit sind auch die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Buchdrucker, die Steindrucker, die Buchdruckereihilfsarbeiter und die Buchbinder zu einem gemeinsamen Industrieverband zu vereinigen; vorläufig haben diese rein graphischen Organisationen ein Kartell, den „graphischen Bund“ geschlossen. Schließlich hat der Verbandsvorstand der Fleischer an die Bäcker und die Mühlen- und Brauereiarbeiter das Ersuchen gerichtet, sich zu einem Verbande der Lebensmittelbranche zusammenzufinden.

Die Vereinheitlichung der Organisationen, die Umwandlung zu Industrieverbänden schreitet also vorwärts. Die Organisation ist ein Mittel, die Angestellten und Arbeiter zusammenzufassen, und zwar so zusammenzufassen, wie sie zurzeit für die Erreichung ihrer Ziele möglichst kampfkräftig sind. Daher jetzt die Zusammenschließung der freien Angestelltenverbände zu größeren Organisationen unter Beibehaltung der beruflichen Grundlage, andrerseits die fortschreitende Vereinigung der Arbeitergewerkschaften zu Industrieorganisationen, wobei allerdings auch die finanzielle Leistungs-[34]unfähigkeit der kleinen Berufsvereine mitspricht. Die hier in Betracht kommenden Angestellten sind von der Notwendigkeit der Kampfgemeinschaft mit den Arbeitern überzeugt, halten aber ein organisatorisches Aufgehen in den Arbeitergewerkschaften für unzweckmäßig. Wie schon gesagt, zeugt die Form, ob eine Gewerkschaft sich auf der Grundlage des Berufs oder der Industrie aufbaut, nicht ohne weiteres für den Geist, der in ihr lebt.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften, an deren Stelle seit dem Juni-Kongreß der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ getreten ist, hatte das Unglück, gerade am 9. November 1918 zu erscheinen, als sein Redakteur noch an die Unveränderlichkeit des monarchischen Regimes glaubte. Er spottete daher an diesem Tage noch über die Utopisten, die „die Republik von Berlin aus dekretieren“ wollten. Am 9. November 1919 aber haben gerade diejenigen Verbandsblätter die Republik am lautesten gefeiert, die um ein Jahr zuvor am wenigsten an sie geglaubt hatten; einige dieser Blätter sind am 9. November mit mehr oder weniger schwungvollen Gedichten und Zeichnungen erschienen.

Nun zu den Verbandstagungen. Vorausgeschickt sei, daß die Kriegspolitik der Generalkommission der Gewerkschaften schon in früheren Jahren von den Verbandstagen der Kürschner abgelehnt worden war, auch die Schuhmacher waren (allerdings nicht gerade sehr deutlich) davon abgerückt.

Im Mai 1919 fand der Verbandstag der Bauarbeiter statt, wo beantragt wurde, die Herren Paeplow und August Winnig aus der Organisation auszuschließen; der Antrag wurde gegen wenig Stimmen abgelehnt. Der Verbandstag, auf dem die Opposition nur ganz schwach vertreten war, sprach sich für Reichsmonopole (Bergbau, Elektrizitäts-, Verkehrswesen) und für die „schrittweise Vergesellschaftung des Baugewerbes“ aus. Der Verlauf dieser Tagung einer so großen Organisation lieferte den Syndikalisten Wasser auf die Mühle. Seht ihr, hieß es, es ist unmöglich, den freien Gewerkschaften einen neuen Geist einzuhauchen. Mitte Juni erklärte sich der Verbandstag der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter mit 177 gegen 80 Stimmen für die Politik der Generalkommission. Wenn man bedenkt, daß ja zuvor die Bergarbeiter-Unionen gegründet worden waren, und den Austritt aus dem Bergarbeiter-Verband propagiert hatten, muß die Zahl der 80 Opponenten als recht ansehnlich erscheinen. Gleichzeitig tagten die Handlungsgehilfen; ihr Verbandstag verurteilte mit 56 gegen

27 Stimmen „die von der Generalkommission der Gewerkschaften während des Krieges eingeschlagene Taktik, die ihre Fortsetzung nach der Revolution in den getätigten zentralen Arbeitsgemeinschaften findet und verwirft auch insbesondere die Haltung der Generalkommission zu der Frage der Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte."

Der Verbandstag protestierte des weiteren nach einem von P. Lange gehaltenen Referat „nachdrücklich gegen den vorläufigen Gesetzentwurf über die Betriebsräte, da er sich geradezu als ein Schutz-
[35] Gesetzentwurf zugunsten der Unternehmer gegen die berechtigten Ansprüche der Angestellten darstellt. Der Verbandstag verlangt das Mitbestimmungsrecht der Angestellten im Betriebe vor jeder Einstellung, Beförderung, Kündigung und Entlassung, bei der Lehrlingsfrage, sowie der Warenerzeugung und Warenverteilung."

Das „Correspondenzblatt" der Generalkommission der Gewerkschaften, das sonst über alle Verbandstagungen berichtete, schwieg diese Beschlüsse tot. Aber es half ihm nichts; ähnliche folgten. Die um dieselbe Zeit tagenden Glasarbeiter erklärten nach einem Vortrage Richard Müllers:

„Der Verbandstag der Glasarbeiter erkennt den völligen Zusammenbruch der kapitalistischen Welt und der sie stützenden bürgerlich-liberalen Demokratie. Er lehnt alle Versuche ab, die geeignet sind, die kapitalistische Welt erneut aufzurichten, wie es durch die von der Generalkommission der Gewerkschaften und den Unternehmerorganisationen ausgearbeiteten und vom Reichswirtschaftsministerium vertretene Wirtschaftspolitik versucht wird.

Tarifgemeinschaften können und dürfen nur den Zweck verfolgen, die Augenblicksinteressen der Mitglieder zu wahren, niemals aber zum Selbstzweck werden. Die Organisation muß den revolutionären Forderungen des Proletariats dienstbar gemacht und dem Rätesystem eingegliedert werden.

Der Verbandstag fordert die schleunige Sozialisierung des gesamten Staats- und Wirtschaftslebens, die nur möglich ist mit Hilfe der proletarischen Demokratie, die ihren Ausdruck in einem Rätesystem finden muß, das dem Proletariat die politische und wirtschaftliche Macht sichert."

Dagegen beschäftigten sich die Förstereigehilfen überhaupt nicht mit den großen wirtschaftlichen Dingen, sondern blieben am „Titel VII der Gewerbeordnung" kleben, über den Herr Paul Umbreit sprach. Die Holzarbeiter lehnten mit 97 gegen 56 Stimmen, die Maschinisten mit 44 gegen 13 Stimmen, die Töpfer mit 29 gegen 8 Stimmen, die Bildhauer mit 10 gegen 4 Stimmen, die Lederarbeiter mit 26 gegen 13 Stimmen, die Maler mit 46 gegen 20 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen die Politik der Generalkommission ab; letztere beschlossen aber: „Die Generalversammlung steht auf dem Boden des Rätesystems. Sie sieht in der Durchführung die einzige Möglichkeit, die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse zu stärken." Der Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter, sowie der der Asphalteure trennten sich nicht von der Politik der Generalkommission. Dagegen beschlossen die Kupferschmiede, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zu verwerfen und sich grundsätzlich auf den Boden des Rätesystems zu stellen. Auf der Tagung des großen Verbandes der Transportarbeiter stellte sich heraus, daß die Opposition sehr stark war; sie vertrat fast die Hälfte der Mitglieder; das offizielle Verbandsblatt verschweigt das Stimmungsverhältnis vollständig; auf dem kurz darnach stattfindenden Gewerkschaftskongreß stimmten die Delegierten der Transportarbeiterschaft in allen Angelegenheiten für die Politik der Generalkommission.

[36] Inzwischen fand der Gewerkschaftskongreß statt und nun wurde es bei den noch abzuhaltenden Verbandstagen vielfach so hinzustellen versucht – von wem, läßt sich denken – als sei die weitere Diskussion über grundsätzliche und taktische Fragen bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß erledigt.

Bei den Tapezierern kam es zu heftigen Kämpfen; sie beschlossen mit 24 gegen 22 Stimmen:

„Das deutsche Wirtschaftsleben ist zusammengebrochen infolge der unheilvollen Kriegspolitik der führenden Machthaber. Eine solche verhängnisvolle Kriegspolitik war nur dadurch möglich, daß die opportunistischen Führer der Gewerkschaften den Boden des Klassenkampfes verließen, mit dem Bürgertum den Burgfrieden beschlossen und die Arbeiter unwahre Behauptungen, Deutschland führe

einen Verteidigungskrieg, zum Durchalten verpflichtet hatten. In Wirklichkeit wurden die Arbeiter die Interessenvertreter des Imperialismus. Durch die Zustimmung der proletarischen Vertreter zu den Kriegskrediten stellten sich diese in den direkten Gegensatz zu den Beschlüssen des Kopenhagener Internationalen Sozialistenkongresses, sowie der Baseler Friedenskonferenz. Das Zustandekommen des arbeiterfeindlichen Hilfsdienstgesetzes gegen die Interessen des Proletariats war ihr Werk, dem der Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland folgte. Diese fortgesetzte, arbeiterschädigende Politik wurde gekrönt kurz nach der Revolution, nachdem der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in wirtschaftlicher Beziehung ausgebrochen und die Arbeiter siegreich waren, durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der gesamten Unternehmerverbände mit den Gewerkschaftsführern. Das war der Abschluß der von den Gewerkschaftsführern lange angestrebten Arbeitsgemeinschaften der Klassen, der Aussöhnung zwischen Kapital und Arbeit. Die siegreichen revolutionären Arbeiter wurden um die Früchte ihres Sieges betrogen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat diese Politik offiziell be trieben. Der Hauptvorstand und Ausschuß des deutschen Tapeziererverbandes haben diese Politik nicht nur gebilligt, sondern dieselbe in Wort und Schrift unterstützt.

Der Verbandstag verurteilt die Haltung dieser Instanzen während und nach dem Kriege und spricht ihnen jedes Vertrauen ab.“

Es kam infolge dieses Beschlusses zu sehr scharfen Auseinandersetzungen, auf die dann eine Pause folgte, in der die einzelnen Delegiertengruppen Besprechungen pflogen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde der Mißtrauensbeschluß aufgehoben und die Resolution in ihrem letzten entscheidenden Absatz wie folgt geändert und neu eingebracht. Der letzte Absatz hatte nunmehr diesen Wortlaut: „Der Verbandstag verurteilt die Haltung dieser Instanzen während des Krieges und spricht ihnen für diese Tätigkeit die Anerkennung ab.“ Diese Fassung wurde beschlossen und dazu folgender einstimmig angenommene Absatz angefügt: „In der Erkenntnis, daß, gestützt auf die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, unter Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte, das Endziel der Arbeiterschaft, der Sozialismus erreicht werden kann, gelobt der Verbandstag den Vorstand in der Erreichung dieses Zieles auf das wirksamste zu unterstützen.“

Bei den Buchbindern schied der bisherige Vorsitzende Kloth aus, weil sich selbst die Rechtssozialisten durch ihn kompromittiert fühlten. Die Opposition blieb in der Minderheit. Bei den Hutmachern waren 32 Delegierte für, 10 gegen die Generalkommis-[37]sionspolitik. Die Schiffszimmerer erklärten einstimmig: „Die Generalversammlung stellt sich auf den Boden des Rätesystems mit demokratischer Grundlage, lehnt aber jede Diktatur ab. Sie steht auf dem Boden der Betriebsdemokratie und verlangt das volle Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte in den Betrieben.“ Die Gemeindearbeiter lehnten mit 98 gegen 56, die Gastwirtsgehilfen mit 55 gegen 31 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen die Generalkommission ab.

Die Textilarbeiter, bei denen H. Jäckel viel Aufklärungsarbeit leistete, wendeten sich mit großer Schärfe gegen die Generalkommission der Gewerkschaften, deren „Correspondenzblatt“ daher jene Beschlüsse nicht im Wortlaut mitteilt. Die Porzellanarbeiter sahen die Anklagen gegen die Generalkommission infolge des vorherigen Stattfindens des Gewerkschaftskongresses als erledigt an. Den Beschluß der größten Gewerkschaft, der Metallarbeiter, mußte das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission wohl oder übel wörtlich wiedergeben. Er lautet:

„Die Generalversammlung verwirft die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während der Jahre des Krieges und nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde. Diese Kriegspolitik ließ den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften verschwinden und fand ihren Anschluß an der Seite der herrschenden Klasse der bürgerlichen Parteien und führte zum engsten Zusammenarbeiten mit dem Augenblicke in den sogenannten Arbeitsgemeinschaften, in denen sich die Vertreter freier Gewerkschaften in holder Eintracht mit den Bereichern an der Arbeiterklasse, den Kapitalisten, zusammengefunden haben. Die verwerfliche Kriegspolitik der leitenden Gewerkschaftsinstanzen und -vorstände fand ihre logische Fortsetzung nach den Tagen der Revolution. Anstatt den revolutionären Kampf des Proletariats mit allem Nachdruck zu fördern, wurde die Haltung der gleichen Gewerkschaftsinstanzen vielfach zu einem Hemmnis des proletarischen Befreiungskampfes inmitten der Revolution. Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft muß ein sozialistischer sein; davon ausgehend, sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und des

Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats. Innerhalb des Metallarbeiterverbandes ist den Mitgliedern im weitestgehenden Sinne das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten. Über rein örtliche Angelegenheiten entscheidet die Mitgliedschaft am Orte, desgleichen über die Verwendung der lokalen Gelder sowie Erhebung und Verwendung örtlicher Extrabeiträge. Die Generalversammlungen der Verwaltungsstellen haben sich nach einem Vertretersystem zusammenzusetzen. Letztere haben ihnen eine Grundlage zu geben, die es den Mitgliedern vor Stattfinden einer jeden Generalversammlung – solche haben mindestens vierteljährlich stattzufinden – ermöglicht, ihre Vertreter zur jeweiligen Generalversammlung zu bestimmen. Die Angestellten der Organisationen haben sich gleich den Ortsverwaltungen einer jährlichen Neuwahl zu unterziehen; das gleiche gilt für die Angestellten in den einzelnen Bezirken durch die zuständigen Bezirksorganisationen bzw. Bezirkskonferenzen. Die Ortsverwaltungen bedürfen seiner Bestätigung durch den Vorstand."

Die Mehrheit des Verbandvorstandes der Metallarbeiter gehört jetzt der Unabhängigen Partei an. Bei den Steindruckern und den Tabakarbeitern bleibt die Opposition in der Minderheit, und zwar bei den Tabakarbeitern mit 89 gegen 20 Stimmen. Die Glaser aber sprachen ich gegen die Politik der Generalkommission der Gewerkschaften aus.

Die Frage, warum in den einzelnen Verbänden die Entscheidung gerade so und nicht anders ausgefallen ist, findet je nachdem verschiedene Antworten. Viel kommt auf die Rührigkeit der Opposition, noch mehr aber auf die ökonomische Struktur ihres Berufes an. So wird es ohne weiteres erklärlich sein, warum die – während des Krieges von der Generalkommission der Gewerkschaften finanziell abhängig gewesenen – Friseurgehilfen den großen wirtschaftlichen Dingen viel weniger Verständnis entgegenbringen als die Metallarbeiter. Auch die Haltung der Bauarbeiter wird sich so erklären, wenn man auch hätte erwarten müssen, daß dort die Opposition größer gewesen wäre. Inzwischen ist sie größer geworden. Die starke Opposition bei den Gastwirtsgehilfen kommt wohl daher, daß diese Gruppe zwar nicht selbst in großen Industriebetrieben tätig ist, aber vorzugsweise in der Großstadt lebt und daher deren Geist atmet.

In Wirklichkeit gibt das vorstehends mitgeteilte Stimmenverhälts nicht die richtige Stärke der Gruppen innerhalb der Verbände wieder. Die meisten Gewerkschaften haben für ihre Verbandstagungen das Vertretungsrecht der großen Ortsgruppen beschnitten; die einen Ortsgruppen der Mittelstädte und Landgemeinden treten also verhältnismäßig stärker auf, als es ihrer Bedeutung in vollwirtschaftlicher Beziehung und ihrer Mitgliederzahl entspricht.

Die Zahl der Mitglieder der freien Gewerkschaften ist bis in die sechste Million gestiegen. Ihre Führer aber stehen der ökonomischen Situation ziemlich ratlos gegenüber. Zu Beginn des Jahres 1919 arbeiteten die meisten von ihnen mit aller Kraft gegen die „wahnsinnigen Lohnforderungen", die den „Wiederaufbau des deutschen Reiches" unmöglich machten, wie sie sich in ihrer Redensweise ausdrücken. Das wird jetzt sogar von dem „Grundstein", dem Blatt der Bauarbeiter, als verfehlt hingestellt. Zu Ende des Jahres 1919 hilft ein Teil der Gewerkschaftsführer „im Interesse des Wiederaufbaus" die Warenpreise in die Höhe treiben. Das geschieht durch die Arbeitsgemeinschaften, die die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmen abgeschlossen haben, und zwar so toll, daß sogar der „Vorwärts" am 5. Dezember 1919 stöhnte.

Am 8. Dezember verbreiteten die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten aus „einflussreichen Gewerkschaftskreisen" ein Klagelied, daß „die Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften oft Preiserhöhungen zustimmen, ohne die Kalkulation der Unternehmen nachprüfen zu können". Der „Vorwärts" vom gleichen Tage fügt hinzu: „Wem man die Aeußerungen der Unternehmen über Wesen und Ziele der Arbeitsgemeinschaften liest, so hat es allerdings den Anschein, als seien die Arbeitsgemeinschaften nur da-[39]zu da, um die Unternehmer zu stützen. Das bisherige Verhalten der Arbeitervertreter bürdet auf sie die volle Mitverantwortung für die endlosen Preistreibereien ..." Also, Gewerkschaftsvertreter stimmen in Arbeitsgemeinschaften den Preiserhöhungen zu, ohne die Kalkulationen der Unternehmer nachprüfen zu können. Dem Kampfe der Arbeiter aber, durch die Räte Einblick und Einfluß auf die Produktion zu gewinnen, sich durch diese die wirtschaftliche Macht zu erobern, stehen die meisten Gewerkschaftsführer ablehnend gegenüber. Ist es denn gar zu schwer zu begreifen, daß es überhaupt nicht Aufgabe der

Arbeitervertreter sein kann, die kapitalistische Wirtschaft zu stützen und den Unternehmerprofit garantieren zu helfen?

*

Deutsch-Österreich.

Von Paul F r ö l i c h

1. Die wirtschaftliche Lage.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch des kapitalistischen Europas beginnt. In Österreich-Ungarn ist er da. Von der ehemaligen k. k. Monarchie ist es als elender Fetzen übriggeblieben, wirtschaftlich hilflos, abgetrennt von den wichtigsten Wirtschaftsgebieten, der ehedem heimischen Kohlen-, Eisen- und Textilindustrie und Zuckerproduktion usw., mit einer durch den Krieg vollkommen zerrütteten Wirtschaft, belastet mit einer erdrückenden Schuldenlast und erstickenden Verpflichtungen an die Sieger im Weltkrieg, bestohlen von den neuerstandenen Ländern, ein wehrloses Opfer der Hyänen des Weltkapitals.

Von der Unsumme der Krankheiten, die den Wirtschaftskörper Deutsch-Österreichs heimsuchen, sind drei so schwer, daß jede für sich den Tod herbeiführen könnte: die N a h r u n g s m i t t e l-, die K o h l e n- und die F i n a n z k r i s e . Um ihretwillen wurde der Staatsminister Renner nach Paris geschickt, um die Hilfe des obersten Rates der Entente zu erflehen. Aus dem Material, das Herr Renner den Ententemächten vorlegte, seien nur einige charakteristische Daten hervorgehoben. Nach einer am 3. Dezember abgeschlossenen Schätzung war der Staat durch die eigene Ernte und die bis dahin versprochenen Lieferungen von auswärts nur bis zum Januar 1920 mit Mehl und Brot versorgt. Dabei war der unwahrscheinliche Fall vorgesehen, daß alle zugesagten Lieferungen aus dem Auslande rechtzeitig eintreffen würden. Unwahrscheinlich ist die Erfüllung dieser Hoffnung wegen der internationalen Transportkrise und des mangelnden guten Willens der Staaten, die sich zur Lieferung verpflichtet haben. Außerdem fehlt es an Fett, Fleisch, Kondensmilch, Reis usw. Besonders schwierig ist die Lage in der Hauptstadt Wien. Hier hatte sich die Lage schon mehrere Male so zugespitzt, daß nicht einmal die stark reduzierte Brotration für nur eine Woche vorhanden war und das Wiener Proletariat vom Gespenst des Hungers angegrinst wurde.

Noch schlimmer fast sieht es mit der Kohlenversorgung aus. Eine ganze Reihe von Betrieben mußte wegen Kohlenmangels bereits stillgelegt, der Eisenbahnverkehr auf das äußerste eingeschränkt werden. Die Bevölkerung ist auf eine Ration von 25 kg Hausbrand und 20 kg Küchen-[40]brand pro Haushalt und Woche angewiesen. Davon konnten indessen nur 7 kg Kohle regelmäßig verteilt werden. Notdürftig. half sich das Wiener Proletariat, indem es planlos und ungehindert von den Behörden die Staatswälder in der Umgebung Wiens abholzte, in Wien selber Planken und Zäune abbrach und verfeuerte. Die Kohlennot wird verschärft durch die Transportkrise. Die Tschechoslowakei liefert nur Kohlen auf Grund der Verträge, die nach ungeheuren Schwierigkeiten zustande gebracht worden sind, wenn Österreich das nötige Eisenbahnmaterial zur Verfügung stellt. Dennoch werden die Verträge oftmals nicht eingehalten, die Lokomotiven und Wagen aber zurückbehalten. Seit dem Februar sind von zirka 50.000 Güterwagen über 11.000 abhanden gekommen. Außerdem tauschen die Nachbarländer gebrauchsfähige österreichische Wagen gegen ihre eigenen beschädigten Wagen um, ohne daß Österreich imstande wäre, sich dieses Betrugs zu erwehren.

Die F i n a n z k r i s e bringt die ganze Hoffnungslosigkeit der Wirtschaftslage zum Ausdruck. Der Staatshaushalt ist durch kein Mittel auszubalanzieren. Das Defizit wächst von Woche zu Woche. Den rasenden Absturz der Wirtschaft und Finanzkraft Österreichs zeigt die Tatsache, daß die Valuta seit dem August auf ein Drittel gefallen ist. Legt man das Valutaverhältnis aus der Friedenszeit zugrunde, so ist die Krone heute nur noch 2–3 Heller wert. Ihr Wert muß weiter sinken, weil die Staatsfinanzen allen Sanierungsversuchen spotten. Der Staat ist gezwungen, zu den Lebensmitteleinkäufen riesenhafte Zuschüsse zu leisten, die beständig steigen, je mehr die Bestände im Lande aufgezehrt werden und je tiefer die Valuta sinkt. Wiederholt ist eine Erhöhung der Brotpreise in Aussicht genommen worden, zuletzt ihre Verdoppelung. Aber obwohl die Finanznot immer bedrohlicher wird, wagt die

Regierung die Preiserhöhung nicht, weil die Erhöhung des Brotpreises eine Steigerung des allgemeinen Preisniveaus nach sich ziehen würde und damit Hungeraufstände schier unvermeidlich werden. Das zwingt die Regierung, immer neue Schatzwechsel auszustellen, immer mehr Papiergeld zu drucken, die Valuta immer tiefer herabzudrücken und damit die eingeführten Waren immer weiter zu verteuern. Der niedrige Geldwert führt nicht nur zur Verschleuderung der heimischen Produktion an das Ausland, er zwingt auch den Staat zum Verkauf der öffentlichen Kunstschätze und anderer ideeller Güter und er befördert das Aufsaugen des heimischen Kapitals durch ausländische Kapitalistengruppen. Die österreichische Wirtschaft wird verramscht.

Im allgemeinen stehen gegenwärtig die Lebensmittelpreise in Wien auf derselben Höhe wie in Berlin, wenn man das Valutaverhältnis berücksichtigt. Die L ö h n e aber sind durchschnittlich höchstens halb so hoch wie die der Berliner Arbeiter. Für den Mittelstand sind die Verhältnisse katastrophal. Die Kleinrentner, die früher ein beschauliches Leben führen konnten, stehen heute vor dem Nichts, denn die festverzinslichen Papiere bringen angesichts der Valuta nur etwa ein Dreißigstel des früheren Wertes. Das wirtschaftliche Leben Wiens, besonders soweit das Kleinbürgertum in Betracht kommt, war bestimmt durch seinen Charakter als Hauptstadt der großen österreichisch-ungarischen Monarchie. Das kleine Deutsch-Österreich vermag den Wasserkopf nicht auf seinen Schultern zu balanzieren. Bleibt Österreich staatlich eingeengt, dann muß die Hauptstadt Wien zerbröckeln. Symptome dafür zeigen sich schon jetzt. Der verfallende wirtschaftliche Organismus ist bedeckt mit den Eiterbeulen der Korruption und Demoralisation.

Proletariat und Kleinbürgertum haben die ganzen furchtbaren F o l g e n d i e s e s N i e d e r g a n g s auf sich zu nehmen. Sie hungern [41] und frieren. Krankheiten, namentlich die Tuberkulose wüten fürchterlich. Die Kindersterblichkeit ist auf das Dreifache des Normalen gestiegen. Die Aussichten für die Kältemonate Januar und Februar sind schreckenerregend. Hungermeuten sind bereits an einzelnen Orten ausgebrochen, und der Wiener Polizeipräsident hat kategorisch erklärt, daß er die öffentliche Ordnung in diesem Winter keinesfalls aufrecht erhalten könne, wenn die Verhältnisse nicht gründlich geändert würden.

Die Gefahren dieser Situation zwangen die Koalitionsregierung Österreichs zu einem einzigartigen Schritte, einer flehentlichen B i t t e a n d i e E n t e n t e m ä c h t e, verbunden mit der Drohung: Entente, hilf mir! Hilf mir sofort und ausreichend, oder der österreichische kapitalistische Staat verreckt und dann hüte dich vor seinem Aas! Lebensmittel, Kohlen und Geld hat Österreich von der Entente gefordert. Es sind Zusagen gemacht worden. Aber die Versprechungen genügen in keiner Weise dem, was notwendig ist; ob sie gehalten werden, steht noch dahin; es ist im Gegenteil zu erwarten, daß aus den Widersprüchen der internationalen Politik Schwierigkeiten über Schwierigkeiten erwachsen. Und schon durch einfache Verzögerungen kann der ganze Sanierungsplan zugrundegerichtet werden.

D e r o b e r s t e R a t d e r E n t e n t e h a t v e r s p r o c h e n, den Ernährungsplan Österreichs für 10 Monate zu prüfen und seine Entschließungen später mitzuteilen. Vorläufig sind Zugeständnisse gemacht worden, die angeblich die äußersten Gefahren bis zum Ende des Monats Mai beseitigen sollen. Die Rechnung ist allzu spitzig, und es scheint, als ob es sich dabei zunächst nur um die Getreidelieferung und nicht um die anderen notwendigen Lebensmittel handelt. Die Abmachungen sind außerordentlich verzwickt und dürften zu großen Reibungen bei der Abwicklung der Geschäfte führen. 30.000 Tonnen Getreide – das ist der Bedarf für nicht ganz einen Monat – sollen von Triest aus geliefert und durch den Restbetrag von 5 Millionen Dollar eines früheren Kredits an Österreich bezahlt werden. Außerdem will die Entente den Jugoslawen einen Kredit für Lieferungen nach Wien eröffnen. Verträge, die zwischen Österreich und Jugoslawien bestehen, sind freilich bis heute vom Lieferanten noch nicht erfüllt worden. Außerdem hat ein holländisches Finanzkonsortium einen Vorschuß von 39 Millionen holländischer Gulden auf die Pacht des österreichischen Tabakmonopols zugesagt. Die Abmachungen bringen der österreichischen Regierung nur eine ganz geringe Erleichterung ihrer Finanznot. Sie hatte einen Kredit von 100 Millionen Dollar verlangt, womit sie glaubte, die Bevölkerung bis zum Oktober nächsten Jahres ernähren zu können. Außerdem forderte sie einen weiteren Kredit für die Einfuhr von Rohstoffen, Futtermitteln usw. zur Wiederaufrichtung der. österreichischen Wirtschaft. Diese Forderungen sind nicht erfüllt worden.

Die Bettelpolitik der österreichischen Regierung, zum mindesten ihre finanzpolitische Seite, ist wesentlich konterrevolutionär. Sie dient nicht nur dem Zwecke, das Volk vor dem fürchterlichen Hunger zu bewahren, sondern vor allem dem, den Zusammenbruch des Kapitalismus zu verhindern. Es ist unwahrscheinlich, daß dies gelingt. Selbst wenn die Entente den Willen zu ausreichender Hilfe hätte, dürfte er durch die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten in den Ententeländern selbst gehemmt werden. Sollte aber dennoch der Plan gelingen, sollte der Zusammenbruch des österreichischen Kapitalismus durch die Hilfe des Weltkapitals verhindert werden, so würde die Arbeiterklasse die Kosten durch dauernde Versklavung und Verelendung bezahlen müssen. Die österreichische Regierung mit dem Sozialdemokraten Renner an der Spitze [42] kann den österreichischen Kapitalismus nur retten, indem sie die österreichische Arbeiterklasse an das ausländische Kapital verschachert. Sklavenhandel!

Schon die 30 Millionen holländischer Gulden haben dem österreichischen Staat die Verfügung über das Tabakmonopol genommen. Der Staat hat sich damit unter das Kuratel einer ausländischen Finanzgruppe gestellt. Die österreichische Tabakregie, die früher eine wichtige Einnahmequelle des Staates war, warf keine Überschüsse mehr ab. Sollen die 30 Millionen Gulden bloß verzinst werden, so müssen die Pächter in Zukunft 90–100 Millionen Kronen aus dem Monopol, d. h. aus dem österreichischen Volke herauswirtschaften, und die Kapitalisten werden es verstehen, ihren Appetit noch darüber hinaus zu befriedigen. Die Verpachtung des Tabakmonopols ist der erste Schritt auf einem Wege, den die bürgerlich-sozialistische Regierung bis ans Ende zu gehen gedenkt. Bei der Aussprache mit den Ententevertretern am 3. Dezember erklärte der Staatssekretär für Finanzen, Dr. Reisch: „Ausreichende Sicherung für die uns gewährten Kredite haben wir schon das erstemal in Gestalt unserer Forsten, unserer Salinen sowie der Erwerbsunternehmungen unserer großen Städte angeboten ... Wir ersuchen aber zugleich dringendst, uns jene Sicherungen zu bezeichnen, welche für Reparationen (Kriegsentschädigungen D. V.) nicht in Anspruch genommen werden und über welche wir dann frei verfügen können; denn eine Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft ist naturgemäß nicht möglich, wenn uns die Verfügung über alle unsere Aktiven dauernd verwehrt ist. Wir haben von verschiedenen Seiten Angebote, welche das Tabakmonopol und andere Importmonopole, die Verleihung des Notenbankprivileg, unsere Kunstschätze, unsere Eisenbahnen u. a. betreffen. Die auf diese Weise erlangbaren ausländischen Kredite würden es ermöglichen, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen und unsere Zahlungsbilanz zu verbessern.“ Das ist eine Pferdekur, welche dem Volke die Rückenmarkschwindsucht bringen würde. Für die die 100-Millionen-Dollaranleihe, die Renner in Paris forderte, hat er die Staatsbahnen und die Wasserkräfte als Pfand angeboten. Werden diese frommen Wünsche Renners erfüllt, dann wird Deutsch-Österreich ein Vasallenstaat der Vanderbilt, Carnegie und Comp., so wie die Türkei ein Vasallenstaat der Helfferich, Gwinner und Comp. werden sollte. Die österreichische Arbeiterklasse würde zum Heloten der amerikanischen Multimillionäre herabsinken und die Renner, Seitz, Fritz Adler usw. würden den ehrenvollen Beruf der Sklavenhändler und Sklaventreiber ausüben.

2. Die politische Lage und die geschichtlichen Konsequenzen.

Der Versuch der Koalitionsregierung, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern, kann nur dann gelingen, wenn sie nicht nur ausreichend mit Kapital versorgt wird, sondern zugleich imstande ist, die Volksmassen auf dem denkbar niedrigsten Lebensniveau zu erhalten und sie trotzdem zu höchster Arbeitsleistung zu zwingen. Im Interesse der Ententemächte liegt es, Mitteleuropa so stark mit Lebensmitteln, Rohstoffen,. Maschinen usw. zu versorgen, daß die Wirtschaft wieder aufgebaut werden kann und neue politische Umwälzungen vermieden werden, die die konterrevolutionäre Barriere im Osten, Polen, die Tschecho-Slowakei, Rumänien, Ungarn, zertrümmern und nach dem Westen übergreifen können. Aber einmal ist die Entente schon in großen Sorgen wegen der ausreichenden wirtschaftlichen Stärkung ihrer eigenen Gebiete, andererseits kann jede solche Hilfe nur auf Grund eines kapitalistischen Schachers gewährt werden, bei dem nicht der Wunsch ausschlaggebend ist, den anderen aus seiner schwierigen Lage zu be-[43]freien, sondern die Aussicht auf höheren Profit. Deshalb besteht für die österreichische Regierung nur dann die Aussicht, daß die Kredite reichlicher fließen werden, wenn ihre Macht selber so gesichert ist, daß sie eine genügende Garantie für die

Verzinsung der Anleihen bietet, und wenn sie imstande ist, die Arbeiter im Joch zu halten und die Wirtschaft vor Erschütterungen durch Streiks zu bewahren.

Nur die rücksichtslose Verwendung der Staatsgewalt gegen die Arbeiterklasse, nur die Diktatur des Kapitals in ihrer brutalsten Form, nur der Noskekurs kann das fertigbringen.

Vorläufig fehlt der Regierung zu dieser Diktatur die Macht. Die Volkswehrtruppen haben einen stark proletarischen Charakter, sie sind für konterrevolutionäre Unternehmungen nicht zu verwenden. Die Arbeiter in den Betrieben sind verhältnismäßig stark bewaffnet. Wohl ist versucht worden, den Arbeitern die Waffen zu stehlen, wohl hat man versucht, die Verbände der Arbeiterwehren auseinanderzureißen und auf diese Weise aktionsunfähig zu machen. Das scheiterte an der Wachsamkeit der Kommunisten und dem sicheren Instinkt der Arbeiterschaft. Dagegen gelang es, kommunistische Verbände der Volkswehr zu entwaffnen und aufzulösen, als die Partei durch innere Wirren den engen Zusammenhang mit den Truppen verlor. Inzwischen haben sich aber wieder neue kommunistische Sektionen gebildet. Größeren Erfolg haben die unterirdischen Bestrebungen der Konterrevolutionäre gehabt. Geheime Waffenlager sind angelegt worden. In geheimen Offiziersversammlungen wurden Beschlüsse gefaßt, die Arbeiterräte aufzulösen und die Monarchie wiederherzustellen. Die Gefahr eines gegenrevolutionären Putsches ist in Österreich größer als in Deutschland, wo die Militärpartei die Macht tatsächlich schon in den Händen hat. Trotz dem ist anzunehmen, daß die Monarchisten erst eine günstige Gelegenheit zum Vorstoß abwarten werden, die ihnen möglicherweise eine Situation wie in Ungarn oder in München bieten wird.

In der Tat, es scheint mir die Machtergreifung durch das Proletariat in Deutsch-Österreich als die einzige „Lösung“ des politischen Problems und als geschichtliche Notwendigkeit. Eine ganze Reihe von objektiven Tatsachen und Tendenzen treibt auf dieses Ziel zu. Wenn gegenwärtig schon an verschiedenen Stellen des Landes Hungerrevolten ausbrechen, wenn die Bourgeoisie versucht, einzelne Teile des Reiches, wie Salzburg, von Deutsch-Österreich loszureißen und dadurch die wirtschaftliche Bedrängnis des Rumpfgebiets zu verschärfen, wenn sich kein Mittel zeigt, die Verschlimmerung der allgemeinen Not hinanzuhalten, so muß man unbedingt mit dem Ausbruch allgemeiner Unruhen im Lande und besonders in der Hauptstadt Wien rechnen. Die Führung der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, kann diese Ausbrüche der Volkswut nicht ihrem Schicksal überlassen, indem sie etwa sagt, daß durch Plünderungen usw. weder ein politischer Erfolg noch eine Linderung der Not erreicht werden kann. Vielmehr ist es die Aufgabe der der Kommunistischen Partei – und dessen sind sich unsere Genossen auch bewußt – solchen Empörungen durch politische Aktionen zuvorzukommen oder, wenn sie unvermeidlich sind, sie in politische Aktionen überzuleiten. Die Parole kann dann jedesmal nur sein: Steigerung der Macht der Arbeiterräte.

Da es der Gegenrevolution in Österreich nicht gelungen ist, so festen Fuß zu fassen wie in Deutschland, haben die Arbeiterräte dort noch einen verhältnismäßig großen Machtbereich. Sie vegetieren nicht, sondern sie leben. Sie haben einen ziemlichen Einfluß auf die Volkswehr; die Arbeiterwehren stehen unter ihrer Kontrolle. Verschiedene Kommissionen des Wiener Arbeiterrats sind an der städtischen Verwaltung, namentlich an [44] der Lebensmittelversorgung beteiligt, und wenn ihre Macht auch nicht bedeutend ist, so können diese Positionen unter dem Druck der Massen doch sehr leicht ausgebaut werden. Außerdem vollzieht sich jetzt in den Arbeiterräten eine Revolutionierung. Bei den letzten Wahlen haben die Kommunisten große Erfolge errungen. Die alte sozialdemokratische Partei ist bekanntlich noch eine organisatorische Einheit. Aber in den Arbeiterräten ist bereits die Spaltung vollzogen. Die Linke hat sich zu einer selbständigen Fraktion zusammengeschlossen, welche mit den Kommunisten Hand in Hand arbeitet. Das alles berechtigt zu den Hoffnungen, daß die Arbeiterräte aktionsfähiger werden, als sie in Deutschland je gewesen sind.

Gelingt es durch die Massenaktionen, den Arbeiterräten größere Machtvollkommenheiten in die Hände zu geben, so wird damit eine Bahn beschritten, auf der es kein Halten geben kann. Der Widerstand des Bürgertums und der Bauernschaft wird stärker werden; die Klassenkämpfe müssen sich verschärfen. Die Arbeiter werden gezwungen werden, aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen weiterzugehen. Angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse, besonders wegen des Fehlens

einer konterrevolutionären Truppe, müssen m. E. die Arbeiterräte ein Stück politischer Macht nach der anderen in ihre Hände nehmen, selbst dann, wenn nicht eine große Volksbewegung sie zwingt, mit einem Male die ganze Gewalt zu ergreifen. Eine Bourgeoisregierung kann aber einer solchen Entwicklung unmöglich ruhig zusehen. Hat sie keine tatsächliche Macht, die Arbeiterklasse niederzuhalten oder niederzuwerfen, kommt ihr die Konterrevolution von außen mit dem weißen Schrecken nicht zu Hilfe, dann wird sie aus Selbsterhaltungstrieb zum Aussprechen dessen gezwungen werden, was ist, und abdanken. Auch in diesem Falle würde das Resultat die Räterepublik sein.

Nun ist für jeden Einsichtigen klar, daß auch eine Räterepublik Deutsch-Österreich für sich allein nicht lebensfähig wäre, daß sie vielmehr von den kapitalistischen Mächten auf gar keine Hilfe zu rechnen hätte. Unsere österreichischen Genossen haben deshalb den Willen, diese letzten Konsequenzen zu vermeiden. Mir scheinen indessen diese Konsequenzen unvermeidlich den tatsächlichen Verhältnissen zu entspringen. Die Entwicklung wird nicht vom klügelnden Verstand des politischen Führers bestimmt, der feststellt, ob er eine feindliche Position nehmen darf, sondern von den revolutionären Kräften, die eine bestimmte Situation auslöst, und der Kraft oder Schwäche auf der Seite der Feinde. Wird die Position genommen und sind ihre Verteidiger dann auf sich selbst angewiesen, dann werden sie schließlich von der Gegenrevolution niedergeschlagen werden, mag sie nun im Lande selber stark genug werden oder von außen kommen. Nur wenn diese historisch notwendige Entwicklung in Österreich zusammenfällt mit einer starken allgemeinen revolutionären Bewegung oder wenn sie eine solche auslöst, würden sich die Arbeiter in der Position erhalten können.

Diese tragische Situation stellt die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs vor ungeheure Aufgaben. Sie wird mit ebenso großer Vorsicht als Entschlossenheit arbeiten müssen. Sie wird die Zeit, die ihr bleibt, ausnutzen müssen zur Schaffung einer straffen Organisation, die getragen ist von einer klaren Einsicht in die politischen Notwendigkeiten. Je klarer ihr Bewußtsein, je fester ihr Wille, um so stärker ihr Einfluß auf die Massen und um so größer die Wirkung ihres Handelns auf die Weltrevolution.

Diese Situation erlegt auch den deutschen Kommunisten schwere Pflichten auf. Nicht nur die Pflicht, der bedrängten österreichischen Arbeiterklasse zu Hilfe zu kommen, nötigt sie zur Anspannung aller Kräfte, sondern auch die Einsicht, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland einen [45] ebenso schmählichen Zusammenbruch wie in Österreich erwarten lassen. Kommt es in Österreich zur revolutionären Erhebung des Proletariats, dann müssen die deutschen Arbeiter kampfbereit sein, damit nicht die österreichischen Arbeiter niedergeworfen werden können und damit die deutsche Revolution aufs neue schwer gefährdet wird. Die deutschen Kommunisten mögen jenen Ausblick auf die Zukunft zusammenhalten mit der Situation in der Partei und daraus ihre Schlüsse ziehen.

*

Die Politik der Entente.

Von Paul A. M-w.

I.

In schlechten Kinematographen kann man oft erleben, daß der Film plötzlich abreißt; nach einem abscheulichen Flimmern wird es dunkel; man hört ein Geräusch, und nach einiger Zeit erscheint, wieder unter heftigem Flimmern plötzlich wieder der alte Film; er wird oft an falscher Stelle wieder aufgenommen, oft an einer, die vor der Zerreißungsstelle liegt, manchmal auch so, daß ein Stück der „logischen Handlung“ übersprungen ist. Stets aber wirkt der Film dann doppelt fad, doppelt falsch und zehnfach schlecht.

Genau wie jener Film riß, wieder einmal, die „Ententepolitik“.

Gibt es überhaupt noch eine „Entente“?

Ja und nein.

Es gibt „alliierte und assoziierte Mächte“, nur daß die „assoziierten“ sich abseits gestellt haben. Es gibt alliierte Mächte, nur daß die „Allianz“ jetzt gerade noch Frankreich und England umfaßt. Und

Frankreich spielt jetzt keineswegs die Rolle der geliebten Schwester Englands, sondern höchstens noch die einer langweiligen Ehegattin; und diese Gattin sehnt sich nach dem Buhler, und der heißt Amerika.

Doch verlassen wir diese Allgemeinheiten, betrachten wir zunächst die Politik Frankreichs.

Gerade mit Frankreich zu beginnen, hat seine guten Gründe. Frankreichs finanzielle Nöte sind uns in Deutschland leicht verständlich, und Frankreichs erstarkter Militarismus macht uns, die wir die Segnungen des Wilhelminisch-preußischen und des Noskitisch-überpreußischen Militarismus ausgekostet haben und auskosten, den französischen ohne weiteres verständlich.

Die französische Politik der letzten Wochen ist eine Fortsetzung der französischen Politik des ganzen letzten Jahres.

Und trotzdem enthält sie jenes „Loch“, von dem wir anfangs sprachen.

Jener Riß, jener Sprung ist verursacht durch die Haltung der Vereinigten Staaten. Während die französische „große Politik“ bis zum Herbst, d. h. bis in den November hinein, wilsonfeindlich war, d. h. die „Idee“ des Völkerbundes als Utopie belachte – natürlich aus anderen Gründen, als wir es tun –, dem Spiel d’Annunzios mit Wohlwollen [46] zusah, die Gegensätze zwischen Amerika und Japan mit behaglichem und nicht einmal verstecktem Schmunzeln betrachtete – sprachen doch die Vorbereitungen im fernen Osten deutlich genug gegen die Abrüstungsphrasen Wilsons –, hat sich jetzt plötzlich die Einstellung der „großen Politiker“ geändert. Nachdem der „Völkerbund“ endgültig erledigt ist, jammern sie ihm nach. Nachdem Amerika sich aus Hexenkessel vorsichtig zurückgezogen hat, rufen sie es zurück. Nachdem Wilson ausgespielt hat, nennen sie ihn groß und gut und erhaben.

Ein schönes Schauspiel, eine große Komödie!

Und ein Stück Tragödie dazu.

Denn dieser Riß des Films enthüllt uns neue imperialistische Konflikte, neue Verwicklungen, die der zusammenkrachende Kapitalismus anstiften wird.

Welche „Ideen“, welche „Grundsätze“ leiten die französische Politik?

Die Innenpolitik ist klar orientiert. Sie hat zwei Seiten, und beide sind unter das Motto zu bringen: Rückwärts!

Zwei Probleme füllen die Innenpolitik Frankreichs augenblicklich vollständig aus, das Finanzproblem und das Problem der Aufrechterhaltung einer Militärdiktatur unter der Zivilführung Clemenceaus, des Tigers.

Aber das Finanzproblem ist hoffnungslos, unlösbar.

Hat sich während der letzten Monate irgendetwas an der finanziellen Gesamtlage Frankreichs verbessert?

Nein; es hat sich alles vielmehr verschlechtert.

Das ist der Hauptgrund des Verlangens nach Amerika.

Denn England allein kann dem erschöpften Verbündeten nicht helfen. Mögen noch so viele „Resultate“ in London erzielt worden sein – sie stehen auf dem Papier. Eine Anleihe – was ist das? Ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Wieder, zum hundertsten Male, zum tausendsten vielleicht, erörtert die Presse Frankreichs die „Möglichkeiten“.

Was bringt sie neues? Hören wir:

„Unsere Valuta kann sich endgültig erholen und uns damit erlauben, wieder zu normalen Geldverhältnissen zu kommen nur durch die Entwicklung Produktion und damit auch unseres Exports.“

Neu kann man den Gedanken nicht nennen. Aber vielleicht findet der Finanzkritiker des „Temps“ (30.12.19), der die Frage stellt, eine originelle Lösung? Hören wir weiter:

„Nur auf diese Weise werden wir wieder Gläubiger des Auslandes.“ (Anm.: ein Junge ertrinkt, ein zweiter soll ihn retten; da schreit der Ertrinkende ihm zu: „aber i c h muß dich nachher prügeln dürfen.“)

„Aber diese Entwicklung wird Jahre in Anspruch nehmen. Inzwischen müssen wir für die Verpflegung unserer Bevölkerung und für die Erfordernisse unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus mehr importieren, als wir zu exportieren imstande sind. Um zu verhindern, daß die immer ansehnlicheren Verpflichtungen, die wir eingehen, immer mehr im Ausland unsere Valuta verschlechtern; um zu vermeiden, daß aus Mangel an internationalen Zahlungsmitteln wir unsere notwendigsten Importe einzustellen gezwungen sind, müssen wir unbedingt langfristige Kredite erhalten, die uns gestatten, unsere Produktionskräfte wieder zu beleben, oder aber wir müssen ans Ausland unsere beweglichen Werte verkaufen, Werte die schon existieren oder erst zu schaffen sind (Anm. oho!), so daß wir Kredite zu unserem Vorteil schaffen, die wenigstens einen Teil unserer Schulden decken.“

Auch dieser „Gedanke“ ist nicht eben neu; jeder Kleinbürger, der proletarisiert wird, jeder Kaufmann, der vor dem Bankrott steht, kennt [47] ihn: „bekomme ich noch bei irgendeinem Narren Kredit – gut, so versuche ich’s noch ein wenig, durchzuhalten; bekomme ich keinen – dann muß ich eben versetzen und verkaufen, was nur zu versetzen und zu verkaufen ist.“ Deutsch-Österreich ist diesen zweiten Weg gegangen, die Republik Deutschland hat ihn beschritten und schreitet rüstig auf ihm fort; auch Frankreich wird nicht auf sich warten lassen: mit Krediten hapert’s.

„Wir haben nun mehr als einmal bemerkt, auf welche Schwierigkeiten unsere Bitten um Kredit und die Unterbringung unserer Papiere in den Vereinigten Staaten stößt, demjenigen Lande, aus dem wir den größten Teil unserer Lebensmittel erhalten: während der zehn ersten Monate dieses Jahres haben wir dort für beinahe 7 Milliarden Franken Lebensmittel gekauft, und für weniger als eine halbe Milliarde verkauft.“

Alter Text, alte Melodie! Die Gründe aber, die der Finanzier angibt, sind köstlich! Er will natürlich nicht zugeben, daß Frankreich faktisch vor dem Bankrott steht. Also schiebt er die Schuld der Mißerfolge – auf die finanzielle Unschuld der Amerikaner. Hören wir auch das:

„Amerika, welches heute Gläubiger der ganzen Welt ist, war vor dem Krieg immer Schuldner des Auslandes. Deshalb ist seine finanzielle Entwicklung nicht auf der Höhe des wunderbaren Aufschwungs, den in den letzten Jahren sein Handel und seine Industrie genommen haben. Ebenso wie das amerikanische Publikum nicht gewohnt ist, fremde Werte zu kaufen, ebenso sind die amerikanischen Banken nur unvollkommen ausgerüstet, solche Werte unterzubringen und insbesondere internationale Bankoperationen auszuführen.“

Sie sind aber doch trotzdem recht fett geworden, die amerikanischen Banken! Nein, wollte er ehrlich sein, der Kritiker des „Temps“, so müßte er eingestehen, daß ein Kaufmann aus Sentimentalität keinem Untergehenden etwas geben darf.

Daß Frankreich vor dem Bankrott steht, gab, soviel ich sehen kann, bisher ein einziger bürgerlicher Schriftsteller zu, Jacques Bainville (in der „Action Française“, dem Monarchistenblatt). Er schlug ein Mittel aus der Zeit der französischen Revolution vor, die Devalvation. Ein gefährliches und zweischneidiges Mittel, das während der Revolution wohl anwendbar ist. Die Revolution selbst konnte er, der Monarchist, selbstverständlich nichts vorschlagen.

Tatsächlich ist sie das einzige, wenn auch harte, Heilmittel: die alten kapitalistischen Methoden versagen völlig.

Freilich sieht selbst der bürgerliche „Temps“mann eine dialektische Seite der französisch-amerikanischen Finanzbeziehungen. Daß Amerika an Frankreich kein Geld geben kann, weil Frankreich bankrott ist, das haben wir gesehen. Daß aber Amerika von einem Bankrott Frankreichs ebenfalls betroffen wird, ist auch klar.

„Man sieht: dieser Zustand droht (Anm. der Finanznot) die Exporte aus Amerika nach Europa und besonders nach Frankreich zu unterbinden, da Frankreich über keine Zahlungsmittel verfügt. Aber diese Exporte, die für uns so notwendig sind, sind es auch für Amerika selbst: sie sind die Hauptquelle für jein augenblickliches Wohlergehen. Sie unmöglich machen heißt glatt: die industrielle Entwicklung der Vereinigten Staaten anhalten und dort eine höchst ernsthafte wirtschaftliche Krise hervorrufen.“

Wir sind mit dieser Bemerkung einverstanden. Nur ziehen wir daraus den Schluß, daß die Finanzkrise um sich greifen wird, daß die wirtschaftliche Krise nicht auf Europa beschränkt bleibt, daß sie politische Folgen haben wird, zunächst innerhalb der betroffenen Länder, dann international, kurz, wir stellen die Prognose: Weltrevolution. (Der „Temps“ aber hat die, schwache, Hoffnung: Weiterwursteln.)

[48] Aber unsere Prognose gründet sich nicht n u r auf die wirtschaftlichen Nöte Frankreichs, sondern auch auf die politische Konstellation. Bleiben wir zunächst noch bei Frankreich.

Die I n n e n p o l i t i k Frankreichs können wir mit drei Worten charakterisieren, soweit sie nicht mehr die Finanzpolitik ist. Diese Worte heißen auf französisch: „je m’en fiche“ [es ist mir egal] und könnten von Clemenceau jedem innenpolitischen Problem gegenüber gebraucht werden. In der Tat pfeift er auf alles: die Säbeldiktatur, der wildeste Nationalismus herrschen vorläufig noch ungestört in Frankreich, und wir können uns für einige Zeit mit Grausen von diesem Anblick wenden.

Die A u ß e n p o l i t i k Frankreichs besitzt scheinbar drei Hauptobjekte: Deutschland, Rußland, England.

Lassen wir zunächst die kleineren französischen Sorgen völlig außer acht und bleiben wir bei jenen (scheinbar) drei Hauptblickrichtungen.

Wir müssen zunächst sehen lernen, daß in Wirklichkeit nur z w e i Objekte für die französische Außenpolitik existieren, das ist: das Verhältnis (Mißverhältnis) zu Rußland und zu England.

In der Tat ist für Frankreich das „deutsche Problem“ h e u t e s c h o n ein Problem z w e i t e n R a n g e s, so sehr das dem äußeren Anschein widerspricht.

Weshalb? W e i l d i e d e u t s c h e R e v o l u t i o n s c h e i n b a r t o t i s t. Mit dem kapitalistischen, ja m i l i t a r i s t i s c h e n aber geschwächten Deutschland wird sich das regierende Frankreich schon verständigen.

Ihr glaubt es nicht? Nun, verfolgt die Presse genau.

Was sagt man z. B. zu folgender Blüte der Presse:

Herr Bonnefon vom „Echo de Paris“ besucht – den Marschall v. Kluck (denselben, der an der Marne 1914 verprügelt worden ist). Der Marschall – sicher ein geborener Politiker – möchte ein Bündnis zwischen Frankreich, England und Deutschland gegen den Bolschewismus haben.

– Glauben Sie nicht, daß man da erst die sozialistische deutsche Regierung stürzen müßte? fragt Herr Bonnefon.

– Das ist nicht nötig. Sie kennt die Gefahr. Sie wird marschieren.

Sie Sozialisten sind keine Bolschewiki.

Herr Marschall kennt seinen Noske, fügt der „Populaire“ hinzu. Es kommt aber noch besser :

– Der französische Gegner, zu dem instinktiv unsere Sympathien uns hinzogen, wegen seines großen militärischen Talents und seiner Ritterlichkeit, das ist der General de Castelnau. Ich möchte, daß er es erfährt.

Sie würden gut „zusammenarbeiten“, diese beiden Nostkiten!

Und ist eine solche Zusammenarbeit auch nur unwahrscheinlich? Keineswegs! Derselbe Bermondt, der g e g e n die Engländer unter deutscher Flagge zog, derselbe üble Bursche wird jetzt im Deutschland Noskes auf Kosten – wessen wohl? – gefüttert, um im Frühjahr von der Entente gegen die Bolschewiki losgelassen zu werden.

Aber Frankreich hat augenblicklich wirklich an wichtigeres zu denken als an Deutschland. Man sieht das gut aus allerlei Anzeichen. Der Sturm kommt aus dem Osten, und plötzlich tönen Flöten der Versöhnung aus Frankreich nach Deutschland. Plötzlich hat es Frankreich eilig mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages.

Im „Temps“ vom 31.12. findet sich folgendes:

„Man möchte wünschen, daß der Versailler Frieden schon in der ersten Woche von 1920 in Kraft wäre. Man möchte es wünschen, um aus diesem Provisorium herauszukommen, das dunkel, aufregend und lästig ist. Man möchte es wünschen, um das notwendige Prestige der Regierung aufrechtzuerhalten. [49] Man möchte es wünschen, damit die Völker mit besserem Mut arbeiten können. Man möchte es auch wünschen, scheuen wir uns nicht, es zu sagen, um diese deutschen Gefangenen zu repatriieren, deren Gefangenschaft durch die Alldeutsche Propaganda ausgenutzt wird, und deren Befreiung seit zwei Monaten durch die Winkelzüge der deutschen Diplomatie verzögert wird."

Den wahren Grund verschweigt der „Temps": er braucht den Frieden, um alle Kräfte freizuhaben, um neue Kräfte, e b e n i n D e u t s c h l a n d, zu erwerben für den Kampf mit Rußland; und er braucht den Frieden, um sich ungestört (wenn man so sagen darf) dem asiatischen Osten zuzuwenden.

*

Die Rußlandpolitik Frankreichs war von Anfang an klar und eindeutig. Sie ist durch die Parole gekennzeichnet: „Nieder mit den Bolschewiki! Nieder mit der russischen Revolution!"

Aber die Ausführung – die war schwer. Und jetzt, wo England (über dessen Rußlandpolitik wir später ausführlich sprechen) wieder einmal eine Schwenkung vollzogen hat, jetzt ist Frankreich am Ende seiner Weisheit.

In der Tat: Clemenceaus Rezept, Rußland „mit einem Drahtverhau zu umgeben", ist zu schön, um möglich zu sein. Warum gibt Clemenceau dieses kindische Rezept?

Offenbar, weil er kein besseres kennt.

Warum ist das Rezept kindisch?

Weil es nicht damit rechnet, d a ß d e r D r a h t v e r h a u s c h o n z e r r i s s e n i s t.

Eine Zerreißungsstelle – das ist Kopenhagen. Wie die Verhandlungen auslaufen werden, das hängt ab vom Fortschritt der Aufstandsbewegungen in Asien. Über diese haben wir später zu reden. Sicher ist aber: daß England sich an den Verhandlungstisch gesetzt hat, e b e n w e i l j e n e D r a h t v e r h a u m e t h o d e – die man doch, weiß Gott, seit Jahren übt, versagte.

Eine zweite Zerreißungsstelle ist Estland. Eine dritte: Zentralasien. Eine vierte wird bald die russisch-chinesische Grenze, eine fünfte die russisch-persische und russisch-türkische sein.

Und ist denn der Drahtzaun gar so fest in Polen? In Rumänien? In Lettland?

Mit dem Drahtverhau ist es aus, und damit stürzt die Rußlandpolitik Frankreichs zusammen, wie ein Kartenhaus. Noch mehr: die gegenrevolutionären Günstlinge i n R u ß l a n d s e l b s t sind erledigt: Denikin wird sich, vielleicht, in der Krim keinem klimatischen Erholungsurlaub unterziehen, Koltschak die Gestade des Stillen Ozeans wehmütig betrachten und von Sibirien sagen: „dies alles w a r mir untertänig!" Frankreich aber hat an diesen Helden nur neue Finanzsorgen erlebt. (Trotzdem werden sie weiter finanziert werden.)

Die russischen Sorgen lassen die französischen Politiker sicher nicht schlafen. Es gibt noch andere Sorgen. Von den amerikanischen sprachen wir schon. Hier haben wir auch einen dialektischen Witz: in dem Moment, wo Amerika sich um die Alte Welt möglichst wenig kümmert, kommt die Alte Welt ohne Amerika nicht aus. Sehr gut präzisiert wiederum der „Temps" (31.12.19) die Hauptfragen, die ohne Amerika nicht „gelöst werden können. Er schreibt:

„1. Was kann man Endgültiges ohne U. S. A. machen? Erzielen, daß Deutschland zahlt? Es wird Rohstoffe verlangen, um arbeiten zu können. Kredite, um Rohstoffe zu kaufen. Wollt ihr ohne den Dollar auskommen " [50]

2. Das Adriaproblem lösen? Die Jugoslawen verschanzen sich hinter den Präsidenten Wilson. Italien wird von euch verlangen, daß ihr ihm die Zustimmung Wilsons garantiert. Wollt ihr einen Beschluß fassen, ohne Washington zu konsultieren?

3. Die russische Frage behandeln? Die Bolschewiki drohen, bis Wladiwostock zu gehen. Die Polen, die Rumänen, die kleinen baltischen Staaten und die im Kaukasus können im nächsten Frühjahr angegriffen werden. Beunruhigt es euch nicht, zu wissen, ob die Vereinigten Staaten für oder gegen das „Drahtverhausystem" sind?

4. Konstantinopel jemandem zusprechen? Von allen Problemen, die aus dem Krieg stammen, ist das vielleicht dasjenige, welches am meisten droht, einen neuen Weltkonflikt zu provozieren. Ihr seid schon soweit, es, ohne Rußlands Stimme

anzuhören, zu erledigen. Und überdies wollt ihr es erledigen, ohne darüber mit den Vereinigten Staaten, der zweiten Seemacht der Welt, zu beraten?“

Warum geht es nicht an, irgendeine der vier Fragen ohne Amerika zu lösen? Die Antwort gibt der „Temps“ zwischen den Zeilen. Wir könnten so antworten: weil zwischen England und Frankreich nur auf dem Papier, nur gezwungenermaßen „Entente cordiale“, in Wirklichkeit aber in Vorderasien und im Mittelmeer schärfster Gegensatz besteht. Der „Temps“ aber formuliert das so:

„Im Interesse der französisch-englischen Freundschaft selbst, die ohne die französisch-amerikanische Freundschaft nicht auskommen kann, wollen wir nichts ohne die Vereinigten Staaten machen.“

Untersuchen wir jetzt die famose Freundschaft zwischen England und Frankreich.

*

Dieser Freundschaft drohen zwei Konflikte. Den einen deutete jenes „Temps“zitat schon an; es ist das Problem: Konstantinopel. Das andere hängt damit zusammen und heißt: Syrien.

Das Konstantinopelproblem ist nur ein Teilproblem jenes großen türkischen Problems, mit dem die „alliierten und assoziierten Mächte“ niemals fertig werden.

Das türkische Problem berühren wir heute gar nicht.

Das Meerengenproblem aber, d. h. das Problem: Konstantinopel, beleuchten wir hier kurz, weil wir auch auf dieses Problem später ausführlich zurückkommen müssen.

Worum handelt es sich eigentlich? Es handelt sich um die Frage: „Wem soll die Stadt Konstantinopel und damit die Beherrschung der Meerengen zufallen?“

Was ist die Bedeutung der Engen?

Die liegt auf der Hand. In den Sack des Schwarzen Meeres münden drei große Ströme, die Donau, der Dnjepr und der Don. Die Donau ist ein Wasserweg, der von der deutsch-österreichischen Grenze ab schiffbar ist. Die Donau ist der natürliche Transportweg für die Waren aus Zentraleuropa, aus Ungarn, aus Serbien, Bulgarien, Rumänien ins Schwarze Meer und von da weiter durch die Engen, das Mittelmeer, über Suez und durchs Rote Meer zum Indischen Ozean und in den Persischen Golf. Aber ins Schwarze Meer mündet auch der Dnjepr, der aus dem Herzen Rußlands kommt, durch die Ukraine fließt; mündet auch der Don, an den die Erz- und Kohlenbecken Süd-Rußlands stoßen. Ans Schwarze Meer grenzen die Süd-Russischen Weizengebiete – und das Schwarze Meer kann durch die Engen abgeschnürt werden.

[51] Wer Konstantinopel besitzt, der beherrscht jene Schiffahrtsstraße, die von Wien, Preßburg, Pest, von Belgrad, von Lom-Palanka, von Constanza nach Indien, von Kiew (ja von Moskau aus, von der Dwina her sogar, also aus dem Ostseegebiet durch die großen Kanäle), von Odessa, von Jekaterinoslaw, von Rostow, von Batum an den Persischen Golf führt.

Wem sollen die Engen gehören?

Allen, so sollte man meinen. Niemandem als mir, so meint jeder Imperialismus. Aber eine glatte Annexion der Engen ist unmöglich. Ist unmöglich, weil die „Kämpfer für das Selbstbestimmungsrecht“ sich eher untereinander zerfleischen würden, als den fetten Bissen einem zu gönnen.

Also doch allen?

Hier eben sitzt das Problem, von dem der „Temps“, wie wir sahen, sehr richtig bemerkte, daß es zu einem neuen Weltkonflikt noch Anlaß geben kann.

„Internationalisieren“ – das ist die Losung. Darüber ist man sich im Prinzip einig. Aber:

„Die Polizei der Engen, das ist eine Sache. Die Souveränität über Konstantinopel ist eine andere. Aus einer Menge von Gründen, politischen und religiösen, militärischen und wirtschaftlichen, wirft die Zuteilung Konstantinopels, nicht die Beherrschungsart der Engen, alle Probleme des Orients auf.“ („Temps“, 7.1.20.)

Wirklich? Nein. Es ist nämlich Beherrschung der Engen gleichbedeutend mit: Besitz von Konstantinopel.

Oder besser: Wer die Engen beherrscht, besitzt in Wirklichkeit Konstantinopel; aber auch: wer Konstantinopel w i r k l i c h b e s i t z t, der beherrscht die Engen.

Deshalb ist sehr gut zu verstehen, daß die französische Politik sich dagegen sträubt, dem Sultan die Souveränität über Konstantinopel zu nehmen. Es besteht doch wenigstens eine C h a n c e, die Engen m i t z u b e h e r r s c h e n, wenn in Konstantinopel eine Marionette sitzt.

Wirklich? Sicher nicht. Denn die Marionette wird von dem beherrscht werden, der die Engen faktisch beherrscht. Aber Frankreich spekuliert hier auf folgendes: erstens existiert eine alte französische Tradition in den höheren Sphären der Türkei, eine Tradition, die weder die Engländer noch gar die Deutschen besitzen. (Die Russen zählt man nicht mit, und das ist eine falsche Rechnung: bei der Lösung der türkischen Fragen wird Rußland sicher ein Wort mitzusprechen haben; davon später.) Diese Tradition kann aber zu diplomatischen Intrigen benutzt werden – die Deutschen haben das, ohne Tradition, bewiesen. Durch die Intrigen wird der unleidliche Zustand aus der Zeit vor dem Kriege erneuert – aber inzwischen ereignet sich vielleicht etwas für England.

Das dürfte die Spekulation der französischen Politiker sein, die sich jetzt mit warmen Worten für den Sultan einsetzen. (Wahre Republikaner!) Selbst auf die Unbequemlichkeit einer Hofhaltung in einer hierzu nicht vorbereiteten Stadt nehmen die guten Leute Rücksicht.

Aber – in London hat Clemenceau den Sultan nicht für Konstantinopel retten können.

Und nun muß Frankreichs Imperialismus glatt erklären („Temps“, 1.1.20):

„Jagt man den Sultan und die türkische Regierung aus Konstantinopel weg, so rührt man an die Empfindung aller Muselmanen. Nun ist Frankreich ein großes muselmanisches Reich; und es will gerade in Syrien und in Cilicien eine Arbeit beginnen, die besonders schwierig würde, wenn die Franzosen ihre traditionelle Freundschaft für den Islam zu vergessen schienen.“

[52] Noch deutlicher wird dann gesagt, mit der Verjagung des Sultans wäre die einzige Landmacht verschwunden, die die Engen beschützen kann. Und weiter heißt es:

„Wer wird sie bewachen? Offenbar die Alliierten, von der See aus. Aber nicht alle Alliierten sind gleich stark zur See. Wird nicht die Ungleichheit der Kräfte, wie loyal man auch sein mag, die Gefahr bringen, daß sie sich in eine Ungleichheit der Vorteile umsetzt?“

V o r t e i l e hat in der Tat Frankreich in letzter Zeit von seiner „Freundschaft“ mit England nicht gehabt. Syrien z. B., wo es jetzt „ein großes Werk“ unternimmt, ist bisher ein unangenehmes „Geschenk“. Hier berühren sich die Interessen Frankreichs und Englands feindlich, und von hier aus werden wir deren Gegensatz begreifen.

*

Proletarische Diktatur und Terrorismus.

Von Karl R a d e k .

1. Karl Kautskys Herbstoffensive gegen Sowjetrußland.

Die Offensive von 14 Völkern verkündete der englische General, der im Baltenlande die „Demokratie“ von Gnaden der City und Wallstreet vertritt und den Kreuzzug des englischen Imperialismus g e g e n das R u ß l a n d der Arbeiter und Bauern organisiert. Die erwarteten „Völker“ sind ausgeblieben, die Generale der russischen Konterrevolution sind geschlagen, und es wird den Londoner Sklavenhältern trotz ihrer Tanks und Giftgase, trog Bombardierung offener russischer Städte und aller anderen Erfüllungsarten der 14 Punkte des Wilsonschen Weltbeglückungsplanes nicht gelingen, Sowjetrußland niederzuwerfen. Aber wenn die von den Weltherrschern erwarteten Sklavenabteilungen ausgeblieben sind, es nichts für notwendig gehalten haben zur Restauration des Zarismus beizutragen, so hat die Entente Hilfe von unerhoffter Seite erhalten. Im Moment, wo die russischen Arbeiter im heroischen Kampfe ihre Herrschaft verteidigen, eilt der internationalen Konterrevolution zur Hilfe Herr Karl K a u t s k y, der Theoretiker der seligen II. Internationale und bis auf den heutigen Tag Mitglied der Unabhängigen Deutschen Sozialdemokratie, ja ihr Vertrauensmann auf

internationalen Konferenzen, die die Einheit der Arbeiterklasse wieder herstellen sollen. Während vor Koltschaks Truppen Popen in langen Reihen herziehen, die Weihrauchgefäße schwenken und durch Hochhalten der Heiligenbilder den Mut der Bauernsöhne in der Roten Armee zu brechen suchen, hält Herr Kautsky den Proletariern Rußlands und Europas das Bild der wundertätigen Demokratie in einer Hand und das Schreckensbild des proletarischen Despotismus in der anderen entgegen. Sein Buch ist „Terrorismus und Kommunismus“*) betitelt, nicht Terrorismus und Kapitalismus. Es handelt nicht davon, wie die amerikanischen Trusts in der „freiesten Demokratie der Welt“ jahrzehntelang die Arbeiter unter das Joch der Sklaverei durch offenste, rücksichtsloseste Gewalt (erinnert Euch an Colorado!) zu beugen gesucht haben, wie dasselbe in anderer Form [53] in allen anderen „demokratischen“ Staaten vor dem Kriege geschehen ist. Es handelt nicht darüber wie die kapitalistischen Cliquen die Welt in die schreckliche fünfjährige Metzelei hineinwarfen, ohne auch nur ein Volk um seine Meinung zu fragen. Er spricht kein Wort darüber, wie in diesem Weltkriege überall die imperialistische Diktatur aufgerichtet worden ist, wie sie auf dem Schlachtfelde Millionen Proletarierkinder vernichtet hat, wie sie in den Städten Tausende und Abertausende in Gefängnissen hat verhungern lassen. Er spricht nichts davon, wie die revolutionäre Kerenski-Regierung auf Geheiß der Pariser Börse Tausende an der Front hat niedermetzeln lassen, um die Julioffensive 1917 zustande zu bringen. Die Geschichte des Terrorismus in der revolutionären Epoche, die eingesetzt hat, beginnt für ihn mit den Bolschewiki. „Die Bolschewiki in Rußland gingen voran“; und dem Herrn Noske, der den deutschen Kapitalismus mit Maschinengewehren und Minenwerfern gegen die deutschen Proletarier verteidigt, bezeugt Karl Kautsky mit einer Schamlosigkeit sondergleichen, er „trete kühn in Trotzkys Fußtapfen“. Aber Noske wird die Ehre, ein Gegenstand der historischen „Untersuchungen“ Kautskys zu werden, nicht zuteil, denn eine solche Untersuchung könnte gewisse Zusammenhänge zwischen dem sterbenden, seine Macht verteidigenden Kapitalismus und dem Terrorismus aufdecken, was Herrn Kautsky nicht interessiert, da er dem ein Buch gegen den Kommunismus, nicht gegen den Kapitalismus zu schreiben hat. Das Buch hat schon den Enthusiasmus nicht nur eines Fritz Stampfer, der „Frankfurter Zeitung“, sondern sogar des „Lokalanzeigers“ erweckt. Man könnte es damit beiseite legen, aber es zeigt so gut die geistige Verlotterung des ehrenwerten Theoretikers der sogenannten II. Internationale, daß es wert ist, sich bei ihm ein paar Augenblicke aufzuhalten. Desto mehr, als die „lichtvollen historischen Ausführungen“ Kautskys – wie sich Haase ausdrückte –, zum Ermüden wiederholt werden nicht nur von den Sozialpatrioten, rechten Unabhängigen (wie Hilferding, Stroebel), sondern sogar von Leuten, die, wie Ledebour, noch im Rufe stehen, revolutionäre Politiker zu sein. Der Schrei gegen den Terrorismus, die Losung der Diktatur ohne Terrorismus bildet den letzten Versuch der Verwirrung der Arbeiter, nach dem der Kampf gegen die Erkenntnis der Notwendigkeit der Diktatur sich auf proletarischem Boden als vollkommen aussichtslos erwiesen hat. „Die Diktatur ohne Terrorismus“ das ist die letzte Zuflucht der Gegner der proletarischen Diktatur. Das Buch Kautskys ist ihre Waffe. Es ist sehr leicht, sie zu zerbrechen. Sie ist ein Schwert aus Pappe.

2. Der Terror der Jakobiner.

Als gelehrter Mann hat Herr Kautsky natürlich nicht übel Lust, die Geschichte des Terrorismus seit der Schöpfung zu verfolgen. Aber diese „lichtvollen“ Ausführungen wurden uns – Gott sei Dank – erspart. Wir erfahren nur, daß, wie die Raubtiere überhaupt, unsere Urahnen, die Affen, keine Diktatur ausgeübt haben. Sie haben vorwiegend von Pflanzennahrung gelebt, die sie „hier und da durch kleinere Tiere, Raupen, Würmer, Reptilien, eventuell auch nicht flügge kleine Vögel ergänzten“. Säugetiere haben sie nicht getötet. „Kein Affe tut derartiges“ – erklärt Kautsky zu unserer Beruhigung und zu desto größerer Verdammung der Bolschewiki, die wie bekannt, in solcher Vertilgung kapitalistischer Säugetiere jetzt vorangingen. Aber ihnen sind noch die Jakobiner [54] des Jahres 1793 vorangegangen, und da sie dafür von der Strafe erreicht worden sind, so widmet ihnen Kautsky mehr Platz in seiner Untersuchung als unseren ehrwürdigen Urahnen, den Affen.

*) K. Kautsky: Terrorismus und Kommunismus. Berlin 1919. Verlag Neues Vaterland.

Sein Urteil über die Jakobiner, die direkten Urahnen der Bolschewiki läßt sich in den Satz zusammenfassen, in den Kautsky die Meinung der französischen Proudhonisten über die Jakobiner zusammenfaßt: Sie (die Proudhonisten) erkannten die Illusionen, die zur Schreckensherrschaft geführt, das Proletariat genarrt, es zur blutigen Verwilderung gebracht haben, ohne es seiner Befreiung im geringsten näher zu führen." (S. 72.) Dieses Urteil begründet Kautsky in folgender Weise: Robespierre und seine Regierung wollte als Partei die Interessen der Proletarier und Kleinbürger vertreten (S. 35). Als sie zur Gewalt gelangten, suchten sie und die hinter ihnen stehenden proletarischen Massen die Staatsgewalt auszunutzen, „um jenes Reich der Gleichheit zu erreichen, das die Denker der Bourgeoisie ihnen versprochen haben" (S. 27). „Dadurch kamen die armen Pariser im steigenden Gegensatz zu den Bauern, den Zwischenhändlern, den Geldleuten, jenen Elementen, die damals durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln am meisten begünstigt wurden, dessen Aufhebung bei der Herrschaft des Kleinbetriebes unmöglich war" (S. 24). „Da es ihnen unmöglich war, den Produkionsprozeß zu ändern, suchten sie mit Hilfe ihrer Machtmittel die Verteilung der Ergebnisse dieses Prozesses zu ändern, mit Mitteln, die unsere Tage uns sattsam haben lernen lassen: Höchstpreisen, Zwangsanleihen, die etwa unserem Wehrbeitrag entsprachen und ähnlichen Eingriffen, die alle damals noch weit weniger dem Elend entgegenwirkten als heute, bei der damaligen ungeheuren Zersplitterung der Produktion, der Mangelhaftigkeit der Statistik, der Ohnmacht der Zentralgewalt gegenüber den Gemeinden. Immer schroffer gestaltete sich der Widerspruch zwischen der politischen Macht des Proletariats und seiner ökonomischen Lage. Und dabei wurde immer ärger die Bedrängung durch den Krieg. So griffen die Machthaber des Proletariats in ihrer Verzweiflung immer mehr zu den äußersten Mitteln, zum blutigen Schrecken, zum Terror" (S. 27). Da aber auf dem Boden des Privateigentums während eines Krieges mit seinen Riesenbestellungen usw. sich eine neue Bourgeoisie bilden mußte, während die Not, der Krieg die Massen erschöpfte, mußte die Terrorpolitik mit der Niederlage des Termidor enden. Also noch einmal: die „Illusion", man könne den „allgemeinen Wohlstand" einführen, hat das Proletariat und seine Führer zur Politik des Terrors geführt, die das Proletariat „narrte", „verwilderte", „ohne es „seiner Befreiung im geringsten näher zu führen" – das ist die „lichtvolle" Beleuchtung der Epoche des jakobinischen Terrors durch den führenden Theoretiker der II. Internationale.

Wie sahen die Dinge aber in! Wirklichkeit aus? Vorerst stellten Robespierre, St. Just und der ganze führende Klüngel des „Berges" niemals die Partei des Proletariats dar, und wollten sie gar nicht sein. Die Partei des Proletariats und des proletarischen Kleinbürgertums waren die Enragés, vertreten durch Roux, Varlet, Dolivet, Chalier, Leclerc usw. und andere Träger der kommunistischen Agitation, die von dem Berg und der Robespierrischen Richtung eben wegen ihrer kommunistischen Tendenzen aufs schärfste bekämpft und auf die Guillotine gesandt worden sind. In gemäßigterer Form vertrat die proletarischen Interessen die Pariser Kommune unter [55] der Leitung Chaumettes, der ebenfalls von Robespierre auf die Guillotine geschickt wurde. Robespierre und seine Regierung stand entschieden auf dem Boden des bürgerlichen Privateigentums, wie dies in der Verfassung des Jahres 1793 zum Ausdruck kam, die besagte: „Das Eigentumsrecht gestattet jedem Bürger nach seinem Belieben, seine Einkünfte, die Früchte seiner Arbeit und seiner Betriebsamkeit zu genießen und darüber hinaus zu verfügen" – oder an einer anderen Stelle: „Auch nicht der kleinste Teil seines Eigentums kann ihm genommen werden, außer wenn die öffentliche Notdurft nach dem Gesetze feststeht und dann nur unter der Bedingung einer gerechten vorläufigen Entschädigung". Robespierre war Vertreter des bürgerlichen Republikanismus. Nicht mehr und nicht weniger. Er kam zur Macht getragen von der Welle der proletarisch-kleinbürgerlichen Bewegung, als die französische Revolution nach dreijähriger Existenz weder den Feudalismus noch das Königtum aufgehoben hatte. Betrogen von den Feuillants, von den Girondisten, d. h. von den Vertretern des konstitutionellen Adels und des Großkapitals, brachten die Volksmassen zur Macht die bürgerliche Demokratie, den Berg. Gegen dessen radikal bürgerliche Maßregel, die wirkliche Aufhebung der Feudallasten (am 4. August 1789 wurden sie auch nur auf dem Papier aufgehoben), die Durchführung der Demokratie (Aufhebung der Zensur usw.), die Köpfung des Königs setzte sich die feudale Konterrevolution im Bunde mit England, Preußen, Österreich) zur wütenden Wehr. Es begann der Krieg gegen die Armeen der Koalition an allen Grenzen, wie

gegen die Konterrevolution im Innern. Die größte Not herrschte im Lande. Die revolutionären Armeen hatten keine Schuhe, keine Kleidung, keine Lebensmittel. In dem durch den Feudalismus ruinierten, unter vieljährigen Mißernten leidenden Lande mangelte es an allem. Was konnte eine radikale bürgerliche Regierung tun? Hätte sie Kautskys Erfurter Programm gekannt, hätte sie vielleicht auf die „Illusionen" verzichtet, den Kampf auf- und dann das Land dem Feudalismus preisgegeben haben. Aber da sie zum Glück keine Ahnung von dem kastrierten Marxismus hatte, suchte sie keine „statistischen" Gründe für den Verzicht auf den Kampf, sondern kämpfte mit allen Mitteln, auch des Terrors gegen das Spekulantentum, gegen den konterrevolutionären Verrat, und besiegte die Heere der Konterrevolution. Wie wenig sie Illusionen nachging, zeigte sie durch ihren Kampf gegen die kommunistische Strömung, die tiefgreifende, aber damals unerfüllbare, Reformen erstrebte. Als die Kräfte der feudalen Konterrevolution gebrochen waren, war die Aufgabe der bürgerlich-terroristischen Regierung erfüllt. Auch die Bourgeoisie wollte sie nicht mehr dulden. Das war der Grund, des 9. Termidor, des Sturzes Robespierres.

Dies hat schon Mignet verstanden, obwohl er seine Geschichte der französischen Revolution fast vor hundert Jahren, in der Epoche der Restauration geschrieben hat. In seinem Buche sagt er: „Die immer zahlreichen Siege der Republik, an denen sie durch ihre kräftigen Maßregeln oder ihre hohe Begeisterung einen gewaltigen Anteil hatte, machten ihre Gewalt überflüssig. Der Wohlfahrtsausschuß war es, der Frankreich im Innern mit starker und furchtbarer Hand niederhielt und zugleich Hilfsquellen geöffnet, Heere geschaffen, Feldherrn gefunden und Siege errungen hatte, wodurch schließlich der Triumph der Revolution Europa gegenüber gesichert wurde. [56] Eine glückliche Lage erforderte nicht mehr dieselben Anstrengungen und seine Aufgabe war gelöst, da es das Eigentümliche einer solchen Diktatur ist, ein Land und eine Sache zu retten und durch das Werk der Rettung selbst unterzugehen" (S. 359 der Reklamausgabe). Der Gegensatz, in den der jakobinische Terror zu seiner Grundlage, dem bürgerlichen Privateigentum geriet, bedeutet für Karl Kautsky nur einen Bankerott einer Illusion. Ein gewisser Friedrich Engels schrieb aber: „Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde – ganz wie 1793 in Frankreich und 1848 in Deutschland. Es scheint dies in der Tat eines der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein. (Fr. Engels: Über den historischen Materialismus. Neue Zeit 1892–1893 Bd. I S. 43–44.) Um das feudal gebundene Eigentum endgültig abzuschaffen und damit den Boden unter den Füßen der feudalen Restauration abzugraben, mußte sich die bürgerliche Revolution am bürgerlichen Privateigentum und den Mitteln des Terrors vergreifen. Sie mußte schließlich daran auf die Länge hin scheitern, aber ihre Aufgabe, die Zertrümmerung des Feudalismus war ohne Terror nicht erfüllbar. Wer behauptet, daß sie dadurch das Proletariat „genarrt", „verwildert" hat, „ohne es seiner Befreiung im geringsten näherzubringen", der behauptet, daß die Befreiung des Proletariats ohne Niederringung des Feudalismus und Absolutismus möglich ist. Ein solcher Mensch ist zwar dem hehren Vorbild unserer Urahnen, den Affen, treugeblieben, die „vorwiegend von Pflanzennahrung gelebt haben" (Wiederkauen des marxistischen ABC), diese Nahrung „hier und da durch kleinere Tiere, Raupen, Würmer, Reptilien eventuell auch nicht flügge kleine Vögel ergänzten" (Abschlachtung sozialreformerischer Professoren und Revisionisten), aber eine Revolution wird er nie verstehen. Sogar eine bürgerliche nicht, geschweige denn eine proletarische.

Das war bei Kautsky nicht immer so. Noch in seiner Polemik gegen Eisner nach dem Amsterdamer Kongreß schriebt er über die Epoche des Jakobinischen Terrors: „In den Kämpfen der Jahre 1789 und 1790 haben die niederen Volksmassen, besonders in Paris ihre Macht kennen gelernt. Sie haben gesiegt, aber die Früchte des Sieges fielen den besitzenden Klassen zu. Die unteren Klassen konnten dabei nicht stehen bleiben. Sie mußten weiter streben auf dem Wege der Freiheit und Gleichheit, um aus der Not und der Erniedrigung herauszukommen. Da sich aber das Bürgertum dem aus allen Kräften widersetzte, mußte es bald zu einem verzweifelten Kampfe zwischen den beiden Klassen kommen. Die Gegensätze verschärften sich noch dank dem Kriege, den die alliierten Monarchen

Europas gegen das revolutionäre Frankreich führten. In diesem Kriege konnte Frankreich siegen nur durch die energischste Anspannung aller Kräfte – was nur der rücksichtslose Haß vollbringen konnte, der die Volksmassen dem Privateigentum gegenüber belebte. Jetzt (1792 und 1793) wurde die Monarchie gründlich zerstört, das allgemeine Wahlrecht proklamiert, das stehende Heer aufgehoben, die Volksbewaffnung eingeführt; jetzt wurde der Reichtum der Besitzenden zur Ernährung der Kämpfenden und Armen ausgenutzt. Aber das alles geschah in der Epoche des Terrors, der Epoche der Einschüchterung der Bourgeoisie ... (Leider habe [57] ich das Original, das in der Neuen Zeit 1904–1905 erschienen ist, nicht bei der Hand und bin genötigt, nach einer polnischen Übersetzung der Kautskyschen Abhandlung zurückzuübersetzen.) Im Jahre 1905 war also Kautsky noch von dem Terrorismus Robespierres so vernarrt und verwildert, daß er in der Zerstörung des feudalen Absolutismus, des stehenden Heeres usw. einen Preis sah, der die Epoche des Terrorismus als die des geschichtlichen Fortschritts ihn anerkennen ließ. Der „Marxismus“ schützte ihn damals noch nicht vor dem Verständnis der Geschichte, er war noch nicht kastriert. Erst die nahende Epoche der sozialen proletarischen Revolution ließ Kautsky die Waffe der marxistischen historischen Kritik zerbrechen, weil er überhaupt auf jeden Waffengang mit der Bourgeoisie verzichtete. Darum kann er sich nicht begnügen mit der Abkehr von dem, was groß in den bürgerlichen Revolutionen war. Er muß in den proletarischen Revolutionen ihre Tugenden in ihren Lastern, Fehlern suchen, darin, was der Grund ihrer Schwäche war. Sein Lob gilt ihnen, wenn sie sich niederschlachten lassen.

Wir kommen zur Behandlung der Pariser Kommune des Jahres 1871 durch Kautsky, zum zweiten Kapitel seiner „lichtvollen“ Darstellung, die Haase so entzückt hatte.

3. Die Musterdiktatur.

Als die Kommune von Paris von den Versaillern im Blute erstickt worden war, als um die Toten und gefangenen Revolutionäre die Weltbourgeoisie einen Indianertanz der Verleumdung begann, als unter dem Einfluß dieses Verleumdungszuges die englischen honetten Gewerkschaftsführer zu zittern begannen und sich von der I. Internationale zurückzogen, da bedeckte Karl Marx die zerfetzten Leiber der Kommunards mit der Fahne der Internationale. Obwohl jede Solidaritätserklärung mit der Kommune die schwache, junge I. Internationale mit den größten Gefahren bedrohte, tat dies Karl Marx, der dem Kommuneaufstand sehr skeptisch gegenübergestanden hatte, der schärfer als jemand anders ihre tödlichen Schwächen erkannt hatte. Er tat dies nicht nur aus Gefühlssolidarität mit einem Aufstand, in dem Zehntausende von Proletariern in heiligem Enthusiasmus gekämpft hatten. Er tat dies, weil er mit genialem historischen Blick, durch den Wust oft tragikomischer Irrungen und Wirrungen der Kommune, durch die Nebel ihrer unklaren Gedanken, durch die Trümmer ihrer halben Taten die Umrisse einer neuen Welt sah, an deren Bau sie unbewußt beschäftigt war. Marx verstand sofort, daß die Kommune im Feuer ihrer Brände dem Proletariat zwei wichtige Lehren aufgezeigt hatte: die erste bestand darin, daß das Proletariat bei der Eroberung der politischen Macht sich des alten staatlichen Apparates nicht einfach bedienen kann, sondern ihn vernichten, zerbrechen muß, um einen neuen zu bauen; die zweite Lehre bestand darin, daß dieser Apparat grundverschieden von dem bürgerlichen Parlamentarismus und seiner Trennung der Gesetzgebung von der Verwaltung sein muß, daß es umgekehrt beide vereinigt in den Vertreterkörperschaften der Arbeitenden, die selbst ihre Gesetze verwirklichen und lebendig machen. Diese Lehren der Kommune waren für Marx und Engels von der größten Wichtigkeit, weil sie ihnen das Wesen der Diktatur des Proletariats zeigten. Alles andere war für sie in der Kommune Einzelfall, Vorübergehendes. Das war das Allgemeine, die „Lehre“, das war das, was über alle Schwächen hinweg die Kommune vom Jahre 1871 zu einem gewaltigen Schritt vorwärts stempelte, obwohl ihr direktes Resultat nur Trümmer hinterließ, eine Zurück-[58]werfung der französischen Arbeiterbewegung für 15 Jahre lang bedeutete. Die Kautsky und Bernstein, denen in den neunziger Jahren die Weiterführung des Werkes von Marx und Engels zufiel, verstanden mit diesen Lehren nichts anzufangen. In den Gewässern der anbrechenden parlamentarischen Epoche herumplätschernd, in ihrem Sande nach Regenwürmern grabend, begriffen sie diese Lehren nicht, und enthielten sie dem Bewußtsein des Proletariats vor.

Sehen wir zu, was heute, angesichts der russischen und deutschen Revolution, Karl Kautsky mit den Lehren der Kommune anzufangen weiß. Er widmet ihr vierzig Seiten Druck. Auf diesen vierzig Seiten sucht er sie als Musterbeispiel der Diktatur darzustellen, wie er sie, Herr Kautsky, zu akzeptieren bereit ist. Die Pariser Kommune findet Gnade vor seinen Augen: sie war gewählt auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, also sie verstieß nicht gegen die heiligen Gesetze der Demokratie. Herr Kautsky triumphiert. Und doch schrieb Friedrich Engels am 18. März 1891, am zwanzigsten Jahrestag der Pariser Kommune: „Ihr Herren, wollt Ihr wissen, wie die Diktatur des Proletariats aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats!“ Man sieht, Marx und Engels verstanden unter dieser Diktatur keinesfalls die Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, oder der Demokratie überhaupt. Heil dir im Siegerkranz! triumphiert Karl Kautsky. Er zitiert an einer anderen Stelle meine Ausführungen aus der Einleitung zu Bucharins Programmschrift, wo ich ausführte, daß abstrakt genommen man der Bourgeoisie das Wahlrecht belassen könnte, auch bei der Diktatur des Proletariats. „Aber die Revolution besteht eben darin, daß sie ein Bürgerkrieg ist und Klassen, die sich mit Kanonen und Maschinengewehren bekämpfen, verzichten auf das homerische Rededuell.“ Diese meine im Sommer 1918 niedergeschriebenen Ausführungen zeigten, daß auch die russischen Kommunisten das Merkmal der Diktatur des Proletariats keinesfalls in der Abschaffung der Wahlrechte der Bourgeoisie sahen. Sie waren nur überzeugt, daß während der Periode des Bürgerkrieges der Kampf des Proletariats und der Bourgeoisie so scharfe Formen annimmt, daß der gemeinsame Boden des demokratischen Wahlrechts, das Parlament, als Kampfboden verschwindet.

Was beweist in dieser Hinsicht die Pariser Kommune? Sie war, was Herr Kautsky verschweigt, ein Aufstand gegen die Resultate des allgemeinen Wahlrechts in Frankreich. Auf Grund dieses Kautskyschen Allheilmittels kam die Nationalversammlung Frankreichs 1871 zustande und wies 400 Monarchisten und 200 Republikaner (und was für welche!) auf. Sie war ein getreues Spiegelbild der Reaktion, die auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten herrschte. Die Nationalversammlung schloß nicht nur den Frieden mit Bismarck, sondern rüstete zum Krieg gegen das revolutionäre Paris. Und siehe da, Paris erhob sich gegen die Nationalversammlung. „Paris hat kein Recht, sich gegen Frankreich aufzulehnen, es muß vielmehr durchaus die Oberherrschaft der Nationalversammlung anerkennen“ – so wurde Paris apostrophiert von einem seiner Abgeordneten und Maires, Herrn ... Clemenceau, dem jetzigen „Tiger“. Und der sozialistische Ahne Kautskys, Louis Blanc, erklärte den Delegierten der Kommune: „Ihr seid Aufrührer gegen die freieste gewählte Versammlung.“ Und Herr Thiers erklärte: „Die Regierung würde der Versammlung, Frankreich, die Zivilisation verraten, wenn sie neben [59] der gesetzlichen, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Gewalt die Schichten des Kommunismus und der Rebellion sich bilden ließe.“ Herr Kautsky unterschlägt glatt diese ganze grundsätzliche Kontroverse, in der nicht nur Konterrevolutionäre wie Thiers, sondern bürgerliche Radikale und Sozialisten wie Louis Blanc und Milière den Vorwurf des Verrats der Demokratie gegen die Kommune erhoben. Die Kommunards verteidigten sich dagegen mit dem Hinweis, daß die Nationalversammlung zu Unrecht nach der Erledigung der Friedensfrage bestehe, da sie nur zu ihrer Erledigung gewählt worden war. Dieses polemische Argument war jedoch ein purer Lufthieb, weil doch die Kommune keinen Aufstand darstellte zwecks Erzwingung der Neuwahlen, sondern zwecks Eroberung besonderer kommunal-staatsrechtlicher Freiheiten für Paris (Wahl der eigenen Beamten, Nationalgarde usw.), eben um Paris und die anderen Großstädte vor der Versailler Reaktion, die durch das allgemeine Wahlrecht zum Ausdruck gebracht worden war, zu retten. So erklärte auch auf die oben zitierten Vorhaltungen Clemenceaus ein Mitglied des Pariser Zentralkomitees: „Was Frankreich betrifft, so denken wir nicht daran, ihm Gesetze vorzuschreiben – wir haben zu lange unter den seinigen geseufzt – aber wir wollen nicht länger Volksabstimmungskomödien der Krautjunker ausgesetzt sein. Sie sehen, es handelt sich nicht darum, zu erörtern, welches von unseren (d. h. der Kommunards oder der Abgeordneten zur Nationalversammlung) Mandaten das gesetzlichere sei. Wir sagen ihnen nur: Die Revolution ist da, aber wir sind keine Usurpatoren. Wir wollen Paris aufrufen, seine Vertretung zu ernennen.“

Während Herr Kautsky, nachdem er den Charakter der Kommune als eines Aufstandes gegen die „demokratische“ Nationalversammlung schamhaft verschwiegen hat, die allgemeinen Wahlen zur Kommune als Bestätigung dieses ihres demokratischen Charakters, der Quelle ihrer Kraft, darstellt, ist diese Verbeugung der Kommune vor der Demokratie in Paris, nachdem sie gegen die Krautjunker-„Demokratie“ im Reiche rebelliert hat, ohne jede prinzipielle Bedeutung; das taktische Manöver der Kommune ist vollkommen klar. Die Reaktion, gegen die die Kommune rebellierte, holte sich ihre Mehrheit nicht in Paris, nicht in den Großstädten, sondern auf dem flachen Lande. In Paris, wo das Proletariat und das radikale Kleinbürgertum eine entschiedene Mehrheit besaß, in Paris, dessen Konterrevolutionäre geflüchtet waren, das allgemeine Wahlrecht anerkennen, hatte nichts mit der Demokratie „überhaupt“ zu tun, es war die Unterordnung unter die proletarisch-kleinbürgerliche Volksmasse, die Trägerin der Kommune.

Aus der Tatsache, daß die Kommune von Paris auf ihrem Boden keine Feinde hatte – die Konterrevolutionäre und die konterrevolutionären Truppen waren nach Versailles ausgerissen – ergab sich die Vermeidbarkeit der Gewaltanwendung in den Mauern von Paris. Sagt doch Kautsky selbst: „Der Gegner, der ihr gefährlich wurde, stand außer der Mauer ihres Gemeinwesens und war mit den Mitteln des Terrorismus nicht zu erreichen“(S. 79). Die Tugend der Kommune bestand also in der Nachahmung der Nürnberger, die niemand [60] hängen, den sie nicht gefangen haben. Der Genosse Dzierschinski, der von Kautsky verabscheute Leiter der Außerordentlichen Kommission in Moskau, hat ganz gewiß niemanden von den gefährlichsten Gegnern Sowjetrußlands füsilieren lassen, soweit solche Gegner sich außer des Sowjetgemeinwesens befanden und mit den Mitteln des Terrorismus nicht zu erreichen waren. Das Verteidigungsmittel der Kommune war nicht der Terrorismus, sondern der Krieg gegen die Versailler. Diesen Krieg hat die Kommune in einer Weise geführt, die ihre Niederlage um Monate beschleunigt hat. Die Armeen der Konterrevolution existierten nur als zerstreute Überreste der geschlagenen, demoralisierten napoleonischen Heere. Die Kommune hatte militärisch das Übergewicht: was Menschenmaterial, Munition, Geist der Bevölkerung anbetrifft, sie hatte auf ihrer Seite die Arbeiterklasse aller Großstädte Frankreichs. Sie ließ alle die Kräfte verkommen, zersplittern, suchte den zitternden, erst sich sammelnden Feind nicht auf, sondern ließ sich von ihm überrumpeln, nur den Heroismus des Todeskampfes, nicht die Organisation des Krieges kennend. Daß das ein nachzuahmendes Beispiel der proletarischen Diktatur sei, wird auch Kautsky nicht behaupten.

Wo lagen die Quellen dieses vollkommenen Versagens der Kommune? Sie hatte genügend Offiziere, die sich freiwillig in ihren Dienst gestellt hatten. Sie hatte in dem Polen Dombrowsky einen guten militärischen Leiter. Die Volksmassen waren voller Aufopferung, wie sie es in ihrem aussichtslosen Kampf bewiesen, als die Versailler in die Stadt eindrangen. Die Ursache dieses Mangels des Offensivgeistes der Kommune, ohne den jede kraftvolle Verteidigung ausgeschlossen ist, bildete das Fehlen klarer Ziele in der Kommune, was ein Resultat der Tatsache war, daß die Kommune nur eine historische Episode bilden konnte.

Der deutsch-französische Krieg beendete die Epoche der bürgerlichen Revolutionen und leitete die Epoche der „ruhigen“ Entwicklung der konsolidierten kapitalistischen Staaten West- und Mitteleuropas ein. Die Arbeiterklasse war entsprechend dem niedrigen Stand der industriellen Entwicklung überall nicht nur eine Minderheit der Bevölkerung, sondern die Industrie war weder zentralisiert noch konzentriert. Der wirtschaftlichen Unfertigkeit des Kapitalismus entsprach die Zersplittertheit, geistige Unfertigkeit des Proletariats, das gefühlsmäßig sozialistisch in keinem einzigen Lande einen bedeutenden Teil aufweisen konnte, der wußte, auf welchem Wege zur sozialen Befreiung zu gelangen sei. Die Vorderreihen des Proletariats waren gespalten in einen Teil, der hinter dem Rücken der kapitalistischen Gesellschaft sich durch friedliche Organisation sozial emanzipieren wollte, und einen, der durch Eroberung der politischen Gewalt dies Ziel zu erreichen hoffte, ohne einen konkreten Gedanken davon zu besitzen, wie das sozial zu erreichen sei. Als am 18. März Paris gegen die Regierung aufstand, hatte es keine weitgehenden Ziele: die Arbeiter und Proletarier verteidigten ihre

Kanonen in dem richtigen Gefühl, daß sie Thiers stehlen wolle, um Paris, die Festung der Republik, zu entwaffnen und der sozialen und politischen Reaktion die Tore zu öffnen. Die Regierung riß aus. Die Proletarier und Kleinbürger von Paris zusammen mit allen „Parteien“ freuten sich, daß sie ihre Kommune wählen konnten und ahnten nicht einmal, daß die Flucht der Regierung die Ansage des Kampfes auf Leben und Tod bedeutete. Sie konnten Versailles zertrümmern, taten es nicht, weil sie kein Ziel außerhalb von Paris hatten. Sie wollten sich frei einrichten, den Armen die Mieten und Pfandschulden erlassen; und die Provinz – so hofften [61] sie – würde dem edlen Vorbild von Paris folgen. Sie entfalteten nicht einmal eine Agitation in der Provinz. Als die Belagerung durch die Versailler begann, konnten sie sich auch zu keiner allgemeinen Politik aufraffen, weil ihnen allgemeine Ziele fehlten. Auf sozialem Gebiet war es nicht nur der Mangel an Zeit – die Kommune existierte nur 72 Tage –, der sie zu keiner weitsichtigeren konstruktiven Politik des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus kommen ließ, nicht nur die Notwendigkeit der Verteidigung. Da der Übergang zum Sozialismus bei dem zersplitterten kleingewerblichen Charakter der Pariser Industrie unmöglich war, so mußte sich der Sozialismus der Kommune in sozialreformerischen Maßregeln oder überhaupt in Armeleutesozialismus erschöpfen. Wenn Kautsky erklärt: „daß die Marxsche Methode der Sozialisierung, die der der Kommune so nahe kam, noch heute auch die unsrige sei“, so ist dazu nur folgendes zu bemerken: Wenn man die gelehrte Mumie des ehrwürdigen Marxpropheten selbst in eine Zentrifuge setzen würde, so würde er auch dann nicht sagen, worin die Marxsche Methode der Sozialisierung besteht, wenn er nicht dabei die Marxschen Übergangsmaßregeln vom Jahre 1848 im Auge hat, die auf die Politik der Kommune und das Jahr 1919 so passen wie das Bastardwort „Sozialisierung“ auf die Probleme der sozialistischen Revolution. Es gibt eine Marxsche Methode des Sozialismus, das ist der Marxismus. Rezepte für die konkreten ökonomischen Maßregeln in allen Situationen der sozialen Revolution hat Marx nicht entworfen. Das Entzücken Kautskys für die „Sozialisierungsmethode“ der Kommune ist eine Verehrung für das blanke Nichts, worin auch die „Sozialisierung“ besteht, über die Herr Kautsky auf Geheiß Eberts und Scheidemanns zusammen mit seinem gelehrten Jünger Hilferding so lange tüftelte, bis er merkte, daß er für den Papierkorb arbeitete. Drei Tugenden hat Kautsky an der Kommune entdeckt: sie hängte keinen Konterrevolutionär, den sie nicht erwischt hätte, sie sozialisierte nicht und drittens sie war tolerant, unterdrückte nicht eine proletarische Fraktion durch die andere, im Gegensatz zu den schlechten Bolschewikis. Der gefühlvolle „alte“ Greis, um mit Busch zu sprechen, vergißt eins: die Proudhonisten, Blanquisten, Internationalisten bekämpften sich während der Kommune sehr bitter, wobei ihre Ansichten – das sehen wir jetzt klar – nur verschiedene Seiten derselben Konfusion bildeten. Aber sie alle bluteten für die Kommune, für die Herrschaft des Proletariats. Als am letzten Tage vor der Niederlage Vermorel, Mitglied der Minderheit der Kommune, einen Wagen von Munition transportierend, vor dem Stadthaus Ferré, den Vertreter der Mehrheit trifft, sagt er ihm lächelnd: „nun Ferré, die Mitglieder der Minorität schlagen sich“. „Die Mitglieder der Majorität werden ihre Pflicht tun,“ erwidert Ferré. Und der Kommunard Lissagaray sagt: „Großmütiger Wetteifer dieser beiden dem Volke so ergebenen Männer, die beide so edel sterben sollten.“ Sozialisten aber, die wie Louis Blanc in Versailles mit den Krautjunkern blieben und nicht einmal die Stimme erhoben, als unter ihren Augen die gefangenen Kommunards füsiliert wurden, sind in die Geschichte als Verräter des Proletariats übergegangen. Wie sagt doch ein sozialistischer Historiker über Louis Blanc: „Gewählt in Paris zur Nationalversammlung, blieb er in Versailles, als die Nationalversammlung Paris Krieg erklärt hatte; er unterstützte die Regierung in ihrem Kampfe gegen die Kommune. Seine Illusionen über die Befreiung des Proletariats durch Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen und edleren Teilen der Bourgeoisie endeten mit der Zusammenarbeit mit den brutalsten, reaktionärsten Junkern zwecks [62] Erdrosselung des Proletariats. Dabei haben sich seine Anschauungen und Sympathien wenig geändert. Aber die Klassengegensätze sind stärker als fromme Wünsche. Wer, von bürgerlicher Seite kommend, nicht genug Mut und Opferwilligkeit besitzt, um sich dem kämpfenden Proletariat rücksichtslos anzuschließen, die Brücken hinter sich verbrennen, der wird bei allen seinen Sympathien für das Proletariat in dem Moment der Entscheidung auf die Seite der Gegner des Proletariats treten.“ Diese Worte stammen von Kar! Kautsky, der sich selbst vorgeahnt hat.

Die ruhige warme Gelehrtenstube ist die Brücke, die ihn mit der Bourgeoisie verbindet, er hatte nicht den Mut, den Märtyrerweg Rosa Luxemburgs zu beschreiten. So sehen wir ihn jetzt in Versailles als den Nachfolger von Louis Blanc. Und wenn er als die größte Tugend der Kommune lobt, daß in ihr Sozialisten nicht Sozialisten verfolgten, so sagen wir ihm: „Dieses Lob ist eine Beleidigung der Mehrheit wie der Minderheit der Kommune, die, bestehend aus Kampfeskameraden, keine Ursache hatte, sich gegenseitig zu verfolgen. Sie fälschen aber die Geschichte nutzloser Weise; falls die proletarische Revolution in Deutschland siegt, haben Sie nichts zu befürchten, Herr Kautsky, obwohl objektiv – wie gut ihre Absichten auch sein mögen – sie ein Verräter sind. Sie sind so ungefährlich, daß sich die Revolution den Luxus leisten kann, ihnen die notwendige Ration von Futter, Raupen und flüggen Vögeln zuzustellen, damit sie sich weiter nach Urahnenart ernähren können; auch die notwendige Tinte und das Papier bekommen sie. Und trotzdem wird die Rache sein unser: wir werden ihre Bewunderer, Scheidemann, Hilferding usw. nötigen, Ihre Schriften zu lesen, die zu lesen sie jetzt nur heucheln.“

4. Die Milderung der Sitten durch die Demokratie.

Wie es in Aufklärungsfilmen geschieht, hat Herr Kautsky zu Nutz und Frommen des deutschen Lesers zwei Beispiele angeführt: die jakobinische Gewaltdiktatur, die mit einer Niederlage enden mußte, weil sie mit Gewaltmitteln Illusionen zu verwirklichen suchte, und die deshalb auch das Proletariat verwildern, irreführen mußte; diesem schwarzen Bilde stellte er das leuchtende der moralischen Diktatur, der demokratischen Diktatur der Kommune von 1871 gegenüber, die sich tief eingegraben hat „in den Herzen aller, die nach der Befreiung der Menschheit lechzen“, nicht zum wenigsten deshalb, weil sie völlig durchdrungen war von dem Geiste der Humanität, der die Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts beseelte. Wir haben gezeigt, daß der Kautskysche Aufklärungsfilm ein Hokus-Pokus ist. Die Pariser Kommune von 1793 stellte keine proletarische, sondern eine bürgerliche Diktatur dar und sie „scheiterte“ nicht an der Undurchführbarkeit der proletarischen Illusionen, sondern sie erfüllte ihre gewaltige historische Aufgabe: die Zertrümmerung des Feudalismus. Die proletarische Kommune des Jahres 1871 umgekehrt scheiterte schon nach zwei Monaten ihrer Existenz an der Konfusion ihrer Führer, die, voll von Illusionen, nicht verstanden den Kampf über die Mauern von Paris hinauszutragen. Das, was Kautsky den Geist der Humanität nennt, war in Wirklichkeit die Schwäche der Kommuneführer, ihre Unentschlossenheit im Kampfe gegen einen unerbittlichen Feind.

[63] Nicht der Gegensatz der Gewalt und der Demokratie äußert sich in dem Gegensatz der Kommune von 1793 und 1871. Denn die Kommune von 1793 stand theoretisch ebenso wie die von 1871 auf dem Boden der Demokratie und die von 1871 verließ ihn praktisch ebenso wie die von 1793. Der Gegensatz besteht in dem kraftvollen Kampfe einer Klasse, deren Zeit gekommen ist, deren Herrschaft ein historisches Bedürfnis bildet – das war die Herrschaft der jakobinischen Bourgeoisie 1793 – und der Konfusion und Kraftlosigkeit einer Klasse, die noch unfähig zur Herrschaft, noch keine Entschlossenheit findet, mit allen Mitteln für sie zu kämpfen: das war die Lage der französischen Arbeiterklasse 1871.

Wenn Kautsky behauptet, die Kommune von 1871 habe sich tief in den Herzen aller eingegraben, die nach der Befreiung der Menschheit lechzen, dank ihrem humanen Geist, so verwechselt dieser Greis sein weibisches Herz mit dem eisernen des Proletariats. Nicht wegen ihrer Schwäche, die er Humanität nennt, ist sie zum Symbol der proletarischen Bestrebungen geworden, sondern deswegen, weil sie der erste Versuch der Herrschaftsergreifung des Proletariats gewesen ist.

Was dieser Geist der „Humanität“ ist, der angeblich in der Kommune geherrscht hat und seinem Herzen so teuer ist, sucht Kautsky darzustellen in einer seiner bekannten leblosen Abstraktionen, indem er zeigt, wie einerseits die Menschheit wilder, andererseits milder wird, und einmal die Wildheit, das andere Mal die Mildheit Oberhand gewinnt. Auf all diese Oberlehrersalbadereien brauchen wir gar nicht einzugehen, weil Kautsky nicht über den Rahmen von Kannegießereien hinauskommt, wie sie jeder „humanitäre Kulturphilosoph“ seit Jahrzehnten verbricht, ohne auch ein historisches Ereignis durch die Milde, die zu loben, und die Wildheit, die sich selbst rächt, irgendwie aufzuhellen. Konkreter wird Kautsky, wenn er behauptet, die Demokratie, die das Kräfteverhältnis der Klassen

klar zeige, halte sie zurück vor blindem Hineinrennen in Konflikte, und wenn er weiter sagt, der Marxismus wirke in derselben Weise auf das Proletariat. Indem das Proletariat dank der marxistischen Aufklärung gelernt hat, daß sein Sieg nur Resultat eines allmählichen Wachstumsprozesses sein könne, „wurden die Sozialisten stets darauf hingewiesen, in jedem Moment nur solche Aufgaben in Angriff zu nehmen, die bei den gegebenen Kräfteverhältnissen und materiellen Bedingungen lösbar sind. Wurde stets demgemäß sachkundig verfahren, dann war es ausgeschlossen, daß die Sozialisten bei einer ihrer Unternehmungen scheiterten, oder aber, daß sie in eine verzweifelte Situation gerieten, die sie wider den Geist des Proletariats und des Sozialismus zu blutigem Massenterror zwang. In der Tat ist, seitdem der Marxismus die sozialistische Bewegung beherrscht, diese bis zum Weltkrieg fast bei jeder ihrer bewußten großen Bewegungen vor einer großen Niederlage bewahrt geblieben und der Gedanke, sich durch eine Schreckensherrschaft durchzusetzen, war aus ihren Reihen vollständig verschwunden“. (S. 100.)

Wir haben da den Professor, wie er im Buche steht. Bis zum Weltkriege hatten die Demokratie und der Marxismus solche schönen Folgen und Erfolge gezeitigt. Und warum hatte die „Demokratie“ mit ihrer das Kräfteverhältnis anzeigenden, die Sitten mildernden Tendenz den Weltkrieg, diese wildeste Form der Vernichtung, nicht verhindert? Wir sind sicher, Herr Kautsky wird triumphierend erklären, daß dies darum geschehen ist, weil seine demokratische Medizin den Hohenzollern, Habsburgern und Romanows nicht in genügenden Dosen verabreicht worden ist. Abgesehen davon, daß trotz aller diplomatischen [64] Dokumente, die das Schuldkonto dieser Dynastien am Kriegsausbruch 1914 so ungeheuer belasten, kein Marxist die ganze sozial-politische Vorgeschichte des Krieges vergessen darf, so mußte doch auf der Seite der „Demokratie“ der Wille bestehen, mit allen, auch den bestialischsten Mitteln die Interessen des Ententekapitals gegen die raubgierigen Expansionsbestrebungen des deutschen Imperialismus zu verteidigen, wenn es den Hohenzollern und Habsburgern gelingen konnte, den Krieg zu entfesseln. Und weiß Herr Kautsky nichts von dem nichtswürdigen Krieg der westlichen „Demokratien“ gegen Sowjetrußland und Sowjetungarn? Ja, es zeigt sich, daß dieser sonderbare Marxist noch im Sommer 1919 voll von Illusionen über den Willen des Kapitals war, sich mit den Mitteln der Gewalt gegen die Befreiungsbestrebungen des Proletariats zu wehren. Er zitiert aus meinem Vorwort zur Bucharinschen Schrift die Stelle, in der es heißt: „Je stärker der Kapitalismus in einem Lande entwickelt ist, desto rücksichtsloser, desto wilder wird sein Verteidigungskampf sein, desto blutiger die proletarische Revolution und desto rücksichtsloser die Maßregeln, vermittels deren die siegreiche Arbeiterklasse die besiegte Kapitalistenklasse unter die Füße nehmen wird.“ Diesen Ausführungen gegenüber erklärt Herr Kautsky vorerst, daß ich „die bolschewistische Praxis von einundeinhalb Jahren zu einem allgemeinen Gesetz der Entwicklung erhebe“, und daß ich diese Praxis zu Unrecht mit der „Rücksichtslosigkeit und Wildheit des Verteidigungskampfes der Kapitalisten“ motiviere. „Von solcher Wildheit ließen sie weder im November 1917 in Petersburg und Moskau und noch weniger jüngst in Budapest etwas merken.“ Diese Ausführungen des nichtbezahlten Agenten der Bourgeoisie zeigen nur, daß er nichts merkt, was ihm und dem Kapitalismus nicht paßt. Er hat nichts gemerkt von den Hekatomben von Opfern, die während des ihm so nahestehenden Kerenski-Regimes der demokratischen Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre gefallen sind, nur weil der russische Kapitalismus vor keinen Mitteln zurückschreckte, um den Sieg des Proletariats aufzuhalten. Er hat nichts gehört vom Moskauer Novemberaufstand 1917, wo in mehrtägigen schweren Kämpfen der Widerstand der kapitalistischen Garden gebrochen werden mußte. Er hat nichts gehört von den dreißigtausend Opfern der Weißen in Finnland, er hat nichts gehört von dem Galgenwald in der Ukraine, der aufgerichtet wurde unter dem tosenden Beifall der Bourgeoisie von ganz Rußland, er hat nichts gehört von den zehntausend hingeschlachteten Proletariern im Kuban- und Donetzgebiet, er hat nichts gehört vom Koltschak-Regime, über das jetzt amerikanische Regierungsvertreter, wie Joshua Rosett, Grauenvolles berichten, er hat nichts gehört von all den von der Entente „bezahlten konterrevolutionären Komplotten, die Sowjetrußlands positive aufbauende Arbeit lahmzulegen suchen. Er hat nichts gehört von den fünfzehntausend Toten, die Herr Noske in der Verteidigung des deutschen Kapitals bisher im ersten vorbereitenden Stadium der deutschen Revolution aufgeschichtet hat. Er hat nichts gehört von den Zirkularen Herrn Churchills, des „demokratischen“ Kriegsministers Englands, die beweisen, daß die englische

Oligarchie keinen Augenblick zaudern wird, jeden Auflehnungsversuch des Proletariats in Blut zu ersticken, wie sie – ohne daß Herr Kautsky es bemerkt hat – jetzt, während der Tagung der Friedenskonferenz, der Bildung des Völkerbundes, in Kairo 1000 (schreibe tausend) Menschen füsilieren ließ als Antwort auf die Eingeborenendemonstrationen, und in Indien die Unabhängigkeitsbewegung so behandelte, daß Rabindranath Tagore, ganz gewiß [65] kein wilder Bolschewik, auf die ihm vom englischen König verliehene Ritterwürde verzichtete und seinen Schritt damit erklärte, daß „die Schwere der Strafen, die dem unglücklichen Volke auferlegt werden, die Art ihrer Ausführung ohne Parallele in der Geschichte der zivilisierten Nationen dastehen, ausgenommen ferne, weit entfernte Zeiten“. Dies steht geschrieben am 7. Juni 1919 im Manchester Guardian, zu der Zeit, als Kautsky seine Studien über den Terrorismus eben beendete. Von der blutigen Schlacht Herrn Clemenceaus mit den Pariser Arbeitern, die am 1. Mai von ihrem demokratischen Recht, für Sowjetrußland zu demonstrieren, Gebrauch machten, hat Herr Kautsky auch nichts bemerkt. Und wir sind sicher, daß, wenn nach der schwungvollen Verbreitung seiner neuesten Broschüre durch den Bund zum Kampfe gegen den Bolschewismus ihre zweite Auflage erscheinen wird, wir wohl alle Greuelgeschichten, die die kapitalistische Presse gegen Räteungarn verbreitet hat, gesammelt finden werden; aber die zehntausend Proletarier, die die ungarischen Betyaren mit Hilfe der Entente im heiligen Kampfe für Kapital und Demokratie hingeopfert haben, wird Herr Kautsky nicht bemerken.

Seine ganze Theorie von der „Milderung der Sitten“ durch die Demokratie verdeckt eine einfache Tatsache: in der Epoche vom Jahre 1871 bis 1918 gab es in Europa mit Ausnahme Rußlands keinen Versuch des Proletariats, das Bürgertum zu stürzen. Das Proletariat fügte sich der kapitalistischen Herrschaft, es suchte seine Lage im Rahmen des Kapitalismus zu verbessern. Deshalb konnte, abgesehen von „kleinen“ Metzeleien, in denen sich in Frankreich wie in Italien, Österreich, Nordamerika der Übermut der kapitalistischen Schergen austobte, die Bourgeoisie auf Anwendung der groben Gewalt gegen das Proletariat verzichten. In den Kolonien, wo die proletarisierten Bauern in ihrer Unkenntnis des Marxismus sich zu erheben wagten, wurden sie nach allen Regeln der Kunst militärisch niedergeworfen. Die Milderung der Sitten bestand darin, daß die Bourgeoisie die Arbeiterklasse, von deren Schweiß sie lebte, nicht morden ließ, da dies nicht nur nicht nötig, sondern der Profitmacherei schädlich war.

Der Marxismus faßte nur die Erfahrung der Arbeiterklasse zusammen, wenn er sie vor Putschen warnte. Daß ihr eigenes Gefühl der Schwäche und nicht der Einfluß des Marxismus ausschlaggebend war, zeigte die Tatsache, daß auch in Ländern, wo der Einfluß des Marxismus so schwach war wie in Italien, Frankreich und England, es in den letzten Jahrzehnten zu keinen Putschen kam. Daß die Arbeiterklasse vor dem Kriege in keinem Lande versucht hatte, die Macht zu ergreifen, daß sie nirgends praktisch vor die Frage der Gewaltanwendung und ihrer Grenzen gestellt wurde, war Resultat der objektiven Kräfteverhältnisse, die sich nach 1871 und mehr noch nach 1890 ausgebildet haben in der Periode der Konsolidierung der kapitalistischen Staaten und ihrer wirtschaftlichen Expansion. Der Marxismus war praktisch gar nicht vor die Frage der Gewalt gestellt und die Verdienste, die Herr Kautsky für sich als die große Bremse in Anspruch nimmt, bestehen zu großem Teil in seiner Phantasie. Womit nicht geleugnet werden soll, daß der Marxismus seiner Couleur immer große Angst vor der Gewalt hatte, immer „Genossen, laßt Euch nicht provozieren!“ zum Leitstern der Politik machte und somit zum hemmenden Faktor in dem letzten Jahrzehnt wurde, wo die Arbeiterklasse durch die imperialistische Politik vor die Probleme der Gewalt gestellt wurde. Der Weltkrieg hat diese Probleme [66] zu den Fragen der Arbeiterbewegung gemacht. Zwar seit Jahren tut der Prophet der II. Internationale nichts anderes, als daß er beweist, wie diesem Geschlecht, das aufgewachsen ist in der Periode der kapitalistischen „ruhigen Entwicklung“, jeder reale Sinn für das geschichtliche Werden in stürmischen, revolutionären Zeiten abhanden gekommen ist. Wir sahen das an der Kautskyschen Behandlung der größten bürgerlichen der ersten proletarischen Revolution, der Epoche der sogenannten „Demokratie“, wir werden es in abstoßender Form sehen bei seiner Behandlung der großen russischen Arbeiter-Revolution. (Schluß folgt).

*

Ludwig Rubiner: Die Gewaltlosen.

Ludwig Rubiner: „Das himmlische Licht“, „Der Mensch in der Mitte“, „Tolstois Tagebuch“, „Kameraden der Menschheit“ und nun ein Drama in vier Akten: Die Gewaltlosen. „Das erste reine Ideendrama einer neuen Epoche“, wie es in der Buchanzeige heißt.

Rubiner gehört führend jener Gruppe der deutschen Literaten an, die, über den Pazifismus kommend, sich zur Diktatur des Proletariats bekennen. Sie nehmen sich und ihr Bekenntnis furchtbar ernst, erkennen schaudernd den Verfall der bürgerlichen Welt und wenden sich entsetzt von ihr ab, dem Osten zu. Ex oriente lux. Aber wie der faulende Leichnam des Kapitalismus den strahlenden Leib des Sozialismus mit beiden Armen umfängt, also umschlingt auch der Geist der verfaulenden bürgerlichen Kultur jene Dichter, die sich mit revolutionären Gesten von ihr abwenden, um Psalmen der neuen Welt zu singen. Auf den Gipfeln der alten Kultur stehend, Meister in Form und Sprache und Bildkraft, wagten sie den Sprung in den Abgrund der Revolution, und wenn sie auch bei diesem Sprung nicht selbst zerbrachen, so brachen sie doch mit den überlieferten Formen der bürgerlichen Kultur. Überwältigt von den elementaren Ausbrüchen der empörten Massen, Pazifisten aus Menschlichkeit oder anderen Gründen (d. u. usw.), angeekelt von der alten Welt, die Herzen beflammt von den Ideen der Zukunft, fühlten sie sich berufen, die Schlachtgesänge der Revolution anzustimmen, ohne die Gesetze und Bedingungen dieser Revolution begriffen zu haben. Der Mund der Masse blieb stumm, und wenn er schon aufschrie, so schrie er auf aus Hunger, Verzweiflung, Wut und Entsetzen über den Verrat der Revolution. Die Arbeiter sprachen eine dem Uneingeweihten unverständliche Sprache, und ihr Brüllen nach mehr Lohn war weiter nichts, als der sehnsüchtige Schrei nach Sozialisierung der Fabriken und Bergwerke, und ihre großen Demonstrationszüge mit den roten Fahnen, die Hoch- und Niederrufe und das empörte Grollen der Aufschrei nach Erlösung, nach Errichtung der Diktatur des Proletariats. Und weil in diesen Monaten aus dem Proletariat keine Dichter aufstanden (sie hatten anderes zu tun: sie waren in den Demonstrationszügen und Versammlungen, in den Arbeiter- und Soldatenräten, in belagerten Zeitungen und vergitterten Gefängnissen), so sangen jene heimatlos gewordenen Dichter ihre Gesänge unter den Fahnen des Vormarsches und unter den Zypressen der Niederlage.

Mit der Bourgeoisie äußerlich gebrochen, brachen sie auch mit den Kunstformen jener Klasse, aber ihre expressionistischen Dichtungen, die [67] eines Becher, der Leute um die Aktion, um den Sturm, auch die Rubiners sind eher Zeichen des Verfalls als der Erneuerung. Ihre Revolution ist eine Revolution der Form. Wie ein Münchner Verleger das Kommunistische Manifest auf japanischen Bütten, so lassen und ließen Hasenclever (der jetzt der Revolution abgeschworen hat) und Becher (der auf dem besten Wege es zu tun ist) ihre Bücher – Bücher der Revolution – in Luxusausgaben für die von ihnen angeblich verachtete Bourgeoisie drucken. Aber das Café des Westens liegt zu nahe am Kurfürstendamm, um ernst genommen zu werden.

Was hat das alles mit Ludwig Rubiners Drama: „Die Gewaltlosen“ zu tun? Viel, sehr viel. Der Tote hält den Lebendigen mit beiden Armen fest umschlungen.

Wir haben gesehen, daß die Propheten der neuen Zeit mit den alten Formen gründlich gebrochen haben. Am deutlichsten sehen wir das in der Lyrik, im Gedicht, wo der Expressionismus am tollsten ausartet und sich revolutionär gebärdet. Man lese nach die Ode an Rosa Luxemburg von Becher. Aber bald wurde auch der gesprengte Rahmen des Gedichtes zu eng und das dramatische Gedicht, Raserei an Raserei, beglückte uns. Von philosophischen, pazifistischen Ideen befrachtet, segeln diese Brander über die Bühnen der Großstadttheater und fliegen mehr als hundert Mal in die Luft, ein leidenschaftliches Feuerwerk, das aber mit Kunst nichts zu tun hat, die doch am letzten Ende Bändigung großer Gefühle durch Form ist.

Rubiners Drama: „Die Gewaltlosen“ ist ein Ideendrama, das also keine leibhaftigen Menschen mit ihren Fehlern und Vorzügen hinstellt, sondern Sprechautomaten irgendwelcher großer Ideen, die sie verstehen oder auch nicht verstehen. Bei dem Sprung in den Abgrund der Revolution lernte Rubiner keine Menschen kennen, sondern nur die Ideen, die diese Menschen antreiben. Seine Legende ist im Januar 1917 begonnen und im Ausbruch der deutschen Revolution beendet. „Sie trägt auch die

Gebresten und strahlenden Augen dieser Zeit. Sein Drama soll der Zeit helfen, zu ihrem Ziel zu gelangen: „Indem sie über die Zeit hinweg das letzte Ziel selbst als Wirklichkeit aufstellt.“ Was ist nun das letzte Ziel? Die klassenlose Gesellschaft, die Gewaltlosigkeit.

Und so schreibt Ludwig Rubiner sein Drama: Die Gewaltlosen. Erste Szene: Hungerkrawall 1917. Aufruhr. Der Mann spricht: „Die Soldaten sind eure Brüder, sie dürfen nicht schießen. Und sie schießen doch. Achte Szene: Der Revolutionär Klotz, eingeliefert beim Gouverneur der Festung. Seelengespräche über die Macht. Gouverneur klappt um. Wird Bruder. (Man lese nach Ernst Toller „Die Wandlung.“)

Klotz: ... wir bauen mit dir die neue Erde. Wir warten auf dich.

Gouverneur: Ihr wartet auf mich?

Klotz: Ja. In Freiheit, in Liebe, in Gemeinschaft. Die ganze Menschheit zu befreien! Wirf deine Knechtschaft von dir, sei frei – frei! Mensch, der du in Wahrheit bist! Stoß die Angst von dir! Hilf der Menschheit. Du, unser Bruder!“

Gouverneur: Mensch sein. – Bruder. Ich gehe mit dir!

Und sie gehen alle mit und erinnern sich ihres Menschtums: Die Gefangenenwärter, die Gefangenen, der Mordoffizier, Anna, des Kerkermeisters Tochter, der Mann, Klotz, der Gouverneur und der schlichte Mann aus dem Volke, Nauke – sie reden und flammen, funkeln und sind heilig, besiegen Aufruhr und Pest, Hunger und Verrat: Denn sie verabscheuen die Gewalt. Sie sind mit einem Schiff nach der belagerten Stadt gekommen. Bürgerkrieg, Pest. Hunger. Verzweiflung. Sie [68] predigen: Arbeitet nicht mehr! Sie predigen: Es gibt keine Führer. Sie predigen: Nicht mit den Waffen gegen die Bourgeois vor der Stadt, die euch belagern. Sie predigen: Die Gewaltlosigkeit.

Ganz charakteristisch für Rubiner und seine Auffassung über das Wesen der Bourgeoisie ist folgender Auftritt. Der Führer der Bürger ist durch Verrat in die Stadt gekommen und findet „den Mann“. In der Stadt ist die Not aufs höchste gestiegen. Kein Brot und größte Mutlosigkeit. Der Mann und seine Freunde predigen die neue Welt.

Führer der Bürger:

Bist du die Macht, die in der Stadt gegen uns wirkt, die wir nicht sehen und nicht fühlen können?

Der Mann:

Die Macht? Die Macht seid ihr! Ich bin die Machtlosigkeit! Wir sind die heilige Machtlosigkeit, in die ihr ohne Halt hineinstürzt, und je mehr ihr preßt und mordet, um so mehr umhüllt euch unsre göttliche Machtlosigkeit und ihr gleitet eine glatte Schräge hinab in die Höhle, aus der ihr nicht mehr herausfindet. Wer seid ihr? Schlagt eure Masken zurück, die finsteren Masken, die ihr zum Schutze vor uns tragt! Herunter mit eueren widerlichen Grauensmasken, Bürger, daß man euch ins Gesicht sieht. Herunter! Und man sieht, aus eurer Furcht- und Schreckensrüstung quillt das ganz gewöhnliche platte niedrig fleischige Bürgergesicht!

So malt sich Ludwig Rubiner den Endkampf des Proletariats aus. Sein Drama mündet aus in ekstatische Schreie der Welterlösung. Der Mann, Klotz und der Gouverneur geben sich dem Volke als Opfer hin. Aber wie das Volk nur aus leere Kleider einschlägt, weil die drei Gewaltlosen in himmlische Regionen entrückt sind, so gibt uns auch der Dichter Rubiner in seinem Drama leere Hüllen, aber keine Menschen von Fleisch und Blut. In unsrer gewaltigen und gewalttätigen Zeit ist sein Drama nicht revolutionär, sondern kleinbürgerlich. Syndikalistisch, aber nicht kommunistisch. Er weiß das Ziel, kennt aber die Wege nicht, die dahin führen. Sein Drama ist wie ein Prolog zum Richtfest über die Grundmauern des Hauses gesprochen, ein Hochzeitslied, zur Kindstaufe gesungen.

Die Weltrevolution und die Diktatur des Proletariats sind nicht nur literarische Angelegenheiten.

Max Barthel.

Die Internationale
Jahrgang 2, Ausgegeben am 25. Februar 1920, Heft 21

Der Preis der Verständigung.

B e r l i n , 16. Februar.

Die Liste der Auszuliefernden – hat sie nicht den 4. August wiederkehren lassen? Fast könnte es so scheinen. Eine „nationale“ Front von Ludendorff-Scheidemann bis Crispien, die ganze „Nation“ im Ludendorfflager, zwar diesmal nicht aggressiv, aber in entschlossener Abwehr gegen den „Feind“? Der Schein trügt natürlich und es ist nicht von ungefähr, daß er trügt. Diese Gruppierung der Nation um die Häupter der Hindenburg ist künstlich gestellt, ist ein Potemkinsches Dorf.

Dem geschichtlich bewanderten Beobachter mußte schon die Tatsache, daß zwischen der heutigen Situation und der des 4. August 1914 siebzehn Monate Revolution und Konterrevolution liegen, sagen, daß die Wiederholung des 4. August bloßer Schein ist.

Die Tatsachen selbst sind im Grunde verschieden. Damals die Nation zusammengeschmolzen im blinden Taumel der Kriegsbegeisterung und der Kriegspanik, erfaßt von einem elementaren Sturm, vom proletarischen Acheron bis zum hohenzollerischen Olymp. Heute der Acheron an den Felsen geschmiedet, den Knebel im Munde und ängstlich schlotternde Zwerge als seine Sprecher, wie das innere Aechzen in eine nationale Fanfare oder eine pazifistische Flötenmelodie umsetzen. Und drüber der Olymp der Ebertrepublik, der eingeständliche Gefangene der Leute von 1914, die „Nation „markierend“. Damals die „nationale Einheit“ eine bittere Wahrheit, heute eine einfältige Kinomache. Heute wie damals der Belagerungszustand: aber damals in den Augusttagen die Ketten von dem bösen Gewissen der Herrschenden bereit gehalten, aber das „Volk“, in Ketten klirrend, den nationalen Sklaventanz stampfend; heute diese Ketten um die Glieder einer Arbeiterklasse, die eine Welt von Rebellenleichen trennt von ihren Bändigern.

[2] Aber auch droben auf dem Olymp ist nicht einfach der 4. August wiedergekehrt. Zwischen heute und damals liegt der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus. Damals ein junger kraftstrotzender Imperialismus, der auszog, eine Welt zu erobern. Heute die hoffnungslos Geschlagenen, deren höchster Ehrgeiz: Degen des Siegers gegen den revolutionären Osten zu sein und Schwitzmeister des siegenden Kapitals. Damals das Bewußtsein imperialistischer Ueberkraft, heute die Verzweiflung der Geschlagenen, die sich gegen das kaudinische Joch sträuben.

Um es kurz zu sagen: das, was am 4. August Resultat des Fehlens jeden revolutionären Antriebes der Nation war, das ist heute eine offensichtlich konterrevolutionäre, oder was dasselbe ist, eine revolutionäre Tatsache.

An der Wiedervereinigung der herrschenden Oberschicht der Nation um das gestürzte Idol des Imperialismus und der „nationalen“ Ehre mißt sich nicht nur der Fortschritt der Konterrevolution, es mißt sich an ihr gleichermaßen der Fortschritt der Revolution.

Aeußerlich ist nur die kleine Veränderung eingetreten, daß damals die Militärkaste die Maske der konstitutionellen Monarchie vorgebunden hatte, während sie heute die der parlamentarischen Republik trägt. Im übrigen ist die Fassade der parlamentarischen Republik heute noch wesenloser als einst die des Konstitutionalismus und vor allem, wenn die unpolitische Masse der Nation diese Fassade damals für echt nehmen konnte, so muß heute die Ebert-Republik – ein in aller Geschichte unerhörter Akt – aller Welt offiziell kund tun, daß sie ein wesenloser Schein, daß sie ohne jede reale Macht gegen die Macht von 1914, daß sie nur fungiert als ihr Deckschild, der sie den Augen der Arbeiterklasse verbergen soll.

Es ist nicht nur, daß das Ludendorffsche Lager vermittels des Zwischenspieles des Offizierkorps der Reichswehrtruppen über den militärischen Machtapparat verfügt; es verfügt ebenso wieder über die hohe bis zur mittleren Bürokratie und über den diplomatischen Dienst, wie die von Lersnersche Geste in Paris bei Ueberreichung der Liste beweist. Er verfügt widerspruchslos über die große und kleine Presse, die Kanzel und die Lehrerschaft. Diesen Stand der Dinge hat die Auslieferungskrise offen

bloßgelegt und welches auch immer ihr vorläufiges Resultat sein mag: diese Lektion, wenn sie der großen Masse der Nation klar gemacht wird, wird ihre revolutionierenden Folgen haben.

Es ist nun kurz festzustellen, was die Frage der Auslieferung real für die deutsche Bourgeoisie, was sie für die Bourgeoisie der Ententeländer und was sie schließlich für das Proletariat bedeutet und welche Aufgabe sich aus ihr für die Revolution ergibt.

[3] Unter weltpolitischem Aspekt bedeutet die Auslieferung für die deutsche Bourgeoisie, was die Auslieferung des Verzingetorix für die Gallier bedeutete: das Symbol des Ausscheidens als weltpolitischer Faktor, wobei uns sehr ferne liegt, die hölzernen und beschränkten Figuren Hindenburgs und Ludendorffs mit der eines wirklichen Nationalhelden zu vergleichen. Selbst die Hannibal und Hasdrubal, Degen antiken Handelskapitals, wie jene beiden Degen modernen Finanz- und Industriekapitals, wußten anders unterzugehen, als diese letzten Preußen, bei denen man statt der tragischen Würde, die die Jahrhunderte erschüttert, nur die dürre Sophistik des Kasernenhofs, die nationale Würdelosigkeit des Landknechts, der die nationale Draperie nur als Theaterrequisit benützt, ohne den freien Mut des rechten Kondottiere, der ihrer lacht, indem er sie je nachdem benutzt oder wegwirft; moralisch-ästhetisch so dünn, so dürftig und unecht wie politisch. Dies beiläufig.

Objektiv besehen besteht keinerlei Möglichkeit für den deutschen Imperialismus mehr, sich von dem erlittenen Schlag zu erholen, aber er muß es hoffen und versuchen, solange noch ein Hauch des Lebens in ihm ist. Da er nur noch eine illusionäre Hoffnung ist, der letzte Atemzug eines Sterbenden, so muß er selbst auf Kosten der letzten realen Lebensmöglichkeiten und Machttrümmer sich auf Leben und Tod sträuben gegen die Vollendung der materiellen durch die moralische Kapitulation, gegen die Zertrümmerung dieses seines letzten: der moralischen Illusion.

Unter dem innerpolitischen Aspekt stellt die Auslieferung unzweideutig die Scheidemannpartei vor die Entscheidung, ob sie in die Hände des Ludendorfflagers kapitulieren soll, oder in die Hände der proletarischen Masse, der proletarischen Revolution. Es stand ihr, abstrakt gesehen, die Entscheidung frei. Politisch und moralisch gesehen war ihr der Rückweg nach fünfviertel Jahren gegenrevolutionärer Arbeit für die Bourgeoisie verbaut. Diese ihre konterrevolutionäre Vergangenheit nicht minder wie ihre Gefolgschaft gegenüber dem Imperialismus durch Blut und Barbarei von vier Kriegsjahren zwang sie, geschichtlich gesehen, in die Kapitulation vor dem Ludendorfflager. Politisch gesehen, ist es immer ihre freie Tat und muß ihnen politisch „zugerechnet“ werden. Daß sie den Acheron nicht bewegen w o l l e n, weil sie ihn nicht bewegen k ö n n e n, ohne daß er sich selber verschlingt: das ist nicht nur ihr Schicksal, es ist auch ihre Schuld, denn es ist ihrer Hände Werk. Und diese ihre Rettung als Scheinmacht an der Staatsspitze ist objektiv zugleich die Preisgabe der Arbeiterschaft, die ihr Schicksal noch an das ihre kettet.

Für die Regierungen der Ententestaaten ist die „Bestrafung der Kriegsverbrecher“ natürlich ebenfalls ausschließlich ein – sozusagen – moralisches Postulat. Weltpolitisch eine Demonstration des Sieges in [4] erster Linie, berechnet auf die Bedürfnisse der kolonialen Untertanenvölker, die man vordem beherrschte und nicht minder auf die, die man zu beherrschen gedenkt und die eben aus der Machtsphäre der besiegten imperialistischen Konkurrenten losgelöst worden sind; innerpolitisch die Einlösung der Wechsel auf die demokratische, völkerbefreiende und göttliche Strafmission der Entente, die während des Krieges den Massen ausgestellt worden waren.

Aber die Entente hat immer noch über mehr zu verfügen, als die bloße illusionäre Hoffnung der Macht. Wenn der geschlagene deutsche Imperialismus an das moralische Faktum, an die „Ehre“ sich mit tödlicher Verzweiflung klammert, weil es in der Tat seine letzte Habe, ja die Summe seiner Existenz ausmacht, so ist für den Entente-Imperialismus dies moralische Gut bloß ein Posten unter anderem, ein Posten, der realeren Güter untergeordnet, ja geopfert werden kann.

Weltpolitisch ist das Gewicht dieser Tatsache nicht mehr sehr groß, seit Indien und Aegypten im vollen Aufruhr, die totgeglaubte Türkei wieder kräftiger auf den Beinen ist, denn je. Innerpolitisch aber hat der Triumphzug die Hauptwirkung verloren durch die bloße Tatsache, daß er so spät kommt, daß die nationalen Leidenschaften bei den arbeitenden Massen allzusehr abgekühlt sind, als daß er

noch starken Einfluß machen könnte. Und schließlich: wohin käme die Legende der demokratischen Mission der Entente, schon bis in die Wurzeln erschüttert durch die Politik gegenüber Räterußland und Räteungarn, wenn das Bestehen auf dem Schein des Vertrags, auf dem Pfund Fleisch, die Ludendorffer wieder ans Ruder bringen würde?

Die andere Seite der Alternative, eine unmittelbare oder verhältnismäßig kurz danach sie ablösende revolutionäre Arbeiterregierung in Deutschland hätte ihre noch bedenklicheren „inneren Wirkungen“ und außerpolitisch ist für die Entente klar, daß eine Regierung Ludendorff, so sehr diese Leute heute die Rattenfängermelodie der Bereitwilligkeit zum internationalen Schergendienst gegen Räterußland pfeifen, kraft ihrer Vergangenheit, kraft ihrer Entstehung den Versuch machen müßte, eine aggressive Politik gegen die Entente zu führen.

Alle diese Gründe fassen sich schließlich unter den Einen Gesichtspunkt zusammen, daß der Fortschritt der kapitalistischen Weltkrise wirtschaftlich und politisch auch für die Entente eine so prekäre Lage geschaffen hat, daß ihr jede politische Erschütterung großen Ausmaßes unerwünscht sein muß. Eine politische Krise in Deutschland, mit welchem momentanen Ergebnis auch immer: wer weiß, was sie jenseits des Rheins alles entwurzeln, erschüttern oder in Bewegung setzen kann!

Andererseits verzichtet die Entente auf die Skalps der Hohenzollern und ihrer Paladine, so winken ihr an Stelle dieser Güter von [5] recht zweifelhaftem und zweischneidigem Wert, „reale Kompensationen“ für den „Edelmut“ gegenüber den Besiegten. Außerdem, daß die Tugend die Belohnung und Genugtuung in sich selber trägt, kann man sich reale Güter ausdingen und um so größere, je größer das gelieferte Quantum Edelmut und je nachdem, wer den Vortritt hat. So sehen wir, wie, nachdem das offizielle England unter der Hand die Rolle des edelmütigen Siegers inaugurierte, Frankreich und Amerika sich beeilten, in die Fußtapfen zu treten (siehe den Vorschlag des „Temps“ einer Verurteilung der Verbrecher in contumacium). Ein wahrer Wettlauf internationalen Edelmuts, nicht unähnlich dem in Sachen Sowjetrußlands.

So überwiegen also augenscheinlich bei der Entente die Tendenzen die Krise abzustumpfen, einen Weg der „Verständigung“ zu suchen, um in Deutschland den bestehenden Zustand, den demokratisch-republikanischen Schein zu erhalten. Dem Interesse der Scheidemann-Regierung, die Krise zu vermeiden, begegnet also das Interesse der Entente auf halbem Wege. Und Vermeidung der Krise bedeutet für die Ebertiner pur die Nichtauslieferung.

Das offiziöse Regierungsmundstück, der „Vorwärts“, sowie die Deutsche Allgemeine Zeitung hatten zwar zu Beginn versucht, den Ludendorffianern die Selbstgestellung oder die Gestellung an neutrale Gerichte zuzuflüstern. Diese Herrschaften indessen gehen lieber sicher und sie haben die ängstlichen Einflüsterungen der Ebertiner mit altgermanischem Mut von sich gewiesen. Ihre deutschen Richter – kennen sie und außerdem: wozu sollten sie den Ebertinern die Lage erleichtern? Diese haben sauersüß grimmassierend nach kurzem Schwanken wieder den Weg zurückgefunden zum Ausgangspunkt: zu der Sorte nationaler Ehre und internationaler Gerechtigkeit, die erfordert, daß Deutschland den Schild deckt über die Hohenzollern und ihre Paladine, daß die unter Wilhelm und Ludendorff, wie unter Ebert und Noske gleich bewährten Richter, die man allerdings in diese Sache bisher nicht für nötig gefunden zu bemühen, der Gerechtigkeit Genüge tun.

Die Entente hat schon durch das Begleitschreiben, das Millerand der Liste beilegte, den Verhandlungsweg offen gelassen.

Die revolutionäre Aufgabe in dieser Situation ist, wenn nicht einfach, so doch klar genug. Es ist klar, daß an sich der Handel zwischen den beiden imperialistischen Lagern das Proletariat vollkommen fühl lassen kann. Weder die Ehre der Nation noch die des Proletariats ist an die Ehre des imperialistischen Deutschland, an die Ehre der Hohenzollern, ihrer Paladine, ihrer Bourgeoisie und ihrer sozialpatriotischen Platzhalter in der Regierung geknüpft. Noch weniger ist das proletarische Interesse daran geknüpft. Ebensowenig aber könnte es an sich seine Aufgabe sein, ohne Not die Popanze des Ententeimperialismus ihm ins [6] Garn zu treiben, damit dieser mit diesen Skalps im Gürtel nationale Kriegstänze aufführen könnte. Die Frage ist an sich eine, die nur die Imperialisten hüben wie drüben

angeht. Das revolutionäre Interesse ist offenbar allein dies, diese wie alle anderen Krisen, in die sich der Imperialismus hineinmanövriert, im Interesse der Revolution auszunützen, d. h. sie zu benutzen, um dem Proletariat neue revolutionäre Machtstellungen zu erobern. Es versteht sich dabei wohl von selbst, daß das Proletariat nichts tun darf, um von sich aus die Krise zu erleichtern, daß es mit keiner Handbewegung der Bourgeoisie helfen darf, aus diesem Engpaß herauszukommen. Wenn es das augenscheinliche Interesse der imperialistischen Lager hüben wie drüben ist, durch „Verständigung" die Zuspitzung der Krise zu vermeiden, so ist das Interesse der Revolution sicherlich nicht dasselbe, es ist offenbar das entgegengesetzte.

Das alles, sollte man denken, wären Selbstverständlichkeiten. Die deutsche Arbeiterklasse muß aber erleben, wie die Leitung der unabhängigen Partei Wort für Wort gerade die „Verständigung", also die imperialistische Parole diesseits wie jenseits des Rheins zu der ihren macht, wie sie zu diesem Zweck alle Stichworte der deutschen Regierung bis zu der des Reichsgerichts als „gerechten" Sühnehofs für die Auszuliefernden echot, wie sie diesen konterrevolutionären Losungen den, dank des Willens und der Taten der unabhängigen Arbeiter, revolutionären Nimbus der Partei leiht; wie sie, genau wie im Juni, der Scheidemann-Partei nicht nur den rettenden Ausweg zeigt, sondern selber bahnt.

Das erste Wort der „Roten Fahne" nach ihrem Wiedererscheinen war die Denunziation dieses blanken Verrats an der Revolution vor den unabhängigen Arbeitern. Darum mußte die „Rote Fahne" nach einmaligem Erscheinen wieder verstummen, während die „Freiheit" sich durch ihre Parolen dem Wohlwollen Gustav Noskes von selbst empfahl. Die kleinen Stiche und die Opposition im Detail, die ihr dabei unterlaufen, decken natürlich um so besser die Helferdienste für die Ebertinische Regierung.

Wenn der Charakter dieser Haltung vollkommen klar ist, so nicht minder ihr Motiv: es ist das Ausweichen, das bewußte Abstumpfen revolutionärer Situationen aus dem tödlichen Bewußtsein heraus, ihnen nicht gewachsen zu sein.

Die Wirkungen dieses Verrats liegen auf der Hand. Die Rettung der Ebertinischen Scheinregierung, der demokratischen Republik, die vollkommen preisgegeben ist dem Ludendorfflager, ist das gegenrevolutionäre Faktum, das heute geschaffen worden, das stärkste Hindernis, das der Revolutionierung des Volksbewußtseins und damit der Revolution selbst in den Weg geworfen werden kann. Selbst eine vorübergehende Luden-[7]dorffregierung wäre nicht nur ein minder gefährliches Faktum für dieses Bewußtsein, sie würde im Gegenteil den Prozeß der Revolution vorantreiben. Dieses Abstumpfen der kapitalistischen Katastrophe bedeutet real neue Lebensfrist für die Desorganisationsarbeit des Kapitalvampyrs, eine Verlängerung der Leiden der Arbeiterklasse, die Erschwerung des Aufbaus.

Wie war dieser verschärfte Rückfall, dieser volle Triumph des rechten Flügels über die unabhängigen Arbeitermassen, wie über die Führer des linken Flügels möglich? Zweierlei ist daran schuld. Erstens die momentane Lähmung, die der Ausnahmezustand für die unabhängigen Arbeiter zur Folge hatte, die bisher gewohnt waren, sich der Legalität zu erfreuen und die erst lernen mußten, was die Kommunisten seit mehr denn einem Jahr zu lernen Gelegenheit hatten. Zweitens aber: die völlige Unfähigkeit der Führer des linken Flügels den praktischen Versuchen des rechten Flügels, die Leipziger Beschlüsse zu einem Stück Papier zu machen, praktisch zu begegnen. In der Frage der Dritten Internationale, in der Frage der Betriebsräte, in all diesen Fragen befanden sie sich entweder im Schlepptau des rechten Flügels oder landeten sie auf eigene Faust, dank doktrinärer Beschränktheit, an Felsklippen. Es ist eine unabweisliche Aufgabe unserer Partei, den unabhängigen Arbeitern die Augen zu öffnen über den erneuten positiven Verrat ihrer Parteileitung, wie über die Unterlassungen, Irrtümer und Unzulänglichkeiten der linken Führer.

Es ist klar, daß, falls die Verständigung der beiden imperialistischen Lager in der Auslieferungsfrage zustande kommt, die deutschen Arbeiter die Zeche zu bezahlen haben. Sie werden mit ihrem Schweiß und mit ihrem Hunger die Häupter Wilhelms und seiner Paladine, die politische Scheinexistenz der Ebert und Bauer, wie den Verrat der unabhängigen Parteiführung aufzuwiegen haben. Wenn gestellt vor die Situation: entweder neue Opfer, neue Leiden der Massen, oder die Preisgabe der teuren Häupter der Hohenzollern und ihrer Degen an die Entente, für die moralisch diese Opferung fast wertlos

geworden ist, nun wohl, in dieser Situation ist die Entscheidung der revolutionären Arbeiterklasse ein so einfaches Rechenexempel, daß es unnütz wäre, darüber noch ein Wort zu verlieren. Ist es nicht stark genug, hinter diese seine Entscheidung den nötigen Nachdruck zu setzen, so sollte es mindestens klar genug sein, um denen, die ihm die andere Seite der Rechnung präsentieren, in seinem politischen Verhalten die Quittung darüber auszustellen.

* * *

Im Augenblick, wo diese Zeilen in Druck gehen sollen, laufen die Nachrichten von dem Ergebnis der Londoner Konferenz der Alliierten [8] in Berlin ein. Die Verständigung hat ihr Ziel erreicht, die Entente verzichtet auf die Auslieferung, sie überläßt deutschen Gerichten das Werk der Gerechtigkeit. Die letzten Preußen sind noch einmal gerettet.

Aber um welchen Preis! „Die Londoner Note“, sagte Millerand in seiner Mitteilung an das „Petit Journal“, „könne in Deutschland Enttäuschung hervorrufen, denn in Wirklichkeit gebe die getroffene Entscheidung den Alliierten eine neue Macht in die Hand, um von der deutschen Regierung und d e m d e u t s c h e n V o l k e die Ausführung aller Klauseln, die auf die W i e d e r g u t m a c h u n g Bezug haben, zu verlangen.“ Die Lage ist also vollkommen klar. Das deutsche Volk wird für die Rettung der Ludendorff und Hindenburg die Zeche zu bezahlen haben. Das deutsche Volk ist das Opfer dieser Verständigung. Aber noch mehr. Dieser Sieg der Ludendorffer hinterläßt die Ebert-Republik als bedingungslose Gefangene der Ludendorffer. Ohne daß sie einen Finger zu rühren brauchten, liegt ihnen die deutsche Republik zu Füßen dank der Mithilfe der Parteien von Scheidemann bis Crispien und dank der Passivität der deutschen Arbeiterklasse. Was die Ludendorffer erreicht haben, das ist weit mehr, als ob es ihre offene Herrschaft wäre. Sie haben die volle Macht und die republikanische Republik als Deckschild ihrer Macht. Aber auch die Entente wird zu büßen haben für ihren Liebesdienst gegenüber den Scheidemännern. Die Ludendorffpresse jubelt: „Die Entente kann nicht einmarschieren“. Und die alldeutsche Presse erklärt, deutsche Gerichte dürfen sich nicht zur Aburteilung der Ludendorff verstehen. Wir haben keinen Augenblick gezweifelt, das deutsche Gerichte nach dem Kriege den Ludendorffern so wenig ein Haar krümmen werden, wie sie das während des Krieges getan haben. Nicht nur die innere, auch die äußere Politik der Ebertrepublik gehorcht jetzt Ludendorffs Oberkommando. Wenn das nach innen bedeutet den vollkommenen Sieg der militärischen Konterrevolution, so bedeutet das nach außen n e u e w e l t p o l i t i s c h e K o n f l i k t e.

Die Auslieferungskrise ist dank dem gemeinsamen Bemühen der Imperialisten diesseits: und jenseits des Rheins für den Augenblick beseitigt, aber neue, schwerere Stürme werden aus dieser Beschwörung der kapitalistischen Katastrophe hervorgehen. Wehe den Siegern, wehe den Besiegten! f(x).

[9]

Zur Spaltung.

Die letzte Sitzung des Zentralausschusses der Partei hat in der Frage der Parteidifferenzen folgenden Beschluß gefaßt:

„Nachdem der Vorwurf der Ueberrumpelung der Partei durch die Leitsätze der Zentrale sowohl von führenden Oppositionsmitgliedern zurückgenommen, wie praktisch erledigt ist, daß alle Parteiorganisationen Gelegenheit genommen haben, zu ihnen Stellung zu nehmen, nachdem also alle formalen oder organisatorischen Einwände gegen die Leitsätze praktisch gegenstandslos geworden sind, erklärt der Zentralausschuß, daß die angenommenen Leitsätze als bindender Beschluß der Partei, als eines ihrer Grundgesetze anzusehen sind.

Nur solche Organisationen oder Einzelpersonen sind daher als der Partei zugehörig zu betrachten, die die Leitsätze grundsätzlich und praktisch in ihrer gesamten Parteitätigkeit anerkennen.

Gemäß dieser Sachlage und den Ausführungen des Beschlusses der Sitzung des Zentralausschusses vom 4. Januar über die Voraussetzungen für die Zulassung von Delegierten zum kommenden Parteitag stellt der Zentralausschuß fest:

1. Die Bezirke, deren Beschlüsse den Leitsätzen sachlich widersprechen, können als solche keine Vertreter zum Parteitag entsenden.

2. In den Bezirken, die nicht auf dem Boden der Leitsätze stehen, werden die Minderheiten vom Zentralausschuß verpflichtet, sich sogleich zu Bezirksorganisationen zusammenzuschließen und ihre Vertreter zum Parteitag zu bestimmen."

Mit diesem Beschluß haben die taktischen und grundsätzlichen Auseinandersetzungen der Partei in den Fragen, die seit einem halben Jahr zur Diskussion stehen, ihren formellen und organisatorischen Abschluß erhalten. Dieser Beschluß, an dem Vertreter aller Bezirksorganisationen teilgenommen haben, ist die zwingende Folge des Beschlusses der Zentralausschußsitzung vom 4. Januar, der die sachliche Uebereinstimmung der Beschlüsse der Bezirke mit den Leitsätzen zur Voraussetzung der Teilnahme am Parteitag machte. Gegen den Beschluß vom 4. Januar sind von keiner Seite mehr formale oder organisatorische Einwendungen erhoben worden. Alle Organisationen können jetzt das Bewußtsein haben, daß die Entscheidung gefallen ist auf einer rein sachlichen Grundlage, unbehindert durch irgendwelche organisatorischen oder formalen Quisquilien. Nach fünf Monaten freier Diskussion und Klärung in den Organisationen kann niemand mehr das Argument der „Ueberrumpelung" gebrauchen, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen. Zu allem Ueberfluß ist in den Hauptzentren der früheren Opposition offen zugegeben worden, daß formale Gründe keine Rolle mehr spielen, sondern daß die Entscheidung auf rein sachlichen Boden gestellt sei. Nach fünf Monaten der Diskussion mußte sie endlich zum Abschluß gebracht werden. Die Diskussion, soweit sie jetzt weiter geht, findet **außerhalb der Partei** statt. Die Partei ist befreit von jeder Verantwortung für Beschlüsse und Aktionen von Organisationen, die nicht auf dem Boden der Leitsätze stehen.

[10] Die auf Grund dieser Beschlüsse ausgeschlossenen Organisationen sind, wie von ihnen selbst zugegeben wird, weder taktisch noch grundsätzlich einheitlich. Die, wenn nicht stärkste, so doch bestgeschulte und wertvollste von ihnen, die Organisation der Stadt Bremen; hat unumwunden zugegeben, daß sie weniger trennt von dem Standpunkt der Leitsätze. als von dem Wolffheim's und Laufenberg's und sie hat angekündigt, daß sie es nunmehr innerhalb des Kreises der ausgeschlossenen Organisationen zu einer generellen Entscheidung bringen wird über die Wolffheim-Laufenbergsche Taktik und Grundsätze. Die Sprecher dieser Organisation haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Anschauungen dieser Leute für nicht kommunistisch halten. Und in der zweiten starken Organisation, die der Mutterboden dieser Anschauungen ist, wächst von Tag zu Tag die Einsicht, daß man sich trennen müsse von diesen Anschauungen. Erschwert wird dieser Scheidungsprozeß in Hamburg durch den persönlichen Anhang, den die Wolffheim und Laufenberg dort haben. In Berlin ist die ehemalige Opposition in voller geistiger Auflösung: siehe die Zeitschrift „Geist", die von den Berliner Dioskuren herausgegeben wird und die konsequentermaßen den Namen Kommunisten durch den „zielbewußter Sozialisten" ersetzt hat. Was sich darin breit macht, ist nicht einmal mehr eine bestimmte taktische oder grundsätzliche Anschauung, es ist das absichtliche Absehen von jeder bestimmten Taktik und von allen bestimmten Grundsätzen, das zum Prinzip erhoben wird. Der proletarische „Instinkt" soll das revolutionäre Bewußtsein ersetzen, den – nicht vorhandenen – Marxismus „ergänzen".

Objektiv gesehen kann man feststellen, daß der Klärungsprozeß innerhalb der Partei im großen ganzen beendet ist. Was jetzt vor sich geht, ist etwas anderes, nämlich die Ausscheidung des Ansatzes einer neuen Parteiideologie, von der es nur zweifelhaft ist, ob sich eine Partei zu der Ideologie finden wird. Es ist eine Parteiideologie, die zugeschnitten ist nicht auf das Proletariat, wenn auch einzelne Proletarier sich dessen noch nicht klar bewußt sein mögen, sondern auf das K l e i n b ü r g e r t u m i m U e b e r g a n g z u r R e v o l u t i o n. Es ist möglich, daß bestimmte Sektionen des Kleinbürgertums im Uebergang zur Revolution auf dieser Etappe zeitweilig Halt machen werden.

Schälen wir kurz den Kern dieser Ideologie bloß, wie er von Wolffheim und Ehrler in langatmigen Artikeln vorgebracht wird. Was vom Boden des Kommunismus aus kritisch dazu zu sagen ist, ist hier und durch die Arbeiten Struthahns ausreichend gesagt worden. Wir haben daher nicht nötig, das Getane nochmals zu tun.

Das Hauptmerkmal dieser Ideologie ist die nationale Idee, die sich revolutionär gebärdet und aggressiv wendet gegen den Entente-Imperialismus. Aus dieser Idee folgt die zweite „Idee“: die polemische Wendung gegen die „Partei“: die Forderung der Auflösung der revolutionären Parteien in der „Klasse“, der Ersaß der Parteiorganisationen durch die sogenannten Klassenorganisationen, die Betriebsorganisationen und die aus ihr entspringen sollenden „revolutionären Betriebsräte“. Aus beiden Ideen zusammen ergibt sich der „revolutionäre Burgfriede“ als die dritte Kardinalidee. Zwar soll die Auflösung der Partei vorsichtigerweise erst am Tage nach der Eroberung der Macht beginnen, aber faktisch muß sich eine Politik, die dieses Ziel verfolgt, schon jetzt auf die Liquidation der Partei in der „Klasse“ und auf die Liquidation des Parteiprogramms einstellen. Was bedeutet das, nicht in der wirklichen oder vorgeblichen Meinung ihrer [11] Urheber, sondern in der Wirklichkeit? Wenn den Kern der Partei ihr revolutionäres Programm ausmacht, so bedeutet die Auflösung der Partei die Preisgabe dieses revolutionären Programms zugunsten dessen, was übrig bleibt, wenn man die bestimmte Form der innerpolitischen Stellungnahme der Parteien abzieht: der Nationalismus, der notwendigerweise in Konterrevolution nach innen umschlagen muß.

Es ist höchst bezeichnend, daß die Wortführer dieser Anschauungen speziell auf dem Lande alle Klassenunterschiede auf dem Papier zum Verschwinden bringen, daß sie dort nur „Bauern“ sehen. Der Klassengegensatz zwischen Landarbeiter, Großgrundbesitzer, Großbauer und Kleinbauer fließt ihnen in das eine Wort „Bauer“ zusammen. Sie sprechen es sogar offen aus, daß auch der Großgrundbesitzer seine Stelle haben wird in den ländlichen Räteorganisationen.

Was wir hier vor uns haben, ist typische kleinbürgerliche Ideologie, die in Gestalt gelehrter Kannegießerei auftritt. Der Urtyp dieser revolutionär tuenden Kleinbürgerei ist – Proudhon. Marx hat diesen Typus schon in voller Schärfe gezeichnet, wenn er von Proudhon sagt: „Er will als Mann der Wissenschaft über Bourgeoisie und Proletarier stehen, er ist der Kleinbürger, der beständig zwischen dem Kapital und der Arbeit, zwischen der politischen Oekonomie und dem Kommunismus hin und hergeworfen wird“ (Das Elend der Philosophie 6. Aufl. Seite 110).

Der politische Charakter hat unmittelbar zur Folge die entsprechenden persönlichen Charaktermerkmale. Lassen wir wieder Marx reden: „Proudhon neigte von Natur zur Dialektik. Da er aber nie die wirklich wissenschaftliche Dialektik begriff, brachte er es nur zur Sophistik. In der Tat hing das mit seinem kleinbürgerlichen Standpunkt zusammen. Der Kleinbürger ist wie der Geschichtsschreiber Raumer zusammengesetzt aus Einerseits und Andererseits. So in seinen ökonomischen Interessen und daher in seiner Politik, seinen religiösen und künstlerischen Anschauungen. So in seiner Moral so in everything. Er ist der lebendige Widerspruch. Ist er dabei wie Proudhon ein geistreicher Mann, so wird er bald mit seinen eigenen Widersprüchen spielen lernen und sie je nach Umständen zu auffallenden, geräuschvollen, manchmal skandalösen, manchmal brillanten Paradoxen ausarbeiten. Wissenschaftlicher Charlatanismus und politische Akkomodation (Anpassung) sind von solchem Standpunkt unzertrennlich. Es bleibt nur noch ein treibendes Motiv, die Eitelkeit des Subjekts, und es fragt sich wie bei allen Eitlen nur noch um den Erfolg des Augenblicks, um das Aufsehen des Tages. So erlischt notwendig der einfache sittliche Takt, der einen Rousseau z. B. selbst jedem Scheinkompromiß mit den bestehenden Gewalten stets fern hielt.“ (Daselbst, Seite XXIII und XXIV).

Der deutsche Kleinbürger ersetzt den Geistreichtum eines Proudhon durch schwerfällige Gelehrsamkeit. Die wissenschaftliche Charlatanerie und Sophistik offenbart sich beim Deutschen nicht in brillanten, sondern nur in skandalösen Paradoxen, so z. B. wenn Ehrler anmaßend-bescheiden Struthahn darüber belehrt, daß er den Fall eines Volkskrieges zwischen proletarischen Gemeinwesen, den Ehrler mit gravitätischem Ernst doziert, nicht „geahnt“ hat.

Der Volkskrieg zwischen revolutionären Gemeinwesen, den Ehrler konstruiert, ist natürlich nur Folie für den nationalen Krieg, den er im Auge hat, für den nationalen Burgfrieden und die nationale Organisation, die er als Klassenorganisation, als Selbstkonstituierung der Klasse zu Markte bringt.

[12] Soweit die deutschen Proletarier in Betracht kommen, glauben wir nicht, daß es nötig ist, diese Charlatanerie noch im einzelnen zu kritisieren. Das intensive nationale Aroma sagt ihnen schon

deutlich genug, worum es sich dreht, und der konterrevolutionäre Pferdefuß wird um so deutlicher zutage treten, je mehr diese Herrschaften ihr eigentliches Publikum finden – den Kleinbürger.

Das erhabene Schweben über den Parteien und über den Klassen, auf wen anders ist es zugeschnitten als auf den Kleinbürger, der zwischen den Parteien und Klassen hin und her geworfen wird? Die nationale Idee, die sich scheinbar revolutionär nach außen wendet, was ist sie anderes, als die Idee des Kleinbürgers, der sich für die Ausbeutung im Innern entschädigt durch den nationalen Ueberschwang nach außen, für das feige Ducken unter die herrschenden Klassen des eigenen Landes durch das berserkerhafte Toben, durch blind-stupide Raserei gegen den Ausbeuter der fremden Nationen, für den Sklavensinn innerhalb seiner vier Wände durch herrische Anmaßung gegen den „Feind“, der glücklicherweise außer der Reichweite seines Grimmes liegt. –

Diese wildgewordenen Spießbürger sind heute zum größten Teil in das Ludendorffsche Lager abgeschwenkt. Ein Teil von ihnen bevölkert noch die mehrheitssozialistische und die unabhängige Partei. Es ist abzusehen, daß sie im Laufe der Dinge, wenn der Druck im Innern wächst, teilweise sich um diese Ideologie gruppieren werden. Sie finden bei den Ludendorffern zwar das nationale Berserkertum, aber sie hassen das Altpreußentum, sie sind Demokraten und die demokratische Idee wird vom Ludendorfflager mit Füßen getreten. Sie finden im Scheidemannlager und im Lager der Rechtsunabhängigen die, wenn auch nur platonische, Achtung. vor ihrer geliebten Demokratie, aber zugleich die nationale Gleichgültigkeit oder den Pazifismus. So ist der Zeitpunkt abzusehen, wenn die Ideologie, die auf Hamburger Boden gewachsen ist, ihr entsprechendes, wenn auch nur vorübergehendes, Publikum findet, und es ist abzusehen, daß diese Ideologie dann endgültig die proletarische Maske ablegt und sich ihrem Publikum ganz und gar anpaßt. Es fehlte in der deutschen politischen Menagerie eine Species, die in Rußland dargestellt wurde durch einen Teil der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre. Sobald das Kleinbürgertum oder Teile des Kleinbürgertums durch den wachsenden Druck der wirtschaftlichen Zerrüttung aus ihren alten Parteilagern aufgescheucht werden, finden sie hier die Fahne, um die sie sich gruppieren können.

Bei der großen Masse der Proletarier der Waterkant darf man annehmen, daß es dieser Entwicklung nicht bedürfen wird, damit sie sehen, wohin der Kurs der Hamburg-Amerika-Linie geht.

Im übrigen bezweifeln wir nicht, daß die dritte Internationale einsehen wird, daß es sich bei dieser Auseinandersetzung nicht mehr handelt nur um taktische Differenzen, die die revolutionäre Bewegung des Proletariats aufgeworfen hat. Die haben sich schon wieder eingerenkt. Hier handelt es sich um die Herauskristallisierung des Kerns einer Ideologie, die mit der kommunistischen auch nicht mehr das Geringste zu tun hat, hier handelt es sich um die embryonische Gestalt einer kleinbürgerlich-revolutionären Ideologie und vielleicht auch einer entsprechenden Sekte oder Partei. Es wird, international gesehen, von hohem Interesse sein, wie dieser Embryo gedeihen wird. Soviel ist aber sicher, das revolutionäre Proletariat mußte unbedingt diese Ideologie von der seinen reinlich abschneiden und es mußte ebenso der ideologischen Scheidung die organisatorische folgen lassen. f(x). [13]

Perioden politischer Flauheit.
(Eine Parallele.)

Von A. M–w.

I.

Sieht man von der weltpolitischen Situation ab, so bietet die politische Situation des Proletariats in Deutschland eine Parallele zu der des russischen Proletariats nach der Erhebung des Jahres 1905. Man wende nicht ein, daß die weltpolitische Situation eben **nicht** einfach außer Acht gelassen werden dürfe; **das** ist uns sehr wohl bekannt. Wir wollen im Folgenden auch nicht versuchen, eine **eigentlich politische** Analyse der Taktik in der flauen Epoche zu unternehmen, sondern das Schwergewicht auf **massenpsychologische** Momente legen. Sowie wir aber das tun, springt jene Parallele um so mehr in die Augen.

In der Tat: die russische revolutionäre Erhebung des Jahres 1905 verlief schnell, heftig und anfangs erfolgreich. Alle drei Eigenschaften waren auch der deutschen „Revolution“ des November 1918

eigentümlich: ein schnelles, unerwartetes – wenn auch längst „fälliges“ – Auflodern; schnelle, radikale „Veränderung“ der politischen Organisationsform des Staates (in Rußland: (Schein-) Uebergang zur parlamentarischen Demokratie, in Deutschland (Schein-) Uebergang zur sozialreformerischen Demokratie); und absoluter, anfänglicher (Schein-„Erfolg“ des Proletariats (in Rußland: „Eroberung“ der Verfassung mit dem äußeren Symbol der Duma, in Deutschland: Räteinstitutionen).

In beiden Ländern erleben wir auch den sofortigen Aufmarsch der Reaktion, einen Aufmarsch, der mit „geistigen“ Mitteln, mit bremsenden Ideologien – Nationalversammlung in Deutschland –, schließlich mit Kanonen, Handgranaten, Ausnahmezustand und barbarischem weißen Terror einen Erfolg der Reaktion krönt.

In beiden Ländern erleben wir auch dasselbe Schauspiel des Abflauens revolutionären Willens, revolutionärer Tatkraft, revolutionärer Kampfbereitschaft. In beiden Ländern – Spaltungen innerhalb der proletarischen Parteien, Zwistigkeiten, Zersetzung; Uneinigkeit über die revolutionäre Taktik, groteske Ausschweifungen, Aufblühen des Spitzelwesens.

In beiden Ländern – ein trostloses Bild. Und doch ist in Rußland die Revolution nicht an dieser Flaute zugrunde gegangen, und sie wird auch in Deutschland wieder mit vollen Segeln ihren Kurs nehmen.

II.

Aber uns liegt es ob, nicht nur eine Beschreibung der flauen Periode zu geben, sondern eine Analyse. Wir wollen uns weder mit (resignierender oder zuversichtlicher) Konstatierung begnügen, noch uns auf leere Prophezeiungen einlassen. Wir wollen die Gesamterscheinung und ihre Einzelheiten untersuchen und verstehen; untersuchen und verstehen als Marxisten, in [14] ihrem geschichtlichen Zusammenhang; und untersuchen und verstehen als Revolutionäre, d. h. die nötigen und möglichen Lehren aus der Untersuchung ziehen.

Deshalb werden wir nicht im Psychologischen stecken bleiben dürfen, ja nicht einmal das Psychologische zum **Hauptmittel** der Untersuchung machen können, wenn es auch vielleicht der **Hauptgegenstand** der Untersuchung ist.

III.

Das erste Problem nun, das sich uns bietet, ist dieses: wie waren die „revolutionären Massen“ 1905 in Rußland. 1918 in Deutschland?

Und hier besteht wieder ein weitgehender Parallelismus: die revolutionären **Massen** waren in beiden Fällen zu großem Teil **nur scheinrevolutionär**.

Man mißverstehe nicht: damit wird beileibe kein Tadel ausgesprochen, ja nicht einmal ein Werturteil gefällt. Damit wird nur ausgesprochen, **was ist**: denn für uns Kommunisten hat nur eine solche Stimmung als **wirklich revolutionär** zu gelten, nur eine solche Gesinnung, die auf die soziale Revolution und ihre klaren Ziele losgeht, nicht aber irgend ein dumpfes Gefühl: „Es muß anders werden!“

Gehen wir von dieser Einstellung aus, so litten beide Revolutionen am **Mitläufertum**. In der Tat: hatten all jene Soldatenmassen, die 1918 von der Front desertierten, die die Waffen wegwarfen, die sich ins Land zurück retteten, hatten all jene Arbeiter, die sich bewaffneten, die die Kasernen nahmen, die Besatzungen zu sich herüberzwangen, hatten auch nur die A.- und S.-Räte irgendeine klare Vorstellung davon, was sie eigentlich **wollten**? Sicherlich nicht. Allgemein war nur der Drang: Schluß mit dem Krieg zu machen, abzurechnen mit denen, die den Krieg wollten, die ihn führten, die die unmittelbaren Bedrücker und „Herren“ waren. Genau dasselbe in Rußland wenn auch in gemilderter Form. Denn Rußland führte damals, 1905, bereits nicht mehr Krieg, und der japanische, eben verlorene, hatte den Körper der Wirtschaft nicht im Entferntesten so angegriffen, wie der Weltkrieg den deutschen.

In beiden Fällen war die Revolution nicht Ausfluß eines klaren revolutionären Massenwillens, sondern eines unklaren revolutionierenden Massendranges. Das war auffälliger in Deutschland, weil in Deutschland das **ganze** Land in viel höherem Maße von der Bewegung ergriffen wurde, als in

Rußland. Das war für den **befangenen** Zuschauer verwunderlicher und schmerzhafter in Deutschland, als in Rußland, weit dieser befangene Zuschauer die (natürliche, aber naive und unbegründete) Auffassung mitbrachte, das deutsche Proletariat müsse durch die jahrzehntelange Schulung der „revolutionären" sozialdemokratischen Partei, **trotz deren Sündenfalls in den Kriegsjahren**, mit ganz anderer Vorbereitung in einen wirklichen revolutionären Kampf ziehen, als der russische Proletarier. Diese Ansicht war naiv. War naiv, weil sie die Rolle der „Schulung" durch eine legale, große, bureaukratisch organisierte Partei bis ins Groteske überschätzte.

IV.

In Rußland existierte von jeher revolutionärer Drang, und zwar sowohl in den bedrückten Massen, wie **innerhalb der Intelligenz**. Die Massen stöhnten unter ihrem Joch, das sie stumpf schleppten. Aber sowie sie „in Schwung" gebracht waren, gingen sie mit einem wilden Elan vor. Das hatte sich in [15] der russischen Geschichte wiederholt gezeigt, so in großartigem Ausmaße während des Pugatschow'schen Aufstandes gegen Katharina die Große und in unseren Tagen während des Herbstes 1917. Die sozialdemokratische Partei aber wurde **von Intellektuellen** geleitet, bezog ihre Losungen ausschließlich von diesen, erhielt ihre Ideologie, besser: ihre Ideologien von ihnen. Die Schicht der russischen Intellektuellen war nur dünn. Um so mehr aber gab sie an revolutionär gesinnten Elementen her. Die trostlose politische Barbarei des Landes, das niedrige Kulturniveau der Umgebung, die entsetzliche wirtschaftliche Lage der Gesamtbevölkerung, der Vergleich mit Westeuropa, dessen „Demokratien", gegen Rußland gehalten, als Paradiese erscheinen mußten, alles das „revolutionierte" die russische Intelligenz. Diese revolutionierte Intelligenz, der es an Einheitlichkeit, an Klarheit, an Bewußtsein fehlte, fand einen Ort für ihre Betätigung in der sozialdemokratischen Partei, die sich somit zwar als revolutionäres Gebilde, aber auch als Tummelplatz der verschiedensten „Meinungen und Ansichten" darstellte, einig nur in jenem dumpfen Drange: „Es muß anders werden!"

Die deutsche Partei vor dem Kriege besaß aber nicht einmal diesen einzigen Vorzug der russischen: sie war zwar ebenfalls ein Breitopf verschiedenster „Meinungen und Ansichten", besaß aber jene revolutionäre Spannkraft, die der russischen Partei eigentümlich war, absolut nicht: **In der deutschen Partei gab es Revolutionäre**, **eine revolutionäre Partei war sie nur dem Namen nach**. Das ist nicht verwunderlich. Jene krassen Klassengegensätze, die in Rußland bestanden, waren in Deutschland sowohl tatsächlich geringer wie auch noch künstlich überschminkt. Jene asiatische, absolutistische Barbarei – sie war in Deutschland in eine europäische Uniform gesteckt worden, und diese Uniform bestach nicht nur Köchinnen, sondern auch viele, viele Proletarier und fast alle Intellektuellen. Aber trotzdem die deutschen Intellektuellen in ihrer überwiegenden Mehrzahl Sozialistenfresser waren, war die Partei doch, ebenso wie in Rußland, von Intellektuellen geleitet, inventarisiert mit Losungen und Ideen – und damit, wie in Rußland – aktionsunfähig gemacht.

Denn sowie der Zeitpunkt der Aktion gekommen war, hüben wie drüben, standen die Massen da und warteten auf die Losung von oben, und die Losung kam nicht oder war falsch oder gar: **Verrat**!

Auch das ist kein Zufall.

In Rußland waren die Massen noch nicht reif, noch nicht durch sich selbst geschult, diszipliniert, „taktfest" gemacht, **noch nicht durch Aktionen** aktionsfähig gemacht; in Deutschland aber waren sie durch den wirtschaftlichen Aufschwung durch die jahrzehntelangen legalen „Kämpfe" in den Gewerkschaften, durch die gleichmäßigere Verteilung des Wohlstandes, durch den wachsenden Opportunismus der Führerideologie, dem keine akute, zwingende Not entgegenstand, verbürgerlicht worden.

In Rußland waren die Massen klassenbewußt, kampfbereit, ja kampfeswütig, aber unerfahren; die „Massen" – das waren dort die Industriearbeiter, jener herrliche Kerntrupp der russischen und, wie wir heute sehen: der Weltrevolution. Aber diese „Massen" waren eben nicht wirkliche Massen: die ungeheure, träge, schwerbewegliche, traditionsgebundene Masse des Bauerntums bekam 1905 einen allzuleichten Stoß. Sie rollte nur ein wenig vom Fleck, alles zerschmetternd, wohin sie kam, aber sie verlor bald ihre Bewegung rollte zurück und blieb bis 1917 untätig liegen.

[16] In Deutschland waren die Massen „klassenbewußt“. Aber ihr Klassenbewußtsein bestand darin, daß sie ein Mitgliedsbuch besaßen, den 1. Mai feierten, ihre Parteizeitung lasen, die Bürgerlichen verabscheuten – und selbst allzu oft Bürger waren. Sie hatten nicht die geringste revolutionäre Erfahrung, nicht den geringsten revolutionären Schwung, ja zumeist nicht einmal jenes dumpfe Gefühl: „Es muß anders werden!“

Was war das Resultat? Daß die Revolutionen von 1905 wie von 1918 nur Generalproben wurden, mißglückte Generalproben; daß es sich herausstellte, daß: die Akteurs versagten, daß die Statisten nicht wußten, wohin und wie. Aber wie jeder Vergleich, so hinkt auch dieser: denn jene Statisten wurden in Rußland zu den eigentlichen Schauspielern, und sie werden es auch in Deutschland werden. Es geht ja nicht um ein Schauspiel, sondern um das Sein der Massen selbst. Aber der „Regisseur“ wird sich gewaltig ändern müssen, er muß lernen, lernen, ein ganz anderer werden. Dieser „Regisseur“ ist **die** führende revolutionäre Partei, **die** Partei, die die klarsten Losungen und, im Moment, die richtige Taktik findet, **die** Partei, die als Kerntrupp im Kampfe marschiert, **die** Partei, hinter welche sich im Augenblick der revolutionären Erhebung das Proletariat „wie von selbst“ stellt, **die** Partei, die auch **nach** dem eigentlichen Kampfe den richtigen Weg beschreitet.

Diese Partei war 1917 in Rußland die der Bolschewiki und wird in Deutschland die Kommunistische Partei sein müssen. Wird es deshalb sein müssen, weil die Kommunistische Partei die einzige ist, die klare, nicht halbe Losungen zu geben imstande ist.

Die **heutige** Kommunistische Partei in Deutschland aber ist noch weit entfernt davon, jene führende Partei zu sein. Abgesehen davon, daß sie **in sich** zerrissen, gährend, nicht konsolidiert ist, wirkt sie nach außen auf die Massen noch allzu wenig. Und hier haben wir wieder eine Parallele – mit Rußland.

V.

Trotzky sagt einmal („Neue Zeit“, 28, 2, S. 862):

„Jene Fraktionen ..., die bis jetzt die Spaltungen in der russischen Sozialdemokratie hervorgerufen hatten, entstanden in erster Linie durch die Anpassung der marxistischen Intellektuellen an die Klassenbewegung des Proletariats.“

Genau dasselbe erleben wir jetzt in Deutschland. Man betrachte aufmerksam die Führer der U. S. P. Ihre Ideologie wechselt, muß wechseln und das von Monat zu Monat – weil sie sich den Massen anpassen muß. Aber umgekehrt auch, durch diesen widerwilligen Anpassungsprozeß wirken die doch von den Führern ausgesprochenen Ideologien nur verwirrend und bremsend auf die Massen, und wir erleben das folgende Schauspiel: die Massen der U. S.P. radikalisieren sich, unbewußt, selbst; die Führer folgen widerstrebend diesem Zuge nach links und bremsen mit aller Kraft, so daß die Massen **in ihrem Bewußtsein** tatsächlich rechts von den Kommunisten stehen, von denen sie, was ihre Tendenzen und Ziele betrifft, schlechtweg nichts unterscheidet.

Doch kehren wir jetzt zu den russischen Fraktionen in den Jahren 1905, 1906, 1907 zurück.

Als die russische Revolution von 1905 ausbrach, umfaßte sie schlechterdings alle sozialistischen Massen, Kreise und Fraktionen. Doch sofort begann [17] der Kampf der einzelnen Gruppen gegeneinander. Die sozialdemokratische Partei hatte sich schon zwei Jahre vorher in die beiden Parteien der Bolschewiki und der Menschewiki gespalten. Der Grund der Spaltung soll hier nicht erörtert werden. Es handelte sich scheinbar um ganz unwesentliche Differenzen, um das Verhältnis der Parteiorganisation zur Masse. Es handelte sich schon 1905 um das Ziel: Diktatur des Proletariats. Genau wie heute begannen sofort die Kontroversen: Führerpartei – Massenpartei und Parteidiktatur – Klassendiktatur. Wenn Trotzky im schon erwähnten Artikel („Neue Zeit“, 28, 2, S: 683) schreibt:

Die Bolschewiki erhoben die ursprüngliche primitive Organisation der Partei zum Prinzip und sahen in der politischen Unreife des Proletariats, verbunden mit seiner revolutionären Stimmung, die Ursache, warum die Arbeiterschaft am zweckmäßigsten durch die marxistische Intelligenz geleitet werde.

Die Menschewiki dagegen kritisierten aufs schärfste den zweistöckigen Aufbau der Partei, enthüllten die bürgerlich-jakobinische Natur der Intelligenz, die sich hinter dem Schein des Marxismus

versteckte und erklärten, daß sich hinter der Fahne der Diktatur des Proletariats die Diktatur über das Proletariat verberge, so ist das eine Beobachtung, die wir heute wieder machen können. Freilich hat die Geschichte dem Urteil Trotzky's Unrecht gegeben: denn es ist eben ein Mißverständnis, wenn er sagt, die Bolschewiki hätten das Proletariat „durch die marxistische Intelligenz leiten wollen". Mag sein, daß 1905 tatsächlich solche Aspirationen vorhanden waren. 1917 haben die Bolschewiki gezeigt, daß diese „Leitung durch die Intelligenz" nichts anderes bedeutet, als ein klares Aussprechen der Parolen, die im Moment die richtigen sind, und die die Massen ohne weiteres als die richtigen anerkennen. Daß die „Kritik" der Menschewiki faul war, sieht Trotzky sehr wohl. Er sagt:

Der extreme Flügel der Menschewiki ging endlich bis zur Idee der heroischen Selbstverleugnung, indem er an die alte Partei die Forderung des **Aufgehens in den Massen** stellte. Die Ironie der Geschichte wollte es aber, daß die Menschewiki, während sie diese Selbstverneinungsidee immer deutlicher hervorhoben, selbst als Gegengewicht gegen den Bolschewismus, jedoch ganz nach dessen Art und Weise, eine fest geschlossene Fraktion bildeten, das heißt eine Organisation der Gleichgesinnten, die unter der Parole der Bekämpfung der Führung des Proletariats durch die Intellektuellen im allgemeinen in Wirklichkeit einen Kampf für ihre eigene Leitung der Arbeitermassen führte.

Wer wird bei dieser Schilderung nicht an die Kämpfe innerhalb unserer Kommunistischen Partei erinnert, an die Anwürfe jener „überextremen" Opposition, die sich ganz zum Zentrum der Partei machen wollte, an die Ideen der allgemeinen Arbeiterunion, wobei die Partei irgendwo unter den Tisch fällt?

Und gerade diese Parallele mit Rußland zeigt uns, daß diese Erscheinungen bei uns nicht Zufallserscheinungen sind, sondern einer **inneren Dialektik des revolutionären Prozesses entsprechen**: es sind das die Blasen, die bei dem Klärungsprozeß aufspringen, die Zuckungen und Geburtswehen, ohne die eben keine wirkliche revolutionäre Partei entstehen kann. Wir erleben einen Prozeß der Neuformierung der revolutionären Parteien. Alle unsere proletarischen Parteien, die S. P. D., U. S. P. D. und die K. P.D. [18] stammen aus seinem Breitopf der alten Partei. Den neuen Parteien klebt noch allzuviel an von den alten Schalen: noch sind die Massen allzu traditionsgebunden: **noch ist Umbildung nötig**. Und diese Umbildung ist überall zu spüren, stärker in der U. S.P. D. als anderswo, stark auch bei uns, in der K. P. D., wo sich immerhin schon ein Ansatz zur Konsolidierung zeigt. Gerade deshalb, weil wir diesen Umbildungsprozeß überall sehen, ist die Parallele mit Rußland von Wert: wir wollen jetzt zeigen, wie dieselben Erscheinungen, die wir jetzt in Deutschland erleben, in Rußland sich geltend machten: der einzige Unterschied in der Entwicklung wird, glauben wir, der im T e m p o sein.

VI.

Nach dem Zusammenbruch des russischen Aufstandes verließen die Arbeiter massenweise die Partei. Eine natürliche Reaktion nach der Kräfteanspannung, ohne Ueberlegung, ohne „Ideologie", ließ sie für einige Zeit apathisch beiseite stehen. Noch andere merkwürdige Erscheinungen zeigten sich: rückständige Elemente gingen zu den reaktionären Organisationen der Schwarzen Hundert über. Dasselbe erleben wir in Deutschland. Große Teile der Arbeiterschaft sind apathisch, kümmern sich nicht mehr um Politik. Gewisse Schichten des Proletariats, die von der Revolution mitgerissen wurden, wandten sich den Gefilden Noskens oder gar den Abenteuern Bermondts zu. Doch sind diese Schichten in Rußland - wie in Deutschland – sehr dünn. Spiel, Trunk, Vergnügungen, Ausschweifungen, Luxus, Tanz, dazu Mystizismus, Aesthetisieren – das sind charakteristische Tätigkeiten der Bourgeoisie während der Epoche, wo man das (Grollen der Revolution gehört hat, wo die „Gefahr" vorbei zu sein scheint, wo aber eine innere Stimme jagt: „Vielleicht kommt sie bald wieder". Von diesen Strömungen werden Teile der Arbeiterschaft miterfaßt, das Klassenbewußtsein wird getrübt oder geht zum Teufel, und sie versuchen es, ihren bürgerlichen „Vorbildern" nachzukommen. Schiebergeist, die Sucht, sich „heraufzuarbeiten", um Aufwand treiben zu können, ein gewisser Leichtsinn sind häufig anzutreffen. (Gleichzeitig beginnt ein geistiger Zersetzungsprozeß. All die halbsozialistischen Elemente, die im Strudel der Revolution mitgerissen wurden, fallen in ihre „revolutionäre" Bürgerlichkeit zurück. Der S y n d i k a l i s m u s erhebt sein Haupt, der A n a r c h i s m u s feiert Orgien. Es entstehen „neue" – uralte, kleinbürgerliche -.. „Kampfmittel", S a b o t a g e, I n d i v i d u a l t e r r o r,

A t t e n t a t e , Expropriationen. All diese Erscheinungen, die in Rußland alltäglich wurden, beginnen zeitweilig in Deutschland aufzutauchen. Wenn auch das deutsche Temperament dem russischen unähnlich ist – die Vorbedingungen für diese Erscheinungsformen des „revolutionären Kampfes“ sind vorhanden. Der wahnsinnige Luxus der durch den Krieg fett gewordenen bürgerlichen Kreise, der Mangel an Geldmitteln bei gewissen revolutionär gesinnten, aber unmarxistischen Gruppen werden zu Expropriationen verlocken. Das terroristische Regiment eines Noske und der hinter ihm stehenden Regierung können Attentate provozieren. Syndikalismus und Sabotage haben wir schon.

Aber auch die Parteien, hauptsächlich die kommunistische, können eine Rückwirkung der konterrevolutionären Zeitumstände **in sich** auf die seltsamste Weise verspüren. Daß zufällig mitgelaufene Elemente abfallen, ist, wie wir schon sahen, natürlich und sicherlich kein Schade. Daß der Terror der Konterrevolution eine Menge nicht zufälliger, aber ängstlicher Elemente aus der [19] Partei verscheuchen – oder gar herausreißen (Gefängnis, Mord) wird, versteht sich. Aber es bestehen noch andere „Möglichkeiten“. Trotzky beschreibt das für Rußland so:

Unten zogen sich die Massen zurück, oben versiegten die Geldquellen ... Die Parteiorganisationen gerieten in eine Sackgasse. Ihre Mitglieder sahen sich vor die gemeinen Fragen des Kampfes um die Existenz gestellt. Die Berufsrevolutionäre, Agitatoren, Organisatoren, Transporteure der illegalen Literatur, die vor kurzem nichts als die Verkörperer abstrakter Parteikategorien gewesen waren, Asketen, verschwörerische Einsiedler, Leute ohne Bedürfnisse – das Bedürfnis nach einem falschen Paß ausgenommen – materialisierten sich sehr rasch in der konterrevolutionären Atmosphäre und wurden ganz weltlich.

Dieser Zerfall ist keine Zufallserscheinung. Die flaue Periode fordert Opfer, und zu diesen Opfern ist mancher nicht bereit, der während einer akuten revolutionären Krise tausendmal sein Leben in die Schanze schlägt.

Aber gleichzeitig mit diesen Zerfallstendenzen zeigen sich geistige Scheinradikalisierungen. Wir erleben z. B. in Deutschland einen ewigen Streit um den „Parlamentarismus“. Dieser Streit wurde auch in Rußland ausgetragen. Wir zeigten schon, wie die Parteien Rußlands, allgemein gesprochen, sich zersetzten: unten wanderten die Massen ab, oben fielen die Führer vom weißen Terror oder den Zeitumständen zum Opfer. Die Partei der Menschewiki zersetzte sich, einem Drange zur Legalität folgend. Die Führer waren teils im Exil, teils aber suchten sie im Lande sich „legal“ zu betätigen. Die bolschewistische Partei zersetzte sich ebenfalls. Teils wurde überkonspiriert, verschwörerisch, illegal gearbeitet, so, daß eine Instanz nicht wußte und nicht wissen durfte, was die andere tat, teils wurde sogar „expropriiert“, d. h. zu Parteizwecken geräubert. Die Fanatiker der Illegalität konnten kein l e g a l e s Mittel für „revolutionär“ halten, für vereinbar mit revolutionärer Taktik, und so forderten sie stürmisch die Abberufung der Abgeordneten aus der Duma. Ihre Argumente waren ebensowenig stichhaltig oder auch nur durchdacht, wie die der „prinzipiellen“ Antiparlamentarier in Deutschland, die aus einem Gefühl heraus ihre Forderungen stellen und kühlen Argumenten unzugänglich sind und bleiben wollen.

VII.

Doch gleichzeitig mit dem Zersetzungsprozeß begann in Rußland ein Prozeß der Konsolidierung. Die einzelnen Parteien und Fraktionen hatten sich bei dem Streit um einzelne Fragen (Parlamentarismus bei den Bolschewiki, Partei und Massen bei den Menschewiki) gespalten. Diese Spaltung war aber die Voraussetzung zum Aufbau n e u e r, lebensfähiger Organisationen.

Es handelte sich darum, eine Partei zu schaffen, die erstens n u r gleichgesinnte Genossen umfaßte, d. h. Genossen, die sich über die Grundsätze, die Taktik und die Ziele der Partei vollkommen geeinigt haben, und die zweitens **nicht nur** eine Partei neben anderen bildeten, sondern eine Partei, die **der Kern** der Massen in allen politischen Kämpfen sein sollte. In Ruland entstand ein neuer revolutionärer Typus, in Deutschland ist er im Entstehen.

In Rußland entstand auch die Partei, die diesen Typus verkörperte: die der Bolschewiki.

Diese Partei ist in Deutschland erst im Beginn ihres Entstehens.

[20] Die Kommunistische Partei Deutschlands beginnt jetzt erst, eine Partei zu werden. Sie wird sich konsolidieren, konsolidieren müssen: denn das deutsche Proletariat braucht jenen Kern.

Doch der revolutionäre Typus, von dem oben gesprochen ist, existiert in Deutschland erst in Ansätzen. Dazu ist die flaue Periode **noch zu kurz gewesen**. Bedauern wir ihre Kürze? Sicher nicht. Aber sicher ist uns, daß eine gesunde Parteientwicklung auch diese Zwischenzeit braucht. So wenig wir ohne Kampf überhaupt zu einer Partei kommen können, so wenig kann ohne den Umbildungs- und Konsolidierungsprozeß die Partei das werden, was sie werden muß, soll der Kampf zum Ziel führen: der Kern der Massen, der **Ausdruck** des revolutionären Willens des Proletariats zu sein.

*

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

Von E. L u x .

I.

Am Sonntag, den 18, Januar 1920, hat die Nationalversammlung nach heißen Kämpfen das Betriebsrätegesetz angenommen. Das Ringen um dieses Gesetz war erbitterter als die Auseinandersetzungen über die Verfassung, die doch erst der Ebert-Republik ihre rechtliche Grundlage, die Legitimation ihrer aus den Händen der Revolution empfangenen Macht verleihen sollte. Es war erbitterter, als die Verhandlungen über die Steuergesetze, mit denen der zum Reichsfinanzminister avanzierte bauernschlaue Schulmeister E r z b e r g e r dem Kapitalismus zu Leibe zu gehen vorgab.

Die Intensität des Kampfes um das Betriebsrätegesetz zeigt sich nicht nur in dem Tod der 42 Berliner Arbeiter, die am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag durch Noskes Maschinengewehre starben, sie zeigt sich nicht nur in der Verhängung des Reichsausnahmezustandes, der offen proklamierten Diktatur der Bourgeoisie in dem Augenblick, in dem sie mit dem Betriebsrätegesetz die Demokratie im Betriebe zu schaffen vorgibt. Sie zeigt sich vor allem auch in den parlamentarischen Auseinandersetzungen selbst. Was die Beratung der Verfassung, der Steuern nicht fertig gebracht hatte, das wurde bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes fast Ereignis: eine Krisis innerhalb der Regierungsparteien, eine Krisis freilich, die, kaum entstanden, alsbald wieder verebbte.

Das Charakteristische des sich durch Monate hinziehenden Kampfes um das Betriebsrätegesetz besteht überhaupt in der Verschlingung der parlamentarischen Beratung mit der außerparlamentarischen Aktion, ihrer gegenseitigen Ein- und Auswirkungen auf einander, die schließlich im Höhepunkt zu der Gleichzeitigkeit beider Aktionen vor und in dem Reichstag am 13. Januar geführt haben.

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz tritt damit in Parallele zu ähnlichen Erscheinungen anderer revolutionärer Epochen. In allen großen [21] evolutionären Prozessen entwickeln sich aus dem Verlauf des Prozesses selbst bestimmte klar umrissene Kampfobjekte, um die dann der Streit der feindlichen Klasse tobt, um die sich die Energie der Kämpfenden sammelt, und in dem fast schlagwortartig der Inhalt der Auseinandersetzungen einer ganzen revolutionären Periode zusammengefaßt werden kann.

Eine solche Parallelerscheinung zum Kampf um das Betriebsrätegesetz ist z. B. der Kampf um das Veto des Königs zu Beginn der großen französischen Revolution. Nachdem schon in den ersten Wochen nach dem Zusammentritt der Generalstände der dritte Stand, ganz gegen alles überkommene Gesetz und Recht das Wort des Abbe S i e y è s verwirklichend, aus dem Nichts Alles geworden war, indem er sich als verfassunggebende Nationalversammlung konstituierte und die Souveränität an sich riß, trat ihm sofort die alte entthronte Macht, der absolute König, als Feind gegenüber. Der Kampf wurde geführt mit allen Mitteln: auf der Straße, im Parlament, mit Bestechung, innerpolitischen Intrigien und außerpolitischen Kabalen. Aber all diese viel verschlungenen Auseinandersetzungen zwischen dem untergehenden Königtum und der aufsteigenden Bourgeoisie projizierten sich in den Verfassungsstreit über das Veto, über die Frage, ob und in welchem Umfang der König das Einspruchsrecht haben sollte gegen Beschlüsse der Nationalversammlung. Volkssouveränität und Königsabsolutismus standen sich in dem Veto, als Machtfrage auf den einfachsten Ausdruck gebracht, klar und

scharf gegenüber. Und die Beratungen im Parlament, die Kompromisse zwischen den Parteien, die Schwankungen in der Abgrenzung des Vetos, das alles wurde zum Gradmesser des wirklichen Machtkampfes der Klassen der außerhalb der Nationalversammlung auf den Straßen von Paris, in den Bauernerhebungen auf dem Lande ausgefochten wurde. Der Stand der Vetofrage spiegelte die Kräfteverteilung der um die Macht kämpfenden Parteien unmittelbar wieder.

So führt auch der Kampf um das Betriebsrätegesetzes mitten hinein in den ganzen revolutionären Kampf der letzten Monate in Deutschland. Wie beim Veto stehen sich beim Betriebsrätegesetz die sich gegen ihre Entthronung „aufbäumenden bisherigen Beherrscher der Produktion denen gegenüber, die als Vertreter der aufsteigenden Klasse die Verfügung über die Produktion, in ihre Hände nehmen wollen. Das Proletariat meldet in dem Ringen um das Betriebsrätegesetz seine Ansprüche gegen die untergehenden Klassen an genau so, wie es die Bourgeoisie im Kampf um das Veto gegenüber dem Absolutismus getan hat.

Der hin- und herwogende Kampf um die Räte, der der Inhalt der deutschen proletarischen Revolution ist, konzentriert sich für einige Zeit in dem Kampf um das Betriebsrätegesetz. Dieses wird so zu einem Akt in dem gewaltigen Drama der proletarischen Revolution in Deutschland, und von ihm spielen einige Szenen im Parlament. Diese Szenen aber empfangen, so sehr sie auch das Auge auf sich ziehen mögen, ihre Stellung und Bedeutung im Ablauf des Aktes erst von den Mitspielenden, die außerhalb des Theaters am Königsplatz stehen und die den scheinbaren Hauptakteuren in der Mitte der Bühne erst ihre Rollen und Reden einblasen.

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz ist kritisch nur zu begreifen als ein revolutionärer Kampf, als die Vereinigung außerparlamentarischer Massenaktionen und parlamentarischer Auseinandersetzungen, die sich gegenseitig beeinflussen, bis in dem Augenblick, da das Parlament mit der Annahme des Gesetzes zu siegen scheint, der Sieg selbst die Demonstration der Massen auslöst gegen das Parlament für die Räte. [22]

II.

Jeder Versuch, den Räteaufbau durch das Parlament regeln zu lassen, mußte notwendig zu einem außerparlamentarischen Konflikt zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie führen. Denn zwischen den Räten als dem Apparat der proletarischen Diktatur und dem Parlament als einem Rädchen in der bürgerlichen Staatsmaschinerie gibt es grundsätzlich kein Kompromiß: entweder herrscht die eine oder die andere Institution. Eine gesetzliche Regelung der einen durch die andere ist ausgeschlossen. Jede solche Regelung bedeutet schon die Unterwerfung der Organisation, die damit zum Objekt der Gesetzgebung wird, unter die gesetzgebende, die sich dadurch zum Subjekt der Regelung und damit als Herrscherin über die andere konstituiert. Die Möglichkeiten solcher Unterwerfung durch und unter das Gesetz aber ist selbst erst E r g e b n i s einer Lösung des Konflikts der beiden feindlich sich gegenüber stehenden Staatseinrichtungen. Diese Lösung vollzieht sich a u ß e r h a l b der Gesetzgebung. Sie ist eine Frage der Macht, nicht des Gesetzes. Der Widerspruch wird dialektisch überwunden durch die historische Entwicklung selbst, und die Gesetzgebung hat nur die Aufgabe, den Strich unter das vorläufige oder endgültige Resultat dieser Entwicklung zu ziehen.

Diese für den Marxisten selbstverständliche Feststellung, daß Machtfragen zwischen den Klassen durch Machtkämpfe, nicht durch Akte der Gesetzgebung ausgefochten werden, glaubten die Sozialpazifisten, die sich um H a a s e, K a u t s k y und H i l f e r d i n g gruppieren, dadurch ausweichen zu können, daß sie in ihrer bekannten „Verankerung der Räte in der Verfassung“ eine Vereinigung der Räte mit der bürgerlichen Staatseinrichtung vorschlugen. Nach der Vorstellung dieser Theoretiker sollte wohl irgend eine geheimnisvolle, dem Rätegedanken innewohnende Dynamik diesen befähigen, nach seine gesetzlichen Anerkennung in der Verfassung über den bürgerlichen Staat zu siegen unter sorgfältiger Erhaltung alles dessen, was nur an diesem noch erhaben schien und wünschenswert, also vor allem der Stimmzettel.

Es würde sich nicht lohnen, auf diese Dialektik Proudhonschen Musters einzugehen, wenn sie nur Theorie geblieben wäre. Sie ist aber Praxis geworden. Leider nicht zum Vorteil des Proletariats.

Zwar das Durchfechten der Machtkämpfe selbst hat diese pazifistische Lehre nicht verhindern können; sie sind trotz der Theorie und gegen sie ausgetragen worden. Aber dieses von den Rechtsunabhängigen geprägte Schlagwort hat dazu beigetragen, den Clan der Kämpfenden zu lähmen, als es Augenblick der Entscheidung von der Scheidemann-Regierung aufgegriffen und in die Massen geschleudert wurde.

Die Entscheidung in der Machtfrage, ob bürgerliches Parlament, ob Räteaufbau, fiel in den großen Sozialisierungsstreiks, die vom Januar bis März vom Ruhrrevier ausgehend nach Oberschlesien übersprangen, Mitteldeutschland ergriffen und schließlich in Berlin endeten. In allen diesen gewaltigen Erhebungen kehrte neben den wirtschaftlichen Ansprüchen immer und immer wieder als die hauptsächliche politische Forderung der Massen „die Anerkennung der Räte“.

Energisch und hingebend haben die Arbeitermassen für dieses Ziel sich eingesetzt. Aber dieses Ziel selbst, diese erstrebte Anerkennung der Räte war im Ausdruck vieldeutig und mißverständlich, im Inhalt unbestimmt und vage. Es umfaßte neben der weitgesteckten Losung der kommunistischen Partei, die alle Macht für die Räte forderte, ebenso gut auch die Verankerung [23] der Räte durch die Verfassung, die ja auch eine „Anerkennung“ ist, wie etwa auch ihre Billigung durch die Gewerkschaftsbureaukratie. Diese Unklarheit der Parole, ihr Mangel an bestimmten unmittelbar zu verwirklichenden Vorschlägen für die Durchsetzung konkreter Räteaufgaben entsprach deshalb der damals vorhandenen Unklarheit und Vorstellung der Massen über die Räte. Sie haben in jener Zeit, von einigen führenden Schichten abgesehen, mehr instinktiv aus einem dunklen Gefühl heraus für die Räte sich eingesetzt als dem einzigen Mittel, sie aus dem herannahenden Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft zu retten. Aber es fehlte ihnen noch das Klare, verstandesmäßig durch die Erfahrung der Revolution selbst erworbene Bewußtsein von den eigentümlichen Aufgaben der Räte, und die daraus sich ergebende Möglichkeit, sie Schritt für Schritt durchzusetzen.

Aufgabe der unabhängigen Führer, denen damals schon die Mehrheit der revolutionären Arbeiter folgte, wäre es gewesen, diese Unklarheiten in scharfer Formulierung, Wesen und Ziel des Räteaufbaues im Gegensatz zum Parlamentarismus herauszuarbeiten und den kämpfenden Massen zum Bewußtsein zu bringen. Statt dessen haben sie der Ebert-Regierung das Mittel gezeigt, wie sie die Wirkung der Maschinengewehre Noskes verstärken könnte durch die Ausnutzung der Unklarheiten in den Massen. Als damals im März im Höhepunkt des Kampfes, als der Generalstreik nach Berlin übergegriffen hatte und die Regierung in Weimar in höchster Not war, die Mehrheitssozialisten Berlins eine Deputation nach Weimar gesandt hatten, da brachte diese als Zugeständnis Scheidemanns zurück die Bewilligung eben der Forderung der Unabhängigen: die Räteverankerung und das Versprechen des Betriebsrätegesetzes.

Gleichzeitig schuf das Standrecht die tatsächlichen Voraussetzungen dafür, daß das Parlament auch die wirkliche Macht gegenüber den Massen für diese Gesetzgebung haben würde.

III.

Mit dem Siege der Konterrevolution auf der Straße, mit der Niederlage Berlins, Münchens, Ungarns, beginnt die parlamentarische Periode der Rätebewegung. Zunächst schuf die Nationalversammlung in der Verfassung die formale Grundlage für die Rätegesetzgebung: Oskar Cohn als Sprecher der Unabhängigen wußte dieser Verankerung durch den Regierungsblock nur die Verankerung im Sinne der Unabhängigen entgegenzustellen. Dann konnte die wirkliche Arbeit beginnen: die Bahn war freigemacht für das Betriebsrätegesetz.

Dadurch aber, daß unter dem „Sesam, öffne dich“ der Maschinengewehre die Tore des Parlaments aufgesprungen waren und den Räten Einlaß gewährten, damit sie den Stempel der Gesetzlichkeit empfingen, hat sich das Wesen dieser die geöffneten Pforten durchschreitenden Räte grundsätzlich geändert. Waren sie bisher, solange das Proletariat auf der Straße für sie gestritten hatte, die Waffe zur Emanzipation der Arbeiterklasse im revolutionären Klassenkampfe gegen die Bourgeoisie gewesen, so verwandelten sie sich jetzt in ein Instrument der Klassenharmonie. Mit der Unterwerfung der Räte unter die Zuständigkeit des Parlaments hatte die alte Gewerkschaftsbureaukratie ihren ersten

großen Erfolg gegen die Räte des Proletariats davongetragen. Sie müßte ihren Sieg aus, indem sie die Betriebsräte umgestaltete aus Organen der Produktionskontrolle durch die Arbeiter in Organe der Arbeitsgemeinschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital.

[24] Der erste Entwurf zum Betriebsrätegesetz, den die regierenden Gewerkschaftsfunktionäre vorlegten, ist bereits in Nr. 5/6 der „Internationale“ besprochen worden. Er enthielt schon alle charakteristischen Merkmale der gesetzlich festzulegenden Arbeitsgemeinschaft. Dieser erste Entwurf wurde dann durchberaten von einer Kommission von Unternehmern und Gewerkschaftlern. Während die meisten Arbeitergewerkschaften sich mit dem Vorschlag der Regierung abfanden, legte die Arbeitsgemeinschaft der Freien Angestelltenverbände einen grundsätzlich abweichenden Gegenentwurf vor, der im Anschluß an den Nr. 7/8 der „Internationale“ veröffentlichten Gesetzentwurf die Klassenkampf-Aufgaben der Betriebsräte scharf hervorhob. Im Gegensatz zu den Verbänden der Handarbeiter waren und sind die Angestelltengewerkschaften im Kampfe um die Betriebsräte durchaus radikal aufgetreten: sie leiden „unter der fortschreitenden Proletarisierung, die gerade ihre Schichten ergriffen hat; sie hoffen und erwarten von einem weitgehenden. Mitbestimmungsrecht, von einer durchgreifenden Produktionskontrolle den Zugang zu leitenden Stellen, der ihnen heute durch die Mechanisierung der Angestelltentätigkeit in den Riesenbetrieben verschlossen ist. Die Kommission ist, wie sich bei ihrer Zusammensetzung von selbst versteht, über diesen Gegenentwurf zur Tagesordnung übergegangen. Der einzige größere Erfolg dieser Vorberatung und der an dem Regierungsentwurf geübten Kritik war die, wenn auch stark verklausulierte Anerkennung des Rechtes auf die jederzeit zulässige Zurückberufung der Delegierten zum Betriebsrat.

In dieser Form kam der Gesetzesvorschlag vor die Nationalversammlung. Hier ist im Plenum und in der Kommission mit allen parlamentarischen Schlichen und Kniffen monatelang um ihn gestritten worden mit dem Ergebnis, daß der schlechte Regierungsentwurf selbst noch verschlechtert worden ist.

Diese parlamentarischen Auseinandersetzungen haben mit Klassenkämpfen auf dem Boden des Parlaments nichts zu tun. Eine grundsätzliche Gegnerschaft, die das Wesen der Räte als unvereinbar mit der Produktionsweise und der Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft bei jeder Gelegenheit aufgezeigt hätte, war nicht vorhanden.

Die U n a b h ä n g i g e n lehnten das Gesetz zwar ab. Aber die Motive ihrer Opposition waren ebenso unklar und verschwommen, wie ihre ganze Stellung zur Rätefrage. Ihr rechter Flügel, die Mehrheit der Fraktion, laborierte bis zur Schlußberatung an den demokratischen Verankerungsschmerzen. Ihr linker Flügel glaubte schlau-pfiffig den Stein der Weisen in der Form des Müllerschen Rätevereins in der Tasche zu haben. Er tat darum nichts. Er „organisierte“.

Dieser innerlich haltlosen Opposition stand der Regierungsblock der Mehrheitler, Demokraten und des Zentrums gegenüber. Auch in ihm gab es Kämpfe und Reibungen genug, Streitigkeiten, die bei der Frage der Vorlegung der Bilanz und der Beteiligung der Räte am Aufsichtsrat sogar fast zu einer Ministerkrisis zu führen drohten. Aber diese Unstimmigkeiten waren keine grundsätzlichen Verschiedenheiten. Die Regierungsparteien standen vielmehr von vornherein auf ein und derselben Plattform, der Durchsetzung der Arbeitsgemeinschaft. Ihre Auseinandersetzungen waren nur Konkurrenzkämpfe innerhalb dieser Gemeinschaft: sie gingen um die Abgrenzung der Zuständigkeit von Unternehmertum und Räten innerhalb der konstitutionellen Fabrik, der Festlegung der gegenseitigen Rechte und Pflichten. [25] Das naturnotwendige Resultat war, daß mit der außerhalb der Parlamentsmauern vor sich gehenden in Streiks und Aussperrungen durchgekämpften Machtverschiebung zugunsten der Unternehmer die Grenzen immer mehr zuungunsten der Räte verschoben wurden. Schließlich blieben von ihren selbst noch im ersten Regierungsentwurf vorgesehenen Rechten im Kommissionsentwurf, der dann Gesetz wurde, kaum noch der Schein übrig.

Es versteht sich von selbst, daß von den f o r m a l e n Bestimmungen das nachträglich in den Regierungsentwurf eingefügte Recht auf die jederzeit mögliche Abberufung der Rätedelegierten wieder beseitigt worden ist. Es bleibt bei der sich an das Hilfsdienstgesetz anlehnenden Bestimmung, daß

eine Neuwahl der Räte erst dann vorzunehmen ist, wenn die im Gesetz vorgesehene Zahl der Ersaß-Delegierten nicht mehr vorhanden ist.

Eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Entwurf bedeutet das Gesetz auch in der Frage des Verhältnisses der Angestelltenvertretung zu den Räten der Handarbeiter. Der Entwurf hatte hier – halb und unentschieden – eine Wahl der Angestellten- und der Arbeiterräte in getrennten Wahlkörpern vorgesehen, aber die Delegierten selbst in einen einheitlichen Betriebsrat vereinigt. Das Gesetz geht noch einen Schritt in der Verschandelung des Rätegedankens weiter: es fügt zu der Trennung der Wahlkörper noch die Zerreißung der Vertretung selbst, indem es besonders, für sich beratende Angestellten- und Arbeiterräte, jeder mit seinem besonderen Aufgabenkreis, vorsieht. Die Einheitlichkeit a l l e r Werktätigen gegenüber dem Unternehmertum ist dadurch, soweit es am Gesetz liegt, zerstört.

Mit den m a t e r i e l l e n Rechten der Räte hat das Gesetz so gut wie ganz aufgeräumt. Es kam der Nationalversammlung nicht darauf an, den Räten irgendwelche Befugnis zu geben. Der Zweck des Gesetzes war für sie in dem Augenblick erreicht, in dem die Arbeitsgemeinschaft zugunsten des Unternehmertums eindeutig festgelegt war. Und das ist geschehen.

Schon der 8 1 errichtet den Geßlerhut, dem die Mehrheitler nach einigem Sträuben die Reverenz erwiesen haben. Während es im ersten Paragraphen des Gesetzentwurfs nur kurz und nüchtern hieß:

„In allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) beschäftigen, sind Betriebsräte zu errichten“, verordnet § 1 des Gesetzes unzweideutig:

„Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten“.

Schlagender als durch diese Gegenüberstellung kann der durch das Gesetz erfochtene Sieg der Unternehmer über die Arbeiterschaft kaum dargetan werden: die Arbeitsgemeinschaft ist von Anbeginn des Gesetzes an festgelegt. Und alles, was das Gesetz sonst noch sagt über die Aufgaben der Räte, ist nur eine Abwandlung des Leitmotivs des § 1: daß sie da sind zur Unterstützung des Arbeitgebers bei der Erfüllung der Betriebszwecke.

In § 66 sind diese einzelnen Aufgaben aufgezählt: die Räte haben die Betriebsleitungen mit Rat zu unterstützen, um für einen möglichst hohen Stand der Produktion, d. h. der Mehrwertrate zu sorgen. Sie haben an [26] der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuarbeiten (zum gleichen Zweck). Sie haben den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren. In dieser Bestimmung liegt der organisierte Uebergang zu dem Antistreikgesetz S c h l i c k e s , mit dem er die Zustimmung der Demokraten zum Gesetz erkauft hat. Im übrigen haben die Räte über Tarifausführungen, Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften zu wachen. Kurz, sie sind aus Werkzeugen der Sozialisierung völlig zu Ausschüssen der wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsbureaukratie in den Betrieben geworden.

Es ist klar, daß in diese societas leonina, in der der eine Partner allein das Recht der gesteigerten Ausbeutung der andere nur die Pflicht der gesteigerten Mehrwerterzeugung hat, das M i t b e s t i m m u n g s r e c h t selbst in der abgeschwächten Form des Regierungsentwurfs nicht mehr paßt. Die Kommission hat denn auch das Mitbestimmungsrecht bei E i n s t e l l u n g e n beseitigt. Geblieben ist allein die Möglichkeit, daß die Räte mit dem Unternehmer „Nichtlinien“ über die Einstellung vereinbaren, Richtlinien, über deren Inhalt das Gesetz sich ausschweigt, die also leerer Wortschall sind. Vom Mitbestimmungsrecht bei K ü n d i g u n g e n ist allein ein befristetes Beschwerderecht an den Schlichtungsausschuß in bestimmten Fällen geblieben. Der Vertrauensmann der Arbeiter, das Verlegenheitsprodukt der Regierung, der bei der Entlassung mitwirken und der dem Unternehmer die nur formale Einschränkung ihrer Herrenrechte schmackhaft machen sollte, ist in der Versenkung verschwunden. Der Unternehmer ist wieder absoluter Herr über das Geschick seiner „Arbeitnehmer“. Selbst wenn die Beschwerde gegen die Kündigung berechtigt ist, ist er nach dem Gesetz nicht mehr verpflichtet, den Arbeiter wieder einzustellen. Er braucht nur eine kleine Geldentschädigung zu zahlen, wenn er die Kündigung aufrechterhalten will. Tatsächlich ist damit der Rechtszustand, der vor

der Erkämpfung des Mitbestimmungsrechts durch die Arbeiter und Angestellten bestanden hat, wieder eingeführt.

Als Aequivalent für diese Minderung ihrer Befugnisse hat die Kommission den Räten das Recht der Teilnahme am Aufsichtsrat und der Bilanzeinsicht gegeben. Doch ist, wie sich von selbst versteht, auch dieses Recht nur ein Scheinrecht. Auch in diesem Punkte hat die Kommission die schüchternen Anläufe der Regierung noch abgeschwächt. Aengstlich beschränkt die Nationalversammlung die Tätigkeit der in den Aufsichtsrat delegierten Arbeiter auf Anträge und Wünsche über das Arbeitnehmerverhältnis und die Organisation des Betriebes, also auf seine Gewerkschaftsfunktionen, während der Regierungsentwurf den Aufsichtsrats-Arbeitern zwar keine Befugnis zur Vertretung der Aktiengesellschaft gegeben, aber im übrigen der so wie so nutzlosen Betätigung der Räte im Aufsichtsrat keine Schranken gesetzt hatte. Und die Bilanzeinsicht ist unter dem Druck des vereinigten Unternehmertums, das in diesem kitzlichen Punkte nicht einmal eine Scheinkonzession machen wollte, geworden zu einer Vorlage der Lohnbücher und derjenigen Rechnungsunterlagen, die jede Erwerbsgesellschaft schon nach dem Handelsgesetzbuch in der Zeitung veröffentlichen muß.

Das Unternehmertum hat so auf der ganzen Linie gesiegt. Die Gewerkschaftler und ihre Regierung haben Position um Position aufgeben müssen, um nur den Schein der Mitwirkung, des Mitdabeiseins zu behalten. Legien hat die konstitutionelle Fabrik verwirklicht, aber sie ist so verwirklicht worden, wie diese Idee allein verwirklicht werden konnte, wenn sie aus der Höhe des schönen Ideals heruntergeholt wurde in das Reich der erdenschweren Praxis: als die Festigung der Unternehmerherrschaft über die [27] Produktion hinter der Kulisse einer Betriebsdemokratie, deren formale Voraussetzungen selbst schon durchlöchert sind.

So entpuppt sich das Rätegesetz, nachdem es die Leidensstationen der parlamentarischen Beratung durchgemacht hat, als eine Spottgeburt von Dreck und ohne Feuer. Mit den Räten des Proletariats haben diese Betriebsräte nach ihrer Metamorphose in der Nationalversammlung nichts mehr gemein.

IV.

Dann kam der 13. Januar: die Beratung des Gesetzes im Plenum der Nationalversammlung, die Demonstration der Berliner Arbeiter vor dem Reichstag mit ihren Folgen, Maschinengewehren und Belagerungszustand. Der Kampf um die Betriebsräte war in der Schlußphase seiner parlamentarischen Periode zu seinem Ausgangspunkt zurückgekehrt, jedoch auf einer anderen, höheren Stufenleiter. Was bisher zeitlich und örtlich auseinandergerissen sich durch Monate hindurch abgespielt hatte, das stieß zeitlich und örtlich auf wenige Stunden, auf einen Platz zusammengedrängt zusammen: der Kampf der Rätebewegung gegen das Parlament, und der Widerstand des Parlaments gegen die Räte.

Das ist die geschichtliche Bedeutung des 13. Januar, die klare objektive Feststellung des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen den Räten und dem Parlament. Aus dem Reiche der theoretischen staatsrechtlichen Konstruktion hat ihn der 13. Januar hineingeführt mitten in die lebendige politische Praxis.

Trotzdem ist die Demonstration nicht geglückt.

Ihr Mißlingen liegt nicht darin, daß sie die Annahme des Gesetzes nicht verhindert hat. Durch eine Demonstration auf der Straße wird sich eine zur Annahme eines Gesetzes von vornherein entschlossene kompakte Regierungsmajorität kaum jemals von ihrer Absicht abbringen lassen. Im Gegenteil ist sogar anzunehmen, daß das Erscheinen der Arbeitermassen vor dem Reichstage, die unerwartete Wucht ihres Auftretens den konterrevolutionären Abwehrblock der Koalitionsparteien in seinem Tun noch bestärkt, Hemmungen und Widerstände beseitigt hat, die in manchen Teilen seiner bürgerlichen Anhänger noch bestanden hatten. –

Das Mißlingen der Demonstration liegt auch nicht in einem Versagen der Massen. Diese waren pünktlich und entschlossen angetreten, als der Ruf an sie ergangen war. Sie ist allein um deswillen mißglückt, weil die politische Führung versagt hat, der die Arbeiter gefolgt waren.

Dieselben Leute, die am 13. Januar 1920 die Berliner Arbeiter aufgerufen haben, haben durch ihre Politik in den Wochen vor diesem Tage selbst alle Voraussetzungen für das Vorwärtstreiben der Bewegung beseitigt. Der Massenprotest konnte nur dadurch das Höchstmaß an Wucht gewinnen, konnte nur dann die Arbeiterschaft mit sich fortreißen und hinaufführen zu einer höheren Stufe ihrer revolutionären Einsicht, wenn er sich nicht beschränkte auf Demonstrationen gegen die Betriebsräte der Regierung, sondern wenn er im Bewußtsein der Massen selbst umgestaltet wurde zu einer Kundgebung für die Räte der Arbeiterklasse im Gegensatz zum Parlament der Bourgeoisie. Die Flamme der Begeisterung, die auflodert im bewußten Eintreten der Massen für ihre eigene große Sache im Angesicht [28] des Feindes, diese Flamme haben die Führer nicht zu entzünden verstanden. Ja, sie haben alles getan, sie schon im Aufglühen zu zertreten. Statt der Rätebewegung einen bestimmten revolutionären Inhalt zu geben; statt die Arbeiter wieder hinter die Berliner Vollversammlung der Arbeiterräte zu führen; statt Neuwahlen und damit die Neubelebung der Räte zu propagieren; statt den geplanten Räten der Regierung die bereits gewählten Räte des Proletariats entgegenzustellen; statt in jedem Betrieb für die Produktionskontrolle durch die Räte sich einzusetzen und so das Bewußtsein der Massen unlöslich zu verknüpfen mit den von ihnen selbst zu erzwingenden Räten, haben die Männer, die am 13. Januar zur Demonstration aufgerufen haben, die Führer des linken Flügels der U. S. P. ihre Zeit hingebracht mit fruchtlosen Organisationsspielereien. Der Umbau der Gewerkschaften in Industrieorganisationen unter mißbräuchlicher Benutzung der Rätebewegung schien ihnen wichtiger als die Revolutionierung der Massen. Ihrer Marotte zuliebe haben sie leichten Herzens den letzten Rest des Räteaufbaues vom 1. November, die Berliner Vollversammlung, gesprengt, haben sie hartnäckig, trunken von ihrer eigenen Weisheit, die Kommunisten von sich gestoßen.

So kamen sie mit leeren Händen zur Demonstration vom 13. Januar. Sie haben die Massen allein gelassen, als sie nach langer Pause zum ersten Mal wieder sich sammelten. Die technischen Mängel bei der Durchführung der Kundgebung sind nur die notwendige Folge dieses politischen Versagens der Führung. Sie wußte dem Wollen der Massen keinen Ausdruck zu geben, weil sie nicht begriffen hatte, daß die Rätebewegung mehr ist als eine Frage der Organisation, daß sie eine Frage ist der Revolution. So blieb der Aufmarsch der Berliner Arbeiter eine Massen-Demonstration, eine gewiß mächtige Heerschau; aber sie wurde nicht das, was sie hätte sein sollen, eine lebendige revolutionäre Tat, eine Massen-Aktion.

Noch kläglicher versagte die p a r l a m e n t a r i s c h e Führung der Unabhängigen am 13. Januar. So wenig wie der linke Flügel der Partei es verstanden hatte, die Bewegung vorzubereiten, sie bewußt zu steigern bis zu ihrem Höhepunkt, der Massenaktion am Entscheidungstage, so wenig hat der rechte Flügel, der die Fraktion beherrscht, es verstanden, die Verbindung herzustellen zwischen dem parlamentarischen Angriff auf das Gesetz und dem außerparlamentarischen Protest der Arbeiter. Die Obstruktion der Unabhängigen konnte bei der von vornherein feststehenden Aussichtslosigkeit eines technischen Erfolges nur dadurch zum politischen Erfolg gestaltet, über das Niveau der Anwendung eines parlamentarischen Mittels um des Parlamentarismus willen herausgehoben werden, wenn diese Obstruktion getragen wurde von den Massen, die vor dem Parlament standen. Und umgekehrt konnte die Demonstration auf der Straße trotz aller Mängel ihres Ursprungs gesteigert werden zur revolutionären Aktion, wenn der Wortführer der Unabhängigen sich zum Wortführer der Massen, zum Ausdruck ihres Willens im Parlament gemacht hätte. Die Obstruktion konnte nur wirksam werden als ein Mittel, das durch die parlamentarische Tätigkeit das Parlament selbst vor die Frage seiner Existenz stellte, in dem Augenblick, in dem die Massen vor dem Reichstage diese Existenzfrage aufgerollt hatten. Es galt, die Verknüpfung zu finden, von der Tätigkeit in der Versammlung zu den Massen vor ihr und von den Massen zurück zur Versammlung. K a r l L i e b k n e c h t hätte diesen Kontakt der lebendigen Wechselwirkung zwischen Massen und Parlament hergestellt. Er hätte die Bühne des Parlaments zur Tribüne der Revolution gemacht. Bei H e n k e fehlte das geistige Band.

[29] Henke stand von Anfang an in der kläglichsten Defensive, als alles darauf ankam, den Gegner mit wuchtigen Streichen anzugreifen. Er appellierte an die Demokratie, als schon die Maschinengewehre Noskes den neuen Belagerungszustand und die Diktatur dieser Demokratie verkündet hatten. Er beteuerte seine Unschuld, als die Schuld seiner Gegner schon vor aller Augen offen lag.

Was die Veranstalter der Demonstration begonnen, die Fraktion ihrer Freunde in der Nationalversammlung hat es vollendet: die geistige Isolierung der Massen, ihre Trennung von dem Sinn des Kampfes, den zu führen sie gerufen worden waren.

Die auf sich gestellten Berliner Arbeiter konnte die Nationalversammlung in leicht erfochtenem Siege gefahrlos auseinander jagen. Ueber den Parlamentarier Henke, der sich selbst der eigenen Kraft beraubt, konnte sie achselzuckend zur Tagesordnung übergehen: zur Annahme des Betriebsrätegesetzes.

Ein großer Aufwand schmählich ward vertan.

Trotzdem bleibt die Bedeutung des Tages vom 13. Januar 1920 als des ersten realen Zusammenstoßes zwischen Parlament und Räten in der deutschen Revolution. Nur darauf kommt es an, daß die Arbeiterklasse sich dieser Bedeutung bewußt wird. Das kann nur geschehen, indem sie sich gleichzeitig klar wird über die Unzulänglichkeit ihrer Führung, die ja nur ein Spiegelbild ist ihrer eigenen mangelnden revolutionären Reife. Dann wird sie auch fähig sein, diese Mängel zu überwinden. Dann wird sie es lernen, nach dem Muster Karl Liebknechts das Parlament revolutionär zu benutzen. Dann wird sie noch nachträglich den Erfolg ernten, der ihr am 13. Januar versagt worden ist.

V.

Mit der Annahme des Betriebsrätegesetzes ist der Kampf des Proletariats um die Betriebsräte noch nicht zu Ende. Nun da das Intermezzo in der Nationalversammlung beendet ist, schlägt es zurück an die Stätte, von der er ausgegangen ist: in die Betriebe.

In dem Augenblick, in dem das Gesetz angewendet, in dem es aus dem toten Buchstaben lebendige Praxis werden soll, muß mit der logischen Konsequenz, die in den Dingen selbst liegt, in jedem Betrieb, in dem nun Räte gewählt werden, der Kampf entbrennen, um ihre Kompetenzen im Rahmen des Gesetzes und über diesen hinaus. Der Klassenfrieden, die Arbeitsgemeinschaft, sind Illusionen. Sie werden nicht verwirklicht durch Verträge der Generalkommission mit dem Unternehmertum, noch durch Gesetzesparagraphen des Staates. Die Harmonievorstellung, die Utopie von der Demokratie im Betriebe zerbricht an der harten Wirklichkeit des täglichen Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit, wie die Vorstellung von der politischen Demokratie zerbrochen wird von der Regel des Ausnahmezustandes.

Für die Arbeiterschaft, die den Kampf aufzunehmen hat gegen das Gesetz, kann es nur darauf ankommen, diese aus dem Klassenkampf selbst sich ergebende, gegen das Gesetz gerichtete Tendenz bewußt zu fördern. Dabei hat sie alle Erfahrungen sich zunutze zu machen, die die fünfzehn Monate Revolution ihr gegeben haben. Und da ist der Haupterfahrungssatz für die, die wirklich kämpfen wollen, nicht abseits zu stehen, sondern mitten hineinzugehen in den Kampf und dort zu sein, wo die Entscheidung fällt.

[30] Dieser Satz, auf den Kampf gegen das Gesetz angewendet, bedeutet, daß die gesamte Arbeiterschaft, vor allem ihre revolutionären Schichten, sich an den Wahlen nach dem Betriebsrätegesetz beteiligen müssen. Durch die hohlen Phrasen einiger sich radikal gebärdender Literaten darf das Proletariat von diesem Wege sich nicht abbringen lassen. Diese Radikalen sind im Grunde genau so quietistisch wie die Sozialpazifisten aus der Schule K a u t s k y s. Hinter ihrer „revolutionären Enthaltsamkeit“ verbirgt sich nur die Unfähigkeit, in der verwirrenden Fülle der durch die Revolution aufgeworfenen wirtschaftlichen und politischen Probleme sich zu orientieren und zu entscheiden.

Durch die Wahlbeteiligung sind weder der Kapitalismus noch das Gesetz anerkannt, so wenig wie der Feind anerkannt wird, dem Todfeindschaft angesagt ist, mit dem aber tatsächlich gekämpft werden muß, wenn das Ansagen der Feindschaft ein praktisches Ergebnis in seiner Niederlage haben soll. Umgekehrt bringt aber die Wahlbeteiligung an und für sich noch keine Machtsteigerung für die Arbeiterschaft mit sich. Sie kann erst dadurch eintreten, daß die gewählten Räte entschlossen den Waffengang aufnehmen, um den Kreis ihrer Aufgaben zu erweitern über das Gesetz hinaus. Zur Aufwerfung der Kompetenzfrage bieten gerade die ängstlich ausgeklügelten Fußangeln, die der Betätigung der Räte im Gesetz gelegt sind, tausendfach Anlaß. Die Schranken, die das Unternehmertum um sich

gezogen hat, können bei geschickter und energischer Tätigkeit der Räte zu unüberwindlichen Angriffsstellungen werden.

Nur darüber muß die Arbeiterschaft bei Beginn dieses Kampfes sich ganz klar sein: die den Räten im Gesetz gegebenen Befugnisse entsprechen dem Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, so wie es zur Zeit der gesetzlichen Festlegung wirklich besteht. Das Gesetz selbst ist das Resultat hartnäckigster Machtkämpfe. Dieses ihr Ergebnis wird durch die Gesetzgebung nur sanktioniert. Die Gewerkschaftsbureaukratie ist in den Kommissionsverhandlungen auf ihrem eigenen Gebiet, der Abgrenzung der Arbeitsgemeinschaft, nur deshalb zurückgewichen, weil die Unternehmer durch Aussperrungen die Arbeiter niedergerungen hatten. Die Versicherungsangestellten haben auf ihr im Mai 1919 erkämpftes Mitbestimmungsrecht nicht deshalb verzichtet, weil das Gesetz gekommen ist, sondern sie haben sich auf das Gesetz zurückziehen müssen, weil sie einen Streik verloren haben. Auch diese Erkenntnis von dem Verhältnis des Gesetzes zu der wirklichen Machtverteilung muß die Arbeiterschaft veranlassen, sich an der Wahl der Räte zu beteiligen. Auch ohne das Gesetz würden heute Räte, die das Proletariat wählen würde, kaum mehr Rechte haben, als die Nationalversammlung ihnen verliehen hat; und nur vom Boden dieser realen Machtverhältnisse aus können sie umgewälzt werden. –

Da freilich, wo die Arbeiterschaft stark genug ist, g e g e n das Gesetz ihre Räte zu wählen, bedeutet schon die Wahl selbst die Konstatierung und Festigung dieser Kraft. Doch wird die Wahl revolutionärer Betriebsräte gegen das Gesetz nur in den seltensten Fällen möglich sein in dem Augenblick, in dem der Staat durch Ausnahmezustand und Aussperrung die Eisenbahner zur Akkordarbeit und zur Preisgabe ihrer bestehenden Betriebsräte gezwungen hat.

Ob nun revolutionäre Räte oder Räte nach dem Gesetz gewählt werden: der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz kann von ihnen nur dann erfolgreich geführt werden, wenn er ein Kampf ist um die Steigerung der Macht des [31] Proletariats, wenn er ein Kamp? ist um bestimmte klare, wirklich durchzusehende Ziele. Ein solches Ziel, um das die Räte sich einsetzen müssen, und dessen Verwirklichung die Arbeitsgemeinschaft und damit das Gesetz sofort zerbricht, ist die P r o d u k t i o n s k o n t r o l l e durch die Betriebsräte; die Produktionskontrolle als Beginn des Kampfes um die Produktionsmittel.

Radikale Tempelhüter verwerfen allerdings auch diese Losung. Für sie ist nach dem Beschluß eines kommunistischen Ortsvereins die Erkämpfung der Produktionskontrolle Reformismus, ein Ablenken vom großen Ziel der Durchsetzung der Rätemacht, eine Anerkennung des Kapitalismus.

Ein so grobes Mißverständnis der Bedingungen des revolutionären Kampfes sollte nach fünfviertel Jahr Revolution kaum noch möglich sein. Die Parole der Produktionskontrolle ist nicht, wie jene Bewahrer der reinen Lehre anzunehmen scheinen, aus dem Hirn irgendeines ruhebedürftigen Literaten entsprungen. Sie ist genau so aus den realen Verhältnissen des Fortgangs der revolutionären Auseinandersetzungen erwachsen, wie die Parole „Alle Macht den Räten“ zu Beginn der Revolution.

Jene Losung vom November 1918 stellte in der ersten Begeisterung der Erhebung das hohe Ziel des Proletariats vor aller Augen sichtbar hin. In jener Losung waren – auf drei Worte gebracht – alle die mannigfaltigen Probleme enthalten, die die Revolution im November auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt hat.

Sache des Proletariats ist es, diese Probleme zu lösen, damit es das letzte Ziel, die Rätemacht, erreicht, indem es sich auf den Weg zu diesem Ziel macht, im revolutionären Kampf entfalten sich durch die Bedingungen des Kampfes selbst, durch die Widerstände, die er auslöst, durch seine ökonomischen und politischen Voraussetzungen und Auswirkungen, durch die Niederlagen und Siege der Arbeiterklasse alle jene Einzelausgaben, über die allein der Ausstieg zur Höhe geht. Die Produktionskontrolle ist nur der erste Schritt auf dem Wege.

Diese Forderung ist entstanden aus der einfachen Tatsache, daß das kapitalistische Unternehmertum von Tag zu Tag unfähiger wird, die Produktion überhaupt noch zu erhalten. Die Arbeiterschaft muß darum selbst Hand anlegen, die Wirtschaft und damit sich selbst zu retten. Der Arbeiter in der Fabrik, der Dreher am Schraubstock, der Heizer am Kessel, der Landarbeiter auf dem Gute: sie alle sollen

ihre Arbeitskraft nur noch hingeben, wenn sie wissen, daß aus ihrer Hände Arbeit neue Güter hervorgehen, die die Hungernden satt machen, die Frierenden kleiden werden. Das durchzusetzen ist nur möglich, wenn die Arbeiter die Produktion kontrollieren, wenn sie durch ihre gewählten Organe, ihre Betriebsräte, die Beschaffung und Verteilung der Roh- und Betriebsstoffe, der Transportmittel, für die notwendigsten Arbeiten regeln. Die Frage der Verwirklichung der Produktionskontrolle ist heute die Frage des Lebens und Sterbens des Proletariats. Es muß sie verwirklichen mit allen wirtschaftlichen und politischen Kampfmitteln. Und die erste Etappe auf dieser Bahn wird die Umgestaltung der Betriebsräte aus den wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaftsausschüssen des Gesetzes zur revolutionären Kontrolle in den Betrieben sein.

Der Kampf um das Veto endete in der französischen Revolution erst dadurch, daß sie dem „Herrn des Veto", dem König den Kopf abschlug. Durch dieses drastische außerparlamentarische Mittel hat sie den modernen Par-[32]lamentarismus begründet. In der proletarischen Revolution geht es nicht mehr um Verfassungs- und Steuerfragen. Es geht um die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse selbst. Der Kampf um das Betriebsrätegesetz ist nur ein kleiner Ausschnitt aus diesem Ringen. Das Proletariat muß durch dieses Gesetz hindurch, um es zu überwinden. Es muß den Kampf weiterführen um s e i n e Betriebsräte und i h r e Aufgaben: Nur so wird es die Rätemacht erringen.

*

Die Politik der Entente.

Von A. M–w.

I.

Seitdem der erste Teil unserer Arbeit geschrieben worden ist, hat sich die Politik der Entente genau in der Richtung entwickelt, die wir voraussahen.

Das wichtigste Ereignis war die englische – der Form nach allgemein-ententistische – Erklärung über den Wunsch, „mit dem russischen Volke direkt" in Handelsverkehr zu treten.

Diese Erklärung bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Bankerotterklärung der gesamten russischen Ententepolitik der vergangenen zwei Jahre.

In der Tat sahen wir, daß dieser Rußlandspolitik zwar äußerlich die einheitliche Linie durchaus fehlt, daß sie aber von dem ausgesprochenen Willen gelenkt war, Sowjet-Rußland als solches zugrunde zu richten.

Nachdem die gegenrevolutionären Heere aller weißgardistischen Generale unter den Schlägen der roten Armee wie Glas zersplittert sind, nachdem die Arbeiterschaft Englands jede Unterstützung der interventionistischen Politik strikte abgelehnt hat, nachdem auf das französische Proletariat als Kanonenfutter bei einer Intervention nicht mehr gerechnet werden konnte, nachdem der ganze asiatische Komplex der englischen „Interessensphären" und Kolonialgebiete in Bewegung geraten ist, nachdem die ungelöste türkische Frage täglich, wie ein drohendes Gespenst zuerst, jetzt aber wie ein höchst Lebendiges, eine Mahnung zur „Beendigung" der ewigen Beratungen geworden ist – nach alledem sieht sich die englische Regierung zu ihrer Erklärung veranlaßt.

Diese Erklärung aber ist zwiespältig und hinterhältig.

Zunächst ist sie sinnlos. Denn wenn „die Entente" erklärt, sie wolle – aus purer Herzensgüte natürlich – mit dem russischen Volke Tauschhandel treiben, aber ihre Politik der Sowjetregierung gegenüber solle hierdurch nicht berührt werden, so mutet das an wie ein Karnevalsscherz.

Erstens hat das Handeltreiben eine Voraussetzung: Aufhebung der Blockade. Gegen wen war die Blockade gerichtet? Nach der „Ideologie" der edlen ententistischen Regierungen einzig und allein gegen die bösen Führer und Verführer des russischen Volkes, die Bolschewisten. Wenn also die Blockade aufgehoben wird, **so wird** de facto die Politik der Sowjetregierung gegenüber geändert.

[33] Zweitens existiert in Rußland keine private Handelsmöglichkeit mit dem Ausland. Das wissen die „Schlauberger" bei der Entente ebensogut wie wir. Sie wollen aber auch nach ihrer Erklärung gar nicht mit Einzelpersonen Handel treiben, sondern mit den Kooperativen.

Weshalb das?

Weil sie hoffen, damit die Sowjet-Regierung zu umgehen.

Eine eitle Hoffnung. Denn selbstverständlich wird die Sowjet-Regierung **jede** Genossenschaft schärfstens kontrollieren **müssen**, die aus Rußland oder nach Rußland hinein Handel treibt.

Diese Erklärung der Entente hat zwei Wurzeln und zwei Zwecke; deshalb eben nannten wir sie hinterhältig und zwiespältig.

Erstens nämlich ist sie veranlaßt durch das schon erwähnte Fiasko der Rußlandspolitik im ganzen.

Zweitens aber ist sie in gerade der benutzten Form geschehen, weil eine – überaus vage – Hoffnung besteht, daß **vielleicht doch**, Gott weiß aus welchem Grunde, die Kooperativen bequemer sein werden, als die so verhaßte Sowjet-Regierung.

Die Zwecke aber sind: den Friedensschluß mit Rußland aufzuschieben und trotzdem ein gutes Geschäft zu machen.

Der letzte Zweck wird sicher erreicht werden.

Rußland ist warenhungrig und hat, wie behauptet wird, große Vorräte an Flachs, Hanf, Holz u. a. aufgestapelt.

Aber dieser Zweck wird sicher nur erreicht werden bei einem schnellen Friedensschluß mit Sowjet-Rußland. Denn die Sowjet-Regierung hat gerade in diesem Augenblick nicht den geringsten Anlaß, der Entente entgegenzukommen.

Daß England das sehr wohl spürt, beweisen mehrere Ereignisse.

Zunächst einmal hat England die Kopenhagener Verhandlungen mit Litwinow weitergeführt, trotzdem der Vertreter der Sowjet-Regierung wenig Geneigtheit zeigt, irgendwelche unnötigen Konzessionen zu machen. Ueber den Gang der Verhandlungen selbst wird die Oeffentlichkeit nur sehr mäßig informiert. Ihre Dauer zeugt aber für ihre Wichtigkeit, und es ist höchst wahrscheinlich, daß sie in förmliche Friedensverhandlungen ausmünden werden.

Zweitens hat England sich dem Friedensschluß zwischen Estland und Rußland nicht entgegengestellt. Dieser Friedensschluß ist bemerkenswert. Die Bestimmungen des Vertrages selbst dürften ephemer sein. Aber die Tatsache, daß Rußland Freihafenanlagen an der estnischen Küste erhält, bedeutet: ein offizielles Aufgeben der renommistischen Drahtverhaupolitik eines Clemenceau.

Clemenceau hat sich an diesem Drahtverhau den Schädel eingerannt. Seine Politik des ewigen Militarismus hat ein klägliches Fiasko erlitten. Nicht nur die russischen Abenteuer Frankreichs mißlangen und verschlangen ungeheures Geld. Auch auf allen übrigen Gebieten der Außenpolitik war Clemenceau unfähig, irgendeine vernünftige Linie zu finden.

Ihm gelang zunächst nicht, ein Finanzabkommen mit England oder Amerika zustande zu bringen, das Frankreich nennenswert helfen könnte. Ihm gelang es ferner nicht, einen modus vivendi mit Deutschland zu finden und man muß sagen: er suchte gar nicht erst nach einem solchen. Ihm gelang [34] es nicht, mit England über die türkische Gesamtfrage und über die syrische Spezialfrage ins Reine zu kommen. Ihm gelang es nicht, die Adriafrage zu regeln. Ihm gelang es nicht, Amerika wenigstens formal bei der Entente zu halten. Und für all diese Mißerfolge büßt er mit einem furchtbaren Durchfall. Er, der bei all seinen Schwächen ein Charakter ist, muß einem modernen Menschen weichen, Paul Deschanel, dem Strohmann der Finanzwelt, der sieben Jahre lang Frankreichs Präsident sein wird.

Diese Wahl hat vielleicht tiefere Bedeutung, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Zwar wird das Ministerium Millerands – sollte es langlebig sein – zunächst die alte „Politik“ verfolgen. Aber daß die „Repräsentanten der Nation“, die Deputierten und Senatoren, den Nationalhelden von gestern, Clemenceau, so schmählich haben durchfallen lassen und an die repräsentativste Stelle Deschanel gesetzt haben, besagt: daß die große Bourgeoisie sehr wohl wittert, die Zeit des wilden Nationalismus sei vorbei.

Zwar wird dieser Nationalismus noch einmal wild aufgepeitscht durch den Auslieferunggrummel. Es handelt sich um eine merkwürdige Prestigefrage bei diesem Auslieferungsbegehren der Entente. Den Wilhelm wird man wohl kaum so heiß nach Ententien ersehnen, als die Ententenoten an Holland vortäuschen wollen. Wilhelm ist so ziemlich allen Menschen auf der Welt – Herrn Professor Dietrich Schäfer und seinen Anhang ausgenommen – gleichgültig geworden, und es ist sehr gut denkbar, daß man ihn nach einigem Notenwechseln in Holland ruhig von seinen (durch Südekum gespendeten) recht ansehnlichen Renten wird leben lassen.

Bei der Auslieferung des Rudels von „Kriegsverbrechern" handelt es sich dagegen um einen „Ehrenpunkt": der wildgewordene Nationalismus verlangt Opfer und Sühnböcke. Auf deutscher Seite weckt das „Schmachbegehren" neue „flammende" nationalistische Proteste, und es ist gut möglich, daß es dieserhalb zu einem kleinen internationalen Konflikt kommt.

Aber all diese kleinen und kleinlichen Intermezzi lenken den Blick unnötig ab von den Kernproblemen der ententistischen Politik. Hier handelt es sich nicht um laute; äußere Ereignisse, sondern um kriechende unterirdische Bewegungen, die zu Explosionen drängen. Ganz Asien ist in Bewegung geraten. Und nicht die Bombenwürfe der englischen Flieger auf die aufständischen Mahsuds in Nordindien sind das wesentliche an der Ententepolitik in diesem Falle, der englischen Politik in Indien, sondern die Möglichkeiten Englands einerseits, der indischen Bewegung andererseits, die abzuwägen heute, in einer flüchtigen Skizze, verfrüht wäre. Wenn ferner heute in Aegypten auf der Straße gekämpft wird, so ist das der Ausdruck einer Bewegung, deren Verästelungen zu verfolgen wir noch nicht in der Lage sind. Selbst Irland, das doch uns räumlich so nahe ist, übersehen wir heute noch nicht genügend.

Um aber zum Verständnis der „Politik" der Entente zu gelangen, müssen wir all die Strömungen und Unterströmungen kennen, die in jenen Ländern fließen. (Es wird also unsere Aufgabe sein, zunächst einen gedrängten, aber möglichst auf neue Angaben gestützten Exkurs über die wirtschaftliche, soziale und politische Lage jener (Gegenden zu machen, die uns für die Politik der Entente interessieren.

All die Probleme, das Vorderasiatische, speziell das türkische, das indische, das chinesisch-japanische, das ägyptische, das irische, werden uns dann in neuem Lichte erscheinen.

[35] Wir werden also unsere Untersuchung teilen müssen und neben der fortlaufenden kritischen Beleuchtung der rein äußerlichen, an der Oberfläche liegenden politischen Ereignisse, die unter der Rubrik „Politik der Entente" weiter erscheinen mögen, eine Reihe von zunächst knappen monographischen Artikeln hinzufügen, die die angedeuteten Fragen berühren.

(Fortsetzung. folgt.)

*

Die Lage der Arbeiterklasse in Deutsch-Oesterreich.

Von K a r l F r a n k .

I.

Die österreichischen Sozialdemokraten werden nicht müde in Versammlungsreden, bei republikanischen Feiern, und in den zahllosen Körperschaften, Räten und Ausschüssen des Landes, in welche sie nach dem Zusammenbruch der Monarchie als führende Partei eingezogen sind, die frohe Botschaft immer wieder zu verkünden, d a ß m a n i m f r e i e s t e n L a n d d e r W e l t l e b e, alle Segnungen der Demokratie genieße, und es mit Gottes und des Stimmzettels Hilfe noch weit, sehr weit bringen würde. Sie sehen mit ihren achtzig Abgeordneten in der rund doppelt starken Nationalversammlung den Weg in das Himmelreich des sozialdemokratischen Zukunftsstaates geebnet, für ihre Minister die Türe offen in das Paradies der reinen sozialen Demokratie.

Sozialpatrioten und Zentrum in Oesterreich, friedlich i n e i n e r P a r t e i vereint und ungespalten, haben gezeigt, daß sie auch entschlossen seien, die politische Freiheit, die „Errungenschaft der Revolution" gegen rechts und links zu verteidigen. Wenn die richtige Gelegenheit gegen rechts bisher fehlte, so ist die demokratische Entschlossenheit gegen links reichlich erprobt worden, nicht nur bei

den Demonstrationen vom 15. Juni, wo auf unserer Seite die ersten Todesopfer der Revolution durch die sozialdemokratische bürgerlich koalierte Staatsgewalt fielen. Wenn auch die österreichischen Menschewiki mit weniger Frivolität die Noskeformel von den kommunistischen Spänen, die dem Wohlbefinden des ganzen Volkes geopfert werden müssen, handhabt wenn auch Oesterreich wirklich – dazu gehört nicht viel – das politisch freieste Land der k a p i t a l i s t i s c h e n Welt darstellen mag, dort kommunistischer Agitation und Werbung, wohl weil sie vorläufig ungefährlich scheint, von der Diktatur der Mitte weniger gehindert wird, als von irgendeiner Regierung sonst (allerhand Schikanen und Verfolgungen nicht gerechnet, besonders unter bürgerlichen Rechtstiteln gegen „Ausländer"), so zeigt doch unser Beispiel in besonderer Klarheit, daß die ganze politische Freiheit eines menschewistisch-bürgerlichen Staatswesens nur bis auf Widerruf gilt, immer, solange man sich nicht d i e Freiheit nimmt, entschlossen kommunistisch zu denken und zu handeln. Und unser Schulbeispiel zeigt ferner, daß gegenwärtig „Ruhe und Ordnung" nur ein System bewaffneter Macht aufrechterhalten kann. Auch [36] die pazifistischen und antiterroristischen Wiener Zentrümler griffen selbstverständlich, als sie ihre Herrschaft bedroht glaubten, zu (demokratischen) Gewaltmitteln und sie werden sich wieder für die Diktatur des Proletariats oder gegen sie, d. h. für die verschleierte Diktatur der Bourgeoisie, zu entscheiden haben. Auf die Dauer gibt es nur die Wahl zwischen Noske–Reinhard oder Lenin–Brussilow, zwischen Béla Kun–Samuely oder Friedrich–Horthy! Daß bisher in Oesterreich eine Entscheidung in völliger Schärfe nicht gefordert wurde, ist aus der besonderen wirtschaftlichen Notlage Oesterreichs, aus der völligen Abhängigkeit Wiens von der Gnade des Auslands und daher auch aus der Müdigkeit, Schlaffheit und Mutlosigkeit der Arbeiterschaft dort zu erklären, welche trotz ihres unsagbaren Elends eher konservativ, wenn nicht reaktionär denn revolutionär gestimmt ist.

II.

Gibt nämlich Oesterreich vor, das politisch freieste Land der Welt zu sein, so ist es gleichzeitig gewiß das wirtschaftlich geschundenste. Die freien österreichischen Arbeiter sind nur frei dazu, die verfluchteste Lohnsklaverei, die denkbar ist, zu ertragen. In ihrer sozialdemokratisch aufgeputzten Republik leben, nein besser sterben sie dahin unter der schrankenlosen Herrlichkeit des siegreichen Ententekapitals und der Ueberreste des einheimischen Plutokratentums. Sie haben den Achtstundentag errungen, man bezahlt ihnen höhere Löhne, gleichzeitig aber steigen die Lebensmittelpreise und fällt der Geldwert in solchem Maße, daß sie dabei verhungern können oder zu Ueberstunden oder irgend einer Nebenbeschäftigung gezwungen sind. Die Demokratie von Oesterreich entpuppt sich als modernisiertes Feudalsystem: Man kann nicht sagen, daß dort vor dem Kriege die Lage der Arbeiterklasse besser war, als in irgendeinem bürgerlichen Staate. Jetzt aber ist sie die schlechteste auf der Welt. Die Löhne sind nicht überall um ein fünf- bis siebenfaches gestiegen, die Preise aber nicht überall n u r um ein zehnfaches, der Schleichhandel raubt das Zwanzig- bis Fünfzigfache des Friedenswertes und dies entspricht nur der gesunkenen Kaufkraft des österreichischen Geldes im Auslande, die Krone, vor dem Krieg mit 105 Schweizer Centimes bezahlt, notierte jetzt in Zürich ganze drei Centimes. Der standard of life eines österreichischen Arbeiters mit seinem „respektablen" Lohne ist zwischen $^{5}/_{10}$ und $^{7}/_{10}$ seines ausgebeuteten Friedenslebens dem Ausland gegenüber noch weit schlechter. Ein qualifizierter Arbeiter mit 500 bis 2000 Kronen Monatslohn erhält heute in Wien gleichviel Geld, wie der amerikanische Tagelöhner in zwei bis drei Tagen, der vierte sozialdemokratische Staatssekretär ebensoviel wie der Schweizer Taglöhner in einer Woche. Unterbeamte, geistige Hilfsarbeiter und Angestellte, aber auch die sogenannten geistigen Arbeiter wie etwa Lehrer, Professoren usw. gehen buchstäblich zugrunde, da sie nicht einmal immer die Löhne der Handarbeiter erreichen und ihre Tradition treibt sie in Scharen in das radikal konterrevolutionäre Lager, welches unter der Parole „gegen die jüdische Regierung" für die Wiederkehr der Monarchie offen wirkt.

Man pflegt im Westen harmlose Gemüter mit Preisen aus Sowjetrußland zu schrecken, wo Brot und Bedarfsartikel, Kleidung usw. im Schleichhandel mit Hunderten von Rubeln bezahlt werden müssen, das menschewistisch bürgerliche Oesterreich leidet, ohne daß in seinem Leib der Teufel Bolschewismus gefahren wäre, die gleiche Krankheit mit [37] einem Unterschied: der russische Arbeiter erhält seine Rationen trotz der weißen Garden, die Rußland belagern, der österreichische nur, wenn ihm die goldene Internationale, der Völkerbund in Genf gnädig einen Brocken schenkt, da er um seine Kronen

nichts, aber auch nichts im Ausland, mit dem er einen demokratischen Frieden geschlossen hat, kaufen kann. Der russische Arbeiter hungert, wenn er hungert, für die Revolution, der österreichische für die satte Gegenrevolution. Die inländische Bauernschaft, die ein christlich-nationales Regime nach Budapester Muster anstrebt, sabotiert und er, der Demokrat, hat kein Mittel gegen sie. Er hat mit ihr die glorreiche „Koalition der Arbeiter, Bürger und Bauern“ geschlossen und um teures Geld bisher aus der Landwirtschaft so viel .herausgepreßt, daß Wien davon gerade acht Tage dürftig leben kann. Nach der Statistik über Friedensernten muß in Oesterreich, auch noch im heutigen zugestutzten Oesterreich, weit über hundertmal mehr vorhanden sein, damit aber werden eher Schweine gefüttert, als rote Arbeiterkinder am Leben erhalten! Und einen zweiten Unterschied: der russische Bourgeois ist so gut wie verschwunden und lebt, wenn er nicht arbeitet, im größten Elend, der österreichische Großbürger mästet sich weiter im Wohlleben und Luxus, vorläufig als strammer Republikaner, als demokratischer Bundesgenosse der österreichischen Menschewiki, die er ob ihrer staatsmännischen Vernunft und Mäßigkeit zu schätzen beginnt.

Alle Folgen der bolschewistischen Sündhaftigkeit zeigt die Wiener Demokratie dem denkenden Proletarier in ihrer wahren Bedingtheit: Terror, Hunger, Arbeitslosigkeit, zerstörte Wirtschaft, sie sind nicht Folgen der proletarischen Diktatur, sondern Ausgeburt des Weltgemetzels um den Profit der kapitalistischen Ausbeutung in ihrer planlosen Verwirrung und der barbarischen Methoden, der Unterdrückung besitzender Schichten gegen die werktätige Menschheit.

III.

Doch werfen die Menschewiki ein, und mit ihnen triumphiert die bürgerliche Presse: Laßt nur die ärgste Zeit vorübergehen, Geduld, Ruhe und Ordnung, wir kommen aus der Krise heraus, schon beginnt unser Wirtschaftsleben sich zu erholen, die Arbeitslosigkeit vor allem fängt an abzunehmen! Die Prophezeiung des Bolschewismus als alleiniges Rettungsmittel hat sich als falsch erwiesen!

Und in der Tat, Oesterreich zeigt eine merkwürdige Erscheinung: trotzdem Rohstoffe fehlen (vor allem Kohle, vom neutschechischen Imperialismus zurückgehalten, ausbleibt), nimmt die Arbeitslosigkeit ab. Deutsch-Oesterreich hatte gegen zweimalhunderttausend Arbeitslose, jetzt ist ihre Zahl auf ungefähr die Hälfte, auf rund neunzigtausend gesunken! **Aber gerade diese Tatsache ist für den sozialistisch geschulten Beobachter der schlagendste Beweis für den Bankrott aller reformistischen Evolutionshoffnungen.** Denn sie bedeutet nicht etwa die Hebung, das Wiederaufleben der sogenannten Volkswirtschaft, ist vielmehr nur der Ausdruck für die völlige Versklavung Oesterreichs. Sie bedeutet den Erfolg der langsamen Uebernahme der österreichischen Produktion durch das ausländische Kapital. Die schönsten Betriebsräte, der vorläufig steigende Einfluß der Gewerkschaften, die ganze Regierungsspielerei im Lande können nichts daran ändern, daß die ungeheure Macht des Weltkapitals Schritt für Schritt des deutsch-österreichischen Sklavenmarktes be-[38]mächtigt. Die Arbeitslosigkeit sinkt, weil kein Arbeiter der Welt sich so billig verkauft – verkaufen muß – wie der österreichische. Der ausländische Kapitalherr erhält nirgends so billig Arbeitskräfte wie in Oesterreich. Niemand wird dem Kapitalisten verdenken, daß er diese Arbeitskräfte ausnützt. Er gibt Aufträge in Fülle. Hätten wir nur Rohmaterial, hätten wir nur Kohle, schon morgen wäre die Arbeitslosigkeit bei uns völlig behoben. Wir sind nicht nur jetzt umgeben von Schiebern, Schleichhändlern, Gaunern aller Länder, die zum großen Ausverkauf sich einfinden. Das Land ist auch der Tummelplatz der kauflüsternen Industrie, die den Sieg ihrer militärischen Exekutive nun unblutig weiter ausbauen. Eine Aktiengesellschaft, ein Betrieb nach dem anderen wird aufgekauft. Heimische Kapitalisten vermeiden die Pleite dadurch, daß sie sich einen stillen Kompagnon besorgen, der über holländische Gulden oder Dollars oder Schweizer Franken verfügt. Diese Entwicklung hat freilich nur begrenzte Möglichkeiten. Sie muß zu einer Konkurrenz ausländischen Industrie- und ausländischen Handelskapitals führen, einer neuen Versteifung der gegenwärtigen Krise, für welche das kapitalistische System keine Lösung kennt und kennen kann. Schon jetzt wehren sich ausländische Industriegruppen und ausländische Firmen gegen die Einfuhr österreichischer (wie auch deutscher) Waren (in Deutschland liegen die Verhältnisse ja ähnlich), wie man aus den Zeitungen täglich entnehmen kann. Die Lage des Ententeproletariats selbst wird durch die Konkurrenz der deutschen Sklavenarbeit sehr verschlechtert. Während man ihm jetzt Sand in die Augen streut und verspricht,

Deutschland und Oesterreich würden die Kriegskosten zahlen und es sich betören läßt, wird es in absehbarer Zeit zur Einsicht kommen, daß diese Länder auf die Dauer nicht zur Verbesserung, wohl aber zur Verelendung der eigenen ökonomischen Lage beitragen. So ist der Friedensvertrag ebenso der Ruin, ja man könnte sagen, e h e r der Ruin der französischen und englischen Proletarier als der deutschen. Vorläufig allerdings tobt in Frankreich noch der Siegestaumel und zur nationalistischen Psychose haben nicht am wenigsten die deutsch-österreichischen Sozialpatrioten beigetragen. Unter Renners Führung pilgerten sie nach Saint Germain und unterschrieben den Vertrag, mit welchem sie fast alle Schulden der alten Monarchie, Kriegs- und vorkriegsschulden, bereitwillig auf sich nehmen. Fünfzig Milliarden Kronen auf eine völlig ausgepowerte Bevölkerung von sechs Millionen Menschen. Wenn man für Lebensmittelkredite jährlich weitere 6 bis 8 Milliarden (so die offizielle Schätzung) rechnet, so entsteht ein konstantes Defizit von rund 10 Milliarden Kronen jährlich im bürgerlich-menschewistischen Staatshaushalte. Dies ergibt eine groteske Schuldnerschaft für den Arbeiter. Selbst wenn die geplante Vermögensabgabe die alten Schulden fast tilgt – sie wird aber so radikal nicht sein dürfen, so freundlich gesinnt ist der österreichische Bourgeois dem sozialdemokratischen Genossen nicht, daß er sich's beschwerlich fallen ließe, aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie überhaupt hintertrieben werden, – so bleiben immer noch sechs bis acht Milliarden jährlich bloß für die nötigste Bedarfsbeschaffung. Das heißt, da man nur mit etwa zwei Millionen Werktätigen rechnen kann, die wirklich Güter produzieren, also Werte schaffen, die getauscht werden können, so hätte jeder dieser Arbeiter jährlich allein bei 4000 Kronen an S t e u e r n zu leisten, das ist gegenwärtig durchschnittlich ein Drittel bis zu einer Hälfte seines vollen Arbeitsertrages. So sieht in Wahrheit die [39] Perspektive in der schönsten Demokratie der Welt aus für den Proletarier. Er gerät durch sie nicht aus dem wirtschaftlichen Absolutismus heraus, sondern immer tiefer in ihn herein. Kein lehrreicheres Beispiel wie Oesterreich mit seiner Elendstadt Wien.

Wien hat im Gemeinderat eine sozialistische Zweidrittel-Majorität, die hilflos ihrem demokratischen Grundprinzip die sozialistische Politik zum Opfer bringen muß. Jeder auch nur bescheidene Reformversuch in Wohnungs- oder Nahrungshilfe für die proletarischen Schichten stößt auf die hartnäckige Opposition der bürgerlichen Minorität und muß aufgegeben werden, weil man die Demokratie nicht verletzen darf. Allerdings wohl auch deshalb, weil für Wien, dem Wasserkopf auf dem Torso des ehemaligen Habsburger Weltreiches, die Lage besonders schwierig ist. Jede selbständige Aktion müßte dort gegenwärtig zum schnellen Ende durch Hunger oder militärische Invasion der konterrevolutionären Nachbarn führen, die proletarische Klasse kann gegenwärtig nur in der Opposition dort eine weltpolitische Situation abwarten, die einen Anschluß an ein geschlossenes revolutionäres Wirtschaftsgebiet in West oder Ost ermöglicht. Sie dürfte aber nichts, wie dies von der Sozialdemokratie geschieht, an einer scheinsozialistischen Regierung führend beteiligt sein und den wahren Gedanken des Sozialismus kompromittieren.

IV.

Die parteiorganisatorisch gut fundierte Sozialdemokratie in Oesterreich fesselt gegenwärtig trotz allem noch immer den größten Teil der Arbeitermasse an sich. Da, wie gesagt, die Ausrufung der Räterepublik in Oesterreich gegenwärtig unmöglich ist, fehlt der kommunistischen Agitation die leichtverständliche Parole. Sie hatte sie zur Zeit der ungarischen und bayrischen Proletarierdiktatur. Damals schoß auch die junge Partei in ungesunder Weise auf. Die Sozialdemokratie verlor täglich an Anhängern, weil sie sich gegen die sozialistische Diktatur stemmte. Es soll und kann hier nicht untersucht werden, ob die kommunistische Auffassung, die Lage wäre reif zur Uebernahme aller Macht gewesen, richtig war, oder die menschewistische, welche erklärte, man hätte zu warten und „Gewehr bei Fuß zu stehen"; auch der radikalste Flügel der Sozialdemokraten vertrat sie, aus Furcht vor einer tschechischen Invasion. Sicher ist jedenfalls, daß man nicht hätte dürfen sich mit dem Bürgertum koalieren und die Hände binden, ein Ministerium aufmachen, wenn man zu schwach war, es ganz zu übernehmen. Und klar ist ferner, daß es Schuld der sozialdemokratischen Erziehung war, wenn Deutsch-Oesterreich nicht reif war zur Diktatur. Sie hat seit ihrem Bestehen ein reformistisches und kein revolutionäres Programm vertreten und gepredigt. Ihr rechter Flügel unter Renner war bürgerlich-reformistisch und wollte eine „Erneuerung Oesterreichs", ihr linker Flügel unter Bauer war

bürgerlich-revolutionär und trat für die nationale Revolution der Tschechen, Ungarn, Südslaven usw. ein, stand aber grundsätzlich auf dem Boden des kapitalistischen Staates. Auch die scheinbar revolutionäre Haltung Friedrich Adlers war nur exaltierter Pazifismus und kein Bolschewismus, wie es sich jetzt durch sein demokratisches Bestreben offen zeigt. Man begrüßte „leidenschaftlich“ die russische Revolution, rückte dann aber ebenso leidenschaftlich ab und besudelte Sowjetungarn und Sowjetrußland, wo es anging, im rosaroten Lager, vor allem, als die Partei-Hegemonie bedroht erschien. Der alte Viktor Adler erklärte [40] sich noch im Krieg gegen das Rätesystem und versprach für sich diese „russische Erfindung“ nicht mitzumachen. Und sein Geist, die ganze reformistische Tradition lähmten die Partei während des Zusammenbruches von Oesterreich-Ungarn. Sie übernahmen mühelos die Führung der Republik und luden „Bürger und Bauern“ zur Mitregierung ein. Nicht die Wirtschaft, nicht das Proletariat – die Sozialdemokratie war nicht reif zur Uebernahme aller Macht. Die kommunistische Opposition war viel zu schwach und zu unorganisiert und scheiterte am Widerstand der verdorbenen Massen.

Gegen den Willen der Regierungspartei bildeten sich später doch ernsthafte Arbeiterräte, die aus dem Januarstreik 1917 übrig gebliebenen waren sozialdemokratische Parteiorgane geworden, in denen die Kommunisten etwa ein Zehntel der Plätze hielten, aber ihre geringe Stärke machte auch diese Arbeiterräte zum willigen Werkzeug der Sozialdemokratie. Besonders der Fall Räteungarns aber und die schon vorher verzweifelten und nicht immer glücklichen Propagandaversuche Ungarns in Wien zum Anschluß, schufen eine geradezu antibolschewistische Hetzstimmung unter den meisten Arbeitern, so daß man sagen kann, sie waren eine Zeitlang die konterrevolutionärste Schicht, soweit sie sozialdemokratisch geführt waren.

Es ist charakteristisch für diese Auchsozialisten, daß sie in die Arbeiterräte die parlamentarischen Unsitten getragen haben, daß sie, meist in einer sicheren Majorität, kommunistische Anträge mit höhnischem Gelächter oder giftig ablehnen. Zu einer Zeit, wo noch ringsum die revolutionäre Welle im Steigen war, getrauten sich manche Bezirksarbeiterräte nicht einfach zu Versammlungszwecken Lokale zu beschlagnahmen, so daß ihre Sitzungen und die Revolution, konnte man sagen, vertagt werden mußte, weil kein Wirt ein Lokal frei hatte. Man hat über die Quatschbude der Nationalversammlung gewitzelt, viel trauriger machten sich die österreichischen Arbeiterräte zumeist. Der Wiener Kreisarbeiterrat hat sich zwar späterhin grundsätzlich für die proletarische Diktatur ausgesprochen, jedoch erst für später, bis die Zeit gekommen sein wird. Für diese braven Spießbürger wird sie nie gekommen sein. Gegenwärtig finden Neuwahlen statt und trotz selbstverständlicher Wahlmachinationen der überstarken Sozialdemokratie scheint der Ausgang für die Kommunisten ein großer Fortschritt zu sein. In Oberösterreich zum Beispiel sind wir von 5 Prozent auf 30 Prozent gestiegen, in einzelnen Provinzorten haben wir sogar die Mehrheit. Bis jetzt ist die Wahl noch nicht abgeschlossen. Da trotz der zunehmenden Reaktion in Regierungskreisen und im Bürgertum die Arbeiterschichten zusehends radikaler werden – es hat sich in der Sozialdemokratie sogar neuerdings eine revolutionäre Arbeitsgemeinschaft gebildet, an der allerdings keine der führenden Größen teilnimmt, diese sind, wie Fritz Adler eben in Leipzig erklärte, auf dem Parteitag der U. S. P., der Ansicht, „daß es gar keine Rechte mehr gibt in der Partei“. (Sie meinen wohl keinen Unterschied mehr zwischen rechts und links, der Ausgleich Renner–Adler ist vollzogen.) Und da die Arbeiterräte nur noch eine Art von Nebenregierung bilden, ist die Frage der Parlamentsabstinenz oder Parlamentsbeteiligung noch keine brennende geworden. Auch die Gewerkschaftsbeteiligung ist noch kein Problem, da sich – mit Ausnahme kleinerer Gegenden im steirischen Erzgebiet – nirgends eine entschiedene Opposition gegen die Gewerkschaften gefunden hat. Mittlerweile fällt [41] der K. P. vor allem Aufklärungsarbeit zu. Langsam muß sich auch in Oesterreich die Lage klären. Die Wiener „Rote Fahne“ erscheint als Tageblatt, in Ober-Oesterreich ist eine kommunistische Wochenzeitung entstanden. Die nächste größte innere politische Aufgabe der K. P. Oe. ist die Organisierung der Landarbeiter gleichzeitig mit dem Industrieproletariat. Denn der österreichische Grundbesitz ist nicht, wie die bürgerliche und sozialdemokratische Theorie behauptet, zumeist kleinerer Mittelbesitz, sondern 76 Prozent allein aller Betriebe sind zwar Kleinbetriebe, sie verfügen aber nur über kaum ein Viertel des fruchtbaren Landes. Wird das ländliche Proletariat jetzt verdummt und größtenteils dem Klerus folgend, erwachen, dann

ist der Sieg der sozialen Revolution auch in Deutsch-Oesterreich näher, er ist dann gewiß, wenn keine konterrevolutionäre Armee mehr das Land bedroht. War zur Zeit Räteungarns der tschechische Imperialismus die größte Drohung, so ist er jetzt gegen das royalistisch-christlich nationale Ungarn, welches die Restauration der Habsburger will, die stärkste Stütze. Diese Verschiebung zeigt, daß nur eine starke, kommunistische Bewegung auf dem Gesamtgebiet des alten Oesterreich-Ungarns auch den deutsch-österreichischen Kommunismus garantiert. Die Mitarbeit bei der Schaffung dieser kommunistischen Föderation ist die nächste, größte außerpolitische Aufgabe der K. P. Oe.

*

Proletarische Diktatur und Terrorismus.

Von Karl Radek.

V.

Das russische Sodom und Gomorra.

Wir wollen mit unbestreitbaren Tatsachen beginnen. In der Zeit vom März bis November 1917 brach die Herrschaft der russischen Bourgeoisie Tag für Tag, Stein um Stein zusammen. Die Bourgeoisie wollte den Krieg weiter führen, die Arbeiter und Bauernmassen wollten ihn beenden, koste es, was es wolle.*)

[42] Die Bauern wollten den feudalen Grund und Boden in Besitz nehmen. Die Bourgeoisie, verbunden mit den Junkern, scheute sich dagegen. Die Arbeiter wollten nicht mehr die Herrschaft der Bourgeoisie ertragen, die das Land ruiniert hatte, und von der sie überzeugt waren, daß sie es nicht aufbauen könne. Alle Gewaltmittel der Bourgeoisie versagten angesichts der proletarisch-bäuerlichen Mehrheit der Armee, der Beherrschung der Industrie- und Regierungszentren durch die Arbeiterklasse. Im November 1917 war die Bourgeoisie fertig. **Was konnten die Marxisten, die Vertreter der Arbeiterklasse in diesem Prozeß des Zerfalls der kapitalistischen Macht tun?** Die Freunde Kautskys, die russischen Menschewiki, die sich für Marxisten halten und von Kautsky als solche geschildert werden, haben in ihrer überwiegenden Mehrheit gesagt: das russische Proletariat ist zu schwach, um die Macht zu über nehmen, es muß mit der Bourgeoisie zusammen gehen, ihre Herrschaft stützen. Und da die Bourgeoisie Rußlands auf den Krieg nicht verzichten wollte, forderten sie vom Proletariat, daß es treu bei der Fahne des Ententekapitals ausharre. Herr Kautsky hat niemals gegen diese Politik angekämpft, er hat in Zereteli den Vertreter des Marxismus gesehen. Die russischen Proletarier und Bauern jagten aber den Kerenski wie den Zereteli zum Teufel. Und die es taten, bildeten die ungeheure Mehrheit des Volkes. **Keine „demokratische“ Regierung der Welt hat**

*) Wenn Herr Kautsky jetzt noch, nach den deutschen Erfahrungen des November 1918, gegen die Bolschewiki die Klage erhebt: „Sie förderten die Auflösung der Armee mit allen Mitteln, unbekümmert darum, ob sie damit der deutschen Militärautokratie Vorschub leisteten oder nicht,“ so klagt er die Bolschewiki nur dessen an, wessen die deutschen Generale seine Partei anklagen: „Wenn diese (die deutsche Militärautokratie) nicht siegte und es daher zur deutschen Revolution kam, waren sie (die Bolschewiki) wahrlich nicht Schuld daran“ – so bedeutet das nur, daß Herr Kautsky den Marschall Foch für den Vater der deutschen Revolution hält. Da dieser alleinige Marxist sich in der deutschen Revolution so wohl fühlt, wie einer, der in eine wilde Prügelei geraten ist, und nur aus Mangel an Mut sie nicht für ein Unglück erklärt, so sehen wir in seiner Behauptung die russische Revolution habe keinen fördernden Einfluß auf den Ausbruch der deutschen gehabt, nur einen rührenden Beweis, daß Herr Kautsky manchmal von christlichen Glauben befallen wird, und sogar die Bolschewiki aus der Hölle zu erlösen sucht. Also, gegrüßt seien Foch und Wilson, die Väter der völkerbefreienden deutschen Revolution und Kautsky, ihr Prophet. Aber Scherz bei Seite. [42] Nachdem Herr Kautsky auf Seite 111 die Unschuld der Bolschewiki in Sachen der deutschen Revolution „festgestellt“ hat, schreibt er auf Seite 153: „**Wie immer man sich zu den bolschewistischen Methoden stellen mag, die Tatsache, daß eine proletarische Regierung in einem Großstaat nicht nur ans Ruder kommen, sondern auch sich durch bisher fast zwei Jahre unter den schwierigsten Bedingungen behaupten konnte, hebt das Kraftgefühl der Proletarier aller Länder ungemein. Für die wirkliche Weltrevolution haben die Bolschewiki dadurch Großes geleistet, weit mehr als durch ihre Emissäre**, die für die proletarische Sache mehr Unheil angerichtet, als revolutionär gewirkt haben“. Sieh da, sich da! Schenken wir Herrn Kautsky den Ausfall gegen die bolschewistischen „Emissäre“, über deren Wirken er sich aus Polizeiberichten orientieren muß, und nageln wir nur das Eingeständnis Herrn Kautskys fest, daß die bolschewistische Herrschaft in Rußland für die wirkliche Weltrevolution Großes geleistet hat. Hält er also die deutsche Revolution für nicht zugehörig zur „wirklichen Weltrevolution“? Dieser Widerspruch erklärt sich dadurch, daß ein kurzes Gedächtnis ebenso zur Genialität gehört wie grimmige Böswilligkeit.

jemals so geschlossene Massen hinter sich gehabt, als die Bolschewiki in der Zeit von November 1917 bis März 1918. Kein Historiker wird es leugnen können, daß die Bolschewiki zur Macht kamen, getragen von einer ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung. Der entgegengesetzte Eindruck wurde hervorgerufen einerseits durch die Tatsache, daß die kleine Schicht der Bourgeoisie und Intelligenz die gesamte Presse beherrschte, andererseits durch die Tatsache, daß dank dem Fehlen eines entsprechenden politischen Apparates im Dorfe, der Unfähigkeit der Bauern, ihren Willen in artikulierten Lauten auszudrücken, die Konstituante das Bild der wirtlichen Verhältnisse verfälschte. Was es aber bedeutet, daß die Bolschewiki nach dem Zerfall der alten, vor der Bildung der roten Armee, fast ohne bewaffnete Gewalt, sich im Februar und März 1918 hielten, daß die Auflösung der Konstituante nirgends irgend eine Bewegung gegen die [43] Bolschewiki auslöste, wird nur dem klar sein, der bedenkt, daß sie die Macht als Vertreter der entschiedenen Mehrheit der Volksmassen übernommen haben.

Die Macht war also durch einen spontanen historischen Prozeß, der die Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer menschewikischen Helfer zerbrach, an die Bauern und Proletarier gefallen. Die Bauern hatten keine Parteivertretung. (Die Linken S. R. wollten es sein, waren es aber nicht. Sie stellten einen Teil der Intellektuellen dar, die wenig im Bauerntum wurzelten.) Das Proletariat, das die Verkehrswege, die Städte beherrschte, in den Gewerkschaften, in den Räten, in der bolschewistischen Partei Herrschaftsorgane besaß, war politisch Herr der Lage. Was sollte es tun? Herr Kautsky, der der Machtergreifung des russischen Proletariats feindlich gegenüberstand, – er verschweigt dies in seinem Buch –, nimmt diese Tatsache als gegeben an und gibt dem russischen Proletariat folgenden Rat:

„Keine Klasse verzichtet freiwillig auf die Macht, die sie erringt, welches immer die Umstände sein mögen, die sie ans Ruder bringt. Es wäre töricht von dem russischen oder ungarischen Proletariat, einen derartigen Verzicht wegen der Rückständigkeit der Länder zu fordern. Aber **eine im wahrhaft marxistischen Geiste geführte sozialistische Partei würde die jeweiligen Aufgaben, die sie dem siegreichen Proletariat stellt, den materiellen und psychischen Bedingungen anpassen, die sie vorfindet, würde nicht ohne weiteres die sofortige Vollsozialisierung in einem Lande unentwickelter kapitalistischer Produktion, wie Rußland, fordern.“** (S. 106.) Es ist sehr gnädig von Kautsky, daß er eingesehen hat, daß das russische Proletariat auf die Macht nicht verzichten konnte. Seine vorjährige Broschüre über „Demokratie und Diktatur“ mündete in den Rat aus, das „russische Proletariat solle die Demokratie wiederherstellen“. Seit dem Erscheinen dieser Broschüre ist über ein Jahr ins Land gegangen und der Krieg der Entente und der russischen Konterrevolution scheint Herrn Kautsky belehrt zu haben, daß, falls die Sowjetdiktatur fällt, an ihre Stelle die Diktatur der ententistischen Konterrevolution mit den zaristischen Generälen an der Spitze treten würde. Davon ausgehend sagt er: ihr seid zur Macht gelangt, nun hole euch der Teufel, es ist nicht auf demokratischem Wege geschehen; nun, wo es einmal Tatsache ist, nützt die Gewalt vernünftig aus: paßt euch den Bedingungen an, macht keine unimöglichen Sprünge, laßt von der „Vollsozialisation“, die in einem kapitalistisch so unentwickelten Lande unmöglich ist.

Was ist die „V o l l s o z i a l i s a t i o n“? Wenn das Wort irgendwelche Bedeutung hat, so kann es nur die sein der sofortigen Ueberführung aller Produktionsmittel in den Besitz und unter die Leitung der Gesellschaft, der Versuch, mit einem Schlage den Kapitalismus abzuschaffen. **Es verrät eine vollkommene Unkenntnis des wirklichen Entwicklungsganges der russischen Revolution, wenn jemand behauptet, die Kommunistische Partei hätte eine solche „Vollsozialisierung“ programmatisch gefordert und die Arbeiterregierung Rußlands hätte sich aus doktrinären Gründen zu verwirklichen gesucht.** Die Kommunistische Partei hat während der Kerenski-Periode für die Kontrolle der Industrie durch Betriebsräte gekämpft, eben in der Erkenntnis, daß das Proletariat Einblick in die Leitung gewinnen, sie zu handhaben lernen muß, um allmählich die Industrie leiten zu können. Wenn Kautsky sagt: „So [44] muß das Proletariat vorher Eigenschaften erworben haben, die es zur Leitung der Produktion befähigen, wenn es diese übernehmen soll“ (S. 117), so ist dies eine ganz simplizistische, schulmeisterliche Auffassung eines sehr komplizierten Prozesses. Natürlich kann man eine Sache nicht leiten, die man nicht versteht. In der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht nur die Masse der manuellen Fabrikarbeiter, sondern sogar die der geistigen Proletarier (Techniker, Ingenieure) bar der Fähigkeit zur Leitung der Industrie. Sie sind alle Teilarbeiter, Räderchen in einem

komplizierten Mechanismus. Die Leitung liegt in den Händen von ein paar Direktoren, die ihre Geheimnisse (Markt-, Kreditverhältnisse) aufs sorgfältigste hüten. Solange das Kapital herrscht, sucht er das Proletariat mit allen Mitteln von der Leitung der Produktion auszuschließen. Kommt aber das Proletariat zur Macht, bar der Fähigkeit der Leitung der Industrie, so steht es vor der Notwendigkeit, sie zu leiten. Nicht nur weil der Kampf um die Macht in ihm den Willen zur Uebernahme der eigenen Geschicke in die eigenen Hände erzeugt hat, sondern weil im Kampfe um die Macht die Kapitalisten die Industrie mit allen Mitteln schädigen, sabotieren, um so die Lage des Proletariats zu erschweren. Wie aus dieser Lage herauskommen?

Die Kautsky, Hilferding, Bauer glaubten den Weg gefunden zu haben, indem sie in gelehrten Kommissionen, in denen kein einziger Proletarier saß, die „Sozialisierungsfragen" studierten. Da sollte zuerst mit den Kapitalvertretern und gelehrten Professoren nach der Reihe untersucht werden, wie man die Kohle und die Heringe nacheinander sozialisiert, ohne das „die Produktion" dabei leidet. Da kamen sie zur Ueberzeugung, man müsse vorerst den Kapitalisten den Anlaß zur Sabotage und zum Bürgerkrieg nehmen, indem man sie schön entschädigt. Später, wenn die Sache klappt, kann man ihnen doch diese Entschädigung langsam wegsteuern. Gleichzeitig mit der allmählichen Verstaatlichung der am meisten konzentrierten, am leichtesten lenkbaren Betriebe, sollte ihre Leitung aus einer rein privatkapitalistischen eine gemischte werden, neben den Kapitalisten sollte in ihr der Staat, die Konsumenten und die Arbeiter vertreten sein, wodurch zwei Ziele erreicht werden: die Arbeiter gewinnen langsam Einblick in die Leitung und die Kontinuität der Produktion wird gesichert. Dies ist der Standpunkt, von dem aus Kautsky die Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung kritisiert.

Bevor wir die russische Entwicklung schildern, fragen wir: hat sich dieser Standpunkt in Deutschland und Deutsch-Oesterreich bewährt? Der Karpfen liebt es, in Sahne gebraten zu werden, heißt es in Kochbüchern, und Kautsky u. Co. waren überzeugt, die Bourgeoisie liebe es, allmählich expropriiert zu werden. Sie mußten sich überzeugen, daß die Bourgeoisie es vorsieht, überhaupt nicht expropriiert zu werden. Sie ließ Herrn Kautsky mit anderen Professoren in Berlin, Herrn Bauer in Wien die Frage „studieren", inzwischen baute sie ihre im November erschütterte Macht aus, womit die Geschichte der Sozialisierung besiegelt war. Wenn die Regierung jetzt in dem Entwurf ihres Betriebs-Rätegesetzes den Vertretern der Arbeiter im Aufsichtsrat einen Sitz verleihen will, – dagegen laufen die Industriellen Sturm und die Geschicke der Regierungsvorschläge sind noch nicht entschieden, – so ist das eine Dekoration: nicht in gelegentlicher E i n s i c h t n a h m e, in die „Papiere" des Unternehmens, sondern in täglicher T e i l n a h m e an der Leitung der Unternehmungen können die Arbeiter die Bedingungen und [45] Aufgaben dieser Leitung kennen lernen. Somit ist gesagt, daß das Kautskysche Mittel, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, eine Utopie ist. Die wirkliche Entwicklung, wie sie in Rußland vor sich ging und in den Grundlinien auch an anderen Ländern sich wiederholen wird, macht es dem Proletariat nicht so leicht, die Leitung der Produktion zu erlernen, und gestaltet den Prozeß des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus viel schmerzvoller.

Wie ging er in Rußland vor sich?

Die Arbeiter forderten die Kontrolle der Industrie durch Betriebsräte. Sie taten dies nicht aus doktrinären Gründen, nur unter dem Einfluß der kommunistischen Propaganda, sondern unter dem Druck der Notwendigkeit. Die Kapitalisten wollten oft die Fabriken schließen, da die gesteigerten Preise der Rohstoffe, Maschinen, Arbeitskraft ihre Kriegsgewinne bedrohten: es war rentabler, die Kriegsgewinne zu retten und die Industrie einstweilen lahmzulegen. In anderen Fallen legten die Kapitalisten die Produktion vorübergehend lahm, um die Arbeiter zu nötigen, ihre Forderungen zu mindern. In anderen wieder, weil sie wirklich die Rohstoffe nicht auftreiben konnten. In allen diesen Fällen suchten die Arbeiter sich vor der Arbeitslosigkeit zu retten, indem sie stürmisch die Kontrolle der Industrie forderten, um zu sehen, ob die Einstellung der Produktion unumgänglich sei, ob sie sich nicht vermeiden ließe, ob die Forderungen der Arbeiterklasse unerfüllbar seien usw. Die Kontrolle der Produktion wurde in verschiedenen Orten Rußlands in verschiedenem Maße erfochten, überall war sie Gegenstand harten Kampfes und vielerorts mußten die Arbeiter die Fabrikherren, die Direktoren auf Karren aus der Fabrik hinausführen, um sich überhaupt Zutritt zum Kontor zu erkämpfen. Daß in diesem Stadium der Entwicklung nicht die allgemeinen Interessen der Gesellschaft, nicht die der

gesamten Arbeiterschaft in den Vordergrund traten, daß die Arbeiter jeder Fabrik um ihr Gruppeninteresse kämpften, daß bei diesem Kampf große Werte zugrunde gingen, ist klar. Wenn nun Kautsky in seiner Broschüre über „Demokratie und Diktatur“ Lenin belehren zu müssen glaubte, daß die Besitznahme einzelner Fabriken durch die Arbeiter dieser Fabriken kein Sozialismus sei, so zeigt dies nur den Stumpfsinn des Herrn Professors. Solange es kein Organ gibt, das die Interessen des Proletariats im ganzen vertritt, solange sich erst Kampforgane einzelner proletarischer Gruppen zu bilden beginnen, kann der Charakter dieses Kampfes nicht allgemein sein. Ebenso ist die Vernichtung von Werten unumgänglich, da jede Arbeitergruppe sich in ihrer Fabrik durchzusetzen versucht. Mit dem Ringen jeder Gruppe der Proletarier mit ihren Ausbeutern im besonderen, mit den individualistischen Tendenzen, die eigene Ausbeutung zu mildern, der Not zu entgehen, hatte die Sowjetregierung, als sie im November 1917 zur Macht gelangte, zu tun. Was mußte sie in dieser Situation tun, vor welchen Aufgaben stand sie?

Vorerst stand sie vor der Gefahr, daß die Kapitalisten versuchen würden, zu retten, was zu retten ist, indem sie ihre Bankguthaben abhoben, die Warenvorräte an die Spekulanten verschoben. Da galt es, die Banken in die Hand zu nehmen, die Fabriken samt ihren Vorräten als Eigentum der Nation zu erklären und den Betriebsräten ihre Kontrolle zu übergeben. Dann galt es zu verhüten, daß die Arbeiter einzelner Fabriken zu ihren Gunsten die Rohmaterialien und Produktenvorräte verkauften. Das konnte nur erreicht werden, indem anstelle der [46] Kontrolle der e i n z e l n e n Fabriken durch e i n z e l n e Betriebsräte a l l g e m e i n e proletarische Kontrollorgane gebildet wurden. Zum Schluß galt es, mit allen Mitteln nicht nur die Weiterführung der Produktion überhaupt, sondern ihre Leitung im Interesse der Gesamtheit, d. h. die Produktion dessen, was der Gesellschaft notwendig war, einzuleiten. Kautsky hat nicht den geringsten Begriff von der kolossalen Arbeit, die auf diesem Gebiete geleistet worden ist seit dem ersten Tage der Novemberrevolution, obwohl der Kampf um den Frieden, die deutschen Angriffe, der Kampf mit den sofort einsetzenden Versuchen der militärischen Konterrevolution, die spontane Demobilisation, der Aufbau der primitivsten Machtorgane des Staates das Proletariat und seine Partei vor Aufgaben stellte, von denen so ein an seine Gelehrtenruhe mit den geordneten Bücherschränken gewohnter Professor keine Ahnung hat. Aber aus der Rede Lenins über die Aufgaben der Sowjetmacht, die im A p r i l 1 9 1 8 erschienen ist, im f ü n f t e n Monat der Revolution, kann jeder denkende Mensch erkennen, daß es sich hier nicht um die aus dem Finger gesaugten Reflexionen eines Olympiers handelt, sondern um die Stellungnahme eines großen proletarischen Führers zu Fragen, mit denen praktisch ganz Sowjetrußland schon damals, in den ersten Revolutionswochen, rang. Die Broschüre Lenins ist durch und durch polemisch. Sie richtet sich gegen den sich damals um die Zeitschrift „Kommunist“, die in Moskau unter Leitung Bucharins, Radeks, Ossinskis, Lomows und Smirnows erschien, gruppierenden linken Flügel der Kommunistischen Partei Rußlands. Die gesamte Partei war sich darüber einig, daß die Frage der Organisation der Produktion die ausschlaggebende innere Frage der Revolution ist. Beide Flügel waren sich darüber einig, was Kautsky jetzt den Kommunisten als funkelneue Einsicht serviert, daß „ohne Mitwirkung der Intelligenz der Sozialismus auf der heutigen Stufe der Produktion undurchführbar ist. (S. 127.) Niemals haben die russischen Kommunisten den Arbeitern eingeredet, sie könnten ohne Fachwissen die Produktion leiten oder sie könnten dieses Fachwissen so schnell erobern, daß sie auf das geistige Kapital der Gesellschaft, auf die Intellektuellen verzichten können.“ Wären sie dieser Meinung gewesen, so würden sie sich doch gar nicht um die Sabotage der kleinbürgerlichen Intellektuellen gekümmert haben.

Die Gegensätze lagen auf ganz anderem Gebiete. Lenin ging von der Auffassung aus, daß mit der Besiegung Kaledins die Periode des konterrevolutionären offenen Widerstandes der Bourgeoisie beendet sei, daß man anfangen könne, ihre besten bewährten Kräfte als Leiter der Industrie zu kaufen, um mit ihrer Hilfe die Produktion zu erweitern. „Wir Kommunisten und die Arbeiterklasse haben niemals Fabriken geleitet, wir müssen das erst lernen und können es nur bei den Trustherren lernen. Wenn wir ihnen Lehrgeld dafür bezahlen, so werden wir das tausendfach zurückerhalten,“ erklärte Lenin. Und seine Erklärungen waren nur der äußere Ausdruck von ernsten Verhandlungen mit einer Reihe führender Industrieller über die Bildung großer gemischter Betriebe im Ural, an deren Ertrag die Industriellen beteiligt werden sollten, deren Leitung in den Händen der Industriellen, der Staats-

und Arbeitervertretung liegen sollte. Alle funkelnagelneuen Klugheiten Kautskys waren somit den Kommunisten Rußlands bekannt und auch der linke Flügel der kommunistischen Partei hielt diese Versuche Lenins für keinen Verstoß gegen die Prinzipien, **niemand war der Meinung, der** [47] **Kommunismus müsse auf einen Anhieb durchgeführt, in der kommunistischen Gesellschaft könnten die kapitalistischen Elemente sofort beseitigt werden.** Der von Lenin vorgeschlagene Weg war wohl prinzipiell gangbar, aber die linken Kommunisten hielten den Plan für praktisch unausführbar. Sie wiesen darauf hin, daß es unrichtig sei, anzunehmen, der offene Widerstand der Konterrevolution sei schon ein für allemal besiegt. Hat aber die Bourgeoisie diesen Widerstand nicht aufgegeben, so sei es unmöglich, ihre Führer an die Arbeit heranzuziehen, auch wenn man ihnen in der Uebergangszeit ökonomische Zugeständnisse mache. Entweder werden sie überhaupt die Mitarbeit mit der Sowjetregierung ablehnen, in der Hoffnung auf ihren baldigen Fall unter dem Drucke der europäischen Konterrevolution, mit dem Willen, diesen Fall zu beschleunigen, oder sie werden zum Schein ein Kompromiß mit der Sowjetregierung schließen, um die ihnen eingeräumten Positionen als Bastionen gegen die Arbeiterrevolution auszubauen. Die linken Kommunisten stimmten dagegen vollkommen mit Lenin überein im Bestreben, die Kopfarbeiter, Ingenieure, Techniker usw. möglichst gut zu stellen, um die Mitarbeit dieser nicht materiell konterrevolutionären Elemente zu gewinnen.

Die Geschichte, die Lenins auswärtige Politik die Politik des Ausweichens vor einem sofortigen Zusammenstoß mit dem deutschen Imperialismus mit Erfolg gekrönt hat, hat gezeigt, daß sein Versuch, die Produktion durch Heranziehung von Kapitalisten zu fördern, damals undurchführbar war. Die Atempause, die seine auswärtige Politik der Revolution gewährte, die ihr erlaubt hat, sich zu organisieren, war gleichzeitig auch die Atempause für die Konterrevolution, die sich unter den Fittichen des deutschen Imperialismus in der Ukraine, unter dem Schutz der Entente in Sibirien zu immer energischeren Angriffen auf Sowjetrußland organisierte. Statt mit den Matadoren des Kapitals Kompromisse zu schließen zur Hebung der Industrie, mußte der proletarische Staat sie mit allen Mitteln des Terrors bekämpfen, um die Macht der Arbeiterklasse, diese fundamentale Vorbedingung jeder Sozialisierung zu schützen. Aber damit waren auch die Wege der Sozialisierungsmethoden durch harte Tatsachen, durch harte Notwendigkeiten gegeben, vorgezeichnet, unabhängig von abstrakten Kombinationen.

Sowjetrußland war im Kriege, abgeschnitten von den Erzen und Kohlen des Donetzbeckens und Kaukasus, von dem Nafta Bakus, seit dem tschechoslowakischen Aufstande von den Metallen des Urals, von der Baumwolle Taschkents. Diese Lage erforderte das Zusammenraffen jedes Atoms der notwendigen Rohstoffe, jeder Maschine. Da galt es, sofort Fabriken, die nicht vollarbeiten konnten, stillzulegen, ihre Maschinen und Rohstofflager abzugeben an Betriebe, die vollbeschäftigt werden konnten, da galt es, die Produktion jeder entbehrlichen, ja sogar vieler notwendigen Produkte einzustellen und die Industrie in den Dienst der Verteidigung der Revolution zu stellen. Alle Großbetriebe mußten straff in den Händen des proletarischen Staates zentralisiert werden. **Die „Vollsozialisierung" – mit Ausnahme des Handwerkes usw. – war kein Resultat der kommunistischen Doktrin, sie war Resultat des Verteidigungskrieges der Revolution.**

Das schrieb auch neue Wege auf dem Gebiete der Leitung der Industrie vor. Die russischen Arbeiter haben in den vielen Monaten der Revolution wirtschaftlich sehr viel gelernt. Die bürgerlichen Korrespon-[48]denten, die durchwegs Feinde des Sozialismus sind, die verschiedenen Olbergs, die unter der Maske der bekehrten Freunde sich in die Sowjetangelegenheiten einschlichen, um nach ein paar Wochen unter der Maske der Objektivität ihre „Lebensbilder" aus Sowjetrußland verhökern zu können, haben natürlich keinen Begriff von der Arbeit, die unter den ungünstigsten Bedingungen von dem unerfahrenen russischen Proletariat geleistet worden ist. Wer sich gegen diese Behauptungen auf die Reden der Sowjetführe, auf die Artikel der Sowjetpresse beruft, der vergißt den Zweck und das Ziel dieser pessimistischen Schilderungen, die die Sowjetpresse bringt. Sowjetrußland kämpft einen Kampf auf Leben und Tod. Es kann siegen nur, wenn es alle Kräfte anstrengt, wenn es sich allen Gewalten zum Trutz erhält. Da müssen die Führer, da muß die Presse jede Schwäche der Organismus denunzieren, um zu neuen Anstrengungen aufzufordern. Selbst wo das Versagen Resultat objektiver Hindernisse, Schwierigkeiten ist, gilt es das „Trotz alledem!" der Masse zuzurufen. Während die

bürgerliche und sozialdemokratische Presse Deutschlands jede Korruption des Staatsorganismus zu verdecken, zu verschweigen sucht, stellt die Sowjetpresse die Schwächen der eigenen Staatsmaschine rücksichtslos bloß. Funktionäre der Sowjets werden in ihr rücksichtslos angegriffen, Schwächen der eigenen Staatsmaschine rücksichtslos bloßgestellt, aber auch bei jedem Versagen die Arbeitermassen. Trotzdem hatte O s i n s k i , einer der besten Kenner der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung vollkommen Recht, wenn er vor einem Jahre darauf hinwies, daß die Produktivität der Arbeit in erster Linie von objektiven Umständen abhängt und Resultat eines kontinuierlichen Arbeitsprozesses ist. Wo die Arbeit immerfort durch Mangel an Rohstoffen, durch Mangel an Kohle unterbrochen wird, fällt die Produktivität pro Stunde und Kopf gerechnet. Dazu kommt die Tatsache, daß die Masse dauernd unterernährt ist und unterernährt sein muß, da man in erster Linie für die Kriegsbedürfnisse produzieren muß, dagegen für den Austausch der Industriewaren gegen Lebensmittel nur zu einem geringen Teile produzieren kann. Schließlich sind die energischsten Proletarier, die die Leitung der Produktion erlernten, an der Front, sie sind die Seele der roten Armee. In dieser Lage erlauben die Zustände nicht zu warten, bis sich allmählich die Fähigkeiten des Proletariats zur Leitung der Industrie entwickeln. Es muß in diesen Prozeß der Erstarkung der kollektiven Selbständigkeit, des kollektiven Verantwortlichkeitsgefühls schroff, rauh eingegriffen werden, es müssen die intelligentesten, manuellen wie physischen Arbeiter oft mit diktatorischen Gewalten ausgestattet werden. Die Kautskys sehen darin einen Bankrott des Kommunismus, ein Aufgeben des Rätegedankens. In Wirklichkeit sind diese vorübergehenden diktatorischen Eingriffe ein Resultat des Krieges, der der Räteverfassung nicht erlaubt, ihre Kinderschwächen zu überwinden, die Erstarkung der Selbständigkeit der Masse abzuwarten. Und diese diktatorischen Eingriffe führen zur Ueberwindung von Stockungen nur darum, weil hinter ihnen die Räte stehen, die das Vertrauen der Masse haben, die ihnen den Sinn, die Notwendigkeit solcher Maßregeln zeigen.

Diese Schilderung der inneren Entwicklung der russischen Sowjetrepublik zeigt die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, nicht nur dank der Jugend des ruffischen Proletariats, nicht nur dank dem überwiegend agrarischen Charakter Rußlands, sondern in erster Linie dank der Tatsache, daß die russische Revolution zum Ausbruch kam, bevor sich [49] das Proletariat der kapitalistischen Länder erhob. Sie hatte nicht nur mit der eigenen Konterrevolution zu ringen, sondern auch mit dem Weltkapital, das sie erst zu unterdrücken versuchte, um von neuem das russische Kanonenfutter zur Verfügung zu bekommen, das sie jetzt zu zerstampfen sucht, um den Herd der Weltrevolution auszulöschen. Der Anprall der konterrevolutionären Armeen des Weltkapitals, die Komplotte, die es auf russischem Boden schmiedete, die Hilfe, die es dem russischen Kapital immer von neuem wieder zukommen läßt, und die ihm immer wieder die Hoffnung auf den Sieg über die russische Arbeiterklasse auferstehen läßt: Dies alles mußte den Charakter der Kämpfe der russischen Revolution ungeheuer verschärfen. Als die russische Arbeiterklasse zur Macht gelangte, suchte sie alle Grausamkeiten zu vermeiden, trotz all der wilden Verfolgung, die sie unter dem Kerenskiregime erlitten hatte. Revolutionäre Arbeiter deckten mit eigenem Körper die verhafteten Minister Kerenskis, sie gaben den konterrevolutionären Generalen Pardon; denn geschult durch die Kommunistische Partei, verstanden sie, daß es sich bei der proletarischen Revolution nicht um die Wegräumung von einzelnen Personen, sondern um die Aenderung der sozialen Verhältnisse handelt. Wenn Taten wilder Vergeltung vorkamen, so waren sie das Werk der in Soldatenuniform gekleideten Bauernmassen, nicht aber der organisierten Arbeiter. Mit Ausnahme der Kämpfe in Moskau vollzog sich die Oktoberrevolution fast friedlich.

Der politische Terror setzte im vollen Umfange ein, als die russische Bourgeoisie unter dem Schutze der deutschen Bajonette in der Ukraine mit Feuer und Schwert gegen die Arbeiter vorzugehen begann, als sie sich im Frühjahr 1918 in **Zentralrußland hinter die deutsche Regierung versteckte** und mit Hilfe ihrer Beamten wichtige Teile des verarmten russischen Volksvermögens nach Deutschland zu verschieben suchte, als sie mit e**nglischem und französischen Gelde die Komplotte** zu schmieden begann, Attentate gegen die Führer des russischen Proletariats organisierte und schließlich ganze Armeen aus Söldlingen in Sibirien und im Kaukasus gegen Sowjetrußland auszurüsten begann. Es ist hier nicht der Platz, all die Einzelheiten über den wilden Terror der Weißen zu wiederholen, die man in dem Bericht Joshua Rossetts, des Vertreters des amerikanischen roten

Kreuzes in Sibirien, nachlesen kann. Kautsky erklärt: wenn die Führer der Konterrevolution zu terroristischen Mitteln greifen, so sind sie sich selbst getreu, „weil ihnen Menschenleben so wohlfeil, als bloßes Mittel für ihre eigenen Machtzwecke gilt". „Die anderen verletzen nicht ihre Grundsätze, wenn sie Menschenleben willkürlich opfern, um sich an der Macht zu behaupten, **die Bolschewiki können es nur tun, wenn sie den Grundsätzen von der Heiligkeit des Menschenlebens untreu werden, die sie selbst verkündet haben, durch die sie selbst erhoben und gerechtfertigt wurden.**" (S. 139.) Mit dem Meister wiederholt jetzt Herr H i l f e r d i n g , der Junior-Partner der Firma „Kastrierter Marxismus", der Terrorismus sei a b s o l u t u n s i t t l i c h und der brave Georg Ledebour tobt mit Schaume am Munde gegen die Unsittlichkeit des bolschewistischen Terrors. Georg Ledebour kann zu seiner Verteidigung sich darauf berufen, daß er während der Kerenskiepoche mit großer Energie auf der Stockholmer Konferenz, der Zimmerwalder Dritten, gegen den Terrorismus der Kerenskiregierung auftrat. Die Herren Kautsky und Co. können sogar die humanitäre Konfusion für sich nicht als Milderungsgrund in Anspruch nehmen. Sie haben ge-[50]schwiegen, als im Interesse des Ententekapitals russische Soldaten, Bauern und Arbeiter mit den Mitteln des wildesten Terrors in den Kampf getrieben worden sind. Sie haben geschwiegen, als die Kerenskiregierung die revolutionären Bauern, die sich organisierten, um die Großgrundbesitzer zu enteignen, in Gefängnisse warf, als sie gegen die Bauern Strafexpeditionen zur Verteidigung der Junker ins Land sandte, als sie tausende von Arbeitern in der schärfsten Weise wegen bolschewistischer Propaganda verfolgen ließ, als sie die bolschewistische Presse unterdrückte, als sie die Führer des russischen Proletariats als deutsche Spione ächtete. Das absolut Unsittliche am Terrorismus haben die Sittlichkeitsapostel erst dann erkannt, als die Frage so stand, ob das Proletariat seine Macht, die Möglichkeit seiner Befreiung mit Zähnen und Klauen verteidigen soll. Da haben diese Marxisten, die das Proletariat bisher gelehrt haben, es gäbe überhaupt keine absolute Wahrheit, keine absoluten sittlichen Gesetze, da haben sie erst gefunden, daß das Proletariat nur dann ein Recht zum Siegen hat, wenn es siegen kann ohne Menschenleben zu gefährden. Wenn sie um Menschenleben besorgt sind, warum stehen vor ihren Augen nur die Opfer der Außerordentlichen Kommission, nicht aber die Massen, die hungern müssen, weil, die russische Bourgeoisie mit Hilfe des Ententekapitals die Eisenbahnbrücken sprengt, um den Eisenbahnverkehr zu desorganisieren, weil die russische Bourgeoisie Offensiven gegen Sowjetrußland beginnt, sogar dann, wenn diese keine Aussicht auf militärischen Erfolg haben, nur um die Ernten zu vernichten, durch Hunger die Massen zur Kapitulation zu nötigen? Aber wenn die Anklagen der Unsittlichkeit, die die „sittlichen" Kautskys, Hilferdings, Ledebours gegen die junge kämpfende Arbeiterklasse erheben, unsinnig sind, so ist damit noch nicht gesagt, daß der Terrorismus zweckmäßig ist, welche Aussichten er hat, welche Ziele er verfolgt.

Es ist klar, daß auf die Länge hin, auch der schärfste Terror nicht imstande wäre, die russische Revolution zu retten, falls der Kapitalismus aus der Kriegskrise siegreich hervorgehen gehen und sich festigen würde. Dann könnte die Konterrevolution, indem sie Sowjetrußland nötigte, nur für Kriegszwecke zu produzieren, ihr Ziel erreichen. Wenn die Sowjetrepublik nicht in absehbarer Zeit ihre Produktion auf Friedensarbeit einstellt, um für Industriewaren vom Bauer Lebensmittel zu bekommen, so ist es klar, daß die schwache Arbeiterschicht sich sogar in siegreichen Feldzügen aufreiben und verbluten würde. Aber diese Möglichkeit müßte von jedem westeuropäischen Sozialisten, für den das Wort Sozialismus kein hohles Wort ist, ein Ansporn bilden zur äußersten Anstrengung seiner Bemühungen, die westeuropäische Arbeiterklasse aufzurütteln, sie zum Kampf gegen den Kapitalismus zu führen; nicht aber dazu, die russischen Revolutionäre aufzufordern, im Namen der Menschenrechte vor den Konterrevolutionären die Waffen zu strecken. Denn wenn ein Kautsky in seiner vorjährigen Broschüre über Diktatur und Demokratie noch die Hoffnung aussprach, die bolschewistische Diktatur werde durch die Demokratie in Rußland abgelöst, so ist es nicht nur den russischen Menschewiki, sondern auch ihren stupiden europäischen Nachplapperern, demselben Kautsky wie Rudolf Hilferding klar geworden, daß, falls die russische Arbeiterdiktatur mit ihrem Terror zusammenbricht, an ihre Stelle nicht die Demokratie, sondern der weiße Terror der Koltschak und Denikin kommt. Genötigt zu wählen zwischen der proletarischen Diktatur mit dem Terrorismus und dem blanken Terrorismus der weißen [51] Diktatur, flehen sie die Proletarier an: seid milde, hilfsbereit und gut und versprechen ihnen, daß sie dem russischen Proletariat ein Grabdenkmal setzen werden: Gefallen,

gemeuchelt durch den kapitalistischen Terror, weil es edel war und den Geboten der Menschlichkeit folgte, weil es vorwiegend von Pflanzennahrung gelebt hat, die sie hie und da durch kleinere Tiere, Raupen, Würmer, Reptilien, eventuell auch nicht flügge kleine Vögel ergänzte. Es tötete aber kein größeres Säugetier, um es zu verzehren, es blieb darin unseren Urahnen, den Affen, gleich. Ehre seinem Andenken! Nun, das russische Proletariat wird diesen Ratschlägen nicht folgen und das einzig gute dieser Ratschläge besteht darin, daß dank ihnen das Proletariat im letzten Hilferding und Ledebour die Scheidemänner erkennen wird.

VI.

Entweder – oder!

Welche Bedeutung hat die Terrorismusfrage für die westeuropäische Arbeiterklasse? Die Kautsky, Otto Bauer, Hilferdings suchen den Terrorismus, den sie nur bei der russischen Arbeiterrevolution entdecken, aus der Tatsache zu erklären, daß die Arbeiterklasse in Rußland einen kleinen Prozentsatz des Volkes bildet. Nur deshalb, sagen sie, müsse sie versuchen, sich mit Gewaltmitteln zu halten. Das europäische Proletariat werde dazu nicht genötigt sein, weil es die Mehrheit der Bevölkerung ausmache. Wenn sie gegen den ruffischen bolschewistischen Terror vorgehen, so tun sie es aus dem Grunde, daß sie sich verpflichtet haben, das Schild des Sozialismus zu reinigen von all dem Blut, mit dem es der Bolschewismus beflecken konnte; aber der Eifer, ja der Geifer, mit dem die Kautsky, Ströbel, Hilferding und Ledebour in dieser Frage auftreten, zeigt, daß es sich hier um etwas mehr handelt, als um die Frage, ob diese großen Vertreter des Sozialismus die Verantwortung übernehmen könnten für die arme kleine russische Arbeiterrevolution. Als die russische Arbeiterrevolution im November 1917 siegte, als vor den Proletariern aller Länder von Berlin und Wien bis New York und San Francisco die Fahne der Sowjets ihres zukünftigen Kampfes und Sieges auftauchte, da führten die wankenden Elemente des Sozialismus die erste Schlacht gegen die **Idee der proletarischen Diktatur**. Die Ströbel und die Kautsky suchten um die Wette mit den offenen Lakaien der Bourgeoisie dem Proletariat einzureden, Marx habe die Diktatur nicht anders verstanden, als die Herrschaft des Proletariats, nachdem es notariell festgestellt hat, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf der Seite des Sozialismus steht, und nachdem es sich juristisch verpflichtet hat, die brave Bourgeoisie bis ans Ende ihrer und ihrer Kinder Leben dafür zu entschädigen, daß ihr das angestammte Recht der Ausbeutung genommen wurde, nachdem es ihr zum Schluß neben der Lebensrente auch den Genuß sicherte, sich unter der Fahne der Demokratie gegen das Proletariat zu organisieren. Die Idee der Arbeiterdiktatur setzte sich jedoch in der Arbeiterklasse Westeuropas siegreich durch, eroberte immer größere Massen des Proletariats, nicht nur dank dem Einfluß des Kampfes der russischen Sowjetrepublik, der sich die Herzen des Proletariats der Welt eroberte, sondern in erster Linie dank den Erfahrungen, die die Arbeiterklasse in allen Ländern mit der bürgerlichen Diktatur machte. Nachdem die Arbeiter Deutschlands im November 1918 durch die Haase, Ströbel, [52] Hilferding, Dittmann, Kautsky sich irreführen ließen, die ihnen in die Hände gefallene Macht der Bourgeoisie auslieferten, haben sie die bürgerliche Demokratie bald an ihren Früchten erkannt. Zwischen der Nationalversammlung und den Räten besteht kein prinzipieller Gegensatz, behauptete der Führer der Unabhängigen Haase auf dem ersten Rätekongreß, und er befürwortete die Einberufung der Nationalversammlung. Die Bourgeoisie zeigte den Arbeitern, daß es nur ein Entweder – oder gibt. Um die wirkliche Macht in die Hände zu bekommen, um aus der Nationalversammlung die Krönung der wirklichen bürgerlichen Macht durchzusetzen, begann sie sofort nach dem Kongreß die Niederwerfung der Arbeiter, die Entrechtung der Arbeiterräte, die Entwaffnung des Proletariats. In der Zeit vom Januar bis März verflog der Glaube der Arbeiter an die Wunderkraft der Demokratie und der Nationalversammlung, stürmisch sprachen sie sich für die Diktatur, für die Räteherrschaft aus. Mit Mühe und Not gelang es den Haase und den Hilferding, auf dem Märzparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands den Arbeitern aufzuschwatzen, man könne durch den Druck auf die Bourgeoisie von der bürgerlichen Nationalversammlung, wenn nicht die Räteherrschaft erlangen, so doch die Mitherrschaft der Räte, ihre Beteiligung an der Macht, man könne ihnen die politische Initiative sichern. Die prinzipielle Gegnerschaft gegen die Räte wagte sich innerhalb der Unabhängigen Presse nicht mehr hervor. Nur in bürgerlichen Blättern und Büchern, die von bürgerlichen Verlegern herausgegeben werden, wagen die Kautsky

und Ströbel die Idee der proletarischen Diktatur zu bekämpfen. Mit jedem Monat aber wurde die Sache für sie in der Partei aussichtsloser, es blieb den Gegnern der proletarischen Diktatur nichts übrig, als sich zurückzukonzentrieren auf **eine Diktatur**, **die keine Diktatur ist**.

Rudolf Hilferding, der alte Beirat Scheidemann-Eberts, der aus der österreichischen Schule der Kompromisse stammende Mann des Radikalismus in der Theorie, der halben Wahrheiten und der ganzen Lügen in der Praxis, gab das Signal. Er sprach auf der September-Konferenz der Unabhängigen sich für die Diktatur aus, aber eine solche Diktatur, die der Bourgeoisie kein Leid antun kann, eine Diktatur, die ein Messer ohne Griff ist, er sprach sich für die Diktatur unter prinzipielle Verwerfung des Terrorismus aus. Er erklärte, der Terrorismus sei nicht nur ethisch verwerflich, sondern er sei in Westeuropa gar nicht nötig, da in Westeuropa die Arbeiterklasse die Mehrheit besitze, sie also ohne jede Gewalt herrschen kann. Alle unklaren opportunistischen Elemente klammerten sich an diesen Ausweg. Er wurde zur Rettungsplanke für die Elemente der Unabhängigen Partei, die dank ihrer sozialen Stellung gar nicht fähig sind, endgültig mit der Bourgeoisie zu brechen, die teils selbst vermögend, instinktiv mit der Bourgeoisie verbunden sind, teils an das ruhige Dasein des parlamentarischen Führers gewöhnt sind, der protestiert und demonstriert, aber nicht riskiert. Es klammerten sich an diese Planke all die Elemente, die zum Sozialismus kamen, weil die bürgerliche Demokratie bankerott war. Die Losung der Diktatur ohne Terrorismus wurde gleichzeitig die Losung von politischen Machern, wie von humanitären demokratischen Illusionisten. Keiner von ihnen konnte sich rücksichtslos auf den Boden des Proletariats stellen und seinen Kampf kämpfen, so wie es die Lage erfordern wird, ohne der Geschichte Bedingungen zu stellen, ohne mit ihr zu hadern, sie müsse doch dem Pro-[53]letariat erlauben, durch das Meer des kapitalistischen Schmutzes und Blutes durchzuwaten und dabei weiß und unbefleckt zu bleiben, wie Antigone. Die Losung „Diktatur ohne Terrorismus“ ist der letzte Zufluchtsort der Bourgeoisie.

Vorerst, wie kommen wir zur Staatsgewalt? Werden wir es exakt feststellen können, daß wir die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns haben, selbst wenn wir sie haben? Es ist klar, daß dies fast ausgeschlossen ist, wenn die Zeit der Uebernahme der Herrschaft durch die Arbeiterklasse heranreift, so wird sich das in den schärfsten revolutionären Kämpfen ausdrücken, in denen die Bourgeoisie wie das Proletariat mit der äußersten Anstrengung kämpfend, die demokratische Form zertrümmern werden. Der kommenden proletarischen Diktatur wird die Bourgeoisie den weißen Terror entgegenstellen. Sie wird die Arbeiterpresse unterdrücken, die Arbeiterorganisationen auflösen, sie wird versuchen, das Proletariat zu vorzeitigem Losschlagen zu reizen, um es niederzuwerfen. Davon, daß durch irgend welche Wahlen festgestellt werden könnte, auf welcher Seite die Mehrheit steht, ist fast unwahrscheinlich. **Es ist auch zweifelhaft, daß das bewußte nach Herrschaft treibende Proletariat jemals vor der Machtergreifung eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben wird.** Die Arbeiter stehen, solange der Kapitalismus existiert, nicht nur unter dem Einfluß der bürgerlichen Presse, Schule, unter dem Einfluß des erlernten Aberglaubens, sondern unter dem **Eindruck der Macht der Bourgeoisie**.

Die am meisten unterdrückten oder die geistig regsten Elemente der Arbeiterklasse befreien sich von diesem Einfluß im Prozeß der Revolution. Der großen Mehrheit des Proletariats wird der Glaube an die eigene Kraft, an die Fähigkeit, zu herrschen, erst durch Taten der revolutionären Arbeiterregierung, durch eigene Kämpfe und durch eigene Erfahrungen erwachsen. Aber selbst wenn sich um die kommunistische Avantgarde des Proletariats eine Mehrheit sammeln würde, wenn sie mathematisch feststellbar wäre, **so würde auch dann nicht zu hoffen sein, daß die Bourgeoisie sich einer Mehrheit unterwerfe. Die Bourgeoisie wird sich überhaupt nicht unterwerfen, die Bourgeoisie muß unterworfen werden**. Solange es kapitalistische Staaten neben sozialistischen geben wird, wird diese Bourgeoisie immer die Hoffnung hegen, das Proletariat noch einmal zu besiegen, wird sie einmal niedergeworfen, von neuem beginnen, den Widerstand zu organisieren. **Solange der Prozeß der Revolution nicht abgeschlossen ist, solange an die Stelle der kapitalistischen Zersetzung nicht sozialistische Ordnung tritt, die den Massen durch greifbare Taten die Wohltaten der neuen Herrschaftsverhältnisse zeigt, solange wird die Bourgeoisie in einem wankenden und schwankenden Teil des Proletariats, im Kleinbürgertum Elemente finden, die sich bereden lassen,**

unter der Herrschaft der Bourgeoisie könnten sie sich all das Schwere und Harte, das der Kampf mit sich bringt, ersparen.

Im Westen, in den kapitalistisch entwickelten Ländern, wo die Bourgeoisie am besten organisiert ist, wo sie in der Arbeiteraristokratie eine viel breitere Stütze hat, als es der Fall in Rußland war, werden wahrscheinlich die Kämpfe um die Macht viel schärfer als in Rußland sein, der viel größeren Gewalt der Bourgeoisie wird das Proletariat eine viel entschiedenere Gewalt seinerseits entgegensetzen müssen. In diesen Verhältnissen bedeutet das Gerede über die Diktatur ohne Terrorismus [54] nichts anderes, als die Massen einzuschläfern, die einzige Folge dessen würde sein, daß sie in den Kampf zieht, der Gefahr unbewußt, und deshalb **leichter der Bourgeoisie zum Opfer fallen muß**. Man tröste sich nicht damit, die Arbeiterklasse sei nicht sentimental, sie werde auf harte Tatsachen mit harten Tatsachen antworten. Die Arbeiterklasse ist wie jede vorwärtsstrebende Klasse, die die Zukunft der Menschheit darstellt, die in sich das Streben nach allem Guten und Großen sammelt, von Hause aus großmütig, von Hause aus vorübergehend leicht einzuschläfern, am leichtesten, wenn ihr das Einschläferungspulver von Leuten verabreicht wird, die ihr Vertrauen besitzen, die als Anhänger der Diktatur zu ihr sprechen. Es droht der Arbeiterklasse die Gefahr, daß sie zur Herrschaft gelangt, durch die Machinationen von Leuten, die für keinen Fall die Brücken abbrechen wollen oder denen ehrliche und ehrbare Gefühle den Blick für Realitäten verdunkeln, eine Zeitlang von der Benutzung der Gewalt, selbst da wo sie notwendig ist, zurückgehalten wird, und daß sie dann unter viel größeren Opfern das Versäumte wird nachholen müssen.

Ja, es droht dem Proletariat die Gefahr, daß es sogar vorübergehend **große Niederlagen** dank den Machinationen unsicherer Führer erleiden kann. Wer die Geschichte der **ungarischen** Räteregierung und ebenso der in **München** kennt, der weiß, welchen zersetzenden Einfluß die lyrischen Jünglinge (Jünglinge ohne Unterschied des Alters) bei ihrem Fall spielten; und deshalb ist der Einfluß, den das Kautskysche Buch noch auf einen Teil der Unabhängigen Führer ausübt, ein **Warnungssignal**. **Es warnt das Proletariat, Papierbekenntnissen Glauben zu schenken.** Die Unabhängigen Arbeitermassen wissen, daß es nicht genügt, ihren Führern das Bekenntnis zur Diktatur abzupressen, daß es gilt, **an den Weichenstellern des proletarischen Eisenbahnsystems Vertreter des revolutionären Proletariats zu haben, deren Auge ruhig die Tatsachen wahrnimmt und deren Hand nicht zittert**. Eine Rätediktatur mit Führern, die nicht endgültig innerlich mit der kapitalistischen Welt gebrochen haben, die nicht bereit sind, alles das zu tun, was die harte Notwendigkeit erfordert, eine solche Diktatur kann nur eine Scheindiktatur, d. h. eine sichere Niederlage sein. Das Proletariat lechzt nicht nach Blut, das Proletariat weiß aus historischer Erfahrung, daß die Gewalt, daß der Terror niemals und nirgends neue Produktionsverhältnisse geschaffen hat, daß er niemals eine neue Gesellschaftsordnung erzeugte, wo für sie der Boden nicht durch die ökonomische Entwicklung bereit gemacht war. Das Proletariat weiß, daß die Gewalt weder Kohle noch Brot schafft, keine Eisenbahnen baut, daß dazu freiwillige Arbeit von Millionen notwendig ist; aber gleichzeitig weiß das Proletariat, daß, wenn es in die Bergwerke steigen will, um sich aus ihnen für seine Häuser, für seine Hüttenwerke Kohle zu holen, so es erstens die **Bergwerke in revolutionären gewaltigen Kämpfen erobern**, zweitens, bei **ihnen mit dem Schwerte in der Hand wachen muß, damit sie durch die weißgardistischen Banden nicht verwüstet werden**. Das Proletariat weiß, daß es durch die Gewalt die Bauern nicht zwingen wird, den Acker zu bearbeiten, daß dies auf die Dauer nur geschehen kann, wenn der Bauer sieht, daß es ihm unter der Herrschaft des Proletariats besser geht, als unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Aber vorerst muß durch die Niederwerfung der Bourgeoisie dem Bauern der Glaube geraubt werden, daß sie allein herrschen könne, und dieser Glaube wird ihm im [55] Kampfe nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern oft auch gegen das reiche Bauerntum geraubt. Wer die Geschichte der Revolutionen nicht aus Kautskyschen Büchern, sondern aus großen, wenn auch reaktionären Quellenwerken studiert hat, der wird ohne weiteres Ranke zustimmen, wenn er in seiner Geschichte der englischen Revolution sagt, große Dinge müßten immer durch einen starken Willen vorgeformt werden. Die Rolle des Terrorismus, der Gewalt in den Revolutionen bestand darin, daß die revolutionäre Klasse auch in den Stunden der größten Gefahr vor nichts zurückwich, um ihren Willen durchzudrücken, sich allen Gewalten zum Trotz zu erhalten.

Diesen Willen wird die Arbeiterklasse erst nach langen Erfahrungen, vielen Kämpfen, nach Niederlagen und Siegen in sich bilden. Als beherrschte Klasse, die von beherrschten Schichten der vorkapitalistischen Geschichtsperiode abstammt, als Klasse, in deren Adern das Blut jener fließt, die Jahrhundert für Jahrhundert fremdem Willen gehorchten, hat sie heute noch nicht diesen eisenharten Willen zur Herrschaft, den z. B. die preußischen Junker und die englische Bourgeoisie in so hohem Maße entwickelt haben. Desto schärfer muß der Kampf gegen die Elemente, die durch ihr Wanken und Schwanken, ihre Rücksichtslosigkeit, ihre Energie zersetzen, geführt werden. Die Diktatur mit dem Terrorismus ist für das Proletariat, das nach der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, strebt, kein Herzensbedürfnis, keine selbstgewählte Taktik. Sobald sie ihrer zu entbehren in der Lage sein wird, wird sie auf sie verzichten. Sie wird im Prozeß der sozialistischen Revolution immer wieder zu untersuchen haben, ob eine oder die andere Schicht des Bürgertums nicht an die Gewalt mit herangezogen werden kann, ob der Kreis der Gleichberechtigten nicht auszudehnen ist, und sie wird mit Glockenschlag und Freudenruf den Tag begrüßen, an dem alle Ketten verschwinden, aller Unterdrückung ein Ende gemacht werden kann, an dem die alte Schmach der Ausbeutung des Menschen aus der Welt geschafft und vergessen sein wird, und dieser Tag der Gesellschaft von freien und gleichen Brüdern wird desto schneller kommen, je größer schon jetzt der Kreis der bürgerlichen Intellektuellen sein wird, die verstehen, daß die Herrschaft der Bourgeoisie nicht mehr zu retten ist, daß es gilt, sich rücksichtslos auf die Seite des werdenden ringenden Lebens zu stellen. Je größer die Hilfe sein wird, die die Arbeitermassen seitens der Kopfarbeiter bekommen werden, desto leichter wird sich die Organisation des neuen Lebens vollziehen, desto schwieriger der Kampf der konterrevolutionären Kräfte gegen sie, desto geringer die Notwendigkeit der terroristischen Mittel gegen sie. Eine schwankende Politik des Proletariats wird diese Notwendigkeit nur erhöhen. Die Politik des Proletariats in dieser Frage ist vorgezeichnet durch den Ausspruch der Chartisten, die erklärten: wir gehen friedlich zu unseren Zielen vor, wenn möglich – mit Gewalt, wenn notwendig. Die historischen Erfahrungen des Proletariats sagen ihm, daß die Gewalt notwendig sein wird; es hängt nur von der Bourgeoisie ab, diese Erfahrungen zu korrigieren.

*

[56]

Die Lehren der ungarischen Revolution.

Genosse Béla Szanto, einer der ungarischen Volkskommissare, erzählt in der vorliegenden Broschüre die kurze Geschichte des Machtaufstieges der ungarischen Arbeiterklasse und die Geschichte ihrer Niederlage. Diese erste authentische Geschichte verdient, mit tiefster Aufmerksamkeit von dem internationalen Proletariat gelesen zu werden, damit all die Erfahrungen, die das ungarische Proletariat durch seinen Kampf gesammelt, mit ungeheuren Leiden erkauft hat, für das Proletariat der anderen Länder nicht verloren geben. Ihre Siege und Niederlagen wurden nicht nur für das ungarische Proletariat erstritten und erlitten, sondern sie sind von großer Wichtigkeit für das gesamte Weltproletariat.

Zwei Lehren sind es in erster Linie, die die ungarische Revolution gibt. Sie wirft ein Licht auf die **Frage der Machtergreifung**, und sie beleuchtet die **Frage unseres Verhältnisses zu den anderen Arbeiterparteien**, die, ohne kommunistisch zu sein, durch die Ereignisse gezwungen werden, zusammen mit der Kommunistischen Partei die Macht zu ergreifen.

Als am 21. März 1919 das Telegramm die Kunde von der Machtergreifung des ungarischen Proletariats brachte, hatten manche Kommunisten im Westen das Gefühl, die ungarische Räterepublik sei ein **künstliches** Gebilde entstanden durch ein Abkommen der kommunistischen mit der sozialdemokratischen Partei ohne Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Und weil ohne Kampf geboren, müsse sie auch untergehen; denn nur im Kampf könne das Proletariat die Kräfte entwickeln, die zur Aufrechterhaltung der Räteregierung notwendig seien. Diese Auffassung wurde auch hier in der deutschen Presse geäußert, und als die ungarische Republik dann niedergeworfen wurde, sahen verschiedene Kreise die Bestätigung der Richtigkeit ihrer im März geäußerten Befürchtungen. Und sie beriefen sich dabei auf einen Satz aus der von Rosa Luxemburg geschriebenen Programmschrift des **Spartakusbundes**, in dem es hieß, die Kommunistische Partei dürfe die Macht nicht einfach deshalb, nur aus dem Grunde ergreifen, weil die Scheidemann-Regierung bankerott sei. Diese Auffassung über

die Entstehung der ungarischen Räterepublik stand im Widerspruch zu den Tatsachen, die schon in den Geburtstagen der ungarischen Räterepublik bekannt waren. Auch die die, wie der Verfasser dieser Worte, des Ungarischen nicht mächtig, nicht in der Lage waren, alle Phasen des Kampfes in Ungarn zu verfolgen, mußten wissen, daß dieser Machtergreifung eine Periode sich immer mehr verschärfender Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition vorangegangen war. Der Artikel V a r g a s' in der „Wiener Arbeiterzeitung", der sofort nach Errichtung der Räterepublik in Ungarn erschienen ist, hat dies bestätigt. Auch K a r o l y i bezeugte seinerseits, daß die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung nur deshalb zurückgetreten sei, weil sie vor dem Fall gestanden habe nicht nur unter dem Druck von außen, sondern unter dem von innen. Die Broschüre S z a n t o s gibt eine detaillierte Darstellung der Zersetzung der bürgerlich-sozialdemokratischen [57] Koalition und des Wachstums des Druckes der Arbeiterklasse. Es ist lächerlich, die ungarische Räteregierung als das einfache Resultat eines Kompromisses der Parteiführer anzusehen. Sie war ein **Resultat des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats**. Wer angesichts dieser Tatsachen sich darauf versteifen würde, die Aufrichtung der Räteregierung in Ungarn als ein abschreckendes Beispiel darzustellen, der muß sich schon an den Satz aus der Schrift: „Was will der Spartakusbund?" festbeißen, in dem es heißt: **„Daß die Kommunistische Partei nicht gewillt ist, die Macht zu ergreifen, nur weil die Ebert-Scheidemann-Regierung in eine Sackgasse geraten ist oder sich abgewirtschaftet hat."** Dieser Satz war vollkommen berechtigt als Ablehnung der putschistischen Elemente in der Kommunistischen Partei Deutschlands, die im Dezember 1918, wo die entschiedene Mehrheit der Arbeiterklasse in dem Lager der Scheidemänner stand, an die schnelle Machtergreifung dachten. Aber die geborene Dialektikerin Rosa Luxemburg würde es ganz gewiß ablehnen, daß dieser Satz wie ein Sure des Korans von den Kommunisten herunter gebetet wird. Der Gedanke an einen einfachen Zusammenbruch der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition, wobei der Prozeß des Zusammenbruchs des bürgerlichen Staates nicht gleichzeitig ein Prozeß der Sammlung der proletarischen Kräfte wäre, ein solcher Gedanke ist vollkommen unhistorisch. Der kapitalistische Staat bricht zusammen, wenn er den Aufgaben der Organisation der kapitalistischen Produktion gegenüber so versagt, daß das Elend der Massen wächst und sie revolutioniert. Wenn unter solchen Verhältnissen die Kommunistische Partei nicht imstande ist, diese Massen geistig zu beeinflussen, zusammenzufassen, zu einem Faktor des Aufbaues zu machen, so würde das nur bedeuten, daß die Kommunistische Partei nicht existiert. Wenn man den Satz Rosa Luxemburgs wörtlich nehmen wollte, so würde er nur bedeuten, daß die Kommunistische Partei sogar beim Zusammenbruch des kapitalistischen Staates die Macht nicht ergreifen kann, falls sie nicht existiert. Nun, zu so tiefgrabenden Einsichten war der Kopf Rosa Luxemburgs zu gut. Der zitierte Satz war nur eine Warnung vor dem Versuch, zu ernten, ohne daß man gesäet hat, nicht eine historische Analyse und nicht eine historische Perspektive. Die ungarischen Kommunisten haben gesäet, sie haben gekämpft, organisiert, propagiert, und die Tatsache, daß die ungarische Sozialdemokratie, als sie am Ende ihres Lateins war, sich an die Kommunisten wenden mußte, bildet den Beweis, daß die Kommunisten eine Kraft darstellten. Was sollten die Kommunisten tun, als der Zusammenbruch der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition auf der Hand lag, als die Bürgerlichen aus der Koalition ausschieden und die Sozialdemokratie sich an die Kommunisten mit dem Vorschlag der Bildung der Räteregierung wandte? Die ungeheuren Schwierigkeiten, die die Räteregierung Ungarns in ihrer äußeren und inneren Lage erwarteten, waren den ungarischen Kommunisten ganz gewiß klar. Die ungarischen Rohstoffquellen, die ungarischen Lebensmittelspeicher befanden sich unter fremder Besetzung; und die ungarischen Kommunisten wußten ganz gewiß, daß sie es mit einer Welt von Feinden zu tun haben würden. B é l a K u n schrieb in seinem Briefe an I g n a z B o g a r am 11. März 1919: **„Ich kann nichts dafür, ich sehe den Ereignissen mit einer gewissen Ungläubigkeit entgegen. Der gegenwärtige Stand der ganzen internationalen Arbeiterbewegung zwingt mich dazu."** Wenn aber die ungarischen Kommunisten trotzdem nicht die Hände in den Schoß legten, sondern das Schwert in die Hand nahmen, so darum, weil sie keine politischen Raisonneure, sondern Revolutionäre waren. Die marxistische Analyse zeigte ihnen die ungeheuren Schwierigkeiten, denen sie gegenüber [58] standen. Aber dieselbe Analyse sagte ihnen, daß sich ganz Europa in heller Auflösung befinde, sagte ihnen, daß man nicht wisse, was der morgige Tag bringe.

In dem Artikel, den ich bei der Kunde vom Fall Räteungarns aus dem Gefängnis geschrieben habe, um der doktrinären Beurteilung der ungarischen Revolution entgegenzutreten, habe ich schon die „T i m e s“ vom 19. Juli zitiert, die in folgenden Worten die Weltlage charakterisiert hat: „Der Geist der Unruhe beherrscht die ganze Welt von West-Amerika bis China, vom Schwarzen bis zum Baltischen Meere, keine Gesellschaft, keine Zivilisation ist so gefestigt, keine Konstitution so demokratisch, um sich diesem bösartigen Einfluß zu entziehen. Ueberall sind Zeichen da, daß die elementaren Bande der Gesellschaft zerrissen und zerfallen sind durch die lange Anstrengung.“ Das war die Lage in Wirklichkeit, und in dieser Lage dem Kampf auszuweichen, dem nicht ausgewichen werden kann, weil die Massen zu ihm drängen, bedeutete, zu desertieren, die Arbeitermassen im Stich zu lassen. Denn diese Massen hätten trotzdem gekämpft, nur ohne Führung, hätten viel größere Opfer gebracht, und dafür viel kleinere Resultate erreicht. Es gereicht den ungarischen Kommunisten zum Ruhm, daß sie unter diesen schwierigen Umständen den Kampf aufgenommen haben, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dieser Kampf viel tiefere Folgen hatte, als es die gutgläubigen Kritiker der ungarischen Revolution annehmen. Er hat nicht nur den Willen der ungarischen Arbeiterklasse zur Befreiung ausgedrückt, er hat ihn verstärkt und vertieft. Und wenn sein augenblickliches Resultat die Niederwerfung der ungarischen Arbeiterklasse ist, so wird die Zeit kommen, wo aus dem Vergleich der roten und der weißen Diktatur die ungarischen Proletarier den eisernen Willen zum Kampfe bis zum endgültigen Siege schöpfen werden. Die ungarische Revolution hat viel zur Revolutionierung der Arbeiter in anderen Ländern beigetragen, und indem sie monatelang der Weltkonterrevolution Steine vor die Füße warf, hat sie die Bedingungen des Widerstandes der russischen Sowjetrepublik, der ersten Zitadelle der Weltrevolution, günstiger gestaltet und ihr den Sieg über Koltschak erleichtert. Wer die Weltrevolution als Ganzes, als Entwicklung betrachtet, der wird von der ungarischen Republik nicht als von einem Beispiel schlechter revolutionärer Politik sprechen, sondern als von dem **Exempel eines opfervollen Kampfes, eines revolutionären Vorpostens auf einer vorgeschobenen Redoute**.

Die in diesem Kampfe Gefallenen werden in dem Buch der Geschichte nicht nur als die Märtyrer der proletarischen Sache stehen, sondern als ihre kühnen, tapferen und einsichtigen Vorkämpfer. Und die Lehre, die uns ihre Wunden, ihr Martyrium, gibt uns, die wir Gegner des Versuchs einer kleinen Minderheit, die Macht zu ergreifen, sind, ist, daß wir dort zu stehen haben, **wo die Arbeiterklasse zu kämpfen hat, wo sie in den Kampf rückt, ob wir siegen oder eine Niederlage erleiden**. Diese Lehre der ungarischen Revolution ist auch die Lehre der zweiten **Münchener Räterepublik**, deren Geschichte vor kurzem beredt von Paul W e r n e r geschildert wurde. Und B é l a K u n wird in der Geschichte des proletarischen Kampfes, ebenso wie L e v i n é, nicht als revolutionärer Abenteurer, sondern als revolutionärer Führer dastehen, als Führer in dem Sinne, wie Karl Marx die Rolle des Führers in der Revolution verstand, als Führer, dem der Marxismus zwar die Schwierigkeiten des Kampfes im vollen Umfange zeigt, aber ihn nicht in den Raisonneur verwandelt, der glaubt, nur dann kämpfen zu dürfen, wenn die Geschichte ihm notariell den Sieg sichert.

[59] Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der Szanto die Geschichte des Zusammenbruchs des Karolyiregimes schildert, schildert er den Kampf und die Niederlage der Räteregierung und deckt als eine ihrer Hauptursachen einen **taktischen** Fehler auf, den Béla Kun und seine Freunde begangen haben. Er erzählt, daß Kun bei der Rücksprache mit den Kommunisten am Tage nach der Bildung der Räteregierung gesagt hat: „Es ist **zu glatt gegangen**, ich konnte nicht schlafen. Die ganze Nacht dachte ich nach, wo wir den Fehler begangen haben; denn irgendwo muß ein Fehler stecken. Es war zu glatt, wir kommen schon darauf, nur fürchte ich, zu spät.“ Dieser Fehler liegt auf der Hand. Die ungarische Sozialdemokratie, die zu den am meisten politisch korrupten Gebilden der zweiten Internationale gehörte, war bankerott. Die Massen entschlüpften ihrer Leitung. Die linken Elemente der Partei entschlossen sich zu einem verzweifelten Schritt, zur Bildung der Räterepublik. Ein Teil der rechten Führer trat zurück. Aber die Masse der kleinen Gewerkschafts- und Parteibureaukraten stand hinter den linken Führern, als sie sich an die Kommunistische Partei mit dem Vorschlag der Bildung der gemeinsamen Regierung wandten. Wollte die Kommunistische Partei nicht die Massen im Stich lassen, so mußte sie darauf eingehen, die Räteregierung zusammen mit den Sozialdemokraten zu machen. Aber der Fehler begann dort wo die Kommunisten zu verhüllen halfen, das was war. Das

was war, war die Tatsache des Bankerotts der Sozialdemokratie, nicht die Tatsache ihres Ueberganges zum Kommunismus. Man wird nicht Kommunist, indem man das kommunistische Programm annimmt. Die Weltner, Kunfy oder wie die Führer der Sozialdemokratie heißen, konnten sich ehrlich vorgenommen haben, das kommunistische Programm durchzuführen, aber es ist klar, daß sie von einem Tage zum anderen nicht das Maß der revolutionären Energie und Einsicht in sich entwickeln konnten, das den Kommunismus ausmacht. Und deshalb war es notwendig, in den Massen das Bewußtsein wachzuhalten, daß die Führer der Sozialdemokratie, gezwungen auf dem Boden des Kommunismus stehend, nur dann kämpfen würden, wenn sie die Lage dränge, wenn sie die Masse bedrohe. Die Kommunistische Partei durfte ihre Sonderorganisation nicht auflösen, sie durfte nicht darauf verzichten, als der große dicke Stock zu fungieren, der jeden Augenblick gegen die Garbai, Weltner, Kunfy in Bewegung treten könnte. Die Koalition mit der Sozialdemokratie war notwendig; aber die Kommunisten mußten neben dem Regierungsgebäude den Galgen aufgerichtet halten, auf dem sie eventuell ihren lieben Verbündeten vordemonstrieren konnten, was die proletarische Diktatur konkret bedeutet. Indem die Kommunistische Partei die notwendige Vorsicht fallen ließ, war sie den schwankenden Elementen der Sozialdemokratie ausgeliefert.

Deshalb sind die Geschicke der Räteregierung in Ungarn von solcher Bedeutung für das westeuropäische Proletariat. **Ueberall, wo die Kommunistische Partei im Westen erst im Entstehen begriffen, überall wird die Sozialdemokratie immer mehr genötigt, auf den Boden des Kommunismus zu treten. Ueberall können die Kommunisten durch die Ereignisse vor die Notwendigkeit einer Koalition gestellt werden und überall werden sie dann durch die proletarischen Massen, die nach Einheit lechzen, dazu gedrängt, sich nicht nur mit den Sozialdemokraten zu koalieren, sondern zu einigen.** Und da sagt die ungarische Erfahrung: man einigt sich nur mit den Kommunisten, und Kommunist ist nicht der, der sich auf dem Papier zur proletarischen Diktatur bekennt, sondern der mit dem sich das Blut der Kommunisten schon im Kampfe vermischt hat, nur der, mit dem wir Kommunisten zusammen in den [60] Gefängnissen gelitten haben, nur der, der durch die Tat bewiesen hat, daß seine Hände nicht zittern, daß seine Füße nicht schwanken, wenn es gilt, auf Leben und Tod zu kämpfen. Nun, das, was auf den Fall der ungarischen Räterepublik folgte, der feige, niederträchtige Verrat der ungarischen Sozialdemokratie, die sich jetzt als Feigenblatt der Regierung Horthys hergibt., ohne daß die Kunfy und Weltner vor aller Welt mit ihnen brechen, das wird die ungarischen Proletarier ein für allemal von allen Illusionen über die ungarische Sozialdemokratie kurieren. Das wird ihnen zeigen, daß es nur eine Partei gibt, die gewillt ist, bis zum letzten Tropfen Blutes zu kämpfen, die Partei des Kommunismus. Und wie der Fehler der ungarischen Kommunisten, den Szanto hier offen darlegt, so ist der Verrat der ungarischen Sozialdemokratie geeignet, weit über die Grenzen Ungarns hinaus die Lehre der ungarischen Revolution zu verbreiten: die Lehre davon, daß die neue Epoche, in der es sich nicht um das Parlamenteln, nicht um das Diskutieren, sondern in der es um Kopf und Kragen geht, daß **diese Epoche geschlossene**, **starke Kommunistische Parteien** erfordert, die das Ruder im Sturm fest in der Faust zu halten wissen. Das Buch Szantos wird den Proletariern der ganzen Welt nicht nur über die Geschichte der ungarischen Revolution erzählen, es wird dank seiner Wahrhaftigkeit ihnen zum Berater dienen, und diese Wahrhaftigkeit in der Untersuchung der eigenen Fehler, die das Buch Szantos auszeichnet, ist ein Kind derselben Entschlossenheit, die den ungarischen Kommunisten das Schwert der Diktatur am 22. März in die Hand drückte, sie ist die Fortsetzung ihrer Kämpfe. Sie ist nicht weniger wert, als der Opfermut der Besten, die für die ungarische Räterepublik gefallen sind. Und das kämpfende Weltproletariat wird den ungarischen Kommunisten für ihre Wahrhaftigkeit ebenso zu Dank verpflichtet sein, wie es ihnen Dank für ihren Mut schuldet.

Brüderlichen Gruß Béla-Kun und den ungarischen Kommunisten.

Berlin, am 12. Januar 1920.

Karl Radek.

*

Literatur.

Zwei Pädagogen.

Edwin Hoernle: Sozialistische Jugenderziehung und Sozialistische Jugendbewegung. Internationale Sozialistische Jugendbibliothek Heft 4. Berlin: Junge Garde 1919.

Gg. Engelbert Graf: Freie Jugend. Jugendliche und Erwachsene in der proletarischen Jugendbewegung. Berlin: Freiheit 1919.

Wer den Meinungskampf, der gegenwärtig die proletarische Jugend erfüllt, auf seinen konzentriertesten Ausdruck bringen will, der studiere in der Person zweier Freunde und Berater der Jugend, die ihre geistige Physiognomie aufs klarste widerspiegeln: Engelbert Graf, Firmen-[61]schild und Hauptmacher der neuen Proletarierjugend, Edwin H o e r n l e, Vorkämpfer des alten Geistes, der in der Freien Sozialistischen Jugend lebt.

Schon dieser erste Unterschied ist sehr bezeichnend: Das Verhältnis beider Männer zu der ihnen nahestehenden Jugend. Dort eine geschwätzige Geschäftigkeit, sich breitmachend, jeder Lebensäußerung der neuen Jugend ihren Stempel, ja ihre ganz persönliche Formulierung gebend; hier – im Hintergrund – nur eine stille weisende Bewegung, wie die Lichtbahn eines Scheinwerfers ins wogende Meer hinaus. „Da ist die Richtung, steuert selbst!“ Dort, trotz alles Kotaumachens vor der „selbständigen Jugend“, eine verdächtige Eilfertigkeit, sich die „selbstgewählten Berater und Helfer“ programmatisch verbriefen zu lassen; hier ein ruhiges Wartenkönnen im Vertrauen auf die „Ueberlegenheit größeren Wissens, reiferer Erfahrung“, auf die „unwiderstehliche Suggestion, die von jeder starken, kühnen, in sich geschlossenen und reinen Persönlichkeit ausgeht“.

Aber der Unterschied liegt viel tiefer. In ihm spiegelt sich – auf das Spezialgebiet der Erziehung angewandt – der ganze unüberbrückbare Gegensatz zwischen bürgerlicher und marxistischer Methode, bürgerlicher und sozialistischer Weltanschauung.

Vor mir liegen zwei Schriften, schon im Titel Programm.

„Freie Jugend“, ein verschwommener, vieldeutiger Begriff. Die beiden ersten Kapitel (fast die Hälfte der ganzen Broschüre): ein einziges, blumenreiches Geplauder über „Zeitalter der Jugendemanzipation“, „Jugendbewußtheit“, „Jugendwertung“, „Jugendland“, wobei seitenlang nicht zu erkennen ist, von welcher Jugend eigentlich die Rede sein soll; ein fortwährendes Kokettieren mit Jugendverständnis und Junggebliebensein im antiphiliströsen Schillerfragen, mit der Gebärde des Wandervogels, der „auch Revolution ist“; ein Sammelsurium von biologisch-psychologischen Banalitäten ohne jedes ökonomische Fundament; alles: um „verwandte Seiten“ zwischen bürgerlicher und proletarischer Jugend klingen zu machen, um ein „Beispiel von Jugendbewußtheit“ zu statuieren. Und d a m i t wagt sich Herr Graf zum Sprecher der p r o l e t a r i s c h e n Jugend zu machen. D a s soll die Basis einer s o z i a l i s t i s c h e n Bewegung sein.

„Sozialistische Jugenderziehung – sozialistische Jugendbewegung“ – hier wird alles eindeutig und klar. Von der ersten Zeile an stellt uns Hoernle auf den festen Boden der ökonomisch-soziologischen Voraussetzungen: hie bürgerliche, hie proletarische Jugend, in scharfer Gegenüberstellung, so und so geworden und so und so gewillt. Ueberall die strenge Linie der materialistischen Geschichtsauffassung, überall unter den reichen, lebendigen Formen, echten Dichterformen mit warmem Fleisch und Blut, der feste marxistische Knochenbau, der ihrer Schönheit Kraft und Dauer gibt – und nirgends die schwammige Gallerte bürgerlicher Vulgärpsychologie, zeitgemäß mit sozialistischen Lappen drapiert.

Und nun die Konsequenz. Bei Graf eine durch und durch bürgerliche Erziehungsweise, die absieht von allem real Gegebenen, von der kapitalistischen und revolutionären Zwangslage, in die die proletarische Jugend unentrinnlich hineingewachsen ist. Da wird gejammert über die [62] „verkehrte Erziehungsmethode, die den Jugendlichen möglichst früh zum Erwachsenen heranbilden will, anstatt ihn zunächst einmal seine Jugend leben und ihn sich ihrer bewußt werden zu lassen.“ Als ob dieses Verfluchtsein zur Existenz der Erwachsenen, zu ihrer u n m e n s c h l i c h e n Existenz, ein Akt

erzieherischer Willkür wäre, und nicht der grundlegende wirtschaftliche Faktor, das vorgezeichnete Flußbett, innerhalb dessen alle proletarische Jugendentwicklung im kapitalistischen Staate verlaufen muß. „Seiner Jugend leben, seiner Jugend bewußt werden“, da haben wir den alten illusionären Bürgeridealismus. Statt vorwärts in die sozialistische Gesellschaft, treibt Graf die jungen Proletarier auf dem Wege bürgerlicher Bildung zurück auf ein ideales Bürgerniveau.

Wie anders Hoernle. Er steuert nicht das idyllische Traumschifflein „Jugendland“, das samt seinen wohlmeinenden „sozialistischen“ Pädagogen haltlos umhergeworfen wird auf der hohen See der Klassenkämpfe, ein Fangball konterrevolutionärer Wellen. Er ist nicht der himmelblaue Utopist, der sich die Mittel zur Welt- und Jugendverbesserung aus dem idealen Kopfe holt. Er setzt als echter Marxist da und nur da die Hebel an, wo uns die Geschichte unentrinnlich hingestellt hat. Er schöpft die Mittel zur Aenderung der Lage und zur Erziehung der Jugend aus eben dieser Lage selbst. Er verneint sie nicht mit einer schwächlichen Flucht in die bürgerliche Ideologie, er überwindet sie durch sie selbst. Denn wie dem König im Märchen das schlechte Blei zu lauterem Golde wird, so wächst für die proletarische Jugend aus ihrem eigenen rechterkannten Entwicklungsgesetz, unter dem sie heute leidet und stöhnt, durch die schöpferische Kraft sozialistisch-marxistischer Einsicht, durch das bewußte Sichhineinstellen und Kämpfen in der vorgezeichneten Bahn aus der großen Not die große Tugend, aus dem Unsinn die Vernunft und aus der Plage Wohltat. Da ist die allzufrühe ökonomische Selbständigkeit der arbeitenden Jugend. Die sozialistische Pädagogik macht nicht den aussichtslosen Versuch, sie aufs neue unter elterliche oder Parteivormundschaft zu bringen. Sie verwandelt vielmehr eben diese Selbständigkeit aus einer Quelle der Verwahrlosung und Verrohung in eine Quelle der Freiheit und der Kraft. Da ist die erzwungene Gemeinsamkeit der Geschlechter, unter den herrschenden Verhältnissen alles andere als ein Ideal. Sie wird aus einer Gefahr zu einem Hebel höherer Sittlichkeit und Gemeinschaft. Da ist der Erwerbszwang, die Ausbeutung der Jugend im kapitalistischen Staat, ihre Politisierung im Joch des bürgerlichen Militarismus. Die marxistische Pädagogik weicht diesen harten Dingen nicht aus mit klingenden Protesten und weichmütiger Propaganda, mit lächerlichen Palliativmittelchen in Gestalt von Jugendämtern und Jugendschutzkommissionen. Sie schaut den Tatsachen fest ins Weiße des Auges, und sie macht sie zu Angelpunkten der Revolutionierung und Politisierung der Jugend, zu Mitteln ihrer Schulung für den Dienst der Revolution und des sozialistischen Aufbaus. Hoernle weiß, daß ebensosehr auf geistigem und erzieherischem Gebiet wie auf ökonomischen in den Weichen der alten Gesellschaft Zelle um Zelle die Elemente des neuen Aufbaues vorgebildet sind und nur in Freiheit gesetzt zu werden brauchen durch den Prozeß der revolutionären Geburt; daß alle erzieherischen, alle menschlichen „Ideale“ anknüpfen und fest verankert sein müssen im Bestehenden, dessen revolutionäre Umbiegung sie sind; daß – um ein Beispiel zu geben – nur aus dem schärfsten, auf die Spitze getriebenen Klassenkampf die [63] Klassenlosigkeit, die Harmonie hervorgehen kann, die kein Volksbetrug ist, daß nur der glühendste Ausbeuterhaß die Menschenliebe zeugt, die keine ohnmächtige Phrase bleibt.

Das Geheimnis ist eben, daß dieser Jugenderzieher Dialektiker ist, daß ihm das A und O unserer Weltanschauung der zündende, lebenzeugende Antagonismus und seine prozessierende Lösung eigenstes Lebenselement ist.

> Und so lang Du dies nicht hast,
> dieses Stirb und Werde,
> bist Du nur ein trüber Gast
> auf der dunklen Erde.

Davon wissen die trüben, salzlosen Kulturphrasen aller halbsozialistischen Jugendpfleger nichts. Und darin liegt der tiefste Unterschied zwischen Hoernle und Graf. Er ist in ihren Schriften, in ihrer ganzen Persönlichkeit mit Händen zu greifen. – Möge er Alten und Jungen zum Anschauungsunterricht dienen. M. O...r.

*

Die Internationale
Jahrgang 2, Ausgegeben am 1. April 1920, Heft 22

Die Nichtauslieferung.

B e r l i n, 6. März.

Die deutsche Reaktion, ihr schärfster Vertreter, die deutsche Junkerschaft voran, hat einen Sieg errungen. Die Ententemächte haben auf die Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ verzichtet und haben damit ihren sichtbarsten Siegerpreis, den Skalp des Gegners, aus der Hand gegeben. Das bedeutet für die deutsche Reaktion nicht nur einen personellen Gewinn, da sie die „Helden“ des Weltkrieges mit alledem, was diesen „Helden“ während des langen Krieges angelogen wurde, weiter behalten darf, da sie mit dem Pfunde der Hindenburg und Ludendorff weiter wuchern kann. Es bedeutet einen weiteren Erfolg dadurch, daß die Entente einen Prestigeverlust größten Umfangs erlitten hat: sie ist vor der offenen Drohung des deutschen Junkertums zurückgewichen.

Woher kam das Zurückweichen? Das große Maul der preußischen Militärclique ist dafür keine ausreichende Erklärung. Denn das große Maul, das die Entente nicht schreckte, als dahinter noch etwas war, braucht sie auch heute noch nicht zu schrecken. Viel wirksamer scheint uns gewesen zu sein die Aktion, die der englische Oberst Malcolm, der Militärbevollmächtigte in Berlin, zugunsten der Militärclique eingeleitet hat. In bürgerlichen Zeitungen war darauf hingewiesen, wie Malcolm schriftlich und mündlich seiner Regierung die „Unmöglichkeit“ der Auslieferung vorgestellt habe. Wer die Informationsstelle des Obersten Malcolm in Deutschland ist, das ist bekannt und man kann mit aller Sicherheit behaupten, daß also die Entente in diesem Entschluß, der einen großen Sieg der deutschen Konterrevolution bedeutet, nicht ganz unabhängig gewesen sei.

Das war sie in der Tat nicht. Man weiß ja, daß den Ausschlag für diese Entscheidung die englische Regierung im Gegensatz zu der französischen gab und so sind die Gründe, die für diesen Gesamtentschluß der Entente maßgebend waren, mit den englischen Gründen im wesentlichen identisch. Ueber diese englischen Gründe aber belehrt uns ganz ausführlich die Adreßdebatte, die anläßlich der Eröffnung des englischen Parlaments stattfand. Da ist nichts mehr von Siegerstimmung. Da ist nichts von dem „Hochgefühl“, mit dem Alldeutschland ins Irrenhaus getorkelt wäre, wenn es umgekehrt gekommen wäre. Die englischen Staatsmänner sehen die Welt sehr nüchtern an und – ach, sie ist grau in grau.

[2] Dieses Bild, das sich den englischen Staatsmännern bietet und seine Einwirkung auf die Entschließung in Fragen der Auslieferung wird ganz klar in zwei Reden, der des Lord Robert C e c i l, der namens des linken Flügels der Unionisten sprach und der von B a l f o u r, der die Regierung vertrat.

C e c i l führt aus: er halte es für unpraktisch, im jetzigen Augenblick die Revision des Friedensvertrages zu verlangen, aber früher oder später müßten einige seiner Bestimmungen wohl revidiert werden. Die auswärtige Lage sei außerordentlich ernst, wohin man auch schaue. Die Lage in Aegypten sei ungewöhnlich ernst und besorgniserregend. In Mittelasien sei kaum ein Land, das nicht Ursache zu schwerer Besorgnis gebe. Es seien ihm keine ausführlichen Informationen über das gegeben worden, was sich augenblicklich in Syrien abspiele, doch hoffe er, daß sie über diesen und viele andere Punkte der auswärtigen Politik bei der Debatte darüber dem Hause würden gegeben werden. Aber was er inoffiziell über Syrien erfahren habe, sei beunruhigend und er sei nicht sicher, daß die Lage in Mesopotamien sehr ermutigend sei. Armenien sei in einer furchtbaren Verfassung und er sehe mit Besorgnis auf die (von Lloyd George angekündigte) Zurückziehung der britischen Truppen aus Batum. Diese Gefahren und Uebel in Mittelasien seien zum großen Teil der langsamen Verhandlung mit der Türkei zuzuschreiben. ... Und bedauerlicherweise sei die Situation in Mitteleuropa nicht weniger schwer. So schlecht auch die Darstellung Sir William Goodes darüber gewesen sei: inzwischen seien die Verhältnisse noch schlechter geworden. Die Ursache hierfür sei der ökonomische Zusammenbruch Europas. Diese Situation sei schon vor Monaten vor den Augen der Regierung gewesen. Was habe die Regierung mit ihren Verbündeten dagegen getan? Sie hätten Nahrungsmittel gesandt; aber das Abschicken von Lebensmitteln sei absolut kein Heilmittel, es mildere nur die Leiden. Das

müsse man natürlich tun, bis sie in Mitteleuropa wieder auf eigenen Füßen stehen könnten. Was aber habe die Regierung dafür getan? Weniger als nichts ... Er halte es nicht für möglich, Deutschland gegenüber ungerecht zu sein, aber nach seiner Meinung seien die Wiedergutmachungsbestimmungen auf ganz falscher Basis aufgebaut. Es sei eben, um Entschädigungen überhaupt zu erhalten, für Europa nötig, jene Völker wieder an die Arbeit zu bekommen, und zu harter Arbeit, sobald als möglich.

Und diesem Bilde fügte Balfour seinerseits folgendes hinzu: „Lord Cecil sprach überzeugend und mit großem Ernst und, wie ich denke, mit großer Kraft über die klägliche Situation in Europa. Er zeigte ein Bild, auf dem nicht ein Sonnenstrahl war und nicht eine helle Farbe, die das allgemeine Bild beleben konnte. Ich wollte, ich könnte diesen Sonnenstrahl oder diese belebende Farbe hinzutun. Aber auch ich denke, daß die Lage sehr schlecht ist und schlecht aus den Gründen, die Lord Cecil angeführt hat. Sie ist so schlecht, weil sie von ökonomischen Verhältnissen abhängt. Aber ökonomische Verhältnisse hängen nur ganz wenig ab von dem, was man durch Konferenzen, durch Friedensverträge, durch Zuteilungen und Wiederzuteilungen tun kann. Das alles bringt keine Kohle hervor, daß man damit reicht, das alles bringt keinen Zucker hervor, daß man damit reicht, das alles bringt keinen Weizen hervor, daß man damit reiht. Die Welt hat an diesen [3] Bedarfsgegenständen nicht genug. Und weiter ist es nicht gelungen, die Mittel zu beschaffen, die nötig sind, um sie vom Orte des geringsten Bedarfes nach dem Orte des größten Bedarfes zu bringen. Aber: was ist die Wurzel von allem? Es sind, denke ich, zwei Dinge: die Arbeit ist viel weniger produktiv als früher und der Kredit ist zerstört. Wie aber kann die Regierung den Kredit wiederherstellen und wie kann sie die Arbeiter jeder Art, Hand- und Kopfarbeiter oder was sie sein mögen, wieder zu ihrer Arbeitsleistung wie vor dem Kriege bringen? Es ist klar, daß diese zweite Aufgabe weit jenseits der Macht eines einzelnen Alliierten liegt. Ja: sie liegt jenseits der Macht aller Alliierten zusammen.

Tatsache ist, daß alle Arbeiter, gleichgültig welcher Art und welcher Schicht und welchen Grades von Ausbildung, Erziehung oder Kultur jetzt nicht soviel tun, als sie vor dem Kriege taten. Das ist wohl die wichtigste Tatsache von allen. Und wie nun können sie das wieder tun, ehe der Kredit wieder hergestellt ist? Bevor der Kredit nicht wiederhergestellt ist, kann die Maschinerie der Weltindustrie nicht wieder in Gang kommen. Man kann die Stoffe nicht von dem Ort ihrer Produktion an den Ort ihres Verbrauches bringen. Die Rohstoffe sind nicht an dem Ort, an dem sie verarbeitet werden sollen und die Lebensmittel sind nicht da, wo man sie essen soll. Kredit ist da so nötig wie Waren und Maschinen. Was soll da die Regierung tun? Wir kämpfen – ich sage kämpfen, wenn auch erfolgreich, aber nicht leicht und ohne Mühe, selbst mit furchtbaren finanziellen und Produktionsschwierigkeiten bei uns selbst. Wie können wir die Völker Europas, die aufgehört haben zu produzieren, wieder zur Produktion bringen? Wir tun unser bestes, um ihnen durch unser Beispiel zu helfen. Wie aber können wir darüber hinaus ihnen helfen, ohne selbst eine Last zu übernehmen, die zu tragen wir nicht imstande sind? ... Die ökonomische Lage Europas ist – darin stimme ich mit Lord Cecil überein – der vitale Punkt, den wir zu betrachten haben; aber er deutete kein Heilmittel an. Er beschrieb die Krankheit und ich folgte ihm darin und beschrieb sie ebenfalls nach meinen besten Kräften. Aber er hat kein Heilmittel gezeigt und ich glaube auch gar nicht, daß für Europa schnell oder überhaupt ein Heilmittel gefunden werden kann. Ob, wenn die ganze Welt zu vereinen wäre, wenn die Länder, die der Krieg reicher hinterließ, als er sie vorfand, ihr ganzes Gewicht zur Lösung dieser Frage beibringen würden, ob dann nicht eine erhebliche Besserung herbeigeführt werden könnte, das ist eine andere Frage, aber eine, über die ich mir nicht den Kopf zerbrechen möchte. Für uns ist die erste Pflicht – nicht die einzige, versteht sich – darauf zu achten, daß unsere große industrielle Gemeinschaft, um die in Wirklichkeit die ganze Sicherheit Europas sich dreht, in ihrer jetzigen Stärke intakt bleibt, in ihrer Stärke, die von Tag zu Tag mehr aufgebaut wird durch die Industrie, die Wirtschaft und die Unternehmungslust der Einwohner. Das ist unser größter Anteil, den wir an der Restauration Europas nehmen können ...“

Und um dieses Bild ganz vollständig zu machen, muß noch hinzugefügt werden das, was der Arbeiterabgeordnete Lunn am Tage zuvor im Unterhaus anläßlich einer Debatte über die „Nationalisierung“ – in Wirklichkeit Sozialisierung – des Bergbaues sagte. Er stimme, [4] führte er aus, schon seit

30 Jahren für Anträge zugunsten der Sozialisierung des Bergbaues, aber viele Jahre lang seien das nur fromme Wünsche gewesen. Seit dem Waffenstillstand sei das anders geworden. Das Volk sei erwacht und heute bestünden die Massen des Volkes auf Sozialisierung. Die Kampagne, die darum geführt worden sei, sei in ihrer Bedeutung herabgesetzt worden; für die aber, die sie mitgemacht hätten, sei sie soviel gewesen, wie eine Wahlkampagne mit allem ihren Enthusiasmus. „Um die Nationalisierung gebe es keinen Kompromiß. Er hoffe, daß die Lösung der Frage auf verfassungsmäßigem Wege erfolge, und er wünschte, das Haus würde den jetzt vorgeschlagenen Weg gehen und die Regierung würde sich für Sozialisierung erklären. Jetzt sei die letzte Gelegenheit, sich zu erklären, ob sie für Sozialisierung seien oder nicht. Die Konferenz, die dieser Tage zusammentrete, müsse auch die Frage prüfen, ob sie nicht zu einem großen nationalen Streik aufrufen müsse. Ihn gelüste nicht nach einem Streik, er glaube immer noch an die Macht des Votums. Aber was auch die Entscheidung der Konferenz sein möge: sie würde loyal angenommen und durchgefochten werden von allen Arbeitern landauf, landab. Gewiß würden die Streikfonds nicht lange vorhalten; aber glücklicherweise föchten sie nicht nur gegen Unterstützung. Ein Streik werde bitterer und gewaltiger, wenn die Entbehrung dazu komme. Man möge sich also nicht einbilden, daß die Frage der Streikunterstützung die Möglichkeit eines Streiks aufhebe. Die Regierung möge Maschinengewehre und Tanks bereitstellen, um die Bergleute und die andern streikenden Arbeiter niederzuschlagen. Auch das werde der Sache keinen Schaden tun; der Kampf werde weiter gehen, weil das Ziel der Sozialisierung der Bergwerke erreicht werden müsse. Kein Vorschlag auf Teilhaberschaft der Arbeiterschaft oder auf Gewinnbeteiligung würde diese Notwendigkeit beheben. Es gebe keine andere Lösung der Bergwerksfrage als die Enteignung; die Bergleute seien entschlossen, sich auf keine Teilhaberschaft oder Gewinnbeteiligung bei privatem Eigentum einzulassen.

Und auf diese deutlichen Worte hin erhob sich L l o y d G e o r g e und kündigte gegen die Sozialisierung der Bergwerke an den Kampf auf Loben und Tod.

Wir glauben sagen zu können – und das ist der Grund, aus dem wir diese Dinge so eingehend berichten, – daß in dieser Situation, in der sich England befindet, der Schlüssel liegt für alle Geschehnisse, die wir in der weiten Welt jetzt erleben.

Die englische Bourgeoisie hat in diesem Krieg den größten Machtzuwachs erreicht, den sie jemals in irgend einem vorhergehenden Kriege erhalten hat. Auch nicht der „hundertjährige Krieg“, auch nicht die napoleonischen Kriege haben der englischen Krone das gebracht, was ihr der Weltkrieg brachte: die unbestrittene Herrschaft über den Indischen Ozean, der zum englischen Binnengewässer geworden ist, die Herrschaft über die mohamedanische Welt und dazu eine Vormachtstellung in Europa, die England um übermenschliches Maß hinaushebt über alles, was sonst noch an europäischen Völkern kreucht und fleucht. Drei Kaiserreiche zerbrochen, Frankreich, Italien zu Vasallen geworden, all das Gewimmel der kleinen und kleinsten Staaten, die den europäischen Balkan bevölkern, lebend von den Almosen, die von dem Londoner Tische fallen.

[5] Es ist ganz klar, daß solch ungeheurer Machtzuwachs, der alle gewohnten staatlichen, militärischen, finanziellen und ökonomischen Verhältnisse, auch des Siegers England, sprengt, Schwierigkeiten außerordentlicher Art hervorrufen würde selbst dann, wenn ihm – kein Weltkrieg voranginge. So aber trifft er den Sieger in einem Zustande, der an sich seine Existenz in Frage stellt. Denn das Gespenst des Kommunismus geht durch Europa und verschont auch die Staaten nicht, die das Hufeisen des Versailler Vertrages an ihren Türpfosten genagelt haben. Und damit ist die englische Diplomatie vor die neue Aufgabe gestellt, die Frage ob gegen Militarismus (der Mittelmächte, versteht sich) oder ob gegen „Bolschewismus“ von neuem zu entscheiden.

All ihre bisherigen Mühen, all ihre Kämpfe und Siege dienten bisher dem Kampfe gegen den deutschen Militarismus. Der Kampf gegen den Bolschewismus stand durchaus in zweiter Reihe. Und das, was wir oben über die Debatten im englischen Unterhause berichteten, erklärt ohne weiteres, daß und aus welchen Gründen die englische Bourgeoisie sich jetzt entschließt, sich mit derselben Ausschließlichkeit dem Kampfe gegen den Bolschewismus zu widmen, selbst auf die Gefahr hin, daß der von ihr bekämpfte Militarismus daraus Früchte ziehe.

Denn zunächst ist kein Zweifel, daß der Abschluß eines Handelsabkommens und selbst eines Friedens Englands mit Rußland für England keine Aenderung des Verhaltens gegenüber der Räteregierung bedeutet, sondern nur eine Fortführung der bisherigen Politik mit andern Mitteln. England hofft in seinen Warenballen die Minen nach Rußland einschmuggeln zu können, die die Sowjets sprengen sollen, nachdem die Sprengungsversuche Koltschaks, Denikins und Judenitschs gescheitert sind. Ein Plan, von dem das darüber gar nicht entzückte Organ der französischen Regierung, der „Temps", sagt, daß er genial sei und an Genialität auch nicht dadurch verliere, daß England daneben hoffe, aus Rußland gegen billige Rubel das zu beziehen, was es sonst in Amerika mit teuren Dollars bezahlen müßte.

Dieser intensivste Kampf Englands gegen den Bolschewismus hat aber seine Folgen auf die gesamten europäischen Verhältnisse. Zunächst darf, wer die Revolution bekämpfen will, in keinem Lande die Gegenrevolution schwächen. Diesem Umstande haben es unsere „Helden" zu verdanken, daß der Becher, aus dem sie vor französischen Gerichten Bescheid tun sollten, jetzt an ihnen vorübergegangen ist. Diesem Grunde haben es die Türken zu verdanken, daß sie weiter in Konstantinopel bleiben, diesem Umstande haben es die Armenier zu verdanken, daß sie weiter von den Türken abgeschlachtet werden dürfen: es gilt, auf diesem heißen Boden, aus dem die Flamme der Revolution täglich schlagen kann, rasch eine Regierung zu schaffen, die dann imstande ist, das aufgehende Feuer im Proletarierblut zu löschen. Dem Umstande hat es auch Noske zu verdanken, daß er zunächst seine 200.000 Mann Reichswehr behalten darf, daß er seine 100.000 Mann von der alten Armee nicht zu entlassen braucht, daß die 100.000 Mann, die in der Reichswehr „außeretatsmäßig" durchgemogelt werden, gleichfalls bleiben, daß die Sicherheitspolizei, die Zeitfreiwilligen, die Einwohnerwehren, alle drei mehr oder weniger öffentliche Militärverbände, daß alle bleiben.

Die deutsche Bourgeoisie bleibt in Waffen.

Was aber bedeutet das zunächst für Deutschland? Zunächst das eine, daß die deutsche Politik ihrerseits wieder die Möglichkeit der Frei-[6]heit der Orientierung gewonnen hat. Sie kann sich gegen Osten oder gegen Westen wenden, wie es ihr gefällt. Und weil beiderseits verlockende Speisen winken, wird auch jeder einzelne mögliche Entschluß von irgend einer Seite befürwortet. An einem und demselben Tage (19. Februar) schreibt etwa die „Deutsche Zeitung": „eines rufen wir allen unseren Freunden zu, vor allem allen Baltikumkämpfern sowie unserem ganzen früheren Offizierkorps: K e i n D e u t s c h e r d a r f s i c h f ü r E n g l a n d d a z u h e r g e b e n, g e g e n S o w j e t r u ß l a n d d i e F l i n t e z u e r g r e i f e n"; an demselben Tage, an dem die gesinnungsverwandte „Kreuzzeitung" unter der Aufschrift „Die Gefahr ist riesengroß" zum Kampfe gegen Sowjetrußland aufruft.

Während vor 14 Tagen in der „Deutschen Tageszeitung" der Graf Reventlow in einer Polemik gegen den Kommerzienrat Rechberg betonte, daß die Interessen Sowjetrußlands und Deutschlands gleichermaßen gegen England gerichtet seien, mausert er sich augenblicklich zum entgegengesetzten Urteil durch. Während die „Frankfurter Zeitung" unbedingt für Abschluß eines Uebereinkommens mit Rußland ist und die, die deutsche Soldaten zum Kampfe gegen Rußland senden, Menschenhändler heißt, schreibt das Regierungsblatt „Vorwärts" am 20. Februar, Deutschland wolle in Rußland „Wiederaufbauarbeit" leisten „n i c h t g e g e n die Weststaaten, sondern H a n d i n H a n d mit ihnen". Das heißt: „Wiederaufbauarbeit" so, wie Lloyd George sie auffaßt.

Woher all diese verschiedenen Strömungen kommen, braucht hier nicht einzeln untersucht zu werden. Es ist teils die Fortsetzung des „westlichen" und „östlichen" Orientierungsstreites während des Krieges, teils nächstliegendes Handelsinteresse, teils Revanchepolitik, teils aber auch Politik einer politisierenden Landsknechtschar, die in der Tatsache des Krieges gegen Rußland neues Feld zur „Tätigkeit", zum Rauben, Morden und Plündern, gegen entsprechendes Gehalt natürlich, sieht. Das sind zumal die Kreise, auf die der in Berlin persönlich anwesende frühere Dumapräsident Gutschkow und der, des Inkognitos wegen, in ein Berliner Sanatorium verbrachte Oberst Bermondt Einfluß haben.

Wie dem aber auch sei, wie die Entscheidung fallen mag: über eines sind die Herrschaften sich alle klar. Die Entscheidung muß rasch fallen. Ein Militarismus wie der deutsche in seiner jetzigen Gestalt und Ausdehnung einerseits und andererseits getragen von einem Lande, das so zerstückelt und erschöpft ist, wie das jetzt, muß mit der Zeit verdorren. Der deutsche Militarismus muß, wenn er

überhaupt noch etwas entscheiden will, sich rasch entscheiden. Er braucht den Krieg, wenn er leben will und er braucht den Krieg, wenn er nicht sterben soll: positiv und negativ.

Es bedarf keiner Worte, um auszudrücken, wie diese veränderte Situation auf Frankreich wirkt. Frankreich sieht die Dinge anders als England. Frankreich weiß, daß gleichgültig, ob die deutschen Truppen, die marschieren, nach Osten oder nach Westen marschieren, sie als wichtigstes Ziel F r a n k r e i c h haben, Frankreich weiß, daß alle die Truppen, die zum Kampfe gegen den Bolschewismus mit oder ohne den Segen Englands in Deutschland zusammentreten, nicht nach Moskau, sondern nach Straßburg wollen. Für Frankreich ist der Kampf gegen den Militarismus das Hemd, das vor dem Rocke des Kampfes gegen [7] den Bolschewismus kommt, für England ist es heute umgekehrt. Und so mußte bei der Entscheidung dieser Frage die Entente in die Brüche gehen. Man kann heute getrost sagen: die Entente hat aufgehört zu existieren.

Es kann hier gleichfalls nicht unsere Aufgabe sein, darzustellen, welche Wirkung diese Wendung auf alle die Staaten hat, die all ihre Lebensmöglichkeit bauten auf eine dauernd starke Entente, die ihr Leben nur fristen konnten, wenn die Entente in Gestalt des Völkerbundes fortfuhr, die Geschicke Europas zu lenken. Wir meinen hierbei etwa Polen, die Tschechoslowakei, das vergrößerte Rumänien, Jugoslawien, die russischen Randstaaten usw. Das alles verschwindet hinter dem ungeheuren Ernst und der Gewaltigkeit der Aufgabe, die diese Situation für das Weltproletariat und für das deutsche zumal mit sich bringt.

Es ist dem deutschen Proletariat im bisherigen Verlauf der Revolution nicht gelungen, so wenig wie die deutsche Bourgeoisie, den deutschen Militarismus aus dem Sattel zu heben. Ja dieser ist heute in jedem Sinne stärker, als er im Sommer 1918 war. Mag in einem oder anderen die Ausrüstung gegenüber damals schlechter sein: unendlich viel besser als damals ist die „Stimmung“ in der Bourgeoisie, die in einem mächtigen nationalen Aufschwung sich befindet. Die deutsche Bourgeoisie wird morgen schon wieder ihre nationalistischen Bärentänze vollführen wie am 4. August 1914. Und das deutsche Proletariat ist schlechter daran, als es vor der Revolution daran war, ja noch schlechter als es vor dem Kriege daran war. Die sogenannten Errungenschaften der Revolution sind dahin. Die Arbeiterräte und die alten Betriebsräte sind dahin, die Akkordarbeit ist wieder eingeführt. Der Achtstundentag wird morgen schon nicht mehr sein: dafür ist das Koalitionsrecht, das Streikrecht, die Errungenschaft eines jahrzehntelangen Arbeiterkampfes von Noskes Bataillonen zertreten. Die Ausbeutung ist größer geworden, der Hunger auch und ein Belagerungszustand von nicht erschauter Brutalität schwingt die Geisel über den Millionen Sklaven. So hat sich die deutsche Bourgeoisie von Noskes Gnaden nach innen die Hände freigemacht, um nach außen die Entscheidung fällen zu können, die sie braucht.

Und damit zeigt auch die Revolution so recht wieder ihr eigentliches Gesicht. Da gab es auch in unseren Reihen Leute, die predigten, die Revolution habe sich, wie die Maus ins Loch – wo sie ja auch lebt – in die Betriebe verkrochen. Dort sei ihr Leben, die große, die politische Revolution sei tot. Und schon steht sie wieder auf und treibt den Kapitalismus zu neuen Kataklysmen. Schon hebt sie wieder an, ihre Reise mit Donnergang zu vollenden auf der großen Bühne des Weltgeschehens und nicht im Eckchen des Betriebes.

Denn jener Gegensatz zwischen Frankreich und England, den wir oben andeuteten, ist kein Gegensatz in der Einschätzung einer augenblicklichen Situation, in der der eine Recht, der andere Unrecht hat. Sie haben beide recht, denn beide lehren nur das unwandelbare Geschick, das über der bürgerlichen Gesellschaft waltet und das entweder zu ihrem Tode in neuen kriegerischen Katastrophen oder zu ihrem Untergang im Kommunismus führen muß. Die Stunde rückt unausweichlich heran, wo die große Frage an das menschliche Geschlecht: ob Kommunismus oder Untergang in die Barbarei, entschieden werden muß.

[8] Auf diese Schicksalsfrage des Menschengeschlechts kann die Bourgeoisie keine andere als jene zwiespältige Antwort finden, als die, die England und Frankreich geben, wo das eine nur die Scylla, das andere die Charybdis sieht. Und wer die Scylla vermeiden will, wird in die Charybdis hineinfallen. Die eindeutige Lösung, die eindeutige Erlösung kann nur der Kommunismus geben.

Wird das Proletariat in dieser großen Stunde, die naht, sich seiner Aufgabe bewußt und seiner Pflicht gewachsen zeigen? Das deutsche Proletariat zumal hat als Erbteil seiner Bourgeoisie mit auf den Weg bekommen die hohe Verständnislosigkeit für alle Dinge, die sich außerhalb der obrigkeitlichen Grenzpfähle abspielen. Wie der deutsche Spießbürger am meisten redet und deklamiert von Welt und Weltgeist und Weltgefühl und am wenigsten begreift, was auf dieser Welt hinieden wirklich sich begibt, so hat auch der deutsche Proletarier in seinem Fühlen wohl die Internationale in ihrer Bedeutung erfaßt, aber den Sinn der Realitäten auf dieser Welt haben die deutschen Proletarier in ihren Massen nicht begriffen. Sie stehen hier weit zurück hinter den englischen, französischen, italienischen Genossen, die die Bedeutung der Frage Rußland voll erkannt haben und die unendlich mehr für das Sowjet-Rußland getan haben, als die deutschen Proletarier, die es geduldet haben, daß ihre „Revolutionsregierung“ sich freiwillig als Henkersknecht gegen Rußland anbot.

Und in nicht all zu ferner Zeit wird das Verhältnis zu Rußland abermals der Prüfstein sein, an dem das deutsche Proletariat seine Reife zu erweisen hat. Denn in dem großen Kampfe, der nun kommt, wo nicht mehr im Schoße der Nationen die Proletarier gegen die Kapitalisten kämpfen, wo die proletarischen und kapitalistischen Welten gegeneinander stehen, wird Sowjetrußland die Kerntruppe sein, um die die Proletarier der Welt sich sammeln.

Wird das deutsche Proletariat auch dann wieder gelassen stehen, wenn seine Henker, die Junker, die Noskebanden, den Hammer aufheben, um Rußland zu zerschlagen?

Wird das deutsche Proletariat gelassen stehen, wenn seine Henker sich anheben, die Welt in Barbarei zurückzustoßen, so wie sie Deutschland zurückstießen?

Wird es gelassen stehen, wenn die sichtbare Verheißung proletarischer Zukunft zerstört werden soll?

Wird es auch da immer stille stehen?

Fürwahr: Untröstlich ist noch allerwärts;
Doch seh’ ich manches Auge flammen
Und klopfen hör ich manches Herz!

L a p i s D u r u s .

[9]

Wie es gekommen ist.

Von P. L.

... Es ist ganz selbstverständlich, daß der Zusammenbruch des deutschen Militarismus auch sein literarisches Nachspiel haben muß. Im Militarismus ist der deutschen Herrenklasse die Seele geborsten. Wer wird, wenn ihm die Seele bricht, sich nicht in die Einsamkeit zurückziehen und dort darüber nachsinnen, wie das kam. Und die Geständnisse, die zu Tage kommen, sind auch für den heutigen Kampf nicht ohne Bedeutung. Denn wenn wir, von unserem Standpunkt, an der Art des Zusammenbruches des deutschen Militarismus etwas auszusetzen haben, so ist es das: die Soldatenrevolte kam in einem Augenblick, in dem der militärische Zusammenbruch des deutschen Militarismus schon unabwendbares Geschick und den beteiligten Generälen – auf beiden Seiten – kein Geheimnis mehr war. Die Kapitulation der Hindenburg-Ludendorff war eine Frage von Tagen oder Wochen, sie war ja intern schon vorbereitet und nur die in diesem Augenblick losbrechende – bleiben wir bei dem Wort – Revolution hat den Bankrotteuren erlaubt, die Bankrotterklärung Anderen zu überlassen. Diese günstige Wendung erlaubt den Militaristen nun, weiter die Legende von ihrer Unfehlbarkeit aufrecht zu erhalten und dem Bankrott des eigenen Systems den „Dolchstoß aus der Heimat“ zu substituieren.

Immerhin ist man auch im „nationalen“ Lager sich nicht völlig einig. Einsam ehrliche Seelen finden sich, die die absolute Unfehlbarkeit dem preußischen Großen Generalstab nicht mehr so ohne weiteres zubilligen wollen. Solche Kritiken hat der Generalstab gefunden etwa bei dem Oberst I m m a n u e l [*)] und dann in einer kleinen, ruhig und nüchtern geschriebenen Schrift von Professor S t e i n h a u s e n .[**)]

[*)] Immanuel: Siege und Niederlagen im Weltkrieg. Berlin 1919.

[**)] Steinhausen: Die Grundfehler des Krieges und der Große Generalstab. Gotha 1919.

Sie sind beide Personen, gegen die sozusagen nichts einzuwenden ist. Steinhausen ist Verfasser einer Geschichte der deutschen Kultur, Immanuel ein lange Jahre zum Generalstab und, wenn ich nicht irre, zur Kriegsakademie kommandierter Offizier. Es ist also jedenfalls die erste Einwendung, die sonst gegen Kritiker des heiligsten deutschen Heiligtums von den bestallten Hütern erhoben wird, nicht vorzubringen: der Blasphemist sei von russischem oder englischem Gold bestochen oder überhaupt, er sei ein Semit.

Beider Kritik geht nun übereinstimmend dahin, daß der deutsche Generalstab bei Beginn des Krieges die feindlichen Kräfte nicht entsprechend eingeschätzt habe. Sie drücken das beide sehr vorsichtig aus. Steinhausen spricht davon, „daß der Generalstab den Krieg für aussichtslos gehalten hat und unter diesem Gesichtspunkt muß seine Einschätzung der Gegner, an den Kriegstatsachen gemessen, mehrfach beanstandet werden". Immanuel redet von einer „unzutreffenden Abschätzung der Gesamtlage bei Beginn des Weltkrieges in strategischer und moralischer Hinsicht".

[10] Also, bei Gott, milde Kritik. So zart gesprochen wie ein Pater zu einem kranken Kinde spricht, dem er nicht weh tun will. Aber das hat schon genügt. Die zur Verteidigung des Unfehlbarkeitsdogmas bestallten Militärjesuiten haben sich an die Arbeit begeben. Erst machte sich das „Militärwochenblatt" über die unwillkommenen Kritiker her, dann das „Deutsche Offiziersblatt" und weil das alles noch nicht zu genügen schien, ist nunmehr ein eigenes Buch erschienen, in dem der General von K u h l[*)] die Verteidigung des Generalstabs führt. Es ist, wie er selbst im Vorwort bemerkt, keine Privatarbeit; das Buch ist geschrieben worden auf Anregung vieler alter Generalstabsoffiziere und es soll „nach der Auflösung des Großen Generalstabes Rechenschaft ablegen von dem, was er vor und in dem Weltkrieg erstrebt und geleistet hat".

Das Gefühl, daß eine solche Rechtfertigungsschrift, auch rein literarisch, noch vonnöten sei, daß insbesondere Ludendorffs Feldwebelsgepruste nicht das sei, was man als Rechtfertigungsschrift des deutschen Generalstabs erwarten könne, dieses Gefühl hat also offenbar auch in einer großen Zahl deutscher Generalstabsoffiziere obgewaltet. Und man wird weiter gestehen können, daß jetzt der deutsche verflossene Generalstab den besten Vertreter gefunden hat, den er finden konnte: alter Generalstabsoffizier, Mitarbeiter am Werke, wo es am verschwiegendsten war, Vertrauter von Schlieffen, literarisch und geistig beste Generalstabstradition. Da, wo also auch hier die Verteidigung versagt, liegt es nicht am Verteidiger, sondern an der Sache.

Wir wollen bei allem, was Kuhl zu sagen hat, uns in die Einzelheiten nicht verlieren. Den Vorwurf etwa, daß der Generalstab die Stimmung der Armee nicht gekannt und nicht kennen zu lernen versucht habe, weist er zurück. Was soll ein Streit etwa darüber, ob die Methoden, die der Generalstab zur Erlangung seiner Kenntnisse auf diesem Gebiete anwandte, die richtigen waren? Ob es überhaupt möglich war, ein richtiges Bild über den Zustand des Mannes im Graben auf andere Weise zu bekommen als dadurch, daß man – selbst in den Graben ging? Das und alles Aehnliche sind ja nur Details, die zurücktreten hinter der Kernfrage, die auch Kuhl – nach der räumlichen Ausdehnung, die er ihrer Behandlung zuweist – als die Hauptfrage ansieht: hat der Generalstab – zu Anfang und während des Krieges – die Gesamtsituation „strategisch und moralisch" richtig eingeschätzt?

Wenn Kuhl zur Bejahung dieser Frage kommt, so kommt er dazu auf einem Wege, der, ganz abgesehen vom Resultat, schon rein methodisch falsch ist. Denn jene Frage beantwortet er damit, daß er die vom Generalstab jährlich ausgearbeiteten Berichte über die Armee der gegnerischen Länder heranzieht und durch diese beweist, was wohl kein Mensch anders erwartet hat: daß der Generalstab in fleißiger Arbeit sich über die Entwicklung der anderen Armeen auf dem Laufenden gehalten, ihre Fortschritte zahlenmäßig und technisch festgestellt und anerkannt hat und zu der Erkenntnis gekommen ist, daß a b s o l u t die Kraft der Staaten, die schon vor dem Krieg als Gegner in Betracht kamen, wuchs. Die Beurteilung einer Gesamtsituation ist aber nicht die Feststellung eines absoluten Verhältnisses auf der einen Seite, sondern die Feststellung eines r e l a t i v e n Verhältnisses, das den Kräften und dem Kräftezuwachs [11] auf der einen Seite die Kräfte und den Kräftezuwachs auf der anderen

[*)] von Kuhl: Der Deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges. Berlin 1920.

Seite gegenüberstellt. Die Tatsache also, die Kuhl behauptet und beweist, daß der Generalstab die französische und russische Armee sehr hoch eingeschätzt habe, ergibt noch keine Antwort auf die Frage, ob nicht das relative Urteil des Generalstabes ein falsches gewesen sei.

Doch das allein ist es nicht. Es kommt noch ein zweites hinzu. Eine Situation, sei es eine militärische, sei es eine politische, kann endgültig erst beurteilt werden dann, wenn die Situation. da ist. Denn eine solche Beurteilung der Situation ist nicht ein einfaches statistisches Rechenexempel, sondern die Mitbetrachtung imponderabler, moralischer und politischer Faktoren. Insofern ist also alle zuvor geleistete Schreibtischarbeit, also hier etwa Berichte über fremde Armee usw. ein sehr wertvoller Beitrag für den, der das Urteil im letzten Augenblick zu bilden hat, aber es ist unzulässig, jene zuvor geleistete Schreibtischarbeit ohne weiteres mit dem schließlichen und entscheidenden Urteil zu identifizieren. Das s c h l i e ß l i c h e Urteil kann von aller Vorarbeit abweichen und so entweder zu einem richtigeren oder einem falscheren werden, als es auf Grund der Vorarbeiten zu erwarten war. Wir können aus diesem Grunde auch nicht mit der leichten Handbewegung Kuhls die Stimmen aus der Welt schaffen, die Steinhausen heraufbeschwört: die zu Anfang des Krieges in Deutschland herumrenommierten, wie die Franzosen auskratzten, wie ihre Feldartillerie schlecht sei, wie sie keine Schuhe und Stiefel hätten, wie die Russen liefen usw. Stimmen, die nicht aus der großen Masse kamen, sondern, wie Steinhausen hervorhebt, aus Generalstabskreisen. Auch solche Stimmen sind von Bedeutung. Einmal können sie der unmittelbare Ausdruck, das Widerspiel dessen sein, was man „oben“ denkt. Der Verdacht, daß diese Rodomontaden das gewesen seien, ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man den bekannten Bericht des Attachés von S c h ö n heranzieht, der ja in jenen Tagen von Berlin nach München zu berichten wußte, daß „preußischer Generalstab Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegensehe“ usw. Dann aber kommt in Betracht, daß kein noch so hoher General, und sei er selbst Chef des preußischen Großen Generalstabs, sich gewissen seelischen Einflüssen entziehen kann. Die „Stimmung“, die unten herrscht, schlägt nach oben durch. Im entscheidenden Augenblick ist kein General – er müßte denn ein ganz Großer sein – jenem Fluidum entzogen, das ihn mit seiner Umwelt verbindet. Und diese Stimmung, die unten, d. h. auch bis in die Stube hinein herrschte, war ganz richtig die, die Steinhausen wiedergibt. Frankreich hatte für die Herrschaften aufgehört zu existieren. Es zählte nicht mehr mit. Und man hat Beweise, daß diese Stimmung die „Oberen“ mitriß. Wir erinnern etwa nur an die erbauliche Geschichte, die im französischen Gelbbuch wiedergegeben ist über der – man muß schon sagen – Abschub des französischen Botschafters von Berlin. Solch ein Gemisch von Tölpelhaftigkeit und Brutalität erlaubt man sich nur gegenüber einem Staate, den man schon aus der Liste der Lebendigen gelöscht hat.

Kuhl selbst aber gibt uns den Beweis, daß die unglaubliche Unterschätzung Frankreichs in den entscheidenden Stunden auch den Generalstab beherrscht hat. Denn von einem allerdings etwas späteren Zeitpunkt, aber immer noch in der ersten Zeit, in der man überhaupt mit dem „Feinde“ zu tun hatte, d. h. von Ende August und Anfang September 1914 schreibt er: „Das Bild, das wir uns vom Feinde machten, traf [12] nicht zu ... Von der Nachbararmee gingen Mitteilungen ein, wonach die vor ihr befindlichen Franzosen „entscheidend“ geschlagen waren. Der Feind „flutete in voller Auflösung auch südlich der Marne zurück“. ... „Do erfolgte der große planmäßige französische Gegenangriff ...“

Wer glaubt, daß es möglich sei, daß dieselbe deutsche Heeresleitung, die noch am 1. August 1914 an die erste Qualität der französischen Armee geglaubt haben will, am 1. September an eine völlige Auflösung der französischen Armee hätte glauben können, ohne daß es inzwischen zu der Zerstörung ganzer Armeen, zur Gefangennahme von Hunderttausenden, zur Wegnahme von Tausenden von Geschützen gekommen war? Nein: man kann getrost sagen: die Heeresleitung, die sich am 1. September so willig in den Glauben von der „zurückflutenden“ und „entscheidend geschlagenen“ französischen Armee wiegen ließ, die konnte schon am 1. August nicht mehr durchdrungen gewesen sein von der Bedeutung der französischen Armee, die sie tatsächlich hatte und die ihr auch der deutsche Generalstab hätte beimessen müssen, wenn er am 1. August noch die Berichte vor Augen gehabt hätte, auf die er sein Urteil bauen mußte.

Die Weltgeschichte kennt auch Witze. Zum Apparat des deutschen Generalstabs gehörte auch die Stimmungsmache, die dem deutschen Spießbürger das Gefühl seiner in alle Wege bestehenden

Ueberlegenheit über das korrupte Franzosenvolk beibringen sollte. Wunderbar ist die Stimmungsmache dem deutschen Generalstab gelungen. Mit suggestiver Gewalt verbreitete sich das Gefühl der deutschen Superiorität. Doch wehe: ehe noch e i n deutscher Stammtisch der Suggestion erlegen war, hatte die „Stimmung“ bereits ihr erstes Opfer gefordert: den großen Generalstab selber. Vergessen waren alle die schönen Berichte, die vor dem 1. August geschrieben, in Schreibtischen und in Aktenmappen sorgsam verstaut waren und die zur Vorsicht und zum Respekt mahnten. Alles war weggeschwemmt von der „Stimmung“. Es hatte der Knecht den eigenen Herrn geschlagen.

Und damit kommen wir von jenem Grundfehler, dem der deutsche Generalstab am 1. August 1914 und in diesen Heldentagen unterlag, zu den Fehlern, die schon vor dem 1. August 1914 begangen waren und die zu verbessern am 1. August 1914 kaum mehr in irgend eines Menschen Macht stand.

Während des Krieges hat einmal ein Franzose – wir glauben, es war Maurice Barrès – geschrieben, es sei doch sonderbar, wie die Deutschen auf jedem Gebiete Meisterwerke geschrieben hätten: in Kunst und Kulturgeschichte, in Medizin und Theologie, in Nationalökonomie und Naturwissenschaften, in Philosophie und Mathematik. Nur auf einem Gebiet hätten sie kein großes Werk zu verzeichnen: dem der Psychologie. Barrès meinte das damals in Hinblick auf die diplomatischen Leistungen der deutschen Sendboten im Ausland. Was aber auf die Diplomatie zutrifft, das trifft eben so sehr oder noch viel mehr auf die Kriegsführung zu. Die Kriegsführung ist doch kein rein mathematisches Exempel, in dem, wie im Schachspiel, tote Figuren gesetzt werden. Auch Krieg ist für die Zeit, in der es überhaupt noch Kriege gibt, ein Stück Volksleben – und wenn auch ein barbarisches – und ist ein Stück Volksleben gerade um so mehr, als die Heere durch Aushebung usw. zu „Volksheeren“ werden, wie man das so nennt, d. h. aufhören, Berufsheere zu sein. Je mehr sie so „Volksheere“ werden, um so mehr geht ein Stück Volkscharakter in die Heere wie in die Heerführung über [13] und um so mehr wird dieser Volkscharakter ein Faktor, mit dem auch der Gegner zu rechnen hat. Das heißt: die Psychologie wird mehr und mehr ein strategischer Faktor.

Die Einbeziehung dieser psychologischen Faktoren in den Kriegsplan war nun die Stärke der Franzosen, während ihre Außerachtlassung der grundlegende Fehler des deutschen Kriegsplanes war. Und das wollen wir in folgendem noch zu zeigen versuchen.

Man tut den Franzosen unrecht, wenn man ihnen unterstellt, das Wort „boche“ sei nur ein gewöhnliches Schimpfwort. Darüber hinaus stellt es einen festumrissenen psychologischen Typus dar: ein Gemisch von Ungestüm, Plumpheit, Schwerfälligkeit, Krafthuberei und auch Brutalität. Diesen feststehenden Begriff haben die Franzosen als deutsches Attribut in ihren Kriegsplan eingestellt.

Kuhl schreibt über französische Ausbildung und Taktik S. 23 f.: „Es herrschte in Frankreich die Neigung, aus der Tiefe zu operieren und zu fechten. ... Durchweg erkennt man überall den deutschen Grundgedanken des kunstvollen Manöverierens. Man vermied frühzeitige Entfaltung. Hinter einem breiten Schleier von Vortruppen warteten die Hauptkräfte auf die Gelegenheit zum überraschenden Angriff. Dieser Grundgedanke beherrscht sowohl die erste Bereitstellung des Heeres wie die Bewegungen im Armeeverband und die Gefechtsführung im Großen wie im Kleinen.

Ausdrücklich stellte man sich damit in Gegensatz zu dem „deutschen“ brutalen Verfahren, das man sich folgendermaßen vorstellte: grundsätzliche Umfassung, Vormarsch in breiter Front ohne Tiefengliederung höchstens mit Staffeln hinter den Flügeln, in der Schlacht gleichzeitiger Einsatz der Kräfte ohne starke Reserven.“

Mit einem Worte: es war den Deutschen unterstellt die Psyche eines Stieres, der auf das rote Tuch rennt, mit aller Kraft, wo immer man es auch hinhält. Und nun ist die Frage zu prüfen, inwieweit diese französische Psychologie richtig war oder falsch. Auch Kuhl prüft diese Frage, aber er prüft sie erst vom 1. August 1914 ab, d. h. nur im Stadium der Ausführung der beiderseits geplanten Aufmärsche.

Die Prüfung muß aber schon in einem früheren Zeitpunkt einsetzen. Es muß bereits geprüft werden, ob nicht die Aufmarschpläne selbst schon Ausfluß der grundverschiedenen psychologischen Verfassung auf beiden Seiten waren und wir wollen versuchen, das nachzuholen.

Der französische Kriegsplan war auch nicht von gestern auf heute entstanden. Im Gegenteil: er hat ein viel älteres Datum als der Deutsche. Im Jahre 1873 schrieb der damalige Major Ferron ein Buch, betitelt : Considérations sur le système défensif de la France. Das System, das er darin entwarf, war folgendes: die gesamte Ostgrenze Frankreichs ist so zu befestigen, daß ein Durchbruch – jedenfalls für große Heermassen und auf breiter Front nicht möglich ist. Dann ist der Gegner, d. h. Deutschland, gezwungen, diese Festungslinien zu umgehen. Die Umgehung durch die Schweiz wird erheblichen geographischen und militärischen Schwierigkeiten begegnen. Zu allem Ueberfluß aber fordert Ferron auch noch die Befestigung der französischen Grenze gegen die Schweiz. Dann bleibt den Deutschen kein anderer Weg zur Umgehung mehr als der durch Belgien. Und um ihnen diesen ja recht schmackhaft zu machen, ja, um sie dazu zu verleiten, den Weg durch Belgien zu nehmen, fordert Ferron die vollständige Entfestigung der [14] französischen Nordgrenze. Sind nun die Deutschen auf diese Weise jenseits des französischen Festungsgürtels an der Ostgrenze angelangt und vermögen die Franzosen die Deutschen nicht zu schlagen, so ziehen sie sich nicht auf Paris zurück, sondern dem östlichen Festungsgürtel entlang nach Süden – Südwesten. Sie würden damit entweder die Hauptstadt entsetzen, indem sie den Feind zwängen zu folgen, oder sie würden ihn, wenn er trotzdem nach Paris marschierte, in der Flanke und in der Rückzugslinie bzw. Verbindungslinie bedrohen. Dieser exzentrische Rückzug gab dann weiter die Möglichkeit zu einem überraschenden Angriff, sobald die Deutschen in die Linie Verdun-Paris eindringen, bzw. wenn sie diese Linie überschritten hatten.

Es ist ganz klar, daß ein solcher Plan, der große Teile des eigenen Landes der feindlichen Invasion preisgab, erst auf Bedenken stieß und nur insoweit befolgt wurde, als er die lückenlose Befestigung der Ostgrenze verlangte, d. h. kein Risiko enthielt. Als aber Ferron selbst in leitende Stellungen kam – er war 1887–89 Kriegsminister – brachte er auch den andern Teil seines Systems, die Oeffnung der Nordgrenze, zur Verwirklichung

Der ganze Plan trägt schon alle Züge französischer Strategie in dem Sinne, wie sie Kuhl selbst in der oben angeführten Stelle definiert. Er ist ein kunstvolles Manöver, er verlegt die Hauptkampflinie tief ins Innere des Landes, d. h. er verlegt eine tiefe Gliederung der Streitkräfte, er deckt mit vorgeschobenen dichten Schleiern die weit zurückgehaltenen Hauptkräfte. Das alles aber ist nicht so charakteristisch wie das eine: er rechnet mit einer prophetischen Sicherheit auf eine ganz bestimmte feindliche Psyche, er schafft die Voraussetzungen, durch die er den gegnerischen Willen in die Richtung zwingt, die dem französischen genehm ist. Der französische Plan rechnet mit der Gewißheit: der „boche“ wird sich blind in das Loch stürzen, das ihm geschaffen wird.

Und nicht nur rein strategisch, sondern auch politisch war der Deutsche damit in die Bahn gedrängt, in der ihn die Franzosen haben wollten. Die Franzosen kannten ganz genau die politischen Wirkungen des deutschen Durchbruchs durch Belgien. Sie wußten, daß sie auf diese Weise die belgische und die englische Hilfe bekommen würden. Sie wußten, daß die Deutschen es sein würden, die sie ihnen zutreiben werden. Damit wird dann auch das ganze Gerede auf den richtigen Punkt zurückgeführt, das während des Krieges und selbst jetzt wieder in dem Kuhlschen Buch einen so breiten Raum einnimmt: daß aus diesen oder jenen Anzeichen zu entnehmen sei, daß Frankreich bereits im tiefsten Frieden mit der aktiven Mitwirkung Belgiens gerechnet habe, „also“ mit Belgien verbündet gewesen sein müsse. Die Prämisse ist richtig, aber der daraus gezogene Schluß ist falsch. Mit der Mitwirkung der Belgier haben die Franzosen freilich gerechnet und schon seit Jahren, die zur Herbeiführung der Mitwirkung notwendigen politischen Voraussetzungen zu schaffen, die überließ der französische Generalstab nicht der französischen Diplomatie, sondern – der deutschen.

So wird man im Voraus gestehen müssen: in der strategischen und politischen Anlage des gesamten Kriegsplanes waren die Franzosen den Deutschen überlegen. Denn vor allem: sie diktierten den Deutschen, obgleich selbst in der Defensive das Gesetz des Handelns. Und wenn Steinhausen (S. 34) vom Schlieffenschen Plan sagt, daß er eine „suggestive Macht über den Generalstab besessen“ habe, daß „dieser [15] darauf eingeschworen gewesen“ sei, so ist Kuhl im Unrecht, wenn er das mit einer leichten Handbewegung beiseite schiebt. Es war in Wirklichkeit noch etwas ganz anderes. Der Schlieffensche Plan war die Willensreaktion, die die Franzosen bei Aufstellung ihres Kriegsplanes vorausgesetzt und berechnet hatten. Der Schlieffensche Kriegsplan, zunächst mit seinen politischen Folgen

bei Eröffnung des Krieges und dann mit seinen militärischen Folgen nach Eröffnung des Feldzuges war der erste große Sieg, den die Franzosen über die Deutschen errungen hatten, lange bevor ein Schuß gefallen war und lange bevor der Herr von Schön die Note am Quai d'Orsay abgab, worin Deutschland an Frankreich wegen der Bomben auf Nürnberg den Krieg erklärte.

Und nun erst, nachdem wir dieses geprüft haben, können wir zur Prüfung der anderen, von Kuhl allein geprüften, Fragen übergehen, wie in der operativen Ausführung ihrer Pläne der deutsche und der französische Generalstab sich zu einander verhalten haben. Wer richtig handelte und wer falsch. Das ist nun freilich ein Punkt, in dem schon heute kaum mehr eine wesentliche Differenz besteht. Kuhl selbst schreibt darüber (S. 24):

„Unser Vormarsch durch Belgien und Frankreich im August und September 1914 schien den Ansichten zu entsprechen, die sich die Franzosen von unserem operativen Vorgehen gemacht hatten: Vormarsch in breiter Front mit der deutlichen Absicht der Umfassung des linken französischen Flügels. Leider behielten auch die Franzosen darin recht, daß nur geringe Reserven folgten ... Wir gaben den Franzosen Gelegenheit zu ‚manöverieren' und das geschilderte Verfahren auszuführen. Das manoevre de retraite begann, nachdem die Kämpfe unserer Armee fast überall erfolgreich gewesen waren. Planmäßig setzte Joffre das französische Heer durch einen Rückmarsch vom Feinde ab, um dann zum überraschenden Angriff gegen den nachdringenden Feind überzugehen."

Damit trat also das ein, was man, wenn man im großen Generalstab sich wirklich mit Frankreich beschäftigt hatte, erwarten mußte. Eine Möglichkeit, mit der man in ruhigeren Zeiten offenbar auch im Generalstab gerechnet hatte. Denn bei seiner Darstellung des Schlieffenschen Planes spricht auch Kuhl von dem, was zu geschehen hätte, wenn die Franzosen „eine große Defensivflanke in der Linie La Fere–Paris" bildeten oder „wenn der Feind die Oise aufgab und hinter die Marne oder Seine zurückging" (S. 169).

Also diese letzte Eventualität war nunmehr eingetreten. Und was war die Folge? Zunächst das eine, daß man im großen Generalstab völlig benebelt war von diesem „Siege". Man hatte im Siegerrausch schon überhaupt vergessen, daß der Rückzug ein planmäßiges Manöver sein könne. Wir haben schon oben die Stelle von Kuhl angeführt, nach der die „Nachbararmeen" den „entscheidenden Sieg" über die zurückflutenden Franzosen meldeten. Bescheiden, wie er ist, gibt Kuhl aber auch zu, daß auch er und sein Kommando der 1. Armee jener Suggestion vom „zurückflutenden" Feinde unterlegen waren. Er schreibt (S. 25):

„Ich erinnere mich, daß uns bei der 1. Armee vorher schon Zweifel kamen, ob die Auffassung vom ‚zurückflutenden' Feind zutreffend sei ... Es waren aber schon alle befohlenen Bewegungen im Gange."

[16] Das heißt: alle die Bewegungen, die befohlen worden waren auf Grund der Auffassung vom „zurückflutenden" Feind.

Und so kennen wir als erste Folge des planmäßigen „manoevre de retraite" der Franzosen feststellen: der gesamte deutsche Generalstab hielt das für einen entscheidenden Sieg und – verlor den Verstand darüber.

Das sollte sich sofort zeigen. Bei dem Kräfteverlust, den jede Offensive und jeder Vormarsch mit sich bringt, konnte die Offensive des rechten deutschen Flügels nur durchgeführt werden, wenn hinter der Front starke Reserven marschierten. Und das war gerade bei diesem Vormarsch noch ganz besonders vonnöten aus drei Gründen. Die französischen Kräfte wurden mit jedem Tag ihres Rückmarsches stärker, weil sie sich mit jedem Tage mehr ihren Hauptkräften näherten. Dann: die deutschen Räume dehnten sich von Tag zu Tag mehr, weil von Tag zu Tag der deutsche Flügel nicht nur nach Süden weiter vorschritt, sondern auch nach Westen weiter ausgreifen mußte. Endlich aber: das deutsche Manöver mit einem in der Luft hängenden Angriffsflügel war an sich ein gewagtes und erforderte besondere Reserven für alle Gefahren, die aus diesem besonderen Umstande erwachsen mochten.

Aus diesem Grunde war nach dem Schlieffenschen Plane vorgesehen, Teile des linken deutschen Flügels alsbald nach Beginn der Operation auf den rechten Flügel zu werfen. Was aber tat die deutsche Heeresleitung im Vollgefühl ihres „entscheidenden“ Sieges? Sie beließ nicht nur alle Truppen auf dem linken Flügel, sondern nahm auf dem rechten Flügel, wo sie am nötigsten gebraucht wurden, zwei Armeekorps weg, um sie nach Rußland zu schicken, wo sie, wie Ludendorff in seinen „Erinnerungen“ erzählt, nicht einmal angefordert worden waren.

Das war die erste Folge des „entscheidenden“ Sieges. Und die zweite war diese. Für den Fall eines Zurückgehens der Franzosen hinter der Marne war, wie wir schon oben ausführten, im Schlieffenschen Plan eine Variante vorgesehen, nämlich, daß dann der deutsche rechte Flügel westlich und südlich um Paris herumzugehen hatte. (Kuhl S. 168.) Die Gründe sind klar, warum man Paris mitumfassen mußte. Und was geschah 1914? Angesichts des „entscheidenden“ Sieges und des „zurückflutenden“ Feindes „faßte die Oberste Heeresleitung den Entschluß, den Feind von Paris abzudrängen und mit dem rechten Heeresflügel links einzuschwenken“ (Kuhl S. 23).

Und das dritte: der Schlieffensche Plan war auf eine einseitige Umfassung durch den deutschen rechten Flügel ausgegangen und hatte dabei dem linken deutschen Flügel (6. und 7. Armee) nur beschränkte defensive Ziele und demgemäß nur beschränkte Kräfte zugewiesen. Und was war daraus geworden? Kuhl selbst sagt (S. 181):

„Der Verlauf von 1914 hat den Erwartungen nicht entsprochen. Es gelang nicht, entbehrliche Kräfte vom linken auf den rechten Heeresflügel zu bringen, dieser blieb schwach und wurde durch Abgaben weiter geschwächt. Die 6. und 7. Armee wurden nach der Schlacht in Lothringen nicht rechtzeitig festgehalten, vielmehr angewiesen, über die Mosel zwischen Toul und Epinal durchzubrechen, während der rechte Heeresflügel links einschwenken sollte. Aus der großen Umgehung durch Belgien und Nordfrankreich sollte nun eine Umfassung rechts und links, eine ‚Einkreisung‘ werden. Sie mißlang auf beiden Seiten.“

[17] Qui trop embrasse, mal étreint!

Und so war dann Wort für Wort eingetroffen, was die Franzosen von den Deutschen erwartet hatten. „Grundsätzliche Umfassung, Vormarsch in breiter Front ohne Tiefengliederung, in der Schlacht gleichzeitiger Einsatz aller Kräfte ohne starke Reserven.“ Und weiter: sie waren blindwütig genau dahin gelaufen, wohin die Franzosen sie haben wollten. In ihrer Raserei verloren sie Paris aus dem Auge und rannten in die Zange Verdun-Paris hinein.

Die Franzosen haben damit gerechnet und haben damit recht behalten, daß die deutsche Armeeorganisation im Kriegsfalle Füße und Fäuste, aber kein Hirn haben werde. Daß in ihrem Kopfe nur der eine Satz spuken werde: „Immer feste druff“.

„Das breite Vorgehen der Deutschen“, sagt Kuhl (S. 26), „ohne genügende Reserven war zwar ähnlich dem Bilde verlaufen, das sich die Franzosen von dem operativen Vorgehen der Deutschen gemacht hatten. Es war aber auch nach deutschen Begriffen nicht richtig.“

Es kann sein, daß es nach d e n deutschen Begriffen nicht richtig war, die man sich in ruhigen Zeiten in dem stillen Hause am Königsplatz gebildet hatte. Es war aber richtig nach den „Begriffen“, die galten, als man vom Königsplatz ins freie Feld rückte.

Und taten die Franzosen falsch, als sie den Deutschen für den Ernstfall d i e s e und nicht j e n e Begriffe beimaßen? Auch der Stier, der auf den Triften Andalusiens weidet, geht nach dem saftigeren Grün der fetteren Gräser. Und hat deswegen der Espade unrecht, wenn er mit Sicherheit darauf rechnet, der Stier werde trotzdem in der Arena nach der roten Farbe springen? Beiden nahm das Rote den Verstand: dem Stier das rote Tuch, dem deutschen Generalstab das rote Blut.

Da mag wohl eine Wahlverwandtschaft vorliegen.

*

Die Politik der Entente.

III.

1. März 1920.

Es gibt Narren, die sich Dadaisten heißen.

Ihr Hauptvergnügen besteht darin, Simultangedichte vorzulesen: da treten sechs oder sieben solcher Kerle aufs Podium, die Fratzen bunt angeschmiert, bewaffnet mit Pauken, Tamburins und Kindertrompeten und beginnen gleichzeitig nach allen Himmelsrichtungen und in verschiedenen Sprachen ein sinnlos Gestammel zu vollführen, unterbrochen vom Höllenspektakel ihrer Lärminstrumente.

Und unten sitzt das Publikum und schaut sich diese Kunst an.

———

Es gibt die Entente. Die treibt Simultanpolitik. Mit Lärm deklamieren die dadaistischen Politiker ihre verschiedensprachigen Sprüchlein.

Und unten fit das Publikum und hört sich das Konzert an.

Spürts allerdings auch am eigenen Buckel. Der juckt manchmal, und manchmal kratzt sich das verehrliche Publikum. Aber nur manchmal.

Und die Dadaisten simultandeklamieren weiter.

———

[18] Ist unser Bild richtig?

Nein und ja.

Nehmen wir irgend eine der großen politischen Zeitungen der Welt. Da liegt der „Temps“ vom 25. Februar vor uns.

Leitartikel: „Das Los der Türkei“. (Ein Simultangedicht.)

Ist das Thema neu? O nein! Ist es gelöst? O nein! Ist es lösbar? Hört doch selbst!

„Das gesamte türkische Problem steht wieder einmal in London auf der Tagesordnung. Die Führer der alliierten Regierungen befinden sich nicht alle in der gleichen Lage, wenn sie an diese Probleme gehen. Das macht die Diskussion so kitzlich.“

Wieso befinden sich die „Führer“ der unterschiedlichen Regierungen nicht in der gleichen Lage? Nun, der „Temps“ sagt es klipp und klar:

„Herr Millerand hat hinter sich die kompakte Masse der französischen öffentlichen Meinung, die die Aufrechterhaltung einer unabhängigen und zugänglichen Türkei fordert. Dieses Programm birgt keinen Hintergedanken. Es besteht einfach in der Respektierung des Daseins einer Nation, die ein Recht, zu leben, besitzt“.

Ist das nicht rührend? Doch was den „Hintergedanken“ betrifft, so ist der Leitartikel doch nicht ganz aufrichtig. Was denkt er von Syrien? Das ist bekannt: Syrien gehört, natürlich/ den Franzosen. Aber:

„Die Türkei von morgen müßte alle Territorien umfassen, auf denen die Bevölkerungsmajorität türkisch ist oder aus solchen Bewohnern besteht, die ihr Glaube oder ihre Lebensinteressen zwingen, im Verein mit den Türken zu leben.“

Wobei natürlich die syrische Bevölkerung nicht in Betracht kommt. (Befragt hat man sie allerdings nicht.) Für solch einen Staat schwärmt also Frankreichs größte politische Zeitung. Und:

„Ein solcher Staat muß Konstantinopel zur Hauptstadt haben ...

Aber es hieß dort schon vor Wochenfrist, daß der Oberste Rat sich entschlossen hat, Konstantinopel den Türken zu lassen. „Ein Triumph der französischen Politik“, so hieß es; denn die französische

Politik schlug immer diese Lösung vor: Konstantinopel bleibt dem Sultan, aber die Meerengen werden internationalisiert. Erst am 16. Februar schrieb derselbe „Temps“:

„Der Grundstein zum Frieden im Orient ist gelegt, und er ist so gelegt, wie Frankreich es wünschte.“

Und schon am 25. Februar, also nur neuen Tage später, heißt es über Lloyd George:

„Aber Herr Lloyd George ist in einer viel schwierigeren Lage. In seinem Lande sind die Meinungen geteilt. In seinem eigenen Kabinett bekämpfen sich gegensätzliche Strömungen.“

In der Tat publiziert „Times“ vom 24. Februar eine Anzahl Zuschriften, die alle die Austreibung der Türken aus Konstantinopel fordern. Gleichzeitig wird in der „Times“ ein Memorandum angesehener Engländer veröffentlicht, in dem es heißt:

„Was Konstantinopel betrifft, so wird es ein Unglück, ja ein Skandal sein, wenn diese Stadt in den Händen der Türken bleibt. Sie war Jahrhunderte hindurch ein Herd von Intrigen und von Korruption, und sie wird es bleiben, solange die türkische Regierung dort Macht behalten wird. Wenn Konstantinopel unter die Kontrolle der Liga der Nationen kommt, so wird das wahre muselmännische Empfinden dadurch nicht beleidigt werden.“ Denn das Kalifat ist nicht und war nie an Konstantinopel gebunden.

[19] Womit bewiesen sein soll, daß der Sultan auch in Konia oder Brussa residieren darf. Dieser Text und diese Melodie spielen auch die englischen politischen Zeitschriften ab.[*)] Der Gedankengang ist typisch und stets und überall derselbe.

Und das Erscheinen einer ungeheuer starken englischen Flotte vor Stambul zeigt, daß man in England noch garnicht daran denkt, das zu tun, was „Frankreich immer gewünscht“ hat. Daß die Gründe der Engländer windig sind, notabene: die, die sie so laut aussprechen, das sieht ein jeder.

„Wenn der Sultan, in Brussa oder in Konia im Exil, immer noch das geistige Oberhaupt der Mohamedaner bleibt – so werden alle Moslim unglücklich, ja skandalisiert sein, weil sie ihn im Exil sehen.“

bemerkt der „Temps“ sehr richtig. Und spitzig fügt er hinzu:

„Was den Herd von Intrigen und Korruption betrifft, den Lord Robert Cecil und seine Freunde nicht mehr dulden wollen, ... so weiß doch jeder, daß er hauptsächlich durch internationale Rivalitäten unterhalten wurde.“

Diese Bemerkung trifft den Nagel auf den Kopf. Deshalb will eben England am liebsten die Stadt fressen. Doch halt! Sie soll ja internationalisiert werden![**)] Und da ist die Frage des „Temps“ berechtigt?

„Glaubt man, daß die Rivalitäten sich in Entzücken auflösen werden unter dem Regime der Liga der Nationen?“

So wenig, wie die Entente die türkische Frage insgesamt zu lösen verstanden hat, so wenig hat sie die Teilfragen gelöst.

Konstantinopel ist heute noch ein Problem für die Ententepolitiker. Syrien ist es scheinbar nicht mehr. Doch würde man die politische Fähigkeit der englischen Intriganten allzu gering einschätzen, wollte man glauben, daß die französisch-englische „Verständigung“ über Syrien dort irgend etwas geregelt hat.

Schon existiert ein französisch-arabischer Gegensatz; und jener legendarische Emir Feisal, der dem General Gourand zu schaffen macht, wird vielleicht Frankreichs Soldaten noch stark in Anspruch nehmen.

[*)] S. Zeitschriftenschau.

[**)] Die verrückten Projekte, die ein Pascha in „Times“ vom 17. Januar vorschlägt oder „Manchester Guardian“ vom 16. Januar, daß man „den Sitz der Liga der Nationen nach Konstantinopel verlegen solle bzw. daß man das „asiatische Ufer der Stadt, also Stambul, den Türken, das europäische Ufer aber der Liga lassen“ solle, hat nie jemand ernst genommen.

Feisal ist der Vertreter der Idee des großarabischen Reiches – und diese Idee ist von den Engländern erfunden, die mit ihr auch den Feisal und seinen Vater, den König des Hedschas erfunden haben. Es soll hier ein Vasallenreich gegründet werden. Und dieses wird kein französisches Einsprengsel in Syrien dulden.

Das fühlt der „Temps“. Und so bekommen die Schlußworte jenes Artikels vom 25. Februar eine tiefere Bedeutung:

„Wenn das Blut unserer Soldaten in Zilizien geflossen ist, so ist das nicht so geschehen, daß die französische Politik hierfür verantwortlich wäre. Es ginge nicht an, daß Frankreich ins Unendliche der Gefahr ausgesetzt wäre, für anderer Fehler zu büßen. Wir verlangen, daß unsere Regierung

[20] seine Verpflichtung eingeht, die sie zwänge, mit französischen Streitkräften denjenigen Zustand zu verteidigen, der in Thrazien und im Westen Kleinasiens entstehen wird.“

Die französische Politik ist nicht glücklich gewesen in jenen Gegenden. Nicht glücklich war dort auch die griechische (Smyrna), die italienische Politik. Nicht glücklich ist auch die englische. Denn erstens ist durch die national-türkische Erhebung England militärisch bedroht, und zweitens ist der gesamte Komplex der asiatischen Fragen wieder einmal aufgerollt worden.

Nun ist hier nichts äußerliches, nichts aufregendes und nichts entscheidendes in den letzten Wochen vorgefallen.

Aber die asiatischen Fragen schieben einen ganz anderen Fragenkomplex in den Vordergrund: den russischen.

———

Man verfolge die „Temps“ der letzten Wochen.

Nur zwei Fragen beschäftigen jetzt die Politiker: die russische und die türkische. Den Zusammenhang beider hat man so oft ventiliert, daß wir billigerweise auf Wiederholungen verzichten können.

Auch die Gründe für Englands Schwenkung in der Rußlandpolitik sind oft genug besprochen worden. Interessanter ist für uns eine Kritik der f e i n d l i c h e n Politiker an der englischen Rußlandpolitik.

Und die f e i n d l i c h e n Politiker sind in diesem Falle wieder die französischen.

Man besinnt sich noch auf die verlogene Kundgebung des „Obersten Rates“, in der es heißt („Times“, 17. Januar):

„Mit Hinsicht auf die Heilung des unglücklichen Zustandes der Bevölkerung im Innern Rußlands ... hat der Oberste Rat ... beschlossen, daß Güter auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen den alliierten und neutralen Ländern und Rußland ausgetauscht werden können.“

Daß die Gründe zu diesem so menschenfreundlichen Entschluß andere sind, braucht nicht bemerkt zu werden. Der „Temps“ bemerkt einmal hämisch, daß die Engländer Lebensmittel lieber in Rußland kaufen wollen als in Amerika, wo ihr um 25 Proz. gesunkenes Geld nicht allzu teuer ist. Das ist ein triftiger Grund, den auch Norman Angell (Contemporary Review, Januarheft) mit aller Schärfe hervorhebt.

Aber noch andere Gründe zwingen England zur Verständigung mit Rußland, und über diese gibt ein Artikel der „Times“ (19. Januar) Auskunft. Da heißt es unter der Ueberschrift „Die neue Lage in Asien“:

„Zur Zeit Viktorias waren wir Verbündete des Ottomanischen Reiches. Wäre Konstantinopel durch Rußland angegriffen worden, hätten wir es durch unsere Seemacht gestützt. Aehnlich hätte die Türkei Rußland im Kaukasus und in der Flanke der Aufmarschlinie angegriffen, wenn es versucht hätte, in Indien einzudringen. Noch mehr: Rußland war der Erzfeind des Mohamedanismus in Asien. ... Aber unsere ... Vorteile, sind jetzt Nachteile geworden. Die Türkei ist nicht unser Freund, sondern ein starker, mächtiger Feind. Und nicht mehr. Rußland, sondern w i r sind die Verdächtigen für den Islam in Asien.“

Der Artikel geht darauf ein auf die Möglichkeiten Englands und kommt zu keinem günstigen Resultat.

„Ein bolschewistischer Angriff ist ... eine höchst ernste Angelegenheit für England in Asien, und das Risiko eines solchen muß unsere gesamte militärische Organisation berühren."

[21] Und was ist die Moral von der Geschichte?

„Unsere Armee muß heraus aus Rußland ... und zurückgehen, einfach als Verteidigungsmaßregel für unsern alten Ring von Indien und den neuen, den wir durch den Frieden erhalten haben."

Also: um Indien und Mesopotamien zu verteidigen mußten die englischen Truppen hinaus aus Rußland.

Um Indien und Mesopotamien zu verteidigen, muß England mit Sowjetrußland verhandeln. Um sein Imperium zu verteidigen, muß es – die Revolution anerkennen.

———

Die anderen werden ihm nachfolgen.

Noch tun sie spröde. Doch wechselt schon Amerika – inoffiziell – Funksprüche mit Lenin, schickt angesehene Journalisten nach Moskau.

Ein englischer Schriftsteller erklärte vor Monatsfrist (Contemporary Review, Januarheft), im Wettrennen zwischen Wilson und Lenin sei bisher Wilson nicht siegreich gewesen.

Dem stimmen wir bei. Aber auch kein anderer der Simultantrompeter war „siegreich". A. M–w.

*

Thesen zum Schulprogramm.

Eine Erwiderung von E l f r i e d e Fr.

I.

Die in Nummer 13/14 der „Internationale" von Genossen H. E r w i n entwickelten Thesen zum Schulprogramm gebärden sich mit viel Geschraubtheit ungeheuer „marxistisch". Aber es ist jener „Marxismus", der in der reichlichen Anwendung des Wortes „Wirtschaftlich" seine Selbstbefriedigung findet. Ueber das Erziehungsproblem haben besonders unsere Jugendlichen viel nachgedacht und in ihren prinzipiellen Leitsätzen wertvolle Arbeit geleistet. Ueber die Grundprinzipien ist man sich ungefähr klar. „Gemeinschaftserziehung", Vereinigung von körperlicher und geistiger Arbeit etc. etc. Dann aber pfropft jeder an Schlagworten moderner „Pädagogik" hinein, was er nur kann. Oder er ergeht sich in jenen a b s c h e u l i c h e n Phrasen, die bürgerliche und sozialistische Pädagogen in gleicher Weise seit Jahrtausenden in die Welt hinausspeien und von denen Otto Rühles Schlußworte seiner Broschüre „Erziehung zum Sozialismus": „Freiheit! – Selbständigkeit! – Wahrheit! – Solidarität. Das sind die Fundamente und Pfeiler zur neuen Erziehung zum Sozialismus" – ein Musterbeispiel sind.

Eine marxistische Betrachtung des Erziehungsproblems ist zunächst im wesentlichen eine s o z i o l o g i s c h e. Das heißt, es muß vor allem versucht werden die bisherigen Formen des Erziehungs-, des Schul- und Bildungswesens aus den jeweiligen ökonomischen Verhältnissen aus dem Charakter der Gesellschaft zu deuten und so verständlich zu machen. Das ist natürlich eine Aufgabe, zu der ungeheure Material-[22]kenntnisse erforderlich sind und die, auch nur zum Teile, im Handumdrehen nicht zu lösen ist. Eine der wichtigsten Aufgaben des zukünftigen wissenschaftlichen Marxismus oder der S o z i o l o g i e wird es ja sein, die heute noch so undurchsichtigen Zusammenhänge zwischen den Formen des Geisteslebens und der politischen und wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft aufzuzeigen. Genosse H. E r w i n aber unterläßt auch nur den leisesten Versuch, die bisherige Pädagogik in diesem Sinne zu sehen. Er versucht zwar im bewußten Gegensatz zu dem üblichen Wortgeklingel, auf diesem Gebiete seine Thesen mit einer marxistisch s c h e i n e n d e n Behauptung zu beginnen, aber gerade diese Grundthese ist in Wahrheit reinste Metaphysik.

„Das Ziel der Erziehung wird unmittelbar durch das Ziel der kommunistischen Wirtschaft bestimmt. Oberstes Prinzip dieser Wirtschaft besteht in der allgemeinen Erhöhung der Arbeitsproduktivität."

Schlägt man irgend eine Vulgär-Pädagogik der Bourgeoisie auf, so liest man, daß das „Ziel der Erziehung" sei, eine „vollwertige, körperlich und geistig harmonische Persönlichkeit, einen lebenstüchtigen, arbeitsfreudigen Menschen" heranzubilden. Oder man liest ähnliches wie die oben zitierten Worte von Rühle. Hinter den gesamten Schlagworten der bürgerlichen Pädagogik verbirgt sich der natürliche und notwendige Zweck j e d e r Erziehung – die Anpassung des von Instinkten und Trieben beherrschten Kindes an die Bedürfnisse seines jeweiligen Milieus. In der kapitalistischen Gesellschaft ist das gesamte Schul- und Bildungswesen, seiner Form, aber auch seinem geistigen Inhalt nach darauf zugeschnitten, die für die Fortführung und Weiterentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsform notwendigen Typen heran zu züchten – den Unternehmer, den Beamten, den Proleten. Jeder Gesellschaftsschicht wird soviel an „geistigen Gütern" zugänglich gemacht, als ihre künftige gesellschaftliche Funktion erfordert. Die Bildung wirkt als „Klassenschutzmittel ", als Absperrungsmaßregel. Z. B. wurde bei der Begründung des humanistischen Gymnasiums die lange Dauer und der Umfang der Studien mit Absicht so festgesetzt, daß es nur Söhnen aus wohlhabenden, „honetten" Familien zugängig ist, um dadurch die Garantie eines zuverlässigen Nachwuchses von Beamten zu haben.[*)] In diesem Sinne ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das Ziel j e d e r Erziehung die Brauchbarmachung des einzelnen Menschen für die Wirtschaft s e i n e s Zeitalters sein m u ß. Hier kann also kein Unterschied zwischen „kapitalistischer" und „sozialistischer" Erziehung liegen. Mit demselben Recht kann man sagen, daß das Ziel der Erziehung der Austral-Neger durch das Ziel der Australnegerwirtschaft bestimmt wird. Wir sehen sofort das Schiefe der Grundthese, auf der sich dann alles weitere aufbaut. Auch beim Australneger hat die „Wirtschaft" ein „Ziel", möglichste Anpassung an die gegebenen Lebensbedingungen, möglichste Ausnutzung der vorhandenen Existenzmittel, ein „Ziel", das man auf jeder Kulturstufe auf die verschiedenste Weise zu erreichen versucht, je nach dem Stande der Technik und Arbeiterorganisation. Gerade aber die kapitalistische Wirtschaft unterscheidet sich von allen vorhergehenden Entwicklungsstufen am schärfsten dadurch, daß hier die hochentwickelte Technik und Differenzierung der Arbeit nicht zu einer durch-[23]aus möglichen besten Anpassung aller Gesellschaftsmitglieder an die Bedingungen der äußeren Natur, eine möglichst weitgehende Bedürfnisbefriedigung aller Arbeitenden verwandt wird, sondern zu Erzeugung von Profit, von Mehrwert für eine kleine Minderheit durch die ökonomische und politische Hörigkeit der großen Mehrheit. Diese „marxistische" Trivialität scheint der Verfasser der Thesen bei der Abfassung der ersten Sätze wenigstens vollkommen v e r g e s s e n zu haben, denn sonst hätte er das „Ziel" der kommunistischen Wirtschaft n i e m a l s in „der allgemeinen Erhöhung der Arbeitsproduktivität" suchen können. Das Ziel der kommunistischen Wirtschaft ist im Gegensatze zur kapitalistischen die weitgehendste Bedürfnisbefriedigung aller und diese wird erreicht durch die P l a n m ä ß i g k e i t der Produktion an Stelle der kapitalistischen Anarchie. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität kann notwendig werden um eben eine Bedürfnisbefriedigung aller zu ermöglichen. Sie ist jetzt vor allem nach dem Kriege notwendig um die ungeheure Weltarmut zu überwinden. Aber theoretisch ist es sehr wohl denkbar, daß eine kommunistische Gesellschaft ihr Budget einschränkt, um von ihren Mitgliedern nicht übermäßige Arbeitsleistungen verlangen zu müssen; d. h. also freiwillig auf die „möglichst große Arbeitsproduktivität" verzichtet.

Der „Zweck" der Erziehung ist selbstverständlich unter anderem die Heranbildung vollwertiger Arbeitskräfte für den Produktionsprozeß; diese Aufgabe muß sich die „kommunistische Erziehung" wie jede andere setzen. Und da die kommunistische Wirtschaft viel breitere Schichten der arbeitenden Bevölkerung wenigstens zeitweise zur körperlichen Arbeit heranziehen wird, muß die Ausbildung des Kindes darauf Bedacht nehmen, und es körperlich und geistig in gleicher Weise arbeitsfähig machen.[**)] Das ist aber nur eine Aufgabe der Erziehung.

[*)] Siehe die ersten diesbezüglichen Erlässe vom Anfang des 19. Jahrhunderts in den „Monumenta Germania".

[**)] Ob es künftighin noch „Spezialisten der geistigen Arbeit" geben kann oder muß, ist ein Problem für sich, das hier nicht erörtert werden soll.

Eine alte „marxistische“ These lautet, daß die kommunistische Wirtschaft den einzelnen vom isolierten Kampf ums Dasein, wie er ihm von der kapitalistischen Wirtschaft aufgezwungen wird, erlöst und erst dadurch innerlich und äußerlich freimacht für eine ungetrübte und reine Beschäftigung mit der sogenannten „Kultur“. Heute versteht man trotz aller hochtrabenden philosophischen Definitionen unter „Kultur“ ein Sammelsurium von Bildern, Büchern, Gebäuden, von künstlerischen und wissenschaftlichen Dingen. Die kommunistische Wirtschaft erscheint uns allen in ihrer Vollendung in solcher Ferne zu liegen, daß sie einen so tiefen Einschnitt in die bisherige Menschheitsgeschichte macht, einen solchen Wegeinschnitt, daß sich vorläufig für uns der Pfad ins Dunkle verliert. Die Revolution zeigt uns schärfer als bisher die politische und wirtschaftliche Geschichte der Generationen vor uns in einem ganz bestimmten Zusammenhang. Wir sehen auch hier vorläufig nur die großen Züge des Entwicklungsganges. Noch viel dunkler ist uns das Wachsen und Werden des menschlichen Geistes. Hier liegt es noch ob, alles zu entdecken, marxistisch zu entdecken, die verborgenen Zusammenhänge zwischen dem Geistesleben und den übrigen Lebensgebieten aufzuhellen. Wenn die Revolution zu Ende sein wird und die Periode des Aufbaues beginnt, wird [24] zugleich das Bedürfnis erwachen, das Erworbene zu sammeln und zu ordnen und seinen Entwicklungsgang aufzuzeigen. Es wird der schöpferischen wissenschaftlichen Tat großer Männer bedürfen um die soziale, politische, wirtschaftliche, geistige Evolution der Menschheit zu erkennen und zu einem einheitlichen Gesamtbild, einem Kulturbild zu gestalten. Diese Erkenntnis vor allem der Jugend zugänglich zu machen, ist die Aufgabe kommunistischer Erziehung. Die Jugend steht zu ihrem großen Teile noch nicht im Produktionsprozeß, sie ist körperlich und geistig ungleich aufnahmsfähiger und erkenntnisdurstiger als die „ausgereiften“ Erwachsenen. Jedes Zeitalter hatte seine geistigen Güter, die es seiner Jugend zu überliefern versuchte. Die kommunistische Gesellschaft wird in diesem Sinne zum ersten Mal eine Geisteskultur besitzen. Sie wird zwar religionslos, aber nicht ohne Lehre sein. Wie in der kommunistischen Gesellschaft der Mensch zum ersten Mal bewußt den Wirtschaftsprozeß beherrscht, so wird er zum ersten Male in geistigen Dingen zu vollem Bewußtsein erwachen. Die Erziehung hat nicht allein die Aufgabe, den jungen Menschen für die Produktion tauglich zu machen, sondern die Jugend in diese Erkenntnisse hineinzuführen. So wird die Jugend zur bewußten Trägerin des Kommenden, befreit von der Blindheit der kapitalistischen Wissenschaft.

In einer grundsätzlichen Erklärung über kommunistische Erziehung hätte auch dieses Problem bedacht werden müssen. H. Erwin erledigt diese Frage im Absatz II seiner Thesen zum Schluß und schreibt „Abschaffung des dogmischen Religionsunterrichts, Aufklärung über die Ziele des Kommunismus usw.“

Die kapitalistische Gesellschaft hat ihre eigene „Moral“, nicht jene, die sie so prahlerisch in bunten religiösen Gewändern Sonntags einherstolzieren läßt, jene Moral der „Liebe“ und „Hilfsbereitschaft“. sondern die rauhe „Moral“ des Alltags: „Schlag um dich mit Händen und Beinen, und sieh zu, wie du durchkommst“. Die „sittlich-religiöse“ Erziehung der bürgerlichen Pädagogik hat den Zweck, die Volksmehrheit dem Herrscherwillen der Minderheit fügig zu machen, sie dient dazu, die Anpassung des einzelnen an die Bedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaft zu garantieren. „Kampf aller gegen Alle“ und das Unterliegen des politisch und wirtschaftlich schwächeren Teils – das sind die „praktischen Lebenserfahrungen“, die das proletarische Kind sehr früh erwirbt. In jedem Menschen aber steckt ein Stück Raubtiernatur, ein Stück „Kapitalist“, ein Rest von dem Willen nach politischer und wirtschaftlicher Macht. Der klassenbewußte Proletarier hat sich die Erkenntnis erworben, daß es sinn- und zwecklos ist, daß es unmöglich ist, sich als einzelner gegen die politische und wirtschaftliche Herrschaft der Bourgeoisie zu empören, daß es sinnlos ist zu versuchen, sich als einzelner ein Stückchen wirtschaftlicher Macht zu erobern. Er hat gelernt, daß es nur dem Kampf der Klasse möglich ist, den einzelnen zu befreien. Dieser Wille, nach günstigeren wirtschaftlichen Lebensbedingungen wird in jedem Menschen stärker, wenn er nicht nur sich, sondern auch seine Nachkommenschaft versorgen muß. Je stärker die Gesellschaft als solche den wirtschaftlichen Schutz des einzelnen übernimmt, desto loser ist der Familienverband, desto freier Frau und Kinder. Die leichtesten freiesten Formen des Familienlebens finden [25] sich bei den niederen Ackerbauern, die noch in Zuständen

leben, die dem Urkommunismus nahe sind. Es ist einer der vielen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, daß sie die wirtschaftliche Schutzgemeinschaft der Familie für das Proletariat zerstört hat, ohne für den einzelnen zu sorgen, daß sie zahlreiche Nachkommenschaft braucht, als Soldaten und Arbeiter, ohne doch den einzelnen die Möglichkeit zu geben, diese Nachkommenschaft aufzuziehen. Das ist auch einer jener Widersprüche, an denen sie zugrunde gehen muß. Zugleich aber zerstört sie mit dem wirtschaftlichen Fundament der Familie die egoistische Einstellung des einzelnen zur Gesellschaft; sie zerstört die Familiengemeinschaft der Proletarier, um sie für den Klassenkampf tauglich zu machen (denn der Klassenkampf der Proletarier erfordert viel mehr persönliche Opferwilligkeit, als der Klassenkampf, den die Bourgeoisie führt). Diese Entwicklung wird die Revolution weiter treiben, die kommunistische Gesellschaft vollenden. Die kommunistische Erziehung muß nicht nur arbeitsfähige Menschen heranbilden; sie muß auch den psychologischen Typus des Bourgeois, des Unternehmers, unmöglich machen und kommunistische Charaktere heranzüchten Familienerziehung ist in der kommunistischen Gesellschaft unmöglich, „Familiensinn“ darf es in ihr nicht geben. Die eigentümliche „psychologische“ Funktion der Familie für den Bestand des Kapitalismus darf nicht unterschätzt werden. Die Sorge für die Brut verschärft überall den „Kampf ums Dasein“; der psychologische Typus des Unternehmers, Händlers, Kaufmanns, Schiebers, der Profit für sich allein zu erjagen sucht und Reichtum um des Reichtums willen erwirbt, ist selten. (Viel häufiger ist der familienlose Gelehrte oder Künstler.) Für die Familie, für die Erben gilt es Geld zu erraffen. Die Bedeutung des Erbeigentums für die politische und wirtschaftliche Entwicklung ist wissenschaftlich leider noch wenig erforscht; alltäglich aber die Erfahrung, daß der Raubtiertypus Mensch die Zerstörung der Familie in seinem persönlichen Leben am heftigsten bekämpft, weil ihm der Gedanke unerträglich sein muß, seine Beute niemandem hinterlassen zu können. Es ist die soziologische Funktion des Erbeigentums der kapitalistischen Wirtschaft, jenes Maß persönlicher Stabilität und Tradition zu garantieren, das für ihren Bestand notwendig ist. Zwar ließe sich schließlich eine kapitalistische Wirtschaftsreform ohne Erbeigentum konstruieren; ein Staat, der in den Händen einer politischen Minderheit ist, als Gesamterbe auftritt und das Gesamterbe kapitalistisch verwaltet. Aber das Gezwungene dieser Konstruktion zeigt uns – von den wirtschaftlich-technischen Schwierigkeiten eines solchen Staatskapitalismus abgesehen – die psychologische Unmöglichkeit des unpersönlichen Kapitalismus. Der Kapitalismus ist in seiner Existenz an jenen Typusmensch gebunden, der für sich und die Seinen wirtschaftliche Macht und wirtschaftlichen Reichtum erringen will. Diese Art Menschen hat natürlich längst vor der kapitalistischen Wirtschaftsweise existiert, aber durch sie ist er zu einer neuen und vielleicht zur raffiniertesten Entfaltung gelangt. Vieles von der praktischen Alltagsmoral wurzelt im „Familiensinn“; der Kapitalist hat seine „ethische“ Stütze in der notwendigen Sorge für die „Seinen“. Für die kommunistische Gesellschaft ergibt sich daraus die „Sozialisierung der Erziehung“, die [26] Gemeinschaftserziehung. Es ergibt sich für sie aber auch, daß sie für ihren Bestand und für die Fortführung ihrer Wirtschaft die Nachkommenschaft, vor allem wirtschaftlich, von der Einzelfamilie, vom Einzelinteresse loslösen muß. Sie muß die Verpflichtung der ökonomischen Sicherung des gesamten Nahwuchses übernehmen und dies bis zu dem Zeitpunkt seiner vollen Arbeitsfähigkeit. H. Erwin hat die Frage, wer in der kommunistischen Gesellschaft die Sorge für die Nachkommenschaft übernehmen soll, ob die Familie, ob die Gesellschaft, nirgends aufgestellt, nirgends beantwortet. Und doch liegt in dieser Grundforderung und ihrer Begründung der wirkliche, schärfste Gegensatz zwischen „kapitalistischer“ und „kommunistischer“ Erziehung verborgen. Dashaben die Sozialisten aller Zeiten von Plato bis Bebel gefühlt, wenn sie immer wieder die Forderung nach der Gemeinschaftserziehung erhoben haben.

Jede Formulierung in Thesen ist bei Problemen, die trotz allem noch recht undurchdacht sind, eigentlich von Uebel. Die folgende Zusammenfassung der hier (sehr lückenhaft) entwickelten Anschauungen hat nur den Zweck, den Gegensatz zu den Anschauungen des Genossen H. Erwin herauszuarbeiten.

„Das Ziel jeder Erziehung ist es, für die herrschende soziale und politische Gesellschaftsform brauchbare Menschen heranzubilden. Die kommunistische Wirtschaft stellt alle erwachsenen Gesellschaftsmitglieder gleichmäßig in den Produktionsprozeß hinein, um durch die geregelte Produktion in der Lage zu sein, die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Sie muß daher auch durch entsprechende Ausbildung ihres Nachwuchses für die gleichmäßige Fortführung ihrer Produktion sorgen. Die kommunistische Wirtschaft macht so den einzelnen frei von Sorgen um die Existenz; sie gewährt also den Kindern und Jugendlichen, im Gegensatz zu der relativen körperlichen und geistigen Konstanz des erwachsenen Menschen, die Fähigkeiten zu neuer Typenbildung, sich Kultur im Sinne von Erkenntnis und Charakterbildung zu erwerben und neu zu schaffen. Die kommunistische Wirtschaft zerstört endgültig das ökonomische und seelische Fundament der Familie, da sie ihrer im Gegensatze zum Kapitalismus nicht bedarf und übernimmt die wirtschaftliche Sicherung der gesamten Nachkommenschaft.“

*

Einige politische Bemerkungen zur Frage der kommunistischen Erziehung.

1. Es ist klar, daß die Frage der kommunistischen Erziehung sich heute für Mittel- und Westeuropa erst in ganz allgemeinen Umrissen behandeln läßt. Alles was über die allgemeinen Umrißlinien hinausgeht, ist müßige Spekulation und wird praktisch unhaltbar sein. Wie alle andern Probleme des Aufbaus so setzt das der kommunistischen Erziehung reale Grundlagen des Lebens voraus. Die bestimmten Lösun-[27]gen können sich erst aus den bestimmten Bedürfnissen ergeben, die das eben selbst aufwirft. Solange diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, die allesamt an den Besitz der Macht in den Händen der Arbeiterklasse geknüpft sind, wird die Aufgabe wesentlich kritisch, nicht konstruktiv sein. Die positive. Lösung der Fragen der kommunistischen Erziehung kann nur zu einem Teil der produktiven Kritik der bisherigen Erziehung entspringen, zum größten Teil aber erst aus den positiven Bedürfnissen der neuen Gesellschaft, die sich allmählich aus der alten heraus formiert.

Daher ist klar, daß der Aufbau noch lange Hand in Hand geht mit der materiellen und ideologischen Niederzwingung der alten Gesellschaft. Die praktische Erziehungsaufgabe, die der Arbeiterklasse nach der Eroberung der Macht harrt, wird zunächst durch diesen Doppelcharakter seiner Aufgaben bestimmt: materielle und ideelle Entwurzelung der alten, materieller und ideeller Aufbau der neuen Gesellschaft. Die Aufgabe der Herausbildung einer freien kollektivistischen Kultur wird erst allmählich auftreten, in dem Maße, wie der Niederriß der ideologischen und materiellen Fundamente der alten Gesellschaft sich vollziehen und dem freien kommunistischen Aufbau Raum gewähren wird.

Welches dichte Geflecht alter fauler Wurzeln der zerfallenden bürgerlichen Kultur werden die Arbeiter aus ihren Köpfen und denen der Bourgeoisie räumen müssen, ehe eine neue Kultur aufsprießen kann!

Einen konkreten Ueberblick über die Erziehungsaufgaben, die der Arbeiterklasse in diesem, ihrem nächsten Stadium nach Eroberung der Macht erwartet, bietet das Programm der kommunistischen Partei Rußlands vom Mai 1919 und die tatsächlichen Leistungen der russischen Räterepublik auf dem Feld der Bildung der Jugendlichen und Erwachsenen. Die konkreten Erziehungsaufgaben in Westeuropa werden nicht dieselben sein wie die in Rußland, da die kulturellen Voraussetzungen verschieden sind: einerseits die größere Primitivität der Volksmasse in Rußland, andererseits die tiefere Verwurzelung der bürgerlichen Ideologie in Westeuropa. Die westeuropäischen Volksmassen haben, entsprechend dem höheren Stand, dem höheren Alter und dem größeren Umfang der kapitalistischen Wirtschaftsweise größere formale Bildung, dafür aber eine geringere geistige Frische, ein Umstand, der nebenbei auch die politische Entwicklung in Westeuropa tiefgehend beeinflußt.

Es wird daher, zu seiner Zeit, das russische Erziehungsprogramm und die russische Erziehungspraxis auf Grund der westeuropäischen Vorbedingungen im Zeitpunkt der Machtübernahme an der Hand

der praktischen Bedürfnisse kritisch zu sichten sein. Heute fehlen dafür die Voraussetzungen.

Jeder Abschnitt der Revolution hat seine eigenen Aufgaben zu lösen. Die des Abschnitts, in dem wir uns befinden, ist, soweit Erziehung in Betracht kommt, Ausmerzung der konterrevolutionären Wirkungen der bürgerlichen Erziehung der Arbeiterjugend und positive Erziehung und Heranziehung für die unmittelbaren Kampfaufgaben nach allen ihren Seiten, das Aufreden der Jugend aus Gedrücktheit zu freier, kühner Haltung.

[28] Was heute darüber hinaus geht, ist nicht nur vom Uebel, insofern es überflüssig ist und in der Luft hängt, sondern vor allem, indem es dem unmittelbaren Kampf Kräfte entzieht, um sie auf öder Heide im Kreis herumzuführen. Es ist Schlachtenbummelei und bekanntermaßen steht der Schlachtenbummler dem Kämpfer im Wege. Die Konzentration aller Kräfte auf die unmittelbaren Aufgaben des Kampfes, der nach geistigen Kräften geradezu schreit, ist in diesem Zeitpunkt die einzig mögliche zu leistende Vorarbeit für die Erziehungs- und Kulturaufgaben der kommunistischen Zukunft.

Die pädagogischen Kräfte in der Partei, wie die, die außerhalb der Partei dem Gestirn des Kommunismus folgen, müssen begreifen, daß sie heute den Pädagogen ausziehen müssen, um es morgen sein zu können.

2. Eine der ersten und unmittelbarsten Aufgaben, vor die die kommunistische Erziehung gestellt sein wird, wird die kritische Sichtung des von der bisherigen Gesellschaftsentwicklung – nicht nur von der bürgerlichen, sondern auch der vorbürgerlichen – überkommenen ungeheuren Kulturschatzes sein.

Dieser Kulturschatz ist kein Sammelsurium, trotzdem das dem oberflächlichen Blick so scheinen kann, speziell in der Zeit des Zerfalls der bürgerlichen Kultur, der Auflösung in ihre Elemente.

Die überkommene Kulturmasse ist von jeder Phase der bürgerlichen Gesellschaft neu gesichtet, umgeschichtet, umgeordnet worden. Auch die jetzige Phase der bürgerlichen Gesellschaft, die Phase ihres Untergangs, nimmt eine solche Neuschichtung vor. Sie ist unverkennbar auf den Gebieten der Philosophie, der Geschichtsbetrachtung, der Literatur, der bildenden Kunst usw. Genau wie der Zerfall der kapitalistischen Oekonomie seine strenge Gesetzmäßigkeit hat, genau so hat sie der Zerfall der bürgerlichen Kultur.

Jede solche Kulturumschichtung erscheint revolutionär gegenüber dem Ueberkommenen, weil in Widerspruch zu ihm befindlich. Sie kann ihrem Gehalt nach nicht revolutionär sein, wenn sie Auswirkung des Zerfalls einer geschichtlich absteigenden Klasse ist. Diesen falschen revolutionären Schein gilt es kritisch zu klären.

Es wird sicherlich eine wichtige Ausgabe des Marxismus sein, die Kulturmasse, die die Arbeiterklasse aus der Hand der untergehenden Bourgeoisie übernimmt, kritisch zu sichten, neu zu ordnen und zu verbinden und vor allem auch jenen gewaltigen Teil des geschichtlichen Kulturerbes, den die konservative, konterrevolutionäre und in die Barbarei des Sybaritismus versinkende Bourgeoisie hat versinken lassen, wieder aus der Tiefe der Vergangenheit zu heben, zu reinigen und neu zu beleben.

Dahin gehören z. B. F. Mehrings glänzende Arbeiten auf dem Gebiete der klassischen deutschen Literatur und zum Teil auch seine Arbeiten aus der Frühgeschichte des Sozialismus. Ganz neu zu heben sein wird die Geschichte der klassischen deutschen Philosophie, die von ihren Nachfahren auf den akademischen Lehrstühlen noch schlimmer verballhornt worden ist, als selbst die Literatur und Kunst. Dieses ist sicherlich eine ungeheure Aufgabe.

[29] Aber sie ist nicht rein historisch zu lösen, sondern nur verbunden mit Neuschöpfung. Das Proletariat kann das überkommene Kulturerbe nur in Besitz nehmen und sich einverleiben, indem es aus seinem Leben selbstschöpferisch seine Kultur aufbaut.

Damit müssen sich auch die Funktionen des historischen Materialismus verändern, er wird, selbst dem Gesetz der Geschichte gehorchend, neue Züge annehmen. Das Schwergewicht hat sich heute für den Marxismus schon verschoben von der historischen Erklärung der Vergangenheit, der Ableitung der Tendenzen der Zukunft und der Leitung des politischen Alltagskampfes in Richtung dieser Tendenzen, in die unmittelbare Führung des revolutionären Kampfes, in die Verwirklichung des Sozialismus.

So große Behutsamkeit jedenfalls geboten ist, wenn man heute über die zukünftige Entwicklung des Marxismus sich äußern will, so darf man vielleicht wagen, zu sagen, daß der Marxismus, je mehr die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus die des Kampfes um die Sicherung der proletarischen Herrschaft ablösen, um so mehr die konstruktive Seite des Marxismus, die der Kampfführung und der historischen Erklärung ablösen wird.

Der historische Materialismus ist vielleicht am Ende bestimmt, umzuschlagen in praktischen Idealismus, in die Schöpfung des Lebens der kommunistischen Gemeinschaft. Das hat natürlich nicht das mindeste zu tun mit der Neubelebung des theoretischen Idealismus, der die Philosophie der bürgerlichen Zerfallzeit kennzeichnet und ihren Zerfall mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die Flucht ins Jenseits der Vernunft, ausdrückt, der nur die sie übertäubende blecherne Begleitmusik ihres groben praktischen Materialismus ist. Der Marxismus in dieser Phase wird vielmehr das gerade Gegenteil sein: der schöpferisch gewordene Materialismus, der Gedanke, der unmittelbar aus dem Leben und der Kultur der Gemeinschaft hervorquillt und schöpferisch in sie eingeht, der Gedanke, der unmittelbar Stoff wird, der um so gewaltiger über das materielle Leben herrscht und es zu seiner Schöpfung macht, je mehr die Gesellschaft frei über ihrem materiellen Leben schaltet.

3. Das schließliche Ziel der kollektivistischen Kultur wird sicherlich sein die schöpferische Neugestaltung des Lebens, die Formierung des Lebens der Gemeinschaft und des Einzelnen zu einem „Kunstwerk“, die harmonische Erziehung und Entfaltung des Geistes und der Sinne, sowie etwa ein Goethe versucht hat, es vorzuleben, aber unter unendlich günstigeren Bedingungen. Ein neues Hellenentum, aber ohne die Schmach der Sklaverei, und die ganze Innerlichkeit der geistigen Entwicklung der mittelalterlichen und der bürgerlichen Kultur in sich einschließend.

Zunächst aber wird das Proletariat alle Kräfte des Geistes und des Willens anspannen müssen, um aus dem furchtbaren Zerfall der materiellen Kultur sich herauszuarbeiten. Den größten Teil seiner Kraft wird es zunächst diesem Riesenwerk hingeben müssen, gleichzeitig indem es seinen Aufbau mit dem Schwert sichert gegen die immer erneuten Anstürme der alten Gesellschaft.

Riesenwerk, aber freies Werk wird es sein. – Und darum wird ihm von Anbeginn an der Chor der Musen nicht fehlen.

[30] Das Verhältnis von Erziehung für die Produktion und für freien Genuß und Gestaltung des Lebens ist also nicht a priori zu lösen, es wird geschichtlich gelöst, das gegenseitige Verhältnis wird im Gang der Geschichte sich verschieben.

4. Schließlich noch eine Bemerkung zum „Abbau der Familie“ als Wirkung des Aufbaus des Gesellschaftslebens und im Zusammenhang damit der Abbau der Familienerziehung.

Die Auflösung der Familie als einer Wirtschaftsgemeinschaft, die Uebernahme einer ihrer wirtschaftlichen Funktionen um die andere durch die Kollektivwirtschaft wird die Familie nicht „auflösen“. Wenn die Familie aufhört, eine produktive Wirtschaftsgemeinschaft zu sein, so wird sie erst beginnen können, eine menschliche Gemeinschaft zu sein. Wenn die ökonomischen Ketten fallen, so werden die menschlichen Grundtriebe sich frei entfalten können. Die Sorge der Erzeuger für ihre „Brut“ und ihr wechselseitiges Verhältnis wird darum nicht verschwinden, wenn sie keine ökonomische, sondern eine menschliche Sorge sein wird. Uns scheint, daß es dann erst aus einer tierischen eine menschliche werden wird.

Die revolutionäre Uebergangsepoche verlangt bei den Massen die Umwandlung der Geschlechtsgemeinschaft in eine Kampfgemeinschaft. Wird sie dadurch schwächer oder unstabiler? Uns scheint

das Gegenteil der Fall zu sein. Der Aufbau setzt, wenn der Kampf vorüber, an ihre Stelle die Lebensgemeinschaft. Auch sie scheint uns keine Lockerung und Unstabilisierung der Familie zu bewirken, eher das Gegenteil.

Die Genossenschaft des Kampfes und der Produktion außerhalb des Kreises der Familie muß naturgemäß neue moralische und kulturelle Bande der Arbeitenden untereinander schaffen, das Verhältnis von Familie zur Gemeinschaft wird ausgemerzt, also auch das der Familien- und der Gemeinschaftserziehung.

Aber es wird hier nicht der Ort sein für Polizeivorschriften, für ein „Müssen“ und „Dürfen“.

Im Maße wie die allgemeinen gesellschaftlichen Regelungen aufhören, das Zwangsgesetz der herrschenden Minderheit über eine beherrschte Mehrheit, oder einer herrschenden Mehrheit über eine unterdrückte Minderheit zu sein, und ersetzt werden durch das Lebensgesetz, das die Allgemeinheit sich selbst gibt, im selben Maße wird der Zwang des Gesetzes abgelöst durch den freieren, aber zugleich festeren Zwang der gesellschaftlichen Moral und Sitte.

5. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit wird das nächste und unabweislichste Ziel der Arbeiterklasse sein, die die Ketten der politischen Unterdrückung zerschlagen hat. Sie wird materiell und moralisch eine gewaltige Rolle in der Erziehung bilden. Nur daß die Charaktereigenschaften und Gewohnheiten, für die eine sich entwickelnde kommunistische Gesellschaft ihren Nachwuchs erziehen wird, für denselben Zweck andere werden sein müssen: freie Initiative statt mechanischer Beschränkung, freiwillige Ordnung statt zwangsmäßiger, praktische und geistige Vielseitigkeit, Universalität, Elastizität statt Erstarrung in den Spezialitäten der praktischen und geistigen Arbeitsteilung.

Auch in ihrer weiteren Entwicklung wird eine kommunistische Gesellschaft auf Steigerung der Produktivität bedacht sein müssen. Das entscheidende Mittel wird Umwälzung der Technik sein, die die Arbeitszeit verringert, die Mußezeit ausdehnt, nicht die Verlängerung der [31] Arbeitszeit. Diese Steigerung der Produktivität ist erforderlich nicht nur um der Bevölkerungsvermehrung willen, sondern um des kulturellen Fortschritts willen, dessen Grundlage die Ausweitung, Vervielfältigung und Qualitätserhöhung der materiellen Produktion ist.

Diese Steigerung der Produktion ist natürlich nicht schrankenlos. Sie ist an die Schranke der gegebenen Arbeitskräfte, der gegebenen Roh- und Hilfsstoffe und an das Tempo der technischen Entwicklung gebunden.

Fällt die kapitalistische Arbeitsweise, so fällt damit zugleich die Schranke, die sie enthält für die Anwendung arbeitssparender Maschinerie und Verfahren. Diese Schranke ist innerhalb des Kapitalismus der Ueberschuß über den Durchschnittsprofit, in kollektivistischer Wirtschaft nur die Arbeitsersparnis. Werden außerdem die Grenzmauern zwischen Kopf- und Handarbeit eingeebnet und damit die Vereinseitigung der Kopf- wie der Handarbeit aufgehoben, so werden gleichzeitig, die geistigen Voraussetzungen für rasche Produktionssteigerung geschaffen. A. Th.

*

Wirtschaftliche Umschau.

I.

Die Kaufkraft vermindert sich.

Europa kann nichts kaufen, trotzdem es einen Ueberfluß an Geldzeichen hat. Die Lieferungen Amerikas an Rohstoffen und Lebensmitteln nehmen ab, trotzdem genug da ist, um Europa zu versorgen. Wir sehen sogar, daß während in Frankreich, Italien, Mittel-Europa ein immer bedrohlicher werdender Mangel und eine die Kraft des Volkes aufzehrende Teuerung um sich greift, in neutralen Ländern, wie z. B. in Schweden, die Landwirte mit Einschränkung der Produktion drohen, nicht nur weil die Preise für landwirtschaftliche Produkte im Verhältnis zu den Betriebskosten zu niedrig sind und – das ist fast eine Klage aller Landwirte der kapitalistischen Welt –, sondern weil die Preise fallen, während sie in Deutschland, Oesterreich, Frankreich fast täglich um ein Vielfaches steigen. Man

müßte annehmen, daß, wenn eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Vorräte über die ganze Erde hin vorgenommen würde, sowohl die Klagen über die durch wachsenden Mangel erzeugten Preissteigerungen in Mittel-, West- und Südeuropa, wie die Klagen der schwedischen Landwirte und holländischen Viehzüchter über sinkende Preise in ihren Ländern, wie auch der Ueberfluß an minderwertigen Geldzeichen, dem eine sich vermindernde Gütermenge gegenüber steht, ein Ende nehmen müßten. Statt dessen sehen wir das Gegenteil: die mit Rohstoffen gesättigten Länder haben Sorge um den ferneren Absatz ihrer Produkte, und die durch Lebensmittelnot ausgezehrten, durch Rohstoffnot in ihrer Produktivität beeinträchtigten Länder können ihren Güterhunger nicht befriedigen. Auf der einen Seite sind nach Befriedigung hungernde Absatzmärkte, die nichts kaufen können, auf der anderen Seite Rohstoffvorräte, denen es an Absatz zu mangeln droht.

[32] In der normalen kapitalistischen Entwicklung der Vorkriegszeit war das Geld ein zuverlässiges Hilfsmittel der internationalen Warenzirkulation. Jedenfalls hat, trotz periodischer krisenhafter Störungen eine allgemeine progressive Entwicklung der Produktivkräfte stattgefunden. Das Geld, das als internationales Austauschmittel dienen soll, ist jetzt eher zum Hemmnis des Warenaustausches geworden. Das ergibt sich schon aus der Art der Entstehung der im Kriege ausgegebenen Geldzeichen. Der Krieg hat die Marktproduktion unterbrochen und damit auch die normale kapitalistische Warenzirkulation. Die im Kriege ausgegebenen Geldzeichen waren also ihrem Wesen und nicht nur der Menge nach verschieden, von den Umlaufsmitteln der Vorkriegszeit. Sie entstammten weder der Marktproduktion, noch dienten sie ihr, sie waren vielmehr das vom imperialistischen Staat der Kapitalistenklasse bezahlte Entgelt dafür, daß sie sich bereit fanden, ihre Betriebsmittel der Marktproduktion von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern zu entziehen und einer Produktion von negativer Produktivität dienstbar zu machen, bestimmt, anstatt der Versteigerung der Vernichtung von Wirtschaftswerten zu dienen. Ebenso wie die Kapitalistenklasse ihre gesellschaftliche Funktion, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu sorgen, preisgab, ebenso verlor auch das Geld seine Funktion, als Umlaufsmittel für die steigende Produktenmenge zu dienen. Wie die Kapitalistenklasse aus einem Förderer ein Hemmnis der Wirtschaftsentwicklung geworden ist, so ist auch das Geld nicht mehr der Antrieb, sondern die Bremse auf dem Wege zur Erneuerung der Weltwirtschaft. Das zeigt sich ganz besonders deutlich in der Valutakrise und ihren Folgen.

Sinkende Valuta ist ein Hemmnis für die Wareneinfuhr und ein Anreiz für die Warenausfuhr. Sie wirkt also volkswirtschaftlich negativ, insofern, als sie einen Wall bildet gegen die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Lebensmittel, andererseits ein Abflußbett für die Materialien, die gerade in den Ländern mit sinkender Valuta für die Erneuerung des verwahrlosten Produktionsapparates unentbehrlich sind. Besonders lehrreich ist die wirtschaftliche Situation in den Ententeländern. Sie haben nicht, wie die mitteleuropäischen Länder, unter den Folgen der Niederlagen zu leiden. Die harten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens zeigen aber, daß die Folgen des Sieges nicht minder katastrophal sind. Machen wir uns zunächst mit der Tatsache des wachsenden Mißverhältnisses der französischen und englischen Währung einerseits, mit der amerikanischen andererseits vertraut, um dann ihre Ursachen und ihre Folgen zu beleuchten.

Bis zum 6. Februar hat das englische Pfund eine Entwertung von 34,29 Prozent erfahren, also um mehr als ein Drittel. Das bedeutet, daß ein Engländer am 6. Februar für einen Dollar 6 sh 1 d bezahlen mußte anstatt des Friedenssatzes von 4 sh. Bedeutend größer ist das Mißverhältnis zwischen französischer und amerikanischer Währung. Am 6. Februar war der Franc in New-York um 65½ Prozent unter seinen Friedensstand gesunken, sodaß an diesem Tage für den Dollar in Frankreich das Dreifache des Friedenskurses bezahlt werden mußte.

Die Kriegslieferungen der Vereinigten Staaten an die Entente konnten nur durch Anleihen gedeckt werden, die sich augenblicklich auf 9416 Millionen Dollar belaufen. An die Bezahlung dieser Anleihen ist vorläufig nicht zu denken. Um so weniger, als neue Anleihen haben [33] aufgenommen werden müssen, weil England und Frankreich die Stundung der Anleihezinsen hatten eingeräumt werden müssen. Die Voraussetzung für die Bezahlung der Anleihe wäre, daß Frankreich seine zerstörten Produktivkräfte wieder aufrichtet; dazu braucht es aber neue Kredite zur Bezahlung von Rohstoffen und Lebensmitteln. Diese Kredite kann aber der amerikanische Staat nicht gewähren, weil die

Vereinigten Staaten selbst mit einer verzinslichen Schuld von etwa 26 Milliarden Dollar belastet sind. Zur Bezahlung dieser Schuld muß die amerikanische Familie mit 50 Dollar jährlich belastet werden, gegenüber einer Last von höchstens 2 Dollar jährlich vor dem Kriege mit Deutschland. Die Belastung müßte noch größer sein, wenn die Regierung ihre wachsende Unterbilanz durch Steuern, anstatt, wie dies tatsächlich geschieht, durch Aufnahme einer schwebenden Schuld decken würde, die die Höhe von 18 Milliarden Dollar erreicht hat. Die Gewährung weiterer Kredite würde einen verschärften Steuerdruck notwendig machen. Die Vereinigten Staaten können also ihren zahlungsunfähigen Ententegenossen nicht helfen, ohne sich selbst zahlungsunfähig zu machen. Die Forderung nach amerikanischen Krediten seitens der Entente bedeutet, daß diese unfähig ist, nicht nur zur Bezahlung der Kriegs-, sondern auch zur Bezahlung der Friedenslieferungen Amerikas; denn mit den begehrten Krediten sollen nicht n e u e Lieferungen bezahlt, sondern das unbeglichene Konto der bisherigen Lieferungen geebnet werden. Es würden also nur die Bezahlungen der alten Schuldverpflichtungen hinausgeschoben werden. Um den Schuldner zahlungsfähig zu machen, müßten wiederum neue Kredite eröffnet werden, mit anderen Worten: die Bezahlung der alten Schulden ist unmöglich, solange der Schuldner zahlungsunfähig ist. Er bleibt zahlungsunfähig, solange er mit der alten Schuld belastet ist. Die Entlastung von der alten Schuld, die die Voraussetzung seiner Zahlungsfähigkeit ist, würde die Zahlungsunfähigkeit des Gläubigers herbeiführen.

Eine Erläuterung dieses Tatbestandes ergibt eine Betrachtung der französischen Handelsbilanz. In den ersten elf Monaten des Jahres 1919 betrug die Einfuhr nach Frankreich 25.336.978.000 Frs., die Ausfuhr dagegen nur 6.223.548.090 Frs. Gegenüber den ersten elf Monaten des Jahres 1918 war die Ausfuhr nur um 1827 947.000 Frs. gestiegen. Die Bedeutung dieser Zahlen wird erst verständlich, wenn man weiß, daß an der Steigerung der Einfuhrziffern hauptsächlich Nahrungsmittel beteiligt sind. Ihre Wertzunahme gegenüber 1918 beträgt 2.653.788.000 Frs. gegenüber der Einfuhr industrieller Rohstoffe im Betrage von 2.010.977.000 Frs. Es handelt sich also um eine Einfuhr, die eine wachsende Belastung der Wirtschaft darstellt, die zur Befriedigung von Konsumtionsbedürfnissen dient, und je mehr ihr Umfang zunimmt, die Befriedigung der Produktionsbedürfnisse beeinträchtigt. Die französische Einfuhr setzt sich also im wachsenden Maße aus Gütern zusammen, die eine Belastung des Wirtschaftsapparates darstellen, aber nicht zur Steigerung seiner Leistungsfähigkeit beitragen.

Das Hauptkontingent der französischen Einfuhr wird von den Vereinigten Staaten und England bestritten, aber gerade gegenüber diesen Ländern kommt die Passivität der französischen Handelsbilanz kraß zum Ausdruck. Der amerikanischen Ausfuhr nach Frankreich im Betrage von 7381 Mill. Fr. steht eine Einfuhr aus Frankreich von 504 Mill. Fr. gegenüber. Bei England ist das Verhältnis 6524 Mill. Fr. [34] zu 1263 Mill. Fr. Mit anderen Worten: Frankreich ist außerstande, seine englische und amerikanische Einfuhr zu bezahlen, und seine Zahlungsunfähigkeit wächst und zwar je mehr der Einfuhrüberschuß wächst und je mehr die Befriedigung der Ernährungsbedürfnisse die Einfuhr von Gütern hindert, die der Erneuerung des Produktionsapparates dienen. Frankreich kann also seine Einfuhr nicht mit Gütern bezahlen, sondern mit Geldwerten, deren Wert mit ihrer Masse sinkt, weil sie nicht aus der Güterproduktion stammen, sondern die Stelle fehlender Güter einnehmen sollen. Die Einfuhr nach England betrug in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1919 1.462.702.770 Pfund Sterling.

Die Ausfuhr in der gleichen Zeit 707.515.251 Pfund Sterling. Der Einfuhrüberschuß beträgt also mehr als 100 Prozent. Die Einfuhr ist aber gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1918 um 21,5 v. H., die Ausfuhr um 53,6 v. H. gestiegen: Die Gestaltung der Handelsbilanz hat also die Tendenz – und dies wird durch die Ergebnisse der letzten Monate bestätigt – den Einfuhrüberschuß zu vermindern. Trotzdem findet eine rapide Entwertung des Pfundes gegenüber dem Dollar statt. Die Ursache der wachsenden Geldentwertung bei steigender Ausfuhr liegt darin, daß der Hauptbestandteil der englischen Ausfuhr dazu bestimmt ist, die in Frankreich und Belgien durch den Kriegszustand aufgerissenen Löcher auszufüllen. Die englische Ausfuhr betrug in der Zeit vom Januar bis September 1919 insgesamt 550.844.000 Pfund. Davon entfallen allein auf Frankreich 117.299.000 und auf Belgien 34.779.000, also nach diesen beiden Ländern zusammen 152.078.000 Pfund. Auf diese beiden Länder entfiel also beinahe ein Drittel der gesamten Ausfuhr Englands in der Zeit vom Januar bis September 1919. Die Ausfuhr nach diesen beiden Ländern war größer als der Export nach allen Dominien und

britischen Besitzungen zusammengenommen, der 134.587.000 Pfund betrug, also nicht viel größer war als die Ausfuhr nach Frankreich allein. Die englische Handelsbilanz ist also nur einseitig aktiv, nur gegenüber Ländern, die nicht mit Gütern, sondern nur mit entwerteter Valuta bezahlen können. Gegenüber den andern Ländern, mit denen es in Handelsbeziehungen steht, Vereinigte Staaten, Süd-Amerika und auch gegenüber den englischen Kolonien ist seine Handelsbilanz stark passiv. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten von Januar bis September 1919 betrug 410.323.000 Pfund, die Einfuhr nach Amerika nur 21.028.000 Pfund. Die Einfuhr aus den englischen Kolonien 415.817.000 Pfund gegenüber einer Ausfuhr nach den Kolonien von 134.587.000 Pfund. Die Einfuhr aus Argentinien betrug 57.154.000 Pfund. Das Sinken des Einfuhrüberschusses, die Tendenz der englischen Entwicklung zur Ueberwindung der Passivität der Handelsbilanz ist ein trügerischer Schein. Denn sie findet statt auf Kosten des Wertes der englischen Währung, also auf Kosten der künftigen Einfuhrmöglichkeiten. Die englische Wirtschaft ist aber mehr als andere kapitalistische Länder auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen. Sie kann nicht ohne Baumwolle und noch viel weniger ohne Zufuhr von Getreide existieren. Die Ausfuhr nach Frankreich und Belgien muß aber dazu führen, die Einfuhr zum Stocken zu bringen und an die Stelle einer produktiven Einfuhr eine unproduktive Ausfuhr zu setzen, d. h. die englische Wirtschaft der gleichen Katastrophe wachsenden Gütermangels zuführen, in der sich die Länder befinden, von denen die eng-[35]lische Export-Industrie hauptsächlich lebt. Als Beweis dafür, daß sich die englische Wirtschaft auf dieser abgleitenden Linie bereits befindet, mag die Tatsache gelten, daß, wie die „Berliner Börsenzeitung“ vom 19. Februar berichtet, Liverpooler Baumwollinteressenten bedeutende Baumwollmengen nach Amerika zurückverkauft haben, um den hohen Stand des Dollars auszunutzen.

Schon jetzt wird ein großer Teil der eingeführten Rohstoffe, anstatt von der Industrie verarbeitet zu werden, vom Handel erfaßt, um nach Frankreich und Belgien, vielleicht auch nach Deutschland eingeführt zu werden, wo die Aufnahmefähigkeit für textile und andere Rohstoffe ebenso unerschöpflich ist, wie die Preise unbegrenzt sind. So hat im November 1919 die Zufuhr von Rohbaumwolle um rund eine Million Pfund zugenommen. Da aber für fast zwei Millionen Pfund Rohbaumwolle wieder ausgeführt wurden, verwandelt sich die scheinbare Zunahme der Rohbaumwollezufuhr in ihr Gegenteil. Aehnlich steht es bei Wolle, wo die Zunahme der Einfuhr 4,46 Millionen Pfund, die Zunahme der Wiederausfuhr 3,8 Millionen Pfund beträgt. Bei Häuten und Fellen ist scheinbar eine Zunahme der Einfuhr um 0,35 Mill. Pfund zu verzeichnen; die Wiederausfuhr hat aber um 1,25 Mill. Pfund zugenommen; auch in der Gruppe Verschiedenes, die u. a. Kautschuk mit umfaßt, steht einer Zunahme der Einfuhr um noch nicht 1,3 Mill. Pfund eine Zunahme der Wiederausfuhr um über zwei Millionen Pfund gegenüber. Eine irgendwie ins Gewicht fallende reine Zunahme der Rohstoffeinfuhr bleibt also nur bei Holz mit 5,25 Mill. Pfund und bei Stoffen für Papierfabrikation mit rund 0,5 Mill. Pfund übrig. Das beweist, daß weder die Einfuhr- noch die Ausfuhrzahlen ein Bild von der Entwicklung der Produktivkräfte in England geben.

Die Zahlen der englischen Einfuhr und Ausfuhr zeigen, daß die Entfaltung der Produktivkräfte, besonders der industriellen, die in den Vereinigten Staaten und den englischen Kolonien während des Krieges stattgefunden hat, und die bestimmt war, England zum Siege über seinen imperialistischen Konkurrenten zu verhelfen, in Wirklichkeit England seiner wichtigsten Absatzmärkte beraubt hat, indem es die Verbraucher englischer Industrieprodukte in Selbsterzeuger verwandelte. Der Warenhunger Frankreichs und Belgiens läßt die Erschütterung der Fundamente des englischen Kapitals noch nicht voll zur Geltung kommen. Das wird aber der Fall sein in dem Maße, wie die Erschütterung der französischen und belgischen Valuta, die die englische nach sich zieht, den englischen Export nach Frankreich und Belgien unterbindet. Es wird dann an die Stelle der Kapitalvermehrung die Kapitalflucht treten. Die englischen Waren werden alsdann nicht mehr in die kapitalarmen, sondern in die kapitalreichen Länder gelangen, die das Bedürfnis haben, die in ihren Händen befindlichen englischen Geldzeichen, deren Wert immer illusionärer wird, in reale Waren von materieller Substanz einzutauschen. Tanuki.

*

[36]

Literatur.

P. Werner: Die Bayrische Räterepublik. Tatsachen und Kritik. Frankes Verlag, Leipzig. 68 Seiten, 8*.

I.

Die Aufgabe der Kommunisten ist es nicht, bei den Kämpfen und Auseinandersetzungen „dabei gewesen zu sein“, so wie Goethe von sich rühmt, daß er bei Valmy „dabei gewesen“ sei. Die Aufgabe und die geschichtliche Pflicht der Kommunisten ist es vielmehr, in den Kämpfen und Auseinandersetzungen ihrer Zeit darin zu sein: sie mitzukämpfen, in ihnen voranzugehen, handelnd, den Weg freimachend, und kritisierend, den Weg weisend. Die Kommunisten kämpfen nicht um des Kampfes willen. Sie kritisieren nicht um der Kritik willen. Ihr Kampf, den sie als politische Partei führen, empfängt Richtung und Ziel allein durch die großen allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats, die zu verwirklichen sie sich als Partei konstituiert haben. Sie kämpfen als Partei der fortgeschrittensten Schichten der Arbeiterklasse den großen Klassenkampf des Proletariats an den gefährlichsten und gefährdetesten Stellen und bahnen so dem großen Heerhaufen der Arbeiterschaft die Gasse zum Vormarsch. Ihre Kritik, die sie als theoretisch geschlossene, einheitliche Gruppe an den Ereignissen der Zeit, den Kämpfen der Revolution, des Proletariats, ihrer Partei üben, nimmt ihre scharfen Waffen aus dem Arsenal der Gedankenwelt von Karl Marx und Friedrich Engels. Sie will, ebenso wie es diese getan haben, dem Proletariat als Klasse die gewaltigen geschichtlichen Probleme zum Bewußtsein bringen, die es zu lösen berufen ist, sie will es dadurch tun, daß sie gleichzeitig mit der Entwicklung jener Probleme auch die Unzulänglichkeiten bei den bisher versuchten Lösungen rücksichtslos aufdeckt, Unzulänglichkeiten, die ihre Ursache haben vor allem in der geistigen Verfassung des Proletariats, und die nur beseitigt werden können durch den immer erneuten Hinweis auf den Weg und das Ziel des Kampfes.

Prüft man nach diesen Grundsätzen die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in dem abgelaufenen Jahre der deutschen Revolution, so kann das unbefangene Urteil nur lauten, daß sie trotz mancher Irrtümer und Irrungen im Einzelnen die ihr gestellte Aufgabe erfüllt hat. In den Januar- und Märzschlachten in Berlin, im Rheinland, in Halle, Bremen und in München hat die Kommunistische Partei geblutet. In den Kämpfen, die sie nicht gewollt oder provoziert, deren verhängnisvollen Ausgang sie am ehesten und klarsten vorausgesehen und vorausgesagt hat, sind ihre Besten in den Riß der Zeit gesprungen, da die Sache des ganzen Proletariats auf dem Spiele stand.

In ihrer Kritik haben die Kommunisten dieser Kämpfe, deren lebendige Teilnehmer sie gewesen, sich bemächtigt. Schonungslos haben ihre Schriftsteller alle die Halbheiten und Unvollkommenheiten enthüllt, die das Proletariat zum Opfer, statt zum Sieger dieser Auseinander-[37]setzungen werden ließ. Oft nur wenige, verfolgt von allen Meuten der Reaktion, gehetzt von Stadt zu Stadt, haben sie versucht, der deutschen Arbeiterschaft nach der vierzig Jahre langen Wanderung durch die Wüste der alten Partei, in der die blitzende Waffe der Dialektik abstumpfte zur mechanischen Scholastik, in der die lebendige Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus verdorrte zur öden Dogmatik, vom Wasser des Lebens zu reichen, indem sie in den harten und blutigen Erfahrungen der Gegenwart immer und immer wieder aufzeigten die klaren und eindeutigen Grundsätze des revolutionären Marxismus als des einzigen Leitsterns auf dem Weg zum Ziel. Nicht nur im Spartakusprogramm, dem Agrarprogramm, den Heidelberger Leitsätzen und den vorwiegend unter deutscher Mitwirkung entstandenen taktischen Leitsätzen der Dritten Internationale hat die Partei bewußt angeknüpft an die letzten und höchsten Erkenntnisse, die Marx und Engels der Arbeiterschaft hinterlassen haben. Auch in ihren Zeitungen, vorweg der „Roten Fahne“, ihren Zeitschriften und Broschüren hat sie stets versucht, in der deutschen Revolution der Aufgabe gerecht zu werden, die ihre Lehrmeister sich für ihre Epoche gestellt hatten: die Selbstverständigung der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche.

II.

Zu den Schriften. die diesem hochgestellten Ziel sehr nahe kommen gehört die Abhandlung Paul Werners: „Die Bayrische Räterepublik“.

München steht im Rahmen der europäischen Revolutionen gesehen, historisch zwischen der Commune und Sowjetrußland. Es verbindet die Mängel eines partiellen, auf eine Stadt und ihre Umgebung beschränkten Aufstandes der Arbeiterschaft mit den höheren Formen der Ausübung der proletarischen Diktatur, die Sowjetrußland im Vergleich zu den Keimen von 1871 entwickelt hat. Werner geht auf diese Bedeutung Münchens nicht ein. Es wäre vielleicht lohnend, wenn er in einer besonderen Untersuchung sich damit noch befassen würde.

Für die Fortentwicklung der innendeutschen revolutionären Verhältnisse bedeutet, wie Werner mit Recht hervorhebt, Münchens Erhebung und Fall, daß es „Bayern in die allgemeine Linie mit Deutschland gebracht hat". Waren bis zum April die Klassengegensätze in Bayern nicht so schroff ausgebildet wie im Norden, so hat die Macht, die das Münchener Proletariat, wenn auch nur auf Tage, wirklich ausgeübt hat, so hat das wahnfinnige Wüten des weißen Schreckens im Mai jeden Unterschied zwischen dem Norden und Süden ausgelöscht.

Wer mit Kautsky den charakteristischen Unterschied zwischen proletarischen und bürgerlichen Revolutionen darin sieht, daß jene die Gewaltlosigkeit auf ihr Panier geschrieben haben, für den ist eine bewaffnete Erhebung gleich der Münchener ohne weiteres ein Abirren vom rechten Wege des Proletariats. – Wer mit einigen Kommunisten, in jedem Aufstand, in dem nicht gleich alle Blütenträume reifen, einen zwecklosen Putsch sieht, für den ist das Urteil über München auch schnell gesprochen. So bequem kann es sich ein kommunistischer Autor, der das Proletariat zum Bewußtsein der von ihm geführten Kämpfe bringen will, nicht machen. Und so bequem macht es sich Werner auch nicht: Aufgabe des Historikers ist es, seine Ursachen zu erkennen. „Vorgänge [38] von solcher Bedeutung und Wirkung wie der Aprilputsch sind keine Zufallserscheinungen, sondern historische Notwendigkeiten." (S. 66.)

Diese historischen Notwendigkeiten in ihrer Entwicklung, ihren Ursachen und Auswirkungen aufzudecken, das ist die Pflicht der Marxisten.

Diese Pflicht hat Werner erfüllt mit aller Leidenschaft des revolutionären Kämpfers, aber zugleich mit dem kühlen Kopf und klaren Blick des Kritikers hat er mutig und illusionsfrei die im historischen Ablauf der Münchener Ereignisse wirkenden Kräfte aufgezeigt, hat er den Elan und die Begeisterung der den kommunistischen Parolen folgenden Arbeiter Münchens, aber auch ihre Unzulänglichkeiten, ihre Halbheiten und Mängel dargestellt. So zeigt er der Arbeiterklasse, wie ihre Kämpfe, die sich nicht nach irgend einem Sollen, den Regeln irgend eines eigensinnigen Theoretikers richten, Stationen sind, die sie passieren muß, damit sie reif werde zum Siege.

In 23 Kapiteln gibt Werner die Tatsachen und die Kritik der Münchener Räterepublik. Vorweg legt er die Grundlagen klar, die ökonomischen und politischen Bedingungen, aus denen die Münchener Räteherrschaft erwachsen ist. Die Räterepublik ist nicht das Produkt einer größeren ökonomischen und politischen Reife der bayrischen Arbeiterschaft verglichen mit der Norddeutschlands. Umgekehrt: die revolutionären Auseinandersetzungen zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie nehmen in Bayern die Form des Kampfes um die Räterepublik an, weil die ökonomischen und politischen Verhältnisse hier unentwickelter waren als im Norden. Das Bürgertum Bayerns war bisher trotz aller Revolution noch „debonnaire" verhältnismäßig gutmütig gewesen, weil die Arbeiterschaft, die in dem bäuerlichen Lande selbst zum größten Teile kleinbürgerlich, noch nicht mit wirklich proletarischen Forderungen hervorgetreten war. Diese Arbeiterschaft wurde, eben weil ihre Ideologie noch kleinbürgerlich war, das Opfer der radikalen Phrasen Kurt Eisners, der revolutionären und anarchistischen Literaten und Künstler Münchens. Dazu kamen die Kämpfe in Berlin, in Norddeutschland überhaupt, der Einfluß der nahen ungarischen Sowjetrepublik, dazu kam vor allem der teuflische Plan der Hoffmann und Schneppenhorst, die – klüger als die Landauer und Toller – die Räterepublik begünstigten, um durch ihre Niederwerfung ihre eigene schwankende Stellung, die Stellung ihrer Partei zu festigen.

So entstand im April die Räterepublik als Mummenschanz. Aber einmal entstanden, entglitt sie den Händen ihrer Patrone und geistigen Väter, schlug durch die Logik der Dinge, die jene zu meistern

unfähig waren, um in die größte politische Erhebung, die das Proletariat Deutschlands bisher erlebt, und in die blutigste Niederlage, die es bisher erlitten hat.

Voll Ironie schildert Werner jenen ersten Akt der Räteherrschaft, die Scheinräterepublik, die Diktatur des Proletariats ohne Proletarier. Glänzend sind seine Charakteristiken der Anführer jener Farce: des idealistischen Schwärmers L a n d a u e r, des Freigeld-Hanswurstes Silvio G e s e l l, des Menschentümlers Ernst T o l l e r, der, ach so gern ein Politiker sein wollte; und all die andern, die zur Curee sich eingefunden hatten. –

Aber gleich dem im Feuer auflodernden Maskenfest im „Faust“ zerflattert der Spuk dieses ersten Aktes in sein leeres Nichts vor der [39] harten Wirklichkeit. Es folgt der mißglückte Putsch der Gegenrevolution. Das Proletariat Münchens kämpft. Es macht Ernst. Die Demaskierung beginnt. Die Kommunisten, bisher die schärfsten Kritiker des Abenteuers, übernehmen die Macht. Sie springen in die Bresche, obwohl sie klarer als alle anderen die Aussichtslosigkeit des isoliert bleibenden Aufstandes erkennen. Und in den Tagen, da die Kommunisten den Massen den Impuls geben, beginnt das Wort von der Diktatur des Proletariats, Inhalt zu bekommen. Die Rote Armee wird organisiert. Die Banken werden beschlagnahmt. Sozialisierungsmaßnahmen werden erlassen; die Aufgaben der Betriebsräte werden festgelegt. Aber alle Anordnungen leiden am Mangel der Kräfte, die sie durchführen könnten, stoßen auf die Sabotage der Bourgeoisie und auf den offenen oder versteckten Widerstand der anderen Arbeiterparteien. So wird der „Tag des Proletariats“, der 22. April, an dem es seinen ersten Sieg und den Beginn seiner Herrschaft feiern sollte, zum einzigen und letzten Festtag seiner Macht. Der Verrat der U. S. P. beginnt. Sie will, wie in Berlin, gleichzeitig kämpfen und verhandeln. Die Massen fangen an, schwankend zu werden. Die Kommunisten treten aus dem Aktionsausschuß zurück. T o l l e r öffnet die Front bei Dachau und über 100.000 Weißgardisten dringen am 1. Mai in München ein, als die U. S. P. gerade ihre Maifeier begehen will. Der tapferste, verzweifelte Widerstand der Roten wird gebrochen. Die unsäglichen Scheußlichkeiten des weißen Schreckens setzen ein.

Das Spiel ist aus.

Mit atemloser Spannung erlebt der Leser der Wernerschen Schrift noch einmal den jähen Aufstieg, den tiefsten Fall der Münchener Arbeiterschaft. Und wenn der Kritiker noch einen Wunsch äußern darf, so ist es der, daß der Verfasser seine Darstellung nicht hätte beschränken sollen auf die Ereignisse nur in der Stadt München selbst. Wenn München auch das Zentrum war, hier alle Entscheidungen gefallen sind, so wäre es doch interessant, etwas zu erfahren über die zur Räterepublik gehörenden Landgebiete, den Ablauf der Ereignisse dort und die Stellungnahme des Landproletariats, der kleinen Bauern zur Räteherrschaft, der sie zugehörten. Auch hätten vielleicht die hauptsächlichsten Dekrete der Räteregierung mitgeteilt und noch ausführlicher erörtert werden können, wieviel von den Anordnungen der Regierung überhaupt in einen Anfang von Praxis hat umgesetzt werden können.

Ueber alle solche Einzelwünsche nach Ergänzungen hinweg bleibt jedenfalls die Tatsache, daß die Schrift Werners inhaltlich und stilistisch die beste ist, die bisher über Münden erschienen ist. Sie rechnet zu den besten, die überhaupt die kommunistische, ja die ganze sozialistische Literatur der letzten Jahre hervorgebracht hat.

III.

Noch ein Punkt bleibt zu erörtern: die Haltung der Kommunistischen Partei während der Münchener Tage. Es ist bekannt, daß sich über sie eine Polemik entsponnen hat. Während die scharf ablehnende auch von Werner ausführlich erörterte Haltung der Partei zur Räterepublik Landauer, Gesell und Co. allgemein gebilligt wird, hat Genosse P. L. in dem Aufsatz: „Münchener Erfahrungen – Die Kehrseite“ („Die Internationale“ 1. Jahrgang, Heft 9/10 S. 11 ff.) die Beteiligung der Partei an der Macht nach dem konterrevolutionären Putsch [40] als taktisch verfehlt angegriffen. Werner hat seine abweichende Meinung ebenfalls in der Internationale (S. 4 ff. und S. 274 ff.) dargelegt. In der Broschüre geht er – offenbar um den Fluß der Darstellung nicht zu unterbrechen – nicht auf die Polemik ein. Aber die von ihm in der Broschüre gegebene Aneinanderreihung der Tatsachen scheint mir die Auffassung zu rechtfertigen, daß die Kommunistische Partei sich nach dem Putsch der Gegenrevolution

der Machtübernahme nicht hat entziehen können, obwohl ihre Führer die Aussichtslosigkeit der Unternehmung erkannt und auch vorhergesagt haben.

Genosse P. L. beruft sich zur Rechtfertigung seiner Meinung auf die Taktik, die die Partei damals in ganz Deutschland verfolgt habe: „einem bewaffneten Kampf auch bei angreifendem Vorgehen der Konterrevolution aus dem Wege zu gehen, weil eine siegreiche Durchführung eines bewaffneten Kampfes unmöglich schien." Diese Taktik hat die Partei ganz allgemein als richtig angenommen. Sicher ist aber auch, daß die Münchener Tage nicht in ihre Linie hineinpassen. Trotzdem aber ist das Urteil, das P. L. über die Haltung der Münchener Genossen fällt, meiner Meinung nah, nicht haltbar.

P. L. übersieht, daß die Einhaltung einer Taktik nicht allein von dem abhängt, der sie sich als Richtschnur seines Handelns gegeben hat, sondern auch von dem Handeln der Gegner. Das gilt insbesondere von einer im Brennpunkt des Kampfes stehenden politischen Partei, wie es die Kommunistische ist. Soll sie auch dann nicht kämpfen, wenn der Gegner mit ihr und dem Proletariat kämpft, ob sie will oder nicht? Sie muß dann den Kampf aufnehmen zusammen mit den Massen, auch wenn sie ihn für aussichtslos hält; und jene taktische Linie gewinnt dann die Bedeutung, daß die Partei im Kampfe alles darauf abstellen muß, sich möglichst bald vom Gegner zu lösen.

Solch ein Kampf wider Willen, dem die Partei sich nicht entziehen konnte, weil die Massen ihn nicht vermeiden konnten, ist der zweite Akt des Münchener Dramas. Es ist mir kein Zweifel, daß mit dem verunglückten Putsch der Hoffmänner die blutige Auseinandersetzung zwischen der Gegenrevolution und den Mündener Arbeitern unvermeidlich geworden war. Mochte bis dahin die Räterepublik von niemandem, auch nicht von den Hoffmännern, denen sie nur ein Sprungbrett zur festeren Macht sein sollte, ernst genommen worden sein: mit dem Putsch änderte sich grundsätzlich die Lage. Nicht in dem Sinne, daß nunmehr die Räterepublik, die bis dahin ein aussichtsloses Unternehmen war, mehr Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Aber der Sieg der Arbeiter am Bahnhof, so leicht er war, stellte in ganz anderer grundsätzlicher Weise, als es die tollen Literaturluftsprünge der Landauer und Toller je getan hätten, die ganze Autorität der bürgerlichen Regierung überhaupt in Frage. Die Lage war ähnlich der nach dem mißglückten Putsch des General L a g u i s gegen die handvoll Matrosen im Berliner Schloß am 24. Dezember 1918. Wie damals auf diese Weihnachtstage die Januarkämpfe folgten, folgen mußten, trotz aller verzweiflungsvollen Verhandlungs- und Kapitulationsangebote der Arbeiterführer, trotz aller Versuche der K. P. D. ohne Verhandlung dem Kampf auszuweichen – einfach weil die Frage der bürgerlichen Staatsautorität zur Machtfrage geworden war, und deshalb nach der Ideologie der Bürger und ihrer militärischen Ratgeber nur noch mit Mitteln der Macht, mit Gewalttat und Blut wiederhergestellt werden konnte: so [41] mußte auch in Münden auf die militärische Niederlage der Regierung die militärische Revanche mit allen Greueln des weißen Schreckens notwendig folgen.

Die entscheidende Frage stellt sich damit so: Sollte die Partei in diesem heranziehenden Entscheidungskampfe, der nicht zu umgehen war, die Massen allein lassen? Sollte sie, die Hände in den Schoß legend, sich rein kritisch, ablehnend verhalten, ohne den Proletariern den Weg aus dem Verderben zu zeigen? Ich glaube, auf diese Frage gibt es nur e i n e Antwort: N e i n. So wie die Partei die Pflicht hat, überall, in jeder Frage des revolutionären Kampfes, bei den Massen zu bleiben, so hatte sie die Pflicht erst recht, da sie das Unglück über die Arbeiter herankommen sah. Bei aller Kritik an der Unzulänglichkeit der ganzen Unternehmung, bei aller Einsicht in die Unmöglichkeit eines Erfolges, mußte sie dabei mit den Massen gehen, um sie mit so wenig Schaden wie möglich aus dem Hexenkessel hinauszuführen.

Das aber bedeutet zunächst für die Partei Beteiligung an der Macht. Der Rückzug vor dem Abenteuer konnte überhaupt nicht eingeleitet werden, er konnte nur annähernd gesichert werden, wenn die Arbeiter den wachsenden Kräften der Konterrevolution eine möglichst große eigene Macht entgegenstellten. Verhandlungen, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollten, konnten nur dann nicht mit einem Mißerfolg, mit einer Schwächung der Moral der Arbeiter enden, wenn sie von Macht zu Macht geführt wurden. Hätten die Kommunisten abseits gestanden, das Ende wäre genau so blutig gewesen, und die ganze Verantwortung wäre trotzdem auf sie, ihre Passivität gefallen.

Die Aufnahme des Kampfes – gewiß mit dem Ziel – ihn im günstigsten Moment so vorteilhaft wie möglich abzubrechen – war darum das einzige Mittel, um zu retten, was zu retten war. Die Kommunistische Partei hat daher objektiv, historisch richtig gehandelt, wenn sie alsbald nach dem Kampfe am Bahnhof die beiden, bei Werner S. 31 mitgeteilten, Kampfaufrufe erließ. Daß sie sich dabei für die Räterepublik einsetzte, ergab sich ohne weiteres aus der ganzen Situation. Die Erhaltung und Durchsetzung der Bayerischen Räterepublik konnte gewiß nicht das Ziel des Kampfes sein. Aber da es zunächst einmal die höchste Machtsteigerung galt, so mußte er, dessen objektiver Gehalt nur die Verteidigung des Proletariats gegen die Konterrevolution ausmachte, notwendig die Form der Auseinandersetzung um die Räteherrschaft als der schärfsten Antithese gegen den bürgerlichen Staat annehmen.

Zugegeben werden mag, daß einzelne der Führer sich bei der Aufnahme des Kampfes Illusionen über die Erfolgmöglichkeiten hingegeben haben. Werner berichtet darüber auf S. 47 seiner Schrift, und auch L e v i n é spricht in seiner Verteidigungsrede davon. Aber die zu optimistische Einschätzung der Lage durch einzelne Genossen ändert nichts an der Notwendigkeit, die für die Partei aus dem Verlauf der Ereignisse selbst entsprungen war: in die Bresche zu treten oder politisch tot zu sein.

Wenn das Rückzugsmanöver mißglückt ist, so trifft daran die Kommunisten keine Schuld. Die volle Verantwortung fällt auf die U. S. P., die T o l l e r, K l i n g e l h ö f e r und M ä n n e r, die verhandelten, als noch zu handeln die Stunde gebot.

Die Massen, von denen die Kommunisten noch eben das höchste verlangt hatten, wurden dadurch stutzig; ihre Widerstandskraft zermürbte [42] sich. In dem Augenblick, da die straffste Führung notwendig war, entglitt durch das Verhalten der Unabhängigen die Führung den Kommunisten. Sie schieden aus dem Aktionsausschuß aus. So wurde die Niederlage, die sie vorhergesagt, der auszuweichen oder sie wenigstens abzuschwächen sie alles getan hatten, unvermeidlich. Die kommunistische Partei, die den Kampf nicht gewollt, die vor ihm gewarnt hatte, erlitt wie in Berlin, auch in Münden die schwersten Verluste, mußte ihre Besten opfern, nur weil sie ihre Pflicht getan: das Proletariat in seiner schwersten Stunde nicht allein gelassen hat.

München gehört, was bei der Beurteilung auch der Taktik der Kommunistischen Partei während der Räteherrschaft nicht außer acht gelassen werden darf, zu den zahlreichen Fällen, in denen das Proletariat durch die Macht der Verhältnisse gezwungen ist, „zu früh“ einen Sturm auf die Staatsgewalt zu unternehmen. Werners Schrift erweist das klar. Die Münchener kommunistischen Führer haben Kraft ihrer überlegenen historischen Einsicht dieses „zu früh“ vor allen anderen erkannt und ausgesprochen. Als das Proletariat trotzdem kämpfen mußte, da blieb ihnen nichts anderes übrig, als mit ihm zu handeln, ihm den Weg zur Rettung zu weisen.

Weil die Kommunisten so gehandelt haben, deshalb hat die Münchener Episode das werden können, was sie tatsächlich geworden ist, eine Vorschule künftiger Erfolge. Die blutige Lehre Münchens mit all ihrem Großen und Niederdrückenden ist nur dann für das Proletariat nicht verloren, wird nur dann eine Vorstufe des künftigen Sieges, wenn sie eingeht in das Bewußtsein der Arbeiterklasse und ihr zur klaren Erkenntnis verhilft über Wesen, Ziel und Mittel der proletarischen Diktatur. Dieses Bewußtsein zu wecken und lebendig zu halten, ist Aufgabe der Kommunistischen Partei. Sie ist dazu berufen vor allen andern, weil sie auch im Augenblick der Not zu den Massen gehalten hat. L a m b d a.

*

Zeitschriftenschau.

Die augenblickliche Krise der kapitalistischen Welt kann vielleicht nirgends besser studiert werden als in England.

Das Eigentümliche der Stellung Englands besteht ja darin, daß nach äußerlichem Erfolg, nach „Erreichung aller Ziele“, auch der gewaltige englische Imperialismus keineswegs dort angelangt ist, wohin er gelangen wollte. Dieselben Probleme, die heute das kapitalistische Deutschland bewegen, bewegen das kapitalistische England: das Finanzproblem – insbesondere das Valutaproblem –, das russische Problem, das „Friedensproblem“. Dazu aber kommen für England noch spezielle Probleme,

die mit der „Teilung der Welt“ zusammenhängen, und die im allgemeinen als türkisches, indisches und ägyptisches Problem bekannt sind.

All die Nöte und Schwierigkeiten, die sich aus diesen Problemen ergeben, spiegeln die englischen politischen Zeitschriften wieder. Soweit sie uns vorliegen, soll über sie in folgendem kurz berichtet werden.

Beginnen wir mit einigen Artikeln der „Contemporary Review“. Wir sehen in den neuesten Heften (Januar und Februar 1920) alle Schwierigkeiten, [43] von denen wir sprachen, aufgedeckt. Drei Artikel des Januarheftes charakterisieren schon durch ihre Ueberschriften die Richtung, in der die Fragen sich bewegen. Diese Artikel sind überschrieben: „Is it peace?“ (Spender), „The Settlement of the Near East“ (Bryce) und „The economic chaos in Europe“ (Norman Angell).

Der ausführlichste dieser drei Artikel ist der von Norman Angell. Dieser bekannte Publizist rollt ein Bild vom finanziellen Chaos Englands und des übrigen Europa auf, und, um es von vornherein zu sagen, kommt zu folgendem, auf den ersten Blick seltsam erscheinendem Resultat:

„Die einzige Politik, die Frankreich und Belgien, Serbien und Italien und England retten kann, ist „pro-deutsch.“

Zu diesem Resultat kommt der Verfasser durch eine ziemlich detaillierte Analyse der Finanzkrise Europas. Wir wollen seinen Gedankengang kurz angeben, da er sowohl charakteristisch ist für die linkspazifistischen Strömungen Englands, wie auch interessant in seiner Ungeschminktheit.

Was ist das Auffallendste an dem „Leben“ in den niedergebrochenen Ländern, zumal in Deutschland? Die äußere Schminke, die unleugbare Intensität der äußerlichen Lebensbewegungen, die Seltsamkeit der „Geschäfte“, die gemacht werden, die gesteigerte Vergnügungswut.

Alle diese Erscheinungen finden sich auch in England.

Mit Hohn bemerkt Angell, daß zwar nirgends Kapital aufzutreiben ist für den Bau von Wohnhäusern – trotz der in England akuten Wohnungsnot –, daß aber die Kinopaläste aus der Erde schießen wie Pilze. Aber mehr: die Hungersnot, die die Zentralmächte bedroht, bedroht auch „alliierte Mächte“. Die schaudererregenden Berichte des Sir Goode über Wien werden übertroffen durch seine Berichte aus Serbien. Dort findet er 500.000 hungernde Waisenkinder, und 35 Prozent der Bevölkerung leiden an Tuberkulose. Auch Polen hungert. Und Hilfe ist nur dann möglich, wenn Amerika diese Hilfe bringt. Nach der Berechnung des Lebensmittelkontrolleurs Hoover sind 100.000.000 Menschen in Europa auf importierte Nahrungsmittel angewiesen. Deren Heranschaffung würde aber eine Ordnung der Transportfrage erfordern – und so verketten sich alte mit neuen Schwierigkeiten. Englands öffentliche Meinung aber will im allgemeinen noch nichts von alledem wissen. Mit Bitterkeit sagt Angell, daß Goode’s Berichte nur deshalb bemerkt worden sind, weil sie nicht in der Presse, sondern in einem „Lunching Club“ gegeben worden sind und nur deshalb „etwas Neues“ waren.

Aber England müßte die folgenden F a k t a kennen:

1. Ganz Europa ist vom Hunger bedroht.

2. Die britische Oeffentlichkeit wird dadurch nicht berührt. Sie glaubt, „es ginge sie nichts an“.

3. Dabei sind die britischen Inseln in keiner Weise selbstgenügsam. Sie sind vielmehr auf eingeführte Nahrungsmittel und Rohstoffe angewiesen, hängen also von denjenigen ausländischen Ueberschüssen ab, die England im Austausch gegen Kohle und Fertigfabrikate erhalten kann.

4. Solcher Austausch ist unmöglich, wenn der fremde Ueberschuß fehlt. Nimmt dieser Ueberschuß quantitativ ab, so steigen automatisch die Preise für Nahrungsmittel und Rohstoffe und sinken die Preise für die englischen Erzeugnisse.

5. Dass augenblickliche Stadium zeichnet sich durch eine Art „Arbeitsteilung“ aus: England zahlt durch Lieferung von Postdampfern oder Polizei im Austausch gegen „ein paar Kokosnüsse oder Bananen“.

6. Ein einziger Ausweg existiert: internationale Kredite, die getragen sind vom Vertrauen auf eine Erholung von der Krankheit. D i e s e s V e r t r a u e n f e h l t.

7. England selbst, d. h. die Kapitalistenklasse Englands, ist profitgierig und treibt Augenblickspolitik. Dabei hat der Staat Schulden, und die englische Valuta hat über 20 Prozent gegenüber dem Friedenskurs verloren. [44]

8. Trotzdem ist der äußere Anschein – wie oft in der Geschichte – einer „Prosperität“ da. „Man“ macht Geschäfte, „man“ zeitigt Gewinne. Aber im Innern ist diese ganze Wirtschaft hohl. Denn:

9. England kann seine amerikanischen Schulden nicht zahlen, weil der Kontinent (d. h. Frankreich, Italien und die anderen) die Schulden, die sie haben, wiederum an England nicht zahlen können.

10. England ruft nun Amerikas Hilfe für die Hungergebiete an, immer mit der Fiktion der „Hoffnung“, daß sich diese Gebiete schon erholen werden.

11. Die englische Politik macht diese Hoffnung selbst zuschanden: Gebiete, die blockiert werden, können sich eben nicht erholen.

Dieser Analyse ist nicht viel hinzuzufügen.

Die merkwürdige Zwiespältigkeit der englischen Politik, das „Tanzen auf dem Vulkan“, von dem so oft geredet wurde, sind wieder einmal hervorgehoben. Kennt Angell Heilmittel? Nein. Aber er vervollständigt seine „Fakta“. In einer neuen Aufzählung. Diese Fakta sind:

1. Amerika ist auf Friedenskredite nicht eingerichtet. Es hat den Krieg in seinem Endstadium finanziert und wird Friedenskredite nur unter bestimmten Garantien gewähren.

2. Als solche Garantie wurde angeboten: die deutsche Kriegsentschädigung.

3. Amerika mußte diese „Garantie“ ablehnen, weil die Politik der Alliierten sie gänzlich wertlos machte.

4. Aber selbst wenn Amerika Hungerkredit gewährt, so sind das S t e u e r n für England.

Diese „vier Fakta“ werden durch die englische Politik des vergangenen Jahres illustriert. Auf der einen Seite – das Bestreben, „Deutschland auszuquetschen, bis man den Saft spritzen hört (Sir Eric Geddess), also das Bestreben, das Möglichste aus Deutschland herauszuziehen an „Leistungen“, auf der anderen – die deutsche Wirtschaft zu zerschlagen. Die gesamte Politik gegen Deutschland ist schlecht konzipiert und nicht organisiert.

Bei „einer „wirtschaftlichen „Politik“ wäre, meint Angell, ein Schadenersatz möglich gewesen. Bei der tatsächlich befolgten ist an ihn nicht zu denken. Diese Politik nennt er: „unser selbstmörderischer Kurs“.

Auch die Rußlandpolitik Englands wird gegeißelt. Bemerkenswert ist, daß Angell glaubt, Wiederaufbau Rußlands sei nur mit deutscher Hilfe möglich.

Eine Bankerotterklärung der östlichen Politik Englands, ein Warnruf, eine Mahnung zur Umkehr – das ist der Tenor des Artikels.

———

Andere englische Schwierigkeiten berührt der Artikel von B r y c e.

Hier haben wir das türkische Problem vor uns, mit dessen „Lösung“ sich die großen Politiker – vergebens – herumschlagen.

Als Grundsatz gilt dem Verfasser:

„Konstantinopel, die Stadt zwischen zwei Kontinenten, mit seiner unvergleichlichen strategischen und kommerziellen Lage zwischen zwei großen Meeren, mit der Kontrolle über den Weg von einem zum anderen, kann nicht in der Hand der Türken gelassen werden.“

Eine These, die bekanntlich auch die französische „große Politik“ vertritt.

Aber sofort kommt die Spitze gegen die französische Auffassung, die bekanntlich die Meerengen internationalisiert haben will, dem Sultan aber die Souveränität über Stambul nicht rauben möchte.

Auf die „Gerüchte“, daß die Austreibung des Sultans aus Stambul die Moslim aufrühren würde, antwortet Bryce:

„Erstens: Konstantinopel ist keine mohamedanische Stadt. Die Majorität der Bevölkerung ist ... christlich.

Zweitens: Konstantinopel ist nicht heilig für die Moslim.

Drittens: Das Kalifat ist nicht irgendwie an Konstantinopel gebunden.“

[45] Nun, sehr triftig sehen die Gründe nicht aus, die mit diesen „Angaben“ für die Vertreibung des Sultans beigebracht werden!

Aber außer Konstantinopel ist noch Kleinasien vorhanden. Wäre nicht, fragt Bryce, Konia, wo einmal Seldschuken saßen, auch eine gute Residenz für den Sultan? Und er fügt verschmitzt hinzu, ob nicht ein arabischer Kalif, z. B. der „König des Hedschas“ – eine englische Erfindung – hierzu paßte. Doch das mögen die Moslim unter sich abmachen, fügt er großmütig hinzu. Kleinasien ist nämlich, so gibt er zu, vorwiegend mohamedanisch. Um die Christen, die dort leben – und für die sich die Franzosen so „warm“ ins Zeug legen – kümmert er sich wenig. Der einzige Rat, den er ihnen geben kann, ist: sie mögen doch auswandern!

Eine schwierige Gegend ist Armenien. Dort hat England keine rechte „Lösung“ gefunden. Es hat von der Türkei und von Rußland Teile abzusplittern gesucht – die es protektorieren möchte – und auf diese Manier kamen zustande die Republiken: Georgien (christlich), Aserbeidjan (mohamedanisch), Armenien und die kaukasische Republik. Georgien – dessen famose Vertreter Tscheïdse und Zereteli, frühere russische Dumaabgeordnete (Menschewiki) bei Ludendorff und Foch hausieren gingen – ist für England nützlich: der Hafen Batum ist Petroleumhafen des Schwarzen Meeres.

Ueber die anderen äußert sich Bryce noch nicht. Aber daß sie ein Protektorat brauchen, da sie für sich „zu schwach“ sind, steht bei ihm fest.

Nun aber existieren Armenier auch noch im Verwaltungsbezirk (türkischen) Armenien, der nicht zur „Republik“ gehört. Dazu ist Zilizien zu „beschirmen“, und hier, wo die Jungtürken Krieg gegen die Fremden führen, hier schwärmt Bryce (und mit ihm die „englische Politik“) für eine Mandatarmacht und meint damit: Amerika. Aber Amerika hat bekanntlich keine Lust zu diesem „Geschäft“, und so gibt Bryce zu, daß es „Europäer“ machen müssen – nur das Geld müsse Amerika zahlen: Europa ist außerstande hierzu.

Jedenfalls ist das Prinzip, das Bryce vorschlägt: „Keine türkische Kontrolle östlich des Taurus“, eine schlagkräftige imperialistische Parole. Deren Durchführung allerdings steht auf einem anderen Blatt und bedeutet: Krieg.

———

Daß der Krieg nirgends aufgehört hat, betont der dritte der erwähnten Artikel: „Is it peace?“ von Spender.

Dieser Verfasser beginnt mit der schon keineswegs originellen Feststellung, daß überall „Gärung“ zu verspüren sei. Unter Gärung versteht er: revolutionäre Gärung. Und als Schulbeispiel gibt er an: die italienische sozialistische Partei, die mit bolschewistischen Parolen in den Wahlfeldzug gegangen ist.

Ueber Deutschland ist Spender beruhigt: ein neuer deutscher Krieg ist unmöglich, sagt er, hierin anderer Meinung als die französischen Nationalisten. Die deutsche Frage ist für ihn diese: „Kann Deutschland noch seine Existenz als Nation behalten?“ Ueber die deutsche Regierung fällt er „das Urteil: „Nicht die Kraft, sondern die Schwäche Deutschlands und seiner Regierung ist die wahre Gefahr für Europa“. Dabei denkt er an die Revolution, und er stellt sich die Sache so naiv vor, wie

jener Ludendorff – den er zitiert –, wenn er sagt, er hätte die Bolschewiken nie durch Deutschland nach Rußland gelassen, hätte er geahnt, was für ein Rakalienvolk sie in Wirklichkeit sind. Jetzt taucht ihm stracks eine geschichtliche Reminiszenz auf: Karthago, so sagt er, kämpfte – Schulbeispiel! – einen Verzweiflungskampf. Aber Rußland ist zäher als Karthago und kann nicht so leicht untergehen. Die Roten Heere Rußlands gefallen ihm gar nicht. Aber Deutschland, so sagt er zur Beruhigung, Deutschland ist gar nicht so schlimm, die sind mehr für „Ruhe und Ordnung".

Es existieren internationale Schwierigkeiten, speziell in Verbindung mit deutschen, z. B. die Auslieferungsfragen, die Fragen des Schadenersatzes und [46] des Wiederaufbaus, dann die ostpreußische Frage, die Verwaltung durch die Liga der Nationen, das Plebiszit in Nord-Oberschlesien. Alles das sind nicht eben „friedliche" Schwierigkeiten. Dazu aber kommt, daß bei allgemeiner Abrüstung der Friede nicht garantiert ist. Und weiter: was ist mit Amerika? „Die Zerfahrenheit des Traktats von Versailles, die Entdeckung, daß Präsident Wilson nicht Diktator der Alten Welt ist, wie der Neuen. Wilsons eigenes überraschendes Abspringen vom Geiste seiner eigenen Verfassung (nämlich die Verletzung der Senatsrechte) ...", alles das sind. Gründe für den seltsamen Umstand, daß Amerika, das so „heroisch im Krieg war, im Frieden so aufschüblerisch ist". Nun gut, aber „für Europa stand Wilson als Vertreter der USA da, und durch ihn sprach USA. Es ist nicht Gewohnheit einer großen Republik, ihr Wort zu brechen."

Eine Einladung also: „Kommt zurück, alles vergeben!"

Aber Amerika kommt nicht! „Und doch: „es ist trivial, zu sagen, daß es ohne USA nicht geht". Was heißt das? Nun: „Die USA haben Europa zur Liga der Nationen bekehrt; die Liga war ihr Kind, ihr Lieblingskind; ohne USA hätte Europa den Mut zu einem solchen Abenteuer nicht gefunden und auch nicht die Kraft für seine Last". Trefflich gebrüllt! „Gebt uns Geld", heißt nämlich die Tirade, und Angell ist ehrlicher als Spender und macht wenigstens keine Phrasen.

Doch selbst wenn USA sich – weshalb? – bekehrte und den Frieden ratifizierte [wir haben ja ein Januarheft vor uns; Verf.], selbst dann bleibt Rußland als ungelöster Rest.

Rußland – das ist das Chaos und der Terror für Spender (im Januar, wohlgemerkt, im März sprechen wir uns wieder). Und Europa kann ohne die russischen Lebensmittel in ähnliche Lage geraten. Sehr richtig. Daraus also ist die Lehre zu ziehen, die England tatsächlich gezogen hat: Unterhandlungen mit Sowjetrußland. Spender konstatiert, daß der Bolschewismus eine „bewaffnete Lehre" ist, wesentlich supranational. Auch hieraus zog England die Lehre.

Der Schluß Spenders ist resigniert: „es ist ein Wettlauf zwischen Wilson und Lenin, und im Augenblick ist nicht Wilson der Sieger". Wenn uns ein schlechter Witz vergönnt ist, so sei er gemacht: in der Tat, Wilson hat der Schlag getroffen und er rollt nur noch im Schiebestuhl spazieren; auch heute, im März, ist Lenin Sieger, und mehr noch als damals, im Januar.

———

Die Nummer vom Januar 1920 der „Contemporary Review", der die drei besprochenen Artikel entnommen sind, enthält außerdem einen Artikel „Free Trade and the Coalition" von Charles Mallett, in dem der Bankrott der englischen Zwangswirtschaftspolitik festgestellt wird, einen Artikel „Vae victis" von Bourchier, der über Balkanprobleme handelt, und einen Artikel „Constitution Making in India" von Cotten, der die Politik Montagues preist und den englischen Regierungsvorschlag eines „self governement" für Indien als großen Fortschritt bezeichnet. Wir behalten uns vor, auf diese Artikel noch einzugehen. Die übrigen Aufsätze der Nummer dürften wenig interessieren.

———

Das Februarheft derselben Zeitschrift bringt ebenfalls einige interessante Aufsätze. Die Themen sind dieselben, auch die „Lösungen" sind die alten. Wir brauchen deshalb nur ganz weniges separat zu behandeln und behalten uns wiederum spezielle Besprechungen vor.

Ueber die bürgerlichen Parteiverhältnisse informiert ein wenig der Aufsatz „The new democratic party" von Masterman. Der Zweck dieser neuen Partei ist: Sammelpartei gegen die Arbeiterpartei zu

sein. Ihre Führer [47] werden sein: Lloyd George, Bonar Law, Churchill und Lord Birkenhead, d. h. lauter Regierungsmänner. Was ist die Politik dieser famosen Partei? „Das wird teils von den Umständen und von den populären Fragen abhängen." Ein scharfes Programm! Einige „soziale" Sauce, die über diesen Braten gegossen wird, macht ihn nicht fetter.

Ein Artikel von Pigou „The Problem of the Currency" behandelt die alten Valutaschwierigkeiten. Wir wissen auch, daß die Goldwährung in England nichts mehr mit der Papierwährung zu tun hat, und daß das englische Geld an die 30 Prozent verloren hat. Die Gründe werden genannt, die Künste der Valutaspekulation erwähnt, die Schwierigkeiten aufgezählt. Heilmittel werden nicht angegeben. (Es gibt auch keine.)

Ein Artikel „American Politics in 1920" gibt mehr persönliche Data über die amerikanischen Politiker als sachlichen Inhalt.

„The Question of the Califate" (Arnold Toynbee) will beweisen, daß der Kalif keineswegs in Stambul zu sitzen braucht. Da sind also alles Probleme und Lösungen derselben Art, wie wir sie ausführlich an den drei Artikeln des Januarheftes besprochen haben.

Ein von uns noch nicht berührtes Problem, das Problem „Italien und Jugoslawien", berührt auch der oberflächliche Artikel von Anth. Dell „Italian and Serb" nicht, der sich in Expektorationen über den „Charakter" des Italieners und des Serben ergeht.

———

Ein anderes Gesicht hat die alte konservative Zeitschrift „Fortnightly Review". Im Februarheft interessieren uns die Artikel, die unter dem Titel „Problems of the Middle Fast" vereinigt sind.

Der erste, „The Arab Question" (Rob. Machray), hebt mit der alten Feststellung an: „Der mittlere Osten steht in Gärung". Sofort wird die wunde Stelle bezeichnet: die Türkei, und die russische Drohung: der Vormarsch der Roten Heere nach Zentralasien. Die Konservativen in England sind von jeher feine Politiker. Deshalb ist der folgende Passus zu beachten: „Die Situation ist gefährlich. Während die allgemeine Lage in Asien schwierig ist, ist sie, glücklicherweise, an einer Stelle zufriedenstellend. Das syrische Problem, das erst vor wenigen Monaten furchtbar erschien und Frankreich mit uns zu zerwerfen drohte, kann als gelöst angesehen werden." Ueber die „Lösung" wird an ganz anderer Stelle zu sprechen sein.[*)] Aber hier sei nebenbei betont, daß der französisch-englische Gegensatz in jener Gegend zunächst einmal tatsächlich nicht mehr existiert.

Mit Ausschaltung der „syrischen Frage" geht der Verfasser sofort zur größeren arabischen Frage über. Bekannt sind hier zwei Namen, die des „Königs des Hedschas" und des Emirs Feisal. Feisal ist nun zunächst ein wichtiges Thema des Artikels. Dieser Emir – er ist der Sohn des Königs des Hedschas – protestiert zunächst gegen den Judenstaat in Palästina; er, Feisal, vertritt die „Idee" eines Araberreiches und würde die Juden unter sein Protektorat nehmen. Erste Schwierigkeit: Was tut man mit den Juden? Zweite: Was mit den Arabern in Palästina, wenn man den Juden wirklich Palästina gäbe?

Doch schalten wir das „Palästinaproblem" aus. Bleibt das neue syrische Problem: Syrien ist noch „arabischer" als Palästina. Feisal möchte nun Damaskus zur Hauptstadt jenes arabischen Reiches machen, von dem er träumt. Und hier kommen wieder „fremde" Interessen dazwischen, nämlich: französische.

Wir sehen also: der englisch-französische Gegensatz ist verschwunden. England hat den Franzosen das Land gelassen; aber ein arabisch-französischer [48] Gegensatz ist aufgetaucht, und. „merkwürdig" ist nur, daß die englische Politik sich so warm für Feisal interessiert. Diese ganze Intrige ist plump, und doch ein gesponnen. Ihre Einzelheiten sollen an anderer Stelle erörtert werden.[**)]

———

[*)] S. unsere Artikelserie über die Türkei und ihre Probleme.

[**)] S. den Artikel über „Das Schulbeispiel des Imperialismus", der demnächst erscheint.

Ueber das polnische Problem handelt der zweite der drei Artikel, „Piłsudksi und das neue Polen“ (Huddleston). Der Artikel bietet nichts von Interesse.

Amüsant dagegen ist der gleich von zwei „Kennern“ der Materie verfaßte Artikel „World-Revolution“ (Colles und Mc. Lasen). Diese beiden Gentlemen erzählen, die Weltrevolution sei seit 1909 in Deutschland fabriziert worden und beschreiben die Angelegenheit höchst possierlich. Die Betrachtungsweise der beiden ist in ihrer trockenen, verbissenen Naivität ungemein belustigend. Dabei ist die Auswahl der „Beweise“ für ihre „Behauptung“ so dumm, daß beinahe ein amtliches Buntbuch daraus gemacht werden könnte.

———

Das arabische Problem wird auch von Major Bashford in einem Aufsatz „Egypt and Palestine“ (Edinburgh Review, Januar 1920) behandelt, der die historische Seite dieses Schulfalles imperialistischer Politik*) gründlich entwickelt.

Aus derselben Zeitschrift ist ein Artikel „Nationalisation“ (Harold Cox) hervorzuheben. Da englische Budget- und Finanzproblem wird von Marrioth im Aufsatz „Parliament and Finance“ besprochen.

(Fortsetzung folgt.)

A. M–w.
E l f r i e d e Fr.

*) S. den angekündigten Artikel.

Die Internationale
Jahrgang 2, Ausgegeben am 1. Juni 1920, Heft 23

Hölz.

> Mein Geist dürstet nach Taten, mein Atem nach Freiheit! – Mörder, Räuber! – Mit diesem Wort war das Gesetz unter meine Füße gerollt. Moor in Schillers „Räuber“.
> Er nannte sich in dem Mandat, das er bei dieser Gelegenheit ausstreute, „einen Statthalter Michaels, des Erzengels, der gekommen sei, an allen, die in dieser Streitfrage des Junkers Partei ergreifen würden, mit Feuer und Schwert die Arglist, in die die ganze Welt versunken sei, zu bestrafen“. ... Das Mandat war mit einer Art von Verzückung unterzeichnet: „Gegeben auf dem Sitz unserer provisorischen Weltregierung, dem Erzschlosse zu Lützen“. Kleist: „Michael Kohlhaas“.

Wir kennen den Max Hölz nicht. Wir wissen nicht, ob er jung oder alt, ob er braun oder schwarzes Haar, ob er, wie ein Schmock zu melden wußte, elegantes Kleid trägt oder nicht. Wir wissen auch nicht, was in dieses Menschen Brust glimmt. Wir wissen nicht, ob ihn die Gefahr reizt, ob ihn das grause Spiel lockt, in dem nicht um Pfeffernüsse, sondern um Köpfe – um seinen Kopf – gespielt wird, wir wissen auch nicht, ob ihn ein fanatischer Sinn für das Ret treibt, der den Michael Kohlhaas getrieben hat. Das alles wissen wir nicht. Und das alles ist auch gleichgültig für uns, die den Fall Hölz nicht psychologisch und nicht juristisch, sondern politisch zu behandeln haben. Denn politisch wirkt ja keiner als das, was er i s t, sondern als das, was zu sein er s c h e i n t, das, was gewollt oder ungewollt, bewußt oder unbewußt, er Freund und Feind bedeutet.

So müssen wir den Fall Max Hölz behandeln.

Es ist kein Zufall, daß es im Vogtland war. Da sitzen seit Jahrhunderten die Weber: in kleinen Hütten, gebeugt über dem Stuhl, in stickiger Luft, in Hunger und Not saßen sie geschlechterlang. Und aus dem Surren der Spindel und aus dem Schlagen des Schiffchens hörten die vielen Geschlechter, die in langem Reigen sich folgten, das Lied, daß auch ihnen einst die Stunde der Befreiung schlagen müsse. Daß einst einmal auch ihr Rücken nicht mehr krumm, sondern aufrecht, daß auch ihr Blick nicht mehr gesenkt, sondern frei und offen sein werde, daß nicht mehr Seufzer ihr Leben begrüßen und ihr Leben beschließen [2] werden. Auf das ewige Hin und Her des Schiffchens starrten die Augen: die sahen nach außen gewandt nur Elend und Not, sie sahen nach innen gerichtet den blühenden Garten Edens, der auch seine verstoßenen Kinder wieder aufnehme zu einem seligen Leben. Proletarierträume, „wiegenliedheimliches Singen“, Urgedanken, wie sie von altersher aufstiegen in der Brust der seit Jahrtausenden Ausgestoßenen.

Und drum herum rauschen die böhmischen Wälder. Der Wald, der große böhmische Wald, den kleiner und großer Kinder funkelnde Phantasie gefüllt hat mit allen Spukgestalten, mit Zwergen und mit Riesen, mit Geistern und Gespenstern, mit unbekannten Schrecknissen und unbekannten Gütigen. Und im Walde hausen die Räuber. Sie sind die Furcht des großen und reichen Kaufmanns, der mit gekauften Gütern, mit Sack und Pack durch die Wälder zieht und dem der große Räuber nimmt, was er, der Kaufmann, anderen genommen. Dem Armen aber ist der Räuber kein Schrecken. Ihm, dem ja nichts zu nehmen ist, ist der große Räuber der gütige Freund: dem armen Mütterlein, das die Last dürren Holzes auf dürren Schultern nach Hause schleppt, trägt er das Bündel; der bleichen Frau, die zu Hause das Kind in Krämpfen liegen hat, dem Tode nah, gibt er den Taler, von dem sie Arzt und Medizin bezahlen kann, dem armen Kindlein, das auf der einsamen Straße weint, weil es den Pfennig verloren hat, schenkt er den güldenen Dukaten. Und spendet Trost und Hilfe und Segen allen denen, die verstoßen zu sein scheinen von allen anderen gütigen Göttern.

Ja, er ist das Korrektiv dieser schlechtesten aller Welten. Er, der selbst Verstoßene, sieht tiefer in die Herzen der armen, kleinen Leute, er kennt ihre Not, ihr Leid und ihre Tränen. Er ist es, zu dem die kleinen Leute eher noch ihre Schmerzen tragen, als zum lieben Herrgott selber; denn ach: der thront ja so fern, ist ja doch im Wesen nur ein Herrgott für die reichen Leute.

In ein solches Land, in eine solche Welt, in der vielleicht all diese Sagen und Märchen und all der Kinderglauben nicht mehr auf den Lippen ist, in der aber doch die Großmütter sie noch den Enkeln auf den Knieen erzählen und in der unter der Decke des Verstandes die Träume noch immer schlummern, die so viele Jahre und Jahrzehnte wach gewesen waren: in solch eine Welt tritt nun einer, der das Herz auf dem rechten Fleck hat. Der Mut hat und feste gradaus geht, der in die Städte rückt mit einer kleinen Schar handhafter Gesellen und Bürgermeister mitsamt dem Rat beschlagnahmt. Der auf die Märkte geht und den Wucherern die Eier und die Kartoffel wegnimmt und sie zu billigem Preis den armen Leuten verteilen läßt. Der allen Verleumdungsmäulern der Preßbanditen draufhaut, daß ihnen die Sprache vergeht, indem er Setzkasten mit den Maschinen zum Teufel gehen läßt. Der im Gänsemarsch mit seinen 30 Gesellen über die Straßen zieht und Dutzenden von Schutzleuten gemessenen Abstand und Respekt gebietet. Der sieben Gendarmen, die ihn fassen wollen, mit ruhigem Lächeln die Handgranate unter die Nase hält und sie einlädt, gemeinsam mit ihm die Reise ins große Unbekannte anzutreten. Kurzum: einer, der auf zwei Beinen steht, keiner von den Kerls „die in Ohnmacht fallen, wenn sie einen Buben gemacht haben“ (um mit Schiller zu reden). Was Wunder, wenn da, wie die Quelle aus dem gesprengten Felsen mit einem Mal all die geheimen Gedanken, der Kinderglauben und die [3] Großmütterträume wieder aufsteigen aus den Schluchten des Unterbewußtseins? Daß all die gequälten Seelen in stiller oder offener Sympathie sich hinneigen zu ihm, der weiß, wo es fehlt und der tut, was er für Recht hält?

Das ist kein Wunder und es ist auch kein Wunder, wenn in dem Manne selbst von Stunde an die Auffassung von Wert und Umfang seines Werkes wuchs. Wir wissen nicht, womit Max Hölz begonnen hat. Wir wissen nicht, ob es persönlich erlittene Unbill war, die ihn in die Reihen der Verstoßenen brachte. Wir wissen nicht, ob es der Anblick der tiefen Not der proletarischen Klasse war oder Einsicht in den geschichtlichen Gang menschlicher Entwicklung. Wir wissen nur das eine: daß auch er „wuchs mit seinen höheren Zween“. Der ursprünglich nur ein Mann gewesen war, in Reih und Glied mit dem Proletariat, ein Mann wie andere auch, der dann der Führer war einer kleinen kecken Schar, der ward, getragen von der Sympathie all der kleinen Leute, so etwas wie ein ungekrönter König des Vogtlandes. Ja noch mehr: es kam ihm ja nicht auf Ehren und Kronen an; es kam ihm darauf an, das Leid der vielen, die ihm anhingen zu lindern, „da zu nehmen, wo etwas ist, und es dahin zu tun, wo nichts ist“. Das heißt: er war nun drauf und dran, mit fünfzig oder hundert oder wer weiß wieviel Mann und getragen von der zwar untätigen aber heißen Sympathie des gesamten Vogtlandes den gesamten Bau der Welt zu ändern.

Die Bourgeoisie hat solche Männer gern. Sie hat sie am liebsten, wenn sie sich in ihren Dienst stellen: die Ferdinand Cortez und Warren Hastings sind vielleicht aus diesem Holze geschnitzt, wenn auch freilich sie die Welt vom anderen Ende angefaßt haben. Die Bourgeoisie hat sie auch gern auf dem Theater oder auf dem Film: da läßt die Bourgeoisie geruhig Phantasie und Moral sich austoben. Und in allen Mädchenpensionaten Mittel- und Westeuropas würden die blondesten Mädchen zu schwärmen beginnen von solch einem „ganzen Kerl“. Im tätigen Leben aber ist die Bourgeoisie empfindlicher gegen solche Gestalten. Wo der Beutel anfängt, hört für sie die Gemütlichkeit auf. Hier bringt sie alle Versuche, sich an dem Portemonnaie der Besitzenden und an der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Besitzes zu vergreifen, unter die gemeinsame Formel; „Räuber, Mörder!“ und „der Staatsanwalt komme über sein Haupt“. Und so versucht sie jetzt wie allerwegen unter dem Stickmantel des bürgerlichen Strafgesetzes und unter dem Schimpfnamen des Räubers das zu ertöten, was nichts anderes gewesen war als Durst nach Taten und Durst nach Freiheit. Karl Moors Geschick! Der Widerhall, den Durst nach Freiheit findet aus der bürgerlichen Welt!

Es ist ganz klar und bedarf keines Wortes, daß wir nicht e i n e n dieser Gedanken uns zu eigen machen. Denn wir, wenn wir Bedenken geltend machen, machen sie nicht geltend von seiten der verletzten Bourgeoisie. Wir machen die Bedenken geltend von seiten des Proletariates. Denn, wie wir ja schon sagten, der Fall Hölz wuchs sich aus zu einem Versuche, die sozialen Grundlagen dieser Welt zu ändern und mit einer kühnen Tat das zu vollbringen, worum seit Jahrhunderten schon die besten aller Völker sich gemüht hatten. Und ob dieses weiten Zieles willen haben wir an den Anfang gesetzt jene Worte aus Kleistens Michael Kohlhaas. Wohl hat Hölz sich mit nichten als Statthalter [4] des

Erzengels Michael ausgegeben und hat auch mit nichten seinen „Sitz der provisorischen Weltregierung“ im Vogtland oder anderswo stabiliert. Aber all diese Kohlhaasischen Worte sind ja nur die der Zeit entspringende Verkleidung für den Gedanken, daß er, Michael Kohlhaas, der e i n e Mann, heraus aus seinem warmen und rechtschaffenen Herzen, Kraft seines starken Armes und starken Willens mit seiner vom Unrecht gebrannten und darum fühlenden Seele, d e r A r t sei, daß er solch ein Werk vollbringen könne. Die Einkleidung solcher Gedanken in der Form der göttlichen Sendung war die Einkleidung des 16. Jahrhunderts; die Verkleidung desselben Gedankens im 20. Jahrhundert ist dem Kommunismus entnommen. Wie aber im 16. Jahrhundert die göttliche Sendung, so ist im 20. Jahrhundert der Kommunismus nichts anderes als die V e r k l e i d u n g. K o m m u n i s m u s s e l b s t i s t d e r G e d a n k e n i c h t. Er ist der strikteste Gegensatz, ja die krasse Verneinung des Kommunismus. Denn der Kommunismus hat ja von allen Lehren, die aufgestellt wurden zur Erlösung der Menschheit von irdischer Not das e i n e voraus und das e i n e zur Unterscheidung, daß er die Proletarier lehrt, nicht auf einen Heiland zu hoffen. Keinen Heiland im Himmel und keinen Heiland auf Erden: daß nur allein der Wille und die. Tat des Proletariates selbst das Proletariat erlösen kann.

Und darum war es keine revolutionäre Tat, als Hölz im Vogtlande versuchte, mit wenig braven Genossen doch der Heiland des Proletariates auf Erden sein zu wollen. Und darum war es auch nichts Revolutionäres, als die müden und gedrückten Proletarier des Vogtlandes leuchtenden Auges aufschauten zu dem Manne, der „nahm, wo etwas war und gab, wo nichts war.“ Es war nichts Revolutionäres: denn es war ja nicht die klare Einsicht und der starke Wille, als Klasse die Welt neu aufbauen zu wollen; es waren ja nur die alten verschütteten Träume, der Kinderglauben vergangener Jahrhunderte, der noch einmal in diese Zeit hineingeleuchtet hat, wie ja ein ferner Stern für unser Auge noch einmal aufleuchtet, auch wenn die Katastrophe ihn vor Jahrzehnten schon getroffen hat.

Es ist ein Abschied, ein letzter Abschied an versunkenes Proletarierhoffen, das noch einmal hineinspielte in diese Zeit, die angefüllt ist nicht vom Proletarierh o f f e n sondern vom Proletarierw i l l e n. Und Max Hölz mag wohl den Namen tragen dieser letzten proletarischen Utopien.

Das ist nicht ungerecht gegen Max Hölz.

Wären wir ein Dichter, wir würden ein Drama schreiben können über diese „letzte Glut, verrauscht in Wunschgestalten“.

Wären wir ein junges Mädchen, wir würden ihn einschließen und ausschmücken mit allen Jungmädchenträumen.

Weil wir aber nicht Dichter sind und nicht ein junges Mädchen, weil wir Politiker sind, müssen wir sagen: ein K o m m u n i s t war Max Hölz n i c h t und ein Rückfall in Utopien bedeutet für die Revolution keinen Fortschritt sondern einen Schaden. [5]

*

Die Weltlage und die Weltrevolution.

Von H a r t l a u b.

I.

Welch gewaltige Umwälzungen dieser Krieg hervorgebracht hat, wird jetzt erst, Zug um Zug, ins helle Licht gerückt. Wir alle waren vor dem Kriege gewöhnt, Weltpolitik in gewissen festen Formeln zu denken, die Welt war gewissermaßen eingeteilt in feste Rayons. Die konnte man mit irgend einem Wort, einer Etikette bezeichnen und sie w a r e n auch sämtlich mit fester Etikette versehen. Man sprach von Nord-, von Mittelafrika, von nahem, mittlerem, fernem Orient, von Südamerika usw. Jeder einzelne dieser Begriffe umfaßte einen Komplex von wirtschaftlichen und politischen Fragen und in jedem einzelnen dieser Komplexe waren im allgemeinen die Teilhaber und der Umfang der Teilhaberschaft fest bestimmt. Man kannte genau die Interessenten in Zentralafrika und in Mittelasien oder wo sonst und aller weltpolitische Streit, der vor dem Kriege war und in den Krieg mündete, war nur Streit um Aenderung der Partnerschaft an diesen gegebenen Größen. Deutschland verlangte seinen Anteil am nahen und fernen Orient, an Zentralafrika, Deutschland drängte sich – gleichgültig ob

Zweckes oder Mittels halber – in den nordafrikanischen Komplex ein: es waren aber überall zuvor gegebene Objekte, um die gestritten wurde, die Welt war verteilt und neues Land war nirgendwo auf der Welt mehr zu entdecken. Und es schien auch nicht möglich zu sein, neues Land zu finden; denn das Meer läßt keine Erdteile aus seinen Wogen steigen, die, wie das Tischlein Deckdich – mit Manschen besiedelt, von fruchtbringenden Bäumen bewachsen sind, die Gold und Silber in ihren Bergen führen: nur dazu bestimmt, dem Imperialismus Europa-Amerikas den Hunger zu stillen.

Mit dieser unserer Grundanschauung hat der Krieg gebrochen. Wo früher noch Streit über Nord- oder Zentralafrika, über nahen und mittleren Orient war, da ist der Streit rasch beendet worden, nachdem dem hungrigsten Aspiranten, Deutschland, der Mund gestopft war. Der Streit um den fernen Osten ist auf die lange Bank geschoben. Aber es ist ein neuer eingetreten. Der Imperialismus der imperialistischen Großmächte – und deren sind, wenn man genau besieht, heute nur noch zwei: England und die Vereinigten Staaten – hat ein neues Kolonialland entdeckt. Und dieser neue Weltteil, den auszubeuten diese Staaten sich anschicken, beginnt östlich des Rheines und endigt in Wladiwostok.

II.

Was ist es, was diesen Weltteil so neuartig gemacht hat? Ueber ihn ist die furchtbare Dampfwalze des Krieges dahingegangen, furchtbarer als anderswo. Wo einstmals blühende Industrie war, da stehen heute die Räder. Wo einst eine Wirtschaft war, geschwellt, strotzend von [6] Kraft, ist heute der bleiche Tod. Wo einst das Blut moderner Wirtschaft, die Rohstoffe, in starken Schlägen durch die Wirtschaft strömten, ist heute Blutleere, das Nervensystem moderner Wirtschaft, die Maschinen in den Fabriken, die Maschinen, die auf den Schienen rollen: alles zerstört. Bei alledem ist Rußland noch immer günstiger daran als Deutschland. Denn Rußland hat noch immer die weiten, weiten Gefilde schwarzer Erde, fruchttragenden Bodens, der nur der Sättigung durch Dünger, der Behandlung nach modernen Agrikulturmethoden bedarf, um jährlich Milliarden an .Werten emporschießen zu lassen. Es hat seine Borge, die Gold und Platin führen, es hat seine ungeheuren Wälder, es hat seine großen Ströme: es ist noch immer das große Land, dessen Füße an den Nordpol reichen und dessen Haupt im Schatten südlicher Palmen träumt. Und es hat heute eine Arbeiterschaft, die das größte erreicht hat, was den Proletariern seit Tausenden von Jahren als höchstes Ziel vor Augen gestellt wurde. Es ist nicht mehr von Muschiks: es ist von Menschen bewohnt.

Was aber hat Deutschland? Man pries uns während des Krieges das Kalimonopol, das die Welt auf Deutschland angewiesen sein lasse. Das Monopol ist gebrochen, nachdem Deutschland die elsässischen Kalifelder abtreten mußte und zudem: was wir der Welt an Kali geben können, das muß die Welt uns an anderen Düngermitteln zurückgeben. Und sonst? Wir haben nicht Kohle genug um uns zu wärmen und müssen noch der Entente abliefern. Wir haben nicht Brot genug, um zu essen; wir müssen irgendwo in der Welt uns das Brot holen. Wir haben nicht Fleisch, nicht Schmalz, nicht Kaffee, nicht Kakao, um leben zu können. Wir haben keine Wolle, um uns zu kleiden, kein Leder, um uns zu schützen: wir haben des Lebens nackteste Notdurft nicht, geschweige denn jene Dinge, die bis zum „großen Jahre“ 1914 der europäische Mensch für Lebensnotwendigkeit gehalten hat. Was hat der deutsche Kapitalismus noch zu bieten? Die Hände, die Intelligenz, die Energie seiner Proletarier: sonst nichts. Das ist die einzige Ware, mit der er heute auf dem Weltmarkt hausieren geht.

III.

Wie sehen die beiden großen Imperialismen, England und Amerika, auf dieses Bild? Zwei Wirtschaftssysteme sind da, das deutsche und das russische. Dieses hat Güter, jenes Menschen zu vergeben. Was brauchen sie? Kapital: Maschinen dieses, Rohstoffe jenes. Was werden sie dafür geben? Dieses Rohstoffe, jenes Fertigfabrikate. Es ist für die imperialistischen Staaten kein anderes Problem, als das, mit dem sie sich seit Jahrzehnten beschäftigen. Es sind Stätten auf der Welt, die des Kapitales bedürfen; Kapitalsiedlungsplätze, in denen fremdes Kapital horsten kann, um Profite in das Mutterland zu senden. Ist es ein Unterschied für den englischen Kapitalisten, ob er. Kapital nach Aegypten oder Indien gibt, um Baumwolle nach Südafrika, um Gold zu bekommen, oder ob er Kapital nach Rußland gibt, um Flachs, Nessel, Gold, Platin, Holz zu bekommen? . Hier ist für den Imperialisten

kein neues Problem zu lösen. Er wird mit „realen Sicherheiten“, Konzessionen usw. versuchen, die Kapitalien, die er gab, so zu umhegen, das ihnen kein Leids geschieht.

[7] Was aber Deutschland angeht, ist das Problem immerhin ein neues. Ueberall zwar, auch wenn aus Indien die Baumwolle und der Reis, aus Aegypten das Makko, aus Ceylon der Tee und von der Goldküste der Kautschuk im Hafen von London ankommen, steckt in diesen Gaben, die in die Ferne gewanderte Kapitalien der Heimat als Profite senden, nicht nur das, was die fremde Erde gab, sondern auch der Schweiß, mit dem fremde Menschen diese Erde düngten. Aber jener. fremde Arbeiter, der Kuli oder Neger, ist durch wirtschaftliche oder rechtliche Bande an diese Erde gefesselt. Das heißt: der Kapitalherr in London hat die Sicherheit, daß die Früchte des fremden Landes und der Menschen drauf, ihm, dem Londoner Kapitalherrn, gehören werden dann, wenn er das Land besitzt. Die Konzessionen, sei es an Plantagen, sei es an Bergwerken, das Eigentum am Lande sichert ihm dessen Früchte.

Deutschland aber wird dem fremden Kapitalherrn keine „Früchte des Landes“, keine Rohstoffe liefern. Was Deutschland liefern wird, das ist der reine Menschenschweiß, gewandelt in Fertigfabrikate. Und hier entsteht das neue Problem. Denn die Sicherheit, daß die in Deutschland horstenden Kapitalien ihre Profite in Gestalt von Fertigfabrikaten nach ihrer respektiven Heimat senden, kann mit Konzessionen nicht geschaffen werden. Dafür sind nur zwei andere Möglichkeiten. Die eine ist: der fremde Kapitalist erwirbt die in Deutschland befindlichen Fabriken. Dann gehört ihm auch das Produkt der Arbeiter, die ja an diese Fabriken durch wirtschaftliche Not genau so geschmiedet sind wie der Kuli in Ceylon an die Teeplantage oder der Nigritin an die Kakaopflanzung. Das würde aber erfordern, daß der ausländische Kapitalist die volle Leitung, die volle Disposition und – vor allem – das volle Risiko für alle diese Betriebe übernimmt. Der deutsche Unternehmer wäre seiner Funktionen enthoben: er könnte entweder – der kleinere Teil – Renten essen- oder er müßte selbst, wenn auch in gehobener Stellung, seiner Hände und – so er hat – seines Kopfes Kraft an fremde Herren verkaufen.

Die Schwierigkeiten dieses einen Weges sind klar und so ist denn der andere Weg bereits gefunden und es ist bereits begonnen, ihn zu beschreiten. In Hamburg wurde eine Gesellschaft begründet, die heißt: „Waren-Treuhand-A.-G.“ Ihr Zweck ist kurz folgender: Holländische Kapitalisten kreditieren Deutschland Rohmaterialien im Werte von 140 Millionen holländischer Gulden. Die „Waren-Treuhand-A.-G.“ ist dazu berufen, darüber zu wachen, daß die Rohstoffe, die die holländischen Kapitalisten nach Deutschland gesandt haben, aus den deutschen Fabriken, in die sie kommen, mit der Arbeitskraft des Arbeiters zusammen als Fertigfabrikat an den zurückkehren, der sie gegeben hat, den holländischen Kapitalisten. Aber dem holländischen Kapitalisten genügt die Aufsicht durch die „Treuhand-A.-G.“ nicht. Auch er will „reale Garantien“ dafür, daß er seine gegebenen Rohstoffe zusammen mit dem entsprechenden Profit zurückerhält.

Wie sehen die „realen Garantien“ aus? Die „Frankfurter Zeitung“ teilt darüber (Abendblatt 9. März) folgendes mit. Es wird verlangt:

1. daß eine ganz formelle Sicherungsübereignung der gesamten (soweit nicht scharf trennbaren) Fabrikationsbestände in die D. W. T. stattfindet derart, daß sie auch äußerlich im [8] Betriebe durch Kennworte auf Schildern angedeutet wird.

2. daß die Fabrikanten erst dann, wenn sie bereits Exportaufträge bis zu einer Höhe und in einer Valuta nachweisen, welche den Rohstoffkredit decken werden und der D. W. T. konvenieren, Kredit bezw. Rohware vom fremden Ablader erhalten;

3. daß diese Exporterlöse im voraus der D. W. T. zu zedieren sind, wobei zusätzlich die Angehörigen industrieller Verbände eine solidarische Ausfallsbürgschaft leisten sollen;

4. daß der D. W. T. für Rechnung des Kreditgebers außerdem Garantien von deutschen Bankfreunden des Fabrikanten beizubringen sind mit dem Rechte für die Garantien, im Falle eines Zahlungsverzugs des Schuldners selbst in das Eigentum an Rohstoffen und Produkten gegen Befriedigung des Gläubigers eintreten zu können;

5. daß Sachverständige der D.W.T. in den Fabriken Stichproben vornehmen usw.

Wenn ein Berliner Konfektionär seinem Zwischenmeister Stoff liefert, damit dieser daraus Anzüge herstellen läßt, so denkt er nicht daran, sich solche Kontrollrechte einräumen zu lassen. Es hat auch noch nie – auch nicht in der besten Zeit der Revolution – ein Arbeiterrat daran gedacht, sich Kontrollrechte in diesem Umfange einräumen zu lassen und doch schrie schon der deutsche Kapitalist, die Kontrollrechte der Arbeiter ruinierten ihn. Die Kontrollrechte, die hier der fremde Kapitalist dem deutschen Unternehmer gegenüber sich ausbedingt, sind solche, die sonst der Kapitalist sich vorbehält gegenüber einem Zwischenmeister, von dem er fürchtet, daß er „Schmuh macht" und den er auch sonst für einen unsicheren Kantonisten hält. Und diese Kontrollrechte räumt nun der deutsche Unternehmer dem fremden Kapitalisten ein. Der deutsche Kapitalist kapituliert. Er hört auf, selbständiger Unternehmer zu sein. Er ist Zwischenmeister geworden, dem zwar ein Teil des zur Produktion erforderlichen Kapitals (Maschinen, Fabrikgebäude) gehört, der aber eines Anderen, Mächtigeren Weisungen Folge leisten muß.

Ist damit etwa das Ausbeutungsverhältnis zwischen dem deutschen Unternehmer und dem deutschen Proletarier schwächer geworden? Ist eine gewisse Interessensolidarität zwischen Unternehmer und Arbeiter, die ja beide jetzt einem fremden Herren dienen, eingetreten? Nein. Die Ausbeutung ist stärker geworden. Denn neben den Profiten, die der fremde Kapitalist für sich verlangt, will auch der deutsche die seinen. Mit doppelter Wucht, für zwei Ausbeuter, wird jetzt aus dem deutschen Proletarier der letzte Tropfen Schweiß und Blut herausgepreßt. Wurden sie bislang mit Ruten gezüchtigt, so werden sie jetzt mit Skorpionen gezüchtigt. „Das ist der Sozialismus" hat die Regierung Ebert–Bauer seinerzeit an den Straßenecken Berlins plakatieren lassen!

IV.

Dieses Geschäft mit Holland ist aber nur ein Anfang. Es ist ganz klar: der Erdteil zwischen Koblenz und Wladiwostok ist für das kleine Holland zu groß. Es kann nur die Eckchen bekommen, die von diesem [9] Brocken abfallen, so, wie der Löwe ein Schenkelchen des geschlagenen Tieres für die Hyäne übrig läßt. Der Brocken selbst ist für einen der ganz Großen bestimmt – wie diese glauben – und deren sind eben nur noch die beiden, England und die Vereinigten Staaten.

Dieser Fall, der jetzt eingetreten ist, das imperialistische Problem Mitteleuropa–Nordasien, war offenbar im „Völkerbund" nicht vorgesehen. Der Völkerbund war nur die Garantie und der gegenseitige Schutz in den Interessengebieten, die vor dem Kriege bestanden und die man glaubte, durch den Krieg unter Ausschluß Deutschlands und Rußlands als mitbestimmender Subjekte geregelt zu haben. Nun sind zwar diese beiden wohl als Subjekte aus der imperialistischen Welt geschieden, dafür aber als Objekte eingetreten, als größte imperialistische Objekte, die je da waren, und so konnte es nicht anders kommen, als daß jene beiden Größten in Fehde miteinander gerieten ob solcher Objekte. Als erstes Opfer dieser Fehde sank der Völkerbund dahin: so sanft, wie ein Kindlein stirbt, dessen Leben nur nach Stunden zählte. Im übrigen aber kann man den Stand der Differenzen zwischen den beiden – England und Amerika – nicht klarer darstellen als das im „Temps" (5. März 1920) geschieht. Es heißt dort:

„Je nach der Art, in der man den Kredit in Europa wieder herstellt, wird es dem Pfund Sterling gelingen, mehr oder weniger schnell auf pari zu kommen und ebenso wird der Platz London schneller oder langsamer wieder die große Rolle spielen, die er vor dem Kriege als Regulator des Wechselverkehrs einnahm. Die Amerikaner haben vorgeschlagen, gewisse Rohstoffe auf Kredit nach Europa zu senden, wenn man ihnen eine Art Privileg auf die daraus hergestellten Fertigfabrikate einräumt. Soweit bekannt ist Deutschland bereit, solche Verpflichtungen einzugehen. Was wäre, wenn dieses amerikanische Programm in großem Maßstab durchgeführt würde, der Erfolg? Amerikanische Produzenten würden direkt die europäischen Fabriken mit Rohstoffen versehen, wo sie, dank dem Wechselkurs, die menschliche Arbeitskraft viel billiger bekommen als zu Hause. Sie würden Europa arbeiten lassen, und das billig. Das wäre für das Dollarland ein großer Vorteil. Ganz anders würde sich das gestalten, wenn die europäischen Nationen, Sieger und Besiegte, Kriegführende und Neutrale, sich unter Führung Englands zusammenschließen würden, um unter sich ihr Wirtschaftsleben

wiederherzustellen. Die Neutralen müßten Kredite geben und könnten so mit Nutzen ihr Gold anlegen. Zwar gäbe es immer Hypotheken auf die Arbeitskraft der verschuldeten Länder, aber es wären keine Hypotheken amerikanischer Gläubiger mehr. Lebensmittel und Rohstoffe müßte man aus Rußland gewinnen ... Auf die bloße Nachricht, daß Europa sich unter Ausschaltung Amerikas organisiert, kann der Dollar die Tendenz zum Sinken bekommen."

Diese knappe Darstellung gibt den Schlüssel für alles, was im letzten halben Jahre in der großen Politik geschah. Die Amerikaner haben dafür gesorgt, daß die Rohstoffausfuhr auf Kredit sich nicht verzettle und in guten Händen bleibe. Die Edge-bill bestimmt, daß Rohstoffausfuhr auf Kredit nur von Gesellschaften von mindestens fünf Personen vorgenommen werden darf, das heißt in den Händen der Hochfinanz bleibt.

Sie haben schon im vergangenen Sommer versucht, hinter dem Rüden [10] Englands mit Rußland in Fühlung zu kommen. Amerikanische Bankkreise verhandeln mit Deutschland. Und schon hat der amerikanische Senat einen Antrag angenommen, daß die Wiedergutmachungskommission, nach dem Versailler Vertrag die souveräne Behörde in Deutschland, sich in die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen nicht einmischen dürfe.

England seinerseits ist mit Plötzlichkeit und dann auch mit Energie an seine Lösung des Problems herangegangen. Es galt Rußland und Deutschland schleunigst wieder in das europäische Wirtschaftssystem hereinzunehmen. So wurden die Beziehungen zu Sowjet-Rußland aufgenommen, dem man noch Wochen zuvor Todfeindschaft geschworen hatte und das man aushungern wollte. Die Beziehungen zu allen Schakalen, die um Rußland herumheulten, Koltschak, Denikin usw., wurden abgebrochen. Mit Deutschland nahm man Fühlung und versucht das Verhältnis freundschaftlicher zu gestalten, indem man aus dem Versailler Vertrag das aufgibt, was man ohnehin nicht bekommen würde. England ist daran, Mitteleuropa mit samt Rußland und Russisch-Asien zu „organisieren".

Man soll Politik nicht „moralisch" machen; man soll sie auch nicht ästhetisch empfinden. Und doch wird man dem englischen imperialistischen Denken Größe nicht absprechen können. Die eben noch die Brücke von Kairo nach Calcutta und von Kairo nach dem Kay geschlagen, die eben noch den Indischen Ozean mit britischen Flaggen umsäumt haben, denken daran, Europa und Asien britisch zu organisieren. Es ist Denken in Kontinenten und Denken in größerem Maße als je zuvor Menschen gedacht haben. Es ist – und nicht in der Spenglerschen Phrase ist das gemeint – faustisches Denken. Vom Großen zum Größeren weitersteigend.

„Ein Sumpf zieht am Gebirg sich hin,
verpestet alles schon Gelungene;
den faulen Pfuhl noch abzuziehen,
das Letzte wär das Höchsterrungene ..."

So mag es wohl dem britischen Auge scheinen, wenn es über den „faulen Pfuhl" hinsieht, den der Krieg in Europa zurückgelassen hat. Faust ist bekanntlich unmittelbar nach dieser seiner Vision, und ehe er den Sumpf ausgetrocknet hatte, gestorben!

V.

Ueber das, was man Rußland zu geben habe, hat man sich weder in England noch in Amerika bis jetzt ausgelassen. Das sollen wohl erst die „Studienkommissionen" feststellen müssen.

Mit Deutschland hat man sich schon näher beschäftigt. Bei Deutschland spielen zwei Faktoren mit. Einmal ist Deutschland selbst Leidtragender. Es braucht Kapital, um das zu ersetzen, was an eigenem Nationalvermögen während des Krieges vertilgt worden ist. Außerdem aber ist Deutschland Schuldner auch für das, was in den Ententeländern verloren ging und zumal Schuldner Frankreichs, das seine ganze wirtschaftliche und budgetäre Wiederherstellung auf seinen Ersatzanspruch gegen Deutschland aufbaut. Schon bevor das Londoner „Wirtschaftsmanifest" erschien, das den Wiederaufbau Europas zum Gegenstand [11] theoretischer Erörterungen macht, hatte sich die französische Presse mit der Frage der deutschen Schuldenzahlung befaßt. Sie wies auf das Beispiel Frankreichs 1871 hin, wo die

für damalige Verhältnisse ungeheure Summe von fünf Milliarden Franken an Deutschland zu zahlen war. Wie habe Frankreich sich die Mittel dazu verschafft? Durch Aufnahme von Anleihen in neutralen Ländern; diese fremden Devisen habe dann Frankreich Deutschland zur Verfügung gestellt, und so seine Schuld abgetragen. So habe auch Deutschland zu verfahren. Damit sei dann Deutschland und Frankreich geholfen; Frankreich könne seinen Wechselkurs verbessern oder gar auf Parität bringen, wenn es diese fremden Devisen von Deutschland bekäme, Deutschland sei eine lästige Verpflichtung gegenüber Frankreich los. Also für beide ein Gewinn nach dem Satze: „Wer seine Schulden bezahlt, vergrößert sein Vermögen“. Die Summe, die hiernach ungefähr für Deutschland erforderlich würde, beläuft sich auf dreißig bis vierzig Milliarden Goldmark.

Kurzum: der Pumpus von Perusia ist da und die Summe, die er braucht, steht gleichfalls fest. Fehlt nur der, der das Geld geben soll.

Frankreich selbst – gleichfalls in jenem Artikel des „Temps“ vom 5. März – hält es für möglich, daß die amerikanischen und englischen „Hilfs“-Versuche sich vereinigen ließen. Das heißt, daß mit vereinten Kräften Deutschland eine Anleihe und Frankreich sein Geld bekäme. Insofern ist allerdings zurzeit eine gewisse Interessensolidarität zwischen Frankreich und Deutschland vorhanden, wie jeder Gläubiger an dem Kredite seines Schuldners interessiert ist. Und Frankreich erkennt auch klar, daß größeres auf dem Spiele steht. Denn erhält Frankreich nicht bald wenigstens einen großen Teil seiner Forderung an Deutschland, so sinkt der Frankenkurs weiter: an Deutschland und seiner Wirtschaft sieht Frankreich dann seine Zukunft. Und so faßt der „Temps“ sein Verhältnis zu Deutschland und England-Amerika wie folgt zusammen:

„1. Deutschland kann sich nur erholen, wenn es seine Wiedergutmachungsschulden bezahlt, und umgekehrt muß Frankreich den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands erleichtern, wenn dieses sich bereit zeigt, seine Verpflichtungen nach Treu und Glauben zu erfüllen.

2. Europa kann seine Prosperität nur wieder erlangen, wenn durch sein Monopol, sei es der Lieferanten, sei es der Transporteure, ein Tribut von den Schuldnerstaaten vorweg erhoben wird.“

Dieser letzte Satz bedeutet zweierlei: weder soll irgend eine andere Macht das Vorrecht vorwegnehmen, das Frankreich auf die Zahlungskraft Deutschlands besitzt, noch soll man überhaupt prinzipiell solche „Monopole“ den Lieferanten gewähren. Man soll dem Prinzip widerstehen. Denn Frankreich weiß: Was dem ans Ausland verschuldeten Deutschland recht ist, das wird auch dem ans Ausland verschuldeten Frankreich billig sein. Und vorläufig fällt der Frankenkurs weiter.

Nachdem nun einmal die deutsche „Waren-Treuhand-A.-G.“ errichtet und mit der Auferlegung von „Tributen“ der Anfang gemacht ist, wird dieser Wunsch Frankreichs ein frommer bleiben.

Kann England die Kapitalien geben, die Europa zu seiner Restituierung braucht. England verweist auf die europäischen Neutralen. Bei denen ist bis jetzt noch keine Neigung und noch keine Fähigkeit [12] für solche Summen zu entdecken. Englands Freigebigkeit aus fremden Taschen läßt nicht auf eigene Fähigkeit schließen.

Aber Amerika? Kann es das auf eigene Faust und aus seiner großen Tasche? Seit Wochen steht in New-York der Satz für tägliches Geld auf 10 Prozent. Das spricht für außerordentliche Kapitalknappheit. Der Dollar ist im Verhältnis zum englischen Pfund rapide gesunken. Warum? Man tröstete sich damit, der Sturz sei erfolgt auf die Aussicht hin, daß England eine im Oktober (!) fällige Anleihe in Amerika in Gold zurückzahlen werde! Nein; in Wirklichkeit war der Grund der, daß der Dollar selbst entwertet ist im Verhältnis zu den südamerikanischen Devisen, so sehr, daß die Vereinigten Staaten bereits zur Goldausfuhr nach Südamerika schreiten mußten.

Nein: so sehen die Staaten und Wirtschaften nicht aus, die Europa mit den Dutzenden, vielleicht Hunderten von Milliarden beispringen können, die es braucht!

VI.

Wenn wir zuvor sagten, daß Deutschland Objekt des Imperialismus geworden sei, so schließt das noch nicht aus, daß Deutschland selbst noch weiter imperialistische Politik betreibt. Das ist aus

subjektiven und objektiven Gründen möglich. Aus subjektiven: weil bei der geistigen Verfassung, mit der die deutsche Bourgeoisie und der deutsche Militarismus aus ihrer Katastrophe herausgekommen sind – nichts gelernt und alles vergessen – noch nicht gesagt ist, daß sie völlig begriffen haben, w i e sie abgewirtschaftet haben. Auch der Millionär, der bankrott gemacht hat, pflegt ja für gewisse Zeit das Millionärdasein noch fortzusetzen. Daneben ist aber eine gewisse imperialistische Politik noch aus objektiven Gründen möglich. Man denke etwa an die Türkei von vor dem Weltkriege. Selbst Objekt des europäischen Imperialismus, war sie doch die – wenn auch nicht aus imperialistischen Gründen im strengsten Sinn des Wortes – blutige Unterdrückerin der Armenier und anderer Völker. Weiter aber: innerhalb der großen Zentralsonnensysteme, die heute um England und die Vereinigten Staaten sich gruppieren, haben die einzelnen Planeten, die Staaten zweiten Ranges eine gewisse Bewegungsfreiheit. Sie haben zu entscheiden, wie sie sich unter sich gruppieren, sie können sich ihre Monde zulegen usw.

Deutschland hat – von einer dritten, später zu erörternden Möglichkeit abgesehen – zwei Entscheidungen zu treffen: einmal, wie es sich in Europa selbst gruppieren will und dann, ob es die Wahl für England oder Amerika vornehmen will. Es ist klar, daß die erste Frage in ziemlichem Umfang abhängig ist von der zweiten: wir können trotzdem jene erste Frage zunächst betrachten, weil für Deutschland heute die eine Frage alles andere beherrscht, wie es den Frieden von Versailles beseitigte. Es ist gar nicht zu verkennen, daß Deutschland mit der Möglichkeit und der Notwendigkeit einer neuen und zwar baldigen militärischen Auseinandersetzung rechnet. Nicht nur ergibt sich das aus der Tatsache, daß mit allen Mitteln Deutschland versuchte und auch erreichte, daß die Frist für seine Entwaffnung erstreckt wurde. Diese Gnade der Entente kostet Deutschland mehrere Milliarden Mark. Die gibt man nicht aus nur für die Ehre, 6 Monate länger Uniform [13] tragen zu dürfen, sondern nur dafür, daß man in diesen 8 Monaten mit seiner Uniform und seinen Waffen etwas unternimmt. Derselbe Gedanke ist auch zu entnehmen aus allen übrigen Taten und Meinungsäußerungen der in Wirklichkeit herrschenden militärischen Konterrevolution. Sie wollen die Nationalversammlung sofort aufgelöst haben, um an ihre Stelle einen Reichstag zu setzen, von dem sie sich eine n o c h günstigere Zusammensetzung für ihre Politik versprechen. In den Artikeln für die baldige Wahl eines Reichspräsidenten, und zwar Hindenburgs; ist von allen Seiten darauf hingewiesen worden, daß die Wahl notwendig sei im Hinblick auf „bald zu fällende, wichtige Entscheidungen“. Den Vorwand für all das Drängen nach „baldiger Entscheidung“, d. h. nach neuem Krieg bildet die „Gefahr im Osten“, der Bolschewismus. Es kann niemand darüber im Zweifel sein, daß, mögen in einem neuen Kriege die deutschen Truppen auch nach Osten marschieren, sie im Auge haben Versailles, und daß, mögen sie auch im Osten Ziele verfolgen, das letzte Ziel doch sein wird die Zerreißung des Versailler Vertrages, die Wiedereinnahme von Straßburg. Dieses Spiel und Widerspiel, die Rolle, die Rußland darin zugeschoben wird, einmal von der „Deutschen Zeitung“ reklamiert als der Bundesgenosse zum Kampfe nach Westen, dann von der „Kreuzzeitung“ ausgerufen als das Schrecksal, um dessentwillen man die „große Armee“ noch immer auf preußischen Beinen halten müsse, die „Deutsche Tageszeitung“, die heute für und morgen gegen Rußland schreibt, die Bourgeoisie, die in der „Frankfurter Zeitung“ für Anschluß an Rußland, in der „Vossischen Zeitung“ für „Vorsicht“ und in dem „Berliner Tageblatt“ (aus ehrlicher Angst) gegen Rußland ist: das alles zeigt, daß vierjähriges Politisieren um die Kriegsstammtische, nebst nachfolgender Revolution und Nationalversammlung, mit parlamentarischen Ministern und „Friedrich dem Vorläufigen“, dem deutschen Bürgertum noch nicht mehr politischen Verstand beigebracht hat, als es im Frieden seines Geldverdienstes von vor 1914 besaß. Cicero sagte einmal in einer Rede an den Senat: boni viri usuras perseribunt; „was anständige Leute sind, die buchen ihre Zinseinnahmen“ und lassen die Politik. Die deutschen Bürger sind noch immer die anständigsten Leute.

Von der größten Bedeutung aber ist die zweite Frage: wie stellt sich Deutschland zu jenen beiden großen Weltmächten; welchem Sonnensystem will es sich eingliedern? Man erkennt, daß hier eine Frage zu lösen ist, deren Lösung – vom bourgeoisen Standpunkt – das Geschick des Landes auf Generationen festlegt. Was will demgegenüber alles, was bisher an solchen „Schicksalsstunden“ bestand, besagen? Was will die „Schicksalsstunde“ besagen, die war, als 1876 der Zar Bismarck die

Frage vorlegte, ob mit oder gegen Oesterreich? Das alles waren nur Entscheidungen im Rahmen der europäischen Konstellation, im Rahmen der Fragen, die heute keine größere Bedeutung haben als im Jahre 1833 die hatte, ob sich Neuß-Greiz-Lohenstein dem Zollverein anschloß oder nicht. Jetzt ist für die Bourgeoisie die Frage zu lösen, welchem imperialistisch System sie angehören will, das dann der deutschen Bourgeoisie ein und alles sein muß: Rohstofflieferant und Geldgeber, Warenkäufer und Lebensmittelverkäufer, Fürsprecher und Landesverteidiger. Sie muß das imperialistische System wählen, in dessen geschlossener Welt sie dann als kleines Rädchen laufen soll. Es ist hier nicht der Ort, für die deutsche Bourgeoisie zu wählen. Die Staats-[14]kunst Hermann Müllers wird dieser Weltenaufgabe gewachsen sein und im Uebrigen – was Gott tut, das ist wohl getan.

Nur einen gilt es zu erwähnen, der seine Wahl schon getroffen hat. Das ist der Graf Ernst Reventlow, Auslandsredakteur der „Deutschen Tageszeitung“. Prophetischen Auges sieht er schon den Tag kommen, „the day of the Saxon“, „des britischen Reiches Schicksalsstunde“. Er sieht den Tag, wo die große Auseinandersetzung zwischen England-Amerika beginnt. Und dieser Tag soll den Grafen Reventlow nicht unvorbereitet treffen, der Tag, an dem das dem Grafen verhaßte Albion sein Schicksal ereilen und Alldeutschland sich wieder in den Sattel setzen soll. Und weil er zurzeit unmöglich für eine große deutsche Flotte hetzen kann, hetzt er in Vorbereitung dieses Tages für eine große – amerikanische Flotte.

Am 11. März schreibt der Graf:

„Es kann, objektiv beurteilt, für die Vereinigten Staaten von Amerika nur die Alternative geben: Abrüstung aller Mächte zur See – oder Schaffung einer amerikanischen Flotte, die stark genug ist, jeder Eventualität zuversichtlich ins Auge zu sehen. Die Vereinigten Staaten haben sehr weit ausgedehnte Küsten, an zwei Ozeanen, sie haben auch den Panama-Kanal, der nur dann keinen Angriffspunkt bildet, wenn er durch starke schwimmende Streitkräfte auf hoher See geschützt werden kann. Auch darüber kann kein Zweifel sein, daß die Flotte der Vereinigten Staaten jetzt weit davon entfernt ist, den Anforderungen gewachsen zu sein, denen sie im Interesse der Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Möglichkeit für sie, eine unabhängige amerikanische Politik in der Welt zu treiben, genügen müssen.“

So schreibt der deutsche und mit nichten deutsch-amerikanische Graf. Er hört schon im Geiste die Kanonen donnern, die abermals das Schicksal der Welt entscheiden sollen. Und wir sehen schon im Geiste jenen Krieg, in dem dann der Graf Reventlow zwar nicht in – aber hinter der amerikanischen Front Leitartikel schreiben wird.

VII.

Wir haben bei alledem nur immer von imperialistischer Politik gesprochen und den Problemen, mit denen die imperialistische Welt sich abmüht. Wir haben aber bei alledem das außer Acht gelassen, daß über aller imperialistischen Welt heute das Menetekel geschrieben steht, daß heute neben der Frage, wie die imperialistische Welt weiter bestehen soll, die viel größere Frage steht, ob sie weiterbestehen soll. Teilen wir die Welt ein nicht nach dem Wie, sondern nach dem Ob; dann steht auf der einen Seite Rußland, und auf der anderen Seite die ganze Welt.

Bereits zuvor haben wir erwähnt, wie Rußland in die neue imperialistische Welteinteilung mit hineingenommen wird. Wie es in imperialistischen Augen ein Beutestück ist, wie andere auch, und wie der Imperialismus anhebt, sich dieses Beutestückes zu bemächtigen. Wir haben auch bereits betont, daß auch Rußland sich von der übrigen Welt nicht absperren kann, daß es auf den Import angewiesen ist von Roh-[15]materialien und Fertigfabrikaten, die im eigenen Lande zu gewinnen ihm noch nicht oder überhaupt nicht möglich ist. Hier eröffnet sich also die praktische Frage, wie jenes Verhältnis zwischen kommunistischer und kapitalistischer Wirtschaft zu gestalten sei, auf das Radek in einem Artikel in der „Zukunft“ kürzlich hingedeutet hat, unter Hinweis auf Winstanley, der freilich für den jetzt eintretenden Fall nicht eben aktuell ist.

Nicht zu bestreiten ist nun, daß in dem Maße, in dem Rußland gezwungen ist, für eingeführte Kapitalien Produkte auszuführen und in Gestalt dieser Produkte ausländischen Kapitalisten Profite zu gewähren,

auch der russische Arbeiter ausgebeutet wird. Mit eine Folge der Tatsache, daß der Sozialismus sich nicht in einem Lande vollenden kann, sondern daß das Werden des Kommunismus ein geschichtlicher Prozeß ist, der die ganze Welt umfassen muß. Also: Rußland und Deutschland werden insofern in einer und derselben Lage sein: sie beide werden fremden Kapitalisten Tribute bringen müssen.

Wie wirkt diese Tatsache auf die deutsche Bourgeoisie? Die deutsche Bourgeoisie ist jetzt bekanntlich – und genau in dem Maße, in dem die englische es tut – in Beziehungen zu Rußland getreten. Ist das die Sehnsucht des Herrn Hermann Müller und des Herrn Friedrich Ebert für ein sozialistisches Heimathaus? Beileibe nicht. Sie haben ihre Liebe zu Rußland wie zum Sozialismus überhaupt in den Taschen des Zivilanzuges gelassen, als sie am 4. August 1914 – wir sprechen hier nur bildlich – die Gardeuniform des Hohenzollern anzogen. Der Gang der deutschen Sozialisten in der Regierung nach Rußland ist ein bürgerliches Geschäft, wie die ganze Regiererei der Herren Müller, Bauer, Ebert überhaupt; d. h. in diesem Falle ein Raubzug. Schon vor Wochen schrieb der „Vorwärts“, daß man „Hand in Hand mit dem Westen“ den Verkehr mit Rußland wieder aufnehmen wolle. Und die „Kreuzzeitung“ ist noch deutlicher, wenn Prof. Hoetzsch in ihr schreibt: „Die Zeit ist noch nicht reif, zu erörtern, ob und in welcher Weise Deutschland mit der Entente zusammen den russischen Aufbau angreifen solle und könne“.

Ein englisches Sprichwort sagt: charity begins at home; Mildtätigkeit beginnt im eigenen Hause, und unter diesem Gesichtspunkt ist freilich die Zeit noch nicht reif und wird noch auf lange Zeit hinaus nicht reif sein und w i r d a u c h n i e r e i f w e r d e n, in der Deutschland an die Frage des russischen Aufbaues heranzugehen braucht. Wer sich die Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands und Rußlands und die augenblickliche Lage der beiden, wie wir sie oben andeuteten, vor Augen hält, der wird noch immerhin sich überlegen, ob nicht Deutschland Rußland viel nötiger braucht als Rußland Deutschland und ob nicht die Forderung, Aufnahme der Beziehungen zu Rußland, viel eher eine Forderung zu deutschen als zu russischen Gunsten ist. Doch davon abgesehen: die Formulierung der „Kreuzzeitung“ zeigt, daß die deutsche Bourgeoisie ihren alten Traum, mit einem wiederaufgerichteten Zarentum gegen Westen marschieren zu können – gerade Hoetzsch war ja der ausgesprochene Vertreter dieser „östlichen Orientierung“ – aufgegeben hat und heute versucht, neben den ganz Großen einen Teil der russischen Beute schnappen zu können. Auch hier wieder das Bild von der Hyäne mit dem Schenkelchen, das ein großes Raubtier übrig ge-[16]lassen hat. Nach alledem ist festzustellen: die Tatsache der Analogie der Lage Deutschlands und Rußlands zur übrigen Welt ist ohne Wirkung auf die deutsche Bourgeoisie. Gleichgültig, ob demnächst Deutschland gegen Rußland zum „scharfgeschliffenen Schwert“ greift, wie die Militärs es wollen, oder ob es in Handelsbeziehungen zu Rußland tritt, wird der animus, der Deutschland Rußland gegenüber beseelt, stets der der Feindschaft sein. Angesichts Rußlands stürzt sich Deutschland nur immer tiefer in die Schlingen, die der westliche Kapitalismus Deutschland gestellt hat. Ruere in servitium – sich in die Knechtschaft stürzen – nannten die alten Römer das und sie hielten dieses Verhalten für das verächtlichste. Die neudeutschen Germanen sind nun einmal keine alten Römer. „Einer solchen Mentalität ein Germane unfähig, die ist slavisch oder lateinisch“ schrieb Wilhelm an den Rand. Zugleich aber ist dies Verhalten einer der vielen Beweise in der Weltgeschichte, wie Klassenfeindschaft schärfer ist als alle andere Feindschaft.

Die andere Frage ist nun die, wie wird diese Gleichartigkeit des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland auf das Proletariat hier und dort wirken? Daß die Gleichartigkeit des Verhältnisses von Deutschland und Rußland zum Westimperialismus für das Proletariat beider Länder einen erheblichen Unterschied bedeutet, muß sich schon in kurzer wirtschaftlicher Entwicklung herausstellen. Das deutsche Proletariat ist der wildesten Ausbeutung preisgegeben. Der ausländische Kapitalist kann Deutschland gegenüber mit der ganzen Brutalität auftreten, mit der er in Kolonialländern auftreten kann; er braucht hier noch nicht einmal das 1. promille seines Profites zu opfern, das er zu Hause der Ideologie des „gemeinsamen Vaterlandes“ zu Liebe springen läßt. Unter ihm steht der deutsche Zwischenmeister, will heißen Unternehmer, der unter der ausländischen Karbatsche und unter eigenen Herzens- und Beutelnöten die Ausbeutung betreiben muß wie der Teufel den Seelenfang. Man braucht nach alledem und in Anbetracht der ökonomischen Lage Deutschlands, seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten und seiner wirtschaftlichen Verpflichtungen aus Krieg, Friedensvertrag und

Wiederaufbau, kein Prophet zu sein, wenn man sagt: mögen die Kohlenarbeiter die Kohlen fördern zu Bergen, die Eisenbahner fahren Tag und Nacht und würden selbst die Arbeiter nicht acht, sondern zwölf Stunden am Tage arbeiten: einen Ersatz für mehr geleistete Arbeit und für die zerstörte Gesundheit auch nur in Gestalt einer fortschreitend besseren Kleidung und Nahrung und Wohnung könnten sie nicht erhalten. Und nicht, wenn ein Zwanzigstundentag eingeführt werden könnte, hätten die Arbeiter einen Nutzen davon: Die Kriegsverluste haben den Ertrag ihrer Arbeit auf Jahre hinaus vorweg beschlagnahmt und jener Mechanismus, von dem wir sprachen: deutscher Zwischenmeister und ausländischer Kapitalist, sorgt dafür, daß der ganze Ertrag dieser Arbeit eingeht. Wer wissen will, wie das gemacht wird, der kann in der Kolonialgeschichte in Aegypten, Holländisch- und Britisch-Indien, das Nähere finden. Das wirtschaftliche Barometer des deutschen Proletariates bleibt, solange dieses unter dem Kapitalismus bleibt, auf steigende Not gestellt.

Wie ist es damit in Rußland bestellt? Zunächst ist heute Rußland Deutschland gegenüber in der ungleich günstigeren Lage, daß die Fest-[17]stellung, ob und welchen Betrag an Staatsschulden des Zarentums und an Kosten des Krieges es übernehmen werde, erst der Zukunft vorbehalten bleibt. Die Verhandlungen mögen ausfallen wie sie wollen: niemals wird an Höhe der öffentlichen Schulden Rußland sich mit Deutschland zu messen brauchen. Das mag aber mehr ein zufälliges Moment sein, zurücktretend hinter der Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung. Wie wird diese in Rußland sein im Gegensatz zu Deutschland?

Zunächst das eine. Die Einfuhr fremder Kapitalien (Rohstoffe etc.) wird zwar in Deutschland gleichfalls in „organisierter“ Form vor sich gehen. Es werden sich – kann man annehmen – Rohstoffeinfuhrgesellschaften bilden, Treuhandgesellschaften usw., die die Menge und die Verteilung der eingeführten Rohstoffe auf die einzelnen Unternehmer unter Kontrolle nehmen. Diese Gesellschaften werden entweder den Interessen der Rohstofflieferanten dienen: dann wird der ausländische Lieferant ohne weiteres die Profite festsetzen, die er haben will. Oder aber: sie werden den Interessen der deutschen Kapitalisten dienen (ob dieses Interesse durch eine „Staatsaufsicht“ maskiert ist oder nicht, tut nichts zur Sache). Dann lauert unmittelbar hinter der organisierten Einfuhr die wirtschaftliche Anarchie. Die Taufende von jetzt ausgehungerten kapitalistischen Wölfen, die hinter dem Gitter der „organisierten Einfuhr“ warten, bis sie Rohstoffe erhalten, werden sich auf sie stürzen, jeder wird zu schnappen versuchen, soviel er kann. Denn jeder möchte endlich wieder seine Maschinen voll laufen lassen, alles produzieren, so toll drauf los, wie nur ehedem in Maienzeiten, d. h. mit anderen Worten: die Einfuhr fremder Kapitalien wird jedenfalls von deutscher Seite unter dem Einfluß wirtschaftlicher Anarchie stehen und daher notgedrungen zu den ungünstigsten, härtesten Bedingungen führen. Man lasse sich an diesem Bilde nicht irre machen durch die bürokratische Form der „Einfuhrgesellschaft“ oder wie sie sonst heißen wird, die die Einfuhr reguliert. Und wenn der kapitalistische Staat selbst in der geheiligten Person Fritz Eberts an der schmalen Pforte säße, durch die die Rohstoffe nach Deutschland fließen: auch er wäre nur der Pförtner eines kapitalistischen Staates und auch seine olympische Ruhe vermöchte nicht das Chaos zu verdecken, das hinter ihm brodelt.

Und Rußland? Das Wesen des Sowjetstaates ist die Organisiertheit und die Ausschaltung kapitalistischer Interessen. Da ist kein Drängen und Schieben um Rohstoffe für den „eigenen“ Betrieb. Der kommunistische Staat ermißt selbst den Umfang dessen, was er braucht. Den Umfang dessen, was er braucht, bemißt er nicht danach, daß möglichst viel Maschinen laufen und die Profite wieder werden wie ehedem, sondern er hat die Möglichkeit, die Einfuhr fremder Kapitalien, Rohstoffe und Maschinen, zu beschränken auf das Maß, das nötig ist, die im eigenen Lande vorhandenen Kräfte zu entwickeln. Das kapitalistische Deutschland wird einführen, was Profit gibt; das kommunistische Rußland, was seine Volkswirtschaft bedarf. Diese Beschränkung auf das Notwendige wird nicht nur von Einfluß sein auf die Menge der einzuführenden fremden Kapitalien, sondern auch auf die Bedingungen, die der fremde Kapitalist vorschreiben kann. Hier lauern im Hintergrunde einer Einfuhrorganisation keine Wölfe, die drängen: „nur Rohstoffe her, daß die Maschinen laufen, der Schweiß des Prole-[18]tariats zahlt alles“, sondern die Einsicht der Massen, die hinter der Einfuhrorganisation stehen, das kommunistisch organisierte Proletariat werden sich auch in wirtschaftliche Notwendigkeiten fügen, ehe sie dem übermütigen Willen fremder Kapitalisten den Nacken beugen.

Des weiteren aber wird der ungeheure Unterschied zwischen russischem und deutschem Proletariat zu sehen sein in der Art, in der die ausländischen Kapitalisten ihren Profit eintreiben. In Rußland werden keine Zwischenmeister das liebliche Geschäft des speet-boß, Zinsvogts und Halsabschneiders in einer Person betreiben, das den deutschen Unternehmern künftig vorbehalten bleibt. Die Art der Ausscheidung des ausländischen Profites aus dem Arbeitsertrag ist dort die Sache der organisierten Arbeiterschaft selbst und es ist keines Wortes bedürftig, den Unterschied auseinanderzusetzen.

Denn der ganze wesentliche Unterschied wird sich vor allem in folgendem zeigen. Hinter aller Hingabe von Kapitalien seitens imperialistischer Länder an kapitalsschwache Länder steht letzten Endes ein großer Gerichtsvollzieher. Als Imael Pascha seine Zinsen nicht mehr zahlen und aus seinen Fellachen nicht mehr herausquetschen konnte, was der europäische Gläubiger brauchte, kam Lord Cromer, der Zivilverwalter, und hinter dem Zivilverwalter kam Lord Kitchener und die Hinterlader und Feldgeschütze brachten fertig, was die Nilpferdpeitsche zu versagen schien. Diese letzte Weisheit aller Könige und aller Kapitalisten wird auch hinter den großen Kapitalien stehen, die jetzt nach Deutschland und Rußland fließen. Wird dem russischen Proletariat die Last zu schwer, so kann es den Weisheiten fremder Kapitalisten die geeinte Kraft eines großen geschlossenen Gemeinwesens entgegenstellen. Ein Gemeinwesen, das vom Boden bis an die Spitze nur dieses eine gemeinschaftliche Ziel kennt. Und wenn dem deutschen Proletariat die Last zu schwer wird? Dann würden die englischen oder amerikanischen Maschinengewehre, die dem deutschen Proletariat die Unvergänglichkeit fremder Kapitalistenrechte predigten, das tun unter dem Segen der deutschen Kapitalistenklasse selbst, die im fremden Kapital das eigene, im fremden Profit den eigenen mit zu retten suchte. Das alles bedeutet: Deutschland wie Rußland gehen einer schweren ausländischen Verschuldung entgegen. Ausländische Verschuldung bedeutet für das russische Proletariat nicht Aufgabe seiner politischen Freiheit, für das deutsche Proletariat doppelte politische Knechtschaft. Für das deutsche wie für das russische Proletariat steht das wirtschaftliche Barometer auf Not. Für Deutschland fällt es weiter auf immer größere Not, für Rußland – ob schneller oder langsamer mag sich zeigen – zeigt es immer steigende Tendenz.

Und das, was hier vom deutschen Proletariat gesagt ist, das gilt aus Gründen, die auf der Hand liegen, für das französische, das italienische usw.

Das wäre etwa der Rahmen, in dem sich die Beziehungen der kommunistischen Wirtschaft Rußlands zur Weltwirtschaft abspielen und der Rahmen, in dem imperialistisch ausbeutende und ausgebeutete Nationen zu einander stehen werden. [19]

VIII.

In diesem Rahmen wird also auch die Weltrevolution vor sich gehen. Wir haben zunächst zu betrachten, in welchem Verhältnis die deutsche Revolution zur russischen steht. Dabei müssen wir von einer Tatsache ausgehen: viele von uns haben sich die „Weltrevolution“, d. h. das Stadium der Weltrevolution, in dem die direkten Kämpfe um die Ergreifung der Macht geführt werden und das man im robusten Sinne des Wortes allein als „Revolution“ bezeichnet, zwar nicht als ein verabredetes Losschlagen vorgestellt – diese Auffassung blieb Ledebour vorbehalten – aber doch als einen Komplex von Kämpfen in den verschiedenen Ländern, wo der Kampf von einem Land in das andere Überschlägt. Der Zug der Revolution von 1848 durch Europa mag ein kleines Bild dessen geben, was man für die Proletarierrevolution im Großen erwartet hat. Statt dessen sehen wir zwar eine starke Rückwirkung der russischen Revolution auf die Proletarier der Welt – die ganze proletarische Welt marschiert heute: die Augen auf Rußland gerichtet – aber eine so unmittelbare „Wirkung, daß sofort das europäische Proletariat oder auch nur ein größerer Teil mit in die Kämpfe eingetreten wäre, hatte sie nicht. Ja, obgleich die russische Revolution vielleicht den größten geistigen Einfluß auf Deutschland ausübte, stand doch zwischen der russischen Revolution und dem endlichen Einsetzen der deutschen: Brest-Litowsk und einiges andere, ohne daß das eine Bewegung im deutschen Proletariat hervorgerufen hätte. Daß die deutsche Revolution ihrerseits den das Weltproletariat faszinierenden und aufrufenden Charakter nicht gehabt und keine unmittelbaren Kämpfe anderswo ausgelöst hat, lag an dem Charakter dieser „deutschen“ Revolution; man muß sich wundern, daß sie in der proletarischen

Internationale auch nur so viel Staub aufwirbelte als sie tat. Um aber alles zusammenzufassen: die proletarische Revolution über die Welt hin kann so verlausen, daß neben dem Fortschreiten der Revolution in einem Lande eine ausgesprochene Reaktion in einem anderen herlaufen kann – siehe derzeit Deutschland und Rußland – und für das in einem Lande siegreiche Proletariat beginnt die größte Schwierigkeit erst dann, wenn es so seinen Sieg gegen die Welt verteidigen muß. Es sind in Rußland eine ganze Reihe Faktoren zusammengekommen, die dem russischen Proletariat erlaubten, gerade in diesem schwierigen Stadium so siegreich durchzuhalten: es sind geographische, ökonomische Faktoren und nicht zum wenigsten die ungeheure sittliche Kraft, das starke Pathos und die hieraus rührende zähe Energie, die das russische Proletariat entfaltete. Für Deutschland würde sich gerade dieses Stadium ungemein viel schwieriger gestalten, wenn etwa das deutsche Proletariat seine Herrschaft gegen England zu verteidigen hätte und nicht zuletzt der absoluten Schwunglosigkeit wegen, die das deutsche Proletariat schon am 9. November 1918 an den Tag legte. Es ist nun schon einmal so, daß man die großen Dinge nur mit Begeisterung macht.

Und so offenbart sich gerade für dieses Stadium die ungeheure Bedeutung des Sieges und Bestandes der russischen Revolution für die deutsche. Wenn wir oben anführten, wie Rußland und Deutschland dem Westimperialismus gegenüber in eine einheitliche ökonomische Lage gedrängt worden sind und wie die deutsche Bourgeoisie entgegen [21] dieser Tatsache handelt, so müßte das deutsche Proletariat aus dieser einheitlichen ökonomischen Basis sofort die Folgen ziehen. Nicht um der internationalen Solidarität, der proletarischen Brüderlichkeit willen müßte das proletarische Deutschland sich dem proletarischen Rußland anschließen: um seines eigenen Lebens willen. Denn nur der Bund mit Rußland gäbe der deutschen Revolution den ökonomischen, politischen, auch moralischen und – letzten Endes sogar – militärischen Rückhalt, den sie brauchte, um jene „Gefahrenzone“ zu durchschreiten, auf die wir oben hinwiesen. Mit anderen Worten: im Sowjet-Rußland verteidigt das deutsche Proletariat seine eigene Revolution. So wie wir auch an anderer Stelle Frankreich, Italien usw. in eine Parallele mit Deutschland stellten, tun wir es auch hier: wir brauchen nicht im Detail auszuführen, wie der dortigen Proletarier Lage zum großen Teil schon ist und täglich mehr wird wie die der deutschen.

Damit ist zugleich die gewaltige Verantwortung umschrieben, die auf dem deutschen Proletariat lastet. Räterußland wird heute nicht an der Düna und in Polen verteidigt, sondern in Deutschland. Der Sieg der Konterrevolution in Deutschland wäre die tödliche Gefahr für Räterußland; denn aus den russischen Wäldern würde die deutsche Konterrevolution versuchen, die Keulen zu holen, mit denen sie den Frieden von Versailles zerstört oder zu zerstören versucht. Insofern ruht heute noch eine große Aufgabe auf den Schultern des deutschen Proletariats und es bedarf keines Wortes, daß diese Aufgabe nicht defensiv gelöst werden kann, durch Beharren. Eine Revolution beharrt nie: sie geht vor oder zurück, und so lange die deutsche Revolution nicht vorgeht, ginge sie selbst dann zurück, wenn kein deutscher Proletarier das merkte und die U. S. P. ihre Mitgliedsbücher bis auf eine Million erhöhte.

Aber darüber hinaus? Es gab vor dem Kriege eine Zeit, in der angesichts der ökonomischen und imperialistischen Entwicklung Deutschlands einerseits, der Entwicklung seiner Arbeiterbewegung andererseits Deutschland das Land zu sein schien, in dem der proletarische Sieg den Beginn der Lösung des Klassenkrieges der Welt bedeute. Hatte Marx im Jahre 1850 geschrieben:

„Der Klassenkrieg innerhalb der französischen Gesellschaft schlägt um in den Weltkrieg, worin sich die Nationen gegenübertreten. Die Lösung beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht, an die Spitze Englands. Die Revolution, die hier nicht ihr Ende, sondern ihren organisatorischen Anfang findet, wird keine kurzatmige Revolution sein“ –

so meinte noch 1915 Rosa Luxemburg:

„Lies statt England: Deutschland und die Worte Marxens sind eine geniale Vorausahnung des Weltkrieges.“

Der Ausgang hat gezeigt, daß Marxens Voraussage auf das Wort zutraf. Denn im Kriege hat sich erwiesen, daß der deutsche Imperialismus und die deutsche Arbeiterbewegung einander in ihrem

Wesen entsprachen. Truggold. Oder, wie Uhland es ausdrückt: „Schwindelhafer, Dippelhafer“. Weder kam Deutschland an die Spitze des Weltmarktes, noch kam das deutsche Proletariat an die Spitze des deutschen [21] Volkes. An dessen Spitze kamen nur Ebert-Scheidemann-Noske und auch die wurden dahin nicht getrieben, sondern nur geschwemmt. Der Krieg hat einwandfrei an die Beherrschung des Weltmarktes England gestellt.

Nun ist eines wohl richtig: anderswo als in England, in Rußland nämlich, hat der organisatorische Anfang der Weltrevolution stattgefunden. Aber die Revolution, die zugleich die Peripethie, den Umschwung in dem Drama des proletarischen Befreiungskampfes, die beginnende L ö s u n g des Klassenkrieges bedeutete: die war die russische Revolution nicht. Denn während in Rußland die Revolution sich entfaltete und während sie in Europa vorschreitet, ist im Westen der Imperialismus zu einer Höhe geklommen, die er nie besaß. Es ist gerade, wie wenn er noch einmal eine höhere Stufe der Entwicklung erreicht hätte: der westliche Imperialismus, der heute nicht mehr Länder mit Plantagenwirtschaft, Industriegebiete auf der Höhe der Manufaktur sich untertan macht, wie vor dem Kriege, sondern gewaltige und komplizierte kapitalistische Wirtschaftssysteme in sein eigenes Riesensystem einbaut. Das war vor dem Kriege nicht; das ist die Steigerung imperialistischer Macht, die der Krieg uns gebracht hat. Die russische Revolution hat also nicht den Beginn der Lösung des proletarischen Klassenkampfes gebracht, sondern die höchste Zuspitzung der Gegensätze: England auf der einen, Rußland auf der anderen Seite.

Und damit ist zugleich ausgesprochen: in gewissem Sinne ist die Weltrevolution über Deutschland und den westeuropäischen Kontinent bereits weggeschritten. Der Kontinent kann heute nur mehr den Vorposten ausbauen, den sich die Weltrevolution in Rußland geschaffen hat und der ausgebaut werden muß nach Westen hin.

Das größte Kapitel der Weltrevolution aber wird anheben, wenn die Proletarier Englands die Hand legen an das Werk, das die englische Bourgeoisie in drei Jahrhunderten aufgebaut hat und das seinesgleichen in der Weltgeschichte nicht hat. Wie dieses Kapitel beginnen mag? Es kann sein, daß noch die Nöte dieses Krieges, die weder England noch Amerika überstanden hat, sowenig wie irgend ein anderes Land, die englischen Proletarier in die Revolution hineintreiben werden. Auch insofern ist der Fortschritt der Revolution auf dem europäischen Kontinent gegenwärtige Notwendigkeit. Aber die Revolution, die nun beginnt, „wird keine kurzatmige Revolution sein“. So mag es auch sein, daß die gewaltigen Systeme imperialistischer Wirtschaft, die der Krieg geschaffen hat, noch einmal ihre Kräfte zusammenraffen, um aneinander sich zu messen. Das wird dann ein Schlagen sein, gegen das selbst flandrisches Trommelfeuer sich ausnähme wie harmloses Scheibenschießen. Da würden nicht mehr Länder neben Ländern, Nationen gegen Nationen marschieren, da würden zwei Welten wieder einander stoßen. Und Welten müßten zerschellen, damit eine Welt geboren werde. [22]

Die Lehren des Kapp-Putsches.

Von M. I. B r a u n .

I.

Auf dem Wege zum Kapp-Putsch.

Nach fünfvierteljähriger Herrschaft ist die Regierung Noske-Ebert mit Schimpf und Schande von der Offizierskamarilla davongejagt worden. Im Kampfe gegen die Arbeiterschaft entstanden, in ständiger blutiger Niederwerfung der fortwährend weiter um sich greifenden Auflehnung der Arbeiterschaft ihre Existenz erkämpfend, stellte sie die militärische Herrschaft allmählich wieder her. Mit ihr und durch sie hat die sozialistisch-bürgerliche Koalition alles getan, um die soziale Position der junkerlich-kapitalistischen Klasse wiederherzustellen, und unter dem Vorwand der Sicherung der Errungenschaften der Revolution baute sie systematisch und rücksichtslos mit ihrem beschränkten Untertanenvorstande alle die Kräfte ab, die die Errungenschaften der Revolution hätten sichern und erweitern können.

Die einzige Errungenschaft der Novemberrevolution war die politische Aktivität der proletarischen Massen und ihr revolutionäres Bewußtsein, daß die Weiterexistenz der Herrschaft der junkerlichen

und bürgerlichen Klassen eine Gefahr für die breiten Schichten des Volkes geworden ist. Die Sicherung dieser Errungenschaft der Revolution war nur dadurch möglich, daß dieses revolutionäre Bewußtsein der Massen in die Tat umgesetzt wurde, d. h. dadurch, daß die revolutionäre Regierung den Junkern und Kapitalisten das Verfügungsrecht über die Quellen des Reichtums und der wirtschaftlichen Macht aus den Händen nahm.

Die bürgerlich-sozialistische Koalition unter der politischen Leitung der Mehrheitssozialisten hat systematisch das Gegenteil getan. Sie hat den Sozialisierungsschwindel in die Welt gesetzt, sie hat die Diktatur des Kapitals in den Fabriken wieder aufgerichtet, sie hat den in der Revolution spontan entstandenen Betriebsräten das Leben unmöglich gemacht unter dem Vorwand der gesetzlichen Regelung der Betriebsräte, die nach mehr als anderthalb Jahren endlich erschienen als ein Mittel, die Arbeiterschaft für den ruhigen Verlauf der Betriebstätigkeit in privatwirtschaftlichem Sinne verantwortlich zu machen. Sie hat die Arbeiterschaft entwaffnet und ihr durch die Schaffung von bürgerlichen konterrevolutionären Streikbrecherorganisationen (technische Nothilfe) die Waffe des Streiks aus der Hand geschlagen. Sie hat während der ganzen fünfviertel Jahre das Versammlungs- und Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch den Belagerungszustand illusorisch gemacht und sie der Profitsucht [23] des Kapitals ausgeliefert. In dieser ganzen Zeit ist kein einziger wirtschaftlicher Kampf zugunsten der Arbeiterschaft ausgegangen, obwohl alle diese Kämpfe Abwehrkämpfe gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen waren.

Die bürgerlich-sozialistische Koalition hat dem Handelskapital vollständige Freiheit gelassen, aus dem Hunger der Arbeitermassen Wuchergewinne zu schlagen. Der Schleichhandel hat die höchste Blüte erreicht, und die Freiheit der Ausfuhr, die im Interesse des Export- und Bankkapitals wiederhergestellt wurde, führte zu einem nie dagewesenen Ausverkauf der lebenswichtigen Produkte.

Die Politik der bürgerlich-sozialistischen Koalition ist auch nicht imstande, sich den Schlingen des imperialistischen räuberischen Friedensvertrags von V e r s a i l l e s zu entwinden. Die einzige Macht, die das tun könnte, ist die proletarische Revolution in Frankreich und in England. Die Koalition der konterrevolutionären Parteien in Deutschland, gestützt auf das bekannte Noskeregiment, hält die Ententereaktion im Sattel und gibt ihr die politischen Argumente, mit denen sie ihre Herrschaft über das Proletariat ausübt.

Zum Schutze der kapitalistischen Heiligtümer der unbegrenzten Ausbeutung durch Landjunker, Kapitalsmagnaten und Wucherer mußte die Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. Dazu stellten sich die Generalität und die Offiziere zur Verfügung, die auf diese Weise die gesamten Machtmittel des Staates in ihre Hände bekamen. Solange es sich darum handelte, gegen die Arbeiterschaft zu regieren, gingen Militärkamarilla und bürgerlich-sozialistische Koalition gemeinsam vor. Das Ziel der Niederhaltung der revolutionären Arbeiter war die Einigungsplattform für die Junkerkamarilla, die Militärdiktatur und die von der mehrheitssozialistischen Partei unterstützte bürgerliche Konterrevolution. Als aber die Offizierskamarilla glaubte, stark genug zu sein, um ohne die mehrheitssozialistischen Betäubungsmittel die Arbeiterschaft im Zaume halten zu können, da erschien ihr die sozialistisch-republikanische Dekoration überflüssig, und sie suchte nur eine Gelegenheit, sich der unbequemen Firmenträger zu entledigen.

Seit Wochen und Monaten war die bürgerlich-sozialistische Regierung der demokratischen Republik nichts anderes als die willenlose Beauftragte der militärischen Diktatur. Von ihr bekam die Regierung die Befehle, gegen die freie Betätigung der Arbeiterschaft vorzugehen.

General L ü t t w i t z war es, der der E b e r t-N o s k e-R e g i e r u n g vorschrieb, den Mitte Dezember aufgehobenen Belagerungszustand Mitte Januar wieder zu verhängen. Es mutet wie ein Witz der Geschichte an, daß der von E b e r t, N o s k e und B a u e r vor der Flucht aus Berlin am 13. März erlassene Aufruf zum Generalstreik gegen die eigenen Befehle Noskes verstößt, die noch in Kraft geblieben waren, als ihre Autoren Berlin verließen.

So ist es also die fünfvierteljährige Tätigkeit der mehrheitssozialistischen Partei in der sozialistisch-bürgerlichen Koalition, die den militärischen Putsch vorbereitet und die gesamte arbeitende

Bevölkerung der Militärkamarilla ausgeliefert hat. Der Sturz der Regierung Ebert-Noske ist der vollständige Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Demokratie, und in seinen Konsequenzen bildet der Militärputsch und [24] der Zusammenbruch der Ebert-Noske-Regierung den Abschluß einer Periode des proletarischen Emanzipationskampfes der deutschen Arbeiterklasse, der sich in absteigender Linie vom 9. November 1918 abwickelte. Es ist eine gründliche Abwirtschaftung der politischen Illusion, daß die bürgerlich-sozialistische Koalition ein Ausweg aus der Zwangslage sei, in der sich das Proletariat nach dem Weltkrieg befindet. Es war eine gründliche aber auch sehr kostspielige Beweisführung gegen die verräterische Ideologie des mehrheitssozialistischen Burgfriedens mit dem Kapital unter der Losung der Demokratie. In Rußland dauerte diese Periode der Abwirtschaftung der bürgerlich-demokratischen Illusionen vom März bis November 1917, es war aber die Zeit, wo der Weltkrieg noch seine Herrschaft ausübte und wo der bürgerlich-demokratische Burgfriede die Frage des Friedens lösen sollte.

In Rußland antwortete die bürgerliche Demokratie 1917 auf die Frage: „Imperialistischer Krieg oder proletarischer Friede?“ mit der Junioffensive Kerenskis und mit Fortführung des imperialistischen Krieges. Erft die proletarische Umwälzung löste diese Frage im Interesse der Millionen Arbeiter und Bauern durch den proletarischen Frieden als Vorspiel zur Weltrevolution.

In Deutschland hatte die bürgerliche Demokratie nach dem Zusammenbruch vom 9. November eine andere und nicht weniger komplizierte Frage zu lösen, die des Aufbaues der Volkswirtschaft im Interesse des gesamten Volkes. Sie beantwortete diese Frage mit dem Aufbau der kapitalistischen Herrschaft auf Kosten der breiten Schichten der Bevölkerung.

Im Kampfe um die Früchte der Ausbeutung der breiten Schichten des Land- und Stadtproletariats, im Kampfe um die Wiederherstellung der Junker- und Kapitalsherrschaft sah sich die Junkerherrschaft gegenüber dem Industrie- und Handelskapital benachteiligt und schlug die bürgerliche Demokratie in Scherben. Ihr patriotisches Gefühl wurde tief verletzt, dadurch, daß man dem Industrie- und Handelskapital Freiheit der Ausbeutung gab, dem Grundbesitzer aber eine – wenn auch stark durchbrochene – Zwangswirtschaft zumutete.

Der Putschversuch der Kapp-Lüttwitz ist eine Rebellion der Junker gegen die bürgerliche Demokratie, die einseitig die Interessen des städtischen Industrie- und Handelskapitals bevorzugt.

Dieser Putsch demaskierte blutig die historische Rolle der bürgerlichen Koalition als Unterdrückerin der proletarischen Massen zugunsten einer Schicht der herrschenden Klassen. Zugleich aber denunzierte er auch vor den Proletariern der ganzen Welt die bürgerliche Demokratie als eine Regierungs- und Herrschaftsorganisation, unter der die zerbrochene Gewalt der Junker und Generäle sich zur Macht ausbilden kann, die die Forderung der Gleichberechtigung mit dem Industrie- und Handelskapital erfüllt. Dadurch, daß die bürgerliche Demokratie diesen ihren sozialen Inhalt enthüllte, offenbarte sie auch den Inhalt der mehrheitssozialistischen Ideologie, den die bürgerliche Demokratie zu ihrer Fahne machte.

Die deutsche Arbeiterschaft – das sei zu ihrer Ehre gesagt – wußte sich zur Wehr zu setzen. Als Antwort auf dieses freche Ansinnen, die [25] Junkerherrschaft wieder zu etablieren, trat die deutsche Arbeiterschaft in den Generalstreik ein, nicht zum Schutz der Noske-Ebert-Regierung, sondern – was viel mehr bedeutet – trotz des Aufrufs der geflüchteten, mit Arbeiterblut befleckten Verräter und Verführer. Nicht den verfassungsmäßigen Zustand des Noskeregiments wiederherzustellen, das von der Kapp-Negierung gar nicht mehr übertroffen werden konnte, sondern den Sturz des verkappten und offenen Noskeregiments herbeizuführen und die proletarische Herrschaft zu errichten.

Der Generalstreik verbreitete sich über ganz Deutschland, griff auf alle Arbeiter- und Angestelltenschichten über, bemächtigte sich der Eisenbahnen und lebenswichtigen Betriebe, und in blutigen bewaffneten Kämpfen mit der konterrevolutionären Soldateska machte sich das Proletariat den Weg frei zur Eroberung der politischen Herrschaft.

II.

Der Generalstreik und die Kommunistische Partei.

Das Herannahen des Militärputsches war für niemanden ein Geheimnis. Wenn noch vor Monaten die Zentrale der K. P. D. (Spartakusbund) in einem Rundschreiben an die Organisationen den Gedanken zum Ausdruck brachte, daß die rechtsstehenden Parteien nicht so dumm sein werden, sich durch einen Militärputsch die für die Wiederherstellung des ancien régime so günstige Situation zu verderben, so war das im großen und ganzen auch die Meinung der führenden politischen Persönlichkeiten der junkerlichen Konterrevolution. Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ sind des öfteren von dem Gedanken an einen Militärputsch ausdrücklich abgerückt, weil sie davon überzeugt waren, daß die weitere Existenz der bürgerlich-sozialistischen Koalition ihnen den Boden für eine friedliche Umwälzung auf dem gesetzlichen verfassungsmäßigen Wege vorbereiten würde. Diese verfassungsmäßige Grundlage gab ihnen trotz des Belagerungszustandes, der sich nur gegen die Arbeiter richtete, die Möglichkeit, die sozialen und politischen Kräfte des Junkertums, der Großbauern und des höheren Beamtentums zu mobilisieren, wobei sie sich auf die Mißstimmung des Kleinbürgertums und des Mittelstandes stützen konnten. Die Zwangswirtschaft des „Mißwirtschafts“ministeriums und des „Unterernährungs“ministers Schmidt – wie sie sich ausdrücken – erlaubte ihnen, Agitation zu treiben und die Massen der bürgerlichen Elemente für sich zu gewinnen. Die Finanzpolitik Erzbergers, die einen „großartigen“ Versuch darstellt, auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft die ungeheuren Schulden und Ausgaben des Staates nach dem fünfjährigen Krieg durch Steuern einzutreiben, ballt die besitzenden Klassen und die Festbesoldeten, die in dieser Finanzpolitik die notwendige Folge des durch die Revolution verlorenen Krieges sehen, zum gemeinsamen Aufruhr zusammen. In dem Prozeß Erzberger-Helfferich, der eine politische Kompromittierung der Regierung Noske-Erzberger war, errangen die rechtsstehenden Parteien einen Sieg, der ihnen die Bahn zu dem Sturze auf legalem Wege vollständig freimachte. Dabei haben die Generäle und Offiziere durch das Noskeregiment die Armee vollständig in ihre Hände bekommen, so daß es äußerlich schien, daß sowohl die militärische Macht als auch die Gunst des Volkes auf ihrer Seite [26] stand. Nun war es nur noch keine Frage der Taktik, wann und mit welchen Mitteln dieser Umsturz vorgenommen werden sollte. Die politischen Führer der Junkerpartei provozierten eine politische Debatte in der Nationalversammlung und stellten die Forderung der sofortigen Ausschreibung von Neuwahlen für den Reichstag. Mit der Nominierung Hindenburgs zum Kandidaten des Reichspräsidenten glaubten sie – sozusagen auf „gesetzlichem“ Wege den geplanten Putsch vornehmen zu können. Aber die von den reaktionären politischen Parteien geführte und geschürte Konterrevolution hat noch einen andern Ausweg gefunden. Die Militärs übernahmen die Führung und machten den Umsturz auf – umstürzlerischem Wege.

Für die K. P. D. kam dieser Ausgang nicht unerwartet. Wenn die „Rote Fahne“ am 4. März noch von dem „schleichenden Putsch“ schrieb, so war in dem Rundschreiben an die Parteiorganisationen, das wenige Tage vor dem Putsch beschlossen und am 13. März ausgegeben wurde, folgendes zu lesen:

„... diese Entwicklung hat innerpolitisch ein so rasches Tempo angenommen, daß die revolutionäre Arbeiterklasse sich auf überraschende Aktionen der militärischen Gegenrevolution gefaßt machen muß ... die militärische Gegenrevolution arbeitet sich zunächst mit den Mitteln, die ihr die demokratische Verfassung gibt, vorwärts. Sie rechnet darauf, in den kommenden Reichstagswahlen sowie in der Präsidentenwahl einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun. Es hieße blind sein, wenn man nicht sehen wollte, daß die große Masse des großen, mittleren und kleineren Bürgertums und der Bauernschaft sich in raschem Tempo der Linie Hindenburg-Ludendorff wieder nähert. Wenn jedoch die militärische Gegenrevolution sich zunächst mit den Mitteln, die ihr die Einrichtungen der Republik in die Hand geben, vorwärtsschreitet, so wäre es eine grobe Täuschung, zu glauben, daß damit die Mittel der Gewalt für sie ausscheiden.

Gleichzeitig mit der Propaganda und Vorarbeit auf sogenanntem demokratischem Wege geht Hand in Hand die systematische Vorbereitung von Pogromen und Putschen größten Stils.

Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß der Bonapartismus, der mit dieser gegenrevolutionären Bewegung in erneuter Gestalt in Deutschland seinen Einzug hält, diese beiden Mittel, die brutale Gewalt und die Demokratie, vereinigt. Die militärische Gegenrevolution, wie jede wirkliche Macht, läßt sich in ihrer Aktion von demselben Grundsatz leiten, den die Partei mit ihren taktischen Leitsätzen formuliert hat: daß sie nämlich kein politisches Mittel ausschließen, sondern alle zu gegebener Zeit und am gegebenen Ort anwenden wird."

Es war also für die K. P. D. klar, daß die Arbeiterschaft im Falle eines solchen Militärputsches die energischsten Abwehrmaßnahmen werde treffen müssen, die sich jedoch nicht auf die Verteidigung der verfassungsmäßigen Zustände würden richten dürfen, sondern daß die Arbeiter sogleich mit dem Kampf gegen den Militärputsch mit aller Energie den Kampf [27] gegen die Quelle, aus der heraus der Putsch entstehen konnte, werde aufnehmen müssen. In der Tat hat auch die Partei im Reich – mit wenigen Ausnahmen – die Situation richtig erfaßt und ist mit aller Energie sofort für den Generalstreik eingetreten.*)

Anders aber hat unsere Organisation in Berlin in den ersten Tagen gehandelt. Getragen von einer vorübergehenden Stimmung der Berliner Arbeiterschaft, hatte auch die Reichszentrale in ihrem ersten Flugblatt entgegen ihren eigenen Richtlinien und im Widerspruch zu ihrer eigenen Auffassung den Gedanken ausgesprochen, daß die Arbeiterschaft „keinen Finger rühren wird für die demokratische Republik", aber den Kampf mit der Militärdiktatur aufnehmen wird, in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen. „Dieser Augenblick" – heißt es in dem Flugblatt vom 13. März – „ist noch nicht da. Er ist da, wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben wird. Ein Teil der Arbeiter kennt die Züge dieser Militärdiktatur: Ungarn! Die große Masse wird sie erst durch die Taten der Militärdiktatur kennen lernen: wenn statt der Geißeln Skorpionen auf den Rücken der Arbeiter niedersausen ... wenn zu eiserner Unterdrückung im Innern neue Kriegsgefahr ihr Haupt erhebt. Die Arbeiterschaft wird bis zu Ende kämpfen mit den Schlachtrufen: Nieder mit der Militärdiktatur! Für die Diktatur des Proletariats! Für die deutsche kommunistische Räterepublik!"

Dieses Flugblatt entsprach der momentanen Stimmung der Arbeiterschaft in Deutschland und vor allem in Berlin, wo das Noskeregiment ganz besonders verhaßt war. Ein Kampf für die Noskerepublik und gegen deren Feinde schien so absurd und stand so sehr im Gegensatz zu der Freude, die am 13. März allgemein in Berlin über den Sturz der Ebert-Noske herrschte, daß – wenn man auch noch so gründlich auf eine solche Situation vorbereitet und für diesen Fall theoretisch zum Kampf gegen die Aufrichtung einer Militärdiktatur entschlossen war – in diesem Moment eine Kampfparole jeder psychologischen Begründung bar zu sein schien. Von bewaffnetem Aufstand und Generalstreik war keine Rede. Im Gegenteil! Man beglückwünschte einander zu dem Putsch. Statt Kampfeswille herrschte eine Stimmung der Schadenfreude, die politisch zwar kurzsichtig war, die aber faktisch die Auslösung der Empörung und Kampffreudigkeit zunächst verhinderte. Erst in den nächsten Tagen geriet die Arbeiterschaft in Wallung, die sich schließlich zu einer noch nie dagewesenen Erbitterung und Kampfeslust steigerte.

Die Parole zum Generalstreik haben die Gewerkschaften ausgegeben, dann folgten die sozialistischen Parteien. Schon die Tatsache, daß die Generalstreikparole zunächst nur von Ebert-Noske-Bauer und von den konterrevolutionären Gewerkschaften der Richtung Legien, die seit Jahr und Tag die sicherste Stütze des Noskeregiments waren, ausgegeben wurde, hatte auf die Auslösung einer revolutionären Stimmung in der Arbeiterschaft hemmend eingewirkt. Der Haß gegen die Träger des Blutregiments war so tiefgehend, daß er Zeit brauchte, um in Kampfesstimmung gegen die Militärdiktatur umzuschlagen.

[28] Binnen 24 Stunden war die Kampfesstimmung in Berlin soweit gediehen, daß der Generalstreik immer weiter um sich griff und alle Berufe, Arbeiter, Festbesoldete und Beamte, auch bei Post und Eisenbahn, erfaßte.

*) Siehe Anlage Nr. 1 (Aus dem Rundschreiben der Zentrale der K. P. D. vom 22. März 1920).

Die Beschleunigung dieses Umschwunges besorgten erst die Lüttwitztruppen. Montag, am 15. März, war der Generalstreik vollständig. Eisenbahn, Straßenbahn, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke usw. funktionierten nicht mehr.

Die K. P. D. hat dann auch in einem zweiten Flugblatt, das am Montag erschien, den Generalstreik als eine feststehende Tatsache aufgenommen und versucht, die politische Parole dieses Kampfes zu formulieren.*) Selbstverständlich hat die K. P. D. nicht zum Kampf für die Noskeregierung aufgerufen. Sie stellte vielmehr sehr weitgehende Losungen auf, die unserer bisherigen Auffassung entsprachen: Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die Räterepublik auf der Grundlage der Arbeiterräte. Als die nächsten Forderungen der kämpfenden Arbeiterschaft bezeichnete das Flugblatt den sofortigen Rücktritt der Regierung Kapp-Lüttwitz die Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr, der Sicherheitspolizei, der Einwohnerwehr und der Zeitfreiwilligen: die sofortige Beschlagnahme aller Waffen der Bourgeoisie, die Bildung einer revolutionären, zuverlässigen Arbeiterwehr unter der Kontrolle der Arbeiterräte und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Weiter forderte das Flugblatt die Arbeiter zur Einberufung der Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte auf, die den einmal ausgebrochenen Kampf weiterführen und leiten und ihm den einheitlichen Willen und das politische Ziel setzen sollten.

Durch die Parole „Bewaffnung der Arbeiterschaft“, die nicht nur eine Forderung an die Regierung sein konnte – es bestand in Berlin nur die Regierung Kapp-Lüttwitz, gegen die die Waffen gebraucht werden mußten, und in Stuttgart die Regierung Ebert-Noske, die die Waffen nicht geben konnte und wollte –, konnte die Einigung der gesamten kämpfenden Masse herbeigeführt werden. Man war jedoch in der Berliner Organisation allzu vorsichtig gestimmt, man fühlte die alte Angst vor einem Putsch noch in den Gliedern, wobei man den Begriff des Putsches auf Schießereien auf der Straße zurechtgestutzt hatte. Ein Putsch ist nicht nur eine Schießerei, und nicht jede Schießerei ist ein Putsch. Ein Putsch ist die gewaltsame Erringung eines Zieles, das nicht aus den objektiven Verhältnissen herausgewachsen ist. Die Kämpfe der Arbeiterschaft in den Straßen Berlins mit dem Ziel, die Truppen zu entwaffnen und sich selbst zu bewaffnen, waren kein Putsch und konnten kein Putsch sein, wenn es auch dabei zu scharfen Schießereien kommen mußte.

Daß die Mehrheitssozialisten und die U. S. P. die Parole der Bewaffnung der Arbeiterschaft nicht herausgegeben haben, ist vollständig in der Ordnung, weil sie niemals das vorwärtstreibende Element in der Arbeiterschaft gewesen sind, sondern stets dem revolutionären Bewußtsein der Arbeiterschaft nachgehinkt haben.

Die sich radikal gebärdende „Opposition“ (spätere K. A. P. D.) hat die Lücke der K. P.D. nicht ausgefüllt. Durch vollständig aus der [29] Luft gegriffene Nachrichten über die Existenz einer „Roten Armee“ in Berlin führte sie die Arbeiterschaft irre und statt die zum Kampf bereiten proletarischen Massen als kämpfende Massen zu organisieren, fingierte sie die Existenz der irgendwo stehenden Kämpfer, eröffnete Werbebureaus und lud die einzelnen Arbeiter auf öffentlichen Plakaten ein, sich im Werbebureau der Roten Armee einschreiben zu lassen, wobei – was vorauszusehen war – die Werbebureaus, die nie ernst gedacht worden sind, von den Baltikumern ausgehoben wurden. Dadurch aber stärkte die Opposition letzten Endes nur die Offensive der reaktionären Baltikum-Truppen und schwächte die der revolutionären Arbeiterschaft.

Was aber von vornherein den Kampf in Berlin ungeheuer schwer machte, war erstens die Konzentrierung der gesamten konterrevolutionären Truppen in Berlin als dem Zentrum der politischen Macht; zweitens aber der Mangel an Einfluß unserer Partei in organisatorischer und ideologischer Beziehung auf die verschiedenen Formationen des Militärs. Die Arbeiter waren vollständig ohne Waffen, und die militärische Organisation unserer Partei – wie übrigens auch die der anderen Parteien – war ganz ohne Bedeutung. Hier rächte sich der Fehler, den seinerzeit (Sommer 1919) die Vollversammlung des Groß-Berliner Arbeiterrats begangen hatte, als sie den Boykott über die Noskiden verhängte, ein Beschluß, der zwar der feindlichen Stimmung der revolutionären Arbeiter gegenüber den „Helden“

*) Siehe Anlage Nr. 2 (Rundschreiben Nr. 40 der Zentrale der K. P. D. vom 14. März 1920).

der Straßenmorde entsprach, der aber kurzsichtig war, weil er es unmöglich machte, auf die Soldaten revolutionierend einzuwirken.

So hat in Berlin tatsächlich der Generalstreik nicht in einen bewaffneten Aufstand eingemündet, und da eine proletarische Aktion, wenn sie nicht weiter geführt wird und durch ihre Weiterführung an Stärke gewinnt, abbröckeln und zusammenbrechen muß, so mußte der Generalstreik in Berlin zu einem Abschluß gebracht werden, bei dem die Arbeiterschaft nicht als Siegerin aus dem Kampf hervorging. Schon die Tatsache, daß die mehrheitssozialistischen Gewerkschafter tatsächlich die Führung des Kampfes behaupteten, ist ein äußeres Zeichen dafür, daß der Generalstreik in seiner politischen Wirkung im Laufe der ganzen Woche nicht gestiegen ist. Die Parole der K. P. D., Arbeiterräte zu wählen und der Vollversammlung der Arbeiterräte die Leitung des Kampfes zu übertragen, hatte zum Ziele, den Mehrheitssozialisten die politische Führung des Kampfes zu entreißen. Eine ganze Woche hindurch lehnte die U. S. P. D. es ab, diese Parole, aufzunehmen, und als sie sich endlich nach einer Woche bereit erklärte, die Wahlen zum Arbeiterrat vornehmen zu lassen, war der politische Effekt des Generalstreiks bereits zu Ende. Er dauerte schon acht Tage, als am neunten Tage die Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte zusammentrat und vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde: tags zuvor hatte nämlich der Gewerkschaftsbund mit Legien, die Berliner Generalkommission der Gewerkschaften mit dem Unabhängigen Rusch und die Zentralleitung der U. S. P. D. mit Crispien an der Spitze den Abbruch des Generalstreiks beschlossen.

Der Streik wurde also abgebrochen, obwohl die Arbeiterschaft keine Garantien des Sieges in der Hand hatte, was zu bedeuten hat, daß sie den Sieg tatsächlich nicht errungen hat.

[30] Während dieser Streikwoche wurden Verhandlungen geführt einerseits zwischen den Regierungen Ebert-Noske und Kapp-Lüttwitz, anderseits zwischen dem Gewerkschaftsbund und der Regierung Ebert-Noske. Die Verhandlungen zwischen Ebert-Noske und Kapp-Lüttwitz führten zum Rücktritt von Kapp und zur Ernennung des Generals von Seeckt zum Oberkommandanten der Reichswehr, desselben Generals von Seeckt, der in der Nacht vom 12. zum 13, März auf die Frage Noskes, wer bereit sei, mit ihm zusammen die von Döberitz anmarschierenden konterrevolutionären Truppen mit bewaffneter Hand aufzuhalten, nicht vorgetreten war. Die Verhandlungen zwischen der Generalkommission und der Ebert-Noske-Regierung führten zu einem Kompromiß, das in den bekannten acht Punkten folgenden Wortlauts niedergelegt ist:

„Die hier anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten:

1. Daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Verhaftung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solcher in leitenden Stellen, und ihr Ersaß durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer sozialer Gesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunigste Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung aller dafür reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der die Berufsverbände zuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort, ebenso die Uebernahme des Kohlensyndikats und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung aller verfügbaren Lebensmittel und verschärfte Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Land und Stadt, Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch Gründung von Lieferungsver-[31]bänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilligen Verletzungen der Verpflichtungen.

8. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Zurücksetzung eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitsswehren unangetastet.“

Auf Grund dieser Vereinbarungen wurde der Generalstreik abgeblasen, obwohl es für jeden klar sein mußte, daß diese Vereinbarungen ein Fetzen Papier nicht besserer Qualität seien als der belgisch-deutsche Neutralitätsvertrag. Denn in Berlin hatte das Militär seine vollständige Macht behalten, und wenn die N o s k e-E b e r t-Regierung weiter existieren wollte, so mußte sie sich auf die gleichen „treulosen“ Generäle und Offiziere stützen, auf die sie ich vorher auch verlassen hatte.

Allerdings ist Berlin nicht Deutschland, aber Berlin ist politisch ausschlaggebend für Deutschland, denn wenn auch im Reiche der Kampf gegen den Militärputsch viel glücklicher und erfolgreicher besorgt wurde und weit über das Anfangsziel hinausführte, so mußte man doch in bezug auf die Absteckung des in der jetzigen Kampfperiode überhaupt erreichbaren politischen Zieles unbedingt mit dem Erfolg in Berlin rechnen. Das haben unsere Genossen in einzelnen Orten ganz richtig verstanden, und in den Orten, wo die K. P. D. eine starke Organisation besaß, wo sie die Massen politisch und organisatorisch beeinflussen und den Losungen und Parolen der Partei durch straffe Parteidisziplin bei den Massen Gehör verschaffen konnte, wurden auch ganz richtig d i e m i l i t ä r i s c h e n E r f o l g e i n e i n z e l n e n O r t e n m i t d e r p o l i t i s c h e n S i t u a t i o n i m g a n z e n R e i c h e i n E i n k l a n g g e b r a c h t. In solchen Orten brachte der Sieg eine Stärkung der Arbeiterschaft, ohne sie jedoch der Gefahr einer Revanche von seiten der Soldateska auszusetzen. So war es in C h e m n i t z, wo die Arbeiterschaft unter dem Einfluß unserer Organisation das Militär entwaffnet, die Arbeiterschaft bewaffnet und einen Arbeiterrat aus Vertretern aller drei Parteien geschaffen hatte, der die Exekutivgewalt in der Stadt ausübte, was vollständig dem politischen Reifegrad des Proletariats im Reiche entsprach. Die Rolle von Chemnitz, der größten Industriestadt Sachsens, wurde gehemmt durch die Niederlage der Arbeiterschaft in Leipzig und in Dresden. In Leipzig ist es den U. S. P. D.-Leuten nicht gelungen, sich in blutigen Kämpfen der Waffen zu bemächtigen. und in Dresden herrschte der General M a e r c k e r, der eine Doppelrolle spielte und – sozusagen – den „verkappten“ Verfassungszustand verteidigte. Der Chemnitzer Arbeiterrat stellte an die sächsische Regierung die Forderung, die Regierung umzubilden und Neuwahlen zur sächsischen Volkskammer anzuberaumen.

Anders lagen aber z. B. die Verhältnisse im Ruhrgebiet, wo die Arbeiterschaft tatsächlich und mit größtem Mut und in schweren Kämpfen sich von der Militärdiktatur befreite, die Waffen in die Hand bekam, Arbeiterwehren begründete und die ganze Arbeiterschaft in einer Kampffront aufstellte. Die Arbeiterräte, zusammengefaßt im Zentralrat [32] des gesamten Ruhrgebiets, standen tatsächlich unter dem ideologischen Einfluß der K. P. D.-Fraktion, deren Stärke nicht wesentlich geringer war als die der größten Fraktion, der U. S. P. D. Der Zentralrat war bemüht, seinen militärischen Sieg in den Grenzen der politischen Möglichkeit zu halten, d. h. also den strategischen Siegeszug da freiwillig abzubrechen, wo er droht, neue Kampfesverwicklung mit einem viel stärkeren Feinde herbeizuführen. Sowohl den Genossen in Chemnitz als auch den führenden Genossen im Ruhrgebiet war es klar, daß in diesem Kampfe, der die Arbeiterschaft zuerst geeinigt hatte, noch keine Einmütigkeit in bezug auf die Räteherrschaft war. Auch im Ruhrgebiet war also – unter dem Einfluß unserer Genossen – der Zentralrat bereit, den Kampf abzubrechen, nachdem er die nötigen Sicherungen gegen die

Wiederholung solcher Militärputsche in die Hand bekommen hatte. Das Bielefelder Abkommen[*)] hätte nach der Auffassung des Zentralrates einen günstigeren Abschluß des siegreichen Kampfes herbeiführen können. Im Gegensatz zu Chemnitz fehlte aber im Ruhrgebiet unserer Organisation die entsprechende Stärke, und so kam es öfters, daß die militärische Leitung der bewaffneten Arbeiter versuchte, sich der politischen Leitung des Zentralrates zu widersetzen und ihr Ziele aufzudrängen, die zwar der militärischen Situation im Ort, nicht aber der politischen im Reiche entsprachen. Das war es eben, was die zurückgedrängte junkerliche Konterrevolution und die unangenehm enttäuschte bürgerliche Konterrevolution sehnlichst erwünscht hatten. Sie provozierten die Kämpfe im Ruhrgebiet unter dem infamsten Bruch der soeben eingegangenen Verpflichtungen. Unter dem Vorwand einer notwendigen Polizeiaktion hielt ein Regime des weißen Terrors im Ruhrgebiet Einzug, und den Militärs wurde wieder einmal Gelegenheit gegeben, sich als „Retter der Ordnung" zu präsentieren. Wenn aber im Ruhrgebiet der Kampf über die für das ganze Reich gesteckten politischen Ziele hinausging, und die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet sich schließlich zu einem Kampfe provozieren ließ, der den Wünschen der Generale entsprach, und zur militärischen Niederlage führte, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß dort eine starke, weitausgebreitete, straff disziplinierte lokale Parteiorganisation der K. P. D. fehlte, so daß unsere Genossen es nicht durchzusetzen vermochten, daß die militärischen Erfolge mit den in diesem Kampf erreichbaren politischen Zielen in Einklang und zum Abschluß gebracht wurden.

III.

Der Kornilow-Putsch in Rußland und die Taktik der Bolschewiki.

Der Kapp-Putsch in Deutschland hat wiederum bewiesen, daß sich die proletarischen Kämpfe in den verschiedenen Ländern, in den großen Zügen ihrer Entwicklung betrachtet, nach derselben geschichtlichen Gesetzmäßigkeit abspielen, und das ist auch leicht erklärlich; denn die revolutionären Erscheinungen sind nichts anderes als Etappen des Klassenkampfes, die im letzten Stadium ihres Existenzkampfes zum Bürgerkrieg auswachsen. Die Mittel des Bürgerkrieges, seine Strategie und Taktik sind mehr oder weniger überall die gleichen. Das nationale wirtschaft-[33]liche Kolorit ist nicht imstande, die tiefgehende Gleichheit der Züge zu vertuschen. Darum ist es für das Proletariat von der größten Wichtigkeit, die revolutionären Kämpfe der in der revolutionären Bewegung fortgeschrittenen Länder genau zu verfolgen, sich Rechenschaft abzulegen über die inneren Zusammenhänge der Bewegung und über die taktischen Richtlinien der Parteien und die Lehren aus diesen Kämpfen zu ziehen.

Der Kornilow-Putsch in Rußland war der letzte Abschluß der absteigenden Epoche der russischen Revolution und zugleich der Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung. Er war ein Versuch der bürgerlichen Macht, sich dem Einfluß der Arbeiterschaft zu entziehen, dem Einfluß derselben Arbeiter, Bauern und Soldaten, derem Aufstand sie ihre Existenz verdankte. Aber die Arbeiter und die – teilweise in Soldatenuniform eingekleideten – Bauern hatten den Zarismus nicht gestürzt, um die bürgerliche kapitalistische und imperialistische innere und äußere Politik weiter die alten Wege gehen zu lassen. Nicht daß ihnen schon im März 1917 der Gegensatz zwischen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung einerseits und dem ideologischen Abglanz dieser politischen Wirklichkeit, wie er sich in den politischen Parteien dokumentierte, anderseits, zum Bewußtsein gekommen wäre. Aber durch die Tatsachen des Lebens waren die Arbeiter gedrängt und vor allem gegen den Krieg rabiat gemacht worden. Im innersten ihrer Seele waren sie sich bewußt, daß der Krieg ein nutzloser Krieg sei, der nicht in ihrem Interesse geführt werde. Sie forderten also Abbruch des Krieges und sofortigen Friedensschluß. Als Arbeiter traten sie auch jetzt wieder tagtäglich in Gegensatz zu den Ausbeutern, als Bauern fanden sie nach dem revolutionären Umsturz die gleichen Großgrundbesitzer und Junker auf ihren Gutshöfen wie vorher. In den Regierungsämtern, in Polizei und Gendarmerie saßen die gleichen Tschinowniks wie früher, der gesamte alte Staatsapparat war wieder da, denn alle hatten sich plötzlich zur Republik „bekehrt". Die einmal in Fluß gebrachten Massen des städtischen und ländlichen Proletariats mußten naturgemäß in Klassenkämpfen für ihre revolutionären Ziele eintreten. Allerdings kam diese Klassenfeindschaft der Bourgeoisie in den ersten Wochen und Monaten bei der großen Freude und

[*)] Siehe Anlage Nr. 3.

dem allgemeinen Jubel der Massen der Bevölkerung kaum zum Vorschein. Das änderte sich aber rapid von Woche zu Woche und von Tag zu Tag, denn die Interessen des Kapitals standen auf dem Spiele, und zwar die durch den Krieg in potenzierter Form verkörperten Kapitalsinteressen.

Die erste Koalitionsregierung, deren einzigster Vertreter des Kleinbürgertums K e r e n s k i war, bestand hauptsächlich aus Vertretern der Großindustrie und des Junkertums und stützte sich auf die Arbeiter- und Soldatenräte, die nicht regieren, aber kontrollieren wollten. Von März bis Juli ging die Entwicklung in der Richtung nach links; die rechtsstehenden nationalliberalen und junkerlichen Elemente mußten aus der Regierung verschwinden, dafür rückten Vertreter des Kleinbürgertums in die Regierungsstellen ein.

Der P e t r o g r a d e r J u l i a u f s t a n d war die erste in größerem Maßstab durchgeführte Demonstration gegen die Koalitionsregierung, ein Protest gegen die bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung, die tatsächlich als Diktatur der Bourgeoisie wirkte, gegen die Regierung, die [34] den imperialistischen Krieg weiter trieb, die im Inland für die Bauern statt Agrarreformen nur Strafexpeditionen hatte und die die Fabriken schließen ließ, um die Arbeiter durch Hunger zum Bewußtsein ihrer „Pflicht“ zurückzubringen.

Die Bolschewiki führten damals große Demonstrationen unter der Losung „Nieder mit den Kapitalisten-Ministern!“ durch. Aber die Mehrheitsparteien der Sowjets, die Menschewisten und Sozialisten-Revolutionäre, waren nicht dazu zu bewegen, sich zu dem Bruch mit der Koalitionsregierung zu entschließen, und als die demonstrierenden Arbeiter und Soldaten in den Julitagen vor dem Petrograder Sowjets erschienen mit der Forderung, die Vertreter des Bürgertums aus der Regierung herauszudrängen und ein rein-sozialistisches Kabinett zu bilden, antwortete die Koalitionsregierung mit Maschinengewehren und Verhaftungen der Bolschewiki.

T r o t z k i schreibt in seiner Broschüre „Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag“ über diese Situation folgendes:

„Nach allen vorhergegangenen Erfahrungen der Koalition hatte es den Anschein, als ob nur ein einziger Ausweg möglich wäre: ein Bruch mit den Kadetten und Schaffung einer Sowjetregierung. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Sowjets war damals derart, daß die Sowjetregierung in Parteihinsicht sich unmittelbar in den Händen der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki befunden hätte. W i r g i n g e n d e m b e w u ß t e n t g e g e n. Dank der Möglichkeit ständiger Neuwahlen sicherte der Sowjet-Mechanismus eine ziemlich genaue Wiedergabe der nach links abschwenkenden Stimmungen der Arbeiter- und Soldatenmassen; nach einem Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie mußten also, unserer Voraussicht nach, in der Zusammensetzung des Sowjets die radikalen Tendenzen ein Uebergewicht bekommen. Unter diesen Umständen hätte der Kampf des Proletariats um die Macht natürlicherweise in das Fahrwasser der Sowjetorganisation gemündet und würde sich schmerzlos weiter entfaltet haben. Nach einem Bruch mit der Bourgeoisie wäre die kleinbürgerliche Demokratie selbst unter die Schläge der Bourgeoisie geraten und hätte einen innigeren Anschluß an das sozialistische Proletariat suchen müssen, so daß ihre Unentschlossenheit und politische Gestaltlosigkeit früher oder später unter der Wucht unserer Kritik von den werktätigen Massen überwunden worden wäre. Aus diesem Grunde allein forderten wir von den leitenden Sowjetparteien – zu denen wir, ohne ein Hehl daraus zu machen, gar kein politisches Vertrauen hegten –, sie möchten die Regierungsgewalt in ihre Hände nehmen ...“

Dieser Aufstand im Juli, der ein „halber Aufstand“ war, wie B u c h a r i n sagt, wurde von der Bourgeoisie unterdrückt. Aber auch der Sieg der Konterrevolution war nur ein „halber“ Sieg. Er gab der Bourgeoisie freie Bahn für eine breit angelegte Offensive gegen die Arbeiter, Bauern und Soldaten und deren Organe und führte zur weiteren Konsolidierung der Gegenrevolution, die schließlich in den K o r n i l o w-Putsch ausmündete. Die Verteidigung der Revolution gegen Kornilow wurde von der Arbeiterschaft durchgeführt. Ihr Kampf gegen die Konterrevolution entfachte die revolutionäre Bewegung, die von Juli an gedroht hatte, in Sumpf zu geraten, zu neuer Glut. Auch [35] diesmal tauchte wieder die Frage einer Regierungsbildung auf; denn die bürgerlichen Vertreter der Regierung K e r e n s k i steckten mit K o r n i l o w unter einer Decke. Auf der M o s k a u e r K o n f e r e n z, die

vor dem Kornilowputsch stattfand und auf der Kornilow bereits als der zukünftige Diktator begrüßt wurde, nahmen die Kadetten offen Partei für ihn, und es war kein Zweifel, daß sie einen Staatsstreich im Sinne Kornilows vorbereiten helfen würden.

Nur dadurch, daß Moskau durch einen Generalstreik die Pläne Kornilows zuschanden machte, ist zu jener Zeit der Staatsstreich noch verhütet worden. Aber aufgehalten konnte er nicht mehr werden, Und so kam es, daß, nachdem die Bourgeoisie sich davon überzeugt hatte, daß die bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung nicht imstande ist, der Arbeiterschaft die starke Hand zu zeigen, sie sich dazu entschloß, mit der Kadettenpartei an der Spitze den Staatsstreich zu vollziehen.

Die führenden politischen Parteien in den Sowjets waren eben unbelehrbar. Solange sie in den Sowjets das Uebergewicht hatten, so lange gaben sie ihre Idee der Koalition nicht auf und mußten es erleben, wie sie von Tag zu Tag mehr in Gegensatz zur Stimmung der Massen gerieten.

Die Regierungskrise nach dem Kornilow-Putsch führte zu keinem Bruch mit der Bourgeoisie, und auf der Demokratischen Konferenz, die die Menschewisten zur Stärkung ihrer Position zusammenriefen, um der Idee der Koalition eine organisatorische Grundlage zu geben, erlebten sie eine Niederlage. Die Konferenz, die von Vertretern des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft beschickt wurde, d. h. von den Genossenschaften, den Vertretern der städtischen Verwaltung, den Delegierten der Gewerkschaften und Arbeiterverbände, der freien Berufe usw., zeigte, daß sogar alle großen Schichten des Kleinbürgertums gegen die Kadetten auftraten. Im ganzen wurden für die Koalition 766, dagegen 688 Stimmen abgegeben. Von den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte stimmten gegen die Koalition 192, dafür 83; von den Delegierten der Gewerkschaften 139 dagegen, 32 dafür sogar von den Vertretern der Bauerndelegierte-Räte wurden nur 102 Stimmen für und 70 Stimmen gegen die Koalition abgegeben. Bei den Delegierten der Kommunen herrschte annähernd Stimmengleichheit: es stimmten 114 für und 101 gegen die Koalition. Die Vertreter der Semstwos und der Gouvernementskomitees stimmten mit Dreiviertelmehrheit gegen die Koalition (29 : 9), bei den Abgeordneten der Armeeorganisationen hielten sich Anhänger und Gegner der Koalition ungefähr die Wage (64 : 54) und nur bei den Vertretern der bäuerlichen Genossenschaften siegten die Befürworter der Koalition mit 140 gegen 23 Stimmen. Im ganzen also hatten sich die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft und sogar starke Teile des Kleinbürgertums gegen eine Koalition mit der kapitalistischen Bourgeoisie ausgesprochen.

Die Bolschewiks K a m e n i e w, T r o t z k i, R j a s a n o f f, M i l i u t i n, S c h l a p n i k o w, die linken Sozialisten-Revolutionäre K a m k o w, M a r i a S p i r i d o n o w a, U s t i n o w u. a. stellten die Bilanz der Koalitionsregierung auf, die den Kampf um den Frieden verraten hat, untätig der Desorganisation der Wirtschaft zuschaut, unfähig ist, der Armee Vertrauen zu ihren Leitern einzuflößen, die durch [36] ihre Tatenlosigkeit Anarchie auf dem flachen Lande erzeugt. S i e l e h n t e n d i e K o a l i t i o n m i t d e n K a d e t t e n a b, aber gleichzeitig wiesen sie auf das Utopische des Versuchs, ohne die Kadetten, d. h. ohne die organisierten Vorderreihen der Bourgeoisie eine Koalition mit dem Bürgertum zustande zu bringen. Nur wenn die Volksmassen, die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum, sich verbünden, wenn sie alle Rücksichten auf die Interessen des Kapitals fallen lassen, können sie die Revolution retten, wie schwer auch der Weg sein mag, den sie betreten.[*)]

Es war klar, daß die Existenz der Koalitionsregierung durch die kapitalistische Politik, die sie trieb, große Massen des Kleinbürgertums in das Lager der proletarischen Parteien abstieß, die jedoch nicht den Mut besaßen, die politischen Konsequenzen zu ziehen. Die Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre verloren zusehends an Einfluß. Die Schichten der Bevölkerung, die sie politisch zu repräsentieren hatten, Kleinbauern und Kleinbürger, wurden radikaler als ihre politischen Vertreter. Das Kleinbürgertum wollte keine Koalition, die Kleinbauern wollten keine Koalition, und die Arbeiterschaft trat natürlich ebenfalls gegen die Regierung der bürgerlich-sozialistischen Koalition auf.

Die Bolschewistenpartei gab jetzt scharf und nachdrücklich die Parole „Uebernahme der Macht durch die Sowjets!“, wenn sie sich auch darüber klar war, daß die Sowjets sich zu jener Zeit in der

[*)] Nach dem Boten der russischen Revolution (Organ der ausländischen Vertretung des Zentralkomitees der Bolschewiki, Stockholm). Nr. 5 vom 13. Oktober 1917.

überwiegenden Mehrheit in den Händen der kleinbürgerlichen Parteien befanden, und daß die Parole: „Bruch mit der bürgerlich-sozialistischen Koalition," die Uebernahme der Macht durch die Mehrheitsparteien der Sowjets und also die Koalition der Arbeiter mit den Kleinbürgern bedeutete. Dazu kommt noch, daß die damaligen Mehrheitsparteien der Sowjets, die Menschewisten und Sozialistenrevolutionäre, keine Anhänger der Sowjet-Organisation waren. Die Menschewiki betrachteten die Sowjets immer als „vorläufige Baracken", die abgebaut werden müssen, wenn das staatliche Gebäude der Nationalversammlung und Gemeindebehörden aufgerichtet werden soll. Auch in dieser Hinsicht sind die deutschen Scheidemänner um kein Jota origineller als die russischen Menschewiki. Daß die Bolschewisten mit der Uebernahme der Macht durch die Sowjets noch nicht die Diktatur des Proletariats erkämpft hatten, war selbstverständlich. R a d e k schrieb damals:

„... Wird in Rußland eine Staatsmacht gebildet, die ohne Rücksicht auf die Interessen des Kapitals die Interessen des Kleinbürgertums und der Proletariats vertreten wird, dann wird sie zwar keine Wunder im Innern und außen schaffen können, aber sie wird, mit Verzweiflung gegen die kapitalistischen Erdrosselungsversuche kämpfend, die Kräfte der Volksmassen entfesseln müssen, und indem sie das in Rußland tut, wird sie auch imstande sein, auf die proletarischen Kräfte in Europa wirken zu können. Wenn sich die Konsequenzen des Bruches mit der Bourgeoisie in Rußland in praktischen Taten zeigen, so wird das proletarische Europa vor die Frage gestellt, [37] ob es im Dienste seines Kapitals einen Kreuzzug gegen eine proletarische Revolution mitmachen will."*)

Aber die Menschewisten und die Sozialisten-Revolutionäre ließen sich durch die Tatsachen des Lebens nicht belehren, und sie haben die Kosten für ihre Unbelehrbarkeit tragen müssen. Sie lehnten den Bruch mit der Bourgeoisie ab. Die Revolution mußte also den Bruch mit der menschewistischen Partei vollziehen. Der Einfluß der Menschewiki in den Sowjets sank überall rapid; und innerhalb von ein paar Wochen konnte die bolschewistische Partei die Forderung aufstellen: „Einberufung des zweiten allrussischen Kongresses der Sowjets" in der Sicherheit, daß die Mehrheit für sie ausfallen werde. Inzwischen aber erfüllte sie weiter ihre politische Pflicht und nahm am V o r p a r l a m e n t mit teil, das vorübergehend auf der Bildfläche der russischen Revolution auftauchte und dessen Gesamtbild mit seinem reaktionären Charakter im scharfen Gegensatz zu der von der Radikalisierung der Massen Zeugnis ablegenden demokratischen Konferenz stand. In der Partei der Bolschewiki bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Frage, ob man sich am Vorparlament beteiligen solle oder nicht. Die Mehrheit der Parteivertreter war dafür, aber sie stellten als einziges Ziel für die Teilnahme der bolschewistischen Partei an den Verhandlungen des Vorparlaments die Forderung auf, dem Volke die Augen über die Politik der Koalitionsregierung und der sie unterstützenden Parteien zu öffnen.

Für viele wird es heute unverständlich sein, wie es möglich war, daß die Bolschewiki-Partei, die die Forderung des Bruches mit der bürgerlich-sozialistischen Koalition aufgestellt und einen allgemeinen Kongreß der Arbeiterräte unter der Parole: „Alle Macht den Räten!" einberufen hatte, in ihrer Mehrheit dafür eintreten konnte, an dieser Schwatzbude des Vorparlaments, in dem die bürgerlichen Parteien viel stärker vertreten waren als die Parteien der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums, als Partei teilzunehmen. Darauf gibt L e n i n folgende knappe und klare Antwort:

„... Die Anwesenheit der Bolschewiki bei diesem niederträchtigen Schwindel (gemeint ist das Vorparlament), dieser Komödie, kann einzig und allein nur in derselben Weise gerechtfertigt werden, wie unsere Anwesenheit in der dritten Duma: auch in einem Schweinestall müssen wir unserer Sache dienen, und aus dem Schweinestall dem Volk zur Belehrung Material sammeln."**)

Die Arbeit, die die Bolschewiki im Vorparlament zu leisten hatten, dauerte nicht sehr lange. Am 7. Oktober fand die erste Sitzung des „Sowjets der russischen. Republik" statt; am 25. Oktober wurde er bereits auseinandergejagt, und sämtliche Machtbefugnisse gingen auf den Allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldaten über, der die Uebernahme der Macht beschloß. (Fortsetzung folgt.) [38]

*) Bote der russischen Revolution Nr. 4 vom 6. Oktober 1917, Karl Radek: „Die Revolution und der Bruch mit der Bourgeoisie in Rußland."
**) Bote der russischen Revolution Nr. 6 vom 20. Oktober 1917, Lenin: „Die Helden des Schwindels."

Die Entwicklung der Arbeiterräte.

Von E. L u d w i g .

(Referat, gehalten auf dem 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Spartakusbund.)

I.

Das Wiedererstehen der Räte im März.

Für Kommunisten bedarf es keiner Rechtfertigung, daß in dem Augenblick, in dem die Partei zum ersten Mal die Beteiligung an den Parlamentswahlen beschlossen hat, sie sich auch mit den Arbeiterräten beschäftigen. Wir treten in den Wahlkampf unter der schärfsten Herausarbeitung und Betonung unserer Endziele: d e r R ä t e h e r r s c h a f t. Dem bürgerlichen Parlamentarismus, der formalen Demokratie, der ganzen kapitalistischen Staatsmaschinerie stellen wir im Wahlkampf die Räte als Organ des revolutionären Ringens der Arbeiterklasse um ihre Befreiung und der proletarischen Macht entgegen.

Aber abgesehen davon, daß wir in der Zeit der Wahl unsere Ziele mit voller Deutlichkeit proklamieren müssen, um die Massen des Proletariats für uns zu gewinnen, müssen wir uns heute mit den Arbeiterräten auch deshalb beschäftigen, weil sie aus den Höhen der akademischen, theoretischen Erörterung, der lendenlahmen Philosophie über sie, ihre Form und ihr Wesen, wieder in die lebendige politische Praxis getreten sind. Die Frage der Arbeiterräte, ihres Aufbaues, ihrer Funktionen und ihrer Aufgaben ist wieder ein aktuelles Problem des Proletariates geworden, seitdem es in seinen Abwehr- und Angriffskämpfen seit dem 13. März in den meisten Gebieten Deutschlands sich wieder Räte geschaffen hat.

Das neue Entstehen der Räte in dem Augenblick, in dem der Kampf des Proletariats wieder einsetzt, ist der schlagende Beweis dafür, daß die Räte nicht irgend einer theoretischen Schrulle unserer Partei entspringen, daß sie vielmehr d i e Form sind, unter der die proletarische Revolution sich vollzieht. R o s a L u x e m b u r g hat in ihrer Programmrede, die sie auf dem Gründungsparteitag gehalten hat, auf Grund der Erfahrung der russischen Revolution und der deutschen Novemberrevolution das Gesetz jeder proletarischen Revolution klar ausgesprochen:

„In welchem Lande auch ... die proletarische Revolution zum Durchbruch kommt, ihre erste Geste wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sein ... Daß ist das Stichwort, das unsere Revolution von allen früheren bürgerlichen Revolutionen scheidet, und es ist sehr charakteristisch, wie die dialektischen Widersprüche, in denen sich diese Revolution, wie alle Revolutionen im übrigen, bewegt, daß sie schon am 9. November, als sie ihren ersten Schrei, gewissermaßen ihren Geburts-[39]schrei, ausstieß, das Wort gefunden hat, das uns fortleitet bis in den Sozialismus: A r b e i t e r- u n d S o l d a t e n r ä t e , dieses Wort, um das sich alles gruppierte – und daß die Revolution dieses Wort instinktiv gefunden hat.“

Die Erfahrungen der Märztage bestätigen diesen Satz. Sie bestätigen, daß überall da, wo die proletarische Revolution sich im Aufsteigen befindet, sie mit der Notwendigkeit eines geschichtlichen Gesetzes die Arbeiterräte herausbildet. Ueberall, wo die deutsche Arbeiterschaft in den Tagen des März über den reinen Abwehrkampf hinausgehend zum Angriff auf die Konterrevolution geschritten ist, hat sie in irgend einer Weise Arbeiterräte geschaffen.

Was ist nun das Wesen der Räte? Worin besteht ihre geschichtliche Aufgabe im Klassenkampfe des Proletariates?

Die Räte sind die Organe des Proletariats, durch die es als Klasse den Kampf um seine Emanzipation aus den Fesseln des Kapitalismus führt, und durch die es, sobald es den Kampf siegreich beendigt hat, seine wirtschaftliche und politische Herrschaft aufrichtet und vollendet. Sobald die Befreiung der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt ist, entwickelt die Klasse im revolutionären Kampfe aus sich heraus das Instrument, das diese Befreiung zu verwirklichen hat, und das in der Zukunft das Machtorgan des proletarischen Staates sein wird, bildet sie die Räte. Darum stehen die Räte am Anfang der deutschen Revolution, die zum vorübergehenden Zusammenbruch des

bürgerlichen Staatsapparates geführt hat; darum entstehen sie im März, als das Proletariat im Verlauf der Kappiade einen Schritt nach vorwärts tut.

Freilich scheinen mir bei aller gesetzmäßigen Uebereinstimmung in der Tendenz der geschichtlichen Geschehnisse vom November und März erhebliche und wichtige Unterschiede zwischen den Räten vom November und den vom März zu bestehen.

Im November, in dem explosionsartig eintretenden Bankerott des deutschen Imperialismus, seines Heeres und seines Staates, fand das deutsche Proletariat ganz urwüchsig die richtige F o r m der Räte. Fast überall wurden sie in wenigen Stunden in den Betrieben durch die Wahl a l l e r in ihnen beschäftigten Werktätigen ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit improvisiert. Noch nicht 24 Stunden waren seit dem Ausbruch der Revolution vergangen, als schon die Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte die Staatsgewalt für ganz Deutschland übernahm und als das Organ zur Ausübung der staatlichen Funktionen den Berliner Vollzugsrat wählte. Wenn die Räte trotz der Machtfülle, die in ihre Hände in den Tagen des 9. November gegeben war, nach wenigen Monaten überall wieder zusammengebrochen sind, so liegt das nicht an einem Mangel der Form der Arbeiterräte vom November, sondern daran, daß das Proletariat im Klassenkampf mit der Bourgeoisie zurückgedrängt wurde und deshalb sein Kampf- und Machtinstrument, seine Räte, nicht halten konnte. Das Ringen des ersten halben Jahres der Revolution ging im wesentlichen um die Existenz der Räte. So unentwickelt sie waren, so wenig tatsächliche Macht trotz aller scheinbaren Machtfülle auch hinter ihnen stand: die Bourgeoisie konnte selbst diese Scheinexistenz, selbst die Form der Räte ohne wirklichen Machtinhalt nicht ertragen. Denn schon die [40] Tatsache des bloßen Vorhandenseins der Räte kündigte ihr ihren bevorstehenden Tod an. Darum ließ sie Noske und seine Weißen Garden kämpfen gegen die Räte. Darum schlug sie zur Sicherung ihrer Nationalversammlung im Jahre 1919 die Berliner Arbeiter nieder. Darum mordete sie im März 1919 unter dem Standrecht das Berliner Proletariat. Darum wandte sie schließlich ihre ganze bewaffnete Macht gegen die Münchener Räterepublik, um sie in Strömen von Arbeiterblut zu ertränken.

Im März 1920 fehlt es durchaus an einer Uebereinstimmung in der Form des Räteaufbaues. Wir finden vielmehr in den Formen eine große Mannigfaltigkeit, man kann ruhig sagen, einen chaotischen Zustand. Neben den rein politischen Arbeiterräten, die der Novemberform am nächsten kommen – in Rheinland und in Sachsen – sind vorhanden revolutionäre Betriebsräte Däumig-Müllerschen Musters, oder es haben sich als rudimentärste Formen des Klassenorganes sogenannte Aktionsausschüsse gebildet, die sich aus den Vertretern der drei Arbeiterparteien zusammensetzen. Aber allen diesen Bildungen liegt – ihren Urhebern oft nicht klar bewußt – der Gedanke zugrunde, daß in dem einheitlichen und geschlossenen Kampf, den das Proletariat als Klasse führt, ein einheitliches Klassenorgan als Waffe in diesem Kampf gefunden und herausgebildet werden muß. Dieser Grundgedanke gibt die Berechtigung, alle diese Bildungen, so verschieden sie auch sind, als Rätebildungen anzusehen. Und es ist zu sagen, daß diese Bildungen trotz ihrer Unvollkommenheit im einzelnen, trotz ihrer zahlreichen Verschiedenheiten mir ein viel besserer Gradmesser für die Reife- und Kampfkraft des Proletariats zu sein scheinen, als die in der Form so schön übereinstimmenden Novemberräte. Denn diese Rätebildungen des März sind im Gegensatz zu den Räten des November dem Proletariat nicht wie ein Geschenk des Himmels in den Schoß gefallen, sie sind im lebendigen Kampfe gegen den aktiven Widerstand der Konterrevolution geformt worden. Noch unsicher infolge der schweren Kämpfe des letzten Jahres, nur tastend und zögernd hat das Proletariat diesmal, trotz aller Entschlossenheit, die nackte Militärdiktatur der Lüttwitzleute mit allen Mitteln abzuwehren, den Weg zur Rätebildung beschritten. Aber es mußte ihn gehen, da es sonst seinen Kampf nicht führen konnte. Große Massen der Arbeiterschaft, der Angestellten und auch der Beamten, die bisher ideologisch dem Klassenkampf des Proletariats um seine Befreiung, um die große Idee der Räteherrschaft fremd, ja feindlich gegenüberstanden, sie sammelten sich am 13. März auf einmal auf der anderen Seite der Barrikade. Darum ist es nur natürlich, daß aus diesen Massen heraus, die jetzt zum ersten Mal in den Strom des revolutionären Geschehens hineingerissen waren, nicht gleich die Räte in ihrer letzten, höchsten Form entstehen konnten. Und so hing die Form der Räte, die die Arbeiterschaft in dieser ersten b e w u ß t e n Auseinandersetzung mit der Konterrevolution fand, ab von der Höhe der politischen Einsicht, der

organisatorischen Zusammenfassung und der Größe des Erfolges, den die Arbeiter in den verschiedenen Teilen des Reiches erreicht haben. Es ist deshalb kein Zufall, sondern es entspricht durchaus den verschiedenen Bedingungen, unter denen die Konterrevolution und das Proletariat in den verschiedenen Landesteilen aufeinander gestoßen sind, wenn sich in Rheinland-Westfalen und in Sachsen politische Arbeiterräte neben den Betriebsräten gebildet haben, während es Berlin nur zu revolutio-[41]nären Betriebsräten gebracht hat. Dort in S a c h s e n und im R h e i n l a n d steht eine hochentwickelte Arbeiterschaft unter starkem kommunistischem Einfluß, in Berlin herrschen die unklaren und halben U. S. P.-Führer bei verhältnismäßig starkem Gegengewicht der konterrevolutionären Kräfte.

Die Fortschritte, die darin liegen, daß diesmal die Räteformen aus dem Kampf heraus geboren sind, dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß in diesen vielen voneinander abweichenden und sich durchkreuzenden Formen auch große Gefahren liegen: vor allem die Gefahr der Zersplitterung der ganzen Rätebewegung, die als Klassenbewegung des ganzen Proletariates auf eine Vereinheitlichung sowohl in der Form wie in ihrem Inhalt drängt. Wie sehr diese Zersplitterung der ganzen Bewegung, ihr Auseinanderfallen in die verschiedensten Körperschaften mit den verschiedensten Funktionen der Märzbewegung geschadet hat, das hat jeder von uns in diesen Tagen des Kampfes auf das Schmerzlichste empfunden. Hätte statt der Gewerkschaftsbürokratie ein zentraler Vollzugsausschuß deutscher Arbeiterräte die Leitung der Massenaktionen und des Massenaufstandes in die Hand nehmen können, der Erfolg der revolutionären Erhebung des März wäre sicherlich weit größer gewesen, als er es nun geworden ist. Die Gewerkschaftsvorstände hätten es dann nicht wagen dürfen, den Kampf unmittelbar vor dem Siege abzubrechen.

Aufgabe der Kommunistischen Partei als der entschlossensten Vertreterin des Gedankens der Räteherrschaft ist es, Ordnung in die verschiedenen Formen zu bringen, auf die Vereinheitlichung der ganzen Rätebewegung hinzuarbeiten.

Der Ariadnefaden, der durch das Labyrinth aller dieser Formen und Gestalten hindurchführt, das ist und bleibt der Grundgedanke der Rätebildung: das sind die Klassenorganisationen des Proletariats, die es im siegreichen Kampfe herausführen sollen aus der Frohn der kapitalistischen Ausbeutung in die Freiheit der kommunistischen Wirtschaft. Dieser Grundgedanke gibt uns nicht nur unsere kritische Stellung zu den verschiedenen Rätebildungen des März, er führt uns auch durch das Gestrüpp der Rätemystik und Rätescholastik, mit der wir uns im Herbst und Winter zurzeit des Niederganges der Räte herumgeschlagen hatten, und auf die ein großer Teil der Schuld dafür fällt, daß auch heute noch eine solche erschreckende Unklarheit über das Wesen der Räte herrscht, eine Unklarheit, die sich ausdrückt eben auch in diesen chaotischen Rätebildungen. Dieser Grundgedanke gibt uns schließlich auch Aufschluß über das Verhältnis der Räte zu den anderen Organisationen des Proletariats, den P a r t e i e n und den G e w e r k s c h a f t e n.

II.

Die wirtschaftlichen und politischen Räte in ihrer grundsätzlichen Bedeutung.

Die Kommunisten haben seit dem Beginn der Revolution zwei Seiten der Rätebewegung, die in sich einheitlich und geschlossen ist, unterschieden: die W i r t s c h a f t s r ä t e und die p o l i t i s c h e n A r b e i t e r r ä t e.

[42] Die W i r t s c h a f t s r ä t e, die beginnen mit den Betriebsräten, sich aufbauen zu Bezirkswirtschaftsräten und enden in der Spitze eines obersten Volkswirtschaftsrates, sind die S o z i a l i s i e r u n g s o r g a n e des Proletariats. Nicht durch Sozialisierungskommissionen, nicht durch Gesetzgebung in bürgerlichen Parlamenten, nicht durch Vereinbarung mit der Bourgeoisie erringt die Arbeiterklasse die Herrschaft über die Produktionsmittel. Der Kampf ist zu führen mit der Bourgeoisie. Waffe in diesem Kampfe sind die Wirtschaftsräte. Sie haben in den Betrieben der Industrie sowohl wie der Landwirtschaft die Aufgabe, den Unternehmer aus der Produktion zu verdrängen, ihn auszuschalten und allmählich die Vertreter der Arbeiterklasse an seine Stelle zu setzen. Die Wirtschaftsräte werden so die anarchische Produktionsweise des Kapitalismus aufheben und die planmäßige Wirtschaft des Sozialismus verwirklichen.

Die A r b e i t e r r ä t e, die sich zusammenschließen zu Vollversammlungen mit ihren Vollzugsräten, weiter zu Bezirksversammlungen mit ihren Bezirksausschüssen und endigen in der Spitze des Reichsrätekongresses mit dem Reichsvollzugsrat, sind die politischen Kampforgane des Proletariats. Sie gehen mit den Betriebs- und Wirtschaftsräten Hand in Hand. Denn die Sozialisierung, der Kampf des Proletariats um die Produktionsmittel ist Machtkampf, ist wirtschaftlicher und politischer Kampf zugleich Die Sozialisierung die Expropriation der Expropriateure wird nur dann aus der Idee zur Wirklichkeit, wenn gleichzeitig mit der Macht in den Betrieben die Arbeiterschaft auch politische Machtpositionen erringt. Fortschritte der Arbeiterschaft in den Betrieben können nicht gehalten werden, ohne das Festhalten der erkämpften politischen Positionen des Proletariats; und umgekehrt wird es seine politische Macht nicht festigen nicht ausbauen können, wenn es ihr nicht die ökonomische Grundlage gibt durch die fortschreitende Verwirklichung der Sozialisierung.

Der wirtschaftliche und politische Kampf der Arbeiterklasse bedingen und durchdringen einander. Sie sind die beiden Seiten des großen einheitlichen Emanzipationskampfes des Proletariats.

Dementsprechend sind auch die beiden Kampf- und Machtorganisationen der Arbeiterklasse, die diesen beiden Seiten des Kampfes entsprechen, nicht zwei auseinander fallende, sich gegenüberstehende Gebilde. Auch sie ergänzen einander wie der Kampf selbst, dessen Instrumente sie sind. Sie wirken dauernd zusammen; sie sind die beiden Formen, in der die eine große Bewegung sich entwickelt, die die Arbeiterschaft heute ergriffen hat: d i e e i n h e i t l i c h e R ä t e b e w e g u n g.

Führend in dem Verhältnis beider Räteformen zueinander sind die politischen Räte, als die Waffe zur Erringung der Staatsmacht, als das künftige Organ der proletarischen Staatsgewalt. Die Arbeiterräte haben die Leitung des Kampfes. Die Schaffung und Erhaltung der politischen Räte, die in Deutschland in den Auseinandersetzungen des Jahres 1919 untergegangen, und die in den Märztagen nur in den fortgeschrittensten Gebieten des Reiches wiedererstanden sind, steht heute im Mittelpunkt der ganzen Rätebewegung. Gelingt es der Arbeiterschaft, die politischen Räte überall von neuem zu errichten, und sie einheitlich in einem Reichsrätekongreß und einem Reichsvollzugsrat zusammen-[43]zufassen, dann ist damit das Werkzeug geschmiedet, das die Stoßkraft des in den Arbeiterräten gesammelten Proletariats in den bevorstehenden revolutionären Kämpfen richten wird gegen die sich konsolidierende Konterrevolution, die Bourgeoisie und ihren Staat.

III.

Die Räte und die Räteorganisationen.

Der Schaffung der politischen Arbeiterräte stehen trotz der täglich in der Arbeiterschaft wachsenden Erkenntnis von ihrer Notwendigkeit noch starke ideologische Hemmnisse innerhalb großer Schichten des Proletariats selbst entgegen. In Deutschland, dem Land zugleich der ausschweifenden Romantik und der pedantischen Methoden, war es selbst in der Zeit der Revolution unvermeidlich, daß Revolutionsmystiker und Revolutionsscholastiker sich auch der neuen Bewegung bemächtigten und über die Räte zu philosophieren begannen. Ihr Weizen blühte in der Zeit des Niedergangs der Räte. Sie suchten ihn zu erklären durch Mängel in der Form der Novemberräte, während seine Ursache lag in dem Mangel der Macht der Arbeiterklasse, die ohne genügende Erkenntnis von der Wichtigkeit und den Aufgaben der Räte es schon wenige Tage nach dem Beginn der Revolution zuließ, daß die von ihr erreichten Machtpositionen und damit auch die Räte selbst ihr wieder entwunden wurden. Die Rätephilosophen glaubten, die Arbeiterschaft in die verlorene Macht wieder einsetzen zu können, wenn sie ihr gut durchkonstruierte Räteformen zur Benutzung präsentierten. Das Ergebnis dieser ganzen Bemühungen war nicht die Errichtung der Diktatur des Proletariats, zu der sie sich alle bekannten, sondern eine ungeheuerliche Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter, eine nur schwer gutzumachende Diskreditierung der ganzen Rätebewegung. Die Nachwehen dieser Philosophie haben sich gerade in manchen Unklarheiten der Märzbewegung recht fühlbar gemacht. Wenn sie auch durch die hinter uns liegende Massenaktion und die mit ihr verknüpfte Wiedergeburt der Räte tatsächlich überwunden ist, so müssen wir uns dennoch kurz mit ihr auseinandersetzen, damit volle Klarheit über das Wesen der Räte geschaffen wird.

Die Räte, ob Arbeiter- oder Wirtschaftsräte, sind – das ist immer wieder mit aller Schärfe hervorzuheben – Organe des ganzen Proletariats. Sie müssen daher, wie auch sonst immer ihre Organisation im einzelnen sein mag stets hervorgehen aus der Wahl aller Werktätigen, aller zur Arbeiterklasse Gehörenden.

1. Die Räte und die revolutionäre Betriebsorganisation.

Grundsätzlich abzulehnen sind von diesem Standpunkt aus die sogenannten „revolutionären Betriebsorganisationen“ als die Basis der Räte. Diese Betriebsorganisationen sind das typische Produkt der Rätemystik des letzten Jahres. Sie sind entstanden in den Köpfen einiger sich revolutionär gebärdender Literaten, die über die kleinbürgerliche ökonomische Einsicht Proudhons nicht hinausgekommen sind. Getragen werden diese Betriebsorganisationen von einigen wenigen Teilen der Arbeiterschaft, bei denen ein gewisses revolutionäres Temperament die [44] nüchterne Erkenntnis in die Bedingungen und Formen der deutschen proletarischen Revolution verdrängt hat, die, enttäuscht von dem für sie unerwarteten Abstieg der deutschen Revolution, sich Spekulationen aller möglichen Art über den Sieg des Proletariats hingegeben haben, und die so die Räte selbst zum Gegenstand ihrer Spekulationen gemacht haben. Ihr Schlagwort ist der revolutionäre Instinkt der Massen, die ohne Führer und Bonzen mittels ihrer Betriebsorganisationen als der Grundlage der Räte steuern sollen zu einem Wunderlande Bimni, dem Land, wo Milch und Honig fließt, dem Lande des Kommunismus. Denn für die Leute der Betriebsorganisation ist der Kommunismus nicht mehr das Ergebnis des Kampfes der ganzen Arbeiterklasse, ein Ergebnis, das sich im Kampfe selbst entwickelt, sondern das Land der Verheißung, das denen bestimmt ist, die ihrer Kirche, ihrer Sekte angehören.

In der Tat ist die Betriebsorganisation nichts weiter als eine Sekte, die einer Utopie nachjagt. Sie umfaßt ihrem ganzen Wesen, ihrem Aufbau nach nur Teils des Proletariates, nie die ganze Klasse. Nur solche, die zur „Diktatur des Proletariates“ von vornherein sich bekennen, dürfen ihr beitreten. So wird schon in der Idee selbst dieser Organisation eine Scheidewand aufgerichtet zwischen den Begnadeten, den Auserwählten der revolutionären Betriebsorganisation und den Parias des Proletariates, die jenen Glaubensschwur nicht ablegen. Sie teilt das Proletariat von Beginn an in Schafe und Böcke. Und wie sie nur die gutgesinnten Schafe sammelt und nur ihnen die Erlöserrolle für das ganze Proletariat zuspricht, so muß sie trotz aller Propaganda, die sie treibt, trotz aller Missionäre, die sie aussendet, trotz allen Redens von den Massen und der Diktatur der Klasse, nicht der Partei, zur Sekte erstarren, die sich ablöst von dem lebendigen Zusammenhang mit den Massen, aus denen hervorzuwachsen sie vorgibt.

Die revolutionäre Betriebsorganisation steht damit in grundsätzlichem Gegensatz zu den Räten des Proletariates. Diese wachsen heraus aus allen Teilen der Arbeiterschaft, mögen sie Diktaturfreunde oder Diktaturfeinde sein. Alle Strömungen der Arbeiterklasse sind in ihnen vertreten. Sie geben gerade deshalb das getreue Spiegelbild von der erreichten Reife des Proletariates. Die Vertrauensleute der Betriebsorganisationen dagegen sind, auch wenn sie sich Räte nennen, nichts weiter als die Vertreter eines Vereins von gleichgesinnten Mitgliedern. In ihnen pulsiert nicht das geistige Leben der Gesamtarbeiterschaft, das Ringen der verschiedenen Schichten und Strömungen des Proletariats um die Führung im revolutionären Kampfe, sondern ihr ganzes Tun beschränkt sich darauf, daß sie in einem Diskutierklub sich gegenseitig ihren starken und rechten Glauben und ihre gute revolutionäre Gesinnung bescheinigen.

Auf die syndikalistischen Strömungen, die die Betriebsorganisationen beherrschen, ihre Verneinung des politischen Kampfes und der politischen Partei will ich nicht näher eingehen. Damit haben wir uns leider monatelang viel zu viel beschäftigen müssen. Charakteristisch für diese syndikalistische Auffassung ist es, daß die Betriebsorganisationen politische Arbeiterräte neben ihren aus den Betriebsorganisationen selbst hervorgegangenen sogenannten Räten nicht kennen. Der nur ökonomische Kampf, losgelöst von der politischen Tätigkeit, der Kampf, beschränkt auf den Betrieb, steht ihnen wie den syndikalistischen Gewerkschaften [45] im Mittelpunkt ihres Handelns. Wie bei den Syndikalisten sind bei den Leuten der Betriebsorganisationen kleinbürgerliche Gedankengänge, die Arbeiterkompagnien Proudhons, die genossenschaftlich die Betriebe übernehmen und dadurch den

Kapitalismus überwinden sollen, die aber in Wahrheit höchstens zu einem Arbeiterkapitalismus führen würden, der Mutterboden, aus dem die Ideologie dieser Räteorganisation erwachsen ist.

Der Massenstreik des März, der die Feuerprobe war für das Proletariat Deutschlands, seine Parteien und seine übrigen Organisationen, hat die revolutionären Betriebsorganisationen in ihrer Ohnmacht enthüllt. Wo sie und die ihnen verschwisterte Kommunistische Arbeiterpartei in die Massenaktion eingegriffen haben, da haben sie ihrem Sektencharakter entsprechend fast durchweg versagt. Wo sie sich überhaupt am Kampf beteiligt haben – in Hamburg gaben sie unter Wolffheims Führung die Parole aus: „Generalstreik ist Generalunsinn", – da hatten sie nur die Kampfmittel der Syndikalisten: den Generalstreik um seiner selbst willen und die Sabotage; Kampfmittel, die – wie wir es im Rheinland erlebt haben – die Arbeiterschaft in sich zersplittern, statt sie gegen den gemeinsamen Feind zusammenzuhalten. In ihrer Unfähigkeit, die konkreten Möglichkeiten und die Verteilung der sich im Kampfe gegenüberstehenden Kräfte abzuwägen, kannten sie nur e i n Ziel der Massenaktion, das sie Gebetsmühlen gleich herunterleierten: die R ä t e d i k t a t u r. Die revolutionären Betriebsorganisationen und mit ihnen die Kommunistische Arbeiterpartei haben sich als die Form entpuppt, die der Anarchismus in Deutschland annimmt. Soweit wie die deutschen Anarchisten und Syndikalisten hat es allerdings der Anarchismus dort, wo er heimisch ist, in Spanien und Italien, nicht gebracht, daß seine Vertreter sich zu Komplotten zusammen finden mit den geborenen Feinden des Proletariates, den Reichswehroffizieren mit Oberst Bauer an der Spitze.

2. D i e R ä t e u n d d i e r e v o l u t i o n ä r e n B e t r i e b s r ä t e.

Ebenso abzulehnen als die Räteorganisation sind die revolutionären Betriebsräte D ä u m i g s und Richard M ü l l e r s, das Musterbeispiel der Rätescholastik. Mit den revolutionären Betriebsorganisationen, mit denen sie in bitterer Feindschaft leben, haben sie gemeinsam die zu schmale Basis, auf die sie gegründet sind. Auch sie gehen hervor nicht aus dem gesamten Proletariat, sondern aus einem besonderen Verein: der Rätevereinigung, die zum Zweck der Wahl revolutionärer Betriebsräte gebildet worden ist. Wenn auch der Zutritt zu diesem Verein jedem Proletarier offen steht, so bedeutet doch auch hier die Tatsache, daß erst durch diesen Beitritt die Fähigkeit wie die Möglichkeit zur Wahl der Räte erworben wird, statt daß diese Wahlfähigkeit jedem betriebsangehörigen Proletarier als solchem zusteht, die Errichtung einer Schranke im Proletariat.

Dazu kommt gegen die revolutionären Betriebsräte ein weiterer entscheidender Einwand: Sie, die vielleicht ihrer Form nach geeignet sind, gewisse wirtschaftliche Funktionen der Wirtschaftsräte zu erfüllen, sind ihrer Zusammensetzung nach nicht fähig, zur Erfüllung der Aufgaben, die heute im Mittelpunkt des revolutionären Kampfes stehen, der Aufgaben der p o l i t i s c h e n A r b e i t e r r ä t e. Sie versagen [46] hier, sie haben hier seit sie bestehen vollkommen versagt. Diesem „Rätesystem" fehlt der politische Aufbau. Darum können diese revolutionären Betriebsräte bei dem engen, unlöslichen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Kampf der Räte, in dem den Arbeiterräten die Führung zusteht, auch wirtschaftliche Aufgaben nicht lösen.

Das Verhängnis der revolutionären Betriebsräte war es, daß sie im Augenblick ihrer Entscheidung gezwungen waren, politische Aufgaben zu übernehmen, für die sie nicht geschaffen waren. Sie hatten überhaupt nicht die Wahl zwischen politischen und wirtschaftlichen Funktionen. Sie, die ihre Existenz dem politischen Kampf der Arbeiterklasse verdankten, mußten wohl oder übel in diesen Kampf eingreifen, und sie mußten notwendig alsbald in ihm scheitern. Sie machten Bankerott in dem Augenblick als sie, noch ehe sie an ihre wirtschaftlichen Aufgaben herangehen konnten, gezwungen waren, den politischen Arbeiterrat zu ersetzen.

Der Grund für diesen Zusammenbruch liegt in dem seltsamen Aufbau dieser Räte. Er bewirkt, daß selbst der vor dem übrigen Proletariat geschiedene Teil der Arbeiterschaft, der in den revolutionären Betriebsräten zusammengefaßt ist, in ihnen nicht als eine geschlossene Einheit zusammengefügt, sondern in sich zersplittert wird. Zwar wird für die revolutionären Betriebsräte, ebenso wie dies auch bei den Novemberräten der Fall gewesen ist, und wie dies auch bei den politischen Arbeiterräten grundsätzlich der Fall sein muß, in den Betrieben gewählt. Aber statt daß die in den Betrieben gewählten Delegierten direkt zur Vollversammlung zusammentreten, wird nach der Müllerschen Räteschola stik

noch ein Zwischenglied zwischen Betriebsdelegierte und Vollversammlung eingeschoben: die Versammlung der Industriegruppen. Die Betriebsräte werden nach Industriegruppen geordnet und aus den Vollversammlungen dieser Gruppen gehen erst die Abgeordneten der Generalversammlung der Betriebsräte hervor.

Dieser Konstruktion liegt die abenteuerliche Vorstellung zugrunde, daß politische Arbeiterräte vor der vollen Machtergreifung durch das Proletariat unmöglich seien, daß dagegen Vorbereitungen und selbst die ersten Schritte zur Sozialisierung getan werden könnten unter der kapitalistischen Herrschaft. Die Einheit des politischen und ökonomischen Kampfes wird verneint und nach syndikalistischem Muster dem Kampf in den Betrieben der Vorrang vor dem politischen Kampf gegeben. Die Vollversammlung ist denn auch in der Tat unfähig, politische Räteaufgaben zu erfüllen. In der Generalversammlung, die aus den Gruppen hervorgeht, müssen sich notwendig die Sonderinteressen der einzelnen Industrien durchkreuzen, gegenseitig bekämpfen. Dadurch wird von Anbeginn an die Aktionsfähigkeit der Vollversammlung als politische Körperschaft aufgehoben. Die Sonderinteressen überwiegen über die allgemeinen Interessen des Proletariates, jene verdrängen diese. Die Vollversammlung wird damit zum Gegenteil einer politischen Räteversammlung, in der nur die allgemeinen Klasseninteressen des Proletariates entscheidend sein werden. Nichts ist für die Berliner Vollversammlung der revolutionären Betriebsräte charakteristischer in dieser Beziehung, als daß sie bis heute nach einem Bestehen von fast vier Wochen nicht einmal imstande gewesen. ist, sich einen Vollzugsausschuß zu wählen. Die Industriegruppen verwerfen den Vorschlag des provi-[47]sorischen Aktionsausschusses, die Wahl nach Parteifraktionen vorzunehmen; sie verlangen seine Besetzung nach der Stärke der Fachgruppen. Das Zünftlertum überwiegt und verschließt den Blick vor den allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft.

Diese Unzulänglichkeiten beginnen die Väter des Rätesystems auch allmählich einzusehen. Wenn sie sich mit einem allerdings langsam erlahmenden Widerstand gegen die Zahl wirklicher politischer Arbeiterräte gesperrt haben, so war ihr Einwand stets, daß in Berlin der Erfassung der Betriebe zur Wahl unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstünden, nur ein Vorwand. Was im November möglich war, das sollte nach anderthalb Jahren Revolution im März erst recht möglich sein. Hinter dem Vorwand steckt auch nicht so sehr die theoretische Schrulle von der Unmöglichkeit politischer Räte vor der Machtergreifung; in Wahrheit verbergen sich dahinter die besonderen Gewerkschafts- und Parteiinteressen der Müller, Däumig, Maltzahn und Wegmann. Sie wollen mit ihren Räten nicht nur „das Rätesystem errichten“, sie wollen mehr: sie wollen die Gewerkschaften revolutionieren und gleichzeitig der Parteimaschine der U. S. P., die heute in den Händen des rechten Flügels ist, einen besonderen Organisationsapparat entgegenstellen. Und weil sie das alles wollen, haben sie zu viel gewollt, und gar nichts erreicht.

Die Industriegruppen Richard Müllers sind in Wahrheit der Versuch eines Nur-Gewerkschaftlers auf rein organisatorischem Wege die Gewerkschaften aus Fachverbänden in Industrieverbände zu verwandeln. Daß eine solche rein technisch-organisatorische Umwandlung mit der Revolutionierung der Gewerkschaften, die in einer Umstellung ihrer Ideologie aus der der Arbeitsgemeinschaft in die des Klassenkampfes besteht, nichts gemein hat liegt auf der Hand. Das einzige, was Richard Müller erreicht hat, ist ein Kampf auf Tod und Leben mit der alten Gewerkschaftsbürokratie: ein Kampf, der jedoch nicht hervorwächst aus der Revolutionierung der Köpfe der Gewerkschaftsmassen, nicht einmal aus der versuchten organisatorischen Umwandlung, denn auch gegen Industrieverbände haben die alten Gewerkschaftler nichts einzuwenden; sondern nur ein Kampf, der geht um die Posten, die Richard Müllers Leute mit Hilfe der Räteorganisation zu besetzen hoffen.

Daneben hat Däumig, der politische Führer des „Rätesystems“ versucht, durch die revolutionären Betriebsräte seinen Einfluß in der Unabhängigen Partei zu stärken. Die Führer des linken Flügels haben es nicht verstanden, so wie es seinerzeit der Spartakusbund getan hat, sich innerhalb der Partei scharf theoretisch abzugliedern, sich mit ihren Anhängern organisatorisch und publizistisch zusammenzuschließen. Sie benutzen zu diesem Zweck eine Organisation, die außerhalb der Partei steht: eben die revolutionären Betriebsräte. Um sie sammeln sie ihre Anhänger und machen sie damit aus einer Organisation der Klasse zu einem Apparat für ihre besonderen Parteizwecke. Ein weiteres

Beispiel dafür, wie wenig heute selbst überzeugte Anhänger der Diktatur des Proletariates von den Räten begriffen haben.

Sie haben denn auch mit allen ihren Absichten, Plänen und Hinterhältigkeiten schon in den ersten drei Wochen der Existenz ihrer revolutionären Betriebsräte bankerott gemacht. Niemand war in dieser Zeit, als es galt, dem Ruhrrevier Hilfe zu bringen, so radikal mit [48] Worten, niemand hat so viel von dem Generalstreik geredet als Maltzahn und seine Freunde. Aber als es galt, die Worte in Taten zu verwandeln, da mußten sie ihre Ohnmacht bekennen, da mußten sie zugeben, daß das Proletariat in seiner Masse nicht hinter ihnen stände. Da gaben sie zu, daß die Gewerkschaften, die sie revolutionieren, die Partei, die sie auf den linken Flügel ziehen wollten, mächtiger seien als sie. Ihre Absichten waren gescheitert. Sie haben nur die Gewerkschaftler mehrheitssozialistischer und unabhängiger Färbung nebst dem rechten Flügel der U. S. P. gegen sich zusammengeschossen. Und Däumig wußte sich nicht anders zu retten, als daß er sich Legien, Crispien und Rusch unterwarf. Aus den Führern, die ausgezogen waren, die alte Bürokratie zu erledigen, waren unfreiwillige Helfer der Legienleute geworden. Die Revolutionäre hatten tatsächlich konterrevolutionäre Arbeit geleistet.

Die Berliner Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte hat ihre Laufbahn begonnen mit dem Abbruch des Märzstreiks, sie hat sie beschlossen mit dem Abbruch des Solidaritätsstreiks für das Ruhrrevier. Damit sind die revolutionären Betriebsräte als politische Körperschaft erledigt. Und es ist ein Gewinn, wenn auch nur ein negativer, der Märzwochen, wenn das Proletariat die Räteillusion der Däumig und Müller überwunden hat.

Jetzt, da sie vor dem Trümmerhaufen ihrer Hoffnungen und Entwürfe stehen, kommen sie hilfebittend zu uns, den Kommunisten. Sie haben unsere Mitglieder im Aktionsausschusse gebeten, ihnen Ratschläge zur Wahl eines politischen Arbeiterrates zu geben. Wir werden ihnen helfen. Kommt dieser Rat zustande, dann wird er ein wirkliches Gegengewicht bilden gegen den konterrevolutionären Einfluß H i l f e r d i n g s und C r i s p i e n s wie gegen den der alten Gewerkschaftsbürokratie.

IV.

Die Räte und die Parteien.

Nachdem wir uns mit den Räteorganisationen und -systemen, mit der Rätephilosophie aus der Flaute der Revolutionszeit auseinandergesetzt haben, bleibt noch zu erörtern das Verhältnis der Räte zu den anderen Organisationen des Proletariates: den P a r t e i e n und den G e w e r k s c h a f t e n.

Die P a r t e i e n des Proletariats sind zwar Organisationen der Klasse, aber keine Klassenorganisationen. Sie umfassen stets nur Teile der Arbeiterschaft. Selbst in der alten Partei waren auch zur Zeit ihrer höchsten „Machtentfaltung nur Bruchteile der Arbeiterschaft enthalten, Bruchteile allerdings, die durch die Geschlossenheit der Organisation und die Einheit der Führung dem ganzen Proletariat den Stempel aufdrückten. Demgegenüber vertreten die Räte alle Wecktätigen, die parteipolitisch organisierten wie die unorganisierten. Wie die Gesamtarbeiterschaft, auch die unorganisierte, in die Aktionen des Proletariates eingreift und an ihnen teil hat, so kann sie auch nicht von den Räten grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Hier, bei dieser Gegenüberstellung der Räte als Klassenorganisation gegen die Parteien muß man sich vor dem Mißverständnis hüten, als [49] ob dabei der Aufhebung der Parteien durch die Räte, der Klassendiktatur im Sinne W o l f f h e i m s oder W e n d e l s das Wort geredet würde. Durch die Räte werden die Parteien nicht beseitigt; im Gegenteil bilden die Parteien mit ihren verschiedenen Ideologien geistigen Inhalt der Räteform. Die Räte werden erst durch ihre Tätigkeit als Klassenorgan die Parteiverschiedenheiten in voller Schärfe herausgearbeitet. Das wirkliche Ringen um die Köpfe und Herzen des Proletariates ist nicht in den bürgerlichen Parlamenten, nicht in Zeitungen und Versammlungen oder Zahlabenden möglich, sondern dort, wo ausschließlich um die Interessen des Proletariats gehandelt wird: eben im Rahmen der Räte. So werden die Räte in ihrer Tätigkeit, in ihrem Kampf mit der bürgerlichen Gesellschaft die Stätte werden für die Revolutionierung immer größerer Schichten der Arbeiterschaft. Sie werden aus Kampforganen zu Machtorganen des proletarischen Staates werden in dem Augenblick, in dem in ihnen die Mehrheit für die Rätediktatur gewonnen ist. Und so

werden die Räte auch die neue Einigkeit des Proletariats vollenden, nicht durch die Ausschaltung der Parteien, sondern durch die Ueberwindung der Gegensätze im Kampf und durch die Gewinnung der Mehrheit für die Revolution.

Wenn in verschiedenen Städten die Parteien sich zu paritätisch zusammengesetzten Aktionsausschüssen zusammengeschlossen haben, so bedeutet das unter dem Schein einer Einigung der sozialistischen Parteien in Wahrheit einen ersten Versuch zur Schaffung eines Kampforgans der Klasse, das alle Parteien umschließt. Dieser Versuch bleibt deshalb unvollkommen, weil er an den Parteigrenzen Halt macht und sie nicht zur Klasse erweitert.

V.

Die Räte und die Gewerkschaften.

Es bleibt nun noch eine proletarische Organisation an den Räten zu messen: die Gewerkschaften. Von allen anderen Organisationen des Proletariats unterscheidet sie sich dadurch, daß sie neben den Räten die einzige Klassenorganisation des Proletariates ist. Gleich den Räten umfassen sie grundsätzlich alle Werktätigen, ohne Rücksicht auf ihre politische Tätigkeit. Gleich den Räten vertreten sie die Klasse der Ausgebeuteten gegenüber dem Unternehmertum.

Die Aufgaben jedoch, die beide Klassenorganisationen des Proletariates in dieser Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum zu erfüllen haben, sind durchaus von einander verschieden. Es ist notwendig, kurz auf sie einzugehen. Denn die Entwicklungsgeschichte der Räte in dem letzten Jahre hat gezeigt, daß die Räte sich nur durchsetzen können im Kampfe gegen die Bürokratie der anderen Organisation: gegen die Instanzen der Gewerkschaften. Während die geschichtlichen Aufgaben, die beiden Organisationen gestellt sind, nicht im Widerspruch zu einander stehen, besteht ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen den Förderern und Führern der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, den Legien und Co., und den Organen zur Aufhebung des Kapitalismus durch die Arbeiterschaft, den Räten.

Dieser Gegensatz muß scharf herausgearbeitet und festgehalten werden, damit die tödliche Gefahr erkannt wird, die den Räten von den [50] Gewerkschaftsinstanzen droht, und damit andererseits die Gewerkschaften an der Stelle der Schlachtfront des Proletariates eingeordnet werden, wo sie in Gemeinschaft mit den Räten ihre revolutionäre Aufgabe erfüllen können.

Die Verschiedenheit der Aufgaben der Räte und der Gewerkschaften läßt sich antithetisch kurz dahin ausdrücken:

Die Räte haben die Aufgabe, die Interessen des gesamten Proletariates als solches in seinem Kampfe um die Befreiung von der Ausbeutung des Kapitalismus zu vertreten, sie haben den Kapitalismus aufzuheben und den Kommunismus zu verwirklichen.

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Interessen des Proletariates in den verschiedenen Berufen und Industrien im gegebenen Produktionsverhältnis zu vertreten. Sie können, da sie das Proletariat stets nur in seine verschiedenen Sonderinteressen, in seine Berufe und Fächer verteilt, ergreifen und vertreten, selbst dann, wenn sie wirklich revolutionär sind, nur bis an die Grenze des kapitalistischen Herrschaftsgebietes führen. Das Niederreißen der Grenze selbst ist die Aufgabe der Räte, worauf dann in der neuen Gesellschaft des Kommunismus die nach Fach- und Industrieverbänden geordneten Arbeiterorganisationen neue wichtige Aufgaben zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen haben werden, Aufgaben, auf die hier einzugehen nicht der Platz ist.

In diesem Kampf um die Emanzipation der Arbeiterklasse, der von den Räten zu führen ist, können daher die Gewerkschaften nur Hilfsorgane der Räte sein.

Dieser Zustand ist heute noch lange nicht erreicht. Im Gegenteil ist seit dem 9. November die Gewerkschaftsbürokratie, die mit sicherem Instinkt in den Räten den Todfeind ihrer Burgfriedenspolitik sieht, dabei, die Räte, soweit sie sie nicht vernichten konnte, zu ihren Hörigen zu degradieren. Das Betriebsrätegesetz ist ein solcher Versuch. Es macht die Betriebsräte ganz bewußt zu ausführenden Organen der Gewerkschaftsbürokratie, indem es ihnen die Pflicht zur Durchführung der Arbeitsgemeinschaft, nur

Gewerkschaftsaufgaben zuweist. Und auch jetzt, während der Streikwoche und nach ihr, haben die Legien und Co. alles getan, um den Einfluß der Räte möglichst zu brechen.

Für die Gegenwart kann die Stellung der Räte zur Gewerkschaftsbürokratie nur die des schärfsten Kampfes sein. Wie die Gewerkschaften von innen revolutioniert werden müssen, damit sie sich einreihen in die revolutionäre Front, so müssen die Räte, wenn sie überhaupt vorwärts kommen wollen auf ihrem Wege, den Wall der Arbeitsgemeinschaft niederreißen. Sie müssen die Führung im politischen Kampf der Arbeiterklasse übernehmen und die Gewerkschaften aus dieser Stellung verdrängen, die sie nach dem 13. März errungen haben.

Es gibt in der Tat für die Existenz und die Wirksamkeit der Räte nichts Gefährlicheres als diese neueste Phase in der Entwicklung der Gewerkschaften: Die Führung des politischen Kampfes. Denn nichts hat mehr zur Nichterringung des vollen Erfolges in der Generalstreikwoche beigetragen, als daß Legien den Streik geleitet hat.

Weshalb konnten die Gewerkschaften überhaupt diese Rolle spielen? Nur deshalb, weil keine zentral zusammengeschlossenen Räte als [51] Willensorgane der Arbeiterklasse vorhanden waren. Die Gewerkschaften konnten überhaupt nur Streikorgane werden, weil der Streik ein Streik der g a n z e n Arbeiterklasse war, der nach einheitlicher Leitung und Zusammenfassung durch ein Klassenorgan drängte. Dieses Klassenorgan sind an sich die Räte. Aber da sie infolge ihrer chaotischen Entstehung nicht zur Herausbildung einer zentralen Vertretung gekommen sind, sie mußte die Führung im Streik zwangsläufig auf das andere vorhandene Klassenorgan, die Gewerkschaften, übergehen, zumal da die Gewerkschaftsführer selbst kampfbereit waren, soweit sie ihre eigene durch Kapp bedrohte Existenz zu verteidigen hatten. Aber nachdem sie einmal die Führung übernommen hatten, da trat sofort die konterrevolutionäre Seite ihrer Politik hervor: in dem Augenblick, da sie gerettet, aber durch den Druck den Massen die Arbeitsgemeinschaft bedroht war, da haben sie diesen Druck aufgefangen, da haben sie den Kampf abgeblasen, obwohl der Erfolg nahe war, da haben sie alles getan, um eine neue Erhebung der Arbeiterschaft zu verhindern, da haben sie ruhig zugesehen, daß das Ruhrrevier trotz aller Legien feierlich gegebenen Versprechen gemeuchelt wurde.

Die Ereignisse der letzten Wochen, die Bedeutung, die die Gewerkschaftsführer im revolutionären Kampfe gewonnen haben, beweisen nicht nur die Richtigkeit der Gewerkschaftspolitik, der Partei gegenüber der „Kommunistischen Arbeiterpartei“, die heute noch den „Gewerkschaftsgedanken grundsätzlich verneint“. Sie beweisen auch die zwingende Notwendigkeit für die Partei, sich einzusetzen für die Schaffung der Räte.

Zwischen den Räten und der Gewerkschaftsbürokratie gibt es keine Gemeinschaft. Wir als Kommunisten müssen alles tun, damit in der nächsten revolutionären Erhebung die Räte wirklich bereit sind. Dann werden die Gewerkschaftsinstanzen mit der Erhebung nichts mehr zu tun haben, so wenig wie sie mitzusprechen hatten in Chemnitz und in Rheinland-Westfalen, wo wirkliche revolutionäre Räte vorhanden waren. Dann werden die Gewerkschaften auf die Rolle beschränkt sein, die ihnen in solchen Kämpfen allein zukommt: die Macht ihrer Organisation in den Dienst des Proletariats zu stellen unter der Führung und Leitung der Räte.

VI.

Die Aufgaben der Räte als Kampforgane des Proletariats.

Es ist leicht, das Verhältnis der Räte zu den verschiedenen Rätesystemen zu erörtern, wie ihre Funktionen gegen die Parteien und Gewerkschaften abzugrenzen. Die Ueberwindung der Systeme selbst, die wirkliche Zurückweisung der Gewerkschaften in ihre Schranken, ist eine Frage der Entwicklung des Proletariats in der Revolution. Sie kann sich nur vollenden in der Aktion der Arbeiterklasse und ihrer Räte. In der Aktion erst werden sich die Räte entwickeln aus den verschiedenen rudimentären und embryonalen Bildungen und ihre endgültige Form finden, die sie zu den wahren Kampforganen dieser Klasse macht.

Die Form der Räte ist nicht etwas Selbständiges, für sich Bestehendes. Sie bildet sich aus zusammen mit den Aufgaben, die die Räte sich geben. Wenn eine lebendige wirtschaftliche und politische Tätigkeit in [52] den Räten herrscht, dann wird sich auch die Form mit Leben erfüllen, wird sich entwickeln und wird sich zur Waffe der Proletariats schärfen.

Welches sind die Aufgaben, die die Räte zu erfüllen haben?

Bei der Beantwortung dieser Frage handelt es sich nicht um die Aufstellung eines allgemeinen Katalogs von allen möglichen Aufgaben, die die Räte jetzt und in alle Zukunft zu lösen haben. Denn grundsätzlich sind die Räte als die Kampf- und Machtorgane des Proletariats und seines Staates vor alle Kampf- und Machtprobleme gestellt, vor die das Proletariat überhaupt in seinem Befreiungskampf gestellt ist. Sie haben daher Stellung zu nehmen zu allen ökonomischen Fragen der Zeit, sich als Wirtschaftsräte mit den Maßnahmen zu befassen, die geeignet sind, zugunsten der Arbeiterklasse den Zerfall der Produktion aufzuhalten. Als politische Räte sind alle Fragen der Politik ihr Gebiet. In der auswärtigen Politik, in der die Ebert-Republik sich nicht gescheut hat, zugunsten der Kapitalisten des Ruhrreviers deutsche Städte dem Zugriff des französischen Imperialismus auszusetzen, haben sie ihre Stimme zu erheben, um die revolutionäre Einheit Deutschlands zu sichern. Zu den Fragen der Regierungsbildung, der Zusammensetzung des Kabinetts, wie zu allen Fragen der Verwaltung, beginnend von den Reichsbehörden bis herunter zu den Gemeindeämtern, haben sie Stellung zu nehmen und die Forderungen der Arbeiterklasse zu vertreten.

Aber alle diese Aufgaben ausführlich zu erörtern, würde nur akademischen Wert haben. Es kann nur darauf ankommen, die konkreten Aufgaben, die ja nicht willkürlich aus dem Kopf irgend eines Führers entspringen, sondern unmittelbar aus dem revolutionären Klassenkampfe, für die Räte festzustellen. Sie sind verschieden für die Wirtschafts- und für die Arbeiterräte.

Die besonderen Aufgabenkreise ergeben sich aus der allgemeinen Linie der Tätigkeit beider Räte. Die Betriebsräte haben als Sozialisierungsorgane die wirtschaftliche Macht in den Betrieben zu erringen mit dem Ziele, die Wirtschaftsorgane des proletarischen Staates zu werden; die Arbeiterräte haben als politische Kampforgane den politischen Kampf der Arbeiterklasse zu führen mit dem Ziele, die Regierungsorgane der Rätemacht zu werden.

1. Die Aufgaben der Wirtschaftsräte.

Aus der allgemeinen Linie der Tätigkeit der Wirtschaftsräte ergeben sich als die besonderen Aufgaben für ihr unterstes Organ, das einzige, das heute vorhanden ist, die Betriebsräte, folgendes:

Bisher haben wir uns mit den Betriebsräten und ihren Aufgaben meist unter dem Gesichtspunkt der gesetzlichen Betriebsräte befassen müssen. Die Frage der Beteiligung an der Wahl zu den gesetzlichen Betriebsräten stand im Vordergrund der Erörterung. Die Kommunistische Partei hatte sich für die Wahlbeteiligung entschlossen, da sie der Auffassung war, daß es für die Entscheidung der Frage, wie das konterrevolutionäre Betriebsrätegesetz zu überwinden sei, nicht auf die Form der Wahl, ob sie nach dem Gesetz oder gegen es erfolgt, ankommt, sondern auf die Art der Tätigkeit in den Betrieben, ob sie revolutionär, gegen die Arbeitsgemeinschaft gerichtet, oder konterrevolutionär, für sie ist.

[53] Die Frage der Betriebsrätewahl nach dem Gesetz ist durch die Märzerhebung in gewissem Umfange gelöst worden. Das Gesetz existiert noch formell, aber es ist wiederum zum Gegenstand des Kampfes geworden. In Berlin und an vielen anderen Orten sind jetzt revolutionäre Betriebsräte ohne Rücksicht auf das Gesetz gewählt worden. Dadurch hat die Arbeiterschaft das Gesetz selbst in Frage gestellt. Doch nicht die Art der Wahl, die sich nicht mehr um das Gesetz kümmerte, hat das bewirkt, sondern die Kräfteverschiebung, die die Märzerhebung innerhalb der kämpfenden Klassen zur Folge gehabt hat, hat den ersten Stoß gegen das Gesetz gerichtet, das unmittelbar aus dem Klassenkampf geboren worden ist. Der Machtzuwachs der Arbeiterklasse hat sich geäußert in den revolutionären Wahlen. Und nun, nachdem die revolutionären Betriebsräte gewählt worden sind, setzt der Kampf ein um ihre Anerkennung.

Es ist die erste Aufgabe der revolutionären Betriebsräte, gegen das Unternehmertum, das sich gegen sie auf das Gesetz beruft, mit allen Mitteln auf ihrer Anerkennung zu bestehen. Sie werden die Arbeiterschaft aufrufen müssen, mit ihnen gemeinsam um diese Anerkennung zu kämpfen. Es handelt sich hier nicht um die Durchsetzung eines Wahlverfahrens, sondern um die Verteidigung einer Machtposition, deren Eroberung sich in dem das Gesetz beiseite schiebenden Wahlverfahren kundgetan hat. Gelingt es den Arbeitern, in dieser neuen Auseinandersetzung um die Räte ihre Betriebsräte zu erhalten, dann ist das Betriebsrätegesetz praktisch erledigt. Die Bahn ist offen für die wirklichen revolutionären Aufgaben der Betriebsräte.

Vor einem allerdings müssen die revolutionären Betriebsräte sich hüten, daß sie sich nicht, wie es jetzt vielfach versucht wird, das Rätesystem Richard Müllers aufpfropfen lassen. Denn dadurch wird – das Berliner Beispiel schreckt – der Arbeiterschaft der Weg zu den politischen Arbeiterräten versperrt. Sie wird unfähig gemacht, sich ihre wirkliche Kampfwaffe zu schmieden. Wenn irgendwo die Wahlen revolutionärer Betriebsräte unter der Parole des Müllerschen Rätesystems proklamiert werden sollten, dann müssen die Arbeiter an ihren vorhandenen Betriebsräten festhalten, gleichgültig, ob sie bei ihrer Wahl das Gesetz beobachtet haben oder nicht. Dann müssen sie zusammen mit ihren Räten durch ihre revolutionäre Energie gleichzeitig mit dem Gesetzt auch das „Rätesystem“ überwinden.

Ob es dem Proletariat gelingt, die revolutionären Betriebsräte zu erbhalten, oder ob es auf die gesetzlichen Betriebsräte zurückgeworfen wird: die revolutionäre Aufgabe der Betriebsräte bleibt in beiden Fällen dieselbe. Sie ist d i e K o n t r o l l e d e r P r o d u k t i o n.

Diese Produktionskontrolle, die die Kommunistische Partei schon lange als Losung ausgegeben hat, zerbricht die Arbeitsgemeinschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital, die durch das Betriebsrätegesetz sanktioniert werden soll, und führt damit über dieses Gesetz hinaus. Sie ist der erste Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung. Sie schränkt die Verfügungsfreiheit des Unternehmers über die Art und den Umfang der Produktion im Interesse der Arbeiterschaft ein und eröffnet damit tatsächlich den Kampf um die Herrschaft über die Produktionsmittel.

Die Gründe, die das Proletariat zwingen, zur Produktionskontrolle überzugehen, brauchen hier nicht noch einmal ausführlich auseinander-[54]gesetzt zu werden, nachdem die Partei sie in allen ihren Publikationen ausführlich dargelegt hat. In dem unaufhaltsamen Zusammenbruch des Kapitalismus, in dem wachsenden Elend, der zunehmenden Verarmung ist die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte ganz einfach die Messer- und Gabelfrage für das Proletariat. Je eher es in der Lage ist, die Kontrolle über die Produktion durchzusetzen, um so mehr wird es aus dem Zerfall der Wirtschaft für sich Noch rotten können.

Wie die Produktionskontrolle im Einzelnen durchzuführen ist, welche Maßnahmen in den besonderen Fällen zu treffen sind, dafür gibt es kein allgemeines Rezept. Die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen, in den einzelnen Industrien, ja selbst in den einzelnen Fabriken sind viel zu verschieden, als daß sich ein- für allemal gültige Vorschriften aufstellen ließen, die für alle Fälle der Produktionskontrolle passen würden. Es muß vielmehr der Initiative, der Entschlußkraft der Betriebsräte überlassen bleiben, bei welchem Anlaß, unter welchen Bedingungen sie den ersten Schritt tun wollen. Am leichtesten wird es getan werden können, wenn das Proletariat in oder nach einer allgemeinen Massenaktion die Bourgeoisie zurückgeworfen hat. Stets aber wird der Betriebsrat darauf sehen müssen, daß er bei seinem Vorgehen gegen den Unternehmer möglichst alle Werktätigen des Betriebes, einschließlich der Angestellten, um sich sammelt. Irgend ein Konflikt, der in ruhigen Zeiten die Arbeiterschaft vielleicht nur zur Arbeitseinstellung auf kurze Zeit veranlassen würde, wird in der Zeit der revolutionären Erregung und Erhebung den Anstoß zur Durchsetzung der Produktionskontrolle geben können. So haben z. B. die Chemnitzer Arbeiter, nachdem sie die politische Macht in ihrem Bezirk an sich gerissen hatten, den Unternehmern, die sich weigerten, die Streiktage des März zu bezahlen, erklärt, sie würden die Betriebe durch die Betriebsräte in eigene Verwaltung nehmen, wenn die Zahlung nicht erfolge. Die Produktionskontrolle wäre damit durchgeführt gewesen.

Neben dieser wichtigsten Aufgabe der Betriebsräte, die Produktionskontrolle zu verwirklichen, fallen in den Rahmen ihrer Tätigkeit noch alle möglichen Funktionen, die heute von den Gewerkschaften

versehen werden. Diese Funktionen müssen die Betriebsräte mit um so größerem Nachdruck für sich in Anspruch nehmen, als sie dadurch ein Gegengewicht bilden gegen die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie, die sich auf das Betriebsrätegesetz stützt. Es kommt hier vor allem in Frage das Mitbestimmungsrecht bei der Anstellung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern; unter Nichtbeachtung der kläglichen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes müssen die Betriebsräte darauf ausgehen, die Unternehmer bei der Anstellung und Entlassung völlig auszuschalten. Weiter werden die Betriebsräte sich mit allen Arbeiterangelegenheiten des Betriebes befassen.

Aber damit ist der Aufgabenkreis der Betriebsräte noch nicht erschöpft. In dem Augenblick, da sie in dem Einzelbetrieb wirklich tätig werden, müssen sie versuchen, über diesen Betrieb hinaus sofort sich zusammenzuschließen mit den übrigen Betriebsräten zu Wirtschaftsräten.

Einmal kommt hier in Frage die Herstellung einer Verbindung zwischen den Betriebsräten der Industrie. und denen der Landwirtschaft, den Gutsräten und den Kleinbauernräten. „Der [55] wichtigste Gedanke der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist“, so sagte Rosa Luxemburg in ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag, „die Aufhebung des Gegensatzes und der Trennung zwischen Stadt und Land. Diese Trennung, dieser Widerspruch, dieser Gegensatz ist eine rein kapitalistische Erscheinung, die sofort aufgehoben werden muß, wenn wir uns auf den sozialistischen Standpunkt stellen. Wenn wir Ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung, müssen Sie Ihr Augenmerk ebenso auf das flache Land richten, wie auf die Industriezentren.“

Als Rosa Luxemburg diese Worte sprach war von einer sozialistischen oder kommunistischen Bewegung auf dem Lande noch nichts zu merken. Heute sind die ersten Ansätze schon vorhanden, heute haben wir namentlich in Mecklenburg eine durchaus revolutionäre Landarbeiterschaft, die an den Kämpfen des März aktiv teilgenommen, und die unter dem weißen Schrecken ebenso gelitten hat wie das Industrieproletariat. Diese Landarbeiterschaft hat den einzigen Weg gefunden, den es für die sozialistische Verbindung zwischen Stadt und Land gibt: die Wahl von Landarbeiterräten und die Entsendung von Delegierten dieser Räte in die Aktionsausschüsse der Räte des Industrieproletariats. Die Landarbeiter haben sich aber nicht nur auf die Herstellung dieser formalen Verbindung beschränkt, sie haben auch durch Hergabe von Lebensmitteln den städtischen Arbeitern die Durchführung des Generalstreiks erleichtert.

Aber über diese ersten aus dem revolutionären Kampf herausgeborenen Ansätze hinaus muß überall der Versuch gemacht werden, die innigste Verbindung zwischen den Betriebsräten der Industrie und der Landwirtschaft zu verwirklichen. Sie können schon jetzt zusammen eine bessere Regelung des Austausches zwischen Industrie- und Landwirtschaftsprodukten vorbereiten.

Ferner werden die Räte auch Verbindung suchen müssen mit den Konsumgenossenschaften, um die Regelung der Verteilung in Angriff zu nehmen.

Mögen solche Verbindungen von Einzelfällen abgesehen zunächst auch noch keine praktische Bedeutung haben, so sind doch die wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse heute so labil, daß wir vielleicht eher, als wir es heute ahnen, vor ganz neuen Situationen stehen werden, in denen für uns derartige vorbereitete Verbindungen vom größten Nutzen sein werden.

Weiter kommt noch in Frage die Verbindung gleichartiger Betriebsräte unter einander, also zum Beispiel der Räte der Metallindustrie, der Holzindustrie, der Landwirtschaft eines bestimmten Gebietes. Die Produktionskontrolle kann sich, so wenig wie die Sozialisierung überhaupt, auf die Ausschaltung der Unternehmer isolierter Betriebe beschränken. Das wäre Arbeiterkapitalismus, im besten Fall Syndikalismus. Sowie der erste Schritt getan, mit der einsetzenden Produktionskontrolle der Kampf um die Sozialisierung eingeleitet ist, muß sofort auch der zweite Schritt getan werden: die Durchführung einer planmäßigen Regelung der Produktion. Dazu ist aber die Zusammenfassung der verschiedenen Betriebsräten nach Gruppen und Bezirken zu Wirtschaftsräten erforderlich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach dieser Richtung hin die Vorarbeiten Richard Müllers und Däumigs [36] mit ihren Industriegruppeneinteilungen einmal eine gewisse Bedeutung erhalten werden. Doch werden sie erst dann funktionieren können, erst dann wirklich Sozialisierungsaufgaben erfüllen, wenn das Proletariat

das Organ sich geschaffen hat, das allein es in seinem Emanzipationskampf führen kann: die politischen Arbeiterräte.

2. Die Aufgaben der politischen Arbeiterräte.

Das ist die wichtigste Aufgabe, die das Proletariat heute zu erfüllen hat: die Schaffung und Erhaltung der politischen Arbeiterräte. Das ist die Lehre, die es aus den Erfahrungen der Märztage ziehen muß: daß nur dann die Arbeiterklasse in ihren Massenaktionen, die sich über den Generalstreik zum Generalaufstand steigern, den Erfolg erzielen kann, der ihrem Kräftezuwachs entspricht, wenn die Aktion gelenkt und geführt wird von einem einheitlichen Kampforgan der Klasse. Nur die politischen Arbeiterräte können dieses Organ sein; sie umfassen alle Werktätigen, alle Lohnarbeiter, die herausdrängen aus der kapitalistischen Ausbeutung in die Freiheit der kommunistischen Gesellschaft.

Die Arbeiterräte braucht das Proletariat zur Zentralisierung des Kampfes gegen die Konterrevolution in den einzelnen Bezirken und Landesteilen, zur Zusammenfassung dieses Kampfes über das ganze Reich. Hätten wir am 13. März auch nur Spuren von wirklichen Arbeiterräten gehabt, dann hätten die Gewerkschaftsvorstände zusammen mit den Instanzen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht ihre verhängnisvolle Rolle spielen können; dann wäre die Arbeiterschaft heute auch in der Sozialisierung einen Schritt vorwärts gekommen und brauchte sich nicht von neuem mit Kautskyschen Sozialisierungskommissionen herumzuschlagen.

Denn das ist die zweite Lehre, die der Märzaufstand dem Proletariat eingeprägt hat: daß alle die Forderungen nach Verwirklichung der Produktionskontrolle und der Bildung der Wirtschaftsräte solange auf dem Papier stehen bleiben werden, bis die Arbeiterklasse sich ihr politisches Werkzeug in den Arbeiterräten schafft, das ihr die politische Macht für die Durchsetzung ihrer ökonomischen Forderungen erringt.

Welches sind nun die Aufgaben der Räte als zentraler Kampforgane der Arbeiterklasse?

Sie haben die Arbeiterschaft auf die neue Auseinandersetzung mit der Konterrevolution, die nach dem Abbruch des Kampfes im März kommen muß, und die jeden Tag wieder aktuell werden kann, vorzubereiten mit aller Kraft. Im Mittelpunkt dieser Vorbereitungsarbeit steht die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bourgeoisie. Die Bewaffnung und Entwaffnung wird unter der Führung der Arbeiterräte da vollzogen werden können, wo sie die revolutionäre Aktion leiten, in der das Proletariat seine Bewaffnung durchsetzt. Wo die Arbeiter noch bewaffnet sind, wo sie sich zu Arbeiter- oder Ortswehren zusammengeschlossen haben, da werden die Arbeiterräte alles daran setzen müssen, daß die bewaffneten Arbeiter unter ihrer strengsten politischen Kontrolle stehen, daß sie die Waffen nur da anwenden, wo es der Arbeiterrat für notwendig hält. Die militärische Aktion der Arbeiterklasse muß in ihrer Vorbereitung und in ihrer Durch-[57]führung durchaus unter die Aufsicht der Arbeiterräte gestellt werden. Jede selbständige Handlung der bewaffneten Arbeiter ohne und gegen die Arbeiterräte führt zu Putschen, zu Disziplinlosigkeiten, zu Kämpfen innerhalb des Proletariates selbst, führt zu Ereignissen wie im Ruhrrevier, die der Regierung und ihren Generalen nur den billigen Vorwand zur Aufrichtung des weißen Schreckens geben.

Neben dieser wichtigsten Aufgabe, der Schaffung und Disziplinierung der Arbeiterwehren, lassen sich die Aufgaben der Arbeiterräte zusammenfassen unter der Forderung der politischen Kontrolle.

Diese politische Kontrolle, die wir heute fordern, ist nicht zu verwechseln mit der Verwaltungskontrolle, die die Arbeiterräte im November ausüben wollten. Das geschah damals so, daß die Räte einzelne ihrer Mitglieder in die Gemeinde- und Staatsbehörden abordneten, um diese in ihren Funktionen zu überwachen. Aeußerlich trat das in Erscheinung durch die Gegenzeichnung der Arbeiterräte zu allen Verfügungen der Bürokratie. Wenn irgend etwas zur Diskreditierung der Novemberräte beigetragen hat, so diese famose Kontrolle. Sie führte nicht zur Reformierung der Bürokratie, sondern zur Korrumpierung der Räte. Wo sie überhaupt versuchten, sich um die Verwaltung zu kümmern, wurden die Räte von den Herren Bürokraten nach allen Regeln der Kunst eingeseift und bald ausgeschaltet.

Der Fehler war damals der, daß die Räte V e r w a l t u n g s organe werden wollten, ehe sie K a m p f organe gewesen waren, daß sie sich an Staatsaufgaben verantwortlich beteiligten, ehe sie den Staat in ihre Gewalt gebracht und ihn nach dem Räteaufbau umgestaltet hatten.

Dieser Fehler darf nicht wiederholt werden. Die neuentstandenen und die noch zu bildenden Räte müssen sich fernhalten von jeder a k t i v e n Teilnahme an der Verwaltungstätigkeit des bürgerlichen Staates. Sie müssen sich insbesondere fernhalten von den undankbaren Gemeinde- und Staatsaufgaben, wie es die Lebensmittelversorgung ist, mit der niemand etwas zu tun haben will und die das Bürgertum gern den Räten überlassen würde, damit sie sich mit dieser Tätigkeit diskreditieren. Die neuen Räte müssen K a m p f o r g a n e sein und nichts weiter. Darum dürfen sie die politische Kontrolle nicht ausüben in der alten Verwaltung, sondern g e g e n sie. Als selbständige Körperschaften neben den Behörden haben sie sich mit allen öffentlichen Aufgaben zu beschäftigen, die Forderungen der Arbeiterschaft zu formulieren, und gegen Staat und Gemeinde zu vertreten im Namen des um sie gescharten revolutionären Proletariates. Als dessen Wortführer werden die Arbeiterräte die Autorität sich erwerben, die sie fähig macht, die alte Bürokratie zu überwinden. Dann erst wird die Zeit gekommen sein, daß die Räte sich an ihre Stelle setzen.

Zur Klärung aller dieser Probleme, zur Zusammenfassung aller jetzt noch zerstreuten und über das ganze Reich zersplitterten Kräfte der Arbeiterräte ist die schleunige Einberufung e i n e s R e i c h s r ä t e k o n g r e s s e s erforderlich. Die Kommunistische Partei hat sich zusammen mit dem Aktionsausschuß der Vollversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins bemüht, einen solchen Reichskongreß zustande zu bringen. Es ist allerdings zweifelhaft, ob diese Bemühungen erfolgreich sein werden; denn die revolutionären Erfahrungen sowohl Rußlands wie Deutschlands lehren, daß die Entstehung und Zusammen-[58]fassung der Räte nicht geschieht in einem Augenblick, in dem die Bewegung zurückflutet, sondern nur dann, wenn die Massen im Kampfe nach vorwärts drängen. Die Räte, die Kampforgane des Proletariates, sind Kinder dieses Kampfes selbst. Darum wird auch der nächste allgemeine Rätekongreß wohl erst geboren werden in der nächsten großen Massenaktion. Damit er aber entstehe, dazu bedarf es der eingehendsten Aufklärung aller Arbeiter über die Bedeutung der Räte. Dann werden sie in der kommenden Aktion geistig fähig und bereit sein, ihre Räte zusammenzufassen in dem Reichsrätekongreß. Und dieser Kongreß wird dann in seinem Reichsvollzugsrat das einheitliche Willensorgan der Arbeiterklasse für das ganze Reich schaffen.

Lebt die Aktion der Arbeiterschaft wieder auf, und sie wird bei den Rüstungen der Konterrevolution bald wieder aufleben müssen, so werden die Räte überall bald die Form finden, die sie zur schärfsten Waffe der Arbeiterklasse macht. Dann werden sie hervorgehen aus den Wahlen aller Werktätigen in den Betrieben. Dann werden auch die Wähler das selbstverständliche Recht haben, das zu den Grundlagen des Rätegedankens gehört, ihre Delegierten zu jeder Zeit zurückzuberufen, sodaß der lebendige Zusammenhang zwischen den Arbeitermassen und ihren Willensträgern verwirklicht ist. Zu diesen Delegierten aus den Betrieben werden, wie das im Rheinland der Fall war, in der Vollversammlung die Vertreter der politischen Parteien der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der Arbeitergenossenschaften treten. Dann werden die politischen Räte alle Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft widerspiegeln. Dann werden sie, die im Kampfe des Proletariates geboren sind, das Ringen der Arbeiterklasse um ihre Befreiung siegreich beendigen.

VII.

Die Ausgaben der Kommunistischen Partei in den Räten.

Zum Schluß noch etwas über die T a k t i k und die A u f g a b e n der Kommunistischen Partei in den Räten.

Die Taktik der Kommunisten in den Räten ist die gleiche wie überall da, wo sie zusammen mit der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus kämpfen. Das Grundgesetz ihrer Taktik gilt auch für ihre Tätigkeit in den Räten. Auch in den Räten müssen sie bei den Massen bleiben, dürfen sich nicht von ihnen isolieren, sondern müssen sie unter schärfster Herausarbeitung der Losungen und Aufgaben der Partei als d e r Partei des revolutionären Proletariates vorwärts führen auf dem Wege der Revolution.

Gerade in den Räten als den proletarischen Klassenkampforganisationen wird diese Taktik ihren ersten und größten Erfolg haben. Hier reden die Kommunisten als Proletarier zu ihren Klassengenossen, hier handeln sie mit ihnen zusammen. In den Räten wird die Einheit des Proletariates im Kampfe zusammengeschmiedet. Wenn die Kommunisten sich nicht in der Aktion isolieren, sondern mit ihren Parolen bei den Massen bleiben, zu ihnen durch die Räte sprechen, dann werden sie bald die kleinbürgerliche Sozialdemokratie beiseite geschoben, die schwankenden Gestalten der Unabhängigen Partei überwunden haben. Dann wird die Kommunistische Partei aus der theoretischen Weg-[59]weiserin n a c h den Räten die wirkliche Führerin in den Räten werden, wie das in C h e m n i t z der Fall gewesen ist, wo unsere Partei in den Märztagen die Früchte dieser Taktik hat ernten können.

Die Aufgabe der Kommunisten in den Räten wird vor allem die auf die Zukunft gerichtete, die aufbauende Tätigkeit sein müssen. In den Parlamenten besteht ihre Tätigkeit in der schonungslosen revolutionären Kritik gegenüber dem zerfallenden bürgerlichen Staate. In den Räten, die im Befreiungskampfe selbst des Proletariats sich umwandeln aus den Kampfwaffen in die Regierungsorgane des proletarischen Staates, werden ihre revolutionären Maßnahmen den Aufbau der proletarischen Macht zum Ziel haben müssen.

Die Märztage haben dem Proletariat gezeigt, daß die Räte nicht tot sind. Wir als Kommunisten wissen, daß sie nicht leben können im friedlichen Nebeneinander mit der bürgerlichen Gesellschaft, daß sie nur im Kampfe mit dem bürgerlichen Staat leben können. Ihr Leben bedeutet das Sterben des Kapitalismus und seiner Machtorgane. Darum hat wie im ersten Jahre der Revolution, auch nach den Märztagen das Ringen um die Räte eingesetzt. Das Ruhrrevier, das Vogtland zeigen, daß, wie im Vorjahre, die bürgerlich-mehrheitssozialistische Koalitionsregierung alles daran setzt, die Räte mit Waffengewalt zu beseitigen. Aber zäher als nach dem November 1918 hängt diesmal das Proletariat an den Räten, um die es im März auf dem offenen Schlachtfeld des Bürgerkriegs mit den Waffen in der Hand gerungen hat. Gewiß gelingt es der Soldateska durch das brutale Lebergewicht ihrer Maschinengewehre, die Räte im Rheinland wieder aufzuheben, oder sie zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Aber die weißen Garden stoßen auf anderen Widerstand als sie Noch im Mai 1919 fanden, da sie das Blutbad unter dem Münchener Proletariat straflos anrichten konnten. Heute hat sich die g a n z e Arbeiterschaft zum ersten Mal gegen den Kapitalismus und die Militärdiktatur erhoben. Heute vermag die Reichswehr nur zu kämpfen gegen den Widerstand fast des gesamten Proletariates. Sie, die vor wenigen Monaten noch getragen war von der Zustimmung großer Teile der Arbeiterschaft, steht heute da als das unverhüllte Klasseninstrument der bewaffneten Bourgeoisie. Dieses Klasseninstrument richtet die Bourgeoisie gegen die Räte, während gleichzeitig die Räte im Bewußtsein des Proletariates zu seiner Waffe gegen die Bourgeoisie werden.

Die Kommunisten als die Partei der Räte haben die Erkenntnis, die das Proletariat aus den Märztagen und ihren Folgen geschöpft hat, zu vertiefen. Sie haben mehr noch als bisher den Arbeitern zu sagen, daß nicht die parlamentarische Demokratie, mag sie sich äußern in der bürgerlich-mehrheitssozialistischen Koalition unter E b e r t s und S c h e i d e m a n n s Führung, oder in einer rein sozialistischen Regierung unter der Führung H i l f e r d i n g s und C r i s p i e n s, sie vom Joch des Kapitalismus befreien kann, sondern allein die R ä t e m a c h t. Das ist die Aufgabe der Kommunisten vor allem auch im Wahlkampf bis zu dem Tage, da die Räte von neuem aufleben werden.

Der Weg zur Räteherrschaft in Deutschland ist mit den Opfern der Besten des Proletariates bedeckt. Die Märzerhebung gibt uns trotz aller Rückschläge, die schon eingetreten sind, und die sicher noch eintreten werden, die Gewißheit, daß sie nicht umsonst gefallen sind. Der Räte-[60]gedanke, der wieder auferstanden ist im bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution, wird leben. Mag die schwarz-weiß-rote Konterrevolution im Bunde mit der schwarz-rot-goldenen sich gegen die Räte stemmen: sie werden Wirklichkeit werden. Wir als Kommunisten werden wie bisher alle Kräfte einsetzen für ihre Erhaltung und ihren Aufbau. Erfüllen wir diese unsere erste Pflicht, dann werden wir schneller als wir Noch vor vier Wochen es hoffen durften, unser Ziel erreichen:

d i e d e u t s c h e k o m m u n i s t i s c h e R ä t e r e p u b l i k.

*

Die Entwicklung der Zentrumsparteien und Genosse Radeks Revision der kommunistischen Taktik.

Von E. Koranth.

I.

Das eine Jahr der Weltrevolution, das seit der Gründung der Kommunistischen Internationale verflossen ist, hat neue Probleme von ungeheurer Tragweite vor den Kommunisten aufgerollt. Nicht nur in Sowjetrußland, wo unter der Führung der Kommunisten die Arbeiterklasse zum ersten Mal in der Geschichte die Macht in einem großen Lande dauernd behauptet und mit der Durchführung der sozialistischen Umwälzung begonnen hat, ist dies der Fall, sondern auch in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, die erst am Anfang großer proletarischer Massenkämpfe stehen. Das ist kein Wunder: treten doch die Proletarier Zentral- und Westeuropas damit in einen Kampf ein, der ganz andere geschichtliche Bedingungen vorfindet, als wie sie in Rußland vor der proletarischen Revolution bestanden haben. Die lange Periode „friedlichen“, d. h. stagnierenden Klassenkampfes, die das russische Proletariat nicht gekannt hat, hat in den breitesten Arbeitermassen der mittel- und westeuropäischen Länder tiefgehende nationale und demokratisch-parlamentarische Illusionen erzeugt, die noch zu einer Zeit, wo die nationale Größe in Scherben gegangen, die bürgerliche Demokratie sich als die grimmigste Diktatur enthüllt hat, – wie im heutigen Deutschland –, die eigentliche politische Grundlage des ökonomisch längst bankrotten kapitalistischen Staates bilden. Diese Illusionen in den Arbeitermassen zu zerstören, indem wir ihnen unermüdlich die Erfahrungen ihres eigenen Kampfes, den Gang der geschichtlichen Entwicklung und den einzig möglichen Weg zu ihrer Befreiung vor Augen führen, ist heute unsere, der Kommunisten, erste Aufgabe in den mittel- und westeuropäischen Ländern. Bei ihrer Lösung von höchster Bedeutung ist unsere Stellung zu den Parteien, die die rückständigen Schichten des Proletariats verkörpern, zu den sozialpatriotischen Parteien, dem sozialdemokratischen „Zentrum“, den syndikalistischen Gruppen, wie zu den noch ungespaltenen Parteien, in denen alle diese Tendenzen nebeneinander bestehen.

[61] Insbesondere ist das Verhalten der Kommunisten zum „Zentrum“ ein Problem, das infolge des schillernden und fließenden Charakters dieser Strömung, ihrer raschen Wandlungen und breiten Entwicklungsmöglichkeiten immer neue Züge aufweist und die Kommunisten vor immer neue taktische Fragen stellt. Die unter den deutschen Kommunisten in den ersten Monaten der Revolution weitverbreitete Annahme, daß der deutschen „Zentrums“partei, den Unabhängigen, infolge ihrer innern Haltlosigkeit und Zerfahrenheit ein rascherer Zerfall beschieden sein werde als der konsequent reformistischen Mehrheitspartei, hat sich bis heute nicht bestätigt; vielmehr hat sich herausgestellt, daß diese in sich widerspruchsvolle Partei geradezu als das adaequate Gefäß für die im Anfang der Revolution selbst noch widerspruchsvollen, zum Radikalismus hindrängenden, aber noch halb in demokratischen Illusionen festgehaltenen proletarischen Massenkräfte angesehen werden muß. Während die Führer dieser Partei, ein Kautsky, ein Hilferding, den theoretischen Zusammenhang mit dem Marxismus und den praktischen Zusammenhang mit den Massen so gut wie verloren haben und haltlos wie das Rohr im Winde schwanken, um bei jeder Entscheidung auf die Seite der Bourgeoisie zu fallen, drängen die in den Zentrumsparteien organisierten Massen mehr und mehr dem Kommunismus zu, ohne jedoch die organisatorische Verbindung mit diesen Führern zu lösen. Eine ganz ähnliche Entwicklung vollzieht sich in andern rein oder vorwiegend Zentrumscharakter tragenden Arbeiterparteien: der englischen Independent Labour Party, der französischen und der spanischen sozialistischen, der schweizerischen und der norwegischen sozialdemokratischen Partei. Diese unvorhergesehene Entwicklung stellt die Kommunisten vor die Frage, ob ihr bisheriger Standpunkt gegenüber dem „Zentrum“ nicht der Revision bedarf.

Die erste Antwort auf die Frage nach dem Verhalten gegenüber dem sozialdemokratischen „Zentrum“ haben die Kommunisten durch die Gründung der Kommunistischen Internationale selbst gegeben, durch die sie die Zimmerwalderbewegung, d. h. den gemeinsamen Kampf mit dem „Zentrum“ gegen den imperialistischen Krieg, liquidierten und die kommunistische Richtung der alten Internationale als selbständige internationale Organisation konstituierten. Sie taten dies nicht nur darum, weil sie sich sagten, daß in der Revolution die kommunistische Richtung die volle

Freiheit der Propaganda wie der Aktion in den Arbeitermassen haben muß, sondern in der Ueberzeugung, daß sie die einzige proletarische Strömung ist, die die geschichtlichen Bedingungen und Notwendigkeiten des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse erfaßt hat, die einzige somit, die berufen ist, das Proletariat in der sozialen Revolution zu führen, und daß die Trennung der Kommunisten von den anderen Richtungen zur Folge haben muß, sowohl die Reformisten, wie das durch seinen Scheinmarxismus und Scheinradikalismus besonders gefährliche „Zentrum“ der Bourgeoisie in die Arme zu jagen, die Arbeitermassen ihnen zu entfremden und rascher dem Kommunismus zuzuführen. In der „Resolution zu den sozialistischen Strömungen“ formulierte der Moskauer Gründungskongreß unsere Aufgabe dem „Zentrum“ gegenüber in folgenden Worten: „Es ist unbedingt erforderlich, die revolutionärsten Elemente vom Zentrum abzuspalten, was nur durch schonungslose Kritik und Bloßstellung der Führer des Zentrums zu erreichen ist. Der [62] organisatorische Bruch mit dem Zentrum ist eine absolute historische Notwendigkeit. Es ist Aufgabe der Kommunisten eines jeden Landes, den Augenblick dieses Bruches je nach der Entwicklungsstufe, welche die Bewegung bei ihnen erreicht hat, zu bestimmen.“ Die Stellung, die die Kommunistische Internationale bei und seit ihrer Gründung dem Zentrum gegenüber einnahm, ist also eine ausgesprochene Kampfstellung. Heute müssen wir uns fragen: ist diese Stellung auch weiterhin gerechtfertigt oder erlaubt und erfordert die veränderte Lage eine veränderte Taktik? Konkret gesprochen: wie sollen sich die Kommunisten in jedem Lande der im Prozeß der Radikalisierung begriffenen Zentrumspartei ihres Landes gegenüber verhalten? Und welche Stellung soll die kommunistische Internationale zu den Beitrittserklärungen und Beitrittsbestrebungen von Parteien, die ganz oder vorwiegend Zentrumscharakter tragen, einnehmen?

Die Kommunistische Internationale als solche hat bisher diese Frage noch nicht beantwortet. Dagegen hat Genosse Radek in seiner für die nächste Zeit des revolutionären Kampfes wegweisende Schrift „Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der kommunistischen Parteien im Kampfe um die Diktatur des Proletariats“ sich mit dem Problem unseres Verhaltens zum „Zentrum“ eingehend befaßt und ist zu dem Schluß gekommen, daß unsere Taktik wirklich einer Revision bedarf. Da die Schlußfolgerungen des Genossen Radek für die gesamte Kommunistische Internationale, und insbesondere für die Kommunisten in den Ländern, wo noch keine oder nur Ansäße zu kommunistischen Parteien existieren, von außerordentlicher Tragweite sind, möge es uns – da wir im vergangenen Jahre die Parteientwicklung in jenen Ländern aus viel geringerer Entfernung verfolgen konnten, als dies Genossen Radek in seiner Moabiter Zelle möglich war – gestattet sein, uns an dieser Stelle mit ihnen auseinanderzusetzen.

„Die Formel des Gründungskongresses“, schreibt Radek, „scheint uns die gesamte Aufgabe der Kommunisten dem Zentrum gegenüber in seiner jetzigen Lage zu einfach aufzufassen. In Polen z. B. kam es ... nach langjähriger praktischer Anwendung der oben formulierten Auffassung zur Einigung der kommunistischen Sozialdemokratie und der Zentrumspartei, des linken Flügels der P. P. S. Der lange geistige Kampf und die Erfahrungen der Bewegung haben die schwankenden Führer zum Teil abgesplittert, zum Teil zu Kommunisten gemacht; die entschiedene Haltung der Arbeitermassen sorgt für die entschiedene kommunistische Haltung der geeinigten Partei. Auch in Deutschland scheint uns die Märzformel bereits überholt zu sein: wir glauben, daß es sich, was die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands angeht, nicht so sehr darum handelt, die linken Elemente vom Zentrum abzusplittern, als ihnen zu helfen, die rechten Führer aus zentralen und lokalen Organen der Partei herauszudrängen, um so durch Einigung der beiden kommunistischen Heerhaufen des Proletariats eine große Kommunistische Partei zu bilden ... Bis zu diesem Moment: praktischer Block mit dem linken Flügel, radikaler Kampf gegen den rechten Flügel der U. S. P. D.

In Frankreich haben die Kommunisten sich noch, nicht aus der Sozialistischen Partei herauskristallisiert. Es scheint uns, daß dies [63] angesichts der Verschärfung der politischen Lage, der schnellen Radikalisierung der Mehrheit der Partei, die mutig den Wahlkampf unter der Losung der Weltrevolution, der Solidarität mit Sowjetrußland geführt hat, auch immer schwieriger wird. Das gleichzeitige Wachstum der proletarischen Partei, ihres Einflusses auf die Massen, und auf der andern Seite die konterrevolutionären Tendenzen in der Bourgeoisie schaffen eine Situation, wo die

Kommunisten zusammen mit den linken Longuetisten das rechte Zentrum und die in der Partei verbliebene Rechte (die beiden Gruppen haben mehr Offiziere als Soldaten) aus der Partei herauszudrängen, die revolutionären Syndikalisten unter ihr Banner hereinzuziehen haben werden.

In Italien wird die Entfernung der Zentrumsgruppe Turati-Treves aus der vollkommen kommunistischen Partei zur praktischen Notwendigkeit, nachdem sie bewiesen hat, daß sie in der Partei verbleibt, nur um ihre kommunistische Politik zu durchkreuzen."

Die taktische Revision, die Genosse Radek vornehmen will, läßt sich „also allgemein dahin zusammenfassen : 1. in den Ländern, wo kommunistische Parteien und stark dem Kommunismus zudrängende Zentrumsparteien bestehen, sollen die Kommunisten dem linken Flügel der Zentrumspartei helfen, den rechten herauszudrängen und sich dann mit ihm vereinigen; 2. in den Ländern, wo die Kommunisten sich noch in der sozialistischen oder sozialdemokratischen Gesamtpartei befinden, diese aber sich stark zum Kommunismus hin entwickelt, sollen die Kommunisten zusammen mit den linken Zentrumsleuten das rechte Zentrum und die Rechte aus der Partei herausdrängen. Der erste Vorschlag müßte außer auf Deutschland, auf England und die Vereinigten Staaten (nach Einigung der dort bestehenden kommunistischen Gruppen zu kommunistischen Parteien) möglicherweise später auf Deutsch-Oesterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Holland, Belgien Anwendung finden; der zweite auf Italien, Frankreich, Spanien, die Schweiz, Norwegen.

Faßt man Radeks Auffassung so knapp zusammen, so erkennt man, daß sie insbesondere in dem zweiten Punkt, der den Kern der Sache trifft, eine völlige Umwälzung der kommunistischen Taktik bedeutet. An Stelle des radikalen Kampfes gegen alle übrigen „sozialistischen" Strömungen setzt er das Bündnis mit dem linken Flügel des „Zentrums", an Stelle des organisatorischen Bruchs mit allen anderen Strömungen die Verdrängung, mit Hilfe des linken Zentrumsflügels, der reformistischen Rechten und des rechten Zentrums aus den alten Parteien. Er begründet seinen Vorschlag mit der Entstehung der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens und mit der Entwicklung der Zentrumsparteien in den zentral- und westeuropäischen Ländern.

Ehe wir auf die Argumentation des Genossen Radek eingehen, prüfen wir zunächst die Tatsachenunterlagen, auf Grund deren er seine Schlüsse zog. Da ist nun zu sagen, daß diese Tatsachen in Wirklichkeit leider ganz erheblich anders aussehen, als wie sie sich ihm auf Grund mangelhafter Information in seiner Kerkerzelle darstellten. Wir meinen die französischen und die italienischen Parteiverhältnisse. Die französische sozialistische Partei war himmelweit davon entfernt, den Wahlkampf vom 16. November „unter der Losung der Weltrevolution der Solidarität mit Sowjetrußland" zu führen – das [64] wäre auch ein helles Wunder gewesen nach ihrer jämmerlichen Haltung während des Krieges, nach ihrem Kult für Wilson und den Völkerbund, nach ihrer schmählichen Sabotage des Streiks gegen die Intervention in Rußland am 21. Juli! Wie es in Wirklichkeit um den Wahlkampf bestellt war, dafür besitzen wir ein einwandfreies Zeugnis in den Ausführungen des Genossen Boris Souvarine im „Phare", der Monatsschrift der westschweizerischen Kommunisten, Nr. 5/6 (die Radek noch nicht zur Verfügung stand). Souvarine schreibt dort wörtlich: „Durch den Willen der Reaktionäre stand die Frage des Bolschewismus während der Wahlagitation an erster Stelle. Die Sozialisten waren wohl oder übel genötigt, darauf zu antworten, und die Mehrheit machte nur schwache Versuche, die bürgerlichen Verleumdungen zurückzuweisen, sofern sie nicht unsere russischen Genossen geradezu verleugneten. Nur in Paris, wo die Kandidatur Sadoul von allen Sektionen aufgestellt war, waren die sozialistischen Redner nahezu einstimmig in der Verteidigung der bolschewistischen Revolution. Aber am Tage nach ihrer Niederlage warfen viele von ihnen der äußersten Linken vor, für sie verantwortlich zu sein." Das ist Frankreich, wie steht es in Italien? Zwar hat die italienische sozialistische Partei den Wahlkampf, der am selben 16. November stattfand, unter der Losung der Weltrevolution, der Solidarität mit Sowjetrußland geführt und sogar das Wappen der Sowjetrepublik zu ihrem Wahlabzeichen erwählt, aber dennoch scheint uns, daß man die italienische Partei nicht als eine „vollkommen kommunistische" bezeichnen kann. Die „Zentrumsgruppe" Turati-Treves ist weder Zentrum noch Gruppe, sie ist die reformistische Richtung in der Partei, die nach dem Zeugnis unserer maximalistischen Genossen im

„Comunismo“ noch breite Arbeiterschichten in einigen der nördlichen Provinzen Italiens hinter sich hat. Wenn auf dem Parteitag in Bologna die maximalistische Richtung einen überwältigenden Sieg davontrug, so deswegen, weil der Führer des Zentrums, der Parteisekretär Lazzari seine Resolution mit der der Reformisten verband, worauf ein großer Teil des Zentrums, die „Linksunabhängigen“ zu den Kommunisten stießen. Und wenn auch die Tatsache bestehen bleibt, daß sich die Kommunisten in der italienischen Partei in der Mehrheit befinden, so bleibt doch ihre Macht hinter ihrer Zahl zurück. Wenn diese kommunistische Mehrheit darauf verzichtet, die Namensänderung in „Kommunistische Partei“ durchzusetzen, wenn sie zugibt, daß weit über die Hälfte ihrer 150 Abgeordneten Reformisten und Zentrumsleute sind – darunter ein Turati, der mit dem italienischen Annexionismus durch dick und dünn ging und beim letzten Eisenbahnerstreik seine Solidarität mit der Arbeiterklasse dadurch bekundete, daß er 10 Lire für die arbeitswilligen Eisenbahner zeichnete! – wenn sie mit einem Wort dem Bruch mit den andern beiden Richtungen immer noch ausweicht, dann ist zum mindesten zu sagen, daß ihre Taten beträchtlich hinter ihrer guten Gesinnung und ihrer marxistischen Einsicht zurückstehen. – Mit den Tatsachen fallen aber notwendigerweise auch die Schlüsse, die Radek aus ihnen zog, dahin.

Aber davon ganz abgesehen – prüfen wir rein theoretisch die Frage, wie sich eine kommunistische Partei der in starkem Radikalisierungsprozeß begriffenen Zentrumspartei ihres Landes gegenüber zu verhalten habe! Genosse Radek sagt in seiner Schrift, daß die unab-[63]hängigen Massen „ausgesprochen kommunistisch, zum Teil sogar bewußt kommunistisch sind, indem sie der Kommunistischen Internationale zujauchzen, sich freudig auf ihren Boden stellen, die Zentrumsparteien zum Anschluß an die Dritte Internationale auffordern.“ Wohlan; aber Genosse Radek wirft seltsamerweise die so naheliegende Frage gar nicht auf, warum diese „bewußt kommunistischen Massen, die der Kommunistischen Internationale zujauchzen und sich freudig auf ihren Boden stellen“, sich denn nicht der Kommunistischen Partei Deutschlands anschließen! Damit wäre doch ihr Wunsch, der Dritten Internationale anzugehören, augenblicklich erfüllt. Hier klafft ein offenkundiger Widerspruch – der Widerspruch zwischen Bekenntnis und Tat. Es ist eben zweierlei, der Kommunistischen Internationale zuzujauchzen, oder seiner lokalen kommunistischen Parteiorganisation beizutreten. Der Arbeiter, der das letztere tut, tritt in den Kampf auf Leben und Tod gegen die übermächtigen Gewalten des Kapitalismus ein, gegen den Unternehmer, die Behörden, die Gerichte, den Spitzel, den Weißgardisten; Arbeitslosigkeit und Hunger, Verfolgung, Kerker und Tod bedrohen ihn unmittelbar. Das erstere, das Bekenntnis seiner Zentrumspartei zur Dritten Internationale, verändert unmittelbar nicht seine Lage, sondern den Charakter der Gesamtpartei und trifft daher in erster Linie die Personen, in denen sich dieser Gesamtcharakter verkörpert, die Führer; der einzelne Arbeiter kann durch dies Bekenntnis seiner revolutionären Gesinnung Ausdruck geben, ohne den Gefahren des Kampfes direkt ins Auge zu sehen, ja vielleicht während er noch hofft, daß sich doch Noch ein friedlicherer Weg finden oder daß mindestens er selbst vor den größten Opfern bewahrt bleiben werde. Zwischen dem kommunistischen und dem linksunabhängigen Arbeiter ist also ein großer Unterschied. Der erste ist ein Kämpfer, bereit, der Internationale nicht nur zuzujauchzen, sondern auch für sie zu sterben; der zweite ist klassenbewußt und revolutionär gesinnt, aber erschreckt noch davor zurück, seine Gesinnung auch in die Tat umzusetzen.

Ganz anders Noch für die Führer. Ist der kommunistische Arbeiter dem unabhängigen nur voraus, d. h. wird dieser durch die bitterste Not getrieben werden, sich gleich jenem in den revolutionären Kampf zu stürzen, so besteht zwischen dem kommunistischen und dem linksunabhängigen Führer ein scharfer prinzipieller Unterschied. Der „Führer“, der, zwischen Kautsky, Cohn und Hilferding einerseits und die Kommunistische Partei andererseits gestellt, sich für die ersteren entscheidet – mag er es mit dem „Putschismus“, dem „Sektierertum“ der K. P. D. oder sonstwie begründen – der wird in den seltensten Fällen sich zu einem Führer entwickeln, wie ihn eine wirklich kommunistische Partei, zu der ja die unabhängige werden soll, braucht. „Um als Aeußerung des zurückgebliebenen Teils des Proletariats zu dienen, das in den letzten Reihen nachfolgt, aber nicht der Avantgarde vorausschreitet, dazu bedarf es keiner Führer“, sagt Genosse Lenin in seinen „Helden der Berner Internationale“. „Und bei der Charakterlosigkeit, mit der sie ihre Losungen ändern, sind diese

Führer überhaupt nichts wert. Sie werden immer als Ballast, als negative Größe in der Arbeiterbewegung dastehen.“ Und über Däumig, der den deutschen Kommunisten Putschismus vorwirft, um sich nicht mit ihnen vereinigen zu müssen: „Die ‚Linkheit eines solchen Herrn, der aus [66] Feigheit vor der Masse die moderne Losung wiederholt, ohne die revolutionäre Bewegung der Masse zu verstehen, ist keinen Heller wert.“

Wenn Genosse Radek die Perspektive aufstellt, daß die linken Unabhängigen die rechten aus den zentralen und lokalen Organisationen herausdrängen und ihre Partei in eine kommunistische umwandeln werden, so ist dies, darüber müssen wir uns klar sein, ein Prozeß, der Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern kann. Das polnische Beispiel, auf das Radek sich beruft, weist darauf hin. Es erscheint uns sehr möglich, sogar wahrscheinlich, daß die Entwicklung diesen Gang gehen wird. Aber eine ganz andere Frage ist die, ob wir Kommunisten diese mutmaßliche Entwicklung zur Losung für unser Verhalten dem Zentrum gegenüber machen sollen. Diese Frage müssen wir aufs entschiedenste verneinen. Erklären wir Kommunisten, daß die linken Unabhängigen die rechten verdrängen sollen und daß wir ihnen dabei helfen wollen, so leisten wir geradezu dem Opportunismus jener „Führer“, die den Weg zur Kommunistischen Partei nicht finden können, Vorschub, ermächtigen sie dazu, in der Unabhängigen Partei zu bleiben, erkennen deren Existenzberechtigung als revolutionäre Arbeiterpartei an und geben die Grundlage der Kommunistischen Partei, die These von der Alleinberechtigung des Kommunismus, die soziale Revolution zu leiten, auf. Die linken Unabhängigen würden uns dann mit Ret vorschlagen, wieder der U.S. P. beizutreten, da dies den linken Flügel sehr verstärken und das „Herauswerfen“ des rechten Flügels also sehr erleichtern würde. Sie würden uns dann mit ebenso gutem Net fragen, was uns denn eigentlich von ihnen unterscheidet? In der Tat finden wir darauf in Radeks ganzer Schrift keine prinzipielle Antwort, außer, daß er die Däumigsche Rätespielerei als eine opportunistische Utopie ablehnt, eine Ablehnung, die er schon vorher dadurch versüßt, daß er demselben Däumig, dessen „Linkheit“ Lenin keinen Heller Wert erklärt, einen Kranz als „zähem, opfermütigem Verteidiger des Rätegedankens“ windet. Der Wunsch nach Einigung mit den Linksunabhängigen zieht sich förmlich wie ein roter Faden durch Radeks Schrift, wenngleich er vor allen voreiligen Verschmelzungen warnt. Aber wodurch haben wir denn bisher zur Erstarkung des linken Flügels der Unabhängigen beigetragen und damit diese Einigung, die Einigung der Arbeiterklasse auf kommunistischem Boden vorbereitet? Dadurch, daß wir uns vom Zentrum trennten und den Kampf gegen das Zentrum in der Ueberzeugung führten, daß die Kommunistische Partei allein berufen ist, die revolutionäre Vorhut des Proletariats zu verkörpern, und mit dem Ziel, möglichst große Massen von Proletariern als revolutionäre Kämpfer in unsere Reihen zu ziehen. Gehen wir auf diesem Wege weiter, so werden wir objektiv wahrscheinlich das erreichen, was Radek zu unserer subjektiven Losung machen will. Erheben wir es zur subjektiven Losung, so werden wir objektiv das Gegenteil von dem erreichen, was wir wünschen: so paradox das klingt: wenn wir versuchen werden, den Däumigs gegen die Hilferdings zu helfen, so werden wir in Wirklichkeit den Hilferdings gegen die Däumigs helfen, denn wir werden dazu beitragen, das Ansehen der Hilferdings in den Massen durch die Verbindung mit den Däumigs zu stützen und das Ansehen der Däumigs durch die Verbindung mit den Hilferdings zu untergraben.

[67] „Praktischen Block mit dem linken, radikaler Kampf gegen den rechten Flügel der U. S. P.“ sagt Radek. Praktischer Block mit dem linken, jawohl; wir werden uns stets in der Aktion mit allen jenen Elementen blockieren, die zum revolutionären Kampf im kommunistischen Sinne bereit sind. Aber wie uns die Möglichkeit und die zeitweilige Tatsache des Blocks mit den Syndikalisten keinen Augenblick hindern darf und hindert, die syndikalistische Konfusion mit allem Nachdruck zu bekämpfen, so darf uns auch der Wunsch und die Aussicht auf Blockierung mit den linken Unabhängigen nicht einen Moment davon zurückhalten, den linksunabhängigen Opportunismus mit aller Schärfe anzugreifen, ihn als das Feigenblatt der Kautskys zu entlarven. Je mehr die Kautsky und Hilferding ins Lager der offenen Sozialverräter übergehen, desto mehr werden die Däumig und Crispien objektiv zu ihren Schildhaltern bei den Arbeitern werden, desto mehr wird die linksunabhängige Richtung die einzige noch vorhandene Brücke zwischen den immer

revolutionärer werdenden Massen und den immer konterrevolutionärer werdenden ehemaligen Führern bilden. Diese Brücke gilt es nicht zu festigen, es gilt, sie zu zertrümmern. Darum muß unseres Erachtens heute in Deutschland die kommunistische Losung gegenüber dem Zentrum lauten: Praktischer Block mit der Zentrumslinken – stets dann und nur dann, wenn sie zum revolutionären Kampf ohne Kompromiß mit den Verrätern der Arbeiterklasse bereit ist –; radikaler Kampf gegen die gesamte Zentrumsführung. Diese Lösung steht mit den besten kommunistischen Traditionen in Einklang; sie ist nur die Anwendung der Formel des Moskauer Gründungskongresses auf die heutige deutsche Situation. (Fortsetzung folgt.)

*

Eine Konferenz britischer Kommunisten.

Von Albert Inkpin, Sekretär der British Socialist Party.

Die Britische Sozialistische Partei (B. S. P.), die wichtigste kommunistische Organisation in Großbritannien, hat soeben in London ihren neunten Jahreskongreß abgehalten. In jeder Beziehung – im Hinblick auf die Teilnehmerzahl, das hohe Niveau der Diskussionen und die revolutionäre Tatkraft und Begeisterung der Delegierten – war der Kongreß zweifellos die erfolgreichste Tagung britischer Kommunisten, die bisher stattgefunden hat.

Die Verhandlungen fanden in der Stadthalle von Bethnal Green statt, – einem östlichen Vorort Londons, in dessen Gemeinderat die Arbeiterpartei die Mehrheit hat – dessen bolschewistischer Bürgermeister, Genosse I. I. Vaughan, der den Kongreß im Namen der Arbeiter des Vororts begrüßte, einstimmig gebeten wurde, den Vorsitz zu führen. Vaughan ist ein alter sozialistischer Kämpfer und Führer der Elektrikergewerkschaft, die eine der revolutionärsten unter den britischen Gewerkschaften ist, und seine Ansprache an den Kongreß war ein meisterhafter Ueberblick über die Weltereignisse vom Standpunkt der Dritten Internationale und der kommunistischen Arbeiterklasse.

Er setzte auseinander, daß die Schwierigkeiten des Kapitalismus mit der Zeit nicht abgenommen hätten, sondern mit dem Tempo der Ent-[68]wicklung angewachsen seien. Der Klassenkampf hat nicht an Heftigkeit verloren. Er ist im Gegenteil schärfer geworden. Die Maske der Heuchelei ist vom Gesicht der Politiker gefallen und sie waren ebenfalls gezwungen, sich als die offenen Feinde der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe zu bekennen, statt sich als wohlwollende, außerhalb des Kampfbereiches stehende Schiedsrichter aufzuspielen. Nachdem er die verschiedenen ökonomischen Kämpfe während des vergangenen Jahres besprochen und die offiziellen britischen Arbeiterführer wegen ihrer verräterischen Politik des Opportunismus und der Kompromisse gegeißelt hatte, sagte Vaughan, daß die ökonomische Verwirrung und Zerrüttung Großbritanniens nicht nur das Erbe des Krieges ist, sondern auch die Folge des ökonomischen Ruins des europäischen Kontinents, der so groß ist, daß kein kapitalistisches Heilmittel ihm mehr beikommen kann. Die kapitalistischen Staaten Europas können nicht kaufen und nicht verkaufen. Es ist wie ein Tanz, in dem die Tänzer sich einer nach dem andern zu Tode tanzen. Die Sterbestunde des Kapitalismus ist gekommen, er liegt in tödlicher Agonie. Keine soziale Ordnung hat je zu sterben gewünscht, aber der Kapitalismus, der eben eine blutige Orgie gefeiert hat, ist toll vor Lebensgier und kämpft in wilder Verzweiflung mit dem Tode. Denkt an den Kampf, den er in den letzten zwei Jahren in Rußland geführt hat, an die wütende Energie, mit der er in Ungarn und in Bayern um sein Leben focht, an die Hartnäckigkeit, mit der er um jeden Fußbreit Macht in Deutschland ringt! Aeußerlich betrachtet, ist Rußland immer noch das einzige Land, in dem die Revolution einen weiteren Fortschritt gemacht hat. Der Kapitalismus war imstande, den Kapitalismus zu besiegen, aber er war außerstande, den Sozialismus zu besiegen – das ist die große Lehre, die wir zu ziehen haben. Rußland zeigt uns den Weg, auf dem wir alle zu gehen haben werden: erst Revolution, dann Arbeit für das Wohl aller. In einigen Jahren wird Rußland das reichste und glücklichste Land der Erde sein. Das wunderbare Wachstum der Dritten Internationale, einer andern glorreichen Schöpfung der russischen Kommunisten, legt beredtes Zeugnis ab von der Tatsache, daß die Revolution rascher fortschreitet, als es an der Oberfläche erkennbar ist. Wo immer wir hinblicken, sehen wir eine starke Gärung in den Massen und eine deutliche Bewegung der sozialistischen Parteien in der Richtung des revolutionären Kommunismus. Es gibt natürlich viele

Genossen in jedem Lande, die wie die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands und die französischen Mehrheitler gar zu gern auf zwei Stühlen sitzen möchten. Aber die Tatsache, daß die Meisten von ihnen sich schon entschlossen haben, von dem „rechten" Stuhl wegzurücken, zeigt deutlich genug, wo wir heute stehen, und alles Gerede über die Gründung einer vierten oder einer kombinierten drittenvierten Internationale ist nur müßige Wortvergeudung. Genosse Vaughan schloß seine anfeuernde Ansprache mit einem dreifachen Hoh auf den revolutionären Kommunismus und die Dritte Internationale.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle mehr als einen kurzen Bericht über die wichtigsten Debatten zu geben, die auf dem Kongreß stattgefunden haben.

Unter diesen stand an erster Stelle die Frage der weiteren Aktion, durch die die britische Regierung gezwungen werden soll, [69] ihre Krallen vom Leibe der russischen sozialistischen Republik zu entfernen und in definitive Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung einzutreten. In diesem Zusammenhang las ich dem Kongreß ein ergreifendes Manifest vor, das von dem Unterbureau der Dritten Internationale in Amsterdam gekommen war, in dem zur Organisation eines Generalstreiks am 1. Mai aufgefordert wird. Genossin Mary Bamber brachte dann die folgende Resolution im Namen des Exekutivkomitees ein:

„Die Konferenz der B. S. P. drückt ihre Bewunderung aus für den grenzenlosen Mut und die glorreichen Errungenschaften der russischen Arbeiter und Bauern, die der Welt das Beispiel der Aufrichtung einer sozialistischen Republik gegeben haben und so den Traum von Jahrhunderten zum ersten Mal in der Geschichte verwirklichten. Sie verurteilt die Britische und die Alliierten Regierungen aufs schärfste wegen der Unterstützung, die sie den zaristischen Generälen und konterrevolutionären Kapitalisten gewährt haben, und beglückwünscht die Sowjetregierung zu den- fortgesetzten Siegen der Roten Armee und ihrem Widerstand gegen die vereinten Kräfte des Weltkapitalismus. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiter dieses Landes auf den Aufruf des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale zum Generalstreik am Maifeiertag, der die Forderung des Friedens mit Rußland und der vollen Anerkennung der Sowjetregierung Nachdruck verleihen soll; sie fordert die Sektionen und Mitglieder der B. S. P. auf, alles was in ihrer Macht steht, zu tun, um eine vollkommene Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen, als Ausdruck der Solidarität der britischen Arbeiter mit der Russischen Sowjetrepublik."

Diese Resolution wurde vom Genossen George Ebury, einem unserer Organisatoren und Propagandisten unterstützt und unter großem Beifall einstimmig angenommen.

Nach Rußland kam Deutschland, und die Delegierten richteten ihre Gedanken auf den Kampf, den die deutschen revolutionären Arbeiter gegen die Koalition von Scheinsozialisten und Bourgeoispolitikern, die gegenwärtig in der Deutschen Republik herrschen, durchzuführen haben. Eine Resolution darüber wurde vom Genossen F. Willis, dem Herausgeber des Parteiorgans „The Call" eingebracht:

„Die Konferenz der B. S. P., die jetzt wie immer die internationale Solidarität der Arbeiterklasse hochhält, begrüßt mit Freuden den Aufstand der deutschen Arbeiter gegen die militärische und kapitalistische Clique, die versucht, ihre alte Herrschaft über sie aufrechtzuerhalten. Sie verpflichtet sich, ihren ganzen Einfluß bei den organisierten britischen Arbeitern aufzubieten, um zu verhindern, daß dieses Land die deutsche Reaktion unterstützt, und alle Mittel in Bewegung zu setzen, um die ruchlose Blockade zu durchbrechen, die der britische und amerikanische Imperialismus einem Rätedeutschland androhen. Sie spricht des weiteren ihren Abscheu aus über die Haltung jener sozialdemokratischen Renegaten, die durch Betrug und Verrat den deutschen Kapitalisten geholfen haben, die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen. Die deutsche Revolution ist kein vereinzeltes nationales Ereignis, sie ist eine Phase der Weltrevolution, und als solcher erklären wir uns mit ihr solidarisch und senden unfern Gruß unsern Genossen, die den Kampf der Arbeiterklasse kämpfen."

[70] Diese Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen, zusammen mit einem Zusatz des Genossen John Maclean des Inhalts, daß falls die Alliierten den Rhein überschreiten würden, die B. S. P. alles versuchen solle, um einen Generalstreik der britischen Arbeiterklasse herbeizuführen.

Während der Tagung des Kongresses wurde ein Brief eines Vertreters der Kommunistischen Arbeiterpartei Amerikas, der in England war, verlesen, der die britischen Arbeiter um Unterstützung für amerikanische Kommunisten bat, die brutalen Verfolgungen seitens der kapitalistischen Regierung Amerikas ausgesetzt sind. Eine Protest- und Sympathiekundgebung wurde einstimmig angenommen, in die der Name Eugen Debs ausdrücklich eingeschlossen war, und das Exekutivkomitee wurde beauftragt, eine Protestkampagne im ganzen Land gegen den weißen Terror in Ungarn, Deutschland und Amerika vorzubereiten.

In einer Reihe von Resolutionen brandmarkte der Kongreß den Versailler Frieden als einen Raubfrieden, der offene und geheime Annektionen in sich schließt und die kleinen Nationen unterjocht oder zu bloßen Schachfiguren in der Hand der imperialistischen Großmächte herabdrückt; proklamierte er seinen Abscheu vor dem britischen imperialistischen Regiment in Indien, Aegypten, Irland usw. und übersandte er den Völkern dieser Länder die Grüße der revolutionären Arbeiter Großbritanniens; er erklärte, daß einzig der Kommunismus den Kriegen zwischen den Völkern ein Ende setzen und allen Völkern eine gesicherte Unabhängigkeit und die Möglichkeit friedlicher Zusammenarbeit verschaffen könne, und forderte alle Mitglieder der B. S. P. auf, die größten Anstrengungen zur Aufrüttelung der Massen zu machen, um den vollständigen Triumph der Dritten Internationale zu beschleunigen.

Die Hauptdiskussion über die Politik und Taktik der Partei entspann sich bei der Beratung der folgenden Resolution, die vom Genossen H. F. Hodgson im Namen des Exekutivkomitees eingereiht wurde:

„Die Konferenz der B. S. P. wiederholt ihre Zustimmung zum kommunistischen Programm als wesentlichen Teil ihrer revolutionären Haltung gegenüber dem Staat in der gegenwärtigen Periode. Die Zeit ist gekommen für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Aufrichtung des kommunistischen Gemeinwesens, in dem jedermann für das Gemeinwohl arbeiten und jedermann seinen Anteil an dem gemeinsamen Produkt und den gemeinsamen Freuden des Lebens haben wird. Zu diesem Ende muß die Arbeiterklasse ihre eigene, ungeteilte Herrschaft an Stelle der der Kapitalisten und Großgrundbesitzer aufrichten und den Staat neu organisieren auf der Grundlage der Uebertragung der gesamten öffentlichen Macht an die Arbeiterräte, die direkt von den Arbeitern auf ihren Arbeitsplätzen gewählt werden und ihrer direkten Kontrolle unterstehen. Die Konferenz hat nicht den Glauben, daß die parlamentarischen Einrichtungen jemals imstande wären, diese politische und soziale Revolution durchzuführen, da sie in ihrer inneren Tendenz, ihrer Struktur und Wirksamkeit vornehmlich darauf berechnet sind, den Interessen der kapitalistischen Klassen allein zu [71] dienen; sie sieht in der allgemeinen Organisation der Arbeiterklasse in solchen Räten und in deren direkter Aktion die einzigen Mittel, um eine solche Revolution durchzuführen. Die Konferenz verpflichtet die Partei, diese Ansichten unausgesetzt in der Arbeiterklasse zu verbreiten, indem sie sich zu diesem Zweck, neben anderen Mitteln, gerade des Parlaments und anderer öffentlicher Körperschaften, die sie beseitigen will, als einer Tribüne bedient, um so Hand in Hand mit der Dritten Internationale, der sie angehört, der Arbeiterklasse zu helfen, die kommunistische Revolution und die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaft heraufzuführen.“

Es war in dieser Diskussion, daß die kleine noch in der B. S. P. vorhandene Gruppe, die sich nicht vorbehaltlos mit dem Programm des revolutionären Kommunismus identifiziert, zu Worte kam. Der Hauptsprecher für diese Gruppe auf dem Kongreß, Genosse F. A. Broad, Präsident der Feinmechanikergewerkschaft, brachte einen Zusatz ein, der, ohne die Grundlagen des kommunistischen Programms – die Diktatur des Proletariats, das Rätesystem und die revolutionäre Massenaktion – anzufechten, größeres Gewicht auf die Anwendung der parlamentarischen und sogenannten

„verfassungsmäßigen“ Methoden legte. Der Standpunkt der überwältigenden Mehrheit der Parteimitglieder war indessen klar und unzweideutig. Der Zusatzantrag wurde mit 80 gegen 20 Stimmen verworfen und die Resolution des Exekutivkomitees mit 82 gegen 16 Stimmen angenommen.

Die andere, nicht weniger wichtige Frage, die der Kongreß behandelte, war die Frage der Vereinigung der revolutionären linkssozialistischen Organisationen zu einer vereinigten Kommunistischen Partei. Indem ich im Namen des Vorstandes der B. S. P. einen Bericht darüber abgab, beschrieb ich die Verhandlungen, die sich durch die letzten neun Monate hinzogen, berichtete eingehend über die verschiedenen Konferenzen mit den anderen Körperschaften (der Socialist Labour Party, der Workers Socialist Federation, und der South Wales Socialist Society) und wies auf die Punkte hin, an denen sich Unstimmigkeiten ergeben hatten, die alle auf taktischem Gebiete liegen. Die B. S. P. sah in Uebereinstimmung mit dem Standpunkt ihrer Mitglieder, wie er sowohl auf dem Parteitag, als auch bei der Urabstimmung zum Ausdruck kam, die Zugehörigkeit zur britischen Arbeiterpartei für notwendig an, damit die revolutionäre Bewegung mit der Masse der organisierten Arbeiter in Kontakt gehalten wird. Trotzdem wurde, um die Einigung zustande zu bringen, eine beträchtliche Konzession in diesem Punkte gemacht, und auf den Vorschlag der Delegierten der S. L. P. kam man dahin überein, daß die ganze Frage des Verhältnisses der neuen kommunistischen Partei zur Arbeiterpartei einer Urabstimmung innerhalb der neuen Partei drei Monate nach ihrer Gründung zur Entscheidung überlassen werden solle. Der Vorstand der S. L. P. warf aber nachher die ganze Abmachung um und desavouierte ihre Delegierten zur Einigungskonferenz. Später versuchte die B. S. P., die Verhandlungen wieder aufzunehmen und machte sogar noch größere Konzessionen, damit kein Hindernis für die kommunistische Einigung bestehen bleiben solle. Sie willigte ein, die Frage der nationalen Angliederung an die Arbeiterpartei überhaupt fallen zu lassen, vorausgesetzt, daß den Sektionen der [72] Kommunistischen Partei lokale Autonomie in ihren Beziehungen zu den lokalen Arbeiterparteien gewährt würde, (dieser Vorschlag stammte ursprünglich auch von den S. L. P.-Delegierten) und daß es uns als individuellen Mitgliedern der Kommunistischen Partei freistände, den Anschluß an die Arbeiterpartei zu befürworten. Aber sogar diese Konzession wurde zurückgewiesen; die S. L. P. erklärte kategorisch, daß sie sich unter keinen Umständen mit der B. S.P. vereinigen könne, und wir waren widerwillig zu dem Schluß gezwungen, daß auch die W. S. F. die Einigung nicht wolle. Es war indessen allgemein bekannt, daß ein beträchtlicher Teil der Mitgliedschaft der S. L. P. sehr unzufrieden mit der Haltung des Vorstandes war, der sich größtenteils von Parteitraditionen und vergangenen Feindschaften leiten ließ, die längst keine reale Grundlage mehr haben; und wir hörten, daß diese Sektion geneigt sei, die Verhandlungen mit der B. S. P. fortzusetzen. Unter diesem Gesichtspunkt bat ich den Kongreß, nachdem ich die Schritte, die wir schon in der Angelegenheit unternommen haben, dargelegt hatte, die Einigung nicht an nebensächlichen taktischen oder Detailfragen scheitern zu lassen und uns zu ermächtigen, die Verhandlungen fortzusetzen. Der Kongreß nahm mit 90 gegen 16 Stimmen die von mir vorgeschlagene Resolution an und gab dem Exekutivkomitee das verlangte Mandat. Und es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß sogar diese 16 Stimmen gegen die Einigung abgegeben worden wären. Sie wurden im Gegenteil abgegeben als Ausdruck der Furcht, daß das Exekutivkomitee nicht rasch genug handeln werde, und von jenen, die vorgezogen hätten, daß die Angelegenheit einem speziellen von der Konferenz gewählten Komitee übertragen worden wäre.

Wir haben nunmehr die Nachricht bekommen, daß die Einigungsbewegung in der S. L. P.-definitive Gestalt angenommen hat, und auf einer inoffiziellen S. L. P.-Konferenz in Nottingham, an der Vertreter aus allen Teilen des Landes einschließlich der bekanntesten Publizisten und Propagandisten der Partei teilgenommen haben, ein Komitee gewählt wurde, das die Verhandlungen mit der B. S. P. führen soll. Wir werden nun den Versuch machen, die Verhandlungen mit den andern Körperschaften wieder anzubahnen, und soweit es in unserer Macht liegt, sollen keine untergeordneten Detail- oder taktischen Fragen der vollkommenen kommunistischen Einigung im Wege stehen dürfen. Unterdessen haben die Ansichten, die wir in Bezug auf das Verhältnis der Kommunistischen Partei zur allgemeinen Masse der organisierten Arbeiter, wie sie durch die Arbeiterpartei dargestellt wird, ausgesprochen hatten, eine bemerkenswerte Bekräftigung durch die Darlegungen über „Parlament und

Arbeiterräte“ gefunden, die Genosse Zinoview im Namen des Zentral-Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale veröffentlicht hat. Diese Darlegungen sind eine vollkommene Rechtfertigung der Ausnützung des bürgerlichen Parlamentarismus durch die Kommunisten als einer vorzüglichen Tribüne für die Propaganda der proletarischen Revolution. „Wenn sie sich innerhalb des feindlichen Lagers befinden“, sagt Zinoview, „legen sie die (die Kommunisten) ihren Feinden Minen auf den Weg.“ Ganz richtig. Und wenn wir uns innerhalb der politischen Organisation der langsam erwachenden Massen befinden, dann legen wir auch unsern Feinden, den sozialpatriotischen und opportunistischen Verführern, Minen auf den Weg und ziehen allmählich und sicher die Massen auf unsere Seite hinüber.

Die Internationale
Jahrgang 2, Ausgegeben am 24. Juni 1920, Heft 24

Die Wahlen

B e r l i n, den 15. Juni 1920.

Δ Geschichtlich stehen die Reichstagswahlen von 1920 in einer Parallele zu den französischen Kammerwahlen von 1849. Auch sie bilden für die Bourgeoisie die erste sichtbare Möglichkeit, nach den Schlägen der Revolution zu zeigen, wie sehr die Gegenrevolution sich wieder aufgebaut hat. Die Wahlen von 1849 endigen mit einem absoluten Sieg der Gegenrevolution. Bourgeoisie, Beamtentum, Kleinbürgerschaft stehen in geschlossener Phalanx gegen das revolutionäre Proletariat. Die Gegenrevolution kann und wird sich demnächst auf legale Weise vollenden. Der „Staatsstreich“ von 1851 ist kaum ein Hauch auf dem Schilde der Legalität, das die französische Gegenrevolution führt.

Die Reichstagswahlen von 1920 haben diesen Erfolg der deutschen Gegenrevolution nicht gebracht. Wohl hat sich die Bourgeoisie von ihrer Erschlaffung im November 1918 und noch im Januar 1919 erholt. Sie hat sich in erheblichem Maße geschart um die Parteien, die ihren Klassenstandpunkt am unverhülltesten vertreten. Aber nicht einmal dieser energischste Teil der Bourgeoisie hat sich einmütig zu einer nachträglichen offenen Sanktion des Kapp-Putsches verstanden. Und alles zusammengerechnet sind die im Reichstage nicht die Mehrheit, die dasselbe wie Kapp wollen, nur in anderer Form.

Dieses Ergebnis ist um einer Tatsache willen wichtig. Zwar wird in der Bourgeoisie der Prozeß der Zusammenfassung ihrer Kräfte und der Steigerung ihrer Energie zunehmen. Das ist eine eherne Folge der Revolution. Aber mit nichten ist gesagt, daß die anderen Schichten, die nicht ausgesprochen bourgeois sind, ihr darin geschlossen folgen werden. Gerade diese Schichten, die Bauern und die Kleinbürger, hatten im [2] Jahre 1849 der Gegenrevolution das erdrückende Uebergewicht gegeben. Es verrät den tiefen geschichtlichen Blick, den Marx besaß, wenn er sich trotzdem nie auf das blendende Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“ eingelassen hat, sondern stets betonte, daß diese Schichten in der Revolution nicht unbedingt mit der Bourgeoisie zu gehen brauchen. Sie sind tatsächlich in den verschiedenen Revolutionen mit den verschiedenen Klassen gegangen. In Deutschland nun bestand die große Gefahr, daß diese Schichten, die in Deutschland noch durch die Scharen des mittleren und unteren Beamtentums verstärkt werden, sich der Gegenrevolution in die Arme werfen werden. Und gerade die ersten Wahlen nach der „Revolution“ waren der psychologisch gefährliche Augenblick dafür. Die ungeheure Teuerung, die steigende Verlotterung der gesamten Wirtschaft, die steigende Not und das Sinken des gesellschaftlichen Klassements konnte diese, in patriotischen Phrasen, Nationalhymne und Kaiserhoch aufgewachsenen Schichten zum zwar unwissenden, aber trotzdem gefährlichen Stimmvieh der Gegenrevolution machen. Diese Schichten sind nun großenteils Noch in dem gleichen politischen Zustand verharrt, in dem sie feit dem November 1918 sich befinden: „zwischen den Rassen“, zwischen Proletariat und Bourgeoisie treiben sie hin und her, nicht kämpfend sondern bekämpft, nicht antreibend sondern „treibend“, nicht Subjekt sondern Objekt der Revolution wie der Gegenrevolution.

Durch politische Energie, durch Zielstrebigkeit und Zielklarheit konnten diese Schichten nie zur Herrschaft kommen. Sie konnten jeweils nur durch ihre Masse wirken: im Januar 1919 war ihre Masse so groß gewesen, daß sie die Regierung übernehmen konnten und daß fünfviertel Jahre sie die Regierung oder die Regierung sie halten konnte – wie man sagen will.

Und auf Seiten des Proletariats hat sich dieselbe Entwicklung gezeigt wie auf Seiten der Bourgeoisie. Jetzt bedeutet der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Unabhängigen nicht mehr nur einen Unterschied zwischen den Programmen oder die verschiedene Haltung zu dem einen – Erfurter – Programm, der er noch im Januar gewesen war. Der Unterschied zwischen den beiden Parteien ist ein sozialer geworden. Die Unabhängigen umfassen die großen Scharen des Industrieproletariats, die Sozialdemokratie ist die Partei des Kleinbürgertums. Mit aller Schärfe ist diese Scheidung über das Reich hin zu bemerken: nur ganz wenige Industriestädte wie Hamburg, Hannover, Breslau bilden eine Ausnahme.

Wir Kommunisten haben im Wahlkampf die Rolle gespielt, und mit Ehren gespielt, die zu spielen wir in solcher Situation berufen sind. Wir können nur den Vortrupp des Proletariates sammeln und haben [3] diese Aufgabe im Wahlkampfe gelöst. Auf 10 Wähler der Unabhängigen entfällt ein Kommunist und unter den 440.000, die für die Kommunisten gestimmt haben, sind keine Mitläufer, kein Stimmvieh. Denn daß die Revolutionäre mit dem starken revolutionären „Gefühl“ und dem leider nicht ebenso starken revolutionären Verstande nicht zu uns kamen, dafür sorgte die wüste Agitation und Versammlungssprengung der K. A. P. D. Daß wir von Seiten der U. S. P. keine Mitläufer bekamen, dafür sorgte die starke Organisation der Unabhängigen Partei, der wir, seit zwei Monaten erst legal geworden, nichts entgegenzusetzen hatten. Mitläufern hatten wir nichts zu bieten, die nüchternsachliche Art, in der wir den Wahlkampf führten, hat uns keine gewonnen. Die fünfthalbhunderttausend Stimmen, die sich zu uns bekannten, sind Kommunisten.

Und so sind diese Wahlen, wie vielleicht selten Wahlen in der Geschichte, der unverfälschte Ausdruck der revolutionären Entwicklung in Deutschland. Die „elende halbe Revolution“ vom 9. November 1918 – wie Rosa Luxemburg sie nannte – hat kein gesellschaftliches Problem gelöst. Sie hat nur Fragen sichtbar gestellt und die Bedeutung der Antwort, die auf die Fragen gegeben werden muß, hat die Kräfte auf beiden Seiten der sozialen Welt mobilisiert. Rechts und links wachsen die Wogen; wo 1919 noch das breite Land der „Koalitionsparteien“ die Wogen zu dämmen schien, da dehnt sich heute nur noch ein schmaler Streifen Landes. Wer weiß: und morgen schon schlagen die Wogen drüberweg.

Denn das eine steht heute schon fest: die Mittelschicht, die 1919 noch Kraft ihrer Masse die Regierung übernehmen konnte, die Mittelschicht, die den tödlichen Krieg in der Gesellschaft leugnen wollte und für die der große Klassenkampf der Geschichte nur in Spartakisten-Putsche und Kapp-Puts zerfiel: diese Mittelschicht hat an Masse so viel verloren, daß ihre Trägheit den Gang der Dinge nicht mehr hemmen kann. Das und nichts anderes ist der Sinn des jetzt wochenlangen und heute noch nicht beendigten Suchens nach der „neuen Regierung“. Freilich nicht der einzige Sinn. Denn diese Wasserscheu vor der Regierung ist doch sonst nicht die Eigenschaft bürgerlicher Politiker. Und nun gehen sie seit einer Woche durch die Gassen und suchen Teilhaber an dem Regierungsunglück und jeder versichert, daß er es ohne den anderen nicht machen könne und machen wolle und jeder sorgt sich, daß ja der andere nicht zu kurz käme in dem Handel. Diese Sorge um die Teilhaberschaft der anderen ist nichts anderes als das Anerkenntnis, daß heute keine bürgerliche Partei mehr glaubt, einen Ausweg aus der Katastrophe zu finden und daß jede nur sucht, Gefährten im Untergang zu finden. Kurz, nur kurz ist in der deutschen Revolution offenbar die Zeit, wo man mit Versprechungen und Vertröstungen das Schicksal aufhalten zu [4] können schien. Die Tatsachen drängen. Die Zahlen stehen ehern; die Schulden wie Felsen. Zweifach ist das Parlament am Ende seiner Tage. Es birgt keine Klassen mehr, die in seinem Schoß ihr Schicksal beginnen und vollenden. Es hat die Rezepte nicht mehr, den Sterbeprozeß der Gesellschaft zu wenden. Dies deutsche Parlament ist die Uhr, an der die deutsche Bourgeoisie die Stunde erkennen mag, die ihr geschlagen hat.

Wie schreibt doch Ulrich Hutten in den Sand?

„Ultima latet –“

Die letzte Stunde lauert schon!

*

Die Lehren des Kapp -Putsches

Von M. I. B r a u n .

(Schluß.)

IV.

Der Ausgang der Märzkämpfe.

Die Lehre des russischen K o r n i l o w-Putsches und die Geschichte der sozialverräterischen Partei zeigen uns, daß die Sozialpaktierer in allen Ländern nicht imstande sind, von ihrer Doktrin des

Sozialverrats abzugehen. Wenn die Tatsachen des Lebens eine noch so klare Sprache sprechen, wenn sie noch so eindringlich die verbrecherischen Fehler der sozialverräterischen Parteien aufdecken, so sind die Mehrheitssozialisten doch nicht fähig, aus ihrer Haut herauszuspringen. Die bürgerlich-sozialistische Koalition bleibt die Grundlage ihrer Existenz, und nur mit Einwilligung der Bourgeoisie sind sie bereit, den Bruch mit dem Bürgertum zu vollziehen. Denn darauf läuft die Bereitwilligkeit der Sozialverräter, die Koalition aufzugeben, hinaus, wenn bei den nächsten Wahlen die Mehrheit des Reichstags sich für den Bruch mit der Bourgeoisie aussprechen sollte.

Wenn aber die Parteien als solche unbelehrbar sind, so sind doch die Parteimassen für die Tatsachen des Lebens sehr empfänglich. Nachdem der Generalstreik die K a p p-Regierung vollständig unmöglich gemacht hatte, waren sich die Organisationen, die sich am Streik ausschlaggebend beteiligt hatten, klar, daß man den Arbeitern unmöglich die Wiederherstellung der früheren Zustände, die zum Kapp-Putsch geführt hatten, zumuten könne. Der Gewerkschaftsbund, mit Legien an der Spitze und unterstützt von dem linken Flügel der mehrheitssozialistischen Partei, nahm mit der U. S.P. D. Fühlung, um das Zustandekommen einer Regierung u n t e r A u s s c h l u ß d e r B o u r g e o i s i e in die [5] Wege zu leiten. Inwieweit L e g i e n und die Führer des linken Flügels der mehrheitssozialistischen Partei zu jener Zeit ehrlich wünschten, den Bruch mit den Traditionen der Noskepartei durchzuführen, ist schwer zu sagen. Auf alle Fälle war die Möglichkeit nicht ausgeschloffen, daß ein starker Teil der mehrheitssozialistischen Partei es auf einen Konflikt mit der bisherigen Praxis der Partei ankommen lassen würde, wobei er sich auf die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten die in den Gewerkschaften organisiert waren, hätte stützen können.

Der rechte Flügel der U. S. P. mit H i l f e r d i n g und C r i s p i e n war geneigt, diesen Vorschlag Legiens zu akzeptieren, unter der Bedingung, daß der überwiegende Einfluß in der Regierung der U. S. P. zugesichert werde. Welche Bedingungen die Unabhängigen noch stellten, ist. nicht bekannt; auf jeden Fall hing die Entscheidung der U. S.P. von der Stellungnahme ihres l i n k e n F l ü g e l s ab, und hier rächte sich die organisatorische Inkonsequenz der Linksunabhängigen. Der linke Flügel der U. S. P., der kommunistisch „fühlt“, sich aber durch den rechten Flügel in seinen Aktionen bestimmen läßt, wollte nicht zugeben, daß die U. S. P. D. mit der S.P. D. eine Regierung bildete und machte Schwierigkeiten. Daß die Kommunisten die Regierung nicht übernehmen dürfen, solange sie die Macht nicht e r o b e r t haben und sich nicht auf die breitesten Schichten der Arbeiterschaft stützen können, ist klar, andererseits aber war es nötig, die Rückkehr der Koalitionsregierung unmöglich zu machen. Es war also eine historisch-politische Pflicht der U. S. P., die keine kommunistische Partei ist, die sich in Praxis n i c h t zur Diktatur des Proletariats bekennt und die diesen Zustand der politischen Unreife des Proletariats zur Ergreifung der politischen Macht repräsentiert, die Konsequenzen zu ziehen.

„Und was sie ist, das wage sie zu scheinen!“

Das war die Meinung unserer Parteigenossen in der Zentralstreikleitung, P i e c k, W a l c h e r und T h a l h e i m e r, die auch den D ä u m i g und Genossen offen gesagt wurde. Diese Stellungnahme traf jedoch zuerst in der Zentrale der K. P. D. selbst auf Widerspruch. Da das Zustandekommen der rein sozialistischen Regierung von der Entscheidung des linken Flügels der U. S. P. D. abhängig gemacht wurde, betrachtete es die Zentrale der K. P. D. als ihre politische Pflicht, ihre Meinung in dieser Frage offen zu sagen und sie in einer von der U. S. P. geforderten „Erklärung“ schriftlich zu formulieren.

Die Erklärung vom 21. März lautet:

1. Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hatte zum Zweck, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke kommunistische Partei, die getragen wird vom [6] revolutionären Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.

3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat Noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die U. S.P.D. die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden kann, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten (Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5. Die K. P. D. sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß der bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange die Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter „loyaler Opposition“ verstehen wir:

Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre. Ziele und Losungen.

21. März 1920. Zentrale der K. P. D. (Spartakusbund).

Diese Erklärung entsprach politisch auch den Forderungen, die die Bolschewiki nach dem Kornilow-Putsch den Menschewisten und Sozialisten-Revolutionären stellten. Sie hatte die Absicht, die bürgerlich-sozialistische Koalition zu sprengen, und sie machte sich absolut keine Illusionen über die Tatsache, daß eine Koalition zwischen Arbeitern, Kleinbürgern, Beamten, Angestellten usw. keine Wunder nach innen und außen schaffen kann. Aber was sie schaffen konnte, das war: eine reinliche Scheidung zwischen der bürgerlichen Konterrevolution und der proletarischen Revolution; sie mußte die bürgerlichen Elemente offen in das Lager der Gegenrevolution drängen und auf diese Weise die Revolution vorwärtstreiben.

Die Erklärung rief eine scharfe Opposition sowohl in der Zentrale als auch im Zentralausschuß hervor. Vor allem hat man in der Er-[7]klärung eine scharfe kritische Stellungnahme zur rein sozialistischen Regierung vermißt. Dann wandte man sich auch dagegen, daß die Erklärung noch während des Kampfes selbst abgegeben wurde, zu einer Zeit, da der Kampf noch nicht entschieden und die realen Garantien des Sieges der Arbeiterschaft Noch nicht vorhanden gewesen seien.

Auf der Sitzung des Z e n t r a l a u s s c h u s s e s der Partei wurde eine Resolution angenommen, die auch auf dem später stattfindenden Parteitag – nach geringen Aenderungen – die Zustimmung der Mehrheit fand. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Abgabe der in der ‚R. F.‘ veröffentlichten E r k l ä r u n g (vom 21.3.) mußte ablenkend wirken. Es ist Aufgabe der Vertreter der K.P. D., alle Energien lediglich darauf zu richten, die realen Machtverhältnisse mit revolutionären Mitteln zu ändern. Die Frage einer eventuellen Regierungskombination ist von durchaus sekundärer Bedeutung gegenüber dem Kampf des Proletariats für seine Bewaffnung und den Ausbau der Arbeiterräte.

Die weitere Politik der K. P. D. kann nur unter den Losungen der eigenen Partei geführt werden.

Es ist Aufgabe der Partei; unter schärfster Kritik der S. P.D. und der U. S. P. führend in die kommenden Kämpfe einzugreifen zur Eroberung und Befestigung weiterer Machtpositionen auf dem Wege revolutionärer Massenaktionen des Proletariats.“

Diese Resolution wie die Kritik der Erklärung ignorieren vollständig sowohl den historisch-politischen Inhalt der Märzkämpfe wie den Stand des Kampfes am Tage der Abgabe der Erklärung. Die

Erklärung wurde nach einer Woche des Generalstreiks abgegeben, wobei die Leitung des Generalstreiks in Berlin und größtenteils im Reiche in den Händen von Legien und anderen Sozialverrätern lag. Solange also die Arbeiterschaft, die Angestellten und Beamten ideologisch sehr stark von den sozialverräterischen Parteien beeinflußt waren, solange konnte der Generalstreik nicht in einen siegreichen Aufstand mit dem Endziel der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ausmünden. Es war nötig, diesen Verlauf des Kampfes taktisch in Rechnung zu stellen. Die Erklärung formulierte nicht die Ziele des siegreichen Kampfes des Proletariats, sondern sie versuchte, die Resultate der Kämpfe, die zu einer weiteren Steigerung nicht fähig waren, politisch zu fixieren und auszuwerten.

Wenn die Resolution weiter sagt, daß die Regierungskombination von „sekundärer Bedeutung" sei, so vergißt sie zu bemerken, daß es sich nicht um eine Regierungskombination gewöhnlicher Art, sondern um einen Bruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition handelte. Eine ausdrücklich gegen die Bourgeoisie gebildete Regierungskombination ist durch ihre Existenz schon eine Voraussetzung für die Bewaffnung des Proletariats und den Ausbau der [8] Arbeiterräte und damit auch für den Weg zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.*)

Wir sagen „Voraussetzung", denn solange die Bourgeoisie Einfluß auf den Staat und seine Machtmittel hat, kann von einer Bewaffnung der Arbeiterschaft keine Rede sein, auch dann nicht, wenn hie und da diese Waffen auf revolutionärem Wege vorübergehend in die Hände der Arbeiterschaft kommen.

Würde sich aber, so wurde eingewendet, die K. P. D. nicht die Hände gebunden haben, wenn sie bei der Entstehung einer solchen rein sozialistischen Regierung Hebammendienste geleistet hätte. Würden die Kommunisten dadurch nicht den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten Waffen in die Hände gegeben haben, sodaß diese hätten sagen können, die Kommunisten hätten ihr Recht auf Kritik verwirkt, nachdem sie sich selbst mit der Existenz einer rein sozialistischen Regierung einverstanden erklärt und ihr sogar Loyalität zugesichert hätten? Darauf ist kurz zu antworten: Wenn die rein sozialistische Regierung die Vorbedingung zu unserer „loyalen Opposition" loyal durchführen wird, wenn sie den Kampf gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie und das reaktionäre Junkertum mit allen Mitteln durchsetzt und der Arbeiterschaft keine Steine in den Weg legen wird, so werden wir nicht nur loyale Opposition treiben, sondern mehr noch: Die K. P. D. würde verpflichtet sein, eine solche Regierung sogar zu unterstützen, weil ihr Kampf unser Kampf ist. Führt sie aber diesen Kampf nicht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, versucht sie, die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen und Organisationen zu drangsalieren, so untergräbt sie den Boden ihrer eigenen Existenz, denn dadurch schwächt sie sich nicht nur gegenüber der Bourgeoisie, sondern sie verliert auch das Vertrauen der Arbeiterschaft und damit macht sie sich unmöglich. In diesem Falle würde die ganze „Loyalität" unter den Tisch fallen, und die K. P. D. würde gezwungen sein, diese Regierung so zu bekämpfen, wie sie das Noskeregiment bekämpft hat.

[9] Soll damit gesagt werden, daß wir von der sogenannten rein sozialistischen Regierung die Lösung aller Probleme erwarten, daß wir glauben, die Regierung sei imstande, den Sozialismus zu verwirklichen? Keineswegs! Im Gegenteil! Die sozialistische Regierung, die versuchen wird, ohne diktatorische Maßnahmen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben, wird in eine Situation geraten, wo ihr Bankrott unvermeidlich ist. Sie wird nicht imstande sein, die Sozialisierung ernstlich

*) Unsere ungarischen Freunde haben in ihrer südosteuropäischen Zeitschrift „Kommunismus" Anstoß an der Zusicherung der „loyalen Opposition" genommen, die sie unverständlicherweise als „sehr gemäßigte" Opposition bezeichnen. Sie schreiben: „Wir kennen in der Arbeiterbewegung nur eine ähnliche Erklärung, und zwar die des Vertreters der ungarländischen sozialdemokratischen Partei, der nach der Oktoberrevolution in Ungarn erklärte, daß seine Partei, um die Errungenschaften der Revolution zu befestigen, den Klassenkampf sistiere." Es scheint, daß unsere ungarischen Freunde nicht nur Worte falsch interpretieren, sondern auch politische Tatsachen und politische Erklärungen.
Eine Erklärung, die den Burgfrieden mit der Bourgeoisie proklamiert, mit einer Erklärung zu vergleichen, die den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie auf die Spitze treiben und ihn bis zu den letzten Konsequenzen steigern will, ist mindestens verwunderlich. Es beweist nur, daß diese Genossen weder aus den ungarischen noch aus den russischen Erfahrungen gelernt haben.

durchzuführen. Sie wird nicht vermögen, sich durchgreifend der Arbeitslosigkeit und der Teuerung zu erwehren. Was sie aber gründlich leisten kann und leisten muß, das ist: ein Exempel zu statuieren für die Unmöglichkeit, den Sozialismus ohne die Diktatur des Proletariats durchzuführen.

Diese Lehre ist so wertvoll für die gründliche ideologische Vorbereitung der jetzt noch unter dem Einfluß der S. P. D. und U. S. P. D. stehenden Arbeiterschaft für die Rätediktatur, daß man diesen politischen Zustand herbeizuführen alle Ursache hat, gerade vom Standpunkt der Partei aus, die konsequent auf dem Boden der proletarischen Diktatur steht.

Der Fehler, den unsere Parteifreunde begehen, besteht darin, daß sie den Kampfweg, den die russische Arbeiterschaft gehen mußte, um zur Diktatur des Proletariats zu gelangen, für die deutsche Arbeiterschaft antizipieren wollen, ohne die Erfahrungen selbst machen zu müssen. Uebrigens wäre auch für die russische Arbeiterschaft der Aufbau der Sowjetmacht viel leichter gewesen, wenn sie nicht so schnell zur proletarischen Diktatur hätte greifen müssen.

Auch in Rußland war – nach dem Kornilow-Putsch – eine Situation, wo die Zeit für eine rein sozialistische Regierung da war, wo die bolschewistische Partei von der Regierung Kerenski forderte, sie solle die Koalition mit der Bourgeoisie brechen, wo sie versprach, in diesem Falle die Regierung nicht mit Gewaltmitteln zu stürzen. Kerenski jedoch und die rechtsstehenden Menschewisten mit Tseretelli lehnten es ab auf die Koalition mit der Bourgeoisie zu verzichten, und dann mußten sie die Konsequenzen ihres Schrittes in Kauf nehmen. Aber niemand hat diesen politisch unklugen und verbrecherischen Schritt der Menschewiki im Interesse der Entwicklung der proletarischen Revolution mehr bedauert als die Führer der Bolschewikipartei; denn sie sind dadurch gezwungen worden, den Kampf um das Endziel, die Ergreifung der politischen Macht in aller Schärfe aufzunehmen, einen Kampf, der große Anstrengungen und viel Opfer gekostet hat, die hätten gemindert werden können, wenn eine Periode der gründlichen Abwirtschaftung der rein sozialistischen Illusionen die Ausreifung des russischen Proletariats auf anderem Wege ermöglicht hätte.

Die Erklärung der Zentrale der K. P. D. hat ihre historische Pflicht getan. Wenn sie trotzdem zu keinem politischen Effekt geführt hat, wenn seine rein sozialistische Regierung zustande gekommen ist, so liegt die Verantwortung dafür nicht auf der K. P. D.

Verantwortlich ist vor allem der rechte Flügel der U. S. P. D. mit Crispien an der Spitze, der den Abbruch des Generalstreiks durch-[10] gesetzt hat in einem Moment, wo die Arbeiterschaft gegen eine Wiederholung des Noskeregiments noch nicht gesichert war und wo die mehrheitssozialistische Partei mit Ebert an der Spitze noch in der Lage war, ihr Koalitionsprogramm gegenüber den Angriffen von links innerhalb ihrer eigenen Partei durchzusetzen.[*)]

V.

Die Lehren des Kapp-Putsches.

Am Tage nach dem Abbruch des Generalstreiks verkündete in der Berliner bürgerlichen Presse Conrad Haußmann, der Führer der bürgerlichen Demokraten, den Sieg der Koalitionsidee. Dadurch ist die Niederlage der Arbeiterschaft in diesem Kampfe mit einem Wort charakterisiert. Trotz der zahlreichen Opfer, trotz der ungeheuren Kampfesfreudigkeit der gesamten Arbeiterschaft ist es in den Märztagen 1929 den deutschen Arbeitern nicht gelungen, die Bresche zu schlagen, die notwendigerweise geschlagen werden muß, damit die Arbeiterschaft den Weg zur Eroberung der politischen Macht beschreiten kann. Die bürgerlich-sozialistische Koalition regiert weiter, und sie muß sich weiter als Noskeregiment – wenn auch unter anderem Namen – durchzusetzen versuchen. Ihre erste Tat, mit der sie sich wieder eingeführt hat, war die großangelegte militärische Aktion gegen das Ruhrgebiet, wo es der Arbeiterschaft gelungen war, sich gründlich von der Militärdiktatur zu befreien. Dieser Aufmarsch gegen das Ruhrgebiet mußte notwendigerweise die Amnestie der treulosen Generale zur Folge haben, trotz des Steckbriefs gegen Kapp, Lüttwitz und einzelne andere Führer des Putsches.

[*)] Siehe Anlage Nr. 4 (Rundschreiben Nr. 42 der Zentrale der K. P. D. vom 22. März 1920).

Der Aufmarsch gegen das Ruhrgebiet, der unter der Parole „gegen den roten Terror der bewaffneten Banden!“ vor sich geht, wird notwendigerweise zu einer Aktion im ganzen Reiche führen, nicht nur um die Entwaffnung der Arbeiterschaft in den Gegenden, wo sie sich zur Abwehr der Militärdiktatur bewaffnet hatte, vorzunehmen, sondern auch um die Arbeiterschaft politisch zu entrechten und sozial zu drangsalieren. Die neuerstandene bürgerlich-sozialistische Koalition wird versuchen die Standrechtpolitik von 1919 zu wiederholen, und es ist ein blutiger Witz der Geschichte, wenn der Befehlshaber der Reichswehr, General von S e e c k t, Ende März 1920 den Befehl vom Januar 1919 wiederholt, durch den der damalige Volksbeauftragte Philipp S c h e i d e m a n n im Unteroffizierston die Arbeiterschaft unter Androhung der schwersten Strafen aufforderte, sofort die Waffen abzuliefern, die sie benutzt hatte, um die Regierung der preußischen Junker davonzujagen.

Zwei Wochen später, nachdem die Vereinbarung zwischen dem Gewerkschaftsbund und der E b e r t-N o s k e-Regierung getroffen wurde, und es zu den bekannten acht Punkten kam, in denen die Gewerkschaften d:n größten Einfluß auf die Gestaltung der Regierung abgerungen haben, und in denen die Regierung sich verpflichtete, schleunigst Maßnahmen zur Reinigung der Reichswehr, zur Demokratisierung und [11] Republikanisierung der militärischen Macht, zur schleunigsten Durchführung sozialistischer Maßnahmen usw. zu treffen, kräht kein Hahn mehr nach dieser Vereinbarung. Im Gegenteil! Die Hetze gegen die Arbeiterschaft geht weiter, und man weiß nicht, wie tief in diese konterrevolutionäre Tätigkeit hinein die bürgerlich-sozialistische Regierung sich drängen lassen wird.

Aber die Geschichte wiederholt sich nicht! Der proletarische Kampf im März 1920 war der Abschluß einer absteigenden Linie der Revolution und bildet den Anfang zu einer aufsteigenden Bewegung. Die proletarische Macht im Staate ist gewachsen. Das Machtbewußtsein der Arbeiterschaft ist in diesem Kampfe erhöht worden. Das Gefühl der Klassensolidarität ist gestiegen. Die einmal geschaffene Einheitsfront, die die Machtentfaltung der Arbeiterschaft in nie dagewesener Tiefe ermöglichte, kann durch konterrevolutionäre Maßnahmen der bürgerlich-sozialistischen Regierung nicht ausgetilgt werden. Der gesellschaftliche Boden ist durch die Märztage 1920 tief erschüttert: Vor allem aber hat die Wiederaufnahme der bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung durch die mehrheitssozialistische Partei dieser Partei der Sozialverräter den Todesstoß versetzt. Der Militärputsch gab der Noskepartei noch einmal eine letzte Gelegenheit, sich zu retten. Wenn sie N o s k e und H e i n e zwar davongejagt hat, deren Politik aber durch Hermann M ü l l e r weitertreiben läßt, so wird sie keine Gnade vor den Augen der Arbeiterschaft finden und keine Rechtfertigung vor der Geschichte. Eine Arbeiterpartei, deren Politik konsequent bis zu einem Militärputsch geführt hat, die selbst durch einen K a p p-Putsch nicht hat belehrt werden können, und die – nachdem sie durch unermeßliche Opfer der Arbeiterschaft wieder in den Sattel gehoben worden ist – weiter die gleiche Politik wie vorher treibt, eine solche Arbeiterpartei hat zum wiederholten Male bewiesen, daß sie von Gott und allen guten Geistern verlassen ist. Bei den nächsten Wahlen – wenn nicht schon früher – wird sie eine Antwort von der deutschen Arbeiterschaft erhalten, wie sie noch nie eine Arbeiterpartei in der Welt hat zu hören bekommen. Sie ist zusammen mit dem rechten Flügel der U. S. P. D. dafür verantwortlich, daß die Bourgeoisie politisch weiter ihren arbeiterfeindlichen Einfluß ausüben kann. Sie ist verantwortlich dafür, daß die Bourgeoisie wieder in den Sattel gehoben wurde und mit ihr der zur Verfassung „bekehrte“ Militarismus. Sie wird auch verantwortlich sein für die Folgen dieser Retablierung des Noskeregiments.

In der Entwicklung der deutschen Revolution war ein Moment vorhanden, wo die Mehrheitssozialisten und der rechte Flügel der Unabhängigen einen verhältnismäßig ruhigen Gang der revolutionären Entwicklung hätten herbeiführen können, wo die übergroße Zahl der werktätigen Bevölkerung Deutschlands bis tief hinein in kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Elemente sich auf dem Boden einer Politik der gemeinsamen Rettung der deutschen Volkswirtschaft aus dem Zusammenbruch hätten finden können, wo die Arbeiterschaft nicht gezwungen zu sein brauchte, unter den schwierigsten Bedingungen, durch die blutigsten Kämpfe für ihre Befreiung zu kämpfen. Ob dieser Moment noch einmal kommen wird, ist mehr als zweifelhaft. Die Zahl der Arbeiter, der Beamten und der Angestellten, die noch in den Illusionen der mehrheits-[12]sozialistischen Ideologie befangen waren, die noch den bürgerlich-demokratischen Methoden vertrauten, wird unter dem Einfluß der neu aufgefrischten bürgerlich-sozialistischen Koalitionspolitik von Tag zu Tag zusehends schwinden.

Die Gewerkschaftspolitik unter Legien hat einen Altweibersommer erlebt, wo sie tatsächlich die Führung des Kampfes in Händen hatte und so auf ihr Wort große Schichten von Beamten, Angestellten und Arbeitern hörten. Aber die Gewerkschaftsbureaukratie hat auch diesmal das Vertrauen dieser breiten Schichten der Arbeitenden schimpflich getäuscht. Sie hat die arbeitenden Massen wieder der Diktatur des Kapitals unter der Führung der bürgerlich-sozialistischen Koalition ausgeliefert. Sie hat den Erfolg der schweren Tage des Generalstreiks illusorisch gemacht, sie hat die kämpfenden Arbeiter, Beamten und Angestellten um die Erfolge ihres Kampfes geprellt. Dieses Kunststück wird schwerlich zum zweiten Male wiederholt werden können. Aus diesen Tatsachen werden Lehren gezogen werden, die diese Massen in das Lager der Kommunistischen Partei führen werden, der einzigen Partei, die die bürgerliche Demokratie als Diktatur des Kapitals denunziert hat, und die den einzigen Rettungsweg im Aufbau der proletarischen Wirtschaft sieht.

Wenn die breiten Schichten der arbeitenden Massen die Lehren aus der Praxis der bürgerlichen Demokratie, des Noskeregiments von 1919 und des Kapp-Putsches vom März 1920 ziehen werden, dann werden sie sich nicht mehr die politische Führung der Legien und Crispien gefallen lassen. Dann ist die Zeit für eine rein sozialistische Regierung, die aus mehrheitssozialistischen Verrätern und unabhängigen Hampelmännern zusammengesetzt ist, vorbei. Dann sind die Etappenstationen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur schon nicht mehr nötig, denn dann wird die übergroße Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung sich mit Verachtung und Ingrimm von diesem „Sozialisten"-Pack abwenden. Dann ist die Zeit für die proletarische Diktatur gekommen.

April 1929.

VI.

Anhang.

Anlage Nr. 1.

(Aus dem Rundschreiben der Zentrale der K. P. D. vom 22. März 1920.)

„Aus dem Reiche wird gemeldet: Am schärfsten tobt der Kampf in Rheinland-Westfalen, wo zirka 50.000 bewaffnete Arbeiter mit Maschinengewehren, Kanonen und Minenwerfern der Reichswehr gegenüberstehen und bisher siegreich vorgedrungen sind. Ein Gruppenkommando ist geschlagen, ein anderes vernichtet, Essen, Mühlheim, Duisburg, Dinslaken, Hamborn, Oberhausen und Düsseldorf sind von den revolutionären Arbeitern genommen; General Watter ist dabei, von auswärts Truppen heranzuziehen, um die Arbeiter entscheidend zu schlagen. Wir rufen unsere Genossen im Reich auf, die kämpfenden Arbeiter weitestgehend zu unterstützen, und zwar in erster Linie dadurch, [13] daß der Generalstreik überall dort, wo er von neuem entfacht werden kann, entfacht wird, daß insbesondere alle Truppentransporte nach Rheinland-Westfalen unmöglich gemacht werden, daß insbesondere der Eisenbahnverkehr nach dem Rheinlande unterbunden wird.

Aus dem Chemnitzer Bezirk wird berichtet, daß in weiten Gebieten die Arbeiter die Macht übernommen haben; Arbeiterräte wurden in über 100 Städten gewählt, die Arbeiter bewaffnet, die Reichs-, Sicherheits- und Einwohnerwehren entwaffnet. Es tagte bereits ein Kongreß der Arbeiterräte, an dem 100 Delegierte aus 100 Städten teilnahmen. Bei den Arbeiterratswahlen in Chemnitz bekamen die Kommunisten 65.000 Stimmen.

Im Dresdener Bezirk wurden in einigen Orten die Einwohnerwehren entwaffnet, im Kreis Pirna sind die Arbeiter bewaffnet.

In Leipzig und Halle finden schwere Kämpfe zwischen Arbeitern und Reichswehr statt, die Entscheidung ist noch nicht gefallen.

In Bayern sind bisher revolutionäre Erhebungen nicht gemeldet.

In Württemberg fand ein zweitägiger, gut durchgeführter Generalstreik statt. Jetzt herrscht überall Ruhe.

Im Bezirk Bremen ist alles ruhig. Der Generalstreik ist abgesagt.

In Hamburg dauerte der Generalstreik bis Mittwoch. Augenblicklich sind Teilstreifs der U. S. P. D., der K. P. D. und A. A. U. Am Anfang der Woche wurden die Arbeiter vom Senat entwaffnet.

In Kiel haben die Arbeiter die Herrschaft in Händen. 1000 Arbeiter sind gefallen. Die Stadt ist von der Reichswehr eingeschlossen.

In Mecklenburg ist eine starke Bewegung unter den Landarbeitern. Rostock wird von den Arbeitern beherrscht.

In der Umgebung von Berlin sind einige Orte in den Händen der Arbeiter. Unter andern die Funkenstation Nauen.

Im Niederlausitzer Bergwerksrevier sind heftige Kämpfe im Gange. Die größeren Orte sind im Besitz der Arbeiter.

Auf dem Thüringerwald sind Kämpfe zwischen Arbeitern und Reichswehr im Gange. Ob schon eine Entscheidung gefallen ist, wissen wir nicht.

*

A n l a g e Nr. 2.

Rundschreiben Nr. 40. Den 14. März 1920.

An die Bezirksleitungen.

... Nach kurzem Zögern ist die Arbeiterschaft in Berlin, im Rheinland und in vielen andern Orten in den Generalstreik getreten.

Die K. P. D. tritt in den Generalstreik ein. Unsere Organisationen haben die Pflicht, die Losungen zu geben.

Gestern schien es hier in Berlin, als ob die Arbeiterschaft passiv bleiben würde und wir glaubten, falls die Arbeiterschaft nicht aktionsbereit sei, eine Aufforderung zum Generalstreik nicht sofort geben zu können. sondern weitere Aktionen der Militärdiktatur, die die Arbeiter in Harnisch bringen, erst abwarten zu müssen.

[14] Seit gestern hat sich die Situation geändert. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß wir uns nicht nur nicht dem Kampfe entgegenstellen, sondern uns bestreben müssen, daß er so energisch wie möglich und mit den entschiedensten Parolen geführt wird. ...

Dabei warnen wir euch bei aller Pflicht, den Kampf so energisch wie möglich voranzutreiben, vor der Vorstellung, als ob nun etwa mit einem Schlage die Illusionen, die bislang in den Köpfen der Arbeiter über den Wert der bürgerlichen Demokratie herrschten, beseitigt seien. Es ist anzunehmen, daß es erst einer langwierigen und opferreichen Kampfführung bedürfen wird, bis diese Illusionen in den entscheidenden Schichten der Arbeiterschaft restlos beseitigt und voll? Klarheit über das Ziel der Rätediktatur und die entsprechende Entschlossenheit und Opferbereitschaft im Kampf um sie hergestellt sein wird.

Die propagandistische Hauptaufgabe unserer Genossen besteht darin, mit der Kritik der Militärdiktatur, die kurz abzumachen sein wird, zugleich die bürgerliche Demokratie, die Regierung Ebert-Noske und die M. S. P. und die Gewerkschaftsbureaukratie der unerbittlichsten Kritik zu unterziehen.

Die letzten Ziele, die wir der Bewegung stellen, müssen von vornherein klar ausgesprochen werden, jedoch müssen sich unsere Genossen klar sein, daß sie in Aktionen gebunden sind und begrenzt sind durch die Ziele, die die Mehrheit der Arbeiter sich vorläufig steckt.

Es handelt sich also darum, in den Aktionen im ständigen Kontakt mit dem Gros der Arbeiter zu bleiben, in der Kritik aber unsern Standpunkt in jedem Augenblick gegen die zu begehenden oder begangenen Unzulänglichkeiten Irrtümer, Fehler, Verräterei scharf hervorzukehren.

Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes der Arbeiter gegen die Militärdiktatur ruft in den Arbeitern notwendig den Willen zur Sammlung hervor. Die Herstellung einer gemeinsamen Kampffront kann nicht erfolgen durch den Zusammenschluß der Parteien, die in Grundsätzen und Zielen abweichen. Das gegebene Organ des Zusammenschlusses der Arbeiter für gemeinsame Führung von Aktionen und zur Herstellung eines einheitlichen Willens auf Grund der gegenseitigen Auseinandersetzung sind die Betriebs- und Arbeiterräte. Dem Ruf der Arbeiter nach Zusammenschluß zu gemeinsamer Aktion müssen unsere Organisationen nicht nur kritisch gegenübertreten, indem sie den Zusammenschluß der Parteien ablehnen, sondern sie müssen diesem Drang das positive Organ schaffen: die Betriebs- und Arbeiterräte. Die Aufgaben der Betriebs- und Arbeiterräte in diesem Kampf gegen die Militärdiktatur, dessen Auftakt dieser Generalstreik ist, sind politisch und wirtschaftlich zugleich. Diese Aufgaben umfassen die Herausbildung der B.- und A.-Räte als politische Kampforgane und gleichzeitig als Organe zur Kontrolle der Produktion nach allen Seiten. Dabei muß besonderer Nachdruck gelegt werden auf die Organisierung und Mobilisierung des Landproletariats zu Guts- und Dorfräten. Die Militärdiktatur wird sich auf dem Lande sofort bemerkbar machen als Junkerdiktatur ...

Mit kommunistischem Gruß

Die Zentrale der K. P. D.

[15]

A n l a g e Nr. 3.

Das Bielefelder Abkommen.

(Vom 24. März 1920.)

Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Kapp-Putsch entstandenen Lage auf Grund folgender Vereinbarungen in Einklang bringen wollen:

(Die ersten acht Punkte entsprechen dem Abkommen der Gewerkschaften. Siehe H. 23, S. 30.)

9. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- und Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit den Gemeinden und Behörden die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb zehn Tagen geschehen. Danach wird an die Stelle dieser Ausschüsse ein aus organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß gebildet der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.

10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in der Stärke bis zu drei auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.

11. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.

12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe des requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.

13. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, 12 Uhr mittags, zu entlassen.

14. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos VI und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärte der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiter berufen

werde der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.

15. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 bis 12 festgelegte Regelung erfolgt ist. [16]

16. Reichsminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reich übernommen werden. Die Konferenz spricht die Forderung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.

17. Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr werden Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.

* *
*

A n l a g e Nr. 4.

Rundschreiben Nr. 42. 22. März 1920.

An die Bezirksleitungen.

... In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend war die Regierung E b e r t-N o s k e geräuschlos aus Berlin verschwunden, die K a p p-L ü t t w i t z mit den Baltikumern hatten die Stadt besetzt und sofort eine Einheitsfront mit der Reichs-, Sicherheits- und Einwohnerwehr geschaffen. Zu Auseinandersetzungen unter den bewaffneten Truppen ist es nirgends gekommen.

Am Sonnabend früh hatte die Regierung und die Generalkommission zum Generalstreik aufgefordert. Die Aufforderung war unter anderem von N o s k e und W e l s unterschrieben. Die Zentrale hat dieser Aufforderung gegenüber die größte Zurückhaltung geübt. Am Sonnabend früh war noch wenig Stimmung unter den Arbeitern, für N o s k e in den Generalstreik zu treten. Im Laufe des Sonnabends änderte sich die Situation, hervorgerufen durch das außerordentlich brutale Vorgehen der bewaffneten Truppen. Der Generalstreik nahm rasch an Ausdehnung zu. Die U. S. P. D. schloß sich am Sonnabend nachmittag der Aufforderung zum Generalstreik an. Am Sonntag früh forderte die Zentrale der K. P. D. zum Generalstreik auf mit der Parole: Sofortige Wahl von Arbeiterräten, Zusammentritt der Vollversammlung und Uebernahme der Kampfleitung durch den Vollzugsausschuß. Am Montag früh war der Generalstreik vollständig durchgeführt.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil von der Regierung zum Streik befohlen wurde, insbesondere das Heer der Beamten, die unter Hinweis auf ihren Beamteneid nicht wagten, der K a p p-Regierung Dienste zu leisten.

Die Verhandlungen zwischen S. P. D., U. S. P. D. und K. P. D. wegen der einheitlichen Leitung der Aktion scheiterten, weil die S. P. D. nur für Wiederherstellung des bisherigen Zustandes den Kampf führen wollte, während U. S. P. D. und K. P. D. ihren Kampf gegen die neue und alte Regierung zugleich führen mußten. Unsere Verhandlungen mit der U. S. P. D. scheiterten am Sonntag, da diese [17] sich weigerte, die Parole Arbeiterratswahlen herauszugeben mit der Begründung, daß ihre Partei den Einfluß auf die Streikleitung nicht verlieren wolle.

Die K a p p-Regierung hatte sich verrechnet. Weder die Großkapitalisten noch das Bürgertum standen hinter ihr. So hatten die Banken der neuen Regierung die Gelder gesperrt, es drohten ferner Verwicklungen mit der Entente, das Bürgertum bekam Angst vor dem Proletariat. Auf Grund dieser Schwäche hatten denn auch die H i n d e n b u r g und L u d e n d o r f f von der Militärpartei, die D e u t s c h und R a t h e n a u von der Großindustrie und auch die Bankdirektoren es abgelehnt, in die K a p p-Regierung einzutreten. Die Folge waren innere Zerwürfnisse und der Zusammenbruch der K a p p-Regierung. Daran scheiterten auch die Verhandlungen der alten Regierung.

Die revolutionäre Energie des Berliner Proletariats hatte von Tag zu Tag zugenommen; und damit steigerte sich die Rücksichtslosigkeit der Soldaten. Ein bewaffnetes Vorgehen der Berliner Arbeiter war unmöglich, da diese völlig waffenlos dastehen ...

Wir suchten den Kampf politisch zu steigern durch intensive Propaganda der Arbeiterratswahl, durch die Forderung: Bewaffnung der Arbeiter und Entwaffnung der Bourgeoisie und durch Hervorkehrung unserer Feindschaft zur E b e r t-N o s k e-Regierung.

Am Mittwoch nahm die U. S. P. D. endlich unsere Forderung auf Wahl von Arbeiterräten an. Wir traten infolgedessen in die Streikleitung, die bisher nur aus U. S. P.-Leuten bestand, ein. Die Forderung nach Arbeiterratswahlen fanden bei der Arbeiterschaft nicht den nötigen Widerhall. Sie wurden am Donnerstag ausgeschrieben, und zwar nach einem L e i c h e n-M ü l l e r ähnlichen System, mit indirektem Wahlverfahren. Viele Betriebe nahmen überhaupt keine Wahlen vor und beauftragten ihre früheren Betriebsräte mit ihrer Vertretung, sodaß wir Kommunisten voraussichtlich fast gar nicht vertreten sind. Die Vollversammlung tritt heute abend oder morgen früh zum erstenmal zusammen. Ueber Zusammensetzung und Verlauf können wir daher noch nicht berichten.

Bereits am Donnerstag griff die Generalkommission der Gewerkschaften in die Verhandlungen wegen Neubildung der Regierung ein, nachdem an Stelle K a p p-L ü t t w i t z die S c h i f f e r-S e e c k t getreten waren. Die Gewerkschaftsverbände unter Führung der Generalkommission hatten sich gegen die Wiederkehr der B a u e r-N o s k e gewandt, sie verhandelten mit der U. S. P. D. wegen Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums. Die U. S. P. D. lehnte ab unter dem Druck des linken Flügels. Der rechte Flügel hatte alle Neigung, einzutreten. Sie fügten sich aber, nachdem D ä u m i g die Kabinettsfrage gestellt hatte und mit der Parteispaltung drohte.

Die Generalkommission verhandelte darauf mit den Mehrheitsparteien der alten Regierung. Auf Grund dieser Vereinbarungen (S. 30/31, Nr. 23) erklärten die Gewerkschaftsverbände, und zwar: der [18] Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und der Deutsche Beamtenbund den Generalstreik für beendet und forderten zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf. Bemerkenswert ist, daß die Berliner Gewerkschaftskommission unter Führung der U. S. P. D. diesem Beschluß zugestimmt hatte.

Die weitere Entscheidung über die Fortführung des Kampfes soll in die Hände der heute abend tagenden Vollversammlung gelegt werden. Heute, Montag vormittag, ist die Arbeit nur an wenigen Stellen aufgenommen worden. Insbesondere ruht der Verkehr noch fast vollständig.

Da nach Ansicht der Zentralstreikleitung nach der Aufforderung der Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit der Generalstreif nur noch wenige Tage fortgesetzt werden kann, beschäftigte sich die Zentralstreikleitung mit der Frage, unter welchen Bedingungen der Generalstreik abgebrochen werden könne.

Genossen! Ihr werdet uns fragen, welche Parolen wir euch geben. Wir wissen und hoffen mit euch einig zu sein, daß für die Errichtung der Räterepublik der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. Wir haben aber die Pflicht, aus diesem Kampfe alles herauszuholen, was für das Proletariat nur irgend herauszuholen ist. Wir haben die Pflicht, auf dem Weg zu unserem Ziel so weit als möglich zu gehen. Das Ziel in diesem Kampfe wird uns gesteckt durch die revolutionäre Energie des Proletariats und durch die geistige Reife des Proletariats. Was aber erreicht werden kann und unseres Erachtens erreicht werden muß, ist erstens die Bewaffnung des Proletariats, damit die kommende Regierung, sehe sie aus wie sie wolle, sich auf die Bajonette der Arbeiter und nicht auf die Bajonette der Bourgeoisie stützen muß. Die Wahl von Arbeiterräten überall, damit wir der kommenden Regierung, auch wenn sie diesmal nicht aus den Arbeiterräten hervorgehen sollte, als organisierte Macht gegenüberstehen.

Genossen! Wir hoffen, daß ihr alle mit heißem Herzen im Kampfe seid und entbieten euch unsern revolutionären Gruß.

Die Zentrale der K. P. D.

*

[19]

Die Kappiade und die Haltung der Partei,[*)]

Von Paul Frölich.

1. Der Beginn des Generalstreiks.

Die Kommunistische Partei hat den Beruf, das Gewissen der Revolution zu sein. Sie hat diese Aufgabe bisher redlich erfüllt und die wüsten Schimpfereien, mit denen besonders die U. S. P.-Presse von Zeit zu Zeit über uns herfällt, beweisen ebenso die Treffsicherheit unserer Kritik, wie der Wandlungsprozeß innerhalb der U. S. P. ihre Fruchtbarkeit bezeugt. Damit diese Kritik am Tun und Lassen anderer Parteien den nötigen Erfolg haben kann, ist zweierlei notwendig: Erstens eine eigene Politik, die aller Kritik standhalten kann und zweitens rücksichtslose Selbstkritik. Die Arbeiter haben ein feines Empfinden für Schwächen und Fehler in der revolutionären Aktion, selbst wenn sie nicht imstande sind, das Wesen einer fehlerhaften Politik zu entdecken und den richtigen Weg zu zeigen. Das Vertrauen zur kommunistischen Politik geht bis tief in die Anhängerschaft der anderen Parteien hinein, wie sie sich bei jeder größeren Aktion zeigt und wie es sich vor allem auch in der Kapp-Affäre in der Provinz offenbart hat. Dies Vertrauen wird selbstverständlich erschüttert, wenn die Kommunistische Partei die Bahnen der revolutionären Taktik verläßt und es kann nur wiederhergestellt werden durch eine Kritik, die das eigene Fleisch nicht schont. Und nur durch solche Kritik können wir die Partei aktionsfähig erhalten.

Von diesem Standpunkt aus müssen wir offen aussprechen, daß die Partei in den Kämpfen in und nach den Kapp-Tagen in Berlin versagt hat. Das ist um so schlimmer, als die Partei durch ihre theoretische Einsicht auf einen Militärputsch vorbereitet war. Die Partei war sich auch klar darüber, was die Massen in diesem Falle zu tun hatten. Gegenüber den syndikalistischen Redensarten: Für die Ebert und Noske machen wir keinen Finger krumm! erklärten wir immer wieder: Für [20] Ebert und Noske gewiß nicht, aber gegen eine Militärdiktatur muß sich das Proletariat um seiner selbst willen erheben und die Tatsache, daß die herrschenden Gewalten in Deutschland die Maske abnehmen, daß durch den Staatsstreich die Situation in Deutschland grell wie unter einem Scheinwerfer beleuchtet wird, muß eine neue revolutionäre Bewegung auslösen.

Wenn auch im letzten Moment der Kapp-Putsch überraschend hereinbrach, so war er doch durch eine ganze Reihe von Tatsachen vorbereitet, die in der Oeffentlichkeit bekannt waren. Und die „Rote Fahne“ wies immer deutlicher auf den nahenden Umsturz von rechts hin. Die Partei durfte sich also nicht überraschen lassen, auch wenn sich plötzlich das überstürzte, was sich langsam seit Monaten vorbereitet hatte.

Die Partei war vorbereitet, der Weg war vorgezeichnet. Ueberall dort, wo sich die Partei sofort an die Spitze der kämpfenden Arbeiterklasse stellte, kam es zu einer Machtprobe von solcher Gewalt und solcher Ausdehnung, wie sie die deutsche Arbeiterklasse noch nicht bestanden hat. Was aber tat die Zentrale der Partei? Sie veröffentlichte ein Flugblatt, in dem es heißt:

Sollen die Arbeiter in diesem Augenblick sich zum Generalstreik erheben?

Die Arbeiterklasse, die gestern noch in Banden geschlagen war von den Ebert-Noske, waffenlos, unter schärfstem Unternehmerdruck, ist in diesem Augenblick nicht aktionsfähig. Wir halten es für unsere Pflicht, das klar auszusprechen.

Die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen.

[*)] Dieser Aufsaß des Genossen Frölich über die Taktik der Partei in den Kapp-Tagen wurde völlig unabhängig vom Aufsatz des Genossen Braun über dasselbe Thema geschrieben. Der Parteitag und der Zentralausschuß haben im Sinne der Kritik Frölichs entschieden, wenn sie auch keineswegs dessen Argumente zu den ihren machten. Die Redaktion der „Internationale“ stand und steht in dieser Frage auf einem Standpunkt, der dem des Genossen Frölich entgegengesetzt ist. Sie behält sich vor, kritisch dazu Stellung zu nehmen. Im übrigen glaubt sie, daß damit dann die Debatte abgeschlossen werden könnte, die keine aktuelle Bedeutung mehr hat. Selbst wenn es im Verlauf der Regierungskrise, die infolge der Reichstagswahlen eingesetzt hat, zu irgendeiner Form von „Arbeiterregierung“ oder „sozialistischen Regierung“ noch kommen sollte, so würde sie entsprechend den veränderten Verhältnissen eine neue Beurteilung erfordern.

Dieser Augenblick ist noch nicht da. Er ist da, wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben wird.

Aus der Parole: „Keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs“ wurde die Parole: Ueberhaupt keinen Finger rühren! Und warum? Weil die Arbeiterklasse in jenem Augenblick nicht aktionsfähig gewesen sei. Das ist eine Schreibtischspekulation, die mit historischer Erkenntnis nichts zu tun hat. Es ist ja billig, nachdem sich durch die Tatsachen erwiesen hat, wie verfehlt jene Spekulation gewesen ist, nun mit seiner besseren Einsicht zu prunken. Immerhin mußte sich jeder Politiker sagen, dessen Denken von revolutionärem Temperament gefördert wird, daß eine Arbeiterklasse, in der sich durch die furchtbaren Erfahrungen eines vollen Jahres Konterrevolution Grimm und Groll bis obenhin angesammelt hat, losbrechen muß, sobald ein so schrilles Signal wie der militaristische Staatsstreich ertönte. In diesem Falle aber kam es gar nicht darauf an, welche Tat man von der Arbeiterklasse erwartete, sondern welche Tat man von ihr fordern mußte. Nicht bei jeder Gelegenheit wird man die Parole zum Kampf herausgeben können. Es gibt Situationen, wo eine solche Parole lächerlich und verhängnisvoll zu gleicher Zeit sein kann, auch wenn es sich um ein hohes und unmittelbares Kampfziel handelt. Eine solche [21] Situation kann gegeben sein, wenn die Arbeiterklasse eben niedergeschlagen worden ist und noch keine Zeit gehabt hat, sich für neue Kämpfe zu sammeln. Es gibt aber auch Situationen, wo die Parole zum Kampf unbedingt heraus muß, wo wenigstens der Vortrupp der Arbeiterklasse ins Treffen geführt werden muß, selbst auf die Gefahr hin, daß er zusammenbricht. Am 13. März war diese Situation gegeben.

Erst wenn die Militärdiktatur ihr Gesicht enthüllt hätte, sollte die Zeit erfüllt sein? Erst dann würden die Massen losbrechen? Erst dann, wenn die Helden dieses 18. Brumaire sich fest in den Sattel gesetzt, sich straff organisiert und sich den ganzen Staatsapparat restlos unterworfen hätten? Wieviel schwerer war es dann, die Arbeiterschaft in Aktion zu bringen, wo sie vollkommen geknebelt am Boden lag? Wir sehen es an Ungarn, dessen Arbeiterklasse die fürchterlichsten Leiden ohnmächtig über sich ergehen lassen muß und das wohl nur durch Ereignisse von wahrhaft weltpolitischer Bedeutung in eine neue revolutionäre Bewegung hineingestürzt werden kann. Selbst dem politischen Kalkulator mußte es klar sein, daß die Opfer eines von zu schwachen Kräften begonnenen Kampfes gegenüber dem nichts zu bedeuten haben, was eine gefestigte Militärdiktatur dem gesamten Proletariat bringen würde. Am 13. März hieß es kühnes Wagen. Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland war dazu entschlossen, die Leitung der revolutionären Partei war es nicht.

Dieses Versagen im entscheidenden Augenblick hat sich furchtbar gerächt. Im politischen Brennpunkte, in Berlin, war damit der Einfluß der K. P. D. auf die proletarische Aktion gebrochen. Die organisatorische Schwäche der Partei war dafür nicht die entscheidende Ursache. Organisatorisch schwach war die Partei auch bei früheren Kämpfen und doch war ihr Einfluß auf die Aktion ein bedeutend stärkerer. So bekamen die Gewerkschaften und die U. S. P. das Heft in die Hand und wie hilflos sie der Situation gegenüberstanden, beweist der erste Aufruf, der gezeichnet ist von der U. S. P., der Zentrale der Betriebsräte und der Gewerkschaftskommission. Die einzige Parole, die in diesem Aufruf enthalten war, war das reaktionäre Gewäsch: Fort mit allen Parteigrenzen und mit allem Parteigezänk! So wurde es auch möglich, daß die Zentralstreikleitung alle notwendigen Maßregeln hintertreiben konnte. Meines Erachtens ist die erste Aufforderung an die Arbeiter in solchen Kämpfen die, daß sie in die Betriebe hineingehen; zunächst schon deshalb, weil die revolutionären Arbeiter dadurch die beste Gelegenheit bekommen, auf ihre wankelmütigen Kameraden einzuwirken. Vor allem aber, weil damit die Arbeiterschaft zu einer kompakten Masse zusammengeballt ist, die jederzeit zu bestimmten Aktionen in Bewegung gesetzt werden kann, und weil das allein die Möglichkeit gibt, die Forderung der Partei: Wahl von Arbeiterräten, welche die Leitung des Kampfes zu übernehmen haben, durchzuführen. Diese Forderung haben anscheinend die Leitungen der U. S. P. überall zu hintertreiben versucht. Aus welchem Grunde, hat die Zentralstreikleitung in einem Schreiben an die K. P. D. deutlich genug gesagt: „Daß die aus sofortiger Wahl hervorgehenden Betriebs- und Arbeiterräte die gegebenen Organe zur Führung dieses Kampfes sind, kann nicht zugegeben werden. Sie würden die Ausschaltung der Parteileitung aus der Führung des Kampfes

bedeuten.“ Es ist die Furcht der [22] Hilferding und Cohn, die Zügel aus der Hand zu verlieren und die Furcht der Däumig und Müller, eine Vollversammlung der Räte zu bekommen, die stark von kommunistischen Elementen durchsetzt ist. Zu Beginn dieses Kampfes wäre die Möglichkeit gewesen, der deutschen Arbeiterklasse wieder Räte zu verschaffen, die selbst von einer neuen Reaktion nicht ohne weiteres hätten beseitigt werden können. Die Arbeiterschaft wäre damit für diesen Kampf und für die Zukunft wirklich mobil geworden. Es war eine unbedingte Pflicht der Partei, der Arbeiterschaft diese Sabotage von seiten der Leitung der U. S. P. bekannt zu geben und ihr die Bedeutung dieser Handlungsweise klar zu machen. Angesichts der Unbeholfenheit, die die reglementsgewohnte deutsche Arbeiterklasse in solchen praktischen Dingen zeigt, wird es sich in Zukunft empfehlen, gleich von vornherein zu sagen, auf so und soviel Arbeiter ist ein Arbeiterrat zu wählen.

Eine klare Parole für den nächsten Schritt, der zu unternehmen war, ist auch von der K. P. D. nicht herausgegeben worden: Die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Selbstverständlich kann die vollständige Bewaffnung der Arbeiterschaft erst ein Resultat des Kampfes sein und insofern steht in der Tat die „Forderung“ der Schaffung einer revolutionären Arbeiterwehr mit der Entwaffnung und Auflösung der Soldateska und dem Rücktritt der Putschregierung auf einer Linie. Aber die Bewaffnung der Arbeiterschaft ist nicht nur eine Forderung, sondern zugleich eine Aufgabe der Arbeiter und sie konnte bis zu einem gewissen Grade durchgeführt werden durch die Uebernahme von Waffenlagern, von denen sicherlich einige erreichbar waren. Auch dazu war die Sammlung der Arbeiter in den Betrieben eine unbedingte Notwendigkeit.

Alle diese Gebrechen haben ihre Ursache in einem erschreckenden Mangel an Selbstbewußtsein und Entschlossenheit. Verantwortungsgefühl darf sich nicht im Versagen, sondern muß sich im Handeln zeigen. Es wird bei künftigen Bewegungen darauf ankommen, nicht darauf zu warten, was aus Verhandlungen mit anderen Instanzen herauskommt, sondern durch ganz klare und unmittelbar praktische Parolen an die Massen heranzutreten. Und diese Parolen dürfen nicht Papier bleiben, auf daß wir hinterher sagen können: Seht, wir haben doch die allerbesten Rezepte gehabt. Die ganze Partei muß mobil sein, muß innerhalb der Arbeiterschaft wirken und durch ihre eigene Initiative die Parolen praktisch durchsetzen. Erst wenn das gelingt, werden wir die Führung in Berlin und zentral im ganzen Reiche in die Hand bekommen, wie wir das in der Provinz jetzt schon zum Teil haben, erst dann auch werden wir eine Partei sein.

2. Die sozialistische Regierung.

War das Versagen der Partei beim Beginn der Aktion eine Folge der mangelhaften Organisation und der daraus sich ergebenden Unentschlossenheit, so besteht die Hoffnung daß ein solcher Fehler in Zukunft vermieden wird. Viel gefährlicher erscheint mir die eigenartige Haltung der Zentrale der Partei gegenüber dem Projekt einer sozialistischen Regierung. Nach dem, was die Zentrale zu Beginn der Bewegung über das Ziel des Kampfes aussprach, konnte man erwarten, daß eine sogenannte sozialistische Regierung, d. h. eine Regierung, die durch ein Kom-[23]promiß der rechtssozialistischen und unabhängigen Führer auf parlamentarischer Grundlage aufgebaut würde, von vornherein auf den entschiedenen Widerstand der Partei stoßen werde. Gleich am ersten Tage des Kapp-Putsches schrieb das Zentralorgan in einem Artikel „Was ist zu tun?“:

Die gestürzten Größen der Mehrheitssozialisten und vielleicht einige konfuse und schwachherzige unabhängige Führer werden versuchen, die Arbeiter zu sammeln zum Kampf um die Demokratie.

Für uns Kommunisten gibt es nur eine Sammlung des Proletariats, die Sammlung um den Kommunismus, um die proletarische Diktatur, um die Räterepublik. Jede Parole, die nicht darauf eingestellt ist, ist Verrat am Proletariat. („Rote Fahne“ vom 14. März 1920.)

In dem Flugblatt: „Nieder mit der Militärdiktatur! Für die Diktatur des Proletariats!“ vom 15. März 1920 heißt es:

Die deutschen Proletarier können auch nicht kämpfen um die Wiederherstellung einer sozialistischen Novemberregierung, die nur ein verkapptes Bündnis mit der Bourgeoisie war. Jetzt gilt es, ein neues Kapitel zu eröffnen. Jetzt endlich muß das deutsche Proletariat den Kampf um seine eigene Macht eröffnen, den Kampf um die proletarische Diktatur und die Kommunistische Räterepublik.

Am 17. März veröffentlicht die „Rote Fahne“ die Losungen der Partei, darunter:

Keine „reinsozialistische“ Regierung mit Parlament als Grundlage.

In einem Artikel „Die Aufgaben des Proletariats“ in derselben Nummer heißt es am Schluß:

Ihr könnt aber auch nicht kämpfen für die Bildung einer „rein sozialistischen Regierung“ mit parlamentarischer Grundlage; sie wäre nur die Wiederholung des verhängnisvollen Irrtums, den wir im November 1918 mit der Einsetzung der Regierung Ebert-Haase begangen haben.

Jetzt gilt es, einen Strich durch die Vergangenheit zu ziehen, jetzt gilt es, die blutigen Lehren zu begreifen, die die bürgerliche Demokratie dem Proletariat gegeben hat. Jetzt gibt es nur noch einen Ausweg, eine Rettung: die proletarische Diktatur, die Räterepublik, die Eroberung der Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse, die zum Kampf formiert ist in ihren Betriebs- und Arbeiterräten.

In den folgenden Publikationen wird von der sozialistischen Regierung nicht mehr gesprochen. Die Parole: „Kommunistische Rätediktatur“ wird abgeschwächt zu der allgemeineren Parole: „Alle Macht den Räten“. Inzwischen hatte die Kapp-Regierung vor den Arbeitern kapituliert. Die Sozialdemokratische Partei blies sofort zum Rückzug: Abbruch des Generalstreiks. Am 20. März sabotierten die Gewerkschaften den Generalstreik, nachdem sie von den Regierungen ein Blatt Papier mit sogenannten Konzessionen erzwungen hatten. Unter dem 21. März veröffentlicht dann die Zentrale der Partei folgende Erklärung:

1. (Zer Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf [24] gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zwecke, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.

3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die U. S. P. D. die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5. Die K. P. D. sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen zur Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.

21. März 1920.

Zentrale der K. P. D. (Spartakusbund).

Diese Erklärung wurde beschlossen an demselben 21. März, an dem ein Aufruf „An Alle“ an den Mauern Berlins klebte, mit diesem Inhalt:

Der Generalstreik bricht zusammen! ... Laßt Euch darum nicht irre machen durch bolschewistische und spartakistische Lügen. Bleibt einig und stark. Macht Front gegen den alles vernichtenden Bolschewismus!

Namens der Reichsregierung:
von Seeckt Schiffer.

[25] Die „Erklärung“ wurde veröffentlicht in der „Roten Fahne“ vom 26. März, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Mehrheitssozialisten nicht nur diese Parole der Reichsregierung billigten, sondern den Feldzug gegen Thüringen und das Ruhrgebiet mit allen Kräften förderten. Sie wurde veröffentlicht ohne jede Einschränkung.

Was war geschehen? Am 20. März war den Gewerkschaften bei den erwähnten Verhandlungen mit der preußischen und der Reichsregierung u. a. folgendes Zugeständnis gemacht worden:

Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

Diese sogenannte Verständigung zeigt deutlich genug die Absicht der Düpierung. Die „Rechte“ der Volksvertretung konnten nicht gewahrt werden, wenn das Abkommen wirklich eingehalten wurde und deshalb war es von vornherein von den Unterhändlern als ein Fetzen Papier angesehen worden. Daß die Gewerkschaften auf Grund dieses Wisches den Generalstreik abblasen ließen, war ein glatter Verrat der Arbeiterschaft an die Gegenrevolution. Dennoch brachte es der Mann, der die Hauptschuld an dieser Düpierung und diesem Verrat der Arbeiterklasse trägt, Herr Legien, fertig, als Unterhändler für die Errichtung einer „rein sozialistischen Regierung“ aufzutreten. Durch „höhere Gewalt“ aus der Bewegung ausgeschaltet, bin ich nicht genau darüber orientiert, wann diese Verhandlungen über die Bildung der sozialistischen Regierung begannen. Immerhin, leitete Herr Legien diese Verhandlungen vor dem 20. März ein, dann verriet er die Beteiligten am 20. März. Begann er erst an diesem Tage mit den Verhandlungen, dann ward seine Tücke offenbar, denn kein verständiger und erfahrener Mensch wird angesichts der vorliegenden Tatsachen dem geriebenen Legien irgend welchen guten Glauben zusprechen können. Jedenfalls steht fest, daß trotz des oben erwähnten Regierungsaufrufs, der den Kampf gegen links proklamierte, die Regierungssozialisten im Amte geblieben waren und daß sie bis zum 26. März von ihrer Partei weder zurückgerufen worden noch ein Mißtrauensvotum in irgend welcher Form erhalten hatten. Der Zweck der Uebung Legiens ergibt sich daraus vollkommen klar: Beschäftigung der Arbeiterklasse mit einer Illusion und dadurch Desorganisation ihrer Reihen, damit der Augenblick für die proletarische Aktion verpaßt werde. Es war ein Manöver, so schamlos und platt, und dennoch hat die Zentrale der Partei es nicht durchschaut, sondern praktisch gefördert.

Der Sinn der Erklärung der Zentrale war kein anderer, als die U. S. P. und vor allem ihren linken Flügel in die sozialistische Regierung hineinzutreiben. Darüber besteht kein Zweifel nach den Ausführungen, die Genosse Pieck am 23. März in der Delegiertenversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins machte:

[26] Die Koalition muß vernichtet werden. Deshalb setzen wir den Generalstreik fort. Die gegenwärtige Situation ist nicht reif für die Räterepublik, sondern für eine reine Arbeiterregierung. Als revolutionäre Arbeiter ist uns eine reine Arbeiterregierung außerordentlich erwünscht. Sie kann allerdings nur eine Uebergangsperiode bilden. Wir müssen die Arbeiterregierung erzwingen. Das muß eine Forderung der Arbeiter sein, denn eine solche Regierung entspricht dem Reifegrad des Proletariats. Der rechte Flügel der U. S. P. hat diese Gelegenheit verpaßt. Die Massen des Proletariats standen hinter den Anschauungen des linken Flügels der S. P. D. und des

rechten Flügels der U. S. P. D. Die U. S. P. D. hat die Arbeiterregierung abgelehnt und damit in einem politisch günstigen Augenblick die Vorteile des Proletariats nicht wahrgenommen (heftiger Widerspruch und Beifall). Ihre Pflicht war es, sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Die Arbeiterregierung muß erzwungen werden, kein anderer Weg führt zur Räterepublik. Sie gibt freie Entwicklungsmöglichkeiten für alle Richtungen des Proletariats. Diesen. Zustand, der unbedingt nötig ist zur politischen Schulung der Arbeiterklasse hat eine Partei verpaßt. Der rechte Flügel der U. S. P. will nicht die Räterepublik. Das wird der treibende Keil innerhalb der U. S. P. sein. („Freiheit“ vom 24. März 1920.)

Selbstverständlich hat die Zentrale nie daran gedacht, selber in eine solche sozialistische Regierung einzutreten. Ist es da nicht rührend zu sehen, wie Genosse Pieck der U. S. P. zuredet und wie er sie verantwortlich macht für eine verpaßte Gelegenheit? Heißt das nicht in Wirklichkeit, dieser Partei zu sagen: Du bist nun schon mal eine Hure, also prostituiere Dich weiter, damit wir selber unsere Jungfräulichkeit behalten können! Rührend in der Tat ist eine solche Naivität. Aber Politik ist das nicht.

Die Gründe für diese Stellung der Zentrale sind von Pieck in jener Rede schon gestreift worden, sie werden deutlicher noch ausgesprochen in dem Artikel: „Die Kappiade“ in der „Roten Fahne“ vom 26. März 1920. Es heißt dort:

Weswegen sind diese Massen (die heute hinter der U. S. P. stehen) nicht Kommunisten? Einfach deswegen, weil sie noch glauben, daß das kommunistische Ziel auch im Wege bürgerlicher Demokratie erreicht werden könne. Mit dieser Anschauung haben die Massen der U. S. P. sich zusammengefunden und diese Anschauung beherrscht heute noch ihre Führung. Wir halten die Anschauung für eine Illusion, die U. S. P. hat sie für Wirklichkeit ausgegeben und in jedem politischen und geschichtlichen Sinne liegt jetzt der U. S. P. die Verpflichtung ob, das, was sie vertreten hat und was sie jetzt erreichen kann, auch zu tun. Die Partei würde sich selbst aufgeben, die sich weigerte, zu tun, was tun zu wollen sie immer gepredigt, womit sie geworben hat.

Wenn wir also uns keinen Augenblick verhehlen, daß die Arbeiterregierung den Kommunismus nicht bringen wird, so sind wir doch des Glaubens, daß diese Arbeiterregierung [27] der wirkliche Ausdruck des derzeitigen Wollens und der derzeitigen Kräfteverhältnisse des Proletariats sei. Und in diesem Sinne werden wir auch diese Regierung respektieren. Wir werden nicht aufhören, auch unter dieser Regierung um die Seele des Proletariats zu kämpfen, aber keiner von uns dächte daran, ehe wir der Proletarier Seelen gewonnen haben, die Regierung zu stürzen, die für den Befreiungskampf des Proletariats noch immer die prächtigste Voraussetzung wäre.

Maßgebend für die Zentrale war also der Gedanke: wir haben dafür zu sorgen, daß sich das verwirklicht, was der historischen Notwendigkeit entspricht. Und dieser an sich richtige Gedanke wird in dem Sinne verstanden, daß sich die praktischen Parolen der Partei mit diesem historisch Notwendigen, oder mindestens mit dem decken müssen, was dem Wollen und dem Kräfteverhältnis des Proletariats im allgemeinen entspricht. Der Tausend, dann hätten wir am 4. August die Parole herausgeben müssen: Für den Weltkrieg und Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung. Wir haben ein wenig anders gehandelt. Wie falsch handelte am 9. November Rosa Luxemburg, als sie nicht den Herren Scheidemann und Ebert eine loyale Opposition versprach, sondern Verrat schrie. Die historische Notwendigkeit war in beiden Fällen ganz außer Zweifel und das Wollen der arbeitenden Massen ebenfalls. Weder am 4. August noch am 9. November noch irgend wann sonst hat die Partei nach dieser Maxime gehandelt, und Rosa Luxemburg hätte niemals ihre Politik von einer so stumpfen Geschichtsauffassung leiten lassen. Die historische Notwendigkeit setzt sich durch. Aber sie darf sich nur durchsetzen, wenn anders die Partei ihre Pflicht tut, gegen den Widerstand der Partei, bis die Situation reif geworden ist, um die Ziele der Partei zu erfüllen. Nur wenn die Kommunistische Partei jede Halbheit, die als historische Notwendigkeit zur Wirklichkeit wird, von vornherein und nicht nur mit Worten, sondern durch ihr gesamtes Handeln kritisiert, wird der stärkste Erfolg im Klärungsprozeß der Arbeiterklasse erreicht und dafür am schnellsten gesorgt, daß die historische Notwendigkeit von heute zur historischen Unmöglichkeit von morgen wird. Die Verteidiger jener sonderbaren politischen Theorie, daß die Parolen einer revolutionären Partei unmittelbar mit der historischen Notwendigkeit des Augenblicks zusammenfallen müßten, vergessen, daß zur Verwirklichung dieser historischen Notwendigkeit

doch auch alle jene Kräfte gehören, die ihr widerstreben, und daß beim Ausfall eines bestimmten Teils dieser widerstrebenden Kräfte eine ganz andere historische Notwendigkeit zustande kommt. Auf dem Gebiete der Physik läßt sich genau berechnen, in welcher Richtung eine Bewegung vor sich gehen muß, wenn verschieden starke Kräfte in verschiedener Richtung auf einen Punkt wirken. Es ist die mittlere Diagonale im Kräfteparallelogramm, in der sich historisch notwendig die Bewegung vollzieht. Aber um diese notwendige Diagonale auch als wirklich notwendig erscheinen zu lassen, darf nicht eine Kraft ihrem Beruf zuwider sich von vornherein auf die vermeintliche Diagonale einstellen, weil dann eine ganz andere Bewegung herauskommt. Gerade daran liegt ja das große historische Unrecht der U. S. P. und der sonstigen Passanten des goldenen Mittelweges, daß [28] ihnen das Ergebnis der Tagesgeschichte so wunderbar Recht gibt. Die U. S. P. hat deshalb immer die Stimmung der breiten Massen hinter sich, weil sie sich ihre Politik von dieser Massenstimmung diktieren läßt. Das kann doch wohl nicht unser Ehrgeiz sein!

Die ganze Theorie, daß die sozialistische Regierung eine historische Notwendigkeit sei, ist falsch. Wenigstens insoweit, als eine sozialistische Regierung als das Produkt eines akuten revolutionären Kampfes in Betracht kommt. Als Ergebnis einer Wahl ist sie nicht unwahrscheinlich. Die Auffassung, daß der Weg von der Koalitionsregierung zur Räterepublik über die sozialistische Regierung gehe, ist gewiß plausibel, aber völlig undialektisch. In Wirklichkeit haben sich die Gegensätze in Deutschland so zugespitzt, daß nur die Diktatur von der einen oder der anderen Seite eine gewisse Ruhe garantieren kann. Die augenblickliche Bewegungsfreiheit für die revolutionäre Partei ist allein den Propagandabedürfnissen der bürgerlichen Parteien in der Wahlzeit zu danken und es ist sehr fraglich, ob diese bürgerlichen Parteien bis zum Wahltage ohne den Belagerungszustand im ganzen Reihe auskommen werden. Besteht jetzt auch nicht die offene Diktatur der Bourgeoisie, so doch die Bereitschaft dazu, sobald auch die geringste revolutionäre Regung einsetzen sollte. Eine sozialistische Regierung, herausgeboren aus einem revolutionären Kampfe, müßte sofort den Kampf mit der gesamten Militärmacht aufnehmen. Diplomatisieren hilft da nicht mehr. Die sozialistische Regierung könnte sich nur halten, indem sie die Massen bewaffnet und gegen das bewaffnete Bürgertum zum Entscheidungskampfe einsetzt. Woher sollten Rechtssozialisten und Rechtsunabhängige den Mut zu solchem Entschlusse nehmen? Daß die sozialistische Regierung nicht zustande kam, war gerade historische Notwendigkeit, entsprach gerade dem Reifegrad des Proletariats, das noch nicht zum Entscheidungskampfe bereit ist. Die Rechtsunabhängigen waren bereit, sich durch eine bürgerliche Politik, d. h. nämlich das Ausweichen vor dem Entscheidungskampfe, korrumpieren zu lassen. Aber sie wollten, daß sich damit zugleich die ganze U. S. P. korrumpiere. Die Linke fand weder zu dem einen noch zu dem anderen den Mut. Und so blieb als verwirklichte Notwendigkeit die Koalitionsregierung, die verkappte Diktatur der Bourgeoisie, charakterisiert durch den weißen Schrecken im Ruhrgebiet und zugleich gemildert durch die Wahlbedürfnisse.

An diesem praktischen Ergebnis ist die Politik der Zentrale nicht schuldlos. Die Zentrale hat zwar energisch auf die Fortsetzung des Generalstreiks hingewiesen, aber sie förderte durch ihre Haltung die Illusionen in der Arbeiterschaft über die sozialistische Regierung und schwächte damit die Kampfesluft. Sie gab zu gleicher Zeit all den Elementen, die nicht den Mut zur Weiterführung des Generalstreiks hatten, die Möglichkeit, durch das Herumreiten auf dem Regierungsproblem die Aufmerksamkeit der Massen abzulenken. Für die Kommunistische Partei war die Haltung dem Regierungsproblem gegenüber sehr einfach gegeben: K o n z e n t r i e r u n g d e r g e s a m t e n K r ä f t e d e r P a r t e i a u f d i e F o r t f ü h r u n g d e s K a m p f e s. Je erfolgreicher der Kampf geführt wurde, um so günstiger mußte auch das Resultat sein, das sich in der Zusammensetzung und der Politik der künftigen Regierung ergeben hätte.

[29] Mit den Gründen, die für diese Politik der Zentrale angegeben werden, ist es herzlich schlecht gestellt. Aber die Gründe sind nicht die Motive, die die Zentrale zu ihrer Stellung veranlaßt haben. Es ist gut, daß diese Motive klar und deutlich ausgesprochen worden sind. Sie werden offenbar, wenn Genosse Pieck erklärt, die Arbeiterregierung sei uns außerordentlich erwünscht, weil sie freie Entwicklungsmöglichkeiten für alle Richtungen des Proletariats bringe, wenn in dem erwähnten Artikel der „Roten Fahne“ gesagt wird, daß die Arbeiterregierung die prächtigste Voraussetzung für den

Befreiungskampf des Proletariats sei, und sie finden ihren klassischen Ausdruck in Absatz 4 der Erklärung der Zentrale, wo gesagt wird, für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus sei ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenützt werden und die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könne, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur. Genosse Paul Levi sprach denselben Gedanken am 26. März bei den Betriebsräten mit folgenden Worten aus:

Die K. P.D. sehe in den Verhandlungen mit Ebert und der preußischen Regierung, von denen Genosse Däumig gesprochen habe, eine keineswegs nebensächliche, sondern sehr ernste und notwendige Sache. Es müsse eben in dieser Situation jeder Weg gegangen werden, der die Macht in die Hände des Proletariats bringen könnte. Gelingt das und selbst wenn auch nur in einer Weise, die nicht die restlose Erfüllung aller Wünsche bringe, so bekomme wenigstens die Revolution eine notwendige Atempause, werde verhindert, daß die Bourgeoisie die Macht in die Hände bekomme und erneut auf unabsehbare Zeit behalte. Es sei grundfalsch, zu beklagen, daß die Revolution in Deutschland so langsam voranschreitet. Das sei keine Schwäche, sondern beweise ihre Stärke, beweise, daß das deutsche Proletariat den Ernst der Revolution und die durch ihre Gründlichkeit bedingte Langwierigkeit erkenne. Die Revolution vollziehe sich eben nicht in stürmischem Schwung, bis zur Vollendung, sondern spiele sich in Etappen ab. Jede Etappe, die eine Machtstärkung des Proletariats bedeute, müsse benutzt werden. In der jetzigen Situation sei die Möglichkeit einer Räterepublik, der Verwirklichung unseres Endzieles, nicht gegeben. Wir dürfen aber nicht ablassen mit unseren Bemühungen auf Revolutionierung des Proletariats und dazu jeden gangbaren Weg gehen. Die Weltrevolution erst bringt die Erfüllung unseres Kampfes. („Freiheit“, 28. März 1920.)

In diesem Zusammenhang ist es unmöglich, auf die Halbwahrheiten dieses Pseudomarxismus einzugehen. Wesentlich ist, was hier in das richtige Wort geprägt wird und von Pieck und in der „Roten Fahne“ in demselben Sinne ausgesprochen wird: die Sehnsucht nach der Atempause. Sechs Monate ruhiger Entwicklung, sechs Monate Zeit zur Organisations- und Agitationsarbeit; sechs Monate lang täglich einen Artikel voll historischer Weisheit und guten Pointen, sechs Monate mit dem täglichen Nachweis, daß wir selber alles am besten verstehen – und das Proletariat wird reif zur Rätediktatur. Es ist ein Gedanke, [30] dessen ein Revolutionär und ein Marxist sich schämen muß. Gewiß empfindet jeder von uns, wie stark die Partei unter der Illegalität zu leiden hatte, wie sehr vor allem unsere Organisationstätigkeit durch den Belagerungszustand und die beständigen Verfolgungen gehemmt wurde. Aber so notwendig eine starke und straffe kommunistische Partei für den Sieg des Proletariats ist, viel notwendiger ist die revolutionäre Entschlossenheit der Massen. Diese Entschlossenheit erwirbt das Proletariat nicht durch Predigten, sondern einzig und allein im Kampfe selbst. Und wenn wir auch die Pflicht haben, jede Möglichkeit der Aufklärung der Arbeiterschaft bis zum letzten auszunutzen, so wissen wir doch, daß stärker als jedes gesprochene und geschriebene Wort die revolutionäre Situation als solche und das eigene Handeln der Massen die Köpfe revolutioniert. Diese Erziehungs- und Aufklärungsarbeit der Geschichte selber dürfen wir nicht unseren Legalitäts- und Organisationsbedürfnissen zum Opfer bringen, wir müssen vielmehr versuchen, im Sturme der Zeit unsere Organisation zu schaffen. Soll die Organisation klein sein, wenn sie nur in Kämpfen gehämmert worden ist.

Die Sehnsucht nach der Atempause hat zu einer rein opportunistischen Politik geführt. Und sie hat gerade dadurch der Partei in diesem Moment das verscherzt, was sie für die Zukunft sichern sollte: die Gewinnung der Massen für die K. P. D. Genosse Pieck hat sicherlich Unrecht, wenn er behauptet, daß die Arbeitermassen, die überhaupt als aktive Teilnehmer am revolutionären Kampf in Betracht kommen, heute noch hinter dem linken Flügel der S. P. D. und dem rechten der U. S. P. stünden. Sie stehen als kompakte Masse hinter dem linken Flügel der U. S. P. Und wenn ihnen auch die Illusionen, die wir zu unserem Erstaunen jetzt bei den Genossen Levi und Pieck antreffen, noch stark im Blute liegen, so erwarten sie doch nicht den Kommunismus von der Demokratie. Große Teile dieser Massen sind auf dem Wege zu unserer Partei. Was kann sie zwingen, diesen Weg zu Ende zu geben? Etwa unser „Nachweis“, daß die U. S. P. als vorletzte Partei noch eine historische Mission zu erfüllen habe? Eine Politik der K. P. D., die der U. S. P. den Weg bereitet? Ganz gewiß nicht. Nur dann kommen die

Massen zu uns, wenn wir ihnen ganz klar und deutlich den Spalt zeigen, den sie zu überspringen haben, wenn sie wirklich als revolutionäre Kämpfer gelten wollen. Nur dadurch gewinnen wir sie, daß wir eine ganz einwandfreie und zielklare Politik treiben, die deutlich den Unterschied zwischen uns und der U. S. P. markiert. Daß wir nicht spekulieren und Vorteile durch Verhandlungen erschleichen wollen, sondern unsere ganze Kraft einsetzen für die Veränderung der tatsächlichen Machtverhältnisse. Diesen klaffenden Riß zwischen unserer und der U. S.P.-Politik haben die Arbeitermassen der U. S. P. diesmal nicht gesehen. Deshalb ist ihre Unsicherheit nur gestärkt worden, ihr Kritikvermögen gegenüber ihren Parteiführern geschwächt. Und die Situation war uns niemals günstiger als jetzt.

Bis zum Ueberdruß ist in dieser Aktion den Massen von der Zentrale bescheinigt worden, daß sie noch nicht reif seien für die Rätediktatur. Das ist zweifellos richtig, aber man macht sie nicht reif dadurch, daß man nach einer scheinbar günstigen Situation für die Propaganda unserer Ideen sucht. Man macht sie reif, indem man klar und deutlich [31] durch das eigene Handeln zeigt, was den Massen noch fehlt. Der Gedanke im Spartakusprogramm, daß wir die Macht nur übernehmen werden auf Grund des ausdrücklichen Willens der großen Mehrheit der Arbeiterklasse – ein Gedanke, gegen dessen Formulierung ich mich bereits auf dem Gründungsparteitag wandte –, wird durch den Gebrauch, den namentlich Genosse Levi von ihm gemacht hat, vollkommen kastriert. Bei der Genossin Luxemburg hatte er den Sinn, eine Putschtaktik in der Partei zu verhindern. Hier aber wird er benutzt zur Verhinderung und Abschwächung von Aktionen. Gerade Genossin Luxemburg, die genugsam erfahren und es mit aller Deutlichkeit ausgesprochen hat, daß Revolutionen zwar nie zu früh kommen können, aber immer auch zu früh kommen müssen, würde einer so schablonenhaften Anwendung ihres Satzes auf das schärfste widersprochen haben. Die Auffassung des Genossen Levi schaltet die revolutionierende Wirkung der Tatsachen auf die Massen vollkommen aus. Sie vergißt, daß ein Proletariat, das im Kampfe steht oder einen Kampf durchgefochten hat, nicht mehr dasselbe Proletariat ist, das es vor diesem Kampfe war. Es ist deshalb verhängnisvoll, seine Schritte in einer Aktion einfach diktieren zu lassen von der Auffassung, die man über den Reifegrad der Arbeitermassen vor Beginn der Aktion hatte. Es kommt darauf an, aus jeder Bewegung so viel an mobiler revolutionärer Kraft herauszuholen als irgend möglich ist, gerade um des geistigen Gewinnes willen, den die Arbeiterschaft dabei davontragen kann. Genossin Luxemburg hat bei all ihren kritischen Vorbehalten während des Januaraufstandes ein glänzendes Beispiel dieser Taktik gegeben.

Mir scheint hier die größte Gefahr für unsere taktische Haltung zu liegen. Um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft durch eine putschistische Taktik zu früh die Macht in die Hände bekommt, sucht man Kämpfe zu verhindern, die den Charakter von Entscheidungskämpfen annehmen könnten. Erst sollen die Arbeiter in der marxistischen Schulstube reif gemacht werden, ein Unterfangen, mit dem sich die alte Parteibureaukratie vergeblich abgemüht hat. Diese Taktik will Putsche vermeiden, sie ist im Grunde selber putschistisch, denn sie will Mittelglieder in der notwendigen Entwicklung überspringen. Keine politische Partei kann blind in Niederlagen hineinrennen, aber wer jede Gefahr einer Niederlage vermeiden will, kommt nie zum Kampfe. Die Entwicklung zum Siege geht über eine Kette von Niederlagen, aus denen das Proletariat Kräfte zieht, wenn sie nicht eine Schwächliche Opportunitätspolitik zur Ursache hatten. Wer seine Politik darauf anlegt, jede Aktion vorzeitig zu stoppen, der wird damit nicht die Kräfte für den Entscheidungskampf sammeln und Niederlagen vermeiden, sondern er wird die Arbeiterklasse entnerven und den Weg zum Ziele länger und qualvoller machen.

Der Politik der Zentrale während der Kapp-Affäre hat die Zielklarheit und Entschlossenheit gefehlt. Sorgen wir dafür, daß uns kommende Kämpfe gerüstet finden.

*

[32]

Die Lehren der ungarischen Revolution.

Von P a u l L e v i.

I.

Genosse R a d e k hat in Heft 21 der „Internationale“ uns das hinterlassen, was er aus der ungarischen Revolution gelernt hat. Er hat dabei ein doppeltes Vergnügen: Das eine – discendi voluptas – daß er

etwas dabei gelernt hat, das a n d e r e – docendi voluptas – zu zeigen, daß andere nicht soviel gelernt haben wie er. Dieses andere Vergnügen genießt er mit der eisgekühlten Ueberlegenheit, mit der die Berge des ewigen Schnees auf niedere Gipfel, Faul- und andere Hörner heruntersehen. Die minderen Geister sind .„gutgläubige Kritiker“ – wobei ja wohl der gute Glauben in Gegensatz stehen soll zu schlechtem Verständnis –, sind „politische Raisonneure“ usw. Da meines Wissens in Deutschland niemand außer mir in diesem Sinne „raisonniert“ hat, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, dieses Raisonnement zu Ende zu führen unter Berücksichtigung dessen, was Genosse Radek dazu zu sagen hatte.

Zunächst die Tatsachen.

Am 22. März 1919 wurde in Budapest die Räteregierung ausgerufen. Am 24. März 1919 schrieb ich in der Hanauer „Freiheit“ – die „Rote Fahne“ war eben wieder ein Objekt geworden, an dem Gustav Noske die Preßfreiheit probierte – einen Artikel über die ungarischen Ereignisse, in dem es hieß (nachdem zunächst der Bankrott der ungarischen Bourgeoisie dargestellt war):

„In dieser Situation, vom Grafen Karolyi und der ungarischen Bourgeoisie selbst gerufen, tritt das Proletariat auf den Plan. Die Sowjetrepublik wird in Ungarn ausgerufen, das Proletariat ergreift die Macht. Der Ruf erschallt an die Proletarier aller Länder, an die zumal, die heute der gewaltige Stoßtrupp der Weltrevolution sind: an die russischen Brüder.

An sich ein Augenblick von erhebender Größe. Ein zusammengesunkenes, geknicktes Volk, ein Volk, dem das Licht und alle Luft, alle Aussicht und alle Hoffnung genommen sind, wirft sich in die Arme der Internationale und läutete die Sturmglocken, daß deren schriller Ton hinklingt über die ganze Welt.

Und doch: bei aller Gewalt und Größe der Ereignisse dürfen wir nicht aus dem Auge lassen die historischen Bedingungen, wie das alles ward. Und da muß gesagt werden: Die neue Revolution in Ungarn, die die bourgeoise Demokratie durch die Räteregierung ersetzt, ist nicht der unmittelbare Siegespreis einer Schlacht, die das ungarische Proletariat der ungarischen Bourgeoisie und dem ungarischen Junkertum geliefert. Sie ist nicht das Ergebnis eines Ringens des Proletariats mit der Bourgeoisie, indem diese niedergerungen ward, sondern sie ist die einfache Folge davon, daß die ungarische Bourgeoisie – man kann kein anderes Wort gebrauchen – verreckt ist. Sie ist in Schmach und Schande untergegangen, und das einzige, was bleibt, ist das Proletariat.

Es ist der Fall, von dem wir in unserem Programm sprechen, wo wir sagen, ‚daß die Kommunistische Partei nicht gewillt ist, die Macht zu ergreifen, nur weil – von Deutschland gesprochen – die Ebert-Scheidemann in eine Sackgasse geraten sind oder sich abgewirtschaftet haben‘.

Der Fall ist jetzt in Ungarn eingetreten und fast will uns dünken, als sei schon in den ersten Zügen dieser neuen ungarischen Revolution der Beweis erbracht, wie richtig unsere Auffassung ist. Für uns ist die [53] Möglichkeit für die Diktatur des Proletariats nicht gegeben, wenn die Bourgeoisie sinkt, sondern wenn das Proletariat steigt, wenn es in einem steten revolutionären Kampfe sich die geistige Reife, den Willen und die Einsicht erstritten hat, daß nur in seiner Diktatur das Heil liegt und wenn so der letzte Proletarier durchdrungen ist von dem Glauben an den Sozialismus.

Um von Beispielen zu reden: Das deutsche Proletariat hatte am 9. November die Macht. Es war der stärkste Machtfaktor im Reiche: Seinem Willen hatte sich alles gebeugt. Warum hat es diese Machtposition nicht gehalten? Weil auch seine Macht nicht beruhte auf einem Sieg, sondern auf einem Bankrott vom 9. November und weil dem Proletariat in seiner Gesamtheit, weil der Masse an jenem Tag die Einsicht fehlte, daß es die Diktatur ergreifen müsse: der Wille des deutschen Proletariates war ausgeschaltet, weil es am 10. November bereits wieder aufhörte, einen Willen zu haben, weil es am 10. November bereits begann, auf dem Umweg über die „Vereinigung aller Sozialisten“, das heißt auf dem Umweg über die Ebert-Scheidemann der Bourgeoisie die Macht wieder zu geben, die der eben entglitten war.

Und wie jetzt in Ungarn? Das Proletariat an der Macht infolge des Zusammenbruchs der Bourgeoisie. Hat es trotzdem die geistige Reife? Wir sehen nur das eine: auch am Anfang dieser Revolution steht die ‚Einigung aller Sozialisten‘: auch die Lumpen, die wie die Ebert-Scheidemann das deutsche, so das ungarische Proletariat verraten haben, schwärmen jetzt für Räterepublik und für die Diktatur des Proletariats.

Das ist die Gefahr, die schon heute die ungarische Revolution umlauert, und die wir aufzeigen müssen, um unserer Brüder in Ungarn wie um der deutschen Bewegung willen.“

Ich glaube nicht, daß es heute viele gibt, die diese Analyse – zwei Tags nach dem Geschehnis – für in den Grundzügen falsch halten werden. Ich glaube weiter, daß alle Kritiker – im guten Sinne des

Wortes, versteht sich – der ungarischen Revolution nachträglich nichts anderes feststellen können, als das, was damals gesagt war. Auch R a d e k tut das nicht. Denn wenn er in seinem Aufsatze schreibt:

„Das, was dem Fall der ungarischen Räterepublik folgte, der feige, niederträchtige Verrat der ungarischen Sozialdemokratie ... das wird die ungarischen Proletarier ein für allemal von allen Illusionen über die ungarische Sozialdemokratie kurieren."

so ist das nichts anderes als die Feststellung, daß man eben solche Verräter mit in den Grundbau der Sowjetfestung hineingenommen hatte, und Radek spricht ja auch ganz offen von den „taktischen Fehlern", die Bela Kun und seine Freunde hier gemacht haben.

Man wird mir also wohl zugestehen können, daß das, was ich schrieb, durch den Verlauf gerechtfertigt worden ist, und daß meine Skepsis am 24. März 1919 nicht etwa allgemeine „Mießmacherei" war – die dann nachher, wenn es schief geht, „es immer gesagt hat" –, sondern kritisch die Achillesferse aufzeigte, die die ungarische Räterepublik hatte.

Ich befinde mich also in der merkwürdigen Lage, daß ich mich dagegen verteidigen muß, Recht gehabt zu haben und werde also mich den Gründen widmen, die Genosse Radek dafür ins Feld zu stellen hat, daß richtig falsch und falsch richtig gewesen sei.

Zunächst bin ich auch in der Polemik gegen meinen Freund Radek ein Freund von Klarheit. Und Klarheit ist in diesem Falle, festzustellen, daß das Proletariat von Ungarn und damit das Weltproletariat in [34] Ungarn eine Niederlage erlitten hat. Man soll diese Tatsache nicht verschleiern durch Ausführungen wie etwa diese:

„es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dieser Kampf viel tiefere Folgen hatte, als es die gutgläubigen Kritiker der ungarischen Revolution annehmen. Er hat nicht nur den Willen des ungarischen Proletariats zur Befreiung ausgedrückt, er hat ihn verstärkt und vertieft."

Das ist in der Tat nichts anderes, als wenn etwa gewisse deutsche Professoren und Literaten feststellen, daß die deutsche Niederlage das „innere Wesen" der Deutschen gestärkt habe usw. Es ist nichts anderes als die Feststellung, daß jedes, auch das größte Uebel auf der Welt, eine gute Seite hat. Da wir Kommunisten aber unsere kritische und führende Aufgabe nur lösen können, wenn wir es ablehnen, solche trostreichen Mätzchen mitzumachen, müssen wir im Kern – und auch Radek wird dem nicht widersprechen wollen – die Tatsache der Niederlage feststellen.

Haben wir diese Tatsche festgestellt, so haben wir weiter die Fragen zu prüfen:

1. war die Tatsache der kommenden Niederlage am 22. März voraussehbar?

2. ist es kommunistische Pflicht, eine Taktik mitzumachen, die zur Niederlage voraussichtlich führen mußte?

II.

Ich gehe an die Beantwortung der ersten Frage nicht ohne Gefühl des Unbehagens heran. Denn ich weiß: über eine Sache, die schlecht auslief, n a c h h e r schlecht zu urteilen, läßt nur allzu leiht den Eindruck des „Besserwissens" aufkommen und jenen Eindruck des „Neunmal klüger seins" als alle anderen, und nichts liegt mir ferner als das. Ja ich gehe sogar weiter: ich weiß noch nicht einmal, ob ich, wenn ich an Stelle irgend eines der ungarischen Freunde gewesen wäre, anders gehandelt haben würde, als sie handelten; denn es ist ja bekannt: mitten in der Aktion ist das Urteil jedes Politikers nicht nur das Resultat einer nüchternen theoretischen Erwägung, sondern bei jedem – beim einen vielleicht mehr, beim anderen weniger – ist das Urteil abhängig von unwägbaren Einflüssen, der geistigen Luft, in der man augenblicklich lebt und die das rein theoretische Urteil ablenkt und, je nachdem, die Kraft des Urteils schwächt oder stärkt. Das, was ich hier schreibe, ist also kein „Gescheiterseinwollen", als was es offenbar Genosse Radek gern angesehen haben möchte, sondern die kritische Untersuchung dessen, was in Ungarn geschah, und es ist ein Sichaufspielenwollen um so weniger, als ich ja nicht mich in Beziehung setze zur Ausrufung der Räterepublik in Ungarn, sondern unser Parteiprogramm und dessen Verfasserin.

Also, um zur Sache zu kommen: der Schlüssel meiner Kritik ist der Satz des Spartakusprogrammes: „Die Kommunistische Partei ist nicht gewillt, die Macht zu ergreifen, nur weil die Ebert-Scheidemann in eine Sackgasse geraten sind oder abgewirtschaftet haben“.

Dieser Satz, meint Radek, sei vollkommen berechtigt gewesen als Ablehnung der putschistischen Elemente der Kommunistischen Partei Deutschlands, aber: „Rosa Luxemburg würde es gewiß abgelehnt haben, daß dieser Satz wie eine Sure des Koran von den Kommunisten heruntergebetet wird“.

[35] In dieser Auffassung begegne ich mich mit dem Genossen Radek. Auch ich schätze die sacerdotalen Neigungen von Rosa Luxemburg gering ein, genau so gering wie die seinen und die meinen. Andererseits schätze ich die politischen Fähigkeiten von Rosa Luxemburg zu hoch ein, um zu glauben, sie habe hier lediglich politische Kasuistik getrieben, nur irgend aus einer opportunistischen Laune heraus einen Satz aufgestellt für den Dezember 1918 in Deutschland, sondern ich nehme an, daß dieser Satz im Parteiprogramm die Deduktion ist aus einem politischen Obersatz. Wir werden also, nach meiner Meinung, logisch vorgehen, wenn wir versuchen, diesen Obersatz festzustellen: ist das gelungen, so wird man weiter sehen müssen, ob dieser Obersatz auf Ungarn zutreffe und danach den ungarischen Fall entscheiden. Diese logische Prozedur hätte um so näher gelegen, als der Genosse Radek ja nur den folgenden Satz des Spartakusprogrammes zu lesen brauchte, in dem Rosa Luxemburg die positive Voraussetzung für eine Machtergreifung durch die Kommunisten feststellt. Es heißt dort:

„Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als Kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“

Damit ist der Obersatz wohl ziemlich einwandfrei ausgedrückt, der Rosa Luxemburg geleitet hat: daß das positive Merkmal, wenn man so sagen kann, für die Uebernahme der Macht durch das Proletariat allein im P r o l e t a r i a t gelegen ist und sich ausdrückt in dem revolutionären Entwicklungsstadium, in dem das Proletariat sich befindet.

Aus diesem leitenden Gedanken zog Rosa Luxemburg dann jenen Schluß auf die November- und Dezembersituation von 1918 in Deutschland. Nicht das Negativum auf seiten der Bourgeoisie, sondern das Positivum auf seiten des Proletariats ist das Entscheidende.

Hier hat nun freilich Genosse Radek ein einfaches Rezept zur Hand. Er schreibt:

„Der Gedanke an einen einfachen Zusammenbruch der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition, wobei der Prozeß des Zusammenbruchs des bürgerlichen Staates nicht gleichzeitig ein Prozeß der Sammlung der proletarischen Kräfte wäre: ein solcher Gedanke ist vollkommen unhistorisch.“

Ich wage es, diesen unhistorischen Gedanken zu haben. Die Vorstellung des Genossen Radek ist doch einfach die, daß Bourgeoisie einerseits und Proletariat andererseits gewissermaßen ein System kommunizierender Röhren darstelle, bei denen, was der einen abfließt, der anderen zufließt, in denen das Minus auf der einen m e c h a n i s c h ein Plus auf der anderen Seite hervorruft. Ich meine aber, daß gerade alles Denken in mechanischen Formen unhistorisch sei und bin im ganz besonderen der Meinung, daß durchaus nicht immer der Grad der Zielklarheit und Willensstärke des Proletariates dem Grade der Zerfahrenheit und Desorganisation der Bourgeoisie entsprechen müsse. Wir haben, denke ich, dafür das oben zitierte Beispiel aus dem November 1918 in Deutschland, wo einer momentanen völligen Ohnmacht und Zerfahrenheit der Bourgeoisie nicht eine entsprechende Klarheit und Entschlossenheit, sondern eine nicht minder große Ohnmacht und Zerfahrenheit des Proletariates gegenüberstand. Der Fall, den der Genosse [36] Radek anführt, daß Zusammenbruch der Bourgeoisie gleichzeitig Sammlung des Proletariates bedeute s o, daß der Zeitpunkt des Abtrittes der Bourgeoisie identisch ist mit dem Eintritt des Proletariates in die Macht: der Fall ist w o h l m ö g l i c h, aber d u r c h a u s n i c h t n o t w e n d i g, und man kann vielleicht sogar sagen, daß normalerweise – soweit man überhaupt in der Geschichte von Normen reden darf – zwischen bourgeoiser Nacht und proletarischem Tag sich eine Dämmerung einschieben wird. In solch einem Dämmerzustand, in dem die Kraft der Bourgeoisie unter Umständen schon so geschwunden ist, daß physisch die Gewaltübernahme schon einer kleinen Minderheit möglich sein würde, erwächst für uns Kommunisten die erste

große positive Aufgabe, die wir durchzuführen haben: die Organisation des Proletariates als Klasse in den Räten. Und ich glaube, daß das Ergebnis und der Stand dieses Organisationsprozesses der proletarischen Klasse – der natürlich auch nicht formularmäßig „im Rätesystem" vor sich gehen kann und der ein Auf und Ab von Kämpfen, Demonstrationen, Aktionen usw. sein wird – maßgebend ist für den Zeitpunkt der Uebernahme der Regierungsgewalt durch die Kommunisten und daß das und nichts anderes Rosa Luxemburg zum Ausdrucks gebracht hat. Sie hat diesen Gedanken auch an anderer Stelle des Spartakusprogrammes betont. Und derselbe Gedanke hat nicht nur uns andere deutsche Kommunisten immer geleitet, sondern gerade auch die, für die Genosse Radek besonders warme Worte findet: die Münchener Genossen und den toten Leviné an ihrer Spitze. Denn auch sie haben es abgelehnt, die Macht zu ergreifen, nur weil die Regierung Hoffmann pleite war oder pleite schien und ehe sie sich vom Willen der Proletariermassen dadurch überzeugt hatten oder glaubten überzeugt zu haben, daß sie Neuwahl der Betriebsräte unter kommunistischen Parolen verlangten, wobei sie alle ihre weiteren Entschließungen vom Ausfall dieser Wahlen abhängig machten. Der Fehler, den die Mündener nach meiner Meinung machten, liegt anderswo – ich komme darauf später zu sprechen –; in diesem Verfahren – Neuwahl der Arbeiterräte unter ausdrücklichen Parolen g e g e n die bisherigen Führer – war das Münchener Verfahren geradezu mustergültig: so mustergültig, daß ich glaube, es hätte auch in Ungarn Anwendung finden können und sollen.

Denn darüber, daß und wo die ungarischen Genossen einen Fehler gemacht haben, sind sich alle die ungarischen Genossen wie Radek und ich einig:

„Dieser Fehler", sagt Radek, „liegt auf der Hand. Die ungarische Sozialdemokratie, die zu den am meisten korrupten Gebilden der 2. Internationale gehört, war bankrott, die Massen entschlüpfen ihrer Leitung. Die linken Elemente der Partei entschlossen sich zu einem verzweifelten Schritt, zur Bildung der Räterepublik ... Wollte die Kommunistische Partei nicht die Massen im Stich lassen, so mußte sie darauf eingehen, die Räterepublik zusammen mit den Sozialdemokraten zu machen."

In diesem Satze stellt Genosse Radek zwei Tatsachen fest, die getrennt behandelt werden müssen. Die eine Tatsache ist die, daß die ungarische Sozialdemokratie abgewirtschaftet hatte und die Massen nach links, in der Richtung auf den Kommunismus, abflossen. Der Prozeß der Organisierung und Konsolidierung der proletarischen Klasse auf dem Boden des Kommunismus war damit in ein besonders wichtiges Stadium eingetreten, und auch ich gebe ohne Weiteres zu, daß in einem [37] solchen Stadium die Festigkeit und Entschlußkraft der Massen in ganz kurzer Zeit, in Tagen schon, so wachsen kann, daß eine tragfähige Grundlage für eine Räterepublik da ist. Alles hängt in solchen Tagen davon ab, wie dieser Konsolidierungsprozeß der Massen vor sich geht und was wir Kommunisten tun müssen, um ihn zu einem möglichst dauernden und gründlichen zu machen.

Dia ungarischen Kommunisten haben nun den Weg eingeschlagen, daß sie ein Bündnis mit den Sozialdemokraten eingingen auf der Basis, daß die Sozialdemokraten erklärten, sich auf den Boden des kommunistischen Programms zu stellen – ach! dieser „Boden der gegebenen Tatsachen"! – und daß sie so mit fast allen ihren Führern an der Spitze über Nacht zu Kommunisten wurden. Radek – das ist die zweite Feststellung, die er im oben angeführten Satze trifft – billigt diesen Weg grundsätzlich. Er sagt weiterhin:

„Die Koalition mit den Sozialdemokraten war notwendig; aber die Kommunisten mußten neben dem Regierungsgebäude den Galgen aufgerichtet halten, auf dem sie eventuell ihren lieben Verbündeten vordemonstrieren konnten, was die proletarische Diktatur konkret bedeutet. Indem die Kommunistische Partei diese Vorsicht fallen ließ, war sie den schwankenden Elementen der Sozialdemokratie ausgeliefert."

Ich weiß nun freilich genau: der Hinweis auf den Galgen als Regierungsinstrument macht einen ungemein starken und männlichen Eindruck. Und wer an der alleinseligmachenden Wirkung dieses Machtmittels zweifelt, ruft leicht den gegenteiligen Eindruck hervor. So sehr ich also mir der daraus sich ergebenden Gefahr bewußt bin, spreche ich aus: Ich halte in der proletarischen Diktatur einschneidende und schwere Maßnahmen für nötig gegen die Bourgeoisie, ich kann mir auch vorstellen, daß in schweren Augenblicken das Proletariat sich durch drastische Maßnahmen aufrecht erhalten muß gegen Hasenherzen oder Verräter in den eigenen Reihen: aber im Augenblick der Konstituierung der Räteherrschaft den Galgen zur Methode der Einigung und Zusammenschließung des Proletariats

zu erheben, die Organisierung und Konsolidierung des Proletariates nicht auf der Basis des „klaren und unzweideutigen Willens der großen Mehrheit des Proletariates“, „ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden“ der Kommunisten (wie Rosa Luxemburg sagt), sondern auf der Basis des gegenseitigen Henkens und Gehängtwerdens vorzunehmen: das scheint mir – ich will kein scharfes Wort gebrauchen – doch eine sehr unglückliche Methode des Zusammenschlusses des Proletariates zu sein. Ich glaube auch nicht, daß die Methode jemals angewendet worden ist, nach Aussicht hätte, angewendet zu werden. Mir ist zumal nicht bekannt, daß etwa die russische Räterepublik neben Hammer und Sichel den Galgen als verbindendes Drittes in ihr Wappen aufgenommen hätte und glaube, daß diese Unterlassung nicht auf Zufall oder verstecktem Erröten sondern einfach darauf beruht, daß auch die russische Räterepublik auf anderen Grundlagen aufgebaut ist, als denen, die Genosse Radek in Ungarn empfiehlt. Das Land, das die proletarische Klasse als solche zusammenhält, kann vielleicht kein Rosenband sein, aber sicherlich auch kein Galgenstrick.

Ich glaube also, daß der vom Genossen Radek anempfohlene Weg ernstlich nicht diskutiert zu werden braucht, ich halte ihn grundsätzlich [38] für falsch und glaube, daß in allen solchen Fällen gar kein anderer Weg möglich ist als der, den die Münchener Genossen unter Levinés Führung eingeschlagen haben und der dem Geist des Spartakusprogrammes entspricht. Der ist: die Arbeiterklasse selbst zu befragen, in Betriebsrätewahlen oder besser in Arbeiterratswahlen und die Wahlen zu führen unter solchen Parolen, die im denkbar schärfsten Gegensatz zu ihrer bisherigen „sozialistischen“ Führung stehen. Je schärfer die Parolen in diesem Sinne formuliert sind, um so besser sind sie. Nimmt das Proletariat diese Parolen auf, so ist der Graben, den es gegen seine bisherige Führung zieht, entsprechend tief; dem Proletariat wird bewußt, daß es den Rubikon überschreitet. Lehnt das Proletariat solche von uns gegebenen Parolen ab, zögert es, über den Rubikon zu gehen, nun, so dürfen wir Kommunisten nicht so handeln, als wäre es bereit, über den Rubikon zu gehen. Mir fehlt natürlich die genaue Kenntnis ungarischer Verhältnisse, um andeuten zu können, wie dort im konkreten Falle die Parolen der Kommunisten hätten aussehen müssen. Ich kann mir aber beispielsweise vorstellen, daß Forderungen, wie die Verhaftung von Garbay, Weltner und Kunfyi hätten aufgestellt werden können. Bei dieser Methode wäre, so scheint mir, der Fehler vermieden worden, den keiner klarer empfunden und ausgesprochen hat als Béla Kun selbst mit den Worten: „Es ist zu glatt gegangen“. Und auf Grund dieses eigenen Gefühls von Béla Kun, auf Grund dieser Ausführungen und auf Grund dessen, was ich in Anwendung dieser Gedanken – am 24. März 1919 – schrieb, antworte ich auf die Frage, ob die kommende Niederlage in Ungarn voraussehbar war, mit: Ja.

III.

Hiernach ist die andere vom Genossen Radek aufgeworfene Frage zu prüfen: Haben wir nun auch eine Politik mitzumachen, die voraussichtlich zu Niederlagen führt?

Dieser Fall trifft eigentlich auf Ungarn weniger zu. Denn die Genossen dort haben eben mit der Niederlage als einer voraussehbaren – im obigen Sinne – nicht gerechnet. Dagegen war es in München so. Und in diesem Zusammenhang kann ich gleich antworten auf die Polemik von „Lambda“ in Nr. 22 der „Internationale“, der meine früher in dieser Frage eingenommene Stellung kritisiert.

Zunächst das eine: wenn Genosse Radek in seinem Artikel die These aufstellt, daß der ein politischer Raisonneur und kein politischer Kämpfer sei, der nur dann kämpfen wolle, „wenn die Geschichte ihm notariell den Sieg sichere“, so bedarf es keines Wortes, um diese Dreibatzenweisheit zu bestätigen. Im Uebrigen aber ist das Gegenteil dieses Gemeinplatzes nicht nur hier von niemandem behauptet worden, es steht auch sonst nicht in Frage. Denn in Münden handelt es sich darum, daß unsere Genossen in den Kampf eingetreten sind, „obwohl sie die Aussichtslosigkeit der Unternehmung erkannt und auch vorhergesagt haben“ (Nr. 22 S. 40). Ganz das Gleiche hat mir auch ein anderer führend beteiligter Genosse mündlich bestätigt. Ob man in solchem Falle und w i e man in den Kampf tritt: das ist die Frage.

Diese Frage ist nun weder von Radek noch von „Lambda“ beantwortet, wenn sie betonen, daß „wir dort zu stehen haben, wo die Ar-[39]beiterklasse zu kämpfen hat, wo sie in den Kampf rückt, ob wir siegen oder eine Niederlage erleiden“. Mit diesem Satze ist nämlich entweder eine Selbstverständlichkeit

ausgedrückt oder etwas Falsches. Selbstverständlich ist, daß wir nicht als interessfierte Zuschauer mit den Händen in den Hosentaschen daneben stehen können, wenn die Massen in Aktion treten. In jedem einzelnen Falle müssen wir die Aktion führen. Falsch aber ist, daß Führung der Aktion bedeutet eine Uebernahme der Parolen und ein Sichzueigenmachen der Ziele, mit denen die Massen jeweils in den Kampf rücken. Im Gegenteil: es ist geradezu die Wesenseigentümlichkeit der Kommunisten, daß sie in ihren Zielen sich von den breiten Massen abheben; es besteht zwischen ihnen und den breiten Massen eine gewisse Distanz und das Wesen der Revolution ist, diese Distanz zu beheben. Sie wird behoben sein, wenn die Massen Kommunisten geworden sind, wenn die Revolution ihr Werk vollendet hat. Mit den Parolen herauszutreten, die immer gerade der Masse auf der Zunge liegen, ohne Rücksicht auf die weiten Zusammenhänge der Revolution: das ist nicht kommunistisch, sondern „unabhängig“. Wenn wir Kommunisten uns also bedingungslos immer gerade dahin stellen, wo die Massen stehen, immer für das kämpfen, wofür die Massen kämpfen wollen, „ob wir siegen oder eine Niederlage erleiden“, so ist das nicht nur die Aufhebung unseres politischen Selbstbestimmungsrechtes, sondern es ist die Verleugnung unserer führenden Rolle in der Revolution. Wir sind dann nicht mehr deren Kopf, sondern deren Schwanz. Das alles ist jedem klar, wenn die Massen in ihrer Auffassung hinter ihren historischen Aufgaben zurückbleiben, d. h. dann, wenn unsere führende Rolle dadurch zum Ausdruck kommt, daß wir Aktion und Parolen steigern. Stutzig werden manche Leute nur dann, wenn unsere Parolen scheinbar hinter dem Willen der Massen zurückbleiben. Ungarn bietet für diesen Fall kein Beispiel – dort lag der Fehler wie oben ausgeführt, anderswo – wohl aber München. Das Münchener Proletariat hatte in einer, wie ich glaube einwandfreien Weise seinen Willen zur Räteherrschaft kund getan. Wie aber unseren Genossen selbst klar war, war diese Räterepublik München eine unhaltbare Position mit Rücksicht auf die Gesamtlage der deutschen Revolution. Unsere Genossen sahen von Anfang an das Ende. Und ich sage in einem solchen Falle: es geht nicht an, solche lokalen Möglichkeiten dem Gesamtverlauf der Revolution voranzustellen. Mir scheint, daß das gerade Augenblicke sind, von denen L e n i n sagt, daß „es nicht genügt, ein Revolutionär oder ein Anhänger des Sozialismus oder ein Kommunist im allgemeinen zu sein. Man muß verstehen, in jedem Augenblick das besondere Glied der Kette zu finden, das man mit aller Kraft erfassen soll, um die ganze Kette zu halten und den Uebergang zu dem nächsten Gliede dauerhaft vorzubereiten“. Und von diesem Gesichtspunkt aus ist es gar kein Zurückweichen, sondern gerade das dauerhafteste Festhalten an der Revolution, wenn man taktische Parolen ausgibt, die die sichere oder voraussehbare Niederlage vermeiden.

Gewiß hat Genosse „Lambda“ recht: solch ein Zurückweichen ist kein einseitiger Entschluß. Er hängt ebenso sehr vom Gegner ab: der kann uns „an der Klinge bleiben“. Das ist möglich. In München war es aber nicht nur dieser Entschluß, sondern gleichzeitig der Entschluß [40] unserer Genossen, durchzukämpfen. So trifft für München „Lambdas“ Beispiel gar nicht zu.

Wie unrichtig die in München eingeschlagene Taktik ist, ergibt doch folgende einfache Erwägung. Sind wir von der Niederlage von vornherein überzeugt wie in München: was sagen wir dann den Massen? Entweder sagen wir ihnen die Wahrheit, ihren sicheren Opfertod voraus: dann lähmen wir ohne weiteres den Kampf durch diese Prognose. Oder wir feuern sie an durch die Aussicht auf den Sieg: dann sagen wir die Unwahrheit und wir können getrost sagen: in jedem Augenblick, in dem die freie ungeschminkte Wahrheit unsere Parolen nicht stützt, sondern lähmt, sind unsere Parolen falsch. Unsere Parolen können immer nur im Einklang stehen mit der lautersten Wahrheit, mit der nacktesten Darstellung der Tatsachen.

Wenn man dieses sagt, so verfällt man damit noch lange nicht in das andere Extrem, das Genosse Radek erfindet, um es zu schlagen: daß man den Sieg erst notariell wolle verbrieft haben, ehe man losschlage. Wir alle wissen ganz genau, daß ohne Niederlage die proletarische Revolution nicht vor sich gehen kann. Auch die Niederlagen sind ein Teil der politischen Schulung des Proletariates. Deswegen: wenn Niederlagen kommen, hat keiner von uns je den Mut verloren; man nimmt sie hin wie etwas, was eben sein muß und was gerade wir Kommunisten mutig tragen, weil wir die Vergänglichkeit der Niederlage und die Dauer des Sieges am besten einsehen. Also: daß Niederlagen kommen, weiß jeder und jeder ist darauf gefaßt.

Von Radek und den Münchener Genossen ist aber diese Frage verschoben. Die Münchener haben ja die Kampfparole ausgegeben, trotzdem sie den Zusammenbruch des Kampfes voraussahen und Radek erklärt es für gleichgültig, „ob wir siegen oder eine Niederlage erleiden“. Ich muß gestehen: ich weiß nicht, ob und welche Gedanken ich mir früher über Niederlagen gemacht habe; seit den Berliner Schlachttagen des Januar und März 1919, seit dem Ausgang von München und Ungarn ist mein Glauben an die Wundertätigkeit der Niederlage erschüttert. Ich glaube nicht, daß man gut tut, über so schwere Niederlagen leicht hinwegzugehen wie Radek über die ungarische, indem er konstatiert, daß dort „nicht nur der Wille des ungarischen Proletariats zur Befreiung ausgedrückt, sondern verstärkt und vertieft worden sei“. Ich hege, wie die Dinge liegen, die Befürchtung, daß die Verhältnisse in Ungarn dem dortigen Proletariat auf lange hinaus nicht gestatten, diesen „verstärkten und vertieften“ Willen zu entfalten. Ich empfinde Ungarn wie München als einen Passiv-, keinen Aktivposten der Weltrevolution, und kann mich nicht davon überzeugen, daß es kommunistische Führung sei, so die Aktionen zu treiben, als sei es gleichgültig, ob ein Aktiv- oder ein Passivposten herauskommt, geschweige denn, daß ich sagen könnte: man muß auch eine Niederlage herbeiführen, wenn man keinen Sieg herbeiführen kann; – denn auch die Niederlage hat ja ihr Gutes.

Ich halte es auch nicht für zweckmäßig, wenn Genosse Radek versucht, solche Gedanken dadurch abzuschneiden, daß er diese Kritik identifiziert damit, daß man Märtyrer wie Leviné oder Béla Kun als revolutionäre Abenteurer hinstelle. Ihre Wundmale sind mir ebenso teuer wie dem Genossen Radek. Und ich kann ja nur immer sagen: würde ich an ihrer Stelle im Kampfe, umgeben von Pulverdampf, ge-[41]standen haben, vielleiht hätte ich auch nicht anders entschieden. Aber richtig wäre auch meine Entscheidung dann nicht gewesen. Also nichts sei mir ferner, als daß ich auch nur ein Wörtlein sage darüber, daß sie geirrt haben. Nur dagegen wollte ich ein Wörtlein sagen, daß man, wie Genosse Radek tut, den Irrtum zur kommunistischen Theorie erhebt.

*

Die Entwicklung der Zentrumsparteien und Genosse Radeks Revision der kommunistischen Taktik.

Von E. K o r a n t h.

II.

Erscheint uns der Revisionsvorschlag des Genossen Radek in Bezug auf Deutschland als verfehlt, so in Bezug auf Frankreich und Italien, allgemein gesprochen in Bezug auf die Länder, in denen noch die ungespaltenen Vorkriegsparteien bestehen, als g e r a d e z u v e r h ä n g n i s v o l l. Wir haben schon gezeigt, daß Genosse Radek sich auf Grund mangelhafter, teils sogar unrichtiger Informationen ein falsches Bild von den Parteiverhältnissen in jenen Ländern machte. Nehmen wir die französische Partei als klassisches Beispiel: Seit dem Sommer 1918, von der Zeit an, da die unmittelbare Bedrohung des Landes durch die Heere des deutschen Imperialismus schwand, hat sich ein rascher Radikalisierungsprozeß in den Reihen der Partei vollzogen. Während die kommunistische Richtung auf dem Parteitag vom Juli 1918 noch durch ein v e r s c h w i n d e n d e s G r ü p p c h e n vertreten war, errang ihre Resolution auf dem Märzparteitag 1919, wenn wir nicht irren, schon e i n Z w ö l f t e l aller Stimmen. Heute wird das Verhältnis ein noch ungleich günstigeres sein, aber wir glauben, die Behauptung wagen zu dürfen, daß eine kommunistische Resolution, die nicht nur „sich zur dritten Internationale bekennt“, sondern auch eine konkrete kommunistische Politik im eigenen Lande (z. B. unter anderem das „Herausdrängen“ der Reformisten aus der Partei) verlangte, auch auf dem gegenwärtigen Straßburger Parteitag – wo aber eine solche Resolution gar nicht vorliegt, sondern nur ganz allgemein gehaltene Erklärungen der äußersten Linken – nicht mehr als ein Sechstel der Stimmen auf sich vereinigen würde.[*)] Dabei handelt es sich hier wieder nur um B e k e n n t n i s s e, nicht um T a t e n. Wie es um diese bestellt ist, ist doch hinlänglich bekannt! Man denke nur daran, daß unter den rund 70 Abgeordneten etwa vier oder fünf sind, die man als Kommunisten bezeichnen kann oder die sich selbst als solche bezeichnen, daß alle jene, die unter Bruch der Parteidisziplin bis zuletzt für die

[*)] Der Aufsatz wurde Ende Februar geschrieben.

Kriegskredite gestimmt hatten, als Kandidaten wieder aufgestellt wurden, daß über den Friedensvertrag erst des langen und breiten debattiert wurde, bis man sich schließlich entschloß, ihn abzulehnen, weil er – den Ideen der Gerechtigkeit und des wahren Völkerbundes nicht entspricht! Es mag für Genossen, die seit Jahren in der Weißglut revo-[42]lutionärer Kämpfe leben, schwer sein, sich einen Begriff von der theoretischen Verworrenheit und opportunistischen Verschwommenheit einer Partei wie der französischen. zu machen. Gerade in Frankreich, wo sich die bürgerliche Revolution am gründlichsten ausgetobt, wo sich die bürgerliche Ordnung infolgedessen am tiefsten ins Bewußtsein der Volksmassen eingegraben hat, hat der marxistische Kommunismus die größte Mühe, seine Wurzeln in der Arbeiterklasse zu schlagen. Gerade hier ist darum eine lange kommunistische Erziehung in Theorie und Praxis, mithin auch die Schaffung einer selbständigen kommunistischen Partei besonders notwendig. Genosse Radek meint, daß das Herauskristallisieren der Kommunisten aus der sozialistischen Partei immer schwieriger wird. Uns scheint, daß, mag es schwieriger oder leichter werden, es eine unausweichliche Notwendigkeit ist und bleibt, oder besser gesagt, gerade mit der wachsenden Radikalisierung der Partei nicht überflüssig, sondern immer dringlicher wird. Alle Beteuerungen der Kommunisten, alle noch so schönen Resolutionen über Revolution, Diktatur und Rätesystem bleiben ein Stück Papier und werden von den besten Arbeitern dementsprechend eingeschätzt, solange diese selben Kommunisten den Bruch mit dem Zentrum und nun gar mit den Reformisten ihres Landes nicht vollzogen haben resp. nicht entschlossen sind, ihn zu vollziehen, sobald die Reife der Verhältnisse und der Massen es ermöglicht. Gerade dadurch werden die dem Kommunismus zugetanen Genossen in jenen Ländern erst wirklich Kommunisten, daß sie in Wirklichkeit, nicht bloß in Worten, mit der „friedlichen“ Epoche brechen, indem sie die aus dieser Epoche überkommene „einige“ Partei, die – wie die bisherigen Erfahrungen der Weltrevolution zur Genüge lehren – kein Instrument des revolutionären Kampfes, sondern das Bollwerk der friedlichen Illusionen der Arbeiterklasse sein wird, zerstören und damit erst die wahre Front aufrichten, längs derer die soziale Revolution ausgefochten werden muß. Der lange Schmerzensweg der Spaltungskämpfe, die das russische Proletariat fast während der ganzen zwei Dezennien seines revolutionären Kampfes durchgemacht hat, an deren Anfang das deutsche Proletariat jetzt steht, wird auch den Proletariern der andern Länder nicht erspart bleiben und das um so weniger, je stärker entwickelt die reformistischen Illusionen in der Arbeiterschaft waren. Abkürzen läßt sich dieser Weg nur dadurch, daß sie ihn entschlossen und unbeirrt beschreiten, nicht dadurch, daß sie seine einschneidendste Etappe, den organisatorischen Bruch mit dem Zentrum überspringen wollen. Radeks Losung bedeutet für die Kommunisten in den noch ungespaltenen Parteien praktisch zu allererst, daß sie in jenen Parteien bleiben sollen. Wohin dies führt, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit das Beispiel der deutschösterreichischen Sozialdemokratie: jene „Linken“, die sich nicht von den Reformisten trennen können, stoßen je länger desto mehr die besten Arbeiter durch ihre Halbheit von sich ab, und während sie selbst dadurch zu immer ohnmächtigeren Mitläufern der Sozialpatrioten werden, treiben sie die Massen in die Arme von Anarcho-Kommunisten, die wohl den ehrlichen revolutionären Willen, aber nicht die genügende Einsicht besitzen, um den Befreiungskampf des Proletariats zu führen. Stoßen die marxistisch-kommunistischen Elemente schließlich doch noch zu einer solchen „kommunistischen“ Partei, so werden sie die [43] allerschwersten Kämpfe zu bestehen haben, um deren syndikalistische Tendenzen zu meistern, Kämpfe, die ja sogar den Bestand und die Schlagkraft der Kommunistischen Partei Deutschlands ernstlich gefährdeten, die unter dem Banner des Marxismus gegründet worden ist.

Die italienische sozialistische Partei nimmt allerdings infolge der besonderen ökonomischen Struktur des Landes – die starke revolutionäre Landarbeitermassen erzeugte – und ihrer individuellen geschichtlichen Entwicklung eine Sonderstellung ein; für sie kann das oben Gesagte nur mit großen Einschränkungen gelten, für sie am ehesten scheint daher der Vorschlag des Genossen Radek Berechtigung zu haben. Aber die Tatsache, daß selbst in dieser mehrheitlich kommunistischen Partei die Verdrängung sogar der Reformisten noch nicht gelungen, ja noch nicht einmal angebahnt worden ist, spricht gegen, nicht für die Auffassung Radeks. So prächtig die Haltung der italienischen Partei gegenüber dem Kriege war, die Probe großer revolutionärer Kämpfe hat sie noch nicht bestanden, und erst in diesen Kämpfen werden nicht nur die Reformisten, sondern auch die Zentrumsleute

Gelegenheit bekommen, offen konterrevolutionäre Politik zu treiben, wird somit die Frage der Trennung von ihnen praktisch auf die Tagesordnung der „Maximalisten“ gestellt werden. Die Geschichte hat für Italien noch nicht gesprochen. Und wo sie gesprochen hat, da noch stets zu Radeks Ungunsten. Er beruft sich auf das polnische Beispiel, aber er erzählt uns ja selbst, daß die Einigung der Sozialdemokratie mit der P. P. S.-Lewitza nach langjähriger praktischer Anwendung der Taktik des Gründungskongresses zustande gekommen ist! Daß die Anwendung dieser Taktik auch ein ganz anderes Resultat haben kann, zeigt uns das russische Beispiel: hier endete dieselbe Auseinandersetzung mit der völligen Isolierung der menschewistischen Partei von den Arbeitermassen und deren Abströmen ins bolschewistische Lager. Aber wo immer der Kampf bisher zugunsten des Kommunismus entschieden wurde, da war es durch Befolgung der Losung: organisatorischer Bruch mit dem Zentrum und radikaler Kampf gegen seine gesamte Führung.

Wir hatten eingangs die Frage nach dem Verhalten zu dem radikalisierten Zentrum national und international gestellt. Genosse Radeks Vorschlag bezieht sich direkt nur auf die nationale Seite des Problems, auf die Frage des Verhaltens der Kommunisten eines Landes zur Zentrumspartei dieses Landes. Dieselbe Frage auf internationaler Stufe, nach der Stellungnahme der kommunistischen Internationale zu den an sie Anschluß suchenden Zentrumsparteien, hat Radek merkwürdigerweise gar nicht aufgeworfen – was wohl nur so zu erklären ist, daß er ihre Beantwortung für selbstverständlich hält, und zwar, wie aus verschiedenen Stellen seiner Schrift hervorgeht, in dem Sinne, daß die Kommunistische Internationale ihre Tore allen Parteien, die ihren Anschluß erklären, ohne weiteres offenhalten soll. Jedenfalls können wir uns seinen Ausruf: „Mag es den Herren gelingen, für Monate den Anschluß ihrer Parteien an die Kommunistische Internationale zu verschieben, je später er erfolgt, desto reifer kommen diese Parteien zu ihr und hoffentlich (von uns gesperrt) ohne diese Führer!“ Diesen Ausruf können wir nicht anders verstehen, als daß die Kommunistische Internationale die bekehrten Zentrumsparteien wenn [44] nicht ohne, dann sogar mit diesen Führern in ihren Verband aufnehmen soll. Diese Beantwortung der Frage für die internationale Stufe ist nicht nur die logische Konsequenz ihrer Beantwortung für die nationale Stufe. Radek geht hier noch einen Schritt weiter: die Zusammenarbeit mit der Zentrumslinken, die er auf nationalem Boden an die Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung des Verdrängungskampfes gegen die Zentrumsrechte knüpft, hält er auf internationalem Boden heute schon für möglich. Uns deucht, daß die Kommunistische Internationale sich diesen Standpunkt nicht zu eigen machen kann. Als internationale Kampfgemeinschaft kommunistischer Parteien und Gruppen wurde sie gegründet, als solche wird sie wachsen und erstarken, teils durch; das Wachstum und die Erstarkung der ihr angeschlossenen Parteien, teils dadurch, daß neugebildete kommunistische Parteien und Gruppen zu ihr stoßen. Aber die Aufnahme von ihr wesensfremden Parteien – und eine solche ist die U. S. P. in ihrem heutigen Bestand und wäre es auch dann, wenn ihre Führer in Leipzig mit der Diktatur auch noch die revolutionäre Gewalt geschluckt hätten – kann nicht zu ihrer Stärkung dienen, sie würde vielmehr die Geschlossenheit und Schlagkraft der Internationale gefährden, die Elemente der Uneinigkeit und Schwäche in sie hineintragen. Der Zerfall der Zweiten Internationale ist eben heute schon so offenkundig, daß alle die Opportunisten, die sich nicht mit Haut und Haar der Bourgeoisie verschrieben haben, schon bei der Dritten Internationale Unterschlupf suchen, daß z. B. eine reine Zentrumsgruppe, wie die neukonstituierte tschechische „marxistische Linke“ die Zugehörigkeit zur Dritten Internationale (das Wort kommunistisch vermeidet sie bezeichnenderweise in ihrem Programm) von vornherein unter ihre Forderungen aufnimmt. Schlägt die Kommunistische Internationale die von Radek befürwortete Politik – sofern wir ihn richtig verstanden haben – ein, so werden binnen kurzem fast alle Zentrumsparteien und Zentrumscharakter tragenden gemischten Parteien ihr als Glieder angehören; die Zimmerwalder Bewegung wäre im wesentlichen wieder hergestellt und das, da sie geschichtlich weit überholt ist, auf so morscher Grundlage, daß eine neue Spaltung der Internationale in naher Zukunft zur unabweisbaren Notwendigkeit würde.

Aber wie – soll die Kommunistische Internationale die Proletarier, die voll Begeisterung und Vertrauen zu ihr kommen, von sich stoßen, soll sie ihnen in dogmatischem Hochmut den Einlaß verwehren? Mit nichten, das tut sie nicht und kann sie nicht tun. Der Weg zu ihr ist ja z. B. jedem deutschen

Proletarier geöffnet, es ist der Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands. Dieser Weg ist nicht die bequeme Straße wortrevolutionärer Resolutionen, sondern der dornige Pfad gefahrvollen Kampfes, aber darum von wirklichem Wert für den Fortschritt des Kommunismus. Wir müssen den unabhängigen Arbeitern unermüdlich sagen, daß es mit der Beitrittserklärung zur Dritten Internationale n i c h t g e t a n ist, daß diese Erklärung allein, wie alle schönen Resolutionen, weder Sowjetrußland, noch der deutschen, noch der Weltrevolution etwas nützt, wenn sie ihr nicht T a t e n folgen lassen, wenn sie nicht wirklich den revolutionären Kampf in jedem Augenblick mit dem Einsatz aller Kräfte führen, mit einem Wort: wenn sie nicht nur kommunistisch denken und fühlen, sondern auch kommunistisch handeln [45] werden. Wir müssen ihnen zeigen, wie ihre Führer sie dabei hindern, – wie sie zwar, wenn ihnen vor dem Verlust ihres Einflusses in den Massen bangt, sich auf diesen und jenen „Boden“, auch auf den der Dritten Internationale stellen, aber auch von dort, ja gerade von dort aus den revolutionären Kampf bewußt oder unbewußt sabotieren – um sie zu der Ueberzeugung zu bringen, daß n u r d i e K o m m u n i s t e n imstande sind, sie beim kommunistischen Handeln wirklich zu führen. Die Internationale muß ihnen erklären, daß sie nur kommunistische Parteien in ihren Bund aufnehmen kann, Parteien, die sich nicht nur mit dem Munde, sondern mit der Tat zum Kommunismus bekennen. Das wird die klassenbewußten Arbeiter nicht von der Kommunistischen Internationale abschrecken. Sie sehen heute schon in ihr die einzige internationale Organisation des Proletariats, sie wollen von der alten, verfaulten Internationale nichts mehr wissen. Schon heute ist es für sie keine Frage mehr, daß die Kommunistische Internationale die würdige Vertreterin des Weltproletariats ist, ob aber i h r e P a r t e i auch ein würdiges Glied dieser Internationale zu werden verspricht, das haben sie sich meist noch viel zu wenig gefragt. Die Aufnahme in die Kommunistische Internationale würde diese Frage gar nicht erst in ihnen aufkommen lassen, sondern sie mit stolzer Befriedigung über ihre Partei erfüllen und so den reaktionären Führern die Sabotage der revolutionären Aktionen erleichtern. Die Weigerung der Kommunistischen Internationale dagegen, ihre Partei aufzunehmen, wird eine t i e f e M i ß s t i m m u n g in den unabhängigen Massen erzeugen; je mehr sie die Erfolge der Kommunistischen Internationale bewundern, je mehr sie das Bedürfnis nach entschlossener Führung und internationalem Zusammenschluß empfinden, desto mehr werden sie sich fragen, was denn in ihrer Partei nicht in Ordnung ist, die Kritik der Kommunisten anerkennen und teils zur Kommunistischen Partei übergehen, teils die eigene Partei kommunistisch umzugestalten, die reaktionären Führer auszuschließen und eine kommunistische Führung und Politik durchzusetzen versuchen. Welche von beiden Tendenzen dann schließlich obsiegen, ob die Zentrumspartei zerbröckeln oder sich revolutionieren und zuletzt als Ganzes in die Kommunistische Partei eingehen wird, hängt noch von vielen, schwer zu übersehenden Faktoren, unter anderm sehr wesentlich von der Politik des bürgerlichen Gegners, ab; es ist unseres Erachtens weder möglich noch nötig, das mit Bestimmtheit vorauszusehen.

Was wir hier für die reinen Zentrumsparteien dartaten, gilt mit entsprechenden Aenderungen auch für die noch ungespaltenen, in der Radikalisierung begriffenen Parteien. Auch ihnen gegenüber muß der Grundsatz gelten, daß nicht das „Bekenntnis zur dritten Internationale“, sondern die Durchführung einer kommunistischen Politik, nicht Worte, sondern Taten für ihre Aufnahme den Ausschlag geben müssen. Den Kommunisten in jenen Parteien müssen wir sagen, daß sie den Bruch mit den Reformisten und dem Zentrum erst geistig vorbereiten, dann organisatorisch durchführen müssen, wenn sie nicht das Schicksal der österreichischen Linken, das auch schon das Schicksal der schweizerischen Linken zu werden droht, ereilen soll. Gerade d a r a n werden wir die Kommunisten von den Linksunabhängigen u n t e r s c h e i d e n, daß jene den Bruch herbeiführen wollen, diese nicht. Gewährt die Kommunistische Internationale diesen Parteien in ihrer jetzigen Gestalt Aufnahme, so werden die Ar-[46]beiter die Notwendigkeit der Spaltung, d. h. des unversöhnlichen Kampfes gegen Reformisten und Zentrum nicht begreifen, die prinzipielle Bedeutung des Beitritts zur dritten Internationale würde sich ihnen verwischen, sie würden in dem Augenblick, da sie an ihrer Partei irre werden, auch an ihrer Internationale irre werden müssen. Diese hätte ihr innerstes Prinzip preisgegeben und den Keim der Zersetzung in den eigenen Leib gepflanzt.

Das darf nimmermehr geschehen. Die Kommunistische Internationale muß dastehen als eine felsenfeste Burg, die weder unter dem wuchtigen Ansturm des Feindes, noch bei seinem schmeichelnden

Werben wankt, bewehrt mit dem schwersten Geschütz marxistischer Kritik, bemannt von allen jenen und nur von jenen, die bereit sind, ihr Leben für sie in die Schanze zu schlagen.

*

Kommunistische Arbeitserziehung.

Von H. E r w i n.

Die Absicht, die mich bei der Veröffentlichung meiner „Thesen zum Schulprogramm“ in der „Internationale“ geleitet hat, scheint vielfach mißverstanden zu sein. Thesen zum Programm sind kein Programm. Ich wollte sogar in gewissem Sinne die Ueberflüssigkeit und Schädlichkeit eines solchen spezifischen Schulprogrammes nachweisen, wie es meiner Gegnerin in Heft 22, der Genossin Elfriede Fr. und ihren zahlreichen Gesinnungsgenossen, vorschwebt. Ich haben die Programmfrage ferner nur zur Diskussion gestellt, so weit sie die Arbeitserziehung betrifft; ein ausgeführtes Programm hätte auch den Klassenkampf als Prinzip der Erziehung in Rücksicht ziehen müssen. Die Differenzen in diesen Fragen liegen aber vornehmlich in der Auffassung der Arbeit als Erziehungsmittel, und wie sehr eine Klärung hier nottut, zeigt gerade die Auslassung der Genossin Fr. Nehmen wir sogleich den Kern der Sache vor.

In der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie, um die Worte von Marx aus der „Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms“ (1875) zu gebrauchen, nach langen Geburtswehen aus der kapitalistischen Gesellschaft eben hervorgegangen ist, sind die Mißstände unvermeidbar, die aus dem Umstande entspringen, daß die Individuen trotz ihrer sonstigen Ungleichheit n u r a l s A r b e i t e r von der Gesellschaft gewertet werden. Für gleiche Arbeitsleistung gleichen Anteil am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds – wird noch auf lange hinaus Prinzip für die Verteilung der Existenzmittel bleiben. Allerdings Wird dieser Grundsatz gegenüber Arbeitsunfähigen, Kriegsbeschädigten, Kindern und Jugendlichen schon im Anfange nicht völlig aufrecht erhalten werden können; aber die prinzipielle Verpflichtung aller Arbeitsfähigen zur Teilnahme an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit nach dem Maße der Arbeitsfähigkeit darf nicht durchbrochen werden, solange die Arbeit Mittel zum Leben ist – und das wird sie nie aufhören zu sein. Bei der zweifellosen Arbeitsfähigkeit der Jugend, die nicht nur von Robert Owen, sondern tausendfach vor und nach ihm erwiesen worden ist, wäre es schon aus diesen Gründen widerfinnig, wenn die Gesellschaft des [47] Kommunismus der kapitalistischen darin folgen würde, die Kinder offiziell von aller produktiven Arbeit auszuschließen, zumal der Kapitalismus sehr kapitalistische Gründe für diese Ausschließung hat. Ich will nur erwähnen, daß es seinem Interesse durchaus entgegensteht, speziell den Volksschülern einen Begriff von „erziehlicher“ Arbeit, d. h. von Arbeit ohne Ausbeutung zu geben. Die Kinder sollen im Gegenteil dem Milieu der Arbeit und des proletarischen Klassenkampfes entzogen werden.

Genossin Fr. arbeitet in der Tat unseren Gegensatz scharf genug heraus, wenn sie formuliert: „Die kommunistische Wirtschaft stellt alle e r w a c h s e n e n Gesellschaftsmitglieder gleichmäßig in den Produktionsprozeß hinein, um durch die geregelte Produktion in der Lage zu sein, die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Sie muß daher auch durch entsprechende A u s b i l d u n g i h r e s N a c h w u c h s e s für die gleichmäßige Fortführung ihrer Produktion sorgen. Die kommunistische Wirtschaft macht so den einzelnen frei von Sorgen um die Existenz; sie gewährt also den Kindern und Jugendlichen, i m G e g e n s a t z zu der relativen körperlichen und geistigen K o n s t a n z d e s e r w a c h s e n e n M e n s c h e n, die Fähigkeiten zu neuer Typenbildung, sich Kultur im Sinne von Erkenntnis und Charakterbildung zu erwerben und neu zu schaffen.“

Die Genossin Fr. konstruiert also einen Gegensatz zwischen Kindern und Jugendlichen einerseits und Erwachsenen andererseits, zwischen dem Alter der Ausbildung, der Erwerbung von Erkenntnis und Charakterbildung und dem Alter der körperlichen und geistigen Konstanz. Ich wiederhole, daß ein Schulprogramm, das diesen im kapitalistischen System und in kapitalistischer Erziehung begründeten Gegensatz als wesentlich zugrunde legt, meiner Ansicht nach als schädlich, als reaktionär bezeichnet werden muß. Der natürliche Altersgegensatz aber spielt keine Rolle gegenüber der Tatsache, daß alt und jung gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten können und gleicherweise nach dem Grade ihrer Befähigung zu dieser Verrichtung herangezogen werden müssen; denn es genügt nicht, daß die

kommunistische Wirtschaft nur alle e r w a c h s e n e n Gesellschaftsmitglieder in den Produktionsprozeß einstellt, um dann „durch die geregelte Produktion in der Lage zu sein, die Bedürfnisse aller zu befriedigen“. Was nützt es uns, daß es „theoretisch sehr wohl denkbar“ ist, daß „eine kommunistische Gesellschaft ihr Budget einschränkt, um von ihren Mitgliedern nicht übermäßige Arbeitsleistungen verlangen zu müssen; d. h. also freiwillig auf die „möglichst große Arbeitsproduktivität“ verzichtet“; praktisch undenkbar ist es, daß eine um ihre Existenz kämpfende Gesellschaft auf die Heranziehung der wertvollen Arbeitskräfte der Kinder und Jugendlichen verzichtet.

Es handelt sich für uns nicht darum, einen Gegensatz, den die kapitalistische Ordnung aus Gründen der Selbsterhaltung geschaffen, zu verewigen, sondern darum, ihn aus der Welt zu schaffen, indem wir Alte und Junge auf die gleiche Linie bringen als Arbeitende und – Bildungsbeflissene. Hier liegen große organisatorische Aufgaben der Zukunft, darum schrieb ich in den Thesen: „Die Einordnung der Jugendlichen und Kinder in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ist die nächste und wichtigste Aufgabe der kommunistischen Erziehungsorganisation, doch ist auch für Erwachsene infolge des Wechsels der Arbeit die [48] Fortbildung und die Einführung in neue Arbeiten fortdauernd notwendig.“

Der Gegensatz zu meiner werten Gegnerin liegt nicht so sehr in dem Ziel der Erziehung. als in dem Erziehungsmittel. Ihre Befürchtung, daß die geistige Bildung der Jugend bei mir zu kurz kommen soll, ist durch nichts begründet. Diesen Vorwurf erhebt sie u. a. durch die Bemerkung: „Eine der wichtigsten Aufgaben des zukünftigen wissenschaftlichen Marxismus oder der Soziologie wird es ja sein, die heute noch so undurchsichtigen Zusammenhänge zwischen den Formen des Geisteslebens und der politischen und wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft aufzuzeigen. Genosse H. Erwin aber unterläßt auch nur den leisesten Versuch, die bisherige Pädagogik in diesem Sinne zu sehen.“

Ganz richtig bemerkt hier die Verfasserin, daß ich mich in meinen Thesen nur mit der Zukunft und nicht mit der Vergangenheit beschäftige. Ich wollte zukünftige organisatorische Aufgaben zeigen, aber keine Begründung durch Betrachtung der Vergangenheit dazu liefern. Die Art, wie einer die Zukunft sieht, ist aber ein Prüfstein dessen, was er aus Vergangenheit und Gegenwart gelernt hat. Sicher ist also anzunehmen, daß sich mir die bisherige Pädagogik in anderem Lichte darstellt als der Verfasserin, welcher die Zusammenhänge zwischen den Formen des Geisteslebens und der politischen und wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft heute noch so undurchsichtig erscheinen. Ueber die Methode der Forschung wird man sich doch klar sein dürfen. Im übrigen hat natürlich die Genossin Elfriede Fr. darin recht: „Es wird der schöpferischen wissenschaftlichen Tat großer Männer bedürfen, um die soziale, politische, wirtschaftliche, geistige Evolution der Menschheit zu erkennen und zu einem einheitlichen Gesamtbild, einem Kulturbild zu gestalten“. Sie meint dann freilich weiter: „Diese Erkenntnis vor allem der Jugend zugänglich zu machen, ist die Aufgabe kommunistischer Erziehung.“ Da werden wir freilich noch eine Weile zu warten haben, ehe wir mit der kommunistischen Erziehung beginnen können. Denn wann werden wir sagen dürfen, daß dieses Kulturgesamtbild sich nur einigermaßen gerundet hat. Länger noch wird es dauern, bis die Lehrerschaft imstande ist, es zu unterrichten, und noch länger, bis ein Bruchteil der Jugend es wird aufgenommen und verarbeitet haben. Denn täuschen wir uns nicht: diese Art Kulturgeschichte gehört zu den Disziplinen, die in bezug auf Schwierigkeit des Verständnisses der Oekonomie und Religion gleichzusetzen sind, die Marx nicht mit Unrecht aus der Kinderschule in den Hörsaal verweist.

Selbstverständlich soll der Jugend nicht irgendeine Erkenntnis vorenthalten werden, die sie aufzunehmen fähig ist. Die organisatorischen Vorbedingungen für den Erwerb geistiger Bildung aber werden nicht im mindesten dadurch in Frage gestellt, daß die Arbeit zur Grundlage, zum vornehmsten Erziehungsmittel gemacht wird. Aber eben hier liegen unsere Differenzen. Vielleicht befreundet sich Genossin Fr. mit der produktiven Arbeit als hauptsächlichstem Erziehungsmittel, wenn sie hört, daß die Arbeit auch wichtigstes Element, Grundlage, Ausgangspunkt der g e i s t i g e n Bildung ist, und daß sie dies schon in allen vergangenen Zeiten war, nur daß sie nicht b e w u ß t als Erziehungsmittel in den Dienst der Menschheit gestellt wurde. Neben der produktiven Arbeit wird allerdings, wie ebenfalls in früheren Zeiten, wie auch in [49] der Gegenwart, in der kommunistischen Gesellschaft noch der Klassenkampf erzieherische Mission haben und zwar auf lange hinaus. Wir Kommunisten haben erkannt, daß nur die Teilnahme am Klassenkampf selbst der Arbeiterklasse die materiellen und

geistigen Vorbedingungen für die Verwirklichung des Kommunismus durch den Klassenkampf verschaffen kann. Im Anfang war die Tat. So kann auch nur die Arbeitsfähigkeit erworben werden durch die wirkliche Teilnahme an der Arbeit. Arbeitsfähigkeit aber bedeutet nicht nur körperliche, sondern auch geistige Disponibilität, gerade so, wie auch der Klassenkampf den ganzen Menschen, körperlich wie geistig, anspannt.

Doch ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, an dieser Stelle zu zeigen, wie die Anteilnahme an der produktiven Arbeit nicht nur kein Hindernis der geistigen Ausbildung ist, sondern im Gegenteil die höchste Bildung mangelhaft bleibt, wenn sie nicht auf dem Fundament der Arbeitserfahrung ruht, wie ferner bei der Arbeit selbst und aus Anlaß der aus ihr empfangenen Impulse die Elemente einer lebendigen, gesellschaftlich nutbringenden geistigen Bildung sich zusammenfügen. Alle Arbeitszweige werden seinerzeit Menschen mit körperlicher und geistiger Befähigung erfordern. Es wird aber in späterer, kommunistischer Zeit niemanden einfallen, körperliche und geistige Bildung voneinander scheiden zu wollen, ebensowenig wie eine Scheidung der menschlichen Lebenszeit in das Alter der Vorbereitung und der Vollendung vorzunehmen; denn diese Einteilung kapitalistischen Herkommens beruht auf den Absichten der herrschenden Klassen, die Arbeiterjugend mit Hilfe einer entschieden klassenstaatlichen Erziehungsweise für ihre Zwecke einzufangen, bevor sie ins Leben tritt.

Die Väter der Schulprogramme und „Einheitsschul“entwürfe aus Mehrheitssozialistischem, unabhängigem und kommunistischem Lager, die, soviel mir bekannt, samt und sonders jene Gegensätze zugrunde legen, beweisen damit nur, wie sehr sie mehr oder weniger in der Hypnose der bürgerlichen, klassenstaatlichen Anschauung befangen sind. Klärung auf diesem Gebiete zu schaffen, bedeutet in der Tat Sammlung der in unfruchtbarem Brüten über pädagogischen Eiern verzettelten Kräfte auf dem Boden der Klassenkampfarbeit. Die Jugendlichen der K. P. D., die sich nicht zufälligerweise intensiv mit Schulprogrammfragen beschäftigen, können zur Förderung dieser Sache gar nichts Wichtigeres tun, als ihre Organisationen zu solchen des Klassenkampfes auszugestalten und in ihren Bildungsbestrebungen sich ganz in der Nähe dieses Brennpunktes zu halten. Aber die Jugend fühlt eben, daß der Kapitalismus sie geistig mißbraucht hat, daß sie bei der großen Umgruppierung der Menschenmassen für den sozialistischen Gesellschaftsaufbau nicht an dem Platze bleiben wird, wo sie jetzt steht, daß sie die Wand niederreißen muß, die sie vom Leben trennt, daß ihr Feld das des Klassenkampfes und der Arbeit für den positiven Aufbau ist. Das Niederreißen der alten Gesellschaft und der Aufbau der neuen sind übrigens nur zwei Seiten derselben Sache. Am besten spricht man darum von einem Umbau der Gesellschaft. Wenn wir den „höheren“ Schülern ein Arbeitsbuch in die Hand drücken, damit sie sich das ihnen fehlende Stück Bildung aneignen, so lösen wir einerseits konterrevolutionäre Brutstätten auf und gewinnen gleichzeitig Bausteine für die Errichtung der neuen Ordnung. Intelligente Handarbeiter wird [50] man zur Erwerbung betriebstechnischen Wissens abkommandieren; sie werden nicht nur Bauleute der Zukunft, sondern auch die Totengräber der selbstherrlichen privatkapitalistischen Produktionsleitung sein. Ein Schul- und Bildungsprogramm kann bis auf einige nächste Forderungen nur die allgemeinsten Linien dieses Umbaues vorzeichnen; es ist aber opportunistisch und also verwerflich, wenn es nur Erziehung in Erziehung, d. h. kapitalistische in sozialistische verwandeln will und nicht (theoretisch natürlich!) die alte Gesellschaftsform samt Erziehungswesen in die neue samt Erziehungswesen umwälzt. Die Erziehung, unter kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen dem sozialen Ueberbau angehörend, wird unter proletarischem Regime weitmöglichst in den Unterbau, in die Produktion verlegt, was einen Ausgleich, eine Aufhebung des Gegensatzes von gesellschaftlichem Unter- und Ueberbau überhaupt in die Wege leitet. Marx nannte die Verbindung von produktiver Arbeit, Unterricht und Gymnastik in diesem Sinne eines der mächtigsten Umwälzungsmittel der alten Gesellschaft in die neue.

Die Verfasserin gibt die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu, mit der Begrenzung, daß theoretisch denkbar auch der freiwillige Verzicht der Gesellschaft auf die möglichst große Arbeitsproduktivität sei. Während letztere notwendig werden k a n n, ist ein absolut notwendiges Mittel zur Erreichung der Bedürfnisbefriedigung aller nach ihrer Auffassung die Planmäßigkeit der Produktion an Stelle der kapitalistischen Anarchie. Sie trennt also Dinge, die nur undialektisches Denken in dieser Weise auseinanderhalten kann. Ebenso liegt ihr die Gemeinschaftserziehung mehr am

Herzen als die Arbeitserziehung. Die Erziehung in der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist jedoch ohne weiteres Gemeinschaftserziehung, und wie ich zu zeigen unternahm, werden die Schul- und Bildungsinstitutionen in ihrem organisatorischen Rahmen mit den Formen der gesellschaftlichen Produktion schließlich zusammenfallen resp. einander angenähert werden. Gewiß wird es neben der eigentlichen Arbeitserziehung auch eine Gemeinschaftserziehung ohne Arbeit geben; denn die Jugend wird nicht immer, z. B. nicht in den ersten Altersstadien produktiv tätig zu sein vermögen; es wird freie Schülergemeinschaften geben, Kindergärten usw., die aber in erster Linie doch als Reservoire der verfügbaren jugendlichen Arbeitskräfte zu denken sind.

In Sowjet-Rußland „ist der Staat bestrebt", führt Lunatscharsky („Die Volksbildung im Sowjet-Rußland", Russ. Korr., Nr. 3) aus, „auf jede Weise den Kreis der Internate zu erweitern und versucht, ohne die Familie zerstören zu wollen, wenigstens mit deren natürlichem Verfall Schritt zu halten und die Kinder aufzunehmen, die sozusagen nicht mehr in den Rahmen der Familie passen. Dieser Prozeß, der durch den Krieg und die Verarmung der Volksmassen hervorgerufen ist, hat sich im höchsten Grade verschärft." Große Schwierigkeiten sind zu überwinden, um die Kinder staatsseitig mit allem Notwendigen zu versehen und ihnen dadurch freien Zutritt zur Bildung zu ermöglichen. Diese Bildung ruht auf dem Prinzip der Arbeit. Man ist in Rußland so weit (Russ. Korr., Nr. 3), daß für die Jugend unter 12 Jahren die Arbeit in die Schule eingeführt wird „als weite Selbstbedienung der Sule – die Arbeit ihrer Instandhaltung, die gegenseitige Hilfe im Sinn der Befriedigung kleiner Bedürfnisse der Kameraden, ... Arbeit [51] im Garten ..., Verpflegung der Tiere bei der Sule ..., Zubereitung der Speise und dergl." Solche Arbeit soll den Lehrstunden Stoff und Grundlage geben. „In der Schule zweiter Stufe (vom 12. Jahre ab) halten wir für weit wichtiger nicht die Einführung der Arbeit in die Schule, sondern das E i n f ü h r e n d e r S c h u l e i n d e n P r o z e ß d e r s o z i a l e n A r b e i t". Die Kinder sollen nicht Zuschauer der öffentlichen Arbeiten verschiedener Art bleiben, sondern „tatsächlich einige Zeit in jedem dieser Betriebszweige arbeiten, ihren Kräften entsprechend, deren Mitarbeiter werden."

Im roten Rußland ist man also auf dem Wege, die Arbeitsorganisationen zur Grundlage des organisatorischen Aufbaues aller Kultur zu machen. Sache der Aerzte und Pädagogen würde es sein, aus eigener praktischer und theoretischer Vertrautheit mit der produktiven Arbeit für alle Altersstufen und alle Arbeiten der Einbeziehung der Jugend in den Arbeitsprozeß Maß und Grenze zu geben. Ich halte die zurzeit in Rußland noch angenommene feste Abstufung nach dem Alter für Krücken, die im Anfange gewiß notwendig sind, die aber in Deutschland jedenfalls eher fortgeworfen werden können, da bei uns „der Sozialisierung der Erziehung" voraussichtlich bedeutend reichere Hilfsmittel, vor allem die weitere Verbreitung technischer Bildung, zur Verfügung stehen werden als dort. Im gleichen Tempo, wie dann die mancherlei sozialen Voraussetzungen sich erfüllen, vor allem die „entsprechende Zurückdrängung der privatkapitalistischen Ausbeutung, wird das Prinzip der Arbeitserziehung sich durchsetzen.

Wie ernst jemand mit diesem Prinzip es nimmt, erkennt man daran, wie weit er in organisatorischer Beziehung mitgeht, nicht daran, wie Genossin Fr. erklärt: „Ueber die Grundprinzipien ist man sich ungefähr klar. „Gemeinschaftserziehung", Vereinigung von körperlicher und geistiger Arbeit usw. usw." So sagt nämlich Unterstaatssekretär Heinrich Schulz auch, nur daß er sich nicht nur u n g e f ä h r k l a r ist über „Vereinigung von körperlicher und geistiger Arbeit". Die Regierungssozialisten haben es verstanden, aus „Weltliche Schule", d. h. aus dem Prinzip der Weltlichkeit, in der Reichsverfassung „Weltliche Schulen" zu machen – ein Plural, der aber kein Plus, sondern ein Minus an Weltlichkeit bedeutet; denn weltliche Schulen „sollen" neben den Konfessionsschulen errichtet werden. Ebenso modelten sie die Arbeitsschule, das Arbeitsprinzip, wie Marx es auffaßte, um zu einem Arbeitsunterricht, der als Fach den übrigen Schulfächern eingefügt wird resp. werden soll. Die Grundlagen des bürgerlichen Schulsystems und der ganzen bürgerlichen Ordnung werden durch derartige Reformen nicht angetastet; das geschieht erst, wenn die Jugend tatsächlich in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß hineingestellt wird. Dann brauchen wir keine besonderen Veranstaltungen, den „Familiensinn" zu zerstören, wie die Genossin Fr. es durch die „Gemeinschaftserziehung" – hauptsächlich propagiert von unabhängiger Seite (Dr. Kurt Kerlow-Löwenstein) – anstrebt. Gewiß hat die

Genossin recht, daß die kommunistische Gesellschaft „für ihren Bestand und für die Fortführung ihrer Wirtschaft die Nachkommenschaft, vor allem wirtschaftlich, von der Einzelfamilie, vom Einzelinteresse loslösen muß. Sie muß die Verpflichtung der ökonomischen Sicherung des gesamten Nachwuchses übernehmen und dies bis zu dem Zeitpunkt seiner vollen Arbeitsfähigkeit.“ Die Frage ist nur, [52] ob die Gesellschaft diese Aufgabe leisten kann, wenn die Jugend bis zur vollen Arbeitsfähigkeit, für die man gewöhnlich das 18. Lebensjahr annimmt, immer nur vorbereitet wird auf die soziale Arbeit.

Wir wollen die Gemeinschaftserziehung nicht um ihrer selbst willen, sondern wenn, wie in Sowjet-Rußland, die Jugend mit Schuhwerk, Kleidung, Nahrung und gar mit Wohnung versehen wird, so geschieht es nicht, um den Familiensinn in der Jugend zu zerstören, dafür sorgt schon der natürliche Zerfall der Familie, oder um freie Schülergemeinschaften nur der Gemeinschaft wegen zu bilden, sondern um möglichst viele und möglichst bewegbare Produktionsgemeinschaften zu schaffen, die auf dem Felde der Arbeit etwas zu leisten vermögen. Genossin Fr. ist in den Geist meiner Thesen und selbst in ihren Wortlaut so wenig eingedrungen, daß sie mir allen Ernstes folgenden Vorhalt macht: „H. Erwin hat die Frage, wer in der kommunistischen Gesellschaft die Sorge für die Nachkommenschaft übernehmen soll, ob die Familie, ob die Gesellschaft, nirgends aufgestellt, nirgends beantwortet. Und doch liegt in dieser Grundforderung und ihrer Begründung der wirkliche, schärfste Gegensatz zwischen „kapitalistischer“ und „kommunistischer“ Erziehung verborgen.“ Zum Ueberfluß aber steht in meiner These V deutlich ausgesprochen, daß Jugendliche und Kinder, die, obgleich sie keine Vollarbeit leisten, doch soweit sie arbeitsfähig sind, das ihnen zustehende Arbeitsmaß verrichten, Anspruch auf das Normalmaß an Existenzmitteln haben, nebst eventuellen Vergünstigungen für besondere Tüchtigkeit auf dem Gebiet der materiellen und geistigen Produktion zur Förderung des Bildungswetteifers. – Dem brauche ich wohl nichts hinzuzufügen.

„Der schärfste Gegensatz zwischen kapitalistischer und kommunistischer Erziehung“ liegt m. E. nicht in der Frage „Familienerziehung oder Gemeinschaftserziehung?“, sondern in der Gegenüberstellung: kapitalistische Klassenerziehung und proletarische Klassenkampf- und Arbeitserziehung. Die Gemeinschaftserziehung erkennt der Kapitalismus in gewissem Sinne an, zur Arbeitserziehung verhält er sich feindlich.

Man kann die große westeuropäische Krankheit, die tiefe Verwurzelung der bürgerlichen Ideologie in den Massen nicht gründlicher bekämpfen, als wenn man, statt einseitig und oberflächlich nur die Köpfe zu behandeln, den ganzen Menschen von Jugend an in jenes soziale Milieu stellt, aus dem die neuen Anschauungen überhaupt herauswachsen, in Klassenkampforganisationen und sozialisierte Betriebe. So aufgefaßt, bildet das kommunistische Erziehungsproblem keine lediglich akademische Frage, und Klarheit in diesen elementaren Anschauungen des Marxismus zu schaffen, ist natürlich kein müßiges Beginnen. Aber konsequente Abkehr von allem bürgerlich-sozialistischen lauwarmen Pädagogentum ist, was uns nottut, und wenn ich mich von diesem Gedanken leiten ließ, so erscheint mir die etwas gereizte Erwiderung der Genossin Elfriede Fr. nicht verwunderlich. Sie zeigt, wie sehr gerade eine der Form nach sachliche, dabei rein konstruktive Lösung den Stachel der Kritik in sich birgt. Berechtigung kann man einer solchen Konstruktion allerdings nur zugestehen, wenn sie nicht auf die Schaffung eines bloßen Schulprogramms hinausläuft, sondern sich auf die Gesamtbedürfnisse der neuen Gesellschaft aufbaut, so weit sie theoretisch sicher erfaßbar sind.

*

Die Internationale
Jahrgang 2, Ausgegeben am 24. Juli 1920, Heft 25

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale.

B e r l i n, den 15. Juli 1920.

Heute tritt in Moskau der zweite Kongreß der kommunistischen Internationale zusammen. Die Kommunistische Partei Deutschlands sendet den in Moskau versammelten Vertretern der kommunistischen Internationale ihren brüderlichen Gruß.

Der zweite Kongreß der kommunistischen Internationale wird schon rein äußerlich ein anderes Bild bieten als der Gründungskongreß. Damals gruppierte sich um die kommunistische Partei Rußlands erst eine kleine Schar von Vertretern kommunistischer Vorhuten in Mittel- und Westeuropa, die entweder eben erst zur Parteibildung fortgeschritten waren, oder erst nur Richtungen innerhalb der sozialistischen Parteien waren. Heute haben diese kommunistischen Parteien und Richtungen sich nicht nur der Zahl nach vermehrt, sie haben alle mehr oder weniger stürmische Prozesse der Reifung durchgemacht und sind in ihnen noch begriffen. Und, was nicht minder bedeutungsvoll ist: breite Scharen revolutionärer Arbeiter, voran die unabhängigen Arbeiter Deutschlands, außerhalb der kommunistischen Parteien und Gruppen haben sich unter ihrer Einwirkung und dem mächtigen Anstoß des ersten kommunistischen Staatswesens dem Kommunismus Schritt für Schritt angenähert. Sie klopfen an die Pforte der kommunistischen Internationale. Und schließlich hat die kommunistische Weltbewegung die vom Imperialismus unterdrückten Völker, die erst an der Schwelle des Kapitalismus stehen oder noch vor ihr, in ihren Bannkreis gezogen. Mit dem ersten Siege des Kommunismus im Rahmen eines großen Staatswesens hat nicht nur eine neue gesellschaftliche, sondern auch eine neue weltpolitische Orientierung eingesetzt. Die „neue Weltmacht“, deren Kommen Karl Marx der bürgerlichen Welt ankündigte, ist heute da. Schon beben die Grundfesten des Jahrhunderte alten kapitalistischen Weltsystems. Der Führer, der Organisator und das Schwert dieser neuen Großmacht ist heute Sowjet-Rußland, das am Ostrande der alten kapitalistischen Welt, mit dem Rücken gelehnt an Asien, dem Anprall des kapitalistischen Europa standhält, Asien weckt und das erwachende Proletariat Europas anruft, [2] durch die wunderbare Größe und Kraft seiner Taten. Aber diese neue Weltmacht ist mehr als Sowjet-Rußland – Sowjet-Rußland ist nur ihr Vorkämpfer – es ist die Kommunistische Internationale und die weltpolitischen Probleme, die Sowjet-Rußlands Kampf ums Dasein hervorruft, sind Probleme des Proletariats der Welt.

Die zweite Internationale, die noch vor einem Jahr äußerlich stark dastand, ist heute ein Trümmerhaufen. Sie hat der proletarischen Welt nichts mehr zu sagen. Sie ist nur noch ein zerschossener Schützengruben, in dem verzweifelnd und fröstelnd die Lakaien des Kapitals stehen.

Der zweite Kongreß der kommunistischen Internationale wird keine Parade sein, wie die Kongresse der Zweiten Internationale es vielfach waren. Er wird kein Kongreß leerer Resolutionen sein, wie die Kongresse der Zweiten Internationale es waren, aus denen die nationalen Sektionen machen konnten, was sie wollten. Er wird keine Glaubensartikel feststellen, auf die man feierlich schwört, um sie in seinen Handlungen zu verleugnen. Seine Beschlüsse werden die internationalen Grundlinien für den Kampf der revolutionären Vorhuten um die Macht festlegen. Diese Grundlinien sind kein Diktat von Moskau; sie fassen das Ergebnis der russischen Erfahrung, gewonnen beim Kampf um die Staatsmacht, um ihre Verteidigung und beim schöpferischen Aufbau des Kommunismus einerseits, und die unter westeuropäischen Bedingungen gemachten Erfahrungen der Parteien der Länder, in denen die Revolution Fuß gefaßt hat, andererseits, zusammen. Den Hauptanteil westlicher Erfahrungen wird naturgemäß Deutschland liefern müssen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat seit einem Jahr mit den meisten und wichtigsten der taktischen Probleme, die der revolutionäre Kampf im Westen aufwarf, ernstlich gerungen und hat, wie wir glauben, damit eine wichtige Vorarbeit für die übrigen Länder vollbracht.

Das Hauptwerk des Gründungskongresses war die Aufstellung der programmatischen Grundlinien. Die Hauptaufgabe des Zweiten Kongresses wird die Anwendung dieser Grundsätze auf die

proletarischen Massenbewegungen und Massenorganisationen sein, also die Frage der kommunistischen Taktik und der kommunistischen Organisation. Diese Fragen werden auf dem Kongreß in folgender Reihenfolge behandelt werden: 1. Die gegenwärtige Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale. 2. Die Frage des Parlamentarismus. 3. Gewerkschaften und Betriebsräte. 4. Die Rolle der Kommunistischen Partei als Führer vor und nach Eroberung der Macht. 5. Die nationale und koloniale Frage. 6. Die Agrarfrage. 7. Das Verhältnis zu den neuen Richtungen des Zentrums, die das kommunistische Programm nur in Worten annehmen, und die Bedingungen des Beitritts zur Dritten Internationale. 8. Statut der Kommunistischen Internationale. 9. Organisationsfrage.

In allen diesen Fragen wird es sich um zweierlei handeln: Erstens um die Liquidation dessen, was Lenin sehr treffend die „Kinderkrankheit des Kommunismus“ nennt: den kleinbürgerlich-anarchistischem Scheinradikalismus, der sich vom wirklichen Leben des Proletariats abkapselt und glaubt, sich auf das Predigen der „reinen Lehre“ im luftleeren Raum beschränken zu können. Diese „Kinderkrankheit“ ist nicht nur deutsch – in Deutschland hat sie sich in Gestalt der. K. A. P. herauskristallisiert – sie ist allgemein europäisch. Das ist so natürlich, wie es [3] natürlich ist, daß jede kommunistische Bewegung zunächst ein Stadium durchmacht, in dem sie sich darauf konzentriert, ihren radikalen Gegensatz zur Welt des alten verwesenden Sozialismus festzustellen, alle ideologischen Brücken zu ihm abzubrechen. Dies ist eine unumgängliche und allgemeine Voraussetzung aller weiteren Entwicklung. Ist dies aber geschehen, so tritt an die kommunistischen Parteien die Forderung heran, alle Massenbewegungen des Proletariats in ihren Bannkreis zu ziehen, alle seine Massenorganisationen mit dem neuen Geist zu durchdringen und weiter seine Taktik auf die gesamten gesellschaftlichen Kräfte einzustellen.

Die erste Phase erfordert eine relativ einfache Taktik, die zweite eine höchst verwickelte, ebenso biegsame wie kühne, rascher Uebergänge fähige Strategie. Die Zeit des Ueberganges von der ersten in die zweite Phase ist jedoch kurz. Was natürlicher, als daß es bei diesem Uebergange Zögerungen und mancherlei Unklarheiten gibt? Was natürlicher, als daß die Gewohnheiten des ersten Kampfabschnittes versuchen, sich zu stemmen gegen die Anforderungen, die der zweite Kampfabschnitt stellt? –

Und diese Hemmnisse müssen überwunden werden. Der Kongreß wird die Erfordernisse dieses zweiten Kampfabschnittes unzweideutig und scharf umreißen müssen.

Das Zweite ist die Liquidation einer A l t e r s k r a n k h e i t: der Reste der Anschauungen aus der nurparlamentarischen, vorrevolutionären Kampfperiode, die in allen Zentrumsparteien durch ihre rechten Flügel verkörpert werden: in Deutschland durch die Hilferding und Crispien, in Frankreich durch Longuet und die Seinen. Der Kongreß wird diese Alterskrankheit nicht minder scharf diagnostizieren und ihre Ausscheidung vorbereiten müssen, als es bei der „Kinderkrankheit“ der Fall sein muß. Er wird mit der äußersten Sorgfalt darüber zu wachen haben, daß in die Kommunistische Internationale kein Element des Schwankens und der Halbheit eindringt, und er wird zugleich den breiten proletarischen Massen eine kräftige Hilfe geben, damit sie s e l b s t sich von dieser Alterskrankheit befreien können.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale wird sicherlich eine mächtige Vorarbeit nach diesen beiden Richtungen leisten. Die Hauptarbeit werden aber dann die revolutionären Arbeiter der Welt aus eigenem Antrieb zu verrichten haben.

Die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands nimmt mit gespannter Aufmerksamkeit und brüderlichem Herzen am Zweiten Kongreß der Internationale der Tat teil. A. Th.

[4]

Illusionspolitik.
(Die Weltlage.)

Aller Augen sind in Deutschland auf Spaa gerichtet. Ob man wirklich im Herzen etwas von Spaa erwartet, ist eine andere Frage; man sucht wenigstens den Anschein zu erwecken, als ob Gott weiß was in Spaa entschieden werden sollte. Und doch ergibt sich schon bei einer ganz oberflächlichen Erwägung der Gesamtlage, daß die Konferenz in Spaa keine grundsätzlichen Aenderungen mit sich bringen kann. Es ist richtig, daß sich zwischen Frankreich und England in den Beziehungen zu

Deutschland ein gewisser Gegensatz herausgebildet hat, daß Frankreich eine mehr aggressive Politik betreibt, daß Frankreich zum Hort der Reaktion auf dem Kontinent geworden ist, während man in England leichter geneigt ist, auf gewisse Konzessionen einzugehen und Deutschland, zum Teil wenigstens, gegen Frankreich auszuspielen.

Frankreich versucht seit einiger Zeit, auf dem Kontinent neue Bündnisse zu bilden. Es versucht, in Ungarn, Jugoslawien und Polen Stützpunkte für seine Kontinentalpolitik zu finden, während England diese Bestrebungen Frankreichs mit Unbehagen beobachtet. Ein ähnlicher Gegensatz hat sich auch in Vorderasien, speziell in Syrien, herausgebildet, wo Frankreich den Zusammenschluß der englischen Kolonien von Indien bis Aegypten dadurch stört, daß es selbst festen Fuß in Syrien zu fassen sucht und gewisse Beziehungen zu Armenien anknüpft. England hat nach jedem seiner Siege über den festländischen Gegner immer danach gestrebt, seinen früheren Verbündeten nicht die Möglichkeit zu geben, eine geschlossene starke europäische Macht zu bilden. Es tritt heute Frankreich ebenso entgegen, wie es nach den Napoleon-Kriegen Frankreich gegen den heiligen Bund der anderen europäischen Mächte in Schutz genommen hat. Aus dieser seiner traditionellen Politik ist England gewissermaßen bereit, Deutschland gewisse Konzessionen einzuräumen. Das Verhalten Englands Frankreich gegenüber hat auch in Frankreich eine Mißstimmung hervorgerufen und sogar einige politische Kreise veranlaßt, den Anschein zu erwecken, daß auch Frankreich eine Annäherung an Deutschland wünscht. In Wirklichkeit aber bleibt England ebensowenig wie Frankreich geneigt, von den Grundprinzipien des imperialistischen Friedens abzugehen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Europa für England heute zu dem Absatzmarkte geworden ist, der von England mehr Waren aufnimmt, als es ihm zurückliefert. Wenn die Handelsbilanz Englands mit allen andern Weltteilen passiv ist, ist sie gegenüber Europa aktiv. Vor dem Kriege war die Sachlage umgekehrt. Europa lieferte England mehr Waren, als es von ihm bekam, und England führte in der Hauptsache diese Waren nach seinen Kolonien aus. Heute ist Europa zu einer Kolonie Englands geworden, und England wird sich wohl hüten, die Wirtschaftslage Deutschlands sich rasch erholen zu lassen und sich damit einen neuen Konkurrenten aufzuhalsen.

[5] Es ist also eine Illusion, von einer Interessen-Gemeinschaft Europas zu reden; denn es gibt wohl eine Interessen-Gemeinschaft der Völker, aber keine solche der Kapitalisten. Gewiß sind verschiedene Handelsschichten Englands an der Entwicklung Europas interessiert, aber die ausschlaggebenden Schichten, die Baumwolle und hauptsächlich die Eisen-Industriellen, fürchten die deutsche Konkurrenz nach wie vor und werden natürlich England verhindern, Deutschland gegenüber große Konzessionen zu machen und sich das nehmen zu lassen, was ihnen der Krieg an wirtschaftlichen Vorteilen gebracht hat.

Eine andere Hoffnung der deutschen Illusions-Politiker stützt sich darauf, daß Frankreich und England wohl den deutschen Degen gegen die russischen Bolschewisten, deren Gefahr so kraß an die Wand gemalt wird, gebrauchen könnten. Die englischen und französischen Imperialisten sind jedoch keine Kinder und wissen sehr gut, daß solche militärisch-imperialistischen Dienste nicht umsonst geleistet werden, und sie werden sich sehr wohl hüten, den deutschen Militarismus in einem Kriege gegen Rußland wiederum aufleben zu lassen.

So zeigt eine ruhige Betrachtung der Lage, daß die ganze Politik Deutschlands, durch allerhand Redensarten die Entente zu Konzessionen zu veranlassen, auf Illusionen beruht und auf nichts Positives gegründet ist.[*)]

Wie man in der inneren Politik von keiner großzügigen Idee geleitet wird, sondern von Tag zu Tag fortwurstelt, so vermag man sich auch in der auswärtigen Politik zu keinem entscheidenden Entschluß aufzuraffen, sondern man lebt von der Hand in den Mund, setzt alle Hoffnungen auf politische Kombinationen, wirtschaftliche Gemeininteressen der Kapitalisten und ähnliches mehr.

Die Verhandlungen in Spaa lassen nicht genügend Aufmerksamkeit übrig für andere Verhandlungen, die zwischen Rußland und England gepflegt werden. Und doch wäre es gerade notwendig, sich auch

[*)] Die ersten Tage der Verhandlungen in Spaa scheinen unsere Voraussagen ganz zu bestätigen, denn die Verhandlungen haben einen ganz anderen Verlauf genommen, als diese Illusions-Politiker erwartet hatten.

in dieser Beziehung ein Beispiel an Rußland zu nehmen, wie Rußland seine Interessen viel mächtigeren Ländern gegenüber zu verteidigen versteht. Rußland wie Deutschland sind im Kriege besiegt, Rußlands Industrie ist im dauernden Bürgerkrieg völlig lahmgelegt, Rußland fehlen viele andere Machtmittel, über die Deutschland noch gebietet, und trotzdem vermag Rußland der Entente die Stirn zu bieten und führt seine Verhandlungen mit viel größerer Selbstachtung als Deutschland. Rußland hat es verstanden, diejenige Stelle im englischen Weltreich anzugreifen, die am allerschwächsten ist, nämlich festen Fuß in Mittelasien zu fassen und von dort aus England zu einem Frieden in Europa zu zwingen.

Es ist etwas über ein Jahr seit dem Versailler Frieden verflossen. Und was hat sich in der Weltlage geändert? Was Deutschland betrifft, materiell fast gar nichts. Deutschland wird schon zufrieden sein, wenn man ihm eine etwas kleinere Rechnung vorlegt, als vor einem Jahr angenommen worden ist.

[6] Rußland hatte im letzten Jahre schwere Kämpfe zu bestehen, es konnte seine wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus nicht aufbessern und kann doch in weltpolitischer Beziehung viel größere Erfolge aufweisen als Deutschland. Es hat den Ring, den Frankreich um Rußland ziehen wollte, durchbrochen, hat sich ein Fenster nach Europa geschaffen, veranlaßt England, mit ihm in Verhandlungen zu treten, und soweit man den letzten Nachrichten trauen darf, sind die Verhandlungen soweit gediehen, daß der Abschluß eines Friedens zwischen Rußland und England bevorsteht. Die Art und Weise, wie es langsam und konsequent die Verhandlungen mit England führt, beweist, daß es keineswegs gewillt ist, auf jegliche Konzessionen einzugehen, nur um zu einem Friedensschluß mit England zu gelangen.

Und wenn wir im allgemeinen das Resultat dieses letzten weltpolitischen Jahres ziehen, so müssen wir doch konstatieren, daß zum Hauptproblem der Weltpolitik nicht der Versailler Frieden geworden ist, sondern der Bolschewismus. Rußland und der Kommunismus sind die Hauptfragen, um die sich jetzt die Weltpolitik dreht und von denen auch der Versailler Frieden nur einen Teil bildet. Die weitere Gestaltung Europas hängt nicht davon ab, was in Spaa jetzt über Deutschland entschieden wird, sondern viel mehr von der Lage auf den Fronten im Osten, von dem Ausgange des Krieges zwischen Rußland und Polen und von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Rußland selbst wie in Vorderasien. Durch eine konsequente revolutionäre Politik vermochte Rußland nicht nur seine Interessen einer Welt von Feinden gegenüber zum Teil schon durchzusetzen, sondern auch die Interessen einer ganzen Reihe von anderen kolonialen Ländern mit zu verteidigen. Die Stellung Englands gegenüber Indien, Syrien, Arabien, Vorderasien und der Türkei sowie Persien hängt viel von der ganzen Entwicklung des Bolschewismus ab. Jeder Fortschritt, den Rußland in Vorderasien macht, schwächt die Stellung des englischen Imperialismus dort ebenso, wie jeder Fortschritt, den die Rote Armee in Weißrußland und Litauen macht, die Entwicklung der Revolution in Europa festigt und die Macht des Entente-Imperialismus auch Deutschland gegenüber schwächt.

Die Lage in Ostasien hat sich im Verlauf der letzten Monate ebenfalls geändert. Zur Zeit der Herrschaft Koltschaks und der Entente-Imperialisten in Sibirien war China vollständig unter die Herrschaft Japans geraten. Die Stellung Japans in Ostasien und Sibirien war beinahe unerschütterlich. Heute sieht sich auch Japan gezwungen, auf einen Waffenstillstand mit Sowjetrußland einzugehen. Es räumt einen großen Teil von Ostasien und zieht sich vorläufig auf das Küstengebiet zurück. Rußland knüpft direkte Beziehungen zu China an und wird dadurch selbstredend China gegenüber Japan stärken.

Es ist klar, daß diese Wirkungen Rußlands nicht aus seiner militärischen Stärke herrühren, obgleich die Rote Armee jetzt vielleicht die beste Armee Europas ist, sondern daraus, daß Rußland neue Ideen und Grundsätze zu den durch den Krieg zum selbständigen Leben erwachten Völkern trägt und somit die Keime der Revolution überall hinträgt. Gewiß ist es möglich, daß Rußland, um sich zu erholen, sich von seiner auswärtigen Politik zurückziehen und darauf achten wird, die eigenen Verhältnisse zu befestigen und zu verbessern. Das kann Rußland ruhig [7] tun, weil das beste Agitationsmittel heute nicht in Zeitungen und Schriften besteht, sondern allein in der Tatsache der Existenz einer Arbeiterregierung, die keine imperialistische, sondern eine völkerfreundliche Politik treibt. Diese

Tatsache an und für sich reicht vollständig aus, um der Sache zum Siege zu verhelfen, für die man in Rußland so viel gekämpft und gelitten hat. Deshalb kann die Sowjetregierung wohl auf direkte Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Länder verzichten, da es solcher Mittel gar nicht mehr bedarf, um die Revolution zu fördern. Uebrigens beweist die Entwicklung des revolutionären Gedankens in allen Ländern, daß es dieses Mittels gar nicht mehr bedarf, daß die Revolution schon überall kräftig genug ist, um sich selbständig weiter zu entwickeln, allen Hindernissen zum Trotz, und daß der Imperialismus in den siegreihen Ländern der Weltrevolution gegenüber noch weniger ausrichten wird als gegenüber Sowjet-Rußland.

Wie ist es aber gekommen, daß man in Deutschland, wo man vor dem Kriege stolz darauf war, eine „realistische", d. h. imperialistische militaristische Politik zu treiben, sich heute Illusionen hingibt, die jedoch schon mehrmals Schiffbruch gelitten haben? Die Erklärung dafür liegt in den sozialen Verhältnissen Deutschlands. Die auswärtige Politik Deutschlands ist keine Politik einer Klasse, die festumrissene Ziele verfolgt und durchzusetzen sucht. Vor der militärischen Niederlage war die deutsche auswärtige Politik von den Interessen der Schwerindustrie, unterstützt von den Agrariern, geleitet. Diese Interessen heute wahrzunehmen ist Deutschland außerstande. Zu einer revolutionären proletarischen Politik ist aber die Regierung nicht fähig noch willig. So bleibt ihr nichts weiter übrig, als eine „demokratische" Illusionspolitik zu treiben, d. h. die eigene Schwäche mit „demokratischen" Phrasen zu bemänteln, denen man wohl selbst nicht viel Glauben schenkt.

Aus der Misere der auswärtigen Politik wie aus der der inneren führt Deutschland nur die proletarische Revolution heraus. Wenn die heutige auswärtige Politik unerträglich scheint und wer die Rückkehr zur feudalen imperialistischen Politik nicht wünscht, der muß für den Sieg der kommunistischen Revolution auch in Deutschland kämpfen.

Ein Drittes gibt es nicht ... Politikus.

*

Ein Rückfall von „Kinderkrankheit".

Von August Thalheimer.

I.

Wir begrüßen den Artikel Paul F r ö l i c h s über die „Kappiade und die Haltung der Partei" in Heft 24 dieser Zeitschrift, weil er Gelegenheit bietet, uns mit dem Rückfall in die Kinderkrankheiten des Kommunismus auseinanderzusetzen, der sich bei der Beurteilung der Haltung der von der Partei während der Kapp-Tag? in die Zentralstreikleitung delegierten Mitglieder in Sachen der „sozialistischen Regierung" offenbarte.

[8] Sowohl der Zentralausschuß wie der Parteitag haben, wie bekannt, diese Haltung sowie die Erklärung vom 21. März, die sich für die Bildung einer sozialistischen Regierung aussprach und ihr unter bestimmten Voraussetzungen „loyale Opposition" versprach, d. h. keine Vorbereitung zu ihrem gewaltsamen Umsturz zu treffen, solange sie die Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen gewährleistet, mißbilligt.

Die Resolution, die vom Zentralausschuß und vom Parteitag in dieser Sache angenommen wurde, formuliert den Gegensatz zu der Haltung der Delegierten in die Zentralstreikleitung und zur Erklärung vom 21. März nur in sehr ungenügender Weise. Diese Resolution sagt, die Abgabe dieser Erklärung habe ablenkend wirken müssen, die Vertreter der Partei hatten lediglich alle Energien darauf zu richten, die realen Machtverhältnisse mit revolutionären Mitteln zu ändern. Die Frage einer eventl. Regierungskombination sei von durchaus sekundärer Bedeutung gegenüber dem Kampf des Proletariats für seine Bewaffnung und den Ausbau der Arbeiterräte, die weitere Politik der Partei könne nur unter den Losungen der eigenen Partei geführt werden usw.

Die Resolution enthält eine Reihe von Selbstverständlichkeiten, die jeder von uns unterschreibt, aber nur eine ungenügende Formulierung der wirklichen Streitfrage, der Streitfrage, ob die Partei die Bildung einer sogenannten sozialistischen Regierung aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten

fördern durfte oder nicht. Das war die wirkliche Streitfrage. Sie wurde und sie wird bejaht – von den damaligen Delegierten in die Zentralstreikleitung, von den Genossen P i e c k, W a l c h e r, L a n g e und mir, und auch Genosse P a u l L e v i hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. Sie wurde verneint von mehreren Mitgliedern der Zentrale, von der Mehrheit des Zentralausschusses und von der Parteitagsmehrheit. Der Grundgedanke derer, die diese Stellung ablehnten, der in der Resolution nicht deutlich zum Ausdruck kommt, war der, daß die Partei die Ergreifung der Regierungsgewalt durch Mehrheitssozialisten und Unabhängige n i c h t unterstützen durfte. Es wird von ihnen zugegeben, daß die Bildung einer solchen Regierung an |ich eine günstige Etappe für die weitere Entwicklung der Revolution sein konnte, aber die Partei durfte trotzdem nichts dazu tun, um sie zustande zu bringen. Sie hat sich auf ihre eigenen Parolen, d. h. die Rätediktatur zu beschränken und damit basta. Das Eintreten für die Bildung einer mehrheitssozialistischen-unabhängigen Regierung mußte auf die Massen „verwirrend“ oder „ablenkend“ wirken. Der Sinn dieser Stellung ist klar, wenn er auch nicht klar ausgedrückt wurde: die Partei muß sich hüten vor der Unterstützung irgendwelcher Kompromißparolen – selbst wenn das nicht ein von ihr selbst abgeschlossenes Kompromiß ist, sondern eines, dessen Ausführung sie den Scheidemännern und Unabhängigen vorschlägt – ihre Politik ist vollständig umschrieben und begrenzt durch ihre Propagandaparolen.

Die Frage der „sozialistischen Regierung“ ist augenblicklich nicht mehr praktisch, und nicht ihrer selbst wegen greifen wir sie noch einmal auf. Jedoch die a l l g e m e i n e r e taktische Frage, die in ihr enthalten ist, nämlich die, ob die Partei sich politisch darauf beschränken müsse, m e c h a n i s c h ihre Propagandaparolen zu wiederholen, ist die Frage der künftigen Politik der Partei überhaupt. Sie wird in anderer Form bei jeder künftigen Aktion, an der die Partei teilnimmt, auftauchen.

[9] Sollen nicht schwere Fehler und gefährliche Reibungen in entscheidenden Augenblicken entstehen, so muß die Partei sich vollkommen klar darüber werden, daß der Abschnitt, in dem sie sich ausschließlich darauf beschränken konnte, ihre Propagandaparolen herauszugeben, vorüber ist, und daß wir in den neuen Abschnitt eingetreten sind, wo es gilt, die breitesten proletarischen Massen in der Richtung der Ziele dieser Parolen in Bewegung zu setzen und die kleinbürgerlichen Massen entweder mitzureißen oder mindestens zu neutralisieren. Oder mit anderen Worten, daß der Kommunismus hier in Deutschland aus dem Bereich bloßer Propaganda in den Bereich praktischer Politik gekommen ist, daß es in diesem Stadium der genauesten Berücksichtigung der Tatsachen der gesamten politischen Konstellation bedarf.

Die Kämpfe, die die Partei gegen die frühere Opposition in Sachen des Parlamentarismus, der Gewerkschaften usw. durchgemacht hat, waren Durchbruchschlachten zu dieser zweiten Phase, dem Massenkampf für den Kommunismus. In der Frage der „sozialistischen Regierung“ offenbarte sich, daß ein Rest der Taktik, die für die Periode der reinen Propaganda angemessen war, noch zu überwinden ist.

Wir sind jedoch überzeugt, daß dieser Rest sehr viel rascher und leichter überwunden werden wird, und daß dabei der Partei nicht im mindesten die Gefahr einer neuen Zersplitterung droht. Denn das Hauptwerk ist mit dem Eintritt in die revolutionäre Ausnützung der Gewerkschaften und Parlamente getan, und es wird nur noch einer kleinen Anstrengung bedürfen, damit die Partei, die über den Berg des Doktrinarismus gekommen ist, nun noch einzelne doktrinäre Wackersteine auf ihrem Weg überwindet.

Für diese Leberwindung hat sich der Versuch des Genossen Frölich, aus dem Fehler, den die Mehrheit des Zentralausschusses und der Partei in der Frage der mehrheitssozialistisch-unabhängigen Regierung beging, ein System zu machen als äußerst nützlich erwiesen. Dieser Versuch führte und mußte zu so absurden Folgerungen führen, daß die letzte Sitzung des Zentralausschusses, in dem dieses System vorgetragen wurde, ihn rundweg ablehnte, darunter auch die meisten derjenigen, die in derselben taktischen Frage in ihrer speziellen Form auf Seiten des Genossen Frölich gestanden hatten. Das eröffnet die sichere Aussicht, daß die Partei als Ganzes sehr rasch über diese Reste alter Irrtümer hinwegkommt. Diesen Beweis soll die Kritik der Frölichschen Ausführungen, in denen diese Gedankengänge zu ihren äußersten Folgerungen zugespitzt sind, dienen.

Ehe wir an dies eigentliche Thema gelangen, müssen zuvor noch einige Beiläufigkeiten in dem Artikel des Genossen Frölich erledigt werden.

E r s t e n s: Die Zentrale hat bei Beginn des Kapp-Putsches eine zögernde Haltung eingenommen. Es ist von uns sogleich zugegeben worden, daß dies ein Fehler war, und dieser Fehler ist denn auch sogleich praktisch korrigiert worden. Sobald sich herausstellte, daß die Arbeiterschaft tatsächlich aktionsbereit war, ist die Zentrale ohne Zögern in die Aktion eingetreten. Das hat bewirkt, daß die Wirkungen dieses anfänglichen Irrtums rasch überwunden wurden. Genosse Frölich gibt sich jedoch einer großen Selbsttäuschung hin, wenn er glaubt, n u r durch [10] diesen anfänglichen Fehler hätten die Unabhängigen und die Gewerkschaftsführer das Heft in die Hand bekommen; es hätte sich ihnen also die Führung bei anderer anfänglicher Haltung entreißen lassen.

Man braucht nur die Ursachen dieses Fehlers etwas zu ergründen, um zu finden, daß auch bei seiner Vermeidung die Führung unmöglich schon in Berlin in unsere Hände hätte übergehen können. Worauf beruhte dieser Fehler? Nicht auf einer Verkennung der Notwendigkeit, in breitester Front den Kampf gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch zu führen, sondern auf einer Verkennung der tatsächlichen Kampfbereitschaft der Berliner Arbeiterschaft. Diese aber war ihrerseits bedingt durch die Schwäche unserer Organisation in Berlin – sie zählte in diesen Tagen erst einige hundert Mitglieder – und den dadurch bewirkten äußerst mangelhaften Kontakt mit den breiten Massen. Bei einer solchen organisatorischen Schwäche der Berliner Organisation, der die starken und festgefügten Organisationen der U. S. P. gegenüberstanden, war es unter allen Umständen unmöglich, daß die Berliner Organisation diesen die Führung aus den Händen nahm. Das nicht sehen, heißt augenscheinliche Tatsachen nicht sehen. Praktisch zeigte sich das Verhältnis in einem späteren Augenblick dieses Kampfes, als nach Abbruch des Generalstreiks in Berlin und der Eröffnung des Straffeldzugs der Regierung Müller gegen das Ruhrrevier eine kolossale Erregung durch die Berliner Arbeiterschaft ging. Wir drängten im Aktionsausschuß und in der Generalversammlung die Berliner Betriebsräte mit aller Macht auf die Wiederaufnahme des Generalstreiks durch die Berliner Arbeiterschaft. Die Betriebsgeneralversammlung wäre zweifellos für einen solchen Beschluß zu gewinnen gewesen. Aber die Links-Unabhängigen erklärten uns, ihre Partei habe sich dagegen ausgesprochen. Sie selbst würden einem Generalstreik keine Hindernisse in den Weg legen, aber sie könnten ihn nicht gegen den Widerstand der Organisation durchführen, sie würden von dem Aktionsausschuß zurücktreten und uns die Führung überlassen. Es war jedermann, auch der Berliner Fraktion der Betriebsräte klar, daß wir allein gegen den Widerstand der Gewerkschaften und der unabhängigen Funktionäre unmöglich einen solchen Streik durchführen konnten, und wir erklärten daher den Unabhängigen, daß ihre aktive Mitwirkung dabei unerläßlich sei, und daß sie deshalb die volle Verantwortung trügen, wenn die Unterstützung des Ruhrreviers durch Berlin nicht zustande komme. Wenn aber die Dinge so lagen, wie kann man annehmen, es sei unter den damaligen Verhältnissen möglich gewesen, den Unabhängigen und Gewerkschaften die Führung zu entwinden? Genosse Frölich war damals nicht in Berlin anwesend, aber es war seine Pflicht, sich über den Stand der Dinge zu erkundigen, ehe er eine solche völlig unhaltbare Annahme aufstellte.

Möglich war nur, bei Vermeidung des anfänglichen Zögerns, eine raschere und stärkere Gewinnung des unter den gegebenen Verhältnissen möglichen Maßes von Einfluß auf die Leitung der Bewegung.

Es muß festgestellt werden, daß es gerade die Berliner Organisation war, die aus ihrem Gefühl der Schwäche heraus auf dieses Zaudern drängte, ja noch weiter, aus diesem Kreis heraus erhob sich dann – ohne daß die Genossen den Widerspruch bemerkten – die schärfste Kritik und der schärfste Widerstand gegen die Einwirkung auf die Bildung der mehrheitssozialistisch-unabhängigen Regierung, während gerade die Schwäche der Organisation, die sich in dem anfänglichen Versäumnis [11] und weiter in der Verzögerung der Herausgabe der Parole der Bewaffnung der Arbeiter offenbarte, ihr hätte nahelegen müssen, das wirkliche Kräfteverhältnis ins Auge zu fassen und daraus die politischen Folgerungen zu ziehen.

Z w e i t e n s: Die Einsicht in das wirkliche Kräfteverhältnis schlägt auch glatt zu Boden die Behauptung, als habe das Eintreten für die Regierungsbildung die Kraft des Streiks geschwächt. Für den

Abbruch des Generalstreiks gaben in Berlin die Entscheidung die Unabhängigen unter C r i s p i e n s und H i l f e r d i n g s Führung und der Gewerkschaftsbund unter L e g i e n s Führung. Gegen diesen Beschluß kämpfte der linke Flügel der Unabhängigen vergebens, und es zeigte sich dabei kraß die organisatorische Schwäche dieses Flügels. Unsere Vertreter bekämpften bis zuletzt den Abbruch des Generalstreiks, sie versuchten vergebens, ihn nach dem Einsetzen der Ruhraktion wieder in Gang zu bringen. Aber nur wer gegenüber handgreiflichen Tatsachen blind ist, kann annehmen, daß sich mit einer Organisation von einigen hundert Mann, von denen dazu nur ein kleiner Bruchteil in den Betrieben war, gegen den Widerstand der mächtigen unabhängigen und mehrheitssozialistischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen die Weiterführung des Streiks hätte erzwingen, geschweige denn durchführen lassen.

Aber die „Verwirrung“ oder „Ablenkung“, die das Eintreten für die Regierungsbildung angeblich schuf? Wenn eine solche „Verwirrung“ oder „Ablenkung“ bestanden haben würde, so konnte niemand sie unseren Vertretern in der Zentralstreikleitung zuschreiben. Denn nicht sie haben die Frage der Regierungsbildung aufgeworfen, sie haben nur geantwortet auf die von der unabhängigen Parteileitung aufgeworfene Frage. Die Erklärung vom 21. März, die diese wunderbare Wirkung gehabt haben sollte, wurde den Unabhängigen erst bekannt in einem Zeitpunkte, als der Abbruch des Streiks schon beschlossene Sache war, und sie wurde publiziert erst am 26. März, als der Streik seit Tagen abgebrochen war.

Wie steht es aber mit der „ablenkenden“ oder „verwirrenden“ Wirkung der Regierungsbildung überhaupt? Diese „Verwirrung“ oder „Ablenkung“ besteht nur in den Köpfen derer, die sie behaupten, und die sich „verwirrt“ oder „abgelenkt“ fühlen, wenn sie zu dem Gedanken der Rätediktatur noch den Gedanken der Bildung einer mehrheitssozialistisch-unabhängigen Regierung fassen sollen. Diese „Einfachheit“ ist so wenig Sache der Berliner Arbeiter, wie sie in ähnlichen Situationen Sache der russischen Arbeiter war. Unsere Genossen werden sich daran gewöhnen müssen, und zwar je weiter die Revolution vorschreitet umsomehr, daß die revolutionäre Taktik durchaus nicht „einfach“, sondern sehr verwickelt ist, und daß sie die Schwierigkeiten, die sie haben, die Verwickeltheit zu begreifen, nicht den Massen in die Schuhe schieben dürfen, sondern sie ihnen klar machen müssen. Es wird sich dann zeigen, daß diese Simplistik nicht Sache der Massen ist, sondern Sache von Leuten, die die Notwendigkeiten der revolutionären Propaganda mit den Erfordernissen revolutionärer Politik noch nicht zu vereinigen wissen. Die Kommunistische Partei Deutschlands tritt Schritt für Schritt heraus aus ihrer nur propagandistischen Periode, daher die Schwierigkeiten, von denen die in den Kapp-Tagen sicherlich nicht die letzten sein werden; aber die Partei im ganzen muß diese Eierschalen abzuschütteln wissen. [12]

II.

Nach diesen vorläufigen Bemerkungen kommen wir zu unserem Hauptthema, der Frage der unabhängig-mehrheitssozialistischen Regierung im besonderen und der revolutionären Politik der kommunistischen Partei in der Zeit, wo der Kommunismus mit Hilfe der breitesten Massen zu verwirklichen ist, im allgemeinen. Dabei ist vor allem nötig, genau den besonderen Charakter des Kampfabschnittes, in dem man sich befindet, und die besonderen Probleme, die er aufrollt, sich vor Augen zu halten. Solche Allgemeinheiten wie Frölich sie aufwirft, daß die Entwicklung zum Siege über eine Kette von Niederlagen gehe, sagen im Grunde gar nichts. So ist es auch völlig verkehrt, die gegenwärtigen Probleme der kommunistischen Taktik auf eine Stufe zu stellen mit den Problemen, die die Januarwoche 1919 oder die Münchener Räterepublik aufwarf. Die abstrakte Diskussion dieser Probleme führt nur zu unnützen und völlig absurden Spintisierereien. Es ist gerade von enormer Wichtigkeit, sich darüber klar zu werden, daß der Kampfabschnitt, der durch die Januarkämpfe und die Münchener Räterepublik bezeichnet wird, wesentlich verschieden ist von dem, in dem wir uns jetzt befinden. Damals handelte es sich um Kämpfe der kommunistischen Vorhut, die ihr aufgezwungen wurden durch die Notwendigkeit, die in den Novembertagen eroberten Positionen (die Arbeiterräte, die Verfügung der Arbeiter über die bewaffnete Macht) zu verteidigen. Es war unmöglich, diese Positionen ohne ernsthaften Kampf aufzugeben; denn das hätte zur physischen Niederlage noch die moralische Niederlage gebracht. Diese Kämpfe, so sehr sie die revolutionäre Arbeiterschaft schwächten, haben

doch sehr wertvolle moralische Voraussetzungen für den weiteren Sieg der Revolution geschaffen Sie haben der deutschen Arbeiterschaft, wenn auch unter unerhörten Opfern, eine wirkliche revolutionäre Tradition geschaffen.

Aber diese Kämpfe wären unnütz gewesen für die Entwicklung unserer Einsicht in die Kampfbedingungen der Revolution, wenn wir nicht daraus gelernt hätten, daß die Zeit solcher Teilkämpfe vorüber ist, daß sie nur eine, wenn auch unvermeidliche, Kinderkrankheit vorstellten in einem Kampfabschnitt, der wesentlich propagandistisch war. Vermutlich werden alle Länder solche opferreihen Teil- und Lokalkämpfe der Vorhuten durchzumachen haben. Das ist z. B. heute in Italien der Fall. Aber die Wirksamkeit der Partei zeigt sich gerade darin, daß sie solche lokalen und Teilkämpfe auf ein Minimum zu verringern sucht, und daß sie den Massen aus ihren Niederlagen, die sie in solchen Kämpfen erleiden, gerade die Lehre einzuprägen versteht, daß es gilt, über dieses Stadium hinwegzukommen und die Kämpfe der revolutionären Vorhut mit denen der breiten Massen zu verbinden.

Diese Lehren hat unsere Partei rasch und energisch zu ziehen gewußt. Ihre ganze Anstrengung war nach diesen bitteren Tagen darauf gerichtet, solche Kämpfe, die die Vorhut isoliert dem Ansturm der Gegenrevolution entgegenstellen, zu vermeiden. Die Partei hat dies auch sehr wohl begriffen, wie ihr Verhalten in den Kapp-Tagen beweist, wo es nirgends zur Ausrufung lokaler Räterepubliken und dergleichen Kindereien gekommen ist. Unsere Genossen haben damals sehr wohl verstanden, daß man den Kampf in einzelnen Orten oder Bezirken nicht über das politische Ziel hinaustreiben dürfe, das durch die allgemeinen Kampfbedingungen vorgeschrieben ist.

[25] Wenn heute Paul Frölich mit dem allgemeinen Satz um sich wirft, daß die Entwicklung zum Siege über eine Kette von Niederlagen gehe, wenn er sich gegen den Satz des Spartakusprogramms wendet, daß wir uns auf den ausgesprochenen Willen der proletarischen Mehrheit stützen müssen, so kann der konkrete Sinn dieser Allgemeinheiten nun der sein, daß wir durch die Lehren der Januar-Woche oder der Münchener Räterepublik einen Strich ziehen sollen. Es beweist, daß er diese Lehren entweder bis heute noch nicht begriffen, oder daß er sie wieder vergessen hat.

Die Diskussion über München, die in dieser Zeitschrift gepflogen wurde, leidet auf beiden Seiten an dem Mangel, daß der besondere geschichtliche Charakter dieses Abschnitts der deutschen Revolution nicht in genügender Deutlichkeit zum Ausdruck kam. Es liegt gerade alles daran, daß begriffen wird, daß der Abschnitt der Vorhutkämpfe überschritten ist, und daß jetzt die Aufgabe darin besteht, die ganze proletarische Kampflinie in der Richtung der kommunistischen Ziele vorwärts zu treiben und sich durch keinerlei Kriegslisten des Gegners im Kampf isolieren zu lassen. Das bedeutet natürlich nicht die Aufgabe der Selbständigkeit unserer Propaganda, es bedeutet nur, daß die Verwirklichung unserer Losungen sich nur Hand in Hand mit den breitesten Massen vollziehen kann.

Aus diesem Grunde ist die Diskussion der Probleme der Januarwoche, der Münchener Räterepublik für die Fragen, die der Kampf jetzt und in nächster Zukunft aufwerfen wird, nur von der Bedeutung, daß man aus ihnen lernt, daß wir jetzt a n d e r e Probleme vor uns haben. Die Partei als Ganzes hat das wohl begriffen, und wir dürfen es nur als Einzelerscheinung begreifen, wenn Genosse Frölich aus teilweise unvermeidlichen Fehlern dieses Kampfabschnittes ein taktisches System machen will.

Konkret stellt sich für uns heute in Deutschland die Frage so: 1. Wie wir eine genügend starke und geschlossene revolutionäre Partei bilden. Das ist die Frage des Verhältnisses zur unabhängigen Partei. Und 2. Wie wir die Aktion dieser genügend starken und revolutionären Partei mit der Aktion der außerhalb stehenden proletarischen und kleinbürgerlichen Massen verbinden. Dazu genügt nicht das revolutionäre Temperament, das natürlich vorhanden sein und gesteigert werden muß, dazu ist weiter nötig kühle und genaue Abwägung der gesamten Kampfbedingungen in jedem gegebenen Augenblick. Umgekehrt natürlich werden die Kämpfe selbst ein Mittel sein, diese starke revolutionäre Partei zu bilden und die proletarische Klasse in ihrer ganzen Breite mit ihr zu verbinden. Das ist in Deutschland und in den Westländern ein noch weit verwickelterer Prozeß als in Rußland, weil hier die Unterschiede in der Lebenshaltung und den Lebensgewohnheiten der Arbeiter viel reicher gegliedert sind und fester sitzen, weil die geistige Beschaffenheit der verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft viel uneinheitlicher ist, und weil schließlich in Deutschland und in den Westländern jene breite

und gleichartige Schicht der revolutionären Kleinbauernschaft fehlt, die ihre Aktion mit der des Proletariats verband. Trotz der viel einfacheren Verhältnisse war die Taktik, die unsere russischen Genossen bis zur Eroberung der Macht und nachher einschlugen, sehr verwickelt und mußte sich in raschen Uebergängen bewegen, und sie muß es auch nach Eroberung der Macht noch, wo die inneren Fragen kompliziert werden durch die ständig wechselnden und ungeheuer verwickelten internationalen und außerpolitischen [14] Konstellationen. Wer sich überzeugen will von der Elastizität der Taktik, die selbst unter russischen Bedingungen für die kommunistische Partei nötig war und ist, der lese die Darstellung dieser Taktik in der äußerst lehrreihen Schrift des Genossen Lenin: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, die soeben erschienen ist.

Die in den Kapp-Tagen akut gewordene Frage der „sozialistischen Regierung“ – sie taucht in anderer Gestalt wieder auf bei der Regierungsbildung bei den Wahlen – ist nur recht zu verstehen, wenn man sich vollkommen klar macht, daß wir in einen Kampfabschnitt eingetreten sind, in dem es gilt, die opportunistische Ideologie, die noch einen großen Teil der unabhängigen Führer und der hinter ihnen stehenden Massen und in noch größerem Maße die mehrheitssozialistischen gewerkschaftlichen Massen beherrscht, durch die Praxis des Kampfes zu überwinden. Der einfache Gedanke, der unserer Empfehlung einer mehrheitssozialistisch unabhängigen Regierung zugrunde lag, war der, daß eine solche Regierung der kommunistischen Propaganda eine breitere und leichtere Wirkungsmöglichkeit gebe, und daß durch die Tätigkeit einer solchen Regierung, d. h. durch ihr unausbleibliches Versagen die opportunistischen und demokratischen Illusionen in den Arbeiterköpfen am raschesten und wirksamsten überwunden würden. Wir haben den Unabhängigen gegenüber vollkommen offen ausgesprochen, daß dieses Verjagen unvermeidlich früher oder später eintreten müsse; wir mußten das ja aussprechen, um zu begründen, weshalb für uns Kommunisten die Teilnahme an einer solchen Regierung ausgeschlossen war.

Es ist natürlich lächerlich zu sagen, wie es Genosse Frölich fortgesetzt tut, daß wir die „sozialistische Regierung“ zu unserer Parole gemacht hätten. Davon kann keine Rede sein. Unsere eigene Parole war durch die einfache Tatsache unseres Nichteintritts in eine solche eventl. Regierung gegeben, eine Tatsache, über die wir vom ersten Augenblick niemand im Zweifel ließen. Die viel angefochtene Erklärung vom 21. März drückt diese Gedankengänge nur unvollkommen, ja teilweise fehlerhaft aus. Das ist äußeren Umständen geschuldet, die hier nicht weiter angedeutet zu werden brauchen. Ich selbst habe in den Diskussionen in der Berliner Funktionärsitzung, die im unmittelbaren Anschluß an die Kapp-Tage stattfanden, bevor noch aus dem Reiche irgendeine kritische Stimme vorlag, und in der Sitzung des Zentralausschusses wie auf dem Parteitag die Mängel dieser Erklärung ausgesprochen. Ihr Mangel bestand darin, daß unsere kritische Stellung zu einer sogenannten reinsozialistischen oder Arbeiter-Regierung fehlte. Ich wies darauf hin, daß eine solche Regierung in Wahrheit keinen reinen Bruch mit der Bourgeoisie darstelle, vor allem deswegen, weil ihr Verwaltungsapparat, die Bureaukratie usw., noch bürgerlich seien. Ich sprach dazu noch aus, daß so sehr alle, die diesen Schritt unternommen oder gebilligt hatten, an seiner Richtigkeit und Notwendigkeit festhalten, sie auf einzelne Worte oder Gedankengänge der Erklärung vom 21. März – die diesem Schritt erst nachfolgte – keinen Wert legen; daß wir aber allerdings diesem Schritt selbst eine große Bedeutung zuschreiben.

In der oben erwähnten jüngst erschienenen Schrift äußert sich Genosse Lenin zur Frage der „sozialistischen Regierung“. Er sagt zu der Erklärung vom 21. März:

[15] Diese Erklärung ist vom Standpunkt der grundlegenden Voraussetzung, wie vom Standpunkt der praktischen Schlußfolgerung vollkommen richtig. Die grundlegende Voraussetzung läuft darauf hinaus, daß eine „objektive Grundlage“ für die Diktatur des Proletariats im gegebenen Augenblick nicht vorhanden sei, denn die „Mehrheit der städtischen Arbeiter“ sei für die Unabhängigen. Schlußfolgerung: das Versprechen der „loyalen Opposition“ (d. h. des Verzichts auf die „Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz“) in bezug auf die „sozialistische Regierung“ bei Ausschluß der bürgerlich-kapitalistischen Parteien.

Eine Taktik, die unzweifelhaft im Grunde richtig ist. Aber wenn man sich auch nicht bei geringfügigen Ungenauigkeiten der Formulierung aufhalten soll, so darf man dennoch nicht mit Stillschweigen übergehen, daß (in einer offiziellen Erklärung der Kommunistischen Partei) die Regierung der Sozialverräter nicht eine „sozialistische“ genannt werden darf, daß nicht vom Ausschluß der bürgerlich-kapitalistischen Parteien gesprochen

werden darf, wenn die Parteien, sowohl der Scheidemann und der Herren Kautsky-Crispien, kleinbürgerlich-demokratische sind, daß solche Dinge nicht geschrieben werden dürfen, wie der § 4 der Erklärung, der lautet:

„... Für die fernere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist, vom Standpunkt der Entwicklung der proletarischen Diktatur, ein solcher Zustand von ungeheuerer Wichtigkeit, wo die politische Freiheit unbeschränkt ausgenützt werden kann und wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten kann ...“

Ein solcher Zustand ist unmöglich. Die kleinbürgerlichen Führer, die deutschen Hendersohn (Scheidemann) und Snowden (Crispien) können über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinaus, die ihrerseits nicht umhin kann, die Diktatur des Kapitals zu sein. Diese grundsätzlich falschen Dinge hätte man vom Standpunkt der Erreichung eines praktischen Resultats, das ganz richtig vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei angestrebt wird, überhaupt nicht zu schreiben brauchen. Dazu genügte es, zu sagen (wenn man parlamentarisch höflich sein will): solange die Mehrheit der städtischen Arbeiter den Unabhängigen folgt, können wir Kommunisten diese Arbeiter nicht hindern, ihre letzten kleinbürgerlich-demokratischen (d. h. ebenfalls bürgerlich-kapitalistischen) Illusionen durch die Erfahrung, die sie mit „ihrer“ Regierung machen werden, zu überwinden. Das genügt zur Begründung des Kompromisses, das in der Tat notwendig ist und das darin bestehen muß, für einige Zeit auf Versuche des gewaltsamen Sturzes der Regierung zu verzichten, der die Mehrheit der städtischen Arbeiter vertraut. In der alltäglichen Massenagitation aber, die nicht durch den Rahmen der offiziellen parlamentarischen Höflichkeit gebunden ist, kann man natürlich hinzufügen: „mögen solche kleinbürgerlichen Schurken und Schwachköpfe, wie die Scheidemann und die Kautsky-Crispien, in der Praxis zeigen, wie sehr sie selbst betölpelt sind und wie sehr sie die Arbeiter betölpeln“. Ihre „reine“ Regierung wird die „Reinigung der Augiasställe des Sozialismus, des Sozialdemokratismus und der anderen Abarten des Sozialverrats“ am „reinsten“ durchführen.

Da wir selbst diese Kritik an der Erklärung vom 21. März zum größten Teil vorweggenommen haben, können wir uns umso unbefangener mit ihr einverstanden erklären.

[16] Das Entscheidende jedoch ist, daß der Gedanke der Notwendigkeit der Unterstützung des Zustandekommens einer unabhängig-mehrheitssozialistischen Regierung und des Verhaltens zu ihr (die „loyale Opposition“) von Lenin durchaus als richtig anerkannt wird. Es kommt uns dabei durchaus nicht darauf an, uns auf die berechtigte Autorität Lenins zu stützen. Wohl aber wird es von Bedeutung sein für unsere Genossen, an der Hand der von ihm angeführten Gründe, die sich auf die reiche und mannigfaltige Erfahrung der russischen Revolution stützen, diese Frage noch einmal sorgsam zu überprüfen und daraus die nötigen Schlüsse für unsere zukünftige Taktik zu ziehen.

III.

Genosse Lenin formuliert die allgemeinen Fragen, die in der Frage der „sozialistischen Regierung“ eine Rolle spielten und die in allen künftigen Aktionen der Partei eine noch stärkere Rolle zu spielen haben werden, sehr treffend und genau in folgenden Sätzen:

„Solange es sich darum handelt (und inwiefern noch die Rede davon ist), die Vorhut des Proletariats auf die Seite des Kommunismus zu ziehen, solange und insofern tritt die Propaganda an die erste Stelle; sogar politische Krisen mit allen ihren Schwächen sind hier nützlich und ergeben fruchtbare Resultate. Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen handelt, um die Aufstellung – wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf – von Millionenarmeen, um die Aufstellung aller Klassenkräfte der gegebenen Gesellschaft zum letzten und entscheidenden Kampf, so ist hier mit propagandistischen Gewohnheiten allein, nur mit der Wiederholung der Wahrheiten des „reinen“ Kommunismus nichts zu erreichen. Hier muß man nicht bis zu Tausenden zählen, wie der „Propagandist“, das Mitglied der kleinen Gruppe, die noch nicht die Massen geführt hat, zählt: hier muß man mit Millionen und vielen zehn Millionen rechnen. Hier muß man sich nicht nur fragen, ob wir die Vorhut der revolutionären Klassen überzeugt haben, sondern auch – ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt aller Klassen der gegebenen Gesellschaft ohne Ausnahme, so aufgestellt sind, daß die entscheidende Schlacht wirklich herangereift ist – so daß 1. alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, sich genügend untereinander verzankt haben, genügend durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, geschwächt sind; daß 2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelemente, d. h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie, zum Unterschiede von der Bourgeoisie, vor dem Volke genügend entlarvt sind, sich durch ihren praktischen Bankrott genügend bloßgestellt haben; daß 3. im Proletariat eine Massenstimmung zugunsten der Unterstützung der entschiedensten, grenzenlos kühnen, revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie beginnt und machtvoll anwächst. Dann ist die Revolution herangereift,

dann ist unser Sieg, wenn wir alle oben angeführten, oben kurz charakterisierten Bedingungen in Erwägung gezogen und den Augenblick richtig gewählt haben, dann ist unser Sieg sichergestellt.“

Ferner wird es für unsere Genossen sehr nützlich sein, die Worte von Friedrich Engels zu erwägen, die schon 1874 geschrieben sind, und die Bemerkungen, die Lenin daran anknüpft. Diese Worte von Friedrich Engels lauten:

[17] „... Wir sind Kommunisten“, schrieben die blanquistischen Kommunards in ihrem Manifest, „weil wir unser Ziel erreichen wollen, ohne uns bei den Zwischenstationen aufzuhalten, ohne Kompromisse einzugehen, die nur den Tag des Sieges in die Ferne rücken und die Periode der Sklaverei verlängern. ...

„Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie über alle Zwischenstationen und Kompromisse hinweg, die nicht von ihnen, sondern durch den Gang der historischen Entwicklung geschaffen worden sind, deutlich das Endziel sehen und verfolgen; die Abschaffung der Klassen und die Schaffung einer solchen sozialen Ordnung, bei der für den Privatbesitz an Grund und Boden und an allen Produktionsmitteln nicht mehr Platz sein wird. Die 33 Blanquisten sind Kommunisten, weil sie annehmen, daß, wenn s i e über alle Zwischenstationen und Kompromisse hinwegspringen wollen, sie die Sache schon im Sack haben und daß, wenn es – wovon sie fest überzeugt sind – in diesen Tagen „losgehen“ und die Macht sich in ihren Händen befinden wird, „übermorgen der Kommunismus eingeführt werden wird“. – Folglich, wenn sich dieses nicht sofort machen läßt, so sind sie nicht Kommunisten.

„Was ist das für eine kindliche Naivität – die eigene Ungeduld für ein theoretisches Argument auszugeben!“ (Fr. Engels: „Das Programm der blanquistischen Kommunards“, aus der deutschen sozialdemokratischen Zeitung „Der Volksstaat“ 1874, Nr. 73 im Sammelbuche: Artikel von 1871–1873, russische Uebersetzung, Petersburg 1919, S. 52/53.) Engels drückt in diesem Artikel seine tiefe Achtung für Vaillant aus und spricht vom „unbestreitbaren Verdienst“ (der wie Guesde ein hervorragender Führer des internationalen Kommunismus war bis zu beider Verrat am Sozialismus im August 1914). Aber den offensichtlichen Fehler läßt Engels nicht ohne Analyse.“

Und Lenin fügt aus der russischen Erfahrung folgendes hinzu:

„Natürlich, sehr jungen und unerfahrenen Revolutionären, wie auch kleinbürgerlichen, sehr erfahrenen Revolutionären von sehr ehrwürdigem Alter, scheint es außerordentlich ‚gefährlich‘, unverständig, falsch, ‚Kompromisse zu gestatten‘. Und viele Sophisten (die ‚übererfahrene‘ Politikaster sind) urteilen so, wie die von Genossen Lansbury angeführten englischen Führer des Opportunismus: ‚wenn den Bolschewiki dieses Kompromiß gestattet ist, warum sind dann uns nicht beliebige Kompromisse gestattet?‘ Die Proletarier aber, die durch wiederholte Streiks erzogen sind (um nur die eine Aeußerung des Klassenkampfes zu nehmen), eignen sich gewöhnlich vortrefflich die tiefe (philosophische, historische, politische, psychologische) Wahrheit an, die Engels dargelegt hat. Jeder Proletarier hat einen Streik durchgemacht, hat ‚Kompromisse‘ mit verhaßten Unterdrückern und Ausbeutern erlebt – wo die Arbeiter die Arbeit aufnehmen mußten, entweder ohne etwas erreicht zu haben oder auf nur teilweise Befriedigung ihrer Forderungen eingehend. Jeder Proletarier beobachtet, dank der Situation des Klassenkampfes und der starken Zuspitzung der Klassengegensätze, in der er lebt, den Unterschied zwischen einem Kompromiß, das durch objektive Bedingungen erzwungen ist (die Kasse der Streikenden ist leer, sie erhalten keine Unterstützung von auswärts, sie haben bis zur Unmöglichkeit gehungert und sind erschöpft) – einem Kompromiß, das die revolutionäre Hingabe und Bereitschaft zu weiterem Kampfe der Arbeiter, die dieses Kompromiß abschließen, durchaus nicht beeinträchtigt – und [18] andererseits einem Kompromiß der ‚Verräter‘, die ihre Furcht für die eigene Haut (auch Streikbrecher gehen ‚Kompromisse‘ ein), ihre Feigheit, ihren Wunsch, sich bei den Kapitalisten einzuschmeicheln, ihre Nachgiebigkeit gegenüber Einschüchterung, manchmal Ueberredung, manchmal Almosen, manchmal Schmeichelei seitens der Kapitalisten auf objektive Ursachen abwälzen (besonders viele solcher Kompromisse von Verrätern enthält die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung seitens der Führer der englischen Tradeunions, aber in dieser oder jener Form haben fast alle Arbeiter in allen Ländern eine analoge Erscheinung beobachtet).

Es gibt natürlich einzelne, außerordentlich schwierige und verwickelte Fälle, wo es nur mit größter Anstrengung gelingt, den wirklichen Charakter dieses oder jenes Kompromisses zu bestimmen – wie es Fälle von Mord gibt, wo es nicht leicht ist, zu entscheiden, ob ein zu rechtfertigender oder sogar notwendiger Mord vorliegt oder eine unverzeihliche Nachlässigkeit oder sogar ein fein durchgeführter hinterlistiger Plan. Es versteht sich, in der Politik, wo es sich oft um äußerst komplizierte – nationale und internationale – Wechselbeziehungen zwischen den Klassen und Parteien handelt, wird es sehr viel schwierigere Fälle geben, als die Frage des gesetzlichen Kompromisses beim Streik oder des verräterischen Kompromisses des Streikbrechers, des

verräterischen Führers usw. Ein derartiges Rezept oder eine solche allgemeine Regel (?) („keinerlei Kompromisse“] zu verfassen, die auf alle Fälle paßt, das ist eine Absurdität. Man muß einen eigenen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Falle zurechtzufinden. Darin besteht u. a. die Bedeutung der Parteidisziplin und der Parteiführer (die diesen Titel verdienen): durch langwierige, beharrliche, verschiedenartige, allseitige Arbeit aller denkenden Vertreter der gegebenen Klasse,*) die notwendigen Kenntnisse, die notwendige Erfahrung, den notwendigen – außer Wissen und Erfahrung – politischen Instinkt auszuarbeiten, um komplizierte politische Fragen schnell und richtig zu lösen.“

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist noch sehr jung, sie hat manchen Fehler begangen und sie wird noch manchen begehen, aber sie hat gezeigt, daß sie aus ihren Fehlern zu lernen versteht. Sie hat die syndikalistisch-anarchistische Krankheit überwunden, indem sie die Elemente, die ihre Träger sind, zeitweilig von sich ausschied. Sie wird rascher und schmerzloser die Schwächen überwinden, die notwendig verknüpft sind mit dem Lebergang aus dem Kampfabschnitt, in dem die Propaganda vorwog, in den neuen Kampfabschnitt, in dem es sich darum handelt, die gesamte proletarische Klasse für die Verwirklichung des Kommunismus in Bewegung zu setzen. Ein Abschnitt, der ebensoviel taktische Biegsamkeit und Schnelligkeit verlangt wie revolutionäre Kühnheit.

[19] Den opportunistischen Führern der Unabhängigen, die versuchen werden, diese selbstverständlichen Elemente revolutionärer Taktik zur Rechtfertigung ihrer opportunistischen Taktik auszunützen, muß man in jedem einzelnen Fall auseinandersetzen, worin ein revolutionäres Kompromiß sich von einem gegenrevolutionären Kompromiß unterscheidet. Das ist in jedem einzelnen Fall leicht nachzuweisen. Eine allgemeine Formel dafür läßt sich aber nicht finden. Es sei denn, man sage, daß ein revolutionäres Kompromiß ein solches ist, das die Arbeiterklasse materiell und ideell fördert, während ein konterrevolutionäres Kompromiß immer den Gegner, die Bourgeoisie, stärkt.

*

Die Wirtschaftskrise.

Am 26. Juni brachte die „Frankfurter Zeitung“ eine Uebersicht über die Wirtschaftslage in Deutschland, die mit folgenden Worten beginnt:

„Das Bild der deutschen Volkswirtschaft ist seit einiger Zeit jäh verändert. Mit unerbittlicher Gewalt hat sich nach den Fäulniserscheinungen eines papierenen Scheinreichtums und nach einem wilden Wust maßloser Krisengeschäfte die harte Wirklichkeit durchgesetzt. Die Sünden des Raffergeistes, die armselige Zügellosigkeit einer Konjunkturausnützung in einer ausgesogenen Volkswirtschaft, gegenüber einer hungernden Bevölkerung, die Unbedenklichkeit der Gewinnnahme – in wie vielen Fällen! In der Mißachtung volkswirtschaftlicher Pflichten und selbst gesetzlicher Vorschriften haben einem schweren Rückschlage den Boden bereitet.“

Die „Frankfurter Zeitung“ stellt damit die bekannte Tatsache des Konjunkturrückschlages fest, sieht aber die Ursachen in einer Kette von Verfehlungen örtlicher oder nationaler Natur, als ob die Wirtschaftskrise sich besonders auf Deutschland beschränkte. Vor einigen Monaten war für die Unternehmer der Himmel voller Geigen, an einen Rückschlag dachte niemand, vielmehr glaubte man an eine anbrechende Prosperitätsperiode, und es gibt noch heute Volkswirtschaftler, selbst von der marxistischen Schule, die an eine heraufziehende Prosperitätsperiode glauben. In Wirklichkeit läßt die seit ungefähr Mitte April einsetzende Wirtschaftskrise noch immer nicht nach, vielmehr breitet sie sich immer mehr aus, obgleich ihre Erscheinungsformen etwas anders sind, als man gewöhnlich annimmt. Zwar sind viele Unternehmungen stillgelegt worden oder in anderen Betrieben wurde die Produktion eingeschränkt. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit aus verschiedenen Gründen nicht so angewachsen, wie man erwarten konnte, und zwar war sie im Mai noch relativ geringer wie im April, schon aus dem Grunde, weil in diesen Monaten die Landarbeit ziemlich viel Kräfte heranzieht und Deutschland überhaupt eher einen Mangel an Arbeitskräften hat als einen Ueberfluß. Immerhin ist eine bedeutende

*) In jeder Klasse, sogar in den aufgeklärtesten Ländern, sogar in der am meisten vorgeschrittenen und durch die Umstände des Augenblicks zu ausschließlich hohem Aufschwung aller geistigen Kräfte gebrachten Klasse sind immer und werden – so lange Klassen bestehen, so lange sich die klassenlose Gesellschaft nicht vollkommen befestigt und auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat – unvermeidlich Vertreter sein, die n i c h t denken und nicht fähig sind, zu denken. Der Kapitalismus wäre nicht der die Massen unterdrückende Kapitalismus, wenn dem nicht so wäre.

Arbeitslosigkeit in den Städten festzustellen und in den nächsten Monaten wird sie eher zunehmen als abnehmen.

[20] Geht man auf den Grund dieser Krise ein, so muß man die Erklärungen, die die „Frankfurter Zeitung“ angeführt hat, ohne weiteres zurückweisen, da dieselben „Sünden des Raffergeistes“ nicht nur jetzt, sondern während der ganzen Kriegsperiode und besonders nach dem Kriege sich bemerkbar machten und nicht allein in Deutschland, sondern in allen Ländern hervortreten. Die Wirtschaftskrise ist aber gar nicht zuerst in Deutschland, sondern in anderen Ländern, und zwar in Amerika, Japan und der Schweiz ausgebrochen. Nur hat man für die Krise in diesen Ländern den Grund darin gesucht, daß ihr Absatz auf große Schwierigkeiten stößt infolge der niedrigen Valuta der anderen Länder. Damals, als im Februar die ersten Rückschläge der Konjunktur in den Vereinigten Staaten hervortraten, wies man darauf hin, daß Amerika an einer Hebung der deutschen Valuta interessiert sei. Umgekehrt klagte die ganze deutsche Geschäftswelt darüber, daß die deutsche Valuta, d. h. der Kurs des deutschen Geldes, niedriger ist und daß infolgedessen die Rohstoffe, die Deutschland einführen muß, nur zu hohen Preisen zu erlangen sind. Heute ist das Bild wesentlich anders. Die deutsche Valuta hat sich inzwischen bedeutend gehoben. Statt 100,– Mk. für einen Dollar zahlt man jetzt ungefähr 37,– bis 38,– Mk. und die Geschäftswelt klagt, daß gerade umgekehrt aus diesem Grunde eine Geschäftsstille eingetreten ist. Heute klagen die deutschen Unternehmer, daß ihre Ausfuhr stockt, während doch niemand behaupten wird, daß die Einfuhr ausländischer Waren nach Deutschland infolgedessen gestiegen ist. Es scheint also, daß die Absatzstockung überall auftritt und zwar unabhängig von dem Kursstand der Valuta des Geldes.

Es ist überhaupt kein Grund anzunehmen, daß bei dem jetzigen Stand der Valuta die Ausfuhr stocken sollte, wenn doch die deutsche Mark etwa bloß 10 Prozent ihres früheren Wertes notiert wird. Gegenüber dem Kursstande des Geldes anderer Länder, mit Ausnahme von Rußland, Oesterreich-Ungarn und den Randstaaten Rußlands, ist der Kurs immerhin bedeutend niedriger als der der anderen Staaten, und da gleichzeitig auch der Kurs des Geldes der anderen Staaten, so z. B. der italienischen Lire und des französischen Franks, gestiegen ist, so sollte doch die Ausfuhr trotz der Steigerung des Markkurses möglich sein. Die Absatzstockung hat also viel tiefere Gründe, als man gewöhnlich annimmt. Es ist schon mehrmals in der Presse darauf hingewiesen worden, daß der wichtigste Grund dieser Krise in dem Mißverhältnis zwischen den Warenpreisen und den Löhnen zu suchen ist. Die Preissteigerung der Waren ist überall viel bedeutender als die Lohnerhöhungen. Schon die offizielle englische Untersuchungskommission hat dieses Mißverhältnis am Anfang des Jahres 1920 festgestellt. Sie hat z. B. für Paris eine Preissteigerung von 185 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit und eine Lohnerhöhung von 50 bis 73 Prozent konstatiert. In Deutschland ist eine Preissteigerung von 500 Prozent gegenüber einer Lohnerhöhung von 140 bis 164 Prozent eingetreten usw. Nur in den Vereinigten Staaten sollen die Löhne den Preisen entsprechend erhöht worden sein. Dabei wird allerdings eine Erhöhung der Preise für den Kleinhandel der Vereinigten Staaten mit 88 Prozent angenommen, während andere Quellen eine bedeutendere Erhöhung der Preise feststellen. So bringt der „Oekonomist“ vom 22. Mai 1920 eine Zusammenstellung, nach der eine Preissteigerung für die Vereinigten Staaten von 97 Prozent eingetreten ist. Wie dem auch sei, zweifellos ist die Tat-[21]sache, daß ein Mißverhältnis zwischen den Löhnen und Preisen eingetreten ist und daß infolgedessen sich Absatzschwierigkeiten entwickeln mußten.

Viel wichtiger ist die Tatsache, daß die Produktion der persönlichen Verbrauchsgegenstände sich in der Hauptsache für die Konsumtion der durch den Krieg bereicherten Schichten eingerichtet hat und daß diese Produktion den Bedarf dieser Schichten überstiegen hat. So schreibt Dr. Joseph Jahn in der „Industrie- und Handels-Zeitung“, Nummer 115, darüber folgendes:

„Da ist nun kein Zweifel, daß in aller Welt die Einkommen hinter den Preisen der Produkte zurückgeblieben sind. Die großen Einkommensverschiedenheiten, die sich während des Krieges und besonders nach dem Kriege herausgebildet haben, regten die Produktion in ganz einseitiger Weise an. Es wurde vorwiegend für die hohen Einkommen, die Kriegs- und Schiebergewinne produziert. Deren Aufnahmefähigkeit ist aber doch begrenz als im Eifer der Hochkonjunktur angenommen wurde. Heute enthalten die Lager zuviel Luxuswaren, und die vorhandenen Durchschnittswaren sind in ihren Produktionskosten denen der Luxuswaren immer näher

gekommen, weil die ganze Produktion auf steigende Preise und Ausbreitung der Einkommenssteigerung eingestellt war.“

Mit der Feststellung dieser Tatsache kommt die Widersinnigkeit der kapitalistischen Produktion am allerschärfsten zum Ausdruck. Die große Masse der Bevölkerung hungert und entbehrt alle allernotwendigsten Gebrauchsartikel, kann sie aber nicht bekommen, weil die Industrie in erster Linie für die reichgewordenen Schieber produziert. Die Größe der Not der Bevölkerung leuchtet u. a. aus einer kleinen Notiz hervor, die die Lage der Kinder in Berlin schildert. Der Verein der Kinderfürsorge schreibt:

„In der 115. Gemeindeschule von Berlin fand man von 650 Kindern 161, die keine Schuhe mehr besaßen (nur noch Holzschuhe); 142 ohne Mantel oder warmes Ueberkleidungsstück; 305, die keine Wäsche oder nur noch elende Lumpen besaßen; 378, bei denen es daheim keinen geheizten Raum gab; 341, bei denen nie ein Tropfen Milch ins Haus kam; 106. deren Eitern nicht einmal die dürftigen Lebensmittelrationen kaufen konnten; 118 waren tuberkulös, 48 durch Unterernährung geistig zurückgeblieben, 50 waren außerordentlich schwach und wogen bis zu zehn Kilo unter der Norm, 85 Kinder starben im Laufe des Jahres an den Folgen der Entbehrung und Unterernährung. – In der kleinen Kirchengemeinde St. Marien (Berlin) zählte man 115 Todesfälle im Jahre 1913, im Jahre 1918 hingegen 225, wozu noch 50 im Felde gefallene Männer kamen.“

Trotz dieser himmelschreienden Tatsachen liegen in Lägern und Läden viele Waren, die keinen Absatz finden. Bedarf es noch eines Beweises für die Notwendigkeit einer staatlichen Kontrolle und Organisation der Produktion, so würde man mit der Feststellung dieser Tatsachen den Beweis geliefert haben. Aber abgesehen davon zeigt die Wirtschaftskrise an und für sich daraufhin, daß eine regelmäßige Entwicklung der Wirtschaft für lange Zeit überhaupt unmöglich ist, bis die Produktion staatlich reguliert und in andere Bahnen geleitet wird.

Der tiefste Grund der jetzigen Wirtschaftskrise liegt nämlich nicht nur in dem unmittelbaren Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung, denn in der Hauptsache nach dem verheerenden Kriege mußte sich und sollte sich die Industrie auf die Produktion von Produktionsmitteln einrichten, die notwendig sind. Leidet die Bevölkerung unter Mangel an Konsumtionsmitteln, so ist doch in erster Linie notwendig, die Produktionskräfte herzustellen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung dauernd befriedigen zu können. Das hat die kapitalistisch organisierte Industrie eben nicht getan, weil sie sich aus der Herstellung von Luxuserzeugnissen aller Art besseren und rascheren Erfolg versprach. Die Herstellung von Produktionsmitteln fordert längere Vorbereitung und dauernde Kapitalanlagen. Aus Furcht vor Sozialisierung, aus Steuerscheu und im Kampf gegen die Arbeiterbewegung überhaupt, zog das Kapital es vor, sich nach dem Auslande zurückzuziehen und im Inlande nur von der Hand in den Mund zu leben. Infolgedessen wurden keine großen Kapitalsinvestierungen vorgenommen, die Entwicklung der Produktionsmittel vernachlässigt, und wir stehen deshalb heute vor dem Problem der Ueberproduktion an Konsumtionsmitteln.

In „normalen“ Verhältnissen werden Wirtschaftskrisen durch das Kapital in der Weise überwunden, daß eine Verschiebung der Kapitalanlagen aus der Industrie der Konsumtionsmittel in die der Produktionsmittel stattfindet und die Zusammensetzung des Kapitals eine hohe wird, d. h. das Verhältnis zwischen Kapitalanlage und Lohn zugunsten der Kapitalanlage verschoben wird. Jede Wirtschaftskrise bringt auf diese Weise zunächst eine Aufbesserung der Kapitalakkumulation. Die jetzige Wirtschaftskrise steht vor einer Kapitalsarmut, weil das Kapital nach dem Auslande geflüchtet ist, ganz abgesehen davon, daß Deutschland überhaupt durch den Krieg immerhin an Kapital verarmt ist. Der Ausweg aus dieser Krise ist also nur mit Unterstützung der Regierung möglich, die Kapital für weitere Arbeiten hergibt. Es werden auch Stimmen laut, die bedeutende Summen für Bauten von der Regierung fordern. In der Tat ist die Bauindustrie völlig vernachlässigt und infolgedessen der Absatz der Eisenindustrie außerordentlich eingeschränkt worden. Ist dem aber so, muß die Regierung selbst Kapital hergeben, um die weitere Entwicklung der Industrie möglich zu machen, so verschwindet der letzte Vorwand für die Aufrechterhaltung einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, da nicht einmal das Kapital von Privatpersonen hergegeben wird. Man kann dabei gar nicht behaupten, daß es absolut an Kapital mangelt, denn wenn man die Berichte der Unternehmungen oder der Banken liest, so sieht man, daß bedeutende Kapitalien akkumuliert sind, und nur keine Verwendung in den Zweigen der

Industrie finden, deren Entwicklung am allerersten notwendig ist, nämlich im Baugewerbe, Maschinenindustrie usw., die die Produktionskräfte des Landes heben könnten.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß der wichtigste Grund der jetzigen Wirtschaftskrise in der Entwicklung der verschiedensten Industriezweige liegt, indem die Herstellung von Luxusgegenständen auf Kosten der Produktion von Nahrungsmitteln, des Massenverbrauchs und vor allem auf Kosten der Produktion von Produktionsmitteln ausgeübt worden ist. Der Ausweg aus dieser Krise ist also möglich durch eine staatliche Kontrolle und Organisation und die Verteilung von Produktionskräften nicht nach den Wünschen der Unternehmer, sondern nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaft. Die Sozialisierung der Produktion ist die einzige rationelle Lösung der jetzigen Wirtschaftskrise. [23]

*

Die Lebensmittelunruhen im Reich.

Zu Beginn der letzten Juniwoche trafen die ersten Meldungen von Lebensmittelkrawallen im Reich ein, um seither eine ständige Rubrik in den Spalten der Tageszeitungen abzugeben. Kaum flaute die Bewegung an einem Orte ab, so kam es zu neuen Unruhen an anderer Stelle. Dabei kann nicht von einem schrittweis weiterfressenden Brand, sondern eher von sprunghaft übergreifenden Funken gesprochen werden. Die Bewegung begann mit Demonstrationen gegen die Teuerung in Württemberg am 22. Juni. Am 24. folgte Bremen, dann Oldenburg, Magdeburg, Duisburg, Krefeld. Der 27. Juni brachte schwere Krawalle in Hamburg. Am 28. sind Cuxhaven, Frankfurt a. M., Mainz und Würzburg, am 29. Lübeck, am 30. Worms, Darmstadt, Berlin und Stettin der Schauplatz; mehr oder weniger heftiger Ausbrüche der Volkswut. Die letzten Nachrichten von Unruhen stammen aus Thüringen (Ilmenau) und Schlesien. Seitdem scheint indes die Bewegung etwas abzuebben, während es andererseits in der Bergarbeiterschaft, die sich während der Lebensmitteltumulte, von einzelnen Ausnahmen (die Zeche Hansa in Essen) abgesehen, bemerkenswert zurückgehalten hat, jetzt aus Anlaß des 10 proz. Steuerabzuges vom Lohn immer deutlicher zu gären beginnt.

Die Bewegung gegen den Lebensmittelwucher und die Teuerung bietet in ihrem Ablauf, so verschiedene Eruptionsherde man auch ins Auge faßt, ein Bild von typischer Gleichförmigkeit. Sie setzte zumeist ein mit Protestumzügen und Demonstrationen vor amtlichen Gebäuden, denen sich Akte der Selbsthilfe von seiten der erregten Massen, unter denen die Frauen, z. T. auch die des kleinen Mittelstandes eine beträchtliche Rolle spielten, anschlossen. Auf den Wochenmärkten wurden die Händler gezwungen, die trotz der guten diesjährigen Obst- und Gemüseernte unerschwinglich hohen Wucherpreise weit über die Hälfte herabzusetzen. Waren sie renitent, so wurden ihnen die Obstkörbe umgekippt, die Stände gestürmt und sie selbst angesichts der drohenden Menge genötigt, in nahegelegene Häuser zu flüchten (wie z. B. in Magdeburg). Von da aus ging es dann truppweise in die größeren Lebensmittelgeschäfte, in Kleider- und Schuhläden, wo gleichfalls Zwangsverkäufe (schon untermischt mit Plünderungen) stattfanden.

Ein Ausarten der Bewegung nach zwei Seiten hin war alsdann bei der aufs höchste gesteigerten Erregung der Volksmassen und dank dem Treiben dunkler Elemente, die sich an Halbwüchsige und Unbesonnene heranzumachen verstanden, in der Regel nicht mehr zu vermeiden: revolutionäre Heißsporne ließen sich zu zwecklosen Einzelaktionen hinreißen und Plünderungen und Einbrüche größeren Umfangs setzten ein, die dem Militär den erwünschten Vorwand zum Einschreiten gaben. Daß hierbei Spitzel ihre Hand im Spiel gehabt haben, ist überall beobachtet, speziell für Hamburg, Bremerhaven und Berlin einwandfrei festgestellt worden. Auf die hierzulande fieberhaft betriebene Provokatoren- und [24] Spitzelarbeit wirft ja der soeben beendete Blau-Prozeß ein grelles Licht. Ganz offenbar wäre den reaktionären, militärischen und kapitalistischen Kreisen ein provozierter Putsch der Linken im gegenwärtigen Augenblick ganz besonders gelegen gekommen, um mit dem Hinweis auf den Bolschewismus im Innern noch in letzter Stunde die 200.000 Mann Reichswehr und womöglich die Einwohnerwehren in Spaa zu retten. (Ein Analogon zu diesen Gedankengängen bietet ja das, in Verbindung mit dem polnischen Zusammenbruch gesetzte An-die-Wand-malen der Gefahr des Bolschewismus von außen. Es ist bezeichnend, daß die gesamte bürgerliche Presse diesen Zusammenbruch und

seine Folgen aufs krasseste ausmalt (wie sie auch den Umfang der Lebensmittelunruhen übertrieben hat) – alles für die Wirkung speziell auf England in Spaa berechnet.

Die linken Parteien, die in einzelnen Städten geschlossen auftraten, taten indes der auf dem Sprung liegenden Konterrevolution nicht den Gefallen, ihr die Arbeiter in die bereits verschiedentlich aufgefahrenen Panzerautos und Maschinengewehre zu treiben. Vielmehr wurde die Arbeiterschaft unablässig in der Parteipresse gewarnt, den Lockspitzeln nicht ins Garn zu gehen. Die Rolle der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften beschränkte sich denn auch auf Organisieren von Demonstrationsumzügen, in deren Verlauf ihnen die Führerschaft freilich häufig völlig entglitt, und auf Anwendung von Druckmitteln gegenüber den Behörden und der Regierung.

Den größten Umfang erreichten die Tumulte in Ulm, Würzburg, Hamburg und Lübeck. In U l m hatte die aus S.P.D. und U. S. P. bestehende Mehrheit des Gewerkschaftskartells eine Demonstration gegen Wucher und Teuerung veranstaltet. Die K. P. D.-Mitglieder hatten sich nicht beteiligt, da es zwischen den Führern von vornherein ausgemacht war, nur auf die Wucherer die Schuld zu schieben, die Schuld der kapitalistischen Mißwirtschaft und der ehemaligen mehrheitssozialistischen Regierung aber totzuschweigen. Im Anschluß an diese Umzüge kam es zu G e w a l t a k t i o n e n der Masse, die das Rathaus stürmte, die Aktion auf die Straße warf und die rote Fahne hißte. Dem Regierungsrat im Oberamt wurde ein Strick um den Hals gelegt und ihm die Zusicherung seiner Abdankung abgenötigt. Bei den darauf folgenden Zusammenstößen mit der Polizei und der zu ihrer Unterstützung herangeholten b a d i s c h e n Reichswehr – die w ü r t t e m b e r g i s c h e Reichswehr, die tags zuvor in der Presse hatte mitteilen lassen, daß sie selbst unter der Teuerung leide und keinesfalls gegen Demonstranten einschreiten werde, wurde in den Kasernen interniert – blieben auf Seite der Arbeiter 8 Tote. Am folgenden Tag wurde der Belagerungszustand über Ulm verhängt, worauf die Arbeiter mit einem eintägigen Generalstreik antworteten.

In dem nahe gelegenen H e i d e n h e i m holte sich die ärmere Bevölkerung im Kampf gegen die Obstwucherer auf dem Wochenmarkt die Arbeiter aus der Maschinenfabrik zur Hilfe, die auf den Appell hin geschlossen anrückten, die Auflösung der Einwohnerwehren und die eigene Bewaffnung verlangten und auch erzwangen.

Auch in W ü r z b u r g griff die Reichswehr ein und feuerte auf die nach Tausenden zählende Menge, die vor dem Rathaus eingekeilt stand. Ein Aktionsausschuß aller sozialistischen Parteien, der sich darauf bildete, [25] stellte dem Regierungspräsidenten ein Ultimatum, in dem es hieß, daß, falls nicht sofort der Ausnahmezustand aufgehoben, die Reichswehr zurückgezogen und der aufgebotenen Einwohnerwehr (die somit in Bayern unbekümmert um alle Anordnungen des Reichswehrministers weiter offen auf den Plan tritt) organisierte Arbeiter auf ihren Wunsch beigefügt werden, sofort der Generalstreif proklamiert werde. Diese Forderungen wurden sämtlich bewilligt.

Seltsamerweise fungiert aber die Einwohnerwehr sogar noch in Norddeutschland. So griff sie beispielsweise in H a m b u r g, das sich bei Niederwerfung der Lebensmittelunruhen durch besonders scharfe Maßnahmen – Auffahren von Panzerautos, Erlaß, daß jeder Plünderer erschossen wird usw. – hervortat, neben der Sicherheitspolizei ein. Auch über Hamburg wurde der Ausnahmezustand verhängt und die Vollzugsgewalt dem Polizeipräsidenten übertragen. Außer in Hamburg wurde die Einwohnerwehr auch in L ü b e c k alarmiert, wo es, wie überall, zu „Zwangsverkäufen, das heißt Plünderungen“, wie der Berichterstatter des „Berliner Tageblatt“ so bezeichnend definiert, kam, und der Ausnahmezustand verhängt wurde. – Erwähnenswert ist, daß in C u x h a v e n die aufgebotene Küstenwehr sich passiv verhielt.

In W o r m s und M a i n z wurde die Rolle des Schützers der Bourgeoisie vom französischen Militär übernommen. Auf das Sympathisieren der württembergischen Reichswehr mit den einheimischen Demonstranten ist schon hingewiesen worden.

Merkwürdig ruhig verlief die Bewegung, wenn man von Hamburg absieht, gerade in den Hauptstädten. In M ü n c h e n war alles damit abgetan, daß. Herr v. K a h r eine Abordnung von Vertretern der christlichen und der freien Gewerkschaften empfing und ihre Klagen über die Lebensmittelteuerung

anhörte. Seine Versicherungen, daß die bayerische Regierung bei den Verhandlungen über die Neufestsetzung der Getreidepreise dafür Sorge tragen werde, daß der Brotpreis unter keinen Umständen erhöht werde, mag im Augenblick beruhigend gewirkt haben, – läßt aber, angesichts der von Dr. Hertz in der Montagssitzung des Reichstags gemachten sensationellen Angaben über die Preispolitik der Reichszentrale, speziell bei Brot und Getreide, und die von der Regierung bereits eigenmächtig bewilligte Frühdruschprämie, nur die Alternative einer Fehde zwischen Bayern und dem Reich (wie sie, auch um den Brotpreis, erst vor wenigen Monaten entbrannt war) oder einer erneuten Bewegung der Arbeiterschaft offen.

In Stuttgart und Frankfurt a. M. kam es zu machtvollen Kundgebungen der Arbeiterbevölkerung, die jedoch Ausschreitungen vermied. Redner der Linken Parteien forderten im Kampf gegen das Wucher- und Schiebertum sofortige Schließung von Wucherläden und (was für die Wohnungskrise bezeichnend ist) ihre Verwendung zu Wohnzwecken. Berlin schließlich blieb, von kleineren Tumulten in der Zentralmarkthalle abgesehen, fast ganz passiv, obwohl gerade hier Provokateure rührig an der Arbeit waren. Sollten sie, wie die „Rote Fahne“ mitteilte, es auf die Verhängung des Ausnahmezustandes auch über Berlin abgesehen haben, indem sie sich bemühten, eilig aus Frauen und jungen Burschen zusammengestoppelte Demonstrationszüge in den Bannkreis des Reichstags zu führen, denen größere Aufgebote von Sicherheitspolizei schon auf dem Fuß folgten, so ist es ihnen, dank dem Ein-[26]greifen besonnener und in den vorjährigen Kämpfen geschulter Arbeiter, die solche Demonstrationszüge Unter den Linden und in der Weberstraße auflösten, jedenfalls nicht gelungen. –

Das Verhalten der Gegenpartei – Behörden, Produzenten und Händler – zeigte alle Schattierungen, vom Darreichen des Zuckerbrots bis zur Peitsche. Die Stadt Braunschweig baute beispielshalber vor, indem sie rechtzeitig einen Ausschuß berief, der die Preise für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs einer Prüfung unterzog. Die Dresdener Kaufmannschaft inszenierte in der gemütlichen sächsischen Weise einen papiernen „Aufklärungsfeldzug“. In Bremen griff die Behörde nach den ersten Unruhen vermittelnd ein, indem sie die Mitwirkung von drei Personen aus der Bevölkerung bei allen Versteigerungen und Großverkäufen von Obst und Gemüse verfügte. In einem amtlichen Rundschreiben an sämtliche Wucherstellen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wurde schon unter dem 23. Juni auf die zunehmenden Klagen aus Verbraucherkreisen hingewiesen und rücksichtsloses Vorgehen gegen Kettenhandel und Preissteigerung gefordert.

Umgekehrt richtete der Bund der rheinischen Landwirte Protestschreiben an die Behörden, in denen die Bauernschaft offen den Städten Krieg ansagte. So sollte z. B. der Kölner Markt boykottiert werden. Ferner wurde auf dem Hauptobstmarkt in der Umgebung von Mainz eine Protestversammlung der Vertreter der Landwirtschaft abgehalten, in der ein allgemeiner Anbau- und Lieferstreik angekündigt wurde. – Auch von einem Lieferstreik der Werderschen Obstzüchter, die Berlin jetzt fast ausschließlich versorgen, wird gesprochen. Der Boykott der Werderschen Obstzüchter ist dem Berliner Zweckverband der Händler derart in die Glieder gefahren, daß er, den heutigen Morgenblättern nach, die von ihm vor wenigen Tagen vorgenommenen Preisherabsetzungen wieder für aufgehoben erklärt hat.

Umfang und Charakter der Krawalle darf im ganzen nicht übertrieben werden. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird sich mehr und mehr klar darüber, daß an Stelle von zwecklosen Einzelaktionen, die das Uebel doch nicht an der Wurzel fassen, nur die durch das Proletariat ausgeübte Kontrolle der Produktion der Profitwirtschaft und Teuerung ein Ende bereiten wird. – [27]

*

Thesen des Exekutivkomitees der 3. Internationale zum 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

I.

Ueber die Rolle der Kommunistischen Parteien in der proletarischen Revolution.

Im ersten Jahre ihres Bestehens erschöpfte sich die Arbeit der Kommunistischen Internationale in der Propaganda und Agitation für die kommunistischen Ideen. Im Augenblick des Zusammentritts des

zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale steht die internationale Organisation des Proletariats vor einer neuen Phase. Für die Kommunistische Internationale beginnt die organisatorisch aufbauende Epoche. Bisher bestanden in den einzelnen Ländern nur kommunistische Richtungen im Proletariat. Gegenwärtig haben wir in allen Ländern, wo eine ernste Arbeiterbewegung besteht, nicht nur Richtungen, sondern bereits kommunistische Organisationen und Parteien. Dieser Umstand muß den zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale veranlassen, eine völlig klare und genaue Stellung in der Frage der Rolle der Kommunistischen Partei vor und nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse einzunehmen. Unter manchen Anhängern des Kommunismus (die „linke“ Richtung in Deutschland, die Anhänger der Industriearbeiter der Welt, der I. W. W. in Amerika, einige Gruppen revolutionärer Syndikalisten und Anarchisten) ist eine Unterschätzung der Rolle der kommunistischen Partei als solcher und sogar die glatte Verneinung der Notwendigkeit einer kommunistischen Partei bemerkbar. Auch das ist ein Anlaß für den zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale, auf die oben gestellten Fragen genau und bestimmt zu antworten.

1. Die Kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse. Und zwar ihr am meisten vorgeschrittener, ihr klassenbewußtester und darum auch revolutionärster Teil. Die kommunistische Partei entsteht durch die natürliche Auswahl der besten, klassenbewußtesten, selbstlosesten, weitsehendsten Arbeiter. Die kommunistische Partei hat keine von der Arbeiterklasse verschiedenen Interessen. Die kommunistische Partei unterscheidet sich von der ganzen Masse der Arbeiter dadurch, daß sie den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse als Gesamtheit übersieht und auf allen Wendungen dieses Weges die Interessen nicht einzelner Gruppen, nicht einzelner Berufe, sondern die Interessen der Arbeiterklasse als Gesamtheit verteidigt.

Die kommunistische Partei ist der organisatorisch-politische Hebel, mit Hilfe dessen der vorgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die ganze Masse des Proletariats und Halbproletariats auf den richtigen Weg führt. [28]

2. Solange die Staatsmacht noch nicht durch das Proletariat erobert worden ist, solange das Proletariat nicht ein für allemal seine Herrschaft befestigt und die Arbeiterklasse vor einer bürgerlichen Restauration bewahrt hat, solange wird die kommunistische Partei in der Regel in ihren organisierten Reihen nur die Minderheit der Arbeiter haben. Bis zur Machtergreifung und in der Uebergangszeit kann die kommunistische Partei bei günstigen Bedingungen einen ungeteilten, geistig-politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Bevölkerungsschichten ausüben, aber sie kann sie nicht organisatorisch in ihren Reihen vereinigen. Erst nachdem die proletarische Diktatur die Bourgeoisie solcher mächtiger Beeinflussungsorgane wie der Presse, der Schule, des Parlaments, der Kirche, des Verwaltungsapparats und anderer mehr beraubt haben wird, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung für alle offensichtlich geworden sein wird, werden alle oder fast alle Arbeiter in die Reihen der kommunistischen Partei hineingehen.

3. Den Begriff der Partei muß man streng von dem Begriff der Klasse unterscheiden. Die Mitglieder der christlichen und freisinnigen Gewerkschaften in Deutschland, England und anderen Ländern sind unzweifelhaft Teile der Arbeiterklasse. Die mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise, die noch hinter den Scheidemann, Gomperz und Kompagnie stehen, sind unzweifelhaft Teile der Arbeiterklasse. Unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen kann die Arbeiterklasse von zahlreihen reaktionären Schichten durchsetzt sein. Die Aufgabe des Kommunismus besteht nicht darin, sich diesen rückständigen Teilen der Arbeiterklasse anzupassen, sondern darin, die ganze Arbeiterklasse auf die Höhe ihres kommunistischen Vortrupps emporzuheben. Die Verwechslung dieser zwei Begriffe, der Klasse und der Partei, kann zu den größten Fehlern und Verwirrungen führen. So ist es s. B. klar, daß die Arbeiterpartei trotz der Stimmung und den Vorurteilen eines bestimmten Teiles der Arbeitermassen während des imperialistischen Krieges um jeden Preis g:gen diese Stimmungen und Vorurteile auftreten mußte, um die geschichtlichen Interessen des Proletariats zu verteidigen, die von der proletarischen Partei die Kriegserklärung gegen den Krieg forderten.

So beriefen sich z. B. zu Beginn des imperialistischen Krieges im Jahre 1914 die sozialverräterischen Parteien aller Länder, die die Bourgeoisie „ihres“ Landes unterstützten, unvermeidlich darauf, daß

dies der Wille der Arbeiterklasse sei. Und sie vergaßen dabei, daß, sogar wenn dem so wäre, es die Aufgabe der proletarischen Partei bei solcher Lage der Dinge sein würde, gegen die Stimmung der Mehrheit der Arbeiter aufzutreten und die historischen Interessen des Proletariats trotz alledem zu verteidigen. So lehnten an der Wende des zwanzigsten Jahrhunderts die russischen Menschewiki jener Zeit (die sogenannten „Oekonomisten“) den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus aus dem Grunde ab, weil die Arbeiterklasse als Ganzes noch nicht zum Verständnis des politischen Kampfes herangereift sei.

4. Die Kommunistische Internationale ist unerschütterlich davon überzeugt, daß man den Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen“ Parteien der zweiten Internationale keinesfalls als einen Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens im allgemeinen darstellen darf. [29] Die Epoche des unmittelbaren Kampfes um die Diktatur des Proletariats gebiert eine neue Partei des Proletariats, die kommunistische Partei.

5. Die Kommunistische Internationale lehnt mit aller Entschiedenheit jene Anschauung ab, als ob das Proletariat seine Revolution vollbringen könnte, ohne eine selbständige politische Partei zu haben. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, der unvermeidlich in den Bürgerkrieg übergeht, ist die Eroberung der politischen Macht. Aber die politische Macht kann nicht anders in die Hand genommen, organisiert und geführt werden, als durch diese oder jene politische Partei. Nur in dem Fall, wenn das Proletariat eine organisierte und erprobte Partei mit streng bestimmten Zielen und konkret ausgearbeitetem Programm der nächsten Aktion, sowohl im Gebiet der inneren als auch der äußeren Politik, zum Führer hat, wird die Eroberung der politischen Macht keine zufällige Episode sein, sondern wird als Ausgangspunkt für den langwierigen kommunistischen Aufbau des Proletariats dienen.

Derselbe Klassenkampf fordert die Vereinigung der verschiedenen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Genossenschaften, Betriebsräte, kulturelle Arbeit, Wahlen usw.) in einem Mittelpunkt und unter gemeinsamer Führung. Solch ein allgemeiner verbindender und führender Mittelpunkt kann nur die politische Partei sein. Die Ablehnung ihrer Bildung und Befestigung und der Unterwerfung unter sie bedeutet die Ablehnung der Einheit in der Führung der einzelnen Kampfabteilungen des Proletariats, die auf verschiedenen Kampfschauplätzen tätig sind. Endlich erfordert der Klassenkampf des Proletariats eine konzentrierte Agitation, die die verschiedenen Etappen des Kampfes von einem einheitlichen Gesichtspunkt aus beleuchtet und die Aufmerksamkeit des Proletariats in jedem gegebenen Augenblick auf bestimmte, für die ganze Klasse gemeinsame Ziele konzentriert. Das kann nicht ohne einen zentralisierten politischen Apparat, d. h. außerhalb der politischen Partei, durchgeführt werden. Darum half und hilft die Propaganda der revolutionären Syndikalisten und der industriellen Arbeiter der Welt (I. W. W.) gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei objektiv nur der Bourgeoisie und den konterrevolutionären „Sozialdemokraten“. In ihrer Propaganda gegen die kommunistische Partei, die die Syndikalisten und Industrialisten durch bloße Gewerkschaften oder irgendwelche „allgemeine“ Arbeiter-Unionen ersetzen wollen, berühren sich die Syndikalisten und Industrialisten mit bewußten Opportunisten: Die russischen Menschewiki haben nach der Niederlage der Revolution von 1905 während einiger Jahre den sogenannten Arbeiterkongreß propagiert, der die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ersetzen sollte. Alle möglichen „Labouristen“ – in England und Amerika, die in Wirklichkeit eine bewußt-bürgerliche Politik treiben, predigen den Arbeitern die Bildung formloser Arbeiter-Unionen statt der politischen Partei. Die revolutionären Syndikalisten und Industrialisten wollen gegen die Diktatur der Bourgeoisie kämpfen und wissen nicht, wie dies zu tun ist. Sie bemerken nicht, daß die Arbeiterklasse ohne selbständige politische Partei ein Rumpf ohne Kopf ist.

Der revolutionäre Syndikalismus und Industrialismus ist ein Schritt vorwärts nur im Vergleich mit der alten vermoderten konterrevolutionären Ideologie der zweiten Internationale. Aber im Ver-[30]gleich mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus stellen der Syndikalismus und der Industrialismus einen Schritt rückwärts dar. Die Erklärung der „linken“ Kommunisten Deutschlands (die sie in der programmatischen Erklärung ihres Gründungsparteitags im April abgaben), daß sie zwar eine Partei, aber „keine Partei im überlieferten Sinne des Wortes“ schufen, ist eine

geistige Kapitulation vor jenen Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionäre Anschauungen sind.

6. Die Kommunisten unterstützen durchaus die Bildung breitester parteiloser Arbeiterorganisationen neben der Kommunistischen Partei. Die Kommunisten halten die systematische organisatorisch-erzieherische Arbeit innerhalb dieser breitesten Arbeiterorganisationen für ihre wichtigste Aufgabe. Aber eben dazu, daß diese Arbeit fruchtbar wird, eben dazu, daß die Gegner des revolutionären Proletariats sich nicht dieser breiten Arbeiterorganisationen bemächtigen können, müssen die vorgeschrittenen kommunistischen Arbeiter immer ihre selbständige geschlossene kommunistische Partei haben, die stets organisiert handelt und die es versteht, die allgemeinen Interessen des Kommunismus bei jeder Wendung der Ereignisse und in allen Formen der Bewegung zu verteidigen.

7. Die Kommunisten meiden die parteilosen Massenorganisationen der Arbeiter auch dann nicht, wenn sie einen offen reaktionären, konterrevolutionären Charakter tragen (Gelbe Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften usw.). Aber die Kommunistische Partei leistet innerhalb dieser Organisationen ihre Arbeit und beweist den Arbeitern unaufhörlich, daß die Idee der Parteilosigkeit als Prinzip von der Bourgeoisie und ihren Nachläufern bewußt unter den Arbeitern verbreitet wird, um die Proletarier vom organisierten Kampf um den Sozialismus abzulenken.

8. Die alte „klassische“ Teilung der Arbeiterbewegung in drei Zweige (Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften) ist offensichtlich überlebt. Die proletarische Revolution hat in Rußland die Grundform der Arbeiterdiktatur, die Räte, hervorgebracht. Aber auch die Arbeit in den Räten wie in den revolutionierten Produktionsverbänden muß unausweichlich systematisch; von der Partei des Proletariats, d. h. der Kommunistischen Partei, geleitet werden. Der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, dient in gleichem Maße den Interessen sowohl des wirtschaftlichen als auch des politischen und kulturellen Kampfes der Arbeiterklasse als eines Ganzen. Die Kommunistische Partei muß die Seele sowohl der Produktionsverbände als auch der Arbeiterräte und aller anderen Formen der proletarischen Organisation sein.

Die Entstehung der Räte als der wichtigsten gegebenen historischen Form der Diktatur des Proletariats verringert keineswegs die führende Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Wenn die deutschen „linken“ Kommunisten (s. der Aufruf ihrer Partei „An das deutsche Proletariat“ vom 14. April 1920 mit der Unterschrift „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“) fordern, „daß sich auch die Partei immer mehr dem Rätegedanken anpaßt und proletarischen Charakter annimmt“ („Kommunistische Arbeiterzeitung“ Nr. 54), so ist [31] dies ein verworrener Ausdruck jener Idee, daß die Kommunistische Partei in den Räten aufgehen soll, daß die Räte die Kommunistische Partei ersetzen können. Diese Idee ist vollständig unrichtig und reaktionär.

In der Geschichte der russischen Revolution sahen wir einen ganzen Abschnitt, in dem die Räte gegen die proletarische Partei auftraten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie unterstützten. Dasselbe war auch in Deutschland zu bemerken. Dasselbe ist auch in anderen Ländern möglich.

Damit die Räte ihre historische Mission erfüllen können, ist im Gegenteil die Existenz einer so starken Kommunistischen Partei notwendig, daß sie vermag, sich nicht einfach den Räten „anzupassen“, sondern auch imstande ist, in entscheidender Weife auf die Politik der Räte einzuwirken und sie zu zwingen, auf die „Anpassung“ an die Bourgeoisie und die weiße Sozialdemokratie zu verzichten. Sie muß es verstehen, die Räte durch die kommunistischen Fraktionen hinter die Kommunistische Partei zu stellen.

Wer der Kommunistischen Partei vorschlägt, sich den Räten „anzupassen“, wer in einer solchen Anpassung die Stärkung des „proletarischen Charakters“ der Partei sieht, der erweist sowohl der Partei als auch den Räten einen Bärendienst, der begreift weder die Bedeutung der Partei noch die der Räte. Der „Rätegedanke“ wird um so eher siegen, eine je größere Kommunistische Partei wir in jedem Lande zu schaffen verstehen. Den „Rätegedanken“ erkennen jetzt in Worten auch viele „unabhängige“ Sozialisten und sogar Rechtssozialisten an. Aber wir können diesen Elementen nur in dem Falle erlauben, den Rätegedanken zu entstellen, wenn wir eine starke Kommunistische Partei haben, die imstande ist, die Politik der Räte zu bestimmen und sie nah sich zu ziehen.

9. Die Kommunistische Partei ist für die Arbeiterklasse nicht nur vor der Eroberung der Macht und nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nachdem die Macht in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen ist, notwendig. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands, die sich drei Jahre in einem ungeheuren Lande an der Macht befindet, zeigt, daß die Rolle der Kommunistischen Partei sich nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse nicht verringert, sondern im Gegenteil außerordentlich vergrößert.

10. Am Tage nach der Uebernahme der Macht durch das Proletariat bleibt seine Partei trotzdem nach wie vor nur ein Teil der Arbeiterklasse. Aber es ist eben jener Teil der Arbeiterklasse, der den Sieg organisiert hat. Die Kommunistische Partei hat im Laufe von zwei Jahrzehnten – wie wir es in Rußland gesehen haben –, von dreizehn Jahren – wie wir es in Deutschland sehen –, im Kampfe nicht nur mit der Bourgeoisie, sondern auch mit jenen „Sozialisten“, die Vermittler bürgerlicher Einflüsse auf das Proletariat sind, in ihren Reihen die standhaftesten, weitsehendsten, vorgeschrittensten Kämpfer der Arbeiterklasse aufgesogen.

Nur wenn eine solche geschlossene Organisation des besten Teiles der Arbeiterklasse vorhanden ist, ist es möglich, alle Schwierigkeiten zu überwinden, vor denen die Arbeiterdiktatur am Tage nach dem Siege steht. Die Organisation der neuen proletarischen Roten Armee, die tatsächliche Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates und die Schaffung von Keimen des neuen proletarischen Staatsapparates an seiner Stelle, der Kampf gegen die zünftigen Bestrebungen einzelner [32] Arbeitergruppen, der Kampf gegen den lokalen und provinziellen „Patriotismus“, die Anbahnung von Wegen, um eine neue Arbeitsdisziplin zu schaffen, in allen diesen Gebieten gehört das entscheidende Wort der Partei der Kommunisten, deren Mitglieder durch ihr lebendiges Beispiel die Mehrheit der Arbeiterklasse nach sich ziehen.

11. Die Notwendigkeit der politischen Partei des Proletariats hört erst mit der vollen Vernichtung der Klassen auf. Auf dem Wege zu diesem endgültigen Siege des Kommunismus ist es möglich, daß das spezifische Gewicht der drei grundlegenden proletarischen Organisationen der Gegenwart (Partei, Räte und Produktionsverbände) sich verändern wird und daß sich allmählich eine Einheitsform der Arbeiterorganisation Herauskristallisieren wird. Aber die Kommunistische Partei wird sich nur dann vollständig in der Arbeiterklasse auflösen, wenn der Kommunismus aufhören wird, ein Kampfobjekt zu sein und die ganze Arbeiterklasse kommunistisch sein wird.

12. Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale hat nicht nur die historische Mission der Kommunistischen Partei im allgemeinen zu bestimmen, sondern hat auch das internationale Proletariat, wenn auch nur in den hauptsächlichsten Umrissen, darauf hinzuweisen, welcher Art die Kommunistische Partei sein muß, die für uns notwendig ist

13. Die Kommunistische Internationale ist der Ansicht, daß die Kommunistische Partei besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des eisernen proletarischen Zentralismus aufgebaut sein muß. Um erfolgreich die Arbeiterklasse im angebrochenen langen und hartnäckigen Bürgerkrieg führen zu können, muß die Kommunistische Partei selbst in ihren Reihen eine eiserne, militärische Ordnung schaffen. Die Erfahrung der Kommunistischen Partei Rußlands, die im Laufe von drei Jahren den Bürgerkrieg der Arbeiterklasse erfolgreich geführt hat, hat gezeigt, daß hier der Sieg der Arbeiter ohne strengste Disziplin, vollendeten Zentralismus und völliges kameradschaftliches Vertrauen aller Parteiorganisationen zum führenden Parteizentrum unmöglich ist.

14. Die Kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. Der Hauptgrundsatz des demokratischen Zentralismus ist die Wählbarkeit der untersten Zelle, die absolute Geltung aller Direktiven der obersten Zelle für die ihr untergeordneten Zellen und das Vorhandensein eines machtvollen Parteizentrums, dessen Entscheidungen für alle Führer des Parteilebens von Parteitag zu Parteitag unbestritten sind.

15. Eine ganze Reihe von Kommunistischen Parteien Europas und Amerikas sind angesichts des Belagerungszustandes, der von der Bourgeoisie gegen die Kommunisten eingeführt worden ist, gezwungen, illegal zu existieren. Es ist notwendig, zu beachten, daß es bei einer solchen Lage der Dinge manchmal notwendig ist, von der strengen Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit abzuweichen

und den führenden Parteiorganen das Recht der Kooptation, so wie es seinerzeit in Rußland war, zu erteilen. Bei einem tatsächlichen Belagerungszustand kann die Kommunistische Partei nicht nur nicht bei jeder ernsten Frage zu einem demokratischen Referendum unter allen Mitgliedern der Partei [33] schreiten (Vorschlag eines Teils der amerikanischen Kommunisten), sondern muß im Gegenteil ihrem führenden Zentrum die Möglichkeit geben, im nötigen Moment schnell wichtige Entschlüsse für alle Mitglieder der Partei zu fassen.

16. Die Predigt der breiten „Autonomie“ für die einzelnen örtlichen Parteiorganisationen schwächt gegenwärtig nur die Reihen der Kommunistischen Partei, setzt ihre Kampffähigkeit herab und begünstigt kleinbürgerliche, anarchische, zentrifugale Tendenzen.

17. In jenen Ländern, wo die Bourgeoisie oder die konterrevolutionäre Sozialdemokratie an der Macht ist, müssen die Kommunistischen Parteien lernen, planmäßig legale Arbeit mit illegaler zu verbinden, wobei die legale Arbeit immer unter der faktischen Kontrolle der illegalen Partei verbleiben muß. Die Parlamentsfraktion der Kommunisten sowohl in den zentralen als auch in den örtlichen Staatseinrichtungen muß gänzlich und absolut der Kommunistischen Partei im Ganzen unterworfen sein, unabhängig davon, ob die Partei im Ganzen zur gegebenen Zeit eine legale oder eine illegale Organisation ist. Diejenigen Abgeordneten, die sich in dieser oder der anderen Form nicht der Partei unterwerfen, müssen aus den Reihen der Kommunisten hinausgeworfen werden.

Die legale Presse (Zeitungen, Verlag) muß unbedingt und gänzlich der Partei im Ganzen und ihrem Zentralkomitee unterworfen sein. Keinerlei Konzessionen in dieser Beziehung sind zulässig.

18. Der Hauptgrundsatz in aller organisatorischen Arbeit der Partei und der Kommunisten muß sein die Bildung einer kommunistischen Zelle überall, wo eine, wenn auch nur kleine Zahl von Proletariern und Halbproletariern vorhanden ist. In jedem Arbeiterrat, in jeder Gewerkschaft, in jeder Genossenschaft, in jeder beliebigen Werkstatt, in jedem Mieterrat, in jeder Staatseinrichtung, überall, wo, wenn auch nur drei Leute zu finden sind, die mit dem Kommunismus sympathisieren, muß sogleich eine kommunistische Zelle organisiert werden. Alle Zellen der Kommunisten, die in parteilosen Organisationen tätig sind, ordnen sich unbedingt der Parteiorganisation im Ganzen unter, unabhängig davon, ob die Partei zur gegebenen Zeit legal oder illegal arbeitet. Die kommunistischen Zellen aller Art müssen einander in streng hierarchischer Ordnung nach einem möglichst genauen System untergeordnet sein.

19. Die Kommunistische Partei entsteht fast überall als die Partei der städtischen, die Partei der industriellen Arbeiter, die hauptsächlich in den Städten wohnen. Für die Möglichkeit des leichteren und schnelleren Sieges der Arbeiterklasse ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei nicht nur zur Partei der Städte, sondern auch der Dörfer wird. Die Kommunistische Partei muß ihre Propaganda und Organisation unter die landwirtschaftlichen Tagelöhner, Klein- und Mittelbauern tragen. Die Kommunistische Partei muß mit besonderer Sorgfalt die Organisation kommunistischer Zellen auf dem Lande anstreben.

*

[34] Die internationale Organisation des Proletariats kann nur in dem Falle fest sein, wenn in allen Ländern, wo Kommunisten leben und kämpfen, sich die oben erwähnte Anschauung über die Rolle der Kommunistischen Partei befestigt. Die Kommunistische Internationale lädt jede Gewerkschaft, die die Grundsätze der Dritten Internationale anerkennt und die bereit ist, mit der gelben Internationale zu brechen, auf ihre Kongresse ein. Die Kommunistische Internationale wird an ihrer Seite eine internationale Sektion der Roten Gewerkschaften, die auf dem Boden des Kommunismus stehen, organisieren. Die Kommunistische Internationale wird die Zusammenarbeit mit keiner parteilosen Arbeiterorganisation ablehnen, wenn diese einen ernsten revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen wünscht. Aber die Kommunistische Internationale wird die Zusammenarbeit mit keiner parteilosen Arbeiterfolgendes hinweisen:

1. Die Kommunistische Partei ist das hauptsächliche und grundlegende Werkzeug der Befreiung der Arbeiterklasse. In jedem Lande brauchen wir jetzt nicht nur Gruppen und Richtungen, sondern Kommunistische Parteien.

2. In jedem Lande kann nur eine einzige Kommunistische Partei bestehen.

3. Die Kommunistische Partei muß auf dem Prinzip der strengsten Zentralisation aufgebaut sein und hat in der Epoche des Bürgerkrieges innerhalb ihrer Reihen eine militärische Disziplin einzuführen.

4. Ueberall, wo auch nur zehn Proletarier oder Halbproletarier sind, muß die Kommunistische Partei ihre organisierte Zelle haben.

5. In jeder parteilosen Einrichtung muß eine kommunistische Parteizelle bestehen, die streng der Partei im Ganzen unterworfen ist.

6. Fest und hingebend das Programm und die revolutionäre Taktik des Kommunismus beschützend, muß die Kommunistische Partei immer aufs engste mit den breiten Arbeiterorganisationen verbunden sein und das Sektierertum ebenso meiden wie die Grundsatzlosigkeit.

*

[35]

Literatur.

Alfons Horten, Sozialisierung und Wiederaufbau. Berlin 1920. Neues Vaterland.

Emil Lederer, Deutschlands Wiederaufbau und weltwirtschaftliche Neueingliederung durch Sozialisierung. Tübingen 1920. J. C. B. Mohr.

Otto Neurath, Vollsozialisierung. Jena 1920. E. Diederichs.

Drei neue Sozialisierungsbücher. Alle drei ohne jeden praktischen Wert. Sie sind rein theoretische Konstruktionen bürgerlicher „Wirtschaftskenner“, die die realen Machtverhältnisse glatt ignorieren und an Stelle der Ueberlegung, wie der Sozialismus unter den gegebenen Umständen zu verwirklichen ist, mit „wenn“, „hätte“ und „sollte“ arbeiten, als ob mit frommen Wünschen, „wissenschaftlichen“ Darlegungen und papierenen Konstruktionen irgendetwas geändert werden könnte.

Horten, früher leitender Direktor im Thyssen-Konzern, im Kriege Verwalter des Brieybeckens, will einige Betriebe der Kohlen- und Stahlindustrie, 10 bis 15 Prozent, „sozialisieren“. Darunter versteht er verstaatlichen,

„doch soll“ – schreibt Ströbel in seiner Rezension in der „Weltbühne“[*)] – „die Betriebsform nicht in Fiskalismus erstarren, sondern die ganze Beweglichkeit und Elastizität des kapitalistischen Betriebs behalten. Den Leitern soll die volle Initiative und das anspornende Gehalt der Privatindustrie erhalten bleiben; nur sollen Findigkeit und Energie nicht mehr auf Unterbindung der Konkurrenz, Niederhaltung der Arbeiter und Ausplünderung der Konsumenten gerichtet sein, sondern auf Steigerung der Produktion, Erhöhung der Löhne und Verbilligung der Preise. Und Horten führt den Nachweis, daß diese anscheinend heterogenen Tendenzen sehr wohl vereinigt werden können, wenn nur die allein auf Bereicherung des Unternehmertums und der Aktionäre gerichtete Produktionspolitik durch ein System abgelöst wird, dem als höchstes und einziges Gesetz das Interesse der Volksgesamtheit gilt.“

Nach Ströbel ist Hortens Idee, „zunächst einmal durch die Schaffung sozialistischer Musterbetriebe Bresche in das kapitalistische System zu legen“.

Eindringlich warnt er schließlich davor, die gesamte Kohlen- und Stahlindustrie zu sozialisieren, dieses „Experiment“ könnte die verhängnisvollsten Folgen haben usw. Seine Argumente sind nicht neu und durch Wiederholung nicht besser geworden.

[36] Lederer geht schon weiter. Er will sogar die ganzen „Schlüsselindustrien“ in Form von Staatstrusts „sozialisieren“ und dadurch „starken Einfluß auf die übrigen (noch nicht sozialisierten) Industrien gewinnen“. Er hat da Otto Bauer etwas „nachempfunden“, nur daß Otto Bauers „Weg zum Sozialismus“ ungleich viel flotter und geistvoller geschrieben war, während Lederer einen

[*)] Bezeichnend für die Schrift ist übrigens, daß sie gerade von Ströbel, dem „unabhängigen“ Scribifax, der sogar Ledebour an Konfusion und Blindheit übertrifft, als „ungewöhnlich anregend“ lobgepriesen wird.

wissenschaftlich sein sollenden geschraubten Stil gebraucht. (An Unsinn stehen sich beide Schriften ja ziemlich gleich.) Weiter empfiehlt Lederer zur Hebung der Valuta die Schaffung einer „Auslandswährung“ durch eine „Auslandsnotenbank“. Ihre Voraussetzung wäre

„daß sich das Ausland aktiv daran beteiligt und nicht durch brüske Präsentation eines Wechsels auf Entschädigungsforderungen etwa für diesen Zweck erworbene und durch diese Geschäftspolitik geschaffene Werte mit Beschlag belegt. Das ist aber Voraussetzung einer jeden vernünftigen Wirtschaftspolitik, braucht also hier nicht besonders geprüft zu werden. Eine Garantie hierfür wird man am ehesten in einer Beteiligung des neutralen Auslandes oder des amerikanischen Kapitals an einer solchen Auslandsnotenbank erblicken dürfen.“

Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß Lederer die Vereinigten Staaten für ein Land „mit unverbrauchtem Wirtschaftsapparat“ hält.

Für den Horizont des Herrn Professors – der sogar Mitglied der so radikal angehauchten österreichischen Sozialisierungs-Kommission war! – bezeichnend ist, daß er glaubt, es sei „möglich, eine Aktion mit Aussicht auf Erfolg einzuleiten“, weil „man bereits begonnen hat, die Fragen der Sozialisierung durchzuarbeiten“. Und: „In den bisherigen Ausführungen ist angenommen, daß im Auslande sich nicht etwa aus politischen Gründen ein Widerstand gegen die Neuaufrichtung des (deutsch-österreichischen) Wirtschaftskörpers erhebt“.

N e u r a t h bringt eine Zusammenfassung seiner altbekannten Gedankengänge. Zentralwirtschaftsamt, Wirtschaftsplan, Universalstatistik, Nachweisstellen, Bankkonzern usw. sollen die Sozialisierung verwirklichen. Vorhandene Organisationen sollen als Organe der Sozialisierung benutzt werden. „Landesverbände mit ihren Genossenschaften und Vereinigungen als Selbstverwaltungskörpern können grundsätzlich die vorhandenen Kartelle, Genossenschaftsverbände usw. aufsaugen und sich der Handelskammern als territorialer Wirtschaftsstellen im Rahmen der neuen Gemeinwirtschaft bedienen. Damit freilich der kapitalistischen Ueberlieferung entsprechend entgegengewirkt wird, müßte wirtschaftlichen Räten eine gewisse Mitarbeit gesichert werden ...“ Man kann sich ja ausmalen, mit welchem Feuereifer der Handelskammersyndikus X und der Kartelldirektor Kommerzienrat Y (auch ein „wirtschaftlicher Rat“) dann als Sozialisierungsorgane tätig sein werden. Neuraths Darlegung ist nicht die der Sozialisierung, sondern eine bewußte Utopie, die der vollfunktionierenden sozialistischen Wirtschaft. Wie es aber dahin kommen soll, darüber macht sich der Herr „Gesellschaftstechniker“ Neurath keine Sorgen; er baut sich mit Millimeterpapier, statistischen Formularen, Zirkel und Bleistift seine „wirtschaftlich zweckmäßige“ Gesellschaftsordnung – in die Luft. Es ist ein Versuch der friedlichen Wirtschaftsdiktatur auf dem Papier, ein Hindenburgprogramm – aber ohne den dazu gehörigen Machtapparat. Den schafft [37] er sich höchst einfach: „die überlieferte Organisation wird vom Volke übernommen und unser durch diese Ordnung mitgeformtes Seelenleben sozialistischen Zielen dienstbar gemacht, ohne gleich umgestaltet zu werden“. Wie diese „Uebernahme“ vor sich gehen soll, bleibt im Dunkeln; bis dahin aber „wird die Sozialisierung verschiedene Stufen durchlaufen; wie lange in Deutschland die Periode der „Vorsozialisierung“ dauern wird, wie eine Uebergangsstufe nicht schlecht bezeichnet wurde, ist noch nicht klar, manches spricht dafür, daß wir schnell zum Sozialismus übergehen, wenn auch nicht, wie in Rußland, durch Zerstörung der überkommenen Organisationen“.

Die „Periode der Vorsozialisierung“ sehen wir ja heute; und „manches spricht dafür“, daß wir „zum Sozialismus übergehen, wie in Rußland“, denn die „Zerstörung der überkommenen Organisationen“ besorgt der Zusammenbruch des Kapitalismus heute schon ganz allein, das Massenelend sorgt für das Uebrige ...

*

Vorbedingung für eine Arbeit über Sozialisierung ist, daß man sich über den Begriff, das Wesen der Sozialisierung klar ist. Diese Ueberlegung haben sich die drei Autoren geschenkt und lieber mit dem gangbaren Worte allein gearbeitet. „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

Sozialisierung ist es n i c h t, wenn – innerhalb der grundsätzlich kapitalistisch bleibenden Wirtschaft – „Schlüsselindustrien“ oder gar nur Teile davon ihren Besitzer wechseln, denn nichts anderes stellen Lederers und Hortens Vorschläge dar. Dies ist eine reine Eigentumsverschiebung – wobei auch noch „gegen Entschädigung“ enteignet werden soll, also hintenherum das Eigentum der Besitzer gewahrt bleibt –, keine Aenderung der Wirtschaftsstruktur, denn d a r a u f kommt es an, erst die Umstellung der Profitwirtschaft auf Bedarfswirtschaft schafft sozialistische Wirtschaft, und dies ist nur bei vollständiger Erfassung der Gesamtwirtschaft möglich. Auf dem Wege über Teilsozialisierung, im „allmählichen Hineinwachsen“, kommt niemals wirklicher Sozialismus zustande, ebensowenig durch ein Entwerfen utopischer Konstruktionen.

Sozialisierung ist in allererster Linie eine M a c h t f r a g e. Solange das kapitalistische System sich noch hält, wird keine Sozialisierungskommission, auch wenn ihr „die besten Wirtschaftskenner und die klarsten sozialistischen Köpfe Deutschlands angehören“, den „Weg bestimmen können, den sie (die Sozialisierung) zu gehen hat“, wie Ströbel in seiner rührenden Einfalt schreibt. Den Weg bestimmt die politische und wirtschaftliche Lage, das Kräfteverhältnis der Klassen, nicht Beschlüsse von Schwatz-Gruppen.

Was im Kapitalismus als „Sozialisierung“ vor sich geht, ist bestenfalls eine dem Profit nicht weiter wehtuende juristische Eigentumsverschiebung, meistens aber nicht einmal das.

Sozialisiert kann ernsthaft nur werden gegen die Kapitalisten, also, wenn das Proletariat die Macht gewonnen hat. Dann aber wird [38] es, ob es will oder nicht, gezwungen sein, die G e s a m t wirtschaft zu übernehmen und zu organisieren, denn wenn einmal auch nur ein Industriezweig ernsthaft angefaßt, also etwa entschädigungslos enteignet wird, arbeitet kein Unternehmer mehr weiter, denn er sieht ja die „Gefahr“, daß er auch bald daran kommt. Sich vorzustellen und andern einreden zu wollen, „noch nicht sozialisierte“ Unternehmer würden, wenn in ihrem Wirtschaftsgebiet mit ernsthaften Maßnahmen der Sozialisierung angefangen wird, weiter arbeiten wie bisher, Kapitalien investieren, Risiko auf sich nehmen usw., ist entweder Schwachsinn oder bewußter Betrug. Solange das Kapital noch die Möglichkeit sieht und die Hoffnung hegt, den Sozialismus wieder stürzen zu können, wird es mit Klauen und Zähnen das Eigentum verteidigen und lieber die Wirtschaft zertrümmern als freiwillig seiner Macht entsagen – und darauf käme doch das Weiterarbeiten der noch nicht sozialisierten Betriebe hinaus; mit jedem Tag würde der Zeitpunkt näher rücken, wo auch sie „reif“ zur Sozialisierung geworden sind. Und es soll jemand ernstlich glauben, daß der Kapitalist mithelfen werde, sein eigenes Grab zu graben? Für so dumm können ihn nur Leute vom Schlage der Otto Bauer und Lederer halten, die sich auch in ihrem erstaunlich weiten Gedankengang vorstellen, man könne dem Unternehmer die Sozialisierung dadurch weniger schmerzhaft machen, daß man ihm Entschädigung zahlt, die dann hintenherum von der Steuer wieder weggenommen wird, und daß der dumme Unternehmer das nicht merke, auf diesen Trick schön hineinfalle. Kapitalisten pflegen aber verflucht schlaue Leute zu sein und insbesondere, wo es sich um ihre Tasche dreht, fallen sie unter gar keinen Umständen auf solche Mätzchen hinein. Etwas ganz anderes ist es, wenn frühere Unternehmer sich mit den neuen Verhältnissen abfinden und als Betriebsleiter weiter tätig sind. Vorbedingung dafür ist aber, daß sie die Hoffnung aufgegeben haben, durch Sabotage und Gegenrevolution etwas zu erreichen, daß die proletarische Macht so fest steht, daß sie bürgerliche Fachleute wieder in verantwortliche Stellen einsetzen kann.

Nur die Machtergreifung durch das Proletariat kann die Sozialisierung ermöglichen, und das ist nicht anders möglich als im revolutionären Kampf; denn die wirtschaftliche, politische und ideologische Macht des Kapitalismus schafft man nicht mit papierenen Konstruktionen hinweg und insbesondere nicht mit Lamentationen über den Unverstand der Kapitalisten, wie es Lederer macht: „Nur Interessenpolitik, welche die Bedingungen noch nicht klar sieht, unter denen die deutsche Volkswirtschaft arbeitet ..., begeht Verrat am Volksvermögen durch starrsinniges Festhalten an Wirtschaftsformen, welche den Zugriff überlegener, fremder Kapitalkräfte geradezu herausfordern“.

Es ist naiv, vom Kapitalismus eine ökonomisch „vernünftige“ Wirtschaftspolitik zu fordern; Kapitalisten sind nun einmal keine homines oeconomici, die sich durch wissenschaftliche Vorträge zu

besserer Einsicht bringen ließen, noch viel weniger aber sind sie mit ausgeklügelten Tricks einzufangen, wo es um ihr Lebensinteresse, den Profit, geht. Jeder echten Sozialisierung, auch wenn sie hintenherum oder nach und nach durchgeführt wird, werden sie sich mit allen Mitteln, auch der nackten Gewalt entgegensetzen.

[39] Genosse Radek hatte sehr recht: „Der Karpfen liebt es, in Sahne gebraten zu werden, heißt es in Kochbüchern, und Kautsky u. Co. waren überzeugt, die Bourgeoisie liebe es, allmählich expropriiert zu werden. Sie mußten sich überzeugen, daß die Bourgeoisie es vorzieht, überhaupt nicht expropriiert zu werden.“ w.

*

Die Lehren des Kapp-Putsches.*)

Unter diesem Titel ist von M. I. Braun in Frankes Verlag in Leipzig eine Schrift erschienen. Die Broschüre ist in ihrem Hauptteil eine zwar knappe, aber glänzende Schilderung der Ursachenreihe, die zum Kapp-Putsch führte, eine Darstellung des Generalstreiks und der Haltung der K. P. D. während dieses Streiks und eine historische Parallele zu den russischen Vorgängen während des Kornilow-Putsches. Schon in diesen drei Kapiteln sieht man, wohin der Verfasser steuert. In Abschnitt 4 „Der Ausgang der Märzkämpfe“ wird es offenbar: Die Broschüre ist geschrieben, nicht, um objektiv die Lehren des Kapp-Putsches fruchtbar zu machen für das Proletariat, sondern um die Haltung unsrer Reichszentrale in der Frage jener unglücklichen Resolution zur sozialistischen Regierung zu rechtfertigen. Diesem Zwecke dient auch die Parallele zum Kornilow-Putsch und der Taktik der Bolschewiki. Man muß schon sagen, der Verfasser versteht es glänzend, um den Kern des Problems herumzugehen. [40] Die Parallele mit dem Kornilow-Putsch ist gründlich verfehlt. Gewiß haben die Bolschewisten damals und schon vorher bewußt auf eine Regierung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre hingearbeitet. Was aber entscheidend für ihre Taktik war und in Deutschland eben nicht existierte, das war die große Bedeutung und tief in den Massen verwurzelte Macht der Sowjets. Braun führt Trotzki als Kronzeugen an. Und gerade aus den angeführten Ausführungen Trotzkis geht die fundamentale Bedeutung dieses Unterschieds der russischen und deutschen Situation klar hervor.

Man hat dem Sprecher der württembergischen Delegation auf dem letzten Parteitag den Vorwurf gemacht, er selber habe doch im November 1918 zusammen mit Thalheimer und Rück der damaligen Revolutionsregierung unter gewissen Bedingungen – genau wie die Resolution der Zentrale – „loyale Opposition“ versprochen. – Ganz gewiß haben die genannten Genossen das damals getan, aber es zeigt die ganz mechanische und oberflächliche Denkweise einiger Zentralegenossen, wenn sie die historische Situation und die daraus entspringende Taktik des November 1918 mit der Situation und Taktik vom März 1920 in eine Linie stellen. Es gibt nichts Gefährlicheres, als die Anwendung geschichtlicher Parallelen auf die Politik der Gegenwart, wenn sie mechanisch und oberflächlich betrieben wird. Nicht die äußeren Merkmale machen die historische Parallele.

Tatsächlich waren die Verhältnisse in Deutschland nicht im März 1920, sondern im November 1918 den Verhältnissen nach dem Kornilow-Putsch in Rußland vergleichbar. Im November 1918, nicht im

*) Die vorliegende Besprechung der Schrift des Genossen M. J. Braun über die „Lehren des Kapp-Putsches“ ging uns erst nach Abfassung der Kritik gegen den Genossen Paul Frölich zu. Da in diesem Artikel die meisten der Einwände Hörnles gegen die Taktik der Zentrale in den Märztagen mitbehandelt sind, so glauben wir, vorläufig eine Antwort auf Genossen Hörnle uns sparen zu können.
Hier nur eine Bemerkung. Genosse Hörnle weist auf die Bedeutung der Arbeiterräte in Rußland in den Kornilowtagen hin, um ihre Parallelisierung mit den Kapptagen in Deutschland abzulehnen. Genosse Hörnle muß wissen, daß politische Arbeiterräte in den Kapptagen in den vorgeschrittensten Zentren wieder emporschossen. Ferner war die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Deutschland schwächer. Aber dennoch lassen sich die Kornilowtage nur mit den Kapptagen historisch auf eine Stufe stellen. Die Kornilowiade wie die Kappiade sind das logische Ergebnis eines kleinbürgerlich-scheinsozialistischen Regiments, das sich der Militärkaste gegen die Arbeiterklasse bedient. Die Novembertage 1918 sind historisch der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus. Es ist ein grobes Mißverständnis, sie mit der Kornilowiade, die schon eine beträchtliche revolutionäre Entwicklung voraussetzt, auf eine Stufe setzen zu wollen.

März 1920, war die Gegenrevolution in Deutschland siegreich niedergeworfen, bestanden die Arbeiterräte als mächtige Klassenorganisation, war das Proletariat bewaffnet. Aber wie im Rußland der Kerenski-Periode waren diese Arbeiterräte noch ganz unter dem Einfluß kleinbürgerlich-demokratischer pseudosozialistischer Ideologen. Hier also war eine kleinbürgerlich-sozialistische Regierung, die sich stützte auf das in seinen Räten organisierte Proletariat, die allein mögliche und denkbare Regierungsform. Aufgabe der K. P. D. war es, unter weitgehendster Ausnützung der kleinbürgerlich-sozialistischen Demokratie die Revolutionierung des Proletariats zu fördern, die Räte reif zu machen für ihre eigentliche Aufgabe, die Uebernahme der Macht. Damals konnte tatsächlich eine kleinbürgerlich-sozialistische Regierung aus Mehrheitlern und Unabhängigen nichts anderes sein als Schrittmacherin und Platzhalterin der Räte. An den Räten und dem Proletariat lag es, ob die Revolution nach vorwärts oder rückwärts schreiten werde.

Tatsächlich hat auch der Spartakusbund im November einhellig diese Taktik verfolgt, hat nirgends den Sturz der sozialistischen Regierung, sondern die Revolutionierung der Räte als seine Aufgabe betrachtet. Er hat erst seine Taktik geändert, als sich einerseits die ganze politische Unreife und Unfähigkeit des deutschen Proletariats und seiner Räte herausstellte und andererseits die sozialistischen Regierungen von Tag zu Tag mehr sich von der Kontrolle durch das Proletariat loslösten und in die Hörigkeit des Kapitals begaben. Erst im Dezember erhob der Spartakusbund den Ruf: Nieder mit der Ebert-Regierung! Nicht natürlich [41] als Ziel der augenblicklichen Aktion, sondern als politische Endparole. Auf den November 1918, nicht auf den März 1920 passen jene Worte Trotzkis, die Braun Seite 15 anführt.

Im März 1920 fehlten tatsächlich alle Voraussetzungen für eine Politik der „loyalen Opposition“. Auf den Gedanken, das bolschewistische Vorbild während des Kornilow-Putsches jetzt auf die Politik der K. P. D. in Deutschland zu übertragen, konnten nur Genossen geraten, die vom Schreibtisch aus und ohne direkte, lebendige Fühlung mit den Massen die Situation beurteilten. Oder aber sie verwechselten eng begrenzte lokale Verhältnisse mit den ganz anders gelagerten Machtverhältnissen im Reich. Die Frage der „rein sozialistischen Regierung“ konnte vielleiht in Berlin 24 Stunden lang so etwas wie diskutabel erscheinen, als der Generalstreik auf der Höhe stand und seine Führung scheinbar in die Hände der Vollversammlung der Betriebsräte geglitten war. Scheinbar, sage ich, denn tatsächlich haben Legien, Rusch und Crispien ihm das Rückgrat gebrochen und damit bewiesen, daß sie und nicht die Betriebsräte den entscheidenden Einfluß auf die Massen ausübten. Eine sozialistische Regierung aber ohne die kontrollierende und stützende Macht der Räte kann gar nicht jene Erwartungen erfüllen, die unsere Reichszentrale in der bekannten Resolution aussprach. Erst müssen die Räte im Proletariat verankert und verwurzelt liegen, dann erst kann die sozialistische Regierung einen „erwünschten Zustand“ für die „Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur“ bilden. Nur dann ist die sozialistische Regierung Platzhalterin und Schrittmacherin der Diktatur der Räte. Ohne die Räte wird sie mit unerbittlicher Konsequenz zur Platzhalterin und Schrittmacherin der Gegenrevolution.

Es ist die verkehrte Welt, wenn Genosse Braun sagt, eine „ausdrücklich gegen die Bourgeoisie gebildeten Regierungskombination“ sei „durch ihre Existenz schon“ eine Voraussetzung für die Bewaffnung des Proletariats und zum Ausbau der Arbeiterräte. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Keine sozialistische Regierung der Welt kann dem Proletariat den heißen und erbitterten Kampf ersparen, den es um seine Bewaffnung und seine Räte wird führen müssen mit der in einer kapitalistisch-gegenrevolutionären Regierung konzentrierten Macht der Bourgeoisie. Und es ist gut so, denn nur durch diesen Kampf werden die Räte verwurzelt im Bewußtsein der Massen, wird jener Revolutionierungsprozeß eingeleitet, der schließlich über die sozialistische Regierung hinausführt zur Rätediktatur. Ohne diesen Kampf werden die Fehler und Mißerfolge der sozialistischen Regierung nicht zur Stärkung und Klärung des revolutionären Proletariats dienen, sondern trotz aller aufklärenden Propaganda der K. P. D. weite Schichten in enttäuschte Resignation und syndikalistische Verworrenheit, ja sogar in direkt reaktionäre Bahnen zurückwerfen. Es war wirklich gesunder kommunistischer Instinkt, wenn auch

nicht immer vollkommen theoretische Klarheit, die den Parteitag in seiner übergroßen Mehrheit zur energischen Zurückweisung jener Loyalitätsresolution der Zentrale bewog.

[42] Genosse Braun meint etwas süffisant, die Kritiker der Erklärung „ignorieren vollständig sowohl den historisch-politischen Inhalt der Märzkämpfe, wie den Stand des Kampfes am Tage der Abgabe der Erklärung". Sehr im Gegenteil, Genosse Braun! Aber wir wehren uns mit aller Macht gegen eine Grundauffassung, die in logischer Konsequenz zu folgender konterrevolutionären Behauptung führt. Sie schreiben: Wir sagen „Voraussetzung", denn so lange die Bourgeoisie Einfluß auf den Staat und seine Machtmittel hat, kann von einer Bewaffnung des Proletariats keine Rede sein, auch dann nicht, wenn hier und da diese Waffen auf revolutionärem Wege vorübergehend in die Hände der Arbeiterschaft kommen."

Hier, Genosse Braun, ist der Pferdefuß, an dem wir Sie packen müssen. Dies ist die Teufelsklaue, die, wenn wir sie duldeten, der revolutionären Aktion das Rückgrat brechen würde. Gerade das Gegenteil ist richtig! Solange das Proletariat nicht bewaffnet ist, bleibt die Bourgeoisie bewaffnet, und solange die Bourgeoisie bewaffnet ist, hat sie auch Einfluß auf den Staat und seine Machtmittel. Daran ändert eine Regierungskombination, wie Sie sie wünschen, auch keinen Deut. Nur auf revolutionärem Wege wird das Proletariat die Waffen in die Hand bekommen, und eine „sozialistische" Regierung kann höchstens die Aufgabe haben, gestützt auf bereits bewaffnete Proletarier, auch zurückgebliebenen Teilen die Bewaffnung zu erleichtern. Sehen Sie nicht, daß Ihre Schlußfolgerung die revolutionäre Initiative der Massen geradezu lähmen muß? Was Sie hier schreiben, ist Crispien-Politik, aber nicht kommunistische.

Lehren des Kapp-Putsches nennt sich die Broschüre? Uns scheint, als ob darin die Lehren des Kapp-Putsches etwas kurz geraten wären. Ein taktisches Problem zum Beispiel, das mit jedem Tag mehr und mehr in das Zentrum der Erörterungen rückt, das sich nicht mehr mit einer geringschätzigen Handbewegung wird abtun lassen, und das zum erstenmal im Kapp-Putsch leibhaftig in die Geschichte des deutschen Proletariats eintritt, dieses Problem wird vom Verfasser kaum gestreift. Es ist das Problem der Gewerkschaften, die seit dem Kapp-Putsch auch die politische Führung des Proletariats in die Hand genommen haben, die jetzt im Kampfe gegen Wirtschaftskrise, Teuerung und Steuerdruck das Proletariat politisch führen, die im internationalen Gewerkschaftsbund durch den Boykott gegen Ungarn auch international die politisch führende Rolle errungen haben.

Je näher wir dem Endkampf rücken, desto größer werden die politisch-wirtschaftlichen Massenaktionen, desto unumgänglicher ist die Zusammenfassung des Proletariats als Klasse. Die Kommunistische Partei hat darum die Parole der politischen Arbeiterräte unermüdlich in den Massen vertreten. Diese Parole wurde von den Gewerkschaften unter Beihilfe der M. S. P. und U. S. P. planmäßig sabotiert. So kommt es, daß heute das deutsche Proletariat gezwungen ist, ohne Zusammenfassung als Klasse, ohne Führung durch wirkliche Klassenorgane in den entscheidenden Endkampf einzutreten. In Deutschland sind aber die Gewerkschaften heute tatsächlich so etwas wie [43] eine Organisation der Gesamtarbeiterklasse. Die freien Gewerkschaften umfassen allein schon 8 Millionen. In den großen Aktionen haben Christliche und Hirsch-Dunkersche mit Gewerkschaftsbund und Afa zusammengewirkt. Wir haben also mit der Tatsache zu rechnen, daß es der Gewerschaftsbureaukratie in Deutschland gelungen ist, das unmittelbare Klassenorgan des kämpfenden Proletariats, die politischen Arbeiterräte, zu sabotieren und sich selber gleichermaßen als Ersatzmittel an ihre Stelle zu setzen.

Dazu kommt, daß der Rätegedanke in Deutschland durch die Unfähigkeit jener Novemberräte des Jahres 1918 und durch die Verworrenheiten der Richard Müller und Kurt Geyer in ihrer „Betriebsrätezentrale" gründlich diskreditiert ist. Auch die sogenannten „revolutionären" Gewerkschaften wie der Metallarbeiterverband unter Führung eines Dißmann arbeiten methodisch an der Unterdrückung jeder selbständigen Rätebewegung, wollen auch die Betriebsräte nur als Hilfsorgan der Gewerkschaften gelten lassen. Es genügt hier nicht, daß die K. P. D. unentwegt die revolutionäre Parole der

Selbständigkeit der Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften verficht. Die ungeheure geistige und zahlenmäßige Uebermacht der Gewerkschaften spricht dafür, daß ihnen jeder Angriff auf den Rätegedanken vorläufig gelingen wird.

Mit dürren Worten: Wir haben in Deutschland damit zu rechnen, daß die Revolution andere Wege geht als in Rußland. Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß in Deutschland noch auf lange hinaus die Gewerkschaften und nicht die Räte die Leitung der politischen Kämpfe in der Hand haben werden. Diese Politisierung der Gewerkschaften bedeutet sowohl einen Fortschritt als [auch] eine Gefahr. Einen Fortschritt, weil sie die Folge ist der Politisierung der Massen, weil sie der Erkenntnis entspricht, daß unter heutigen Verhältnissen der wirtschaftliche und der politische Kampf eine Einheit bilden. Sie ist eine Gefahr, weil sie die Leitung der Aktionen in die Hand von Beamten und Vorständen legt, eines Apparates, der weder unmittelbar aus den Massen selbst hervorgeht, noch von diesen unmittelbar wieder kontrolliert werden kann. Die Einigung des Proletariats vollzieht sich unter gewerkschaftlicher Führung als eine Einigung der Spitzen auf Grund von Verhandlungen, statt als eine Einigung der breiten Massen auf Grund von gemeinsamen Kämpfen. Sie führt konsequent zur Unterwerfung des Gesamtproletariats unter das Gesamtkapital in der zur Staats- und Wirtschaftsgrundlage ausgebauten „Arbeitsgemeinschaft".

Wir stehen also der Gefahr gegenüber, daß es in Deutschland einer reaktionären Gewerkschaftsbureaukratie gelingt, die Leitung der politischen Aktionen für sich zu monopolisieren, daß es ihr gelingt, die organische Entwicklung der Arbeiterräte und Betriebsräte zu unterbinden, die Revolution auf halbem Wege abzustoppen. Dieser Gefahr gegenüber genügt durchaus nicht das Schlagwort von der „Revolutionierung der Gewerkschaften". In welcher Weise, mit welchen Mitteln, unter welchen Voraussetzungen kann und muß diese Revolutionierung vor sich gehen? Das Proletariat ringt um klare Antwort. Alle jene Parolen der Ein-[44]heitsorganisation, der Betriebsorganisation, des Austritts aus den Gewerkschaften usw. sind ja nichts anderes als kindliche Versuche, das Problem zu lösen. Prinzipiell sind wir Kommunisten uns darüber klar, daß die Lösung nicht von der organisatorischen Seite aus versucht werden kann. Aber eben deshalb ist es notwendig, unsern in den Gewerkschaften tätigen Genossen Richtlinien für ihre Arbeit zu geben. Das gehört ebenfalls zu den Lehren des Kapp-Putsches. Hoernle

*

Die Demokratie an sich.

Die neueste Schöpfung des Austromarxismus.

Karl Kautsky bleibt der Ruhm unbestritten, an der Herbstoffensive des internationalen Kapitals gegen Sowjetrußland den tätigsten Anteil genommen zu haben. Es war wahrlich nicht sein Verschulden, wenn die Judenitsch und Denikin nicht die russischen Arbeiter und Bauern vom Terror der Bolschewiki befreien und sie mit den Segnungen der Demokratie beglücken konnten. Kautskys Bemühungen hatten aber nicht den gewünschten Erfolg: die russischen Arbeiter und Bauern ließen sich nicht bekehren und taten der Leuchte der Zweiten Internationale nicht den Gefallen, zu kapitulieren, obwohl doch dieser große Theoretiker klipp und klar bewiesen hatte, daß die Rätediktatur in Rußland, dies Werk des Satans, zugrunde gehen müsse.

Die Entente rüstete zum neuen entscheidenden Schlag. Die Frühjahrsoffensive gegen die Sowjetrepublik nahm ihren Anfang. Kautsky blieb stumm. So tritt Otto Bauer, sein Schüler und Freund, für den großen Meister auf den Plan. (Otto Bauer: „Bolschewismus oder Sozialdemokratie". Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Wien 1920.)

Doch Otto Bauer packt die Sache etwas anders an als Kautsky: geschickter. Otto Bauer ist vorsichtiger, liebenswürdiger, wienerischer. Und so wandert er zwar in den Fußstapfen seines Lehrers, aber nicht in dessen plumper Weise.

Auch er rückt aus, „das Bild der wundertätigen Demokratie in der einen, das Schreckensbild des proletarischen Despotismus in der anderen Hand", aber nicht den Proletariern Rußlands, wie Kautsky,

sondern den Arbeitern Westeuropas hält er diese Bilder entgegen. Bauer hat sein Buch ein Jahr nach Kautskys Werk geschrieben, er hat in der Zwischenzeit gesehen, daß die Todesprophezeiungen, mit denen die Sowjetrepublik bedacht wurde, immer weniger Aussicht auf Erfüllung haben, und daß alle Bannflüche, die gegen die Rätediktatur geschleudert wurden, unwirksam blieben. Den russischen Arbeitern ist nicht mehr zu helfen. Sie sind bereits rettungslos dem Bolschewismus verfallen und Otto Bauer gibt auch alle Bekehrungsversuche auf. Doch die Proletarier Mittel- und Westeuropas sollen vor dem gräßlichen Verderben, sollen vor dem Bolschewismus gerettet werden. Die Gefahr ist groß: „Der Glaube des Proletariats an die Demokratie, um die es im Westen seit einem Jahrhundert, in Mitteleuropa seit 1848 gerungen hat, ist erschüttert". (S. 4.) Dieser Glaube muß erhalten werden. Doch Otto Bauer [45] weiß auch, daß er wenig Glück damit hätte, wenn er für die Sozialdemokratie in einer Schmähschrift gegen die Bolschewiki zu werben versuchte. Fand Kautsky vor einem Jahr schon mit seinem Pamphlet bei den Massen keinen Anhang, wie viel weniger wären heute die Arbeiter aller Länder, die sich in ihrer grenzenlosen Liebe und Bewunderung für das russische Proletariat vereinigen, einer Schrift, die sich die Herabsetzung oder Verleumdung der Bolschewiki zur Aufgabe stellte, zugänglich.

Nein, Bauer bewundert die Siege der Sowjetrepublik. Auch er „feiert ihre Triumphe über die Koltschak, Denikin und Judenitsch als das Valmy und Jemappes der proletarischen Weltrevolution" (S. 4), und noch mehr: er beweist – daß der Bolschewismus in Rußland nicht nur möglich, sondern sogar notwendig ist; er beweist also etwas, was eigentlich keines Beweises bedürfte, da doch die Aufrichtung der Rätediktatur in Rußland ihre historische Notwendigkeit, und ihr zweijähriges Bestehen gegen die ganze Welt des Kapitalismus ihre Möglichkeit beweist. Wie dem immer sei: Bauer hofft, daß seine „objektive liebevolle Würdigung der proletarischen Revolution in Rußland" sowie Liebe zu den Bolschewiken, seiner Stimme bei den Massen das notwendige Gewicht verleihen wird, wenn er das Proletariat Mittel- und Westeuropas, das „auf die Bahn des Bolschewismus gelockt wird", von diesem schrecklichen Beginnen abzuhalten versucht. Die Diktatur ist in Rußland möglich, sie war dort notwendig – in Westeuropa ist sie unmöglich und unnötig. Da soll in Bauers Broschüre bewiesen werden. Ihr augenscheinliches Motto lautet: „Genossen, laßt Euch nicht provozieren!" Sie beweist, daß die endgültig tote Zweite Internationale noch sehr lebendige Vertreter hat. Er ist ihrer würdig.

Bauer ist ein gelehrter Mann und ein Historiker. So beginnt er sein Werk mit der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland und gibt uns einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der russischen Revolution, insbesondere des russischen Bauern. Bewiesen soll werden, „daß die proletarische Revolution in Rußland siegen konnte und mußte, weil erst sie vollziehen konnte, was in Mittel- und Westeuropa schon die bürgerliche Revolution vollzogen hatte: die Zertrümmerung des feudalen Landwirtschaftssystems; die Herstellung der bürgerlichen Eigentumsordnung auf dem Lande". (S. 30.) So weit, so gut. Weitere Schlußfolgerungen aus diesem Beweise werden vorderhand nicht gezogen, wohl aber wird in dem folgenden Kapitel etwas bewiesen; was weder ein Bolschewik noch ein Kommunist überhaupt leugnet: daß Rußland noch kein kommunistisches Gemeinwesen ist. Bauer schildert die von den Kommunisten selbst ausführlich dargelegten Schwierigkeiten, die die proletarische Diktatur im Kampfe zu überwinden hat (Aufrichtung der privaten Eigentumsordnung auf dem Lande, Aufteilung der Güter usw.), gibt aber zu, daß „die Bolschewiki die Aufteilung des Herrenlandes, die Erweiterung und Befestigung der bäuerlichen Privatwirtschaft nicht als eine Maßregel des Sozialismus betrachteten", ... daß sie aber glaubten, „der bäuerliche Kleinbetrieb, der soeben den feudalkapitalistischen Großbetrieb besiegt und zerschlagen hatte, könnte nun in schneller Entwicklung in sozialistischen Großbetrieb übergeführt werden". (S. 36.) Wann die Theoretiker des Bolschewismus diesen optimistischen Glauben geäußert, ist uns zwar nicht bekannt, Bauer gibt es auch nicht an, doch ist dies ja hier nicht das Wesentliche. Bauer kommt vielmehr bei der Betrachtung der Stellung der Bauern in Rußland zu folgendem entscheidenden Schluß: „Wäre [46] Rußland eine demokratische Republik, so würden die kulturlosen russischen Bauern zur wehrlosen Beute jedes Schlagwortes, jeder Demagogie. Steht die Masse der Wahlberechtigten noch auf so niedriger Kulturstufe, so

ist das allgemeine Wahlrecht, wie das Parteiprogramm der Guesdisten einst sagte, nicht ein Werkzeug der Befreiung, sondern ein Mittel der Prellerei. – In beinahe allen Parlamenten des Festlandes verfügt die Bourgeoisie über die Mehrheit nicht durch die Zahl der bürgerlichen Wähler, die fast ja überall hinter der Zahl der proletarischen Wähler weit zurückbleibt, sondern dadurch, daß die bäuerlichen Wähler den bürgerlichen Parteien Gefolgschaft leisten und ihnen dadurch zur Mehrheit verhelfen." (S. 47.) Mit dieser Feststellung begnügt sich Bauer. Wer da glaubt, er würde aus dieser Tatsache, daß, solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, das allgemeine Wahlrecht nur ein Werkzeug der herrschenden Klasse sein kann, die nicht nur, wie Bauer meint, die Bauern, sondern auch weite Schichten des indifferenten unaufgeklärten Proletariats in ihre Gefolgschaft preßt, den Schluß ziehen, den die Kommunisten ziehen, den einzig logischen Schluß: das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats, der irrt sich gewaltig. Nachdem uns Otto Bauer in jammerschrecklicher Weise den „Zentralismus der Räterepublik, die Militarisierung der Arbeit, die Diktatur der Kommunistischen Partei, die nicht mehr wie in der ersten Phase nach der Oktoberrevolution ein bloßes Exekutivorgan des proletarischen Massenwillens ist, sondern ... auch breiten Massen der Proletarier selbst ihren Willen aufzwingt" (S. 62) geschildert hat, hören wir, daß es „nicht die Diktatur der leibhaftigen russischen Proletarier ist, sondern die Diktatur der Idee des Proletariats" (S. 62), das ist „despotischer Sozialismus" (S. 63). Und höret und staunet: „Nur die Kulturlosigkeit des russischen Bauern erklärt, warum der zarische Despotismus abgelöst werden mußte nicht von demokratischer Selbstregierung des russischen Volkes (!), sondern von einer Diktatur des Proletariats. ... Der despotische Sozialismus ist das notwendige Produkt einer Entwicklung, die die soziale Revolution heraufbeschworen hat auf einer Entwicklungsstufe, auf der der russische Bauer noch nicht einmal zur politischen, der russische Arbeiter noch nicht zur industriellen Demokratie reif war. Der despotische Sozialismus ist das Produkt der russischen Kulturlosigkeit". (S. 64.)

Na, da haben wir es. Den Russen ist nicht zu helfen. Wir müssen sie bedauern, trauern ob ihrer Kulturlosigkeit und mit stolz geschwellter Brust nach Westen blicken. Hier „auf ungleich höherem Kulturniveau der Massen wird die Herrschaft des Proletariats die überwiegende Mehrheit des Volkes sein und die juristische Form der Mehrheitsherrschaft ist die Demokratie".

Und nun kommt das Entscheidende: Bauer schildert alle Schwierigkeiten, gegen die sich die Diktatur des Proletariats im Westen behaupten müßte – es soll hier gar nicht untersucht werden, inwieweit sie richtig oder falsch dargelegt werden – und gaukelt folgendes Idealbild vor die Augen der westeuropäischen Arbeiter: „Wo das Proletariat dagegen auf der Grundlage der Demokratie und mit den Mitteln der Demokratie die politische Macht erlangt, dort wird die [47] Maschinerie des kapitalistischen Staates zunächst nicht zerstört, es übernimmt nur die Vertretung des Proletariats ihre Leitung" und „Die Demokratie ist hier die Form, in der das Proletariat die Herrschaft erlangen und ausüben kann, ohne die dem Proletariat gegnerischen Klassen des werktätigen Volkes, die in der Volkswirtschaft wichtige Funktionen versehen, gewaltsam entrechten, von der Mitarbeit, zumindest der Mitarbeit in der Form kontrollierender Opposition, ausschließen zu müssen usw." (S. 86.)

Soll auf diesen Erguß geantwortet werden? Wir sehen klar: Kautsky und Bauer ein Herz und eine Seele.

Der Rest ist eine Lobeshymne auf die Demokratie. Die Demokratie schlechtweg. Man wird nicht bald ein Werk finden, in dem eine Frage so abstrakt behandelt wird. Was ist Demokratie? Wo ist diese mysteriöse Demokratie? „In Mitteleuropa im Gefolge des Krieges errungen, muß sie die Massen enttäuschen." (S. 4.) Und in Westeuropa? In der Schweiz etwa? In England, dessen „industrielle Demokratie" Bauer als Ideal vorschwebt? Wir begnügen uns, folgende Blütenlese aus Bauers Aussprüchen über die Demokratie zu veranstalten: „Die Demokratie ist diejenige Staatsform, innerhalb deren die Machtverteilung im Staate ausschließlich durch die sozialen Machtfaktoren bestimmt, nicht durch die Anwendung materieller Gewaltmittel zugunsten einer Klasse

verschoben wird“. (S. 100.) Wo ist dies gesegnete Land? „In jeder nicht demokratischen Verfassung besteht ein Widerspruch zwischen der durch die Gewalt aufrechterhaltenen rechtlichen Machtverteilung und der durch die sozialen Machtfaktoren bestimmten gesellschaftlichen Machtverteilung – ein Widerspruch, den die demokratische Staatsform nicht enthält.“ (S. III.) Alle Kommentare überflüssig. Bauer begründet nicht durch ein einziges konkretes Beispiel diese abstrakten Thesen. Wir hören ihn noch den Fortschritt preisen, daß „schon in dem letzten Menschenalter vor dem Kriege die Herrschaft der Bourgeoisie in West- und Mitteleuropa nicht mehr auf der offenen brutalen Entrechtung des Proletariats beruhte“. (S. 116.) („Milderung der Sitten durch die Demokratie“, wie Kautsky so schön feststellte!)

Und die Revolution in Deutschland? Die Verschärfung der Klassengegensätze in allen Ländern? Die Aufrichtung der brutalsten Diktatur der Bourgeoisie in der ganzen Welt? Zieht Bauer aus all dem keine Folgerungen?

O doch. Er bekennt sich sogar in einem Falle zur Diktatur: „Wenn das Proletariat die Diktatur nur als ein Mittel ansieht und nur als ein Mittel proklamiert, die Demokratie von der unmittelbar drohenden Gefahr einer antidemokratischen Konterrevolution zu retten, oder einen Konflikt, an dem die Demokratie gescheitert ist, zu entscheiden, nach der Erfüllung dieser Aufgabe aber den Staat zu den demokratischen Formen zurückzuführen“ (S. 115), woran wir nur die Bemerkung knüpfen wollen, daß die „Neue Freie Presse“ mit Recht über Bauers Broschüre entzückt ist.

Die „antidemokratische Konterrevolution“ (wobei nur so nebenbei erwähnt sei, daß sich ja sowohl Kapp wie Ebert demokratisch nennen) hat so einen Gegner nicht zu fürchten. Die „Politik der Entsagung“, die Bauer den Arbeitern predigt, findet den Beifall der Bourgeoisie. Es führte zu weit, wollte man auf alle hochwissenschaftlichen Behauptungen und Thesen Bauers eingehen. Sie alle sind geboren aus dem gleichen Geiste, aus dem [48] Geiste eines vollkommen in der bürgerlichen Ideologie von Demokratie und Pazifismus wurzelnden Menschewiks reinsten Wassers, für den die Demokratie zu einem förmlichen Popanz geworden ist.

Trotz alledem: Otto Bauer wird so wenig Glück haben wie Kautsky. Die russischen Arbeiter und Bauern haben in Strömen von Blut und einem wunderbaren Opfermut die von Kautsky totgesagte Rätediktatur aufgebaut – die Proletarier Mittel- und Westeuropas werden in schwerem opfervollem Kampf durch alle Irrungen, durch Sieg und Niederlage die Räterepublik erobern. Die Konterrevolution – mag sie Bauer demokratisch oder antidemokratisch nennen – wird schon dafür sorgen.

Otto Bauer bleibt die Möglichkeit vorbehalten, nach erfolgtem Siege die historische Möglichkeit und Notwendigkeit dieses Sieges zu beweisen. Er wird sich gewiß dieser Aufgabe glänzend entledigen.

Wien, 5. Juni 1920. L. Lania.

Die Internationale
Jahrgang 2, Ausgegeben am 1. Dezember 1920, Heft 26

Friedrich Engels politisches Testament.

Von V. G ö t z.

Es ist ein äußeres Zeichen für den Siegeslauf des Marxismus, daß die Epigonen der kleinbürgerlichen Demokratie und des kleinbürgerlichen Sozialismus des 19. Jahrhunderts nicht anders vor die Oeffentlichkeit treten und treten können, als wenn sie sich als die Erben von Marx und Engels ausgeben. Aber haben sie nicht in einem Falle recht? Und enthält nicht jene Schrift von Engels, die man sein politisches Testament genannt hat, die berühmte Vorrede zu den „Klassenkämpfen in Frankreich", die Absage an die gewaltsame Revolution, jene Gegenüberstellung von parlamentarischem und revolutionärem Kampf, die Sanktionierung des Nurparlamentarismus? Hatte Kautsky nicht recht, wenn er dieses Testament zur Grundläge seiner „Ermattungsstrategie" gemacht hat, deren Auswirkungen wir heute in der Politik der U. S. P. erleben?

Ja und nein. Ja, wenn man das Lebenswerk von Marx und Engels als einen Garderobenschrank betrachtet, aus dem man bei jeder Gelegenheit den passenden Anzug hervorholt, wenn man Parlamentarismus und Reform einerseits, Massenaktion und Revolution andererseits als einander ausschließende Gegensätze betrachtet, mit einem Worte: wenn man nicht von der konkreten Situation ausgeht, wenn man den Klassenkampf des Proletariats betrachtet nicht als einen historischen Prozeß, der die Massen zur Zertrümmerung der Staatsmacht der Bourgeoisie führt, denn da lösen sich die scheinbaren Widersprüche auf als notwendige Stadien im allgemeinen Prozeß, der zur Revolution führt, sondern wenn man ihn ganz abstrakt auffaßt und es die einzelnen Momente in der geschichtlichen Entwicklung nicht als Glieder eines ganzen, sondern für sich selbst erscheinen und so der ganze Weg zur proletarischen Revolution unabsehbar erscheint.

[2] Wenn man aber die Sätze, die Engels im Jahre 1895 geschrieben hat, marxistisch betrachtet, d. h. als taktische Anweisung für eine bestimmte historische Situation und sie den veränderten Verhältnissen gemäß umändert, gelangt man zu ganz anderen Ergebnissen wie Kautsky und seine Jünger.

Wenn man die Dinge so betrachten will, bietet nichts einen besseren Leitfaden als die Schrift von Engels selbst. Diese Schrift ist eine geniale Untersuchung über die Bedingungen und Voraussetzungen der proletarischen Revolution. In der allgemeinen historischen Betrachtung treten die so oft wiederholten Sätze ganz in den Hintergrund. Es ist charakteristisch für die Kautskyaner, daß sie gerade diese Stellen aufgegriffen haben.

Engels untersucht zunächst den Verlauf der Revolution von 1848, die Geschichte nach 1848 und kommt zu folgendem Ergebnis: Es müssen vor allem die ökonomischen Voraussetzungen für die Revolution herangereift sein, während 1848 und später der Kapitalismus noch sehr ausdehnungsfähig war. Die proletarische Revolution kann auch nicht wie die bürgerliche als Handstreich einer Minderheit siegen, sie muß getragen sein von der bewußten Aktion der proletarischen Massen. Und 1848 und später noch in der Kommune war der Marxismus noch nicht in die Massen des Proletariats gedrungen. Engels sagt wörtlich :

„Die Zeit der Ueberrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt ..."

Und daraus folgert Engels im Jahre 1895, zur Zeit der Hochblüte des Kapitalismus, wo große Massen des Proletariats noch Vorteile vom bürgerlichen Staat erlangen konnten, wo noch größere Massen vollkommen in der bürgerlichen Ideologie befangen waren, daß man alle Mittel anwenden müsse, um an die Massen überhaupt heranzukommen.

Und Engels schreibt die berühmten Sätze:

„Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittels deren die Arbeiter-[3]klasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion.

Denn auch hier hatten sich die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändert. Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, war bedeutend veraltet."

Dann folgen die bekannten Darlegungen über die Aussichtslosigkeit des Straßenkampfes.

Die Kritik der Barrikadenkämpfe erscheint hier in ganz anderem Lichte. Es ist eine Kritik des Versuchs, die alten blanquistischen Methoden in einer Zeit anzuwenden, wo die Masse des Proletariats noch in bürgerlichen Vorurteilen befangen war. Es ist eine Entgegenstellung nicht von Revolution und Parlamentarismus, sondern von Putsch und Massenaktion.

Freilich konnte dieser Gegensatz in der damaligen Periode, wo die objektiven Voraussetzungen für die revolutionären Massenaktionen fehlten, wo die spezifische Form für den Kampf der Massen um die Macht, die weder ausgeklügelt noch erfunden werden kann, noch nicht entdeckt war, nicht klar genug ausgedrückt werden. Die Kritik von Engels wurde notwendig einseitig negativ; so mußte die Verneinung des Barrikadenkampfes nach 48er Muster als eine Verneinung des bewaffneten Aufstandes überhaupt erscheinen.

Die wesentlich reformistische parlamentarische Taktik mußte in vielen Köpfen sich aus einem Mittel, die Massen zur Aktion zu gewinnen, in einen Selbstzweck verwandeln. So wurde von den findigen Auslegern die Gegenüberstellung von Engels verallgemeinert zu einer Gegenüberstellung von Parlamentarismus und Massenaktion, und Engels zum Vater der Kautskyschen „Ermattungsstrategie" proklamiert.

Engels selbst sah ganz deutlich die Grenzen der Taktik, die er damals empfohlen hatte. Aus taktischen Rücksichten hatte er vielleicht zu sehr die Ablehnung von Aufstandsversuchen, Straßenkämpfen usw. in den Vordergrund gestellt. Doch verkannte er keineswegs die kleinbürgerlichen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung. Seine Auffassung aber war, im Interesse der Massenbewegung diese Gegensätze, die vorläufig nur theoretisch waren, zurückzustellen, bis sie von der Bewegung der Massen selbst überwunden werden. So schreibt er noch 1885 an Sorge:

[4] „Sobald wir aber wieder etwas Elbow-Room in Deutschland haben, wird die Spaltung wohl kommen und dann nur nützen. Eine kleinbürgerlich-sozialistische Fraktion ist in einem Lande wie Deutschland unvermeidlich, wo das Spießbürgertum, noch mehr als das historische Recht, ‚keinen Datum nicht hat'. Sie ist auch nützlich, sobald sie sich getrennt von der proletarischen Partei konstituiert hat. Diese Trennung aber würde jetzt nur schaden, wenn sie von u n s provoziert würde. Sagen sie selbst sich aber faktisch vom Programm los, dann ists um so besser und man kann draufschlagen ..."

In einem Brief über die amerikanische Bewegung von 1886 sagt Engels:

„Es ist bedeutend wichtiger, daß die Bewegung sich ausbreite, harmonisch vorangehe, Wurzel fasse und soviel als möglich das ganze amerikanische Proletariat umfasse, als daß sie von vornherein auf theoretisch vollständig korrekter Bahn fortschreite. An den eigenen Fehlern zu lernen, ‚durch Schaden klug werden', ist der beste Weg zu theoretischer Klarheit des Verständnisses ...

Unsere Theorie ist kein Dogma, sondern die Darstellung eines Evolutionsprozesses. Und dieser Prozeß bringt aufeinander folgende Erscheinungen (verschiedene Phasen) zutage."

Engels verkannte auch keineswegs die Tendenzen, die zu einer Aenderung der von ihm vorgeschlagenen Taktik führen mußten. Er verkannte keineswegs die umwälzende Rolle der Kartelle und Trusts. Wiederholt schrieb er, daß ein Weltkrieg in jenem Stadium zu einer revolutionären Krise führen müsse. Er war sich vollständig darüber im Klaren, daß die Entwicklung der allgemeinen Wehrpflicht

die Bedingungen der Barrikadenkämpfe und des bewaffneten Aufstandes ändern müsse, wenn die Masse der Soldaten von der revolutionären Propaganda erfaßt sein wird.

Die Entwicklung nach Engels Tode mußte notwendig zu einer Aenderung der von ihm im Jahre 1895 empfohlenen Taktik führen im Namen seines allgemeinen Grundsatzes, des revolutionären Kampfes der Massen des Proletariats. Die imperialistische Entwicklung zeigte deutlich die Grenzen des Kapitalismus selbst, kündete den Anbruch einer revolutionären Periode an. Der Imperialismus war ganz deutlich als eine Epoche des Niedergangs des Kapitalismus zu erkennen, offenbarte den völligen Bankrott der bürgerlichen Demokratie. Die Massen des Proletariats hatten keine Vorteile vom Kapitalismus mehr zu erwarten. Auf Reformen war nicht mehr zu rechnen, der bürgerliche Staat enthüllte sich offen als die Diktatur des Kapitals. Somit waren die objektiven Voraussetzungen für die revolutionäre Aktion der Massen gegeben. Der rein defensive parlamentarische Kampf war angesichts der wachsenden [5] Not der proletarischen Massen, der immer mehr drohenden Kriegsgefahr überlebt, es mußte zum offensiven Massenkampf übergegangen werden.

Die russische Revolution war das erste Zeichen der kommenden Stürme. Die russische Revolution hat der proletarischen Revolution der ganzen Welt den Weg gewiesen, sie hat zugleich alle typischen Kampfesformen des Proletariats in der Revolution entwickelt. Die gewaltigen Massenaktionen des russischen Proletariats haben das Problem, das Engels gestellt hat, gelöst, die russische Revolution hatte die Fehler von 1848 überwunden, sie war das bewußte Werk der proletarischen Massen.

Das Verdienst, dies erkannt und dadurch die Einseitigkeiten der Engelsschen Einstellung vom Jahre 1895 überwunden zu haben, gebührt Rosa Luxemburg. Ihre Broschüre über den Massenstreik ist die direkte Fortsetzung von Engels politischem Testament. Sie schreibt dort:

„Der Massenstreik, wie ihn die russische Revolution zeigt, ist nicht ein pfiffiges Mittel, ausgeklügelt zum Zwecke einer kräftigeren Wirkung des proletarischen Kampfes, sondern er ist die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution ...

In den früheren bürgerlichen Revolutionen, wo einerseits die politische Schulung und Anführung der revolutionären Masse von den bürgerlichen Parteien besorgt wurde und wo es sich andererseits um den nackten Sturz der alten Regierung handelte, war die kurze Barrikadenschlacht die passende Form des revolutionären Kampfes. Heute, wo die Arbeiterklasse sich selbst im Laufe des revolutionären Kampfes aufklären, selbst sammeln und selbst anführen muß, und wo die Revolution ihrerseits ebenso gegen die alte Staatsgewalt, wie gegen die kapitalistische Ausbeutung gerichtet ist, erscheint der Massenstreik als das natürliche Mittel, die breitesten proletarischen Schichten in der Aktion selbst zu rekrutieren, zu revolutionieren und zu organisieren, ebenso wie es gleichzeitig ein Mittel ist, die alte Staatsgewalt zu unterminieren und zu stürzen und die kapitalistische Ausbeutung einzudämmen ...

Die frühere Hauptform der bürgerlichen Revolutionen, die Barrikadenschlacht, die offene Bewegung mit der bewaffneten Macht des Staates ist in der heutigen Revolution nur ein äußerster Punkt, nur ein Moment in dem ganzen. Prozeß des proletarischen Klassenkampfes ...“

Massenstreik bedeutet hier nicht den Generalstreik, wie ihn die Gewerkschaftler auffassen, sondern den ganzen wechselvollen langen Prozeß des proletarischen Massenkampfes in der Revolution, der im bewaffneten Aufstand gipfelt. Der bewaffnete Aufstand, den Engels in seiner Erscheinungsform von 1848 kritisierte, ersteht so wieder auf als bewußte Aktion der Massen selbst.

Gegenüber dieser Auffassung, die den Hauptgrundsatz des Engelsschen Testaments weiter führte und weiter entwickelte für den [6] Kampf um die Diktatur des Proletariats, seine Kritik des Putschismus durch die Kritik des Nur-Parlamentarismus ergänzte, beriefen sich die Kautskyaner auf den Buchstaben der Engelsschen Schrift und zwar ausgerechnet auf die Stellen, die sich auf die bestimmte Situation in Deutschland nach dem Sozialistengesetz beziehen.

In der späteren Entwicklung – Weltkrieg und Revolution – hat sich dieser Buchstaben-Marxismus als glatter Verrat an der Revolution erwiesen. Es sind die Kommunisten gewesen, die sich als die Testamentsvollstrecker von Engels erwiesen haben, indem sie alles daran setzten, um die Massen für die Aktion, für den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu gewinnen, in Erfüllung des Satzes aus der Schrift von Engels, der da heißt:

„Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen."

*

Die Vereinigte Kommunistische Partei.
(Zum Verschmelzungsparteitag vom s. Dezember.)

Am 4. Dezember, rund zwei Jahre nach Gründung der Kommunistischen Partei, wird der alte Spartakusbund durch organisatorische Vereinigung mit der Linken der Unabhängigen Partei sich zur Vereinigten Kommunistischen Partei erweitern. Der Tag, an dem der Parteitag beginnt, der dieses Ereignis. formell vollziehen soll, bezeichnet streng genommen weder den Beginn der Verschmelzung noch den Abschluß: denn politisch genommen hat die Zusammenarbeit beider Parteien schon eingesetzt unmittelbar nach dem Moskauer Kongreß, organisatorisch hat sie angefangen nach dem Parteitag zu Halle; und wenn sie organisatorisch im wesentlichen abgeschlossen werden wird durch den Parteitag, so wird sie politisch sicherlich nicht durch ein solches Datum wie mit dem Zirkel abgezirkelt sein.

Die politische Verschmelzung zweier Parteien mit so verschiedenem Entwicklungsgang, mit einer so langen Tradition der wechselseitigen Gegnerschaft und Kritik, kann nicht mit dem Kalenderdatum, das die organisatorische Verschmelzung festsetzt, abgeschlossen sein. Das ist geschichtlich gesprochen, eine platte Selbstverständlichkeit. Programmatische und taktische Traditionen schleppen immer ein Bleigewicht nach. Was davon überwunden werden muß, wird überwunden durch die stärkste aller [7] Kritiken, durch die Kritik der gemeinsamen Aktion, die ergänzt werden muß durch die Aktion der gemeinsamen Kritik.

Die bevorstehende Verschmelzung hatte die letztere, die wechselseitige Kritik, vielleicht mehr in den Hintergrund treten lassen, als ratsam war. Die vollzogene Verschmelzung wird die wechselseitige Parteikritik zur inneren, zur Selbstkritik der Partei machen und es ist zu wünschen, daß sie so lebendig und scharf wie möglich wird, denn sie ist die Lebensluft einer gesunden Partei.

*

Je weiter der Rahmen der Kommunistischen Partei sich ausdehnen wird, je straffer sie im Gang der Revolution genötigt sein wird, Zentralisation und Disziplin zu spannen, um so notwendiger wird die Selbstkritik werden.

Wenn es nötig war, zur Ueberwindung von mancherlei Reibungsflächen, zur Schaffung der Temperatur, die für eine Verschmelzung notwendig ist, die andere Seite, das Zusammentreffen, der verschiedenen geschichtlichen Entwicklungslinien beider Parteien in den Vordergrund zu schieben, so scheint es uns nunmehr angebracht, diese Seite mehr hervorzuheben.

Revolutionäre Zuversicht, revolutionärer Optimismus waren von Nöten, um den Schritt der Vereinigung zu tun. Aber die Partei wäre des Namens einer revolutionären Partei nicht wert, würde sie nicht diesem berechtigten und notwendigen Optimismus in Zukunft nicht die reichliche Gabe revolutionärer, d. h. rücksichtsloser Selbstkritik hinzufügen. Sie kann dadurch an innerer Stärke und Geschlossenheit nur gewinnen, ja diese ist dadurch nur erst herzustellen; während ihr nichts mehr schaden könnte, als ein Nichtaussprechen und Nichtaustragen von Differenzen, wo sie noch vorhanden sind oder wo sie noch auftauchen. Die Partei wird ein gemeinsames Aktionsprogramm annehmen, die Gemeinsamkeit und Geschlossenheit der Aktion wird jedoch – wieder eine Selbstverständlichkeit, die jedoch gesagt werden muß, weil sie leicht übersehen wird – nicht durch das Programm allein gewährleistet. Ein Programm kann immer nur allgemeine Richtlinien geben, es kommt auf die Anwendung im Einzelnen an und auf den Geist, der dabei bestimmend ist. Dieser Geist ist ein geschichtliches Produkt, nur die lebendige Geschichte selbst kann ihn erzeugen und befestigen. Organisatorische Bestimmungen sind dabei eine Hilfe, aber auch nie mehr als eine Hilfe, ein Auskunftsmittel, und es wäre so verkehrt als möglich, sich auch nur vorwiegend auf irgendwelche organisatorischen Garantien zu stützen. Die einfachsten Auskunftsmittel sind durchaus nicht immer die zweckmäßigsten und wirksamsten.

[8] Die Aufgaben, vor die die Revolution die Vereinigte Kommunistische Partei stellt, sind gewaltig. Sie sind programmatisch in knappen, einfachen, klaren Formeln zu bestimmen, aber die Revolution ist immer mannigfaltiger, verwickelter, reicher als jede Formel, und je umfassender die Aufgaben, die zu lösen sind, je näher sie an das nächste große Ziel, die Eroberung der politischen Macht, heranrücken, um so größere Anforderungen werden an die Fähigkeit der Partei gestellt, die größte taktische Beweglichkeit mit der absoluten grundsätzlichen Sicherheit zu verbinden.

Ein Beispiel dafür ist die Aufgabe, die die Partei innerhalb der Gewerkschaften hat. Die nächsten entscheidenden Fortschritte der Revolution wie der Partei sind an die Bewältigung dieser Riesenaufgabe geknüpft. Die revolutionäre Aufgabe der Produktionskontrolle, nicht minder aber die geschlossene und entschlossene Kampfstellung der mehrheitssozialistischen und rechtsunabhängigen Gewerkschaftsbürokratie zwingen die Partei, die Revolutionierung der Gewerkschaften unverzüglich und mit ganz anderer Intensität und Zielklarheit, als das bis jetzt der Fall war, in Angriff zu nehmen. Taktische Fehler können dabei von verhängnisvoller Wirkung werden. Jetzt schon aber ist übersehbar, daß diese Aufgabe im Einzelnen sehr verwickelt ist und die überraschendsten Wendungen mit sich führen kann.

Dies nur ein Beispiel unter vielen.

Ein neues breites Feld eröffnet sich für die Vereinigte Partei auf dem Gebiet der parlamentarischen Tätigkeit im Reichstag, in den Landtagen und den Gemeinden. Ein sehr klippenreiches Feld: denn die Grundlinien kommunistischer Taktik auf diesen Gebieten liegen nur in den allgemeinsten Umrissen fest. Sie müssen im Einzelnen in der Schule der Erfahrung ausgemittelt werden.

Das Aktionsprogramm, das dem gemeinsamen Parteitag vorgelegt wird, – die Leser finden es hier abgedruckt – versucht, die Erfahrungen zweier Jahre der Weltrevolution zu verwerten. Ein Vergleich mit dem Spartakusprogramm, aus dem es so viel Bausteine als möglich aufgenommen hat, lehrt, daß an den Grundlagen des Baues nur wenig zu ändern war. Aber der Ausgangspunkt ist verschieden und eine Reihe taktischer Probleme, die damals noch nicht sichtbar waren, sind aufgetaucht und mußten ausgewertet werden. Das Programm des Spartakusbundes knüpfte an an den ersten Abschnitt der Revolution, der in der äußeren Form das proletarische Gepräge trug, die Form der Arbeiter- und Soldatenräte, während der politische Inhalt dieser Formen noch bürgerlich-demokratisch war. Damals galt es, an diese ersten instinktiven Schritte der proletarischen Revolution anzuknüpfen, und [9] den Arbeitern praktisch zum Bewußtsein zu bringen, wie von diesen dumpfen Anfängen auf dem kürzesten Wege zum Inhalt der proletarischen Revolution zu gelangen sei, wie die Arbeiterräte aus nominellen Souveränen, aber tatsächlichen Hilfsorganen und Feigenblättern des bürgerlichen Staates, in wahre Souveräne, in die Lenker des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens zu verwandeln seien. Diesen Weg hat das Programm des Spartakusbundes in klassischer Weise vorgezeichnet.

Die breiten Massen der Arbeiterklasse sind diesen kürzesten Weg nicht gegangen. Sie verweilten allzulange in den Bahnen der Demokratie. Die Bourgeoisie erholte sich, während die Arbeiterklasse zögerte. Da die Arbeiterklasse ihre Räteorgane nicht rasch genug zu dem der proletarischen Revolution angemessenen Inhalt fortzuentwickeln vermochte, da sie nicht verstand, sie in Organe der proletarischen Diktatur zu verwandeln, so gelang es der Bourgeoisie, diese Formen, die nur Formen blieben, noch einmal zu zerbrechen. Da die Arbeiterräte die bürgerlichen Staatsorgane nicht zu beseitigen wagten, so beseitigten diese Staatsorgane die Arbeiterräte. Die ersten Ansätze der Arbeiterräte, statt sich fortzuentwickeln, entwickelten sich rückwärts und verschwanden schließlich unter den Sensenhieben des Noskeregiments.

Heute müssen diese Formen erst wieder neu geschaffen werden. Aber der Maulwurf der Revolution hat gut gewühlt unterdessen. Die bürgerliche. Demokratie, die vor zwei Jahren noch die Arbeitermassen mit jugendlichen Reizen, mit der Anziehungskraft des Unbekannten lockte, hat inzwischen Zeit gehabt, ihre wahre Gestalt vor den Arbeitern zu enthüllen. Heute, wo die Formen der proletarischen Demokratie, die Arbeiterräte, verschwunden sind, sind gleichzeitig die geistigen Grundlagen der bürgerlichen Demokratie in den Arbeiterklassen, wenn auch sicherlich noch nicht ganz verschwunden, so doch im Verschwinden begriffen.

Dieser Stand der Dinge bedingt eine andere taktische Einstellung des Programms. Damals vor zwei Jahren war der Weg zu zeigen von der erst formellen zur wirklichen Herrschaft des Proletariats, heute von der formellen und tatsächlichen Herrschaft der Bourgeoisie zur tatsächlichen und formellen Herrschaft des Proletariats.

Weiter. Zu Beginn der Revolution wurzelte in den proletarischen Massen noch der Gedanke, der Wiederaufbau der Wirtschaft und erträgliche Lebensbedingungen für das Proletariat seien noch im Rahmen des kapitalistischen Systems, durch die Teilung der Herrschaft mit der ausbeutenden Klasse im Betrieb, durch die wirtschaftliche „Demokratie“ und durch die Hilfe des Ententekapitalismus zu erreichen.

[10] Zwei Jahre immer tieferen, hoffnungsloseren Zerfalls der Wirtschaft, zusammen mit den Wirkungen des Versailler Vertrags, haben diese naiven Illusionen zerstört.

Alles das, was das Programm des Spartakusbundes als Perspektiven der Revolution und der Konterrevolution entwickelte, alle diese theoretischen Voraussagungen sind eben dadurch, daß die Arbeiterklasse sie noch nicht erfaßte, praktische Erfahrungen geworden.

Dieser Gang der Dinge drückt sich im Entwicklungsgang des Kommunismus in Deutschland aus. Zu Beginn der Revolution eine kleine Schar, die dem Kommunismus folgte aus der die Erfahrung vorwegnehmenden Einsicht, zuweilen aber auch nur aus dem die Erfahrung überspringenden Temperament. Nach zwei Jahren der Revolution der Ansatz einer Massenpartei als Niederschlag der revolutionären Erfahrung breiter proletarischer Massen, kristallisiert durch die ständig auf sie wirkende theoretische Einsicht.

Die Vereinigte Kommunistische Partei unterscheidet sich also von der Kommunistischen Partei vom Dezember 1918 nicht nur durch den äußeren Umfang. Sie unterscheidet sich von ihr wie der Mann vom Jüngling.

Das Mannesalter ist die Zeit der Erfüllung! A. Th.

*

Aktionsprogramm der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

(Entwurf.)

I.

Der beispiellose Zusammenbruch der deutschen Militärmacht auf den französischen Schlachtfeldern eröffnete für Deutschland das Zeitalter der Revolution. Vier Jahre waren Arbeiter und Soldaten der Raubfahne des Imperialismus gefolgt, zu Millionen zerrissen und verstümmelt auf Tausend Schlachtfeldern, verkommen im Schmutz und Schlamm der Schützengräben, die die Erdteile durchzogen, eisern niedergehalten durch die brutale Militärdespotie in Deutschland, Weiber und Kinder ausgeplündert und ausgehungert von den Hyänen des Kapitals. Vier Jahre ließen sie sich führen und schleppen gegen die Arbeiter und Soldaten, die der englische, französische, italienische, amerikanische Imperialismus an seinen Wagen gespannt, aber auch gegen das russische Proletariat, das die Fesseln des Zarismus, der Großgrundbesitzer und Ausbeuter gesprengt hatte, aber auch gegen die finnischen Arbeiter, die [11] sich gegen die Bourgeoisie erhoben hatten: Vier Jahre Mordknechte des Imperialismus und Schlächter der proletarischen Revolution im Namen des deutschen Kapitals.

Die militärische Niederlage brach den Zauber, löste den Bann der Unüberwindlichkeit der deutschen Militärherrschaft. Arbeiter und Soldaten erhoben sich gegen ihre militärischen Unterdrücker und die, die das Gebäude der Militärherrschaft krönten, die Hohenzollern und die anderen Fürstendynastien. Den Offizieren wurde die Führung aus der Hand gerissen, Soldaten- und Arbeiterräte sprangen wie mit einem Zauberschlag aus dem Boden. Die Hohenzollern und die anderen Dynastien verschwanden wie Nebelstreifen.

Aber die Bourgeoisie blieb zurück. Schon im Begriff, die Hohenzollern der Entente zu opfern, gaben sie die Fassade ihrer Klassenherrschaft, die Monarchie, dem heraufziehenden revolutionären Gewitter

preis, um ihre Klassenherrschaft selbst zu retten, und neu aufzubauen in der Gestalt der b ü r g e r l i c h e n R e p u b l i k.

Die Sozialdemokraten, die Ebert und Scheidemann, die treuen Diener des Imperialismus im Weltkriege, die Verräter des Sozialismus und Bekämpfer der Revolution bis zuletzt, und die Unabhängigen Führer vom Schlage der Haase-Dittmann, die den Imperialismus durch Verständigung zu zähmen gedachten und denen vor der Revolution graute; sie wurden von der Geschichte ausersehen, die bürgerliche Republik zu begründen. Die letzten Minister der Hohenzollern, bis zuletzt bemüht, die Dynastie zu retten, verwandelten sich von Morgen bis Mittag in die ersten „Volksbeauftragten“ der Revolution.

Die Ebertrepublik begann ihre Laufbahn mit der Heiligsprechung des Privateigentums, mit der Garantie der Kriegsanleihen, mit der Proklamierung der Unverletzlichkeit der alten wilhelminischen Bürokratie.

Hieß das nicht in aller Form das Erbe des Imperialismus antreten? Hieß das nicht das Kapital als den legitimen Herren nach wie vor anerkennen? Hieß das nicht in der Tat die bürgerliche Republik proklamieren? Die Arbeiter- und Soldatenräte stimmten in den Ruf ein. Das, was die Ebert und Haase an der Staatsspitze proklamierten, das war auch das tatsächliche Werk der Arbeiter- und Soldatenräte: die Rettung der Bourgeoisie, die Zurückführung der Armee, der Schutz des bürgerlichen Eigentums. Dem Namen nach die obersten Gewalten, tatsächlich Hilfsorgane, Beigeordnete der alten bürokratischen Maschine, das revolutionäre Feigenblatt, das sie den Blicken des Proletariats verbarg, hinter dem der bürgerliche Staat sich ungesehen wieder befestigen konnte. Die Arbeiter- und Soldatenräte hatten am 9. November gesagt: Privateigentum, Kriegsanleihe, Demokratie. Sie hatten das ABC der bürgerlichen Demokratie angefangen zu buchstabieren, sie buchstabierten weiter; Nationalversammlung, Bürokratie und Offiziere buchstabierten zu Ende. Die Arbeiter- und Soldatenräte, diese erste ihrer selbst unbewußte Gestalt der proletarischen Revolution, verworrenes Echo der russischen Revolution, dankten ihre Souveränität ab in die Hände der Nationalversammlung. Die neue oberste Gewalt räumte zum Dank dafür auf mit den Arbeiter- und Soldatenräten. Die bürgerliche Demokratie ist ein eifervoller Gott. Sie duldet keine proletarischen Götter neben sich.

[12] Privateigentum, Kriegsanleihen, Bürokratie, Nationalversammlung, die breiten Massen des Proletariats erkannten sie an in der Tat, die Arbeiter- und Soldatenräte beugten sich ihnen, aber Arbeiter und Soldaten hatten noch die Waffen in der Hand, mit denen sie die Schlachten des Imperialismus geschlagen und mit denen sie schließlich die Monarchie gestürzt. Aber die Waffen in der Hand des Proletariats, das war die bürgerliche Demokratie, schwankend auf den Bajonetten des Proletariats. Privateigentum, Kriegsanleihe, Demokratie, Nationalversammlung, lebten in den Köpfen der Arbeiter, aber auch gefährliche Träume vom Sozialismus. Das Kapital bedurfte sicherer Grundlagen. Das Proletariat mußte entwaffnet werden. Es w u r d e entwaffnet im blutigen Bürgerkrieg, nacheinander in den einzelnen Orten niedergeschlagen, die revolutionäre Vorhut unter die Erde gejagt. Gestützt auf die Arbeiteraristokratie und das Kleinbürgertum, verrichtete Noske das Henkerwerk für die Bourgeoisie. Aus dem Dampf des Bürgerkriegs, auf den Leichen von 15.000 Proletariern erhob sich die bürgerliche Republik. Der Soldat, der Bauer, der Offizier, der Junker, der Kleinbürger hatten die bürgerliche Republik aus der Taufe gehoben. Der Soldat, der Junkeroffizier, waren ihr Unterbau, ihre Stütze, ihre Zuflucht, ihr letztes Wort in allen Nöten. Die bürgerliche Demokratie aus der gefährlichen Umarmung des Proletariats gelöst, stürzte in die eiserne Umarmung des Militärs. Militärs und Junker erhoben sich im Kapp-Putsch, um die lästige Vormundschaft loszuwerden, um die sozialistisch-demokratische Kulisse in die Rumpelkammer zu werfen.

Von neuem erhob sich die Arbeiterklasse. Von neuem ward die bürgerliche Republik gerettet von Sozialdemokratie, Gewerkschaftsführern und rechtsunabhängigen Parteiführern. Sie erhielten dafür den verdienten Dank, sie wurden beiseite geschleudert. Die bürgerliche Republik entäußerte sich der sozialistischen Verkleidung. Die Bourgeoisie aber gegenüber dem drohenden Ansturm der Arbeiterklasse ergänzte den legalen Machtapparat ihres Staates durch ihren eigenen illegalen Machtapparat. Die bürgerliche Republik liquidierte die verfassungswidrige Konterrevolution, indem sie sich selbst

als die verfassungsmäßige Konterrevolution etablierte. Sie entfernte die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer von der Staatsspitze, um sie zu inoffiziellen freiwilligen Staatsstützen zu verwandeln. Die große Bourgeoisie, Junkerschaft und Kleinbürgertum aber konstituiert sich unter und gegenüber der bürgerlichen Republik als die verfassungswidrige, als die monarchistische Konterrevolution. Die bürgerliche Republik geht schwanger mit der Monarchie. Die sozialistisch-demokratische Republik bereitet den Offiziersputsch in die offen bürgerliche Republik vor. Die bürgerliche Republik bereitet den konterrevolutionären Bürgerkrieg vor, die Erhebung der Offiziere, der Junker, der großen Bourgeoisie, der Bauern zur Niederschlagung der Revolution, dem vollständigen Rückfall in die alte monarchisch-gekrönte Militärherrschaft.

II.

Der Weltkrieg hinterließ die deutsche Wirtschaft als einen ungeheuren Trümmerhaufen. Produktionsmittel sind im ungeheuren Maßstab vernichtet und zerschlissen. Rohstoffe verzehrt, der Zugang zum Welt-[13]markt abgeschnitten. Millionen Arbeitskräfte, der beste und tüchtigste Stamm, hingeschlachtet, die Ueberlebenden zu Millionen verkrüppelt, durch Hungersnot und Krankheiten entkräftet, die Staatsfinanzen erdrückt von der ungeheuren Last der Kriegsschulden.

„Der Weltkrieg“ – rief der Spartakusbund zu Beginn der Revolution der Arbeiterklasse zu – „der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Kriege und baldigster Untergang im Chaos und in der Anarchie oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung.“

„Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit. Ueber den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodert ein feuriges Menetekel, die Worte des Kommunistischen Manifestes:

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei.“

Der Mahnruf des Spartakusbundes verhallte. Erst eine kleine heldische Schar der energischsten und klassenbewußtesten Proletarier nahm den Kampfruf auf. Sie ward in greuelvollem Bürgerkrieg, in einer Reihe von blutigen Kämpfen, niedergeworfen. Die bürgerliche Republik ward aufgerichtet, die Kapitalsherrschaft auf den Bajonetten weißer Truppen, hinter denen die Kapitalsmächte der Welt standen, neu befestigt.

Die breite Masse der Arbeiterklasse schreckte zurück vor der Größe und Schwere des Kampfes um den Sozialismus, begriff nicht die Losung der Stunde.

Die Geschichte zweier Jahre bürgerlicher Herrschaft hat der Arbeiterklasse die Voraussage des Spartakusbundes im nationalen wie im internationalen Rahmen bestätigt.

Die bürgerliche Klassenherrschaft hat sich als unfähig erwiesen, die Gesellschaft aus dem furchtbaren Zusammenbruch herauszuführen.

Anarchie, Chaos, fortschreitender wirtschaftlicher Zerfall: das ist die ökonomische Geschichte der zwei Jahre seit Ausgang des Krieges.

Nur die planmäßige zentrale Zusammenfassung der Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte der ganzen Welt könnte den Wiederaufbau der vernichteten Wirtschaft einleiten.

Die bürgerliche Klassenherrschaft, wie sie aus dem Kriege hervorging, trieb jedoch den Gegensatz der nationalen Wirtschaft auf die Spitze, warf die besiegten Staaten den Siegern als wehrlose Beute vor die Füße, schröpfte sie bis zum letzten Blutstropfen aus, errichtete durch den Mechanismus der kapitalistischen Zirkulation selbst unübersteigliche Mauern zwischen den nationalen Wirtschaftsgebieten, sperrte Rohstoffe und Lebensmittel von den Industrien, sperrte die Industriewaren von den Verbrauchern ab, verwandelte den Welthandel in nackten Raub und Prellerei, legte die Industrien ganzer Länder lahm oder brach sie ab, schwang aufs neue die Geißel des Hungers über den millionenköpfigen Proletariermassen.

Der imperialistische Friede hat sich aller Welt, den herrschenden Klassen selbst, enthüllt als die Fortführung des Zerstörungswerkes des Krieges.

Zerreißung des weltwirtschaftlichen Zusammenhangs der kapitalistischen Staaten untereinander, Zusammenbruch des Produktions-[14]zusammenhangs im Innern des einzelnen kapitalistischen Staates; die internationale wie die nationale Losung des Kapitals: „Rette sich, wer kann!“ Der Mechanismus des kapitalistischen Getriebes herrscht dem einzelnen Kapitalisten diese Losung als Zwangsgesetz auf.

Im letzten Stadium, dem Stadium des Untergangs wendet sich die kapitalistische Produktionsweise gegen die Grundlagen der Produktion selbst. Ehedem gewaltigste Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte wendet sie sich zerstörend gegen die Produktionsmittel, lebt als ein Vampir von ihrer Vernichtung. „Nur die Arbeit kann uns retten,“ rief das Kapital wutschnaubend den Proletariern zu, die der Krieg entkräftet hatte und die Rebellion gegen die Ausbeutung auf die Straße führte. „Nur euer Müßiggang kann uns retten,“ ruft es jetzt den Proletariern zu, schließt die Fabriken, bricht die Maschinen und Fabrikgebäude ab, bringt sie in die flüssige Geldform, flüchtet das Kapital aus dem Lande, jagt sich in wilder Jagd die erraffte Beute gegenseitig ab, vergeudet die angesammelten Arbeitserzeugnisse und die Arbeitsmittel und die Lebensmittel selbst, die die geschwächte Arbeitskraft der Arbeiter wieder aufrichten müßten in toller barbarischer Verschwendung. Die Staatsfinanzen sind praktisch bankrott.

Blut- und schmutztriefend kam der Kapitalismus in die Welt. Blut- und schmutztriefend über Millionen Leichen, über die zerstörten verkapitalisierten Kulturen von vier Erdteilen hinweg setzte er sich durch. Blut- und schmutztriefend, Wirtschaft und bürgerliche Kultur in Trümmer liegend, die Grundlagen des künftigen Aufbaues der Kultur und Wirtschaft zerstörend, die Arbeitskraft der Massen durch Hunger verwüstend: so rast er dem Untergang entgegen.

Der Untergang in der Barbarei ist keine geschichtliche Fernsicht mehr, er ist eine vor den Augen der Volksmassen sich vollziehende Tatsache. Der Untergang der kapitalistischen Wirtschaftsweise stellt die Arbeiterklasse vor den Untergang im buchstäblichen Sinne. Das Aufhalten dieses Untergangs, der Wiederaufbau der Wirtschaft ist geknüpft an die Durchsetzung des Sozialismus durch die Arbeiterklasse. Der Kapitalismus muß sterben, damit die Arbeiterklasse leben kann. So ist die Frage von der Geschichte selbst gestellt, so ist sie gestellt vor allem für die deutsche Arbeiterklasse.

Nieder mit dem Lohnsystem: das ist die Losung der Stunde. An Stelle der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft soll die genossenschaftliche Arbeit treten. Die Arbeitsmittel müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein. Sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr! Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit! Abschaffung der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist.

An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven: freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit Niemandes Qual, weil Jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein Jedem, der seine Pflicht gegen die Menschheit erfüllt! Der Hunger hinfür nicht der Arbeit Fluch, sondern des Müßigganges Strafe. [15]

III.

Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft. Dieser Umbau und die Umwälzung können nicht dekretiert werden durch eine Behörde, Kommission oder ein Parlament, sie können nicht verwirklicht werden in Gemeinschaft mit der Kapitalistenklasse und mit den Organen des bürgerlichen Staates, sie können nur von den Volksmassen selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.

Nicht in trügerischen Verhandlungen mit der Bourgeoisie, nicht im Rahmen des bürgerlichen Staates, nur durch den Hammerschlag der proletarischen Revolution, in dem die Arbeiterklasse alle politische Gewalt in die Hand nimmt und der Bourgeoisie jegliche politische Gewalt entzieht, kann die Grundlage für den kommunistischen Aufbau geschaffen werden.

Die proletarische Revolution ist kein verzweifelter Kampf einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach einem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen, und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen ... Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbeglocke für jede Knechtschaft und Unterdrückung. Darum erheben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitalisten, Junker, Kleinbürger, Offiziere, alle Nutznießer und Parasiten der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod.

Die gutmütige Einbildung von Teilen des Proletariats, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung oder eines Rätekongresses fügen, sie würden ruhig auf Besitz, Profit und das Vorrecht der Ausbeutung verzichten, ist grausam; zerstört worden durch die blutigen Erfahrungen, die das Proletariat gemacht hat in Rußland, in Ungarn, in Finnland und in Deutschland selbst. Die russische Bourgeoisie hat, gestützt auf die Weltbourgeoisie, gegen den russischen Proletarierstaat Verschwörung auf Verschwörung, Bürgerkrieg auf Bürgerkrieg angezettelt, sie hat die mittleren und großen Bauern, sie hat rückständige Arbeiterschichten aber und abermals gegen ihn ins Feld geführt, die Aufstachelung religiöser, nationaler, kultureller Vorurteile, nichts hat sie ungenützt gelassen, um das verhaßte proletarische Gemeinwesen umzustürzen. Sie hat dutzendfach, Jahr um Jahr, Landesverrat verübt, sie hat immer neue auswärtige Feinde ins Land gerufen. Sie hat in diesem Kampfe selbst die Greuel der Kolonialkriege und des Weltkrieges überboten, sie hat tierisch-grausame Rache genommen an den Arbeitern und Bauern, die in ihre Gewalt fielen. Aushungerung von Millionen Weibern und Kindern, Abschneiden selbst der Arznei- und Verbandsmittel, Niedermetzelung, Meuchelmorde, Folterung, Vergewaltigung Hunderttausender revolutionärer Arbeiter und Arbeiterinnen, Zerstörung ganzer Industrien, Verwüstung ganzer Landstriche, Ausrottung ganzer Volksschichten: die bürgerlichen Klassen Rußlands, Ungarns, Finnlands, Deutschlands haben alle diese Greuel ohne Wimperzucken verübt, die [16] bürgerlichen Klassen der anderen Länder haben ihnen Vorschub geleistet und applaudiert im Namen der „Zivilisation und Ordnung“: Die Methoden des weißen Schreckens, die die Bourgeoisie, die letzte Ausbeuterklasse gegen das Proletariat anwendet, übergipfeln die barbarischen Unterdrückungsmethoden aller Zeitalter, sie sind die Verkehrung aller Mittel der Zivilisation zu Werken teuflischer Bosheit.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt, mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. Den Methoden des weißen Terrors der Bourgeoisie der rote Terror des Proletariats. Den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Massen. Der in Waffen starrenden Gegenrevolution die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die Entwaffnung der herrschenden Klassen. Der Allgewalt und den tausend Machtmitteln der bürgerlichen Gesellschaft – die konzentrisch zusammengefaßte, aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse. Die geschlossene Front des gesamten deutschen Proletariats, des süddeutschen mit dem norddeutschen, des städtischen mit dem ländlichen, die lebendige geistige Fühlung, das engste politische, militärische und organisatorische Zusammenwirken der deutschen Revolution mit der Kommunistischen Internationale, die Eingliederung der deutschen in die Weltrevolution des Proletariats vermag allein die granitne Basis zu schaffen, auf der das Gebäude der Zukunft errichtet werden kann.

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg geistig und organisatorisch vorbereiten, sie muß sich für ihn das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen. Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmassen mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats, und damit die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen zu debattieren; dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Tor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

IV.

Die proletarische Diktatur ist die staatliche Organisation, in der das Proletariat sich als herrschende Klasse zusammenfaßt, um den Widerstand der Bourgeoisie endgültig zu brechen und die kapitalistische Produktionsweise Schritt für Schritt in die kommunistische überzuführen. Die proletarische Diktatur ist eine notwendige Uebergangsform, sie ist die letzte Form der Staatsgewalt überhaupt. Sie wird der rein gesellschaftlichen Organisation der sozialistischen Gesellschaft weihen. Die politische Gewalt wird überflüssig werden in dem Maße, wie die Gewalt der ausbeutenden Klassen niedergerungen wird, wie die Ausbeutung, und mit ihr Klassen und ihre Gegensätze verschwinden, wie die wirt-[17]schaftliche Organisation sich von der kapitalistischen Ausgangsform freimacht, und das ganze wirtschaftliche Leben in die planmäßige gesellschaftliche Regelung einbezieht.

Die geschichtlich gegebene Form der proletarischen Diktatur ist die Räterepublik, die alle staatlichen und wirtschaftlichen Funktionen von der Gemeindeverwaltung bis zur obersten Spitze des Staates, von der Leitung der einzelnen Fabrik bis zur zentralen Verwaltung der gesamten Wirtschaft in die Hände der Räte der Kopf- und Handarbeiter in Stadt und Land und der lokalen und zentralen Organe dieser Räte legt.

Die proletarische Masse muß alle überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft: die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch die eigenen Klassenorgane, die Arbeiter- und Kleinbauernräte, ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den kommunistischen Aufgaben messen. Nur in ständiger lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den Arbeiter- und Bauernräten kann ihre Tätigkeit den Staat mit kommunistischem Geiste erfüllen.

Das Wesen der Räterepublik besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, sondern das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.

Alle bisherigen Staatsformen organisierten in offener oder versteckter, Form die Herrschaft einer kleinen ausbeutenden Minderheit über die ausgebeutete Mehrheit. Der Rätestaat proklamiert frank und frei die Herrschaft der arbeitenden Mehrheit über die schmarotzerische, ausbeutende Minderheit.

Alle bisherigen Staatsformen faßten zugleich die Macht der in ihnen herrschenden Klassen zusammen zum Kampf, zur Selbstbehauptung und zur Niederringung der umgebenden Staaten. Der Rätestaat ist der natürliche Verbündete jedes anderen Rätestaates und jeder um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse jedes Landes. Er bedarf keiner Machtmittel, keiner diplomatischen Ränke gegenüber anderen Rätestaaten, Rätestaaten bilden untereinander eine brüderliche offene Gemeinschaft. Aber der Rätestaat ist durch sein bloßes Dasein Angriffsziel der umgebenden bürgerlichen Staaten. Um gegenüber den Angriffen der bürgerlichen Staaten gewappnet zu sein, um den um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterklassen dieser Staaten, um den von den imperialistischen Raubstaaten unterdrückten Kolonialvölkern tatkräftig Hilfe zu leisten, dazu bedarf der Rätestaat selbst der Waffen und der unverbrüchlichen Waffenbrüderschaft mit den an seiner Seite stehenden Rätestaaten.

V.

Die Räte können die Organe der staatlichen Gewalt des Proletariats nur werden, indem sie zuvor als Kampforgane die gesamte arbeitende Klasse um das Ziel des Kommunismus sammeln, zum Sturm führen gegen den bürgerlichen Staat. Die politischen Arbeiterräte zu Beginn der deutschen Revolution gingen unter an dem Widerspruch, daß sie als Organe. des Proletariats die bürgerliche Demokratie vertraten. Sie werden wieder erstehen und siegen können nur, wenn sie die [18] bewußten Kampforgane der proletarischen Diktatur gegen die bürgerliche Demokratie werden, wenn also ihr politischer Inhalt sich deckt mit ihrer organisatorischen Form, kurz wenn sie die breite Proletariermasse zum Kampf um den Kommunismus einen.

Daher können politische Arbeiterräte nur lebenskräftig sein, wenn sie sich stützen auf die breitesten arbeitenden Massen, die für den Kampf um die politische Macht sich in Bewegung setzen. Sie müssen

geschaffen werden, wenn die objektive Zuspitzung des Klassenkampfes und die wachsende Kampfbereitschaft der proletarischen Massen dem Zusammenstoß mit der bürgerlichen Staatsgewalt entgegenführen. Die politischen Arbeiterräte als Kampforgane der gesamten Arbeiterklasse sind nicht parteilos, sie umfassen vielmehr alle Parteien mit proletarischer Zusammensetzung samt den Parteilosen. Sie sind der Boden, auf dem die geistige Vereinheitlichung der Arbeiterklasse im Ringen der proletarischen Parteien um die Köpfe und Herzen der Proletarier sich verwirklicht, auf dem die Arbeiterklasse sich der rückständigen konterrevolutionären Ideologien und ihrer Träger entledigt, auf dem sie sich die geistige Reife, den Willen und die organisatorische Geschlossenheit erwirbt, die sie befähigen, die Herrschaft zu erobern und festzuhalten.

Den Kampf um die Macht kann nur die Aktion der Massen selbst, der Generalstreik und der Generalaufstand, zum Siege führen. Diese, die Entscheidung herbeiführenden Kampfmittel können nur aus der bewußten Steigerung und Verschärfung aller überkommenden Mittel des proletarischen Klassenkampfes herauswachsen. Die parlamentarische Aktion behält daher revolutionäre Bedeutung bis zu dem Augenblick, wo der offene Kampf um die Macht einsetzt. Die revolutionäre Ausnützung des Parlaments hat zum Ziel die geistige Entwurzelung der bürgerlichen Demokratie der Volksmassen. Sie muß logischer Weise münden in die revolutionäre Massenaktion, die die bürgerliche Demokratie, das Parlament, selbst zertrümmert. Sie muß daher fortlaufend Hand in Hand gehen, sich stützen auf die revolutionäre Aktion der Massen und trachten, sie hervorzurufen und zu steigern. Die parlamentarische Tätigkeit der Vertreter des revolutionären Proletariats wendet sich daher nicht an die Vertreter der Bourgeoisie und ihrer Handlanger, um ihnen „Reformen“ abzuhandeln, sie wendet sich an die proletarischen Massen, um sie für die proletarische Revolution zu gewinnen und dafür in Bewegung zu setzen.

Die Schulung, Sammlung und Mobilisierung der proletarischen Massen muß überall da geschehen, wo diese Massen stehen: in den Gewerkschaften, den Betriebsräten, den Arbeiter- und Kleinbauerngenossenschaften, den Kriegsbeschädigten-Vereinigungen, den Mieterräten usw.

Die G e w e r k s c h a f t e n sind die umfassendste proletarische Massenorganisation zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe. Die in ihnen zusammengefaßten revolutionären Kräfte sind aber gelähmt und in den Dienst der Bourgeoisie gestellt durch die Gewerkschaftsbürokratie, die auf dem Boden der Interessenharmonie der Arbeit und des Kapitals, der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern steht. Von dieser Fesselung gilt es die Proletarier zu befreien, indem der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter um die Aufrechterhaltung der Existenz, um ausreihende Löhne und erträgliche Arbeitsbedingungen innerhalb der [19] kapitalistischen Wirtschaft hinausgeführt wird zum Kampf gegen das kapitalistische System selbst, zum Kampfe um die Kontrolle und schließliche Leitung der Produktion durch die Arbeiter, der schließlich einmündet in den Kampf der gesamten proletarischen Klasse gegen die bürgerliche Staatsmacht. Der steigende Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, die steigende Ausplünderung der Arbeiter durch die Monopolisierung der Lebensmittel und Industriewaren und durch die Steuermaschine, die unbegrenzte Entwertung des Geldes schlägt fortlaufend dem Arbeiter die jeweils errungenen Vorteile aus der Hand, wirft ihn bei jedem neuen Anlauf wieder weiter zurück. An der Hand dieser eigenen Erfahrungen der Arbeiter müssen diese notwendigen Lohnkämpfe erweitert und gesteigert werden zum Kampf gegen das Lohnsystem selbst, zum Kampfe um die Kontrolle und Leitung der Produktion. Die Gewerkschaften zusammen mit den Betriebsräten unter der Leitung der zentralen Organe des proletarischen Staates sind berufen, die Arbeitsbedingungen zu regeln und die Produktion zu organisieren.

In dem Maße, wie es gelingen wird, die breitesten gewerkschaftlich organisierten Massen in den Kampf gegen die Verfügungsgewalt des Unternehmers über den Betrieb zu führen, um ihm die Macht aus der Hand zu nehmen, die Industrie lahmzulegen und selbst zu zerstören, im selben Maß wird in den Gewerkschaften die Herrschaft der konterrevolutionären Bürokratie gebrochen werden, werden die Gewerkschaften revolutionäre Kampforgane und dem allgemeinen Rahmen der revolutionären Bewegung eingegliedert. Der Kampf um die Kontrolle und Leitung der Produktion muß Brust an Brust mit dem Unternehmer in Jedem Betrieb, in jeder Werkstatt geführt werden. Er erfordert das engste Zusammenarbeiten und letzten Endes den unmittelbaren organisatorischen Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter jeder Industrie: die Umwandlung des Berufsverbandes in den Industrieverband.

Die B e t r i e b s r ä t e sind berufen, im Kampf um die Kontrolle und Leitung der Produktion die Pionierarbeit zu übernehmen, die Initiative zu ergreifen. Ihre Aufgabe ist es, durch diese Initiative im engsten Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften, Bresche zu legen in die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie, um schließlich die Gewerkschaften geistig und organisatorisch entsprechend den Notwendigkeiten dieses Kampfes umzuformen.

Gewerkschaften und Betriebsräte können wirksam um die Kontrolle der Produktion nur kämpfen, wenn sie die Arbeitslosen sich eingliedern.

Der Kampf um die Kontrolle der Produktion mündet unfehlbar aus in den Kampf gegen die bürgerliche Staatsgewalt, in den politischen Kampf also. Er kann sein Ziel nur erreichen durch Umsturz der Staatsgewalt der Bourgeoisie. Sobald der Kampf um die Produktionskontrolle einmündet in den politischen Kampf um die Staatsmacht, ist der Augenblick gekommen, wo die politischen Arbeiterräte die Führung übernehmen müssen, denen Gewerkschaften, Betriebsräte, Genossenschaften usw. als Seilorgane der Arbeiterschaft sich einordnen müssen.

VI.

Die Bourgeoisie, die Junker, die Offiziere haben von Anbeginn an den Kommunismus als ihren Todfeind erkannt. Sie haben die Kommunisten verfolgt, gehetzt, verleumdet, gemeuchelt mit tierischer Grausamkeit. [20] Die Kommunisten gestehen offen, daß sie in der Tat die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft sind, Todfeinde jeglicher Art der Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind nicht geschont worden von der Bourgeoisie, sie werden keine Schonung üben ihr gegenüber.

Kleinbürger, Kleinbauern, mißbrauchte Arbeiterschichten haben sich von der Bourgeoisie mitreißen lassen zu den Verfolgungen. Sie haben sich täuschen lassen von den Lügen und Verleumdungen über den Kommunismus. Wo sind diese Lügen und Verleumdungen geblieben? All diese Anschuldigungen sind sie nicht auf diese Bourgeoisie selbst zurückgefallen, alle die angeblichen Verbrechen des Kommunismus gegen Wirtschaft, Kultur und Moral, hat nicht die Bourgeoisie sie selbst wahr gemacht?

„Der Kommunismus stürzt die Wirtschaft in ein Chaos.“ Hat nicht die Bourgeoisie die Wirtschaft in Chaos und Anarchie gestürzt?

„Der Kommunismus läßt der schrankenlosen Selbstsucht der Proletarier die Zügel schießen.“

Die Bourgeoisie hat sich wie eine Meute von Schakalen auf die Trümmer der Wirtschaft gestürzt, die der Krieg hinterlassen hat. Die bürgerliche Klasse wie der einzelne Bourgeois haben sich in reine Schmarotzer an der Wirtschaft verwandelt, in die widrigen Leichenwürmer des absterbenden Wirtschaftskörpers.

„Der Kommunismus will den Bürgerkrieg!“

Führt die deutsche Bourgeoisie nicht den Bürgerkrieg seit der Revolution, hat sie nicht die revolutionäre Arbeiterschaft planmäßig provoziert, kaum daß sie von der ersten Betäubung der Novembertage zur Besinnung kam, steht sie nicht heute gerüstet zum Bürgerkrieg? Bürgerkrieg und Kriege gegen die proletarische Revolution und Kolonialkriege, sind sie nicht die Ueberschrift über dem ganzen Zeitabschnitt nach Ende des Weltkrieges? Wozu also diese Heuchelei?

„Der Kommunismus zerstört die Zivilisation und die Kultur.“

Aber die Bourgeoisie läßt ihre eigene Kultur, Wissenschaft, Technik, Kunst gleichmütig untergehen, während sie sich in barbarischen Orgien wälzt. Ihre Zivilisation geht vor unseren Augen unter, während das Proletariat Rußlands mitten in Hunger und Bürgerkrieg und Revolutionskrieg die Grundlagen einer neuen Kultur legt.

„Der Kommunismus ist das Ende aller Freiheit, die schlimmste Despotie.“

Der untergehende Kapitalismus läßt dem kapitalistischen Individuum volle Freiheit, die Produktion zu zerstören, ihre aufgehäuften Schätze zu vergeuden und zu verprassen.

Die Kommunisten gestehen, daß sie diese Freiheit abschaffen wollen.

Der Kapitalismus läßt der Schule, der Kanzel, der bürgerlichen Presse die Freiheit, die Volksmassen zu belügen und konterrevolutionär zu vergiften.

Wir Kommunisten gestehen ein, daß wir der bürgerlichen Gesellschaft diese Freiheit nicht lassen werden.

Der Kapitalismus läßt dem A r b e i t e r die Freiheit, zu verhungern, wenn der Unternehmer für gut findet, den Betrieb stillzulegen.

[21] Wir Kommunisten gestehen, daß wir diese Freiheit des Kapitalisten abschaffen wollen. Wir bekennen uns schuldig, daß wir selbst Junker und Kapitalisten zur Arbeit verpflichten wollen.

„Der Kommunismus ist die Herrschaft einer Minderheitspartei über die Arbeiterklasse."

Das sagt die kleine Minderheit der ausbeutenden Klasse, die die große Mehrheit jeder Nation beherrscht durch ökonomische und physische Gewalt, durch den Betrug der bürgerlichen Demokratie, durch die geistige Beeinflussung der Volksmassen auf tausend Wegen.

Das sagt die kleine ausbeutende Minderheit, die nach mehr als drei Jahren des Aufgebots aller ihrer Kräfte, die Siegerin über den mächtigen Militärstaat Deutschland, eingestehen muß, daß sie das kommunistische Staatswesen Rußland nicht mit Waffengewalt niederwerfen kann.

Die bürgerliche, die „wahre Demokratie", sieht sich außerstande, die Arbeiterklasse zum Kampf gegen Sowjetrußland aufzubieten, sie sieht sich beschränkt auf die Verwendung von Landsknechtbanden, Kolonialtruppen und die Unterstützung ihrer Vasallenstaaten durch Geld, Kriegsmaterial, Lebensmittel, Offiziere.

Die „Diktatur ü b e r das Proletariat" in Rußland versammelt unter der Fahne der Räterepublik Arbeiter, Bauern, selbst einen Teil der alten Offiziere, sie schlägt, sechs Jahre abgeschnitten von der Welt, ihre Feinde siegreich nieder!

Die proletarische Diktatur verfügt über die freudige Zuversicht auf die Unterstützung bis in den Tod der die breitesten Volksmassen. Die bürgerliche Demokratie muß durch die Tat ihre wachsende Ohnmacht bekennen, die Massen für sich in Bewegung zu setzen. Sie muß sich so als ein plumper Schwindel enthüllen.

VII.

Damit das Proletariat sich den Weg zur proletarischen Diktatur und zum Aufbau der kommunistischen Wirtschaft bahne, fordert die Bereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale):

I. Als Maßnahme zur Abwehr der Konterrevolution und zur Sicherung der Macht des Proletariates:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, der konterrevolutionären Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.

2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände, sowie Rüstungsbetriebe, Uebergabe in den Schutz der revolutionärer Arbeiterschaft.

Solange dies nicht geschehen: Verweigerung aller Waffen-, Munitions- und Truppentransporte, Vernichtung der durch die Arbeiter beschlagnahmten Waffen.

3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen revolutionär zuverlässigen proletarischen Bevölkerung als A r b e i t e r w e h r, Bildung einer R o t e n A r m e e aus den der Revolution ergebenen Proletariern zum ständigen Schutz der Revolution, zur Unterstützung und Förderung der Weltrevolution. [22]

4. Internierung sämtlicher Offiziere, Einfügung der der Revolution ergebenen Soldaten in die Rote Armee. Statt des militärischen Kadavergehorsams die strengste revolutionäre Disziplin. Politische

Kommissare zur Ueberwachung der Führer der Roten Armee. Einsetzung der oberen Führer durch die zentralen Organe der Arbeiterräte.

4a. Bildung von Soldatenräten in der Reichswehr und der Sicherheitspolizei, unter Ausschluß der Offiziere.

5. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitvertreter, sowie alle Schuldigen an den Verbrechen der Gegenrevolution und alle konterrevolutionären Verschwörer abzuurteilen sind.

II. Auf politischem und sozialen Gebiet.

1. Abschaffung aller Einzelstaaten, einheitliche deutsche kommunistische Räterepublik. Engstes wirtschaftliches und politisches Bündnis mit dem revolutionären Deutsch-Oesterreich.

2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte, Uebernahme der Gesetzgebung und Verwaltung durch die Arbeiter- und Kleinbauernräte, sowie deren Ausschüsse und Organe.

3. Wahl von politischen Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die Arbeiterschaft und die kleinen Bauern beider Geschlechter in Stadt und Land nach Betrieben. Wahl von Soldatenräten durch die Mannschaften der Reichs- und Sicherheitswehr unter Ausschluß der Offiziere. Recht der Arbeiter, Bauern und Soldaten, zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.

Die Arbeiter-, Kleinbauern- und Soldatenräte im ganzen Reiche wählen Delegierte für den Zentralrat der Arbeiterräte, der den Vollzugsrat als sein oberstes ausführendes Organ zu wählen hat.

Die Arbeiterräte leiten den gemeinsamen Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Staatsgewalt, um nach ihrem Sturz alle gesetzgebende und vollziehende Gewalt in die Hand zu nehmen.

Zusammentritt des Zentralrats mindestens alle drei Monate unter jedesmaliger Neuwahl aller Delegierten – zur ständigen Kontrolle der Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der Arbeiterräte und ihrem obersten Organ. Recht der lokalen Arbeiterräte zu jederzeitiger Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln.

4. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

5. Einschneidende soziale Gesetzgebung.

6. Beschlagnahme aller Wohnräume durch die Gemeindeorgane. Gleichmäßige Unterbringung der Bevölkerung in ihnen. Festsetzung der Mietspreise durch die Mieterräte.

7. Gründliche Umgestaltung des Gesundheitswesens im Sinne der proletarischen Revolution als öffentlicher Organisation zur Erhaltung und Kräftigung der Volksgesundheit. [23]

8. Gründliche Umgestaltung des Erziehungswesens. Vollständige Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule. Einheitliche unentgeltliche Arbeitsschule für das gesamte heranwachsende Geschlecht bis zum 18. Lebensjahr. Oeffentlicher Unterhalt aller Lernenden. Eröffnung der Hoch- und Fachschulen für alle.

III. Nächste wirtschaftliche Forderungen und Aufgaben.

1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.

2. Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen bis zu einer bestimmten Höhe, die durch den Zentralrat der Arbeiterräte festzusetzen ist.

3. Entschädigungslose Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Großbetriebe. Bildung kommunistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, Rätewirtschaften und

Landkommunen, unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; Großgrundbesitz, der im Kleinbetrieb bewirtschaftet wird oder der eingesprengt ist in kleinbäuerliche Betriebe und keine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung hat, kann aufgeteilt werden. Bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligen Anschluß an oder Zusammenschluß zu kommunistischen Landgenossenschaften.

4. Entschädigungslose Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.

5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch die zentralen Organe der Räterepublik festzusetzen sind.

6. Besteuerung ausschließlich auf direktem Wege der Bevölkerungsklassen, die von Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben. Beseitigung aller indirekten Steuern und aller direkten Steuern auf Löhne, Gehälter und Einkommen unter Mark.

7. Uebernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.

8. Zusammenfassung der Betriebsräte nach Wirtschaftsgebieten und zentral für das ganze Reich, die zusammen mit den Gewerkschaften die inneren Angelegenheiten des Betriebes zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich im Verein mit den zentralen wirtschaftlichen Organen und Beauftragten der Räterepublik die Betriebsleitung zu übernehmen haben.

9. Engste Vereinigung der Kopf- und Handarbeiter in den in Industrieverbände umzuwandelnden Gewerkschaften.

10. Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe, Festsetzung der Arbeitszeit und Löhne, der Roh- und Brennstoffverteilung, der Art und des Umfanges der Produktion sowie der Warenpreise, Kontrolle aller Transporte, des Innen- und Außenhandels, der Banken und des Handels durch die Betriebsräte in. Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, Beschlagnahme des Betriebskapitals der Unternehmer zur Wiedereröffnung stillgelegter oder zur Erweiterung verkürzt arbeitender Betriebe durch die Arbeiterschaft und zur [24] Steuerung der Arbeitslosigkeit. Eingliederung der Arbeitslosen in die Gewerkschaften und Betriebsräte, Unterhalt der Arbeitslosen in voller Lohnhöhe. Der Betrag ist auf die Gesamtunternehmerschaft umzulegen. Sechsstündiger Höchstarbeitstag.

11. Einstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse der das Land bearbeitenden Bevölkerung. Wechselseitige Versorgung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit Industrie- und Handelswaren, der industriellen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen durch den unmittelbaren Austausch der städtischen Betriebsräte, Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften auf der einen Seite, der Gutsräte der Landarbeiter und der Kleinbauernkomitees auf der anderen Seite.

VIII.

Internationale Aufgaben und Forderungen.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands als Sektion der Kommunistischen Internationale nimmt die Losung auf, unter der der Spartakusbund sich zusammenschloß und sich abschied von allen opportunistischen Elementen des Sozialismus:

„In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran.“

Das Proletariat Deutschlands kann siegen und sich behaupten nur in engster Gemeinschaft mit der russischen Räterepublik und mit dem revolutionären Proletariat aller anderen Länder. Die Vereinigte Kommunistische Partei fordert: Engste politische und Wirtschaftsgemeinschaft mit der russischen Räterepublik. Das deutsche Proletariat ist verpflichtet, jeden Anschlag und jeden Angriff gegen die russische Räterepublik mit Aufgebot der höchsten Energie als Angriff auf die Weltrevolution abzuwehren. Das deutsche Proletariat als Teil des kommunistischen Weltproletariats ist verpflichtet, alle revolutionären nationalen Erhebungen der Kolonialvölker gegen den Weltimperialismus aufs

energischste zu unterstützen, wobei es die Interessen der proletarischen Schichten und der armen Bauern gegenüber den sie ausbeutenden einheimischen Herrenschichten ständig festzuhalten hat. Es hat diesen Völkern, nach ihrer Befreiung vom Joch der imperialistischen Raubstaaten, zu helfen, den Weg zum Kommunismus abzukürzen.

Das deutsche Proletariat muß die Verantwortung für den Versailler Vertrag ausschließlich der deutschen imperialistischen Bourgeoisie und ihren Helfern überlassen. Es lehnt ab, zusammen mit der deutschen Bourgeoisie den Revanchekrieg gegen den Entente-Imperialismus zu führen. Es muß jedoch, im Besitz der Staatsgewalt, sein Verhältnis zur Entente-Bourgeoisie aufs neue regeln. Friedlich, selbst unter Opfern, wenn es geht; mit den Waffen in der Hand, wenn die Entente-Bourgeoisie ihm den friedlichen Wiederaufbau seiner eigenen und damit der zerfallenden Wirtschaft Gesamteuropas gewaltsam verwehren wird. Das bewaffnete deutsche Proletariat ist die einzige tatsächliche Garantie dafür, daß kein neuer Raubüberfall von Seiten Deutschlands den Frieden der Völker stört. Aber es muß bereit sein, gegen jeden Ueberfall des [25] Welt-Imperialismus, der die deutsche proletarische Revolution entwaffnet, der Konterrevolution jedoch die Waffen gelassen hat, und der schon in voraus die künftige deutsche Räterepublik strategisch umstellt hat, sich zur Wehr zu setzen.

IX.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands bekämpft die mehrheitssozialistische und unabhängige Partei als die Vorposten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats selbst. Sie kämpft mit den proletarischen Massen, die in diesen Parteien organisiert sind, überall da, wo sie sich feindlich gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Unternehmerklasse wenden. Sie sucht diese Massen überall da auf, wo sie zum Kampf gegen die Bourgeoisie vereinigt sind. Die Vereinigte Kommunistische Partei lehnt die Grundsätze und Taktik der K. A.P. als unverträglich mit den Erfordernissen der proletarischen Revolution ab, sie ist jedoch bereit, überall da mit der K. A.P. sich zu verständigen, wo sie gegen die Bourgeoisie kämpft. Die Kommunistische Partei ist die fortgeschrittenste, zielklarste, energischste, revolutionäre Vorhut des Gesamtproletariats. Zum Unterschied von den menschewistischen Parteien, den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, vertritt sie nicht die Sonderinteressen der Arbeiter-Aristokratie oder kleinbürgerlicher Arbeiterschichten gegenüber dem Gesamtproletariat. Sie stellt in jeder Phase des Kampfes das proletarische Gesamtinteresse dem Interesse einzelner proletarischer Schichten, und das Interesse des Weltproletariats dem Interesse der nationalen Arbeiterklasse voran. Zum Unterschied in besonderen von der Unabhängigen Partei leugnet sie, daß Kompromisse mit der Bourgeoisie Etappen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur sein können. Die unabhängige Partei weicht den unvermeidlichen Zusammenstößen mit dem bürgerlichen Staat aus feiger Furcht vor dem Bürgerkrieg und vor dem wirtschaftlichen Chaos immer wieder aus. Aber die Leiden der Arbeiterklasse werden durch dies feige Ausweichen ins Unabsehbare verlängert, der wirtschaftliche und kulturelle Verfall schreitet fort, das Proletariat findet, wenn es diesem Kampf ausweicht, schließlich einen Trümmerhaufen vor, auf dem sich keine sozialistische Wirtschaft aufbauen läßt. Diese Parteien sind daher verdammt zum Untergang. Die Kommunistische Partei geht der Auseinandersetzung mit den ausbeutenden Klassen und ihrer Staatsgewalt bewußt und entschlossen entgegen. Sie treibt den Kampf des Proletariats um die proletarische Diktatur bewußt voran. Nur so kann der Rückfall in die Barbarei und der Zerfall der Wirtschaft gehemmt und schließlich zum Stillstand gebracht, nur so kann der kommunistische Aufbau beschleunigt werden.

Die Kommunistische Partei strebt nicht, zur Herrschaft zu gelangen gegen oder über das Proletariat.

Die Kommunistische Partei wird die Regierung nur übernehmen, gestützt auf die in Taten, des Kampfes sich äußernde Zustimmung der entscheidenden Massen des Proletariats.

Der Sieg der Kommunistischen Partei an der Spitze der proletarischen Massen ist so sicher wie der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft. Die herrschenden Klassen selbst haben das Proletariat in der rauhen Schule des imperialistischen Gemetzels und des Bürgerkriegs [26] gehärtet. Das Proletariat wird seine Unterdrücker mit stählernem Arme niederkämpfen. Eine Welt von Trümmern stürzt über den Proletariern zusammen, droht sie unter sich zu begraben. Die Proletarier werden mit der ganzen Gesellschaft untergehen, oder sie müssen den Kampf um den Kommunismus aufnehmen. Die Proletarier müssen das Leben einsetzen, um das nackte Leben zu gewinnen.

Arbeiter! Zu diesem letzten und größten Kampf schließt Euch zusammen und rüstet Euch! Zum Sturz der Ausbeuterherrschaft, zum Sieg der Arbeit, tretet an!

*

Agrarprogramm der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

(Entwurf.)

I.

Einleitung.

Das gewaltige wirtschaftliche Zerstörungswerk des Weltkrieges hat die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland unterwühlt. Der Produktionsapparat ist in diesem Höllenfeuer zusammengeschmolzen. Arbeitskräfte, Arbeitsmaschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe, der Goldbestand wurde dezimiert. Im selben Maßstabe aber, wie die Gebrauchswerte vernichtet wurden, wuchs die Kriegsschuld, der Anspruch der kapitalistischen Klasse auf die Früchte der Arbeit. Im selben Maße wuchs die Anarchie in der Produktion. Das Kapital, dessen geschichtliche Rolle die breiteste Entfaltung der Produktionskräfte der Gesellschaft war, hat sich in einen reinen Schmarotzer am Körper der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt, in eine Kraft der Zerstörung und Verwirrung. Seine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Das Proletariat ist berufen, das Urteil der Geschichte zu vollziehen bei Strafe des Untergangs der Produktion.

Der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus auf den Schlachtfeldern Frankreichs gab den Anstoß zum Beginn dieser Auseinandersetzung, die im Schoße der Gesellschaft vorbereitet lag. Ihr Auftakt war die Revolution des 9. November. Aber diese Revolution, obwohl getragen von kriegsmüden und enttäuschten Soldaten und den Arbeitern, ließ die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft unberührt. Sie erfaßte nur die äußere Staatsform. Sie verwandelte den monarchischen Militärstaat in eine bürgerliche Republik, mit den Verrätern des Sozialismus als Firmenträgern. Die politische Form der Kapitalsherrschaft ward oberflächlich reformiert, neu unterbaut.

[27] Aber diese politische Revolution ward zugleich der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die in einer Reihe gewaltiger Streikwellen und bewaffneter Aufstände Deutschland überzog und deren Ergebnis nur der Sturz der Kapitalsherrschaft sein kann. Das Industrieproletariat leitete die Rebellion der Lohnarbeit gegen das Kapital ein. In seinen Spuren folgten die Arbeiter und Angestellten des Handels- und Geldkapitals.

Es ist klar, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht auf die Städte beschränkt bleiben kann. Die Kapitalsherrschaft lastet noch schwerer wie auf dem städtischen auf dem ländlichen Proletariat. Ihr Zusammenbruch droht auch dem Kleinbürgertum den Untergang an.

Das ländliche Proletariat und das Kleinbauerntum sind in ihrem Kampf gegen das Kapital gehemmt durch die örtliche Zersplitterung und die ländliche Abgeschlossenheit. Sie können nur überwunden werden durch das engste Zusammenwirken mit dem städtischen Proletariat.

Im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es bedarf hier nur des Zerbrechens der Schranken des Privateigentums, der Aneignung des Landes und der Arbeitsmittel durch die Gesellschaft und des innigen Zusammenwirkens mit der sozialisierten Industrie und Handel, damit auch hier die sozialistische Arbeitsweise sich entfalten kann. Das Kleinbauerntum und der im kleinbäuerlichen Betrieb bewirtschaftete Großgrundbesitz leidet nicht minder schwer wie das Landproletariat unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aber in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Die bürgerliche Wirtschaft hat das bäuerliche Kleineigentum durch einen jahrhundertelangen gewaltsamen Prozeß der wirtschaftlichen Entwurzelung und des Betrugs unterhöhlt, der den Kleinbauern völlig in das Proletariat hinabschleudert oder ihn ein Zwitterdasein zwischen Industrieproletarier und Landproletarier führen läßt, der ihn vom Grund und Boden

und seinen Arbeitsmitteln trennt und unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers oder des industriellen Unternehmer stellt. Er wurde massenhaft in einen Land-Taglöhner oder industriellen Lohnarbeiter verwandelt. Oder sein Landsitz wurde derart verzwergt oder verschuldet, daß er, als Fußkugel an seinem Bein, ihn in die drückendste Hörigkeit gegenüber dem Großgrundbesitz und dem Industriekapital versetzte. Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus finde. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauern wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialisierten Industrie und des Handels. Es gilt den Kleinbauern von der bürokratischen Schreiberzunft, die ihn bevormundete, zu befreien und ihm den Weg zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch ihn selbst zu eröffnen; es gilt schließlich, die Ansätze der kleinbäuerlichen Genossenschaften auszubauen, damit der Kleinbauer stufenweise zur genossenschaftlichen Produktion auf großer Stufenleiter gelangt. Um das Ziel der Befreiung des ländlichen Proletariats und des Kleinbauerntums von kapitalistischer Ausbeutung und der sozialistischen Betriebsweise in der Landwirtschaft zu erreichen, stellen wir folgendes Programm auf: [28]

II.

Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Landwirtschaftliche Großbetriebe sind diejenigen, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit zur Erzielung kapitalistischen Profits anwenden und deren Inhaber nicht selbst landwirtschaftliche Arbeit verrichten.

Landwirtschaftliche Kleinbetriebe sind diejenigen Betriebe, die fremde Arbeitskraft nicht oder nur in der Weise beschäftigen, daß sie der Hauswirtschaft nach Lebensweise oder Arbeitsweise eingegliedert sind, wie die Besitzer und ihre Familienangehörigen selbst, und deren Ertrag nicht ganz oder gerade noch ausreicht, um ihre Besitzer zu erhalten.

Landwirtschaftliche Zwergbetriebe sind diejenigen, deren Ertrag nur einen Bruchteil des Unterhalts ihrer Besitzer liefert, deren Besitzer ihr Haupteinkommen aus anderen Quellen: landwirtschaftlicher oder industrieller Lohnarbeit, Kleinhandwerk oder Kleinhandel usw. beziehen.

Landwirtschaftliche Mittelbetriebe sind solche, die einen regelmäßigen Ueberschuß über den Bedarf ihrer Besitzer erzielen, die aber in der Hauptsache auf die Arbeitskraft ihrer Besitzer und deren Familienangehörige sich stützen.

Großbäuerliche Betriebe sind diejenigen, die überwiegend sich fremder Arbeitskraft bedienen, deren Besitzer aber selbst sich an der landwirtschaftlichen Arbeit beteiligen.

III.

Forderungen.

Um das Ziel der Befreiung des ländlichen Proletariats und des Kleinbauerntums von kapitalistischer Ausbeutung und der sozialistischen Betriebsweise in der Landwirtschaft zu erreichen, stellt die Vereinigte Kommunistische Partei die folgenden Forderungen auf:

A. Für den Großbetrieb.

1.

Aller Großgrundbesitz, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird samt lebendem und totem Inventar und den dazugehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet. Er wird Gemeineigentum der sozialistischen Gesellschaft.

2.

Alle bisherigen gutsherrlichen Rechte und Patronate (gutsherrliche Jagd- und Fischereirechte, Steuerbefreiungen, Polizeirechte usw.) sowie alle Fideikommißrechte werden ohne Entschädigung aufgehoben.

3.

Auf jedem landwirtschaftlichen Großbetrieb bilden die ständig auf ihm beschäftigten Landarbeiter, Tagelöhner, Gutsleute, Gutshandwerker, Angestellte und die hauswirtschaftlich tätigen Familienangehörigen einen Gutsrat. [29]

4.

Der Gutsrat übernimmt unter Hinzuziehung landwirtschaftlicher Fachleute die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Betriebes unter zentraler einheitlicher Leitung für die gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe.

5.

Der Gutsrat bestimmt im Rahmen der zentralen Anordnungen:

1. Die Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften.

2. Die Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne.

3. Die Anbau- und Verwendungsart der landwirtschaftlich benutzten Flächen und die Oberleitung der mit dem Gutsrat verbundenen gewerblichen Betriebe.

4. Die Ablieferung der über den Eigenbedarf des Großguts hinaus überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

5. Die Feststellung der Bedürfnisse des Großguts an landwirtschaftlichen Arbeitsmitteln, die es nicht selbst erzeugt (Saatgut, Nutzvieh, Milchvieh, Zuchtvieh, Zuchtgut, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngemittel, Futterstoffe, chemische Hilfsstoffe, Baumaterial usw.).

6. Die Feststellung und Verteilung des Bedarfs an industriellen Erzeugnissen und Handelsartikeln für den Einzelbedarf (Nahrungsmittel, Kleidung, Hausgerät und Mobiliar an Erzeugnissen der Literatur und Kunst).

7. Die Feststellung des Bedarfs an Betriebskapital.

6.

Die Höhe der für den Eigenbedarf der Genossenschafter des Großguts notwendigen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse des Großguts wird zentral festgesetzt. Die Ueberschüsse darüber werden an örtliche Sammelstellen abgeliefert, ebenso wie die Bedürfnisse der Güter an landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsartikeln an die örtlichen Sammelstellen überwiesen werden.

7.

Die abgelieferten überschüssigen Erzeugnisse des Großgutes werden der Gutsgenossenschaft gutgeschrieben.

Die Finanzierung des Großgutes wird der Zentralbank des Rätestaates übertragen.

8.

Die Wälder und die Jagd werden zentral bewirtschaftet durch die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Wald- und Forstarbeiter und Forstbeamten, die ebenfalls in Räten organisiert sind.

9.

Die Nutzung von Waldungen, die bisher Eigentum bäuerlicher Gemeinden waren, verbleibt den Gemeinden im Rahmen ihrer örtlichen Bedürfnisse. Die Bewirtschaftung geschieht zentral, wie die der übrigen Waldungen. [30]

10.

Die Wasserläufe werden nach Flußgebieten einheitlich bewirtschaftet.

11.

Für die Zeiten der größten Arbeitshäufung im landwirtschaftlichen Betrieb, die eine Erledigung der Arbeit innerhalb bestimmter Fristen erfordern (Bestellung, Ernte), werden landwirtschaftliche Arbeiterkolonnen gebildet, deren örtliche Verteilung zentral bestimmt wird.

12.

Um das Aufgebot ländlicher Arbeiter in den Höhezeiten des Landwirtschaftsbetriebes jederzeit zu ermöglichen, ist erforderlich, daß auch die industrielle Arbeiterschaft von Jugend auf in den Elementen landwirtschaftlicher Arbeit ausgebildet wird.

Andererseits ist erforderlich die Ausbildung der seßhaften Landarbeiterschaft in den Elementen der landwirtschaftlichen und industriellen Technik im Interesse der technischen Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes selbst, sodann aber um denen, die für die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht in Betracht kommen, den reibungslosen Uebergang in die Industrie zu ermöglichen.

13.

Für landwirtschaftliche Kulturarbeiten großen Stils (Urbarmachung von Oedland, Bewässerung, Entwässerung, Feldbereinigung, Wegebau, Tier- und Pflanzenversuche usw.) werden vom Staat die Mittel und die Arbeitskräfte den Gutsräten zur Verfügung gestellt.

14.

Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz, soweit er nicht im Großbetriebe bewirtschaftet wird, sondern in kleine Pachten aufgeteilt ist, wird ebenso wie Großbetriebe ohne Entschädigung enteignet. Soweit dieser Landbesitz im Kleinen bewirtschaftet wurde, wird er zur weiteren Nutzung und Bewirtschaftung an die örtlichen Landarbeiter- und Kleinbauernräte überwiesen. Diese haben seine Nutzungs- und Betriebsart unter Beachtung der Interessen der bisherigen kleinbäuerlichen Bewirtschafter zu regeln.

15.

Landwirtschaftliche Großbetriebe, die in kleinbäuerliche Betriebe eingesprengt und von keiner ausschlaggebenden wirtschaftlichen Bedeutung sind, können unter die Klein- und Zwergbauern der Umgebung aufgeteilt werden, um deren Betriebe so zu erweitern, daß ihre Besitzer sich selbst erhalten können.

16.

Die staatlichen Domänen, soweit sie nicht in Kleinpachten zerteilt sind, bilden Muster- und Versuchswirtschaften unter unmittelbarer Leitung der provinziellen oder Staatszentrale. Ihnen werden landwirtschaftliche Fach- und Hochschulen angegliedert. [31]

17.

Die Ueberwindung des kulturellen Gegensatzes zwischen Stadt und Land soll vom Staat eingeleitet werden dadurch, daß alle Elemente städtischer Kultur dem Lande zugänglich gemacht werden durch Ausbau eines engen Netzes von Schnellbahnen und anderen Verkehrsmitteln. Ferner, im Interesse der Produktion selbst, durch weitgehende Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft, Gas usw. und endlich durch planmäßige Vereinigung von landwirtschaftlichen mit industriellem Großbetrieb.

B. Für den klein- und mittelbäuerlichen Betrieb.

1.

Das Privateigentum des Klein- und Mittelbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen.

2.

Der Kleinbauer verwaltet seine wirtschaftlichen und Verwaltungsangelegenheiten selbst im Wege der Räteverfassung. Diese Selbstverwaltung tritt anstelle der bürokratischen Bevormundung im kapitalistischen Staat.

3.

Die in kleinbäuerlichen Betrieben beschäftigten Werktätigen einschließlich der in ihrer Hauswirtschaft tätigen weiblichen Familienangehörigen schließen sich örtlich zu Kleinbauernräten zusammen.

Den Kleinbauernräten gehören auch die in den Dörfern ansässigen Kleinhandwerker und Kleinkaufleute an, die keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten. Die örtlichen Kleinbauernräte schließen sich ihrerseits mit den Gutsräten, die innerhalb der Markung bestehen, und mit den im: Dorfe etwa ansässigen industriellen Arbeitern zu Dorfräten zusammen.

Die Kleinbauernräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kleinbauern. Die Dorfräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Gemeindeverwaltung des Dorfes.

4.

Die Kleinbauernräte vermitteln den gemeinsamen Bezug von Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh, landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Lebensbedarf aller Art.

Sie kontrollieren zusammen mit den örtlichen Guts- und Arbeiterräten die Ablieferung ihrer überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die örtlichen Sammelstellen.

5.

Die sozialistisch organisierte Industrie versorgt die Kleinbauern mit industriellem Lebensbedarf. Sie fördert die Vergenossenschaftlichung [32] der Kleinbetriebe durch den Ausbau eines feinmaschigen elektrischen Kraftnetzes, durch Lieferung gemeinschaftlich zu benutzender Maschinen und Gebäude, durch Ausbau der bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, durch Ausweitung des allgemeinen und Fachunterrichts, durch kostenloses Zurverfügungstellen von Fachleuten für technische Verfahren usw.

6.

Eine Uebergangsstufe zum genossenschaftlichen, landwirtschaftlichen Großbetrieb bildet die Zusammenlegung der Kleinbetriebe einer Markung zu einem einheitlichen Betrieb der Markgenossenschaft (Landkommune), die von den Markgenossen gemeinsam bewirtschaftet wird. Eine Markgenossenschaft wird durch freien Beschluß der kleinbäuerlichen Ansassen der Dorfmarkung gebildet.

Der Ansatz einer Markgenossenschaft kann durch freie Vereinigung einer beliebigen Anzahl von Kleinbauern gebildet werden, die sich als Landgenossen zusammenschließen.

In den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Vereinen bilden die Klein- und Zwergbauern Fraktionen, die bei der Lieferung von industriellen Erzeugnissen gegenüber Mittel- und Großbauern besonders bevorzugt werden.

7.

Die Markgenossenschaft wie kleinere Landgenossenschaften werden von der sozialistischen Industrie unterstützt durch Errichtung von Markscheunen, Markställen und anderen Markgebäuden, durch Zurverfügungstellung von Geometern, Technikern, landwirtschaftlichen Fachleuten, durch Stellung von Landarbeiterkolonnen zur Bestell- und Erntezeit, durch Stellung von Inventar und Betriebskapital.

8.

Schulunterricht, der allgemeine Fachausbildung umfaßt, Lehrmittel und Unterhalt während der Schulzeit sind frei.

9.

Allen Schulen in Stadt und Land soll hinreichender Boden zur praktischen Ausbildung der Schüler in den Hauptzweigen landwirtschaftlicher Arbeit vom Staat zur Verfügung gestellt werden.

10.

Die Hypotheken auf Grundbesitz werden verstaatlicht. Sie sind unkündbar und können vom Staat gelöscht werden.

11.

Das Privateigentum der Großbauern an Land- und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet, es sei denn, daß sie der Räterepublik feindlich gegenübertreten.

In diesem Falle werden die Betriebe in staatliches Gemeineigentum überführt, um entweder unter die umliegende Kleinbauernschaft und die auf ihnen beschäftigten Arbeiter, Knechte und Mägde aufgeteilt oder diesen zu genossenschaftlichen Bewirtschaftung überwiesen zu werden. [33]

C. Die wirtschaftliche und politische Gliederung der Guts-Kleinbauern- und Dorfräte.

1.

Die örtlichen Guts-, Kleinbauern- und Dorfräte schließen sich nach wirtschaftlichen Bezirken und schließlich für das ganze Staatsgebiet zusammen.

Jede dieser Räteorganisationen wählt aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuß, der die laufenden Geschäfte unter der Kontrolle der Räte besorgt und das Recht hat, Fachleute heranzuziehen. Die oberste wirtschaftliche Rätekörperschaft für die Landwirtschaft ist der Zentralkongreß der Arbeiter- und Kleinbauernräte. Er wählt aus seiner Mitte als führendes Organ den Zentrallandwirtschaftsrat. Dieser gehört dem Zentralwirtschaftsamt an und setzt gemeinschaftlich mit ihm die allgemeinen Bestimmungen für den Betrieb der Landwirtschaft fest.

2.

Die Dorfgemeinden verwalten sich durch Dorfräte. Die laufenden Geschäfte besorgt der Vollzugsausschuß des Dorfrates.

Die Mitglieder des Vollzugsausschusses wie des Dorfrates können jederzeit von ihren Wählern abberufen werden. Die Dorfräte schicken ihre Delegierten zu den Kreis-, Arbeiter- und Bauernräten, diese zu den Bezirks-, Arbeiter- und Bauernräten usw., die gemeinschaftlich mit den übrigen Räten die politische Gewalt in ihrem Gebiet ausüben.

Die bürokratische Bevormundung der Landbevölkerung wird durch ihre Selbstverwaltung ersetzt.

*

Die Organisation der Partei.

Von Heinrich Brandler.

I.

Der Kommunismus ist die Lehre von dem Befreiungskampf des Proletariats. Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, diese Lehre in die Praxis umzusetzen. Der Kapitalismus ist durch den Weltkrieg moralisch und tatsächlich derart geschwächt worden, daß er nur weiter leben kann, wenn die Arbeiter ihn auf Kosten ihrer eigenen Existenz stützen. Das will heute noch ein Teil der Arbeiterschaft. Jener Teil, der in der Vorstellungswelt des Klassenkampfes des Kapitalismus in der Zeit seiner Prosperität befangen ist, als der Kapitalismus dem Proletariat noch eine gewisse Lebenssicherheit gab und deshalb eine revolutionäre Massenkraft nicht aufkommen ließ. Es sind das jene Schichten, die heute noch hinter der abhängigen und unabhängigen Sozialdemokratie stehen. Aus Furcht vor den schweren Kämpfen um die Macht wollen die Sozialdemokraten jetzt den todwunden Kapitalismus wieder herstellen. Die Kommunisten sehen gerade in den Auswirkungen des kapitalistischen Niederbruchs die Kraftquelle zum Sturz des Kapita-[34]lismus und betrachten es als ihre Aufgabe, den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu organisieren.

Der Kapitalismus verfällt immer mehr, weil die Existenz der kapitalistischen Wirtschaft an die Beibehaltung des Kapitalprofits gebunden ist. Die Beibehaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft

verschärft jedoch heute die kapitalistische Ausbeutung so, daß sie für die besitzlosen Massen unerträglich wird. Das schafft in diesen Massen den ernsten Willen und die Kraft zum ernsthaften Kampf um die Beseitigung des Kapitalprofits, zum Sturz der kapitalistischen Staatsmacht und der kapitalistischen Ausbeutung.

Die Abhängigen und die Unabhängigen stellen sich schützend vor den Kapitalprofit, die einen durch Noskes Organisationstätigkeit zur Schaffung einer gegenrevolutionären bewaffneten Macht und durch ihr Flüchten auf den Boden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, der Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten wirtschaftlich und politisch; die anderen, die Unabhängigen, auf demselben Boden, nur polternd und Krakeel machend, ohne bis zur Konsequenz Noskes vorzudringen, jedoch nur deshalb, weil sie bislang dazu noch zu schwach waren.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat stellen sich diese sozialdemokratischen Politikanten vor als eine Ausdehnung ihrer Parteiorganisation, die ihnen die Möglichkeit bietet, ohne ernsthafte eigene Erschütterung den bürgerlichen Staats a p p a r a t zu erobern und die bürgerlichen Minister und Bürokraten durch ihre Partei- und Gewerkschaftssekretäre zu ersetzen. Sie wollen die elementaren Massenaktionen zügeln und abtemperieren zu jener behaglichen Wärme, die ihre demokratisch parlamentarische Gesetzgebungsmaschine betriebsfähig macht, mittels der sie dann die arbeitenden Massen mit „sozialen“ und „gerechten“ Gesetzen und Verordnungen in das gelobte Land des Sozialismus hineinbugsieren. Ein pazifistisches Spießbürger-Idyll. Ihre Parteiorganisation ist diesen Bedürfnissen angepaßt. Anders wir Kommunisten. Wir setzen dieser kleinbürgerlich-ängstlichen Vorstellungswelt den revolutionären ungezügelten wilden Massenkampf der aus tiefster Not um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterklasse entgegen, die nicht den bürgerlichen Staatsapparat für sich erobern, nein, die die bürgerliche Staatsmacht zerschlagen will; wir setzen ihr entgegen nicht die Bürokratie, sondern die auf die Rätemacht aufgebaute Diktatur des Proletariats. Diesen, den Auffassungen der Sozialdemokratie entgegengesetzten Aufgaben muß die Organisation der Partei angepaßt werden.

II.

Die Organisationsform entspringt nicht aus der blauen Luft. Die Organisation muß anknüpfen an das vorhandene. Die Parteientwicklung der deutschen Arbeiterschaft ist belastet mit den Traditionen der Vergangenheit. Das beste Organisationsstatut schafft diese Traditionen nicht aus der Welt. Diese können nur überwunden werden durch die Erfahrungen im Kampfe selbst. Am schwersten ist die deutsche Arbeiterbewegung belastet durch die Passivität der deutschen Arbeiterbewegung, die in ihrer 70 jährigen Geschichte nur selten selbsthandelnd auftrat, sondern dem Wesen der deutschen Arbeiterbewegung entsprechend nur handelnd auftrat mittelbar durch ihre gewählten Vertreter, durch die [35] Abgeordneten in den Parlamenten und die Bürokratie in den Gewerkschaften. Auch wenn die deutsche Arbeiterschaft in politischen Demonstrationen und gewerkschaftlichen Streiks selbst aktiv in den Vordergrund trat, wurden diese Aktionen immer gegängelt von den „Führern“. Elementare revolutionäre Massenausbrüche weist die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt nicht auf. Die Partei- und Gewerkschaftsstatuten weisen deshalb den Mitgliedern der Partei und der Gewerkschaften nicht bestimmte Aufgaben, sondern nur ein ganz allgemeines Bekenntnis zu. Anders der Statutenentwurf der Organisationssatzungen, der auf dem Vereinigungsparteitag zum Parteigesetz erhoben werden soll. Es heißt da:

Aufgaben der Mitglieder.

§ 2.

Die Parteimitglieder haben die Pflicht, im Sinne der Grundsätze und Taktik der Partei zu wirken und deren Beschlüsse durchzuführen. Sie haben sich in den Betrieben und in allen Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, insbesondere in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften zusammenzuschließen und einheitlich in engster Verbindung und im Einverständnis mit der zuständigen Parteiorganisation unter den Arbeitern der Betriebe und den Mitgliedern der genannten Körperschaften für die kommunistische Bewegung zu wirken.

In den Betrieben haben sich die zur kommunistischen Betriebsfraktion vereinigten Mitglieder einen Fraktionsvorstand zu wählen, der jederzeit zurückberufen werden kann.

Nach den Bestimmungen dieses Statuts genügt es nicht mehr, ein bloßes Bekenntnis zum Kommunismus abzulegen, sondern es enthält als Voraussetzung der Mitgliedschaft die Verpflichtung, für den Kommunismus zu wirken.

Dem Grundgedanken der Kommunistischen Partei entsprechend: die revolutionäre Selbstbetätigung der Mitglieder anzuspornen, ist auch der Aufbau, die Gliederung und die Umstellung der Partei vom Wahlverein auf die Kampforganisation von grundsätzlicher Bedeutung.

So lautet

§ 3.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands baut ihre Organisation nicht auf nach Wahlkreisen, sondern nach Wirtschaftsgebieten, die zu Bezirken zusammengefaßt werden.

Die Ortsgruppe ist als unterste Einheit der Partei beibehalten, ihre Gliederung ist jedoch nicht nur durch die geographische Distriktseinteilung gegeben, sondern gleichzeitig durch die im Statut vorgesehene Mitwirkung der Betriebsfraktionen.

§ 5.

Zur Erledigung der politischen und organisatorischen Aufgaben der Ortsgruppe wird ein Vertrauensmännerkörper von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung der Ortsgruppe gewählt. Die Vorschläge dazu sind von den vereinigten kommunistischen Betriebsfraktionen oder deren Vorständen und den Distriktsversammlungen zu machen. Ferner delegieren in den Vertrauensmännerkörper die kommunistische Fraktion der Betriebsräte, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und der [36] Gemeindeparlamente, sowie die Abteilung für die Frauen- und die Jugendagitation ihre Vertreter.

Die Organisationsform der Kommunistischen Partei ist nicht erfunden worden, sondern sie ist das Ergebnis des entwickelten revolutionären Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung ist durch den Niederbruch des Kapitalismus aus dem Rahmen der parlamentarischen Taktik und aus dem Rahmen eines bloßen Kampfes um Reformen innerhalb des Kapitalismus herausgewachsen; dem trägt der Aufbau der Kommunistischen Partei Rechnung, indem sie als Partei die revolutionäre Vorhut des Proletariats sammelt und durch die Verankerung der Partei in den Betrieben, in den Gewerkschaften und den Betriebsräten die lebendigen Kräfte des revolutionären Massengeschehens durch den Aufbau der Partei selbst freisetzt. Die sozialdemokratische Partei der Vorkriegszeit und jetzt ist eine Partei von kleinbürgerlich-ängstlichen proletarischen Massen, die dem Klassenkampf aus dem Wege gehen wollen, die durch eine Führerschicht, die mit den Klassenfeinden kuhhandelt, einige Reformen erlisten und erbetteln wollen. Die Führer kommandieren, wie Schachfiguren zu sogenannten „Aktionen“, ihre Mitglieder, die ihren parlamentarischen und gewerkschaftlichen Scheinkampf wie der Chor im antiken Drama mit Beifall oder, wenn es die Situation erfordert, auch mit Murren begleiten. Dies alles unter dem Deckmantel einer Scheindemokratie der Mitgliedschaften, die in Wirklichkeit jedoch nur Gegenstand mehr oder weniger geschickter Demagogenkniffe sind. Die Kommunistische Partei erfaßt die revolutionäre Vorhut des Proletariats, um als geschlossene Partei die Führung und Leitung der revolutionären Massenkämpfe um die Eroberung der politischen Macht zu übernehmen und nach Eroberung der Macht als Kern des proletarischen Uebergangsstaates während der Periode der Diktatur den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft und Gesellschaft zu leiten.

Eine solche ausgesprochene Kampfpartei muß aufs straffste zentralisiert sein. Diese Zentralisation ist jedoch nicht die Diktatur eines Führerklüngels, sondern tatsächlich nur die in freiwilliger Selbstdisziplin verbundene Kampfkraft der revolutionären Vorhut des Proletariats.

Die höchste Instanz ist der Parteitag. Stimmrecht haben nur gewählte Delegierte; die verschiedenen Funktionäre und Vertreter, von der Zentrale bis zu den Fraktionen, haben nur beratende Stimme und nur außer der Zentrale ein Delegationsrecht. Alle Funktionäre können jederzeit abberufen werden,

die Zentrale wird auf jedem Parteitag neu gewählt. Die Zentrale gliedert sich in ein Organisationsbüro und in ein politisches Büro, sie hat entscheidende Gewalt gegenüber allen Parlaments- und anderen Fraktionen, sowie über die gesamte Partei.

Die Zentrale wird nicht nur auf jedem Parteitag neu gewählt, sondern wird kontrolliert durch einen Zentralausschuß der Partei, der von Delegierten aus den Bezirken gebildet wird, die bis 20.000 Mitglieder einen, bis 50.000 zwei, über 50.000 drei Delegierte in den Zentralausschuß entsenden. Der Zentralausschuß hat die Gewalt eines Parteitages, wenn aus Gründen der Illegalität ein Parteitag nicht zusammentreten kann.

[37] Dieses neue Parteistatut knüpft an die gegebenen Organisationsverhältnisse an. Für den Spartakusbund ist neues grundlegendes nicht hinzugekommen. Anders für unsere Genossen der linken U. S. P., mit denen wir uns auf dem Parteitag offiziell verschmelzen wollen. Für sie bedeutet dieses Statut einen Bruch organisatorisch, wie ihr Anschluß an die Dritte Internationale den Bruch politisch bedeutet.

Mit diesem Statut ist die zur Zeit größtmöglichste Zentralisation, die unbedingte Voraussetzung für eine revolutionäre Massenpartei ist, gegeben. Die Zentralisation ist aber nicht gegründet auf blinden Kadavergehorsam, oder eine mechanische Unterordnung der Parteikämpfer unter eine über den revolutionären Massen schwebende Zentralgewalt: die durch dieses Statut geschaffene Form der Partei ist die vereinigte revolutionäre Kraft, die zentrale Zusammenfassung der in der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats lebenden Energien. Die große kommunistische Massenpartei, die bislang der deutschen Revolution mangelte, wird hiermit geschaffen. Lebt der Geist, der dem Statut zugrunde liegt, in der neuen vereinigten Partei, dann werden wir siegen.

*

Die Arbeit in den Gewerkschaften.

Von Jakob W a l c h e r.

Nach der Novemberrevolution kam die Arbeiterklasse in Bewegung. Nur ein geringer Teil des Proletariats war organisatorisch mit den Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen Partei verbunden. Der Spartakusbund hatte sich noch nicht selbständig konstituiert. Welche Tendenzen stärkeren und beherrschenderen Einfluß auf die Arbeiterschaft erlangen würden, hing ab vom Verlauf und Wesen der Revolution. Insbesondere in den Gewerkschaften war die Situation ungeklärt. Wäre es gelungen, der Revolution einen ausgesprochen proletarischen Charakter zu geben, so hätte das unstreitig die Gewerkschaftsbewegung, sowohl der Form wie dem Wesen nach, aufs stärkste beeinflußt. Noch auf dem Gründungsparteitag war das vorläufige Geschick der Revolution nicht klar entschieden. Im Gegenteil, die Mehrheit der Kongreßteilnehmer hielt den baldigen Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie für durchaus wahrscheinlich. Es ist deshalb kein Zufall, daß der Gründungsparteitag zum Gewerkschaftsproblem keine Stellung nahm.

Die deutsche Revolution nahm leider einen anderen Verlauf als die Mehrheit des Gründungsparteitages zuversichtlich glaubte. Damit komplizierte sich auch das Gewerkschaftsproblem. Nach dem Verlauf des großen Bergarbeiterstreiks schien die Möglichkeit gegeben, die alten konterrevolutionären Gewerkschaften durch die Unionen, die sich auf die Betriebsorganisationen gründeten, zu überwinden. Es ist zwar nicht richtig, wenn der Zentrale der K. P. D. vorgeworfen wurde, sie sei bei der Gewerkschaftsfrage von einem Extrem ins andere gefallen. Die Zentrale wie die Gesamtpartei hat sich in keinem Stadium für die Unionen eingesetzt. Die Partei hat allerdings einige Monate eine [38] zögernde Haltung eingenommen, die ihre Begründung in dem unklaren Verlauf der deutschen Revolution fand. Nachdem die Januar- und Märzkämpfe und die Niederwerfung der bayerischen Räterepublik das Schicksal der deutschen Revolution einstweilen entschieden hatten, hat sich die Zentrale mit aller Entschiedenheit für die Tätigkeit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften eingesetzt.

Was man also der Zentrale mit Unrecht zum Vorwurf macht, trifft allerdings auf einige Bezirke zu. Die Bezirke in Rheinland, Mitteldeutschland, Berlin und an der Wasserkante haben sich mit aller Energie für die Unionen eingesetzt. Die praktische Erfolglosigkeit dieser Arbeit in Verbindung mit

der auf dem Heidelberger Parteitag erfolgten theoretischen Klärung haben dazu geführt, daß sich die Partei geschlossen gegen die Unionen wandte – die ganz besonders gearteten Verhältnisse bei den Bergarbeitern ausgenommen – und alle Genossen verpflichtete, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten. Wenn es auch nach dem Heidelberger Parteitag noch einzelne Genossen gab, die mit der neuen Linie nicht einverstanden waren, so ist heute die Partei auch in dieser Frage absolut geschlossen, Die ungeheure Bedeutung der Gewerkschaften, die sich allerdings im konterrevolutionären Sinne geltend macht, ist namentlich im Kapp-Putsch so überragend in Erscheinung getreten, daß man die Augen schon gewaltsam verschließen muß, um die Tatsachen nicht zu sehen.

Es ist klar, wir wären ein gewaltiges Stück weiter, wenn unsere Genossen der Gewerkschaftsfrage mehr Aufmerksamkeit geschenkt und sich praktisch in den Gewerkschaften betätigt hätten. Heute ist nicht zu viel gesagt, wenn wir aussprechen, daß das Schicksal der deutschen Revolution von dem Erfolg unserer Arbeit in den Gewerkschaften abhängt.

„Die Bedingungen, unter denen der gewerkschaftliche Kampf bisher geführt wurde, sind verschwunden, sein Ziel, die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus ist zur Utopie geworden. Entweder Versklavung des Proletariats oder Kampf um den Sozialismus, das ist die Lage.“ (Radek: Die deutsche Revolution und die Aufgaben der K. P. D.)

Diese Feststellung, die selbst die Hilferdinge nicht zu bestreiten wagen, besagt nicht, daß die Gewerkschaften überflüssig geworden sind. Es kommt darauf an, sie zu Organen des K a m p f e s zum Zwecke der Zertrümmerung des Kapitalismus zu machen. Und dies geschieht, indem wir den Arbeitermassen die Konsequenzen aus den fruchtlosen Lohnkämpfen vor Augen führen, indem wir, nicht in der blauen Luft, sondern an Hand des reichen Tatsachenmaterials, das uns jeder Tag liefert, die rückständigen Massen vom Bankrott des Kapitalismus wie von dem Bankrott der alten Gewerkschaftsbürokratie überzeugen.

Für unser Wirken in den Gewerkschaften ist der Boden heute außerordentlich günstig. Damit aber auch wirklich mit der aufgewendeten Energie der größte Erfolg erzielt wird, müssen wir uns klar sein, wie wir zu arbeiten haben.

Damit haben wir noch nichts gewonnen, wenn wir ständig wiederholen, was schon in Heidelberg festgelegt wurde und was uns der 2. Kongreß der 3. Internationale zur Pflicht machte: Es müssen kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften gegründet werden. [39] Das ist selbstverständlich. Aber wir würden gut tun, über Selbstverständliches nicht so viel zu reden, daß wir dabei fast das Handeln vergessen. Unsere Genossen sollten sich an den Mehrheitssozialisten ein Beispiel nehmen. Sie reden nicht von Fraktionsbildungen, sie bringen es sogar fertig, gegen fraktionelle Zusammenschlüsse der Kommunisten den Ausschluß aus den Gewerkschaften zu verlangen, während sie gleichzeitig ihre Anhänger in den Gewerkschaften zusammenfassen. Wenn dies noch in bescheidenen Grenzen geschieht, so nur deswegen, weil sie noch die übergroße Mehrzahl der Gewerkschaften beherrschen und andererseits die Dißmänner die Geschäfte der Mehrheitssozialisten so wirksam besorgen, daß diese wahrhaftig keine Ursache haben, sich in große Unkosten zu stürzen.

So notwendig und richtig die engste Zusammenfassung der in den Gewerkschaften tätigen Genossen ist, wichtiger ist die Frage, wieviel unserer Genossen in den Betrieben und in den Gewerkschaftsversammlungen sich betätigen. Da begegnet man zuweilen noch recht sonderbaren Vorstellungen. Da sagt ein ganz Vorsichtiger: die Kommunisten haben sich nicht um den alltäglichen Kleinkram zu kümmern, sie dürfen sich nicht zum Fürsprecher bei Lohnbewegungen machen, weil sie sonst rettungslos im Opportunismus versumpfen. Solche Einwände, die glücklicherweise sehr selten sind, verraten eine solche Unkenntnis der objektiven Lage, wie der Aufgaben der Gewerkschaften, daß sie aufs Schärfste zurückgewiesen werden müssen. Diese Methode würde uns mit tödlicher Sicherheit zur absoluten Einflußlosigkeit verdammen. Der Kommunist muß in der Gewerkschaft wie im Betrieb ehrlich, selbstlos für die u n m i t t e l baren Interessen seiner Kollegen eintreten. Nur so wird er Vertrauen gewinnen, nur so wird es ihm möglich sein, seinen rückständigen Kollegen die Schranken der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu zeigen und sie von der Naturnotwendigkeit des revolutionären Kampfes zu überzeugen. Nur in diesem Fall wird uns die Revolutionierung der Gewerkschaften

gelingen, nur so werden wir den K. A. P.-Leuten den Beweis liefern, daß ihre Boykottierung der Gewerkschaften der Revolution schweren Schaden zufügt.

Die Gefahr einer opportunistischen Versumpfung unserer Gewerkschaftsfunktionäre in einer Periode, wo der zerfallende Kapitalismus dem Reformismus so viel Boden entzogen hat, wird meines Erachtens überschätzt. Daß sie besteht, bestreite ich durchaus nicht. Ihr werden wir zu begegnen wissen, indem wir von jedem Parteigenossen die strikte Befolgung der Parteidisziplin verlangen müssen. In der K. P. D. wird es nicht möglich sein, daß ein Genosse etwa, wie in der alten U. S. P., zuerst Gewerkschaftler und dann erst Parteigenosse ist. Eine strenge Kontrolle wird darüber zu wachen haben, daß in der Praxis absolute Einheitlichkeit zwischen den örtlichen Parteiorganisationen und den Kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen besteht.

Das alles ist ganz klar und selbstverständlich. Schwierigkeiten und ernste Gefahren ergeben sich erst bei der praktischen Ausübung der Kontrolle. Wer soll die Kontrolle ausüben? Die örtlichen Parteisektionen? Wenn das u n e i n g e s c h r ä n k t geschieht, werden wir vor unangenehmen Ueberraschungen und schweren Schädigungen nicht bewahrt bleiben. Der eine lokale Parteivorstand wird verbrennen, was der andere anbetet. Nicht jeder lokale Parteivorstand bietet auch die [40] absolute Gewähr, daß er der gewerkschaftlichen Arbeit mit dem erforderlichen Verständnis gegenübersteht. Sollen wir unsere gewerkschaftliche Arbeit durch solche Zufälligkeiten hemmen und stören lassen? Mancherorts könnte ein solcher Zustand für uns eine ähnliche Wirkung wie die Austrittsparole haben und uns von den Massen isolieren. Anscheinend auf Grund ähnlicher Erfahrungen hat der neunte Kongreß der K. P. R. (19. März bis 4. April 1920) folgendes beschlossen:

Daher muß in jeder Gewerkschaft eine disziplinierte, organisierte kommunistische Fraktion bestehen, jede Parteifraktion ist ein Teil der Organisation, die dem Parteikomitee untergeordnet ist. Die Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrates der Gewerkschaften ist dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands untergeordnet. Alle Beschlüsse des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, die die Bedingungen und die Organisation der Arbeit betreffen, sind für alle Gewerkschaftsorganisationen, sowie für die in ihnen arbeitenden Parteimitglieder bindend und können von keinem anderen Parteiorgan, außer dem Zentralkomitee aufgehoben werden. Die Ortskomitees müssen die ideelle Arbeit der Gewerkschaften lenken, dürfen aber auf keinen Fall zu ihrer kleinlichen Bevormundung greifen. Die Beziehungen zwischen den örtlichen Parteikomitees und den Fraktionen der Gewerkschaften sind durch entsprechende Paragraphen der Parteistatuten genau reguliert.

Eine ähnliche Regelung scheint mir auch für uns notwendig. Es ist Sache der Zentrale, zusammen mit den praktisch in den Gewerkschaften tätigen Genossen, das Erforderliche zu veranlassen.

Ein Wort noch zu der Propaganda für die rote Gewerkschaftsinternationale. Daß wir sie mit allem Eifer zu betreiben haben, braucht kaum unterstrichen zu werden. Die Argumente gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale liegen auf der Straße. Wir brauchen sie nur aufzulesen. Die Frage Amsterdam oder Moskau gipfelt in der Alternative: Reformen oder revolutionärer Klassenkampf. Die Anhänger der Betriebsorganisation werfen der Dritten Internationale Inkonsequenz vor, weil sie sich gegen die Austrittsparole wendet. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist keine lebendige Massenorganisation, sie ist die Einheitsfront zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Bourgeoisie. Und die gilt es zu zerstören, um aufzubauen die Einheitsfront der revolutionären Arbeiter des ganzen Erdenrundes. Welches ist die kleinste Einheit, die zweckmäßig die Trennung von Amsterdam vollzieht und den formellen Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale bewerkstelligt? Meines Erachtens kann hier nur die Lösung in Betracht kommen, wie sie Genosse Losowski auf Grund der Erfahrungen in Rußland vorschlägt. Er schreibt darüber:

Was die e i n z e l n e n V e r b ä n d e anbetrifft, die sich dem Internationalen Rat der revolutionären Gewerkschaften bereits angeschlossen haben, so haben sie u n b e d i n g t in ihren nationalen Vereinigungen zu verbleiben. Die russischen Textilarbeiter-, Metallarbeiter-, Bauarbeiter- usw. Verbände sind den entsprechenden internationalen Vereinigungen offiziell beigetreten, obgleich der größte Teil dieser Verbände in den anderen Ländern an Amsterdam angeschlossen ist. I n n e r h a l b dieser Internationalen Vereinigung werden die revolutionären Verbände für ihre Ideen kämpfen, sie werden, ebenso wie die Ortsgruppen und Kartelle, in den Organisationen bleiben.

[41] Wer sich darüber klar ist, daß der Anschluß der deutschen Gewerkschaften an die Rote Gewerkschafts-Internationale zur Voraussetzung hat die Revolutionierung der Massen, der wird dem formellen Anschluß keine so große Bedeutung beimessen. Arbeiten wir mit aller Energie, fest und zielsicher in den Gewerkschaften, dann wird die Zeit bald kommen, wo sich große Einheiten der deutschen Arbeiterschaft bewußt auf den Boden der Roten Gewerkschaftsinternationale stellen.

*

Der Parteitag der Kommunistischen Partei.

Von Paul Levi.

Der jüngste Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands konnte Anlaß geben zu wehleidigen Gedanken. Denn dieser jüngste Parteitag war zugleich der letzte der Kommunistischen Partei in der Zusammensetzung, wie sie von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet worden war. Die Partei stand am Ende einer Epoche, in der sie ein Ungeheures auszustehen hatte an Verfolgung und Unterdrückung, an Kämpfen und an Schlägen, die sie austeilte und die sie erhielt. In schwerer Illegalität war die Partei darauf angewiesen gewesen, nicht nach der Quantität zu sehen, sondern war gezwungen, sich völlig auf die Qualität zu beschränken. Es waren die Prüfungsjahre für die Kommunistische Partei, sie hielt „Leib und Geist in strenger Zucht“ und steht so am Ende einer Epoche.

Rückschauend müssen wir noch einmal die Frage prüfen: War es gut, daß die Kommunistische Partei gegründet wurde? Wir beantworten diese Frage heute wie ehedem mit einem Ja. Wer an die unbeschreibliche Verwirrung denkt, die im deutschen Proletariat obwaltete in den Monaten November-Dezember 1918, wer an das kindlich-naive Sichgehenlassen der Massen denkt, wer daran denkt, wie ohne jedes klare Ziel und wie haltlos sie zwischen dem Morphium der Scheidemann-Partei und dem Campher des Spartakusbundes hin und her wankten, der wird begreifen: Es mußte, und sei es auch nur eine kleine Kommunistische Partei gegründet werden, die ohne jede moralische, politische, ideelle Verbindung mit der U. S. P., mit den Haase, Dittmann, Barth, Crispien usw. den Gedanken des Kommunismus vertrat. Ohne die Gründung dieser Partei wäre der Weg des deutschen Proletariats ein unendlich viel schwererer gewesen und wir können getrost sagen: die langsame aber doch stetige und organische Entwicklung der deutschen proletarischen Massen, namentlich der in der U. S. P., in der Richtung zum Kommunismus ist zu verdanken schon allein der Existenz einer Kommunistischen Partei.

Ueber das Wann und Wie der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands kann man streiten. Das Wann wird man anders entscheiden, als es im Januar 1919 entschieden wurde, namentlich unter dem Gesichtspunkt der nachfolgenden Ereignisse.

[42] Hätte man bei der Gründung der Partei die lange Periode schwerster Verfolgung voraussehen können, so würde man voraussichtlich das Wann in jenem Zeitpunkt anders entschieden haben und wir wissen ja auch, daß der weitsichtigste Organisator, den der Spartakusbund hatte, daß Leo Jogiches schon bei der Gründung der Kommunistischen Partei über den Zeitpunkt eine andere Meinung hegte. Das Wann der Gründung der Kommunistischen Partei kann aber auch anders beurteilt werden, als es im Dezember 1918/Januar 1919 beurteilt wurde, aus einem Gesichtspunkt, der von der größten Bedeutung ist für die Internationale, für die Bildung der Kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Für die Bildung einer Kommunistischen Partei sind zwei völlig verschiedene Möglichkeiten und Notwendigkeiten gegeben. Ist das Proletariat noch nicht in revolutionären Aktionen, so kann die Gründung einer Kommunistischen Partei nicht früh genug geschehen. Kein Kommunist ist heute in Deutschland, der nicht tief bedauerte, daß die Gründung einer Kommunistischen Partei nicht schon längst vollzogen wurde in der Zeit vor dem Kriege, daß nicht schon 1903 die Kommunisten, und wenn auch nur als kleine Sekte, sich zusammentaten und eine wenn auch kleine so doch klare Schar bildeten.

Anders aber liegen die Verhältnisse, wenn die Massen bereits in revolutionäre Aktionen eingetreten sind. Dort kann man sagen: Die Kommunistische Partei kann nicht spät genug gegründet werden. Denn sind die Massen einmal in der revolutionären Bewegung begriffen, so ist ihr geistiger

Umstellungsprozeß, der Prozeß ihrer Revolutionierung, ein so ungeheuer rascher, werden bestehende Parteiprogramme und bestehende Parteiinstanzen so rasch über den Haufen geworfen, daß jeder Tag, den die Kommunisten länger in der Partei bleiben und so den Revolutionierungsprozeß der Parteimitglieder" mit führen können, ein Gewinn ist.

Ueber das Wie der Gründung der Kommunistischen Partei ist heute in den Reihen der Kommunisten Deutschlands kein Streit mehr. Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde damals gegründet aus Elementen, die nicht homogen waren. Es war die kleine Schar von Kommunisten, die schon während des Krieges zum Spartakusbund gestanden hatten, es waren die Gruppen, die während des Krieges im Gegensatz zum Spartakusbund bereits aus der U. S. P. ausgeschieden waren, und es waren Gruppen, die sich überhaupt erst während der Revolution gebildet hatten. Tapfere Kämpfer, ehrliche Revolutionäre, aber ohne jede politische Schulung, die in der Revolution einen Vorgang sahen, wie Horaz ihn beschreibt: concurritur; horae momento cita mors venit aut victoria laeta. (Man stürmet, und in der Stunde Verlauf kommt der Tod oder Jubel des Sieges.)

Wir Kommunisten glaubten, und wir hatten darauf ein gewisses Anrecht, daß es der großen Autorität der Gründer der Partei, der Autorität von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches, gelingen werde, diese Kämpfer in kurzer Zeit zu Kommunisten zu machen. Bereits auf dem Gründungsparteitag erlitten die Kommunisten eine grundsätzliche Niederlage. Gegen die Meinung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde die Nichtbeteiligung am Parlament beschlossen, und wieder war es Leo Jogiches, der die volle Bedeutung [43] dieser Abstimmung erkannte, indem er verlangte, unter solchen Umständen von der Gründung der Partei abzusehen. Noch ein Moment ist vielleicht bei der Gründung der Kommunistischen Partei unterlaufen, das damals nicht die genügende Beachtung fand. Wie in jeder Revolution und zumal in einer Revolution, die sich anschloß an einen Krieg, der eine völlige Verwilderung großer Volksteile und eine Demoralisierung weiter Schichten herbeigeführt hatte, trat ein besonderer Faktor in die Revolution ein, das Lumpenproletariat. Wir sehen in ihm durchaus nicht eine Absplitterung des Proletariats, im Gegenteil; das Lumpenproletariat, das der Weltkrieg hervorgebracht hat, entstammt vielmehr bourgeoisen und halbbourgeoisen Klassen. Die waren während des Krieges innerlich noch viel mehr zersetzt worden als das Proletariat, und das ganze Geschmeiß von Schiebern und Betrügern, Spitzeln und Banditen, das die Revolution 1918 mit an die Oberfläche brachte, stammt mehr aus der Bourgeoisie als aus dem Proletariat. Aber, und das war das Bedenkliche, vielfach hefteten sie sich an den Namen von Spartakus. Nicht als ob Spartakus jemals in irgendeiner Verbindung mit jenen Elementen gestanden hätte – jene Elemente bemächtigten sich des Namens Spartakus und identifizierten so vor weiten Kreisen, auch des Proletariats, ihre Räubereien und Schurkenstreiche mit der Politik des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei.

Auch damit ist eine grundsätzliche Frage aufgeworfen worden, die damals nicht genügende Beachtung fand. Wir sagen durchaus nicht, daß eine Kommunistische Partei Bewegungen auch des Lumpenproletariats als nicht existierend betrachten solle und sagen durchaus nicht, daß das Proletariat unter allen Umständen dazu verpflichtet sei, Bewegungen dieser ganzen Klasse aus eigenen Kräften niederzuschlagen. Aber von einem sind wir allerdings tief überzeugt: jede auch nur moralische Gemeinschaft mit lumpenproletarischen Elementen muß von Seiten einer Kommunistischen Partei gemieden werden im Interesse des Einflusses dieser Kommunistischen Partei auf die proletarische Klasse selbst. Das allein, der Einfluß auf die proletarische Klasse, ist für diesen Standpunkt das Entscheidende und es kommt ganz und gar nicht etwa dafür in Betracht, dem Bedürfnis der Moralität bürgerlicher Kaffeeschwestern entgegenzukommen. Grundsätzlich stehen wir also auf dem Standpunkt, den Engels in seiner Vorrede zur Geschichte des Bauernkrieges entwickelt:

„Das Lumpenproletariat, dieser Abhub der verkommenen Subjekte aller Klassen, der sein Hauptquartier in den großen Städten aufschlägt, ist von allen möglichen Bundesgenossen der schlimmste. Dies Gesindel ist absolut käuflich und absolut zudringlich. Wenn die französischen Arbeiter bei jeder Revolution an die Häuser schrieben: Mort aux voleurs! Tod den Dieben! und auch Menschen erschossen, so geschah das nicht aus Begeisterung für das Eigentum, sondern in der richtigen Erkenntnis, daß man vor allem sich diese Banden vom Halse halten müsse. Jeder Arbeiterführer, der diese Lumpen als Garde verwendet oder sich auf sie stützt, erweist sich schon dadurch als Verräter an der Revolution.“

Dieses Problem ist vielleicht in den frühesten Stadien der Kommunistischen Partei nicht scharf genug entwickelt worden.

Die zwei Jahre, die uns von dieser Zeit trennen, sind die härteste Schule für eine Partei gewesen, diese Zeit schwerster Kämpfe [44] und doch blühendsten Lebens und glühendster Begeisterung. Und das ist auch der Grund, weswegen die Kommunistische Partei Deutschlands am Ende dieser Epoche so gar nicht geneigt ist zu wehleidigen Gedanken. Das, was jetzt kommt, ist nichts anders als das, wofür die Schulung der Kommunistischen Partei in diesen zwei Jahren erfolgte. Die Partei verwächst jetzt mit den Massen, für die sie bestimmt war vom ersten Tage der Revolution an. Die Grenzen, die bisher manchmal enge waren, weiten sich und mit den Grenzen muß der Blick der Kommunisten sich weiten. Wir sind des gewiß, daß die Partei dieser neuen und schweren Aufgabe wird gewachsen sein. Wohl wird, das ist selbstverständlich und verzeihlich, dann und wann in den neuen großen Aufgaben der Gedanke auftauchen, wieviel schöner es war in den Zeiten, als man noch klein beieinander war, wenn die Zeiten vielleiht auch damals schwerer waren. Es ist ein Gedanke, den man ebensowenig übelnehmen kann, wie man es dem reifen Manne übelnehmen kann, wenn er der Zeiten gedenkt, wo er klein war und irgendwo auf dem Lande in einem kleinen Häuschen und in einem kleinen Stübchen von Milch und Schwarzbrot sich nährte. Nur darf bei allen schönen Erinnerungen der Wille, der neues schaffen will, nicht rasten. Zu neuen Ufern führt die Partei ein neuer Tag. Sie wird den neuen Aufgaben gewachsen sein.

15. November 1920.

*

Der Charakter der Weltwirtschaftskrise.

(Auf Grund eines Referats auf dem Parteitag vom 2. November 1020.)

Von A. T h a l h e i m e r.

Die kapitalistische Welt ist offenbar in eine neue Periode revolutionärer Stürme eingetreten: Riesenstreiks in England, Riesenaussperrungen in Italien, Massen-Arbeitslosigkeit in Tokio und Chicago, in London und Roubaix, in Kopenhagen und Berlin, in Warschau und Barcelona, in Südafrika und in Indien. Die treibende Kraft dieser neuen Stürme ist eine neue kapitalistische Weltkrise, die den relativen Aufschwung nach Kriegsende abgelöst hat. Der Krieg hat auf der einen Seite kolossale neue Produktivkräfte geschaffen, in Amerika. Japan, England, auf der andern Seite hat er Mittel-, Süd- und Osteuropa ausgehungert, allgemein aber arbeitete die gesteigerte Produktion fast ausschließlich für den Armeebedarf, während der Bedarf der Zivilbevölkerung und der heimgekehrten Soldaten an Kleidung, Wohnung, Hausgerät usw. nicht befriedigt wurde. Nach kurzen zweieinhalb Jahren setzt der Umschwung ein. Wir sehen Ueberproduktion bei gleichzeitiger Unter-Konsumtion der breitesten Massen. In dieser kurzen Zeit von zweieinhalb Jahren waren die Märkte Südamerikas, Ost- und Mittelasiens von Europa überführt, der Krach setzte ein. Es ist bezeichnend, daß der Anstoß zum Weltkrach ausging von Amerika und Japan, gerade [45] den Staaten, die während des Krieges und durch den Krieg den größten wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben. Beide Länder haben sich als „uninteressiert“ an Europa erklärt. Beide Länder ergriffen die Flucht vor dem Bankerott Europas. Aber wenn die bürgerlichen Staatsmänner glaubten, sich von diesem Pestherd isolieren zu können, so bewies die Oekonomie schlagend, daß es keine Flucht gibt vor den Gesetzen der kapitalistischen Oekonomie, keine Staatsgrenzen, die die Einwirkung der Wirtschaftsanarchie abhalten könnten. Amerika und Japan haben gut sagen, sie seien uninteressiert, sie haben gut sich weigern, zu helfen, die Wirtschaft demonstriert ihren Weltzusammenhang, indem sie dem Seidefabrikanten in Japan wie dem Stahlmagnaten der Vereinigten Staaten sein Werk stillegt, seine Preise stürzt, die Handelskredite zurückzieht und was dergleichen grimmige Scherze der kapitalistischen Krise mehr sind. Hier einige charakteristische Zahlen für den Gang und den Weltcharakter der Krise:

In Japan brachte der Krieg einen kolossalen industriellen Aufschwung und einen entsprechenden Aufschwung der Preise. So war im Januar 1920 der Preis der Seide für 100 Kin 4000 Yen. Der Preis war am 22. Mai auf 1840 Yen gefallen, ein katastrophaler Preissturz, dem der Sturz der Preise in

anderen Industrien parallel ging. Zahlreihe Bankerotte traten ein in der Seidenindustrie, in Reis- und Manufakturbetrieben.

Aus A m e r i k a kamen Ende Mai Nachrichten, Amerika sei am Vorabend einer Wirtschaftskrise, Absatzstockungen ständen bevor. Es erfolgte ein katastrophales Sinken der Preise, in erster Reihe der Textilwaren, fertiger Kleider und Baumwolle. Die Bankkredite wurden eingeschränkt; Ende Juli machte sich ein bedeutender Rückgang der Stahl- und Eisenausfuhr bemerkbar. Einen Gradmesser für die Krise der Textilindustrie nicht nur Amerikas, sondern auch der übrigen Hauptländer, die Baumwolle verarbeiten, bietet der Preis der Baumwolle. Der Baumwollpreis pro Pfund war am 30. Juli 1920 40 Cents, am 2. Oktober war er auf 24,25 Cents gesunken.

Von Amerika griff die Krise über auf E n g l a n d. Einen Maßstab für die Einwirkung der Krise geben die englischen Index-Ziffern für Textilwaren. Diese Index-Ziffern betragen, wenn die Durchschnittsziffer für die Jahre 1901 bis 1905 gleich 500 gesetzt wird, für Januar 1920 27.021, März 299.415, Juli 2594, September 2362. Entsprechend erlebte England Betriebseinschränkungen und Preisstürze in anderen Industrien.

Die Krise ergriff dann nacheinander die Hauptländer des europäischen Festlandes.

Wenn man die Erscheinungen der Krise in den Vereinigten Staaten in Japan und England für sich betrachtet, so scheint nichts besonderes vorzuliegen. Die Krise scheint die sozusagen normale Weltmarktkrise zu sein, wie sie seit dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts ihre Rundreise um die Welt macht, eine Störung des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus, die durch diesen Mechanismus selbst immer wieder ausgeglichen wurde.

Diese Ausgleichung pflegte zu erfolgen dadurch, daß ein Teil der überflüssigen Werte vernichtet wurde, daß der Produktionsapparat für [46] eine Zeitlang still lag, daß das Kredit-Schwindelgebäude, das jeweils bei einer Prosperität sich aufbaut, abgebaut wird, worauf dann der Kreislauf auf erweiterter Produktionsgrundlage weiter geht.

Heute jedoch ist dieser kapitalistische Mechanismus in zentralen Teilen gestört, zusammengebrochen.

In Mittel-, Ost- und Teilen Südeuropas ist die Wirtschaft, der Produktionsapparat selbst, in Abbruch befindlich. In allen diesen Ländern könnte nur die Kooperation der gesamten kapitalistischen Welt die Möglichkeit des Wiederaufbaus schaffen, die kolossale Zerstörung der Produktionsmittel, den Verzehr der Rohstoffe, die Knappheit der Lebensmittel und das dadurch bedingte Sinken der Arbeits-Intensität ausgleichen.

Aber der Mechanismus des kapitalistischen Systems entwickelt aus sich heraus das paradoxe Gesetz, daß, je mehr ein Land durch den Krieg zerstört, je mehr es verarmt ist, je ungünstiger seine Zahlungsbilanz, je tiefer daher seine Valuta gesunken ist, es umso stärker ausgesogen wird durch die noch kräftigeren kapitalistischen Länder.

Der relative Grad der Verarmung, der Zerstörung der Produktivkräfte, drückt sich ziemlich exakt aus in dem relativen Stand der Valuta zweier Länder. Worin besteht praktisch die Wirkung einer tiefen Valuta? In der Aneignung eines Teils des Mehrwerts des Landes mit der tiefen Valuta durch das Land mit der hohen Valuta. Es sei beispielsweise ein Dollar gesetzt = 100 Mark, so bedeutet das, daß das Wertprodukt, einer durchschnittlichen Arbeitsstunde in den Vereinigten Staaten gleichgesetzt wird dem Wertprodukt von mehreren durchschnittlichen Arbeitssunden in Deutschland. Anders ausgedrückt: Je mehr ein kapitalistisches Land der kapitalistischen Kooperation bedarf (Rohstoffe, Lebensmittel, Produktionsmittel), umso mehr wird es international ausgeraubt. Dasselbe Gesetz aber wirkt im Innern der kapitalistischen Staaten selbst. Die Summe der im Kriege vernichteten Arbeitswerte erscheint unter kapitalistischen Verhältnissen wieder in Gestalt der Staatsschulden. Je größer die Wertvernichtung während des Krieges, umso höher die Staatsschulden, umso schwerer der Druck dieser toten Last auf die übrig gebliebenen lebendigen Produktivkräfte.

Ich führe diese grundlegenden Gesetze der Endkrise des Kapitalismus an, nicht als Kapitel der Moral, sondern als ökonomische Gesetze, vor denen es kein Entrinnen gibt, außer, wenn die kapitalistische Oekonomie selbst fällt.

Diese theoretische Notwendigkeit hat die denkbar kräftigste praktische Bestätigung gefunden durch die Brüsseler Konferenz. Sie lief so aus, wie sie auslaufen mußte: auf die allgemeine theoretische und praktische Bankerotterklärung des internationalen Kapitalismus. Auch das sage ich wieder nicht in moralischem Sinne, sondern als politische Feststellung, die ihrerseits wieder auf der kapitalistischen Oekonomie basiert, auf ehernen Gesetzen, an denen alle philanthropische Vernunft eines Keynes und anderer ohnmächtig abprallt.

Alle Auskunftsmittel, auf die man verfallen ist, laufen schließlich Hinaus auf Gewährung internationaler Kredite. Wie stellt sich diese Frage ökonomisch und politisch dar?

[47] Auch in der Frage der internationalen Kreditgewährung stößt das kapitalistische Wirtschaftssystem auf einen Grund-Widerspruch, den es nicht überwinden kann. Kreditgewährung, selbst wenn sie in dem Maßstabe möglich wäre, wie sie faktisch nicht möglich ist, würde für den Staat, der die Kredite gewährt, bedeuten: Züchtung eines künftigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, politisch ausgedrückt: Zunichtemachung des Sieges, der doch gerade hinauslief auf die Niederkämpfung des Weltmarktkonkurrenten.

Selbst wenn diesem Konkurrenten um den Weltmarkt nur ein Teil der Beute überlassen würde, wenn ihm die Rolle des Zwischenmeisters zugewiesen würde, so würde damit dies Grundverhältnis nicht verändert werden. Denn es liegt auf der Hand, daß eine nationale Kapitalistenklasse als Zwischenmeister nur fungieren kann, wenn sie wirtschaftlich wieder aufgerichtet wird. So oder so wird also der künftige Konkurrent wieder herangezüchtet. Ist dieser Konkurrent erst wirtschaftlich wieder gekräftigt, so wird er unfehlbar früher oder später seine politischen Ketten zerreißen.

Dieser innere Widerspruch der kapitalistischen Oekonomie und Politik im Zeitalter des Imperialismus, wirkt sich aus als ein Gesetz der Zerstörung, ein Gesetz, das unfehlbar das ganze internationale System des Kapitalismus zerrütten muß.

Deshalb ist es eine normale Weltkrise, die wir heute vor uns haben, sondern es ist der Anfang des Endkrise des Kapitalismus auf internationaler Stufenleiter, ein Menetekel für die Kapitalriesen Amerika, Japan, England.

Wirtschaftlich stößt der Zusammenbruch Europas diese Länder umso schärfer als Weltmarktskonkurrenten aufeinander, schränkt umso mehr ihren Ausbeutungskreis ein, schafft umso mehr Anlässe zu kriegerischen Katastrophen.

Schon heute machen Amerika, England, Japan sich die schärfste Konkurrenz auf dem Weltmarkt, eine Konkurrenz, bei der Amerika zusehends die Vorhand gewinnt. So haben die Vereinigten Staaten England bereits überflügelt im Schiffsbau. Charakteristisch ferner für das wirtschaftliche Verhältnis der beiden Länder sind folgende Tatsachen: Der Preis der Stahlschienen ist in England seit 1914 um 283 Prozent gestiegen, in Amerika dagegen nur um 200 Prozent; Amerika hat also England technisch geschlagen auf diesem Feld. Dementsprechend hat Amerika England aus der Ausfuhr verdrängt. 1914 betrug die monatliche Ausfuhr Englands in Stahlschienen 41.670 Tonnen, die Amerikas 38.800 Tonnen. 1919 war die Ausfuhr Englands gesunken auf 7000 Tonnen monatlich, während die der Bereinigten Staaten auf 54.000 Tonnen gestiegen war. Die Vereinigten Staaten haben auf diesem Gebiete England aus dem kanadischen, cubanischen und japanischen Markt verdrängt. Aber die Vereinigten Staaten treten England selbst in seinen eigenen Kolonien, in Aegypten, Indien usw. als erfolgreiche Konkurrenten gegenüber.

Rein ökonomisch betrachtet scheint für diese Länder, so widerspruchsvoll das auch aussieht, der beste Ausweg, um ihr eigenes kapitalistisches System weiter zu führen, die Einführung der kommunistischen Produktionsweise in den durch den Krieg am stärksten mitgenommenen Ländern. In [48] der Tat, was ist an sich rationeller, rein kapitalistisch gesehen, als die Handelsbeziehungen eines

imperialistischen Staates mit einem kommunistischen Staatswesen? Das kommunistische Staatswesen tritt wirtschaftlich dem imperialistischen Staat gegenüber als Abnehmer größten Stils, der dem imperialistischen Staat vermittels der Warenpreise einen ständigen Tribut zahlt, und der doch nicht gefährlich wird als kapitalistischer Konkurrent. Aber dabei ist ein heikler Punkt, den man ruhig aussprechen kann, da man damit der Bourgeoisie kein Geheimnis verrät. So vorteilhaft und rationell Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen und kommunistischen Gemeinwesen vom Standpunkt der Verwertung des Mehrwerts aus sind, so gefährlich wird letzten Endes diese Wirtschaftsbeziehung für das System der kapitalistischen Mehrwerterzeugung selbst. Diese wirtschaftlichen Beziehungen stärken unfehlbar den proletarischen Staat wirtschaftlich und daher auch politisch. Wird ein solches kommunistisches Gemeinwesen selbst vorübergehend gezwungen, einen Teil seiner jährlichen Mehrarbeit dem kapitalistischen Partner hinzugeben, so kann das seinen wirtschaftlichen Aufstieg allenfalls etwas hemmen, aber grundsätzlich nicht hindern. Aber die Existenz, die wirtschaftliche und politische Stärkung eines kommunistischen Gemeinwesens ist Dynamit für das soziale Gefüge der umgebenden kapitalistischen Länder, sie muß notwendig die Rebellion der Proletarier gegen ihre kapitalistischen Herren und zugleich die Rebellion der imperialistischen Sklavenvölker beschleunigen. Diese Wirkung hängt keineswegs ab von kommunistischer Propaganda, sondern einfach) von der Existenz und der Kräftigung eines kommunistischen Gemeinwesens. Das Nebeneinanderleben von Arbeitern, die die kapitalistische Ausbeutung überwunden haben, neben solchen, die sie noch nicht überwunden haben, muß auf die Letzteren revolutionierend wirken, ob mit oder ohne Propaganda.

Dieser Grund-Widerspruch ist letzten Endes ausschlaggebend für den ständigen Widerspruch in der Politik des Imperialismus gegen Sowjetrußland, wie er sich besonders in der englischen Politik zeigt. Diese Politik schwankt ständig hin und her zwischen dem Versuch, den verfluchten revolutionären Pestherd zu zertreten und dem Trieb, denselben Pestherd auszunutzen als Absatzmarkt zur Realisierung des Mehrwerts, als Rohstoff- und Lebensmittelquelle, als ein Mittel, um die kapitalistische Krise zu lindern. Dieser Widerspruch muß notwendig sich steigern mit der Vertiefung der kapitalistischen Krise, mit dem Anwachsen des von der proletarischen Revolution erfaßten Gebietes.

Herr Simons bringt gegenüber Sowjetrußland diesen Widerspruch so zum Ausdruck, daß er Sinowjew und Losowski ausweist und gleichzeitig Handelsgeschäfte mit Sowjetrußland abschließt. Wir legen als Vertreter der Arbeiterklasse schärfsten Protest ein gegen die Verweisung der Vertreter des russischen Proletariats vom Boden, den das deutsche Proletariat für sich in Anspruch nimmt. Gleichzeitig aber gestatten wir uns, Herrn Simons und seinen in diesem Punkt ebenso weisen Kollegen in England und anderwärts zu sagen: Diese Blüte bürgerlicher Staatsweisheit ist bei Licht besehen vollendete Kinderei. Ihr dankt für den Export russischer Propaganda, aber Euer Export nach Rußland, zu dem Ihr gezwungen seid, Euer tatsächliches Eingeständnis, [49] daß der Staat mit kommunistischer Wirtschaft ökonomisch Eure letzte Zuflucht ist und zwar eben weil er eine kommunistisch geregelte Wirtschaft hat, dieses Euer notgedrungenes Eingeständnis durch die Tat: Das wiegt hundert Agitatoren von der zehnfachen Beredsamkeit eines Sinowjew oder Losowski auf, das stempelt Euer Tun zur ausgemachten Selbstverspottung.

Diese tatsächlichen Gesetze der kapitalistischen Oekonomie im Stadium ihres Zerfalls bestimmen letzthin die großen Bewegungen sowohl der internationalen Politik wie der inneren Politik der einzelnen Staaten.

*

Die Lehre aus dem englischen Kohlenarbeiterstreik.

Von Philips Price.

Um die in der englischen Kohlenindustrie durch den Streik der Bergleute geschaffene Lage zu verstehen, muß man bis auf die Entwicklung zu Beginn des Jahres 1919 zurückgehen. Damals war gerade der Krieg zum Abschluß gekommen und die organisierte Arbeiterschaft Englands, unter der Führung der fortgeschrittensten und fortschrittlichsten Gewerkschaften: der „Miners Federation of Great Britain“ und der übrigen dem sogenannten „Dreibund“ angeschlossenen Verbände, hatte den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um ihre seit vielen Jahren auf den alljährlichen Kongressen

beschlossenen Programme zu verwirklichen. Dazu gehörte auch die „Nationalisierung“ der Kohlenminen, über die die Arbeiterorganisationen die Kontrolle erhalten sollten. Die Kämpfe, die um dieses Ziel zwischen dem Britischen Bergarbeiterverband und Lloyd George ausgefochten wurden, führten im Sommer 1919 zu der Einsetzung der sog. Sankey-Commission und endeten mit der Niederlage der Bergarbeiter, worauf die Frage der „Nationalisierung“ der Gruben auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

Die Niederlage war von Anfang an unvermeidlich gewesen. Die Bergarbeiterführer hatten nicht genügend Vertrauen, daß sie sich auf die Masen der Arbeiterschaft verlassen konnten, obwohl damals, im März 1919, eine wirklich revolutionäre Situation in England herbeigeführt wurde und für eine kurze Zeit die tatsächliche Möglichkeit bestand, mit guten Aussichten auf Erfolg die Festung des britischen Kapitalismus durch eine kräftige Massenaktion anzugreifen. Statt dessen ließen sich die Führer von Lloyd George einwickeln und in Kommissionen hineinziehen, wo sie nun mit den Kohlenmagnaten in Schlichtungsämtern saßen, mit dem üblichen Ergebnis, daß der Enthusiasmus der Bewegung verloren ging und Lloyd George siegreich das Feld behauptete. Dieser Versuch der Kohlenbergleute, die „Nationalisierung“ der Gruben durch politische und legale Mittel zu erringen, führte zu einem verhängnisvollen Mißerfolg

[50] Die Bergarbeiterführer versuchten es nun mit einer anderen Taktik. Den ganzen Winter 1919-20 hindurch wurde überall im Lande ein großer Propagandafeldzug unternommen, um die Bevölkerung an den Gedanken der Nationalisierung der Bergwerke zu gewöhnen; denn es war der kapitalistischen Presse gelungen, gewisse Konsumentenschichten diesem Gedanken dadurch zu entfremden, daß sie auf die Verteuerung der Kohle hinwies, die angeblich eine Folge der Bergarbeiteragitation sei. Indessen kam der Anstoß zur nächsten Bewegung abermals von den Massen der Bergarbeiter. Dieses Mal aber war die Bewegung der Form nach nicht auf ein direkt politisches Ziel gerichtet, sondern hatte die Erlangung gewisser wirtschaftlicher Konzessionen zum Gegenstand, deren Verwirklichung, falls sie Lloyd George zugestand, allerdings gleichbedeutend gewesen wäre mit einer politischen Revolution. Die Sankey-Commission hatte den Bergarbeitern eine Erhöhung der Löhne zugestanden, um ihr Einkommen mit den während des Krieges andauernd gestiegenen Kosten der Lebenshaltung einigermaßen in Einklang zu bringen. Die höheren Löhne wurden auch genehmigt, aber eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft bedeuteten sie nicht. Im Gegenteil, eher verschlechterte sich diese noch, denn die Verteuerung der notwendigsten Verbrauchsartikel glich im Verlauf des Jahres 1919 sehr bald die auf Anregung der Sankey-Commission zugestandenen höheren Löhne wieder mehr als aus. Der Bergarbeiter-Verband hatte auch ein System aufgestellt, durch welches die Arbeiter nicht nur eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, verglichen mit der Vorkriegszeit, zu verhindern, sondern darüber hinaus auch eine positive Verbesserung zu erzielen hofften. Vor allem hatten sie sich zum Ziel gesetzt, eine Durchschnittslohnrate für das ganze Land zu erringen, um in dieser Weise die Kohlenindustrie unter Kontrolle zu bringen und die Abschaffung der rückständigen Praktiken verschiedener Grubenunternehmungen zu erzwingen. Aber die Bergarbeiter wußten, daß die Grubenbesitzer sich für jede etwaigen Ansprüche auf Lohnerhöhung sofort durch erhöhte Kohlenpreise schadlos halten, dadurch zugleich die Konsumentenkreise der Sache der Arbeiterschaft entfremden und eine den Bergleuten feindliche Atmosphäre schaffen würden, die gründlich auszunutzen die kapitalistische Presse stets bereit war.

So wurde der Kampf der Bergarbeiter mehr und mehr ein Kampf um die Kontrolle des „Mehrwertes“ in der Kohlenindustrie, im Sinne des Marx’schen Begriffes. Diese Kontrolle über den Mehrwert war aber praktisch undurchführbar, ohne daß man die Kontrolle über die gesamte Industrie als solche errang. Aber die Illusionen der Bergarbeitermassen waren durch die Erfahrung mit den parlamentarischen Methoden im voraufgegangenen Jahre zerstört und so setzten sie sich nun nicht mehr für die Einleitung einer Gesetzgebung ein, die zu einer Nationalisierung der Bergwerke führen sollte, sondern gingen zum direkten wirtschaftlichen Kampf um den Mehrwert in der Kohleindustrie über. Ihr Instinkt sagte ihnen, daß ein solcher Angriff ebenso gefährlich für die Finanzmagnaten der Londoner City sein mußte, als der politische Angriff im Jahre zuvor es hätte werden können.

Die britische Regierung, durch ihre verschiedenen Departements die Rolle als Verteidiger der Interessen der Grubenbesitzer übernehmend, [51] brachte nun im Frühjahr 1920 statistisches Material zum Vorschein das darauf zugeschnitten war, zu beweisen, daß der durch den Betrieb der Bergwerke sich ergebende Reingewinn die Summe von 30 Millionen Pfund Sterling jährlich nicht übersteige. Dem setzte aber der Britische Bergarbeiterverband seine eigene, auf den Berichten seiner Vertrauensmänner beruhende, Statistik entgegen, die schlagend bewies, daß jener Reingewinn des Zechenkapitals über 60 Millionen Pfund, also gerade das Doppelte des von der Regierung behaupteten, betrage. Die Bergarbeiter wiesen darauf hin, daß ein Teil dieses Gewinnüberschusses aus der im vorigen Jahre erfolgten Erhöhung des Kohlenpreises um 14 Schilling 6 Pence herrühre und kennzeichneten dies als eine unverantwortliche, der Allgemeinheit im Interesse des Profits der Zechenbesitzer schwere Lasten auferlegende Preissteigerung. Die Unternehmer, deren jährlicher Reingewinn in der Vorkriegszeit 12 Millionen Pfund nicht überschritten hatte, machten nun, nach der amtlichen Statistik, einen laut Parlamentsbeschluß ihnen durch den Staat gesicherten Profit von 20 Millionen Pfund. Außerdem wurde der gesamte Einnahmeüberschuß aus dem Verkauf von Kohle, der nicht in Unternehmergewinn oder Lohnzahlungen aufging, vom Staat beansprucht, und dieser Einnahmeüberschuß, der sich mit einigen Schwankungen auf durchschnittlich 20 Millionen Pfund bezifferte, kam auf nichts anderes heraus, als auf eine der konsumierenden Bevölkerung in Form eines Zusatzes zum Kohlenverkaufspreis auferlegte Steuer. Zum ersten Mal in der Geschichte der britischen Gewerkschaftsbewegung haben nun die Bergarbeiter auf ihrem Kongreß von Leamington im Juli d. J. Forderungen aufgestellt, die nicht ausschließlich das eigene Wohl dieser Arbeiterkategorie im Auge hatten. Sie verlangten nicht nur eine Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Schicht, sondern auch eine Ermäßigung des Kohlenpreises von 14 Schilling 6 Pence. Und dadurch kämpften sie tatsächlich nicht nur für sich selbst als Produzenten, sondern für die Allgemeinheit der Verbraucher. Es wurde berechnet, daß die geforderten Lohnerhöhungen jährlich 28 Millionen Pfund, die Ermäßigung des Kohlenpreises 24 Millionen kosten würde; so blieb den Grubenbesitzern immer noch ein Profit von 14 Millionen Pfund. Und damit wären diese in dieselbe Position zurückgedrängt worden, die sie vor dem Kriege inne hatten.

So bescheiden diese Forderung war, so stieß sie doch, wie zu erwarten, auf den denkbar hartnäckigsten Widerstand sowohl der Zechenbesitzer wie ihrer Agenten, der Regierung. Lloyd George erkannte mit seinem schlauen Klasseninstinkt vom allerersten Augenblick an, daß, wenn er erst einmal einer Körperschaft organisierter Gewerkschaften die geringste Einmischung in die Regelung der Kohlenpreise gestatte, es mit dem heiligen Privilegium des kapitalistischen Monopols über den „Mehrwert“ ein Ende habe. Daher wurden die gesamten Kräfte der Regierung und ihrer Presselakaien gegen die Bergarbeiter in Bewegung gesetzt. Und, das müssen wir zugeben, der Angriff war nicht ohne Erfolg. Die Front der Bergarbeiter geriet ins Wanken. Sie fühlten sich der Unterstützung seitens der anderen, weniger fortgeschrittenen Schichten des Proletariats nicht sicher genug in einem Kampfe, dessen Durchführung nichts weniger bedeuten mußte als eine Revolution. Ihre [52] Führer, die aus ihren Erfahrungen mit dem gerissenen Lloyd George, anläßlich der Verhandlungen der Sankey-Commission im vergangenen Jahr, offenbar noch nicht die Lehren gezogen hatten, trachteten immer noch nach Kommissionen und Einigung mit den Grubenbesitzern, hofften immer noch, daß es möglich sein werde, die Nationalisierung der Bergwerke durch allmähliche Einführung des Prinzips der Arbeiterkontrolle über die Kohlenindustrie zu verwirklichen, ohne die Machtprobe mit den gesammelten Kräften der kapitalistischen Regierung Englands bestehen zu müssen. Und so überwog schließlich die Auffassung der Schwäche, und wieder einmal wurde die große, aus den Tiefen kommende Massenbewegung der englischen Bergleute gedämpft und lahmgelegt.

Das Fallenlassen der Forderung der Bergarbeiter auf Ermäßigung des Kohlenpreises um 14 Schilling 6 Pence war für die Zechenbesitzer das Signal zur Generaloffensive gegen den Bergarbeiter-Verband. Durch den Mißerfolg des Bergarbeiter-Verbandes beim Versuch, diese Forderung durchzudrücken, ermutigt, erklärten die Unternehmer, die Bergleute könnten irgendwelche Lohnerhöhungen nur zugestanden erhalten, wenn sie darauf eingingen, die Löhne von der Kohlenförderung abhängig machen zu lassen. Insofern diese Kohlenförderung von technischen Bedingungen

abhängt, die sich der Kontrolle der Arbeiterschaft entziehen, ist es klar, daß hier die Grubenbesitzer ein wirksames Mittel in der Hand haben, um die Bergleute kurz zu halten. Die Bergarbeiter waren nun, nachdem sie ihre ursprünglich innegehabte strategische Position aufgegeben hatten, gezwungen, den Kampf auf dem Terrain anzunehmen, das der Gegner sich auswählte. Sie waren in die Defensive getrieben, sie waren darauf beschränkt, eine noch weitere Verschlechterung ihrer Position dem Zechenkapital gegenüber zu verhindern. Um diese mehr negativen Ziele und unter solchen ungünstigen Umständen mußten die Bergleute nun in den Streik treten. Damit waren sie von vornherein so gut wie halb besiegt, und der Mangel an Enthusiasmus und an Bertrauen auf Sieg wurde nur allzu deutlich durch die Tatsache bewiesen, daß schon am zweiten Streiktage die Besprechungen zwischen den Bergarbeiterführern und den Vertretern des Zechenkapitals begannen.

So wurde nun vorgeschlagen, dadurch eine Einigung im Streik herbeizuführen, daß die Löhne von den Reingewinnen der Kohlenindustrie abhängig gemacht werden sollten.

Die schließlich zwischen den Bergarbeiterführern und den Grubenbesitzern vereinbarten Bedingungen lauten folgendermaßen:

1. 2 Schilling Lohnerhöhung vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an bis zum 3. Januar, ohne Rücksicht auf die Höhe der Kohlenförderung.

2. Nach dem 3. Januar werden die 2 Schilling Lohnerhöhung der Bergarbeiter und der Anteil der Bergwerkbesitzer an den Gewinnüberschüssen mit der Ziffer der Kohlenförderung proportional steigen oder fallen.

3. Revision der Löhne auf Grundlage der Profite aus dem Kohlenexport.

4. Grubenbesitzer und Bergarbeiter verpflichten sich zur Zusammenarbeit, um die Kohlenförderung zu steigern, und werden für die [53] Regelung der Löhne ein Schema spätestens bis zum 31. März ausarbeiten.

5. Schaffung eines nationalen Lohnamtes zur Festsetzung von Durchschnittslöhnen für die gesamte Kohlenindustrie des ganzen Landes.

Der Grundsatz, die Löhne von Faktoren abhängig zu machen, die nicht unter der Kontrolle der Bergleute, sondern ihrer Herren stehen, ist hier kaum verhüllt. Gerade dieser Grundsatz, für dessen Beseitigung die Bergarbeiter den Kampf eröffneten, ist in diesen Bedingungen enthalten, die von den Bergarbeiterführern angenommen wurden. Während nun aber die Abstimmung der Bergleute über diese Bedingungen eine Mehrheit g e g e n deren Annahme ergab, so war diese Mehrheit doch nicht groß genug, um nach den Statuten des Bergarbeiter-Verbandes eine Fortsetzung des Streiks zu ermöglichen. Bedenklicher noch ist, daß der Paragraph 3 des Abkommens es zuläßt, daß die Revision der Löhne nach dem 3. Januar von den aus den Kohlenexporten erzielten Profiten abhängig gemacht werden soll. Das bedeutet nichts anderes als die Schaffung der A r b e i t s g e m e i n s c h a f t z w i s c h e n d e n G r u b e n b e s i t z e r n u n d d e m B e r g a r b e i t e r - V e r b a n d in versteckter Form. Auf diese Weise bekommen nun die Bergleute ein direktes Interesse daran, die britische Kohle dem kohlenhungrigen europäischen Kontinent zu möglichst h o h e n Preisen zu verkaufen!

Glücklicherweise braucht man n i c h t zu befürchten, daß die englische Bergarbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dieses Schema auch durchführen wird. Sie ist überhaupt zur Wiederaufnahme der Arbeit nur unter der Bedingung zu bewegen gewesen, daß die Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Schicht sofort wirksam werde, und das Abkommen ist als ein nur vorübergehendes zu betrachten. Der Sonderberichterstatter für Bergbauangelegenheiten des „Daily Herald“ schrieb am 5. November: „Wenn die Grubenbesitzer den Versuch machen werden, die Annahme des Grundsatzes zu erzwingen, daß die Löhne von der Kohlenförderung abhängen sollen, dann wird viel von dem Terrain, das in den letzten sechs Wochen durchschritten worden ist, nochmals durchschritten werden und um dieselben Ziele ein zweites Mal, und dieses Mal e n t s c h e i d e n d, gekämpft werden müssen.“ Die Unzufriedenheit weiter Kreise der Bergarbeitermassen mit ihren Führern darüber, daß sie gerade in dem Augenblick, als alles von ihrer Festigkeit abhing, so kompromißbereit waren, drückt sich in einer

Bewegung aus, die jetzt beginnt und die die Säuberung des Bergarbeiter-Verbandes von den Opportunisten und schwächlichen Bonzen zum Ziele hat. Der „Daily Herald“ hat bereits über Resolutionen von Provinzorganisationen des Bergarbeiter-Verbandes berichtet, wonach der Rücktritt des Exekutivkomitees kategorisch gefordert wird. Es ist anzunehmen, daß der Mißerfolg, des Streiks und die Niederlage der Bergleute das Signal geben wird zum Beginn eines Kampfes um die Umwandlung des Bergarbeiter-Verbandes von einer sich revolutionärer gebärdenden, aber im entscheidenden Augenblick stets zu Verhandlungen mit den Kapitalisten bereiten Körperschaft in ein wirklich revolutionäres Organ des Klassenkampfes.

[54] Andererseits beanspruchen die Bergarbeiterführer für sich das Verdienst, einen wirklichen großen Gewinn aus dem Streik gesichert zu haben in Gestalt des Nationalen Lohnamtes. Sie weisen darauf hin, daß die Schaffung dieser Instanz, der die Vereinheitlichung der Bergarbeiterlöhne im ganzen Lande zufallen wird, der erste Schritt sei auf dem Wege, die Industrie unter öffentlicher Kontrolle zu vereinheitlichen. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, daß die Grubenbesitzer darauf hinarbeiten, daß die Regierung ihre Kontrolle über die Bergwerksindustrie fallen läßt; mit anderen Worten, sie halten die Zeit für gekommen, die Geschicke der Industrie durch ihre eigenen Direktoren zu lenken, anstatt wie bisher sich Lloyd Georges als Zwischenmannes zu bedienen. Es ist klar, daß das Nationale Lohnamt ein Hindernis für diesen Plan ist, denn es wird die Kohlenindustrie als ein Ganzes behandeln, und sobald die Bergarbeiter in diesem Amt den Grubenbesitzern gegenüberstehen, die gesamte Frage von „Standardlöhnen“ für das ganze Land anschneiden und dadurch abermals das Problem der Kohlenförderung und der Preise aufrollen. Dann aber ist – aus der Haltung der Bergarbeitermassen zu schließen, die in den letzten Monaten viel gelernt haben – zu erwarten, daß der Kampf mit verdoppelter Energie wieder aufgenommen werden wird. Dann werden die Bergarbeiterführer – wenn inzwischen nicht überhaupt ein Wechsel in der Führerschaft stattgefunden haben sollte – vor die Wahl gestellt sein, eine mehr revolutionäre Haltung anzunehmen oder aber abzutreten.

Der Kampf wird über die Verteilung des „Mehrwertes“ in der Kohlenindustrie entbrennen. Die Politik der Grubenbesitzer, die sich der Regierung als Agenten bedienen, geht dahin, die Kohle im Inland zu einem Preis zu verkaufen, der die Produktionskosten und die garantierten Profite deckt. Der Profitüberschuß wird daher aus dem Kohlenexport erzielt. Dadurch, daß das Nationale Kohlenamt die absolute Kontrolle über die Festsetzung der Löhne hat, wird es ipso facto auch die Verteilung der Profite kontrollieren, die jetzt vom Zechenkapital und von der Regierung Lloyd Georges – mit der Wirkung einer Kohlensteuer für die konsumierende Allgemeinheit – beansprucht werden.

Der Streik, der soeben in England beendigt worden ist, ist nur der erste Akt eines langen Kampfes. Der zweite Akt wird aller Wahrscheinlichkeit nach ausgefochten werden, sobald das Nationale Lohnamt zusammentritt.

*

[55]

Die revolutionäre Bewegung der italienischen Metallarbeiter.

Der Monat September hat in Italien eine revolutionäre Bewegung gesehen, die in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung wohl einzig dasteht. Die italienischen Metallarbeiter und die Arbeiter einer Reihe anderer Industriezweige haben im September während über drei Wochen die Produktion ohne und gegen die Unternehmer weiter geführt. Zu gleicher Zeit hat eine große Aktion des italienischen Landproletariats zur Enteignung des Großgrundbesitzes eingesetzt, die erst nach Beendigung der Metallarbeiterbewegung ihren Höhepunkt erreichte und zurzeit noch fortdauert.

In Rußland erfolgte die Eroberung von Betrieben durch die Arbeiterschaft in der Kerenskizeit, als die bürgerliche Staatsgewalt bereits in der Auflösung begriffen war. Die Arbeiter konnten teilweise den Besitz der Betriebe behaupten, bis die Räterepublik aufgerichtet wurde, die Staatsgewalt der Arbeiterklasse ihnen zu Hilfe kam. Nach der Ergreifung der Staatsgewalt erfolgte die Besitzergreifung der Fabriken durch die Arbeiterschaft allgemein und regellos, um dann allmählich durch die zentrale Zusammenfassung der Betriebsräte und die Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieverbände in den planmäßigen kommunistischen Aufbau übergeführt zu werden.

In Ungarn setzte sich die Arbeiterschaft in der der Kerenskizeit ganz analogen Karolyiperiode in den Besitz einzelner Großbetriebe, vor allem in den Besitz des Kohlenbeckens von Salgotarjan, das eine förmliche proletarische Insel im zerfallenden kapitalistischen Staate bildete. In beiden Ländern bildete die Besitzergreifung der Fabriken eine Voraussetzung und die unmittelbare Einleitung der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Anders in Italien. Das Neuartige an der italienischen Metallarbeiterbewegung ist, daß hier eine Aktion zur Erkämpfung der Kontrolle der Produktion unternommen wurde noch vor irgend einem Angriff auf die bürgerliche Staatsmacht und ohne daß sie einen solchen Angriff unmittelbar nach sich zog. Der Verfall der kapitalistischen Wirtschaft auch in Italien, der die Streikwaffe selbst zur Erkämpfung der nächsten Lebensnotwendigkeiten unbrauchbar macht, die objektive Schwäche der Staatsmacht und die Erfahrungen der revolutionären Bewegung der fortgeschrittensten Länder drängten zu dieser Aktion und ermöglichten sie; die subjektive Unreife der proletarischen Massen, die erst am Anfang der revolutionären Kämpfe stehen und in deren Bewußtsein die in Jahrhunderten herausgebildete bürgerliche Staatsmacht noch fest verankert ist, was die Regierung durch äußerste Zurückhaltung in der geschicktesten Weise auszunützen wußte, ließen die Bewegung bei weitem nicht an die Grenze ihrer objektiven Möglichkeiten gelangen. Der Widerspruch, unter dem sie zustande kam und an dem sie krankte, war der zwischen der allgemeinen Entwicklung der Weltrevolution und ihrem besonderen Stande in Italien, zwischen der objektiven Reife der Verhältnisse und der subjektiven Unreife der Arbeiterklasse.

[56] Der Kampf der italienischen Metallarbeiter um die Kontrolle der Produktion wuchs hervor aus einer Lohnbewegung. Die italienische Metallindustrie, die erst während des Krieges stark in die Halme geschossen ist, und an den Heereslieferungen märchenhafte Gewinne gemacht hat, findet nach der Einstellung auf die Friedensindustrie keinen genügenden Markt, auf dem sie außerdem noch ausländische, vor allem deutsche Konkurrenz zu bekämpfen hat. So war es zur Lebensfrage für die Metallindustriellen geworden, das Lohnniveau ihrer Arbeiter herabzudrücken. Der Metallarbeiterverband aber, der während des Krieges sehr erstarkt ist, – er ist jetzt mit 400.000 Mitgliedern der stärkste Industriearbeiterverband – stellte im August neue Lohnforderungen. Die Unternehmer schlugen ab mit der offenkundigen Absicht, es zum Kampf mit den Arbeitern kommen zu lassen. Die Arbeiterschaft, die wußte, daß der Streik den Unternehmern den erwünschten Vorwand zur Schließung der Betriebe liefern würde, trieb zunächst Obstruktion: sie arbeitete nicht, blieb aber in den Betrieben. Der Unternehmerverband, der praktisch alle Metallindustriellen Italiens umfaßt, antwortete mit der Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft der metallurgischen Betriebe. Darauf wies der Metallarbeiterverband die Arbeiter an, in den Fabriken zu bleiben und auf eigene Hand weiterzuarbeiten. Die Weisung wurde befolgt, nach Feierabend blieben die Arbeiter in den Fabriken, hißten die rote Fahne, bewaffneten sich aus den Beständen der Waffendepots, verrammelten die Fabriktore und führten die Produktion in den zu Festungen umgewandelten Fabriken weiter. Sie forderten, zunächst allgemein, die Kontrolle der Produktion und der Metallarbeiterverband machte die Forderung zu der seinen. Der größere Teil der Techniker und Angestellten verließ die Betriebe mit den Direktoren, ein kleinerer Teil blieb auf vom Posten. Den Metallarbeitern folgten nach wenigen Tagen spontan die Arbeiter der chemischen und der Schuhfabriken, sowie einzelner anderer Großbetriebe, wie der Kautschukfabrik von Pirelli und der Marmorbrüche von Carrara. Ein Agitationskomitee des Metallarbeiterverbandes übernahm die Leitung der Bewegung. Die Regierung erklärte sich neutral und zur Vermittlung in dem Konflikt bereit.

Am 10. und 11. September tagte in Mailand ein außerordentlicher Kongreß aus Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der syndikalistischen Gewerkschaften und der sozialistischen Partei, auf der über die Ausdehnung der Bewegung beraten wurde. Die Vertreter der sozialistischen Parteileitung traten dafür ein, daß die Gesamtarbeiterschaft zur Besitzergreifung der Betriebe aufgefordert werde und daß die Leitung der Bewegung, als einer politischen, in die Hände der sozialistischen Partei übergehe. Die Vertreter der Leitung des Gewerkschaftsbundes vertraten dagegen die Auffassung, daß die Bewegung eine gewerkschaftliche sei und weiter unter Leitung der Gewerkschaften bleiben solle, und daß die übrige Arbeiterschaft sie nicht durch Eintritt in die Bewegung, sondern durch finanzielle Hilfe

unterstützen müsse. Nach zwanzigstündiger, höchst bewegter Diskussion siegte der Standpunkt des Gewerkschaftsbundes mit 596.000 gegen 410.600 Delegiertenstimmen über den der sozialistischen Parteileitung. G e n n a r i gab darauf im Namen der Parteileitung die Erklärung ab, daß die Partei sich der Entscheidung des Kongresses unterwerfe und weiter ihre gesamte Kraft der Bewegung zur Verfügung stellen werde.

In den folgenden Tagen fanden Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Verband der Metallindustriellen unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Giolitti statt, die sich infolge der Intransigenz der Unternehmer höchst langwierig gestalteten. Die Industriellen ließen sich erst dann zum Abschluß eines Abkommens herbei, als Giolitti ihnen unzweideutig erklärt hatte, daß die Regierung außerstande sei, die Arbeiter mit [57] Waffengewalt aus den besetzten Fabriken hinauszutreiben. Giolitti hat nach Abschluß der Bewegung auf die Angriffe des Großindustriellen und Exministers Ferraris, der ihm vorwarf, das Gesetz nicht verteidigt zu haben, geantwortet, daß die Regierung sich auf die Soldaten nicht habe verlassen können, und daß die Anzahl der Carabinieri, der Sicherheitsmannschaften und der guardie regie (eine nach dem Kriege aus ehemaligen Frontkämpfern gebildete, den Baltikumern entsprechende desperate Truppe) nicht genügt habe, um mit Aussicht auf Erfolg eine Aktion gegen die Arbeiterschaft zu unternehmen. So kam unter dem von Giolitti auf die Unternehmer ausgeübten Druck das Abkommen zustande, in dem der Metallarbeiterverband sich verpflichtete, unter folgenden Bedingungen die Arbeiter zur Rückgabe der Betriebe aufzufordern:

1. Bezahlung der Arbeiter nach der Menge der in der Zeit der Besetzung erzeugten Produkte;

2. Gewährung einer allgemeinen Lohnerhöhung, die etwa den Forderungen der Arbeiter zu Anfang der Bewegung entsprach;

3. Einbringung eines G e s e t z e s ü b e r d i e K o n t r o l l e d e r P r o d u k t i o n, das in einer aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer paritätisch zusammengesetzten Kommission unter Vorsitz eines Regierungsvertreters ausgearbeitet werden solle.

Das Abkommen wurde nach seinem Abschluß dem Referendum der gesamten Metallarbeiterschaft unterbreitet. Es wurde mit großer Mehrheit angenommen, wiewohl sich an einigen Zentren, wie Rom und Neapel, starke verwerfende Mehrheiten ergaben. Darauf wurden auf Weisung des Metallarbeiterverbandes am Sonntag, den 26. September, die Fabriken zur Uebergabe bereit gemacht und am folgenden Morgen den Unternehmern wieder übergeben. Mancherorts widersetzten sich die Arbeiter der Räumung, mancherorts kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den zurückkehrenden Angestellten und Technikern, die von den Arbeitern verprügelt wurden, mancherorts kam es zu neuen Konflikten mit den Unternehmern, wo sie sich weigerten, die während der Besetzung erzeugte Produktion zu bezahlen. Im ganzen fand jedoch mit diesem Termin die Bewegung ein einheitliches und verhältnismäßig reibungsloses Ende.

Gleich nach dem Abschluß der Bewegung setzte in der Arbeiterpresse die Diskussion über den Verlauf der Bewegung, über die Kontrolle der Produktion und den zur Ausübung der Kontrolle zu schaffenden Gesetzentwurf ein. Die große Mehrheit der sozialistischen Parteiführer feierte den Ausgang der Bewegung als einen g r o ß e n S i e g der Arbeiter. Aus den Reihen der äußersten Linken, der kommunistischen antiparlamentarischen Fraktion der sozialistischen Partei dagegen wurde bittere Kritik am Ergebnis des Kampfes und am Verhalten der Partei geübt. Am 21. September schon nahm die Turiner Sektion der antiparlamentarischen Fraktion eine Resolution an, in der die Partei heftig dafür getadelt wurde, daß sie die Bewegung in den Händen des reformistischen Gewerkschaftsbundes gelassen habe und in der die unverzügliche Schaffung einer italienischen Sektion der Kommunistischen Internationale verlangt wurde.

Es ist klar, daß bei dem äußerst komplizierten Charakter der Bewegung weder von einem Sieg schlechthin, noch von einer Niederlage schlechthin der italienischen Metallarbeiter und damit der italienischen Arbeiterklasse gesprochen werden kann. Die Zeichnung Scalarinis im „Avanti“ vom 29. September, zwei Tage nach dem Abschluß der Bewegung, die den Arbeiter hocherhobenen Hauptes die Fabrik verlassen läßt, während der Unternehmer, geduckt und scheu nach ihm hinblickend, sie

wieder betritt, hat ihre Berechtigung, aber entbehrt eben so wenig eines bitteren ironischen Beigeschmacks, wenn man sich vergegenwärtigt, daß eben durch diesen Akt der Arbeiter der [58] Peitsche des Unternehmers wieder ausgeliefert wurde. Es ist ganz natürlich, daß der Ausgang des Kampfes sowohl in der Arbeiterschaft, wie in der Bourgeoisie teils als Sieg, teils als Niederlage gewertet wurde, denn er ist tatsächlich Sieg oder Niederlage, je nach dem Standpunkt, von dem aus man ihn betrachtet.

Geht man von der Metallarbeiter-Bewegung selbst aus, betrachtet man sie losgelöst aus dem allgemeinen historischen Zusammenhang als einen gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft der Metallbetriebe mit etwas ungewöhnlichen Kampfmitteln, so endet die Bewegung zweifellos mit einem Erfolge der Arbeiter. Der Vorstoß der Metall-Industriellen, der die Herabdrückung des Lohnniveaus der Arbeiterschaft, die Brechung ihrer Kampfkraft und womöglich die Zertrümmerung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bezweckte, wurde vollkommen abgeschlagen und die Arbeiter erkämpften sich Rechte, die über ihren früheren Besitzstand weit hinausgehen. Sie haben sich nicht nur die geforderte Lohnerhöhung erkämpft, sondern darüber hinaus die Anerkennung eines Einflusses auf die Produktion, dessen Tragweite von der Kampfkraft abhängen wird, mit der sie ihn geltend machen werden. Ihre Organisation steht fester, mächtiger, geachteter da als zuvor. Den Gewerkschaftsführer, der über den Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes nicht hinausblickt, mußte dies Ergebnis mit Stolz erfüllen, den einzelnen Kapitalisten mit dem Gefühl der Demütigung und Entmutigung. Wie sehr das zutrifft, geht z. B. aus der Tatsache hervor, daß die Direktion des größten italienischen Metallbetriebes, der Turiner Fiat-Werke, mit einem Kapital von 250 Millionen Lire und 25.000 Arbeitern, nach dem Ende der Bewegung dem Metallarbeiterverband vorschlug, ihr den Betrieb abzukaufen, ein Vorschlag, den der Metallarbeiterverband abgelehnt hat.

Der Kampf und sein Ausgang gewinnen jedoch ein anderes Gesicht, wenn man sie nicht als einzelne gewerkschaftliche Bewegung, sondern im großen historischen Zusammenhang, als eine Episode der aufziehenden sozialen Revolution in Italien betrachtet. So gesehen, war die Besitznahme der Fabriken nicht ein außergewöhnliches und außergewöhnlich wirksames gewerkschaftliches Kampfmittel, sondern ein Schritt auf dem Wege der Revolution, eine revolutionäre Errungenschaft, die die Arbeiter wieder preisgaben, preisgeben mußten, weil sie die Bedingungen für die dauernde Behauptung dieser Errungenschaft nicht zu schaffen, weil sie die Schlachtreihen des gesamten Proletariats nicht in die Frontlinie dieses äußersten vorgeschobenen Postens voranzuführen verstanden.

Eine Aktion, die einen der wichtigsten Industriezweige in die Hand der Arbeiterschaft bringt, rollt unvermeidlich die Frage der politischen Macht in ihrer ganzen Breite auf. Sollte die Besetzung der Metallbetriebe mehr als ein gewerkschaftliches Kampfmittel sein, sollte sie ein Hebel der sozialen Umwälzung werden, so durften die Metallarbeiter nicht in der alten Weise fortproduzieren, sondern mußten sogleich mit der Umstellung der Produktion auf den Bedarf der arbeitenden Massen beginnen. Das erforderte aber die Umstellung der gesamten Produktion einschließlich der Rohstoff-Zufuhr und der Verteilung, also zum mindesten die Eroberung der Kontrolle über die wichtigsten anderen Großindustrien und die großen Verkehrsanstalten. Um die Verteilung nach proletarischen Gesichtspunkten, durch proletarische Organe, vor allem durch die Konsumgenossenschaften unter Ausschaltung des wucherischen Handels und Schleichhandels zu organisieren, bedurfte es des engsten Kontaktes der kämpfenden Arbeiter mit den gesamten Arbeitermassen, der größten Aktivität und Bewegungsfreiheit der Arbeiter innerhalb und außerhalb der eroberten Betriebe. Die Metallbetriebe waren und blieben aber belagerte Festungen, von der Außenwelt abgeschlossen, jeden Augenblick eines [59] Ueberfalls der weißen Garden gewärtig. Die erste Maßnahme daher, nach der die Situation geradezu schrie, und deren Durchführung nach dem Zeugnis Giolittis selbst möglich gewesen wäre, war die Entwaffnung der weißen Garden der Bourgeoisie und die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Erst die Arbeiterschaft in Waffen konnte den Besitz der Fabriken zu einer wirklichen Machtposition ausbauen und konnte, wie die Dinge in Italien lagen, bei dem revolutionären Aufstieg, in dem die gesamte Arbeiterschaft sich befand, bei der Massenbewegung, die im Landproletariat einsetzte, bei dem ausschlaggebenden Einfluß, den die Partei in Hunderten von Gemeinden besitzt, bei der zunehmenden Entmutigung der Kapitalistenklasse und der eingestandenen Schwäche der bürgerlichen Staatsmacht, mit Aussicht auf Erfolg zum Angriff auf die bürgerliche Staatsmacht schreiten.

So gesehen blieb der Ausgang der Bewegung in der Tat weit hinter dem objektiv Möglichen zurück. Die italienische Arbeiterklasse hat es nicht verstanden, in einem Augenblick, wo sie sich eines wichtigen Stückes der wirtschaftlichen Macht bemächtigt hatte, die politische Macht zu erobern, ohne die die wirtschaftliche Macht nicht behauptet und nicht als Hebel der sozialen Umwälzung benutzt werden kann. Sie hat sich auch nicht die sofortige Anerkennung der Kontrolle der Produktion durch ihre selbstgeschaffenen Organe gesichert, sondern diese Anerkennung einem künftigen Gesetz überlassen, das durch burgfriedliches Zusammenarbeiten von Unternehmern und Gewerkschaftsführern in einer Kommission zustande kommen soll, und das zu verschlechtern und zu verschleppen die Bourgeoisie hundert Mittel und Wege finden wird. Auch die Haltung der sozialistischen Partei, die teils der Unreife der Massen geschuldet ist, teils aber auch das Verharren der Massen in dieser Unreife verschuldet hat, fordert zur schärfsten Kritik heraus. Diese Kritik kann sich jedoch unseres Erachtens nicht ganz mit der der Turiner Genossen identifizieren. Nicht das ist der Partei vorzuwerfen, daß sie die Leitung der Bewegung im eigentlichen Sinne des Wortes nicht in ihre Hände nahm. Denn das war nicht die Aufgabe der politischen Partei. Ihre Aufgabe war, den Massen den unvermeidlichen Uebergang der Bewegung, sollte sie nicht mit einer Niederlage enden, in einen politischen Kampf um die Staatsmacht klarzumachen, und die konkreten Parolen unter sie zu werfen, die die Ueberführung der Bewegung in den politischen Kampf erforderte. Und die nächste Parole war gleichzeitig mit der Schaffung der politischen Kampf- und Machtposition durch die Bewaffnung die Schaffung des politischen Kampf- und Machtorgans der Arbeiterklasse: der Arbeiterräte. Allein die politischen Arbeiterräte waren befähigt, den Kampf als einen politischen und wirtschaftlichen Kampf zugleich voranzutreiben, wo die Partei sowohl wie die Gewerkschaften bei der Leitung im eigentlichen Sinne notwendig versagen mußten, weil sie die gesamten werktätigen Massen nicht unmittelbar erfassen.

Die Sozialistische Partei hat weder die Parole zur Schaffung von Arbeiterräten, noch die Parole der Bewaffnung der Arbeiterschaft herausgegeben. Hierin liegt ihr Versagen und ihr Verschulden. Man kann jedoch nicht sagen, daß die Partei als Ganzes im allgemeinen die geistige Vorbereitung des Kampfes um die politische Macht verabsäumt habe. Sie hat die Massen unermüdlich auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes hingewiesen. Sie propagiert unermüdlich die politischen Arbeiterräte. Sie bekennt sich zur Diktatur des Proletariats und zur Gewaltanwendung, sie ist Mitglied der Kommunistischen Internationale. Sie ist eine kommunistische Partei in der Theorie, sie hat versagt in der Praxis, als es galt, die Arbeitermassen bei den ersten konkreten Schritten zur Eroberung des Kommunismus zu leiten.

[60] Die Ursachen dieses Versagens sind zweierlei Natur. Einmal ist es die noch mangelnde Erfahrung des italienischen Proletariats im revolutionären Kampf, in dessen. Anfang es erst steht und in dessen Schule erst selbst eine kommunistische Partei von den besten Grundsätzen und dem besten Willen sich zum wirklichen, jeder neuen konkreten Situation gewachsenen geistigen Führer der Arbeiterklasse ausbilden kann. Die zweite Ursache des Versagens aber ist die, daß die italienische Partei in ihrem Bestand noch keine kommunistische Partei ist, weil sie noch einen schweren Ballast an reformistischen Elementen mit sich schleppt. Wenn auch diese reformistischen Elemente die Bewegung nicht aktiv verraten haben, sie gar nicht aktiv verraten konnten, wo die Bourgeoisie und die Staatsgewalt selbst passiv blieben, so hemmten sie doch die Aktionsfähigkeit der Partei bei jedem Schritt. So versuchte die Kammergruppe der Partei unter Führung des Reformisten Treves den Konflikt vor das Forum des Parlaments zu bringen, nicht um den Kampf mannigfaltiger zu gestalten, um die Reibungsflächen mit der Bourgeoisie zu vermehren, sondern um den Massenkampf außerhalb des Parlaments zu umgehen.

Das italienische Proletariat erfährt die Lehre der Bewegung bereits am eigenen Leibe: dem Ausbleiben der politischen Offensive von seiner Seite folgte auf dem Fuße die politische Offensive der Bourgeoisie. Die Staatsmacht wird jetzt von der aufgeschreckten Bourgeoisie aus ihrer klugen Scheinneutralität herausgedrängt und entlarvt sich den Arbeitern selbst. Die italienischen Arbeiter werden so immer mehr erkennen, daß der Kampf um die Kontrolle und die Verfügungsgewalt über die Produktion einmünden und gipfeln muß in dem Kampf um die politische Macht des

Proletariats. Das ist auch die Lehre, die sich aus der Bewegung für die Arbeiter der übrigen Länder, vor allem für die deutschen Arbeiter ergibt, die wiederum vor neuen schweren Kämpfen um die Kontrolle und Verfügungsgewalt über die Produktion stehen.

Für das italienische Proletariat und die Proletarier ganz Westeuropas ergibt sich noch eine andere Lehre. Es ist die der Notwendigkeit des Kampfes gegen die reformistischen Elemente in der Partei und an der Spitze der Gewerkschaften, der in ihrer organisatorischen Ausscheidung gipfeln muß. Dieser Kampf ist in der Partei bereits im Gange und wird auf dem Dezember-Parteitag in Bologna voraussichtlich zum organisatorischen Austrag gelangen. Er muß aber zugleich, wenn er nicht zu einem bloßen Parteizank herabsinken, wenn er zur Schulung der Arbeitermassen für die bevorstehenden revolutionären Kämpfe das Höchstmaß des Möglichen beitragen soll, unauflösbar verflochten sein mit dem politischen Kampf der Partei an der Spitze der Arbeitermassen, an dessen konkreten Problemen die Gegensätze aufgerollt und die Scheidung vollzogen werden muß, und in dessen Feuer die Partei erst zu der stahlharten und biegsamen Klinge geschmiedet werden kann, die vernichtend auf das Haupt der Bourgeoisie niedersaust. E. H.

*

[61]

Aus der Internationale.

Die revolutionären Gewerkschafts-Komitees.

Von Witness (Paris).

Die Organisation der Gewerkschaftsminderheit innerhalb des französischen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) trägt bereits ihre Früchte.

Der zweite Gewerkschaftskongreß, der Ende September in Orléans stattfand, war, wie man sich erinnert, zu dem Zwecke einberufen worden, mit der revolutionären Minderheit endgültig fertig zu werden, die man für den Mißerfolg der Maistreiks verantwortlich machte. Die Gewerkschaftsführer Jouhaux, Dumoulin, Laurent wiegten sich sogar in der Hoffnung, daß die vernichtende Niederlage der Minderheit ihren Auszug vom Kongreß zur Folge haben würde, und daß sie so den Gewerkschaftlern des Burgfriedens und der Arbeitsgemeinschaft freie Hand lassen würden. „Es wäre besser, wir trennten uns," so hatte Jouhaux einige Zeit vor dem Kongreß gesprochen.

Doch die Hoffnungen des Herrn Gewerkschaftssekretärs sind zuschanden geworden: die Minderheitsresolution, die auf dem Kongreß von Lyon 1919 324 Mandate auf sich vereinigt hatte, erhielt in Tours 602, ohne die 42 Stimmen hinzuzurechnen, die auf die Resolution Verdier fielen, die grundsätzlich und ausschließlich von dem Gedanken revolutionärer Gewerkschaftsarbeit getragen war.

Wenn man sich erinnert, daß der Kampf der Minderheit unter außerordentlich ungünstigen Bedingungen begonnen hatte: Monatte und Monmousson, die wirklichen Führer der revolutionären Minderheit im Gefängnis, drei andere Führer durch Krankheit oder andere Zufälle abwesend, eine schamloser Druck der Gewerkschaftsbürokratie, um sich der Mandate der Abwesenden zu bemächtigen – der vorgebliche Sieg der Mehrheit Jouhaux–Dumoulin erscheint dann in Wirklichkeit als ein Pyrrhussieg.

Wenn die einzig wirklichen Siege diejenigen sind, die man über sich selbst erficht, so kann man sogar sagen, daß die Minderheit gesiegt hat; denn sie hat sich endlich entschlossen, sich zu organisieren.

Der Minderheitskongreß, der am Tage nach dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß zusammengetreten ist, hat der Gewerkschaftsopposition die Organisation gegeben, die ihr bisher gefehlt hat, eine Organisation zugleich für die Propaganda und für die Zusammenfassung. Diese Organisation bezweckt, eine Verbindung zwischen den Minderheitszellen herzustellen und ihnen eine Einheitlichkeit in der Führung und eine Geschlossenheit in der Aktion zu geben, ohne welche es nur Zersplitterung und Ohnmacht gibt.

In jeder Gewerkschaft, mögen sie zur Minderheit oder Mehrheit gehören, bilden die Revolutionäre eine „Zelle", die natürliche Grundlage jeder Organisation. An jedem Ort bilden die vereinigten Zellen

eine Gruppe: das „Lokalkomitee“. Die Lokalkomitees vereinigen sich zu „Bezirkskomitees“, über denen als Abschluß das „Zentralkomitee“ steht.

[62] Außer dieser Gruppierung nach Gebieten besteht eine Industrieorganisation das „Zentrale Unterkomitee“ für Industrieverbände.

Die Minderheitsgewerkschaften können sich auch als solche der örtlichen Gruppierung anschließen.

Dem endgültig gebildeten Zentralkomitee sind alle der C. G. T. angeschlossenen Gewerkschaften, Berufs- wie Industrieverbände angeschlossen.

Die Gesamtheit dieser festen Organisation, die gebildet ist aus disziplinierten Elementen, und die sich gliedert zugleich nach Berufen wie nach Gewerkschaften, trägt den Namen: „Revolutionäres Gewerkschaftskomitee“ (Comités Syndicalistes-Révolutionaires – C. S. R.). Die C. S. R. haben ihre Mitgliedskarten, ihr Budget und ihre Zeitung „La Vie Ouvrière“. Sie werden ihre Verbandstage in den Bezirken und für das ganze Land haben und sie haben ihren Anschluß an die Gewerkschaftsinternationale von Moskau erklärt. Nach der Periode des Verrats, der Abdankung vor der Bourgeoisie, in die die C. G. T. seit 1914 verstrickt ist, entsprechen die C. S. R. einem solchen Bedürfnis innerhalb der Arbeiterschaft, daß ihre Aktivität von Anfang an auf das Höchste gesteigert gewesen ist. Sie haben die Entscheidungsschlacht gegen die augenblicklichen Führer der Arbeiterbewegung und gegen die Amsterdamer Internationale begonnen. Sie sammeln Tatsachenmaterial und beginnen mit statistischen Aufnahmen. Abhandlungen und Broschüren werden veröffentlicht. Die C. S. R. haben auch die Schaffung von Betriebsräten in Aussicht genommen.

———

„Ihre Geschichte mit den Zellen wird nicht gehen“, hatte Dumoulin gesagt; er hoffte, die Minderheitler würden sich in ihrer neuen Organisation gegenseitig auffressen. Doch keiner der erwarteten Widerstände hat sich eingestellt. Ueberall wurde die Verständigung unter den Minderheitlern schnell und vollständig hergestellt, und die Ergebnisse sind so eindeutig, daß das Feldlager der Mehrheitler vom panischen Schrecken ergriffen ist.

Wir haben zunächst die Scheindemission des Vorstandes der C. G. T. gelegentlich des Zusammentritts des nationalen Gewerkschaftskomitees am 8., 9. und 10. November erlebt: nach einer lebhaften Diskussion, in der die Mehrheit die Schalen ihres Zorns über die Zellen ausgoß, wollte der Vorstand eine Resolution Dumoulin-Lugquet annehmen lassen, die den Industrieverbänden und den Orts- und Bezirksverbänden das Recht gab, die Anhänger der C. S. R. ohne Berufung an die C. G. T. auszuschließen.

Bei der Abstimmung erhielt der Vorstand nur 72 Stimmen, gegen 25 Stimmen der Minderheit und bei 23 Enthaltungen. Unter denen, die sich der Stimme enthalten hatten, befanden sich die beiden stärksten Bezirksverbände: Seine (Paris) und Rhone (Lyon). Die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter war also dahin gekommen, Jouhaux und Dumoulin die Gefolgschaft endlich zu versagen. Diese hielten ihre Majorität für ungenügend und gaben sofort ihre Demission, die sie übrigens noch am gleichen Abend zurückzogen.

Die Zeitung „La Vie Ouvrière“ schrieb darüber am 12. November:

„Das einzige Mittel, das Jouhaux noch verblieben war, um die Gewerkschaftsbewegung in den Bahnen der Kriegszeit zu halten, war heute, da die Minderheit sich organisiert, die entschiedenste Minderheit auszuschließen und die anderen zu terrorisieren. Das war seine einzige Hoffnung auf Rettung. Sie ist zuschanden geworden.“

[63] Die C. S. R. können also unter zahlreichen Schwierigkeiten ihre Aufgabe, die Minderheit innerhalb der C. G. T. zu organisieren, fortsetzen. Sie werden es tun, ohne zu schwanken.

Am Sonntag, den 14. November, haben dann die C. S. R. einen zweiten Sieg in Paris auf dem Kongreß der Gewerkschaften des Seine-Departements davongetragen. Der alte Vorstand, der ausschließlich mit Mehrheitlern besetzt war, wurde bei allen Punkten der Tagesordnung geschlagen und gezwungen,

sich zurückzuziehen: Er wird übrigens mit dem Ende des Jahres wirklich ausscheiden. In kurzer Zeit wird auch die Gewerkschaftsvereinigung des Rhone-Departements ihren Vorstand säubern, und er wird in die Hände der Revolutionäre übergehen.

Derartig schlagende Erfolge lassen uns mit Vertrauen in die Zukunft blicken: in zehn Monaten, auf dem Gewerkschaftskongreß von Lille, wird von der Mehrheit Jouhaux nicht mehr viel übrig sein, und dann wird es ein Ende haben mit der Gewerkschaftspolitik des Verrats, des Betruges und der Ohnmacht.

*

Literatur.

2. Trotzky: „Terrorismus und Kommunismus". Anti-Kautsky. Verlag der Kommunistischen Internationale, Petrograd, Smolny, 1920. X. 166 S.

I.

Leo Trotzky wendet sich als Dritter nach Lenin und Radek gegen die Anti-Terrorschreiberei Karl Kautskys. Diese Auseinandersetzung der Führer der kommunistischen Revolution in Rußland mit dem Kopf des Sozialpazifismus ist keine querelle allemande, kein beiläufiger Gelehrtenzwist über ein theoretisches Problem. Sie ist ein Teil des gewaltigen revolutionären Kampfes um die Machtbehauptung, den die russische Räterepublik seit nun drei Jahren führt, aus diesem Kampfe selbst hervorgewachsen. Denn die ledern-pedantischen Schriften des ledernsten pedantischsten Professors der Zweiten Internationale sind zur gefährlichen Waffe der internationalen Konterrevolution gegen Räterußland geworden. Die Theorie der Gewaltlosigkeit als des besonderen Merkmals der proletarischen sozialistischen Revolution gegenüber allen früheren Revolutionen, die Anklage, daß der Terror der russischen Kommunisten der reinen Lehre von Marx und Engels widerspreche und daß dieser Sünde wider den heiligen Geist des Sozialismus und Marxismus alle Leiden der russischen Proletarier und Bauern geschuldet seien: diese Lehre, die nicht wirkt durch das Gewicht ihrer Gründe, sondern durch das Gewicht des Namens ihres Verfechters, der Jahre hindurch in der russischen revolutionären Intelligenz und Arbeiterschaft als der Wortführer des revolutionären Marxismus gegolten hat, stumpft die Massen der im Bürgerkrieg und Staatenkrieg kämpfenden Roten Armee ab und rechtfertigt jegliche Schandtat des weißen Schreckens gegen die „unsozialistischen" Gewaltpolitiker Moskaus im Namen des Sozialismus.

So erklärt es sich, daß der Organisator des Sieges der Räterepublik, der Schöpfer der Roten Armee, Leo Trotzky, am gründlichsten mit Karl Kautsky abrechnet. Er bekämpft die Gegenrevolution, er schärft des Schwert der Roten Armee, indem er Karl Kautsky widerlegt.

[64] Im ersten Waffengang hat Lenin in der Schrift: „Das Proletariat und der Renegat Kautsky"[1] derb und rücksichtslos die konterrevolutionäre kleinbürgerliche Auslegung, die Kautsky der marxistischen Lehre von der Diktatur des Proletariats gegeben hat, enthüllt. Indem er Kautskys Theorie an den Quellenstellen bei Marx und Engels gemessen hat, hat er mit Keulenhieben Karl Kautskys Ruf als Marxist zerschlagen.

Radek hat im zweiten Waffengang sich gegen Kautskys „Terrorismus und Kommunismus" gewandt. Elegant, witzig und scharf zupackend hat Radek in der Broschüre „Proletarische Diktatur und Terrorismus" die Beweisgründe widerlegt, die Kautsky mit eiferndem Bienenfleiß gegen den Bolschewismus aus aller Herren Länder, aus allen Zeiten seit Erschaffung des Menschen zusammengetragen zu haben glaubte.

Trotzky, im dritten Waffengang, vereinigt die Vorzüge seiner Mitstreiter. Ebenso stark zuschlagend wie Lenin, ebenso gewandt fechtend wie Radek, verstärkt er deren Argumente durch die Erfahrungen, die er, die die russische Revolution im lebendigen Kampf mit der Gegenrevolution gemacht hat. Er widerlegt noch einmal Kautskys Umbiegung der Diktatur des Proletariats in ein Mittel der

[1] Der korrekte Titel lautet: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky".

friedlichen Ueberwindung des Kapitalismus durch die Demokratie, er verspottet diese „Metaphysik der Demokratie“, diesen unerschütterlichen Fetischglauben an die Macht des Stimmzettels inmitten des tobenden revolutionären Bürgerkrieges, um dann grundsätzlich mit dem Hauptangriff Kautskys, dem Terrorismus der Kommunisten, sich auseinanderzusetzen. Die Frage, ob der Terrorismus „als solcher“ in der Revolution „als solcher“ begründet sei, tut Trotzky als blutlose unwirkliche Schematisierung ab. Die wirklichen Revolutionen in der Geschichte, die gewesen sind und noch sind, aus denen allein eine Begriffsbestimmung der Revolution „als solcher“ zu gewinnen wäre, wenn man sich überhaupt von einer solchen Abstraktion einen Gewinn verspricht, sind jedenfalls nie ohne Gewaltanwendung gewesen. Zahlreiche Beispiele führt Trotzky dafür an, beginnend mit der religiösen Reformation über die englische und französische bürgerliche Revolution bis zum Sklavenkrieg in den Vereinigten Staaten. Wenn die russische proletarische Revolution ebenfalls der Gewalt nicht entbehren kann, hierin also das Schicksal aller bisherigen Revolutionen teilt, so gibt Trotzky hierfür die Gründe an:

„Hätte sich unser Novemberumsturz einige Monate oder auch nur einige Wochen nach der Errichtung der Herrschaft des Proletariats in Deutschland, Frankreich und England ereignet, so wäre – darüber besteht kein Zweifel – unsere Revolution die ‚friedlichste‘, die ‚unblutigste‘ aller auf der sündhaften Erde überhaupt möglichen Revolutionen gewesen. Diese historische Reihenfolge aber, die auf den ersten Blick die ‚natürlichste‘ und auf jeden Fall die vorteilhafteste für die russische Arbeiterklasse ist, wurde – nicht durch unsere Schuld, sondern durch den Willen der Ereignisse – gestört: anstatt das letzte zu sein, war das russische Proletariat das erste (S. 43).“

So ist es gekommen, daß der Widerstand der Klassen, die bisher in Rußland geherrscht hatten, ihr Bürgerkrieg gegen die Rätemacht verschärft und verstärkt wurde durch die Unterstützung, die ihnen das internationale Finanzkapital hat zuteil werden lassen. Genau so wie die Vendée und die Koalition des feudalen Europas 1793 die Jakobiner zur Schreckensherrschaft gezwungen hat, hat der Ansturm der Kapitalisten aller Länder in Verbindung mit dem Widerstand der entthronen Bourgeoisie in Rußland selbst [65] zur Schaffung und Schärfung der Waffen beigetragen, mit denen im Innern und nach außen Räterußland bisher sich seiner Feinde erwehrt hat, vor allem der R o t e n A r m e e.

Aber die K o m m u n e, die erste große Arbeiterherrschaft der Geschichte, kannte weder Terror noch Rote Armee, so doziert Kautsky. Trotzky geht, wie vor ihm schon Lenin und Radek, auch diesem Argument nach und zeigt, wie die Kommune, durch die Logik des Kampfes gezwungen, im Prinzip die Gewaltanwendung anerkennt, als sie nach dem Muster von 1793 einen Wohlfahrtsausschuß errichtet. Wäre sie nicht so schnell gefallen, nicht zum mindesten infolge der Kompromisse ihrer leitenden Elemente, infolge ihres Bestrebens, die Bourgeoisie zu „versöhnen“, sie wäre im Kampfe gegen T h i e r s gezwungen gewesen, die schärfsten Maßnahmen zur Unterdrückung des weißen Schreckens zu treffen. Gefallen ist die Kommune nicht, weil, wie Kautsky meint, das Kriegführen nicht die starke Seite des Proletariats ist, sondern weil die Pariser Arbeiter nicht zur Herausbildung einer eigenen Klassenarmee gekommen sind. Die Gründe hierfür legt Trotzky in einem glänzenden Vergleiche der Pariser Arbeiter von 1871 mit dem Petersburger Proletariat von 1917 dar. Hatte dieses nicht die reichen revolutionären Traditionen der Pariser Arbeiter, so hatte es dafür die revolutionäre Erhebung von 1905 und ihre grausame Unterdrückung noch frisch im Gedächtnis. Es war nicht gehindert durch die Ideologie der Demokratie, die die Pariser Arbeiter 1871 hemmte, ihre Führer zu Kompromissen trieb und dadurch den revolutionären Plan der Unterschichten lähmte. Ko kam es, daß das Militärwesen der Kommune nicht funktionierte, daß von 162.000 eingeschriebenen Nationalgardisten nur 29 bis 30.000 in den Kampf gingen, während das Petersburger Proletariat nicht nur 1917 den ersten Angriff gegen die Bourgeoisie führte, sondern 1919 noch mit seinen Fäusten Judenitsch vernichtete.

Die Erfahrungen der Kommune von 1871 sprechen – schon M a r x hat das erkannt – nicht g e g e n sondern f ü r die entschiedene revolutionäre Gewalt.

III.

Nicht in der Frage, ob Gewaltanwendung oder nicht, unterscheidet sich die proletarische Revolution in Rußland oder in Westeuropa von den bürgerlichen Revolutionen, z. B. der Schreckensherrschaft

der Jakobiner. Der Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Gewaltanwendung, den Kautskys undialekt[isch]er historischer Mechanismus nicht sieht, ist der: Die bürgerliche Gewaltanwendung ist die selbstverständliche unvermeidliche Machtgrundlage einer herrschenden Klasse, die sich als solche und damit die Klassenherrschaft erhalten will. Die proletarische Gewaltanwendung dagegen ist das Mittel, mit dem das als Klasse zur Herrschaft gekommene Proletariat den Widerstand der bisher herrschenden Klasse bricht, um nach Niederwerfung der Bourgeoisie sich als Klasse und damit die Klassenherrschaft und die Gewalt überhaupt aufzuheben.

Die Klassenherrschaft der bürgerlichen Gesellschaft, die keine Vielschreiberei Kautskys aufheben kann, ist die Ursache der Gewaltanwendung in jeder bisherigen Revolution. Wie die Gewalt und der Terror an der Schwelle der bürgerlichen Gesellschaft stehen, wie Gewalt und Terror sie auf ihrem Lebensweg begleiten, so stehen sie an ihrem Ausgang. Mit der Gewalt, der Schreckensherrschaft, begründet die Bourgeoisie als Minderheit ihre Herrschaft als ausbeutende Klasse über die breite Masse der Ausgebeuteten; mit dem in die demokratische Watte gewickelten Gewaltapparat der bürgerlichen Staatsmaschinerie erhält sie sich als Klasse; mit dem weißen Schrecken verteidigt sie ihre Ausbeuter- und Machtposition gegen den revolutionären Ansturm des Proletariats, es noch in seinem Siege [66] bedrohend und es so zur rücksichtslosen Abwehr des Terrors zwingend Schließt der Charakter der Herrschaft der Bourgeoisie als einer Klassenherrschaft, die sich erhalten will, die Gewaltanwendung als unumgängliches, für sie nicht zu entbehrendes Herrschaftsmittel geschichtlich in sich ein, so enthält dagegen die Gewaltanwendung des Proletariats als Abwehr gegen den weißen Schrecken der aus der Macht gejagten Klasse den Keim ihrer Selbstaufhebung geschichtlich in sich. Die Gewaltanwendung muß verschwinden, wenn das als herrschende Klasse organisierte Proletariat die Klassenherrschaft und damit den Staat in der kommunistischen Wirtschaft aufgelöst haben wird. Aber es kann die Klassenscheidung und damit die Gewaltanwendung – das muß immer wieder gegen die Gewaltlosen betont werden – nur dadurch verschwinden machen, daß es gegen allen Terror, gegen die Verschwörungen der Bourgeoisie im Bürgerkriege rücksichtslos seine Stellung als herrschende Klasse erkämpft und behauptet.

IV.

Daß diese These von der Selbstaufhebung der Gewalt durch die Herrschaft des Proletariats keine leere Vertröstung auf die Zukunft, sondern schon beginnende geschichtliche Erfahrung ist, das zeigt T r o t z k y in dem vielleicht schönsten Teil seines Buches, dem Kapitel VII, in dem er über die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik, und in dem Kapitel VIII, in dem er über die Probleme der Organisation der Arbeit spricht.

Im Abschnitt VII schildert Trotzky, wie das Proletariat als herrschende Klasse jene unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität erwirbt, die es nach den Worten des Spartakusprogramms gewinnen muß, wenn es den Anschlägen, Ränken und Zettelungen der Bourgeoisie wirksam begegnen will. Dadurch, daß das Proletariat zur Macht kommt, wird seine Ideologie eine andere. Die kommunistischen Samstage und der heroische Kampf der fast unbewaffneten Petersburger Arbeiter gegen die gerüstete weiße Armee Judenitschs beweisen besser als alle theoretischen Auseinandersetzungen die hohe geistige und sittliche Reife, die das russische Proletariat im Kampfe um die Macht und um die Behauptung der Macht sich erworben hat. Partei und Gewerkschaften wandeln sich in ihrer Bedeutung. Bis zur Machtergreifung waren sie Organisationen zur Vorbereitung der Revolution. Nachdem die Arbeiterklasse in den Sowjets ihre Macht als herrschende Klasse organisiert hat, übernimmt die Partei die geistige und taktische Führung in diesen Herrschaftsorganisationen, den Räten, und führt so die Revolution zum endgültigen Siege. Die Gewerkschaften werden zu den unmittelbaren Trägern der gesellschaftlichen Produktion.

So wird das russische Proletariat im Prozeß der Revolution selbst fähig, das Fachleute und das Bauernproblem, die beide der Marxscholastik Karl Kautskys so große Schmerzen bereiten, zu lösen. Trotzky zeigt, wie die Rätemacht die Fachleute sich eingliedert, ohne die Herrschaft der Arbeiterklasse dadurch zu erschüttern. Er zeigt, wie die Masse der armen Bauern durch die bewußt durchgeführte Klassenspaltung in jedem Dorf der Revolution gewonnen wurden.

Damit ist die Grundlage geschaffen, auf der der kommunistische Aufbau beginnen kann. Die Bahn ist frei für die Aufstellung und Durchführung eines Wirtschaftsplanes, für die Organisierung der Arbeit. Und zur Verwirklichung dieser gewaltigsten Tat, der Rätemacht, dient ihr das Instrument der Gewalt: die R o t e A r m e e. Sie, die die Klassenfeinde im Bürgerkrieg niedergehalten, die den Staatenkrieg durchgeführt hat, verwandelt sich in eine Armee der Arbeit. Sie, die zuerst das Problem der freiwilligen militärischen Unterordnung und Disziplin im blutigen Kampfe um die Rätemacht verwirklicht hat, verwirklicht jetzt das andere Problem das zu lösen das kapitalistische Deutschland und die anderen kapitalistischen [67] Staaten vergeblich sich bemühen, die freiwillige Arbeitsdisziplin im Dienste des wirtschaftlichen Aufbaues. So wird das Werkzeug der Gewalt im Gang der proletarischen Revolution zum Mittel, die Gewalt überflüssig zu machen durch die Verwirklichung der kommunistischen Wirtschaft, die die Klassen verschwinden macht.

Die Tatkraft, die Kühnheit des russischen Proletariats, das allen Leiden zum Trotz an die Verwirklichung des Kommunismus geht, widerlegt alle Bedenklichkeiten und Verleumdungen Karl Kautskys und seiner Schüler. Ihre beste theoretische Widerlegung ist der in die Tat umgesetzte revolutionäre Marxismus, wie ihn uns Trotzkys Buch aufzeigt. So kann sich Trotzky damit begnügen, in einem Schlußkapitel alle die Wortführer des Kautskytums mit ein paar glänzenden Florettstößen abzutun. Wie er die Renner, Otto Bauer, Max und Fritz Adler und Hilferding mit wenig Worten charakterisiert und erledigt, gehört zu dem Besten, was über die Austromarxisten, die Blüte des Kautskyanertums, geschrieben worden ist. Nur e i n Vorbehalt wäre zu machen: wenn T r o t z k y von Hilferding sagt, er habe ein gutes Buch geschrieben, so ist darauf zu erwidern, daß Hilferdings „Finanzkapital“ den theoretischen Problemen des Imperialismus ebenso ausweicht, wie Hilferdings praktische Politik den Problemen der proletarischen Revolution. Theoretisch sind die Probleme des Imperialismus nicht von Hilferding, sondern von R o s a L u x e m b u r g in der „Akkumulation des Kapitals“ und der „Antikritik“ gelöst worden; und praktisch hat die russische Revolution, hat Trotzkys Buch selbst die menschewistischen Redensarten Hilferdings, die er eben erst wieder in Halle zu einem theoretischen System zusammengefügt hat, schlagend widerlegt.

Das russische Proletariat hat, über alle Aengstlichkeiten und Feigheiten des Menschewismus sich hinwegsetzend, das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, hinter dem die Gewaltlosen aller Länder bänglich sich versteckt haben, zu seinen Gunsten geändert. Trotzkys Buch zeigt, wie das russische Proletariat dabei verfahren ist. Mögen die deutschen Arbeiter aus diesem Buche lernen, wie sie zu handeln haben, damit sie mit ihrem Klassenfeind fertig werden und mit Räterußland zusammen den Kommunismus aufbauen können. E. L u d w i g.

*

Karl Vorländer. Marx, Engels und Lassalle als Philosophen. Stuttgart 1920. J. H. W. Dietz Nachf.

Karl Vorländers kleine Schrift hat ihre Verdienste. Sie beruht auf genauer objektiver Kenntnis des gesamten Materials. Sie versteht es prächtig, und in flüssiger Schreibweise, die philosophische Entwicklung Marx’ und Engels’ einerseits, Lassalles andererseits zu zeichnen, schildert klar die Zusammenhänge mit der klassischen deutschen Philosophie, vor allem mit dem gewaltigen Denken Hegels, und betont die prachtvolle Logik der Entwicklungslinie – einer Linie von unpersönlicher, gleichsam symbolischer Bedeutung –, die die beiden Dioskuren vom reinsten Idealismus, vom Hegeltum über die geistige Atmosphäre der Bruno Bauer, Feuerbach usw., schließlich zur gemeinsamen Ausbildung des historischen Materialismus kommen läßt. Lassalle andererseits, sehen wir, ist Zeit feines Lebens eigentlich nicht einmal Jung-Hegelianer, sondern bleibt Alt-Hegelianer, wird von dem ihm am meisten verwandten Geist Fichtes aufs lebhafteste angezogen und muß deshalb immer in einem gewissen Gegensatz zu den Dioskuren stehen. Doch das Feuer der Aktivität und das politische Handeln führt ihn dazu, die ökonomischen Tatsachen in eigenartiger Verschmelzung in sein philosophisches Denken aufzunehmen und so der deutschen Arbeiterschaft vom marxistischen Sozialismus das zu bringen, was sie bei ihrem damaligen Reifestadium auffassen konnte. Lassalle ist ganz dramatische [68] Persönlichkeit, Feuer und Geist, er ist einmalig – Marx und Engels überwinden völlig das idealistische Denken, das sich im historischen Materialismus „aufhebt“; ihr wissenschaftliches Werk, das

sich immer mehr von der Abstraktion weg und zur Bloßlegung der konkreten ökonomischen und soziologischen Gesetze hinwendet, ist von größerer Ausbildung und gewaltigerer Tragweite, ist allgemeingültiger, ist unpersönlicher. Der Gegensatz ist in der Verschiedenheit der philosophischen Prinzipien begründet, sie wirken sich verschiedenartig aus.

Vorländer ist genauer Kenner von Kant und Marx. Die genetischen Zusammenhänge sind überall mit größter Objektivität analysiert. Aber Vorländer sieht auch den Neu-Kantianern (Nur-Kritizisten) und ihrer verworrenen Haltung zum Sozialismus mindestens nahe. So kommt er zu Konsequenzen, mit denen wir nicht einverstanden sein können. Er kritisiert bedauernd das mangelnde Verständnis Marxens und Engels für eine formale „absolute", kurz, Kantische Ethik. Er wünscht ferner (der Kantkenner!) eine Verbindung des Marxismus mit erkenntnis-kritischer, kantischer Grundlegung. Seine Einstellung läßt ihn auch im Kapitel über „Engels letzte Modifikationen des historischen Materialismus" den gewissen formalen Gegensatz zwischen den Aeußerungen des älteren Engels und den ursprünglichen Formulierungen, die unserer Meinung nach durchaus organisch zusammenstimmen, sicher zu sehr überspannen. Zum Schluß rühmt er die Verdienste, die einerseits Männer wie Hermann Cohen und Natorp, andererseits wie Kurt Eisner, Max Adler und Otto Bauer („politisch links wie politisch rechts gerichtete in trautem Verein" Seite 81) um die philosophische Grundlegung des Sozialismus hätten. Zwar hat sich Vorländer unseres Wissens stets vom revisionistischen Schlachtruf: „zurück zu Kant" ferngehalten, aber hier liegt mehr als ein bloßer Methodenstreit vor. Hier spiegelt sich in feinster Form etwas von der geistigen Atmosphäre einer abgelaufenen opportunistischen Aera wider. Andererseits sind die aufgeworfenen Probleme durchaus von Bedeutung. Nur liegt ihre Lösung unseres Erachtens in anderer Linie. Der Marxismus ist ungeheuer entwicklungsfähig. Auf dem (Gebiet der allgemeinen Geschichtsbetrachtung stehen gewaltige Aufgaben bevor. Das Wenigste erst konnte geleistet werden. Die marxistische Soziologie kann ein geschmeidiges, geschärftes Instrument zur Analyse der feinsten und verwickeltsten Beziehungen zwischen ökonomischen und ideologischen Formen des gesellschaftlichen Lebens werden. Durch solche wissenschaftliche Arbeit selbst weiter entwickelt, wird die Soziologie plastische Bilder, scharfe Linien, klare kausale Zusammenhänge der ökonomischen Epochen, der sozialen Schichtungen, Psychologien, philosophischen, religiösen und anderen Denkformen für die gesamte Geschichte der primitiven und der Klassengesellschaften geben können. Dabei erst wird sich die materialistische Soziologie mit ihren methodischen Grundthesen weiter entwickeln, abgrenzen, ausbreiten und endgültig konstituieren. In der blauen Luft der Abstraktion wird der Streit um die Methoden dem der mittelalterlichen Scholastiker gleichkommen, die zu berechnen versuchten, wieviele Erzengel auf einer Nadelspitze Platz hätten. – Aber wann wird sich diese ungeheure wissenschaftliche Arbeit ermöglichen? Erst in einer einigermaßen gefestigten und mit Ruhe gesättigten kommunistischen Gesellschaft wird die Muße zu solcher Tätigkeit gegeben sein. Einstweilen hat die Historie ihren revolutionären Jüngern nicht die Kontemplation, sondern das H a n d e l n aufgetragen – und wir sind es zufrieden. Wie sagt doch der 23 jährige Karl Marx? „Was innerliches Licht war, wird zur verzehrenden Flamme, die sich nach außen wendet". Nun wohl, die Jahrzehnte historischer Vorbereitung sind zu Ende, die „verzehrende Flamme" hat längst begonnen als ein Steppenfeuer die kapitalistischen Länder zu durcheilen. Sie wird das Ihre tun. [69]

Eingegangene Schriften.

K. P. D. Propaganda Nr. 15. Herausgegeben von der Zentrale der K. P. D.

Inhalt: Der Sozialisierungsschwindel. Zur Aufhebung der Zwangswirtschaft von Fleisch und Kartoffeln. (Haltung der Partei zur Aufhebung der Zwangswirtschaft.) ..... Preis 1,25 Mk.

K. P. D. Propaganda Nr. 16. Herausgegeben von der Zentrale der K. P. D.

Inhalt: Zur Landagitation (Richtlinien, Aus dem Deutschen Landarbeiterverband, Von der Landwirtschaft, Die Rüstungen der Junker, Landarbeiter und Revolution). Zur Frauenagitation. Wirtschaftliches (Arbeitslosenfrage, Steigender Gewinn bei fallender Produktion, Zur Aufhebung der Zwangswirtschaft) ..... Preis 1,25 Mk.

K. P. D. Propaganda, Sondernummer zum 7. November 1920. Herausgegeben von der Zentrale der K. P. D. (1 Vortragsplan) ..... Gratis.

Die Kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale. Manifest des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Herausgegeben vom Verlag der Kommunistischen: Internationale ..... Preis 1,– M.

Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 14. und 15. April 1920 Preis 4,50 M.

Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale. Beschlossen vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale Moskau, vom 17. Juli–7. August 1920. Herausgegeben vom Verlag der Kommunistischen Internationale ..... Preis 2,50 Mk.

S i n o w j e w , Was die Kommunistische Internationale bisher war und was sie nun werden muß. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg. ..... Preis 1,– Mk.

Das ABC des Kommunismus. Von A. B u c h a r i n und E. P r e o b r a s c h e n s k y. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien. .....Band I Preis 4,– Mk.

.....Band II eben Preis 4,– Mk.

Die Textilarbeiter in Sowjetrußland. Verlag A. Seehof u. Co., Berlin C. 54. ..... Preis 1,25 Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 11. Churchill als Verschwörer. (Golowins Memorandum an Sasanow.) ..... Preis 0,50 Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 12. A. B o g d a n o w: Was ist proletarische Dichtung? ..... Preis 0,50 Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 13/14. N. Lenin: Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht ..... Preis 1,– Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 15/16. L. Trotzki: Die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik ..... Preis 1,– Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 17. Die Tätigkeit des Allrussischen Metallarbeiter-Verbandes in den Jahren 1917–1920. ..... Preis 0,50 Mk.

[70]

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 18. Die Probleme der Sowjetukraine. (L e n i n: Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine. C. R a k o w s k i: Die Beziehung zwischen den Sowjetrepubliken. Mich. P a w l o w i t s c h: Die Ukraine als Objekt der internationalen Gegenrevolution) ..... Preis 0,50 Mk.

Die Kommunistische Internationale Nr. 12. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg . Preis 7,50 Mk.

Festzeitschrift. Der 7. November. 1917–1920. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) ..... Preis 0,60 Mk.

G. S i n o w j e w und A. L o s o w s k i: „Wer beleidigt das deutsche Proletariat?“ Offener Brief an die deutschen Arbeiter. Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig ..... Preis 0,50 Mk.

„Offener Brief an die Arbeiter Englands.“ Von der Russischen Gewerkschaftsdelegation. Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig Preis ..... 0,59 Mk.

Leitsätze für politische Arbeiter. Leitsätze für Betriebsräte. Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.

[71]

Anhang.
Beschlüsse des Kommunistischen Parteitags.

(2. bis 5, November 1920.)

[72]

Resolutionen:

Ueber die internationale Lage.

Der Abwehrkrieg Sowjetrußlands gegen Polen hat nicht zu seinem Ziele geführt: der Entwaffnung Polens. Weite Gebiete von vorwiegend russischer Bevölkerung bewohnt, müssen von Sowjetrußland der polnischen Bourgeoisie und Junkerherrschaft überlassen werden.

Die gegenwärtige polnische Regierung hat bereitwilligst diese Gebiete angenommen, um selbigen Tages ihre Friedensverpflichtungen zu brechen. In den trotz aller heuchlerischen Versicherungen von Polen unterstützen Handstreichen von Zeligowski, Balachowitsch und Petljura, durch die Armee von Wrangel führt Polen den Krieg weiter.

Hinter Polen sieht Frankreich. Frankreich hat den Angriff Polens gegen Sowjetrußland mit Menschen und Waffen organisiert. Es hält und unterstützt Wrangel, es versucht, Ungarn und die sogenannte kleine Entente zusammenzuschließen zu einem Ring gegen Sowjetrußland.

Frankreich ist durch den Versailler Vertrag sowie durch ökonomische Abhängigkeit aufs Engste mit England verbunden. Trotz mancher scheinbaren Differenzen vertritt Frankreich in diesen Dingen die Gesamtinteressen des westeuropäischen Kapitalismus. Im Kampfe auf den Schlachtfeldern Europas um Rußland steht dieses dem russischen Proletariat gegenüber.

Deutschland, wenn auch aufs tiefste geschlagen und heute selbst das Opfer des westeuropäischen Imperialismus, schlägt sich auf die Seite des westeuropäischen Kapitalismus. Die Ausweisung der russischen Genossen aus Deutschland, die verschärfte Absperrung von Rußland, bedeutet die Kampfansage: die Unterstützung Wrangels, die offene Kriegserklärung an Sowjetrußland. Die deutsche konterrevolutionäre Politik scheut vor einem Zusammengehen mit dem westlichen Imperialismus auch nicht zurück in einem Augenblick, in dem dieser darauf ausgeht, den Rest des deutschen Staates durch Abspaltung von Bayern noch weiter zu zersplittern.

In dieser Situation ist der Kampf Sowjetrußlands an seinen westlichen Grenzen, wie zumal der Kampf gegen England in Mittel- und Kleinasien, der Kampf gegen den westeuropäischen Imperialismus überhaupt. Sowjetrußland vertritt in seinem Kampfe das Interesse aller von diesem unterdrückten Klassen und Nationen. Der Kampf ist nicht nur ein Kampf für die Aufrechterhaltung der russischen Sowjetrepublik, sondern für die Befreiung dieser Klassen und Nationen. Es ist das Lebensinteresse der Proletarier aller Länder, in diesem Kampfe Rußland durch die Tat zu unterstützen.

Das deutsche Proletariat hat in dem letzten akuten Stadium dieser weltpolitischen Krise im Juli und August 1920 versagt und seine Aufgaben nicht erkannt. Es ist die Aufgabe der Partei, diese Zusammenhänge dem Proletariat aufs eindeutigste darzulegen und es zu befähigen, bei kommenden Krisen mit kräftigen Aktionen seine Solidarität zu bekunden.

Zentrale K. P. D.

[73]

Zur innerpolitischen Lage.

Die innere Lage Deutschlands charakterisiert sich durch Folgendes:

Wirtschaftlich schreitet der Auflösungsprozeß voran. Die scheinbare Hochkonjunktur und Prosperität vom vergangenen Jahre ist in eine schwere Krise umgeschlagen, die an sich die ganze Welt umfaßt, in Deutschland aber durch Teuerung, Arbeitslosigkeit, Lebensmittel- und Warenmangel verschärfte Formen annimmt. Der Kapitalismus steht dieser Krise, die allmählich zur Zerstörung des gesamten

Produktionsapparates führen muß, hilflos und ohne auch nur den Versuch einer Besserung zu machen, gegenüber.

Politisch führt diese Entwicklung in Verbindung mit der weltpolitischen Situation dauernd zu einer Verschärfung der revolutionären Krise.

Die Konterrevolution bewaffnet sich. Unbekümmert um den von ihr abgeschlossenen Friedensvertrag und die Entwaffnungsgesetze behält sie die Waffen. Sie behält die Einwohnerwehren und die Zeitfreiwilligenorganisationen. Sie baut neue bewaffnete Organisationen (Orgesch) usw.) auf, die für alle inner- und außenpolitischen Zwecke der Bourgeoisie dienen sollen. Gestützt auf diese Machtfaktoren glaubt die Bourgeoisie durch einen gesetzlichen Ausnahmezustand die kommunistische Bewegung zerstören zu können. Gestützt auf diese Machtpositionen glaubt die Bourgeoisie, der Stütze durch die Sozialdemokratie, deren sie in den ersten kritischen Zeiten der Revolution bedurfte, entbehren zu können. Ganz entsprechend den Vorgängen in anderen Ländern schwindet der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Regierung täglich.

Demgegenüber beginnt auch in den Reihen des Proletariats der Prozeß der Konzentration. Die Spaltung der U. S. P. bedeutet ein Bekenntnis großer proletarischer Massen zum Kommunismus und schafft die Voraussetzung für die Bildung einer großen revolutionären kommunistischen Partei. Die Gegensätze innerhalb des Proletariats sind damit auf den einen großen Gegensatz: Revolution oder Reformismus reduziert.

Die Kommunistische Partei hat in dieser Situation folgende Aufgaben:

1. Die aus der inner- wie außenpolitischen Situation sich ergebenden Krisen zu revolutionären Aktionen auszunützen.

2. Den Kampf des Proletariats gegen die Zerstörung der Wirtschaft durch die Bourgeoisie durch die Betriebsräte zu organisieren und zu führen.

3. Innerhalb der Arbeiterschaft die Arbeit für die revolutionäre Konzentration mit allen Kräften zu fördern und den Kampf gegen den Sozialreformismus in allen seinen Pflanzstätten (Sozialdemokratie, rechte U. S. P., Gewerkschaften) zu führen. Zentrale K. P. D.

Leitsätze für die politischen Arbeiterräte.

I.

Der Staat ist der Machtapparat der herrschenden Klasse. Im kapitalistischen Staat hat sich die Bourgeoisie organisiert und eine bewaffnete Macht, die Reichswehr, Sipo, die Polizei zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft geschaffen. Im kapitalistischen Staat hat die Bourgeoisie die Gesetzgebung, die Gerichte, die Gefängnisse, die Schule, die Kirche und tausend andere Beeinflussungsmittel in den Dienst der Erhaltung ihrer Macht gestellt und wendet alle diese Mittel rücksichtslos gegen die Arbeiterklasse an.

Die wirtschaftliche Krise des Kapitalismus verschärft sich von Tag zu Tag. In Deutschland steigt die Zahl der Arbeitslosen, die Zahl der Wohnungslosen, die Zahl der verkürzt Arbeitenden, steigen Not und Elend der Besitzlosen ins Unerträgliche.

Die Produktion stockt, die Grundlagen der Produktion werden zerstört, Fabriken um Fabriken werden stillgelegt, abgebrochen und ins Ausland verschachert. Die Rückwandlung des Industriekapitals in seine Ausgangsform, Handels- und Wucherkapital, ist bereits soweit vorgeschritten, daß der Kapitalteil, der in Fabriken und Maschinen festgelegt war, flüssig gemacht und von dem Privateigentümer in Sicherheit gebracht wird.

Die Versuche seitens der Betriebsräte, der Zerstörung der Produktionsmittel die Kontrolle der Produktion entgegenzustellen, stoßen überall auf die organisierte Staatsmacht der Kapitalisten, auf die Gesetze, die den kapitalistischen Privateigentümern das Recht geben, die Produktion weiter zu zerstören.

Betriebsräte, die den Abbruch der Maschinen hindern, werden bestraft. Unternehmer, die Produktionsmittel zerstören, geschützt. Die ökonomischen Kämpfe, die die immer mehr verelendende Arbeiterschaft um ihre nackte Existenz in Gestalt von Lohnkämpfen, als Kämpfe um die Kontrolle der Produktion führt, spitzen sich immer mehr zu und werden von der kapitalistischen Staatsmacht mit allen Mitteln niedergehalten, sie schlagen um in Kämpfe um die Beherrschung der Staatsmacht, werden p o l i t i s c h e K ä m p f e. [75]

II.

Die Staatsfinanzen sind im Stadium des latenten Bankrotts. Die zerstörten Produktionsmittel der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft sind nicht nur vernichtet, sondern lasten wie ein Gespenst in Gestalt der Schuldtitel der Bourgeoisie auf der Arbeiterklasse.

Die vernichtete Kaufkraft des Geldes ist mit eine Folge dieses Bankrotts. Der zehnprozentige Steuerabzug ist der Versuch, den offenen Bankrott hinauszuschieben. Die Arbeiterschaft rebelliert dagegen wie in Stuttgart, weigert sich, die Steuern abziehen zu lassen, die Regierung schließt im Bunde mit den Unternehmern die Arbeiter aus den Betrieben, besetzt die Betriebe mit Reichswehr und Sicherheitspolizei, läßt die Arbeiter in die Gefängnisse und Zuchthäuser werfen, der Kampf gegen den Steuerabzug schlägt, auf die Spitze getrieben, um in einen Kampf um die politische Macht. [75]

III.

Die Sozialdemokraten, die abhängigen wie die unabhängigen, und die Gewerkschaftsführer stützen diese Politik. Sie fallen der gegen diese Zustände kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken und sind übergelaufen ins Lager der Gegenrevolution. Den revolutionären Kampf um die Kontrolle der Produktion fälschen diese Politikanten um in einen Sozialisierungsschwindel, der den Arbeitern einredet, die Sozialisierung der Bergwerke als „reife Betriebe“ sei möglich, mit und durch die Unternehmer. Die Arbeiter nehmen die Sozialisierung ernst und führen den aktiven Kampf gegen die Unternehmer, indem die Arbeiter Besitz ergreifen von den Bergwerken, die Unternehmer entfernen und die Bergwerke leiten durch die zentral zusammengefaßten Betriebsräte. Die Regierung Scheidemann-Noske schlägt die Ruhrbergleute blutig nieder, greift als Staatsmacht der Kapitalisten ein, mit Schandgericht, gesetzlichen und ungesetzlichen Arbeitermorden und Zuchthausstrafen. Der ökonomische Kampf um die Sozialisierung scheitert an den Machtmitteln des kapitalistischen Staates, wird zum politischen Kampf.

IV.

Die Arbeitslosen kämpfen mit den Betriebsräten um ihre Eingliederung in den Produktionsprozeß und Sicherung ihrer nackten Existenz. Die Regierungen aller Länder, ganz gleich, ob rein bürgerlich oder sozialdemokratisch, haben kein Geld für die „unproduktiven Zwecke“ einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung, keine Macht gegen die Unternehmer, die die Betriebe schließen, Maschinen abbrechen und die Arbeitslosen oder verkürzt Arbeitenden zur Verzweiflung treiben. Diese Regierungen als Machtorgane der Kapitalistenklasse haben aber Geld zur Bezahlung der Reichswehr, der Grünen und Blauen und benutzen ihre bewaffnete Macht zum Niederschlagen der Arbeitslosen. Der Kampf um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird so zum politischen Kampf um die Diktatur des Proletariats, um den Produktionsprozeß im Interesse der Arbeiterklasse umbauen zu können.

V.

Die unter der Wohnungsnot und der Lebensmittelnot leidenden Massen, die den Kampf um die Beseitigung dieser Nöte beginnen, stoßen überall auf die Schranken der kapitalistischen Staatsmacht, die die Kämpfenden überall niederhält, wo das Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse gefährdet ist. Der Kampf gegen diese Nöte wird zum politischen Machtkampf.

VI.

Dass Bürgertum, einerseits bedroht durch die zunehmende Kampfstimmung der Arbeiterschaft und andererseits bedroht durch den Friedensvertrag von Versailles, seine legale bewaffnete Macht zu vergrößern, hat sich neben der von allen unsicheren Elementen gereinigten Reichswehr und Sipo in der

Orgesch, den Bürgerwehren und Selbstschutzorganisationen bis auf die Zähne illegal bewaffnet. Das Proletariat ist rücksichtslos entwaffnet worden und die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats ist ein politischer Kampf um die Macht. [76]

VII.

Der Zusammenbruch des Kapitalismus ist im breitesten internationalen Rahmen eine Tatsache geworden, die fortwährend zu größten weltpolitischen Kämpfen der imperialistischen Weltmächte untereinander, sowie aller kapitalistischen Mächte gegen das Kraftzentrum der Weltrevolution, gegen Sowjetrußland, führt. Der Krieg Polens und Wrangels gegen Sowjetrußland, die diplomatischen Intrigen Frankreichs und Englands zur Bildung einer konterrevolutionären Front von Bayern, Horthy-Ungarn, Tschechoslowakei, Deutschösterreich und Rumänien, das Bündnis mit Ludendorffs, Horthy, Kramarsch, Averesku und der österreichischen Christlichsozialen zur Niederwerfung Sowjetrußlands und zur Niederwerfung der revolutionären Bewegung in den eigenen Ländern ist ein politischer Machtkampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat im Weltmaßstab. Die Vernichtung Sowjetrußlands würde die größte Niederlage des Proletariats jedes Landes bedeuten, weil die Arbeiter- und Bauernmacht in Räterußland die größte Macht, die einzige als Staatsmacht organisierte proletarische Kraft in der ganzen Welt darstellt.

Der Kampf gegen Räterußland ist also ein Kampf gegen uns selbst, gegen unsere Macht, ist ein Kampf um die proletarische Macht im Weltmaßstab.

VIII.

Der Kampf des Proletariats, der beginnt als Kampf um die nackte Selbsterhaltung des Proletariats und anfangs schwächlich, voller Halbheiten und zersplittert ist, kann nur enden mit der Beseitigung der kapitalistischen Staatsmacht, mit der Machtergreifung des Proletariats und Verwirklichung der Diktatur des Proletariats, zur Befreiung von allen Nöten, die die Arbeiterklasse in diesen Kampf zwingen.

Die Diktatur des Proletariats ist notwendig zur Vernichtung all der Widerstände, die das Proletariat hemmen, die Wirtschaft neu aufzubauen im Sinne des Kommunismus, im Interesse der gesamten besitzlosen Klasse, im Interesse der Menschheit überhaupt.

Indem das Proletariat sich befreit von der Beherrschung durch die kapitalistische Staatsmacht und von der kapitalistischen Ausbeutung, hebt es jede Herrschaft, jede Ausbeutung endgültig auf. Die Periode der Diktatur des Proletariats kann nur solange anhalten, als die Versuche, die kapitalistische Herrschaft neu zu errichten, andauern. Kein Mensch weiß heute, wie lange diese Periode dauern wird, jeder Einsichtige begreift jedoch immer mehr, daß dies das einzigste Mittel ist, aus dem Niederbruch des Krieges herauszukommen.

Der ökonomische Kampf wird geführt durch die Gewerkschaften und die Betriebsräte. Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, der unter den hundertfältigen Formen dieser Nöte leidenden Arbeiterschaft den Weg zur Befreiung zu zeigen.

Solange diese Kräfte nicht ausreichen, den Kampf um die Eroberung der Macht aufzunehmen, genügen zu ihrer Führung die Betriebsräte, weil diese Kämpfe in dem ersten Stadium vorwiegend ökonomischer Natur sind.

Je mehr jedoch diese Teilkämpfe an den Gegenwirkungen der kapitalistischen Staatsmacht scheitern und dadurch in der Arbeiterschaft der ernste Wille erwacht, den Kampf um die politische Macht aufzunehmen, je mehr vor allem der Klassenkampf zwischen Weltproletariat und Weltbourgeoisie entbrennt, und das [77] oder die Kraftzentren des Proletariats aus der Verteidigung zum Angriff übergehen, ist es an der Zeit, durch die Wahl von politischen Arbeiterräten die revolutionär um die politische Macht kämpfenden Arbeitermassen zu sammeln und zum Sturm auf die kapitalistische Staatsmacht anzusetzen.

Die politischen Arbeiterräte können ihre Kraft nur entfalten, wenn hinter ihnen stehen die wirklich revolutionär handelnden Arbeiter. Das beweist die Geschichte der politischen Arbeiterräte in Rußland und Deutschland. In der Zwischenzeit ist es Aufgabe der Kommunistischen Partei, den Zweck, die Aufgaben und die Bedeutung der politischen Räte zu propagieren.

*

Die Aufgaben der Betriebsräte.

Die Betriebsräte entstanden nach Zusammenbruch des Krieges 1918 in unmittelbarer Anknüpfung an die Vertrauensmänner-Körperschaft der Gewerkschaften. Sie benützten die in der Verwirrung des Zusammenbruchs erlangte Erweiterung der formalen politischen Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse zur Erreichung größerer wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit in den Betrieben. Mit dem Sieg der Konterrevolution wurde auch der Einfluß der „wilden“ Betriebsräte wieder zurückgedrängt. Die Gewerkschaftsbürokratie verwandelte sie im Bunde mit der siegreichen Konterrevolution in Organe der Arbeitsgemeinschaft. Das Betriebsrätegesetz weist ihnen die Aufgabe des Antreibers und Wachhundes für das kapitalistische Unternehmertum zu. Die Betriebsrare müssen aber Organe der sozialen Revolution werden. Sie müssen im Kampf um den kommunistischen Aufbau die Aufgabe des Pioniers übernehmen. Die Betriebsräte haben die Aufgabe, den Kampf um die Kontrolle der Produktion zu organisieren und zu leiten. Das kann nur durchgeführt werden in enger Verbindung mit den Gewerkschaften und Genossenschaften, setzt jedoch die schärfste Ablehnung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft, der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, wie ihn die Gewerkschaftsbürokratie bislang vertritt, voraus. Für die Durchführung der Kontrolle der Produktion sind folgende Aktionen sofort erforderlich:

1.

Allgemeine und vollständige I n v e n t u r a u f n a h m e, Feststellung und Erfassung aller Rohstoffe, Hilfsstoffe und Produktionsmöglichkeiten.

a) Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß.

b) Unterstützung der Arbeitslosen zum vollen Lohnsatz der Arbeitenden auf Kosten der Unternehmer. Die Betriebsräte haben die Besteuerung der Unternehmer ihrer Industriegruppe zur Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel zu organisieren.

c) Die Konsumenten-Organisationen haben den Bedarf der arbeitenden Massen festzustellen und mit den Betriebsräten die Lieferung und Versorgung durchzuführen.

2.

Organisation der Kohlenverteilung

zum Aufbau der zerstörten Wirtschaft, zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiterklasse. (Fabriken und proletarische Haushalte.) [78]

a) Zur Lebensmittelversorgung.

b) Zur Produktion der Bedarfsgegenstände, an denen die arbeitenden Massen Mangel leiden.

c) Zur Lösung der Wohnungsnot der besitzlosen Bevölkerung (Baumaterialienproduktion, Wohnungsbau, Reparaturen).

3.

Einstellung aller unproduktiven Arbeit:

a) Ausschaltung der Waffen- und Munitionsproduktion,

b) der Luxusproduktion.

4.

Transportkontrolle:

Verhinderung der Belastung des Transports zu unproduktiven Zwecken.

a) Waffen, Munition und Soldaten.

b) Verhinderung der Kapitalausfuhr und Ausfuhr abgebrochener Produktionsmittel.

c) Verschiebung von Nahrungsmitteln ins Ausland und zu Spekulationszwecken.

Aufstellung eines Transportkalenders zur vorzugsweisen Beförderung folgender Güter:

a) Lebensmittel zur Massenversorgung.

b) Kohle und andere Roh- und Hilfsstoffe für die Produktion.

c) Beförderung der arbeitenden Bevölkerung.

5.

Ein- und Ausfuhrkontrolle:

a) Einfuhr von unentbehrlichen Produkten zur Erhaltung der arbeitenden Bevölkerung und Aufrechterhaltung der Produktion.

b) Verhinderung der Luxuseinfuhr.

c) Verhinderung der Verschiebung von Lebensmitteln, Kapital und Produktionsmitteln.

6.

Finanzkontrolle:

a) Feststellung des Geldkapitals der Unternehmungen. Ueberwachung des Bankverkehrs, Verhinderung der Geldschiebungen und Spekulationen.

b) Kontrolle der Banken und der Börsentätigkeit.

7.

Kontrolle der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung:

a) Unmittelbare Verbindung der Kleinbauern und Landarbeiter mit den Betriebsräten der Industrie, des Handels und Verkehrs zur wechselseitigen Versorgung mit Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Industrie.

b) Betriebsräte, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften einerseits, die Gutsräte der Landarbeiter und Kleinbauernkomitees andererseits bilden gemeinsame Kommissionen, die regeln und kontrollieren: [79]

1. die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse,

2. die Preise der industriellen Erzeugnisse und Handelswaren, deren die ländliche proletarische und kleinbäuerliche Bevölkerung bedarf gemeinsam festsetzen,

3. die wechselseitige Belieferung der Arbeiter und Angestellten mit Lebensmitteln, der Landarbeiter und Kleinbauern, Tagelöhner, Händler usw. mit Kleidung, Schuhwerk, Hausgerät, Kolonialwaren, Ackergerät, landwirtschaftlichen Maschinen, mineralischem und anderem Kunstdünger, Futtermitteln usw.

8.

Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland.

a) Herbeischaffung von Aufträgen.

b) Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln.

c) Austausch von Arbeitskräften.

Alle diese Aufgaben sprengen das Betriebsrätegesetz und sind keine neuen Aufgaben der Gewerkschafts-Statistik, sondern sind nur durchzuführen im lebendigen revolutionären Kampf um die

Erweiterung der Macht der Betriebsräte. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion muß einmünden in den Kampf um die Eroberung der politischen, Macht durch die arbeitenden Massen, in die Leitung der Produktion durch das Proletariat, zu der die Organe des proletarischen Staates, die politischen Arbeiterräte, Bezirks-, Industriegruppen- und Wirtschaftsräte mit den Betriebsräten zusammenwirken.

Zur Organisation der Betriebsräte.

Die Betriebsräte haben die Ausgabe, die Kräfte des gesamten Proletariats zum Kampf um die Kontrolle und Uebernahme der Produktion zu organisieren. Diesem Zweck muß die Organisationsform angepaßt sein. Der Kapitalismus übt seine Herrschaft doppelt aus: Er unterwirft sich die Menschen durch sein Besitzmonopol über die Produktionsmittel, macht sie in ihrer Existenz von sich abhängig und unterwirft sie so seiner Ausbeutung. Das Kapital beherrscht kraft seiner Macht über den Produktionsprozeß auch die Staatsorganisation, ganz gleich, welche Staatsform, Monarchie oder bürgerlich-demokratische Republik, besteht. Er regiert entweder selbst oder unterwirst jede Regierung seiner Macht, indem er sie in Abhängigkeit zu sich bringt, und zwar solange sein Besitzmonopol über die Produktionsmittel bestehen bleibt.

Die Betriebsräte führen den Kampf gegen die ökonomische Macht der Bourgeoisie, weil sie heute zum völligen Verfall der Wirtschaft, Abbruch der Produktionsmittel, Massenarbeitslosigkeit und Massenelend führt, Aufgabe der Betriebsräte ist es, die sachkundige einheitliche Leitung zum Kampf gegen die Zerstörung der Wirtschaft durch die kapitalistische Herrschaft zu führen. Die Organisationsform der Betriebsräte muß deshalb die größte Beweglichkeit und Anpassung „aufweisen.

Die in dem Entwurf des Gewerkschaftsbundes und der Afa übernommene Gliederung und Zusammenfassung der Betriebsräte in Industriegruppen, Wirtschaftsbezirke und Reichszentrale muß beibehalten werden. Die Bevormundung der Betriebsräte durch die Gewerkschaftsbürokratie, die die Betriebsrätezentrale dem Gewerkschaftsbund und der Afa übertragen will, die in den Unterbezirken die Betriebsräte durch die Gewerkschaftsbürokratie majorisiert, muß unter allen Umständen abgelehnt werden.

[80] Die Beschränkung in der Zusammenfassung auf die freigewerkschaftlichen Betriebsräte ist ebenfalls nur der Ausfluß des Versuchs der Gewerkschaftsbürokratie, die Betriebsräte zu Organen der Arbeitsgemeinschaft zu machen und, wie das Betriebsrätegesetz; es will, zu Organen der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und Besitzverhältnisse herabzuwürdigen. Da die Betriebsräte Organe des revolutionären Kampfes sein müssen, gilt es, alle Betriebsräte zu diesem Kampf zusammenzufassen, unabhängig von ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit. Eine Verschmelzung der Betriebsräte und Gewerkschaften scheitert gegenwärtig noch an der Zersplitterung der Gewerkschaften in 54 Berufsverbände. Erst wenn die Arbeiter ihren Zunfts- und Berufsdünkel überwunden und ihre Berufsverbände zu mächtigen Industrieverbänden umgeschaffen haben, die auf den Betrieben. aufgebaut sind, ist die organisatorische Vorbedingung für die Vereinigung von Gewerkschaften und Betriebsräten gegeben.

Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften die revolutionären (?) Tendenzen ihrer Bürokratie überwinden, wie sie bewußt zu Organen der Revolution werden, können die Betriebsräte und Gewerkschaften zusammen verschmelzen. Heute muß neben der Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften zur Erledigung der gewerkschaftlichen Funktionen die selbständige Zusammenfassung der Betriebsräte durchgeführt werden, Die Finanzierung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften ist wegen ihrer notwendigen engen Zusammenarbeit anzustreben. In den Fällen, wo wegen der arbeitsgemeinschaftlichen Politik der ausschlaggebenden Gewerkschaftsbürokratie die Betriebsräte gehindert werden, ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen, müssen jedoch die Betriebsräte zur selbständigen Finanzierung übergehen. Im gesteigerten revolutionären Kampf wird es Aufgabe der Betriebsräte sein, dem kapitalistischen Unternehmertum die Kosten aufzubürden.

Auch die Organisationsform der Betriebsräte ist keine Organisationsschematik, sondern ein lebendiger Kampf um Inhalt und Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften. In dem Umfange, in dem

es gelingen wird, die Gewerkschaften zu revolutionieren und von dem Geist der Harmonieduselei zwischen Kapital und Arbeit, wie er heute noch in der Gewerkschaftsbürokratie vorherrscht, freizumachen, nur in diesem Umfange wird möglich sein, den Betriebsräten und Gewerkschaften die Organisationsform zu geben, mit der sie imstande sind, ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Der lebendige Kampf um die Befreiung der notleidenden Arbeiterklasse drückt sich auch aus in dem Kampf um die Organisationsform der Betriebsräte und Gewerkschaften.